



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 180

Peter Beule

Auf dem Weg zur neoliberalen Wende?

Die Marktdiskurse der
deutschen Christdemokratie und
der britischen Konservativen
in den 1970er-Jahren

Droste Verlag 2019



Copyright © 2019 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2019
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5343-8

Vorwort

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um meine Doktorarbeit, die 2018 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn eingereicht wurde. Nach den Jahren des Forschens und Schreibens sollen die folgenden Zeilen dem Versuch dienen, meine Dankbarkeit denen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, die mich auf diesem Weg begleitet und unterstützt haben.

Zuvorderst danke ich meinen Doktorvätern: Professor Michael Schneider, der zielführend die Erstbetreuung übernahm und mich in meiner Studienzeit an der Bonner Universität umfassend unterstützt hat. Seine hervorragende fachliche Betreuung ist der Arbeit sehr zugute gekommen. Professor Dominik Geppert, der mich ebenso umfassend förderte, zielführend betreute und fachlich inspirierte. Ihm und der Arbeit an seinem Lehrstuhl verdanke ich nicht zuletzt mein Forschungsinteresse für britische Zeit- und Parteiengeschichte und die entscheidende Inspiration zur Beschäftigung mit den parteipolitischen Marktdiskursen.

Zu den Hochschullehrern, die meinen akademischen Weg mitgeprägt haben und denen ich ebenfalls zu großem Dank verpflichtet bin, zählen Professor Klaus Hildebrand, an dessen Lehrstuhl ich als studentische Hilfskraft tätig war, und ganz besonders Dr. Christoph Studt, der mich vom Proseminar bis zur Doktorarbeit mit großer Hilfsbereitschaft begleitet hat. Für die vielen anregenden, manchmal auch kontroversen Diskussionen bin ich meinen Freund_innen und Kolleg_innen am Bonner Institut für Geschichtswissenschaft sowie in Professor Gepperts Oberseminar dankbar: Patrick Bormann, der in der Anfangsphase meines Dissertationsprojekts wertvolle Anregungen gemacht hat, Nina Schnutz, Benjamin Behschnitt, Juliane Clegg, Jonas Klein, Gabi Nohr, Alma Hannig, Rafaela Hiemann, Gabriel Rolfes, Dr. Andreas Rose, Ismail Kutbay und Arno Becker seien hier genannt.

Genauso wichtig waren die Kolleginnen und Kollegen in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Ein Promotionsstipendium der FES hat es mir ermöglicht, meine Zeit und Energie in das Gelingen dieser Arbeit zu investieren. Für die ausgezeichnete Betreuung danke ich Sohel Ahmed, Simone Stöhr und ganz besonders Dr. Ursula Bitzegeio, die immer großes Zutrauen in meine wissenschaftlichen Fähigkeiten hatte. Dr. Anja Kruke und Dr. Meik Woyke vom Archiv der sozialen Demokratie haben gerade zu Beginn meiner Forschungen wertvolle Hinweise und Anregungen gegeben und mich darüber hinaus weiter gefördert.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Historischen Instituts London, das mir ein Auslandsstipendium gewährte und so den For-

schungsaufenthalt in Großbritannien ermöglichte, allen voran Dr. Angela Schattner für die professionelle Betreuung, Jeremy McIlwaine vom *Conservative Party Archive*, Andrew Riley vom Privatarchiv Margaret Thatchers sowie Darren Treadwell vom *Labour Party Archive* danke ich für die kompetente Beratung bei der Archivarbeit und so manchen wertvollen Hinweis ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik und den Kolleginnen und Kollegen des Archivs der sozialen Demokratie, besonders Stephanie Kröger, Holger Kozanowski und Sven Haarmann. Den Archivaren des Privatarchivs von Alfred Sherman im *Royal Holloway College* der *University of London* in Egham sei ebenfalls herzlich gedankt. Erfreulicherweise wurde meine Dissertation zur Veröffentlichung in die renommierte Schriftenreihe »Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« der KGParl aufgenommen. Den Mitgliedern der Kommission sei für die Aufnahme in ihre Schriftenreihe ganz herzlich gedankt. Für die hervorragende Betreuung des Publikationsvorgangs danke ich dem Generalsekretär der Kommission, Professor Andreas Schulz, und nicht zuletzt Andrea Leonhardt, die mit Umsicht und Sorgfalt die redaktionellen Arbeiten am Manuskript für die Drucklegung koordiniert hat.

In der Zeit der Promotion habe ich viel Unterstützung von meiner Familie, von Freund_innen und Weggefährt_innen neben der Universität erfahren. Ich danke Dr. Ben Weinberg, Norma Habel, Kerime Rehberg, Bastian Schmidt, Dr. Matthias Rudigier, Bert Hückel und Panajotis Tzanoglou für ihre Freundschaft. In vielerlei Hinsicht unterstützt haben mich meine Schwester Cornelia Beule, mein Neffe David Beule, meine Patentante Maria Schmidt und Angelika Strathausen, die die Fertigstellung der Arbeit mit Interesse und Empathie begleitet hat. Ursula Tröger und Dr. Gert Tröger haben das Manuskript einem aufmerksamen Lektorat unterzogen. Auch ihnen bin ich sehr dankbar.

Besonderen Dank schulde ich Dr. Johannes Tröger, der das gesamte Manuskript, Kapitel für Kapitel, neben seiner anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit kritisch gelesen und scharfsinnig kommentiert hat. Er war nicht nur als brillanter Diskussionspartner, sondern stets als Freund zur Stelle. Die Unterstützung, die ich durch ihn erfahren habe, war für die Fertigstellung der Arbeit entscheidend. Meine Lebenspartnerin Inka Strathausen hat mich mit großem Verständnis und ihrem sicheren Vertrauen in meine Fähigkeiten und das Gelingen dieser Arbeit gestärkt. Dafür und für so viel mehr bin ich ihr dankbar. Mein größter Dank gilt schließlich meinen Eltern Gabriele und Friedhelm Beule, die mir in jeder Weise und zu jeder Zeit zur Seite gestanden haben und stehen. Mit Geduld und einem nicht selbstverständlichen Einfühlungsvermögen haben sie mich auch auf dem Weg in die akademische Welt begleitet. Ihnen ist dieses Buch von ganzem Herzen gewidmet.

Köln, im Februar 2019

Peter Beule

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	
Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in der Perspektive einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung	11
1. Thema und Fragestellung	11
2. Forschungsstände, Anknüpfungspunkte und methodische Überlegungen	32
3. Quellen	54
4. Aufbau der Arbeit	63
Erstes Kapitel	
Die Grundzüge der Nachkriegsordnungen Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Marktdiskurse bis zum Ende der 1960er-Jahre	67
1. Keynesianischer <i>post-war consensus</i> – Die britische Nachkriegsordnung und das Paradigma »Markt-Staat-Plan«	67
1.1 Die Labour Party und die Schaffung der Grundlagen des <i>post-war</i> <i>consensus</i>	71
1.2 Die britischen Konservativen als Träger des <i>post-war consensus</i>	84
2. Soziale Marktwirtschaft und später Keynesianismus: Die Nachkriegs- ordnung der Bundesrepublik und das Paradigma »Markt-Staat-Plan«	94
2.1 Christdemokratische Dominanz und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft	95
2.2 SPD, CDU und das Paradigma »Markt-Staat-Plan«	109
3. Nachkriegsordnungen und Marktdiskurse – Zwischenfazit	120
Zweites Kapitel	
Die Krise und ihre Erzählungen	127
1. Die Krise der britischen Nachkriegsordnung und die thatcheristische Krisenerzählung	128

1.1	Die Omnipräsenz der Krisenwahrnehmung: Signaturen des sozioökonomischen Strukturwandels der 1970er-Jahre in Großbritannien und der britische Niedergangsdiskurs	129
1.2	Die Krise des Labour-Revisionismus	143
1.3	Der thatcheristische Gegenangriff: »Markt« und »Kapitalismus« als Gegengift gegen »Keynes« und den nationalen Niedergang	153
1.4	Die Polarisierung des Marktdiskurses der Labour Party	165
1.5	Der thatcheristische Gegenangriff: Das Feindbild des Sozialismus und der Markt als Garant der Freiheit	180
2.	Die Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik und diskursive Strategien der deutschen Christdemokratie	191
2.1	Die Begrenztheit der Krise: Signaturen des sozioökonomischen Strukturwandels der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik und Krisenwahrnehmung	192
2.2	Orientierungsprobleme der keynesianischen Sozialdemokratie	205
2.3	Von der Gefährdung des Bewährten: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausgangs- und Fluchtpunkt christdemokratischer Strategien der Krisenerzählung	209
2.4	Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs	223
2.5	»Freiheit statt Sozialismus« und die Grenzen der Konfrontation – Versuche einer christdemokratischen Krisenerzählung	241

Drittes Kapitel

	Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten	261
1.	Die Auflösung des <i>post-war consensus</i> – Eine neue konservative Marktsprache	262
1.1	Der thatcheristische Marktradikalismus als Gegenbewegung zur konservativen Parteitradition des <i>One-Nation-Conservatism</i>	262
1.1.1	In der Parteitradition des <i>One-Nation-Conservatism</i> : Die konservative Regierung Edward Heaths	263
1.1.2	Der »Verrat von Selsdon« und die thatcheristische Abrechnung	281
1.2	Die thatcheristische Marktsprache als Fortsetzung und Radikalisierung der konservativen Begriffstradition des freien Marktes	291
1.2.1	Die »Amalgamierung von Konservatismus und Liberalismus«	291
1.2.2	Frühe Widerstände gegen die Konsenspolitik	296

1.2.3	Die Überhöhung des antikollektivistischen Moments der konservativen Parteitradition	300
1.2.4	Der konservative Diskurs um <i>Denationalisation</i>	306
2.	Die deutsche Christdemokratie und die sprachliche Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft	317
2.1	Die Profilierung der CDU als »moderne Volkspartei der Mitte«.	318
2.1.1	Machtverlust und christdemokratische Erneuerung	319
2.1.2	Die christdemokratische Mitbestimmungsdiskussion	334
2.2	Christdemokratische Begriffstraditionen und die semantische Ambivalenz der Sozialen Marktwirtschaft	343
2.2.1	Die katholische Soziallehre als christdemokratische Begriffstradition	343
2.2.2	Der Primat des Christlichen und die Grenzen des liberalen Elements in der deutschen Christdemokratie	347
2.2.3	Christdemokratisches Menschenbild und die semantische Pfadabhängigkeit der Versöhnung von Wirtschaft und Gesellschaft	353
2.2.4	Showdown in der Grundsatzdiskussion: Ein »tragfähiger Kompromiss«	361

Viertes Kapitel

	Professionalisierung und Intellektualisierung konservativer und christdemokratischer Politik und die neoliberale Außenwelt	371
1.	Die Verschmelzung der Innenwelt der britischen Konservativen mit der neoliberalen Außenwelt	371
1.1	Im »Kampf der Ideen«: Die thatcheristische Verinnerlichung der neoliberalen Strategie Friedrich August von Hayeks	372
1.2	Die britische <i>New Right</i> als Transmissionsriemen zwischen neoliberaler Außenwelt und den britischen Konservativen und die Bedeutung von Think Tanks	385
1.3	Der Monetarismus als Kernelement der thatcheristischen Marktsprache	411
1.4	Der konservative Angriff auf die Gewerkschaften als liberales Projekt	421
2.	Die Grenzen des Neoliberalismus in der christdemokratischen Innenwelt	442
2.1	Die neoliberale Außenwelt in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre	443

2.2	Christdemokratische Sprachpolitik – Einfallstor für neoliberale Axiome?	451
2.3	Keine gemeinsame Marktsprache – Grenzen der transnationalen Rezeption und Kooperation	462
2.4	»Neue Soziale Frage«, christdemokratische Gewerkschaftskritik und semantische Inkonsistenzen	466
2.5	Das konservative Element in der deutschen Christdemokratie als Träger des Neoliberalismus?	475
2.6	Keine neoliberale »Wende«	486
	Schlussbetrachtung und Ausblick	499
	Abkürzungsverzeichnis	533
	Abbildungsverzeichnis	535
	Quellen und Literatur	536
	Personenregister	571

Einleitung

Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in der Perspektive einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung

1. Thema und Fragestellung

»The Age of Fracture«¹, »The Shock of the Global«², »Der kurze Traum immerwährender Prosperität«³, »Das Ende der Zuversicht«⁴ – so lauten die Titel wichtiger Studien, die sich mit Entwicklungen und Umbrüchen in den westeuropäischen Industriegesellschaften in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beschäftigen. In der Zeitgeschichtsforschung, die sich seit einigen Jahren verstärkt der Periode seit den 1970er-Jahren widmet, ist eine eklatante Verschiebung weg von den Leitvokabeln der europäischen Nachkriegsentwicklung, die besonders für den bundesrepublikanischen Fall eine Erfolgsgeschichte beschreiben⁵, augenfällig. Studien über die Zeit »nach dem Boom«⁶ erzählen eine Geschichte der

¹ Daniel T. Rodgers, *The Age of Fracture*, Cambridge/London 2012.

² Niall Ferguson/Charles S. Maier/Erez Manela (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge 2010.

³ Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York 1984.

⁴ Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

⁵ Die Leitworte der bundesrepublikanischen Zeitgeschichtsforschung waren »Aufbruch«, »dynamische Zeiten«, »Verwestlichung«, »Demokratisierung« oder »Liberalisierung«. Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lamers, (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Ulrich Herbert/Lutz Raphael (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002; Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003.

⁶ Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

Krise, des Niedergangs, der Unübersichtlichkeit und Unsicherheit.⁷ Für Charles S. Maier etwa setzte hier mit der »dritten industriellen Revolution«⁸ eine Strukturveränderung ein, die West und Ost gleichermaßen erfasste und das Ende der »*trente glorieuses*«⁹ einläutete.¹⁰ In seiner Geschichte Europas nach 1945 fasst Tony Judt die Zeit von 1971 bis 1989 mit dem Begriff »Rezession«, beschreibt »gedämpfte Erwartungen« und eine »Politik in neuer Tonlage«.¹¹ In »Zeitalter der Extreme« begreift Eric Hobsbawm die Entwicklung in den 1970er-Jahren als »Erdrutsch«, der das »Goldene Zeitalter« beendet habe. Der »Erdrutsch« markiert einen historischen Einschnitt, der durch den Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsenses und der schwerindustriellen Produktion sowie durch die gleichzeitige Intensivierung der Globalisierung und den Aufstieg »neoliberaler« Wirtschafts- und Politikkonzepte charakterisiert sei.¹² Mit den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verbinden Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael eine Phase des Übergangs in der Geschichte der westlichen Industrienationen und sehen in ihr einen vor allem durch sozioökonomische Entwicklungen verursachten »Strukturbruch«, der den »Konsensliberalismus« der Nachkriegsjahre beendet, eine neue »neoliberale Wirtschaftsordnung« begründet und das Ordnungsmodell der Gegenwart, den »digitalisierten Finanzmarktkapitalismus«, hervorgebracht habe.¹³

Die infolge der Krise des »digitalisierten Finanzmarktkapitalismus« seit dem Jahr 2008 aufs Neue entbrannten Diskussionen über das Verhältnis von Markt, Staat und Politik lenken die Aufmerksamkeit auf Problemlagen, deren Ursprung maßgeblich in den Umbrüchen seit den 1970er-Jahren zu suchen ist. Angesichts globaler ökonomischer Verwerfungen, stagnierenden Wirtschaftswachstums, steigender Arbeitslosigkeit und Inflation geriet das keynesianische Ordnungsmodell

⁷ Für einen ausführlichen Überblick über neuere Studien, die die Zeit des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts zum Gegenstand haben, vgl. *Martin H. Geyer*, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: AfS 50, 2010, S. 643–669.

⁸ Der sich auf die digitale Revolution beziehende Begriff »dritte industrielle Revolution« wurde Ende der 1970er-Jahre von dem Journalisten Dieter Balkhausen geprägt. Vgl. *Dieter Balkhausen*, Die Dritte Industrielle Revolution. Wie die Mikroelektronik unser Leben verändert, Düsseldorf/Wien 1978.

⁹ *Jean Fourastié*, Les Trente Glorieuses (ou la révolution invisible de 1946 à 1975), Paris 1979.

¹⁰ Vgl. *Charles S. Maier*, Two Sorts of Crisis? The »long« 1970s in the West and the East, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 49–62.

¹¹ *Tony Judt*, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Frankfurt am Main 2005 (zuerst engl. 2005), S. 507–728.

¹² *Eric Hobsbawm*, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 7. Aufl., München 2004.

¹³ Vgl. das erste Kapitel »Strukturbruch und gesellschaftlicher Wandel im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts« in: *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 15–56.

in Bedrängnis, das in den 1950er- und 1960er-Jahren handlungsleitend für die Politik geworden war. Im Verlauf der 1970er-Jahre wichen Fortschrittsoptimismus und Planungsgläubigkeit zunehmend dem ernüchterten Blick auf das politisch Machbare und in den 1980er-Jahren trat das gestärkte Vertrauen in eine wirtschaftsliberale Marktgläubigkeit deutlich hervor. Vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden sozioökonomischen, oftmals als krisenhaft wahrgenommenen Strukturwandels können die 1970er-Jahre als Jahrzehnt der ideellen Neuverortung über die Frage betrachtet werden, wie Wirtschaft, Gesellschaft und staatliche Politik aufeinander bezogen sind oder sein sollten.

Die vorliegende Arbeit geht diesen ideellen Neuverortungen in den 1970er-Jahren mittels einer vergleichenden Analyse der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen nach. Der Begriff des »Marktdiskurses« fasst als analytische Kategorie komplexe Aushandlungsprozesse und semantische Auseinandersetzungen gesellschaftlicher Akteure über die Ordnung des Verhältnisses von Markt und Staat. Er bezieht sich damit auf eine der zentralen, gesellschaftspolitisch umkämpften Grundfragen marktwirtschaftlich organisierter Industrieländer und reicht in alle Bereiche hinein, in denen diese Grundfrage explizit oder implizit verhandelt wird. Somit geht es nicht nur um Fragen direkter und indirekter staatlicher Kontrolle des Wirtschaftsprozesses, sondern zum Beispiel auch um die Rolle von Gewerkschaften, um Mitbestimmung, Sozial- und Industriepolitik.

Mit Blick auf die hier analysierten parteipolitischen Marktdiskurse und die in ihnen enthaltenen Deutungskämpfe sind einige Erläuterungen vorab notwendig. Die Analyse des Marktdiskurses der deutschen Christdemokratie konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die Christlich Demokratische Union (CDU) als größte Mitte-Rechts-Partei der Bundesrepublik mit bundesweitem Geltungsbereich, schließt aber die christdemokratischen Akteure der Christlich Sozialen Union (CSU) punktuell mit ein. Die CSU befand sich – wie auch heute – in einer Fraktionsgemeinschaft mit der Schwesterpartei CDU im Bundestag und hatte mit Franz Josef Strauß gerade in den 1970er-Jahren einen lautstarken Vorgesprecher. Der Vorsitzende der CSU trat als Kanzlerkandidat der Union bei der Bundestagswahl 1980 an und setzte im Neuausrichtungsprozess der deutschen Christdemokratie der 1970er-Jahre eigene Akzente, die in eine Analyse des christdemokratischen Marktdiskurses einbezogen werden müssen. Den zeitlichen Betrachtungsrahmen bilden die »langen 1970er-Jahre«¹⁴, wobei die Eckdaten weich gesetzt werden (etwa von 1969/70 bis 1979/82/83). Dies trägt zunächst

¹⁴ Von den »langen 1970er-Jahren« spricht auch *Niall Ferguson*, Introduction: Crisis, What Crisis? the 1970s and the Shock of the Global, in: Ders./Charles S. Maier/Erez Manela/Daniel J. Sargent (Hrsg.), *The shock of the global. The 1970s in perspective*, Cambridge, Mass./London 2010, S. 1–21, hier S. 3.

dem Umstand Rechnung, dass sich mit dem um drei Jahre zeitversetzten Regierungswechsel von Mitte-Links-Regierungen zu konservativen beziehungsweise christdemokratischen Regierungen eine politik- und parteiengeschichtlich kohärente Eingrenzung des Untersuchungszeitraums ergibt. Zudem sperrt sich das spannungsreiche Nebeneinander unterschiedlicher Geschwindigkeiten und Richtungen von Entwicklungen gegen eine schlichte Einordnung in eine durch eindeutige Eckdaten eingeteilte Dekade. Gerade der verfolgte parteien- und ländervergleichende Ansatz ist dazu imstande, das in der Zeitgeschichtsforschung üblich gewordene, »kontinuierliche Weiterschreiten von einer Dekade zur anderen«, welches mit Recht kritisiert worden ist¹⁵, zu problematisieren, indem zeitliche Unterschiede von Entwicklungen und Phasenverschiebungen zutage gefördert werden.

Vor dem Hintergrund der von der jüngeren und jüngsten Zeitgeschichtsforschung für die Entwicklung der westeuropäischen Industrienationen diagnostizierten, oftmals als krisenhaft wahrgenommenen Wandlungsprozesse fragt die Untersuchung danach, wie sich die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den ›langen‹ 1970er-Jahren entwickelten. Sie geht dabei von der Annahme aus, dass sich in einer Analyse der parteipolitischen Marktdiskurse längerfristige sozioökonomische Veränderungen und ideelle Neuformierungen ausloten lassen. Die von der Zeitgeschichtsforschung angebotenen Narrative über die 1970er-Jahre als Dekade des Umbruchs verweisen auf klar erkennbare Einschnitte und Zäsuren, die sich in den Marktdiskursen der großen Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens niederschlagen müssten. So eignet sich eine vergleichende Analyse der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen, dem von der Forschung konstatierten »Strukturbruch« in der (west)europäischen Zeitgeschichte im politischen Sprachgebrauch der Mitte-Rechts-Parteien über die Grundfrage des Verhältnisses zwischen Markt und Staat nachzugehen und die Dynamik und Reichweite der Veränderungen über nationale Grenzen hinweg sichtbar zu machen. Gleichzeitig schärft sie in ihrer komparativen Herangehensweise den Blick für nationale Unterschiede und Besonderheiten, die in manchen Lesarten der jüngsten europäischen Zeitgeschichte, die etwa von einem seit den 1970er-Jahren stattfindenden, allumfassenden »neoliberalen Erdbeben«¹⁶ ausgehen, aus dem

¹⁵ Vgl. etwa *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 7 f. und 12 f. In seiner offenen Konzeption wendet sich der in der Dissertation verfolgte Ansatz explizit gegen jenen starren »dekadologischen Zugriff«, der, ausgehend von der Vorannahme der Kontinuität, darauf konzentriert war, die Entwicklung der Nachkriegszeit als Fortschrittsgeschichte mit zu vollziehen und sich so, wie die Autoren betonten, vor die Frage nach Problemen und Leitperspektiven geschoben hat.

¹⁶ Vgl. das Kapitel »Der Erdbeben« in: *Hobsbawm*, Zeitalter der Extreme, S. 503–537.

Blick geraten. So können gängige Narrative über die allgemeinen Entwicklungslinien und -phasen der westlichen Industrieländer im 20. Jahrhundert überprüft und differenzierende Einschätzungen über die Entwicklung in der Bundesrepublik einerseits und Großbritannien andererseits ermöglicht werden.

Wirtschaftliche Problemlagen und die Symptome eines tiefgreifenden sozioökonomischen Strukturwandels in den 1970er-Jahren hatten sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik eine Krisenwahrnehmung zur Folge. Wie die zeitgenössische Diskussion um den britischen »Niedergang« (*decline*) zeigt, war diese in Großbritannien besonders früh und stark ausgeprägt. Aber auch in der Bundesrepublik begannen die Fundamente des sogenannten »Wirtschaftswunders« wegzubrechen. Die Mitte-Rechts-Parteien befanden sich, in der Bundesrepublik seit 1969 und in Großbritannien seit 1974, in der Opposition und waren angesichts struktureller Probleme und konjunktureller Schwächen mit der Aufgabe konfrontiert, Veränderungen in Ökonomie und Gesellschaft politisch zu verarbeiten. In Anbetracht der Erfahrung krisenhafter Wandlungsprozesse war der politische Diskurs hier wie dort durch heftige ideologische Kämpfe und von der Suche nach neuen politisch-ideellen Grundlagen für das Marktgeschehen geprägt. Vor allem in Großbritannien, aber auch in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre spielte sich der parteipolitische Kampf um Deutungshoheit und diskursive Hegemonie auf dem Feld des Marktdiskurses ab. Wenngleich sich die (partei)politische Auseinandersetzung im Großbritannien der 1970er-Jahre freilich auch auf anderen Diskursfeldern vollzog¹⁷, verdeutlicht gerade der Blick auf den *economic decline* und den *post-war consensus* als die nach wie vor zentralen Interpretationsmuster der britischen Nachkriegsentwicklung¹⁸ den herausgehobenen Stellenwert, der

¹⁷ In Großbritannien vollzog sich in den 1960er- und 1970er-Jahren, wie auch in der Bundesrepublik und anderen westlichen Industrienationen, eine Politisierung der Gesellschaft, die mit einem fundamentalen Wertewandel und einer damit einhergehenden gesellschaftlichen Liberalisierung in Zusammenhang stand. Diese wurden (und werden) jenseits des Kanals unter dem Schlagwort der *Permissive Society* diskutiert und prägten die politischen Aushandlungskämpfe um die Deutungshoheit in den 1970er-Jahren ebenso wie auch der vor allem in der ersten Hälfte des Jahrzehnts eskalierende Nordirlandkonflikt, die Einwanderungsfrage oder die Europapolitik. Für einen Überblick über die Dekade und ihre zentralen politischen Themen in Großbritannien vgl. *Andy Beckett*, *When the lights went out. Britain in the seventies*, London 2009; *Brian Harrison*, *Finding a Role? The United Kingdom, 1970–1990*, Oxford 2010; *Dominic Sandbrook*, *Never had It so Good. A History of Britain from Suez to the Beatles*, London 2005; *Ders.*, *State of emergency. The way we were. Britain, 1970–1974*, London 2011; *Arthur Marwick*, *British Society Since 1945*, 4. Aufl., London 2003, S. 151–234.

¹⁸ Vgl. etwa *Thomas Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, Göttingen 2005; *Steven Fielding*, *Rethinking the >Rise and Fall< of Two-Party Politics*, in: Paul Addison/Harriet Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain. 1939–2000*, Malden, MA 2005, S. 351–369, bes. S. 356; *Jim Tomlinson*, *The Politics of Decline. Understanding Postwar Britain*, Harlow 2001; *Richard Toye*, *From >Consensus< to >Common Ground<. The Rhetoric of the Postwar Settlement and its Collapse*, in: *Journal of Contemporary History* 48, 2013, S. 3–23.

dem Marktdiskurs im parteipolitischen Kampf um die Deutungshoheit beigegeben werden muss. In der Bundesrepublik vollzog sich das Ringen um die politisch-kulturelle Hegemonie entlang des breiten Themenspektrums der Reformagenda der sozial-liberalen Koalition – von der Auseinandersetzung um die Neue Ostpolitik über die Mitbestimmungsfrage bis hin zu den kontrovers diskutierten Bildungs- und Rechtsreformen.¹⁹ Vor dem Hintergrund eines sozioökonomischen Strukturwandels und der Erfahrung ökonomischer Krisenanfälligkeit bildete die Aushandlung der politisch-ideellen Grundlagen für das Marktgeschehen gleichwohl auch hier einen zentralen Schauplatz der parteipolitischen Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit. Am Ende eines diesseits und jenseits des Kanals oft polemisch geführten Kampfes zwischen den Verfechtern des alten und den Protagonisten eines neuen Ordnungsmodells wurde in den 1980er-Jahren ein Umschwung von der Orientierung am Paradigma »Markt-Staat-Plan« zum Paradigma »Freiheit des Marktes von allen Einschränkungen durch Staat und Plan« offensichtlich.²⁰

Die »langen« 1970er-Jahre als zentraler Untersuchungszeitraum sind gerade deshalb so reizvoll, weil in dieser Umbruchphase, so die These, vieles vorweggenommen und geprägt wurde, was seit den 1980er-Jahren virulent wurde. In den Programmen der Mitte-Rechts-Parteien, die in Großbritannien seit 1979 und in der Bundesrepublik seit 1982 wieder Regierungsverantwortung trugen, nahmen die auf diskursiven Verschiebungen in den Marktdiskursen basierenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen eine zentrale Stellung ein und wurden schließlich zum Motor politischer Veränderungen. In dieser Perspektive lassen sich die 1970er-Jahre als eine formative Zeit des Übergangs beschreiben, an deren Ende der Markt wirtschaftspolitisch Vorrang vor dem Staat erhielt und Regierung

¹⁹ Für einen Überblick vgl. Die Siebziger Jahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004; *Bernd Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011; *Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986; *Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987; *Axel Schildt*, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 449–478; *Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm* (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main/New York 2010; *Konrad H. Jarausch* (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; *Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching* (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009. Für den Themenkomplex der Rechtspolitik in den 1970er-Jahren vgl. *Sonja Profitlich*, Mehr Mündigkeit wagen. Gerhard Jahn (1927–1998). Justizreformer der sozial-liberalen Koalition, Bonn 2010.

²⁰ *Anselm Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: VfZ 4, 2007, S. 559–581, hier S. 577 f.

gen staatliche Verfügungsgewalt an den freien Markt abgeben.²¹ Der Zäsurcharakter manifestiert sich also gerade darin, dass die neuen Regierungsparteien in den 1980er-Jahren auf der Grundlage eines konservativen beziehungsweise christdemokratischen Marktdiskurses operierten, der sich im Krisenjahrzehnt der 1970er-Jahre herausgebildet hatte.

Mit Blick auf die Regierungspolitik der Mitte-Rechts-Parteien in den 1980er-Jahren sind jedoch weitreichende Unterschiede augenfällig. Obgleich jüngere Studien zu den Regierungsjahren Margaret Thatchers durchaus Momente des Kompromisses und der Begrenztheit der in den 1980er-Jahren wirksam werdenden Veränderungen betont haben²², treten gerade im Vergleich zur bundesrepublikanischen Entwicklung im selben Zeitraum Momente des radikalen Bruchs und des beschleunigten Wandels von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur deutlich hervor. Die 1980er-Jahre in Großbritannien werden beschrieben als »A decade of revolution in British politics«²³, wichtige Studien zum Thatcherismus und seinen Folgen tragen Titel und Untertitel wie »Thatchers konservative Revolution«²⁴, »The Thatcher revolution«²⁵ oder »A Revolution in three acts«²⁶. Der »revolutionäre« Charakter der Umbrüche, der bereits von den Zeitgenossen der Thatcher-Ära herausgestellt worden ist²⁷, wird dabei vor allem mit Blick auf die Auf-

²¹ Vgl. ebd., S. 572.

²² Vgl. dazu die Beiträge in *Ben Jackson/Robert Saunders* (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012; *Eric J. Evans*, *Thatcher and Thatcherism*, 3. Aufl., Abington/New York 2013. Neuere Studien betonten das Taktieren und den opportunistischen Charakter von Thatchers Politik und verweisen auf die Bereitschaft zum Kompromiss und die Kontextabhängigkeit des Thatcherismus. Thatcher selbst erscheint weniger als Initiatorin denn als Produkt beziehungsweise Profiteurin des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels der 1970er- und 1980er-Jahre, wie Dominik Geppert herausgestellt hat. *Dominik Geppert*, *Konservative Revolutionen? Thatcher, Reagan und das Feindbild des consensus liberalism*, in: *Doering-Manteuffel, Anselm/Leonhard, Jörn* (Hrsg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015, S. 271–289, hier S. 278. Für einen Überblick mit weiteren Nachweisen vgl. den Literaturbericht in: *Dominik Geppert*, *Großbritannien seit 1979: Politik und Gesellschaft*, in: *Neue Politische Literatur* 54, 2009, S. 61–86.

²³ Vgl. *John Cole*, *The Thatcher years. A decade of revolution in British politics*, London 1987.

²⁴ Vgl. *Dominik Geppert*, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002.

²⁵ Vgl. *Earl Aaron Reitan*, *The Thatcher revolution. Margaret Thatcher, John Major, Tony Blair, and the transformation of modern Britain, 1979–2001*, Lanham, Md 2003 sowie *Peter Jenkins*, *Mrs Thatcher's revolution. The ending of the socialist era*, London 1987.

²⁶ *Simon Jenkins*, *Thatcher and Sons. A Revolution in three acts*, London 2006.

²⁷ Politische Gegner ebenso wie Mitstreiter Thatchers sahen im Thatcherismus einen radikalen Bruch mit der bisherigen britischen Politik. Zur Sichtweise der Gegner vgl. etwa *Stuart Hall*, *The Great Moving Right Show*, in: *Marxism Today* 23, Nr. 1, Januar 1979, S. 14–20; *Ders.*, *The hard road to renewal. Thatcherism and the crisis of the left*, London 1988; *Ders./Martin Jacques*, *The Politics of Thatcherism*, London 1990. Für die Fürsprecher Thatchers und die Protagonisten des Thatcherismus vgl. etwa *Nicholas Ridley*, *My Style of Government*, London 1992;

lösung der britischen Nachkriegsordnung und der diese bis in die 1970er-Jahre prägenden wirtschafts- und sozialpolitischen Grundannahmen betont.²⁸

Von diesen Deutungsmustern und Bewertungen unterscheiden sich die Forschungsergebnisse, die zeithistorische Arbeiten über die 1980er-Jahre in der Bundesrepublik hervorgebracht haben, deutlich. Studien, die sich mit der Bundesrepublik während der 1980er-Jahre beschäftigen, beschreiben ebenfalls einen umfassenden »Wandel des Politischen«, der sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ebenso niederschlug wie auf kulturellem Feld.²⁹ Mit Blick auf die Regierungspolitik der CDU/FDP-Koalition werden die Momente des Bruchs jedoch weitaus weniger betont und die Charakterisierung der sichtbar werdenden Veränderungen als »revolutionär« sucht man vergebens. Wie bisherige Arbeiten über die 1980er-Jahre diesseits des Kanals zeigen, kam es auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zu derart tiefgreifenden Einschnitten, dass sie mit der thatcheristischen Abkehr von den Grundannahmen der britischen Nachkriegsordnung – oder auch mit den Reformen der rot-grünen Bundesregierung der ersten Hälfte der 2000er-Jahre³⁰ – zu vergleichen wären. Vielmehr wird gemeinhin auf entgegengesetzte Stoßrichtungen und Inkonsistenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der christlich-liberalen Bundesregierung abgehoben³¹,

Martin Holmes, Thatcherism. Scope and limits, 1983–87, Basingstoke 1989; *Nigel Lawson*, The view from no. 11. Memoirs of a Tory radical, London 1992.

²⁸ Vgl. grundlegend *Dennis Kavanagh*, Thatcherism and British politics. The end of consensus?, Oxford 1987; *David Dutton*, British politics since 1945. The rise, fall, and rebirth of consensus, 2. Aufl., Oxford, Malden, MA 1997; *E. H. H. Green*, Thatcher, London 2006; *Dominik Gepfert*, Der Thatcher-Konsens. Der Einsturz der britischen Nachkriegsordnung in den 1970er und 1980er Jahren, in: Journal of Modern European History 9, 2011, S. 170–194; *Ders.*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hrsg.), Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 51–68.

²⁹ Vgl. die Beiträge in Archiv für Sozialgeschichte 52, 2012, Rahmenthema »Wandel des Politischen: Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre«.

³⁰ Zur Agenda 2010 als tiefgreifende Reform des deutschen Sozialsystems und der dieser vorausgehenden Adaption marktliberaler Konzepte in die wirtschafts- und sozialpolitischen Programmaussagen der deutschen Sozialdemokratie seit 1982 vgl. *Sebastian Nawrat*, Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012. Die Transformationsprozesse der SPD und der britischen Labour Party auf dem Weg zur »Marktsozialdemokratie« vergleicht *Oliver Nachtwey*, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, bes. S. 173–264. Als »größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte Deutschlands« beschreibt die Agenda 2010 *Edgar Wolfrum*, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 528–583, Zitat S. 580.

³¹ Vgl. grundlegend *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006; *Ders.*, Eine »Ära Kohl«? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik, in: AfS 52, 2012, S. 667–685; *Dietmar Süß/Meik Woyke*, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: AfS 52, 2012, S. 3–20.

ein widersprüchliches Nebeneinander aus »Sozialstaatsexpansion, finanzieller Konsolidierung und partiellem Umbau« konstatiert³² und werden die Momente der Kontinuität zu den vorangegangenen Regierungen betont.³³ Insgesamt wird deutlich, dass es im Deutschland der 1970er-, 1980er- und 1990er-Jahre kein Phänomen gegeben hat, das dem Thatcherismus in seiner »revolutionären« Qualität entsprach.

In einer vergleichenden Analyse der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren treten, so die These, unterschiedliche Intensitäten der Krisenwahrnehmung, national differierende Diskurskontexte und Debattenstrukturen sowie parteispezifische Begriffsstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten zutage, auf deren Grundlage sich seit den 1980er-Jahren durchaus unterschiedliche politische Realitäten in der Bundesrepublik und Großbritannien entwickelten. Die britischen und die deutschen Akteure der Mitte-Rechts-Parteien waren mit ähnlich gelagerten Problemen konfrontiert, agierten jedoch in einem strukturell unterschiedlichen, durch nationale Traditionen geprägten Diskurskontext. Konservative und christdemokratische Parteipolitiker präsentierten in den 1970er-Jahren verschiedene Krisendeutungen und -lösungsansätze, die zu spezifischen Verschiebungen in den Marktdiskursen führten. Diese verweisen darauf und können als Erklärung dafür in Betracht gezogen werden, dass sich das für den »Strukturbruch der Industriemoderne« verantwortlich gemachte Zusammentreffen von technischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturveränderungen mit dem Aufstieg eines neuen wirtschaftstheoretischen und -politischen Ordnungsmodells³⁴, dem Neoliberalismus, in der Bundesrepublik weniger scharf auswirkte als in Großbritannien. Mit dem vergleichenden Blick können mithin nicht nur übergreifende Zusammenhänge klarer erfasst, sondern auch Wirkungsanteile genauer gewichtet und alternative Konstellationen sowie verschiedene Intensitäten des Wandels erkennbar gemacht werden. Konkre-

³² *Winfried Süß*, Umbau am »Modell Deutschland«. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland »nach dem Boom«, in: *Journal of Modern European History* 9, 2011, S. 215–240, hier S. 240.

³³ Vgl. *Günter Schulz*, Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Regierungswechsel 1982. Eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik?, in: *Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters* (Hrsg.), *Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz*, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 3–14; *Werner Zohlnhöfer/Reimut Zohlnhöfer*, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl 1982–1989/90. Eine Wende im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft?, in: ebd., S. 23–44 und die Beiträge in *Göttrik Wever* (Hrsg.), *Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998*, Opladen 1998.

³⁴ Zur Konkretisierung ihrer »Strukturbruchthese« vgl. *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Der Epochenbruch in den 1970er Jahren: Thesen zur Phänomenologie und Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«, in: *Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag/Knud Andresen* (Hrsg.), *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn 2011, S. 25–40, hier S. 31.

ter gesprochen: So kann erklärt werden, warum in den 1980er-Jahren eine weitgehende marktradikale Wende in Großbritannien stattfand, während sie in der Bundesrepublik (in einer solchen Intensität zumindest vorerst) ausblieb. Eine Untersuchung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien im deutsch-britischen Vergleich stellt eine Möglichkeit dar, die Reichweite und die Tragfähigkeit des Großnarrativs »Strukturbruch« zu überprüfen und in der vieldiskutierten, aber von der Zeitgeschichtsforschung bislang vernachlässigten Frage nach Beginn und Ausmaß der »neoliberalen Wende«³⁵ zu einer differenzierten Einschätzung zu gelangen.

Unter diesen Prämissen rücken für eine Analyse der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren drei Gesichtspunkte ins Zentrum: erstens der Betrachtungszeitraum der 1970er-Jahre als Jahrzehnt eines tiefgreifenden, oftmals als krisenhaft wahrgenommenen sozioökonomischen Strukturwandels, der den spezifischen Diskurskontext der Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Markt und Staat bildete; zweitens die markanten Unterschiede in den Parteitraditionen der im Mittelpunkt der Analyse stehenden Akteure der Mitte-Rechts-Parteien, mithin die Differenz zwischen der britischen Spielart des parteipolitischen Konservatismus und der deutschen Christdemokratie; und drittens die Bedeutung des internationalen Aufschwungs neoliberaler Konzepte in den Wirtschaftswissenschaften für die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien. Ziel der Studie ist es, diese drei Aspekte miteinander zu verbinden und so eine umfassende Erklärung für Brüche und Kontinuitäten in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren sowie für die tiefliegenden Ursachen des Auseinanderfallens der Entwicklungen in den Vergleichsländern in den 1980er-Jahren zu geben. Dieser Zielsetzung liegt die Hypothese zugrunde, dass mit der Frage nach der Entwicklung der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen im Betrachtungszeitraum und nach den Konsequenzen der diskursiven Grenzverschiebungen ein vielschichtiger historischer Zusammenhang ins Blickfeld gerät, der nicht monokausal erklärt werden kann.

Aus diesem multiperspektivischen Analyseansatz ergeben sich drei Fragenkomplexe für die Untersuchung der Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren, die zugleich drei zentrale Schauplätze des Ringens

³⁵ Von einem in den 1970er-Jahren einsetzenden neoliberalen »Erdrutsch« geht Eric Hobsbawm in seiner Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts aus. Vgl. *Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme*, S. 503–537. Vgl. auch *Sebastian Müller, Der Anbruch des Neoliberalismus. Westdeutschlands wirtschaftspolitischer Wandel in den 1970er-Jahren*, Wien 2016. Dass es in der Bundesrepublik eine »neoliberale Wende« gegeben hat, bestreitet indes *Martin Werding*, Gab es eine neoliberale Wende? Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre, in: *VfZ* 56, 2008, S. 303–321.

der parteipolitischen Akteure um die politische Deutungshoheit sowie die Strukturen des Meinungs- und Willensbildungsprozesses in den jeweiligen Parteien abbilden: *Erstens* geht die Studie den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den diskursiven Kontexten und nationalen Debattenstrukturen der 1970er-Jahre nach und fragt vor diesem Hintergrund nach den Krisennarrativen der konservativen und christdemokratischen Akteure und den mit diesen einhergehenden Verschiebungen in den Marktdiskursen der Parteien. Ausgangspunkt dieses ersten Fragenkomplexes ist die in der europäischen Zeitgeschichtsforschung geführte Debatte über den Charakter der 1970er-Jahre als Umbruchjahrzehnt, die – wie kürzlich festgestellt worden ist – nach wie vor stark von nationalen Begriffsbildungen und Interpretationsmustern geprägt ist.³⁶ Britische, deutsche und auch französische Arbeiten zu dieser Periode nehmen kaum grenzübergreifend aufeinander Bezug, obwohl die 1970er-Jahre als Dekade der beschleunigten Globalisierung und der immer enger werdenden Verflechtungen gerade zwischen den westeuropäischen Gesellschaften angesehen werden.³⁷ Begriffsbildungen, die die geschichtswissenschaftliche Reflexion über die 1970er-Jahre in der deutschen Forschungslandschaft hervorgebracht hat, haben in der britischen Forschung keinen vergleichbaren Stellenwert oder überhaupt keine Entsprechung.³⁸ Diese Beobachtung überrascht, zumal sich die genannten Interpretationsmuster der deutschen Zeitgeschichtsforschung gerade dadurch auszeichnen, keine spezifisch deutschen, sondern transnationale Prozesse zu beschreiben.³⁹

Die in dieser Arbeit vorgenommene Analyse der konservativen und christdemokratischen Marktdiskurse vor dem Hintergrund der Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre rückt gerade die Frage nach dem Verhältnis von transnationalen Entwicklungen und nationalen Spezifika ins Zentrum des Interesses, indem die

³⁶ Vgl. *Sonja Levens*, Einführung: Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42, 2016, S. 213–242.

³⁷ Vgl. ebd., S. 213f. Eine konsequent vergleichende, transnationale Aspekte in den Vordergrund rückende Perspektive auf zentrale Themen der deutschen Zeitgeschichte wählen die Beiträge eines von Sonja Levens und Cornelius Torp jüngst herausgegebenen Sammelbandes. Vgl. *Sonja Levens/Cornelius Torp* (Hrsg.), *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016. Für vergleichende, auf die europäische Zeitgeschichtsforschung Bezug nehmende Ansätze, die in der britischen Forschungslandschaft nach wie vor rar sind, plädiert *Rodney Lowe*, *Life Begins in the Seventies? Writing and Rewriting the History of Postwar Britain*, in: *Journal of Contemporary History* 42, 2007, S. 161–169, hier S. 162.

³⁸ Zu nennen sind etwa die in der deutschen Zeitgeschichtsforschung zentralen Begrifflichkeiten »Wertewandel«, »Strukturbruch«, »Postmoderne« oder »Zweite Moderne«. Vgl. *Levens*, Einführung, S. 215.

³⁹ Gerade so verhält es sich mit der »Strukturbruchthese« Doering-Manteuffels und Raphaels, deren Erklärungsanspruch ein westeuropäischer ist, sich aber doch überwiegend an Beispielen der bundesrepublikanischen Entwicklung bedient. Vgl. ebd., S. 215, 218.

jeweiligen Ausprägungen der »Krise« in Großbritannien und der Bundesrepublik in vergleichender Perspektive zueinander in Bezug gesetzt werden. Damit rücken unterschiedliche Intensitäten des »Strukturbruchs« sowie differierende Krisenwahrnehmungen ins Blickfeld, aus denen sich, so die These, jeweils spezifische Entwicklungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen einerseits und der deutschen Christdemokraten andererseits ergaben. Ausgehend von der Prämisse, dass es sich bei »Krisen« zuvorderst um Wahrnehmungsphänomene handelt, die – um ihre Wirkmächtigkeit zu entfalten – in jedem Fall eines aktiven Prozesses der Narration bedürfen⁴⁰, stehen die von den parteipolitischen Akteuren aktiv vorangetriebenen diskursiven Strategien der Krisenerzählung und die damit verbundenen Verschiebungen im konservativen und christdemokratischen Marktdiskurs im Mittelpunkt des ersten Fragenkomplexes. Zeigen sich in der Bundesrepublik und in Großbritannien Unterschiede hinsichtlich der Intensität und der Reichweite der Krisendiskurse der 1970er-Jahre und wie wurde »die Krise« von den parteipolitischen Akteuren der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen wahrgenommen? Wie waren die diskursiven Strategien der Krisenerzählung der konservativen und christdemokratischen Akteure vor dem Hintergrund der jeweiligen Krisenwahrnehmung strukturiert und mit welchen Deutungs- und Argumentationsmustern wurde »die Krise« bewusst erzeugt und politisch instrumentalisiert? Mit welchen Argumenten und rhetorischen Strategien wurden die jeweiligen Krisenlösungen angepriesen und welche sprachlichen Motive standen im Mittelpunkt der konservativen und christdemokratischen Krisennarrative?

Das konservative Narrativ der Krise konkurrierte ebenso wie das christdemokratische mit den Krisendeutungen und -lösungsansätzen des jeweiligen politischen Gegners, der Labour Party beziehungsweise der deutschen Sozialdemokratie, die in den 1970er-Jahren einen schwierigen Neuorientierungsprozess zu durchlaufen hatten.⁴¹ Damit stellt sich die Frage nach der Bedeutung der diskursiven Aus-

⁴⁰ Vgl. grundlegend *Thomas Mergel*, Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Ders./Jörg Baberowski (Hrsg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt am Main 2010, S. 9–22, bes. S. 13 sowie *Colin Hay*, Crisis and the structural transformation of the state. Interrogating the process of change, in: *British Journal of Politics and International Relations* 1, 1999, Nr. 3, S. 317–344, bes. S. 335; Ders., *Chronicals of a Death Foretold: The Winter of Discontent and Construction of the crisis of British Keynesianism*, in: *Parliamentary Affairs* 63, 2010, S. 446–470, bes. S. 464–466. Auf Hays Krisenbegriff aufbauend vgl. auch *Matthias Matthijs*, *Ideas and economic crises in Britain from Attlee to Blair (1945–2005)*, London/New York 2011, bes. S. 25–31.

⁴¹ Für die Labour Party vgl. etwa *Vernon Bogdanor*, 1974. The crisis of Old Labour, in: Anthony Seldon/Kevin Hickson (Hrsg.), *New Labour, old Labour. The Wilson and Callaghan governments, 1974–79*, London/New York 2004, S. 5–17; *Steven Fielding*, *The 1974–9 Governments and >New< Labour*, in: Seldon/Hickson (Hrsg.), *New Labour, old Labour*, S. 285–295; *Martin Holmes*, *The Labour government, 1974–79. Political aims and economic reality*, New York

einandersetzung mit dem jeweiligen politischen Gegner für die Strategien der Krisenerzählung der Mitte-Rechts-Parteien. Welche Rolle spielten der Plausibilitätsverlust des sozialdemokratisch-keynesianischen Paradigmas und die damit zusammenhängenden Orientierungskrisen der regierenden Mitte-Links-Parteien beider Länder in den 1970er-Jahren für die diskursiven Strategien der christdemokratischen und konservativen Akteure? Inwiefern konnten die Akteure der Mitte-Rechts-Parteien dabei von Polarisierungs- und Spaltungstendenzen profitieren, die vor allem den Marktdiskurs der Labour Party, aber auch den der SPD in den 1970er-Jahren prägten?

Bei der Beantwortung dieser Fragen wird herausgearbeitet, wie die als krisenhaft wahrgenommenen Erscheinungen der 1970er-Jahre von den Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens verarbeitet wurden und welche Konsequenzen dies für die Entwicklung ihrer Marktdiskurse hatte. Dabei wird ergründet, welches Verständnis von politischer Problembearbeitung diesseits und jenseits des Kanals jeweils zum Ausdruck kam. Lag den Krisenerzählungen ein konfliktorientierter oder konsensorientierter Ansatz zur Lösung politischer und ökonomischer Problemlagen zu Grunde? In diesem Fragenkomplex erscheint die Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre als »äußeres« Antriebsmoment für Verschiebungen in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien. Dabei stellt die in der Öffentlichkeit ausgetragene Auseinandersetzung um die Deutungshoheit mit dem politischen Gegner, der Labour Party beziehungsweise der SPD, den zentralen Schauplatz des Marktdiskurses dar. Auf dieser Ebene hing der Erfolg oder Misserfolg der verfolgten diskursiven Strategie vom Vermögen der parteipolitischen Akteure ab, die einzelnen Krisenmomente in ein kohärentes Krisennarrativ einzufügen.

Zweitens wird die Differenz zwischen den Parteitraditionen der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen mit Blick auf ihre Bedeutung für die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren beleuchtet. Mit dieser Fokussierung auf die »inneren« Triebkräfte für diskursive Grenzverschiebungen fragt die Studie nach parteispezifischen Begriffstra-

1985; Noel W. Thompson, *Political economy and the Labour Party. The economics of democratic socialism 1884–2005*, 2. Aufl., London 2006, S. 187–234; Andrew Thorpe, *A History of the British Labour Party*, 3. Aufl., Basingstoke 2008, S. 186–207; Kevin Hickson, *The IMF crisis of 1976 and British politics*, London/New York 2005; Mark D. Harmon, *The British labour government and the 1976 IMF crisis*, New York 1997. Zu den 1970er-Jahren als Jahrzehnt des wirtschaftlichen Strukturwandels in der Bundesrepublik, auf den die regierende SPD mit einer Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik reagierte, vgl. Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 416–492 sowie S. 569–763 sowie beispielsweise Susanne Miller/Heinrich Potthoff, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–2002*, 8., aktualisierte und erw. Aufl., Bonn 2002, S. 245–273; Tim Schanetzky, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin 2005, S. 161–252.

ditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten, die in den Marktdiskursen der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren wirksam wurden. Hatten die Mitte-Rechts-Parteien als langjährige Regierungsparteien wesentlich zum Aufbau der Nachkriegsordnungen beigetragen, befanden sie sich, in der Bundesrepublik ab 1969 und in Großbritannien ab 1974, in der Opposition und waren mit der Aufgabe konfrontiert, sich programmatisch neu auszurichten und an gewandelte Verhältnisse anzupassen.⁴² Weder innerhalb der britischen Konservativen noch innerhalb der deutschen Christdemokratie herrschte dabei Einmütigkeit hinsichtlich der Stoßrichtung der einzuleitenden politisch-programmatischen Neuausrichtungsprozesse. In den Volksparteien der rechten Mitte befanden sich die Parteiflügel miteinander im Widerstreit, sowohl über die Ursachen der »Krise« als auch über die Mittel, mit denen sie zu bekämpfen war. Der Ausgang dieser innerparteilichen Aushandlungsprozesse, in denen jeweils unterschiedliche Selbstverständnisse von Konservatismus und Christdemokratie aufeinanderprallten, war für die Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien entscheidend.

Damit verlagert sich der Hauptschauplatz des Marktdiskurses der Mitte-Rechts-Parteien von der Auseinandersetzung mit der gegnerischen Mitte-Links-Partei auf die Ebene der innerparteilichen Auseinandersetzung, in der die jeweiligen Parteiflügel und innerparteilichen Interessengruppen um die Deutungshoheit konkurrierten. Wie waren diese Kämpfe um die politische Deutungshoheit in den Marktdiskursen innerparteilich strukturiert und wie nahmen sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse in den Neuausrichtungsprozessen der Mitte-Rechts-Parteien aus? Was waren die Ausgangspunkte und Stoßrichtungen der konservativen und christdemokratischen Erneuerungsbestrebungen der 1970er-Jahre und wel-

⁴² Für die deutsche Christdemokratie vgl. *Frank Bösch*, Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 296–309; *Ders.*, *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2002, S. 29–44, S. 108–120, S. 207–218. *Daniel Schmidt*, »Die Gestige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung von »1968«, in: Franz-Werner Kersting (Hrsg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 85–107. Vgl. auch *Udo Zolleis*, *Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit*, Wiesbaden 2008, S. 129–182; *Hans-Otto Kleinmann*, *Geschichte der CDU. 1945–1982*, Stuttgart 1993, S. 315–378; *Peter Hoeres*, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: *VfZ* 61, 2013, S. 93–119. Für die britischen Konservativen vgl. grundlegend *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*. Vgl. auch die Beiträge in *Stuart Ball/Anthony Seldon* (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996; *Robert Saunders*, »Crisis? What crisis?« Thatcherism and the seventies, in: Ben Jackson/*Ders.* (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*. Cambridge 2012, S. 25–42; *E. H. H. Green*, *Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century*, New York 2002, S. 214–239; *Ders.*, *Thatcher*, London 2006.

cher Stellenwert kam einer gewandelten Marktbegrifflichkeit in diesen zu? Welche spezifisch konservativen und welche spezifisch christdemokratischen Begriffstraditionen schrieben sich dabei in den Marktdiskursen der sich Mitte-Rechts-Parteien fort? Diese Fragen rücken das christliche – vor allem das christlich-soziale – Element der deutschen Mitte-Rechtspartei, das in der Parteitradition der britischen Konservativen kaum eine Rolle spielte⁴³, ebenso in den Mittelpunkt des Interesses wie die christdemokratische Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft⁴⁴ und das für die Geschichte der britischen Tory-Partei charakteristische Spannungsverhältnis von konservativen und (markt)liberalen Elementen.⁴⁵ Auf dem Schauplatz der innerparteilichen Aushandlungsprozesse über die Ordnung des Verhältnisses von Markt und Staat geraten indes verschiedene politische Sprachen der jeweiligen Parteiflügel ins Blickfeld, die unter den Bedingungen eines sich wandelnden Diskurskontexts an die parteispezifischen Begriffstraditionen anschlussfähig sein mussten, damit sie innerparteilich diskursive Hegemonie entfalten konnten.

Im Mittelpunkt des *dritten* Fragenkomplexes stehen die Bemühungen um eine Intellektualisierung und Professionalisierung konservativer beziehungsweise christdemokratischer Politik, die für die Erneuerungsprozesse der Mitte-Rechts-Parteien Großbritanniens und der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren konstitutiv waren. Den Ausgangspunkt bildete der wahrgenommene Verlust der Deutungshoheit über die politische Sprache. In beiden Ländern waren die Akteure bestrebt, explizit »Sprachpolitik« zu betreiben, um die politische Deutungs-

⁴³ Auch die vergleichende Sozialstaatsforschung misst dem sogenannten *religious cleavage*, das in der Differenz zwischen der britischen Spielart des Konservatismus und der kontinentaleuropäischen Christdemokratie zum Ausdruck kommt, große Bedeutung für die Sozialstaatsgeschichte Deutschlands und Großbritanniens bei. Vgl. *Hans Günter Hockerts*, Einführung, in: Ders./Winfried Süß (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik und Großbritannien im Vergleich*, München 2010, S. 9–18, hier S. 15 f.

⁴⁴ Vgl. etwa *Friedrun Quaas*, *Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*, Bern 2000; *Nils Goldschmidt*, *Wirtschaft und Gesellschaft miteinander versöhnen. Protestantische Wurzeln und katholische Zweige der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Bernhard Löffler/Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos. Kulturgeschichtliche Entwicklungen in Westeuropa und den USA*, Bielefeld 2010, S. 205–220; *Ronald J. Granieri*, *Wohlstand oder Solidarität? Katholiken und Christdemokraten auf der Suche nach einer sozialen Marktwirtschaft*, in: Löffler/Hochgeschwender (Hrsg.), *Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos*, S. 221–235; *Mark Spoerer*, *Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft*, in: Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hrsg.), *Modell Deutschland: Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007, S. 28–43.

⁴⁵ Vgl. dazu *Dominik Geppert*, *Wie liberal ist der britische Konservatismus? Staat, Gesellschaft und Individuum in der Programmatik der Tory-Party im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Michael Großheim/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), *Staat und Ordnung im konservativen Denken*, Baden-Baden 2013, S. 210–229; *Ders.*, *Konservative Revolutionen? Thatcher, Reagan und das Feindbild des consensus liberalism*, in: Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015, S. 271–289.

hoheit zurückzugewinnen.⁴⁶ Die Sensibilisierung für Sprache innerhalb der CDU war mit der seit Ende der 1960er-Jahre auftretenden Aufmerksamkeit für Verschiebungen von Begriffsbedeutungen angesichts einer Soziologisierung beziehungsweise Verwissenschaftlichung der politischen Sprache durch die 68er-Bewegung verbunden.⁴⁷ Zusammen mit dem Wandel der politischen Sprache und dem Aufkommen neuer Begrifflichkeiten in der sozial-liberalen Koalition, die manche Impulse der 68er-Bewegung integriert hatte, hatte dies gewissermaßen zu einer Isolierung der Union von ihrer Wählerschaft geführt, die sie mithilfe einer Politik mit Sprache zu durchbrechen versuchte. Als neue Vorsitzende der Conservative and Unionist Party ab 1975 adaptierte Margaret Thatcher beispielsweise die Überlegungen Friedrich August von Hayeks, der dargelegt hatte, dass politischer Erfolg ohne den Sieg in einem langfristig angelegten »Kampf der Ideen« nicht möglich sei.⁴⁸ Wie von Hayek sah sie die kulturelle Hegemonie an die politische Linke verloren und hielt es daher für notwendig, einen »Krieg der Worte« zu führen.⁴⁹

In der Rückschau bilden die 1970er-Jahre also eine Zeit des politisch-programmatischen Ringens um die Neuausrichtung der Parteien, das gerade als Kampf um die Begriffe geführt wurde.⁵⁰ Den Mitte-Rechts-Parteien beider Länder schienen zu Beginn des Jahrzehnts die Begriffe abhandengekommen zu sein, weshalb den Bestrebungen zur Rückeroberung der begrifflichen Deutungshoheit in den pro-

⁴⁶ Für die CDU vgl. exemplarisch *Wolfgang Bergsdorf*, *Politik und Sprache*, München 1978; *Ders.* (Hrsg.), *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, Stuttgart 1979; *Ders.*, *Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland*, Pfuldingen 1983; *Manfred Behrens/Walther Dieckmann/Erich Kehl*, *Politik als Sprachkampf. Zur konservativen Sprachkritik und Sprachpolitik seit 1972*, in: Hans-Jürgen Heringer (Hrsg.), *Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*, Tübingen 1982, S. 216–265. Für die britischen Konservativen vgl. beispielsweise Margaret Thatcher, Rede vor den Finchley Conservatives, 31. 1. 1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102947> [18. 5. 2018]; Dies., Rede vor dem Conservative Central Council, Norwich, 20. 3. 1976, in: URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102990> [18. 5. 2018]; Nigel Lawson, *Thoughts on the coming battle*, 15. 10. 1973, in: URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/110312> [18. 5. 2018].

⁴⁷ Vgl. *Martin Wengeler*, »1968« als sprachgeschichtliche Zäsur, in: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995, S. 383–404; *Anja Kruke*, *Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren*, in: *AfS* 44, 2004, S. 293–326, hier S. 314.

⁴⁸ *Friedrich August von Hayek*, *Die Intellektuellen und der Sozialismus* (1949), wiederabgedr. in: *Schweizer Monatshefte* 5a, 1992, S. 41–54, hier S. 53 f.

⁴⁹ *Margaret Thatcher*, *Speech to Finchley Conservatives* (admits to being an »Iron Lady«), 31. 1. 1976, in: URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102947> [18. 5. 2018].

⁵⁰ Vgl. *Martina Steber*, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin 2017, bes. S. 81–105, S. 240–354, S. 359 f.

grammatischen Neupositionierungsdebatten ein zentraler Stellenwert beigegeben wurde. Dabei lag der Versuch nahe, von akademischen Konjunkturen und wissenschaftlichen Trends zu profitieren. Zu diesen gehörte ohne Zweifel der seit Mitte der 1960er-Jahre erkennbare Aufschwung neoliberaler Konzepte in den Wirtschaftswissenschaften, der in der Verleihung der Nobelpreise an von Hayek 1974 und an Milton Friedman 1976 zum Ausdruck kam. Vor diesem Hintergrund fragt der dritte Fragenkomplex nach diskursiven Wechselwirkungen zwischen dem internationalen Aufstieg des Neoliberalismus und den Intellektualisierungs- und Professionalisierungsbestrebungen der Mitte-Rechts-Parteien sowie nach der Bedeutung dieser Wechselwirkungen für die Entwicklung der Marktdiskurse der Parteien.

Mit dem Neoliberalismus kommt ein schillernder Begriff als Antriebsfaktor sich wandelnder parteipolitischer Marktdiskurse ins Blickfeld, der in der zeithistorischen Forschung nicht selten für Verwirrung gesorgt hat und daher lange Zeit vermieden wurde. Das Potenzial für Missverständnisse im Umgang mit dem Begriff liegt zunächst in der inhaltlichen Heterogenität des Neoliberalismus. Die emigrierte Österreichische Schule, die deutschen Ordoliberalen und die Chicagower Schule stellten unterschiedliche Strömungen dar, die je eigene Akzente setzten.⁵¹ Erschwerend kommt hinzu, dass Akteure, die sich zunächst zu dem Begriff bekannt hatten, sich seit den 1980er-Jahren zunehmend von ihm distanzieren.⁵² Mit den Worten Philipp Thers zielen »Kritiker und Analysten« des Neoliberalismus »somit auf ein ›moving target‹, wobei ein Teil des Problems in der öffentlichen Debatte darin liegt, dass zu viel geschossen und zu wenig analysiert wird.«⁵³ In den bei einer unreflektierten Verwendung des Begriffs entstehenden Unschärfen und Missverständnissen mag die Ursache dafür liegen, dass sich manche Historiker heute weiterhin dagegen aussprechen, Neoliberalismus als Interpretationsrahmen für die zeithistorische Forschung zu verwenden. So wurde und wird die Verwendung des Begriffs häufig mit dem Hinweis kritisiert, es handle sich bei Neoliberalismus in erster Linie um einen politischen Kampfbegriff, der lediglich polemisch zu gebrauchen sei.⁵⁴

⁵¹ Vgl. *Philip Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der »Mont Pèlerin Society«*, Stuttgart 2008, S. 4.

⁵² Philipp Ther verweist in diesem Zusammenhang auf Milton Friedman, der 1951 einen Aufsatz mit dem Titel »Neoliberalism and its Prospects« publiziert und sich damit zum Neoliberalismus bekannt hatte. Vgl. *Philipp Ther*, *Der Neoliberalismus*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 5.7.2016, URL: http://docupedia.de/zg/Ther_neoliberalismus_v1_de_2016?oldid=125519 [2.7.2018]. Der Aufsatz von Friedman ist online abrufbar unter URL: http://0055d26.netsol-host.com/friedman/pdfs/other_commentary/Farmand.02.17.1951.pdf. [2.7.2018].

⁵³ *Ther*, *Der Neoliberalismus*.

⁵⁴ Zuletzt hat Peter Hoeres an Anselm Doering-Manteuffels Konzept der »Zeitbögen« zur Strukturierung der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts Kritik geübt und argumentiert,

Eine reflektierte, analytische und wertneutrale Benutzung des Begriffs hält ungeachtet der angesprochenen Schwierigkeiten Erkenntnispotenzial für eine Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren bereit und eröffnet zudem Anknüpfungspunkte an aktuelle Forschungstrends zu drängenden Fragen einer »Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart«. ⁵⁵ Dazu bedarf es allerdings zunächst einiger Erläuterungen. So muss berücksichtigt werden, dass der Begriff einen semantischen Wandel durchgemacht hat. Dieser vollzog sich analog zu der ideologischen Schwerpunktverschiebung innerhalb des Neoliberalismus von der deutschen, ordoliberal und soziologisch orientierten Richtung, die in der Anfangsphase des Neoliberalismus eine wichtige Rolle gespielt hatte, zur amerikanischen, radikal-liberalen Richtung, die wieder dem wettbewerbspolitischen *Laissez-faire* zuneigte. ⁵⁶ In der diskursiven Auseinandersetzung bezieht sich »Neoliberalismus« in der Regel also auf seine angelsächsische Variante, jene politische Ökonomie des freien Marktes und des Minimalstaats, die sich vom kontinentaleuropäischen Kapitalismusmodell (rheinischer Kapitalismus) unterscheidet. ⁵⁷

Geht es in der vorliegenden Arbeit also um die Strahlkraft des aufsteigenden Neoliberalismus in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien Großbritanniens und der Bundesrepublik, so bezieht sich der Begriff – eingedenk seines semantischen Wandels – auf den *angelsächsischen* Neoliberalismus. Dieser wurde seit seiner frühen formativen Phase vor allem von Friedrich August von Hayek und in den 1960er- und 1970er-Jahren von Milton Friedman maßgeblich geprägt und vertreten. Ein sauber definierter, analytisch-wertneutral gebrauchter Neolibe-

der Begriff des Neoliberalismus sei für eine Charakterisierung des von den 1970er-Jahren bis in die Gegenwart hineinreichenden dritten Zeitbogens gänzlich ungeeignet, weil es sich um einen »polemischen, heutzutage rein pejorativ gebrauchten Begriff« der Publizistik handle. *Peter Hoeres*, Gefangen in der analytisch-normativen Westernisierung der Zeitgeschichte. Eine Kritik am Konzept der Zeitbögen, in: *VfZ* 63, 2015, S. 427–436, hier S. 430.

⁵⁵ Für das Konzept einer »Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart« vgl. *Hans Günter Hockerts*, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: *Historisches Jahrbuch* 113, 1993, S. 98–127. Für ein Leitkonzept der Problemgeschichte vgl. auch *Otto Gerhard Oexle* (Hrsg.), *Das Problem der Problemgeschichte 1880–1932*, Göttingen 2001.

⁵⁶ Vgl. *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 4.

⁵⁷ Die Neoliberalismusforschung hat die Unterschiede zwischen der angelsächsischen und der deutschen Ausprägung des Neoliberalismus deutlich herausgearbeitet. Vgl. *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*; *Iris Karabelas*, *Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2010, explizit S. 113. Dem entspricht die Unterscheidung zwischen »Rheinischem Kapitalismus« und »neo-amerikanischem Kapitalismus« beziehungsweise »liberaler Marktökonomie« in der Varieties of Capitalism-Debatte. Vgl. dazu *Peter A. Hall/David Soskice* (Hrsg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, New York 2001; *David Coates*, *Models of Capitalism. Growth and Stagnation in the Modern Era*, Cambridge 2000; *Michel Albert*, *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt am Main 1992.

ralismusbegriff kann in einer Analyse der konservativen und christdemokratischen Marktdiskurse in den 1970er-Jahren in dreierlei Hinsicht nutzbar gemacht werden.

Erstens ist er dazu geeignet, die qualitativen Unterschiede zwischen dem markt-radikalen Neoliberalismus angelsächsischer Prägung und dem deutschen Ordoliberalismus deutlich fassen zu können. Diese Unterschiede treten gerade in einer vergleichenden Analyse des konservativen und des christdemokratischen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren deutlich hervor. Darüber hinaus und damit zusammenhängend ermöglicht er *zweitens*, in der Frage nach Kontinuität und Wandel der westeuropäischen Industrienationen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu differenzierenden Einschätzungen zu gelangen. So kann die Phase des von den 1930er-Jahren bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts reichenden »Konsensliberalismus« von der darauffolgenden Epoche abgegrenzt werden⁵⁸ – eine Abgrenzung, die angesichts des seit den 1980er-Jahren deutlich hervortretenden, bis in die Gegenwart hinein andauernden historischen Wandels in den Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum geboten erscheint.

Ein *dritter* erkenntnistheoretischer Vorteil einer Nutzbarmachung des Neoliberalismus als analytischem Begriff besteht schließlich darin, dass der Blick für Unterschiede und Widersprüche zwischen der neoliberalen Ideologie und einer marktradikalen politischen Sprache, die – wie zu zeigen sein wird – keinesfalls identisch waren, sowie das Verständnis für die seit den 1980er-Jahren deutlich werdenden Unterschiede zwischen neoliberaler Sprache und konservativer Politik geschärft werden können. Einer Definition Philipp Thers zufolge bezeichnet der Neoliberalismus eine wirtschafts- und sozialpolitische Ideologie, die von einem »Idealbild freier, autonomer und sich ins Gleichgewicht bringender Märkte, rational agierender Marktakteure und einem individualistisch-materialistischen Menschenbild« getragen wird und auf eine Reduzierung der Rolle des Staates in der Wirtschaft und in den sozialen Sicherungssystemen zielt.⁵⁹ Als ideologischer Kern des Neoliberalismus kann der Marktradikalismus, oder, mit dem Ausdruck von Joseph Stiglitz, der »Marktfundamentalismus« angesehen werden.⁶⁰ Gleichzeitig wäre es aber verfehlt, den Neoliberalismus auf eine wirtschaftspolitische Agenda der Deregulierung und Privatisierung zu verengen. Neoliberalismus als analytischer Begriff und Interpretationsrahmen polit-ökonomischer und gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsprozesse zielt vielmehr auf die Beschreibung einer

⁵⁸ Vgl. dazu Doering-Manteuffels Konzept der »Zeitbögen«. *Anselm Doering-Manteuffel*, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: VfZ 62, 2014, S. 321–348.

⁵⁹ *Ther*, Der Neoliberalismus.

⁶⁰ *Joseph Stiglitz*, Freefall. America, Free Markets, and the Sinking of the World Economy, 2. Aufl., New York 2010, S. XIII.

weitergehenden, eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche betreffenden Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum seit den 1970er-Jahren, die bis in die Gegenwart andauert. Er betrifft den Wandel der Handlungslogiken nationaler wie internationaler politischer Institutionen, ihrer Zielsetzungen und Instrumente ebenso wie die von der sozialwissenschaftlichen Forschung beschriebene »Ökonomisierung« von Politik und Gesellschaft mit all ihren demokratie- und gesellschaftstheoretischen Implikationen.⁶¹ Ein synonymem Gebrauch der Begriffe Neoliberalismus und Marktradikalismus greift mithin ebenso zu kurz wie eine Bezeichnung des hier angedeuteten Wandels als »marktradikal« unter Vermeidung des Begriffs Neoliberalismus. Um zwischen einem parteipolitischen Marktradikalismus, etwa in Form des Thatcherismus oder der *Reagonomics*, und dem international ausgerichteten, von transnationalen Netzwerken und Expertenkulturen getragenen Neoliberalismus als weiter gefasstem ideologischem Prinzip unterscheiden zu können, werden in der Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren beide Begriffe verwendet.

Auf der Grundlage dieser definitorischen und konzeptionellen Überlegungen zum Neoliberalismusbegriff beleuchtet der dritte Fragenkomplex die Kontakte und Beziehungen der konservativen und christdemokratischen Akteure zu neoliberalen Denkern und Ökonomen, privaten Think Tanks und Interessengruppen und fragt nach diskursiven Verflechtungen zwischen der neoliberalen Außenwelt und den Innenwelten der Mitte-Rechts-Parteien. Damit werden die parteipolitischen Aushandlungsprozesse um die Ordnung des Verhältnisses von Markt und Staat um einen dritten Schauplatz erweitert. Wie groß war der Einfluss des internationalen neoliberalen Netzwerks auf die Neuausrichtungsprozesse der britischen Konservativen einerseits und der deutschen Christdemokratie andererseits? Inwiefern stellten die Bemühungen der konservativen beziehungsweise christdemokratischen Akteure um eine Professionalisierung und Intellektualisierung ihrer Politik »Einfallstore« für neoliberale Annahmen in die Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien dar? Welche Rolle spielten externe Intellektuelle, Theoretiker und Berater, Wissenschaftler und Think Tanks bei der Formulierung der sprachpolitischen Strategien der Parteien und welcher Stellenwert ist ihnen mit Blick auf Verschiebungen in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien zuzumessen?

⁶¹ *Ariane Leendertz*, *Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben?*, in: *VfZ* 65, 2017, S. 191–217, hier S. 213–217. Leendertz verweist in diesem Zusammenhang auf die Implementierung der Prinzipien des *New Public Management* in der Sozialverwaltung, die Institutionalisierung von Marktstrukturen und Wettbewerbsbedingungen an Hochschulen und Universitäten, die allgemeine Orientierung an Prinzipien der »neoliberalen Gouvernementalität«, den Aufstieg der *Public Choice*- und *Rational Choice*-Theorie oder der Humankapitaltheorie.

Was waren die Themen und Diskursfelder, über welche sich die Adaption neoliberaler Axiome vollzog und wo lagen die jeweiligen innerparteilichen Zentren neoliberaler Rezeption und Adaption?

Der Neoliberalismus ist durch einen dezidierten Internationalismus gekennzeichnet, mit dem sich von Beginn an ein global ausgerichtetes politisches Projekt verband.⁶² Er fußt auf einer transnationalen Expertenkultur, die vor allem von Wirtschaftswissenschaftlern geprägt wurde.⁶³ Der Aufschwung neoliberaler Konzepte in den Wirtschaftswissenschaften als »diskursiver Überbau« über nationale Grenzen hinweg impliziert auch die Frage nach transnationalen Diskursverflechtungen. Zeigen sich angesichts eines gemeinsamen internationalen Diskursrahmens diskursive Schnittpunkte und gegenseitige Bezugnahmen in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren? Obgleich die Frage nach transnationalen Diskursverflechtungen nicht im Zentrum der vorliegenden Analyse der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie steht, hält das beleuchtete Verhältnis zwischen neoliberaler Außenwelt und den Innenwelten der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren auch im Hinblick auf die von der internationalen beziehungsweise transnationalen Geschichtsschreibung betonte Frage nach der Bedeutung von internationalen Ideentransfers und transnationalen Kontakten Erkenntnispotenzial bereit.⁶⁴

⁶² In seiner ideengeschichtlichen Studie des Neoliberalismus hat Quinn Slobodian jüngst die globalpolitische Stoßrichtung herausgearbeitet, die den Neoliberalismus seit seinen Anfängen charakterisiert. Nach dem Zerfall von Imperien und Kolonialreichen sahen neoliberale Ökonomen in den 1920er- und 1930er-Jahren die kapitalistische Weltordnung durch Massendemokratie und die in souveränen Nationalstaaten aufflammenden Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit in Gefahr. Um die Mechanismen des freien Marktes vor den Eingriffen nationalstaatlicher Demokratien in einem globalen Maßstab zu schützen, setzten die Neoliberalen erfolgreich auf die Errichtung internationaler Organisationen und Institutionen – von der Internationalen Handelskammer bis zur Welthandelsorganisation. Vgl. *Quinn Slobodian*, *Globalists. The end of empire and the birth of neoliberalism*, Cambridge, Massachusetts/London 2018.

⁶³ Vgl. *Ther*, *Der Neoliberalismus*; *Daniel Stedman Jones*, *Masters of the universe. Hayek, Friedman, and the birth of neoliberal politics*, Princeton 2012.

⁶⁴ Für einen konzisen Überblick über Themen und Methoden der transnationalen Geschichte vgl. *Philipp Gassert*, *Transnationale Geschichte*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 16.2.2010, URL: https://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte?oldid=75537 [25.5.2018]. Für einen Beitrag zu einer internationalen bzw. transnationalen Geschichte des Konservatismus vgl. *Johannes Großmann*, *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945*, München 2014. Die transnationale und transfergeschichtliche Dimension des Diskurses um den Konservatismusbegriff in Europa betrachtet Martina Steber am Beispiel der Kooperation von britischen Konservativen und CDU/CSU. Vgl. *Steber*, *Die Hüter der Begriffe*, S. 367–422.

2. Forschungsstände, Anknüpfungspunkte und methodische Überlegungen

Mit der Frage nach den Grenzverschiebungen in den Marktdiskursen der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren verfolgt die Studie den Ansatz einer vergleichenden, kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung. Dieser ist dazu geeignet, das Wechselverhältnis zwischen diskursiven und semantischen Verschiebungen und sozioökonomischem Wandel zu untersuchen und nachzuvollziehen, wie die Grenzen des Sagbaren und damit auch des Machbaren⁶⁵ in den parteipolitischen Aushandlungsprozessen über die Ordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat im Umbruchjahrzehnt der 1970er-Jahre neu ausgelotet wurden.

Die Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens sind bislang nicht zum Gegenstand einer systematisch vergleichenden, quellengestützten historischen Untersuchung gemacht worden. Während für die Mitte-Links-Parteien bereits einige Studien vorliegen, die die Entwicklung der britischen Labour Party und der SPD von »klassischen« sozialdemokratischen Parteien hin zur »Marktsozialdemokratie« in einer vergleichenden Perspektive beschreiben⁶⁶, sich mit den sozialdemokratischen Reformdiskursen der Mitte-Links-Parteien Europas in den 1990er-Jahren auseinandersetzen⁶⁷ oder den Wandel sozialdemokratischer Programmatik seit den 1980er-Jahren in ländervergleichender Perspektive betrachten⁶⁸, sind derartige Ansätze in der Forschung zu den Mitte-Rechts-Parteien Deutschlands und Großbritanniens bislang kaum entwickelt und empirisch erprobt worden. Erste, für diese Arbeit inspirierende Ansätze lieferte Dominik Geppert in seinem die Marktbegriffe der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen vergleichenden Vortrag in der Sektion »Grenzverschiebungen. Historische Semantik der 1960er und 1970er Jahre im deutsch-britischen Vergleich« des Historikertags 2010 in Berlin. Für Geppert war das Ausbleiben einer marktradikalen Wende in der Bundesrepublik auch auf semantische Bedingtheiten und Begriffstraditionen zurückzuführen.⁶⁹ Was den Fall der deutschen Christdemokratie angeht, finden sich zu-

⁶⁵ Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart 1993.

⁶⁶ Vgl. *Nachtwey*, *Marktsozialdemokratie*.

⁶⁷ Vgl. *Jan Turowski*, *Sozialdemokratische Reformdiskurse*, Wiesbaden 2010.

⁶⁸ Vgl. *Matthias Sachs*, *Sozialdemokratie im Wandel. Programmatik Neustrukturierungen im europäischen Vergleich*, Wiesbaden 2011.

⁶⁹ Auf sprachlicher Ebene zeige sich eine bemerkenswerte Kontinuität des christdemokratischen Paradigmas der Sozialen Marktwirtschaft, deren semantische Ambivalenz insgesamt integrierend auf den christdemokratischen Aushandlungsprozess über das Verhältnis von Markt und Staat in den 1970er-Jahren gewirkt und tiefgreifenden Reformvorschlägen entgegengestanden habe, so

dem Anknüpfungspunkte in einem Aufsatz von Martin Wengeler aus dem Jahr 1995, der aus sprachgeschichtlicher Perspektive einen Überblick über die wirtschaftspolitischen Diskussionen und das Leitvokabular der bundesrepublikanischen Parteien von 1945 bis in die 1990er-Jahre hinein liefert.⁷⁰

Für den Neuausrichtungprozess der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren schließt die vorliegende Arbeit zudem an Dominik Gepperts Studie über »Thatchers konservative Revolution« und den »Richtungswandel der britischen Tories« von 1975 bis 1979 an.⁷¹ Mit Blick auf die für eine Analyse des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren zentralen Fragen nach dem Ansatz der politischen Problembearbeitung der Akteure, ihrer Auseinandersetzung mit den Grundannahmen der britischen Nachkriegsordnung sowie ihren Vorstellungen von einer wünschenswerten Ordnung des Verhältnisses von Markt und Staat im Kontext der tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Strukturkrise im Großbritannien der 1970er-Jahre hält Gepperts Arbeit über die Entstehung des Thatcherismus wichtige Erkenntnisse bereit, auf die die vorliegende Arbeit aufbaut. Gleichwohl liegt der vorliegenden Arbeit mit ihrer Konzentration auf die Marktdiskurse und der im Mittelpunkt stehenden Leitfragen sowohl inhaltlich als auch methodisch eine andere Schwerpunktsetzung zugrunde.⁷² Nicht zuletzt erweitert sie den Blick um eine konsequent vergleichende Perspektive, die in Gepperts Analyse zwar punktuell einfließt, jedoch nicht im Zentrum seiner Betrachtung steht.⁷³

Auf Vorarbeiten einer vergleichenden, kulturgeschichtlich erweiterten Parteien-geschichtsschreibung zu den Mitte-Rechts-Parteien Deutschlands und Großbritanniens kann somit kaum zurückgegriffen werden. Die vergleichende Analyse der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren betritt in thematischer und methodischer Hinsicht Neuland. Die vorliegende Studie schließt allerdings an das Forschungsprogramm

Geppert. Vgl. den Tagungsbericht in *Gabriele Metzler/Michael Wildt* (Hrsg.), *Über Grenzen*. 48. Deutscher Historikertag in Berlin 2010. Berichtsband, Göttingen 2012, S. 162–166, hier S. 164.

⁷⁰ Vgl. *Martin Wengeler*, »Der alte Streit ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹ ist vorbei«. Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen, in: *Georg Stötzel/Martin Wengeler* (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995, S. 35–91.

⁷¹ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*.

⁷² In Gepperts Arbeit steht die Frage im Mittelpunkt, welche Rolle Margaret Thatcher als Oppositionsführerin von 1975 bis 1979 bei der Herausbildung des Thatcherismus spielte. Dabei werden Thatchers Ziele und ihr Menschenbild ebenso behandelt wie ihre Ansätze zur Lösung der britischen Strukturkrise, das geistige Umfeld, das die Politikerin beeinflusste und unterstützte und die innerparteilichen Widerstände, die Thatcher entgegenzutreten. Vgl. *ebd.*, S. 14–16.

⁷³ Für die punktuell aufgegriffene vergleichende Perspektive vgl. vor allem Gepperts Schlussbetrachtung, *ebd.*, S. 417–434, bes. S. 427 ff.

einer neuen, kulturgeschichtlich erweiterten Politikgeschichte an, die mittlerweile in zahlreichen, ganz unterschiedlichen programmatischen Zuschnitten etabliert ist.⁷⁴ Diesen in ihren Fragestellungen und theoretisch-methodischen Modellierungen äußerst heterogenen Ansätzen ist gemein, dass sie aus einem kulturgeschichtlichen Blickwinkel »das Politische« als kommunikatives Handeln begreifen und die in der klassischen Politikgeschichte festgeschriebene Verengung des Politikbegriffs auf staatliches Handeln ablehnen. Eine »allgemeine, überzeitliche Definition des Politischen, die sich etwa auf bestimmte Gegenstandsbereiche konzentriert«, erscheint in dieser Perspektive »weder möglich noch sinnvoll.«⁷⁵ Nach einer Definition Achim Landwehrs konstituieren »das Politische« vielmehr »sämtliche Praktiken, Kommunikationen, Rituale, Symbole, Aussagen etc., die sich in der einen oder anderen Weise auf die Fragen der Einrichtung des Sozialen beziehen.«⁷⁶

Ein derart weit gefasster Politikbegriff ist nicht ohne Kritik geblieben und auch innerhalb jenes Paradigmas der neuen Politikgeschichte sind interne Differenzierungen zu beobachten.⁷⁷ Die Vertreter einer traditionelleren Politikgeschichte beharren auf einem essentialistischen Zugriff, wonach es gleichsam »hinter« der Geschichte stehende Dinge gebe, die nicht historisierbar und deshalb einem symbolischen Zugriff nicht zugänglich seien.⁷⁸ In dieser Sichtweise behandeln kultur-

⁷⁴ Für neuere, aus der deutschsprachigen Diskussion kommende Überblicke vgl. *Tobias Weidner*, Die Geschichte des Politischen in der Diskussion, Göttingen 2012; *Thomas Mergel*, Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=123563 [13.8.2018]; *Andreas Rödder*, Klios neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: HZ 283, 2006, S. 657–688.

⁷⁵ *Ute Frevert*, Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: Dies./Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main 2005, S. 7–26, hier S. 14. Vgl. auch grundlegend *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28, 2002, S. 574–606, bes. S. 587; *Ders.*, Kulturgeschichte der Politik; *Barbara Stollberg-Rilinger*, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005, S. 9–24; *Achim Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85, 2003, S. 71–117.

⁷⁶ *Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen, S. 104.

⁷⁷ Vgl. *Mergel*, Kulturgeschichte der Politik; *Ders.*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, S. 601–606.

⁷⁸ Vgl. *Mergel*, Kulturgeschichte der Politik. Insbesondere der »Macht« wird der »Rang eines Essentials« zugesprochen, womit sie sich einem »ausschließlich kulturalistischen Zugriff« entziehe. So *Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas*, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 1–12, hier S. 2 und S. 4. Mehrere der in dem Sammelband vertretenen Beiträge zeigen sich für kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Anregungen allerdings durchaus offen. So etwa *Bernhard Löffler*, Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Kraus/Nicklas (Hrsg.), Geschichte der Politik, S. 155–180; *Eckart Conze*, Jen-

geschichtliche Zugänge lediglich das bloße Beiwerk zur wirklichen Politik, wobei die »eigentlichen«, die »wichtigen« Entscheidungsprozesse und Machtzusammenhänge nicht erfasst werden. Auch die Protagonisten der Sozialgeschichte standen kulturgeschichtlichen Ansätzen lange Zeit reserviert gegenüber. Der meist erhobene und zugleich älteste Einwand, den nicht nur die Vertreter einer traditionellen Politikgeschichte, sondern gerade auch die Protagonisten der Sozialgeschichte vor dem Hintergrund des sich in den 1980er- und 1990er-Jahren vollziehenden *cultural turn* an die Adresse kulturhistorischer Zugänge gerichtet haben, ist der einer weitgehenden Unbestimmtheit beziehungsweise Beliebigkeit. Dieser Einwand ging aus sozialgeschichtlicher Perspektive mit dem Vorwurf der mangelnden Empirie und mit der Kritik einher, die Neue Kulturgeschichte⁷⁹ spare die »harten« Themen von Politik, Wirtschaft oder der sozialen Ungleichheit aus.⁸⁰

Die vergleichende Analyse der Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren fühlt sich indes einer kulturgeschichtlich erweiterten Politik- und Parteigeschichtsschreibung verpflichtet, die etablierte Themen der Politikgeschichte aus neuen Perspektiven und unter neuen Fragestellungen betrachtet und dabei gerade die »harten« Themen von Politik, Staat, Wirtschaft und Parteien ins Zentrum des Interesses rückt. Sie setzt auf das Verständnis von Kulturgeschichte als eine offene, anschlussfähige Methode, die nicht in erster Linie neue Gegenstände thematisieren will⁸¹, sondern – und in diesem Punkt trifft sie sich mit dem von Thomas Mergel vorgeschlagenen Konzept einer »Kulturgeschichte der Politik«⁸² – hergebrachtes politisches Handeln und politische Institutionen vor Augen hat und mit kulturhistorischen Fragen neue Er-

seits von Männern und Mächten. Geschichte der internationalen Politik als Systemgeschichte, in: ebd., S. 41–66.

⁷⁹ Vgl. Ute Daniel, *Clio unter Kulturschock*. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 48, 1997, S. 195–219, S. 259–278; *Dies.*, *Kompendium Kulturgeschichte*. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt am Main 2001.

⁸⁰ Vgl. Mergel, *Kulturgeschichte der Politik*. So Hans-Ulrich Wehler, der zum frühen Chefkritiker der Neuen Kulturgeschichte von sozialgeschichtlicher Warte aus avancierte. Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Kommentar, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hrsg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft*. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 351–366, bes. S. 353.

⁸¹ Vgl. dazu diejenigen Ansätze, die den Begriff »Kulturgeschichte des Politischen« bevorzugen. Diese verstehen unter »Politik« je unterschiedliche zu historisierende Gegenstände« und erheben »die Dekonstruktion dieser begrifflichen Masse zum Programm.« Mergel, *Kulturgeschichte der Politik*. Für das Programm einer »Kulturgeschichte des Politischen« vgl. die Beiträge in *Stollberg-Rilinger* (Hrsg.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?* sowie *Landwehr*, *Diskurs – Macht – Wissen*. Diesem Programm folgen auch solche Ansätze, die unter dem Label »Neue Politikgeschichte« firmieren. Vgl. Frevert, *Neue Politikgeschichte*.

⁸² Vgl. grundlegend Mergel, *Kulturgeschichte der Politik* sowie *Ders.*, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, bes. S. 605f.

kenntnisse zutage fördern will. Der hier verfolgte Ansatz einer vergleichenden Analyse der parteipolitischen Marktdiskurse versteht sich in diesem Sinne nicht als »Ersatz für das Alte«⁸³, sondern macht Fragen und Methoden eines kulturgeschichtlichen Zugangs für eine vergleichende Parteiengeschichtsschreibung nutzbar.

Mit den vielfältigen Ansätzen einer kulturgeschichtlich erweiterten Geschichtsschreibung des Politischen teilt die vorliegende Studie dabei die grundlegende Prämisse der wirklichkeitskonstruierenden Bedeutung der Sprache.⁸⁴ Indem sie davon ausgeht, dass Wirklichkeit in Verständigungsprozessen hergestellt wird und – mit Blick auf die zur Untersuchung der Fragestellung zur Verfügung stehenden Quellen – primär danach fragt, was »sagbar« ist, kann es ihr nicht darum gehen zu ergründen, welche »wahre« Wirklichkeit hinter den Worten liegt, »denn die Worte sind gewissermaßen selbst die (genauer: eine) Realität.«⁸⁵ Bei den zu untersuchenden parteipolitischen Marktdiskursen handelt es sich demnach nicht um bloßes, sprachliches Beiwerk einer außerhalb zu verortenden, »wirklichen« Politik. Vielmehr zeigt ihre Analyse, wie die diskursiven Grenzverschiebungen in den Verständigungsprozessen der konservativen und christdemokratischen Akteure über das Verhältnis von Markt und Staat politische Äußerungs- und Handlungsmöglichkeiten determinierten und somit unterschiedliche politische Realitäten in den Vergleichsländern konstituierten. Mit ihren Fragen nach den politischen Problemwahrnehmungen der parteipolitischen Akteure, nach den sozioökonomischen Zusammenhängen, in denen sich die politische Problembearbeitung vollzog, nach konkurrierenden Deutungsmustern und Krisennarrativen sowie nach den sprachlichen Strategien, die den diskursiven Grenzverschiebungen in den Marktdiskursen der Parteien zu Grunde lagen, wird die kulturgeschichtliche Erweiterung des die vorliegende Studie leitenden Ansatzes der Politik- und Parteiengeschichtsschreibung deutlich.⁸⁶

⁸³ Vgl. ebd.

⁸⁴ Thomas Mergel weist zurecht daraufhin, dass die Beschäftigung mit politischen Sprachen nicht erst mit der kulturgeschichtlich erweiterten, neuen Politikgeschichte begann, sondern dass es in den deutschen Geisteswissenschaften eine lange Tradition des Deutens von Sprache und der Betonung der Sprachlichkeit des Seins gibt, die vor allem mit dem hermeneutischen Ansatz Hans-Georg Gadamers verbunden ist. Vgl. *Mergel*, *Kulturgeschichte der Politik*. Zu dieser maßgeblich von Gadamer begründeten Tradition vgl. *Andreas Rödder*, *Sicherheitspolitik und Sozialkultur. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Geschichtsschreibung des Politischen*, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.), *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*, München 2007, S. 95–125, hier S. 106 ff.

⁸⁵ *Mergel*, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, S. 589.

⁸⁶ Zum Programm und den Fragestellungen einer »Kulturgeschichte der Politik« vgl. ebd., bes. S. 593.

Die Annahme von der wirklichkeitskonstituierenden Qualität der Sprache teilt die vorliegende Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien gerade mit Blick auf den ihr zu Grunde gelegten Krisenbegriff, der Krisen vor allem als Wahrnehmungspänomene auffasst.⁸⁷ Colin Hay hat argumentiert, Krisen seien »above all public constructions [...] [which] need bear no direct correspondence with the symptoms they narrate«. Damit meinte er nicht, dass Krisen unecht oder nicht real seien; jedoch bedürften sie in jedem Fall eines aktiven Prozesses der Narration, in dem sich die »Rohmaterialien« der Krise bündeln und mit Bedeutung aufgeladen werden.⁸⁸ Demnach müssen Krisen konstruiert und in einem kohärenten Narrativ »erzählt« werden, das auf breite Resonanz stößt, Deutungshoheit erzeugt und damit die Notwendigkeit eines Politikwechsels begründet.⁸⁹ Aufbauend auf Reinhart Kosellecks Krisenbegriff⁹⁰ betont auch Thomas Mergel die Wahrnehmungsdimension von »Krisen« als diskursive Konstrukte: »Strukturelle Momente, deren Bedeutung bei der Generierung von Krisen nicht abgestritten werden soll, werden erst in dem Moment sichtbar, da sie diskursiv in ein Modell von Vertrauensverlust, Dringlichkeit, Unsicherheit und der Notwendigkeit von Entscheidungen eingebunden werden.«⁹¹ Die Krise setzt Beschleunigungsprozesse in Gang. Krisen sind »essentielle Momente, in denen plötzlich die Zukunft als ungewiss empfunden wird, man aber nicht viel Zeit hat, um sich ein genaues Urteil zu bilden und in Ruhe entscheiden zu können.«⁹² Dabei bilden sie einen Schwellenzustand des Übergangs vom Alten zum Neuen. In den Worten Antonio Gramscis: »The crisis consists precisely in the fact that the old

⁸⁷ Für einen Überblick über verschiedene Krisen-Konzepte und ihre Verwendung als analytische Kategorie in der Geschichtswissenschaft vgl. *Rüdiger Graf/Konrad H. Jarausch*, »Crisis« in *Contemporary History and Historiography*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 27.3.2017, URL: http://docupedia.de/zg/Graf_jarausch_crisis_en_2017?oldid=127998 [12.8.2018].

⁸⁸ *Hay*, *Chronicals of a Death Foretold*, S. 464–466 (beide Zitate).

⁸⁹ Auf Hays Krisen-Konzept aufbauend vgl. *Matthijs*, *Ideas and economic crises in Britain*, bes. S. 25–31.

⁹⁰ Anders als in sozialhistorischer Perspektive ist die Krise für Koselleck nicht Ergebnis von systemischen Ungleichgewichten, sondern in erster Linie eine Tochter der Kritik. In diesem Verständnis ist sie Resultat des Plausibilitätsverlusts des alten Ordnungsmodells durch das Aufkommen neuer Denkmöglichkeiten. Koselleck hat dies in seiner Dissertation anhand der Kritik der Aufklärer am absolutistischen Regime vor der französischen Revolution deutlich gemacht. Vgl. *Reinhart Koselleck*, *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, 6. Aufl., Frankfurt am Main 1989 (zuerst 1959).

⁹¹ *Mergel*, *Krisen als Wahrnehmungspänomene*, S. 13.

⁹² Ebd. So auch bereits bei *Reinhart Koselleck*, *Krise*, in: *Otto Brunner/Werner Conze/Ders.* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1995, S. 617–650, bes. S. 625.

is dying and the new cannot be born.«⁹³ In diesem Moment prallen konkurrierende Deutungsmuster und Sprechformen aufeinander; unterschiedlichste Krisenüberwindungsvorschläge werden gemacht. Es stellt sich eine gewisse Gleichheit der Aussagen ein, indem nun auch Positionen geäußert werden können, die bislang als zu radikal angesehen wurden und nur als diskursive Randerscheinungen wahrnehmbar waren. Welches Lösungsangebot schließlich die Oberhand gewinnt, hängt – so kann man formulieren – von der Fähigkeit der Akteure ab, eine politische Sprache zu entwickeln, welche die unterschiedlichen, mitunter voneinander unabhängigen Problemlagen in einem schlüssigen und einheitlichen Krisennarrativ bündelt. »The mobilization of perceptions of crisis«, so Hay, »involves the formulation and triumph of a simplifying ideology which must find and construct points of resonance with a multitude of individuated experiences of state and economic failure.«⁹⁴ Die politische Sprache einer in diesem Sinne erfolgreichen Krisenerzählung ist dabei sowohl Instrument der Subversion alter Gewissheiten als auch Blaupause für eine neue Politik.

Hier werden die Wirkmächtigkeit des Diskurses und die gestaltende Qualität der politischen Sprache deutlich. Letztere stellt das Hauptmedium dar, mit welchem politische Parteien eine öffentliche Identität kreieren. Philip Williamson, der die politische Sprache Stanley Baldwins untersucht hat, hat in diesem Sinne bemerkt, »politicians are what they speak and publish. [...] They aim to persuade their audiences to want, expect, or fear new things – or old things for new reasons, or new things for old reasons. [...] By these means they not only shape opinions on particular issues, but create more lasting political identities and electoral alliances.«⁹⁵ Die politische Sprache ist also nicht bloß das Vehikel, in dem Realität vermittelt wird. Die Entfaltung diskursiver Hegemonie ergibt sich vielmehr aus der erfolgreichen Wechselwirkung einer politischen Sprache, welche die Annahmen und Interessen der politischen Akteure transportiert, mit ihrem diskursiven Kontext, den die politischen Akteure gewissermaßen selbst »erzählen«, um den Raum für ihre Politik zu reorganisieren.⁹⁶ »It is by this means«, so Williamson, »that a political >centre< or >consensus< may come into existence – not simply

⁹³ *Antonio Gramsci*, Gefängnishefte, Bd. 6, Hamburg 1992 (§ 53, Punkte zum Nachdenken über die Ökonomie), hier zit. nach: *Ders.*, *Selections from the Prison Notebooks*, hrsg. und übersetzt von Quintin Hoare und Geoffrey Nowell-Smith, London 1971, S. 276.

⁹⁴ *Hay*, *Crisis and the structural transformation of the state*, S. 335.

⁹⁵ *Philip Williamson*, *Stanley Baldwin: Conservative Leadership and National Values*, Cambridge 1999, S. 15 f. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Andrew Hindmoor, der die erfolgreiche Neudefinition der politischen »Mitte« durch Tony Blairs *New Labour* analysiert. *Andrew Hindmoor*, *New Labour at the Centre: Constructing Political Space*, New York/Oxford 2004, S. 7 ff.

⁹⁶ Vgl. *Robert Saunders*, »Crisis? What crisis?«. Thatcherism and the seventies, in: Ben Jackson/Ders. (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 25–42, hier S. 26.

from the momentum of events or structural change, but by the constructive and collective efforts of successful politicians [...].«⁹⁷

Dass historischer Wandel in Diskursen, Begriffen und Ideen zum Ausdruck kommt und durch diese erst erfahrbar wird, und dass Diskurse, Begriffe und Ideen ihrerseits die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit mitprägen, gehört zu den zentralen Erkenntnissen der Geistes- und Sozialwissenschaften. Für die im Zentrum der Fragestellung stehende, komplizierte Dreiecksbeziehung zwischen realhistorischem Wandel, der Erfahrung der historischen Akteure in diesem Wandel und der sprachlichen Fixierung beider⁹⁸ halten zunächst die Koselleck'sche Begriffsgeschichte und die britische *intellectual history* in ihrer Tradition von Quentin Skinner und John G. A. Pocock theoretisches Erklärungspotenzial bereit. Im Zuge einer methodischen und konzeptionellen Neuorientierung der traditionellen politischen Ideengeschichte seit den 1960er-Jahren betonten die Vertreter beider Richtungen die historische Kontextgebundenheit politischer Ideen und die Eigendynamik der Sprache als Vehikel von Ideen, Ausdrucksform von Erfahrungen und Interessen. Für Koselleck waren Begriffe – verstanden nicht als singuläre Begriffe, sondern als semantische Felder, Ideen oder Konzepte – sowohl Indikatoren als auch eigenständige Faktoren historischer Veränderung. »Begriff« und »Realität« stehen damit in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis.⁹⁹ Indem Koselleck die Kategorien »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« einführt¹⁰⁰, gerät zudem für die Erklärung von Handlungsmotiven und Entscheidungen die Perspektive der Zeitgenossen, mithin der konkrete, zeitgebundene historische Kontext ins Blickfeld.¹⁰¹

Auch die sogenannte Cambridge School mit ihren Hauptvertretern Quentin Skinner und John G. A. Pocock wählte bei ihrer Neubetrachtung der Geschichte der politischen Theorie¹⁰² einen dezidiert historischen Zugang, indem nach dem

⁹⁷ *Williamson*, Stanley Baldwin, S. 16.

⁹⁸ Vgl. *Lutz Raphael*, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, 2. durchges. Aufl., München 2010, S. 169.

⁹⁹ Vgl. etwa *Stefan Jordan*, *Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft*, Paderborn 2009, S. 123 ff.; *Achim Landwehr*, *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt am Main 2008, S. 31 ff., bes. S. 36. Vgl. auch *Raphael*, *Geschichtswissenschaft*, S. 165 ff.

¹⁰⁰ *Reinhard Koselleck*, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: Ders. (Hrsg.), *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1979, S. 349–375.

¹⁰¹ Zum Ansatz der deutschen Begriffsgeschichte vgl. grundlegend *Reinhard Koselleck*, *Einleitung*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Ders. (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII.

¹⁰² Vgl. grundlegend *Quentin Skinner*, *The Foundations of Modern Political Thought*, 2 Bde., Cambridge 1978; *John G. A. Pocock*, *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton 1975.

gesellschaftlichen Kontext gefragt wurde, in dem Ideen – diese nicht mehr verstanden im Sinne des Historismus als überzeitliche Entitäten, sondern als historisierbare Sprachhandlungen – entstehen.¹⁰³ Unter Kontext verstand Skinner vor allem Intertextualität: Texte nehmen Bezug auf andere Texte, rekurrieren auf deren Prämissen und Argumente, provozieren neue Texte, bilden also miteinander einen Gesprächszusammenhang, einen sprachlich artikulierten »Diskurs« (*»discourse«*).¹⁰⁴ Diese »Diskurse« wurden als politische Realitäten eigener Art ernstgenommen und sprachliche Äußerungen aller Art als soziale Handlungen begriffen, die etwas bewirken wollen und können. Diese grundlegenden Überlegungen über die Relevanz des historischen Kontexts für die Produktion von Begriffen, Konzepten und Ideen sowie über die gestalterische Qualität von Sprache stellen erste theoretische Prämissen für eine Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien vor dem Hintergrund des sozioökonomischen Wandels der 1970er-Jahre dar.

Die in der Koselleck'schen Begriffsgeschichte und der *intellectual history* in der Tradition von Skinner und Pocock bereits angelegte Auflösung des Gegensatzes von Sprechen und Handeln lenkt die Aufmerksamkeit zwangsläufig auf die Bedeutung von politischen Diskursen und politischer Sprache, die in der kulturgeschichtlich orientierten Politikgeschichte besondere Berücksichtigung findet.¹⁰⁵ Für die der vorliegenden Untersuchung zu Grunde liegende Prämisse des Wirklichkeitskonstituierenden Charakters von Sprache hält zuletzt die maßgeblich auf den Werken von Michel Foucault aufbauende historische Diskursanalyse weiteres Erkenntnispotenzial bereit. Letzterer zufolge muss Sprache zum Gegenstand der historischen Analyse gemacht werden, »weil sie sich keinesfalls als Hülle verstehen lässt, welche die Bedeutungen umgibt [...]. Sprache ist vielmehr Handlung, und zwar Handlung, die Welt erschafft.«¹⁰⁶ Die sprachlich erzeugte Wirklichkeit tritt uns dabei diskursiv vermittelt gegenüber: »Wirklichkeit und Wissen sind Ergebnisse sozialer Konstruktionsprozesse, das heißt Gesellschaften statt ihrer Umwelt mit bestimmten Bedeutungsmustern aus, erkennen bestimmte Sichtweisen auf diese Umwelt als Wissen an (während andere als Aberglaube oder Unsinn abqualifiziert werden) und objektivieren Elemente zu einer Wirklichkeit, der man nicht mehr ansehen kann, dass sie historisch entstanden und alles andere als

¹⁰³ Vgl. Barbara Stollberg-Rilinger, Einleitung, in: *Dies.* (Hrsg.), *Ideengeschichte*, Stuttgart 2010, S. 7–42, hier S. 20–24; Landwehr, *Historische Diskursanalyse*, S. 40 ff.

¹⁰⁴ Der Diskursbegriff der Cambridge School ist dabei nicht zu verwechseln mit dem Foucault'schen Diskursbegriff, vgl. dazu unten.

¹⁰⁵ Vgl. Mergel, *Kulturgeschichte der Politik*; *Ders.*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, bes. S. 598 ff.

¹⁰⁶ Landwehr, *Historische Diskursanalyse*, S. 23.

naturnotwendig ist.«¹⁰⁷ Mit der historischen Diskursanalyse teilt der hier verfolgte Ansatz einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung die Annahme der unauflösbaren Verknüpfung von Diskurs und Macht, die über Sprache ausgeübt wird. Diskurse organisieren sprachliche und andere Praktiken, sie »regeln das Sagbare, Denkbare und Machbare«¹⁰⁸ und sind dabei unmittelbar an die Kategorie der Macht gekoppelt.¹⁰⁹ Die politischen Sprachen der parteipolitischen Akteure definieren diskurstheoretisch gesprochen »die Wahrheit und üben somit gesellschaftliche Macht aus.«¹¹⁰ Diese Definitionsmacht von Diskursen ist immer umstritten und politisch umkämpft.¹¹¹ Mit Blick auf die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien im Untersuchungszeitraum geht es somit nicht nur um die Ausbreitung bestimmter Ordnungsentwürfe, sondern auch um Prozesse der systematischen, wenn auch nicht unbedingt intendierten Verdrängung konkurrierender Deutungsmuster und auf diesen aufbauenden Ordnungsvorstellungen. Mit diesen Prämissen ist ein diskurstheoretischer Ansatz nicht zuletzt dazu geeignet, die bereits zeitgenössische Sensibilisierung für Sprache auf einer übergeordneten Ebene der Analyse fassen und so auch die »Sprachpolitik« der 1970er-Jahre historisieren zu können.¹¹²

Die in den Marktdiskursen der Parteien hervortretenden Ordnungsentwürfe können dabei nicht als kohärente und wissenschaftlich-analytischen Anforderungen standhaltende Ideengebäude aufgefasst werden, sondern sie stellen politisch-ideelle Sinnstiftungsleistungen dar, die es den Menschen möglich machen, heterogene Erfahrungen und Daseinskontingenzen zu bewältigen; sie strukturieren – im begriffsgeschichtlichen Vokabular ausgedrückt – die Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte.¹¹³ Damit wird gleichzeitig deutlich, dass es bei einer Analyse der

¹⁰⁷ Ebd., S. 18 f.

¹⁰⁸ Ebd., S. 21, 78, 98 f.

¹⁰⁹ Für die Verknüpfung von Diskurs und Macht vgl. grundlegend Foucaults Antrittsvorlesung am Collège de France in Jahr 1970. *Michel Foucault, Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt am Main 1991.

¹¹⁰ Ebd., S. 73.

¹¹¹ Vgl. ebd. sowie *Hannelore Bublitz, Diskursanalyse als Gesellschafts->Theorie<. »Diagnostik« historischer Praktiken am Beispiel der »Kulturkrisen«-Semantik und der Geschlechterordnung um die Jahrhundertwende*, in: Dies./Andrea Bührmann/Christine Hanke/Andrea Seier (Hrsg.), *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 22–48, hier S. 25.

¹¹² Dass Sprache soziales Handeln bedeutet und sich die sozialen und politischen Gegebenheiten durch Sprache beeinflussen lässt, hatte auch die Politik in den 1970er-Jahren verstanden. Dies zeigt die oben angesprochene Institutionalisierung von »Sprachpolitik« durch die politischen Parteien, die darauf ausgelegt war, in der politischen Auseinandersetzung Begriffe zu besetzen und die sprachliche Deutungshoheit zu erlangen.

¹¹³ Vgl. *Reitmayer, Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009, S. 32 f.

Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien nicht um Ideologiekritik gehen kann. Die Marktdiskurse werden nicht im Hinblick auf ihren mangelnden Wahrheitsgehalt kritisiert, sondern im Hinblick auf ihre historische Bedeutung für Kontinuität und Wandel in den Nachkriegsgesellschaften Deutschlands und Großbritanniens erklärt und historisiert.

Zudem sollte deutlich werden, dass es sich bei der vorliegenden Untersuchung der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren um weit mehr handelt als um einen Beitrag zur Programmdiskussion der Parteien. Vielmehr will sie mit ihren Leitfragen in einem viel umfassenderen Sinne beleuchten, *wie* Parteipolitik überhaupt funktioniert und welche Bedeutung ihr für historischen Wandel zukommt. Zwischen dem hier verfolgten Ansatz einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung und der historischen Diskursanalyse bestehen insofern Ähnlichkeiten der Ziele, als die Untersuchung auch danach fragt, welche Aussagen an einem bestimmten historischen Zeitpunkt an welchem Ort auftauchen oder nicht auftauchen und welche historischen Umstände dazu geführt haben, dass bestimmte Kernaussagen und Argumentationsmuster gesellschaftliche Hegemonie gewinnen konnten.¹¹⁴ Die zentrale Aussage diskurstheoretischer Zugänge, dass die Grenzen des Sagbaren eben auch Grenzen des Machbaren sind¹¹⁵, unterstreicht die These der Arbeit, dass die sich in Großbritannien und in Deutschland unterscheidenden politischen Entwicklungen maßgeblich mit semantischen Bedingtheiten und begriffstraditionellen Pfadabhängigkeiten in Verbindung zu bringen sind.

Gleichwohl grenzt sich der hier verfolgte Ansatz methodisch-konzeptionell von einem diskursanalytischen Zugriff strenger Observanz ab. Dies betrifft *erstens* die Akteurszentriertheit der vorliegenden Untersuchung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien. Wie zurecht festgestellt worden ist, treten in der Perspektive der streng an Foucault orientierten historischen Diskursanalyse¹¹⁶ gerade die spezifischen Handlungen der Akteure in dem jeweiligen historischen Kontext und die Produktion von Ordnungsentwürfen in einem Spiel von Angebot und Nachfrage gegenüber einem System letztlich selbstständig >handelnder< Diskurse in den Hintergrund.¹¹⁷ Hier wird dagegen davon ausgegangen, dass die parteipoliti-

¹¹⁴ Vgl. *Landwehr*, Historische Diskursanalyse, S. 68, S. 70.

¹¹⁵ Vgl. *Achim Landwehr*, Diskurs und Diskursgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Diskurs_und_Diskursgeschichte?oldid=122557 [11.9.2018].

¹¹⁶ Vgl. dazu vor allem den diskurstheoretischen Ansatz von Achim Landwehr. *Landwehr*, Historische Diskursanalyse; *Ders.*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen 2001.

¹¹⁷ Vgl. *Reitmayer*, Elite, S. 43f. Dieser Einwand lässt sich auch an die Adresse der Koselleck'schen Begriffsgeschichte formulieren. Durch die weitgehende Textimmanenz begriffsgeschichtlicher Studien entsteht zumindest der Eindruck, dass den Begriffen selbst eine handeln-

schen Akteure, die die diskursiven und semantischen Verschiebungen aktiv und oft einem polit-strategischen Interesse folgend vorantrieben oder zu verhindern versuchten, als Handelnde auftreten. Zwar werden die Subjekte, die Aussagen tätigen, auch in der historischen Diskursanalyse thematisiert¹¹⁸, und ihr maßgeblicher Vertreter betont, Diskurse seien »kein Subjektersatz, die als eigentlich handelnde Einheiten an die Stelle des Menschen treten würden.«¹¹⁹ Dennoch ist weiterhin ungeklärt, wie die historische Diskursanalyse mit ihrem Fokus auf die Einheit des Diskurses die »*Verhandlung* von Sachverhalten und Problemen«¹²⁰ thematisieren könnte.¹²¹

Dies bedeutet keinesfalls zu verkennen, »dass der in eine bereits geordnete Welt hineingeborene Mensch kein Gott ist, der sich seine Wirklichkeit neu erschaffen könnte [...]«¹²². Mit der historischen Diskursanalyse teilt der hier verfolgte Ansatz die Auffassung des Diskursbegriffs als »Analyseinstrument, das dazu dienen soll, bestimmte Phänomene zu fassen, die mit zuvor vorhandenen begrifflichen Möglichkeiten nicht ausreichend zu fassen waren.«¹²³ Die Annahme, dass es »zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Gesellschaft recht klar abgegrenzte Bereiche des Machbaren, Denkbaren und Sagbaren gibt«¹²⁴, ist auch für die vorliegende Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien im Untersuchungszeitraum leitend und wird durch sie bestätigt. Dabei stehen allerdings die diskursiven und semantischen Verschiebungen als Akte kommunikativen *Handelns* unter ihren spezifischen historischen Bedingungen sowie die spezifischen Problemwahrnehmungen, Interessenlagen und sprachpolitischen Strategien der parteipolitischen Akteure im Mittelpunkt des Interesses, während in der historischen Diskursanalyse die Formation von Diskursen und die Organisation von Aussagen im Vordergrund stehen. Mit ihrem Fokus auf Problemwahrnehmungen, Interessen der Akteure und *Sprachhandeln* trifft sich die vorliegende Untersuchung der parteipolitischen Marktdiskurse in den 1970er-Jahren mit einer »Kulturgeschich-

de Qualität zuzuschreiben ist. Mit der Annahme, Begriffe seien »Indikatoren der Geschichte«, rücken die »passiven« Erfahrungen in den Vordergrund, die sich in den Begriffen niederschlagen. Vgl. ebd., S. 42 f. Zur Kritik an der Subjektlosigkeit der Begriffsgeschichte vgl. auch *Hans Erich Bödeker*, Ausprägungen der historischen Semantik in den historischen Kulturwissenschaften, in: Ders. (Hrsg.), *Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte*, Göttingen 2002, S. 7–27.

¹¹⁸ Vgl. *Landwehr*, *Historische Diskursanalyse*, S. 69.

¹¹⁹ Ebd., S. 20.

¹²⁰ Vgl. *Günther Lottes*, »The State of the Art«. Stand und Perspektiven der »intellectual history«, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), *Neue Wege der Ideengeschichte*, Paderborn 1996, S. 27–45, hier S. 45. [Hervorhebung P. B.].

¹²¹ Vgl. *Reitmayer*, *Elite*, S. 44.

¹²² *Landwehr*, *Historische Diskursanalyse*, S. 93.

¹²³ Ebd., S. 20.

¹²⁴ Ebd., S. 20 f.

te der Politik«, die Politik »immer [als] soziales und kommunikatives *Handeln*« begreift, »das sich in gegebenen Deutungszusammenhängen bewegt, damit handelt und sie verändert.«¹²⁵ Auch in der Perspektive des diskurstheoretischen Ansatzes von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe¹²⁶, der die Instabilität von Diskursen und die Veränderbarkeit prekärer diskursiver Ordnungen betont¹²⁷, geraten die politischen Parteien als zentrale Teilnehmer des gesellschaftlichen Diskurses und die konkreten sprachlichen Handlungen der parteipolitischen Akteure als zentrale Triebkräfte diskursiver Grenzverschiebungen ins Blickfeld.

Der Abgrenzung von beziehungsweise der Modifizierung des diskursanalytischen Zugriffs liegt *zweitens* die Annahme zugrunde, dass das im Zentrum der Analyse stehende, komplexe Wechselverhältnis zwischen diskursiven und semantischen Grenzverschiebungen beziehungsweise deren Ausbleiben und den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wandlungsprozessen mit einem reduktionistisch-dogmatischen Verständnis von Diskursgeschichte nicht zu fassen ist. Mit diskurstheoretischen Zugängen wird zwar die Prämisse des wirklichkeitskonstituierenden Charakters von Sprache geteilt, allerdings ohne dabei die Bedeutung materieller Faktoren für die Entwicklung der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren zu negieren. Vielmehr macht die vorliegende Untersuchung deutlich, wie sehr die Produktion von Bedeutung in den parteipolitischen Marktdiskursen und -semantiken von der sozioökonomischen Situation, mithin von ihrem konkreten historischen Kontext abhängig ist. So zeigt die Analyse des christdemokratischen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren, dass die Krisenwahrnehmung in der Bundesrepublik und damit auch die Reichweite der sprachlichen Strategien der christdemokratischen Krisenerzählung durch die im Vergleich zu Großbritannien geringere Intensität des strukturellen Wandels begrenzt waren. Umgekehrt bildeten die Symptome des sozioökonomischen Strukturwandels, die in Großbritannien besonders stark waren und eine im internationalen Vergleich besonders ausgeprägte Krisenwahrnehmung begründeten, die Voraussetzung dafür, dass das thatcheristische Krisennarrativ und seine marktradikale Sprache durchschlagende Wirkung haben konnten.

Das Wechselverhältnis zwischen diskursiven und semantischen Grenzverschiebungen einerseits und sozioökonomischem Wandel andererseits wird auch mit Blick auf den Aufstieg des neoliberalen Ordnungsmodells und mit Blick auf die Frage nach der Rezeption und Adaption neoliberaler Konzepte in den Marktdis-

¹²⁵ *Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, S. 593 [Hervorhebung P. B.]. Vgl. auch *Reitmayer*, *Elite*, S. 44.

¹²⁶ Vgl. *Ernesto Laclau/Chantal Mouffe*, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, 2. Aufl., Wien 2000 (zuerst 1985).

¹²⁷ Vgl. dazu *Landwehr*, *Diskurs und Diskursgeschichte*.

kursen der Mitte-Rechts-Parteien deutlich. Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael haben in ihrer vielbeachteten Forschungsprogrammschrift »Nach dem Boom« darauf hingewiesen, dass der revolutionäre Effekt des »Strukturbruchs« im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gerade durch das Zusammentreffen eines technologisch-wirtschaftlichen und kulturellen Strukturwandels, mit einer Wirtschaftstheorie, die das alte Paradigma »Markt-Staat-Plan« durch das neue Paradigma »Freiheit des Marktes« ersetzte, zu erklären ist.¹²⁸ Noch in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre war der Angriff neoliberaler Ökonomen wie Milton Friedman und Friedrich August von Hayek auf den Keynesianismus weitgehend ins Leere gelaufen. Man kann also mit Doering-Manteuffel und Raphael sagen: In dem Maße, wie sich die ehemals festen Strukturen durch die Einführung des Mikrochips, durch Pluralisierung und Mobilität lockerten, fand das neoliberale Denken Anklang, weil es Handlungsperspektiven für den neuen technologischen Stil anbot.¹²⁹ Sozioökonomischer Strukturwandel und der diskursive Aufstieg des neuen, neoliberalen Ordnungsmodells waren demnach die Komponenten des »Strukturbruchs«, die sich gegenseitig bedingten und wechselseitig verstärkten. Die hier deutlich werdende, in Doering-Manteuffels und Raphaels Ansatz bereits angelegte, aber nicht deutlich akzentuierte Wechselwirkung zwischen »Krise« und »Strukturbruch« und dem aktiven, von politischen Interessen geleiteten Vortreiben der Krisenwahrnehmung durch Parteien und andere Akteure impliziert gleichzeitig die Relevanz eines akteurszentrierten Antriebsmoments.

Mit der im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehenden Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen Diskursen und sozioökonomischem Wandel schließt der Ansatz einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung an jüngere Forschungsansätze der britischen *new political history* an.¹³⁰ Die unter diesem Label firmierenden Neuansätze der Politikgeschichtsschreibung der britischen Zeitgeschichtsforschung¹³¹ haben sich – anders als die deutsche »Kulturgeschichte der Politik« beziehungsweise »Kulturgeschichte des Politischen« –

¹²⁸ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom. Den Kern der »Strukturbruchthese« formulierte Doering-Manteuffel bereits 2007 in einem Aufsatz. Vgl. *Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: *VfZ* 4, 2007, S. 559–581, hier S. 577 f.

¹²⁹ Vgl. *ebd.*, S. 577.

¹³⁰ Das Label geht zurück auf Dror Wahrman, der verschiedene methodische und konzeptionelle Neuakzentuierung der britischen Politikgeschichtsschreibung der 1990er-Jahre unter *new political history* zusammenfasste. Vgl. *Dror Wahrman*, *The New Political History. A Review Essay*, in: *Social History* 21, 1996, S. 343–354.

¹³¹ Für einen Überblick über Neuansätze der britischen Politik- und Parteiengeschichte vgl. *Kerstin Brückweh/Martina Steber*, Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen, in: *AfS* 50, 2010, S. 671–701 sowie *Geppert*, Großbritannien seit 1979.

zuerst im Rahmen der britischen Parteiengeschichte entwickelt¹³² und halten daher für eine Untersuchung der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren konkrete Anknüpfungspunkte bereit. Wie ihre deutschen Varianten betrachten neuere Ansätze einer kulturgeschichtlichen Neuakzentuierung der Geschichte des Politischen in der britischen Zeitgeschichte¹³³ etablierte Themen wie Staat und Parteien unter neuen Fragestellungen und folgen dabei der Grundannahme, dass Politik nicht auf ökonomische und soziale Determinanten reduziert werden könne.¹³⁴ »Politics viewed as a field irreducible to social determinants is among the cardinal principles of the new history of political culture«, so James Epstein.¹³⁵ Neuere Ansätze der britischen Parteiengeschichtsschreibung betonen die aktive Rolle der politischen Akteure, über Sprache gesellschaftlichen Wandel gestalten zu können, und heben – von einem Wechselverhältnis zwischen Parteien und Gesellschaft ausgehend – den steuernden Einfluss der Parteilite hervor.¹³⁶ Demnach reflektieren Parteien nicht bloß soziale Strukturen und politische Loyalitäten, sondern haben das Vermögen, Loyalitäten zu konstruieren und zu beeinflussen, was die Wähler als ihre Interessen wahrnehmen.¹³⁷ Sie nehmen gesellschaftliche Tendenzen auf, gestalten aktiv Politik und prägen und beeinflussen so wiederum die gesellschaftliche Entwicklung. Schon Anfang der 1990er-Jahre hat Peter Hall auf diesen steuernden Einfluss der Parteien hingewiesen. Parteien, so Hall, »have a powerful effect on

¹³² Vgl. *Brückweh/Steber*, *Aufregende Zeiten*, bes. S. 688.

¹³³ Wie Kerstin Brückweh und Martina Steber herausgearbeitet haben, haben auch die Protagonistinnen und Protagonisten der britischen *new political history* – wie die Ansätze in der deutschen Historiografie – ganz unterschiedliche Akzente gesetzt und auch unterschiedliche Selbstbezeichnungen für ihren jeweiligen Neuansatz geprägt. Vgl. *Brückweh/Steber*, *Aufregende Zeiten*, S. 673 f. James Vernon sprach zunächst von »new cultural history of the meanings of politics«, später von »cultural history of politics«, James Epstein favorisiert »new history of political culture« und Catherine Hall, Keith MacClelland und Jane Rendall verwenden das Label »cultural history of British Politics«. Vgl. *James Vernon*, *Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867*, Cambridge 1993, S. 6; *Ders.*, *What is a cultural history of politics?*, in: *History Workshop Journal* 52, 2001, S. 261–265; *James Epstein*, *Introduction. New Directions in Political History*, in: *The Journal of British Studies* 41, 2002, S. 255–258, hier S. 255; *Catherine Hall/Keith MacClelland/Jane Rendall*, *Introduction*, in: *Dies.* (Hrsg.), *Defining the Victorian nation. Class, race, gender and the British Reform Act of 1867*, Cambridge 2000, S. 1–70, hier S. 23.

¹³⁴ Vgl. *Brückweh/Steber*, *Aufregende Zeiten*, S. 675.

¹³⁵ *Epstein*, *Introduction*, S. 255.

¹³⁶ Für einen gebündelten Überblick über unterschiedliche methodische Ansätze der erneuerten britischen Parteienhistoriografie vgl. *Steven Fielding*, *Rethinking the >Rise and Fall< of Two-Party Politics*, in: *Addison/Jones*, *A companion to contemporary Britain*, S. 351–369.

¹³⁷ Vgl. etwa *Vernon*, *Politics and the People*.

which interests and ideas will prevail.«¹³⁸ Die Konzentration der vorliegenden Studie auf die handelnde Qualität und gestalterische Kraft der christdemokratischen und konservativen Akteure trägt solchen Überlegungen Rechnung.

Gleichwohl wird in wichtigen Studien, die sich unter dem Etikett der *new political history* verorten, gerade der Interdependenz von Partei- beziehungsweise Regierungspolitik und ihrem gesellschaftlichen Resonanzraum, von sozialem Wandel und sprachlicher Geformtheit tendenziell eine größere Bedeutung beigemessen als in vergleichbaren Studien der deutschen »Kulturgeschichte der Politik« beziehungsweise der »Kulturgeschichte des Politischen«. ¹³⁹ Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass sich die *new political history* in unmittelbarer Auseinandersetzung mit den Prämissen der britischen *social history* und vor allem im Rahmen der Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung entwickelte, für die das Nachdenken über »class«¹⁴⁰ als historiografische Kategorie zentral ist.¹⁴¹ Obschon die Ansätze einer *new political history* explizite Gegenentwürfe zum sozialgeschichtlichen Paradigma darstellen, bildet die Konzeption von »class« weiterhin Ausgangs- und Referenzpunkt zahlreicher Neubetrachtungen.¹⁴² Für die praktische Forschung hat dies die Konsequenz, dass das Verhältnis zwischen sozialen Strukturen und kulturellen Repräsentationen tendenziell offen bleibt und die Bedeutung materieller Faktoren keinesfalls negiert wird.¹⁴³ Als profiliertes Vertreter einer *new political history* hebt etwa James Epstein die Abhängigkeit der Produktion von Bedeutung in Sprache und Diskursen von ihrem konkreten soziokultu-

¹³⁸ Peter Hall, From Keynesianism to Monetarism, in: Sven Steinmo (Hrsg.), Structuring politics. Historical institutionalism in comparative analysis, Cambridge 1992, S. 90–113, hier S. 109.

¹³⁹ Wie stark diese Wechselwirkungen in der erneuerten britischen Parteiengeschichtsschreibung betont werden, arbeitet der Forschungsbericht von Kerstin Brückweh und Martina Steber zu Neuansätzen der britischen Politik- und Parteiengeschichte heraus. Vgl. Brückweh/Steber, Aufregende Zeiten, bes. S. 676 und S. 690.

¹⁴⁰ Der hohe Stellenwert, der »class« in Wissenschaft und Alltag als »Begriff, Konzept, Kategorie, Phänomen, Referenzpunkt, Abgrenzungsmöglichkeit, Kampfvokabel und viele[m] mehr« in Großbritannien zukommt, stellt ein britisches Spezifikum dar. Dies wird auch darin deutlich, dass »class« weder mit dem deutschen Begriff der Klasse, noch mit »Schicht« oder »Milieu« adäquat übersetzt werden kann. Vgl. Brückweh/Steber, Aufregende Zeiten, S. 676, Zitat S. 677.

¹⁴¹ Besonders einflussreich für die Etablierung von »class« als analytischer Kategorie in der britischen Historiografie waren die Arbeiten der marxistischen Sozialhistoriker Edward P. Thompsons und Eric Hobsbawms. Vgl. grundlegend Edward P. Thompson, The making of the English working class, New York 1966; Eric Hobsbawm, Labouring Men. Studies in the history of labour, London 1964.

¹⁴² Vgl. dazu Brückweh/Steber, Aufregende Zeiten, bes. S. 673 und S. 676 ff.

¹⁴³ »[Q]uestions about how to reformulate the relationship between cultural representations and social structures remain open«, so Epstein, Introduction, S. 255.

rellen Kontext hervor¹⁴⁴, und Jon Lawrence sieht die Herausforderung gerade darin, »to develop truly non-reductionist and non-teleological ways of understanding this relationship between material life and popular politics«.¹⁴⁵

Dieser Herausforderung haben sich Historikerinnen und Historiker der britischen Parteiengeschichtsschreibung unter unterschiedlichen Fragestellungen und mit im Detail divergierenden methodischen Zugängen gestellt – wobei die Ansätze einer *new political history* bislang vor allem die Labour Party zum Gegenstand haben.¹⁴⁶ In der Praxis der Forschungsarbeit führen diese Neukzentuierungen zu Amalgamierungsprozessen politik-, sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektiven, indem die sich als Alternativentwürfe verstehenden kulturgeschichtlich orientierten Neuansätze in politik- und sozialgeschichtliche Ansätze eingefügt werden, diese befruchten und modernisieren.¹⁴⁷ Die »postmodernen« Ansätze von James Vernon und Jon Lawrence aufgreifend akzentuiert beispielsweise Steven Fielding in seiner Studie über die Labour Party in den Jahren der ersten Regierung Harold Wilsons von 1964 bis 1970 die Bedeutung von diskursiven Aushandlungsprozessen und hebt die Fähigkeit der Parteien hervor, die Wahrnehmungen und Auffassungen der Wählerschaft zu beeinflussen.¹⁴⁸ Gleichzeitig grenzt sich Fielding von einem radikalen Konstruktivismus ab, indem er auf die ökonomisch determinierten Grenzen dieses Einflusses verweist, die Entwicklung der Labour Party in diesen Jahren auch auf »established institutional cultures« zurückführt und allgemein die Kontextgebundenheit von Parteipolitik betont.¹⁴⁹ Ein Ansatz einer Neuperspektivierung der sich mit den britischen Konservativen beschäftigenden Parteienhistoriografie findet sich etwa bei Harriet Jones, die aus einer kulturgeschichtlichen Perspektive die politische Sprache eines wirtschaftspolitischen

¹⁴⁴ Vgl. *James Epstein*, In practice. Studies in the language and culture of popular politics in modern Britain, Stanford, Calif. 2003. Den Ausgangspunkt von Epsteins Studie über »popular politics« im Großbritannien während der Zeit der Industrialisierung bildet die Suche nach einem Mittelweg zwischen Edward P. Thompsons materialistischem Determinismus und dem Konzept von Kultur als ein System von Zeichen, Repräsentationen und Codes.

¹⁴⁵ *Jon Lawrence*, Speaking for the people. Party, language, and popular politics in England, 1867–1914, Cambridge 1998, S. 40.

¹⁴⁶ Die mitunter äußerst parteinahe Geschichtsschreibung zu den britischen Konservativen bleibt bisweilen oft traditionelleren Herangehensweisen verpflichtet. Vgl. *Brückweh/Steber*, Aufregende Zeiten, S. 694. Für Studien, die sich unter dem Ansatz einer *new political history* verorten und die Geschichte der Labour Party betrachten vgl. etwa *Lawrence Black*, The political culture of the Left in affluent Britain, 1951–64. Old labour, new Britain?, Basingstoke 2003; *Steven Fielding*, The Labour Governments, 1964–70, Bd. 1: Labour and Cultural Change, Manchester 2003; *Jim Tomlinson*, The Labour governments 1964–70, Bd. 3: Economic policy, Manchester 2004.

¹⁴⁷ Für eine ausführliche Betrachtung solcher Ansätze vgl. *Brückweh/Steber*, Aufregende Zeiten, S. 688–699.

¹⁴⁸ *Fielding*, Labour and Cultural Change, S. 26 f.

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

Schlüsseldokuments der Konservativen Partei in der Nachkriegszeit, der *Industrial Charter* von 1947, untersucht hat.¹⁵⁰ Die Beiträge in dem von Ben Jackson und Robert Saunders herausgegebenen Sammelband verorten den Thatcherismus konsequent im sozialen, ökonomischen und kulturellen Kontext Großbritanniens in den 1970er- und 1980er-Jahren und bieten damit ebenfalls weiterführende Neubetrachtungen des Gegenstands.¹⁵¹

Die vorliegende Studie schließt an die bislang vor allem in der britischen Forschung entwickelten und empirisch erprobten Neuansätze einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung an. Mit ihrer Frage nach der Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien Deutschlands und Großbritanniens im gesellschaftlichen Resonanzraum eines tiefgreifenden, als krisenhaft wahrgenommenen sozioökonomischen Wandels der 1970er-Jahre möchte sie *erstens* einen Beitrag zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Parteiengeschichtsschreibung leisten¹⁵², die bislang kaum Impulse von der an einem sehr weiten Verständnis von »Politik« orientierten, deutschen »Kulturgeschichte des Politischen« erhalten hat.

Mit ihrem konsequent vergleichenden Ansatz trägt sie *zweitens* zu einer transnationalen Neuperspektivierung bei, die schon seit Längerem gefordert wird¹⁵³, bislang aber sowohl in der britischen als auch in der deutschen Forschungslandschaft – besonders mit Blick auf einen Vergleich der Mitte-Rechts-Parteien beider

¹⁵⁰ Vgl. *Harriet Jones*, »New Conservatism« ? The Industrial Charter, Modernity and the Reconstruction of British Conservatism after the War, in: Becky Conekin/Frank Mort/Chris Waters (Hrsg.), *Moments of modernity. Reconstructing Britain, 1945–1964*, London 1999, S. 171–188.

¹⁵¹ Vgl. *Jackson/Saunders* (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*.

¹⁵² Mit den hier entwickelten Perspektiven einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung ist die vorliegende Untersuchung der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen allerdings anschlussfähig an etablierte Ansätze der deutschen und britischen Parteiengeschichtsschreibung. Insbesondere die Parteiengeschichtsschreibung zu den britischen Konservativen hat mittlerweile unzählige Studien hervorgebracht, sodass für den britischen Vergleichsfall aus einem reichhaltigen Fundus an Literatur geschöpft werden kann. Für eine Auswahl einschlägiger Studien vgl. die entsprechenden Titel in den Fußnoten 22, 28 und 42 sowie die Beiträge in *Stuart Ball/Anthony Seldon* (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996; *Adrian Williamson*, *Conservative Economic Policymaking and the Birth of Thatcherism, 1964–1979*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire etc. 2015; *Peter Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, London/New York 1995. Für die deutsche Christdemokratie vgl. die entsprechenden Titel in den Fußnoten 31, 33 und 42.

¹⁵³ Für eine aus der britischen Parteiengeschichtsschreibung heraus formulierte, frühe Forderungen nach transnationalen Perspektiven vgl. *Colin Hay*, *How to study the Labour Party: contextual, analytical and theoretical issues*, in: John T. Callaghan/Steven Fielding/Steve Ludlam (Hrsg.), *Interpreting the Labour Party. Approaches to Labour politics and history*, Manchester/New York 2003, S. 182–196, hier S. 194.

Länder – kaum eingelöst wurde.¹⁵⁴ Erste vielversprechende Ansätze einer transnational ausgerichteten Konservatismusforschung versammeln die Sammelbände von Anna von der Goltz und Britta Waldschmidt-Nelson zum US-amerikanischen und westeuropäischen Konservatismus in den 1960er- und 1970er-Jahren¹⁵⁵ und von Clarisse Berthezène und Jean-Christian Vinel zum britischen, US-amerikanischen und französischen Konservatismus von der Zwischenkriegszeit bis in die 1980er-Jahre.¹⁵⁶ Einen Anfang im deutsch-britischen Vergleich hat Martina Steber gemacht. Die britischen Konservativen und die deutsche Christdemokratie betrachtend beleuchtet ihre an Michael Freedens Konzept der politischen Ideologien orientierte, historisch-semantische Studie die politischen Sprachen des »Konservativen« in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit.¹⁵⁷ In Stebers Wahl der betrachteten Akteure sowie in ihrem konsequent vergleichenden Ansatz bestehen Gemeinsamkeiten zu der vorliegenden Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens.¹⁵⁸ Während sich Steber für die Neuformulierung der politischen Sprachen des Konservatismus interessiert und dabei semantische Verschiebungen des Konservatismus-Begriffs von 1945 bis in die 1980er-Jahre hinein in den Mittelpunkt ihres Erkenntnisinteresses stellt, setzt die hier vorliegende Studie jedoch einen anderen Schwerpunkt: Sie konzentriert sich auf den Marktdiskurs als zentralen Schauplatz der Neuausrichtungsprozesse der britischen Konservativen

¹⁵⁴ Vgl. *Geppert*, Großbritannien seit 1979; *Brückweh/Steber*, Aufregende Zeiten, S. 701.

¹⁵⁵ Vgl. *Anna von der Goltz/Britta Waldschmidt-Nelson* (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge 2017.

¹⁵⁶ Vgl. *Clarisse Berthezène/Jean-Christian Vinel* (Hrsg.), *Postwar Conservatism. A Transnational Investigation: Britain, France, and the United States 1930–1990*, Cham 2017.

¹⁵⁷ Vgl. *Steber*, Die Hüter der Begriffe. Auch Tobias Bartels hat vorgeschlagen, »die sprachlichen Zeugnisse des konservativen Denkens als Ausgangspunkt für eine politisch-programmatische Untersuchung [des Konservatismus, P. B.] zu betrachten«. Da der Autor aber auf dem essentialistischen Zugriff der traditionellen Politikgeschichte beharrt und betont, dass »eine kritische politische Sprachforschung immer die Frage nach den hinter den konkreten Äußerungen intendierten Handlungen der Akteure ins Zentrum der Analyse rücken« müsse, um den »Vorwurf der Entpolitisierung« zu vermeiden, fällt er hinter die erkenntnisfördernde Auflösung des Gegensatzes zwischen Sprache und Handeln durch eine kulturgeschichtlich erweiterte Politikgeschichtsschreibung zurück. Vgl. *Tobias Bartels*, Sprache und Ideologie des Konservatismus. Zur Differenz vom moderaten und radikalen konservativen politischen Denken in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sebastian Liebold/Frank Schale (Hrsg.), *Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik*, Baden-Baden 2017, S. 209–232, hier S. 231.

¹⁵⁸ Im Unterschied zur vorliegenden Arbeit nimmt Stebers Analyse allerdings nicht nur parteipolitische Akteure in den Blick, sondern bezieht »konservative« Intellektuelle, Publizisten, Journalisten, Kirchenmänner und Verbandsvertreter ein. Dies gilt allerdings nur für den deutschen Vergleichsfall, mit der Folge, dass die Darstellung der deutschen Debatte um den Konservatismusbegriff einen weit größeren Raum einnimmt als die britische.

und der deutschen Christdemokratie in den ›langen‹ 1970er-Jahren und verortet sich mit ihrer Frage nach Grenzverschiebungen in diesem diskursiven Feld der Parteipolitik in der andauernden Debatte über Brüche und Kontinuitäten in der Entwicklung der europäischen Industrienationen in der Zeit »nach dem Boom«. ¹⁵⁹

Trotz des anders gelagerten Erkenntnisinteresses bietet Stebers Studie über die politischen Sprachen des Konservatismus in Deutschland und Großbritannien Anknüpfungspunkte für eine Analyse der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie. Dies betrifft vor allem Stebers zentrale These eines schwierigen Verhältnisses der CDU zum Konservatismusbegriff, der als »Selbstbeschreibungsbegriff zweiter Ordnung« im Unterschied zum britischen Vergleichsfall erst nach dem Begriff des Christlichen als »Selbstbeschreibungsbegriff erster Ordnung« rangierte. ¹⁶⁰ Damit verweist Stebers Arbeit auf jene markanten Differenzen zwischen den Parteitraditionen der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen, die im Zentrum der vorliegenden Analyse der Marktdiskurse der beiden Parteien stehen. Bei allen deutlich werdenden Unterschieden in den »politischen Sprachen des Konservativen« im deutsch-britischen Vergleich relativiert Steber aber die These einer fundamentalen Differenz zwischen kontinentaleuropäischem und anglo-amerikanischem Konservatismus. Die Autorin erkennt eine Annäherung der deutschen Christdemokratie an die nordeuropäischen Konservativen und eine Entfernung von CDU und CSU von den katholisch geprägten christdemokratischen Parteien Europas, die im Zuge eines seit den frühen 1960er-Jahren in Europa wirkenden Säkularisierungs- und Liberalisierungsprozesses einen stärker sozialistisch als liberal geprägten Weg der Verarbeitung dieser Prozesse eingeschlagen hätten. ¹⁶¹ Mit Blick auf die Gewichtung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen den Vergleichsfällen wird zu prüfen sein, ob sich der von Steber konstatierte Annäherungsprozess der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie auch in den Marktdiskursen der beiden Parteien als zentralem Schauplatz der politischen Auseinandersetzung niederschlug. Steber stützt ihre These auch auf die Beobachtung einer »intensiven Kooperation« der britischen Konservativen und der CDU auf europäischer Ebene, die »beiden Parteien als Ideenbörse während der Programmrevision« gedient habe. ¹⁶² Hier gilt es zu klären, ob sich dieser Annäherungsprozess auch über transnationale Rezeptions- und Adaptionsprozesse in den Marktdiskursen der beiden Parteien vollzog – wie Stebers These nahelegt – oder ob

¹⁵⁹ *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom.

¹⁶⁰ Vgl. *Steber*, Die Hüter der Begriffe, S. 356 und S. 429.

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 429.

¹⁶² Ebd., S. 367 und S. 429.

nationale Pfadabhängigkeiten des politischen Diskurses einer Annäherung in der Kernfrage des Verhältnisses von Markt und Staat entstanden.

Bis auf die Studie von Martina Steber und einige weitere Ausnahmen¹⁶³ haben sich die Ansätze einer diskurs- und begriffsgeschichtlichen Neuperspektivierung der Politikgeschichte besonders in der deutschen Forschungslandschaft schwerpunktmäßig auf den Untersuchungszeitraum des 19. und frühen 20. Jahrhunderts konzentriert.¹⁶⁴ Vor diesem Hintergrund öffnet die Untersuchung der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren *drittens* die Parteiengeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die Diskursgeschichte und macht kulturgeschichtliche Perspektiverweiterungen für eine »Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart«¹⁶⁵ nutzbar.¹⁶⁶

¹⁶³ Eine Ausnahme ist Stefan Scholls Diskursgeschichte über »Wirtschaft« und »Politik«, die eine Diskursanalyse des Ökonomischen mit einer Kulturgeschichte des Politischen verbindet und das »kurze« (deutsche) 20. Jahrhundert von der Weimarer Republik bis in die 1970er-Jahre betrachtet. Vgl. *Stefan Scholl*, *Begrenzte Abhängigkeit. »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York 2015. Weitere Ausnahmen sind *Thomas Mergel*, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010; *Ders.*, *Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele*, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Münster 2005, S. 255–276; *Frank Bösch*, *Politik als kommunikativer Akt. Formen und Wandel der Gesprächsführung im Parteivorstand der fünfziger und sechziger Jahre*, in: Moritz Föllmer (Hrsg.), *Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*, Stuttgart 2004, S. 197–214.

¹⁶⁴ Vgl. etwa *Thomas Mergel*, »Sehr verehrter Herr Kollege«. Zur Symbolik der Sprache im Reichstag der Weimarer Republik, in: Rudolf Schlögl/Bernhard Giesen/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften*, Konstanz 2004, S. 369–394; *Willibald Steinmetz*, »Sprechen ist eine Tat bei euch«. Die Wörter und das Handeln in der Revolution von 1848, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 1089–1138; *Ders.*, *Das Sagbare und das Machbare. Auch in Großbritannien ist die Geschichtsschreibung zum 19. Jahrhundert noch sehr viel stärker vom »linguistic turn« geprägt als die Geschichtsschreibung der jüngsten Zeitgeschichte*, wie Kerstin Brückweh und Martina Steber feststellen. *Brückweh/Steber*, *Aufregende Zeiten*, S. 701. In der Tat ist der Untersuchungszeitraum wichtiger Ansätze der *new political history* oftmals im 19. Jahrhundert angesiedelt. Vgl. etwa *Vernon*, *Politics and the People*; *Lawrence*, *Speaking for the People*.

¹⁶⁵ *Hockerts*, *Zeitgeschichte in Deutschland*.

¹⁶⁶ Mit ihrer Hinwendung auf die Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens zeigt die vorliegende Studie zudem einen Weg zur begriffsgeschichtlichen Annäherung an das 20. Jahrhundert auf, die Christian Geulen in den Zeithistorischen Forschungen gefordert hat. Gleichwohl versteht sich der hier verfolgte Ansatz einer kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung nicht als begriffsgeschichtlicher Zugang im engeren, Koselleck'schen Sinne. Vgl. *Christian Geulen*, *Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7, 2010, Textabschnitt 1, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Geulen-1–2010> [21. 5. 2018].

Den analytischen Bezugsrahmen bilden die zeitgeschichtlichen Debatten über die Zäsuren des 20. Jahrhunderts, insbesondere über die 1970er-Jahre.¹⁶⁷ Die ebenso vielfach aufgegriffene wie kontrovers diskutierte These von einem seit den frühen 1970er-Jahren stattfindenden »Strukturbruch«¹⁶⁸ bildet einerseits den inhaltlichen Ausgangspunkt der Fragestellung, wird aber andererseits auch hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit in der Sphäre der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien im deutsch-britischen Vergleich überprüft und länderspezifisch differenziert. Somit leistet die Untersuchung *viertens* einen Beitrag zur aktuellen Debatte über die Einordnung der europäischen Zeitgeschichte seit den 1970er-Jahren und Fragen nach dem Verhältnis von Wandel und Kontinuität in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.¹⁶⁹

Fünftens liefert die vorliegende Studie mit der Frage nach der Reichweite der Adaption neoliberaler Axiome in den Mitte-Rechts-Parteien der Vergleichsländer Impulse für eine – gerade mit Blick auf Deutschland – noch am Beginn stehende, transnational und vergleichend ausgerichtete Neoliberalismusforschung.¹⁷⁰ Zur

¹⁶⁷ Vgl. *Jarausch*, Das Ende der Zuversicht?; *Raithel/Rödler/Wirsching* (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne; *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom; Die Siebziger Jahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004; Die 1970er Jahre – Inventur einer Umbruchzeit, Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3, 2006; *Niall Ferguson/Charles S. Maier/Erez Manela/Daniel J. Sargent* (Hrsg.), The shock of the global. The 1970s in perspective, Cambridge, Mass./London 2010; *Jeremy Black*, Europe since the Seventies, London 2009; *Hartmut Kaelble*, The 1970s in Europe. A Period of Disillusionment or Promise? The 2009 Annual Lecture of the German Historical Institute in London, London 2010; *Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag/Knud Andresen* (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011; *Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer* (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014; *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer* (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016 sowie für Großbritannien im Speziellen *Beckett*, When the lights went out; *Harrison*, Finding a Role. Für neuere Ansätze aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive vgl. *Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger* (Hrsg.), Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive, Essen 2008.

¹⁶⁸ *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom. Zur neuesten Diskussion vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer* (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart.

¹⁶⁹ Dass diese Debatte keinesfalls als abgeschlossen gelten kann, hat jüngst Sonja Levens gerade mit Blick auf die bislang stark vernachlässigte, transnational vergleichende Perspektive deutlich gemacht. Vgl. *Levens*, Einführung, bes. S. 219.

¹⁷⁰ Erste Perspektiven hat jüngst Philipp Ther entwickelt. Vgl. *Ther*, Der Neoliberalismus. Für englischsprachige Ansätze einer *Intellectual History* des Neoliberalismus vgl. *Daniel Stedman Jones*, Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics, Princeton 2012; *Philip Mirowski/Dieter Plehwe* (Hrsg.), The Road from Mont Pèlerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective, Cambridge, Mass. 2009; *Slobodian*, Globalists. Zur deutschsprachigen Forschung über den Neoliberalismus vgl. *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus; *Ralf Ahrens/Marcus Böick/Marcel vom Lehn* (Hrsg.), Vermarktlichung. Zeithistorische Perspektiven

Beschreibung tiefgreifender Transformationsprozesse der nationalen und internationalen politischen Ökonomie sowie gesamtgesellschaftlichen Wandels wird das Potenzial des Neoliberalismus als analytischem Begriff zunehmend auch von der deutschsprachigen Forschung erkannt.¹⁷¹ In diesem Zusammenhang wird dafür plädiert, die politische Ökonomie sowie die Ideen- und Politikgeschichte des Neoliberalismus stärker als bisher in der historischen Forschung zu berücksichtigen.¹⁷² Einen Anfang hat Philipp Ther mit seiner transnational ausgerichteten »Geschichte des neoliberalen Europa« gemacht, die von Mitte der 1980er-Jahre bis 2014 reicht.¹⁷³ Ther spart dabei allerdings weitgehend die Formierungsphase des Neoliberalismus aus, die er an anderer Stelle selbst von der frühen Nachkriegszeit bis zu den späten 1970er-Jahren datiert.¹⁷⁴ Mit der Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens in den »langen« 1970er-Jahren gerät diese entscheidende Hochphase der Inkubationszeit des Neoliberalismus und damit jene Periode in den Blick, die für die Regierungspolitik der konservativen und christdemokratischen Parteien seit den 1980er-Jahren formativ war.

3. Quellen

Die vorliegende Analyse der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren schöpft aus einem umfangreichen Quellenmaterial. Da die semantischen Offensiven der christdemokratischen und konservativen Akteure oftmals auf die Eroberung der Deutungshoheit und

auf ein umkämpftes Feld, *Zeithistorischen Forschungen* 12, 2015, H. 3, online abrufbar unter URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2015> [20. 8. 2018]; Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014 sowie Thomas Biebricher, *Neoliberalismus zur Einführung*, Hamburg 2012.

¹⁷¹ Vgl. Mit seinem Konzept der »Zeitbögen« hat Anselm Doering-Manteuffel ein an handlungssteuernden Ideen orientiertes Deutungsmuster zur Identifizierung längerfristiger Entwicklungen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert entwickelt, das den Neoliberalismus als analytischen Begriff aufgreift. Vgl. *Doering-Manteuffel*, *Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts*.

¹⁷² Vgl. *Leendertz*, *Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens*.

¹⁷³ Ther legt dabei einen Schwerpunkt auf den Umbau der mittel- und osteuropäischen Ökonomien nach der weltpolitischen Zäsur von 1989/90. Vgl. *Ther*, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*.

¹⁷⁴ Die folgende zweite Phase des Neoliberalismus begann nach Ther in den 1980er-Jahren, als der Neoliberalismus die Regierungspolitik in Großbritannien und die USA bestimmte. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 begann seine dritte Phase der globalen Hegemonie und Ende der 1990er-Jahre seine vierte Phase der Radikalisierung, die bis zur Krise von 2008/2009 andauerte. Vgl. *Ther*, *Der Neoliberalismus*.

die Veränderung des politischen Meinungsklimas zielten, wurden sie gerade in der Öffentlichkeit lanciert. So steht in Form von Broschüren, Parteipamphleten, Reden, Zeitungsartikeln, Zeitschriftenaufsätzen und programmatischen Schriften einzelner konservativer und christdemokratischer Akteure ein reichhaltiger Korpus publizierter Quellen zur Verfügung, der mit Blick auf diskursive Strategien der Krisenerzählung, Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten sowie auf die Reichweite des neoliberalen Paradigmas untersucht wird und die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren abbildet.

Hinzu kommt, dass der Zeitgeschichtsforschung mittlerweile weite Teile der vor allem in den Parteiarchiven, aber auch in privaten Archiven und Nachlässen aufbewahrten Dokumente aus dem Untersuchungszeitraum nach dem Ablauf der üblicherweise 30-jährigen Sperrfristen offenstehen. Was die britische Seite anbetrifft, gilt dies sowohl für das *Conservative Party Archive* (CPA) in der *Bodleian Library* der Universität Oxford, die das Archivgut der Konservativen Partei verwaltet, als auch für Margaret Thatchers Privatarchiv, die *Thatcher Papers*, die im *Churchill College* in Cambridge aufbewahrt werden. Beide Archive enthalten wichtige Aktenbestände, die für die Analyse des Marktdiskurses der britischen Konservativen herangezogen werden konnten.¹⁷⁵ Als äußerst ergiebig erwies sich zudem das Privatarchiv von Alfred Sherman, einem einflussreichen Vorkämpfer des britischen Marktradikalismus und wichtigem Berater Thatchers in den 1970er-Jahren, das im *Royal Holloway College* der *University of London* in Egham einsehbar ist.¹⁷⁶ Besonders hilfreich war darüber hinaus das Online-Archiv der *Margaret Thatcher Foundation*, das mehrere tausend archivalische Dokumente aus unterschiedlichen Archiven sowohl zum Wirken der »Eisernen Lady« als auch zur Geschichte der Konservativen Partei insgesamt in digitalisierter Form

¹⁷⁵ Im *Conservative Party Archive* (CPA) in der *Bodleian Library* der *Oxford University* wurden im Einzelnen die Bestände des *Conservative Research Department* (CRD), des *Leader's Consultative Committee* (LCC), des *Advisory Committee on Policy* (ACP), der *Official Group* (OG), des *Conservative Party International Office*, der *European Democrat Union* (EDU) beziehungsweise der *International Democrat Union* (IDU) sowie die *Keith Joseph Papers* und die im CPA ebenfalls aufbewahrten Propagandaschriften des *Centre for Policy Studies* und der *Selsdon Group* eingesehen. Die Quellen aus dem CPA werden zitiert als: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive. Von den *Thatcher Papers* wurde Einsicht genommen in *Margaret Thatcher's personal filing* (THCR 1) und *Public and political correspondence and papers* (THCR 2). Zitiert als: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 1 beziehungsweise THCR 2. Zur näheren Erläuterung vgl. die weitere Vorstellung der einzelnen Quellengruppen im weiteren Verlauf der Einleitung. Die Angabe der Archivquellen in den Fußnoten folgt den jeweiligen stilistisch-formalen Vorgaben der Archive. Die Benennung der bibliografischen Angaben der in den Fußnoten zitierten Literatur erfolgt bei der ersten Nennung immer vollständig, danach in Form eines Kurztitels. Für einen vollständigen Überblick vgl. ferner das Quellen- und Literaturverzeichnis.

¹⁷⁶ Zitiert als: Sir Alfred Sherman Papers, Archives, Royal Holloway University of London.

für die Forschung zugänglich macht.¹⁷⁷ Für die deutsche Christdemokratie konnte eine Vielzahl wichtiger Dokumente im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin eingesehen und für die Analyse des christdemokratischen Marktdiskurses nutzbar gemacht werden.¹⁷⁸

Über die Archivquellen der im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehenden christdemokratischen und konservativen Akteure hinaus wurden auch die Parteiarchive der politischen Gegner der Mitte-Rechts-Parteien, der Labour Party und der SPD ausgewertet. Die Mitte-Links-Parteien der Vergleichsländer bilden zwar keinen eigenständigen Schwerpunkt in der Analyse, jedoch vollzogen sich die von den konservativen und christdemokratischen Akteuren vorangetriebenen Grenzverschiebungen in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien in der permanenten Auseinandersetzung mit den Deutungsangeboten und diskursiven Strategien des jeweiligen politischen Gegners. Daher wurden für die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Links-Parteien zentrale Bestände im *Labour Party Archive* (LPA) des *People's History Museum* in Manchester und im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn eingesehen und für die Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien hinzugezogen.¹⁷⁹

¹⁷⁷ Zitiert als: URL: <http://www.margarethatcher.org/archive>.

¹⁷⁸ Im ACDP wurden die Akten der CDU-Bundespartei eingesehen, was im Einzelnen die Bestände des CDU-Bundesvorstands, der Parteivorsitzenden, der Grundsatz- und Planungsabteilung, der Programmatik und Programmkommission, der Bundesparteitage, des CDU-Bundesausschusses, der Bundesfachausschüsse und des Büros für internationale Beziehungen beziehungsweise des Büros für auswärtige Beziehungen schloss. Die Dokumente aus dem Bestand der CDU-Bundespartei im ACDP werden zitiert als: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001).

¹⁷⁹ So wurde im LPA der Bestand des *Research Departments*, der parteieigenen Forschungsabteilung, ausgewertet. Zitiert als: Labour Party Archive, Manchester, People's History Museum, Labour Party Research Department. Als ergiebig erwies sich zudem die umfangreiche Sammlung von Parteipamphleten (*Pamphlets*), die im LPA aufbewahrt wird. Im AdsD wurden im Einzelnen die Akten des Willy-Brandt-Archivs (zitiert als: AdsD, WBA), der Nachlass Jochen Steffens (zitiert als: AdsD, Bestand Jochen Steffen), der unverzeichnete Bestand der SPD-Grundwertekommission beim Parteivorstand (zitiert als: AdsD, SPD-Parteivorstand, Grundwerte-Kommission), der Bestand der SPD-Bundestagsfraktion (zitiert als: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion) sowie die SPD-Präsidiumsprotokolle (zitiert als: AdsD, Präsidiumssitzungen) eingesehen und für die Analyse nutzbar gemacht. Des Weiteren wurde die Zeitungsausschnittssammlung (ZASS, Dokumentation des SPD-Parteivorstands) im AdsD eingesehen. Über die Archivquellen hinaus wurde auch bereits zeitgenössisch publiziertes Quellenmaterial verwendet. Vgl. dazu für die SPD: *Bundesvorstand der Jungsozialisten* (Hrsg.), Bundesbeschlüsse. Jungsozialisten in der SPD 1969–1976, Bonn 1978; *Freimut Duve*, Der Thesenstreit um »Stamokap«. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek 1973; *Erhard Eppler*, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart/Berlin/Köln etc. 1975; *Jochen Steffen*, Strukturelle Revolution. Von der Wertlosigkeit der Sachen, Reinbek 1974; *Peter von Oertzen/Horst Ehmke/Herbert*, (Hrsg.), Orientierungsrahmen '85. Text und Diskussion, Bonn-Bad Godesberg 1976. Für wichtige zeitgenössische Publikationen von Akteuren der Labour Party sei hier verwiesen auf: *Tony Benn*, Arguments for Socialism, Harmondsworth 1980; *Ders.*, Arguments for Democracy, London 1981; *Anthony Crosland*, The Future of Socialism, New York 1957; *Ders.*, Social

Im Einzelnen lassen sich fünf Quellengruppen unterscheiden, die zusammengekommen eine valide Grundlage zur Bearbeitung der oben benannten Leitfragen darstellen. Eine erste Gruppe umfasst jene bereits angesprochenen Quellen, die von vornherein für die breite Öffentlichkeit bestimmt waren und daher gut erschließbar sind. An vorderster Stelle sind hier Reden, Zeitungsartikel und Aufsätze in Parteizeitschriften des konservativen und christdemokratischen Führungspersonals und seiner Berater, aber auch Broschüren, Parteipamphlete und selbstständig verfasste, umfangreichere programmatische Schriften einzelner konservativer und christdemokratischer Akteure zu nennen. Wurde dieses Material nicht bereits zeitgenössisch publiziert¹⁸⁰, so liegt es in Form von Redensammlungen, Quellen-

ism Now and Other Essays, London 1974; *Stuart Holland*, The State as Entrepreneur, London 1972; *Ders.*, The Socialist Challenge, London 1975; *Ders.*, Beyond Capitalist Planning, London 1978.

¹⁸⁰ Als wichtige, bereits zeitgenössisch publizierte Dokumente der Tory-Partei und ihrer Akteure aus der ersten Quellengruppe seien an dieser Stelle genannt: *Centre for Policy Studies*, Why Britain Needs a Social Market Economy, London 1975; *Chris Chataway*, New Deal for Industry: government and industry on the threshold of Europe, Conservative Political Centre, pamphlet 515, Oktober 1972, London 1972; *Tim Congdon*, Monetarism. An Essay in Definition (mit einem Vorwort von William Rees-Mogg), Centre for Policy Studies, London 1978; *Conservative Party*, The Right Approach, London 1976; *Conservative Party*, The Right Approach to the Economy, London 1977; *Keith Joseph*, The Economics of Freedom, Centre for Policy Studies, London 1975; *Ders.*, Reversing the Trend: A critical re-appraisal of Conservative economic and social policies. Seven speeches, London 1975; *Ders.*, Freedom under the law, Conservative Political Centre, London 1975; *Ders.*, Monetarism is Not Enough, Centre for Policy Studies, London 1976; *Ders.*, Stranded on the middle ground? Reflections on Circumstances and Policies, Centre for Policy Studies, London 1976; *Ders.*, Solving the Union Problem is the Key to Britain's Recovery, Centre for Policy Studies, London 1979; *Ders.*, Proclaim the Message: Keynes is Dead, in: Patrick Hutber (Hrsg.), What's Wrong With Britain?, London 1978, S. 99–106; *Ian Gilmour*, Inside Right: A Study of Conservatism, London 1977. Für die CDU und die christdemokratischen Akteure vgl. *Kurt Biedenkopf*, Die Zukunft gehört nicht dem Sozialismus, in: Die politische Meinung 18, 1973, S. 42–48; *Ders.*, Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus. Vortrag des Generalsekretärs der CDU bei der Katholischen Akademie München, am 9. Dezember 1973, Bonn 1973; *Ders.*, Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, Nr. 12, 16. 3. 1973; *Ders.*, Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie, München 1974; *Ders.*, Solidarität und Subsidiarität in einer freien Gesellschaft. Vortrag des Generalsekretärs der CDU auf dem Wirtschaftstag '74 am 28. März 1974, Bonn 1974; *Ders.*, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik, München 1975; *Ders.*, Die Intellektuellen und die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/1976, S. 3–11; *Ders.*, Einleitungsrede zur Aussprache über das Kapitel »Soziale Wirtschaftsordnung«, in: Richard von Weizsäcker (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, Bonn 1977, S. 119–131; *Ders.*, Wegzeichen für die soziale Marktwirtschaft zum Zielpunkt einer ökologischen Marktwirtschaft, in: Hellmuth Buddenberg (Hrsg.), Rettet die Umwelt!, Herford 1985, S. 17–62; *Norbert Blüm*, Reaktion oder Reform. Wohin geht die CDU?, Reinbek bei Hamburg 1972; *Ders.*, Christlich-sozial: Dazwischen!, in: Wulf Schönbohm/Günther E. Braun (Hrsg.), CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München/Wien 1981, S. 11–16; *Heiner Geißler*, Neue soziale Frage: Zahlen, Daten, Fakten. Dokumentation, Mainz 1975; *Helmut Kohl*, Zwischen Ideologie und Pragmatismus.

editionen oder Parteitagprotokollen vor¹⁸¹ oder ist in Manuskript- oder Transkriptform in den Archiven zu finden.

Eine zweite Quellengruppe umfasst Dokumente, die – zum internen Gebrauch bestimmt – die parteiinternen Aushandlungsprozesse um die Neuausrichtung der Mitte-Rechts-Parteien abbilden. In den Parteiarchiven auffindbare Strategie- und Arbeitspapiere, Analysen, Protokolle und Schriftwechsel sind besonders mit Blick auf parteiinterne Deutungskämpfe und innerparteiliche Kräfteverhältnisse von Interesse. Sie zeigen zudem, von welchen strategischen Überlegungen sich die konservativen und christdemokratischen Akteure bei ihren semantischen Offensiven leiten ließen. Als in dieser Hinsicht besonders ergiebig erwies sich für die britische Seite der Bestand des *Conservative Research Department* (CRD), der parteieigenen Forschungsabteilung der Konservativen.¹⁸² Das CRD spielte eine zentrale Rolle bei der Politikformulierung der Tories in den 1970er-Jahren. Es beschäftigt sich mit politischen Kernfragen in längerfristig angelegten Forschungsarbeiten, betrieb politische Meinungsforschung, beobachtete die Labour Party als politischen Gegner und versorgte die Tory-Spitzenpolitiker, Abgeordnete und Arbeitsgruppen mit Strategiepapieren und Informationen.¹⁸³ Hinzugezogen wurden ferner die

Aspekte und Ansichten zu Grundfragen der Politik, Stuttgart 1973; *Ders.*, Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Oktober 1974, S. 3–18; *Ders.*, Perspektiven freiheitlicher Politik, in: Richard von Weizsäcker (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, München 1977, S. 9–23; *Otto Schedl*, Das SPD-Programm für die Wirtschaft – ein Weg in den Sozialismus. Mit einem Anhang: Der Kampf der SPD gegen die soziale Marktwirtschaft, SPD-Dokumente 1946–1976, Eichstätt 1978; *Wulf Schönbohm*, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985; *Franz Josef Strauß*, Rede auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18./19. November 1974, Auszüge in: DER SPIEGEL, 10. 3. 1975, S. 34–41. Auf eine vollständige Angabe der verwendeten Dokumente der Mitte-Rechts-Parteien aus dieser ersten Quellengruppe wird an dieser Stelle verzichtet. Für weitere Angaben vgl. den Fußnotenapparat der einzelnen Kapitel und für einen vollständigen Überblick über alle verwendeten Quellen das Quellen- und Literaturverzeichnis.

¹⁸¹ Für eine Auswahl wichtiger Redesammlungen und Quelleneditionen vgl. *Stuart Ball* (Hrsg.), *The Conservative Party since 1945*, Manchester 1998; *Margaret Thatcher*, *In Defence of Freedom. Speeches on Britain's Relations with the World*, New York 1987; *Dies.*, *The revival of Britain. Speeches on home and European affairs, 1975–1988*, hrsg. von Alistair Basil Cooke, London 1989; *Dies.*, *The collected speeches of Margaret Thatcher*, hrsg. von Robin Harris, London 1997; *Helmut Kohl*, *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993*, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993. Weitere Angaben befinden sich im Fußnotenapparat. Für einen vollständigen Überblick vgl. das Quellen- und Literaturverzeichnis. Die Protokolle der Bundesparteitage der CDU von 1950 bis 1990 liegen mittlerweile auch in digitalisierter Form vor und sind im Volltext über die Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung einsehbar. Vgl. URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.8935/> [11. 7. 2018].

¹⁸² Zitiert als: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD.

¹⁸³ Zur Geschichte und den sich wandelnden Funktionen des CRD als zentrale Abteilung der Parteiorganisation der britischen Tories vgl. *John Ramsden*, *The Making of Conservative Party Policy: The Conservative Research Department Since 1929*, London 1980.

Dokumente des *Leader's Consultative Committee* (LCC), die die Protokolle des Schattenkabinetts beinhalten.¹⁸⁴ Für den Fall der deutschen Christdemokratie sind hier vor allem die Akten der 1973 eingerichteten Grundsatz- und Planungsabteilung in der Bundesgeschäftsstelle der CDU (Planungsgruppe)¹⁸⁵ sowie die edierten Protokolle des CDU-Bundesvorstands aufschlussreich.¹⁸⁶

Eine dritte Quellengruppe bilden explizit programmatische Dokumente der Parteien. Wahl- und Regierungsprogramme richten sich unmittelbar vor einer Wahlentscheidung an das Wahlvolk und beschreiben die kurz- und mittelfristigen Ziele der Parteien. Sie sind daher besonders mit Blick auf die diskursiven Strategien der Krisenerzählung von Bedeutung, auf deren Grundlage die eigenen Rezepte zur Lösung »der Krise« vorgestellt wurden.¹⁸⁷ Wahl- und Regierungsprogramme sind zudem zentrale Quellen der Auseinandersetzung der Mitte-Rechts-Parteien mit ihrem jeweiligen politischen Gegner, die für die Entwicklung des konservativen und des christdemokratischen Marktdiskurses maßgeblich war. Gleichzeitig geben offizielle programmatische Dokumente der Parteien Aufschluss über den jeweiligen Stand der Aushandlungsprozesse um die Ordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat zu einem bestimmten Zeitpunkt. Sie halten

¹⁸⁴ Zitiert als: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, LCC.

¹⁸⁵ Die Akten der Grundsatz- und Planungsabteilung befinden sich im Bestand »CDU-Bundespartei«: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001). Die Bezeichnung der Grundsatz- und Planungsabteilung wechselte im Laufe der Zeit. Von 1973 bis 1982 trug sie den Namen »Planungsgruppe«.

¹⁸⁶ Vgl. *Günter Buchstab* (Hrsg.), Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994, *Ders.* (Hrsg.), Barzel: Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, Düsseldorf 2009; *Ders./Hans-Otto Kleinmann* (Hrsg.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Düsseldorf 2012; *Ders.* (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, Düsseldorf 2015.

¹⁸⁷ Für die Tories vgl. die *manifestos A Better Tomorrow*. The Conservative Party Programme for the next five years (1970), abgedr. in: *Iain Dale* (Hrsg.), Conservative Party General election manifestos, 1900–1997, London 2000, S. 175–198; Firm action for Britain. The Conservative manifesto 1974, abgedr. in: *F. W. S. Craig* (Hrsg.), British General Election Manifestos, 1900–1974, London/Basingstoke 1975, S. 373–397; Conservative Party General Election Manifesto 1979, abgedr. in: *Iain Dale* (Hrsg.), Conservative Party General election manifestos, 1900–1997, London 2000, S. 265–282. Für die CDU vgl. *CDU-Bundesgeschäftsstelle* (Hrsg.), Sicher in die 70er Jahre. CDU 1969–1973. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1969; *Dies.* (Hrsg.), Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. Regierungsprogramm der CDU 1972. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972, Bonn 1972; *Dies.* (Hrsg.), Aus Liebe zu Deutschland: Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen. Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, Bonn 1976; *Dies.* (Hrsg.), Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980, Bonn 1980; *Dies.* (Hrsg.), Arbeit, Frieden, Zukunft Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU 1983, Bonn 1983.

die (vorläufigen) Ergebnisse des innerparteilichen Aushandlungsprozesses fest und zeigen mithin, welche Deutungsmuster wann den Diskurs bestimmten. Parteiprogramme sind darüber hinaus besonders bezüglich der Frage ergiebig, wie die als krisenhaft wahrgenommenen Wandlungsprozesse politisch verarbeitet wurden und welche Konsequenzen dies für die Entwicklung der Marktdiskurse hatte.¹⁸⁸ Sie bilden die konsens- oder konfliktorientierten Ansätze der politischen Problembearbeitung ab und geben Aufschluss über das jeweilige Menschenbild und Verständnis der Grundwerte, das den unterschiedlichen diskursiven Grenzverschiebungen zu Grunde lag.

Aus den für die Analyse zentralen Fragen nach semantischen Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen in den Marktdiskursen und nach der Reichweite der neoliberalen Außenwelt in die Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie hinein ergibt sich viertens eine Erweiterung des Untersuchungsmaterials über die parteipolitischen Quellen hinaus. Für den Vergleichsfall der deutschen Christdemokratie sind mit Blick auf die Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft Schlüsseltexte des deutschen Ordoliberalismus in seinen verschiedenen Ausprägungen zentral.¹⁸⁹ Der Aufschwung neoliberaler Konzepte angelsächsischer Couleur in den 1970er-Jahren verweist auf die Bedeu-

¹⁸⁸ Hier muss allerdings erwähnt werden, dass die britischen Parteien keine Grundsatzprogramme kennen. Die wichtigsten programmatischen Quellen der britischen Konservativen bilden mithin die Wahlprogramme (*manifestos*). Im Fall der deutschen Christdemokratie kommen grundsatzprogrammatische Dokumente hinzu. Die wichtigsten im Betrachtungszeitraum sind die »Mannheimer Erklärung« (1975) und das Ludwigshafener Grundsatzprogramm (1978) der CDU. Vgl. *Christlich Demokratische Union Deutschlands*, Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung –, 23. Bundesparteitag, 23.–25. Juni 1975 sowie *Christlich Demokratische Union Deutschlands*, Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Bonn 1978.

¹⁸⁹ Wichtige Quellen sind: *Walter Eucken*, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in: *ORDO* 2, 1949, S. 1–99; *Alfred Müller-Armack*, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft (zuerst 1946), in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg im Breisgau 1966, S. 19–170; *Ders.*, Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung (1959), in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg im Breisgau 1966, S. 251–265; *Ders.*, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration, Bern/Stuttgart 1976, S. 106 (zuerst Freiburg im Breisgau 1966); *Ders.*, Der humane Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft, in: Tuchtfeldt, Egon (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft im Wandel, Freiburg im Breisgau 1973; *Ders.*, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart 1974; *Ders.*, Die wissenschaftlichen Ursprünge und die künftige Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Dettling, Warnfried (Hrsg.), Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände, München 1976, S. 56–68; *Ders.*, Stil und Ordnung der Marktwirtschaft, wieder abgedr. in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern/Stuttgart 1976, S. 231–242; *Ders.*, Soziale Irenik (1950), wieder abgedr. in: Ders., Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 3. Aufl., Bern/Stuttgart 1981, S. 559–578; *Wilhelm Röpke*, Jenseits von Angebot und Nachfrage, Bern/Stuttgart 1979 (zuerst 1958); *Alexander Rüstow*, Paläoliberalismus, Kollektivismus und Neolibe-

tion von paradigmatischen Verschiebungen innerhalb der Wirtschaftswissenschaften und lenkt den Blick speziell im Fall der britischen Konservativen auf politikberatende Strategearbeit, die in privaten Think Tanks und Interessengruppen erfolgte. Um diskursive Schnittmengen zwischen der neoliberalen Außenwelt und den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien bestimmen und die Prozesse der Adaption neoliberaler Axiome bemessen zu können, werden zeitgenössische sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Schlüsseltexte sowie Materialien aus parteiexterner Politikberatung herangezogen. Von besonderem Interesse sind dabei die Texte Friedrich August von Hayeks als einflussreichem Vordenker und Vorkämpfer des internationalen neoliberalen Netzwerks. In seinen frühen Schriften legte von Hayek zentrale Grundlagen des marktradikalen Angriffs auf die »konsensliberale« Nachkriegsordnung.¹⁹⁰ Über zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge und Beiträge in Tageszeitungen und Zeitschriften entfaltete er zudem Einfluss als zeitgenössischer Akteur des Neoliberalismus in den 1970er-Jahren.¹⁹¹ Neben von Hayek war auch Milton Friedman wirkmächtiger neoliberaler Akteur, vor allem mit Blick auf die monetaristische Wende in den Wirtschaftswissenschaften.¹⁹²

Eine fünfte Quellengruppe umfasst schließlich das Material von Akteuren und Parteiorganisationen, die sich an der Schnittstelle zwischen den Parteien und der Sphäre der Wissenschaften befanden und damit potenzielle Transmissionsriemen zwischen den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien und der neoliberalen

ralismus in der Wirtschafts- und Sozialordnung, in: Forster, Karl (Hrsg.), *Christentum und Liberalismus*, München 1960, S. 149–178.

¹⁹⁰ Die mit Blick auf die hier zu behandelnde Fragestellung wichtigsten Schlüsseltexte des österreichischen Ökonomen sind: *Friedrich August von Hayek, The Road to Serfdom*, London 1944; *Ders., Die Intellektuellen und der Sozialismus* (1949), wiederabgedr. in: *Ders., Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, Abt. A: Aufsätze, Bd. 7*, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg u. a., Tübingen 2004, S. 3–15; *Ders., Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971 (zuerst engl.: *The Constitution of Liberty*, London 1960).

¹⁹¹ Vgl. etwa *Friedrich August von Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Bd. 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*, München 1981 (zuerst engl.: *Law, Legislation and Liberty. Bd. 2: The Mirage of Social Justice*, London 1976); *Ders., Wissenschaft und Sozialismus. Festvortrag anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Walter-Eucken-Instituts, 6.2.1979*, wiederabgedr. in: *Ders., Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, Abt. A: Aufsätze, Bd. 7*, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg u. a., Tübingen 2004, S. 52–64; *Ders., Trade union privileges*, in: *The Times*, 2.8.1977; *Ders., Trade union privileges*, in: *The Times*, 20.8.1977.

¹⁹² Vgl. etwa *Milton Friedman, Capitalism and Freedom*, überarb. Aufl., Chicago 1982 (zuerst 1962); *Ders./Schwartz, Anna J., A Monetary History of the United States 1867–1960*, Princeton 1963; *Ders., The Role of Monetary Policy*, in: *American Economic Review* 58, März 1968, Nr. 1, S. 1–17; *Ders., The Counter-Revolution in Monetary Theory*, London 1970; *Ders., Unemployment versus Inflation*, London 1975; *Ders., Inflation and Unemployment. The New Dimension of Politics*, London 1977.

Außenwelt darstellten. Als für den Fall der britischen Konservativen ergiebig erweist sich in dieser Hinsicht der im konservativen Parteiarchiv in der Oxforder *Bodleian Library* aufbewahrte Bestand von Keith Joseph (*Keith Joseph Papers*), der als intellektueller Wegbereiter des Thatcherismus enge Kontakte zur neoliberalen Außenwelt pflegte.¹⁹³ Mit Blick auf die Frage nach diskursiven Schnittmen- gen und personellen Schnittstellen zwischen neoliberaler Außenwelt und konser- vativer Innenwelt ist zudem das Privatarchiv von Alfred Sherman im *Royal Holloway College* der *University of London* äußerst erkenntnisfördernd. Sämtliche Broschüren und Programmschriften des *Centre for Policy Studies*, jenes von That- cher und Joseph ins Leben gerufenen Think Tanks, der – von Sherman geführt – eine zentrale Rolle im Politikformulierungsprozess der Tory-Partei in den 1970er- Jahren spielte, sind im konservativen Parteiarchiv frei zugänglich. Über das On- line-Archiv der Margaret Thatcher Foundation sind ferner wichtige Dokumente des Austauschs zwischen Politikern der Konservativen Partei und Akteuren der neoliberalen Außenwelt in digitalisierter Form einsehbar. Als besonders erkennt- nisfördernd zeigen sich hier die Briefwechsel der konservativen Parteiführung, ins- besondere Josephs, mit Mitarbeitern des *Institute of Economic Affairs* (IEA), der ersten marktradikalen Ideenfabrik in Großbritannien. Für die Frage der Reichwei- te der Adaption neoliberaler Konzepte durch christdemokratische Akteure sind die Dokumente der Grundsatz- und Planungsabteilung der CDU im Betracht- ungszeitraum und Analysen und Beiträge von Beratern des christdemokratischen Führungspersonals in der Bundesgeschäftsstelle¹⁹⁴ ebenso zentral wie Reden, Auf- sätze und sonstige Diskussionsbeiträge von Vertretern des konservativen Lagers und des Wirtschaftsflügels der Union.¹⁹⁵

¹⁹³ Die *Keith Joseph Papers* umfassen zugangsbeschränkte Akten, für deren Einsicht eine Geneh- migung von der Tory-Partei benötigt wird. Diese wurde – wenn auch nicht für alle vom Verfasser angefragten Akten – erteilt. Zitiert als: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ.

¹⁹⁴ Vgl. etwa *Wolfgang Bergsdorf*, *Politik und Sprache*, München 1978; *Ders.* (Hrsg.), *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, Stuttgart 1979; *Ders.*, *Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland*, Pfullingen 1983; *Ders.*, *Sprache und Politik. Laudatio auf Hans Messelken*, in: Burckhart, Holger/Fink, Oliver (Hrsg.), *Sprache der Didaktik – Didaktik der Sprache*, Würzburg 2003, S. 10–17; *Peter Radunski/Alexander Nie- metz*, *Die Anlage des Landtagswahlkampfs. Erfolgreiche Planung und Durchführung eines Wahlkampfes am Beispiel der CDU Hessen*, in: *Sonde* 4, 1971, S. 36–51.

¹⁹⁵ Vgl. beispielsweise *Philipp von Bismarck*, »Tödlich für die Marktwirtschaft«, in: *DIE ZEIT*, Nr. 47, 16. 11. 1973; *Elmar Pieroth*, *Herausforderungen an die zukünftige Wirtschaftspolitik*, in: Wulf Schönbohm/Günther E. Braun (Hrsg.), *CDU-Programmatik. Grundlagen und He- rausforderungen*, München/Wien 1981, S. 176–195; *Franz Josef Strauß*, *Rede auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18./19. November 1974*, Auszüge in: *DER SPIEGEL*, 10. 3. 1975, S. 34–41; *Ders.*, »Mein Wahlkampf ist intellektuell-rational«, Interview, in: *DER SPIEGEL*, 13. 9. 1976, S. 23–33.

4. Aufbau der Arbeit

Die Gliederung der vorliegenden Arbeit bildet den multiperspektivischen Ansatz der Analyse ab. Sie strukturiert den Hauptteil der Untersuchung entlang der drei skizzierten Fragenkomplexe und folgt somit systematischen Kriterien, wobei die Chronologie der Entwicklungen in der Binnenperspektive der einzelnen Kapitel aufgegriffen wird. Zur Klärung der Vorgeschichte und des Ausgangspunkts der im Hauptteil zu analysierenden Entwicklung der Marktdiskurse in den 1970er-Jahren werden zunächst die Grundzüge der Nachkriegsordnungen Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Marktdiskurse bis zum Ende der 1960er-Jahre dargestellt (Kap. I). Sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik hatte sich nach 1945 ein reformierter Kapitalismus durchgesetzt. In der deutschen Zeitgeschichtsforschung wird dieser gemeinhin mit dem Begriff Konsensliberalismus gefasst, der im Zuge der deutschen Westernisierungsforschung geprägt worden ist.¹⁹⁶ Demnach wurde das anglo-atlantische Modell liberaler Westlichkeit im Gefolge des amerikanischen *New Deals* und des Marshallplans nach 1945 aus den USA in die Bundesrepublik und nach Westeuropa insgesamt importiert. In den Nachkriegsgesellschaften Westeuropas etablierte sich ein Ordnungskonzept, das auf einem Konsens zwischen Kapital, Arbeit und Staat sowie auf dem fordistischen Produktionsmodell basierte.¹⁹⁷ In den verbindlichen Rahmenbedingungen des Nationalstaats, der europäischen Integration, des west-

¹⁹⁶ Vgl. grundlegend *Anselm Doering-Manteuffel*, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999. »Konsensliberalismus« ist dem Begriff *consensus liberalism* nachgebildet, der sowohl eine in den 1950er-Jahren einflussreiche amerikanische Historikerschule bezeichnet als auch ihre Analyse der amerikanischen Gesellschaft, wonach diese in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten auf einem liberalen, oft unbewussten Konsens beruhe. Vgl. dazu *Peter Novick*, *That noble dream: the »objectivity question« and the American historical profession*, Cambridge, Mass. 1991. Für einen aktuellen Überblick über *liberal consensus* und *postwar consensus* als gängige Narrative der US-amerikanischen Historiografie zur Charakterisierung der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte vgl. *Robert Mason/Iwan Morgan* (Hrsg.), *The liberal consensus reconsidered. American Politics and Society in the Postwar Era*, Gainesville 2017.

¹⁹⁷ Der Begriff »Konsensliberalismus« zielt auf die Beschreibung eines spezifischen, für die 1940er- bis 1960er-Jahre hegemonialen Paradigmas des Liberalismus an. »Liberal« ist dabei in dem seit der progressivistischen Ära (1890 bis 1920) und dem *New Deal* der 1930er-Jahre in den USA gebräuchlich gewordenen Sinn zu verstehen und meint im europäischen Kontext einen moderat-sozialreformistischen Linksliberalismus mit sozialdemokratischen Zügen. Vgl. *Michael Hochgeschwender*, *Der Kongress für kulturelle Freiheit als Instrument der Reorientation*, in: Katharina Gerund/Heike Paul (Hrsg.), *Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf »America's Germany«*, Bielefeld 2015, S. 35–60. In Bezug auf die Organisationsform der Arbeitsbeziehungen wird der »Konsensliberalismus« auch als »Konsenskapitalismus« bezeichnet. Vgl. *Julia Angster*, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003, S. 33.

lichen Bündnisses unter Führung der USA sowie des Währungssystems von Bretton Woods verband dieses Ordnungsmuster die Theorie der keynesianischen Globalsteuerung mit dem Glauben an die Überwindung gesellschaftlicher Spannungen durch wirtschaftliches Wachstum.¹⁹⁸

Zur Klärung des Status quo ante der Entwicklung der konservativen und christdemokratischen Marktdiskurse in den 1970er-Jahren kann an die These des in der westlichen Welt nach 1945 wirksam werdenden Konsensliberalismus angeknüpft werden. Gleichwohl stößt das analytische Konzept Konsensliberalismus bei einer die Bundesrepublik und Großbritannien vergleichenden Betrachtung der Nachkriegsordnungen und der diese prägenden Marktdiskurse insofern an seine Grenzen, als mit ihm markante Unterschiede zwischen den Vergleichsfällen in den Hintergrund rücken. Mit Blick auf die Klärung der Ausgangslagen und grundsätzlichen Rahmenbedingungen des in den 1970er-Jahren von den konservativen und christdemokratischen Akteuren neu verhandelten Verhältnisses zwischen Markt und Staat müssen aber gerade die Spezifika der jeweiligen Ausprägungen der Nachkriegsordnungen der Vergleichsländer sowie die Besonderheiten in den jeweiligen Aushandlungsprozessen der durch das Paradigma »Markt-Staat-Plan«¹⁹⁹ beherrschten konservativen und christdemokratischen Marktdiskurse und ihrer politischen Gegner, der Labour Party und der SPD, herausgestellt werden. Dementsprechend wird das für die Entwicklung westeuropäischer Industriestaaten nach 1945 konstatierte Ordnungsmodell des Konsensliberalismus differenziert, indem die Konturen der Nachkriegsordnungen in der Bundesrepublik und in Großbritannien anhand entscheidender wirtschafts- und sozialpolitischer Weichenstellungen in ihrer Unterschiedlichkeit nachgezeichnet werden. Aus ihnen ergeben sich bereits Hinweise auf differierende Diskurskontexte und Debattestrukturen sowie auf semantische Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen, die unterschiedliche Entwicklungen der Marktdiskurse in den 1970er-Jahren zufolge hatten.

Bei der zunächst zu leistenden vergleichenden Untersuchung der Ausgangs- und Rahmenbedingungen der konservativen und christdemokratischen Marktdiskurse geht es auch um die Gewichtung der Anteile, die der Labour Party und der SPD als politischen Opponenten der Mitte-Rechts-Parteien bei der Herausbildung der

¹⁹⁸ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 15–20.

¹⁹⁹ Die hier zur Kennzeichnung des hegemonialen Marktdiskurses der Nachkriegsordnungen beider Vergleichsländer genutzte Begrifflichkeit »Paradigma Markt-Staat-Plan« findet sich bei *Anselm Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: *VfZ* 4, 2007, S. 559–581, hier S. 577 f. Doering-Manteuffel zufolge wurde das alte Paradigma »Markt-Staat-Plan«, welches die »Zeit des Booms« geprägt hatte, im Zuge des Zusammentreffens eines technologisch-wirtschaftlichen und kulturellen Strukturwandels mit der neuen neoliberalen beziehungsweise monetaristischen Wirtschaftstheorie durch das neue Paradigma »Freiheit des Marktes« ersetzt.

Nachkriegsordnungen und ihrer Marktdiskurse bis Ende der 1960er-Jahre zu kommen. Nur so können die differierenden Ausprägungen des Konsensliberalismus kenntlich und die unterschiedlichen Diskurskontexte und Debattenstrukturen deutlich gemacht werden, die die Entwicklungen der Marktdiskurse in den 1970er-Jahren vorprägten. Als Analysekategorie und Interpretationsmuster der britischen Nachkriegsordnung und ihres Marktdiskurses wird die These eines nach 1945 wirksam werdenden, keynesianischen *post-war consensus* nutzbar gemacht (Kap. I.1) und gefragt, welche Rolle die Labour Party und die britischen Konservativen bei der Gestaltung dieser spezifisch britischen Nachkriegsordnung spielten. Demgegenüber geht es bei der Darstellung der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung (Kap. I.2) um die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft, die auf eine bis in die 1960er-Jahre andauernde christdemokratische Dominanz zurückging. In einem zweiten Schritt werden sodann die kurze Hochphase des Keynesianismus in der Bundesrepublik und die Rollen, die die CDU und die SPD bei dieser Entwicklung spielten, herausgearbeitet.

Auf der Grundlage des Vergleichs der Nachkriegsordnungen und der diese bis in die 1960er-Jahre hinein prägenden parteipolitischen Marktdiskurse nimmt das erste Kapitel des Hauptteils die Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre als spezifischen Diskurskontext der Auseinandersetzungen über das wünschenswerte Verhältnis von Markt und Staat in den Neuausrichtungsprozessen der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den Blick (Kap. II). Dem ersten Fragenkomplex gemäß behandelt diese Ebene der Analyse die Bedeutung von unterschiedlichen Intensitäten des »Strukturbruchs« sowie strukturell differierenden Diskurskontexten und Krisenwahrnehmungen in den Vergleichsländern für die von den parteipolitischen Akteuren aktiv vorangetriebenen diskursiven Strategien der Krisenerzählung und die damit verbundenen Verschiebungen im konservativen und christdemokratischen Marktdiskurs. Die konservativen und christdemokratischen Strategien der Krisenerzählung und die darin transportierten Mittel zur Lösung der Krise profitierten vom Plausibilitätsverlust des sozialdemokratisch-keynesianischen Paradigmas sowie von Polarisierungs- und Spaltungstendenzen, die vor allem den Marktdiskurs der Labour Party, aber auch den der SPD in den 1970er-Jahren prägten. Daher wird bei der Analyse der konservativen (Kap. II.1) und christdemokratischen Krisenerzählungen (Kap. II.2) ein starkes Gewicht auf die diskursive Auseinandersetzung mit dem jeweiligen politischen Gegner gelegt.

Dem zweiten Fragenkomplex entsprechend beleuchtet die zweite Ebene der Analyse die Bedeutung von Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten für die Aushandlungsprozesse der Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens über die Ordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat in den 1970er-Jahren (Kap. III). Nach den auf der ersten Ebene der

Analyse betrachteten, »äußeren« Triebkräften geraten hier die »inneren« Triebkräfte der Entwicklung der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen stärker in den Blick. Damit wird der Hauptschauplatz der parteipolitischen Aushandlungsprozesse über das Verhältnis von Markt und Staat verlegt: Geht es auf der ersten Ebene der Analyse vor allem um die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und dessen Krisendeutung, so rücken hier die innerparteilichen Debattenstrukturen und Kräfteverhältnisse der Neuausrichtungsprozesse der britischen Konservativen (Kap. III.1) und der deutschen Christdemokratie der 1970er-Jahre (Kap. III.2) in den Mittelpunkt. Die Analyse von Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten rückt die markanten Unterschiede zwischen der britischen Spielart des parteipolitischen Konservatismus und der deutschen Christdemokratie ebenso ins Zentrum des Interesses wie differierende Ausgangspunkte und Stoßrichtungen der Erneuerungsprozesse der Mitte-Rechts-Parteien und den Stellenwert, der einem gewandelten Marktbegriff in diesen zukam.

Die dritte Ebene der Analyse behandelt schließlich die Bedeutung des internationalen Aufstiegs des neoliberalen Ordnungsmodells für die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien Großbritanniens und der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren und hat damit den dritten Fragenkomplex der vorliegenden Studie zum Gegenstand (Kap. IV). Unter der Leitfrage nach diskursiven Verflechtungen zwischen der neoliberalen Außenwelt und den Innenwelten der Mitte-Rechts-Parteien geht es hier um Kontakte und Beziehungen der konservativen (Kap. IV.1) und christdemokratischen Akteure (Kap. IV.2) zu neoliberalen Denkern und Ökonomen, privaten Think Tanks und Interessengruppen im Zuge der Bemühungen der Akteure um eine Professionalisierung und Intellektualisierung der Politik der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren. Dabei geraten die Reichweiten des neoliberalen Netzwerks in den Vergleichsländern ebenso ins Blickfeld wie die jeweiligen Voraussetzungen der Mitte-Rechts-Parteien hinsichtlich der Anschlussfähigkeit an die Axiome der neoliberalen Außenwelt und die damit zusammenhängende Möglichkeit für transnationale Verflechtungen in den Marktdiskursen der Parteien. In der Schlussbetrachtung werden die drei Fragenkomplexe zusammengeführt und mit Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Entwicklungen der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren beantwortet. Hier wird zudem abschließend erörtert, welche Auswirkungen die Ergebnisse dieser Studie auf die Einschätzung der allgemeinen Entwicklungslinien und -phasen der westlichen Industrieländer im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert haben.

Erstes Kapitel

Die Grundzüge der Nachkriegsordnungen Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Marktdiskurse bis zum Ende der 1960er-Jahre

Im Folgenden werden die Grundzüge der Nachkriegsordnungen Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Marktdiskurse bis zum Ende der 1960er-Jahre beleuchtet. Zur Erläuterung der Vorgeschichte und des Ausgangspunkts der im Hauptteil zu analysierenden Entwicklung der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie in den 1970er-Jahren wird die These des in der westlichen Welt nach 1945 wirksam werdenden Konsensliberalismus aufgegriffen und im deutsch-britischen Vergleich differenziert, indem die Spezifika der Ausprägungen der Nachkriegsordnungen der beiden Länder sowie ihrer Marktdiskurse herausgearbeitet werden. In dieser Betrachtung der entscheidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen nach 1945 werden die Besonderheiten der britischen und der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung mit Blick auf die Herausbildung des Paradigmas »Markt-Staat-Plan«¹ zutage gefördert und die jeweiligen Wirkungsanteile bemessen, die den christdemokratischen und den konservativen Akteuren sowie ihren politischen Gegnern, der Labour Party und der SPD, dabei zukamen. Aus den dabei deutlich werdenden differierenden Ausprägungen des Konsensliberalismus ergaben sich unterschiedliche Diskurskontexte und Debattenstrukturen, welche die Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren vorprägten.

1. Keynesianischer *post-war consensus* – Die britische Nachkriegsordnung und das Paradigma »Markt-Staat-Plan«

Zur Beschreibung der wirtschaftlichen und politischen Ordnung Großbritanniens, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit den Reformen der von Clement Attlee geführten Labour-Regierung Gestalt annahm und von den nachfolgenden, von beiden Parteien geführten Nachkriegsregierungen weiter etabliert wurde, ist in geschichtswissenschaftlichen Studien seit Mitte der 1970er-Jahre der

¹ *Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom, S. 577 f.

Begriff *post-war consensus* (Nachkriegskonsens) verwendet worden. Seither hat sich der Begriff in der britischen Historiographie und Politikwissenschaft als analytisches Konzept etabliert, das auf das prinzipielle Einvernehmen der politischen Klasse in Großbritannien über die Grundlagen der Nachkriegsordnung abhebt.² Mit den Worten der Politikwissenschaftler Dennis Kavanagh und Peter Morris meint *consensus* »a set of parameters which bounded the set of policy options regarded by senior politicians and civil servants as administratively practicable, economically affordable and politically acceptable.«³ Auf einen fiktiven »Mr Butskell« bezugnehmend hatte ein Leitartikel im *Economist* für diese Politik bereits 1954 den Begriff »*Butskellism*« geprägt, ein satirisches Wortspiel, das die Namen des Konservativen Richard Austen (Rab) Butler und des Labour-Politikers Hugh Gaitskell kombinierte.⁴ Letzterer hatte in den Jahren 1950/51 das Amt des Schatzkanzlers innegehabt und galt als Paradebeispiel eines gemäßigten Sozialisten. Butler, der ihm im Amt des Schatzkanzlers nachfolgte, war ein prototypischer Vertreter jener progressiven, auf gesellschaftlichen Ausgleich ausgerichteten Spielart des parteipolitischen Konservatismus, die sich nach 1945 in Großbritannien herausgebildet hatte. Beide hatten eine pragmatische, keynesianische Politik der Nachfragesteuerung verfolgt, die an dem Ziel der Vollbeschäftigung orientiert gewesen war.⁵

Das Konzept des »Konsenses« in der britischen Geschichtswissenschaft geht maßgeblich auf Paul Addisons Buch »*The Road to 1945*« aus dem Jahr 1975 zurück. Addison betonte die Bedeutung der von Winston Churchill und Clement Attlee geführten Koalitionsregierung der Jahre 1940 bis 1945 für die Entstehung des Nachkriegskonsenses. Seiner Lesart nach hatte sich während des Zweiten Weltkriegs ein spezifisches Politikverständnis herausgebildet, das auf ein umfassendes staatliches Eingreifen in alle Gesellschaftsbereiche und die Durchführung sozial- und bildungspolitischer Reformen gerichtet war. Dieses Politikverständnis wurde von den Ministern aller Parteien getragen, was die Agenda der nachfolgenden konservativen und Labour-Regierungen beeinflusste. Die Wirksamkeit des Staatsinterventionismus während der Kriegsjahre ließ auch die Vorbehalte der Konservativen gegen eine aktiv eingreifende Regierung schwinden.⁶

² Vgl. dazu und zum Folgenden *Dominik Geppert*, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002, S. 149 ff., S. 208 ff.; *Thomas Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, Göttingen 2005, S. 11 f.

³ *Dennis Kavanagh/Peter Morris*, *Consensus politics from Attlee to Major*, 2. Aufl., Oxford/Cambridge, Mass 1994, S. 15.

⁴ Vgl. *The Economist*, 13. Februar 1954.

⁵ *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 149.

⁶ *Paul Addison*, *The Road to 1945. British politics and the Second World War*, 2. Aufl., London 1994 (zuerst 1975).

Die Frage, wann der »Konsens« begann, wodurch er sich auszeichnete und wie lange er andauerte, wird in der Forschung unterschiedlich beantwortet.⁷ Auch ist bezweifelt worden, ob es ihn überhaupt gegeben hat. Verschiedene Historiker haben sich darum bemüht, die Vorstellung eines monolithischen Nachkriegskonsenses zu dekonstruieren, beziehungsweise seine Tragweite zu relativieren. Peter Kerr hat auf eine parteipolitisch höchst konfrontative Entscheidungsfindung nach 1945 abgehoben.⁸ Der Labour-Partei-Historiker Ben Pimlott hält den »Konsens« gänzlich für eine Konstruktion. Für ihn war *consensus* in erster Linie ein funktionaler Begriff der »Neuen Rechten«, um den Machtantritt Margaret Thatchers im Jahr 1979 als historischen Wendepunkt zu markieren. In der Wahrnehmung der damals handelnden Politiker habe ein konsensuales Klima keineswegs existiert. Die klare Lageraufteilung der Wählerschaft, das klassenbasierte Wahlverhalten und die eindeutige Unterstützung der Labour Party durch die Gewerkschaften sind für Pimlott weitere Argumente gegen die Sichtweise einer auf breite Übereinstimmung in wichtigen Grundfragen gerichteten Politik.⁹ Andere Einwände sind zudem mit Blick auf die Stoßrichtung und Ziele der keynesianischen Politik formuliert worden, in denen sich Labour Party und Tories durchaus grundlegend unterschieden hätten.¹⁰

Die Vorzüge dieses Konsens-Ansatzes als Analysekategorie und Interpretationsmuster der britischen Nachkriegsordnung sind dennoch unter den meisten Historikern unumstritten¹¹ und treten gerade bei der Betrachtung der Entwicklung des britischen Marktdiskurses seit den 1970er-Jahren hervor. In der Tat fallen gerade in der Rückschau die Gemeinsamkeiten in den wirtschafts- und sozialpolitischen Grundannahmen, die in der politischen Elite damals vorherrschend waren,

⁷ Zum Folgenden vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 149 f. Vgl. auch *Richard Toye*, From ›Consensus‹ to ›Common Ground‹. The Rhetoric of the Postwar Settlement and its Collapse, in: *Journal of Contemporary History* 48, 2013, S. 3–23.

⁸ *Peter Kerr*, The Postwar Consensus: a Woozle that wasn't? in: David Marsh u. a. (Hrsg.), *Postwar British politics in perspective*, Cambridge 1999, S. 66–86, hier S. 85. Es sei darauf hingewiesen, dass auch Addison seine These in der zweiten Auflage von »The Road to 1945« dahingehend präzisiert hat, es habe sich um einen »Whitehall consensus« gehandelt, der auf die politische Elite beschränkt gewesen sei und keinesfalls fortdauernde soziale Spannungen und Konflikte ausgeschlossen habe. Vgl. *Addison*, *The Road to 1945*, S. 280 f.

⁹ *Ben Pimlott*, Is the ›postwar consensus‹ a myth?, in: *Contemporary Record* 3, 1989, S. 12–15. Pimlott sieht eine begrenzte Reichweite des Konsenses hinsichtlich des an ihm beteiligten Personenkreises und betont handfeste Interessengegensätze zweier sich weiterhin konfrontativ gegenüberstehender politischer Lager.

¹⁰ *Neil Rollings*, Poor Mr Butskell: A Short Life, Wrecked by Schizophrenia, in: *Twentieth Century British History* 5, 1994, S. 183–205.

¹¹ Vgl. *Steven Fielding*, Rethinking the ›Rise and Fall‹ of Two-Party Politics, in: Paul Addison/Harriet Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain. 1939–2000*, Malden, MA 2005, S. 351–369, hier S. 356. Zum *post-war consensus* als vorherrschendes Interpretament der britischen Geschichte des 20. Jahrhunderts vgl. *Mergel*, Großbritannien seit 1945, S. 9–13.

stärker ins Auge als die Unterschiede.¹² Wenn vom britischen *post-war consensus* die Rede ist, bezieht sich der Begriff »Konsens« auf überparteilich vertretene Grundannahmen und ist damit vom Begriff des »Kompromisses« abzugrenzen. Von einem »Konsens« zwischen Parteien über zentrale wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundfragen ist bei einer mehr oder weniger grundsätzlichen Übereinstimmung ihrer Positionen zu sprechen, während die Kompromissfindung hingegen einen Vorgang bezeichnet, in dem sich die Akteure zweier Parteien, die unterschiedliche beziehungsweise gegenläufige Interessen vertreten, aufeinander zu bewegen und einen Teil ihrer Interessen zugunsten des Kompromisses aufgeben; sei es in der Parteipolitik, auf dem Feld der Arbeitsbeziehungen oder in anderen interessengeleiteten Aushandlungsprozessen. Gegenläufige Interessen bestanden freilich auch in Großbritannien nach 1945 nicht nur zwischen Kapital und Arbeit weiter fort, sodass der Konsens über wirtschafts- und sozialpolitische Grundannahmen in der britischen Nachkriegsordnung keinesfalls die Notwendigkeit der Kompromissfindung ersetzte.

Für den britischen *post-war consensus* war indes entscheidend, dass – wie zu zeigen sein wird – die Labour Party nach 1945 von moderaten Sozialdemokraten geführt wurde, die den Kapitalismus nicht überwinden, sondern reformieren wollten, während ihre konservativen Amtskollegen aus der Tradition des *One-Nation-Conservatism* heraus Klassenunterschiede ausgleichen und nicht intensivieren wollten.¹³ Diese Konstellation änderte sich in den 1970er-Jahren grundlegend, als die thatcheristischen Akteure in der konservativen Partei die wirtschafts- und sozialpolitischen Grundlagen der britischen Nachkriegsordnung radikal infrage stellten. Die Wahrnehmung eines Konsenses beider britischer Volksparteien in den ersten Nachkriegsjahrzehnten hinsichtlich der Zielsetzungen und des Stils der politischen Problemlösung formte sich gerade in dem Moment, so könnte man argumentieren, als die Thatcheristen seit Mitte der 1970er-Jahre den Konflikt zum politischen Prinzip erhoben.

Für die im Hauptteil der Arbeit geleistete Analyse des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren spielt der »keynesianische Nachkriegskonsens« eine entscheidende Rolle. In den parteipolitischen Diskursen über »Markt« und »Staat« der 1970er-Jahre sind Argumentationsmuster zu identifizieren, die dem *post-war consensus* für die diskursgeschichtliche Betrachtung die Qualität eines historischen Gegenstands zuweisen.¹⁴ In der Forschung ist jüngst darauf hingewiesen worden, dass die politische Sprache des *consensus* zu unter-

¹² Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 150; *Beer*, *Modern British politics*, S. 359.

¹³ Vgl. *Fielding*, *Rethinking the ›Rise and Fall‹ of Two-Party Politics*, S. 355 f.

¹⁴ Dies betont auch *Almuth Ebke*, »The Party is Over«? Britische Wirtschaftspolitik und das Narrativ des »Decline«, 1970–1976, Frankfurt am Main 2012, S. 101.

schiedlichen Zeitpunkten selbst verschiedene, auf bestimmte politische Zielvorstellungen gerichtete Funktionen erfüllte.¹⁵ Die parteipolitischen Akteure sprachen davon, dass es einen *post-war consensus* gebe, wollten ihn erhalten oder zielten auf seine Abschaffung. Der *post-war consensus* war also als Idee und Kampfbegriff wirkmächtig und handlungsleitend für die politischen Akteure.

Die hier zu leistende Darstellung der Grundzüge der britischen Nachkriegsordnung setzt daher bei der These vom *post-war consensus* an. Die von der Labour Party nach 1945 vollzogenen wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen bildeten die Grundlagen der britischen Nachkriegsordnung. Im Zuge des Aufstiegs des »Revisionismus« in der Labour Party wurde der Keynesianismus zum prägenden Leitbild des wirtschaftspolitischen Ordnungsmodells Großbritanniens nach 1945. Das keynesianische Paradigma dominierte nach 1945 auch den Marktdiskurs der Konservativen Partei. Parallel zum Aufstieg der Revisionisten in der Labour Party hatten die Protagonisten einer progressiven Spielart des Konservatismus in der Tradition des *One-Nation*-Konzepts die Vorherrschaft in der Tory-Partei errungen. Diese nahmen Abstand vom marktliberalen Element der konservativen Parteitradition, waren um gesellschaftlichen Ausgleich bemüht und gestalteten die unter keynesianischen Vorzeichen stehende Nachkriegsordnung aktiv mit. Das am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientierte, keynesianische Ordnungsmodell wurde somit für beide Parteien bis in die 1960er-Jahre diskursbestimmend und handlungsleitend.

1.1 Die Labour Party und die Schaffung der Grundlagen des *post-war consensus*

Aus den ersten Nachkriegswahlen war die Labour Party Clement Attlees als Siegerin hervorgegangen. Obwohl Churchill als »Nationalheld« hohe Popularität genoss, war die Stimmung allgemein ungünstig für die Konservative Partei.¹⁶ Die Tories hatten die Zwischenkriegszeit dominiert, die »hungry Thirties« mit Massenarbeitslosigkeit, verödeten Landstrichen und verelendeten Arbeitervierteln waren in der Erinnerung der Briten überaus präsent geblieben. Hinzu kam, dass die innenpolitischen Ministerien schon in Churchills Kriegskabinett von Labour-Ministern besetzt wurden. »We've had a Labour government for five years [...]. Winston hardly touched the home front and that's why he's out«, wurde 1945 in der Tory-Partei moniert.¹⁷ Der an der »home front« während des Krieges

¹⁵ Vgl. *Toye*, From »Consensus« to »Common Ground«.

¹⁶ Vgl. *Andrew Thorpe*, A History of the British Labour Party, 3. Aufl., Basingstoke 2008, S. 117 f.; *Kenneth O. Morgan*, Labour in Power. 1945–1951, Oxford 1986, S. 43 f.

¹⁷ Zit. nach: *Alan Sked/Chris Cook*, Post-war Britain. A political history, 4. Aufl., London 1993, S. 23.

eingeleitete Reformschub war von der Labour Party maßgeblich mitgestaltet worden. In einem auf das Gemeinwohl und sozialen Ausgleich gerichteten politischen Klima nahm die Labour Party nun in den ersten sechs Jahren nach dem Krieg wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen vor, die die britische Nachkriegsordnung nachhaltig prägten.

Die Grundgedanken der Labour Party für die ökonomische und politische Nachkriegsordnung in Großbritannien gehen maßgeblich auf die Theorien des britischen Ökonomen John Maynard Keynes zurück, die später unter dem Sammelbegriff »Keynesianismus« gefasst wurden. Unter dem Eindruck von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit wandte sich Keynes »General Theory of Employment, Interest and Money« aus dem Jahr 1936¹⁸ gegen die damals vorherrschende neoklassische Theorie, die nach wie vor jedes staatliche Eingreifen in das Marktgeschehen rigoros ablehnte. Keynes widersprach der neoklassischen Annahme, nach der das marktwirtschaftliche System durch den Markt- und Preismechanismus selbst zum Gleichgewicht aller Märkte bei Vollbeschäftigung tendiert.¹⁹ Vielmehr hatte der Staat mittels Steuerpolitik und öffentlicher Ausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu regulieren. Während die Vorteile des Marktes bei der richtigen Verteilung von Ressourcen und der Herstellung ökonomischer Effizienz weiterhin genutzt werden sollten, kam dem Staat die Aufgabe zu, die Volkswirtschaft durch wirtschaftspolitische Steuerung und Planung zu stabilisieren. Damit sprach sich Keynes gleichzeitig gegen eine Lösung der ökonomischen Krise in Form der sozialistischen Planwirtschaft aus, die während der 1930er-Jahre auch in den kapitalistischen Staaten des Westens an Attraktivität gewonnen hatte. So gesehen befand sich Keynes von Beginn an in einem intellektuellen Zweifrontenkrieg.²⁰ Ihrem Ursprung nach war Keynes' Theorie auf eine Reform des kapitalistischen Wirtschaftssystems gerichtet, mit dem Ziel, die Wettbewerbswirtschaft und den privaten Unternehmer zu retten. Wollte man den Kapitalismus gegen die Herausforderungen des Faschismus und des Kommunismus bewahren, musste er – gegen den damals bestehenden neoklassischen Mainstream – reformiert werden.

Für die britische Nachkriegsentwicklung waren die wirtschafts- und sozialpolitischen Neuerungen im Zuge des Aufstiegs des Keynesianismus nach 1945 in besonderem Maße entscheidend. Man kann aus ihnen die wesentlichen Merkmale ableiten, die die britische Nachkriegsordnung ausmachten: erstens das grundlegende Verständnis des Staats als Sozialstaat (*welfare state*), zweitens das Streben

¹⁸ Vgl. *John Maynard Keynes*, *General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936.

¹⁹ Vgl. *Sidney Pollard*, *Keynesianismus und Wirtschaftspolitik seit der großen Depression*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10, 1984, S. 185–210, hier S. 192f.

²⁰ Vgl. ebd., S. 188.

nach Vollbeschäftigung als wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik mittels makroökonomischer Nachfragesteuerung (*demand management*) als direkte Reaktion auf das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit während der großen Depression, drittens eine Wirtschaftsverfassung, die aus einer Mischung aus Staats- und Privatwirtschaft bestand (*mixed economy*), und viertens eine institutionalisierte Kooperation der Regierung mit den Gewerkschaften durch ihre korporative Einbindung in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung.²¹ Diese Eckpfeiler der britischen Nachkriegsordnung wurden von der Labour Party etabliert und, wie unten gezeigt wird, von den britischen Konservativen akzeptiert.

In Großbritannien erfolgte die Etablierung eines Systems der umfassenden sozialen Sicherung erst nach 1945 durch die erste Nachkriegsregierung Clement Attlees.²² Sozialpolitisch gesehen war Großbritannien ein Nachzügler gewesen. Zwar hatte es schon vor dem Zweiten Weltkrieg sozialstaatliche Maßnahmen wie Zuwendungen im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit gegeben.²³ Diese waren jedoch wenig ausgereift und blieben vornehmlich auf die Armenfürsorge beschränkt. Das Konzept eines umfassenderen Wohlfahrtsstaats wurde erst während des Zweiten Weltkriegs entwickelt. Die Veröffentlichung des *Beveridge Reports* im Dezember 1942 bildete das Schlüsselereignis. Der Bericht des Ökonomen und Politikers der liberalen Partei William Henry Beveridge zielte darauf ab, das bestehende Flickwerk staatlicher Zuwendungen durch eine umfassende »nationale Versicherung« zu ersetzen, die den Bürgern von der Geburt bis zum Tod Schutz vor den »fünf großen Übeln« – Bedürftigkeit, Krankheit, Verwahrlosung, Arbeitslosigkeit und Unwissen – geben sollte.²⁴ Im Wesentlichen schwebte Beveridge eine aus Steuermitteln finanzierte, staatlich organisierte Einheitsversicherung vor, die ein Mindestmaß an sozialer Sicherung für alle gewährte. Dieses gigantische Projekt wurde nach 1945 von der Attlee-Regierung, die schon vor der Veröffentlichung des Berichts ein umfassendes Programm der sozialen Reform entwickelt hatte²⁵, in praktische Politik umgesetzt. Mit dem *National Insurance Act* von 1946 wurde eine umfassende Sozialversicherung eingeführt, die Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter abdeckte, und soziale Sicherung in bislang

²¹ Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 145–149; vgl. auch *Kavanagh/Morris*, *Consensus politics from Attlee to Major*; *David Dutton*, *British politics since 1945. The rise, fall, and rebirth of consensus*, 2. Aufl. Oxford/Malden, MA 1997.

²² Zur Geschichte des britischen Sozialstaats vgl. *Rodney Lowe*, *The welfare state in Britain since 1945*, 3. Aufl., Houndmills/Basingstoke/Hampshire etc. 2005; *Derek Fraser*, *The evolution of the British welfare state*, 4. Aufl., Basingstoke 2009.

²³ Vgl. *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 64 f.; *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 148.

²⁴ Vgl. *Morgan*, *Labour in Power*, S. 20 f.; *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 65.

²⁵ Vgl. *Sked/Cook*, *Post-war Britain*, S. 38.

ungekanntem Ausmaß brachte.²⁶ Mit der Einführung des *National Health Service* (NHS) im Jahr 1948 erfolgte die umfassende Reform des britischen Gesundheitswesens. Im Unterschied zu den Gesundheitssystemen vieler anderer westlicher Industrieländer, wie der Bundesrepublik, wurde und wird der NHS nicht aus Beiträgen der Sozialversicherung, sondern aus Steuermitteln finanziert.²⁷

In der Zeit der ersten Labour-Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zudem eine gemischte Wirtschaftsordnung (*mixed economy*) geschaffen, die an das egalitaristische System der sozialen Sicherung gekoppelt war und die sich durch einen beachtlichen öffentlichen Sektor auszeichnete.²⁸ Diese Mischung aus Privat- und Staatswirtschaft wurde konstitutiv für die spezifisch britische Wirtschaftsordnung nach 1945. Im Labour-Lager herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass Verstaatlichungen wichtiger Bereiche der Wirtschaft die Voraussetzung dafür schaffen würden, eine Politik der Planung in einer gemischten Wirtschaftsordnung durchzuführen.²⁹ So wurden seit 1945 wichtige Bereiche der britischen Privatwirtschaft in Staatsbesitz überführt: zunächst die zivile Luftfahrt (1946), dann der Kohlebergbau und das Funk- und Fernmeldewesen (1947), die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, die Eisenbahn, das Straßentransportwesen (1948) sowie die Eisen- und Stahlindustrie (1951).³⁰ Die von der Attlee-Regierung initiierte Verstaatlichungspolitik wurde dabei weniger aus ideologischen Motiven durchgeführt, sondern folgte vor allem pragmatischen Gesichtspunkten. Sie entsprang weniger einer sozialistischen Gerechtigkeitsvorstellung oder dem Streben nach industrieller Demokratie als vielmehr dem Gedanken von Effizienz.³¹ Großunternehmen standen seit der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er-Jahre wegen schlechtem Management in der Kritik. Die Überführung der Versorgungsindustrien in Staatseigentum versprach höhere Produktivität. Das Programm der Labour Party folgte dabei einem Leitfaden, der als ausschlaggebende Kriterien für die Verstaatlichung Ineffizienz und Krisenhaftigkeit einer Industriebranche festlegte, wirtschaftlich intakte Branchen wurden in der Regel nicht sozialisiert.³² Als

²⁶ Vgl. *Morgan*, *Labour in Power*, S. 170–174.

²⁷ Zum NHS vgl. ausführlich ebd., S. 152–163; *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 69–71.

²⁸ Vgl. dazu grundlegend *Jim Tomlinson*, *Democratic Socialism and Economic Policy. The Attlee Years, 1945–1951*, Cambridge 1997; *Morgan*, *Labour in Power*, S. 94–141.

²⁹ Vgl. *Sked/Cook*, *Post-war Britain*, S. 29.

³⁰ Die Bank of England war schon 1945 verstaatlicht worden. Für die Daten vgl. die Zusammenstellung in: *Leslie Hannab*, *A Failed Experiment. The State Ownership of Industry*, in: Roderich Floud (Hrsg.), *The Cambridge Economic History of Modern Britain*, Bd. 3: *Structural Change and Growth*, Cambridge 2004, S. 84–111, hier S. 88.

³¹ Vgl. *Donald Sassoon*, *One Hundred Years of Socialism*, New York 1996, S. 150–156; *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 55; *Morgan*, *Labour in Power*, S. 96; *Oliver Nachtwey*, *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden 2009, S. 113 f.

³² Vgl. *Stefan Berger*, *Die britische Labour Party, 1945–2000*, in: Dieter Dowe (Hrsg.), *Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem zweiten Weltkrieg*, Bonn 2001, S. 87–116, hier S. 88.

»supply side socialism«³³ dienten die Verstaatlichungen der Modernisierung von Wirtschaftsbereichen, die durch die Verwerfungen des Kriegs oder bei der Aufgabe der Neuallokation von Ressourcen in die Krise geraten waren.

Die Politik der Labour Party von 1945 bis 1951 ist seit jeher in zwei gegensätzliche Richtungen interpretiert worden. In der einen Sichtweise legte die Attlee-Regierung die Grundlage für eine sozialistisch geprägte Nachkriegsordnung.³⁴ Demgegenüber sahen andere in der Politik Attlees, die das Marktsystem durch einen staatlichen Sektor ergänzt, nicht aber abgeschafft hatte, die Integration Labours in die dominierende soziale Ordnung, wodurch der Kapitalismus lediglich in einer existenzfähigeren Form rekonstruiert³⁵ und die Inkompatibilität von parlamentarischem System und Sozialismus bewiesen worden sei.³⁶ Diese entgegengesetzten Interpretationen entsprangen unterschiedlichen politischen Standpunkten und Motivationen, die für die Auseinandersetzung zwischen linkem und moderatem Parteiflügel innerhalb der Labour Party in den 1950er- und 1960er-Jahren charakteristisch waren und auch die Entwicklung des Marktdiskurses der Labour Party in den 1970er-Jahren prägen sollten.

Programmatisch lag die unmittelbar nach 1945 initiierte Verstaatlichungspolitik durchaus auf einer Linie mit den Ordnungsvorstellungen des vorkeynesianischen Sozialismus, die 1918 in einer neuen Parteikonstitution festgeschrieben worden waren. Die berühmte *Clause IV* hatte Umverteilung, Gleichheit und die Sozialisierung der Produktionsmittel dezidiert als Parteiprogrammatik festgelegt. Insofern entsprach die Wirtschaftspolitik der ersten Labour-Regierung der Nachkriegszeit mit ihrem weitreichenden Nationalisierungsprogramm zunächst weniger dem Ansatz eines makroökonomischen Nachfragemanagements im Sinne Keynes'. Sie war vielmehr auf direkte Lenkung und Kontrolle der Volkswirtschaft gerichtet. Diese sich unterscheidenden Konzeptionen wirtschaftspolitischer Planung existierten in der Labour Party nach 1945 nebeneinander.³⁷ So schrieb der Unterhausabgeordnete der Labour Party Harold Lever im *Tribune* Ende des Jahres 1949: »Two schools of thought are battling for the allegiance of the Labour Party. Both schools believe that Labour's political and economic aims can only be achieved by Socialist planning. One School [...] insists that our plans must be more or less permanently based upon direct physical control of the country's pro-

³³ *Jim Tomlinson*, Mr Attlee's Supply-side Socialism, in: *Economic History Review* 46, 1993, S. 1–22.

³⁴ Vgl. z. B. *Anthony Crosland*, *The Future of Socialism*, New York 1957, S. 38.

³⁵ Vgl. etwa *Robert Brady*, *Crisis in Britain. Plans and Achievements of the Labour Government*, Cambridge 1950; *D. N. Pritt*, *The Labour Government, 1945–51*, London 1963.

³⁶ So etwa der marxistische Historiker *Ralph Miliband*, *Parliamentary Socialism. A Study in the Politics of Labour*, 2. Aufl., London 1973.

³⁷ Vgl. *Noel W. Thompson*, *Political economy and the Labour Party. The economics of democratic socialism 1884–2005*, 2. Aufl., London 2006, S. 137 f.

duction and consumption [...] but the second school would rely mainly on the use of budgetary and other financial measures [...] to achieve the plans with the minimum of physical controls.«³⁸ Die unterschiedlichen Interpretationen über die Stoßrichtung der Politik der Attlee-Regierung entsprachen dieser innerparteilichen Konfliktlinie.

Entscheidend für die Entwicklung der Labour Party und die Etablierung der britischen Nachkriegsordnung war, dass seit den 1950er-Jahren ein neuer »Revisionismus« die intellektuelle Hegemonie in der Partei errang, der auf der Vorstellung einer gemischten, keynesianisch gesteuerten Wirtschaft basierte.³⁹ Dies hatte eine Politik zur Folge, die am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientiert war und konstitutiv für den britischen *post-war consensus* wurde. Wie zu zeigen sein wird, lag dieses Ordnungsmodell auch der Politik der Konservativen Partei seit den 1950er-Jahren zugrunde. Das Paradigma »Markt-Staat-Plan« prägte mithin den Marktdiskurs beider britischer Parteien bis zum Ende der 1960er-Jahre.

Der Revisionismus der Labour Party wurde vor allem von zwei Persönlichkeiten geprägt: von Anthony Crosland als maßgeblichem intellektuellen Wegbereiter in enger politischer Verbindung mit dem seit 1955 amtierenden neuen Parteivorsitzenden Hugh Gaitskell.⁴⁰ Croslands Schrift »The Future of Socialism« aus dem Jahr 1956 kann als Hauptwerk dieses neuen Verständnisses von Sozialismus angesehen werden⁴¹, das weniger auf eine Veränderung der Gesellschaftsstruktur als vielmehr auf eine neue, sozialreformistische Haltung auf der Basis einer veränderten Zeitdiagnose des damaligen Kapitalismus abhob.⁴² Die Kapitalisten besaßen als Gruppe von Individuen zwar immer noch weite Teile der Industrie, im Vergleich zur Zeit vor dem Weltkrieg hatten sie aber einen Teil ihrer Macht an den Staat, die Gewerkschaften und auch an eine neue Gruppe bezahlter Manager abgeben müssen und übten daher nicht mehr umfassende Kontrolle als Klasse aus, so Crosland. Entscheidendes Kriterium war nicht mehr der Besitz an Produktionsmitteln, sondern die Ausübung von Kontrolle des Wirtschaftsprozesses. Dem-

³⁸ *Harold Lever*, Planners or Bureaucrats?, in: *Tribune*, 19.12.1949.

³⁹ Vgl. dazu und zum Folgenden *Alan Warde*, Consensus and beyond. The development of Labour Party strategy since the second world war, Manchester 1982, S. 43–75; *Eric Shaw*, The Labour Party since 1945. Old Labour – New Labour, Oxford 1996, S. 50–66; *Thompson*, Political economy and the Labour Party, S. 147–186.

⁴⁰ Vgl. dazu auch *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 119 f.

⁴¹ *Jose Harris*, Labour's Political and Social Thought, in: Duncan Tanner (Hrsg.), Labour's First Century, Cambridge 2000, S. 8–45, hier S. 34; *Shaw*, The Labour Party since 1945, S. 51. Schon im Jahr 1952 hatten sich in zwei Publikationen der Labour Party, in den *New Fabian Essays* und in *A New Statement of Principles*, einer Schrift der *Socialist Union*, die zentralen Annahmen einer neuen sozialreformistischen Position herauskristallisiert. Vgl. *Warde*, Consensus and beyond, S. 44.

⁴² Vgl. *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 119.

entsprechend gab es prinzipiell keine Notwendigkeit für weitere Verstaatlichungen von Industrien.⁴³

Der Staat konnte durch Planung und Steuerung des Wirtschaftsprozesses im Sinne eines makroökonomischen Managements Kontrolle über den Markt ausüben, der zwar als interventionsbedürftig, nicht aber als prinzipiell ineffizient und ablehnungswürdig betrachtet wurde. Durch die Einführung des Wohlfahrtsstaats und die beginnende Konsumgesellschaft hatte die Kategorie der Klasse für Crosland an Bedeutung verloren. »[T]raditional egalitarianism has been knocked away by its own success«⁴⁴, was nicht bedeuten sollte, dass es Ungleichheit, Armut und Klassenunterschiede nicht mehr gebe. Weil sie aber nicht mehr primär aus der Kontrolle der Produktionsmittel hervorgingen, sondern durch Bildung und berufliche Aufstiegschancen zu beeinflussen waren, verband Crosland mit dem Begriff »soziale Gerechtigkeit« weniger Verteilungsgerechtigkeit als Chancengleichheit.⁴⁵ Der Keynesianismus spielte für die politische Umsetzung dieser Semantik von »sozialer Gerechtigkeit« eine entscheidende Rolle.⁴⁶ Durch nachfrageorientierte Planung geschaffenes Wirtschaftswachstum und sichergestellte Vollbeschäftigung konnten die notwendigen Ressourcen zum Ausbau des Sozialstaates, des Gesundheitswesens und des Bildungssystems bereitgestellt werden. Der Keynesianismus verband die wohlfahrtsstaatlichen Bestrebungen des Sozialismus mit der gemischten, kapitalistischen Wirtschaftsordnung und bot der Partei »[...] a clear set of objectives, policy instruments to attain them and a solid theoretical underpinning.«⁴⁷

Die in »The Future of Socialism« vor dem Hintergrund gewandelter ökonomisch-sozialer Umstände vollzogene ideologische Umorientierung sozialistischer Theorie in Richtung eines sozialdemokratischen Reformismus bestimmte die Politik der Labour Party seit Mitte der 1950er-Jahre. Unter dem neuen Parteivorsitzenden Hugh Gaitskell rückte die sich seit 1951 wieder in der Opposition befindende Partei von »Gemeineigentum« (*public ownership*) als primärer Leitidee ab und griff stattdessen explizit auf keynesianische Ansätze zurück. Dieser neue Revisionismus kam in den offiziellen Policy-Dokumenten der »Gaitskellites« zum Ausdruck, die den Kurs der Partei von 1956 bis 1963 vorgaben.⁴⁸ In dem Parteipamphlet »Industry and Society« von 1957 sah man keinen Bedarf mehr für weitere Verstaatlichungen: »[T]he advantages of unified control [...]

⁴³ Vgl. *Crosland*, *The Future of Socialism*, S. 5–42.

⁴⁴ Ebd., S. 123.

⁴⁵ Vgl. *Nachtwey*, *Marktsozialdemokratie*, S. 119 f.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 120.

⁴⁷ *Shaw*, *The Labour Party since 1945*, S. 58.

⁴⁸ Vgl. dazu *Thompson*, *Political economy and the Labour Party*, S. 173–179; *Nachtwey*, *Marktsozialdemokratie*, S. 121 ff.

will be frequently outweighed by the advantages of autonomy and competition.« Neben dem Wettbewerb wurden auch die Vorteile privater Firmen betont, deren »increasingly professional managers as a whole, [were] serving the nation well.«⁴⁹ Im Parteidokument »Plan for Progress« ein Jahr später wurde die Übernahme des makroökonomischen Planungsgedankens im Sinne Keynes' klar formuliert: »[P]lanning should [...] be concerned with the larger decisions – matching savings with investment, imports with exports, spending with production and jobs with workers. The object of planning will be to provide a broad framework within which the creation of new wealth can go smoothly ahead.«⁵⁰

Damit hatte sich die keynesianische Wirtschaftstheorie im Marktdiskurs der Labour Party durchgesetzt und war für die Politik der Labour Party handlungsleitend geworden. Das wichtigste Ziel ihrer Wirtschaftspolitik bestand dabei in der Sicherung der Vollbeschäftigung. Die Herstellung beziehungsweise der Erhalt von Vollbeschäftigung als Hauptziel der Wirtschaftspolitik zieht sich durch sämtliche Wahlprogramme der Labour Party der 1950er- und 1960er-Jahre. »Labour for its part declares that full employment is the corner-stone of the new society«, wurde im Wahlmanifest von 1950 formuliert.⁵¹ »The level of economic activity in the community must be sufficient to provide jobs for all«, hieß es im Wahlmanifest des Jahres 1966. »Labour has always insisted that this can and will be ensured through intelligent management of the economy.«⁵²

Auf der Grundlage des Paradigmas »Markt-Staat-Plan« verfolgte die von den Revisionisten geführte Labour Party eine Politik, die auf die Sicherung der Vollbeschäftigung und die Generierung von Wachstum mittels makroökonomischer Nachfragesteuerung (*demand management*) gerichtet war. Im Zuge der keynesianischen Hegemonie im Marktdiskurs der Labour Party wurden Maßnahmen des direkten staatlichen Eingreifens in das Markt- und Wettbewerbssystem durch weitere Verstaatlichungsprogramme nicht weiter verfolgt.⁵³ Allerdings blieb die in der *Clause IV* der Parteisatzung von 1918 festgeschriebene Forderung nach Gemeineigentum als identitäres Programmmotiv der Labour Party erhalten. Als die Partei in den Wahlen von 1959 abermals den Konservativen unterlag, wollte der revisionistische Parteiflügel die *Clause IV* durch einen Kommentar relativieren, was von

⁴⁹ *Labour Party, Industry and Society*, London 1957, zit. nach: *Thompson, Political economy*, S. 173 f.

⁵⁰ *Labour Party, Plan and Progress*, London 1958, S. 9.

⁵¹ Labour Party, Wahlmanifest 1950: Let Us Win Through Together. A Declaration of Labour Policy for the Consideration of the Nation. Online abrufbar unter URL: <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab50.htm> [12. 3. 2018].

⁵² Labour Party, Wahlmanifest 1966: Time for Decision. Online abrufbar unter URL: <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab66.htm> [12. 3. 2018]

⁵³ Vgl. *Morgan, Labour in Power*, S. 139 f.

vielen als Versuch der Abschaffung derselben wahrgenommen wurde.⁵⁴ Diese Bestrebung des rechten Flügels wurde von Gaitskell unterstützt, der seine Partei von einer Klassen- zu einer Volkspartei machen und damit in der Labour Party einen Weg gehen wollte, den viele andere sozialistische und sozialdemokratische Parteien Westeuropas jener Zeit eingeschlagen hatten.

1956 hatte sich die deutsche Sozialdemokratie in Bad Godesberg grundsatzprogrammatisch auf diesen Weg festgelegt. In der Labour Party scheiterte der Versuch der grundsätzlichen programmatischen Abkehr von der 1918 festgeschriebenen spezifischen Tradition des Labour-Sozialismus am Widerstand des linken Parteiflügels. Trotz revisionistischer Dominanz gab es in der Labour Party weiterhin eine starke linke Strömung, die von Aneurin Bevan angeführt wurde.⁵⁵ Direkte staatliche Kontrolle durch Nationalisierung der Industrie war für Bevan und seine Anhänger absolut notwendig zur Erreichung des Sozialismus. Für sie gab es »no way in which it is possible for anybody to carry out a plan in the modern state involving stability of employment, involving the proper dispersal of industry, involving all the things we mean by effective control over economic life, unless the power has passed from the hands of the oligarchs into the hands of the democrats.«⁵⁶ Das Motiv zur Überführung weiter Teile der britischen Wirtschaft in Staatseigentum entsprang hier nicht dem rein pragmatischen Gedanken von Effizienz. Demokratisierung der Wirtschaft und erfolgreiche sozialistische Politik setzten vielmehr eine fundamentale Umverteilung der Kontrollmacht zugunsten des Staates voraus und waren damit moralisch geboten: »[W]e regard irresponsible economic power as morally wrong; and we believe that a democracy can become a genuinely democratic society only when economic power has been made its servant and not its master.«⁵⁷ Gegen den Versuch der Loslösung der Partei von der in der *Clause IV* festgeschriebenen Sozialismustradition wandten sich schließlich nicht nur der linke Parteiflügel, sondern auch die Gewerkschaften.⁵⁸ Der rechte Flügel um Gaitskell hatte die Bedeutung übersehen, die die *Clause IV* als identitätsstiftendes Element für die britische Arbeiterbewegung hatte. Die Nachfolger Gaitskells versuchten dann auch nicht mehr, daran zu rütteln. Es sollte mehr als ein Vierteljahrhundert dauern, bis Tony Blair einen weiteren, dann erfolgreichen Versuch wagte. Die Auseinandersetzung zwischen linker und rechter Strömung um die Relativierung der *Clause IV* im Jahr 1959 nahm dabei die Konfliktlinien vorweg, entlang derer sich der Marktdiskurs der Labour Party in den

⁵⁴ Vgl. dazu *Thorpe*, *A History of the British Labour Party*, S. 154 ff.; *Tudor Jones*, *Remaking the Labour Party. From Gaitskell to Blair*, London etc. 1996, S. 41–64.

⁵⁵ Vgl. dazu *Nachtwey*, *Marktsozialdemokratie*, S. 122 f.

⁵⁶ *Aneurin Bevan*, *Democratic values*, (Fabian Tract 282), London 1950, S. 9.

⁵⁷ *Richard Acland/Barbara Castle/Ian Mikardo* u. a., *Keeping left*, London 1950, S. 4.

⁵⁸ Vgl. *Nachtwey*, *Marktsozialdemokratie*, S. 122.

1970er-Jahren weiter polarisieren sollte, was – wie zu zeigen sein wird – der marktradikalen Strategie der von Margaret Thatcher geführten Konservativen in die Karten spielen sollte.

Obwohl der revisionistische Flügel mit seinem Versuch der Reform der *Clause IV* Ende der 1950er-Jahre scheiterte, blieb das in der Opposition etablierte keynesianische Ordnungsmodell »Markt-Staat-Plan« auch in den Regierungsjahren Labours der Jahre 1964 bis 1970 handlungsleitend. Die Zeit der ersten Regierung Harold Wilsons kann mit Blick auf die Entwicklung der politischen Ökonomie der Labour Party nach 1945 als »Höhepunkt der keynesianischen Planung«⁵⁹ bezeichnet werden. Die ideologische Grundierung des Revisionismus wurde dabei um das neue Element eines »technokratischen Kollektivismus«⁶⁰ erweitert, der sich durch Planbarkeitsglauben und Fortschrittsoptimismus auszeichnete. Die politische Sprache der Modernisierung, des Machbarkeits- und Fortschritts Glaubens, der Wissenschaft und Technologie, allesamt Leitbegriffe der entwickelten Industriegesellschaften der 1960er-Jahre⁶¹, hatte entscheidenden Anteil am Wahlsieg der Labour Party im Jahr 1964. Im Wahlkampf attackierte sie die Konservative Partei für »thirteen wasted years in office«, bezeichnete das von den Tories regierte Großbritannien als »stagnant society« und setzte dem das optimistische, dynamische Projekt einer technologischen Revolution als neue sozialistische Vision entgegen. »A New Britain – mobilising the resources of technology under a national plan; harnessing our national wealth in brains, our genius for scientific invention and medical discovery«, wie im Wahlmanifest ausgerufen wurde.⁶² Formulierungen wie diese waren Teil der erfolgreichen Strategie der Labour Party, die Tories als *old-fashioned* und als Partei des *British decline* zu diskreditieren und sich selbst als moderne, fortschrittliche Partei eines »Neuen Großbritanniens« darzustellen.

Der wirtschaftliche und politische Niedergang Großbritanniens sollte durch eine umfassende Modernisierungsstrategie aufgehalten werden.⁶³ Schon in den *Signposts of the Sixties*, einem programmatischen Schlüsseldokument der Labour Party aus dem Jahr 1961⁶⁴, zeigt sich ein gewachsenes Bewusstsein für den relati-

⁵⁹ *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 124–129.

⁶⁰ *Warde*, Consensus and beyond, S. 94–118.

⁶¹ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 21 ff.

⁶² Labour Party, Wahlmanifest 1964: The New Britain. Online abrufbar unter URL: <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab64.htm> [13. 2. 2018].

⁶³ Vgl. *Thompson*, Political economy, S. 95.

⁶⁴ In der Forschung sind die *Signposts of the Sixties* bisweilen als britisches Äquivalent zum Godesberger Programm der SPD bezeichnet worden (Vgl. *Sassoon*, One Hundred Years of Socialism, S. 304 ff.; *Berger*, Die britische Labour Party, S. 94). Wie das Godesberger Programm, so wird argumentiert, seien auch die *Signposts* besonders stark vom Gedanken der Modernisierung durchzogen gewesen. Jedoch muss betont werden, dass sie in keiner Weise eine ähnliche Bedeu-

ven wirtschaftlichen Abstieg Großbritanniens.⁶⁵ Mit Blick auf die später zu betrachtende Krisenwahrnehmung in den Vergleichsländern findet sich in dem Bezug auf den *British decline* in den *Signposts of the Sixties* ein erster Hinweis auf den im internationalen Vergleich besonders früh und stark ausgeprägten britischen Krisendiskurs. In den 1960er-Jahren aber war der Machbarkeits- und Planungsglaube auch in Großbritannien noch stark. Das Wahlmanifest der Labour Party von 1964 umriss »Pläne« für nahezu alle Politikfelder: einen »National Plan«, einen »Plan for Industry«, einen »Plan for the Regions«, einen »Plan for Transport«, einen »Plan for Stable Prices« und einen »Plan for Tax Reform«.⁶⁶ Die Partei folgte dabei einem Planungsbegriff, der weder etatistisch noch dirigistisch ausgerichtet war, sondern auf indirekte Kontrolle des Wirtschaftsprozesses zielte.⁶⁷ Eine aktive Fiskal- und Geldpolitik sollte gleichzeitig Wachstum fördern, Vollbeschäftigung sichern und erhalten und angemessene Löhne erzielen. Als zentrale Planungseinheit wurde das *Department of Economic Affairs* (DEA) errichtet.

Das Paradigma der Planung und Steuerbarkeit erstreckte sich auch auf das Verhältnis zwischen Politik und Gewerkschaften, das in der britischen Nachkriegsordnung durch ein hohes Maß an Konsensorientierung, Kompromissfindung und Kooperation gekennzeichnet war. Als Pionierland der Industrialisierung hatte Großbritannien eine lange Tradition einer qualifizierten und selbstbewussten Arbeiterschaft. Gleichzeitig war Großbritannien traditionell ein Land des *Laissez-faire* gewesen, in dem sich der Staat weitestgehend aus den Wirtschaftsbeziehungen heraushielt und die Arbeitsbeziehungen als Sache zwischen Privatpartnern aufgefasst wurde.⁶⁸ Daraus ergab sich ein besonderes (Spannungs-)Verhältnis von liberalen Traditionen und gewerkschaftlichem Einfluss, das Thomas Mergel als britische Sonderbedingung beschrieben hat.⁶⁹ Die Macht der Gewerkschaften ging bis auf den *Trade Disputes Act* aus dem Jahr 1906 zurück, der ihnen weitgehende Immunität gegenüber Haftungs- und Schadensersatzansprüchen verliehen hatte. Zudem hatten die Gewerkschaften in zahlreichen Betrieben das Prinzip des »*closed shop*« durchsetzen können, das den Arbeitsplatz an die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft koppelte.⁷⁰ Gleichzeitig blieben die industriellen Beziehun-

tung wie das Godesberger Programm erlangten, da letzteres im Gegensatz zu den *Signposts* als verbindliches Grundsatzprogramm weiterexistierte und so Verschiebungen im Marktdiskurs der deutschen Sozialdemokratie – wie zu zeigen sein wird – in den 1970er-Jahren Grenzen setzte.

⁶⁵ Vgl. *Thompson*, *Political economy*, S. 176.

⁶⁶ Vgl. Labour Party, Wahlmanifest 1964: *The New Britain*.

⁶⁷ Vgl. *Warde*, *Consensus and beyond*, S. 98.

⁶⁸ Vgl. *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 50f.

⁶⁹ Vgl. *ebd.*, S. 51.

⁷⁰ Vgl. *Peter Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, London/New York 1995, S. 13f.; *Henry Pelling*, *A History of British Trade Unionism*, 5. Aufl., Basingstoke, S. 125f., S. 130.

gen nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin nach dem Prinzip des *free collective bargaining* organisiert. Anders als in der Bundesrepublik gab es in Großbritannien kein ausformuliertes, staatlich garantiertes Arbeitsrecht, dem *free collective bargaining* entsprechend blieben Tarifverträge Teil des Privatrechts⁷¹ und ein auf dem Prinzip der Sozialpartnerschaft basierender Korporatismus bundesrepublikanischer Ausprägung entwickelte sich jenseits des Kanals nicht. Großbritannien blieb nach 1945 ein Land der Arbeitskämpfe und des starken Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit.⁷² Dies hing auch damit zusammen, dass die britische Gewerkschaftsbewegung – im Unterschied zur Bundesrepublik – nicht nach Wirtschaftszweigen organisiert war, sondern in hunderte Einzelgewerkschaften zerfiel. Im Jahr 1964 gehörten dem *Trade Union Congress* (TUC) als gewerkschaftlichem Dachverband von über 600 verschiedenen Gewerkschaften lediglich 183 an.⁷³

Von 1948 bis 1950 setzte die Labour Party zunächst erfolgreich auf eine mit den Gewerkschaften abgestimmte Politik der Lohnzurückhaltung auf freiwilliger Basis.⁷⁴ Eine Einmischung seitens der Politik in das System des *free collective bargaining* galt in weiten Teilen der Arbeiterbewegung als Tabu. Um das Problem der Inflation zu bekämpfen, setzte die Wilson-Regierung der Jahre 1964 bis 1970 dann allerdings auf eine mit den Gewerkschaften abgestimmte Lohnpolitik. 1965 hatte die Labour-Regierung ein *National Board for Prices and Incomes* aufgestellt, das die Angemessenheit von Lohnerhöhungen sicherstellen sollte.⁷⁵ Die neu geschaffenen Institutionen zielten auf ein abgestimmtes Verhalten der Unternehmen, der Gewerkschaften und des Staates im Rahmen einer langfristigen Strategie ökonomischer Planung. Wie die konservative Vorgängerregierung verfolgte die erste Regierung Wilsons mit den einkommenspolitischen Maßnahmen das Ziel, inflationären Tendenzen entgegenzuwirken. Diese verfehlten jedoch die gewünschte Wirkung. Wilson war besorgt über die Ausbrüche sogenannter wilder Streiks, die die Labour-Regierung destabilisieren und dem Land wirtschaftlich schaden konnten. Mit dem Weißbuch *In Place of Strife* der Ministerin für industrielle Beziehungen Barbara Castle unternahm die Regierung einen Versuch der

⁷¹ Vgl. *Mergel*, Großbritannien seit 1945, S. 51 f.

⁷² Vgl. ebd., S. 52.

⁷³ Vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 153. Zur Geschichte der britischen Gewerkschaften vgl. grundlegend *Pelling*, A History of British Trade Unionism, sowie *Robert Taylor*, The Trade Union Question in British Politics. Government and the Unions since 1945, London 1994.

⁷⁴ Vgl. *Richard Toye*, The Labour Party and the Planned Economy, 1931–1951, Woodbridge/Suffolk 2003, S. 221; *Morgan*, Labour in Power, S. 50.

⁷⁵ Vgl. *Thorpe*, A History of the British Labour Party, S. 170.

Neuordnung der Arbeitsbeziehungen und einer Modifizierung des Streikrechts.⁷⁶ Dieser Versuch scheiterte jedoch am Widerstand der TUC und führte zu einer Entfremdung zwischen der Partei und den Gewerkschaften. Die Frage der Reform der industriellen Beziehungen entwickelte sich zum politischen Dauerproblem.

Trotz der ausbleibenden Reform der industriellen Beziehungen und des ungelösten Problems der Inflation befand sich der Revisionismus der Labour Party in den 1960er-Jahren auf seinem Zenit. Im Paradigma »Markt-Staat-Plan« bündelte sich der Fortschrittsoptimismus einer sozialdemokratischen Zukunftsvision, in der sich technologischer Fortschritt mit der Vorstellung von der Planbarkeit wirtschaftlichen Wachstums und einem omnipotenten Wohlfahrts- und Interventionsstaat verband, der mittels »social engineering« eine sozial gerechtere und chancengleiche Gesellschaft hervorbringen sollte.⁷⁷ Die Grundlage für diesen politischen Fortschritts- und Machbarkeitsglauben bildete die wirtschaftliche Entwicklung nach 1945. Wie andere Industriestaaten erlebte auch Großbritannien im »goldenen Zeitalter« des Kapitalismus⁷⁸ einen ökonomischen Boom, der ein Vierteljahrhundert andauerte. Durchschnittlich wuchs sein Bruttoinlandsprodukt in den Jahren von 1948 bis 1973 jährlich um fast drei Prozent.⁷⁹ Keynesianisches Nachfragemanagement und wirtschaftliches Wachstum waren aneinander gekoppelt und bedingten sich wechselseitig.⁸⁰ Die innerparteiliche Grundlage des Paradigmas »Markt-Staat-Plan« in der Labour Party bildete die intellektuelle Hegemonie der Revisionisten seit den 1950er-Jahren. Mit ihren Reformen der Jahre 1945 bis 1951 hatte die Labour Party als Regierungspartei den Grundstein für die britische Nachkriegsordnung gelegt. Sie leitete den Aufbau des britischen Sozialstaats ein, etablierte mit ihrer weitreichenden Sozialisierungspolitik die spezifisch britische Form der gemischten Wirtschaftsordnung, betrieb keynesianisches

⁷⁶ In *In Place of Strife* war vorgesehen, die Möglichkeiten von »wilden« Streiks einzuschränken. Davon abgesehen ging es Castle aber vor allem um die Stärkung der Gewerkschaften. Ihre Rechte in den Betrieben sollten erweitert und die Mitbestimmung ausgebaut werden. Vgl. *Steven Fielding*, *The Labour Governments, 1964–70*, Bd. 1: *Labour and Cultural Change*, Manchester 2003, S. 105 f.

⁷⁷ *Berger*, *Die britische Labour Party*, S. 94 f.

⁷⁸ *Eric Hobsbawm*, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, 7. Aufl., München 2004.

⁷⁹ Vgl. *Hugh Pemberton*, *The Transformation of the Economy*, in: Paul Addison/Harriet Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain. 1939–2000*, Malden, MA 2005, S. 180–202, hier S. 185; *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 58.

⁸⁰ »The Boom made demand management easier but not superfluous«, so Alec Cairncross in seiner Wirtschaftsgeschichte Großbritanniens von 1945 bis 1995. »Indeed the Boom itself owed something to demand management: the confidence that sustained investment throughout the period was nurtured by the conviction that governments would, if necessary, act to sustain demand.« *Alec Cairncross*, *The British Economy since 1945. Economic Policy and Performance, 1945–1995*, 2. Aufl., Oxford 2002, S. 8.

Nachfragemanagement mit dem erklärten Ziel der Sicherung der Vollbeschäftigung und verfolgte eine Politik des Ausgleichs und der Kooperation mit den Gewerkschaften.

1.2 Die britischen Konservativen als Träger des *post-war consensus*

Die von der Labour Party geschaffenen Grundlagen der britischen Nachkriegsordnung wurden von den britischen Konservativen in den 1950er- und 1960er-Jahren akzeptiert und mitgestaltet. Dies betraf zuvorderst das zu Kriegszeiten populär gewordene und im Nachkriegs Großbritannien von der Labour Party umgesetzte Konzept des Wohlfahrtsstaates. Schon dem *Beveridge Report* hatte die Konservative Partei – trotz einiger Vorbehalte – prinzipiell zugestimmt. Der in der Zeit der Labour-Regierung geschaffene Sozialstaat wurde von den konservativen Regierungen der 1950er-Jahre mitgetragen. Der progressive Flügel der Konservativen Partei hatte schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die 1930er-Jahre hinein Maßnahmen zur sozialen Sicherung vorangetrieben.⁸¹ Vor dem Hintergrund des auf sozialen Ausgleich gerichteten allgemeinen politischen Klimas seit dem Zweiten Weltkrieg und der Tatsache, dass das System der sozialen Sicherung in Großbritannien rückständig war, ist mit einiger Plausibilität gemutmaßt worden, dass auch eine konservative Regierung nach 1945 weitreichende Reformen im Bereich der sozialen Sicherung durchgeführt hätte.⁸² Bis in die 1970er-Jahre hinein ist ein weitgehendes Einvernehmen in der positiven Stellung zum Wohlfahrtsstaat zwischen den Parteien zu konstatieren.⁸³ Zum ersten Mal seit 13 Jahren in der Opposition kritisierten Teile der Konservativen Partei seit 1965 zwar das Prinzip der Universalität im britischen Sozialstaat, indem sie auf eine Konzentration sozialstaatlicher Maßnahmen für »wirklich Bedürftige« abhoben.⁸⁴ Die Idee einer

⁸¹ Zu nennen wären hier der *Education Act* des Jahres 1902 und vor allem die Reformen unter Neville Chamberlain als Gesundheitsminister in den späten 1920er-Jahren sowie die Gesundheitsreformen in Chamberlains Amtszeit als Premierminister. Vgl. *Robert Self*, Neville Chamberlain. A Biography, Aldershot 2006, S. 105–136; *David Dutton*, Neville Chamberlain, New York 2001, S. 149.

⁸² Vgl. *Sked/Cook*, Post-war Britain, S. 38.

⁸³ Für einen Überblick über die Haltung(en) der britischen Konservativen zum Wohlfahrtsstaat in der Nachkriegszeit vgl. *Robert M. Page*, Clear Blue Water? The Conservative Party and the Welfare State since 1940, Croydon 2015. Page macht eine Zäsur in den 1970er-Jahren aus: Während es der *One-Nation*-Spielart der Konservativen Partei nach dem Krieg darum gegangen sei, den Wohlfahrtsstaat in die konservative Philosophie zu integrieren, wollten die »neoliberalen« Konservativen seit 1974 den Vormarsch des Wohlfahrtsstaats stoppen, der sich aus ihrer Sicht marktwirtschaftlich und sozial schädlich auswirkte.

⁸⁴ Vgl. *Dennis Kavanagh*, Thatcherism and British politics. The end of consensus?, Oxford 1987, S. 46.

stärkeren Selektivität traf jedoch auf breite Ablehnung im publizistischen und parteipolitischen Diskurs und wurde sogleich verworfen. Sie weckte Erinnerungen an die ungeliebte Vorkriegszeit.⁸⁵ Die Grundbestandteile des britischen Sozialstaats, allen voran der *National Health Service*, hatten schließlich auch über die Thatcher-Regierungen der 1980er-Jahre hinaus Bestand.

Die Sicherung der Vollbeschäftigung hatte auch für die konservativen Regierungen der Nachkriegszeit Priorität. »We regard the achievement of full employment as the first aim of a Conservative Government«, hieß es im Wahlmanifest der Konservativen Partei des Jahres 1950.⁸⁶ In einem Brief an den damaligen Schatzkanzler Harold Macmillan aus dem Jahr 1956 schilderte Premierminister Anthony Eden seine Besorgnis über steigende Preise und Löhne. Dabei erwähnte er die mögliche Rolle, die Arbeitslosigkeit spielen könnte, um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen, verwarf dies aber sogleich als »politically not tolerable«. ⁸⁷ Bereits im Weißbuch zur Beschäftigungspolitik des Jahres 1944 hatten sich die Labour Party und die Konservative Partei gemeinsam auf das Ziel der Vollbeschäftigung festgelegt.⁸⁸

Auch die gemischte Wirtschaftsordnung blieb von der konservativen Politik der Nachkriegszeit prinzipiell unangetastet. Obwohl sich die Konservative Partei anfänglich gegen die Verstaatlichungsmaßnahmen des politischen Gegners gestellt hatte, wurde die von der Labour Party eingeleitete Politik von den nachfolgenden konservativen Regierungen nur in Einzelfällen rückgängig gemacht. Es wurde lediglich angekündigt, die Eisen- und Stahlindustrie wieder zu entstaatlichen, was 1953 auch geschah (1967 wurde sie von der Labour Party allerdings wieder verstaatlicht).⁸⁹ Grundsätzlich bekannten sich die Konservativen zur gemischten Wirtschaftsordnung und akzeptierten die Verstaatlichungen, sodass sich bis Ende der 1960er-Jahre beträchtliche Teile der britischen Schwerindustrie sowie der Transport- und Energiewirtschaft in Staatseigentum befanden.

Die aus einer Mischung von Privat- und Staatswirtschaft bestehende Wirtschaftsverfassung Großbritanniens wurde ebenso von beiden Parteien getragen wie die institutionalisierte Kooperation der Regierung mit den Gewerkschaften durch deren korporative Einbindung in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Die spezifisch britische Kooperation zwischen Politik und Gewerkschaften als

⁸⁵ Vgl. ebd.

⁸⁶ 1950 Conservative Party General Election Manifesto, abrufbar unter: URL: <http://www.conservativemanifesto.com/1950/1950-conservative-manifesto.shtml> [15. 3. 2018].

⁸⁷ Zit. nach: *Kavanagh*, Thatcherism and British politics, S. 60.

⁸⁸ Das Weißbuch ist im Original in digitalisierter Form auf der Homepage der Margaret Thatcher Foundation abrufbar. URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/110368> [15. 3. 2018].

⁸⁹ Vgl. *Kenneth O. Morgan*, Britain Since 1945. The People's Peace, Oxford 2001, S. 114f.; *Samuel H. Beer*, British Politics in the Collectivist Age, New York 1965, S. 188–216.

Eckpfeiler der britischen Nachkriegsordnung hatte sich schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs in Ansätzen herausgebildet. In konsultativen Regierungsgremien waren die Gewerkschaften, die für die Dauer des Krieges auf ihr Streikrecht verzichteten, eingebunden worden, um die politischen Entscheidungen zusammen mit der Regierung zu verhandeln.⁹⁰ Die Gewerkschaften waren zudem an der Arbeit der Koalitionsregierung der Jahre 1940 bis 1945 beteiligt gewesen.⁹¹ In dem auf gesellschaftlichen Ausgleich ausgerichteten Politikansatz der Labour Party nach 1945 kam den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle in der britischen Nachkriegsordnung zu. Auch die nachfolgenden konservativen Regierungen setzten auf eine Einbindung der Gewerkschaften in konsultative und exekutive Strukturen und beließen es bei gelegentlichen Ermahnungen zur Zurückhaltung bei Lohnabschlüssen.⁹² Wie die Labour-Regierungen sahen sich auch die konservativen Regierungen der späten 1950er- und 1960er-Jahre mit dem Problem der Inflation konfrontiert, was einkommenspolitische Maßnahmen erforderlich machte. 1961 setzte der konservative Schatzkanzler Selwyn Lloyd in seiner *pay pause* erstmals auf Einkommenspolitik zur Bekämpfung der Inflation.

Ungeachtet der auch in Großbritannien nach 1945 einsetzenden außergewöhnlichen Wachstumsperiode des »Goldenen Zeitalters« markiert die zweite Hälfte der 1950er-Jahre den Beginn der politischen Debatte über den ökonomischen Niedergang des Landes. Die vor allem im Vergleich zur Bundesrepublik, aber auch zu Frankreich und Japan niedrigeren Wachstumsraten der britischen Wirtschaft führten zu einem »declinist mindset« in der britischen Politik⁹³, das ein im internationalen Vergleich besonders früh und stark ausgeprägtes Krisenbewusstsein begründete. Um den Abwärtstrend zu stoppen, implementierte die Regierung Macmillans eine neue staatliche Planungsmechanik, basierend auf korporatistischen Strukturen, die auf die Generierung von Wachstum gerichtet war. Im Jahr 1962 wurde mit dem *National Economic Development Council* (NEDC) ein auf tripartistischen Ausgleich zielendes Steuerungsinstrument ins Leben gerufen. Dieses aus Mitgliedern der Gewerkschaften, der Arbeitgeberseite und des Staates zusammengesetzte Gremium sollte »a more effective machinery for the co-ordina-

⁹⁰ Vgl. *Kavanagh*, *Thatcherism and British politics*, S. 29.

⁹¹ Prominentesten Ausdruck fand dies 1940 in der Ernennung Ernest Bevins, Generalsekretär der Transportarbeitergewerkschaft, zum Minister für Arbeit und Wehrdienst. Vgl. ebd., S. 30.

⁹² Vgl. ebd., S. 48, sowie grundlegend *Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, S. 37–62.

⁹³ Vgl. *Pemberton*, *The Transformation of the Economy*, S. 187. Zum britischen Niedergangsdiskurs vgl. grundlegend *Jim Tomlinson*, *The Politics of Decline. Understanding Postwar Britain*, Harlow 2001; *Ders.*, »Inventing Decline«. *The Falling behind of the British Economy in the Post-War Years*, in: *Economic History Review* 49, 1996, S. 731–757; *Ders.*, *Economic Decline in Post-War Britain*, in: Paul Addison/Harriet Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain. 1939–2000*, Malden, MA 2005, S. 164–179.

tion of plans and forecasts«⁹⁴ bereitstellen. Vor dem Hintergrund des immer deutlicher zutage tretenden Inflationsproblems ging es darum, die Gewerkschaften zu einer auf den wirtschaftlichen Gesamtprozess abgestimmten Lohnpolitik zu bewegen, was sich als schwierig herausstellte. Der Dachverband der Gewerkschaften, der TUC, befürchtete die Einführung einer restriktiven staatlichen Einkommenspolitik über den Weg des NEDC und wollte dies unter allen Umständen verhindern.⁹⁵

Die von der Labour-Regierung Harold Wilsons ab 1964 verfolgte Politik der staatlich organisierten Kooperation mit den Gewerkschaften war somit schon von der konservativen Vorgänger-Regierung vorweggenommen worden. Das Bestreben, *mit* den Gewerkschaften und nicht gegen sie zu arbeiten, charakterisierte die konservative Politik von 1945 bis Ende der 1960er-Jahre. Nachdem zunächst die Labour-Regierung Harold Wilsons an einer gesetzlichen Reform der industriellen Beziehungen gescheitert war, wagte die seit 1970 amtierende konservative Regierung Edward Heaths einen zweiten Versuch, der ebenfalls fehlschlug.⁹⁶ Weder die Labour- noch die konservativen Regierungen hatten auf dem Gebiet der Reform der industriellen Beziehungen den Durchbruch erzielen können; mit der Folge, dass sich der Problemdruck in den 1970er-Jahren aufstaute. Die ausgebliebene Lösung des politischen Dauerproblems sollte sich auf den Marktdiskurs der britischen Konservativen auswirken, der sich, wie zu zeigen sein wird, seit Mitte der 1970er-Jahre über den Bereich des Verhältnisses zu den Gewerkschaften radikalisierte und am Ende des Jahrzehnts schließlich zu einer radikalen Reformlösung führte.

Mit der Adaption der von der Labour Party in Politik umgesetzten, dem keynesianischen Paradigma folgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Annahmen hatten die Konservativen in den 1950er- und 1960er-Jahren entscheidenden Anteil am britischen Nachkriegskonsens. Die Frage nach den historischen Wurzeln des nach 1945 in der britischen Politik wirksam werdenden Modells der politischen Kooperation und Übereinstimmung in den wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Grundfragen wird in der britischen Forschung unterschiedlich beantwortet. Paul Addison ging von der Annahme aus, dass der Zweite Weltkrieg die Parteienlandschaft grundlegend verändert hatte.⁹⁷ Nach dieser Lesart bestand ein Zusammenhang zwischen dem in der Kriegszeit entstandenen gesellschaftspolitischen Klima und dem Charakter der britischen Nachkriegsordnung. Die gesellschaftlichen Kräfte Großbritanniens waren näher zusammengedrückt, um den

⁹⁴ »Revised Draft of Letter from the Chancellor of the Exchequer to the Two Sides of Industry«, September 1961, zit. nach: *Green*, Ideologies of conservatism, S. 182.

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 183.

⁹⁶ Vgl. dazu ausführlich Drittes Kapitel, 1.1.1 der vorliegenden Arbeit.

⁹⁷ *Addison*, The Road to 1945.

äußeren Feind abzuwehren und den Krieg zu gewinnen. »The Blitz made comrades of us all«, konstatierte die der Labour Party nahe stehende Zeitschrift *New Statesman* 1950.⁹⁸ Dieser »war-time consensus« fand auf Regierungsebene in den *national governments* der Jahre 1931 bis 1940 und in der Koalitionsregierung, bestehend aus allen britischen Parteien unter Führung Winston Churchills, von 1940 bis 1945 seinen Ausdruck.⁹⁹ Bereits in diese Zeit fallen grundlegende Änderungen der britischen Politik: der *Beveridge Report* des Jahres 1942 als Schlüsselereignis für den Aufbau des britischen Wohlfahrtsstaates; der *Education Act* des Jahres 1944 mit verlängerter Schulpflicht und kostenfreier Erziehung sowie das Weißbuch der Regierung zur Beschäftigungspolitik mit dem Staatsziel Vollbeschäftigung, ebenfalls von 1944. In diesen Maßnahmen manifestierte sich ein besonderer Geist des Zusammenhalts der britischen Gesellschaft, der auf staatliches Handeln und sozialen Ausgleich gerichtet war und über die Kriegszeit hinaus erhalten blieb.¹⁰⁰

Andere Studien wiederum datieren den Beginn des »Konsenses« bereits auf die Jahre 1916 bis 1924¹⁰¹ oder zielen darauf ab, das für die britische Nachkriegsordnung konstatierte, auf Ausgleich und Kompromiss gerichtete Politikverständnis in tieferliegende, historisch gewachsene institutionelle und kulturell-mentale Besonderheiten einzubetten.¹⁰² Mit Blick auf die zwei Jahrzehnte zwischen den Weltkriegen, die in vielen Ländern Europas eine Phase ausgeprägter Instabilität und Krisenhaftigkeit waren, attestiert Dennis Kavanagh der Labour Party und der Konservativen Partei eine im europäischen Vergleich ungewöhnlich ausgeprägte Bereitschaft zur gemeinsamen Verteidigung der demokratischen Ordnung und misst ihr einen großen Anteil an der politischen und sozialen Stabilität bei, die Großbritannien vor allem im Vergleich zur Weimarer Republik in Deutschland,

⁹⁸ *New Statesman* vom 16.9.1950.

⁹⁹ Vgl. *Maurice Cowling*, *The Impact of Hitler. British Politics and British Policy, 1933–1940*, Chicago/London 1977; *Roger Hermiston*, *All behind you*, Winston. Churchills Great Coalition, 1940–45, London 2016.

¹⁰⁰ Vgl. auch *Kevin Jeffrey*, *The Churchill Coalition and Wartime Politics*, Manchester 1991; *Stephen Brooke*, *Labour's War. The Labour Party during the Second World War*, Oxford 1992.

¹⁰¹ Vgl. etwa *Keith Middlemas*, *Politics in Industrial Society. The Experience of the British System Since 1911*, London 1979.

¹⁰² Vgl. *Brian Harrison*, *The Rise, Fall and Rise of Political Consensus in Britain Since 1940*, in: *History* 84, 1999, S. 308–310. Für den Oxforder Historiker wirkte das auf Gegensätzlichkeiten zwischen Regierung und Opposition basierende politische System Großbritanniens letztlich mäßigend auf die Parteien. Die Gewissheit der Oppositionspartei, mittelfristig selbst wieder die Regierung zustellen, führe dazu, dass die politische Mitte von beiden Parteien umworben würde. Neben dieser institutionellen Wurzel sieht Harrison in der historisch gewachsenen Achtung vor dem *fair play*, die in der breiten Akzeptanz etablierter Spielregeln und Verhaltenskodizes zum Ausdruck kommt, die – obwohl nicht schriftlich fixiert – eingehalten werden, eine kulturell-mentale Ursache konsensualer Politik in Großbritannien.

aber auch zu Italien und Frankreich in den 1920er- und 1930er-Jahren ausgezeichnete.¹⁰³ Die *modern Conservatives* unter Führung Stanley Baldwins, die die Zwischenkriegszeit politisch dominierten, begegneten der »roten Gefahr« nicht durch politische Ausgrenzung der Labour Party, sondern zeigten Bereitschaft, den politischen Hauptgegner in das parlamentarische System zu integrieren.¹⁰⁴ Die konservative Politik des Ausgleichs traf auf eine entsprechend konstruktive Antwort der Labour Party. Gegen den Widerstand radikal-linker Kräfte war ihre Politik darauf gerichtet, die Interessen der Arbeiterklasse auf parlamentarischem und konstitutionellem Weg zu vertreten. So gelang in Großbritannien die Kanalisierung sozialer Spannungen in die bestehende demokratisch-kapitalistische Ordnung, während die Demokratie in weiten Teilen Kontinentaleuropas durch unüberbrückbare ideologische Gegensätze links- und rechtsextremer Parteien beschädigt oder zerstört wurde.¹⁰⁵

Unabhängig von der in der britischen Zeitgeschichtsforschung unterschiedlich beantworteten Frage nach den Anfängen des Konsenses hatte die in der Anerkennung der Politik der Labour-Regierung Clement Attlees zum Ausdruck kommende Haltung der britischen Konservativen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Grundfragen nach 1945 mit einer Entwicklung innerhalb der Tory-Partei zu tun, die durch die Wahlniederlage von 1945 beschleunigt worden war. Jene Kräfte in der Partei, die zwischen den späten 1920er- und frühen 1940er-Jahren zu der Erkenntnis gelangt waren, dass ein durch staatliches Eingreifen in den Wirtschaftsprozess und durch ein umfassenderes System der sozialen Sicherung moderierter Kapitalismus dem ungezügelteren Kapitalismus vorzuziehen sei, befanden sich von nun an weiter im Aufwind. Diese gemäßigten, progressiven Kräfte der Konservativen Partei zielten auf eine Anpassung konservativer Politik an die neuen Gegebenheiten im Nachkriegs Großbritannien durch die Übernahme einer explizit auf staatliche Koordinierung und sozialen Ausgleich setzenden Wirtschafts-

¹⁰³ Vgl. *Kavanagh*, Thatcherism and British politics, S. 28–30. Freilich waren die späten 1920er- und dann vor allem die 1930er-Jahre, besonders mit den verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise (*Great Depression*), auch in Großbritannien eine Zeit großer Verwerfungen, die von den britischen Parteien aber innerhalb der demokratischen Ordnung politisch bearbeitet wurden. Zu Großbritannien in der Zwischenkriegszeit vgl. die nach wie vor maßgeblichen Monographien von *Charles L. Mowat*, Britain Between the Wars 1918–1940, London 1955 und von *John Stevenson*, British Society, 1914–45, London 1984. Für neuere Studien vgl. *Richard J. Overy*, The Morbid Age. Britain between the Wars, London 2009; *Juliet Gardiner*, The Thirties. An Intimate History, London 2010. Die Alltagsgeschichte akzentuierend vgl. *Martin Pugh*, We danced all night. A Social History of Britain between the Wars, London 2009.

¹⁰⁴ Vgl. *Keith Middlemas/John Barnes*, Baldwin, London 1969.

¹⁰⁵ Aus marxistisch-kritischer Perspektive führt etwa Ralph Miliband die Stabilität der kapitalistischen Demokratie Großbritanniens auf den erfolgreichen Versuch zurück, revolutionäre Impulse der Arbeiterklasse zu entradikalisieren. Vgl. *Ralph Miliband*, Capitalist Democracy in Britain, Oxford 1983.

und Sozialpolitik. Sie verfolgten dabei die Strategie, die zur Konservativen Partei gehörende Tradition der *Laissez-faire*-Wirtschaft herunterzuspielen und stattdessen jene Tradition der Partei zu betonen, die dem Staat seit jeher eine konstruktive Rolle bei der Zügelung der exzessiven Auswüchse des Marktes und der Vermeidung von gesellschaftlicher Ungleichheit beigemessen hatte. So beteuerte Cuthbert Alport, die Konservative Partei »has never been frightened of using the power of the state to improve social conditions, to organize economic effort, and to provide collective services«¹⁰⁶ und der zukünftige Premierminister Anthony Eden erklärte auf der *Conservative Party Conference* 1947: »We are not a party of unbridled, brutal capitalism, and never have been. Although we believe in personal responsibility [...] we are not the political children of the laissez-faire school. We opposed them decade after decade.«¹⁰⁷

Innerhalb des parteipolitischen Konservatismus Großbritanniens hatte es tatsächlich immer eine Tradition sozialpaternalistischen Denkens gegeben. Diese geht zurück auf Benjamin Disraeli, der 1845 den Begriff *One-Nation-Conservatism* geprägt hatte. In seinem Roman *Sybil or the Two Nations* hatte er aus seiner Diagnose eines sozial gespaltenen Großbritanniens die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen konservativen Eliten und der Arbeiterschaft abgeleitet.¹⁰⁸ Der Konservatismus Disraelis zielte auf eine paternalistische Gesellschaft mit verfestigter Klassenstruktur, in der die Arbeiterklasse soziale Unterstützung durch das Establishment erfuhr.¹⁰⁹ Der seit Ende der 1940er-Jahre die Diskurshegemonie innerhalb der Konservativen Partei erlangende *New Conservatism*, der intellektuell maßgeblich von Richard Austen (Rab) Butler vorangetrieben wurde, stand in Kontinuität zu diesem *One-Nation*-Konzept. In der *Industrial Charter* von 1947 wurden die Weichen für die konservative Politik der 1950er- und 1960er-Jahre gestellt. Die Charter war das Ergebnis der Arbeit des von Butler geleiteten *Industrial Policy Committees* der Konservativen Partei. Sie beinhaltete ein klares Bekenntnis zur gemischten Wirtschaftsordnung und zum wohlfahrtsstaatlichen Aufbau des Landes und akzeptierte einen in die Wirtschaftspolitik aktiv eingreifenden Staat.¹¹⁰ Im Hinblick auf die Übertragung eines konsensualen Ansatzes in die konservative Politik der Nachkriegszeit ist von der jüngeren Forschung herausgestellt worden, dass die politische Sprache der *Industrial Charter* in

¹⁰⁶ Cuthbert Alport, *About Conservative principles. Facts and Ideas*, London 1946, S. 14.

¹⁰⁷ Zit. nach: Kavanagh, *Thatcherism and British politics*, S. 42.

¹⁰⁸ Benjamin Disraeli, *Sybil or The two nations*, Harmondsworth 1981 (zuerst 1845).

¹⁰⁹ Vgl. dazu Paul Smith, *Disraelian Conservatism and Social Reform*, London 1967; zum *One-Nation-Conservatism* in der Konservativen Partei nach 1945 vgl. Robert Walsby, *The One Nation Group and One Nation Conservatism, 1950–2002*, in: *Contemporary British History*, 17, 2003, S. 69–120.

¹¹⁰ *The Industrial Charter*, Conservative and Unionist Central Office, Mai 1947, abgedr. in: Stuart Ball (Hrsg.), *The Conservative Party since 1945*, Manchester 1998, S. 105 f.

klarer Kontinuität zur Zwischenkriegszeit stand und einen konservativen Gegenentwurf zu der von Labour exekutierte Nachkriegspolitik darstellte.¹¹¹ Die Charter kann aber dennoch als Gründungsdokument eines auf konsensuale Politik zielenden *New Conservatism* angesehen werden, weil sie in den grundlegenden wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnungsvorstellungen mit der von der Labour Party praktizierten Nachkriegspolitik übereinstimmte. Butler schrieb dazu: »The Charter was [...] an assurance that, in the interests of efficiency, full employment and social security, modern Conservatism would maintain strong central guidance over the operation of the economy.«¹¹²

Nach ihrer Rückkehr in die Regierung im Jahr 1951 hatte sich die Konservative Partei mit der gemischten Wirtschaftsordnung abgefunden. Politiker der Strömung des *One-Nation-Conservatism* hatten ihren Einfluss auf die ideologische Orientierung der Partei ausbauen können und besetzten nun, wie Butler als Schatzkanzler, hohe Ämter in Partei und Regierung. Ungeachtet der hegemonialen Stellung der progressiven Spielart des Konservatismus in den Führungsebenen der Tory-Partei herrschte in den unteren und mittleren Funktionsrängen aber keinesfalls volle Übereinstimmung mit den Annahmen des *One-Nation-Conservatism*. Vor allem die Arbeiten des Oxforder Historikers Ewen Green haben deutlich gemacht, dass eine tiefe Abneigung gegen staatsinterventionistische Politik an der konservativen Parteibasis weiterhin Bestand hatte.¹¹³ Diese antisozialistische Grundströmung wurde bereits in den 1950er-Jahren von Margaret Roberts (später Thatcher) repräsentiert, die Staatsunternehmen in ihren Reden als ideologische Verirrung geißelte und von der Rolle des freien Unternehmertums als Motor wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstands sprach.¹¹⁴ Hier zeigen sich bereits Leitmotive der den Marktdiskurs der britischen Konservativen seit Mitte der 1970er-Jahre prägenden thatcheristischen Marktsprache, die aber im wirtschaftspolitischen Nachkriegskonsens bis zum Ende der 1960er-Jahre Randerscheinungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen blieben.

¹¹¹ *Harriet Jones*, »New Conservatism«? The Industrial Charter, Modernity and the Reconstruction of British Conservatism after the War, in: Becky Conekin/Frank Mort/Chris Waters (Hrsg.), *Moments of Modernity? Reconstructing Britain, 1945–1966*, London/New York 1999, S. 171–188.

¹¹² *R. A. Butler*, *The Art of the Possible*, London 1971, S. 146.

¹¹³ Vgl. *E. H. H. Green*, *Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century*, New York 2002, S. 214–239. Green hat nachgewiesen, dass der Thatcherismus an eine anti-kollektivistische, marktliberale Grundströmung anknüpfen konnte, die in der Konservativen Partei tief verwurzelt gewesen war. Vgl. dazu ausführlich Drittes Kapitel, 1.1.2 der vorliegenden Arbeit sowie *Dominik Geppert*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hrsg.), *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 51–68, hier S. 54.

¹¹⁴ Vgl. *Geppert*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 54.

Der *One-Nation-Conservatism* als wichtige Tradition des britischen parteipolitischen Konservatismus fügte sich bruchlos in den britischen Nachkriegskonsens und gestaltete ihn gleichzeitig mit. Eine entscheidende Rolle spielte dabei Harold Macmillan als prägende Figur der Konservativen Partei der 1950er- und 1960er-Jahre.¹¹⁵ In seiner Zeit als Parteichef und Premierminister von 1957 bis 1963 wurde für die britischen Konservativen ein politischer Pragmatismus handlungsleitend, der von der Notwendigkeit einer gemischten Wirtschaftsordnung und des Wohlfahrtsstaats ausging, auf keynesianisches Nachfragemanagement zur Sicherung von Vollbeschäftigung setzte und korporatistische Strategien zur Generierung von Wachstum verfolgte. Damit hatte die Tory-Partei entscheidenden Anteil an der Etablierung der britischen Nachkriegsordnung.

Vor dem Hintergrund der verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hatten Macmillans politische Aktivitäten in den 1930er-Jahren im Zeichen der Suche nach Lösungen für das Problem der Massenarbeitslosigkeit gestanden. Mit einer Quote von annähernd 20 Prozent in den Jahren 1931/32 war Arbeitslosigkeit für den aufstrebenden konservativen Politiker ein nationales Problem ersten Ranges.¹¹⁶ Angesichts der beispiellosen Massenverelendung im englischen Nord-Osten und anderen Teilen des industriellen Kernlands war das Versagen eines ungezügelten Kapitalismus deutlich geworden. Wie für Keynes war der Kapitalismus auch für Macmillan im Sinne einer Aufgabenteilung zwischen Markt und Staat zu reformieren. Diese Aufgabenteilung bildete den Kern von Macmillans politischer Ökonomie, die er in seiner 1938 erschienenen Schrift »The Middle Way« dargelegt hatte.¹¹⁷ Ihm schwebte ein »mixed system« zwischen *Laissez-faire* und sozialistischer Lenkungswirtschaft vor, »in which the State and private enterprise worked alongside each other and the State would rectify the economic and social failures of private enterprise.«¹¹⁸

Nicht von ungefähr fallen Parallelen zwischen Macmillans politischer Ökonomie und John Maynard Keynes' Wirtschaftstheorie ins Auge. Beide teilten den Erfahrungsraum von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit und standen in der Zwischenkriegszeit in regem intellektuellen Austausch miteinander.¹¹⁹ Beide verband die Kritik an der vorherrschenden neo-klassischen Lehre,

¹¹⁵ Ewen Green bezeichnete Macmillan als »the most self-consciously intellectual Conservative leader of the twentieth century«. *Green, Ideologies of conservatism*, S. 157.

¹¹⁶ Vgl. ebd., S. 158. Zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen während der *Great Depression* vgl. *N. F. R. Crafts/Peter Fearon, Lessons from the Great Depression*, in: *Oxford Review of Economic Policy* 26, 2010, S. 285–317, hier S. 287.

¹¹⁷ *Harold Macmillan, The Middle Way. A study of the problem of economic and social progress in a free and democratic society*, London 1938.

¹¹⁸ *Green, Ideologies of conservatism*, S. 162.

¹¹⁹ Vgl. ebd., S. 157.

Keynes sah in Macmillan »a kindred spirit in the fight against >reactionary forces< opposed to any break from orthodoxy.«¹²⁰ Beide setzten auf die Rolle des Staates bei der Stimulierung von Investitionen, Keynes wie Macmillan teilten Vorbehalte gegen das britische Bankensystem und waren der Ansicht, dass das wichtige Feld der Investitionen nicht dem kasinoartigen Spiel der Finanzmärkte überlassen werden sollte. Beide verfolgten in den 1930er-Jahren einen reflationären Ansatz, der kurzfristige Haushaltsdefizite und Inflation in Kauf nahm.¹²¹ Die in den 1950er-Jahren zu Tage tretende Adaption keynesianischer Ideen in die politische Ökonomie der Konservativen Partei reicht somit zurück in die Zwischenkriegszeit.

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten sich Macmillans wirtschaftspolitische Ideen im innerparteilichen Diskurs nicht durchsetzen können. Erst die Wahlniederlage der Konservativen Partei 1945 führte zu einem Prozess des Umdenkens in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. War Macmillan in der Zwischenkriegszeit als Prophet des »mittleren Weges« noch weitgehend isoliert gewesen, fand er seine Partei im politischen Nachkriegsklima nun aufnahmebereit für seine Ideen. Die konservativen Regierungen der 1950er-Jahre sprachen sich zwar klar gegen weitere direkte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft aus, hielten jedoch an der gemischten Wirtschaftsordnung fest. Tragende Säule der konservativen Wirtschaftspolitik wurde die keynesianische Nachfragesteuerung, die für Macmillan und weite Teile der führenden Tories der 1950er- und 1960er-Jahre das probate Instrument zur Sicherung von Vollbeschäftigung und eines gehobenen Lebensstandards darstellte. Durch makroökonomisches Management im Sinne Keynes' konnten jener ungezügelter Kapitalismus, der in der Zwischenkriegszeit Verelendung und Massenarbeitslosigkeit mit sich gebracht hatte, moderiert und gleichzeitig direkte Eingriffe des Staates in den Marktprozess vermieden werden. Persönliche und wirtschaftliche Freiheit waren dabei weiterhin vorherrschende Merkmale des Marktdiskurses innerhalb der Konservativen Partei – auch in Macmillans Auffassung der Wirtschaftsordnung.¹²² Für die »progressiven« Konservativen wie Macmillan, Butler und Lord Hailsham, die den Marktdiskurs dominierten und die Wirtschaftspolitik bestimmten, bot der Keynesianismus gerade vor diesem Hintergrund die Möglichkeit, wirtschaftliche Freiheit zu erhalten, ohne den Weg der ungeliebten »Manchester *Laissez-faire*

¹²⁰ John Maynard Keynes an Harold Macmillan, 7.9.1932, zit. nach: ebd., S. 167.

¹²¹ Auch wenn es im Detail durchaus Unterschiede zwischen Keynes und Macmillans wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen in der Zwischenkriegszeit gab – wie etwa hinsichtlich der Frage direkter Staatsinvestitionen, die Keynes befürwortete, während Macmillan zunächst mehr auf eine indirekte Rolle des Staates zur Stimulierung privater Investitionen setzte – überwiegen die genannten grundsätzlichen Gemeinsamkeiten. Zum Ideentransfer zwischen Keynes und Macmillan vgl. *Green*, *Ideologies of conservatism*, S. 157–169.

¹²² Vgl. *Green*, *Ideologies of conservatism*, S. 171.

school« gehen zu müssen. Der Keynesianismus konnte sowohl im Sinne einer »revisionistischen« Politik der Labour Party als auch im Sinne eines konservativen »mittleren Weges« interpretiert werden.¹²³ Er versöhnte die Pole Freiheit und Planung miteinander, die vor dem Zweiten Weltkrieg noch gegeneinander gestanden hatten. Staatliche Wirtschaftssteuerung und politische Freiheit waren nun miteinander kompatibel, konnten die Risiken und Unzulänglichkeiten des Marktes doch durch indirektes Eingreifen des Staats innerhalb der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung abgeschwächt werden.

Mit der Adaption des Keynesianismus wurde die Konservative Partei zum Träger des *post-war consensus*. Die Voraussetzung dafür bildete eine progressive Spielart des Konservatismus in der Tory-Partei, die sich aus der Tradition des *One-Nation-Conservatism* heraus gegen einen ungezügelden Kapitalismus wandte und die von der Labour Party geschaffene Nachkriegsordnung aktiv mitgestaltete. So wurde das am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientierte Ordnungsmodell zum Grundelement des britischen Nachkriegskonsenses. Getragen von den progressiven Tories und den Protagonisten des Labour-Revisionismus war es in den Marktdiskursen beider britischer Parteien bis weit in die 1960er-Jahre hinein vorherrschend.

2. Soziale Marktwirtschaft und später Keynesianismus: Die Nachkriegsordnung der Bundesrepublik und das Paradigma »Markt-Staat-Plan«

Das keynesianische Paradigma »Markt-Staat-Plan« sollte am Ende der 1960er-Jahre auch für die (west)deutsche Politik handlungsleitend werden. Allerdings sind mit Blick auf die entscheidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen nach 1945 und der diesen zugrunde liegenden Marktdiskurse der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung markante Unterschiede zum britischen Vergleichsfall augenfällig. Für den bundesrepublikanischen Vergleichsfall ist eine christdemokratische Dominanz nach 1945 zu konstatieren, die zur Herausbildung der Sozialen Marktwirtschaft führte. In der Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft unter christdemokratischer Führung und der relativ kurzen und späten keynesianischen Periode bestand die spezifische Tradition der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung, die den Marktdiskurs der CDU in den 1970er-Jahren vorprägte.

¹²³ Vgl. ebd., S. 174.

2.1 Christdemokratische Dominanz und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft

Lag die Entscheidung für Demokratie und Verfassungsstaat nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland auf der Hand, so war die Frage nach der zukünftigen wirtschaftlichen Ordnung zunächst offen.¹²⁴ Im Potsdamer Abkommen war keine Vorentscheidung getroffen worden und sowohl die amerikanischen als auch die britischen Alliierten waren der Überzeugung, dass wirtschaftliche Strukturreformen nur mit und nicht gegen die Deutschen vorangetrieben werden konnten. Insofern hing in der »Stunde null« durchaus viel von den Deutschen selbst ab.¹²⁵

Die Auffassung, die zukünftige deutsche Wirtschaftsordnung müsse eine sozialistische sein, war in Deutschland unmittelbar nach 1945 äußerst populär.¹²⁶ In der allgemeinen politischen Stimmungslage im Nachkriegsdeutschland erschien der Gedanke an eine Rückkehr zu einem marktliberalen Wirtschaftssystem als abwegig und gefährlich zugleich. Die kapitalismuskritische Grundstimmung hatte ihre Wurzeln in einem »doppelten Katastrophenschock«¹²⁷: In der verhängnisvollen Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er- und Anfang der 1930er-Jahre war für viele das Scheitern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung allzu offensichtlich geworden. Zudem war für viele klar, dass die demokratiefeindliche deutsche Großwirtschaft ihren Anteil am Untergang der Weimarer Republik gehabt hatte. Die sozialistisch-materialistische Deutung der deutschen Katastrophe, nach der ein Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen System und dem Nationalsozialismus hergestellt werden musste, war im politischen Klima des unmittelbaren Nachkriegsdeutschland prominent vertreten. Für den sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretiker Viktor Agartz etwa fehlte der Kapitalismus auf der Anklagebank der Nürnberger Prozesse, als »das letztlich schuldige soziale System mit seiner inneren Dynamik«.¹²⁸

Für die SPD stand der Sozialismus klar im Zentrum ihrer Nachkriegsprogrammatik: »Der politische Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft ist [...] klar vorgezeichnet: Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirt-

¹²⁴ Peter Graf Kielmansegg, *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945–1990*, München 2007, S. 93.

¹²⁵ Vgl. ebd., S. 94.

¹²⁶ Vgl. ebd., sowie etwa Hans Karl Rupp, *Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Aufl., München 2009, S. 60 ff.

¹²⁷ Kielmansegg, *Das geteilte Land*, S. 94.

¹²⁸ Viktor Agartz, Rede auf dem SPD-Parteitag in Hannover, 9. Mai 1946.

schaft und Gesellschaft«, hieß es im ersten Nachkriegsaufwurf der SPD.¹²⁹ Sozialistische Konzeptionen in Form eines »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« zählten aber auch in der CDU zu den konstitutiven Ideen der frühen Zeit nach der Parteigründung. Prominent vertreten wurde dieser von Jakob Kaiser, dem führenden Mann der Berliner CDU¹³⁰, oder Johannes Albers, einem der wichtigsten Vertreter des Arbeitnehmerflügels. Auf den CDU-Parteitagen im August und September 1947 sprach Kaiser vom »sozialistischen Zug der Zeit«¹³¹. Seine Berliner CDU verständigte sich auf den Begriff »Christlicher Sozialismus«, und trug damit der Einschätzung Rechnung, dass »heute [...] in einer öffentlichen Versammlung jeder, der es ablehnt, sich als Sozialisten zu bekennen, als liberal-kapitalistisch-reaktionär abgestempelt würde!«¹³² Im Jahr 1946 schrieb Walter Dirks einen Aufsatz, der für die Verwendung des Begriffs »Sozialismus« in der CDU plädierte und dabei explizit die Relevanz sprachlicher Benennung betonte. Dirks ging davon aus, dass »die sozialistische Lösung [...] heute als Gesetz des Zeitalters offenbar geworden ist.«¹³³ Die von Teilen der CDU vertretene sozialistische Ordnung hatte ihre Wurzeln jedoch nicht in einem marxistischen Dogmatismus, sondern entsprang vielmehr einem christlich begründeten Gerechtigkeitsideal, das die Grundlage für ein freilich vages sozialistisches Handlungsprogramm bildete.¹³⁴ Das kapitalismuskritische Selbstverständnis der katholisch-sozialen Christdemokraten kam in dem 1947 in der britischen Zone verabschiedeten Ahlener Programm zum Ausdruck, dessen Eingangssätze oft als Beleg für die sozialistische Stoßrichtung der Nachkriegs-CDU zitiert werden: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.«¹³⁵

Allerdings spricht vieles dafür, dass die Chancen, in der CDU ein Programm des christlichen Sozialismus durchzusetzen, von vorn herein sehr begrenzt waren.¹³⁶ Die CDU vereinigte in einer Partei unterschiedliche politische Strömungen, die weltanschaulich teilweise stark voneinander abwichen. Katholiken aus der

¹²⁹ *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, Aufruf zum Neuaufbau der Organisation, 15. Juni 1945.

¹³⁰ Vgl. *Tilman Mayer* (Hrsg.), Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988.

¹³¹ Zit. nach: *Gerold Ambrosius*, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977, S. 99 und 103.

¹³² Zit. nach: ebd., S. 21.

¹³³ Walter Dirks, in: Frankfurter Hefte 1, Oktober 1946, S. 637.

¹³⁴ Vgl. *Kielmansegg*, Das geteilte Land, S. 95.

¹³⁵ Zonenausschuss der CDU für die britische Zone, Ahlener Programm, 3. Februar 1947, abgedr. in: *Peter Hintze* (Hrsg.), Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben, Bonn 1995, S. 15–20.

¹³⁶ Vgl. auch *Kielmansegg*, Das geteilte Land, S. 96.

Zentrumspartei, Konservative aus der DNVP und Liberale aus der DDP und DVP unterschieden sich in ihren Vorstellungen über den wünschenswerten Zusammenhang von Markt und Staat merklich voneinander. Die programmatische Leistung der neugegründeten Partei bestand darin, die unterschiedlichen Standpunkte zusammenzuführen, was Kompromisse zur Folge haben musste. In der Nachkriegs-CDU standen sich schließlich zwei maßgebliche Grundströmungen gegenüber¹³⁷: Neben dem katholisch-sozialen Flügel bildete der protestantisch-konservative Gründerkreis ein konstitutives Element der deutschen Christdemokratie. Der erstere war vor allem im katholischen Westen und Süden der späteren Bundesrepublik angesiedelt. Die programmatischen Forderungen nach einem »christlichen Sozialismus« von sozial orientierten Köpfen wie Walter Dirks und Eugen Kogon beinhalteten die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, die Kontrolle der Banken sowie die Zerschlagung der Großkonzerne.¹³⁸ Aus der Tradition des politischen Katholizismus und der katholischen Soziallehre heraus betrieben sie ihre Programme auf das christliche Naturrecht und verfolgten das Prinzip der katholischen Subsidiarität.¹³⁹ Für die vor allem in Norddeutschland beheimateten protestantisch-konservativen Gründerkreise stand hingegen der Schutz des Privateigentums vor Marxismus und Sozialismus im Zentrum ihrer Programmatik. Gewissermaßen gegen den sozialistischen Zeitgeist repräsentierten sie stärker besitzbürgerliche Interessen und Überzeugungen, deren Gewicht innerhalb der Partei aber zunehmend stärker wurde.¹⁴⁰

Die programmatische Auseinandersetzung der CDU über die wirtschafts- und sozialpolitische Nachkriegsordnung stand zunächst im Zeichen der Suche nach einem für beide Grundströmungen tragfähigen Kompromiss.¹⁴¹ Das Ergebnis dieser Suche bestand schließlich nicht in der Fixierung eines »christlichen Sozialismus«, wie er in den frühen Programmschriften des katholisch-sozialen Gewerkschaftsflügels angedacht worden war, sondern in der Festlegung auf eine marktwirtschaftliche Ordnung nach ordoliberalem Muster, die für die CDU als Regierungspartei handlungsleitend werden sollte und unter der Formel »Soziale

¹³⁷ Vgl. zum Folgenden *Frank Bösch*, *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2002, S. 12–19.

¹³⁸ Vgl. *Rudolf Uertz*, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981. Zu den Vorstellungen des christlichen Sozialismus des Katholiken Walter Dirks, der zusammen mit Eugen Kogon die ersten Jahrgänge der *Frankfurter Hefte* herausgab, vgl. *Fritz Boll/Ulrich Bröckling/Karl Prümm* (Hrsg.), *Walter Dirks. Sozialismus oder Restauration, Politische Publizistik 1945–1950*, Bd. 4, Zürich 1987.

¹³⁹ Vgl. *Bösch*, *Macht und Machtverlust*, S. 13.

¹⁴⁰ Vgl. *Kielmansegg*, *Das geteilte Land*, S. 96; *Michael Schneider*, *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945*, Bonn 2014, S. 1267 ff.

¹⁴¹ Vgl. dazu *Bösch*, *Macht und Machtverlust*, S. 15 f.

Marktwirtschaft« die Grundlage der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung bildete.¹⁴² Schon das Ahlener Programm, das als »Programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone«, wie der Originaltitel lautete, von nordrhein-westfälischen Christdemokraten verabschiedet worden war, stand nicht repräsentativ für die CDU im Ganzen, sondern trug den Ansichten des katholischen Flügels Rechnung. Zudem war es keineswegs so eindeutig ein Programm des (christlichen) Sozialismus, wie es in der Rückschau oft gedeutet wurde. Es zeichnete sich vor allem durch vage Formulierungen und wenig konkrete sozialpolitische Forderungen aus, vermied gezielt Begriffe wie »Christlicher Sozialismus«, »Verstaatlichung« oder »Sozialisierung« und warnte vor einem »Staatssozialismus«.¹⁴³ Das Ahlener Programm ist vor allem als »taktische Durchgangsstation«¹⁴⁴ zu betrachten, die für den maßgeblichen Initiator, Konrad Adenauer, den Zweck erfüllte, weitergehende Forderungen der Sozialdemokratie, der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) sowie der Briten zu verzögern und so zu verhindern. Zudem ging es Adenauer darum, seinen Kontrahenten Jakob Kaiser, der seinen Führungsanspruch auf den Arbeitnehmerflügel der Partei stützte, durch taktische Zugeständnisse an den katholisch-sozialen Flügel auszuspielen.¹⁴⁵

Entscheidend für die liberale Wende in Westdeutschland wurde, dass im innerparteilichen Diskurs der CDU, die nach den ersten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 als stärkste Partei in der Koalition mit der FDP und der DP Regierungsverantwortung übernahm, eine positive Marktbegrifflichkeit gewissermaßen gegen den sozialistischen Zeitgeist durchgesetzt wurde.¹⁴⁶ Konrad Adenauer hatte sich schon früh gegen eine Verwendung des Begriffs »Sozialismus« in der CDU gewandt. Der Ausdruck fand sich weder in den »Leitsätzen der Christlich Demokratischen Union« vom Oktober 1945 noch in Adenauers in Neheim-Hüsten entworfenem Programm vom März 1946. Adenauer war daran gelegen, Sozialismus mit Marxismus gleichzusetzen und den Begriff so auch für CDU-Mitglieder negativ zu konnotieren. Auf einer Tagung der CDU der britischen Besatzungszone vom 26. bis 28. Juni 1946 betonte er: »Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen, und zwanzig laufen weg. In der heutigen Zeit in Deutschland von Sozialismus zu sprechen, ist reine und blasse Theorie. Wir haben einen derartigen Sozialismus in Deutschland, daß bis zum letzten Hosenkнопf und bis zur letzten Nähnadel in Deutschland nichts produziert und ver-

¹⁴² Zum »Ende des christlichen Sozialismus in der CDU« vgl. *Uertz*, *Christentum und Sozialismus*, S. 185–204.

¹⁴³ Vgl. *Bösch*, *Macht und Machtverlust*, S. 18.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Vgl. ebd.

¹⁴⁶ Dazu und zum Folgenden vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 37–39.

kauf werden kann, ohne dass es von den Alliierten genehmigt, die Zuteilung erfolgt und der Preis festgesetzt ist.«¹⁴⁷ Die Konsequenz aus diesen sprachstrategischen Überlegungen bündelte sich in der zentralen Formulierung einer schließlich nicht veröffentlichten Entschließung der CDU, die den Teilnehmern der Tagung des Zonenausschusses der CDU am 28. Juni 1946 vorgelegt wurde: »Die Anwendung der Bezeichnung ›Christlicher Sozialismus‹ oder ›Sozialismus aus christlicher Verantwortung‹ als Ausdruck sozialer Haltung und sozialen Wollens oder auch in einer umfassenden Bedeutung ist irreführend.«¹⁴⁸

Das Zurückdrängen sozialistischer Konzeptionen und die Durchsetzung einer positiv besetzten Markt begrifflichkeit in der deutschen Christdemokratie verliefen parallel zum Aufstieg der ordoliberalen Wirtschaftstheorie in Westdeutschland.¹⁴⁹ Nach 1945 fand sich die relativ kleine Gruppe ordoliberalen Denker der Freiburger Schule um Walter Eucken und Franz Böhm trotz des zunächst nicht marktfreundlichen politischen Klimas in einer historisch günstigen Situation.¹⁵⁰ Im Zuge des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruchs waren überkommene Denk- und Handlungsweisen diskreditiert, was dem Ordoliberalismus zum Durchbruch verhalf.¹⁵¹ In dem kurzfristig bestehenden

¹⁴⁷ Konrad Adenauer auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU für die britische Besatzungszone, 26.–28. 6. 1946, Protokoll abgedr. in: *Helmuth Pütz* (Bearb.), Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975, S. 149 f.

¹⁴⁸ Zit. nach: *Werner Conze*, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart/Berlin/Köln etc. 1967, S. 97.

¹⁴⁹ Zur Genese des deutschen Ordoliberalismus vgl. *Friedrun Quaas*, Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts, Bern 2000; *Philip Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der »Mont Pèlerin Society«, Stuttgart 2008, S. 254–283; *Ralf Ptak*, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004. Zum Einfluss der ordoliberalen Theorie auf die Praxis des Bundeswirtschaftsministeriums vgl. *Werner Abelshauser/Christopher Kopper*, Ordnungspolitik der sichtbaren Hand. Das Bundeswirtschaftsministerium und die Kunst der Wirtschaftspolitik, in: Werner Abelshauser (Hrsg.), Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, Berlin/Boston 2016, S. 22–93.

¹⁵⁰ Vgl. *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 266.

¹⁵¹ Die ersten Jahre der Bundesrepublik waren nicht nur eine Zeit des ausgeprägten Einflusses der ordoliberalen Wirtschaftstheorie auf die Wirtschaftspolitik. Wie Jan-Otmar Hesse gezeigt hat, war die Zeit der frühen Bundesrepublik auch für die innerdisziplinäre Entwicklung der deutschen Wirtschaftswissenschaften formativ. Unter dem Einfluss einer Vielzahl sozialer, institutioneller und vor allem auch politischer Faktoren erlebte die deutsche Volkswirtschaftslehre eine Transformation von der ursprünglich einmal hermeneutisch-geisteswissenschaftlich und stark wirtschaftshistorisch geprägten Nationalökonomie hin zu jener heute weiterhin dominanten betriebswirtschaftlich-mathematisch, quasi naturwissenschaftlich argumentierenden Wirtschaftstheorie. Vgl. grundlegend *Jan-Otmar Hesse*, Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2010.

geistigen und politischen Vakuum der »Stunde null« setzten die Vertreter der Freiburger Schule und andere liberale Wirtschaftswissenschaftler wie Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack auf »mehr Markt« und »weniger Plan«. Sie waren der Überzeugung, dass es ohne wirtschaftliche Freiheit keine Freiheit gebe und dass wirtschaftliche Freiheit nur in einer Markt- und Wettbewerbsordnung gegeben sei.

Ein ungezügelter Kapitalismus schwebte ihnen dabei freilich nicht vor. Vielmehr verfochten sie ein Ordnungsmodell des »Dritten Weges« zwischen *Laissez-faire* und Planwirtschaft. Im Zentrum dieses Konzepts stand eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung, in der ein durch den Staat geschaffener Ordnungsrahmen den ökonomischen Wettbewerb und die Freiheit der Bürger auf dem Markt gewährleisten sollte.¹⁵² Ein starker, von Gruppeninteressen unabhängiger Staat sei deshalb notwendig, weil nur er eine Wettbewerbsordnung mit den Mitteln des Rechts auf die Dauer gewährleisten könne. Ihre Vorstellungen einer Wettbewerbsordnung propagierten sie dabei in Abgrenzung zu den deutschen Erfahrungen mit der gelenkten Ökonomie der Preiskontrollen und Ressourcenzuteilung, auch und insbesondere zum nationalsozialistischen Regime, an dessen Beispiel Eucken und seine Mitstreiter die Gefahren des Totalitarismus illustrieren konnten, die politisch wie ökonomisch mit zentraler Planung einhergingen.¹⁵³ Die Forderung wettbewerblich organisierter, flexibler Märkte stellte für die ordoliberalen Theoretiker somit eine Lektion der deutschen Wirtschaftsgeschichte dar. Euckens Vorstellung von der ordoliberalen Wirtschaftsordnung umfasste sieben unverzichtbare »konstituierende« Prinzipien: ganz oben der freie Preismechanismus nach dem Ideal der vollständigen Konkurrenz, dann Geldwertstabilität, Marktoffenheit, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftungspflicht und wirtschaftspolitische Konstanz. Darüber hinaus führte Eucken »regulierende« Prinzipien ein: in erster Linie Monopolkontrolle und Kartellzerschlagung, um vollständige Konkurrenz herzustellen, eine gewisse steuerliche »Korrektur« der durch den Markt erzielten Einkommensverteilung, Maßnahmen zur Behebung externer Effekte und anormaler Angebotsreaktionen, staatliches »antikonjunkturelles Verhalten« sowie eine währungspolitische Stabilisierungspolitik.¹⁵⁴

Mit Blick auf die Durchsetzung einer positiven Markt Begrifflichkeit in der Nachkriegs-CDU und die Etablierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung unter ordoliberalen Vorzeichen in der Bundesrepublik kommt der Person Ludwig Erhards eine entscheidende Bedeutung zu. Mit Erhard betrat ein überzeugter

¹⁵² Vgl. *Hans-Rudolf Peters*, *Wirtschaftspolitik*, 3. Aufl., München 2000, S. 150.

¹⁵³ Vgl. *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 266.

¹⁵⁴ *Walter Eucken*, *Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung*, in: *ORDO* 2, 1949, S. 1–99, hier bes. S. 32–62 und 64–79. Vgl. auch *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 268.

Marktwirtschaftler die politische Bühne, der in seinen wirtschaftspolitischen Auffassungen den Ideen der ordoliberalen Theoretiker stark zugeneigt war.¹⁵⁵ In seiner Position als Wirtschaftsdirektor in der amerikanisch-britischen Bizone übte er ab Sommer 1948 entscheidenden Einfluss aus. Für Peter Graf Kielmansegg war es zu einem großen Teil der Sog der Erhard'schen Politik, der die CDU zur Partei der Sozialen Marktwirtschaft gemacht hat.¹⁵⁶ Dabei hatte sich Erhard das Attribut »sozial« zur Charakterisierung der marktwirtschaftlichen Ordnung zunächst wenig zu Eigen gemacht. In ordoliberaler Manier ging es ihm zuvorderst um die Betonung des Zusammenhangs zwischen Markt und Freiheit sowie zwischen Markt und Effizienz. »Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft«¹⁵⁷, war sein den ersten Zusammenhang betonendes Credo. Letzteren betreffend bekannte er: »Ich war und bin der Auffassung, dass die günstigste Methode, den öffentlichen Bedarf zu decken, immer noch die über den Wettbewerb im Markte ist.«¹⁵⁸ Auch wenn Erhard bis heute gemeinhin als »Vater der Sozialen Marktwirtschaft« gepriesen wird, lag seine Bedeutung für die westdeutsche Nachkriegsentwicklung weit mehr in der weitgehenden Durchsetzung seiner marktwirtschaftlichen Überzeugungen als in einem Eintreten für sozialen Ausgleich, weshalb die Bezeichnung »Vater der Marktwirtschaft« zutreffender wäre.¹⁵⁹

Der Begriff »soziale Marktwirtschaft« wurde von Alfred Müller-Armack geprägt, der in den 1950er-Jahren zu einem der engsten Berater Erhards aufstieg.¹⁶⁰ Müller-Armack wollte »keineswegs eine Rückkehr zum alten Liberalismus«. Dieser habe die Sicherung der Wettbewerbsordnung des Marktes »geradezu sträflich vernachlässigt [...]« und sei auch darin fehlgeleitet gewesen, »[...] den Preismechanismus als eine völlig in sich funktionierende Maschinerie« zu betrachten.¹⁶¹ Ihm schwebte vielmehr eine »gesteuerte Marktwirtschaft« vor, die »etwas toto coelo Verschiedenes gegenüber der liberalen Marktwirtschaft wie gegenüber

¹⁵⁵ Vgl. *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 257–259. Zu Leben und Bedeutung Erhards vgl. *Völker Hentschel*, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996 und *Alfred C. Mierzejewski*, Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, München 2005.

¹⁵⁶ Vgl. *Kielmansegg*, Das geteilte Land, S. 103.

¹⁵⁷ *Ludwig Erhard*, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 14.

¹⁵⁸ *Ders.*, Vorwort »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung (Faksimile der Denkschrift von 1943/44), Frankfurt am Main 1977, S. IX.

¹⁵⁹ Vgl. auch *Bösch*, Macht und Machtverlust, S. 20.

¹⁶⁰ Zur Genese der »Sozialen Marktwirtschaft« Müller-Armacks vgl. *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 269–272; *Daniel Dietzfelbinger*, Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil. Alfred Müller-Armacks Lebenswerk, Gütersloh 1998; *Rolf Kowitz*, Alfred Müller-Armack. Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers, Köln 1998.

¹⁶¹ *Alfred Müller-Armack*, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft (zuerst 1946), in: *Ders.*, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg im Breisgau 1966, S. 19–170, hier S. 76.

der Wirtschaftslenkung« sei.¹⁶² Dieses 1944 noch als »gesteuerte Marktwirtschaft« bezeichnete Konzept taufte er 1946 in »soziale Marktwirtschaft« um.¹⁶³

In seinem Verständnis von der Rolle des Staates in der Marktwirtschaft und in seiner Betonung des »Sozialen« unterschied sich Müller-Armack von anderen liberalen Wirtschaftstheoretikern. Sein Katalog von staatlichen Eingriffen war länger als derjenige der Vertreter der Freiburger Schule: Staatliche Siedlungs- und Regionalpolitik, Städteplanung und sozialer Wohnungsbau, Mittelstandsförderung und Hilfestellungen für eine genossenschaftliche Organisation, Einkommensbeihilfen für Geringverdiener und der Ausbau der Sozialversicherung bis hin zu einer maßvollen Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. In diesen Bereichen müsse der Markt durch staatliches Eingreifen korrigiert werden.¹⁶⁴ Sein Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft« war darüber hinaus darauf gerichtet, das Prinzip der marktwirtschaftlichen Freiheit mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Nach seinem Verständnis fungierte die Marktwirtschaft als Wohlstandsmotor, dessen Erträge dann auch für Gesellschafts- und Sozialpolitik genutzt werden sollten. Mit dieser instrumentellen Auffassung von Marktwirtschaft unterschied sich Müller-Armack von den ordnungspolitischen Ansätzen Euckens und auch Erhards, in denen die menschenwürdige Ordnung schon in und mit der privilegienlosen Marktwirtschaft weitgehend verwirklicht war.¹⁶⁵

Die programmatische Übernahme eines marktwirtschaftlichen Ordnungsmodells in Gestalt des neuen Begriffs »soziale Marktwirtschaft« vollzog die CDU in den am 15. Juli 1949 verabschiedeten Düsseldorfer Leitsätzen: »Die >soziale Marktwirtschaft< ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. [...] Die >soziale Marktwirtschaft< steht im scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft. [...] Das System der Planwirtschaft beraubt den schaffenden Menschen seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Freiheit. [...] Statt einer freiheitlichen Ordnung entsteht mit zwingender Folgerichtigkeit die Diktatur oder das Chaos. [...] Die >soziale Marktwirtschaft< steht auch im Gegensatz zur sogenannten >freien Wirtschaft< liberalistischer Prägung. [...] Weil wir die unsozialen Auswüchse einer solchen >freien Wirtschaft< vermeiden wollen, [...] fordern wir neben dem Leistungswettbewerb die Monopolkontrolle. [...] Dadurch führt die von uns geforderte Wirtschaftsordnung zu wahrer Wirtschaftsdemokratie und deshalb nennen wir sie die >soziale Markt-

¹⁶² Ebd., S. 77.

¹⁶³ *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 270.

¹⁶⁴ Vgl. ebd., S. 271.

¹⁶⁵ Vgl. ebd.

wirtschaft«.«¹⁶⁶ Damit vollzog die CDU eine klar marktwirtschaftliche Neuausrichtung ihrer Programmatik. Das Ahlener Programm war dabei schon seit 1948 durch die Wirtschaftspolitik der Union konterkariert worden.¹⁶⁷ Mit ihrer bürgerlichen Koalition hatte die Union im Frankfurter Wirtschaftsrat die Weichen in Richtung Marktwirtschaft gestellt. Die »Soziale Marktwirtschaft« etablierte sich seit 1948 im politischen Sprachgebrauch der CDU und wurde schließlich zum »Fahnenwort« für die wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen im westlichen Nachkriegsdeutschland.¹⁶⁸

Wie die konkrete politische Ausgestaltung des Attributs »sozial« allerdings aussehen sollte, war von Beginn an unklar. Inhaltlich stellte der Begriff eine Leerformel dar, deren Bedeutung vor allem in der integrativen Kraft ihrer politischen Semantik in der historischen Situation nach 1945 zu sehen ist.¹⁶⁹ In der Tat war zu keinen Zeitpunkt ernsthaft versucht worden zu bestimmen, wie viel »Markt« und wie viel »sozial« als wünschenswert anzusehen sei. Gerade in dieser inhaltlichen Unbestimmtheit lag und liegt die Stärke des Begriffs. Unter »Sozialer Marktwirtschaft« konnten unterschiedliche Vorstellungen innerhalb der CDU über den wünschenswerten Zusammenhang von »Markt« und »Staat« gebündelt werden. Insofern war die Soziale Marktwirtschaft zunächst eine politische Strategie innerhalb der CDU. Der Begriff profitierte seit seiner Prägung von einer semantischen Ambivalenz: Die Freiburger Schule mit ihren wichtigsten Vertretern Walter Eucken und Franz Böhm hatte, wie bereits angedeutet, stets den Ordnungscharakter ihres Konzepts betont und sah bereits in einer privilegienlosen Marktwirtschaft eine gute, auch soziale, menschenwürdige Ordnung. Auch für Erhard war der Begriff ein Pleonasmus, da für ihn die (freie) Marktwirtschaft zugleich auch schon eine soziale war. Demgegenüber stand Müller-Armacks mehr »funktionales« Verständnis von Marktwirtschaft, die für ihn nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Freiheit und zu sozialem Ausgleich war. Die semantische Offenheit der Sozialen Marktwirtschaft barg die Gefahr von innerparteilichen Reibungen, wirkte letztendlich aber integrierend. Indem der Ordoliberalismus der Freiburger Schule wie auch Müller-Armacks Verständnis gleichermaßen prägend blieben, konnte der Begriff sowohl vom Wirtschaftsflügel der CDU als auch von den Sozialausschüssen mit Inhalt aufgeladen beziehungsweise im jeweiligen Sinne

¹⁶⁶ Christlich Demokratische Union, Düsseldorfser Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Wohnungsbau, 15. Juli 1949, abgedr. in: *Ossip Kurt Flechtbeim* (Hrsg.), *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, Bd. 3, Berlin 1963, S. 58 ff.

¹⁶⁷ Vgl. auch *Bösch*, *Macht und Machtverlust*, S. 19.

¹⁶⁸ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 42.

¹⁶⁹ Vgl. *Mark Spoerer*, *Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft*, in: Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hrsg.), *Modell Deutschland: Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007, S. 28–43, hier S. 28.

interpretiert werden.¹⁷⁰ Diese semantischen Ambivalenzen aus der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft begründeten spezifisch christdemokratische Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten, die in der CDU der 1970er-Jahre nachwirkten und für die Entwicklung des innerparteilichen Marktdiskurses von entscheidender Bedeutung waren, wie anhand der Debatte um das 1978 beschlossene Grundsatzprogramm zu zeigen sein wird.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen, die die CDU mit ihrer Politik der Sozialen Marktwirtschaft vornahm, leiteten im internationalen Vergleich einen ordnungspolitischen Sonderweg ein.¹⁷¹ Die erste Wegmarke bildete die Währungsreform. Indem sie den Geldbesitz entwertete und Sachwert-, vor allem Produktionsmittelbesitzer begünstigte, stellte sie eine Umverteilungsmaßnahme dar, die durchaus die Frage der Gerechtigkeit berührte und die wohl kritischer beurteilt worden wäre, wäre wirtschaftliches Wachstum in der Folge ausgeblieben. Zu den unmittelbar positiven Effekten der Reform gehörten dann allerdings ein sprunghafter Anstieg des Angebots an Konsumgütern, das Verschwinden der Schwarzmärkte und nicht zuletzt eine sich ausbreitende Aufbruchstimmung.¹⁷² Ein weiteres zentrales Element des ordnungspolitischen Sonderwegs bestand in der Einrichtung einer von der Regierung unabhängigen Zentralbank durch das Bundesbankgesetz von 1957. Die Währungsstabilität bildete seither das prioritäre Ziel der Geldpolitik, hatte man doch – anders als in Großbritannien – in der Zwischenkriegszeit die Erfahrung zerstörerischer Hyperinflation machen müssen. Zudem wurde im gleichen Jahr mit dem Kartellgesetz ein robustes Wettbewerbsrecht installiert, das einen klaren Bruch mit der kartellfreundlichen Tradition in Deutschland markierte.¹⁷³ In der Praxis entwickelte sich die Soziale Marktwirtschaft zu einer modernisierten Variante des organisierten Kapitalismus, die sich durch ein »ausdifferenziertes System der Bank-Industrie-Verflechtung,

¹⁷⁰ Friedrun Quaas hat auf die Offenheit des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft hingewiesen und in diesem Sinne betont, »daß das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft [...] keine Theorie im engeren Wortsinne darstellt, gleichwohl aber offen ist für die Anreicherung mit kompatiblen Theorieelementen verschiedener Herkunft [...]«, weshalb es nicht möglich sei, »die Soziale Marktwirtschaft streng ordoliberal oder rein soziologisch zu interpretieren.« *Quaas, Soziale Marktwirtschaft*, S. 23 f.

¹⁷¹ Vgl. *Werner Abelshauser*, Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin 2003; *Ders.*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 94–106.

¹⁷² Vgl. *Michael von Prollius*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006, S. 65.

¹⁷³ Mit der Kartellgesetzgebung als »>>Grundgesetz<< der sozialen Marktwirtschaft« hatte Deutschland aufgehört, das »klassische Land der Kartelle« (Franz Böhm) zu sein, betont Abelshauser. Vgl. *Ders.*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. überarb. und erw. Aufl., Bonn 2011, S. 174.

Staat-Industrie-Kooperation und politisch induzierte Unternehmenskoordination« auszeichnete und sich als überaus beständig erweisen sollte.¹⁷⁴

Die Ursprünge dieses Modells des organisierten Kapitalismus, das der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer in Abgrenzung zur »liberalen Marktwirtschaft« als »korporative Marktwirtschaft« bezeichnet, reichen zurück bis ins 19. Jahrhundert.¹⁷⁵ Trotz der diesem deutschen Kapitalismusmodell durchaus eigenen interventionistischen Neigung spielte der Keynesianismus in der Bundesrepublik – im Unterschied zu Großbritannien – sowohl als ökonomische Theorie als auch in der wirtschaftspolitischen Praxis bis Mitte der 1960er-Jahre keine Rolle. Die Etablierung der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik erfolgte entlang der Prinzipien des Ordoliberalismus und der ihm eigenen anti-kollektivistischen Tradition. Das Paradigma »Markt-Staat-Plan«, welches die Marktdiskurse beider britischen Parteien in der Nachkriegszeit prägte, wurde in den deutschen Parteien viel später diskursbestimmend und erst in der Großen Koalition ab 1966 handlungsleitend, wie noch zu zeigen sein wird.

Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft der CDU umfasste allerdings von Beginn an mehr, als die ordoliberalen Vordenker – und auch Ludwig Erhard – vorgesehen hatten. Seit den 1950er-Jahren wurde die Sozialpolitik ausgedehnt, es begann ein langanhaltender Prozess der Expansion des Sozialstaats.¹⁷⁶ Herzstück der sozialstaatlichen Expansion der 1950er-Jahre bildete die Rentenreform von 1957, die in der Kontinuität der deutschen Sozialstaatstradition stand. Anders als in Großbritannien, wo das Prinzip der Staatsbürgerversicherung eingeführt wurde, entschied man sich in der Bundesrepublik für das Bismarck'sche Prinzip der Arbeitnehmersversicherung, das die laufenden Renten um 60 Prozent erhöhte und die Rentner durch die dynamische Berechnung am wachsenden Sozialprodukt beteiligte.¹⁷⁷ Auffällig ist, dass die Rentenreform, wie die meisten Errungenschaften des Nachkriegssozialstaats, gegen den Willen Erhards von Adenauer und

¹⁷⁴ Vgl. *Stephan Lessenich*, Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell, Frankfurt am Main/New York 2003, S. 127–131, Zitat S. 127; *Werner Abelshauer*, Umbruch und Persistenz. Das deutsche Produktionsregime in historischer Perspektive, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27, 2001, S. 503–523.

¹⁷⁵ Vgl. *Abelshauer*, Kulturkampf.

¹⁷⁶ Vgl. dazu grundlegend *Günther Schulz* (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 3: Bundesrepublik 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität, Baden-Baden 2005; *Michael Ruck/Marcel Boldorf* (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 4: Bundesrepublik 1957–1966. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Baden-Baden 2007. Als Überblicksweg zum deutschen Sozialstaat vgl. *Hans Günter Hockerts*, *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*, Göttingen 2011.

¹⁷⁷ Vgl. *Bösch*, *Macht und Machtverlust*, S. 22.

den Christlich-Demokratischen Arbeitnehmern (CDA) durchgesetzt wurden.¹⁷⁸ Die über das ordoliberalen Konzept der Freiburger Schule hinausgehende, von Müller-Armack allerdings mitgedachte soziale Komponente der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik, die in der sozialstaatlichen Expansion seit den 1950er-Jahren manifest wurde, verweist auf Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten der christlichen, besonders der katholischen Soziallehre in der deutschen Christdemokratie, die als Gegengewicht zum (ordo)liberalen Element im Marktdiskurs der CDU Wirkung entfalteten. Mit der klaren Entscheidung der CDU für eine marktwirtschaftliche Ordnung war die katholisch-soziale Tradition der neuen Volkspartei keinesfalls gebrochen. Vielmehr schrieb sie sich im Marktdiskurs der CDU – wie zu zeigen sein wird – bis in die 1970er-Jahre hinein fort und bildete ein konstantes Korrektiv zum marktwirtschaftlichen Element in der Union, das einer Entgrenzung des christdemokratischen Marktdiskurses aus der eigenen Partei heraus entgegenstand.

Für die Schärfung des sozialen Profils der deutschen Christdemokratie nach 1945 wie für die Etablierung des bundesrepublikanischen Sozialstaatsmodells insgesamt spielte sicherlich auch die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz als Besonderheit des bundesrepublikanischen Diskursrahmens eine Rolle. Die Existenz der realsozialistischen Alternative im ostdeutschen Staat trug zur Anhebung des sozialpolitischen Aktions- und Leistungsniveaus der frühen Bundesrepublik bei.¹⁷⁹ Gleichzeitig zeigt die Wirkmächtigkeit der christlichen Soziallehre als wichtige Begriffstradition der deutschen Christdemokratie, dass der Hinweis auf die Systemkonkurrenz mit der DDR¹⁸⁰ allein nicht ausreicht, um die Entfaltung des westdeutschen Sozialstaats zu erklären.¹⁸¹ Ein alleiniger Hinweis auf das Konkurrenzverhältnis zur DDR ließe zudem die lange Sozialstaatstradition der deutschen Sozialdemokratie unberücksichtigt, der mit Blick auf die Tatsache, dass sich die regierende Christdemokratie auf sozialpolitischem Feld im Wettstreit mit der SPD befand, ebenfalls eine entscheidende Bedeutung in diesem Zusammenhang zukommt.

¹⁷⁸ Vgl. *Lutz Leisering*, Der deutsche Nachkriegssozialstaat. Entfaltung und Krise eines zentristischen Sozialmodells, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 423–443, hier S. 428.

¹⁷⁹ Vgl. etwa *Hans Günter Hockerts*, Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011, S. 279.

¹⁸⁰ Den Faktor des Konkurrenzverhältnisses zur DDR für die bundesrepublikanische Sozialpolitik betont etwa *Christoph Kleßmann*, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982, S. 14.

¹⁸¹ Die These einer deutsch-deutschen Systemkonkurrenz als einziges Antriebsmoment für die Entwicklung des westdeutschen Sozialstaats verwirft auch *Hockerts*, Der deutsche Sozialstaat, S. 279.

Soziale Marktwirtschaft war von Beginn an mehr als reiner Ordoliberalismus, nach welchem das Privateigentum das wesentliche Instrument der Sozialpolitik darstellt.¹⁸² Insbesondere die für den bundesrepublikanischen Entwicklungspfad typischen kooperativen Arrangements der Interessenvermittlung befanden sich außerhalb des Konzepts der ordoliberalen Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft.¹⁸³ In der internationalen Debatte über »Varieties of Capitalism«¹⁸⁴ ist der Begriff »Rheinischer Kapitalismus« zur Kennzeichnung der bundesdeutschen Spielart des Kapitalismus geprägt worden.¹⁸⁵ Dieser verweist auf den Unterschied zwischen korporatistischen Institutionen und ordoliberaler Ordnung, indem er den Akzent auf ein hohes Maß an Kooperation, Koordination und Kompromissfindung zwischen widerstreitenden Interessen, insbesondere zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, sowie auf die engen wirtschaftlichen und personellen Verflechtungen zwischen industriellen Großkonzernen, Banken und Versicherungsunternehmen legt.¹⁸⁶

Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft unterschied sich, wie mit dem Begriff des »Rheinischen Kapitalismus« betont wird, auch auf dem Feld der Arbeitsbeziehungen vom britischen Modell. Den Grundstein zum Gebäude bundesrepublikanischer Sozialpartnerschaft legte die auf die Briten zurückgehende Mitbestimmungsregelung in der Montanindustrie, die sich 1946/47 im Ruhrgebiet ohne gesetzliche Grundlage als ein Arrangement der Praxis entwickelt hatte. So erfolgten die Weichenstellungen der deutschen Sozialpartnerschaft nach 1945, die sich durch ihr niedriges Konfliktniveau und ihre Stabilität so augenfällig gerade von der britischen Praxis der Arbeitsbeziehungen unterschied, unter britischer Aufsicht.¹⁸⁷ In der Folge wurde 1951 – gegen den Widerstand des Wirt-

¹⁸² Vgl. *Michel Foucault*, Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main 2004, S. 204f.

¹⁸³ Vgl. *Spoerer*, Wohlstand für alle?, S. 39; *Richard H. Tilly*, Gab es und gibt es ein »deutsches Modell« der Wirtschaftsentwicklung?, in: Jürgen Osterhammel/Dieter Langewiesche/Paul Nolte (Hrsg.), Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, S. 219–237.

¹⁸⁴ Vgl. *Peter A. Hall/David Soskice* (Hrsg.), Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, New York 2001; *David Coates*, Models of Capitalism. Growth and Stagnation in the Modern Era, Cambridge 2000.

¹⁸⁵ Geprägt wurde der Begriff »Rheinischer Kapitalismus« von dem französischen Wirtschaftswissenschaftler und Versicherungsmanager Michel Albert. Er stellte diesen als Kapitalismusmodell dem »neo-amerikanischen« Modell der kapitalistischen Marktwirtschaft gegenüber, das die Regierungen Ronald Reagans und Margaret Thatchers eingeführt hätten. Vgl. *Michel Albert*, Kapitalismus contra Kapitalismus. Frankfurt am Main 1992.

¹⁸⁶ Diese spezifisch bundesrepublikanische Ausprägung der Unternehmensbeziehungen ist später – oft pejorativ – als »Deutschland AG« bezeichnet worden. Zur Historisierung der »Deutschland AG« vgl. auch *Ralf Abrens/Boris Gebhen/Alfred Reckendrees* (Hrsg.), Die >Deutschland AG<. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus, Essen 2013.

¹⁸⁷ Vgl. *Kielmansegg*, Das geteilte Land, S. 98.

schaftsflügels in der CDU – die Montanmitbestimmung eingeführt. Ein Jahr später wurde das erste Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet. Mitbestimmung, Betriebsräte und Tarifautonomie institutionalisierten und moderierten den Klassenkonflikt. Mit dem sozialpartnerschaftlichen Modell schlug die Bundesrepublik nach 1945 einen im internationalen Vergleich höchst bedeutsamen Sonderweg ein, der mit Blick auf die Analyse der parteipolitischen Marktdiskurse in den 1970er-Jahren auf einen wichtigen Unterschied in den Diskurskontexten der Vergleichsländer hinweist. Während die äußerst konfliktreiche Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und deren erfolglose politische Problembearbeitung in Großbritannien mit weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs der Konservativen Partei in Richtung »mehr Markt« einherging, sollten die weitgehend stabilen Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik sowie die sozialpartnerschaftliche Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft in der CDU einer solchen Entwicklung des Marktdiskurses Grenzen setzen.

Der spezifisch bundesrepublikanische Entwicklungspfad der Arbeitsbeziehungen hing auch mit der Rolle der Gewerkschaften in der Sozialen Marktwirtschaft zusammen. Für die Gewerkschaften lag die Bedeutung der ersten Nachkriegsjahre nicht in ihrem programmatischen Erfolg, sondern in ihrem organisatorischen Neuanfang.¹⁸⁸ Im Unterschied zum britischen Fall kam es nicht zu einer Neuaufgabe des alten Systems konkurrierender Richtungsgewerkschaften. Unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) erfolgte der Zusammenschluss zu einer in Industriegewerkschaften gegliederten Einheitsgewerkschaft. Waren die deutschen Gewerkschaften in ihrer Gründungsphase als Gegner der Sozialen Marktwirtschaft aufgetreten, entwickelten sie sich mehr und mehr zum Mitgestalter der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung.¹⁸⁹ Dafür spricht auch ein Blick auf die Streikstatistik, die in der Bundesrepublik ein im internationalen Vergleich niedriges Konfliktniveau ausweist.¹⁹⁰

Mit den von der CDU vorgenommenen wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen wurde in der Bundesrepublik ein Ordnungsmodell etabliert, das sich durch die markante Kombination aus wirtschaftsliberalen und sozialstaatlichen Elementen auszeichnete. Die Soziale Marktwirtschaft war damit auch eine Kombination von Altem und Neuem: Sie begründete eine neue Tradition ord-

¹⁸⁸ Vgl. ebd., S. 104.

¹⁸⁹ Vgl. *Michael Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 2., überarb. u. aktual. Aufl., Bonn 2000, S. 245 ff.; *Walther Müller-Jentsch*, Gewerkschaften und soziale Marktwirtschaft seit 1945, Stuttgart 2011.

¹⁹⁰ Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in der Geschichte der Bundesrepublik heftige Arbeitskämpfe gegeben hat, wie etwa die ausgedehnten Streiks um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in den Wintermonaten 1956/57 belegen. Vgl. *Kielmansegg*, Das geteilte Land, S. 446 f.

nungspolitischen Denkens in (ordo)liberalen Kategorien, die es vor 1948 nicht gegeben hatte, und knüpfte auf der Ebene der wohlfahrtsstaatlichen Expansion an die deutsche Sozialstaatstradition an. Mit der Politik der Sozialen Marktwirtschaft beschritt die CDU einen beispiellosen Erfolgsweg. Die 1950er-Jahre waren wirtschaftsgeschichtlich das Erfolgsjahrzehnt in der bundesrepublikanischen Geschichte: explosives Wachstum, rasch sinkende Arbeitslosigkeit bis Vollbeschäftigung, Preisstabilität. Es war die CDU, die mit erfolgreichem Wiederaufbau, mit dem »Wirtschaftswunder« und mit Marktwirtschaft in Verbindung gebracht wurde.¹⁹¹ Erst als die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre von der ersten Nachkriegsrezession getroffen wurde, vollzog die westdeutsche Wirtschaftspolitik die späte Wende zur keynesianischen Globalsteuerung.

2.2 SPD, CDU und das Paradigma »Markt-Staat-Plan«

Wie gezeigt wurde, war die bundesrepublikanische Nachkriegsordnung zunächst eindeutig christdemokratisch dominiert. Während die Labour Party in Großbritannien die entscheidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen für die Nachkriegsordnung eingeleitet und damit politische Realitäten geschaffen hatte, auf die die Konservative Partei reagieren musste, hatte die CDU mit der Sozialen Marktwirtschaft die grundlegende ordnungspolitische und institutionelle Arena in Westdeutschland geschaffen, innerhalb derer sich auch die deutsche Sozialdemokratie bewegen musste. War das keynesianische Paradigma »Markt-Staat-Plan« nach der Schaffung einer gemischten Wirtschaftsordnung nach 1945 für beide britischen Parteien rasch handlungsleitend und prägend für den britischen *post-war consensus* geworden, erlangte es in der Bundesrepublik erst zeitlich verschoben und für einen kürzeren Zeitraum ähnlich wirkmächtige Qualität. Im

¹⁹¹ Das westdeutsche »Wirtschaftswunder« wurde schon in den 1970er-Jahren zum Gegenstand wirtschaftshistorischer Debatten. Jene Sichtweise, die den bemerkenswerten Nachkriegsboom monokausal mit dem Hinweis auf den Erfolg der ordoliberalen Ordnungspolitik erklärt – und sein Ende mit der staatsinterventionistischen Abkehr von ihr seit den 1960er-Jahren –, ist im Zuge der Rekonstruktionsthese entkräftet worden. Dieser zufolge war das Wirtschaftswachstum wegen der Verwerfungen der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise in der Zwischenkriegszeit weit hinter der eigentlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft zurückgeblieben. Diese besonderen Rekonstruktionsbedingungen, die seit den 1960er-Jahren so nicht mehr gegeben waren, relativieren die Bedeutung von Marshallplan und Währungsreform. Zur Rekonstruktionsthese vgl. grundlegend *Werner Abelshauser*, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975. Die Rekonstruktionsthese wird auch gestützt von *Tamás Vonyó*, *The economic consequences of the War. West Germany's growth miracle after 1945*, Cambridge 2018. Für einen Überblick über die Forschungsdebatte vgl. *Ludger Lindlar*, *Das mißverständene Wirtschaftswunder*, Tübingen 1997.

Gegensatz zur Labour Party, die als Regierungspartei die Grundlagen für die keynesianische Nachkriegsordnung geschaffen hatte, war die SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit Oppositionspartei, die ihren »Weg zur Staatspartei«¹⁹² über 20 Jahre gehen musste, ehe sie 1966 als kleinere Regierungspartei in die Große Koalition mit der Union eintrat.

Mit der erfolgreichen Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft musste sich die SPD zunächst von ihrem unmittelbar nach dem Krieg ausgerufenen Ziel des »Sozialismus als Gegenwartsaufgabe« verabschieden. Unter Kurt Schumacher, der die programmatisch-politischen Perspektiven der Nachkriegs-SPD zunächst formte, war die SPD noch maßgeblich vom marxistischen Erbe geprägt.¹⁹³ Mit Blick auf den Stellenwert des Keynesianismus in der deutschen Sozialdemokratie der frühen Nachkriegszeit wird gelegentlich konstatiert, dass die keynesianische politische Ökonomie mit der ihr inhärenten indirekten staatlichen Kontrolle des Marktes schon zu Beginn der 1950er-Jahre »den Kern der wirtschaftspolitischen Alternative der SPD« ausgemacht habe.¹⁹⁴ In der Tat waren keynesianische Vorstellungen bei der SPD nahestehenden Wissenschaftlern wie Richard Löwenthal und auch bei Wirtschaftstheoretikern innerhalb der Partei wie Viktor Agartz schon in den 1940er-Jahren zu finden. Wie Oliver Nachtwey betont hat, handelte es sich dabei aber um »Hybridformen aus Marxismus und Keynesianismus«, die eine gänzlich andere Qualität hatten, als der Keynesianismus der Revisionisten in der britischen Labour Party oder der später von Karl Schiller durchgesetzte marktwirtschaftliche Keynesianismus.¹⁹⁵ In den frühen wirtschaftspolitischen Dokumenten wie den »Leitsätzen zum Wirtschaftsprogramm der sozialdemokratischen Partei« von 1947 oder in »Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik« aus dem Jahr

¹⁹² Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*, Bonn 1996 (zuerst 1982).

¹⁹³ Für Schumacher, der eine lange Zeit im KZ verbracht hatte, repräsentierte die SPD das »andere Deutschland«. Aus der antifaschistischen und sozialistischen Integrität der Sozialdemokratie leitete er einen Führungsanspruch seiner Partei im Nachkriegsdeutschland ab. Der Aufbau des in Ruinen liegenden, kriegszerstörten Deutschland könne und dürfe dabei sowohl aus Gründen der Effektivität als auch der Gerechtigkeit nicht nach den Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaft erfolgen. Schumacher forderte »die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach den Grundsätzen volkswirtschaftlicher Planung.« Kurt Schumacher, Was wollen die Sozialdemokraten? Neubau nicht Wiederaufbau!, Rede vom 27. 10. 1945 in Kiel, in: *Susanne Miller*, *Die SPD vor und nach Godesberg*, Bonn 1974, S. 75–85, hier S. 75. Zu Kurt Schumacher und seiner Bedeutung für die SPD und die Neuordnung Deutschlands vgl. grundlegend *Peter Merseburger*, *Der Schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, 3. Aufl., Berlin 1997; *Ders.*, *Kurt Schumacher: Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat*, München 2010 sowie *Dieter Dowe* (Hrsg.), *Kurt Schumacher und der »Neubau« der deutschen Sozialdemokratie nach 1945*, Bonn/Bad Godesberg 1996.

¹⁹⁴ Vgl. *Abelshäuser*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 163.

¹⁹⁵ Vgl. *Nachtwey*, *Marktsozialdemokratie*, S. 138.

1950 lag der Schwerpunkt noch klar auf der Sozialisierungsidee.¹⁹⁶ »Opposition im Zeichen rigoroser Alternative« – unter dieser Überschrift fasste Kurt Klotzbach die Haltung der in der marxistischen Tradition verharrenden SPD zu der von der CDU etablierten Sozialen Marktwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren zusammen.¹⁹⁷

Mit ihrer Forderung nach einer sozialistischen Neuordnung hatte die SPD zunächst voll im Zeitgeist gestanden. Bereits mit der Bundestagswahl von 1949 war jedoch deutlich geworden, dass eine Mehrheit der Wähler nicht mehr für den Sozialismus zu gewinnen war. In den folgenden Jahren zeigte sich schnell, dass der Kapitalismus in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft am Wiederaufbau des zerstörten Landes nicht scheiterte, sondern ihn sogar gut bewältigte. Dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft hatte die SPD nichts entgegenzusetzen. Sie blieb als Klassenpartei isoliert, konnte nicht in die breite Gesellschaft ausgreifen. Auch das Ergebnis der Bundestagswahl von 1953 war für die nun von Erich Ollenhauer geführte SPD ernüchternd. In dieser Situation drängten mehr und mehr pragmatisch orientierte Reformer in einflussreiche Positionen, die eine programmatische Neuausrichtung der Partei und ihre Öffnung für breitere soziale Gruppen forderten. Mit Persönlichkeiten wie Heinrich Deist, Willi Eichler, Carlo Schmid, Waldemar von Knoeringen oder Karl Schiller begab sich die SPD auf den Weg einer langen innerparteilichen Auseinandersetzung über die Neuordnung des Verhältnisses von Markt und Staat innerhalb des existierenden kapitalistischen Systems, der im Godesberger Programm von 1959 kulminierte und bis Mitte der 1960er-Jahre zu einer Neuformierung als reformistische Volkspartei führte.¹⁹⁸

Eine zentrale Rolle im Anpassungsprozess der SPD an die von der CDU geschaffene marktwirtschaftliche Ordnung spielte Karl Schiller, der spätere Finanz- und »Superminister Willy Brandts«.¹⁹⁹ »Er war der Erste, für den sozialdemo-

¹⁹⁶ Vgl. ebd.

¹⁹⁷ *Klotzbach*, *Der Weg zur Staatspartei*, S. 131.

¹⁹⁸ Zu dieser Neuformierung der SPD vgl. grundlegend *Klotzbach*, *Der Weg zur Staatspartei*; *Helga Grebing*, *Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland*, Teil II, in: Dies. (Hrsg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – katholische Soziallehre – protestantische Sozialethik*. Ein Handbuch, 2. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 353–595; *Dies.*, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2007; *Susanne Miller/Heinrich Pothoff*, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–2002*, 8. aktualisierte und erw. Aufl., Bonn 2002; *Franz Walter*, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002; *Peter Lösche/Franz Walter*, *Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992.

¹⁹⁹ *Torben Lütjen*, *Karl Schiller (1911–1994). »Superminister« Willy Brandts*, 2. Aufl., Bonn 2008.

kratische Wirtschaftspolitik und Keynesianismus völlig identisch waren.«²⁰⁰ Der von Schiller vorangetriebene Paradigmenwechsel bestand dabei nicht nur in der Übernahme keynesianischer Annahmen, sondern gerade in der gleichzeitigen Annäherung an den wirtschaftlichen Liberalismus deutscher Prägung, den Ordoliberalismus.²⁰¹ Als Hamburger Wirtschaftssenator hatte er 1951 seine »Wirtschaftspolitischen Leitsätze« vorgestellt. Darin legte Schiller ein grundsätzliches Bekenntnis zur Leistungsfähigkeit des freien Preismechanismus ab, was nichts anderes als die Annahme des Kernelements jeder freien Marktwirtschaft bedeutete.²⁰² Die nicht nur von Sozialdemokraten Anfang der 1950er-Jahre geforderten Preisstopps zur Einschränkung der Preissteigerungen lehnte er mit dem Argument ab, dass damit der »marktmäßige Angleichungsprozess der Preise nur verhindert und ein »eingefrorenes Preissystem« nur zur Verzerrungen im gesamtgesellschaftlichen Gefüge« führen würde. Dies bedeutete ein deutliches Bekenntnis zur allokativen Leistungsfähigkeit des Marktes.²⁰³ Für Schiller war dem Wettbewerb als Lenkungsprinzip so viel Raum wie möglich einzuräumen. »Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig«²⁰⁴, lautete die Formel, die den Marktdiskurs der deutschen Sozialdemokratie von nun an bestimmen sollte. Diese Position hatte Schiller in das Dortmunder Aktionsprogramm von 1952 eingebracht. Hier zeichnete sich die Anpassung der SPD an die marktwirtschaftliche Nachkriegsordnung ab. Mit dem Bekenntnis zum Leistungswettbewerb, zur Monopolkontrolle sowie zur Rolle des Staates als ordnungspolitischer Rahmengeber enthielt das Programm zentrale Elemente der Sozialen Marktwirtschaft.

Die sich von nun an in der SPD durchsetzende Marktsemantik stellte keine Hybridform aus Keynesianismus und Marxismus mehr dar, sondern speiste sich aus jenem von Schiller verfochtenen Keynesianismus der »neoklassischen Synthese«.²⁰⁵ Was die Rolle des Staates betrifft, stand sie aber gleichfalls im Gegensatz zur ordoliberalen Theorie und zur bisherigen Praxis der Sozialen Marktwirtschaft. Mittels »Rahmenplanung« und »Globalsteuerung« sollte der Staat eine inter-

²⁰⁰ Michael Held, Sozialdemokratie und Keynesianismus. Von der Weltwirtschaftskrise zum Godesberger Programm, Frankfurt am Main 1982, S. 220.

²⁰¹ Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 140.

²⁰² Karl Schiller, Wirtschaftspolitische Leitsätze (1951), in: Aufgaben und Versuche. Zur neuen Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft, Hamburg 1953, S. 105–117, hier S. 113.

²⁰³ Vgl. Held, Sozialdemokratie und Keynesianismus, S. 241.

²⁰⁴ Die Formel gebrauchte Schiller erstmals auf einer Tagung in Bochum im Februar 1953, zit. nach: Walter Euchner/Helga Grebing/Peter Langhorst u. a., Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – katholische Soziallehre – protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, 2. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 419. Die Wendung fand schließlich Eingang ins Godesberger Programm der SPD von 1959, mit welchem sie gemeinhin assoziiert wird. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bad Godesberg, 13.–15. November 1959, hrsg. vom Vorstand der SPD, Köln 1959, S. 14.

²⁰⁵ Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 139.

ventionistische, makrosteuernde Stabilitätspolitik betreiben. Der Unterschied zur ordoliberalen Ordnungspolitik bestand also in der Versöhnung von »Markt« und einer weitreichenden (indirekten) staatlichen »Planung«. Von den Ordoliberalen der Freiburger Schule unterschied sich Schiller zudem in seinem »instrumentellen« Verständnis von Wettbewerb: »Der Leistungswettbewerb ist für uns ein wirtschaftspolitisches Instrument. [...] Für den Liberalismus ist der Wettbewerb kein Instrument, sondern ein Ziel. Für uns ist er ein Teil unseres Werkzeugkastens.«²⁰⁶ In dieser Unterordnung von »Markt« und »Wettbewerb« unter ein höher gelagertes Ziel bestand aber gleichzeitig eine Parallele zum »funktionalen« Verständnis der Marktwirtschaft von Müller-Armack. Im Müller-Armack'schen Verständnis von Marktwirtschaft war mithin die Voraussetzung dafür angelegt, dass das Paradigma »Markt-Staat-Plan«, das in der kurzen »keynesianische Revolution« in der Bundesrepublik mit der Großen Koalition ab 1966 handlungsleitend für die Regierungspolitik werden sollte, durchaus im Sinne einer Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft, als ein Schritt zu ihrer Vervollkommnung und nicht als Abkehr von ihr verstanden werden konnte.²⁰⁷

Der sich seit den 1950er-Jahren in der SPD vollziehende Anpassungsprozess an die marktwirtschaftliche Nachkriegsordnung wurde in einem neuen Grundsatzprogramm programmatisch festgeschrieben. Das Godesberger Programm von 1959 markierte eine historische Wende – nicht, weil die SPD damit plötzlich und überraschend mit ihrer Tradition gebrochen hätte. Wie angedeutet wurde, war Godesberg die Kodifizierung einer programmatischen und strategischen Neuausrichtung der Partei, die bereits Anfang der 1950er-Jahre begonnen hatte. Gerade mit Blick auf die britische Labour Party liegt die Bedeutung des Programms aber zweifellos in der programmatischen Fixierung des sozialdemokratischen Bekenntnisses zur Marktwirtschaft. Mit Godesberg legte sich die SPD grundsatzprogrammatisch auf die neue Parteitradition einer reformistischen Volkspartei fest²⁰⁸, während die Labour-Revisionisten mit ihrem Versuch, die *Clause IV* abzuschaffen, scheiterten. Obgleich sich die SPD in Godesberg nicht vom Sozialismus verabschiedete, sondern nur von ihrem marxistischen Erbe, hatte sich die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem klaren Bekenntnis zum Markt doch eindeutige Grenzen gesetzt, auf welchem Weg der Sozialismus zu erreichen sei. Das Godesberger Programm bejaht ausdrücklich den Markt und das Privateigentum an Produk-

²⁰⁶ Karl Schiller auf dem SPD-Parteitag in Berlin, 20.–24. Juli 1954, zit. nach: *Euchner/Grebing/Langhorst* u. a., *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, S. 420.

²⁰⁷ Vgl. *Kielmansegg*, *Das geteilte Land*, S. 446.

²⁰⁸ Zum Godesberger Programm vgl. grundlegend *Grebing*, *Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland*, S. 353–595; *Dies.*, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*; *Müller/Potthoff*, *Kleine Geschichte der SPD*; *Walter*, *Die SPD*; *Lösche/Walter*; *Klotzbach*, *Der Weg zur Staatspartei*.

tionsmitteln. Die marxistische Vorstellung von einem sozialistischen »Endziel« wurde implizit zurückgewiesen durch die Feststellung, der Sozialismus sei »eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.«²⁰⁹ Der bis dahin oft isoliert gebrauchte Begriff »Sozialismus« wurde mit dem hochgradig positiv konnotierten Wort »demokratisch« verbunden; »demokratischer Sozialismus« avancierte – trotz des unzweideutigen Bekenntnisses zur marktwirtschaftlichen Ordnung – im Godesberger Programm zum »programmatischen Fahnenwort«.²¹⁰ Im Unterschied zu den vorherigen, marxistisch begründeten Grundsatzprogrammen bilden die Grundwerte »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« den sozialphilosophischen Ausgangspunkt des Godesberger Programms.²¹¹ »Gerechtigkeit« zielte auf eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, für die »stetiger Wirtschaftsaufschwung«²¹² erforderlich sei. In der Koppelung der Politik der sozialen Gerechtigkeit an die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums offenbart sich der Entstehungskontext des Programms, das während der Zeit des »Wirtschaftswunders« verfasst wurde: »Die Verfasser glauben im Grunde nicht an die Möglichkeit ernsthafter konjunktureller Rückschläge«, monierte Peter von Oertzen.²¹³ In der Tat sollte sich diese Koppelung in den 1970er-Jahren als problematisch erweisen.

In den im Godesberger Programm enthaltenen Forderungen nach einer »vorausschauenden« Konjunkturpolitik und Methoden der »mittelbaren« Steuerung kam schließlich das politische Paradigma der keynesianischen Sozialdemokratie zum Ausdruck, welches das »kurze Goldene Zeitalter der SPD«²¹⁴ von 1966 bis 1972 prägen sollte. Diese Jahre bildeten gleichzeitig die Hochphase des Keynesianismus in der Bundesrepublik. Es sollte bis zur Bildung der Großen Koalition im Jahr 1966 dauern, ehe das keynesianische Ordnungsmodell auch für die deutschen Parteien handlungsleitend wurde. Das Paradigma »Markt-Staat-Plan« bestimmte damit erst zu einem viel späteren Zeitpunkt den Marktdiskurs der westdeutschen Nachkriegsordnung, als dies in Großbritannien der Fall gewesen

²⁰⁹ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bad Godesberg, 13.–15. November 1959, S. 7.

²¹⁰ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 51.

²¹¹ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bad Godesberg, 13.–15. November 1959, S. 7.

²¹² Ebd., S. 13 f.

²¹³ Peter von Oertzen, zit. nach: *Grebing*, Ideengeschichte des Sozialismus, S. 450. Von Oertzen stimmte schließlich gegen das Godesberger Programm, mit der Begründung, die Reformperspektive sei zu wenig durchdacht. Vgl. *Peter von Oertzen*, Wegmarke Godesberg (zuerst 1959), abgedr. in: Hermann Weber (Hrsg.), *Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848–1990*, Berlin 1990, S. 236–240. Neben von Oertzen war Wolfgang Abendroth, der sich scharf gegen eine Abwendung vom Marxismus wandte, der wichtigste Kritiker des Godesberger Programms.

²¹⁴ *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 144.

war. Im internationalen Vergleich wurden staatliche »Planung« und »politische Steuerung« in der Bundesrepublik spät zu zentralen Topoi des politischen Denkens und prägend für die wünschenswerte Vorstellung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat. Michael Ruck hat darauf hingewiesen, dass der westdeutsche »Planungsboom« gerade erst voll durchschlug, als man in der angelsächsischen Welt bereits erste kritische Schlussfolgerungen aus den ernüchternden Erfahrungen mit der Planungspraxis gezogen hatte.²¹⁵

Die Dominanz des Ordoliberalismus und die in Anbetracht des »Wirtschaftswunders« augenscheinlich erfolgreiche Politik der Sozialen Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung machten, so könnte man argumentieren, eine Umorientierung hin zu keynesianischen Planungs- und Steuerungsinstrumenten schwieriger beziehungsweise weniger notwendig. Demgegenüber hatte sich die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Prosperität planvoll organisiert werden müsse, in den angelsächsischen Ländern angesichts der dort grassierenden (relativen) Wachstumsschwäche bereits früher durchgesetzt – auch auf der Ebene der operativen Wirtschaftspolitik.²¹⁶ Die im internationalen Vergleich gering ausgeprägte Akzeptanz keynesianischer Ideen in Westdeutschland ist zudem auf Pfadabhängigkeiten des deutschen sozioökonomischen Ordnungsmodells zurückgeführt worden, die ins späte 19. Jahrhundert zurückreichen.²¹⁷ Georg Altmann hat mit Blick auf die Neuausrichtung der westdeutschen Wirtschaftspolitik durch das Stabilitätsgesetz von 1967 der These eines scharfen Wandels von einer liberalen Wirtschaftspolitik Erhard'scher zu einer keynesianischen Schiller'scher Prägung widersprochen und stattdessen deutlich gemacht, dass die hohen Erwartungen, die in der Bundesrepublik für eine kurze Zeit in die Planbarkeit der Wirtschaft gesteckt wurden, eher einer allgemeinen wissenschafts- und zukunftsorientierten Planungseuphorie

²¹⁵ Vgl. *Michael Ruck*, Westdeutsche Planungsdiskurse und Planungspraxis der 1960er Jahre im internationalen Kontext, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate, (Hrsg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 289–325, hier S. 291.

²¹⁶ Vgl. ebd., S. 307.

²¹⁷ Christopher Allen führt die auffällende Unterrepräsentanz keynesianischer Ideen in der westdeutschen Nachkriegsordnung auf drei Erbschaften aus der Zeit der Industrialisierung zurück, an die nach 1945 angeknüpft worden sei: Die Unterordnung der Nachfrageseite unter einen angebotspolitischen und auf Industriekapital konzentrierten Ansatz, das Bismarck'sche Sozialstaatsmodell, das früh den Beweis erbracht habe, das »Markt« und Sozialstaat zusammengehen konnten, sowie die spezifisch deutsche Tradition eines organisierten Kapitalismus, die zusätzliche staatliche Koordinierung weniger notwendig gemacht habe. Vgl. *Christopher A. Allen*, *The Underdevelopment of Keynesianism in the Federal Republic of Germany*, in: Peter A. Hall (Hrsg.), *The political power of economic ideas. Keynesianism across nations*, Princeton, NJ 1989, S. 263–289.

entsprangen als einem wirtschaftstheoretischen und -politischen Paradigmenwechsel.²¹⁸

Das gesellschaftspolitische Klima hatte sich in der Bundesrepublik in den 1960er-Jahren verschoben. Seit Beginn der 1960er-Jahre erreichte der Wohlstand auf der Grundlage des »Wirtschaftswunders« der 1950er-Jahre breite Bevölkerungsschichten. Der Massenkonsum setzte ein, das fordistische Produktionsregime schien zum dauerhaften Ordnungsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft geworden zu sein.²¹⁹ In den »langen 1960er-Jahren« endete die Nachkriegszeit, Lebensstile und materielle Erwartungen änderten sich und es breitete sich ein Gefühl von Sicherheit und Zukunftsgewissheit aus.²²⁰ Gleichzeitig erforderte qualitatives Wachstum technische Modernisierung, Automatisierung und Effizienzsteigerung. Damit hing ein Wandel vom Verständnis der Aufgaben von Politik zusammen: Die Politik begriff Reform und die Planung des Fortschritts als ihre Hauptaufgabe, die nicht den Interessengruppen und Verbänden überlassen werden durfte, sondern eben politisch zu bewältigen war.²²¹ Es kam nun auch in der Bundesrepublik zur Enttabuisierung und Entideologisierung des Planungsbegriffs, der vor dem Hintergrund der NS-Herrschaft (Vierjahresplan) und der kommunistischen Planwirtschaft (insbesondere in der DDR) lange politisch diskreditiert gewesen war.²²²

Die Hinwendung zum keynesianischen Instrumentarium vollzog sich in der Zeit der Großen Koalition.²²³ Sie war gleichzeitig eine Reaktion auf den bis dahin schärfsten Konjunkturbruch der Nachkriegsperiode. Die erste Wirtschaftskrise der Jahre 1966/67 und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosigkeit traf die bundesrepublikanische Gesellschaft unvorbereitet. Sie stellte die erste regierungs-

²¹⁸ Vgl. *Georg Altmann*, Planung in der Marktwirtschaft? Zur Neuausrichtung der westdeutschen Wirtschaftspolitik durch das Stabilitätsgesetz von 1967, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 31–42.

²¹⁹ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 21.

²²⁰ Vgl. ebd. Zur Kontur und historischen Einordnung der 1960er-Jahre in Deutschland vgl. grundlegend *Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl C. Lammers* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

²²¹ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 22.

²²² Zu dieser Verschiebung im westdeutschen Planungsdiskurs vgl. *Ruck*, Westdeutsche Planungsdiskurse; *Ders.*, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: *Schildt/Siegfried/Lammers* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*, S. 326–401 sowie *Altmann*, Planung in der Marktwirtschaft?

²²³ Zur Politik der Großen Koalition vgl. *Joachim Samuel Eichhorn*, Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966–1969), München 2009; die Kanzlerjahre Ludwig Erhards einbeziehend zuvor schon *Klaus Hildebrand*, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984.

politische Bewährungsprobe für die SPD dar, die als kleinerer Partner in eine Koalition mit der CDU/CSU eingetreten war.²²⁴ Im Mai 1967 verabschiedete die Koalition das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft«, das von Wirtschaftsminister Karl Schiller maßgeblich mitausgearbeitet worden war. Das Stabilitätsgesetz verpflichtete die Bundesregierung, in Abstimmung mit den Ländern und den Gemeinden aktiv in die Steuerung der Konjunkturentwicklung einzugreifen und die Wirtschaftsentwicklung durch eine mittelfristige Finanzplanung ausgeglichener zu gestalten.²²⁵

Ziel dieses gesamtwirtschaftlichen Normierungsversuchs war es, im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung Preisstabilität und Vollbeschäftigung, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum zu sichern – die Elemente des »magischen Vierecks«. Der Staat übernahm in der Zeit der Großen Koalition eine Mitverantwortung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und entschloss sich, stärker als zuvor in die marktwirtschaftlichen Prozesse einzugreifen und das bis dahin dominierende Ziel der Geldwertstabilität durch beschäftigungspolitische und außenwirtschaftliche Maximen zu ergänzen.²²⁶ Dabei herrschte zwischen beiden großen Volksparteien Konsens darüber, dass der Staat eine aktivere Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben hatte.²²⁷ Obwohl sich die Christdemokraten weniger direkt auf Keynes bezogen als die sozialdemokratischen Politiker der Großen Koalition, gab es auch in den Reihen der CDU Anhänger des Keynesianismus. Mit Genugtuung stellte ein Diskussionsredner auf dem CDU-Bundesparteitag in 1964 fest, »dass das Wort ›Planung‹ hier keinen Schock ausgelöst hat.«²²⁸ Wie bereits angedeutet, war in der noch jungen christdemokratischen Parteitradition durchaus die Möglichkeit angelegt, die Anwendung des keynesianischen Instrumentariums als einen Schritt zur Vervollkommnung der Sozialen Marktwirtschaft und nicht als Abkehr von ihr darzustellen.²²⁹

²²⁴ Zur SPD in der Großen Koalition von 1966 bis 1969 vgl. *Klaus Schönhoven*, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 2004.

²²⁵ Vgl. auch *Altmann*, *Planung in der Marktwirtschaft?*.

²²⁶ Vgl. ebd., S. 141 f.; *Abelshauser*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 410.

²²⁷ Vgl. *Eckart Conze*, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 364.

²²⁸ *Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 12. Bundesparteitag in Hannover, 14.–17. 3. 1964, Bonn 1964, S. 360.

²²⁹ Die Adaption des Keynesianismus im christdemokratischen Marktdiskurs der 1960er-Jahre kam im Berliner Programm der Partei des Jahres 1968 zum Ausdruck. »Dauerhafte Stabilität und stetiges Wirtschaftswachstum«, war dort formuliert worden, »machen eine ständige Abstimmung von wirtschafts-, sozial-, finanz- und einkommenspolitischen Entscheidungen notwendig. Bund, Länder und Gemeinden, die Bundesbank und die großen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens sollen sich über die Grundlinien ihres Verhaltens unterrichten. Vor allem die öffentliche Hand muß zu einer gleichgewichtigen und von konjunkturellen Stö-

Mit der Hinwendung der Großen Koalition zur keynesianischen Globalsteuerung wurde das Paradigma »Markt-Staat-Plan« auch in der Bundesrepublik handlungsleitend. Es verfestigte sich der Glaube, dass Fortschritt durch wissenschaftliche Expertise planbar und steuerbar sei. Dies war gleichzeitig eine Hochzeit der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Politikberatung.²³⁰ Damit einher ging auch der Rückgriff auf korporatistische Formen der wirtschaftspolitischen Planung und Steuerung. In seiner Regierungserklärung hatte Kurt Georg Kiesinger angekündigt, durch Orientierungsdaten die Tarifpartner in die Wirtschaftspolitik des Kabinetts einzubinden und ihnen die Möglichkeit zur Mitsprache und Mitgestaltung zu geben. Der DGB hatte sich schon vor Bildung der Großen Koalition für eine dreiseitige Kooperation zwischen Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausgesprochen und war dabei der Anregung des Sachverständigenrates gefolgt, der diese »konzertierte Aktion« in seinem Jahresgutachten von 1965/66 vorgeschlagen hatte.²³¹ Mit ihrer tripartistischen Konzertierung knüpfte die Große Koalition an die korporatistische Politiktradition der Weimarer Republik an.²³² Die zunehmende Einbindung der Gewerkschaften in staatliche Regulierungsbemühungen verlief dabei jedoch keineswegs konfliktfrei.²³³ Letztlich entsprachen die mit der »konzertierten Aktion« einhergehenden Lohnleitlinien den Einschränkungen des *free collective bargaining* im Zuge der lohnpolitischen Bemühungen in Großbritannien und stellten somit einen Eingriff in die gewerkschaftliche Kompetenz der Aushandlung von Lohnabschlüssen dar.

Die »konzertierte Aktion« wäre aber in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte wohl nicht so prominent in Erinnerung geblieben und – wie später zu zeigen sein wird – von den parteipolitischen Akteuren im Großbritannien der 1970er-Jahre nicht als Modell zur Lösung des Problems der Arbeitsbeziehungen rezipiert worden, wäre sie zunächst nicht überaus erfolgreich gewesen. Die hohen Wachstumsraten der Jahre 1968/69, der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter ein Prozent sowie eine Inflationsrate, die mit 2,8 Prozent auf dem Niveau der 1950er-Jahre lag, stärkten den Glauben an keynesianische Globalsteuer-

rungen freien Entwicklung der Gesamtwirtschaft beitragen; sie soll im Rahmen einer gemeinsamen Finanzplanung die notwendigen öffentlichen Investitionen ermöglichen, durch Kreditilgung, Rücklagenbildung oder verstärkte Kreditaufnahme zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen und die notwendigen Strukturwandlungen unterstützen.« Vgl. Berliner Programm der CDU, 1968, 1. Fassung, Ziffer 58., in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 22059.

²³⁰ Vgl. *Alexander Nützenadel*, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005.

²³¹ Vgl. *Schönhoven*, Wendejahre, S. 137 f.

²³² Vgl. dazu *Wolfgang Schroeder*, »Konzertierte Aktion« und »Bündnis für Arbeit«: Zwei Varianten des deutschen Korporatismus, in: Annette Zimmer/Bernhard Wessels (Hrsg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen 2001, S. 29–54.

²³³ Vgl. dazu *Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 329 ff.

rung und tripartistischen Interessenausgleich. Obwohl die »konzertierte Aktion« bereits ab 1969 an ihre Grenzen stieß und Verteilungskonflikte zunehmend schwerer am Verhandlungstisch gelöst werden konnten, fiel die Bilanz der Großen Koalition auf dem Feld der Arbeitsbeziehungen insgesamt positiv aus. Während sich die Gewerkschaften in Lohnzurückhaltung übten, erfuhren sie im Gegenzug eine Aufwertung ihres sozialen und politischen Status. Die »konzertierte Aktion« war zudem gekoppelt an sozialpolitische Zugeständnisse wie die Erhöhung von Arbeitslosengeld und -hilfe oder die Einführung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik durch verbesserte Arbeitsvermittlung, Umschulungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen, die mit dem 1969 verabschiedeten Arbeitsförderungsgesetz eingeführt wurden.²³⁴

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Großen Koalition zeichneten sich bereits wichtige Linien der sozial-liberalen Koalition unter Führung der SPD ab.²³⁵ Mehr noch als der Großen Koalition ging es der von Willy Brandt geführten Regierung ab 1969 nicht nur um keynesianische Wirtschaftspolitik, sondern um eine umfassende Gesellschaftspolitik mit dem Ziel gesamtgesellschaftlicher Modernisierung.²³⁶ In diesem reformeuphorischen Klima war der Staat für die öffentliche Wohlfahrt und die Sicherung der Vollbeschäftigung zuständig. Im »kurzen Traum immerwährender Prosperität«²³⁷ schien ein kontinuierlicher Fortschritt planbar und politisch umsetzbar zu sein. Der Reformgeist und der Wille zur Modernisierung bauten dabei auf die Stabilität und Leistungsfähigkeit der ökonomischen Strukturen der Nachkriegsordnung auf. In der Zeit von 1969 bis 1975 erfolgte in der Bundesrepublik die größte Beschleunigung sozialstaatlicher Expansion.²³⁸ Der Glaube an die Planbarkeit des Fortschritts war gerade an einem Höhepunkt angelangt, als die Grundlagen der Nachkriegsordnung mit der Krise 1973/74 erstmals erschüttert wurden.

²³⁴ Vgl. *Abelshauer*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 200.

²³⁵ Vgl. *Schönhoven*, Wendejahre, S. 330–379 und S. 643–665.

²³⁶ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 27–30.

²³⁷ *Burkart Lutz*, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York 1989.

²³⁸ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 29. Vgl. grundlegend *Hockerts*, Der deutsche Sozialstaat, S. 181–203; *Manfred G. Schmidt*, Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 3. vollst. überarb. und erw. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 91–98.

3. Nachkriegsordnungen und Marktdiskurse – Zwischenfazit

In beiden Vergleichsländern hatte sich nach 1945 ein »gezähmter Kapitalismus« durchgesetzt. Sowohl in Großbritannien als auch in Westdeutschland wurde das keynesianische Paradigma »Markt-Staat-Plan« bis zum Ende der 1960er-Jahre handlungsleitend. Dies setzte eine politische Umorientierung beider Parteifamilien, sowohl der konservativen beziehungsweise christdemokratischen als auch der sozialdemokratischen beziehungsweise sozialistischen voraus: In der Labour Party und der deutschen Sozialdemokratie hatten sich seit Anfang der 1950er-Jahre reformistische Strömungen durchgesetzt, die fortan den innerparteilichen Marktdiskurs bestimmten. In der Tory-Partei etablierte sich eine progressive Spielart des Konservatismus, die sich aus der Tradition des *One-Nation-Conservatism* heraus gegen einen ungezügelteren Kapitalismus wandte und den keynesianischen Nachkriegskonsens auf der Grundlage einer gemischten Wirtschaftsordnung mitgestaltete. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Weichen wurden in der Bundesrepublik von der CDU in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft gestellt, die konzeptionell den Vorgaben ihrer ordoliberalen Vordenker folgte, in ihrer praktischen Ausgestaltung sowie in ihrer semantischen Ambivalenz aber über die ordoliberale Tradition hinausging und sich schließlich in der Großen Koalition ab 1966 als anschlussfähig für die Übernahme keynesianischer Annahmen erwies. Insofern hatte mit dem durch Reformen »gezähmten« Kapitalismus der Nachkriegszeit, wie Eric Hobsbawm betont, »eine Art Vermählung des wirtschaftlichen Liberalismus mit der Sozialdemokratie« stattgefunden.²³⁹ Das »konsensliberale«, auf einer Aufgabenteilung zwischen Markt und Staat basierende Ordnungsmodell wurde in den Vergleichsländern von allen Parteien getragen. Damit einher ging ein insgesamt positives Staatsverständnis, das auf dem weithin geteilten Glauben beruhte, ein durch staatliche Eingriffe regulierter und geplanter Kapitalismus könne den Anforderungen der entwickelten Industriegesellschaft besser gerecht werden, als der schrankenlose Markt. Das auf dem Paradigma »Markt-Staat-Plan« beruhende Ordnungsmodell kennzeichnete in unterschiedlichem Tempo und in differierenden Ausprägungen die Marktdiskurse der britischen und westdeutschen Nachkriegsordnung bis Ende der 1960er-Jahre und bildet damit den »Status quo ante« der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie der 1970er-Jahre.

Mit Blick auf die Unterschiedlichkeit der Entwicklungen der konservativen und der christdemokratischen Marktdiskurse in den 1970er-Jahren müssen jedoch die jeweils spezifischen Ausprägungen des »Konsensliberalismus« in der Bundes-

²³⁹ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, 7. Aufl., München 2004, S. 340.

republik einerseits und Großbritannien andererseits festgehalten werden. Eine die (west)deutsche und die britische Nachkriegsordnung in ihren Grundzügen vergleichende Betrachtung fördert Unterschiede zutage, die mit der allgemeinen Charakterisierung der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften als »konsensliberal« aus dem Blickfeld geraten. Mit Blick auf das Konzept des »Konsensliberalismus« ist mit Recht die schwammige, bisweilen widersprüchliche Begrifflichkeit kritisiert worden, die ihre Ursache vor allem in den unterschiedlichen Semantiken des Liberalismus-Begriffs in den USA einerseits und in Deutschland (sowie in Westeuropa insgesamt) andererseits hat.²⁴⁰ Durch diese begriffliche Unschärfe geraten mit dem Begriff »Konsensliberalismus« leicht genuin nicht-liberale Bewegungen aus dem Blickfeld.²⁴¹ Für die Herausbildung der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung war aber gerade eine spezifische Gemengelage aus liberalen und nicht-liberalen Denk- und Begriffstraditionen entscheidend: Ordoliberalismus einerseits, christliche Soziallehre andererseits. Während man mit Blick auf die unmittelbare (west)deutsche Nachkriegsentwicklung mit Recht die Wirkmächtigkeit christdemokratischer Ideen herausstellen kann²⁴², wurden im

²⁴⁰ Wie Ariane Leendertz jüngst betont hat, werden diese unterschiedlichen Semantiken des Liberalismus-Begriffs nicht auseinander gehalten. In der amerikanischen Ideen- und Politikgeschichte bezeichnet *liberal* seit den 1930er-Jahren eine Begriffstradition, die sich aus reformliberalen, progressiven, sozialdemokratischen, keynesianischen und technokratischen Elementen speist. Das amerikanische *liberal* bezeichnet somit gerade keine wirtschaftsliberale, sondern eine etatistische Denktradition. Der amerikanische Interventionsstaat, die Ausbreitung des Planungsdenkens der 1960er-Jahre und die Reformagenda der Great Society gelten dementsprechend in der amerikanischen Geschichtsschreibung als Hochphase des *liberalism*. Der amerikanische Liberalismus-Begriff war das Resultat einer erfolgreichen Neubesetzung des Begriffs durch die *New Deal*-Demokraten um Franklin D. Roosevelt, denen es angesichts der Weltwirtschaftskrise gelang, ihn den Republikanern zu entreißen und mit einer progressiv-etatistischen Bedeutung zu belegen. Diese Semantik, die dezidiert gegen den *Laissez-faire*-Liberalismus der republikanischen *New Deal*-Gegner gerichtet war, umfasste einen aktiv in die Marktprozesse eingreifenden Staat, die Garantie sozialer Sicherheit sowie die ökonomische und staatsbürgerliche Freiheit aller Gesellschaftsschichten. vgl. *Ariane Leendertz*, *Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens*, oder: *Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben?*, in: *VfZ* 65, 2017, S. 191–217, hier S. 205–207.

²⁴¹ Vgl. ebd., S. 200.

²⁴² In Anlehnung an Martin Conway hat der Ideenhistoriker Jan-Werner Müller die These entwickelt, ein Konglomerat christdemokratischer Ideen habe als »wichtigste ideologische Innovation« (S. 219) die politische Kultur im Nachkriegseuropa maßgeblich beeinflusst. Diese These kann für Westdeutschland, Italien, Frankreich und die Benelux-Länder Plausibilität beanspruchen. Mit Blick auf andere westliche Industrienationen, vor allem Großbritannien und auch die USA, vernachlässigt Müllers These von der christdemokratischen Dominanz allerdings die Bedeutung konsensliberaler Ordnungsmuster. Keynesianische beziehungsweise sozialdemokratische Ideen spielten nach 1945 eine zentrale Rolle, wie nicht zuletzt die britische Nachkriegsentwicklung zeigt. Vgl. *Jan-Werner Müller*, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013 (zuerst engl.: *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven 2011); *Martin Conway*, *The Rise*

Zuge der Herausbildung des britischen *post-war consensus* gerade sozialistische und sozialdemokratische Annahmen handlungsleitend.

Eine weitere Unschärfe des Begriffs »Konsensliberalismus« erwächst aus seiner spezifischen analytischen Stoßrichtung, welche auf die These der »Westernisierung« gerichtet ist. In der Westernisierungsforschung werden die Begriffe »liberal« und »westlich« gleichgesetzt, geht es doch darum, den Triumph des »liberalen Westens« über seine (antiliberalen) faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Gegner herauszuarbeiten.²⁴³ Eine solche Lesart reduziert den Begriff des »Westens« aber auf eine rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Ordnung, Leitbegriffe sind allein Marktwirtschaft und Demokratie. Wie jüngst völlig zu Recht moniert worden ist, lässt sich mit dieser Definition aber nicht nur das Ordnungsmodell des »Konsensliberalismus« nach 1945 fassen, sondern auch die sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts – in westlichen Industriestaaten allerdings in unterschiedlichen Ausmaßen – herausbildende »neoliberalen« Ordnung²⁴⁴, die gerade auf der Zurückdrängung der »konsensliberalen« Annahmen basierte und etwas qualitativ Neues schuf, das dezidiert gegen Konsens, Planung, Etatismus und gesellschaftlichen Ausgleich gerichtet war.

Worauf es aber in diesem Zusammenhang vor allem ankommt: Die mit einem undifferenzierten »Konsensliberalismus«-Begriff schwerlich zu beschreibenden, jeweils spezifischen Ausprägungen der Nachkriegsordnungen Großbritanniens und der Bundesrepublik bildeten unterschiedliche Diskurskontexte, die die Aushandlungsprozesse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie über das wünschenswerte Verhältnis von Markt und Staat in den 1970er-Jahren vorstrukturierten. Aus den Unterschieden in den Nachkriegsordnungen sowie aus den jeweiligen Wirkungsanteilen der Konservativen Partei und der CDU nach 1945 sowie denen ihrer politischen Gegner bei der Herausbildung dieser Ordnungen ergaben sich unterschiedliche Ausgangs- und Rahmenbedingungen, die für eine Erklärung der anschließend zu betrachtenden Entwicklung der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie von zentraler Bedeutung sind. Aus ihnen lassen sich spezifische Pfadabhängigkeiten ihrer Marktdiskurse ableiten, die die innerparteilichen Diskursstrukturen der 1970er-Jahre vorprägten.

and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973, in: *Contemporary European History* 13, 2004, S. 67–88.

²⁴³ Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel*, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: *VfZ* 63, 2014, S. 321–348. Auch Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler erscheinen »westlich« und »liberal« als zwei Seiten derselben Medaille. Vgl. *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008; *Heinrich August Winkler*, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000.

²⁴⁴ Vgl. *Leendertz*, Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, S. 200 f.

Die britische Labour Party hatte mit ihren Reformen der Jahre 1945 bis 1951 als Regierungspartei den Grundstein für den keynesianischen *post-war consensus* gelegt. Sie leitete den Aufbau des britischen Sozialstaats ein und etablierte mit ihrer weitreichenden Sozialisierungspolitik die spezifisch britische Form einer gemischten Wirtschaftsordnung. Seit den 1950er-Jahren erlangten jedoch die Revisionisten die intellektuelle Hegemonie in der Partei. Die vor dem Hintergrund gewandelter ökonomisch-sozialer Umstände vollzogene ideologische Umorientierung sozialistischer Theorie in Richtung eines sozialdemokratischen Reformismus beinhaltete die Vorstellung einer keynesianisch gesteuerten Wirtschaft und hatte zur Folge, dass der Marktdiskurs der Labour Party von nun an am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientiert war. Trotz der revisionistischen Dominanz blieben im Nachkriegsmarktdiskurs der Labour Party die Annahmen des weiterhin starken linken Parteiflügels wirksam, der direkte staatliche Kontrolle durch Nationalisierung als absolut notwendig zur Erreichung des Sozialismus erachtete.

Im Gegensatz zur Labour Party befand sich die SPD in der Nachkriegszeit in der Opposition. Mit der erfolgreichen Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft unter christdemokratischer Vorherrschaft verabschiedete sich die SPD von ihrem unmittelbar nach dem Krieg ausgerufenen Ziel des »Sozialismus als Gegenwartsaufgabe« und begab sich auf den Weg einer langen innerparteilichen Auseinandersetzung über die Neuordnung des Verhältnisses von Markt und Staat, der den klaren Abschied vom Marxismus mit sich brachte und bis Mitte der 1960er-Jahre zu einer Neuformierung als reformistische Volkspartei führte. Wie in der Labour Party hatten sich die Reformer in der Partei durchgesetzt. Im Unterschied zur britischen Schwesterpartei legte sich die deutsche Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm jedoch grundsatzprogrammatisch auf die neue Parteilinie einer reformistischen Volkspartei und damit auf einen marktwirtschaftlichen Kurs fest. Der Paradigmenwechsel, der von Schiller und anderen marktwirtschaftlich orientierten Sozialdemokraten vorangetrieben wurde, bestand in der Übernahme keynesianischer Annahmen bei gleichzeitiger Annäherung an den wirtschaftlichen Liberalismus deutscher Prägung, den Ordoliberalismus. Mit dem Bekenntnis zum Leistungswettbewerb, zur Monopolkontrolle sowie zur Rolle des Staates als ordnungspolitischer Rahmengeber übernahm die SPD zentrale Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Die Formel »Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig« wurde konstitutiv für den Marktdiskurs der deutschen Sozialdemokratie. Ein wichtiger Unterschied zum Ordoliberalismus und zur bisherigen Praxis der Sozialen Marktwirtschaft bestand allerdings in der Versöhnung von »Markt« mit einer weitreichenden (indirekten) staatlichen »Planung«. Mittels »Rahmenplanung« und »Globalsteuerung« sollte der Staat eine interventionistische, makrosteuernde Stabilitätspolitik betreiben.

Das Paradigma »Markt-Staat-Plan« bestimmte schließlich nicht nur den Marktdiskurs der keynesianischen SPD. Vor dem Hintergrund eines sich grundlegend wandelnden gesellschaftspolitischen Klimas wurde es ab 1966 auch für die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition handlungsleitend und prägte mithin auch den Marktdiskurs der CDU am Ende der 1960er-Jahre. Damit griff die deutsche Christdemokratie allerdings erst viel später und für einen viel kürzeren Zeitraum auf das keynesianische Instrumentarium zurück als die britischen Konservativen. War der Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie unmittelbar nach 1945 für eine kurze Zeit von Überlegungen eines christlichen Sozialismus geprägt gewesen, kam es bald zur Zurückdrängung sozialistischer Konzeptionen und zur Durchsetzung einer positiv besetzten Marktbegrifflichkeit. Mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft wurde das ordoliberal Element im christdemokratischen Marktdiskurs etabliert. Aber auch die katholisch-soziale Begriffstradition der neuen Volkspartei blieb im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft verankert.

Während das Paradigma »Markt-Staat-Plan« den Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie erst viel später prägte und nur für einen kurzen Zeitraum handlungsleitend für die Partei wurde, hatten die britischen Konservativen entscheidenden Anteil am keynesianischen Konsens im Großbritannien der 1950er- und 1960er-Jahre. Der seit Ende der 1940er-Jahre die Diskurshegemonie innerhalb der Konservativen Partei erlangende *New Conservatism*, der intellektuell maßgeblich von Richard Austen Butler vorangetrieben und in der Regierungszeit Harold Macmillans handlungsleitend für die konservative Politik wurde, stand in der Kontinuität des *One-Nation-Conservatism*. Mit seiner explizit auf staatliche Koordination und sozialen Ausgleich setzenden Wirtschafts- und Sozialpolitik fügte er sich bruchlos in den keynesianischen Nachkriegskonsens ein und gestaltete ihn gleichfalls mit. Wie im linken Teil des politischen Spektrums der Labour Party hatte es allerdings auch im rechten Flügel der britischen Konservativen weiterhin vom keynesianischen *post-war consensus* abweichende Vorstellungen über den wünschenswerten Zusammenhang von »Markt« und »Staat« gegeben. Vor allem an der konservativen Parteibasis wirkte eine starke Abneigung gegen jegliche Form staatsinterventionistischer Politik während der 1950er- und 1960er-Jahre fort.

Wie zu zeigen sein wird, drangen die in der konservativen Parteitradition angelegten marktradikalen Elemente in dem Moment voll durch, als die Wirkungslosigkeit keynesianischer Instrumente seit Ende der 1960er-Jahre deutlich zutage trat und die britische Nachkriegsordnung ins Wanken geriet. Bevor die Marktdiskurse der CDU und der britischen Konservativen auf der Ebene der Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten betrachtet werden, sollen im folgenden Kapitel zunächst die Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre und die diskursiven Strategien der Krisenerzählung der konservativen und christdemokratischen Akteure behandelt werden. Die britische Nachkriegsordnung in ihrer spezifischen

Ausprägung als keynesianischer *post-war consensus* ist eng mit einem weiteren Interpretament der britischen Nachkriegsgeschichte, nämlich mit dem britischen *decline* (Niedergang), verbunden. Doch die Nachkriegsordnungen der Vergleichsländer wurden im »Krisenjahrzehnt« der 1970er-Jahre in unterschiedlichem Maß in Bedrängnis gebracht, was mit unterschiedlichen Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens einherging.

Zweites Kapitel

Die Krise und ihre Erzählungen

Die erste Ebene der Analyse der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie in den 1970er-Jahren beleuchtet die Krisenhaftigkeit dieser Dekade als spezifischen Diskurskontext der Auseinandersetzungen über das wünschenswerte Verhältnis von Markt und Staat in den Neuausrichtungsprozessen der Mitte-Rechts-Parteien. Dabei geraten unterschiedliche Intensitäten des sozioökonomischen Strukturwandels sowie strukturell differierende Diskurskontexte und Krisenwahrnehmungen in den Vergleichsländern ins Blickfeld. Ausgehend von der in der Einleitung eingeführten Prämisse, dass es sich bei »Krisen« zuvorderst um Wahrnehmungsphänomene handelt, die eines aktiven Prozesses der Narration bedürfen, um ihre Wirkmächtigkeit zu entfalten, werden die von den konservativen und christdemokratischen Akteuren aktiv vorangetriebenen diskursiven Strategien der Krisenerzählung und die damit verbundenen Verschiebungen in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien herausgearbeitet. Es wird gezeigt, wie die als krisenhaft wahrgenommenen Erscheinungen der 1970er-Jahre von den christdemokratischen und konservativen Akteuren verarbeitet wurden und welches Verständnis von politischer Problembearbeitung diesseits und jenseits des Kanals jeweils zum Ausdruck kam.

Die konservativen und christdemokratischen Strategien der Krisenerzählung und die darin transportierten Mittel zur Lösung der Krise profitierten vom Plausibilitätsverlust des sozialdemokratisch-keynesianischen Paradigmas sowie von Polarisierungs- und Spaltungstendenzen, die vor allem den Marktdiskurs der Labour Party, aber auch den der SPD in den 1970er-Jahren prägten. So liegt der Schwerpunkt der Analyse der konservativen und christdemokratischen Krisenerzählungen auf der diskursiven Auseinandersetzung mit dem jeweiligen politischen Gegner. In dieser Auseinandersetzung konkurrierten die Mitte-Rechts-Parteien mit den Mitte-Links-Parteien um die Deutungshoheit über die »Krise« und die Mittel zur Krisenlösung. Zur Eroberung der Deutungshoheit zielten die semantischen Offensiven der christdemokratischen und konservativen Akteure auf die Veränderung des politischen Meinungsklimas und wurden daher in der Öffentlichkeit lanciert – in Reden, auf Parteitagungen und Wahlkampfveranstaltungen, in Interviews, Zeitungsartikeln und Zeitschriftenaufsätzen, in Parteibroschüren und programmatischen Schriften.

1. Die Krise der britischen Nachkriegsordnung und die thatcheristische Krisenerzählung

Für die Entwicklung des Marktdiskurses der Konservativen Partei war ein besonders ausgeprägtes Krisenbewusstsein im Großbritannien der 1970er-Jahre entscheidend. Dieses kam in einem spezifisch britischen Niedergangsdiskurs zum Ausdruck, der als Reaktion auf einen tiefgreifenden sozioökonomischen Strukturwandel zu verstehen ist. Die Omnipräsenz der britischen Krisenwahrnehmung bildete den Nährboden für die diskursiven Strategien der thatcheristischen Krisenerzählung, die in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im britischen Zwei-Parteiensystem, der Labour Party, entfaltet wurden. Als Regierungspartei hatte die Labour Party seit 1974 einen krisenhaften Neuorientierungsprozess zu durchlaufen. Im Zuge der Krise des revisionistischen Ansatzes verlor das Paradigma »Markt-Staat-Plan« mehr und mehr an Plausibilität. Der linke wie der rechte Flügel der Labour Party formulierten jeweils eigene Interpretationen der ökonomischen und politischen Krise des Landes, die mit weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs der Partei verbunden waren und mit der thatcheristischen Krisenerzählung konkurrierten.

Das thatcheristische Krisennarrativ profitierte – so die These des Kapitels – gleich auf zwei Ebenen von der Orientierungskrise des politischen Gegners in den 1970er-Jahren: Das revisionistische Paradigma geriet auf der rechten Seite des politischen Spektrums der Labour Party, gewissermaßen aus sich selbst heraus, unter Druck. Je deutlicher die Wirkungslosigkeit keynesianischer Maßnahmen zutage trat, desto tiefer wurde die Orientierungskrise der Revisionisten und desto dringender wurde die Suche nach wirtschaftspolitischen Alternativkonzepten. Angesichts der IWF-Krise von 1976, die einen Höhepunkt der Orientierungskrise der keynesianischen Sozialdemokratie markierte, formulierten pragmatisch orientierte Keynesianer innerhalb der Labour Party den *New Realism*¹; eine Reformpolitik, die die Notwendigkeit der Bekämpfung der Inflation anerkannte und auf Kürzungen der öffentlichen Ausgaben sowie auf striktere monetäre Kontrolle setzte. Auch wenn es sich dabei keinesfalls um eine eindeutige Abkehr von der keynesianischen Konsenspolitik, sondern eher – wie es der Biograph des Labour-Premiers James Callaghans ausgedrückt hat – um ein Update des keynesianischen Programms im Lichte neuer Umstände handelte², wurden angesichts der Wirkungslosigkeit der Globalsteuerung Maßnahmen verfolgt, die auch von der neoliberalen Wirtschaftstheorie befürwortet wurden. Wenngleich die keynesia-

¹ Schöpfer des Begriffs *New Realism* war Peter Jay, Times-Journalist, Schwiegersohn des Labour-Premiers Callaghan und späterer Wirtschaftskorrespondent der BBC. Vgl. *Andy Beckett, When the lights went out. Britain in the seventies*, London 2009, S. 337–339.

² Vgl. *Kenneth Morgan, Callaghan: A Life*, Oxford 1997, S. 537.

nische Ausrichtung der Labour-Regierung nicht prinzipiell aufgegeben wurde³, schien der Kurswechsel das Scheitern des Nachkriegskonsenses zu bestätigen, was der thatcheristischen Marktsprache und dem Kriseninterpretament, auf welchem sie gründete, Plausibilität verlieh.

Die Orientierungskrise der Labour Party gereichte den Konservativen zudem auf einer zweiten Ebene zum Vorteil: Das am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientierte Ordnungsmodell des Nachkriegskonsenses wurde nicht nur von den Thatcheristen, sondern ab Mitte der 1970er-Jahre verstärkt auch vom linken Flügel der Labour Party für die ökonomische und politische Krise des Landes verantwortlich gemacht. Der linke Flügel der Labour Party beschwor ebenfalls den nationalen Niedergang, ging aber von einem gänzlich anderen Narrativ aus. Für die Vertreter der Labour-Linken befand sich das Land in der Krise, weil sich der Kapitalismus in der Krise befand. Diese Diagnose beinhaltete weitgehende Verschiebungen des keynesianischen Marktdiskurses. Neue Methoden der Kontrolle des Marktes durch einen aktiv in den Wirtschaftsprozess eingreifenden Staat waren erforderlich. Angesichts dieser Verschiebungen des Marktdiskurses durch die Labour-Linke konnten die Konservativen um Margaret Thatcher »Kapitalismus« und »Markt« als Garanten (auch der politischen) Freiheit gegen die beschworene Gefahr des Sozialismus in Stellung bringen.

1.1 Die Omnipräsenz der Krisenwahrnehmung: Signaturen des sozioökonomischen Strukturwandels der 1970er-Jahre in Großbritannien und der britische Niedergangsdiskurs

Die 1970er-Jahre haben in transnationaler Perspektive das Image eines Krisenjahrzehnts, nirgends aber ist diese Deutung so ausgeprägt wie in der britischen Geschichtsschreibung. Die Titel von britischen Gesamtdarstellungen zur Dekade zeugen davon, wie stark das Bild der 1970er-Jahre vom Leitvokabular der »Krise« geprägt ist. In »When the Lights Went Out« fragt der *Guardian*-Journalist Andy Beckett, ob die 1970er-Jahre als »our Weimar« gelten müssten.⁴ Der Politikwissenschaftler Marc Garnett betitelt seine Darstellung über Großbritannien seit 1975 mit »From Anger to Apathy« und Laurel Forster und Sue Harper geben ihrem Sammelband zur britischen Gesellschaft und Kultur der 1970er-Jahre den

³ Vgl. auch *Almuth Ebke*, »The Party is Over«? Britische Wirtschaftspolitik und das Narrativ des »Decline«, 1970–1976, Frankfurt am Main 2012, S. 98 f.

⁴ Vgl. *Beckett*, *When the lights went out*.

Untertitel »The Lost Decade«.⁵ Ein Blick auf die Kapitelüberschriften von Überblickswerken zur britischen Geschichte des 20. Jahrhunderts macht ebenfalls deutlich, wie stark die 1970er-Jahre als Dekade der Krise gekennzeichnet sind. In Peter Clarks Standardwerk erscheinen die Jahre von 1970 bis 1979 als »Winters of Discontent«.⁶ In Arthur Marwicks Entwurf einer britischen Gesellschaftsgeschichte seit 1945 firmiert das Jahrzehnt unter »Times of Troubles« und »Gloom on the Man-Made Islands«.⁷ Der Oxforder Historiker Kenneth O. Morgan fasst die Zeit von 1961 bis 1979 unter der Überschrift »The Years of Retreat« und verweist damit darauf, dass die britische Krisenwahrnehmung nicht nur besonders stark ausgeprägt war, sondern im internationalen Vergleich besonders früh begann, nämlich bereits in den 1960er-Jahren.⁸

Tatsächlich springt schon beim Blick auf die herrschenden Interpretamente der britischen Geschichte seit 1945 ein markanter Unterschied zu den europäischen Nachbarn auf dem Kontinent, insbesondere im Vergleich zur Bundesrepublik, ins Auge: Während die (west)deutsche Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs anhand der Leitvokabeln des Wiederaufbaus, des wirtschaftlichen Aufstiegs und eines bis dahin nie gekannten Wohlstands erzählt wird, ist man für Großbritannien mit einer geradezu entgegengesetzten Erzählung konfrontiert.⁹ Diese wird dominiert von einem Interpretament, das eng mit dem zweiten zentralen Motiv britischer Nachkriegsgeschichte, dem keynesianischen *post-war consensus*, verbunden ist: dem Motiv des *decline* (Niedergang).

Es sind zwei Erzählstränge, entlang derer der britische Niedergang manifestiert wird, und die auf mehrfache Weise miteinander verbunden sind: Der machtpolitisch-militärische Abstieg (*imperial decline*), der den Abschied vom *Empire* und damit vom Status einer Weltmacht bedeutete¹⁰, und der für diese Studie wichtigere wirtschaftliche Abstieg (*economic decline*) Großbritanniens.¹¹ Als wohl meistdiskutiertes Thema der britischen Nachkriegsgeschichte¹² findet sich das Nieder-

⁵ Vgl. Marc Garnett, *From Anger to Apathy. The British Experience since 1975*, London 2007; Laurel Forster/Sue Harper (Hrsg.), *British Culture and Society in the 1970s. The Lost Decade*, Newcastle 2010.

⁶ Vgl. Peter Clark, *Hope and Glory. Britain 1900–2000*, 2. Aufl., London 2004.

⁷ Vgl. Arthur Marwick, *British Society Since 1945*, 7. Aufl., London 2007.

⁸ Vgl. Kenneth O. Morgan, *Britain since 1945. The People's Peace*, Oxford 2001.

⁹ Vgl. dazu Mergel, *Großbritannien seit 1945*, S. 9.

¹⁰ Für einen auf dem aktuellen Forschungsstand basierenden Überblick vgl. Bill Schwarz, *The End of Empire*, in: Addison/Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain*, S. 482–498.

¹¹ Vgl. Andrew Gamble, *Britain in decline. Economic policy, political strategy, and the British State*, 4. Aufl., New York 1994, S. 14.

¹² Vgl. Patrick McCarthy, *Britain: The Melancholy Pleasure of Decline*, in: Ders./Eric Jones (Hrsg.), *Disintegration or Transformation. The Crisis of the State in Advanced Industrial Societies*, New York 1995, S. 179–197.

gangsmotiv in vielen zeitgenössischen Analysen und ist ebenso in der zeithistorischen Forschungsliteratur omnipräsent. Für die zeitgenössischen Kommentatoren aus dem akademischen und journalistischen Bereich wurde der ökonomische Abstieg Großbritanniens als nachweisbare historische Entwicklung verstanden.¹³ In Anbetracht des seit 1945 stetig steigenden Lebensstandards der britischen Bevölkerung und historisch niedriger Arbeitslosenzahlen während der Herausbildung einer modernen Konsumgesellschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren bedarf dieser Befund der Zeitgenossen einer Erklärung. In der Tat hatte Harold Macmillan, der die Wahlen von 1959 für die Konservativen gewonnen hatte, nicht falsch gelegen, als er 1957 erklärte, »most of our people have never had it so good«. ¹⁴ Die 1950er- und 1960er-Jahre können – wie dies für die westlichen Industrienationen im Allgemeinen herausgestellt worden ist – auch mit Blick auf Großbritannien als »Goldenes Zeitalter« mit beträchtlichen Wachstumsraten, steigendem Lebensstandard und geringer Arbeitslosigkeit (bisweilen herrschte nahezu Vollbeschäftigung) bezeichnet werden.¹⁵ Zwischen 1955 und 1973 lag das Durchschnittswachstum bei 2,8 Prozent jährlich und übertraf damit alles vorher Dagewesene. Die Arbeitslosigkeit lag immer unter 2 Prozent.¹⁶ Der rein mit Blick auf die nationale Perspektive paradox erscheinende Eindruck der Zeitgenossen erklärt sich erst aus dem Vergleich der Wirtschaftsleistung Großbritanniens mit der seiner westeuropäischen Nachbarn.

Jim Tomlinson hat die Besessenheit der politischen Elite Großbritanniens von der Vorstellung des ökonomischen Niedergangs unter anderem auf die Entwicklung umfassender Zusammenstellungen wirtschaftlicher Vergleichsdaten seit den 1950er-Jahren zurückgeführt.¹⁷ In der Tat sprachen die Wirtschaftsdaten eine eindeutige Sprache. Im internationalen Vergleich blieb Großbritannien gegenüber den Ländern des Kontinents, insbesondere gegenüber dem im Krieg unterlegenen Deutschland, aber auch den USA und Japan, in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Dies belegen alle wichtigen ökonomischen Indikatoren. Von allen

¹³ Vgl. z. B. *Edward Goldsmith*, *Can Britain survive?*, London 1971; *Isaac Kramnick*, *Is Britain dying? Perspectives on the current crisis*, Ithaca, N.Y. 1979; *Samuel H. Beer*, *Britain against itself. The political contradictions of collectivism*, New York 1982.

¹⁴ Harold Macmillan, Rede vor Konservativen in Bedford, 20.7.1957, zit. nach: *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 59. Zur Herausbildung der Konsumgesellschaft, die in Großbritannien früher als in anderen europäischen Ländern Einzug erhielt vgl. *Hugh Pemberton*, *The Transformation of the Economy*, in: Addison/Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain*, S. 180–202.

¹⁵ Vgl. *N. F. R. Crafts*, *The Golden Age of Economic Growth in Western Europe, 1950–73*, in: *Economic History Review* 48, 1995, S. 429–447.

¹⁶ Vgl. *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 58.

¹⁷ Vgl. *Jim Tomlinson*, »Inventing Decline«. *The Falling behind of the British Economy in the Post-War Years*, in: *Economic History Review* 49, 1996, S. 731–757.

westeuropäischen Staaten hatte Großbritannien zwischen 1950 und 1973 die niedrigste Wachstumsrate zu verzeichnen.¹⁸ In diesem Zeitraum betrug sie in Großbritannien etwa 3 Prozent und war damit viel niedriger als in der Bundesrepublik (6 Prozent), Frankreich (5,1 Prozent) und auch Japan (9,7 Prozent). Das schwächelnde britische Wirtschaftswachstum war auf die geringe Produktivität der britischen Industrie zurückzuführen.¹⁹ Die westdeutsche Wirtschaft hatte nach dem Krieg rasant aufgeholt und zu Beginn der 1970er-Jahre die britischen Produktivitätsraten überstiegen. In den 1930er-, 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren wuchs die Produktivität in Großbritannien konstant langsamer als in Deutschland, den USA, Frankreich, Italien und Japan.²⁰ Von 1950 bis 1973 war der Anstieg mit jährlich 3,2 Prozent in Großbritannien fast nur halb so hoch wie in der Bundesrepublik, wo er 6 Prozent betrug, und immer noch weitaus geringer als in Frankreich (5 Prozent) und Italien (5,5 Prozent). Nicht nur die Produktivitätsentwicklung spricht eine deutliche Sprache. Auch die Geldentwertung war jenseits des Kanals mit 4,6 Prozent signifikant höher als in der Bundesrepublik, wo sie im selben Zeitraum nur 2,7 Prozent betrug.²¹ Deutlich wird das Zurückbleiben Großbritanniens auch bei den Exporten: 1950 war ein Viertel aller Weltexporte auf Großbritannien entfallen, zehn Jahre später waren es nur noch 16,5 und 1975 weniger als 10 Prozent. Die Deutschen steigerten ihren Anteil hingegen zur selben Zeit auf über 20 Prozent.²²

Ist also vom relativen ökonomischen Abstieg Großbritanniens die Rede, betrifft dies zuvorderst eine längerfristige Entwicklung des Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie durch ein beunruhigendes Produktivitätsdefizit vor allem im Vergleich zur Bundesrepublik. Diese Entwicklung hatte – wie schon den zeitgenössischen Beobachtern nicht entging²³ – unmittelbar nach 1945 begonnen und eine besonders früh und stark ausgeprägte Krisenwahrnehmung begründet. Die zweite Periode des britischen Niedergangs betraf schließlich die 1970er-Jahre im engeren Sinne und damit den Beginn des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts, der für alle westlichen Industrieländer den Anbruch der Zeit

¹⁸ Vgl. *Crafts*, *The Golden Age*, S. 435.

¹⁹ Vgl. *Pemberton*, *The Transformation*, S. 187 f.

²⁰ Vgl. ebd., S. 304.

²¹ Zahlen nach *Andrew W. Cox/Simon Lee/Joe Sanderson*, *The Political Economy of Modern Britain*, Cheltenham 1997, S. 48–53.

²² Vgl. *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 60 f. Für ausführliche Zahlen, die den relativen wirtschaftlichen Niedergang Großbritanniens dokumentieren, vgl. *Sidney Pollard*, *Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft*, in: Hans Kastendiek/Karl Rohe/Angelika Volle (Hrsg.), *Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. Aufl., Frankfurt am Main/New York 1999, S. 295–329.

²³ Vgl. *Samuel Brittan*, *How British is the British Sickness?*, in: *Journal of Law and Economics* 21, 1978, Nr. 2, S. 245–268.

»Nach dem Boom« markierte, die, nicht nur in Großbritannien, durch einen oftmals als krisenhaft wahrgenommenen Strukturwandel gekennzeichnet war.²⁴ An der Schwelle von den 1960er- zu den 1970er-Jahren begannen die Fundamente des »Goldenen Zeitalters« wegzubrechen.²⁵ Das im Gefolge des amerikanischen *New Deals* und des Marshallplans in den Nachkriegsgesellschaften Westeuropas etablierte Ordnungskonzept, das auf dem liberalen Konsens zwischen Kapital, Arbeit und Staat sowie auf dem fordistischen Produktionsmodell basierte, geriet in die Krise. In den 1970er-Jahren stießen die Handlungsmuster des Konsensliberalismus erstmals an ihre Grenzen.

Der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods im August 1971 führte zu einem anarchischen Zustand im internationalen Währungssystem. Krisenhafte globale Entwicklungen und Ereignisse, vor allem die Ölkrise des Spätherbsts 1973, forcierten den »Niedergang der Traditionsindustrien«. Die Rationalisierung industrieller Produktion führte zu Langzeitarbeitslosigkeit und es begann ein sektoraler Strukturwandel mit einer Schwerpunktverlagerung von der Industrie zum Dienstleistungssektor, jener sogenannte »lange Abschied vom Malocher«²⁶, der tiefgreifende sozial- und alltagskulturelle Nachwirkungen mit sich brachte. Der amerikanische Soziologe Daniel Bell erkannte im Zerfall des westlichen Finanzgefüges, im Ende des Systems von Bretton Woods sowie in der zunehmenden Erosion der sozioökonomischen Strukturen des fordistischen Produktionsregimes diesen tiefgreifenden Wandel und formulierte 1973 seine Theorie der nachindustriellen Gesellschaft.²⁷ In seiner 1977 veröffentlichten Untersuchung des Wertewandels in den westlichen Gesellschaften diagnostizierte der amerikanische Politologe Ronald Inglehart einen Übergang von »materialistischen« (Wirtschaftswachstum, Sicherheit, Ordnung) zu »postmaterialistischen« (individuelle Freiheit, Partizipation, Soziale Gerechtigkeit) Werten.²⁸ Wie Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael deutlich gemacht haben, vollzog sich seit den 1970er-Jahren in den westeuropäischen Industriestaaten ein »Strukturbruch, der sozialen Wandel von revolutionärer Qualität mit sich gebracht hat.«²⁹

²⁴ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom.

²⁵ Vgl. ebd., S. 34–53; *Hobsbawm*, Zeitalter der Extreme, S. 503–537.

²⁶ *Wolfgang Hindrichs* u. a., Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.

²⁷ Vgl. *Daniel Bell*, The coming of post-industrial society. A venture in social forecasting, New York 1973.

²⁸ Vgl. *Ronald Inglehart*, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton, NJ. 1977.

²⁹ *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 10. Der Terminus »Strukturbruch« ist insofern etwas missverständlich, als er die Vorstellung suggeriert, man habe es mit einem schlagartigen Wandel, einer klaren Zäsur zu tun. Dagegen verweisen die Autoren selbst auf spannungsvolle Wechselwirkungen und Gegenbewegungen innerhalb eines Transformationsprozesses, der

Im Zuge dieses tiefgreifenden sozioökonomischen Wandels etablierte sich ein neues Ordnungsmodell – der »digitalisierte Finanzmarktkapitalismus« (wie ihn die Autoren in Anlehnung an Manuel Castells bezeichnen³⁰), der das fordistische Produktionsmodell hinter sich ließ und einherging mit einer neuen »neoliberalen« Wirtschaftsordnung.³¹

Die Symptome des sich seit den 1970er-Jahren vollziehenden »Strukturbruchs« der Industriemoderne waren in Großbritannien besonders stark, wie wiederum der Vergleich der ökonomischen Indikatoren der europäischen Industrieländer – im Speziellen mit der Bundesrepublik – deutlich macht. Mit Ausnahme der Jahre 1974/75, in denen die Konjunkturdaten in Deutschland (–0,7 Prozent) fast genauso schlecht ausfielen wie auf der Insel (–0,8 Prozent), setzte sich die besondere Negativentwicklung der britischen Wirtschaft auch in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre fort. Mit 2,7 Prozent in den Jahren 1976 bis 1979 lag die britische Wachstumsrate klar unter der westdeutschen (3,8 Prozent), der italienischen (ebenfalls 3,8 Prozent), der französischen (3,5 Prozent) sowie der US-amerikanischen (4,3 Prozent) und der japanischen (5,1 Prozent).³² Auch in der Produktivitätsentwicklung fiel Großbritannien weiter zurück. Hatte die Bundesrepublik in den 1970er-Jahren ein Wachstum der Produktivität von 2,8 Prozent zu verzeichnen, wuchs diese jenseits des Kanals nicht einmal um die Hälfte des westdeutschen Werts (1,3 Prozent).³³ Mit Blick auf die Arbeitslosenzahlen hielt Großbritannien ebenfalls die »rote Laterne« Europas. Seit 1974 fiel die Arbeitslosenquote nie mehr unter 4 Prozent, erreichte 1977 vorerst ihren Höhepunkt mit 6,2 Prozent und stand 1982 bei 13 Prozent.³⁴

Während man die »Strukturbruchthese« mit Blick auf die Tertiärisierung in der Bundesrepublik relativieren muss, erscheint sie angesichts des Bedeutungsverlusts des industriellen Sektors in Großbritannien plausibel. Für die Bundesrepublik kann man zumindest kritisch hinterfragen, ob in der Annahme eines »Strukturbruchs« der Industriegesellschaft die Momente des Bruchs in Relation zu den

sich auch durch unterschiedliche Geschwindigkeiten des Wandels auszeichnete. Mit der »Zeit nach dem Boom« meinen Doering-Manteuffel und Raphael grob die letzten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts; entsprechend weich werden die Eckdaten der Boomzeit und des »Strukturbruchs« gesetzt – die Rede ist von den Epochen von 1945/50 bis 1970/75 und von 1965/70 bis 1995/2000.

³⁰ Manuel Castells, *Das Informationszeitalter*. 3 Bde., Opladen 2003–2004.

³¹ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, *Nach dem Boom* (die Anlehnung an Castells auf S. 8 f.).

³² Vgl. *Thelma Liesner*, *One Hundred Years of Economic Statistics*. United Kingdom, United States of America, Australia, Canada, France, Germany, Italy, Japan, Sweden, New York 1989 (Tabellen UK.2, US. 2, F.2, G.2, It.2, J.2).

³³ Vgl. ebd., Tabelle IV.2, S. 304. Im Vergleich dazu wuchs die Produktivität von 1970 bis 1980 in Frankreich um 3,1 %, in Italien um 2,5 % und in Japan sogar um 3,7 %. Nur die USA hatten mit nur 1,2 % ein noch geringeres Wachstum zu verzeichnen.

³⁴ Vgl. *Pemberton*, *The Transformation*, S. 192.

Momenten der Kontinuität nicht zu stark gewichtet werden. Wie Untersuchungen zum wirtschaftlichen Strukturwandel in den 1970er-Jahren zeigen, darf durchaus bezweifelt werden, dass sich die industrielle Welt mit ihren sozialen, politischen und kulturellen Merkmalen wirklich anschickte, gänzlich einem neuen Ordnungsmodell Platz zu machen. Zwar wuchs der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich in Westdeutschland seit den 1970er-Jahren stetig – 1973/74 übertraf der Anteil der Beschäftigten im tertiären den der im sekundären Sektor, sodass man in rein quantitativer Hinsicht ab den 1970er-Jahren von einer Dienstleistungsgesellschaft in der Bundesrepublik sprechen kann.³⁵ Allerdings ist die Tertiarisierung mit Blick auf die Bundesrepublik weniger als eine sektorale Strukturverschiebung denn als ein sektorenübergreifender Wandel der Produktionsstrukturen, der durch einen rasanten technologischen Fortschritt (bei der Informationsspeicherung, -verarbeitung und -übertragung) und von einem sich verschärfenden nationalen und internationalen Konkurrenzdruck beschleunigt wurde, zu begreifen.³⁶ Angesichts der zunehmenden Dienstleistungsintensität der Produktion, wodurch die traditionelle Branchenabgrenzung unscharf und fließend wurde, hat Gerold Ambrosius zu Recht darauf hingewiesen, dass Industrie und Dienstleistungssektor in der Bundesrepublik zunehmend »ein symbiotisches Verhältnis« eingingen. Für die Bundesrepublik könne man nur sehr eingeschränkt von Deindustrialisierung sprechen, weil die Industrie stets eine beherrschende Stellung im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik eingenommen habe.³⁷

In Großbritannien wirkte sich die Tertiarisierung gravierender aus. Der Abbau von Arbeitskräften im industriellen Sektor, der einen wichtigen Faktor der britischen Krisenwahrnehmung darstellte, war im internationalen Vergleich besonders stark ausgeprägt.³⁸ Wie in der Bundesrepublik wuchs der Dienstleistungssektor seit den 1950er-Jahren stetig an, allerdings in einem stärkeren Maße. Lag der Prozentsatz der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie beider Länder im Jahr 1950 noch in etwa auf dem gleichen Niveau (in Großbritannien 39,5 und in der

³⁵ Vgl. *André Steiner*, Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 29–48, hier S. 32 f.

³⁶ Vgl. ebd., S. 38.

³⁷ Vgl. *Gerold Ambrosius*, Ursachen der Deindustrialisierung Westeuropas, in: Werner Abels-hauser (Hrsg.), *Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive*, Göttingen 1994, S. 191–221, hier S. 221 (Zitat) sowie *Ders.*, Agrarstaat oder Industriestaat – Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel im 20. Jahrhundert, in: Reinhard Spree (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 2001, S. 50–69, hier S. 64.

³⁸ *N. F. R. Crafts*, Reversing Relative Economic Decline? The 1980s in Historical Perspective, in: *Oxford Review of Economic Policy* 7, 1991, S. 81–89, hier S. 83–85.

Bundesrepublik 39,1 Prozent), arbeiteten in Großbritannien am Ende des 20. Jahrhunderts nur noch 14 Prozent der Arbeitnehmerschaft im industriellen Sektor – in der Bundesrepublik waren es im Vergleich dazu immer noch 34 Prozent im Jahr 1995.³⁹ Das signifikanteste Wachstum des Dienstleistungssektors vollzog sich seit Beginn der 1970er-Jahre, vorangetrieben durch den Bedeutungsgewinn von Finanzdienstleistungen, der Informationstechnologie und *business services* wie Werbung, Catering und Gebäudereinigung. Der Bedeutungsverlust der Industrie schlug nach 1979 in Großbritannien voll durch, als die Politik der Thatcher-Regierungen dem Erhalt der Beschäftigung in der Industrie keine Priorität mehr beimaß.⁴⁰ Wie bereits angedeutet wurde und noch detailliert zu zeigen sein wird, basierte diese Politik auf Verschiebungen des konservativen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren. Diese liefen darauf hinaus, der Bekämpfung der Inflation die höchste Priorität einzuräumen und Arbeitslosigkeit als einen »natürlichen« und somit akzeptablen Zustand hinzunehmen.

Die zeit- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung hat sich ausführlich mit den Ursachen des (relativen) Niedergangs Großbritanniens auseinandergesetzt und diese auf unterschiedlichen, oftmals miteinander verflochtenen Feldern identifiziert. Während Ökonomen und Wirtschaftshistoriker vor allem auf die geringe Investitionsquote Großbritanniens verglichen mit seinen kontinentaleuropäischen Wettbewerbern abheben⁴¹, verweisen Zeithistoriker und Politikwissenschaftler in erster Linie auf politisch-institutionelle Gründe: das britische Zweiparteiensystem, das dazu führte, dass Regierungen permanent Maßnahmen der vorhergehenden Regierung rückgängig machten, und vor allem die gering ausgeprägte »Disziplinierbarkeit« der politischen und ökonomischen Akteure, insbesondere der Gewerkschaften.⁴² Des Weiteren ist die Relevanz kultureller Aspekte für den relativen wirtschaftlichen Abstieg Großbritanniens betont worden. Der amerikanische Historiker Martin J. Wiener entwickelte die vielbeachtete und sehr umstrittene These einer »longue durée« des Niedergangs, den er als eine Konsequenz eines gespal-

³⁹ Vgl. *Pemberton*, *The Transformation*, S. 188 f.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 189.

⁴¹ Diese Lesart des britischen Niedergangs geht maßgeblich zurück auf *Andrew Shonfield*, *British Economic Policy since the War*, Harmondsworth 1958. Aufgegriffen wurde sie von *Sidney Pollard*, *The Wasting of the British Economy. British Economic Policy since 1945 to the present*, London 1982. Sie findet sich ebenfalls bei *Alec Cairncross*, *The British economy since 1945. Economic policy and performance, 1945–1995*, 2. Aufl., Oxford 2002 und bei *Peter A. Hall*, *Governing the economy. The politics of state intervention in Britain and France*, New York 1986.

⁴² So schon bei *Michael Shanks*, *The Stagnant Society*, Harmondsworth 1961; vgl. auch z.B. *Andrew W. Cox*, *Industrial Policy and British Decline*, in: *Cox/Lee/Sanderson*, *The political economy of modern Britain*, S. 108–160.

tenen Verhältnisses der Engländer zu der von ihnen selbst geschaffenen bürgerlichen Industriekultur sieht.⁴³

Die schon seit den späten 1950er-Jahren erscheinenden Arbeiten über die Ursachen des britischen Niedergangs bilden einen ersten Hinweis darauf, dass die Nachkriegsordnung in Großbritannien heftiger und weitaus früher infrage gestellt wurde als in anderen westeuropäischen Ländern. Die oftmals politisch motivierte, in der Frühphase vor allem von politischen Akteuren links der Mitte formulierte Niedergangs-Literatur war selbst Ausformung des britischen Niedergangsdiskurses, dessen Wurzeln bis in die späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre zurückreichen.⁴⁴

Für eine Analyse der Entwicklung der Marktdiskurse, die Krisen zuvorderst als Wahrnehmungsphänomene auffasst, muss die Frage nach dem ökonomischen Niedergang Großbritanniens und seiner historischen Ursachen nicht abschließend diskutiert werden. Hierzu kann festgehalten werden, dass die heutige Forschung einem pauschalen Niedergangsszenario widerspricht. Insbesondere hinsichtlich der Investitionen in produktive Industrien habe es zwar offensichtliche Defizite gegeben, aber generell fand »kein Niedergang statt, sondern ein Prozess der Angleichung an die anderen westeuropäischen Staaten, der nicht zu verhindern war«. ⁴⁵ Jim Tomlinson hat sogar von einer »Erfindung des Niedergangs« gesprochen und die These vertreten, die Kriseneuphorie der britischen Öffentlichkeit sei vielfach unbegründet und maßlos überzogen gewesen.⁴⁶ Insbesondere müsse die Gefahr, die von den Gewerkschaften ausgegangen sein soll, relativiert werden, und auch um den britischen Staatshaushalt sei es weitaus weniger dramatisch bestellt gewesen als gemeinhin angenommen.⁴⁷ Wichtiger ist, dass der Glau-

⁴³ Vgl. *Martin J. Wiener*, *English culture and the decline of the industrial spirit, 1850–1980*, 2. Aufl., Cambridge, U.K./New York 2004 (zuerst 1981).

⁴⁴ Aus einer marxistischen Perspektive, die seit den frühen 1960er-Jahren formuliert wurde, war der ökonomische Niedergang Großbritanniens Folge einer »unvollendeten bourgeoisen Revolution«. Das langsame Wirtschaftswachstums war demnach auf das Unvermögen der britischen Industriekapitalisten zurückzuführen, den Staat zu dominieren, was es den Resten der Aristokratie ermöglicht habe, die wirtschaftliche Modernisierung des Landes aufzuhalten. Vgl. *Perry Anderson*, *The Figures of Descent*, in: *New Left Review* 161, 1987, S. 28–54; vgl. auch *Ders.*, *Origins of the Present Crisis*, in: *New Left Review* 23, 1964, S. 26–53; *Tom Nairn*, *The British Political Elite*, in: *New Left Review* 23, 1964, S. 19–25. Dieser Ansatz wurde in neo-marxistischer Perspektive aufgegriffen von *David Coates*, *The question of UK decline. State, society and economy*, New York/London 1994.

⁴⁵ *Franz-Josef Brüggemeier*, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 396, ähnlich *Mergel*, *Großbritannien seit 1945*, S. 10.

⁴⁶ Vgl. *Jim Tomlinson*, *The politics of decline. Understanding postwar Britain*, Harlow 2001.

⁴⁷ Zwar sei in den 1970er-Jahren in Großbritannien so viel Arbeitszeit durch Streiks verloren gegangen wie in keinem anderen europäischen Land außer Italien; allerdings seien an diesen Streiks viel weniger Arbeiter beteiligt gewesen als in Italien (1,5 Millionen im Vergleich zu 9,5 Millionen). Die durch Streiks verursachten Schäden in der britischen Volkswirtschaft fielen ver-

be an einen *decline* einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der britischen Nachkriegsgeschichte hatte, indem er, wie der *post-war consensus*, zu einem historisch wirkmächtigen Begriff wurde.⁴⁸ Dies bedeutet nicht, dass den strukturellen Momenten des tiefgreifenden sozioökonomischen Wandels der 1970er-Jahre keine Bedeutung bei der Generierung der »Krise« zukommt. Vielmehr wurden diese erst in dem Moment sichtbar, als sie diskursiv in eine Niedergangserzählung eingebunden wurden.

Das Narrativ des *decline* ist somit als zeitgenössisches Denk- und Handlungsmuster von Bedeutung. Es war Ausdruck eines sich in den 1960er-Jahre etablierenden Verfallsdiskurses, in welchem das außergewöhnlich stark ausgeprägte britische Krisenbewusstsein wurzelte. Seit Beginn der 1960er-Jahre in einem breiten politischen Spektrum omnipräsent wurde es als rhetorische Strategie von den parteipolitischen Kritikern des Nachkriegskonsenses in der Konservativen Partei wie auch in der Labour Party aufgegriffen, um Verschiebungen im Marktdiskurs durchzusetzen. Sowohl die erste Wilson-Regierung der Jahre 1964 bis 1970 als auch die Heath-Regierung rekurrten in ihren Modernisierungskampagnen auf das Narrativ. Auch für das vom linken Flügel der Labour Party formulierte Konzept der *Alternative Economic Strategy* spielte das Interpretament des Niedergangs eine zentrale Rolle. Während Thatcher und ihre Mitstreiter erst ihre Partei, dann das Land bedingungslos auf »mehr Markt« ausrichteten, um den *decline* zu stoppen, wollte die Labour-Linke um Industrieminister Tony Benn den Niedergang mit dem Programm einer bewussten Abschottung der britischen Wirtschaft vom Weltmarkt und der schrittweisen Einführung des Sozialismus durch ein umfassendes Nationalisierungsprogramm aufhalten.⁴⁹ Die Niedergangserzählung wurde also von Gegnern des Nachkriegskonsenses beider Parteien aufgegriffen und mit unterschiedlichen Bedeutungen aufgeladen, um radikale Politikansätze durchzusetzen.

Während die auf der Niedergangserzählung der radikalen Kräfte in der Konservativen Partei beruhende thatcheristische Marktsprache seit 1979 die Grundlage für die Regierungspolitik Großbritanniens bildete, wurde die Kriseninterpretation Tony Benns und seiner Mitstreiter in den 1980er-Jahren ideologisch wirkmächtig für die Labour Party. Die Aushöhlung der Annahmen des *post-war consensus* voll-

schwindend gering aus. Die hohe britische Staatsquote beruhe auf einer statistischen Besonderheit der britischen Rechnung, so Tomlinson. Eine Berechnung nach damaligen internationalen Standards ergäbe für Großbritannien in den Jahren zwischen 1972 und 1979 eine niedrigere Staatsquote als in der Bundesrepublik. Vgl. ebd., S. 92.

⁴⁸ Vgl. dazu grundlegend ebd., sowie *Ders.*, »Inventing Decline«; *Ebke*, »The Party is Over«?

⁴⁹ Vgl. *Jim Tomlinson*, Economic »Decline« in Post-War Britain, in: Addison/Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain*, S. 164–179; *Ebke*, »The Party is Over«? (für die Heath-Regierung und die Labour-Linke in den 1970er-Jahren).

zog sich somit durch Verschiebungen der Marktdiskurse beider britischen Volksparteien, auf der Grundlage jeweils unterschiedlicher Interpretationen der britischen Krise. Das Narrativ des *decline* stellte ein überzeugendes Denkmuster für radikale Ordnungsvorstellungen sowohl innerhalb der Konservativen als auch der Labour Party dar. Gerade hierin ist die Ursache für die ausgesprochene Popularität des Niedergangsmotivs auszumachen: »This can only be explained by politics«, so Jim Tomlinson. »Declinism provided a way of attacking political opponents in the context of a competitive electoral system which encouraged exaggeration and hyperbole. It provided a moralistic language well fitted to adversary politics.«⁵⁰

Das im internationalen Vergleich im Großbritannien der 1970er-Jahre besonders stark ausgeprägte Krisenbewusstsein war nicht auf den Bereich der Parteipolitik beschränkt, sondern umfasste die gesamte öffentliche Sphäre.⁵¹ Die damals aufkommenden Schlagworte »*British Disease*« und »*English Sickness*« zeugen davon, wie tief die Niedergangsdiskurse im kollektiven Bewusstsein des Landes verankert waren. Die einst weltweit führende Industrienation galt nun als »kranker Mann Europas«, der den Anschluss an die ökonomische Entwicklung verpasst hatte. Bezog sich die Rede von der »englischen Krankheit« zunächst vor allem auf das schlechte Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bezeichnete sie spätestens seit Mitte der 1970er-Jahre die ganze Bandbreite ökonomischer Problemlagen: niedriges Wachstum, geringe Produktivität, hohe Inflation bei gleichzeitigem Anwachsen der Arbeitslosigkeit.⁵² In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts war schließlich die Annahme weit verbreitet, die »englische Krankheit« habe sich über die Wirtschaft hinaus auf die Verfassungsordnung und das gesamte Sozialgefüge ausgebreitet. Diese Annahme kam in der von britischen Politikwissenschaftlern vertretenen These von der drohenden Unregierbarkeit (*ungovernability*) westlicher Industrienationen zum Ausdruck, wie sie zeitgleich auch in der Bundesrepublik formuliert wurde.⁵³

⁵⁰ Jim Tomlinson, *Economic Growth, Economic Decline*, in: Kathleen Burk (Hrsg.), *The British Isles since 1945*, Oxford/New York 2003, S. 63–89, hier S. 89.

⁵¹ Vgl. dazu und zum Folgenden Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 197–211, sowie ders., *Der Thatcher-Konsens. Der Einsturz der britischen Nachkriegsordnung in den 1970er und 1980er Jahren*, in: *Journal of Modern European History* 9, 2011, S. 170–194, hier S. 173–178.

⁵² Vgl. Geppert, *Der Thatcher-Konsens*, S. 173.

⁵³ Vgl. Anthony Stephen King (Hrsg.), *Why is Britain becoming harder to govern?*, London 1976; Ders., *Overload. Problems of Governing in the 1970s*, in: *Political Studies* 23, 1975, Nr. 2–3, S. 284–296; Alastair Burnet, *Is Britain governable?*, London 1975; Michel Crozier/Samuel P. Huntington/Jji Watanuki, *The crisis of democracy. Report on the governability of democracies to the Trilateral Commission*, New York 1975; Anthony H. Birch, *Overload, Ungovernability and Delegation: The Theories and the British Case*, in: *British Journal of Political Science* 14, 1984, S. 135–160. Für die Diskussion über Unregierbarkeit in der Bundesrepublik vgl. Jens Hacke, *Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen*

In Großbritannien ging die Krisenwahrnehmung aber weit über demokratietheoretische Überlegungen hinaus. Sie beschrieb eine britische Geisteshaltung, die bis in die späten 1950er-Jahre zurückreichte. Damit war sie im Vergleich zur Bundesrepublik und anderswo in Westeuropa nicht nur besonders stark, sondern auch zu einem früheren Zeitpunkt ausgeprägt – sie wirkte bereits, als in Westdeutschland noch uneingeschränkt »Wirtschaftswunder«-Stimmung herrschte.⁵⁴ Die Wahrnehmung seiner Landsleute fasste der britische Sozialhistoriker Sidney Pollard so zusammen: »[T]he only economic ›miracle‹ was that Britain failed to take part in the progress of the rest of the world.«⁵⁵ In den 1970er-Jahren wurde das nationale Selbstverständnis vollends vom Niedergangdenken durchdrungen. Die Krisenwahrnehmung erstreckte sich über intellektuelle und akademische Kreise hinaus auf Medien, Politik und Wirtschaft. Die Folgen der Ölkrise, anhaltende Verwerfungen der Weltwirtschaft, ökonomischer Strukturwandel, nicht enden wollende Streiks sowie das Scheitern der Regierung Heath und die Dauerprobleme der folgenden Labour-Regierungen Wilsons und Callaghans ließen das Krisenbewusstsein zu einer regelrechten Depression anwachsen, wie Dominik Geppert herausgearbeitet hat.⁵⁶ »›Militant consultants threaten to close NHS hospitals‹ and ›Troops to move into Glasgow tomorrow‹«, schrieb Ronald McIntosh, Generaldirektor des *National Economic Development Council* (NEDC) in den 1970er-Jahren, die Schlagzeilen der *Times* des 15. März 1975 festhaltend, in sein Tagebuch. »This really does look like a collapsing society.«⁵⁷ In den auflagestarken Zeitungen *Sunday Times* und *Sunday Telegraph* erschienen ganze Artikelserien, die sich mit dem Niedergang des Landes beschäftigten.⁵⁸ Der Publizist Peter Jay beschrieb die Briten als zutiefst unglückliches und verunsichertes Volk: »We are unhappy because the foundations of our prosperity seem to be eroding faster and faster because we can neither find nor agree upon any sure remedy for this decay. We are confused because we do not clearly understand why all this is happening to us.«⁵⁹ »No country has yet made the journey from developed to under-developed. Britain could be the first to embark upon that route«, warnte Peter Jenkins Mitte

Legitimationskrise und Unregierbarkeit, in: Geppert, Dominik/Ders. (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*. Göttingen 2008, S. 188–206. Für eine Analyse von Debatten über das Scheitern des demokratischen Systems der Bundesrepublik in deutschen Printmedien vgl. *Christian Schletter*, *Grabgesang der Demokratie. Die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985*, Göttingen 2015.

⁵⁴ Vgl. dazu Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 198–200; Tomlinson, *Economic ›Decline‹ in Post-War Britain*.

⁵⁵ Pollard, *The Wasting*, S. 6.

⁵⁶ Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 201.

⁵⁷ Zit. nach: Beckett, *When the lights went out*, S. 177.

⁵⁸ Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 201.

⁵⁹ Peter Jay, *Englanditis*, zit. nach: Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 201.

September 1978 im *Guardian*, wenn es demnächst »from a century of relative economic decline into a state of absolute decline« überwechsele.⁶⁰

Stark verbreitet war die Krisenrhetorik unter Politikern und Intellektuellen aus dem Umfeld der Konservativen Partei. Desillusioniert vom Scheitern der Heath-Regierung malten sie düstere Untergangsszenarien aus. Ein von Nigel Lawson im Dezember 1973 verfasster Entwurf für ein konservatives Wahlmanifest hielt die Wahrnehmung einer tiefsitzenden nationalen Krise innerhalb der Partei fest: »[T]he very fabric of our society is at risk«, hieß es dort, »this is the moment of truth for the British people.«⁶¹ »We are living in the city of Destruction«, verkündete der spätere Lordkanzler Lord Hailsham, »a dying country in a dying civilization.«⁶² Von der umfassenden Denkart einer nationalen Krise zeugen auch die Äußerungen, mit denen Edward Heath in der Rückschau die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Lösung des Konflikts mit den Bergarbeitern im Jahr 1972 begründete: »Confronted with the prospect of the country becoming ungovernable, or having to use the armed forces to restore order [...] we decided to set up a powerful and independent inquiry into miners' wages.«⁶³

Hochkonjunktur hatten dramatische historische Analogien. Führende Wirtschaftskommentatoren stellten den Vergleich zur Anfangsphase der Weimarer Republik an, als die Hyperinflation die Stabilität der demokratischen Ordnung gefährdete. Noch häufiger wurden auf dem Höhepunkt des britischen Krisenbewusstseins in den 1970er-Jahren Parallelen zu den aktuellen Ereignissen in Chile gezogen.⁶⁴ »Britain is drifting slowly towards a condition of ungovernability,« verkündete die amerikanische Journalistenlegende Eric Sevareid im Mai 1975 auf CBS News. Die Wilson-Regierung befinde sich in der gleichen Situation wie die Regierung des chilenischen Sozialisten Salvador Allende in ihren letzten chaotischen Tagen vor dem Putsch General Pinochets.⁶⁵ Der Vergleich mit dem chilenischen Fall wurde vor allem von Teilen des bürgerlich-rechten Spektrums und Vertretern der in diesen Jahren erstarkenden »Neuen Rechten« Großbritanniens angestellt. Der britische Ökonom und damalige Präsident der *Mont Pèlerin Society*, Arthur Shenfield, sagte auf einer Tagung der Gesellschaft im September 1974

⁶⁰ *Peter Jenkins*, *The Guardian*, 27. 9. 1978.

⁶¹ Nigel Lawson, »An Appeal to the Nation«, (früher Entwurf für ein Wahlmanifest), Dezember 1973, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, OG 34–44.

⁶² *Lord Hailsham*, *The Dilemma of Democracy: Diagnosis and Prescription*, London 1978, S. 15, 22.

⁶³ Angesichts des ersten nationalen Bergarbeiterstreiks seit 1926 hatte sich die Regierung gezwungen gesehen, den Staatsnotstand auszurufen. *Edward Heath*, *The Course of My Life: My Autobiography*, London 1998, S. 350.

⁶⁴ Vgl. dazu und zum Vergleich Großbritanniens mit der Weimarer Republik *Geppert*, *Der Thatcher-Konsens*, S. 176–178.

⁶⁵ Zit nach: *Beckett*, *When the lights went out*, S. 178.

ein apokalyptisches Szenario für den Fall voraus, dass Arbeitslosigkeit und Inflation weiter ansteigen würden⁶⁶: Dann könnten von den Linken geschürte, gewalttätige Arbeiterunruhen zu einer totalen wirtschaftlichen Blockade und zum Zusammenbruch von Recht und Ordnung führen. Als Reaktion darauf sei eine autoritäre Wende mit strikten ökonomischen wie politischen Kontrollen und Einschränkungen der bürgerlichen Freiheit möglich, wie sie sich in Chile ereignet habe.⁶⁷

Dass dieses Szenario nicht so unrealistisch war, wie auf den ersten Blick anzunehmen wäre, hat der Publizist Andy Beckett in seinem Buch »Pinochet in Piccadilly« anhand der Reaktionen der britischen Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Chile im Spätsommer 1973 deutlich gemacht. So standen Teile der politischen, intellektuellen und militärischen Eliten des Vereinigten Königreichs einer diktatorischen Lösung der politisch-ökonomischen Krise ihres Landes keinesfalls ablehnend gegenüber.⁶⁸ »What is happening in Chile today unquestionably deserves a more open-minded, possibly even a more sympathetic, effort at understanding from this country«, lautete der Kommentar des konservativen Publizisten Peregrine Worsthorne, der im Frühjahr 1974 als Gast der Militärjunta durch Chile gereist war.⁶⁹ Britische Militärs wie der ehemalige Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Nordeuropa, General Sir Walter Walker, diskutierten gar die Möglichkeit einer Militärherrschaft in Großbritannien. In diesen Kreisen wurde der Ruf nach einem starken Mann laut, der die parteipolitische Blockierung überwinden und das Land aus der Krise führen sollte.⁷⁰

Diese Vorgänge machen deutlich, wie weit sich das Niedergangdenken in Großbritannien Mitte der 1970er-Jahre durchgesetzt hatte. Ein Militärputsch blieb den Briten erspart – allerdings sollte sich die gezogene Parallele zum chilenischen Fall in einer anderen Hinsicht als stichhaltiger erweisen. Während das Chile Pinochets zum Testfeld einer umfassenden neoliberalen Reformpolitik wurde, hielt auch in Großbritannien ab 1979 ein konfliktbehaftetes, populistisches Regierungskonzept Einzug, das sich an zentralen Annahmen des Neoliberalismus orientierte. Grundlage dafür war die Radikalisierung des konservativen Marktdiskurses im Zusammenhang mit der thatcheristischen Erzählung des britischen Niedergangs, die sich im Diskurs der 1970er-Jahre durchsetzte. Wie im Folgenden

⁶⁶ Vgl. dazu auch *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 349 f.

⁶⁷ *Arthur Shenfield*, Presidential Lecture. The English Disease, MPS-Vortrag, Brüssel 1974, zit. nach: *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 349 f.

⁶⁸ Vgl. *Andy Beckett*, *Pinochet in Piccadilly. Britain and Chile's hidden history*, London 2002.

⁶⁹ Peregrine Worsthorne im *Sunday Telegraph*, zit. nach: ebd., S. 184.

⁷⁰ Walker stand 1974/75 an der Spitze einer Organisation, des *Unison Committee for Action* (später umbenannt in *Civil Assistance*), die sich aus Bankiers, Juristen, Geschäftsleuten, pensionierten Soldaten, ehemaligen Mitarbeitern des Geheimdienstes und einem konservativen Unterhauskandidaten zusammensetzte. Vgl. ebd., S. 195–202.

herausgearbeitet wird, vollzog sich der thatcheristische Kampf um diskursive Hegemonie dabei in scharfer Abgrenzung zum revisionistischen Paradigma der Labour Party, das im Verlauf des Jahrzehnts mehr und mehr an Erklärungskraft einbüßte.

1.2 Die Krise des Labour-Revisionismus

Die ›langen‹ 1970er-Jahre waren in Großbritannien mit Blick auf die Regierungszeiten der Labour Party, ähnlich wie in der Bundesrepublik, ein »rotes Jahrzehnt«. Während die SPD in der Bundesrepublik das gesamte Jahrzehnt hindurch die Regierung stellte, regierte die Labour Party elf der 15 Jahre von 1964 bis 1979 – nur unterbrochen in den Jahren 1970 bis 1974, als die Konservativen mit Premierminister Edward Heath die Regierung stellten. Die Labour Party hatte als Regierungspartei und genuiner Träger der britischen Nachkriegsordnung einen krisenhaften Veränderungs- und Neuorientierungsprozess zu beschreiten. Dieser war geprägt vom intellektuellen Plausibilitätsverlust des revisionistischen Paradigmas als Ausdruck der Krise des britischen Nachkriegskonsenses und ging mit weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs der britischen Mitte-Links-Partei einher. Die spezifischen Konturen des Marktdiskurses der Labour Party in den 1970er-Jahren bildeten die Angriffsfläche für die neue konservative Marktsprache, die mit dem ihr zugrundeliegenden Niedergangsnarrativ mit den Kriseninterpretamenten der verschiedenen Flügel der Labour Party konkurrierte.

Ein Jahr nach der Ölkrise setzte das Kabinett des nach dem Scheitern der Heath-Regierung zum zweiten Mal ins Amt des Premierministers gewählten Harold Wilsons auf eine Politik, die auf den Annahmen des Nachkriegskonsenses beruhte. In Zeiten der Rezession, Weltwirtschaftskrise sowie steigender Arbeitslosigkeit verfolgte sie eine klassisch-keynesianische Politik des *deficit spending* und einer Ankurbelung der Nachfrage. Zur Problemlösung in den industriellen Beziehungen, an der die Regierung Heath zuvor gescheitert war, verfolgte man eine Politik der engen Kooperation mit den Gewerkschaften, um Einvernehmen mit den mächtigen Führern der Gewerkschaften herzustellen, Streiks zu verhindern und adäquate Lohnabschlüsse zu erzielen. Das Herzstück der Gewerkschaftspolitik der Wilson-Regierung bildete der *Social Contract*, den man bereits 1973 mit den Gewerkschaften ausgehandelt hatte.⁷¹ Dieser beinhaltete eine kontinuierliche Beteiligung der Gewerkschaften an den politischen Entscheidungen sowie wirt-

⁷¹ Zum Social Contract vgl. ausführlich *Robert Taylor*, *The Rise and Fall of the Social Contract*, in: Anthony Seldon/Kevin Hickson (Hrsg.), *New Labour, old Labour. The Wilson and Callaghan governments, 1974–79*, London/New York 2004, S. 70–103.

schafts- und sozialpolitische Zugeständnisse. Im Gegenzug verpflichteten sich die Gewerkschaften, Zurückhaltung bei Lohnabschlüssen zu üben. Im Rahmen des informellen Abkommens zwischen Labour und dem *Trade Union Congress* (TUC), dem Dachverband der britischen Gewerkschaften, hatte sich die Regierung dazu verpflichtet, zur unmittelbaren Senkung des Haushaltsdefizits keine Kürzungen der öffentlichen Ausgaben vorzunehmen. Demzufolge beinhalteten die ersten beiden Haushaltsgesetze der nach den Wahlen vom Februar 1974 amtierenden Minderheitsregierung Wilsons eine kostspielige Ausgabenpolitik. Die gewerkschaftliche Gegenleistung moderater Lohnabschlüsse wurde allerdings auf einen späteren Zeitpunkt vertagt, weshalb sich der *Social Contract* von Beginn an in einer Schiefelage befand.⁷²

Die kostspielige Ausgabenpolitik der ersten Monate der Wilson-Regierung wurde in einer Zeit (von März bis August 1974) betrieben, als sich die Wirtschaftslage dramatisch verschlechterte. Während das Wirtschaftswachstum von 1973 bis 1974 von 5,4 Prozent auf -1,5 Prozent sank, stieg die Inflationsrate von 9,1 Prozent im Jahr 1973 auf 15,9 Prozent 1974. Zudem verschärfte sich das chronische Zahlungsbilanzdefizit weiter.⁷³ Die reflationären Maßnahmen der pragmatisch orientierten Regierungspolitiker um Premierminister Harold Wilson, Außenminister und späterem Premierminister James Callaghan sowie Schatzkanzler Denis Healey standen damit auf dem Boden des Nachkriegskonsenses. Das keynesianische Paradigma »Markt-Staat-Plan« war handlungsleitend für eine Politik, die zur Lösung einer akuten ökonomischen Problemlage auf Nachfragesteuerung durch einen aktiven Staat setzte und weiterhin am Ziel der Vollbeschäftigung orientiert war.

Für diese Politik spielten aber auch rein pragmatische Gesichtspunkte eine Rolle: Die Wahlen im Februar hatten Labour nur einen hauchdünnen Vorsprung vor den Tories beschert und die daraufhin gebildete Regierung der Labour Party verfügte über keine Mehrheit im Parlament. Im Hinblick auf bald auszurufende Neuwahlen, die Labour eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit bringen sollten, wäre ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik mit unpopulären Kürzungen im Sozialbereich schwer durchsetzbar gewesen.⁷⁴ Außerdem wurde das Labour-Kabinett in den ersten Regierungsmonaten von Themen in Anspruch genommen, deren Bearbeitung Priorität genossen.⁷⁵ Bernard Donoghue, Berater

⁷² Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 175 f.

⁷³ Für die Zahlen vgl. Arthur Marwick, *A history of the modern British Isles, 1914–1999. Circumstances, events, and outcomes*, Oxford, UK/Malden, Mass. 2000, S. 275 f. Vgl. zudem Douglas Wass, *Decline to fall. The making of British macro-economic policy and the 1976 IMF crisis*, Oxford 2008, S. 42.

⁷⁴ Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 175.

⁷⁵ Vgl. Ebke, »The Party is Over«?, S. 65.

Wilsons und Mitglied in dessen »Küchenkabinett«, hat in seinen Memoiren darauf verwiesen, dass partei- und kabinettsinterne Streitigkeiten um das nationale Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EG und über die schließlich im Oktober 1974 ausgeschriebenen Neuwahlen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten abgelenkt hätten. Regelmäßige Diskussionen über die Wirtschaftspolitik hätten erst ab Dezember im Kabinett stattgefunden.⁷⁶ In dieser machtpolitischen Übergangssituation und in einem Klima tiefer Verunsicherung angesichts der wirtschaftlichen Lage sowie parteiinterner Differenzen bedienten sich die pragmatischen Regierungspolitiker Labours – ihren *One-Nation*-Vorgängern in der Konservativen Partei nicht unähnlich – des Instrumentariums der keynesianischen Konsenspolitik, mit dem sie bereits vertraut waren.

Das Instrumentarium der antizyklischen Globalsteuerung stieß jedoch schon Ende des Jahres 1974 deutlich an seine Grenzen. Dies hatte mit den Auswirkungen der Ölkrise zu tun: Die erdölexportierenden Länder investierten ihre Mehreinnahmen nicht komplett, was dazu führte, dass die Exporte der Industrienationen zurückgingen.⁷⁷ Dadurch geriet ihr Wachstum ins Stocken und es ergaben sich gravierende Probleme für die Zahlungsbilanz der erdölimportierenden Staaten. Gleichzeitig führte der Anstieg des Ölpreises dazu, dass sich die Geldentwertung beschleunigte; in Großbritannien stieg die Inflationsrate 1975 nochmals auf 26 Prozent an.⁷⁸ Auf die globalen ökonomischen Verwerfungen infolge der Ölkrise reagierte ein Großteil der westlichen Industrienationen, inklusive der Bundesrepublik, anders als die britische Regierung, mit der Folge, dass sich das Problem weiter verschärfte: Während sich die Labour-Regierung an die zunächst vom IWF ausgesprochene Empfehlung hielt und von Sparmaßnahmen absah, verfolgten die Regierungen der Bundesrepublik, Japans und, in geringerem Maße, auch Frankreichs und der USA eine deflationäre Politik, um die Zahlungsbilanz ausgeglichen zu halten. Die mit diesem Ziel beschlossenen Sparmaßnahmen führten zu einer schweren Rezession internationalen Ausmaßes – mit besonders verheerenden Folgen für Großbritannien, wo die Exporte aufgrund der durch die Sparmaßnahmen sinkenden Nachfrage in anderen Ländern massiv zurückgingen, während die durch die deflationäre Politik angeheizte britische Wirtschaft weiterhin aus den

⁷⁶ Vgl. *Bernard Donoghue*, Prime Minister. The conduct of policy under Harold Wilson and James Callaghan, London 1987, S. 56. »To me as a newcomer to central government, the most striking feature of the first twelve months of Harold Wilson's third and fourth administrations was the infrequency of collective Cabinet discussions on economic policy«, erinnert sich Donoghue. Ebd., S. 51.

⁷⁷ Vgl. *Stephen Broadberry*, Economic policy, in: Jonathan Hollowell (Hrsg.), Britain since 1945, Oxford 2003, S. 383–403, hier S. 393.

⁷⁸ Vgl. *Max-Stephan Schulze/Nicholas Woodward*, The Emergence of rapid Inflation, in: Richard Cooney/Nicholas Woodward (Hrsg.), Britain in the 1970s. The troubled economy, London 1996, S. 106–125, hier S. 114.

anderen Industrienationen importierte. Wenn Denis Healey in seinen Memoiren feststellte, die USA, Deutschland und Japan hätten mit ihrer deflationären Politik die Defizite ihrer Volkswirtschaften auf Kosten der britischen minimiert⁷⁹, so hatte er damit nicht Unrecht.⁸⁰

Nach den zweiten Unterhauswahlen des Jahres 1974 im Oktober erlangte die Labour Party eine parlamentarische Mehrheit und damit auch den Spielraum, die politische Initiative zu ergreifen. Angesichts der Erfahrungen des Jahres 1974 vollzog die Regierung im Jahr 1975 einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik⁸¹: In der Rezession von 1974/75 rückte sie von der bis dahin praktizierten antizyklischen Globalsteuerung ab und schlug ebenfalls einen deflationären Kurs ein. »We have to face up to the consequences of the situation in which we and the world find ourselves. The worst world recession since the thirties«, machte Wilson den Delegierten des Labour-Parteitags 1975 in Blackpool deutlich. »Our inflation more than twice that of our competitors. Because of this and the five-fold oil price increase, we spent abroad last year 14 pence in the pound more than we earned abroad. Less this year – a great narrowing of the gap – but still a formidable total and a serious addition to our already heavy overseas debt.«⁸² Nicht mehr das Ziel der Vollbeschäftigung hatte Priorität, sondern die Verbesserung der britischen Zahlungsbilanz und die Konsolidierung des Staatshaushalts. »[I]nflation is our great enemy«, so der Premierminister weiter, »the threat to our objectives and ideals. It is inflation which has stopped us re-expanding the economy and getting rid of unemployment. In this sense inflation is the father and mother of unemployment.«⁸³ Die treibende Kraft hinter diesem Kurswechsel war Schatzkanzler Healey. Gegen den Widerstand des linken Parteiflügels und von Teilen des Kabinetts setzte er eine Politik durch, die zur Bekämpfung der im europäischen Vergleich exorbitant hohen Inflation auf die Reduzierung öffentlicher Ausgaben setzte. Zusätzlich sollte eine imperative Einkommenspolitik die Sparmaßnahmen flankieren, was aber an dem massiven Protest der Labour-Linken, die an dem im *Social Contract* bereits praktizierten System der freiwilligen Lohnbeschränkungen festhalten wollte, scheiterte.⁸⁴

⁷⁹ Vgl. *Denis Healey*, *Time of My Life*, London 1989, S. 423.

⁸⁰ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 177.

⁸¹ Vgl. *Peter A. Hall*, *The movement from Keynesianism to monetarism: Institutional analysis and British economic policy in the 1970s*, in: Sven Steinmo/Kathleen Ann Thelen/Frank Longstreth (Hrsg.), *Structuring politics. Historical institutionalism in comparative analysis*, Cambridge/New York 1992, S. 90–113, hier S. 99 f.

⁸² Harold Wilson, Rede auf dem Parteitag der Labour Party 1975 in Blackpool, in: *Labour Party, Annual Conference Report*, London 1975, S. 183.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Der vom Kabinett gefundene Kompromiss bestand schließlich in der Einführung einer kooperativen Einkommenspolitik mit Sanktionen.

Wie stark die Partei Mitte der 1970er-Jahre bereits gespalten war, zeigte sich im Frühjahr 1976, als im Unterhaus über die vorgesehenen Sparmaßnahmen abgestimmt wurde. Um die rebellierende Labour-Linke zu disziplinieren und den neuen Kurs durchzusetzen, blieb Wilson nur noch das Mittel der Vertrauensfrage, die er schließlich für sich entscheiden konnte. Als der seit Längerem erkrankte Premierminister im März 1976 seinen Rücktritt bekannt gab, hatten die zur Inflationsbekämpfung beschlossenen Maßnahmen Wirkung gezeigt. Die Inflationsrate sank 1976 bereits wieder auf 15 Prozent und ging bis 1978 auf 11 Prozent herunter.⁸⁵ Dies änderte aber nichts daran, dass das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte in die Leistungsfähigkeit der britischen Wirtschaft nachhaltig erschüttert war. Die stark ausgeprägte Krisenwahrnehmung und die Diskussionen über »Hyperinflation« und den Zusammenbruch der Demokratie auf dem Höhepunkt der Geldentwertung im Frühjahr 1975 machten nicht an den nationalen Grenzen halt, sondern wirkten gewissermaßen transnational. Wilsons Nachfolger im Amt des Premierministers, der bisherige Außenminister James Callaghan, sah sich, gerade einmal ein paar Wochen im Amt, mit einem gravierenden finanzwirtschaftlichen Problem konfrontiert, das die gesamte britische Nachkriegszeit hindurch bestanden hatte: der Wertverlust des Pfundes. Dieses Problem weitete sich 1976 zu einer Währungskrise mit weitreichenden Konsequenzen für die britische Nachkriegsordnung aus.

Die Ursache der sogenannten IWF-Krise lässt sich letztendlich auf einen einfachen Nenner bringen: Die dauerhafte Krisenhaftigkeit der britischen Volkswirtschaft im Zuge ihres relativen Niedergangs durch steigende Arbeitslosigkeit, hohe Inflation, chronisches Zahlungsbilanzdefizit, zunehmende Arbeitskämpfe und Verschuldung des Staatshaushalts führte zu einem Vertrauensverlust der internationalen Anleger. Diese zogen ihr Kapital ab und verweigerten weitere Kredite.⁸⁶ Angesichts des dramatischen Wertverfalls der britischen Währung im Herbst 1976 entschloss sich Healey in Absprache mit Callaghan, einen Darlehensantrag beim Internationalen Währungsfond (IWF) einzureichen. Die Hilfe des IWF war an Auflagen gekoppelt, die die Regierung zu weitgehenden Ausgabenkürzungen zwangen. Healey war der Ansicht, ein Darlehen sei notwendig, um die internationale Kreditwürdigkeit Großbritanniens wiederherzustellen und das zu erwartende Haushaltsdefizit binnenwirtschaftlich zu finanzieren.⁸⁷

Die Geschichte der IWF-Krise ist eingehend untersucht worden⁸⁸ und muss an dieser Stelle nicht erzählt werden. Mit Blick auf die Entwicklung des Marktdis-

⁸⁵ Vgl. *Schulze/Woodward*, *The Emergence*, S. 114f.

⁸⁶ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 180.

⁸⁷ Vgl. dazu auch *Ebke*, »The Party is Over«?, S. 77–104.

⁸⁸ Eine gründliche Untersuchung der IWF-Krise im Kontext der Politik der Labour-Regierungen Wilsons und Callaghans anhand des einschlägigen Quellenmaterials bietet *Kevin Hickson*,

kurses der Labour Party und ihre Bedeutung für die erfolgreiche Durchsetzung der thatcheristischen Marktsprache in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sind die Auswirkungen der Währungskrise wichtiger als ihr Verlauf, und dies vor allem auf zwei Ebenen⁸⁹: Erstens prägte sich die IWF-Krise als Sinnbild des ökonomischen Niedergangs des Landes in das kollektive Bewusstsein der Briten ein und mit ihr die Mahnung, dass etwas Vergleichbaren niemals wieder geschehen dürfe. Vor dem Hintergrund des 2016 erfolgten Referendums über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (»Brexit«) mag man sich das Ausmaß an nationaler Kränkung eines Landes vorstellen können, das wie kein zweites den Verlust der nationalen Souveränität fürchtet. Das Angewiesensein auf eine fremde Institution und die vom IWF und der amerikanischen Regierung gestellten Auflagen mussten als tiefe Demütigung empfunden werden.⁹⁰

Im Lichte der Ereignisse des Jahres 1976 wurde die IWF-Krise konsequent als Sinnbild des wirtschaftlichen Niedergangs präsentiert. Wiederholt betonte Thatcher, Großbritannien erfahre eine katastrophale nationale Krise: »The very survival of our laws, our institutions, our national character – that is what is at stake today«, rief sie den Delegierten des Parteitag der Konservativen Partei 1976 zu. »Economically, Britain is on its knees. [...] It is known by people of all ages. By those old enough to remember the sacrifices of the war and who now ask what ever happened to the fruits of victory; by the young, born since the war, who have seen too much national failure; by those who leave this country in increasing numbers for other lands. For them, hope has withered and faith has gone sour.«⁹¹ Es gebe mehrere Ursachen »for what is known as ›the British sickness««, die allererste sei die ungezügelter Ausgabenpolitik der Labour-Regierung, die zur Situation des Jahres 1976 geführt habe: »[W]e have become the big spenders of

The IMF crisis of 1976 and British politics, London/New York 2005. Vgl. zudem *Edmund Dell*, *A hard pounding. Politics and economic crisis, 1974–1976*, Oxford/New York 1991; *Kathleen Burk/Alec Cairncross*, *Goodbye, Great Britain. The 1976 IMF crisis*, New Haven/London 1992; *Wass*, *Decline to fall*; *Mark D. Harmon*, *The British labour government and the 1976 IMF crisis*, New York 1997 sowie *Ders.*, *The 1976 UK-IMF crisis. The markets, the Americans, and the IMF*, in: *Contemporary British History* 11, 2008, S. 1–17.

⁸⁹ Vgl. auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 183 f.

⁹⁰ Ein Jahr vor der IWF-Krise war schon einmal über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft diskutiert und ein Referendum abgehalten worden, wobei die Frage der nationalen Unabhängigkeit – wie 2016 auch – eine herausragende Rolle gespielt hatte. Für das Verhältnis Großbritanniens zu Europa immer noch maßgeblich ist *Hugo Young*, *This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, London/Basingstoke 1998. Für die Diskussion um die Frage der nationalen Souveränität im Zusammenhang mit dem EG-Referendum 1975 vgl. ebd., S. 293–296. Vgl. jetzt auch *Brendan Simms*, *Britain's Europe. A Thousand Years of Conflict and Cooperation*, London 2016.

⁹¹ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Brighton, 8. 10. 1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103105> [13. 6. 2018].

Europe – spenders of other countries' money. The Labour Government of Harold Wilson and James Callaghan have spent and spent and spent again with unbridled extravagance. And they have exhausted the means to pay for it. They have nearly exhausted the patience and tolerance and respect of our friends. Under Labour the land of hope and glory has become the land of beg and borrow. Today, the Government are back once more at the money lenders for what may well be their last chance—and ours. For this time they are about to pledge the nation's credit to the hilt.«⁹² Im Verlauf der folgenden Jahre wurden Thatcher und ihre Mitstreiter nicht müde, in ihrer Niedergangserzählung auf diese nationale Schande zu rekurrieren. »Labour Ministers were forced to go on their knees to the bankers of the International Monetary Fund, and beg for loans to pay for their high-minded profligacy«, schrieb Thatcher im Wahlkampf 1979 auf die IWF-Krise zurückblickend in einem Artikel im *Daily Express*. »You may not remember the details of that humiliating episode. But I do – they are etched on my memory. I recall saying to myself at the time: >If ever I am head of a British Government, there is no way in which I am going to land us in such a shameful mess. Anything rather than that.<«⁹³

Zweitens markierte die IWF-Krise den ersten klaren Bruch mit dem keynesianischen Paradigma »Markt-Staat-Plan«, auf dem die britische Nachkriegsordnung basierte. Auf dem Höhepunkt der Orientierungskrise der keynesianischen Sozialdemokratie gaben ihre Protagonisten nun öffentlich zu, dass ihr sozioökonomisches Ordnungsmodell an seine Grenzen gestoßen war. Schon Harold Wilson hatte Zugeständnisse an die Annahmen des Monetarismus gemacht, als er 1975 vor der *National Union of Mineworkers* (NUM) erklärte: »[I]t is not a question to-day [...] of choosing between inflation and unemployment. Inflation is causing unemployment.«⁹⁴ Im Zuge der Reaktion der Regierungspolitik auf die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen wurden die Grenzen des Sagbaren von den Trägern der Nachkriegsordnung selbst verschoben. Am 30. September 1976, einen Tag nach der offiziellen Verkündung des Kreditantrags Großbritanniens beim IWF, suchte Healey die Unterstützung für die Entscheidung der Regierung auf dem Parteitag der Labour Party in Blackpool und erläuterte, was das bedeutete: »It means sticking to the very painful cuts in public expenditure on which the Government has already decided. It means sticking to a pay policy. It means seeing that the increase in our output which has now begun goes not into public or

⁹² Ebd.

⁹³ Margaret Thatcher, »We cannot prosper with dud cheques«, Artikel in *Daily Express*, 1. 5. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104056> [6. 5. 2018].

⁹⁴ *Harold Wilson*, Final term. The Labour Government, 1974–1976, London 1979, S. 267 f.

private spending, but into exports and investment.«⁹⁵ Der Regierungschef wurde in seiner Rede noch deutlicher. Callaghan verteidigte seine Politik und formulierte jene berühmt gewordene Passage, die von zeitgenössischen Beobachtern als Eingeständnis des Scheiterns des Nachkriegskonsenses durch die Regierung eingeschätzt worden ist: »We used to think that you could spend your way out of a recession and increase employment by cutting taxes and boosting government spending. I tell you in all candour that that option no longer exists, and in so far as it ever did exist, it only worked on each occasion since the war by injecting a bigger dose of inflation into the economy, followed by a higher level of unemployment as the next step.«⁹⁶ Die Parteitagrede des Premierministers und Parteichefs war von einem der bekanntesten Wirtschaftsjournalisten des Landes, seinem Schwiegersohn Peter Jay, entworfen worden, der neben Samuel Brittan der wichtigste Vertreter der monetaristischen Doktrin in der Öffentlichkeit war.⁹⁷

Sowohl Politiker des linken Flügels der Labour Party als auch einige Zeithistoriker haben die vom Kabinett Callaghan verfolgte Sparpolitik als neoliberal motivierte Zerstörung des keynesianischen Nachkriegskonsenses gewertet.⁹⁸ Der Tag der Zustimmung zu den Auflagen des IWF blieb in der Parteimythologie später als »the day international capitalism destroyed the Labour government«⁹⁹ in Erinnerung. Der Historiker Eric Shaw hat in seiner Interpretation der IWF-Krise und der Politik der Labour-Regierung sogar bezweifelt, dass es überhaupt einen wirklichen ökonomischen Handlungszwang gegeben habe, der den Kurswechsel Labours gerechtfertigt hätte. Eher sei dieser eine Reaktion auf die politische Offensive des Unternehmerlagers und der politischen Rechten gewesen, die den keynesianischen Wohlfahrtsstaat aushöhlen wollten.¹⁰⁰ Andere haben argumentiert, es sei vor allem die Zurückweisung des Ziels der Vollbeschäftigung als Pfeiler der Konsenspolitik zugunsten der Geldmengenkontrolle gewesen, die die keynesia-

⁹⁵ Denis Healey, Rede auf dem Parteitag der Labour Party in Blackpool 1976. Die Rede ist abgedruckt in: *Healey, Time of My Life*, Zitat S. 429.

⁹⁶ James Callaghan, Rede auf dem Parteitag der Labour Party in Blackpool, 28.9.1976, in: *Labour Party, Annual Conference Report, London 1976*, S. 188.

⁹⁷ Im Zuge der »Krise des Keynesianismus« und des Aufstiegs des internationalen Neoliberalismus Mitte der 1970er-Jahre kam es in Großbritannien zu einer regelrechten Massenkonversion von Wissenschaftlern und Journalisten zum Monetarismus. Vgl. dazu auch Viertes Kapitel, 1.2 der vorliegenden Arbeit.

⁹⁸ Vgl. dazu auch *Ebke*, »The Party is Over«?, S. 92 f.

⁹⁹ *Donald Sassoon, One hundred years of socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, New York 1996, S. 504.

¹⁰⁰ Vgl. *Eric Shaw, The Labour Party since 1945. Old Labour – New Labour*, Oxford 1996, S. 139 f. Shaw zufolge seien die makroökonomischen Daten viel besser gewesen, als sie dargestellt wurden.

nische Nachkriegsordnung zerstört habe.¹⁰¹ Martin Holmes schrieb 1985 unter dem Eindruck der Politik Thatchers, die Callaghan-Regierung habe einen Wandel des intellektuellen Klimas gefördert, der die Annahmen der thatcheristischen Politik vorweggenommen habe.¹⁰²

Die Zerstörung des Nachkriegskonsenses war sicherlich nicht das Ziel, das die Labour-Regierungspolitiker während ihrer Entscheidungen der Jahre 1975/76 leitete. Von einem Einzug des Neoliberalismus oder gar eines Marktradikalismus in die Labour Party in diesen Jahren zu sprechen, ginge fehl. Callaghan und sein Kabinett blieben grundsätzlich den revisionistischen Annahmen »*Old Labours*« verhaftet.¹⁰³ Im Mittelpunkt seines wirtschaftspolitischen Ansatzes stand die Verbesserung ökonomischer Effizienz, die durch eine Industriepolitik des aktiven Staates und durch Planungsabkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern erreicht werden sollte. Als Minister der ersten Wilson-Regierung hatte Callaghan erfolgreich die innerparteiliche Opposition gegen die Gewerkschaftsreform geführt, die im *White Paper* »*In Place of Strife*« ausgearbeitet worden war und die gesetzliche Mittel zur Begrenzung der Gewerkschaftsmacht beinhaltet hatte. Als ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär und Protagonist des genuinen Bündnisses zwischen Labour und der Gewerkschaftsbewegung hielt er am Prinzip der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften fest. Den Annahmen der thatcheristischen Marktsprache, die er mit der *Laissez-faire*-Wirtschaft des 19. Jahrhunderts in Zusammenhang brachte, stellte er sich unmissverständlich entgegen: »We totally reject the harsh doctrines derived from the 19th century to which the present Conservative leadership has now reverted one hundred years late«, so der Premierminister in seiner Rede auf dem Labour-Parteitag 1978, »doctrines that give a low place to fairness and justice, doctrines that defend the rights of the strong and neglect the needs of the weak.«¹⁰⁴

Bei den Labour-Regierungspolitikern um Callaghan und Healey handelte es sich keineswegs um frischgebackene Konvertiten der neoliberalen Doktrin. Vielmehr waren sie angesichts der Wirkungslosigkeit keynesianischer Maßnahmen auf dem Höhepunkt des relativen wirtschaftlichen Niedergangs ihres Landes mit einer Situation konfrontiert, die ein alternatives Handeln erforderte. In einem Moment der tiefen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit schien die einzige

¹⁰¹ Vgl. beispielsweise *Kavanagh*, *Thatcherism and British politics*, S. 12; *Judt*, *Geschichte Europas*, S. 615.

¹⁰² Vgl. *Martin Holmes*, *The Labour government, 1974–79. Political aims and economic reality*, London 1985, S. 163 und S. 179–182.

¹⁰³ Vgl. dazu *Steven Fielding*, *The 1974–9 Governments and >New< Labour*, in: Anthony Seldon/Kevin Hickson (Hrsg.), *New Labour, old Labour. The Wilson and Callaghan governments, 1974–79*, London/New York 2004, S. 285–295, hier S. 289 f.

¹⁰⁴ James Callaghan, Rede auf dem Parteitag der Labour Party in Blackpool 1978, in: *Labour Party, Annual Conference Report, London 1978*, S. 233.

Handlungsalternative in der Hinwendung zum Monetarismus zu bestehen, die aber nicht ideologisch, sondern pragmatisch motiviert war.¹⁰⁵ Dass die Verwandlung der monetaristischen Marktsemantik in Regierungspolitik im Zuge der IWF-Krise von den revisionistischen Labour-Politikern vollzogen wurde, war Ausdruck des Plausibilitätsverlusts der Annahmen des keynesianischen Nachkriegskonsenses. Der Rückgriff auf die monetaristische Politik war möglich geworden, weil sich die Grenzen des Sagbaren im Marktdiskurs auf einem Höhepunkt der Krisenwahrnehmung Mitte der 1970er-Jahre verschoben hatten. Als die intellektuelle Krise des keynesianischen Paradigmas unübersehbar wurde, griffen seine Protagonisten in der Labour Party in Ermangelung anderer, für sie möglicher Handlungsalternativen auf Ideen zurück, die im Zuge des sich öffnenden Diskurses von Journalisten und Wissenschaftlern artikuliert wurden und dazu geeignet schienen, die politische Initiative zurückzubringen.

Wenngleich die Labour Party in jenen Jahren keinen offenen Bruch mit dem Nachkriegskonsens vollzog, hatte der Kurswechsel zu einer monetaristischen Politik der Inflationskontrolle Auswirkungen mit Blick auf die Radikalisierung des Marktdiskurses der Konservativen Partei. Im Wettstreit der beiden großen Parteien waren die Grenzen des Sagbaren und damit – wie sich bereits gezeigt hatte – auch die Grenzen des politisch Machbaren so weit geöffnet worden, dass es in der Auseinandersetzung innerhalb der Konservativen Partei kein »Zurück« mehr hinter die von der Labour Party selbst vollzogenen Grenzverschiebungen des Marktdiskurses geben konnte. »[T]he direction of policy after 1975 made it impossible for any Conservative to argue for a less rigorous approach to monetary and spending policy«, ist mit Blick auf die Formulierung des *New Realism* Callaghans kürzlich festgestellt worden.¹⁰⁶ Wenn der politische Gegner der Konservativen auf einen Kurs einschwenkte, der seit dem Scheitern der Heath-Regierung entschieden und lautstark vom thatcheristischen Parteiflügel – und weniger von den gemäßigten Tories um den ehemaligen Regierungschef, welche die Abkehr von den Prinzipien des Nachkriegskonsenses in den Jahren 1970 bis 1974 unterlassen hatten¹⁰⁷ – propagiert wurde, so gab dies der thatcheristischen Haltung und damit der Marktsprache im innerparteilichen Aushandlungsprozess Auftrieb. Für die Struktur der diskursiven Auseinandersetzung um die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat bedeutete dies, dass es nicht mehr um

¹⁰⁵ Brian Harrison betont, dass die Labour-Regierung Callaghans, im Gegensatz zu den Thatcheristen später, nicht aus Überzeugung gehandelt, sondern monetaristische Elemente lediglich als temporäre Notbehelfe eingesetzt hätte. Vgl. *Brian Harrison, Finding a Role?. The United Kingdom 1970–1990*, Oxford 2010, S. 297 f. Auch Almuth Ebke deutet die Politik der Labour-Regierung im Kontext der IWF-Krise so. Vgl. *Ebke, »The Party is Over«?*, S. 97 f.

¹⁰⁶ *Williamson, Conservative Economic Policymaking*, S. 53.

¹⁰⁷ Vgl. dazu ausführlich Drittes Kapitel, 1.1.1 der vorliegenden Arbeit.

die Frage ging, ob ein »mehr an Markt« zur Überwindung des nationalen Niedergangs notwendig war, sondern vielmehr nur noch darum, »wie viel mehr Markt« benötigt wurde. Auf dem Feld des Regierungshandelns waren die Grenzen des Diskurses zum rechten Spektrum hin geöffnet worden. »A year ago, [...] I was denounced as >monetarist<, a >self-confessed monetarist<, as the *Guardian* put it, and accused of wanting unemployment«, konnte Keith Joseph im September 1975 verkünden. »Today, Mr. Wilson and Mr. Healey have come closer to my views to judge by their deeds, their words and, not least, by their silences. We are all monetarists now [...].«¹⁰⁸

1.3 Der thatcheristische Gegenangriff: »Markt« und »Kapitalismus« als Gegengift gegen »Keynes« und den nationalen Niedergang

Vor dem Hintergrund des Kurswechsels der Labour-Regierung des Jahres 1975 beschworen die marktradikalen Kräfte der Konservativen Partei einen weitreichenden Umschwung der öffentlichen Meinung gegen den sozialdemokratischen Konsens. Das intellektuelle Klima habe sich geändert, so Joseph. »There is now wider awareness that there are limits to what governments can do, at least in the direction of good. And if governments overstep these limits, whatever their intentions, they will do harm; they are liable to produce the opposite of what they intended.«¹⁰⁹ Gut zwei Monate später erklärte er bei anderer Gelegenheit: »There is [...] hope that we can reach common understanding of the essential need for good profits [...]. Many [...] of the people understand that job security, good pay, good working conditions and increased investment all depend on adequate profit [...]. There are signs that even the government is beginning to move towards this understanding.«¹¹⁰

Das partielle Einschwenken der Labour-Regierung auf die Linie der Konservativen 1975/76 erschien in diesem Lichte als Eingeständnis des Scheiterns der keynesianischen Nachkriegsordnung und als Bestätigung der Notwendigkeit der Abkehr von ihren Prinzipien, die von den Thatcheristen gefordert wurde. Zudem beschwor Joseph eine sich durch die Krise wandelnde Gemütslage des britischen Volkes, die den Gewissheiten des einstigen keynesianisch-sozialdemokratischen Konsenses abschwor und stattdessen den Annahmen der thatcheristischen Marktsprache zugewandt war. »[T]he new mood favours decentralisation of economic

¹⁰⁸ Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 24.9.1975, abgedruckt in: *Ders., Stranded on the middle ground?*, S. 9–17, hier S. 17.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Keith Joseph, Rede vor der Oxford Union, 6.12.1975, abgedruckt in: *Ders., Stranded on the middle ground?*, S. 19–34, hier S. 31.

and political power, private initiative«, insistierte Joseph, »it hankers after smallness of scale and is hostile both to our top heavy bureaucracy and to State planning.«¹¹¹ Ein Jahr nach der Sterlingkrise verkündete Thatcher: »People of all backgrounds are casting off socialist illusions in the light of socialist reality, and are coming round to our viewpoint. This is the end of the trend to the Left, and the starting point of a new renaissance. The revolt against excessive taxation, further nationalisation, waste, goes from strength to strength. [...] I have reason to believe that the tide is beginning to turn against collectivism, socialism, statism, dirigism, whatever you call it. And this turn is rooted in a revulsion against the sour fruit of socialist experience.«¹¹²

Anders als der mit dem *New Realism* vollzogene Kurswechsel der Labour Party war der konservative Gegenangriff auf die Fundamente der britischen Nachkriegsordnung gerichtet. Die IWF-Krise des Jahres 1976 fügte sich nahtlos in das thatcheristische Krisennarrativ ein. Für die Thatcheristen waren die Ursachen des Niedergangs nicht bloß in konjunkturellen Schwächen oder tagespolitischen Fehlentscheidungen begründet.¹¹³ Der *British decline* gründete vielmehr in den fehlgeleiteten Annahmen der keynesianischen Konsenspolitik nach 1945. Als die thatcheristischen Akteure innerhalb der Konservativen Partei ihren Angriff forcierten, war der intellektuelle Plausibilitätsverlust des keynesianischen Paradigmas bereits weit fortgeschritten. Der britische Ökonom und Statistiker Alban W. Phillips hatte für die 1950er-Jahre eine Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und der Veränderung der Inflationsrate nachgewiesen.¹¹⁴ Je höher die Arbeitslosigkeit war, desto niedriger waren die Löhne; umgekehrt ergab sich aus keynesianischer Sicht ein inflationssteigernder Effekt bei sinkender Arbeitslosigkeit. Aber schon in den 1960er-Jahren hatte sich in Großbritannien gezeigt, dass diese Rechnung nicht mehr aufging. Der von Phillips beschriebene wechselseitige Zusammenhang entsprach nicht der Wirklichkeit. Das Schlagwort »Stagflation« beschrieb das nun vorherrschende Phänomen einer wirtschaftlichen Stagnation und einer folglich hohen Arbeitslosigkeit in Kombination mit Inflation.

Seit Beginn der 1970er-Jahre wurde unter Publizisten, Wissenschaftlern und Politikern eine breite, kritische Diskussion um den Keynesianismus geführt.¹¹⁵ »In my view, there is little doubt but that the individual who (perhaps unwitting-

¹¹¹ Keith Joseph, To survive, small will be beautiful, in: The Guardian, 1.7.1977, S. 8.

¹¹² Margaret Thatcher, Rede vor der Zürich Economic Society (»The New Renaissance«), 14.3.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103336> [12.5.2018].

¹¹³ Vgl. Geppert, Thatchers konservative Revolution, S. 205.

¹¹⁴ Vgl. Alban W. Phillips, The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957, in: *Economica* 25, 1958, Nr. 100, S. 283–299.

¹¹⁵ Vgl. dazu und zum Folgenden Geppert, Thatchers konservative Revolution, S. 205–208.

gly) most seriously damaged the interests of his native country was Lord Keynes«, schrieb der Historiker Max Beloff im Oktober 1973.¹¹⁶ Sein Berufskollege Robert Skidelsky schrieb im *Spectator*, Keynes habe die Fähigkeit demokratischer Regierungen überschätzt, die Wirtschaft rational steuern zu können. »It [the government, P. B.] has turned out to be too weak – too much penetrated by, dependent on, or at the mercy of outside forces to be able to make its economic will prevail. This ›overloading‹, to use the current jargon, threatens democracy by saddling democratic governments with a cumulative burden of failure.« Das Problem bestehe in einer Überbürdung des Staates mit immer mehr Aufgaben, die er angesichts seiner Abhängigkeit von Partikularinteressen nicht erfüllen könne. Die Regierungspolitik sei im Ringen um die Gunst des Wählers nicht von ökonomischer Vernunft, sondern von politischen Überlegungen geleitet gewesen: »[E]conomic life became a matter for continuous political decision, economic rationality (however defined) would be subordinated to political demands through the auction for votes of a competitive political system.«¹¹⁷ Ähnlich argumentierte auch Samuel Brittan. Er beschrieb die schier unüberwindlichen *Economic Contradictions of Democracy*, die aus der Tendenz der miteinander im Wettstreit stehenden politischen Akteure erwüchsen, dem Wähler unerfüllbare wirtschaftliche Versprechungen zu machen.¹¹⁸ Andere beschrieben die Krise des keynesianischen Nachkriegskonsenses allgemeiner als Überforderung des Staates durch wachsende soziale Komplexität und organisierte Interessengruppen.¹¹⁹

Aus der hier zum Ausdruck kommenden intellektuellen Krise des Keynesianismus konnte die thatcheristische Krisenerzählung Kapital schlagen. *Proclaim the Message: Keynes is Dead*, lautete der Titel eines Aufsatzes, in welchem sich Keith Joseph mit den Ursachen der britischen Krankheit auseinandersetzte.¹²⁰ Neben der Diskreditierung der Annahmen des keynesianischen Nachkriegskonsenses bestand eine gängige Strategie der Gegner des keynesianischen Paradigmas innerhalb der Konservativen Partei in bewussten Umdeutungen der keynesianischen Lehre. Thatcher und Joseph pflegten zu betonen, dass man einen Unterschied machen müsse zwischen Keynes und den Protagonisten der Konsenspolitik, die die Lehre des Ökonomen mit ihren eigenen politischen Überlegungen verfälscht hätten.

¹¹⁶ Max Beloff, The Future of the State. Why it Should Withers Away, in: *New Society*, 13.10.1974.

¹¹⁷ Robert Skidelsky, The Political Meaning of the Keynesian Revolution, in: *Spectator*, 7.8.1976, S. 8 f., hier S. 8. Auch online abrufbar: URL: <http://archive.spectator.co.uk/article/7th-august-1976/8/the-political-meaning-of-the-keynesian-revolution> [13.6.2018].

¹¹⁸ Vgl. Samuel Brittan, The Economic Contradictions of Democracy, in: *British Journal of Political Science* 5, 1975, S. 129–159.

¹¹⁹ Vgl. King, *Overload*.

¹²⁰ Vgl. Keith Joseph, *Proclaim the Message: Keynes is Dead*, in: Patrick Hutber (Hrsg.), *What's Wrong With Britain?*, London 1978, S. 99–106.

»Now from what Keynes wrote«, so Joseph in seiner Rede in Preston im September 1974, »it seems likely that he would have disowned most of the allegedly Keynesian remedies urged on us in his name and which have caused so much harm.«¹²¹ Nicht notwendigerweise habe Keynes zur Bekämpfung mittel- und langfristiger Arbeitslosigkeit für eine Stärkung der Nachfrage und für eine Vergrößerung der Geldmenge plädiert. »He [Keynes, P. B.] placed greater emphasis on achieving better distribution of demand rather than increasing it. [...] What was said and done in his name has been quite different. For much of the past 20 years, successive governments, faced with a rise in registered unemployed, have deliberately increased public sector spending. This has been financed not by real savings but by Bank of England operations.«¹²² Die »Pseudo-Keynesianer«, wie Joseph die Vertreter des Paradigmas »Markt-Staat-Plan« zwei Jahre später bezeichnete, »turned Keynesian economics into a new kind of magic, prescribed their wonder-drug: demand.«¹²³ Keynes selbst sei aber sicher kein Keynesianer, sondern ein »monetarist by any reasonable definition of the term«¹²⁴ gewesen. Auch Thatcher nahm den Ökonomen nicht als Fürsprecher der Nachfrigestimulierung, sondern als Anwalt des gesunden Geldes in Anspruch. In ihrer Rede auf dem Parteitag der Konservativen im Jahr 1984 erklärte sie, die schon im *White Paper on Employment* der Konservativen Partei des Jahres 1944 angelegte Politik der Geldmengenkontrolle habe der Lehre Keynes entsprochen: »[S]ome people would call it >Thatcherite< but, in fact, it was vintage Maynard Keynes. He had a horror of inflation, a fear of too much State control, and a belief in the market.«¹²⁵

Als Teil der Begründung der monetaristischen Doktrin lieferte die thatcheristische Marktsprache eine Neudefinition von Arbeitslosigkeit, die zukünftig nicht mehr als Gesamtphänomen wahrgenommen und gemessen werden sollte, sondern in Unterkategorien wie temporär, kurzzeitig, langfristig, regional, freiwillig, betrügerisch etc. aufzuteilen war.¹²⁶ Dahinter stand das Kalkül, das Streben nach Vollbeschäftigung als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik als fehlgeleitet darzustellen und somit die Annahmen des Nachkriegskonsenses zu diskreditieren. Wieder wurde der geistige Vater der britischen Nachkriegsordnung selbst ins Feld

¹²¹ Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 5. 9. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹²² Ebd.

¹²³ Keith Joseph, *Monetarism is Not Enough*, Centre for Policy Studies, London 1976. Online abrufbar unter URL: www.margaretthatcher.org/document/110796 [15. 7. 2018].

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen in Brighton, 12. 10. 1984, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/105763> [13. 6. 2018].

¹²⁶ Vgl. *Brian Harrison, Finding a Role? The United Kingdom, 1970–1990*, Oxford 2010, S. 312.

geführt: »He [Keynes, P. B.] never dreamed of aggregating all categories of registered unemployed as a basis for prescribing policies,« führte Joseph in Preston aus. »On the contrary, he stressed, and all reasonable men in his day accepted, that there were widely differing phenomena included under the umbrella term ›unemployed‹, and that each needed its own specific treatment. What helped one kind, would not necessarily help another, and could even harm.«¹²⁷ So habe schon Keynes anerkannt, dass es temporäre Arbeitslosigkeit gebe: »Men left one job – or it left them – on Friday afternoon; they would rarely be in another by the following Monday morning. Nor would they necessarily take the first job offered. They would shop around, they might even take a few days' additional holiday.«¹²⁸ Diese temporären Fälle von Arbeitslosigkeit gingen ebenso wie die aus körperlichen oder psychischen Gründen nicht vermittelbaren Arbeitskräfte (*unemployables*) und die »freiwillig« Arbeitslosen (*voluntary unemployed*) in die Gesamtstatistik ein, weshalb die Gesamtarbeitslosenzahl wenig aussagekräftig sei.¹²⁹ »If [...] you take into account that only a proportion of the registered unemployed are fit, willing and available for work and have been out of work for more than four weeks and if the jobs available are in fact three times or so more numerous than those vacancies registered and published«, erklärte Joseph ein Jahr später am selben Ort, »then the actual unemployment of the kind which depends on the state of the economy as a whole is only a fraction of the total crude figures.«¹³⁰ Das von Joseph 1974 ins Leben gerufene *Centre for Policy Studies* konzentrierte einen Gutteil seiner Arbeit auf die Zusammenstellung von Argumenten, die die Relevanz der monatlichen Arbeitslosenzahlen infrage stellen sollten. »A good deal of our work has related to questioning the post-war consensus based on a misunderstanding of Keynes which must carry much of the blame for our inflationary recession and stagnation. [...] We questioned the relevance of the monthly figures of registered unemployed and vacancies as the Department of Employment statisticians themselves have done«, hieß es in diesem Memorandum, das die Beiträge des marktradikalen Think Tanks zur konservativen Neudefinition von Arbeitslosigkeit zusammenfasste.¹³¹ Insofern erfassten die semantischen Ver-

¹²⁷ Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 5.9.1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Vgl. ebd.

¹³⁰ Vgl. Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 24.9.1975, abgedruckt in: *Ders., Stranded on the middle ground? Reflections on Circumstances and Policies*, Centre for Policy Studies, London 1976, S. 9–17, hier S. 12.

¹³¹ Vgl. Memorandum des Centre for Policy Studies, Our Second Birthday Party. Two Candles to Shed Light, 20.5.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/111927> [13.6.2018].

schiebungen im Marktdiskurs der Konservativen Partei in den 1970er-Jahren auch den Bereich der Statistik.¹³²

Der im thatcheristischen Niedergangsnarrativ enthaltene Angriff auf den *post-war consensus* war mit weitreichenden Verschiebungen innerhalb des Marktdiskurses der britischen Konservativen verbunden. Die spezifische Argumentation der radikalen Kräfte innerhalb der Tory-Partei in Bezug auf Herausbildung und Gegebenheiten der britischen Nachkriegsordnung lief auf ein marktradikales Konzept der Krisenbewältigung hinaus, das schließlich die Dominanz des Paradigmas »Markt-Staat-Plan« brach und einen neuen, marktradikalen Konsens an seine Stelle setzte.

Am Beginn der thatcheristischen Argumentationskette stand eine spezifische historische Interpretation über die Ursachen des *decline*. Wenn es um die Herstellung historischer Bezüge im Thatcherismus geht, betont die Forschung gemeinhin die von Thatcher und ihren Mitstreitern regelmäßig dargebotenen Loblieder über die »viktorianischen Werte«, jene Rückgriffe auf die Tugenden des glorreichen britischen 19. Jahrhunderts, die als Medizin gegen den politisch-moralischen und ökonomischen Niedergang ins Feld geführt wurden.¹³³ Dabei hat Ewen Green darauf hingewiesen, dass die 1930er-Jahre und die unmittelbare Nachkriegszeit eine mindestens ebenso bedeutsame Rolle in der thatcheristischen Vergangenheitskonstruktion spielten wie die viktorianische Ära.¹³⁴ Wie oben dargestellt, hatten moderate Konservative wie Harold Macmillan aus Wirtschaftskrise, Ar-

¹³² Hierauf wie auf die thatcheristische Neudefinition von Arbeitslosigkeit hat bereits Dominik Geppert in seinem die Marktbegriffe der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie vergleichenden Vortrag in der Sektion »Grenzverschiebungen. Historische Semantik der 1960er und 1970er Jahre im deutsch-britischen Vergleich« des Historikertags 2010 in Berlin hingewiesen. Vgl. den Tagungsbericht in *Gabriele Metzler/Michael Wildt* (Hrsg.), *Über Grenzen*. 48. Deutscher Historikertag in Berlin 2010. Berichtsband, Göttingen 2012, S. 162–166.

¹³³ Die Liste mit Thatchers Lobpreisungen der viktorianischen Ära ist in der Tat lang. »[C]an we honestly say«, fragte sie etwa in ihrer Rede über Christentum und Politik im Frühjahr 1978 mit Blick auf die von ihren politischen Gegnern vorgebrachte Kritik an der viktorianischen Zeit, »that the system built up on private enterprise and freedom of choice has not produced an immense change for the better in the lot of all our people?« Margaret Thatcher, Rede vor St Lawrence Jewry, 30.3.1978, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103522> [13.6.2018]. Bei anderer Gelegenheit betonte sie: »It is noteworthy that the Victorian era – the heyday of free enterprise in Britain – was also the era of the rise of selflessness and beneficence.« Dies., Rede vor der Zürich Economic Society (»The New Renaissance«), 14.3.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103336> [12.5.2018]. Für eine ausführliche Diskussion des Rückbezugs Thatchers auf die »viktorianischen Werte« vgl. *Raphael Samuel*, *Mrs. Thatcher's Return to Victorian Values*, in: T. C. Smout (Hrsg.), *Victorian Values*, Oxford 1992, S. 9–29.

¹³⁴ Vgl. *Green*, *Ideologies of Conservatism*, S. 216–218; vgl. ähnlich *Julius Gould/Digby Anderson*, *Thatcherism and British Society*, in: Kenneth R. Minogue/Michael Biddiss (Hrsg.), *Thatcherism. Personality and Politics*, London 1987, S. 38–55, hier S. 42f.

beitslosigkeit und Massenverarmung der 1930er-Jahre die Schlussfolgerung gezogen, dem Kapitalismus Fesseln anzulegen, um derartiges Elend für alle Zeiten zu vermeiden. Auch jene führenden Politiker, die die Nachkriegspolitik der Tories in den 1960er- und 1970er-Jahren formuliert und gestaltet hatten, entstammten einer Generation, die in ihrer Jugend und im frühen Erwachsenenalter Wirtschaftskrise und Krieg bewusst miterlebt und daraus politische Konsequenzen gezogen hatten. Obwohl nicht einmal zehn Jahre jünger als der 1916 geborene Edward Heath, entstammte die 1925 geborene Thatcher, wie ihre wichtigsten Mitstreiter, bereits einer anderen Generation, die weniger die Massenarbeitslosigkeit der 1930er-Jahre, als vielmehr die Periode der Vollbeschäftigung nach 1945 bewusst erlebt hatte.¹³⁵ Auf diesen generationellen Unterschied und seine Auswirkungen auf die Beurteilung der 1930er-Jahre hat Thatcher in ihren Erinnerungen selbst hingewiesen: »Whereas for my [...] political contemporaries it was the alleged failure of that system in the Great Depression that convinced them that something better had to be found, for me the reality of business in our shop and the bustling centre in Grantham [Thatchers Geburtsort, P. B.] demonstrated the opposite. [...] What I learned [...] ensured that abstract criticisms I would hear of capitalism came up against the reality of my own experience: I was thus inoculated against the conventional economic wisdom of post-war Britain.«¹³⁶

Die nach 1945 von der Attlee-Regierung eingeleiteten Reformen und vor allem die Übernahme der von keynesianischen Annahmen getragenen Konsenspolitik durch die eigene Partei waren nach dieser Lesart Resultat einer Fehlinterpretation der Zwischenkriegszeit. Für Thatcher und ihre Mitstreiter waren die 1930er-Jahre »a period to be praised, not condemned«.¹³⁷ Die Neuinterpretation der 1930er-Jahre und die darauf basierende historische Beurteilung des Nachkriegskonsenses waren eine ab Mitte der 1970er-Jahre gängige Argumentationslinie der Thatcheristen, die der Begründung einer marktradikalen Semantik diene und sowohl gegen die Labour Party als auch gegen die Widersacher innerhalb der eigenen Partei ins Feld geführt werden konnte. Seit Mitte der 1970er-Jahre war es Keith Joseph, der den Nachkriegskonsens in seinen viel beachteten Reden durch eine Neuinterpretation der 1930er-Jahre diskreditierte. Es würde oft vergessen, betonte er im April 1976, dass die 1930er-Jahre eine Zeit des Wachstums, der verbesserten Arbeitsmöglichkeiten und des steigenden Lebensstandards der Mehrheit der britischen Arbeiterschaft gewesen seien. Im Unterschied zu den Jahren nach 1945 sei die britische Wachstumsrate in den 1930er-Jahren höher gewesen als die der USA, Deutschlands und Frankreichs. Relativ gesehen sei Großbritannien erfolgreich ge-

¹³⁵ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 121.

¹³⁶ *Margaret Thatcher*, *The Path to Power*, London 1995, S. 566.

¹³⁷ *Green*, *Ideologies of Conservatism*, S. 217.

wesen. Später sei diese Geschichte der Zwischenkriegszeit von Sozialisten und Keynesianern umgeschrieben und verfälscht worden: »It was later, during the war and early post-war years, that the history of the inter-war years came to be rewritten and the syncretism of Marxism and Keynesism, whose basic incompatibility was happily ignored by many, the easy answers, the panaceas found an eager audience.«¹³⁸ Im Krieg sei die Rolle des Staates ausgeweitet und der allgemeine Glaube an eine Politik des Staatsinterventionismus gestärkt worden. Nach dem Krieg, so Joseph, »[i]t was only natural that the socialist-Keynesian theses on the capacity of government to solve social and economic problems should find the climate congenial.«¹³⁹

Auch für Thatcher war das britische Nachkriegsstaatsverständnis aus dem Krieg hervorgegangen:¹⁴⁰ »[I]t was during the wars that the Government – or rather its economic advisers – first began to believe that one of the State's duties was to >manage< the economy; an idea which would not have occurred to any administration during the days of our economic greatness.«¹⁴¹ Ihrer Argumentation nach musste man so schnell wie möglich zum Zustand der Vorkriegszeit zurückkehren, als die Menschen »ein wahrlich anständiges und gesundes Leben führten und ihre Wertvorstellungen eher durch die Gemeinde als durch die Regierung geprägt wurden.«¹⁴² Nicholas Ridley, einer von Thatchers engsten Verbündeten in der Partei, war nach eigenen Angaben in die Politik gegangen, um die Politik der Attlee-Regierung, die den britischen Nachkriegskonsens begründet hatte, rückgängig zu machen.¹⁴³ Ein anderer Mitstreiter Thatchers, Cecil Parkinson, sah es als folgenschweren Fehler an, dass die konservativen Regierungen der Jahre 1951 bis 1964 die Maßnahmen der ersten Labour-Regierung nach dem Krieg nicht widerrufen hätten.¹⁴⁴

Die spezifische historische Interpretation des *decline* als Folge der fehlgeleiteten Annahmen der Konsenspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg wurde für die Wahlkampfstrategie der Thatcheristen zentral, wie die von Joseph angestoßene Debatte um den *common ground* zeigt.¹⁴⁵ In seiner Rede vor der Oxford Union im Dezem-

¹³⁸ Keith Joseph, *Monetarism is Not Enough*, Centre for Policy Studies, London 1976. Online abrufbar unter URL: www.margaretthatcher.org/document/110796 [15.7.2018].

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Vgl. dazu und zum Folgenden Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 122 sowie Green, *Ideologies of Conservatism*, S. 217f.

¹⁴¹ Margaret Thatcher, Rede vor der Bow Group in der Royal Commonwealth Society in London, 6.5.1978, abgedruckt in: Thatcher, *Revival*, S. 71–82, hier S. 78.

¹⁴² Thatcher, *Erinnerungen*, S. 46.

¹⁴³ Vgl. Ridley, *My Style*, S. 2.

¹⁴⁴ Vgl. Cecil Parkinson, *Right at the Centre: An Autobiography*, London 1992, S. 191.

¹⁴⁵ Zur Debatte um den *common ground* vgl. auch Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 305 ff.

ber 1975 kontrastierte Joseph die Begriffe *middle ground* und *common ground*. Dabei handelte es sich um eine semantische Strategie zur (Neu)besetzung der politischen Mitte durch die Schärfung des eigenen politischen Profils. Wie in der Bundesrepublik hatte sich auch in den Volksparteien Großbritanniens nach 1945 die Auffassung etabliert, Wahlen würden in der politischen Mitte gewonnen. Demnach kam es vor allem darauf an, den Wahlkampf auf die Gruppe der Wechselwähler auszurichten.

Mit diesem Prinzip brach Joseph. Er argumentierte, nach dem Zweiten Weltkrieg sei das Pendel in eine Richtung geschwungen, »in which it came to be believed that government could do almost everything for everybody without infringing freedom and opportunity.«¹⁴⁶ Die politische Mitte (*middle ground*) habe sich kontinuierlich nach links verschoben; das Ergebnis sei nicht Wohlstand, sondern Krise gewesen. Fatal sei für die Konservativen, dass auch sie mit dem *middle ground* identifiziert würden: »[W]e were inhibited from fighting a vigorous battle of ideas; we became identified with an unworkable *status quo*; we therefore allowed the crisis of British socialism to be presented as the crisis of capitalism by default.«¹⁴⁷ Joseph aber betonte, der *middle ground* sei nichts anderes als ein fauler Kompromiss zwischen Politikern, der rein gar nichts mit den tatsächlichen Einstellungen der Briten zu tun habe:¹⁴⁸ »And the pity of it all is that the middle ground consensus stereotype did not even represent what the majority of people really thought at all. The middle ground is only middle as between politicians: it is an ephemeral political compromise. It has no link with achieving the aspirations of the people.«¹⁴⁹ Mit der Obsession der Partei für den *middle ground* galt es zu brechen. Stattdessen wollte Joseph die Wähler durch die klare Artikulierung der Überzeugungen und Prinzipien der Konservativen Partei dort abholen, wo sie ohnehin bereits standen. Denn ungeachtet der Konzentration der Parteien auf den *middle ground* seien die Menschen »far more closer to Conservative instincts on many issues«, so Joseph. Dementsprechend müsse es darum gehen, nicht den *middle ground*, sondern den *common ground* als »common ground with the people and their aspirations« anzusprechen.¹⁵⁰

Lord Coleraine, Sohn des früheren konservativen Premierministers Andrew Bonar Law und kurzzeitiger Bildungsminister in Churchills Übergangsregierung des Jahres 1945, hatte sich in seinem Buch »For Conservatives Only« bereits 1970 dafür ausgesprochen, den Glauben an die eigenen Prinzipien und an die Über-

¹⁴⁶ Keith Joseph, Rede vor der Oxford Union, 6. 12. 1975, abgedruckt in: *Ders.*, *Stranded on the middle ground?*, S. 19–34, hier S. 28.

¹⁴⁷ Ebd., S. 25.

¹⁴⁸ *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 307.

¹⁴⁹ *Joseph*, *Stranded on the middle ground?*, S. 25.

¹⁵⁰ Ebd., S. 25 und S. 19.

zeugungskraft dieser Prinzipien wiederzugewinnen.¹⁵¹ Dieser Ansatz wurde zur zentralen Strategie bei der Formulierung der thatcheristischen Marktsprache auf Grundlage der konservativen Krisenerzählung und zum politischen Stil der neuen Parteichefin. Anders als den programmatischen Erneuerern der deutschen Christdemokratie ging es Thatcher und ihren Mitstreitern nicht darum, die bestehende Wirtschaftsordnung von Fehlern zu befreien oder effektiver zu machen. Die thatcheristische Marktsprache zielte vielmehr auf eine dezidierte Abkehr von der *mixed economy*. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sie den Konflikt geradezu zum politischen Prinzip erhob.¹⁵²

Auf den radikalen Populismus als Besonderheit von Thatchers politischem Stil ist in der Forschung hingewiesen worden.¹⁵³ Sie stellte sich dezidiert auf die Seite der Bürger und wandte sich gegen »Politiker«, »den Staat«, »die Regierung«, »das Establishment«. ¹⁵⁴ Dieser Stil hatte System, zielte er doch auf die Veränderung des »Common Sense« der Wählerschaft. Worauf es in der politischen Kommunikation in inhaltlichen wie strategischen Fragen ankam, hatte Alfred Sherman als Thatchers Berater kurz nach ihrer Wahl zur Parteichefin beschrieben: »[W]e need to identify our central themes and then to stick with them consistently and with strident clarity. [...] Political communication is probably least of all about issues, and most influenced by perceived Party identity and its emotional overtones. We greatly need to change our style so that we show a face with which the public can identify.«¹⁵⁵

Thatcher und ihr Beraterkreis betrachteten die Gesellschaft nicht als statische Entität, sondern als etwas, das nach ihren Vorstellungen formbar und damit veränderbar war. »I do not believe that history is writ clear and unchallengeable«, erklärte die Parteichefin in ihrer Rede vor der Zürich Economic Society im Frühjahr 1977. »It doesn't just happen. History is made by people: its movement depends on small currents as well as great tides, on ideas, perceptions, will and courage, the ability to sense a trend, the will to act on understanding and intui-

¹⁵¹ Vgl. *Lord Coleraine, For Conservatives Only*, London 1970.

¹⁵² Vgl. auch *Fielding, Rethinking the >Rise and Fall< of Two-Party Politics*, S. 357. Auch Martina Steber arbeitet heraus, dass der innerparteiliche Aufstieg der Thatcheristen mit einer »Neukodierung der politischen Sprache« verbunden war, die mit einer Zurückdrängung des konservativen »Strukturprinzips des Ausgleichs« bei gleichzeitiger Aufwertung des »Strukturprinzips der Gegensatzbildung« einherging. Vgl. *Martina Steber, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin 2017, S. 364.

¹⁵³ Vgl. *Geppert, Thatchers konservative Revolution*, S. 75–83.

¹⁵⁴ Vgl. *ebd.*, S. 151.

¹⁵⁵ Alfred Sherman, Briefing note für Margaret Thatcher, Juli 1975, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 1/13/15.

tion.«¹⁵⁶ In der hier deutlich werdenden, gleichsam das thatcheristische Geschichtsbild beschreibenden Auffassung über die grundsätzliche Möglichkeit zur Beeinflussung gesellschaftlicher Entwicklung zeigt sich eine deutliche Parallele zu den Überlegungen des neoliberalen Vordenkers Friedrich August von Hayek, für den die Grenzen des politisch Machbaren durch gezieltes Arbeiten am politischen Meinungsklima in einem »Kampf der Ideen« veränderbar waren¹⁵⁷ – mithin ein Hinweis auf die thatcheristische Rezeption und Adaption neoliberaler Axiome in den 1970er-Jahren, die mit Blick auf ihre Bedeutung für die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen noch ausführlich betrachtet werden wird.

Ausgehend von Antonio Gramscis Konzept der kulturellen Hegemonie ging der neomarxistische Soziologe und Kulturtheoretiker Stuart Hall bereits 1979 davon aus, dass der »Thatcherismus« eine Veränderung der »common sense«-Annahmen der Wähler herbeigeführt habe: »[I]n the doctrines and discourses of ›social market values‹ – the restoration of competition and personal responsibility for effort and reward, the image of the over-taxed individual, enervated by welfare coddling, his initiative sapped by handouts by the state – ›Thatcherism‹ has found a powerful means of popularizing the principles of a Monetarist philosophy: and in the image of the welfare ›scavenger‹ a well designed folk-devil. The elaboration of this populist doctrine [...] represents the critical ideological work of constructing for ›Thatcherism‹ a populist common sense.«¹⁵⁸

Halls politisch motivierte Kritik am Thatcherismus entbehrte nicht einer gewissen Bewunderung für einen Politikansatz, der auf die aktive Überwindung etablierter Einstellungen gerichtet und damit augenscheinlich erfolgreich war. Damit soll nicht behauptet werden, dass es Thatcher und ihren Anhängern gelungen ist, die Einstellungen der Wählerschaft vollends in ihrem Sinne zu verändern. Während ihrer Amtszeit war etwa durchgehend eine Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass die Regierung den öffentlichen Dienst verbessern sollte, selbst wenn dies höhere Steuern bedeutete.¹⁵⁹ Wenngleich den Konservativen keine umfassende Transformation der gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung gelang, kann – ausgehend von einem Wechselverhältnis zwischen den Parteien und der

¹⁵⁶ Margaret Thatcher, Rede vor der Zürich Economic Society (»The New Renaissance«), 14.3.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103336> [12.5.2018].

¹⁵⁷ Zu von Hayeks Konzept des »Kampfs der Ideen« vgl. *Friedrich August von Hayek, Die Intellektuellen und der Sozialismus* (1949), wiederabgedr. in: Ders., *Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, Abt. A: Aufsätze*, Bd. 7, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg u. a., Tübingen 2004, S. 3–15.

¹⁵⁸ *Hall, The Great Moving Right Show*, S. 17.

¹⁵⁹ Vgl. dazu *Ivor Crewe, Has the Electorate Become Thatcherite?*, in: Robert Skidelsky (Hrsg.), *Thatcherism*, London 1988, S. 25–49, hier S. 44–49.

Gesellschaft – allerdings argumentiert werden, dass die von Thatchers Konservativen verfolgte aktiv-offensive politische Strategie auf bereits bestehende Tendenzen innerhalb der sozialen und ökonomischen Nachkriegsentwicklung aufbaute, diese verstärkte und mit »thatcheristischer Ideologie« füllte.¹⁶⁰ Die radikal individualistische Marktsprache des Thatcherismus nahm mithin gewandelte Werte und Einstellungen auf, prägte diese aber gleichzeitig mit und gestaltete den Wandel aktiv.

Kernstück dieses aggressiven Ansatzes war das Polemisieren gegen den »Konsens«. Bereits 1968 hatte Thatcher »Konsens« als »an attempt to satisfy people holding no particular views about anything« definiert.¹⁶¹ Im April 1979 rief sie walisischen Konservativen entgegen: »If you've got a message, preach it! The Old Testament prophets didn't go out into the highways saying, ›Brothers, I want consensus.‹ They said, ›This is my faith and my vision! This is what I passionately believe!‹ And they preached it. We have a message. Go out, preach it, practice it, fight for it – and the day will be ours!«¹⁶² Kurz nach ihrer Wahl zur neuen Parteichefin konstatierte Thatcher, die sich wiederholt als »conviction politician« bezeichnete¹⁶³, die Wählerschaft erwarte »more emphasis on principle.«¹⁶⁴ 1979 rief sie ihrer Partei zu: »We have to move this country in a new direction, to change the way we look at things, to create a wholly new attitude of mind.«¹⁶⁵

Indem Thatcher den »Konsens« mit der ihr eigenen populistischen Entschlossenheit radikal infrage stellte, unterschied sie sich von ihren Vorgängern in der Tory-Partei ebenso wie von der politischen Elite der Labour Party – und auch von den Protagonisten des Erneuerungsprozesses der deutschen Christdemokratie in den 1970er-Jahren, wie zu zeigen sein wird. Dies verweist auf die unterschiedlichen Ansätze der diskursbestimmenden Führungszirkel der konservativen und christdemokratischen Partei hinsichtlich der politischen Problembearbeitung im »Krisenjahrzehnt« der 1970er-Jahre. Die Konservativen jenseits des Kanals verfolgten einen äußerst konfliktorientierten Ansatz zur Lösung der Krise. Die that-

¹⁶⁰ Dieses Wechselspiel betont auch *Fielding*, *Rethinking the ›Rise and Fall‹ of Two-Party Politics*, S. 356 ff.

¹⁶¹ Margaret Thatcher, *What's wrong with politics?*, Rede beim Conservative Political Centre (CPC), 11. 10. 1968, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/101632> [13. 6. 2018].

¹⁶² Margaret Thatcher, Rede vor der konservativen Rally in Cardiff, 16. 4. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104011> [13. 6. 2018].

¹⁶³ Vgl. dazu *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 170, S. 218–226, bes. S. 221 f.

¹⁶⁴ Margaret Thatcher, *Speech accepting the Conservative leadership*, 20. 2. 1975, Thatcher Archive: CCOPR 143/75, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102629> [13. 6. 2018].

¹⁶⁵ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Blackpool, 12. 10. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104147> [13. 6. 2018].

cheristische Marktsprache stand der Konsenspolitik der britischen Nachkriegsordnung in ihren Prämissen und Zielen diametral entgegen.

Die Durchschlagskraft der thatcheristischen Marktsprache lag in der weitreichenden Krise des Keynesianismus in Großbritannien und in der damit zusammenhängenden Orientierungskrise der Labour Party begründet. Dem Keynesianismus als wirtschafts- und sozialpolitischem Ordnungsmodell nach 1945 kam in Großbritannien ein viel größerer Stellenwert zu als in der Bundesrepublik, wo der Aufbau der Nachkriegsordnung nach ordoliberalen und christdemokratischen Prinzipien erfolgte und der Übergang zur keynesianischen Globalsteuerung erst ab Mitte der 1960er-Jahre einsetzte. Die Prinzipien des Keynesianismus waren in Großbritannien, wie bereits gezeigt wurde, nach dem Zweiten Weltkrieg rasch übernommen worden und hatten sich tief ins Bewusstsein der parteipolitischen Akteure eingepägt. Je deutlicher die Wirkungslosigkeit keynesianischer Instrumente zutage trat, desto mehr geriet die britische Nachkriegsordnung ins Wanken. Der thatcheristische Niedergangsdiskurs war dabei explizit gegen die keynesianische Nachkriegsordnung und die ihr eigene Aufgabenteilung zwischen Markt und Staat gerichtet. In den spezifischen Phasenverläufen des Keynesianismus findet sich mithin ein Anhaltspunkt zur Erklärung der Unterschiede in der Entwicklung des konservativen und des christdemokratischen Marktdiskurses und der daraus in den 1980er-Jahren erwachsenen politischen Realitäten der Vergleichsländer. Weil die Konzepte des Keynesianismus die britische Nachkriegsordnung früher und viel stärker geprägt hatten als die bundesrepublikanische, fielen die Verschiebungen im konservativen Marktdiskurs radikaler aus als im christdemokratischen – »Markt« und »Kapitalismus« als Gegengift gegen »Keynes« und die nationale Krise, die mit diesem Namen verbunden wurde. Der Kurswechsel der Labour-Regierung in der IWF-Krise passte in das Bild des gescheiterten Nachkriegskonsenses, von dem sich die Menschen abwandten, und verlieh den Thatcheristen argumentativen Aufwind.

1.4 Die Polarisierung des Marktdiskurses der Labour Party

Das thatcheristische Krisennarrativ profitierte auf einer weiteren Ebene von der Orientierungskrise der Labour Party. Hatten sich die Grenzen des Marktdiskurses mit der Regierungspolitik Labours in den 1970er-Jahren zum Vorteil des konservativen politischen Gegners nach rechts verschoben, so galt dies jedoch keineswegs für die Partei im Ganzen. Mit Blick auf die Entwicklung des Marktdiskurses der Labour Party in den 1970er-Jahren fällt vielmehr eine Diskrepanz zwischen Regierungs- und Parteipolitik ins Auge, die im Vergleich zur deutschen Sozialdemokratie stärker ausgeprägt war und schließlich zur Spaltung der Partei Anfang

der 1980er-Jahre führte: Während die Labour-Regierungspolitik zwischen den Annahmen des alten keynesianischen Paradigmas und eines neuen neoliberalen Ordnungsmodells schwankte und in einem Klima tiefer Verunsicherung und Orientierungslosigkeit Mitte des Jahrzehnts die partielle Übernahme der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vollzog, nutzte der linke Labour-Flügel die Krise, um staatsinterventionistische und protektionistische Ordnungsvorstellungen durchzusetzen.¹⁶⁶ Das am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientierte Ordnungsmodell des Nachkriegskonsenses wurde mithin nicht nur von den britischen Konservativen, sondern ab Mitte der 1970er-Jahre verstärkt auch aus der Labour Party selbst heraus diskreditiert. Dies gereichte der diskursiven Strategie der Konservativen um Thatcher zum Vorteil: »Freie Marktwirtschaft« und »Kapitalismus« konnten mit »Freiheit« und »Demokratie« gleichgesetzt und gegen »den Sozialismus« in Stellung gebracht werden, dessen freiheitsgefährdende Gefahr angesichts der Verschiebungen des Marktdiskurses durch die Labour-Linke beschworen wurde.

Der linke Flügel der Labour Party befand sich seit der Wahlniederlage des Jahres 1970 auf dem Vormarsch. Neben Tony Benn als prominentestem Vertreter, der von 1974 bis 1975 als Industrieminister und von 1975 bis 1979 als Energieminister Regierungsämter bekleidete, waren der Marxist Ian Mikardo, Eric Heffer und der marxistische Wirtschaftstheoretiker Stuart Holland seine wichtigsten Repräsentanten. Mit den Thatcheristen in der Tory-Partei hatten sie gemeinsam, dass die von ihnen verfolgte Politik auf einen radikalen Bruch mit der britischen Nachkriegsordnung abzielte. Als Benn und Keith Joseph 1981 zufällig in einem Zug zusammentrafen, waren sich beide darin einig, dass die letzten 35 Jahre ein Desaster gewesen seien¹⁶⁷ – freilich aus sehr unterschiedlichen Gründen: Für Joseph hatte der von der Attlee-Regierung begründete und von den nachfolgenden konservativen Regierungen akzeptierte Nachkriegskonsens die Krise verschuldet, weil er den freien Markt und die persönliche Verantwortung untergraben hatte. Benn führte die nationale Malaise ebenfalls auf die britische Nachkriegsordnung zurück. Aus der Perspektive linker Labour-Vertreter wie Benn war der konsequente Aufbau des Sozialismus verhindert worden, indem das kapitalistische System intact gelassen worden war.

¹⁶⁶ Zur Formulierung radikaler Politikkonzepte des linken Parteiflügels gegen den Widerstand der pragmatischen Regierungspolitiker der Labour Party vgl. auch *Mark Wickham-Jones*, *Economic Strategy and the Labour Party. Politics and Policy-Making, 1970–83*, Houndmills etc. 1996.

¹⁶⁷ So wird es von dem britischen Historiker Vernon Bogdanor überliefert. Vgl. *Vernon Bogdanor*, *Tony Benn and the Idea of Participation*, Vortrag im Museum of London, 16.4.2013, online abrufbar unter URL: <http://www.gresham.ac.uk/lectures-and-events/tony-benn-and-the-idea-of-participation> [23.8.2018].

Die Parteilinken hatten immer argumentiert, dass das keynesianische Instrumentarium allein nicht ausreiche, um den relativen Abstieg Großbritanniens zu stoppen und das Ziel des Sozialismus zu realisieren. Eine Bestandsaufnahme zu Beginn der 1970er-Jahre schien ihnen Recht zu geben. In der Zeit der ersten Wilson-Regierung von 1964 bis 1970 war es nicht gelungen, die britische Industrie zu restrukturieren und ein neues Großbritannien in Zeiten des rasanten sozioökonomischen Wandels zu schmieden. Die deflationistische Antwort auf die Sterling-Krise machte das Erreichen der vormals gesetzten Wachstumsziele für die 1974 wieder in die Regierung gewählte Labour Party unmöglich. In Anbetracht der »Stagflation« schienen die alten keynesianischen Prämissen keine Gültigkeit mehr zu besitzen. In diesem Kontext forderten viele in der Partei eine grundsätzliche Neubewertung der politischen Prinzipien Labours nach 1945.

Die konsistenteste und für den Marktdiskurs der Labour Party wirkmächtigste Analyse des Scheiterns des keynesianisch-revisionistischen Ordnungsmodells lieferte Stuart Holland Mitte der 1970er-Jahre. Der Grund für dessen Scheitern bestand darin, so der Ausgangspunkt seiner Analyse, dass es nicht berücksichtigt hatte, wie sehr sich der Kapitalismus in der Nachkriegszeit verändert hatte. Vor allem in den letzten 25 Jahren habe sich eine starke Konzentration des Eigentums und damit eine Konzentration ökonomischer Macht ergeben. Die bestimmenden Einheiten waren nun Oligopole und Monopole. Große multinationale Unternehmen bildeten den Schwerpunkt der Volkswirtschaften aller westlichen Industrienationen.¹⁶⁸ Ihre enorme wirtschaftliche Macht schwächte die Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik, entzog den nationalen Regierungen die Souveränität und zerstörte damit die Grundlage der keynesianischen Sozialdemokratie, nämlich das Niveau der ökonomischen Aktivität und der Beschäftigung durch eine Kombination aus fiskalpolitischen, geldpolitischen und wechselkurspolitischen Maßnahmen zu planen (*indicative planning*): »[R]ecent acceleration in the trend to monopoly and multi-national capital has eroded Keynesian economic policies and undermined the sovereignty of the capitalist nation state«, lautete die entscheidende Passage in Hollands *The Socialist Challenge*, »[t]he trend has resulted in a new mesoeconomic power between conventional macroeconomics and microeconomics. In compromising Keynesian economic management, the new mesoeconomic power has compromised the gradualism of Keynesian social democracy.«¹⁶⁹

Die Konsequenz aus dieser Analyse, die für die Parteilinke bindend wurde, hatte weitreichende Verschiebungen des Marktdiskurses der Labour Party zur Folge. Hatte der Staat die Fähigkeit verloren, effektives makroökonomisches Nachfrage-management zu betreiben, mussten die Politik der »kleinen Schritte« (*gradual-*

¹⁶⁸ Vgl. *Stuart Holland*, *Beyond Capitalist Planning*, London 1978, S. 148.

¹⁶⁹ *Ders.*, *The Socialist Challenge*, London 1975, S. 9.

ism) der keynesianischen Sozialdemokratie aufgegeben und andere Mittel ergriffen werden, um die Ziele Vollbeschäftigung, soziale Sicherung und Umverteilung von Eigentum und Wohlstand zu erreichen. Der »mesoökonomischen Macht« musste der Staat mit gezielten Verstaatlichungen begegnen; und zwar in den »high-growth«-Sektoren der Wirtschaft, die der Staat unter seine aktive Kontrolle bringen müsse. Zu diesem Zweck sollte eine staatliche Holding-Gesellschaft geschaffen werden, das *National Enterprise Board* (NEB), »to ensure direct control of the strategic decision-making in a range of leading companies.«¹⁷⁰ Diese bildete die Voraussetzung für ein koordiniertes Planungsprogramm, das den wirtschaftlichen Abstieg stoppen und die arbeitende Bevölkerung materiell besser stellen sollte.¹⁷¹ »[T]he NEB will provide a powerful new instrument capable of directly implementing some of the main objectives of the Labour government's economic and social strategy«, so Holland im Oktober 1972 in einem Memorandum der *Public Sector Group*, einer Arbeitsgruppe der parteieigenen Forschungsabteilung. »Its representation in the new commanding heights of modern capitalist economy – manufacturing and services – will ensure that the planning strategy of the government will be matched by operational instruments for national and regional employment creation, the promotion of major new investment and technology projects, price leadership through price restraint of a kind not exercised by many leading private companies [...].«¹⁷² Die Vergrößerung des öffentlichen Eigentums stellte für Holland demnach auch ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Inflation dar, indem es eine effektive Preiskontrolle durch die Dominanz des staatlichen Sektors ermöglichte.

Mit den Gründen und Konsequenzen des Machtzuwachses multinationaler Unternehmen beschäftigten sich neben Holland auch andere Theoretiker des linken Spektrums in Großbritannien. Der Ökonom und politische Aktivist der britischen Neuen Linken, Michael Barratt Brown, traf sich in seiner Analyse mit Holland, wenn er konstatierte, die ökonomische Macht der »Multis« unterminiere die Souveränität und Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen.¹⁷³ Anders als Holland betonte Brown aber weniger die Notwendigkeit eines frontalen Angriffs durch Verstaatlichungen als etwas, das man als Herausbildung einer sozialistischen politischen Kultur oder »encroaching control«¹⁷⁴ bezeichnen

¹⁷⁰ Ebd., S. 159.

¹⁷¹ Vgl. *Ders.*, *The State as Entrepreneur*, London 1972, S. 3.

¹⁷² Stuart Holland, »Coping with Multinational Companies«, Memorandum der Public Sector Group, Oktober 1972, in: Labour Party Archive, Manchester, People's History Museum, Labour Party Research Department, RD.437.

¹⁷³ Vgl. *Michael Barratt Brown*, *From Labourism to Socialism. The Political Economy of Labour in the 1970's*, Nottingham 1972, S. 55.

¹⁷⁴ Vgl. *Noel W. Thompson*, *Political Economy and the Labour Party. The Economics of Democratic Socialism 1884–2005*, 2. Aufl., London 2006, S. 198.

könnte. Diese sah Brown auf dem Vormarsch. Im Gegensatz zu den konservativen Kritikern des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, die eine Überbürdung des Staates mit ihm wesensfremden Aufgaben konstatierten, deutete der neu-linke Theoretiker die ausgeweitete Rolle des Staates positiv: Das sich durchsetzende Verständnis, der Staat sei verantwortlich für Vollbeschäftigung, soziale Sicherung, Bildung und Wohnungsbau führe nach Brown nämlich dazu, dass die Bedeutung dieser Güter und Dienstleistungen, die auf der Basis sozialer Notwendigkeit und nicht von privatem Profit angeboten würden, alles in allem zunehmen würde. Für ihn eröffnete sich deshalb »the political possibility of establishing an economy without capitalists«, in der die ökonomischen Entscheidungen auf nicht-kapitalistischen Erwägungen beruhten.¹⁷⁵ »[T]he more [...] the state [had] to step in to meet social needs and prevent social abuses [...] the more needs [came] to be formulated socially«, erklärte Brown.¹⁷⁶ Dies musste für ihn zur Erosion kapitalistischer Annahmen führen. In dieser Entwicklung, die nach Brown durch eine Erweiterung der Wirtschaftsdemokratie flankiert werden musste, lag für ihn das Potenzial, Markt und Kapitalismus auf längere Sicht abzuschaffen. Demokratische Planung auf Grundlage von Bedürfnissen und materiellen Ressourcen würde die auf Profitmaximierung gerichtete Entscheidungsfindung ersetzen. Demokratische Kontrolle würde an die Stelle des selbstsüchtigen kapitalistischen Machtstrebens rücken, womit eine »sometimes slow, sometimes rapid diminution of the power of the market and the role of money« einhergehen würde: »Production for use instead of profit, for socially-formulated needs in place of privately managed-markets.«¹⁷⁷

Hollands und Browns Analysen des kapitalistischen Systems der 1970er-Jahre beinhalteten weitreichende Grenzverschiebungen des bislang revisionistisch dominierten Marktdiskurses der Labour Party. Obwohl sie sich hinsichtlich der Identifikation der Triebkräfte der sozialistischen Transformation unterschieden, liefen sie beide auf einen Bruch des keynesianischen Paradigmas »Markt-Staat-Plan« hinaus. In der innerparteilichen Auseinandersetzung formulierten die linken Theoretiker ihre Ideen in scharfer Auseinandersetzung mit den Konzepten der intellektuellen Vertreter der revisionistischen Sozialdemokratie, die ihren Ansatz im Lichte veränderter sozioökonomischer Gegebenheiten neu zu bestimmen versuchten.¹⁷⁸ Die »liberalen Sozialisten«, besonders Anthony Crosland und Roy Jenkins, die in der Wilson-Regierung der 1960er-Jahre Kabinettsposten bekleidet

¹⁷⁵ *Brown*, *From Labourism to Socialism*, S. 218.

¹⁷⁶ *Ebd.*, S. 227.

¹⁷⁷ *Ebd.*, S. 240.

¹⁷⁸ Vgl. dazu *Thompson*, *Political Economy*, S. 205–215.

hatten¹⁷⁹, befanden sich unter enormem Rechtfertigungsdruck, war es doch die von ihnen formulierte Politik der indikativen Planung und der Nachfragesteuerung gewesen, die zur politischen Problemlösung angewandt worden und an ihre Grenzen gestoßen war. »[W]here stands the revisionist thesis in the light of the last ten years of experience?«, fragte Crosland dementsprechend am Beginn seines programmatischen Essays *Socialism Now* von 1974.¹⁸⁰ Die Beantwortung dieser selbstkritischen Frage lief auf eine vorsichtige, selektive Revision der Grundsätze des »liberalen Sozialismus« hinaus, die in den 1950er-Jahren formuliert worden waren.¹⁸¹

Das keynesianische Instrumentarium war weiterhin notwendig, jedoch reichte es allein nicht mehr aus, um die Bedingungen für Vollbeschäftigung, stetiges Wirtschaftswachstum und steigenden Lebensstandard zu sichern. »It is now clear that techniques for managing the whole economy cannot solve detailed problems«, stellte Jenkins 1972 fest. »General demand management must be supplemented by more rigorous policies of direct intervention than those which we used between 1964 and 1970.«¹⁸² Obwohl Jenkins und Crosland ihrem keynesianischen Ansatz grundsätzlich treu blieben, hatten sie ihre Position gegenüber den 1950er-Jahren geändert. Um die Mängel des Marktes zu beheben, sollte der Staat nun durch direkte Intervention Einfluss auf den Wirtschaftsprozess nehmen. Damit bewegten sich die Vertreter des alten revisionistischen Ordnungsmodells einen Schritt in Richtung des linken Flügels. »Government, acting through the public sector, can adopt a broader perspective than that of any board of directors nominally responsible to its shareholders«, so Jenkins. »It can view an investment in a much longer time scale. It can estimate the benefit of an industrial development to the community as a whole, in terms of new jobs and better use of social capital. It can assess the profitability of any single project in the context of other linked developments. Often the scale of development required to provide the base for a new industrial complex is too great for any individual firm to take the risk. Perhaps, most important of all, the Government alone can estimate the costs of inaction as well as action. The problems of the regions will not be cured without more direct Government involvement and a greater use of public enterprise.«¹⁸³ Wie Holland war Jenkins der Auffassung, der Staat sei dem Markt überlegen, war er doch dazu imstande, die wirtschaftliche Entwicklung mit Blick auf das Allgemeinwohl zu

¹⁷⁹ Jenkins war von 1967 bis 1970 Finanzminister und Crosland zunächst Bildungsminister, später Minister für lokale Selbstverwaltung und Regionalplanung gewesen.

¹⁸⁰ *Anthony Crosland, Socialism Now and Other Essays*, London 1974, S. 15.

¹⁸¹ Vgl. *Thompson, Political Economy*, S. 206. Thompson gebraucht die Bezeichnungen »Revisionisten« und »liberale Sozialisten« synonym.

¹⁸² *Roy Jenkins, What Matters Now*, London 1972, S. 30 f.

¹⁸³ Ebd., S. 30.

gestalten. Wie Holland sprach sich Jenkins für eine Ausweitung des öffentlichen Produktionssektors aus und plädierte ebenfalls für die Gründung einer »State Holding Company«, die sich aus eigenen Profiten und Anleihen auf dem Kapitalmarkt, gedeckt von Garantien des Staates, finanzieren sollte.¹⁸⁴

Die Parallelen zu den Ansätzen des linken Flügels hatten jedoch klare Grenzen. Die Revisionisten zielten nicht auf eine grundsätzliche Neuordnung des Zusammenhangs zwischen Markt und Staat, sondern auf eine Modifizierung und Ergänzung des keynesianischen Paradigmas durch punktuelle Schwerpunktverlagerungen in Richtung »Staat« und »Planung«, um regionale wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleichen und eine effektive Verbesserung der Lebenssituation der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit erreichen zu können. Jenkins ging es nicht um die Überwindung des Kapitalismus durch radikale Transformation ökonomischer Macht, sondern um mehr öffentliche Teilnahme am und Einflussnahme auf den Marktprozess. Dementsprechend waren »participate« und »influence« Schlüsselwörter in seinen Texten.¹⁸⁵ Jenkins und Crosland gingen auf Distanz zu den von Holland vorgenommenen semantischen Grenzverschiebungen, die ihrer Meinung nach auf einen »Semi-Marxismus« oder »refurbished Marxism« hinausliefen. So verwarf Crosland das Argument, multinationale Unternehmen hätten die Möglichkeiten des Staates, auf die Wirtschaft Einfluss zu nehmen, unterminiert. Studien über die Aktivitäten multinationaler Unternehmen hätten keinerlei Beweise dafür erbracht, dass es zu einem Verlust staatlicher Souveränität komme.¹⁸⁶ Anders als noch in seiner 1956 veröffentlichten Schrift *The Future of Socialism*, in der er eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors durch weitere Verstaatlichungen für nicht notwendig erachtet hatte, sprach sich Crosland nun aber ebenfalls für eine »active policy of competitive public enterprise«, die von staatlichen Unternehmen, kontrolliert durch eine staatliche Holding-Gesellschaft, betrieben werden sollte.¹⁸⁷ Wie Jenkins glaubte Crosland, der relative wirtschaftliche Niedergang Großbritanniens könne durch eine Erneuerung des Keynesianismus gestoppt werden, indem man sein Instrumentarium mit Maßnahmen einer Politik der direkten Staatsintervention kombinieren würde.

Es war aber nicht die Sprache eines modifizierten Keynesianismus, die für die Politikformulierung der Partei seit Beginn der 1970er-Jahre prägend wurde. Für die Entwicklung des Marktdiskurses der Partei entfaltete Hollands Ansatz die größere Wirkung. Der revisionistische Ansatz hatte angesichts seiner offensichtlich werdenden Wirkungslosigkeit bei der Parteibasis stark an Glaubwürdigkeit

¹⁸⁴ Ebd., S. 35.

¹⁸⁵ Vgl. *Thompson*, *Political Economy*, S. 213.

¹⁸⁶ Vgl. *Crosland*, *Socialism Now*, S. 29.

¹⁸⁷ Ebd., S. 249.

eingebüßt. Gewissermaßen komplementär zur Radikalisierung des konservativen Marktdiskurses durch die Marktsprache des rechten Spektrums der Tory-Partei rückten auch in der britischen Mitte-Links-Partei radikale Positionen des linken Flügels ins Zentrum des innerparteilichen Diskurses. Angesichts der Krise der keynesianischen Sozialdemokratie bot Holland präzise Handlungsansätze für einen aktiv und direkt in den Wirtschaftsprozess eingreifenden Staat. Im Gegensatz zu den Annahmen der ebenfalls nach links gerückten Keynesianer in der Partei, die prinzipiell aber weiter an der für die britische Nachkriegsordnung charakteristischen Aufgabenteilung zwischen Markt und Staat festhalten wollten, bot Hollands Ansatz eine klare Alternative. Über die *Public Sector Group* und das *Industrial Policy Committee* der Partei übte er erheblichen Einfluss aus. Dieser Einfluss wurde noch größer, als Jenkins 1972 wegen des von seiner Partei verfolgten anti-europäischen Kurses vom Amt des stellvertretenden Parteiführers zurücktrat und damit gleichzeitig seinen Vorsitz im *Finance and Economic Committee* der Partei aufgab.¹⁸⁸ Hinzu kam, dass sich die Partei von 1970 bis 1974 in der Opposition befand und in der Auseinandersetzung mit der amtierenden konservativen Regierung nach links gerückt war. Der für Oppositionszeiten typische Linksruck erhielt zusätzliche Impulse durch eine jüngere Generation von akademisch geprägten Labour-Politikern, die – ähnlich wie die Angehörigen der 68er-Generation in der SPD – von den sozialen Bewegungen wie der in Großbritannien populären Kampagne für atomare Abrüstung beeinflusst waren.¹⁸⁹

Die weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs der Labour Party wurden in ihren programmatischen Dokumenten seit Beginn der 1970er-Jahre deutlich. Im Juni 1973 veröffentlichte die Partei ein längeres Dokument, das den Namen *Labour's Programme 1973* trug. Dabei handelte es sich aber nicht – wie der Titel vermuten ließe – um ein Parteiprogramm im klassischen Sinne. Anders als die SPD war und ist die Labour Party keine Programmpartei, sondern formuliert ihre Programmatik, wie die britischen Konservativen auch – in Wahlprogrammen und unterschiedlichen Policy Papers. Obwohl es sich bei *Labour's Programme 1973* also nicht um ein Grundsatzprogramm handelte, war es deutlich umfangreicher, inhaltlich grundsätzlicher und reflektierter angelegt als die gewöhnlichen *manifestos* – in seiner Anlage ähnelte es dem Orientierungsrahmen '85 der deutschen Sozialdemokratie. Das »Programm« war vom *National Executive Committee* (NEC), dem höchsten Gremium der Partei, erarbeitet worden, das – der allgemei-

¹⁸⁸ Vgl. *Thompson*, *Political Economy*, S. 216.

¹⁸⁹ Zur Kampagne für atomare Abrüstung in Großbritannien vgl. *Paul Byrne*, *The Campaign for Nuclear Disarmament*, London/New York 1988 sowie *Ders.*, *Social Movements in Britain*, London/New York 1997, S. 88–107. Zum Einzug der »Middle-Class-Radicalists« in die Labour Party vgl. *Duncan Tanner*, *Labour and its Membership*, in: *Ders./Pat Thane/Nick Tiratsoo* (Hrsg.), *Labour's First Century*, Cambridge 2007, S. 248–280.

nen Entwicklung der Partei entsprechend – von einer linken Mehrheit dominiert wurde.¹⁹⁰ Das wichtigste Ziel sei es, so im Vorwort, »to bring about a fundamental change in the balance of power and wealth in favour of working people and their families. [...] Government control of and responsibility for the economy would be substantially extended. This would mean a major drive to increase investment in manufacturing industry (especially in the regions), an extension of the public sector in the fields of North Sea Oil, Shipbuilding, Financial Institutions, Docks and a National Enterprise Board [...].«¹⁹¹

Die Forderung nach der Sozialisierung der Schlüsselindustrien als Grundlage der Transformation ökonomischer Macht zugunsten der Arbeiterschaft bildete einen klaren Bruch mit dem revisionistischen Ansatz. Sie fußte auf Hollands Analyse der Entwicklung des Kapitalismus: »[T]he economy is now completely dominated by a hundred or so giant companies. Fifty years ago the 100 largest manufacturing companies produced 15 per cent of net manufacturing output. By 1950 their share was still only 20 per cent. But since then the pace of concentration has quickened – and their share by 1970 had risen to as much as 50 per cent. For by 1980 – just seven years away – those 100 giants are likely to account for no less than two-thirds of net output in manufacturing.«¹⁹² Dies bedeute, »that the next Labour Government will preside over an economy where the power of decision will rest with a small number of leading companies in the *private* sector.« Die Interessen dieser »Giganten« seien nicht mit den Interessen der nationalen Wirtschaft in Einklang zu bringen: »[I]f it is in their interest [...] to go multinational rather than multi-regional, then they will go multi-national.« Daher könne man sich nicht erlauben, so die entscheidende Schlussfolgerung, »to rely on indirect measures to control the economy – whether these be fiscal or monetary measures, or generalised hand-outs or tax concessions. Instead, we must act *directly* at the level of the giant firm itself.«¹⁹³ Die Erfahrungen der letzten Labour-Regierungen hätten gezeigt, »that even the most comprehensive measures of social and fiscal reform can only succeed in masking the unacceptable and unpleasant face of a capitalist economy, and cannot achieve any fundamental changes in the power relationships which dominate our society.« Wolle man die Ungleichheit an ihren Wurzeln angreifen, müsse die wirtschaftliche Macht einer kleinen Elite in die Hände des Volkes überführt werden.¹⁹⁴ Dazu sollten die 25 größten

¹⁹⁰ Vgl. *Wickham-Jones*, *Economic Strategy*, S. 118f.; *Tudor Jones*, *Remaking the Labour Party. From Gaitskell to Blair*, London etc. 1996, S. 89.

¹⁹¹ Labour Party, *Labour's Programme 1973*, London 1973, S. 7 und S. 11.

¹⁹² Ebd., S. 13.

¹⁹³ Beide Zitate ebd. [Hervorhebungen i. O.].

¹⁹⁴ Ebd., S. 30.

Unternehmen verstaatlicht werden.¹⁹⁵ Das *National Enterprise Board* sollte als Staatsholding über Planungsabkommen Kontrolle über den öffentlichen und privaten Sektor ausüben. Im Einzelnen wurde ihm die umfassende Aufgabe zugeordnet, für »job creation, especially in areas of high unemployment; investment promotion, technological development, growth of exports, promoting government price policies, tackling the spread of multinational companies, the spread of industrial democracy, import substitution« zu sorgen.¹⁹⁶ Natürlich hatte auch das keynesianische Nachfragemanagement seinen Platz.¹⁹⁷ Allerdings konnte es nur im Rahmen einer radikaleren sozialistischen Strategie Wirkung entfalten.¹⁹⁸

Mit *Labour's Programme 1973* hatte sich der Marktdiskurs der Partei also klar nach links verschoben. Dementsprechend groß war der Unmut auf Seiten »liberaler Sozialisten« wie Crosland, Jenkins, Edmund Dell und Shirley Williams, die in der Gleichsetzung von sozialistischem Fortschritt und Verstaatlichung einen Rückfall in den vorgestriegen »Clause IV socialism« erblickten und befürchteten, die Forderung einer Nationalisierung von 25 führenden Unternehmen sei Wasser auf die Mühlen der Konservativen.¹⁹⁹ Das Wahlmanifest der Labour Party vom Februar 1974 verzichtete zwar auf diese spezifische Forderung, stand aber ebenfalls klar im Zeichen des in *Labour's Programme 1973* vollzogenen Bruchs mit dem Revisionismus. Am Beginn der Grenzverschiebungen im Marktdiskurs stand eine ausgeprägte Krisenrhetorik: »Our people face a series of interlocking crises. [...] Britain needs a new Government, and the Labour Party is ready with the policies essential to rescue the nation from the most serious political and economic crisis since 1945. We do not say that the dangers confronting us can be quickly dispelled; rising prices and housing costs and the new threat to our livelihood from the world-wide oil crisis cannot be held in check at a stroke. We do say that

¹⁹⁵ Vgl. dazu im Einzelnen ebd., S. 33–36.

¹⁹⁶ Ebd., S. 33.

¹⁹⁷ Vgl. ebd., S. 15–19.

¹⁹⁸ Vgl. auch *Thompson*, *Political Economy*, S. 218.

¹⁹⁹ Vgl. dazu ausführlich ebd. Gewissermaßen stellvertretend für die Auseinandersetzung um das »Programm« zwischen dem linken und dem gemäßigten Flügel der Partei stand eine Kontroverse, die zwischen Stuart Holland und dem Ökonomen und einstigem Berater Croslands, Wilfred Beckerman, im *New Statesman* ausgetragen wurde. Letzterer übte scharfe Kritik an Hollands Grundannahme, indem er argumentierte, der internationale Wettbewerb wirke durchaus machtbeschränkend auf die multinationalen Unternehmen, insbesondere mit Blick auf deren Fähigkeit, durch eine Preispolitik eine Monopolstellung zu beanspruchen. Außerdem sei es schwer festzustellen, wie einzelne Firmen, egal wie mächtig sie auch seien, makroökonomische Maßnahmen aushebeln konnten. Holland antwortete mit einer Wiederholung seines Arguments, die Macht der »Multis«, über Preise und Investitionen zu entscheiden, mache das keynesianische Instrumentarium unwirksam. Vgl. dazu *Wickham-Jones*, *Economic Strategy*, S. 86; *Hatfield*, *The House the Left Built*, S. 202–206.

the problems cut so deep that the solutions must cut deep also.«²⁰⁰ Der Lösungsansatz bestand vor allem in einer massiven Ausweitung des Gemeineigentums: »The British people, both as workers and consumers, must have more control over the powerful private forces that at present dominate our economic life«, wurde festgestellt. »[W]e shall not confine the extension of the public sector to the loss-making and subsidised industries. We shall also take over profitable sections or individual firms in those industries where a public holding is essential to enable the Government to control prices, stimulate investment, encourage exports, create employment, protect workers and consumers from the activities of irresponsible multi-national companies, and to plan the national economy in the national interest.«²⁰¹ Im Einzelnen ging es um die Bereiche Nordseeöl und -gas, Schiffsbau und -reparatur, Seebautechnik, Häfen sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie. Ein »powerful National Enterprise Board with the structure and functions set out in Labour's Programme 1973« sollte eingeführt werden.²⁰² Die Kernforderung nach einer signifikanten Ausweitung des staatlichen Sektors wurde auch im Wahlprogramm vom Oktober 1974 aufrechterhalten.²⁰³

Als die Labour Party bei den zweiten Wahlen des Jahres 1974 als Regierungspartei bestätigt wurde und das weiterhin vom rechten Flügel dominierte Labour-Kabinett seinen Kurswechsel vollzog, indem es angesichts gravierender ökonomischer Problemlagen auf das Instrumentarium des Monetarismus zurückgriff, hatte sich der Marktdiskurs der Partei unter dem Einfluss des linken Flügels gerade in die gegenteilige Richtung radikalisiert. Das für den Marktdiskurs des britischen Nachkriegskonsens prägende Paradigma »Markt-Staat-Plan« hatte damit auf beiden Seiten des politischen Spektrums der Partei seine Plausibilität verloren und seine integrierende Kraft eingebüßt. Die Polarisierung des Marktdiskurses wurde im Verlauf des Jahrzehnts zum Motor für die Spaltung der Partei Anfang der 1980er-Jahre.

Die durch die Diskrepanz zwischen Partei- und Regierungspolitik im Marktdiskurs der Labour Party deutlich werdende Krise der Partei hing nicht zuletzt mit einem grundlegenden, in seiner wesentlichen Charakteristik bis heute existierenden Widerspruch sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien in marktwirtschaftlich-organisierten Gesellschaften zusammen, auf das der linke Soziologe Stuart Hall in seiner zeitgenössischen Analyse des Aufstiegs der »radikalen Rechten«

²⁰⁰ *Labour Party*, Wahlmanifest »Let us work together – Labour's way out of the crisis«, London 1974, online abrufbar unter URL: <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab74feb.htm> [13.8.2018].

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Ebd.

²⁰³ *Labour Party*, Wahlmanifest »Britain Will Win With Labour«, London 1974, online abrufbar unter URL: <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab74oct.htm> [13.8.2018].

in Großbritannien hingewiesen hat.²⁰⁴ Im kapitalistischen Gesellschaftssystem bilde die Sozialdemokratie keine homogene Entität, sondern eine komplexe politische Formation. Als Regierungspartei repräsentiere sie die Interessen der Arbeiterklasse. Diese repräsentative Beziehung zwischen »Partei« und »Klasse«, die in England eine besondere Qualität habe – die Labour Party war aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen –, konstituiere sich in Form von Abmachungen zwischen der Partei und den Vertretern der Gewerkschaften, wie dem *Social Contract*. In dieser natürlichen Verbindung sah Labour den Schlüssel zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Krise und leitete aus ihr den Anspruch ab, das Land als Regierungspartei aus der Krise zu führen. Andererseits sei eine sozialistische beziehungsweise sozialdemokratische Partei, wie jede andere Partei, zur politischen Problembearbeitung darauf angewiesen, die Unterstützung der Kapitaleseite zu gewinnen. »But, once in government«, so Hall, »social democracy is committed to finding solutions to the crisis which are capable of winning support from key sections of capital, since its solutions are framed within those limits.«²⁰⁵ Dies sei nun aber auch der Moment, in dem die genuine Verbindung zwischen »Partei« und »Klasse« in ihr Gegenteil verkehrt werde: Sie werde nicht mehr zur Begünstigung, sondern vor allem zur Disziplinierung der »Klasse« und ihrer gewerkschaftlichen Vertreter gebraucht. In diesem Widerspruch der Sozialdemokratie in der kapitalistischen Ordnung erkannte Hall »the principal key to the whole rightward shift of the political spectrum. For if the destruction of the Heath >party< secures hegemony for >Thatcherism< over the Right, it is the contradictory form of social democracy which has effectively disorganized the Left and the working class response to the crisis.«²⁰⁶

Im krisenhaften, von schweren Arbeitskämpfen geprägten politischen Klima ab Mitte der 1970er-Jahre fiel dieser Gegensatz für die regierende Labour Party stärker ins Gewicht als für die regierende Sozialdemokratie in der Bundesrepublik, die es mit einem niedrigeren Konfliktniveau und mit einem geringer ausgeprägten Krisenbewusstsein zu tun hatte. Für die SPD sollte dieser Widerspruch erst später zu einer Polarisierung ihres Marktdiskurses und zur Parteispaltung führen, als die Regierung Schröder in ihrer zweiten Amtsperiode Anfang der 2000er-Jahre mit einer neoliberal beeinflussten Reformagenda auf die ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen – jetzt hielt die Bundesrepublik die »rote Laterne« in Europa – reagierte. Für die regierende Labour Party schlug dieser Widerspruch bereits in den 1970er-Jahren voll durch. Dies kam in der Rhetorik des »nationalen Interesses« zum Ausdruck, mit welcher die Labour Party ihre Regierungspoli-

²⁰⁴ Vgl. zum folgenden *Hall*, *The Great Moving Right Show*, S. 16f.

²⁰⁵ Ebd., S. 17.

²⁰⁶ Ebd., S. 16.

tik begleitete. Die natürliche Verbindung »Partei-Klasse« wurde durch eine andere Verbindung, nämlich der zwischen »Regierung« und »Bevölkerung«, ersetzt. Nun meinte man das »nationale Interesse« gegen die »Partikularinteressen der verantwortungslos agierenden Gewerkschaften« verteidigen zu müssen.²⁰⁷

Dieser sich mit steigender Intensität durch die gesamte Regierungszeit hindurch ziehende Widerspruch kam in der innerparteilichen Polarisierung des Marktdiskurses zum Ausdruck, die letztlich zur Spaltung der Partei führen sollte. Aus ihm erwuchs auch die argumentative Stärke der thatcheristischen Marktsprache, die »nation« und »people« mit größerem Nachdruck gegen »class« und »unions« setzen und argumentativ konsistenter für eine wirtschaftliche Erholung der Nation eintreten konnte als ihr politischer Gegner, der zwischen zwei Krisennarrativen und zwei Lösungswegen schwankte. Die Marktsprache der Konservativen ab 1975 zielte dabei nicht lediglich auf eine Kritik an der »verantwortungslosen« Politik einzelner Gewerkschaften, sondern – wie zu zeigen sein wird – in letzter Konsequenz auf die Schwächung der organisierten Arbeiterbewegung im Ganzen.

Dass die Differenz zwischen Partei- und Regierungspolitik den Marktdiskurs der britischen Labour Party in stärkerem Maße prägte als den der SPD, hing auch damit zusammen, dass sich die Labour Party nie ein mit dem Godesberger Programm der SPD vergleichbares Grundsatzmanifest gegeben hatte. Im Vergleich zur SPD fehlte damit ein bindender, integrierend und stabilisierend wirkender Minimalkonsens im Marktdiskurs. Die starke Polarisierung zwischen der Parteiführung und dem im Verlauf der 1970er-Jahre immer einflussreicher werdenden linken Parteiflügel ist auch darauf zurückzuführen. Als sich die Gewissheiten der britischen Nachkriegsordnung auflösten und das von der Labour Party etablierte keynesianische Ordnungsmodell »Markt-Staat-Plan« seine handlungsleitende Qualität verloren hatte, brach jene Konfliktlinie wieder auf, die bereits in der Auseinandersetzung zwischen dem linken und dem rechten Flügel um die Relativierung der *Clause IV* Ende der 1950er-Jahre deutlich geworden war. Hatte sich die deutsche Sozialdemokratie 1959 in Bad Godesberg grundsatzprogrammatisch auf den Weg der Marktwirtschaft festgelegt, war der Versuch einer grundsätzlichen programmatischen Abkehr von der 1918 festgeschriebenen spezifischen Tradition des Labour-Sozialismus am Widerstand des linken Parteiflügels gescheitert. Somit hatte es trotz der revisionistischen Dominanz in den 1950er- und 1960er-Jahren in der Labour Party immer eine starke linke Strömung gegeben, die in direkter staatlicher Kontrolle durch Nationalisierung der Industrie ein notwendiges Mittel zur Errichtung des Sozialismus erblickte. In Zeiten der Dominanz des revisionistischen Paradigmas war der Gegensatz zwischen den Strömungen weitgehend überdeckt worden. Als diese angesichts des Auseinanderfallens von politischer Be-

²⁰⁷ Vgl. ebd., S. 17.

griffligkeit und gesellschaftlichen Gegebenheiten bröckelte, trat der in der Partei angelegte Gegensatz offen zutage. Wie in der Konservativen Partei hatte sich auch im innerparteilichen Neuorientierungsprozess der Labour Party ein diskursives Feld eröffnet, auf welchem unterschiedliche Ansätze zur Lösung der ökonomischen und politischen Krise artikuliert wurden. Dass es bei der Labour Party – wie in der Diskussion um die *Alternative Economic Strategy* und ihre Einfügung in die Parteiprogrammatik deutlich wurde – zu derart weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs kam, wurde erst durch das Fehlen eines eindeutigen, (grundsatz)programmatischen Bekenntnisses zur Marktwirtschaft möglich.

Im Jahr 1979 trat der innere Widerspruch der Labour Party voll zu Tage. Das von der Regierung am 21. Juli 1978 veröffentlichte *White Paper »Winning the Battle against Inflation«* hatte eine Höchstgrenze für Lohnabschlüsse von 5 Prozent festgeschrieben, um die Inflationsrate auf unter 8 Prozent senken zu können.²⁰⁸ Beim Versuch dies durchzusetzen, begann das Scheitern der Lohnpolitik der Regierung. Auf ihrer Jahreskonferenz im Oktober 1978 wies die TUC die 5-Prozent-Vorgabe zurück. Auf dem Jahresparteitag der Labour Party wurden alle auf Lohnzuwächse bezogenen Restriktionen aufgehoben. Dies war der Startschuss für jene weitläufigen industriellen Unruhen des Winters 1978/79, die als *Winter of Discontent* in die Geschichte Großbritanniens eingegangen sind.²⁰⁹ Die genuine Verbindung zwischen der Labour Party und den Gewerkschaften zerbrach in jenen ausgedehnten Arbeitskämpfen, die sich wie kaum ein anderes Ereignis der britischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg in das kollektive Gedächtnis der Briten eingebrannt haben.

Gleichzeitig erreichte die Entkoppelung zwischen Partei und Regierung ihren Höhepunkt. Nach der Wahlniederlage 1979 erfolgte die Auflösung des Gegensatzes zwischen der Parteilinken und dem moderaten Flügel durch einen weitreichenden, gesamtparteilichen »Schwenk nach links«. Die Partei legte sich auf ein großangelegtes Verstaatlichungsprogramm fest, das auch die großen Banken und Versicherungsunternehmen umfasste.²¹⁰ Callaghan wurde von dem links von der Mitte stehenden Michael Foot als Parteichef abgelöst. In einem ganzen Schwall

²⁰⁸ Vgl. *Holmes*, *The Labour Government*, S. 128.

²⁰⁹ Vgl. grundlegend *John Shepherd*, *Crisis? What crisis? The Callaghan Government and the British »Winter of Discontent«*, Manchester/New York 2013. Larry Lamb, damaliger Herausgeber der *Sun*, prägte die Bezeichnung *Winter of Discontent*, die diesen Winter 1978/79 unauslöschbar ins kollektive Gedächtnis Großbritanniens einbrannte. Vgl. *Larry Lamb*, *Sunrise. The Remarkable Rise and Rise of the Best-Selling Soar-Away Sun*, London 1989, S. 159.

²¹⁰ Angestrebt wurde eine »expansion of common ownership substantial enough to give the community decisive power over the commanding heights of the economy. [...] Among the proposals being considered are [...] a public stake in the banking system to be established by taking one or more major clearing banks into public ownership [...] [and] [...] powers to acquire other financial institutions.« *Labour Party*, *Labour's Programme 1982*, London 1982, hier zit. nach:

von Publikationen lancierten die Vertreter des linken Flügels ihre semantischen Offensiven einer »alternativen ökonomischen Strategie« der Verstaatlichung und des Protektionismus.²¹¹ »The bitter experience of disappointed hopes under previous Labour administrations is not easily forgotten«, hieß es im Vorwort eines Pamphlets linker Theoretiker um Holland und Michael Meacher aus dem Jahr 1980. »[I]n presenting an alternative to the Tories, it must be clear that we see no hope in a return to the bankrupt illusions of Social Democracy.«²¹² Stattdessen sollte nun endlich mit dem »Prozess der sozialistischen Transformation« begonnen werden, mit einem »radical programme for transition through the Alternative Economic Strategy.«²¹³ Der marxistische Ökonom Sam Aaronovitch, der bei der Formulierung der *Alternative Economic Strategy* mitgewirkt hatte, fasste das Programm wie folgt zusammen: »to expand the economy especially through large-scale public investment and current spending, including direct and indirect support for massive investment in industry. To increase democratic control and planning over the main levers of the economy through the extension and democratization of publicly owned industry and through planning agreements with all large enterprises, public and private. To launch a new social strategy based on reshaping the welfare system and social services through radical reform of the tax system. To ensure *controlled growth* of imports so as to help domestic economic growth.«²¹⁴

Die neue Dominanz der Sprache der *Alternative Economic Strategy* intensivierte die tiefe Spaltung der Partei und hatte schließlich die Gründung der *Social Democratic Party* (SDP) im Jahr 1981 zur Folge. Die Abspaltung der »moderaten« Parteimitglieder Roy Jenkins, David Owen, Bill Rodgers und Shirley Williams und die Formierung einer neuen (sozialdemokratischen) Partei war die Konsequenz aus der Polarisierung des Marktdiskurses innerhalb der Labour Party der

Insight on Labour. Briefing by Conservative Research Department, 24.9.1982, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/64.

²¹¹ Vgl. beispielsweise; *Stuart Holland/Michael Meacher/Alan Taylor* u. a., *There is an Alternative. Policies for Prosperity in the Eighties*, (Pamphlet des Labour Co-ordinating Committee), London 1980; *London CSE Group*, *The Alternative Economic Strategy: A Labour Movement Response to the Economic Crisis*, London 1980; *Sam Aaronovitch*, *The Road from Thatcherism. The Alternative Economic Strategy*, London 1981; *Michael Meacher*, *Socialism with a Human Face. The Political Economy of Britain in the 1980s*, London/Boston 1982; *Geoff Hodgson*, *Labour at the Crossroads. The political and economic challenge to the Labour Party in the 1980s*, Oxford 1981; *Ders.*, *The Democratic Economy. A New Look at Planning, Markets and Power*, Harmondsworth 1984; *Eric S. Heffer*, *Labour's Future*, London 1986; *Tony Benn*, *Arguments for Socialism*, Harmondsworth 1980; *Ders.*, *Arguments for Democracy*, London 1981.

²¹² *Holland/Meacher/Taylor* u. a., *There is an Alternative*, S. 3.

²¹³ Ebd., S. 3 f.

²¹⁴ *Aaronovitch*, *The Road from Thatcherism*, S. 3 [Hervorhebungen i. O.].

1970er-Jahre. Gleichzeitig wurden der antikapitalistischen Semantik der *Alternative Economic Strategy* neue Elemente beigemischt. Michael Meachers *Socialism with a Human Face* umriss die Vision eines ökologischen und bedarfsgerechten Sozialismus. Diese Vision basierte auf einer umfassenden Transformation des britischen Wirtschaftssystems, die in letzter Konsequenz weiter ging, als in der *Alternative Economic Strategy* angelegt. Wie Brown knapp zehn Jahre zuvor ging es auch Meacher um eine generelle Umorientierung der Produktion in Richtung auf die Befriedigung von sozial definierten Bedürfnissen. In der konsequenten Forderung nach der Ausweitung der industriellen Demokratie sah er einen Indikator für die Abneigung der Arbeiterklasse gegen »that reckless and relentless pressure to maximise economic growth at all costs.« Dieser Druck habe zu einer »grossly materialistic distortion of the human personality« geführt, die ökologisch nicht haltbar war.²¹⁵ Meachers Idee eines grünen, dezentralisierten Sozialismus auf der Grundlage der Abspaltung der britischen Wirtschaft vom internationalen Kapitalismus²¹⁶ brach ebenso radikal mit den Annahmen der keynesianischen Sozialdemokratie wie Geoff Hodgsons Vision eines durch umfassende Ausweitung der Wirtschaftsdemokratie dezentralisierten Sozialismus, der sich allerdings den in die sozialistische Planung eingebetteten Markt zunutze machen sollte.²¹⁷

1.5 Der thatcheristische Gegenangriff:

Das Feindbild des Sozialismus und der Markt als Garant der Freiheit

Die diskursive Strategie der thatcheristischen Kräfte innerhalb der Konservativen Partei konnte von der hier deutlich werdenden, keinesfalls geradlinig verlaufenden, aber in ihrer Stoßrichtung nach links weisenden Polarisierung des Labour-Marktdiskurses argumentativ profitieren. Der thatcheristische Angriff auf den politischen Gegner barg allerdings die Gefahr für die Konservative Partei, unglaubwürdig zu wirken, war die Labour-Regierung mit ihrer Reaktion auf die Ster-

²¹⁵ Meacher, *Socialism with a Human Face*, S. XIII.

²¹⁶ Vgl. dazu ausführlich Thompson, *Political Economy*, S. 228–231.

²¹⁷ Vgl. dazu ausführlich ebd., S. 231–234. Für Hodgson lag in der Ausweitung der Demokratie auf ökonomischem Gebiet hin zu dezentralisierten Entscheidungsfindungen der Arbeiter der Schlüssel zur Erreichung des Sozialismus: »[W]ithout democracy [and with] the planning elite peering into a pit of ignorance [...] the way is open for the assertion of priorities by and for the elite instead of by and for the people.« Hodgson glaubte, dass Planung in der ökonomischen Entscheidungsfindung vor individuellen Entscheidungen der Marktteilnehmer rangieren sollte. Dabei erteilte er dem Markt aber keinesfalls eine grundsätzliche Absage: »[T]he decentralisation of control over industry«, sein Kernziel also, »inevitably means the establishment of a market mechanism: no realistic alternative has been found.« Zitate in: Hodgson, *Labour at the Crossroads*, S. 224 und *Ders.*, *The Democratic Economy*, S. 206.

ling-Krise doch in die nach rechts verschobene politische Mitte gerückt. Der unangenehm auftretende und betont undogmatische Callaghan und die Politik seines Kabinetts passten so gar nicht in das Bild, das Thatcher und ihre Mitstreiter von der Labour Party und der mit ihr verbundenen Bedrohung zeichneten. Hier kamen den Thatcheristen die innerparteiliche Zerrissenheit Labours und die Radikalisierung des Marktdiskurses ihres linken Flügels zugute. »We have to destroy the Labour proposition that it is mild and moderate under benign Callaghan«, formulierten die konservativen Strategen in einem Arbeitspapier.²¹⁸ Wenn es nicht aufging, Callaghan als Extremisten zu präsentieren, so konnte er als »temporary, expendable front-man« dargestellt werden, hinter welchem sich die »sozialistische Realität« verbarg – »lust for the unbridled power of the one-party state.«²¹⁹ »We all know the drill«, so Thatcher in ihrer Rede auf dem Parteitag der Konservativen 1977. »In the run-up to each Election the claws of Labour's extremists aren't drawn, they are just withdrawn. The front men are paraded to talk quietly, moderately almost sensibly. The left-wing allow them their little outing, until the voters are once more in the trap. Now suppose the Election is over. Make a supreme effort and imagine Labour has won. What then? The trap is sprung. And Labour's extremists resume the drive towards a Britain modelled on Eastern Europe.«²²⁰ In Anbetracht des Linksschwenks im Marktdiskurs Labours betonte sie, die Partei sei über die Frage gespalten, »whether free enterprise should be allowed to survive«. Mit einem Programm, »which is frankly and unashamedly Marxist«, solle niemand dem Trug erliegen, »that this country will be protected by Mr Callaghan's avuncular umbrella any more than it was protected by Sir Harold Wilson's raincoat.«²²¹

Das Beschwören der Sozialismus-Gefahr mit dem Verweis auf die innere Zerrissenheit Labours und auf die weitreichenden Offensiven des linken Flügels der Partei bildete die gesamte zweite Hälfte der 1970er-Jahre hindurch einen argumentativen Ansatzpunkt für das thatcheristische Krisennarrativ: »You will find that extreme left-wingers increasingly dominate the Labour party, and increasingly determine Labour policy«, erklärte die Parteichefin bei einer Wahlkampfveranstaltung im April 1979. »Whatever name those left-wingers choose to operate under, they all have the same aim. It is to destroy our present society in the hope

²¹⁸ Rhodes Boyson, David Howell, Nigel Lawson, Norman Tebbit, »Themes«, Strategiepapier für das Steering Committee, 16.2.1978, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/109853> [12.5.2018].

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Blackpool, 14.10.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103443> [13.6.2018].

²²¹ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Brighton, 8.10.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103105> [13.6.2018].

that their brand of extremism will clamber to power on the wreckage. They want to build a State in which the freedom of the individual is utterly destroyed and his every action, including his choice of job, home, and school, is supervised by bureaucracy.«²²² Ein rhetorisches Ass, das Thatcher in diesem Zusammenhang gerne ausspielte, war der Hinweis auf ehemalige Labour-Politiker und -Kabinettsmitglieder, die – wie Reg Prentice, Minister für Bildung und Wissenschaft im zweiten Kabinett Harold Wilsons, – die Labour Party verlassen hatten und der Konservativen Partei beigetreten waren. »I hope that many of our people [...] will take into account the changing nature of the Labour Party, because it is that changing nature which has made so many former Labour Cabinet Ministers leave the Labour Party, and we're proud to have some of them with us, because they find their former aspirations are now better represented by the modern day Conservative Party than by the modern day Labour Party.«²²³

Gemäß einer simplifizierenden, ihrer populistischen Strategie entspringenden Unterscheidung in »Gut« und »Böse« war der »Sozialismus« Schuld an der Krise Großbritanniens. So einfach, ja fast banal, diese Argumentation war, so schlüssig erschien die Erklärung, die sie transportierte, und so unmissverständlich und einleuchtend stellte sich die Alternative dar. Dabei legten sich Thatcher und Joseph als ihr sprachgewaltigster Mitkämpfer nicht darauf fest, was eigentlich gemeint war, wenn sie von »Sozialismus« sprachen. Im thatcheristischen Niedergangsnarrativ wurden die Begriffe »Keynesianismus«, »Konsens«, »Extremismus«, »Marxismus« und »Sozialismus« vielmehr konsequent gleichgesetzt. In seiner Argumentation verschmolzen die Begriffe zu einem einzigen Feindbild.²²⁴ Gerade die Offenheit und Mehrdeutigkeit des Begriffs machte es möglich, jegliche Problemlage des Landes auf ein einziges Übel, den »Sozialismus«, zurückzuführen. Die Polarisierung des Marktdiskurses der Labour Party gab dieser diskursiven Strategie erheblichen Auftrieb, während sie sich in ihrer denunziatorischen Rhetorik sowohl gegen den linken, als auch gegen den moderaten Flügel Labours richten konnte.

Für die von Thatcher und ihren Verbündeten vorangetriebene Interpretation des *decline* war die Polarisierung zwischen dem »Sozialismus« auf der einen und der »Verteidigung der Freiheit« auf der anderen Seite das zentrale Motiv. Für die Parteichefin konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass der Sozialismus verschwenderisch und ineffizient war. »[T]he world over, free enterprise has proved

²²² Dies., Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung der Konservativen Partei in Edinburgh, 25. 4. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104043> [13. 6. 2018].

²²³ Ebd.

²²⁴ Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 222; Robert Saunders, »Crisis? What crisis?«. Thatcherism and the seventies, in: Ben Jackson/Ders. (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 25–42, hier S. 30–36.

itself more efficient, and better able to produce a good standard of living than either Socialism or Communism«, erklärte Thatcher auf dem Parteitag der Konservativen 1976.²²⁵ Der Fehler des Sozialismus lag für Thatcher aber nicht in erster Linie in seiner ökonomischen Ineffizienz, sondern in seinem unmoralischen und unsittlichen Charakter – er stellte die Gefahr für Freiheit und Demokratie schlechthin dar.²²⁶ »[T]he real case against Socialism was not its economic inefficiency but its basic immorality«, so die Parteichefin auf einem Mitgliedertreffen der Konservativen Partei in Grantham, »a system designed to enlarge the power of those who wanted to boss the lives of others to the point where they controlled everyone and everything.«²²⁷ Gerne erinnerte sie die Wähler daran, dass sich das Wort »Nazi« aus den Begriffen »National« und »Sozialismus« zusammensetzte und dass es sich bei den britischen Rechtsextremen, der *National Front*, um »Sozialisten« handelte.²²⁸ Mit einer populistischen und jeder Plausibilität entbehrenden Gleichsetzung der politischen Verhältnisse in Großbritannien mit denen der Sowjetunion warnte sie: »To say that the others [gemeint waren die britischen Labour-Politiker, P. B.] are not >true socialists< [...] gets us no further. Socialism is what socialists do, and socialists do more or less the same, as the opportunity permits. GULAG was the consequence of socialism. It was not the work of one man. It only happened because socialism demoralised the whole nation, replaced the individual conscience by the party, right and wrong by what was good for the revolution.«²²⁹

Im Zentrum des thatcheristischen Axioms von der Unsittlichkeit des Sozialismus stand die Grundannahme, in der sozialistischen Gesellschaft sei das Individuum seiner Eigenverantwortung beraubt. Sie übertrage die gemeinnützigen Verpflichtungen der Individuen auf den Staat – mit dem Ergebnis eines moralischen Abstumpfungsprozesses: »Once you give people the idea that all this can be done by the State, and that it is somehow second-best or even degrading to leave it to private people (it is sometimes referred to as >cold charity<) then you will begin to deprive human beings of one of the essential ingredients of humanity – personal

²²⁵ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Brighton, 8.10.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103105> [13.6.2018].

²²⁶ Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 225. Dies betont auch Saunders, »Crisis? What crisis?«, S. 32.

²²⁷ Margaret Thatcher, Rede in Grantham, 4.3.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103329> [13.6.2018].

²²⁸ Margaret Thatcher, Interview im *Hornsey Journal*, 21.4.1978, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103662> [13.6.2018].

²²⁹ Margaret Thatcher, Rede vor den Greater London Young Conservatives (Iain Macleod Memorial Lecture), 4.7.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103411> [13.6.2018].

moral responsibility.«²³⁰ Die treibende Kraft der Expansion des Wohlfahrtsstaates sei nicht Mitgefühl (*compassion*), sondern Gängelung der Menschen und sozialistisches Machtstreben: »It [die sozialstaatliche Expansion, P. B.] reflects a stubborn desire to regulate the day-to-day lives of rich and poor alike. The more a family has of its own money to spend, the more independent it is of the State. The more that is taken away from that family by taxation, the more that family are under the heel of the State; and that is where Socialism wants them.«²³¹

Für die thatcheristische Marktsprache war die in der Niedergangerzählung ihrer Protagonisten angelegte Diskreditierung des Sozialismus als unmoralisch und freiheitsgefährdend konstitutiv. Sie lief in erster Linie auf eine negativ gerichtete Freiheit des Marktes von Einschränkungen durch den Staat hinaus, indem »Freiheit« mit »Marktwirtschaft« und »Kapitalismus« gleichgesetzt wurde. »Every new power to government is a new restriction on individuals and corporations«, schrieb Keith Joseph²³² und Thatcher betonte: »[W]herever free enterprise is strangled, freedom is strangled too. We Conservatives have to recreate the conditions cited by that wise French philosopher de Tocqueville – conditions which >give men the courage to seek prosperity, the freedom to follow it up, the sense and habits to find it, and the assurance of reaping the benefits<. That says it all; everything that is not being done now but which we must do. We must break out of restraint if we are to have a prosperous and successful future. We shall do this by providing a stable economic background so that expansion and growth will pay and be seen to pay. We shall do it by letting profits rise to a level which offers a real incentive to expand. We shall do it by ensuring that men and women who invest their savings in their own business, or in someone else's business, can once more earn a reasonable return.«²³³

In der Gleichsetzung von »Freiheit« mit »freier Marktwirtschaft« – die, wie zu zeigen sein wird, auch die »Freiheit statt Sozialismus«-Kampagne der Unionsparteien zur Bundestagswahl 1976 durchzog –, wurzelte ein entscheidendes Motiv der thatcheristischen Marktsprache: die Parole von der demokratisierenden Kraft des Marktes als Gegenstück zum demokratischen (politischen) System: »For the democracy of the ballot box, important though it is, is only one form of democracy. In a truly free society, and a society of truly free men, it must be reinforced by the democracy of the market, in which people can cast their vote, not once every

²³⁰ Margaret Thatcher, Rede vor St Lawrence Jewry, 30.3.1978, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103522> [13.6.2018].

²³¹ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Brighton, 8.10.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103105> [13.6.2018].

²³² Keith Joseph, *The Economics of Freedom*, Centre for Policy Studies, London 1975, S. 10.

²³³ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Brighton, 8.10.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103105> [13.6.2018].

four years or so, but every day as they go about their daily business, making their own decisions about how to spend – or save – their own money.«²³⁴ Kapitalismus und Demokratie erschienen in der thatcheristischen Marktsprache als zwei Seiten derselben Medaille; sie bedingten sich, waren unteilbar aufeinander bezogen: »I believe that capitalism and democracy are inseparable. I believe that one does not get the one without getting the other. I believe that most people prefer capitalism because it gives them a better standard of living and it protects and preserves their freedoms.«²³⁵ Demokratie und Sozialismus hingegen schlossen sich gegenseitig aus: »Parliamentary democracy and Socialism go ill together. They can't long exist side by side.«²³⁶ Wenn die Sozialisten die »Demokratie in der Wirtschaft« forderten, müssten alle wahren Demokraten auf der Hut sein, so der spätere Energieminister Thatchers, David Howell.²³⁷ Die Demokratie der Linken führe zu größtmöglicher Ungleichheit zwischen dem einzelnen Bürger und den von ihm abgekoppelten politischen Funktionären, den Gewerkschaftsbossen und Bürokraten: »The democracy of the left is founded, as we ought now to be fully aware, on the worst and most entrenched forms of inequality – political inequality – the rule of the party machine men, the trade union bureaucrat bosses, the political manipulators of the left. These are the masters under left wing >democracy«.«²³⁸ Der an die freie Marktwirtschaft rückgekoppelte Demokratiebegriff der Thatcheristen rückte die Bedeutung des Privateigentums zurück ins Zentrum des konservativen Marktdiskurses. »Private property« sei, so Thatcher, »the essence of a free economy [...] on that freedom all our other freedoms depend.«²³⁹ Privates Eigentum schütze die Bürger vor dem übermächtigen Staat, gebe ihnen Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit, weshalb das Recht auf privaten Besitz in politischer Hinsicht noch wichtiger sei als in wirtschaftlicher Hinsicht, wie Joseph betonte.²⁴⁰ Nicht nur war der Marktmechanismus des privaten Sektors der staatlichen Kontrolle und Regulierung des Wirtschaftsprozesses mit Blick auf die ökonomische Entscheidungsfindung, die Zuteilung von Ressourcen und die Versor-

²³⁴ Margaret Thatcher, Rede auf der »Conference for Management in Industry«, 9.1.1978, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103502> [13.6.2018].

²³⁵ Margaret Thatcher im House of Commons, 11.10.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103106> [13.6.2018].

²³⁶ Margaret Thatcher, Rede vor dem Conservative Central Council, 19.3.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103178> [13.6.2018].

²³⁷ David Howell, MP, Rede anlässlich eines Businessmen's Lunch der Basingstoke Conservative Association, 25.11.1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/147.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Blackpool, 10.10.1975, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102777> [13.6.2018].

²⁴⁰ *Keith Joseph*, *Freedom under the law*, Conservative Political Centre, London 1975, S. 7.

gung der Verbraucher mit Gütern überlegen – »There must be some means in society of allocating resources. No Transport House policy group, no committee of enquiry, no Royal Commission, has ever found anything better in practice than the market mechanism«, war sich Thatcher sicher – auch müsse die politische Gewaltenteilung der parlamentarischen Demokratie durch die ökonomische Gewaltenteilung ergänzt werden: »If political power is to be widely diffused, so must be economic power – i.e. the power to make economic decisions. It is a happy accident«, erklärte Thatcher, den Harvard-Professor für Politische Ökonomie, Robert Dorfman, zitierend, »that the decentralisation of economic decisions that market efficiency calls for has this salutary by-product, the diffusion of power. And there is no more important requisite for a system of economic organisation than this: that it be conducive to political democracy and individual freedom.«²⁴¹

Diese Sprache, welche »Marktwirtschaft« und »Kapitalismus« mit »Freiheit« und »Demokratie« gleichsetzte, zielte auf die Aushöhlung der Ansichten des sozialdemokratischen Nachkriegskonsenses, die als Gefahr für die Freiheit dargestellt wurden. So lief die Argumentation auf eine semantische Umdeutung des Begriffs des »Gemeineigentums« (*public ownership*) hinaus.²⁴² *Public ownership* war als Bestandteil der »gemischten Wirtschaftsordnung« im Diskurs des Nachkriegskonsenses positiv konnotiert, indem die Vorstellung transportiert wurde, der demokratische Staat verteile das Eigentum an Produktionsmitteln durch Vergesellschaftung auf alle Bürger. Für Thatcher bedeutete dies hingegen eine Zweckentfremdung des Begriffs »public«, wie sie wiederholt deutlich machte: »The moment things come into public ownership they in fact pass out of the control of the public. [...] Public ownership means power away from the public to the bureaucrat, and in fact it is a misnomer.«²⁴³ Schon 1967 hatte sie erklärt: »What is everybody's business is nobody's business. Public ownership does not put power into the hands of individual people. It means that the powers may be there but the individuals cannot exercise them, so it results in putting power into the hands, again, of a central clique. [...] Once the public sector is extended, more and more people will be dependent upon the State for their wage and salary packets. Ultimately, more and more power can be exercised over their will.«²⁴⁴ In den letzten 20 Jahren habe der Staat immer mehr und mehr Macht an sich gerissen, was einen

²⁴¹ Margaret Thatcher, Rede beim Institute of Directors, 7. 11. 1974, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102434> [13. 6. 2018].

²⁴² Vgl. dazu auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 223.

²⁴³ Margaret Thatcher, Rede auf der London Conference, 6. 12. 1975, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102822> [13. 6. 2018]. Vgl. auch Dies., Rede vor den Finchley Conservatives, 31. 1. 1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102947> [18. 5. 2018].

²⁴⁴ Margaret Thatcher im House of Commons, 1. 11. 1967, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/101589> [13. 6. 2018].

mehr oder weniger kontinuierlichen ökonomischen Niedergang mit sich gebracht habe, der das nationale wie das individuelle Selbstbewusstsein zerstört habe. Dabei sei alles versucht worden: »Guiding lights, Dashes for growth. Pay pauses. Incomes policies. Prices and Incomes policies. Divided controls. Social Contracts. You name it, we've tried it.«²⁴⁵ Als Resultate habe man nur eine stetig steigende Inflation, Arbeitslosigkeit und Arbeitskämpfe gesehen. Es gebe keine magische Heilung dieser Übel, konstatierte Thatcher, um sie sogleich in den »offensichtlichen«, »traditionellen« Selbstheilungskräften des Marktes zu erblicken, die das Land in der Vergangenheit stark gemacht hätten und andere Nationen heute prosperieren ließen: »Only the obvious, traditional need to produce goods and services of the right design, quality and price [...]. It is seeking to liberate individual talent, enterprise and effort by working with the grain of human nature, not against it. [...] If we can do this, we can pay our way in the world.«²⁴⁶

Dieser Pfad, so machten die Thatcheristen klar, musste eingeschlagen werden, sollte die drohende Gefahr einer Zerstörung der freien und demokratischen Gesellschaft abgewehrt und der ökonomische Niedergang des Landes gestoppt werden. In der Stärkung des Marktes und einer Rehabilitierung des Profitdenkens lagen die Mittel zur Heilung des Landes vom Übel des Sozialismus: »The way to recovery is through profits. Good profits today, leading to high investment, well-paid jobs and a better standard of living tomorrow. No profits mean no investment, and a dying industry geared to yesterday's world.«²⁴⁷ In der thatcheristischen Interpretation der »englischen Krankheit« der 1970er-Jahre liegt das semantische Fundament der Privatisierungskampagnen der Thatcher-Regierungen der 1980er-Jahre begründet.

Die diskursive Strategie des thatcheristischen Krisennarrativs drohte allerdings in den Jahren 1977/78 ins Leere zu laufen, schien sich die britische Wirtschaft doch nach der Sterling-Krise des Jahres 1976 langsam aber stetig zu erholen.²⁴⁸ Zudem präsentierte die Labour Party ihren *Social Contract* als zeitgemäßes Instrument des demokratischen Umgangs mit den Gewerkschaften, das dazu im Stande war, eine stabile, dauerhafte Übereinkunft zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsführern zu organisieren.²⁴⁹ Die Thatcheristen zogen sich im Bereich der Gewerkschaftsbeziehungen hinter ihre Forderung nach einer Wiederherstellung des Prinzips des *free collective bargaining* zurück und hatten der Labour Party

²⁴⁵ Margaret Thatcher, »Achieving our Goals«, Rede vor der Press Association, 11.6.1980, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/32.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Blackpool, 10.10.1975, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102777> [13.6.2018].

²⁴⁸ Vgl. dazu Tomlinson, *The Politics of Decline*, S. 86.

²⁴⁹ Vgl. Saunders, »Crisis? What crisis?«, S. 39.

in Ermangelung eines eigenen Konzepts nichts entgegenzusetzen. Die stets gegenwärtige Rede von den »economic contradictions of democracy« legte aber eine Politik des sozialen Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit durchaus nahe. Die Labour Party präsentierte den zwischen Regierung und Gewerkschaften geschlossenen »Vertrag« zur Regelung der Gewerkschaftsbeziehungen als Neuverhandlung des »demokratischen Prozesses«, der zu den »autoritären« und »bürokratischen« Instinkten der Konservativen Partei in Kontrast gesetzt wurde.²⁵⁰ Das Image Labours als »natural party of government«, die allein dazu fähig war, die Gewerkschaftsbeziehungen zu regeln, drohte sich trotz aller Problemlagen zu verfestigen.

In dieser Perspektive hätte der *Winter of Discontent* für die Konservativen zu keinem günstigeren Zeitpunkt kommen können.²⁵¹ In der Tat ist es schwer, die Bedeutung der ausgedehnten Streikwelle des Winters 1978/79 für die politische Entwicklung Großbritanniens zu überschätzen.²⁵² Das Scheitern des *Social Contract*, der, wie angedeutet, von der Labour Party als »new form of government, a recasting of >the democratic process« präsentiert worden war, erschien vor diesem Hintergrund, wie Robert Saunders angemerkt hat, »not simply to be a failure of economic policy but the collapse of a governing system.« Es machte den Weg frei für »a new political settlement and a paradigm shift in the assumptions of British Statecraft.«²⁵³

Die Formulierung des thatcheristischen Ansatzes zur Neuregelung der Gewerkschaftsbeziehungen im Rahmen des Angriffs auf korporatistische Strukturen als ein zentrales Motiv der thatcheristischen Marktsprache wird an späterer Stelle unter dem Aspekt der Adaption neoliberaler Axiome in den Marktdiskurs der britischen Konservativen ausführlich beleuchtet. An dieser Stelle geht es um die Bedeutung des *Winter of Discontent* für den Erfolg der thatcheristischen Niedergangserzählung, welche die Grundlage für die Formulierung und spätere Implementierung des radikalen Lösungsansatzes bildete. Im Winter 1978/79 verstanden es Thatcher und ihre Mitstreiter, eine Mehrheit der Wähler davon zu überzeugen, dass ihre Beschreibung Großbritanniens als »a monolithic state held

²⁵⁰ »At the heart of this manifesto and our programme to save the nation lies the Social Contract between the Labour Government and the trade unions, an idea derided by our enemies, but certain to become widely accepted by those who genuinely believe in government by consent – that is, in the democratic process itself as opposed to the authoritarian and bureaucratic system of wage control imposed by the Heath Government and removed by Labour.« Vgl. Wahlmanifest der Labour Party, »Britain Will Win With Labour«, Oktober 1974, URL: <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab74oct.htm> [15. 5. 2018].

²⁵¹ Vgl. ebd., S. 38.

²⁵² Vgl. *Matthijs*, *Ideas and Economic Crises*, S. 116.

²⁵³ *Saunders*, »Crisis? What crisis?«, S. 39.

to ransom by the trade unions«²⁵⁴ Gültigkeit beanspruchen konnte. In dieser Situation wurde es möglich, eine Wahrnehmung der Krise zu schaffen, die die eigenen radikalen Lösungen alternativlos erscheinen ließ. Colin Hay hat argumentiert, dies sei der einzige hegemonische Moment des Thatcherismus gewesen.²⁵⁵ Die Labour-Regierung hatte der thatcheristischen Deutung der Krise in Anbetracht des Scheiterns des *Social Contracts* nichts entgegenzusetzen. Die sprachliche Ohnmacht Premierminister Callaghans wurde deutlich, als er, gerade zurück von einem wichtigen internationalen Treffen in der Karibik, von Journalisten um ein Statement zur aktuellen Krise gebeten wurde: »I don't think other people in the world would share the view [that] there is mounting chaos.«²⁵⁶ Am nächsten Tag zitierte *The Sun* Callaghan auf ihrer Titelseite in ihrer berühmten Überschrift mit der Aussage »Crisis, What Crisis?«.²⁵⁷

Die Konservativen kreierte, unterstützt von der britischen Boulevardpresse, die die durch die Streiks hervorgerufene menschliche Tragödie unablässig in reißerischen Beiträgen beschrieb, eine Atmosphäre, in der die Winterstreiks als Symptome einer fundamentalen Krise des Staates und der Gesellschaft wahrgenommen wurden.²⁵⁸ Berichte über nicht erfolgte Beerdigungen infolge des Streiks der Totengräber und Nahrungsmittelknappheit hervorgerufen durch Panikkäufe waren genauso wirkmächtig wie die Bilder von Müllhalden in öffentlichen Parks, mit denen der Streikwinter 1978/79 in Großbritannien heute noch assoziiert wird. »[W]hat has happened this winter could happen again next winter and the winter after that and so on and so on«, so Thatcher in einer Fernsehansprache im Januar 1979, »[w]hat we face is a threat to our whole way of life.«²⁵⁹ In der heißen Phase des Wahlkampfes ließ sie keine Gelegenheit aus, auf die fundamentale Krise des Landes und die Gefahr für die demokratische Ordnung zu rekurren: »Things have happened this winter which would have been unthinkable even ten years ago. Our political democracy and freedom are endangered by continued economic failure.«²⁶⁰ Das Bild Labours als »natürliche Regierungspartei«, die allein das Dauerproblem der Gewerkschaftsbeziehungen in den Griff bekommen konnte, war zerstört. »Above all«, fragte Thatcher, »why should we believe that Labour's so-called special relationship with the unions has

²⁵⁴ Colin Hay, Narrating Crisis: The Discursive Construction of the Winter of Discontent, in: *Sociology* 30, 1996, Nr. 2, S. 253–277, hier S. 253.

²⁵⁵ Vgl. ebd., S. 254.

²⁵⁶ Zit. nach: *Shepherd*, Crisis? What crisis?, S. 127.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Vgl. *Matthijs*, Ideas and economic crises, S. 116f.

²⁵⁹ Margaret Thatcher, Fernsehansprache, 17. 1. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103926> [13. 6. 2018].

²⁶⁰ Margaret Thatcher, Ansprache »Message to the people of Britain (Now is the time to choose)«, 16. 4. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104009> [13. 6. 2018].

any meaning at all after last winter?«²⁶¹ Es bestünde nicht nur kein Zweifel darüber, so die Parteichefin, dass Labour in den letzten Jahren schlecht regiert hätte, »[a]s we've seen this winter they now seem virtually incapable of governing at all.«²⁶²

Im Wahlkampf des Jahres 1979 generierten die Konservativen ein Krisenbewusstsein durch eine Sprache, welche die Gegenwart unaufhörlich in die Form einer historischen Einmaligkeit brachte.²⁶³ »I know that politicians claim that the choice is crucial in every election, and so it is«, rief Thatcher den Zuhörern auf einer Wahlkampfveranstaltung im Mai 1979 drei Tage vor der Wahl zu, »but this time I sense a deep understanding of what I have myself long believed that in our nation's story, we have reached the watershed.« Die Menschen stünden vor einer wegweisenden Wahl »between the gradual slide towards a state controlled economy where the individual scarcely matters and a calm but resolute return to the politics and economics of the free world and of a free people.«²⁶⁴ Das Wahlmanifest der Konservativen Partei von 1979 bezeichnete die anstehende Wahl als »the most crucial election since the war«, als eine »letzte Chance«, das nationale Desaster abzuwehren.²⁶⁵ Der einzige Ausweg lag in den heilsamen Kräften des Marktes in einer Wirtschaftsordnung, in der die freien Individuen von der Bürde der staatlichen Regulierung befreit waren: »You don't stimulate economies; you stimulate people. That is why we place so much emphasis on the importance of cutting the tax on work, the tax on skill, the tax on initiative, the tax on savings. To pay for tax cuts, curb inflation and give industry the room to expand, we shall have to reduce the State's take of what the nation earns.«²⁶⁶

Im *Winter of Discontent* hatte die diskursive Strategie der Thatcheristen Erfolg. Es gelang, eine politische Sprache zu formulieren, die eine plausible Erklärung der Malaise transportierte und ihre (marktradikalen) Lösungsansätze als einzigen Ausweg aus der Krise präsentierte. Die besonders starke Krisenwahrnehmung im Zuge des britischen Niedergangsdiskurses und die damit zusammenhängende

²⁶¹ Margaret Thatcher, Rede vor Konservativen in Bolton, 1. 5. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104065> [13. 6. 2018].

²⁶² Margaret Thatcher, Rede vor dem Conservative Central Council, 24. 3. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103980> [13. 6. 2018].

²⁶³ Für eine Dekonstruierung politischer Krisenrhetorik vgl. grundlegend *Heidrun Kämper*, Krise und Sprache: Theoretische Anmerkungen, in: Mergel/Baberowski (Hrsg.), Krisen verstehen, S. 241–255, hier S. 248 f.

²⁶⁴ Margaret Thatcher, Rede vor Konservativen in Bolton, 1. 5. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104065> [13. 6. 2018].

²⁶⁵ Conservative Party General Election Manifesto 1979, abgedr. in: *Iain Dale* (Hrsg.), *Conservative Party General election manifestos, 1900–1997*, London 2000, S. 265–282, hier S. 265.

²⁶⁶ Margaret Thatcher, Rede vor dem Conservative Central Council, 24. 3. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103980> [13. 6. 2018].

Krise der Labour Party als Regierungspartei bildeten gleichsam ein »externes« Radikalisierungsmoment, das die semantischen und diskursiven Grenzverschiebungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen von »außen« förderte. Zudem bildeten sie die »äußere« Voraussetzung dafür, dass die thatcheristische Marktsprache als Gegenbewegung zum konservativen Marktdiskurs des Nachkriegskonsenses durchschlagende Wirkung haben konnte. Dass sich die thatcheristische Marktsprache nicht nur in der Auseinandersetzung mit der Labour Party, sondern gerade auch gegen die Annahmen des *One-Nation-Conservatism* in der eigenen Partei formte, wird auf der zweiten Analyseebene der semantischen Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen herausgearbeitet. Zusammen mit der auf der dritten Ebene der Analyse zu beleuchtenden Adaption neoliberaler Ideen im Zuge der Bemühung um eine Intellektualisierung konservativer Politik verbanden sich so »innere« und »äußere« Antriebsmomente und führten zu einer Radikalisierung des konservativen Marktdiskurses. Zunächst soll aber die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren auf der Ebene der »Krise und ihrer Erzählungen« betrachtet werden.

2. Die Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik und diskursive Strategien der deutschen Christdemokratie

Auch die Bundesrepublik teilte in den 1970er-Jahren die Erfahrung ökonomischer Krisenanfälligkeit. Wie im Folgenden gezeigt wird, waren die Symptome des sozioökonomischen Strukturwandels gleichwohl weniger stark ausgeprägt als in Großbritannien, was mit einem geringer ausgeprägten Krisenbewusstsein einherging. Gerade im Vergleich zum britischen Fall wird die Begrenztheit der Krisenhaftigkeit und der Krisenwahrnehmung in der Bundesrepublik als spezifischer Diskurskontext der Entwicklung des Marktdiskurses der deutschen Christdemokratie in den 1970er-Jahren deutlich. Allerdings zielten auch die christdemokratischen Strategien der Krisenerzählung, die in Konfrontation mit dem regierenden politischen Gegner, der SPD, entwickelt wurden, auf die Erzeugung von Krisenbewusstsein. Auch die deutsche Sozialdemokratie hatte – wie ihre britische Schwesterpartei – einen Veränderungs- und Neuorientierungsprozess durchzumachen, in dessen Folge die SPD-geführte Bundesregierung zwischen ganz unterschiedlichen, zum Teil gegenläufigen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen schwankte. Dies bot der christdemokratischen Opposition Angriffsflächen für eine diskursive Strategie der Krisenerzählung. Allerdings hatte, so die erste These dieses Kapitels, das christdemokratische Krisennarrativ einen gänzlich anderen Fluchtpunkt als das der Thatcheristen: Nicht die Auflösung des »alten« Nachkriegskonsenses und die Etablierung eines neuen, marktradikalen Konsenses,

sondern die Rückkehr und die Bewahrung des marktwirtschaftlichen Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft standen im Mittelpunkt der diskursiven Strategien der deutschen Christdemokratie. Entsprechend stand das Motiv einer Gefährdung des Erreichten durch die verfehlte Politik der sozial-liberalen Regierung im Zentrum der christdemokratischen Krisendeutung.

Die diskursiven Strategien der deutschen Christdemokratie zielten – und darin zeigt sich eine auffällige Parallele zu den britischen Konservativen – vor dem Hintergrund von Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs ebenfalls auf die Diskreditierung der Politik des politischen Gegners als Gefahr für die wirtschaftliche (und politische!) Freiheit sowie auf die Herausstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung als Garant derselben. Die verglichen mit Großbritannien insgesamt geringer ausgeprägte Krisenwahrnehmung in der Bundesrepublik sowie die im Vergleich zur Labour Party in ihrem Ausmaß begrenzten Polarisierungs- und Spaltungstendenzen im Marktdiskurs der deutschen Sozialdemokratie markierten jedoch, so die zweite These dieses Kapitels, die Grenzen der Ausformulierung eines kohärenten und inhaltlich konsistenten christdemokratischen Krisennarrativs und verstellten den Weg für einen konfrontativen, konfliktorientierten Ansatz in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und in der politischen Problembearbeitung.

2.1 Die Begrenztheit der Krise: Signaturen des sozioökonomischen Strukturwandels der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik und Krisenwahrnehmung

Fragen zu der Einordnung der 1970er-Jahre sowie zu den Entwicklungen und Umbrüchen der jüngsten Zeitgeschichte werden in der deutschen Forschung seit einiger Zeit intensiv debattiert.²⁶⁷ Das dabei vorherrschende Leitvokabular kreist auch hier um den Begriff der »Krise«. Wichtige Studien, die sich mit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts beschäftigen und eine Ortsbestimmung der 1970er-Jahre in der deutschen Zeitgeschichte vornehmen, tragen bezeichnende Titel: »Das Ende der Zuversicht«²⁶⁸, »Auf dem Weg in eine neue Moderne«²⁶⁹,

²⁶⁷ Vgl. den Forschungsbericht von *Martin H. Geyer*, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: AfS 50, 2010, S. 643–669. Für aktuelle Forschungsansätze vgl. den Sammelband von *Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer* (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014.

²⁶⁸ *Konrad H. Jarausch* (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.

²⁶⁹ *Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching* (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.

»Nach dem Boom«²⁷⁰ oder die »große Ernüchterung«²⁷¹. Für die deutsche, aber auch für die europäische Zeitgeschichtsforschung insgesamt lassen sich dabei mit Thomas Schlemmer – ungeachtet aller weiterhin kontrovers diskutierten Fragen nach dem Verhältnis von Kontinuität und Wandel sowie nach der Binnenperiodisierung der Jahrzehnte »nach dem Boom« – zwei Bewertungen als unstrittig herausstellen²⁷²: Erstens markieren die 1970er-Jahre eine Art »Wasserscheide« in der Nachkriegsgeschichte des 20. Jahrhunderts²⁷³, in welche der Übergang von der Zeit des Booms in die Periode »nach dem Boom« fällt. Der ersten Ölpreiskrise kommt hier die Bedeutung einer »erstrangigen Zäsur«²⁷⁴ zu. Zweitens gilt die Bewertung eines in den 1970er-Jahren einsetzenden beziehungsweise wirksam werdenden »sozialen Wandels von revolutionärer Qualität« als unstrittig.²⁷⁵ Vor diesem Hintergrund ist schließlich des Öfteren herausgestellt worden, die Bundesrepublik habe sich in der »Zeitenwende« der 1970er-Jahre vielleicht sogar tiefer verändert als durch die Wiedervereinigung beziehungsweise den weltpolitischen Umbruch von 1989/90.²⁷⁶

Wie überall in der westlich-industriellen Welt waren die Jahre 1973/1974 bis 1982 auch in der Bundesrepublik eine Phase des sozioökonomischen Wandels, der oftmals als krisenhaft wahrgenommen wurde. Eckart Conze entfaltet seine Geschichte der Bundesrepublik entlang des Narrativs der »Suche nach Sicherheit« und beschreibt die 1970er-Jahre als eine Wendezeit, in der sich individuelle Ängste und Sorgen mit kollektiven Unsicherheitswahrnehmungen verbanden. Hier sei-

²⁷⁰ *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

²⁷¹ *Tim Schanetzky*, Die große Ernüchterung, Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.

²⁷² *Thomas Schlemmer*, Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen, in: Morten Reitmayer/Ders. (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 7–12, hier S. 10.

²⁷³ So bereits *Geoff Eley*, End of the Post-War? The 1970s as a Key Watershed in European History, in: JMEH 9, 2011, S. 12–17.

²⁷⁴ *Schlemmer*, Der diskrete Charme, S. 10.

²⁷⁵ So die Grundannahme der Strukturbruchthese von *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 29.

²⁷⁶ *Eckart Conze*, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 545. Auch *Winfried Süß* stellt sich die Frage, ob der Beginn der neuesten Zeitgeschichte als unmittelbarer Vorgeschichte unserer Gegenwart nicht eher im sozioökonomischen Strukturwandel seit den 1970er-Jahren zu suchen ist als in den weltpolitischen Umbrüchen seit 1989/90, die in vielerlei Hinsicht eine Folge der sozioökonomischen Transformationsprozesse waren. Vgl. *Winfried Süß*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er Jahre, in: Friedhelm Boll/Anja Kruke (Hrsg.), Der Sozialstaat in der Krise; Bonn 2008, S. 95–126, hier S. 97. Vgl. auch *Konrad H. Jarausch*, Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen 3, 2006, S. 334–341.

en soziokulturelle Konstellationen sowie mentale Befindlichkeiten entstanden, die weit über das Jahr 1990 hinweg und bis an die Schwelle der Gegenwart die »alte« wie die »neue« Bundesrepublik entscheidend prägen sollten.²⁷⁷ Das Gefühl der Sicherheit, welches sich in Zeiten des »Wirtschaftswunders« seit etwa Mitte der 1950er-Jahre herausgebildet hatte, ging verloren; sowohl in Bezug auf das wirtschaftliche Wachstum und die materiellen Lebensgrundlagen, als auch auf die Fortschritts- und Zukunftssicherheit sowie die Stabilität des politischen Institutionengefüges sowie des internationalen Systems.²⁷⁸

Die Auslöser der nun um sich greifenden kollektiven Verunsicherung waren in der Bundesrepublik dieselben wie in Großbritannien und in den anderen westlichen Industriestaaten. Die Freigabe der Wechselkurse nach dem Ende des Systems von Bretton Woods erfolgte angesichts der relativen Schwäche des Dollars, welche maßgeblich mit dem Krieg der Amerikaner in Vietnam zusammenhing. Obwohl die Bundesbank die Zinsen kontinuierlich senkte, riss der Zufluss von Dollarkapital in die Bundesrepublik nicht ab, wodurch eine unkontrollierbare Inflation drohte. Die sozial-liberale Bundesregierung reagierte im Mai 1971 mit der Freigabe des DM-Wechselkurses und beschloss am 17. Februar 1973 ein sogenanntes Stabilitätsprogramm zur Dämpfung der Konjunktur und Begrenzung der Inflation, welches zur Jahresmitte 1973 in Kraft trat. Die maßgeblich durch außenwirtschaftliche Faktoren geförderte Inflation führte zu einer regelrechten Inflationshysterie. Hatte die Inflationsrate 1969 noch 2 Prozent betragen, stieg sie bis 1971 auf fast 5 Prozent und erreichte dann 1973 knapp 7 Prozent.²⁷⁹ Auch in der Bundesrepublik wurden Bedrohungsszenarien durch das Phänomen der Stagflation genährt. Bei hoher Inflationsrate wuchs die Wirtschaft 1974 nur noch um 0,5 Prozent. Als die Auslandsnachfrage im Jahr 1975 wegbrach, rutschte die Konjunktur endgültig ab. Bei einer weiterhin hohen Inflationsrate von 6,1 Prozent sank das Bruttosozialprodukt um 1,6 Prozent.²⁸⁰ Die Bundesrepublik erlebte ihre bis dahin schärfste Rezession.²⁸¹

Verstärkt wurde die Inflationsproblematik durch den ersten Ölpreisschock des Spätherbsts 1973 – ein Ereignis, das mit der Krise des internationalen Währungssystems verflochten war²⁸², für das Krisenbewusstsein in der Bundesrepublik aller-

²⁷⁷ Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 573.

²⁷⁸ Vgl. ebd., S. 545.

²⁷⁹ Vgl. Tim Schanetzky, Ölpreisschock 1973. Wendepunkt des wirtschaftspolitischen Denkens, in: Andreas Rödder/Wolfgang Elz (Hrsg.), Deutschland in der Welt. Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2010, S. 67–81, hier S. 72.

²⁸⁰ Vgl. Michael von Prollius, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006, S. 190.

²⁸¹ Vgl. Werner Abelsbauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. überarb. und erw. Auflage, Bonn 2011, S. 394.

²⁸² Vgl. Schanetzky, Ölpreisschock 1973.

dings noch bedeutsamer wurde als der Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems. Der »Ölschock« markierte eine tiefe Zäsur in der zeitgenössischen Wahrnehmung und ist in der Rückschau gar zu einem Symbol für das Ende des Booms geworden. Bereits seit der Dollarabwertung im Februar 1973 waren die Preise für Rohöl gestiegen. Der Wertverlust des Dollars hatte die Erzeugerländer des Rohöls unruhig werden lassen, wurde Rohöl auf dem Weltmarkt doch in Dollar abgerechnet. In dieser Situation lieferte der Yom-Kippurkrieg zwischen Israel und Ägypten/Syrien des Jahres 1973 den willkommenen Vorwand für drastische Preiserhöhungen, wobei das Öl gleichzeitig als Druckmittel gegen die westlichen Industrieländer, die Israel und dessen Politik gegenüber den Palästinensern seit 1967 unterstützten, eingesetzt werden konnte.²⁸³ Bis zum Jahresende 1973 stieg der Ölpreis auf das Vierfache. Im Begriff des »Ölschocks« manifestierte sich ein Gefühl der Ohnmacht. Man war dem »Araber-Boykott« hilflos ausgeliefert.²⁸⁴ In Tageszeitungen war von einer »orientalischen Herausforderung des Abendlandes« die Rede.²⁸⁵ *Der Spiegel* rief das »Ende der Überflusgesellschaft« aus.²⁸⁶ Es kam zu Hamster- und Panikkäufen von Heizöl und Benzin. In der Rückschau fällt es nicht schwer sich vorzustellen, wie einschneidend die infolge des »Ölschocks« angesetzten Sonntagsfahrverbote in der überaus mobilen und autofreundlichen westdeutschen Gesellschaft wirken mussten. Der erste Bericht des »Club of Rome«, der unter dem Titel »Die Grenzen des Wachstums« vorgelegt worden war²⁸⁷, erhielt im September 1973 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels und wurde vor allem in der Bundesrepublik zu einem Verkaufsschlager – was nicht überrascht, schließlich waren den Westdeutschen die »Grenzen« durch die Sonntagsfahrverbote deutlich vor Augen geführt worden.²⁸⁸

Dass die Fundamente des westdeutschen »Wirtschaftswunders« in der Krise 1973/74 zu bröckeln begannen, war das Resultat der Überlagerung längerfristiger, strukturell bedingter Trends und kurzfristiger Veränderungen. Zu letzteren zählten die Ölpreiskrise und die Bedrohung durch die Inflation. Zu den längerfristi-

²⁸³ Vgl. *Jens Hohensee*, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996; *Anselm Doering-Manteuffel*, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: *VfZ* 4, 2007, S. 559–581, hier S. 565.

²⁸⁴ Vgl. *Ölkrise lähmt Konjunktur*, in: *DER SPIEGEL*, 12. 11. 1973, S. 29–32; *Ölkrise: »Die würden uns auslutschen«*, in: *DER SPIEGEL*, 15. 10. 1973, S. 25–27; *Ölkrise: Kein Verlass auf Großmütter*, in: *DER SPIEGEL*, 5. 11. 1973, S. 22–27.

²⁸⁵ Vgl. *Hohensee*, *Der erste Ölpreisschock*, S. 12.

²⁸⁶ Vgl. den Spiegeltitel der Ausgabe vom 19. 11. 1973.

²⁸⁷ *Dennis L. Meadows/Donella H. Meadows*, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972.

²⁸⁸ Vgl. *Edgar Wolf*, *Die Bundesrepublik 1949–1990*, 10., völlig neu bearb. Aufl., Stuttgart 2007, S. 425.

gen Trends gehörten das »Ende der Rekonstruktionsperiode«²⁸⁹ der deutschen Wirtschaft und strukturelle sozioökonomische Wandlungsprozesse. In der Bundesrepublik führte die Zurückdrängung der alten Industrien, der Textilindustrie, des Bergbaus, der Stahlindustrie und des Schiffsbaus zum »langen Abschied vom Malocher«.²⁹⁰ Nach einer Zeit der Vollbeschäftigung wurde die Arbeitslosigkeit in den 1970er-Jahren zum seither ungelösten Dauerproblem. Der durch die Ölkrise in seinen Wirkungen verstärkte industrielle Strukturbruch spiegelte sich in der Entwicklung der Arbeitslosenquote wider. In den Jahren 1969 bis 1973 hatte die Arbeitslosenquote immer zwischen 0,8 und 1,2 Prozent betragen, die absolute Zahl der Arbeitslosen lag immer weit unter 300.000. Mit Blick auf den Krisenindikator Arbeitslosigkeit markierte das Jahr 1974 den Wendepunkt: Die Arbeitslosenquote verdoppelte sich auf 2,5 Prozent und stieg im folgenden Jahr auf 4,6 Prozent, was mit 1.074 Millionen Arbeitslosen den vorläufigen Tiefpunkt markierte.²⁹¹ Erst 1978 wurde die Millionengrenze wieder unterschritten, 1979 betrug die Arbeitslosenzahl 876.000. Seit 1980 stieg sie wieder an und erreichte 1982 1.833 Millionen. Als weiterer Krisenindikator der 1970er-Jahre spricht die Entwicklung der Staatsverschuldung eine deutliche Sprache. Diese stieg innerhalb von 10 Jahren bis 1980 von 126 auf 469 Milliarden DM.²⁹²

Die Empirie der ökonomischen Indikatoren zeigt also, dass die Krisenwahrnehmung der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik einer realen Grundlage nicht entbehrte. Das Krisenbewusstsein ging dabei aber auch diesseits des Kanals über den Bereich des rein Ökonomischen hinaus. Angesichts schwindender Verteilungsspielräume, steigender Inflationsraten und härter werdender Tarifkonflikte wurde auch in der Bundesrepublik eine Debatte über die drohende Unregierbarkeit geführt und gefragt, wie der Staat bei wachsenden Aufgaben, gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung und der hohen Komplexität einer modernen Industriegesellschaft überhaupt noch handlungsfähig bleiben könne.²⁹³

Eine Betrachtung der krisenhaften 1970er-Jahre in der Bundesrepublik zeigt allerdings auch deutliche Unterschiede in der Intensität und Reichweite des strukturellen Wandels und vor allem der Krisenwahrnehmung im Vergleich zur britischen Krisendiskussion, die mit Blick auf die unten zu beleuchtenden diskursiven Strategien der Krisendeutung und -erzählung und ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Marktdiskurses der deutschen Christdemokratie maßgeblich sind. Zwar führte die Rationalisierung industrieller Produktion auch in der Bundesrepublik zum Abbau von Arbeitsplätzen vor allem in der Textilindustrie, im Berg-

²⁸⁹ *Abelshauser*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 283–319.

²⁹⁰ *Hindrichs* u. a., Der lange Abschied vom Malocher.

²⁹¹ Vgl. *Wolfrum*, Die Bundesrepublik, S. 426.

²⁹² Vgl. ebd., S. 440.

²⁹³ Vgl. *Hacke*, Der Staat in Gefahr.

und Schiffsbau, also in Produktionszweigen, die mit hoher Sach- und Kapitalausstattung, einem geringen Grad an Automation und mit vielen Arbeitskräften produziert hatten. Der Wandel der Wirtschaftsstruktur machte hier Arbeitskräfte überflüssig und hatte weitreichende sozial- und alltagskulturelle Nachwirkungen.²⁹⁴ Der Dienstleistungssektor expandierte auch in der Bundesrepublik, die aufhörte, ein Industrieland traditionellen Typs zu sein. Jedoch ist es wenig plausibel, davon zu sprechen, dass die Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren zur Dienstleistungsgesellschaft wurde. Die beherrschende Stellung der Industrie verschwand keineswegs, weshalb von einem Übergang in eine postindustrielle Konstellation keine Rede sein kann.²⁹⁵ Es vollzog sich vielmehr ein Wandel *innerhalb* der Industriemoderne, in dem Deutschland sich als zentraler Standort neuer und alter Schlüsselindustrien behaupten konnte, während die Industrie in Großbritannien insgesamt an Bedeutung verlor. In diesem Sinne hat kürzlich auch Anselm Doering-Manteuffel seine gemeinsam mit Lutz Raphael aufgestellte These des »Strukturbruchs« seit 1970 präzisiert und herausgestellt, »den Strukturbruch« in der industriellen Welt habe es nicht gegeben, »weil er nicht an einem Ort erfolgte und nicht *die* Industrie erfasste.« Vielmehr sei von einer Vielfalt von Brüchen auszugehen, »die sich in der Schließung des einen Betriebs und der erfolgreich bewältigten Anpassung beim anderen zeigten.«²⁹⁶

Zudem ist bereits im vorangegangenen Kapitel deutlich geworden, dass die Bundesrepublik in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in allen ökonomischen Indikatoren besser abschnitt als Großbritannien. Mit den Worten Edgar Wolfrums war die Bundesrepublik »im rauen Meer der Weltwirtschaftskrise eine Insel der Stabilität, wenn auch weit entfernt von paradiesischen Zuständen.«²⁹⁷ Von der drastischen Verteuerung der Ölimporte nicht weniger hart getroffen, kam die Bundesrepublik mit den Schwierigkeiten besser zurecht als Großbritannien und andere westliche Industrienationen. Über ihre starke Exportwirtschaft war die deutsche Wirtschaft eher in der Lage, konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Die Exportquote war von 8,6 Prozent im Jahr 1950 auf 15,8 Prozent zehn Jahre später und 21,4 Prozent im Jahr 1975 gestiegen.²⁹⁸ Mit Blick auf den internationalen Vergleich relativiert selbst der Indikator der Arbeitslosigkeit die westdeutsche »Krise«. Nur Japan, die Schweiz, Österreich und Schweden hatten

²⁹⁴ Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom, S. 563 f.

²⁹⁵ So auch *Doering-Manteuffel*; vgl. ebd., S. 564.

²⁹⁶ *Anselm Doering-Manteuffel*, Die Vielfalt der Strukturbrüche und die Dynamik des Wandels in der Epoche nach dem Boom, in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 135–145, hier S. 135, S. 139.

²⁹⁷ *Wolfrum*, Geschichte der Bundesrepublik, S. 435.

²⁹⁸ Vgl. *Abelshauser*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 217.

in den 1970er-Jahren eine geringere Arbeitslosenquote aufzuweisen.²⁹⁹ Bereits 1976 wuchs die deutsche Wirtschaft wieder um 5,6 Prozent und die Inflationsrate sank auf 4,4 Prozent.³⁰⁰ Mit Blick auf die Zahlen in Großbritannien, Frankreich oder Italien war dies eine sehr positive Entwicklung.

Gegen den Krisenbegriff zur Charakterisierung der bundesrepublikanischen Verhältnisse in den 1970er-Jahren spricht auch das im internationalen Vergleich gering ausgeprägte Konfliktniveau zwischen Kapital und Arbeit. Auf die konstruktive Einbindung der Gewerkschaften als Mitgestalter der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung ist bei der Betrachtung der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung bereits ebenso eingegangen worden wie auf die im internationalen Vergleich geringe Streikaktivität der deutschen Gewerkschaften. In die 1960er- und 1970er-Jahre fielen tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen sowie die Ausweitung von Urlaubszeiten.³⁰¹ Zudem hatten die Gewerkschaften bereits in den Gründerjahren der Bundesrepublik erfolgreich Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieben erkämpft, und in den 1970er-Jahren gelang es während der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition, die gesetzlichen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer weiter auszubauen.³⁰²

Die westdeutsche Krise relativiert sich in markanter Weise gerade im Vergleich mit Großbritannien. »Ein auffälliges Merkmal der westeuropäischen Nachkriegsgeschichte«, so hat Tony Judt in seiner »Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart« herausgestellt, »war der Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen Leistung Westdeutschlands und Großbritanniens.«³⁰³ In diesem Gegensatz sind die tieferliegenden Ursachen dafür auszumachen, dass die Krisenwahrnehmung in der Bonner Republik in den 1970er-Jahren schwächer ausgeprägt war als jenseits des Kanals. Das zum zweiten Mal innerhalb von nicht einmal 30 Jahren im Krieg unterlegene Deutschland überholte Großbritannien in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bereits 1958. Die Kriegsfolgen in Deutschland waren in wirtschaftlicher Hinsicht beträchtlich gewesen: Viele erwerbsfähige Männer waren gefallen oder in Kriegsgefangenschaft, die Städte und Infrastruktur zerstört, die Währung wertlos. Im eklatanten Gegensatz dazu war Großbritannien als eindeutiger Sieger

²⁹⁹ Vgl. *Wolftrum*, Geschichte der Bundesrepublik, S. 435.

³⁰⁰ Vgl. *von Prollius*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, S. 190.

³⁰¹ In den meisten Branchen wurde in dieser Zeit die 5-Tage-Arbeitswoche (40-Stundenwoche) eingeführt. Vgl. Arbeitszeiten in Deutschland. Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik, WSI Report 19, November 2014, S. 23, URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_19_2014.pdf [22. 11. 2018].

³⁰² Zur Mitbestimmungsdebatte in den 1970er-Jahren vgl. *Christian Testorf*, Ein heißes Eisen. Zur Entstehung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von 1976, Bonn 2017.

³⁰³ *Tony Judt*, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006, S. 392. Judt widmet dem Vergleich der britischen mit der westdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung von 1945 bis in die 1970er-Jahre ein eigenes Kapitel. Vgl. ebd., S. 392–398.

aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Seine wirtschaftliche Grundstruktur hatte keinen Schaden genommen. Aber während Westdeutschland sein »Wirtschaftswunder« erlebte, wurde Großbritannien der »kranke Mann Europas«. Anfang der 1960er-Jahre war die Bundesrepublik die prosperierende Industriena­tion Europas und Großbritannien zum leistungsschwachen Nachzügler geworden.³⁰⁴ Während man in Großbritannien dem verlorenen Weltreich nachtrauerte und die Nachkriegsjahrzehnte zunehmend im Licht der Debatte über den wirtschaftlichen Niedergang des Landes sah, erlebte man in der Bundesrepublik den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg. In der zeitgenössischen Wahrnehmung stand dem britischen Niedergangsdiskurs die westdeutsche Erfolgsgeschichte gegenüber.³⁰⁵ Dieser Kontrast schreibt sich entsprechend in den jeweiligen Leitbegrifflichkeiten der britischen und deutschen Zeitgeschichtsforschung fort. Während sich die britische Forschung über die Nachkriegsjahre mit den Ursachen des (relativen) Niedergangs Großbritanniens auseinandersetzt, beschreiben deutsche Historiker und Historikerinnen den »Aufbruch«, »dynamische Zeiten«, »Verwestlichung«, »Demokratisierung« und »Liberalisierung«.³⁰⁶

Für die zeitgenössische Wahrnehmung der Nachkriegsjahre als beispiellosen Wiederaufstieg – sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht – war das Phänomen des »Wirtschaftswunders« ausschlaggebend. Es umfasste weit mehr als imposante Wachstumsraten. Vor allem seine psychologische Wirkung ist für die westdeutsche Erfolgsgeschichte nach 1945 entscheidend³⁰⁷: Ein neues Bewusstsein war in der deutschen Nachkriegsgesellschaft entstanden, ja ein neues Lebensgefühl, das da lautete: »Wir sind wieder wer.« Individuelle Erfahrungen des wirtschaftlichen Aufstieges und neue Konsummöglichkeiten schrieben sich in das westdeutsche kollektive Gedächtnis ein. Der Volkswagen wurde zum Symbol dieses Aufstieges und im Ausland sah man die zahlreicher werdenden deutschen Urlauber nicht in erster Linie als die vormaligen Aggressoren, sondern hieß sie – die D-Mark in ihren Taschen – willkommen. Das positive neue Lebens-

³⁰⁴ Vgl. ebd., S. 393.

³⁰⁵ Vgl. auch *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 428.

³⁰⁶ Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel*, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; *Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers*, (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000; *Ulrich Herbert/Lutz Raphael* (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002; *Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe* (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003.

³⁰⁷ Vgl. dazu *Sebastian Heer*, Mythos und kollektive Selbstdeutung. Das »Wirtschaftswunder« als transzendentes Fundament früher bundesrepublikanischer Ordnungskonstruktion, in: *Werner J. Patzelt* (Hrsg.), Die Machbarkeit politischer Ordnung. Transzendenz und Konstruktion, Bielefeld 2013, S. 127–155.

gefühl gründete dabei in erster Linie auf der augenfälligen Diskrepanz zwischen den Erwartungen nach 1945 und der dann eintretenden Entwicklung. »Das psychologisch relevante am »Wirtschaftswunder« war [...] die Verwandlung einer Gesellschaft der Weltkriegsverursacher, die zudem noch an der moralischen Verantwortung für die Vernichtungsverbrechen zu tragen hatte, in eine mit sich zufriedene Wohlstandsgesellschaft.«³⁰⁸ Es war genau diese Erfahrung des »Wirtschaftswunders« und seines Lebensgefühls, welche die für die 1970er-Jahre konstatierte Diskrepanz zwischen den neuen Gegebenheiten des sozioökonomischen Strukturwandels auf der einen Seite und den diesem Wandel nicht entsprechenden Erwartungen und Handlungsmustern der Bevölkerung, der Politik und den Tarifpartnern auf der einen Seite begründete.³⁰⁹

Das positive Gesellschaftsklima der »Wirtschaftswunder«-Zeit war sicherlich mit der Krise von 1973/74 restlos und endgültig verfliegen. Gleichwohl setzte sich der Prozess des »wir sind wieder wer« in den 1970er-Jahren fort. Schon das aus dem »Wirtschaftswunder« resultierende bundesrepublikanische Selbstbewusstsein hatte sich zu einem Großteil aus der Rückerlangung internationaler Anerkennung gespeist.³¹⁰ Wie die deutsche Zeitgeschichtsforschung deutlich gemacht hat, waren die 1970er-Jahre gerade in dieser Hinsicht herausragend, denn erst jetzt entwickelte sich die Bundesrepublik vollends zur Wirtschaftsgrößmacht. »Der rasche Wiederaufstieg Westdeutschlands in den fünfziger Jahren täuscht«, so Peter Graf von Kielmansegg. »Die Bonner Republik kann erst für die siebziger Jahre im Staatenverkehr als ein wirklich erwachsenes Gemeinwesen gelten. Erst durch die Ostpolitik gewann sie ihre volle Handlungsfähigkeit auf der internationalen Bühne, und vor allem: Jetzt erst, nach zwei Jahrzehnten einer außerordentlichen Wachstumsgeschichte, trat sie als Wirtschaftsgrößmacht voll in Erscheinung [...].«³¹¹ Zwei Jahrzehnte nach ihrer Gründung erwirtschaftete die Bundesrepublik nach den USA und Japan das drittgrößte Sozialprodukt der westlichen Welt, mit deutlichem Vorsprung vor Großbritannien und Frankreich. Ihre

³⁰⁸ Ebd., S. 132.

³⁰⁹ Zu dieser Diskrepanz vgl. *Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom, S. 563; *Siß*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat, S. 118 ff.

³¹⁰ Vgl. *Heer*, Mythos und kollektive Selbstdeutung, S. 133.

³¹¹ *Peter Graf Kielmansegg*, Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945–1990, München 2007, S. 213. Dass sich der Aufstieg der Bundesrepublik zur globalen Wirtschaftsmacht in den 1970er-Jahren als einer Zeit der weltwirtschaftlichen Krise vollzog, hat auch Eckart Conze betont. Vgl. *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 516. Auch Guido Thiemeyer beschreibt die Bundesrepublik der 1970er-Jahre in seiner kürzlich erschienenen Geschichte Deutschlands als »wirtschaftliche Führungsmacht«, deren steigendes wirtschaftliches Gewicht allerdings nicht ihren politisch-militärischen Möglichkeiten entsprach und die trotzdem von ihren Nachbarländern mit steigendem Argwohn betrachtet wurde. Vgl. *Guido Thiemeyer*, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie, Stuttgart 2016, S. 66–93.

Währung war unter den Hauptwährungen nach dem Schweizer Franken die stabilste. Sie hatte in den 1970er-Jahren eine herausragende Position im Welthandel errungen. Ihr Anteil an der Weltausfuhr lag 1970 bei 10,9 Prozent (1950: 3,3 Prozent), übertroffen nur von den USA (13,5 Prozent). Die Zahlen für Frankreich (1950: 5 Prozent, 1970: 5,7 Prozent) und für Großbritannien (1950: 10,4 Prozent, 1970: 5,7 Prozent) spiegeln die Verschiebung der Gewichte deutlich wider.³¹²

In einer Zeit weltwirtschaftlicher Verwerfungen vollzog sich also der Aufstieg der Bundesrepublik zur Wirtschaftsgrößmacht. Auf der Ebene der Regierungspolitik waren die nationale und die internationale Agenda aufs engste miteinander verflochten und politisch kaum noch voneinander zu trennen. Die Krisenhaftigkeit der Weltwirtschaft wirkte global und beschleunigte Prozesse der Entnationalisierung, die mit dem Begriff »Globalisierung« gefasst werden. Diese Erkenntnis wurde für die Akteure der deutschen Regierungspolitik in den 1970er-Jahren handlungsleitend. Helmut Schmidt, der wie kein anderer Kanzler vor ihm einem »Primat der ökonomischen Politik« folgte, war überzeugt, dass Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene allein nur noch begrenzt wirksam war, was die Kooperation der wichtigsten Industrieländer des Westens erforderlich machte.³¹³ Dazu wurden die Weltwirtschaftsgipfel geschaffen, die der Bundesrepublik die Möglichkeit boten, ihre gewachsene ökonomische Bedeutung international geltend zu machen.³¹⁴ Das Jahr 1978 war in dieser Hinsicht das »Glanzjahr« der Regierung Schmidt. Die sieben wichtigsten Industrieländer (G 7) versammelten sich in Bonn zum Gipfeltreffen. Die Bundesrepublik galt als »Lokomotive der Weltwirtschaft«³¹⁵ und Helmut Schmidt stand als erfolgreicher Krisenmanager, bei dem die Welt offenbar Rat einholte, im Rampenlicht. Ihm war es gelungen, die Rezession der Jahre 1974/75 rasch einzudämmen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Inflation zu drosseln. Die Arbeitslosigkeit indes konnte nicht signifikant gesenkt werden, was auf eine Strukturkrise hindeutete, die in den 1970er-Jahren von den handelnden Akteuren allerdings keinesfalls als solche erkannt und politisch bearbeitet wurde. Zunächst galt die hohe Arbeitslosigkeit als konjunkturell bedingt. Weil die weltwirtschaftlichen Verwerfungen die Bundesrepublik nicht mit voller Wucht trafen und ihre Auswirkungen relativ erfolgreich aufgefangen worden waren, war der erzeugte Problemdruck im bundesdeutschen Fall geringer als in anderen europäischen Staaten.³¹⁶

³¹² Vgl. ebd., S. 213 f.

³¹³ *Johannes von Karzewski*, »Weltwirtschaft ist unser Schicksal«. Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel, Bonn 2008, S. 9, S. 12.

³¹⁴ Vgl. ebd.

³¹⁵ *Wolfrum*, Geschichte der Bundesrepublik, S. 437.

³¹⁶ Vgl. *Süß*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat, S. 125 f.

Als die Labour-Regierung James Callaghans infolge der Sterling-Krise des Jahres 1976 einen Darlehensantrag beim IWF einreichte – was im Lande als tiefe Demütigung empfunden wurde – genoss die von Schmidt geführte sozial-liberale Regierung international und national hohes Ansehen. Schmidt fand zudem wegen seines entschiedenen Krisenmanagements angesichts der terroristischen Herausforderung durch die Rote Armee Fraktion (RAF) und wegen des Erfolgs der Geiselfreiung von Mogadischu im Jahr 1977 große Anerkennung. Überall und gerade in Großbritannien blickte man in einer Mischung aus Verwunderung und Bewunderung auf das »Modell Deutschland«. ³¹⁷ Nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik wurde registriert, sondern auch deren politische und gesellschaftliche Stabilität. So kam es zwar auch in der Bundesrepublik vermehrt zu tarifpolitischen Konflikten im Zuge enger werdender Verteilungsspielräume. Im internationalen Vergleich zeichnete sich das »Modell Deutschland« aber, wie bereits erläutert, durch ein relativ niedriges Konfliktpotenzial zwischen Kapital und Arbeit aus – was bei den parteipolitischen Akteuren in Großbritannien nicht unbemerkt blieb. ³¹⁸ Die relative Krisenfestigkeit der westdeutschen Wirtschaft und Politik und die europäische Führungsrolle der Bundesbank, resultierend aus der Stärke der D-Mark, addierten sich, so der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer, zu beachtlichen politischen Ressourcen. ³¹⁹ Hinzu kam, dass die sozial-liberale Regierungskoalition zwischen 1976 und 1980 gemessen an den gravierenden Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert war – weltweite Wirtschaftsprobleme, Inflation, Arbeitslosigkeit, Terrorismus – durch ein beachtliches Maß an Stabilität gekennzeichnet war. ³²⁰

Die Bundesrepublik teilte also in den 1970er-Jahren die Erfahrung ökonomischer Krisenanfälligkeit. Internationale wirtschaftliche Verwerfungen, industrieller Strukturwandel, Inflation, stagnierendes Wachstum, Arbeitslosigkeit und das Ereignis der Ölkrise hatten ein Krisenbewusstsein zur Folge, welches den diskursiven Kontext des Aushandlungsprozesses über das Verhältnis von Markt und Staat in der CDU prägte. Wie zu zeigen sein wird, rekurrerten die diskursiven Strategien der christdemokratischen Akteure auf die »Krise« der 1970er-Jahre und waren bestrebt, diskursive Verschiebungen voranzutreiben und politisches Kapital aus der beschworenen »Krise« zu schlagen. Dass die SPD mit dem Slogan

³¹⁷ Für eine historische Analyse der einzelnen Bausteine des »Modells Deutschland« vgl. *Thomas Hertfelder/Andreas Rödder* (Hrsg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007.

³¹⁸ Gerade die britischen Konservativen diskutierten zeitweise das deutsche Modell der Konzentrierten Aktion als Möglichkeit zur Lösung des Dauerproblems der Gewerkschaftsbeziehungen. Vgl. dazu ausführlich Viertes Kapitel, 1.4 der vorliegenden Arbeit.

³¹⁹ Vgl. *Abelshauer*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 396.

³²⁰ Vgl. *Susanne Miller/Heinrich Pottboff*, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–2002*, 8., aktualisierte und erw. Aufl., Bonn 2002, S. 252.

»Weiterarbeiten am Modell Deutschland« in den Bundestagswahlkampf 1976 ziehen konnte³²¹, macht jedoch deutlich, dass das Bild einer omnipräsenten Krise die Bundesrepublik der 1970er-Jahre nur unvollständig charakterisiert. Gerade im Vergleich zum britischen Fall wird die Begrenztheit der Krisenhaftigkeit und der Krisenwahrnehmung in der Bundesrepublik deutlich. Ein mit der in Großbritannien ständig gegenwärtigen Rede vom *decline* vergleichbarer Niedergangsdiskurs wirkte in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre nicht. Wie im weiteren Verlauf des Kapitels herausgearbeitet wird, hatte dies Konsequenzen für den Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie, setzte die im Vergleich zum britischen Verfallsdiskurs vergleichsweise schwach ausgeprägte westdeutsche Krisenwahrnehmung doch diskursiven Strategien der Krisenerzählung Grenzen. Während es der thatcheristischen Krisenerzählung gelang, die unterschiedlichen Elemente der omnipräsenten Krisenwahrnehmung im Kontext des britischen Niedergangsdiskurses zu bündeln und auf dieser Grundlage eine marktradikale Kur zu begründen, war die Möglichkeit weitreichender Verschiebungen im Marktdiskurs der CDU durch den in der Bundesrepublik schwächer ausgeprägten »äußeren« Faktor der Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre – unabhängig vom innerparteilichen Kräfteverhältnis der im christdemokratischen Marktdiskurs wirkenden Interessen – von vornherein begrenzt.

Dass der bundesrepublikanische Krisendiskurs in den 1970er-Jahren schwächer ausgeprägt und vor allem grundsätzlich anders gelagert war als in Großbritannien, hing schließlich mit den bereits dargestellten Unterschieden in der Ausprägung der jeweiligen Nachkriegsordnung und im Speziellen mit den zeitlich unterschiedlichen Phasenverläufen des Keynesianismus diesseits und jenseits des Kanals zusammen. Wie im Eingangskapitel gezeigt wurde, hatten die Konzepte des Keynesianismus die britische Nachkriegsordnung in viel stärkerem Maße geprägt als die bundesrepublikanische. Die Etablierung der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik erfolgte entlang christdemokratischer Prinzipien, in denen dem Ordoliberalismus und der ihm eigenen anti-kollektivistischen Tradition eine herausragende Bedeutung zukam. Das Paradigma »Markt-Staat-Plan« wurde im bundesrepublikanischen Marktdiskurs viel später diskursbestimmend und erst in der Großen Koalition ab 1966 handlungsleitend.³²² Darüber hinaus war ein direkter Zusammenhang zwischen Keynesianismus und »Niedergang« in der Bundes-

³²¹ Vgl. dazu *Thomas Hertfelder*, »Modell Deutschland« – Erfolgsgeschichte oder Illusion?, in: *Ders./Rödter* (Hrsg.), *Modell Deutschland*, S. 9–27, hier S. 12 f.

³²² Vgl. *Georg Altmann*, *Planung in der Marktwirtschaft? Zur Neuausrichtung der westdeutschen Wirtschaftspolitik durch das Stabilitätsgesetz von 1967*, in: *Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate* (Hrsg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 31–42.

republik schwerer zu konstruieren, war die keynesianische Politik bei der Bekämpfung der Rezession von 1966/67 doch durchaus erfolgreich gewesen.³²³ Dass die zeitlich begrenzte keynesianische Krisenpolitik der Großen Koalition zur Bekämpfung der »kleinen« Rezession als Fortsetzung der Erhard'schen Politik der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt wurde³²⁴, zeigt nicht nur, dass der Marktdiskurs der CDU in den späten 1960er-Jahren vom keynesianischen Paradigma »Markt-Staat-Plan« geprägt war, sondern ist auch als Indiz dafür zu deuten, dass der Keynesianismus in der Bundesrepublik zunächst nicht mit »Niedergang« und »Krise«, sondern vielmehr mit der erfolgreichen Bekämpfung krisenhafter ökonomischer Problemlagen in Verbindung gebracht wurde.

Dies hatte Konsequenzen für die Krisendiskurse beider Länder und für die Krisenerzählungen der christdemokratischen und konservativen Akteure in den 1970er-Jahren: Als die Annahmen des Keynesianismus im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels der 1970er-Jahre und der als krisenhaft wahrgenommenen ökonomischen Problemlagen an Erklärungskraft einbüßten, geriet die britische Nachkriegsordnung in viel stärkerem Maße in Bedrängnis als die (west)deutsche, die in viel geringerem Maße und für einen viel kürzeren Zeitraum eine keynesianische war. Die Diskreditierung des keynesianischen Nachkriegskonsens bildete, wie bereits herausgearbeitet worden ist, die »äußere« Voraussetzung dafür, dass die Thatcheristen in der Konservativen Partei den Angriff auf den keynesianischen Nachkriegskonsens ins Zentrum ihres Krisennarrativs rücken, »mehr Markt« als Gegengift gegen »Keynesianismus«, »Sozialismus« und »Konsens« predigen und in den 1980er-Jahren praktizieren konnten. Die deutsche Christdemokratie hatte mit der Sozialen Marktwirtschaft einen am Ordoliberalismus orientierten Weg eingeschlagen, der auch nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters« (Eric Hobsbawm) nicht diskreditiert war, sondern im Gegenteil für die Heldenjahre des Wiederaufbaus und für das »Wirtschaftswunder« stand. Die diskursiven Strategien der Krisenerzählung der CDU zielten daher, wie zu zeigen sein wird, nicht auf die Aushöhlung der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung; sie zielten – im Unterschied zum thatcheristischen Krisennarrativ – gerade auf die Bewahrung beziehungsweise auf die Rückkehr zur »alten«, vom Erfolg gekrönten Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Dies setzte Verschiebungen im Marktdiskurs der CDU in den 1970er-Jahren Grenzen und machte eine begriffliche Umorientierung weniger notwendig. Die Betrachtung der Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik verdeutlicht vom britischen Vergleichsfall strukturell differierende Diskurskontexte und Debatten-

³²³ Zur Überwindung der Rezession von 1966/67 vgl. *Klaus Hildebrand*, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984, S. 283–300.

³²⁴ Vgl. Berliner Programm der CDU, 1968, 1. Fassung, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 22059.

strukturen, die für die im Folgenden zu analysierenden Strategien der Krisenerzählung der CDU und damit als Ausgangs- und Rahmenbedingungen des christdemokratischen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren von Bedeutung sind.

2.2 Orientierungsprobleme der keynesianischen Sozialdemokratie

Mit Blick auf die 13 Jahre sozialdemokratischer Regierungszeit sind die 1970er-Jahre in der Bundesrepublik als »sozialdemokratisches Jahrzehnt« bezeichnet worden.³²⁵ Für eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie tragen die »langen 1970er-Jahre« dieses Etikett nicht zu Unrecht, zumal in einer Phase sozialdemokratisch geprägter Politik von 1966 bis 1982 wie nie zuvor oder danach in der Geschichte der Bundesrepublik versucht worden ist, die Wirtschaft durch staatliches Handeln zu steuern.³²⁶ Wie bereits aufgezeigt wurde, erfuhren die Prämissen dieser Politik seit 1973/74 aber eben auch einen tiefgreifenden Plausibilitätsverlust. »Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit« lautet entsprechend der Untertitel von Bernd Faulenbachs Geschichte der SPD von 1969 bis 1982, die deutlich gemacht hat, dass die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik mit der »ökonomisch-politischen Krise« und des mit ihr einhergehenden Endes des Zukunftsoptimismus, der noch die Regierungsjahre Willy Brandts geprägt hatte, schwieriger wurde.³²⁷ Das Ende der Reformeuphorie und der Plausibilitätsverlust des an Modernisierung und Fortschritt orientierten sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurfs angesichts sich wandelnder sozioökonomischer Prämissen und eines umschlagenden Zeitklimas forderten die SPD als Regierungspartei heraus. Im umschlagenden Zeitklima der gesteigerten Krisenwahrnehmung seit 1973/74 hatte auch die deutsche Sozialdemokratie – wie ihre britische Schwesterpartei – einen Veränderungs- und Neuorientierungsprozess zu beschreiben, der mit Verschiebungen des sozialdemokratischen Marktdiskurses einherging und der CDU Angriffsflächen für diskursive Strategien einer Krisenerzählung bot.

Auf die ökonomische Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre reagierte die regierende Sozialdemokratie im Gespann mit ihrem liberalen Koalitionspartner mit zwei gegensätzlichen Sichtweisen, die die Wirtschaftspolitik der Koalition auf eigen-tümlich zerrissene Weise zwischen keynesianischen Maßnahmen und angebots-

³²⁵ Vgl. *Bernd Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011, S. 20.

³²⁶ Vgl. *Ders.*, *Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?*, in: *AfS* 44, 2004, S. 1–37, hier S. 21.

³²⁷ *Ders.*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*.

politischen Strategien schwanken ließen.³²⁸ Die vor allem im Sozialbeirat des Bundesarbeitsministeriums agierenden Keynesianer erkannten in der aktuellen Rezession im Schulterchluss mit den Gewerkschaften eine weltweite Konjunkturschwäche, die mit keynesianischer Globalsteuerung und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik im nationalen Rahmen zu bekämpfen war, und plädierten daher für kreditfinanzierte öffentliche Investitionsprogramme.³²⁹ Dieser Kriseninterpretation entsprach die zunächst klassisch keynesianische Politik der Bundesregierung, der Krise der Jahre 1973/74 mit Konjunkturprogrammen und deutlichen Steuerentlastungen, die die Binnennachfrage stimulieren sollten, beizukommen.³³⁰ Im September 1974 wurde ein Konjunktursonderprogramm aufgelegt und im März 1977 folgte eine weitere konjunkturstützende Maßnahme in Form eines Investitionsprogramms.³³¹

Allerdings mehrten sich zusehends in allen Richtungsgruppierungen der SPD die Anzeichen, dass man den ökonomischen Problemlagen mit einer Belebung der Binnennachfrage allein nicht mehr Herr werden würde und dass die Globalsteuerung im Sinne des Keynesianismus nicht mehr imstande war, die ausgewachsene Rezession zu überwinden. Diese zunehmende Skepsis gegenüber einem allein auf keynesianische Globalsteuerung setzenden Krisenmanagement wurde beispielsweise im Zuge des Formulierungsprozesses einer wirtschaftspolitischen EntschlieÙung des SPD-Parteivorstandes im März 1974 bei Vertretern der keynesianischen Sozialdemokratie ebenso sichtbar wie bei Repräsentanten des linken Flügels der Partei. Wolfgang Roth, noch Vorsitzender der Jusos und Mitglied im SPD-Parteivorstand, betonte, die SPD müsse stärker als bisher auf »ein Instrumentarium der sektoralen und regionalen Strukturpolitik« setzen.³³² »Auch umfassende Investitionsprogramme von Bund und Ländern werden partielle Umstellungsschwierigkeiten nicht verhindern können«, stellte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Ehrenberg, fest und hob die Notwendigkeit ergänzender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen hervor.³³³

Diese Sichtweise Ehrenbergs entsprach auch der stärker außenwirtschaftlich geprägten Kriseninterpretation Helmut Schmidts und seiner Berater, welche die

³²⁸ Vgl. *Tim Schanetzky*, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2005, S. 211 f.; *Siß*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat, S. 120; *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 469, S. 506 f.

³²⁹ Vgl. *Siß*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat, S. 120.

³³⁰ Vgl. *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 468; *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 447.

³³¹ Vgl. ebd., S. 447, S. 578.

³³² Wolfgang Roth, Entwurf einer wirtschaftspolitischen PV-EntschlieÙung, Vorlage für die SPD-Präsidiumssitzung vom 5. 3. 1974, in: AdsD, Präsidiumssitzungen, Mappe 249.

³³³ Herbert Ehrenberg, Entwurf einer wirtschaftspolitischen PV-EntschlieÙung, Vorlage für die SPD-Präsidiumssitzung vom 5. 3. 1974, in: ebd.

Konjunkturbrüche in erster Linie auf die Destabilisierung der Weltwirtschaftsordnung durch schwankende Wechselkurse und unausgewogene Zahlungsbilanzen zurückführte. Demnach ließ sich eine stabile Wirtschaftsentwicklung nicht mehr durch die Instrumente des Keynesianismus im nationalen Rahmen allein sicherstellen. Konzeptionell bedeutete diese Sichtweise zwar keine Hinwendung zu einem monetaristischen Dogmatismus angelsächsischer Prägung, wohl aber eine erhebliche Veränderung der wirtschaftspolitischen Rationalitätskriterien.³³⁴ Diese Sichtweise hatte sich bereits mit Schmidts Übernahme des Wirtschafts- und Finanzressorts nach dem Rücktritt Karl Schillers im Juli 1972 abgezeichnet. »Helmut Schmidt ist nicht entfernt so zahlengläubig wie Schiller und hält weit weniger für »machbar« durch globale Steuerung«, so die Einschätzung des »Informationsdiensts für die deutsche Wirtschaft«. »Der neue Bundeswirtschaftsminister bestreitet vor allem, dass die Konjunkturpolitik Vorrang vor allem anderem haben müsse. [Er] neigt mehr zu pragmatischem Handeln, das sich auf aktuelle Schwierigkeiten richtet. Man kann fast sagen, dass Helmut Schmidt in dieser Beziehung zurück zu Erhard tendiert.«³³⁵ Bei dieser Interpretation konnte sich der Kanzler auf die Mehrheit der Ökonomen im Sachverständigenrat stützen, der im Zuge der international an Einfluss gewinnenden angebotsorientierten Wirtschaftstheorien eine Abkehr vom Keynesianismus vollzogen hatte. Die Bundesbank machte ihren nach dem Scheitern des Bretton Woods-Systems gestiegenen Einfluss geltend und ging 1973 zu einer restriktiven Geldpolitik über, um dem Problem der steigenden Inflation zu begegnen. Obwohl Schmidt noch im Wahlkampf 1972 hatte verlautbaren lassen, fünf Prozent Inflation seien besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit³³⁶, zog die Bundesregierung in Anbetracht des Einflusses der Bundesbank mehr und mehr nach.³³⁷ Ab 1975 verfolgte die sozial-liberale Koalition die Konsolidierung des Haushalts und einen Sparkurs in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Steuerreform von 1974/75, die kleinere Einkommen und Vermögen ent- und größere belastete, war die letzte Reform im Zeichen einer egalitären Politik der Verteilungsgerechtigkeit.³³⁸ 1975 war der Höhepunkt der sozialstaatlichen Reformpolitik in Deutschland allerdings überschritten. Im September beschloss die sozial-liberale Koalition ein Haushaltssicherungs-

³³⁴ Vgl. *Siß*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat, S. 120 f.; vgl. auch *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 470.

³³⁵ Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft/Wirtschafts- und Sozialpolitik, 24.7.1972, in: AdsD, WBA, A8: Bundeskanzler und Bundesregierung 1969 bis 1974, Mappe 18, S. 134 f., hier S. 134.

³³⁶ *Helmut Schmidt*, Süddeutsche Zeitung, 28.7.1972, S. 8.

³³⁷ Vgl. *Oliver Nachtwey*, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 160.

³³⁸ Vgl. ebd.

gesetz, das die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ebenso vorsah wie Einsparungen im öffentlichen Dienst und somit mit keynesianischen Prinzipien nicht vereinbar war.³³⁹ Auf Betreiben des FDP-Wirtschaftsministers Hans Friderichs, der klar angebotsorientierte Positionen vertrat, erhöhte die sozial-liberale Koalition schließlich im Januar 1978 die Mehrwertsteuer und senkte gleichzeitig die Vermögenssteuer, um Investitionsanreize zu geben.³⁴⁰

In diesem Schwanken der SPD-geführten Regierung zwischen ganz unterschiedlichen, zum Teil gegenläufigen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen zeigen sich durchaus Parallelen zur Orientierungskrise der britischen Labour Party, die mit ihrem pragmatisch orientierten Kurswechsel des *New Realism* die Notwendigkeit der Bekämpfung der Inflation anerkannte und auf Kürzungen der öffentlichen Ausgaben sowie auf striktere monetäre Kontrolle setzte. Premierminister Callaghan gestand auf dem Höhepunkt der IWF-Krise in aller Klarheit öffentlich ein, dass das sozioökonomische Ordnungsmodell des keynesianischen Nachkriegskonsenses an seine Grenzen gestoßen war. Weniger vehement, und angesichts eines im britischen Vergleichsfall geringer ausgeprägten Krisenbewusstseins weniger brisant wahrgenommen, signalisierte auch Bundeskanzler Schmidt ein erschüttertes Vertrauen in die nachfrageorientierte Konjunkturpolitik und räumte angebotstheoretischen Überlegungen eine Vorrangstellung ein: »Angemessene Erträge sind Voraussetzung für die notwendigen Investitionen in der Wirtschaft«, betonte er in seiner Regierungserklärung vom 17. Mai 1974. »Mit sinkenden Investitionen wäre weder der Volkswirtschaft insgesamt noch dem einzelnen Arbeitnehmer gedient. Nur die fortwährende Modernisierung unserer Volkswirtschaft – und das ist das, was mit Investitionen erreicht wird – sichert und verbessert unseren Lebensstandard und die Leistungsfähigkeit auch des Staates für seine Bürger. [...] Ohne Investitionen kein Wachstum; ohne Investitionen keine Arbeitsplatzsicherheit, keine höheren Löhne und auch kein sozialer Fortschritt.«³⁴¹

Wie die Labour Party vollzog auch die regierende SPD in der Bundesrepublik keine klare Abkehr vom keynesianischen Paradigma. Die Regierung verfolgte vielmehr eine »restrictive, export-promoting, anti-inflationary macroeconomic policy«³⁴², eine »halb-keynesianische Strategie«³⁴³, die zur weltwirtschaftlichen

³³⁹ Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 447.

³⁴⁰ Vgl. *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 494.

³⁴¹ Helmut Schmidt, Regierungserklärung vom 17. Mai 1974, abgedr. in: Klaus Stüwe (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002, S. 200–216, hier S. 210.

³⁴² *Robert Brenner*, The Economics of Global Turbulence, in: *New Left Review* 229, 1998, S. 1–265, hier S. 176.

³⁴³ *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 447.

Orientierung der deutschen Wirtschaft passte und – wie bereits angedeutet – die ökonomischen Krisenerscheinungen der 1970er-Jahre vergleichsweise gut entschärfen konnte.³⁴⁴ Gleichwohl kam in der Regierungspolitik der Mitte-Links-Parteien Großbritanniens und der Bundesrepublik eine Orientierungskrise der keynesianischen Sozialdemokratie zum Ausdruck, die im britischen Vergleichsfall von der Konservativen Partei in ein Krisennarrativ gebündelt wurde, das einer radikalen Marktsprache Plausibilität verlieh und auf die Auflösung der Grundfeste der britischen Nachkriegsordnung gerichtet war. Das christdemokratische Krisennarrativ war demgegenüber gänzlich anders gelagert; es zielte geradezu in die entgegengesetzte Stoßrichtung: Nicht die Auflösung des Alten und die Errichtung von etwas Neuem – im Fall der britischen Konservativen die Aushöhlung des *post-war consensus* und seine Ersetzung durch einen neuen, marktradikalen Konsens –, sondern die Motive der Gefährdung des Erreichten und der Notwendigkeit der Bewahrung des bewährten marktwirtschaftlichen Ordnungsmodells der Adenauer-Ära, der Sozialen Marktwirtschaft, nahmen in den christdemokratischen Strategien der Krisenerzählung eine zentrale Stellung ein.

2.3 Von der Gefährdung des Bewährten: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausgangs- und Fluchtpunkt christdemokratischer Strategien der Krisenerzählung

Das Narrativ einer Gefährdung des Erreichten durch die verfehlte Politik der sozial-liberalen Regierung stand schon vor Beginn des akut wachsenden Krisenbewusstseins der Jahre 1973/74 im Zentrum der Argumentation der CDU. Auf dem 18. Bundesparteitag der CDU im Jahr 1971 bezeichnete der Parteivorsitzende Rainer Barzel die Soziale Marktwirtschaft als »das erfolgreichste Programm, das es in der deutschen parlamentarischen Geschichte gegeben hat.« Man wisse inzwischen »aus unserer Geschichte, aus unseren Erfahrungen und aus einem Blick um die Welt, daß es kein erfolgreicherer, gerechterer und humaneres System gibt als die soziale Marktwirtschaft.«³⁴⁵ In seiner Rede auf dem Bundesparteitag der CDU zwei Jahre später im Wahljahr 1972 betonte Barzel, nun Kanzlerkandidat der Union: »In den 20 Jahren Sozialer Marktwirtschaft unter unserer Führung ist es gelungen, eine ausgewogene und erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben und zugleich zu beweisen, daß es einen Gegensatz zwischen der Förderung von öffentlichem und privatem Wohlstand weder gibt noch geben darf. [...] Dies

³⁴⁴ Vgl. *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 160.

³⁴⁵ Rainer Barzel, Rede auf dem 18. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, 25.–27. 1. 1971, S. 170 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1971-01-25-27_Protokoll_18.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf [12. 3. 2018].

sagen, heißt: Ludwig Erhard danken!«³⁴⁶ Der überaus positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre des Nachkriegsbooms, in denen die Union die Regierungsverantwortung getragen hatte, stellte Barzel die Bilanz der drei Jahre amtierenden SPD/FDP-Regierung entgegen: »Das reale Sozialprodukt ist von 1950 bis 1969 im Jahresdurchschnitt um 6 ½ Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote wurde von 10,4 v. H. im Jahre 1950 auf 0,8 v. H. im Jahre 1969 gesenkt. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten von 1950 bis 1969 im Jahresdurchschnitt nur um 2,2 v. H. gestiegen. Entsprechend hoch war der Realeinkommenszuwachs der Arbeitnehmer: Von 1950 bis 1969 konnten die Lohn- und Gehaltsempfänger im Schnitt einen jährlichen Einkommenszuwachs, einen realen Zuwachs, von 5,4 v. H. verzeichnen. [...] Was ist aus dieser Eröffnungsbilanz geworden? Nach drei Jahren der SPD/FDP-Regierung müssen wir feststellen: Die Staatsfinanzen sind zerrüttet. Die Bildungsreform ist gescheitert. Wir haben weniger wirtschaftliches Wachstum. Die Preisentwicklung ist außer Kontrolle geraten. Die Steuern werden erhöht. Der Bürger muß um seine Ersparnisse fürchten. Die sozial Schwachen sind die eigentlich Leidtragenden der Inflation.«³⁴⁷ Die Inflation sei »gegenwärtig der große Gegner der Sozialen Marktwirtschaft.« Sie würde durch den »Inflationsprozeß permanent ausgehöhlt«, wogegen die Regierung nichts unternehme. Daher müsse die Frage gestellt werden, ob der Bundeskanzler, Willy Brandt, bereit sei, »Inflation als Mittel zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft hinzunehmen.«³⁴⁸

In der durch die Regierungspolitik »sträflich vernachlässigten Preisstabilität« sah auch Karl-Heinz Narjes, christdemokratischer Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, einen »Angriff auf die Wirtschaftsordnung von innen.«³⁴⁹ Mit seinem Parteivorsitzenden lag er auf einer Linie, wenn er beklagte, die SPD unterminiere das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. All diejenigen, »die 1969 aus der Verbindung des Namens Schiller mit dem Godesberger Programm eine sozialdemokratische Politik der Sozialen Marktwirtschaft herauslesen sollten und herausgelesen haben«, seien getäuscht worden. Narjes Argumentation lief darauf hinaus, die SPD als grundsätzlichen Gegner der Marktwirtschaft darzustellen. Sie habe sich den Begriff »soziale Marktwirtschaft« niemals zu Eigen gemacht, und man müsse sich fragen, was der Begriff »für eine ausdrücklich dem Sozialismus verpflichtete

³⁴⁶ Rainer Barzel, Rede auf dem 20. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden, 9.–11. 10. 1972, S. 28 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundespartei-tage/1972-10-09-11_Protokoll_20.Bundesparteitag_Wiesbaden.pdf [12. 3. 2018].

³⁴⁷ Ebd., S. 29, S. 30 f.

³⁴⁸ Alle Zitate ebd., S. 23.

³⁴⁹ Karl-Heinz Narjes, Rede auf dem 20. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden, 9.–11. Oktober 1972, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 22101.

SPD« eigentlich bedeute. Die Soziale Marktwirtschaft könne »nicht nur von außen frontal«, sondern auch »von innen heraus zerstört werden«, so Narjes. »Da gibt es die Überforderung, den Versuch, den Horizont der Ansprüche, Hoffnungen und Erwartungen an den Staat und an die Wirtschaft ins Unmögliche zu erweitern, damit die später unvermeidbare Enttäuschung in eine Systemverdrossenheit umschlagen und in den politischen Vorwurf der Untauglichkeit der ganzen freiheitlichen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung umgemünzt werden kann.«³⁵⁰ »Eine Revolution«, so Narjes, »bleibt auch dann eine Revolution, wenn sie in psychologisch fein dosierte Teilabschnitte zerlegt und über mehrere Jahre gestreckt wird und die einzelnen Abschnitte mit der auf Täuschung angelegten Überschrift ›Reform‹ versehen werden.«³⁵¹ In diesem Sinne rief CDU-Generalsekretär Konrad Kraske dazu auf, deutlich zu machen, »daß die Soziale Marktwirtschaft für Sozialdemokraten eine Wirtschaftsordnung ist, die man jeden Tag zur Disposition stellen kann, wenn einem etwas anderes einfällt.«³⁵²

Den vorläufigen Höhepunkt der Abrechnung mit der sozial-liberalen Bundesregierung im Wahljahr markierte die Rede von Franz Josef Strauß (CSU) auf dem CDU-Bundesparteitag im Oktober 1972 in Wiesbaden. »Wir stehen an einem Wendepunkt unserer wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung und damit an einem Scheideweg unserer Gesellschaftspolitik, unseres politischen Ordnungssystems schlechthin.«³⁵³ Das von Erhard geschaffene »Ordnungssystem einer freiheitlichen sozialen Marktwirtschaft« sei eine »Reform von wahrhaft epochalem Charakter« sowie »Grundlage und Voraussetzung für den Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des Krieges zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas, zum bestausgebauten Sozialstaat unter allen Industrieländern« gewesen.³⁵⁴ Diese Ordnung werde »heute in zunehmendem Maße von den zum Klassenkampfdenken zurückkehrenden Sozialisten unseres Bonner Regimes in Frage gestellt«, betonte Strauß in der für ihn typischen Pose des konfrontativen Polemiserens.³⁵⁵ »Auch die Beteuerungen des Bundeskanzlers und seiner Paladine, [...] daß man an der Marktwirtschaft und am Privateigentum festhalten wolle, sind nichts anderes als verbale Pflichtübungen. [...] Diese Lippenbekenntnisse ha-

³⁵⁰ Ebd.

³⁵¹ Ebd.

³⁵² Konrad Kraske, Rede auf dem 20. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden, 9.–11. 10. 1972, S. 56f. des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1972-10-09-11_Protokoll_20.Bundesparteitag_Wiesbaden.pdf [12. 3. 2018].

³⁵³ Franz Josef Strauß, Rede auf dem 20. CDU-Bundesparteitag, 9.–11. 10. 1972, Wiesbaden, S. 112, online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1972-10-09-11_Protokoll_20.Bundesparteitag_Wiesbaden.pdf [18. 11. 2018].

³⁵⁴ Ebd., S. 112f.

³⁵⁵ Ebd., S. 113.

ben reinen Beschwichtigungscharakter. Sie sollen helfen, hinter dem Vorhang vieler Wortkaskaden den nächsten Schritt in Richtung auf eine sozialisierte Gesellschaftsordnung ungehindert vorbereiten zu können.«³⁵⁶

Eine »entscheidende Gefahr« für die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft erkannte Strauß in der Inflation. Die »Preissteigerungen bei den Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte« seien von 1,6 Prozent im Jahr 1968 auf 5,7 Prozent im Jahr 1972 gestiegen.³⁵⁷ Anders als die Bundesregierung vorgebe, seien »weder das böse Ausland, die inflationierenden Europäer« noch »der böse Amerikaner mit seinem Vietnam-Krieg« schuld an dieser Entwicklung. »Haupttäter« sei die Bundesregierung selber.³⁵⁸ Der Verweis der Bundesregierung auf die im internationalen Vergleich niedrige Inflationsrate sei lediglich ein Versuch, ihr »totales Versagen« zu überdecken. Die Inflation zerstöre die Lenkungsfunktion der Preise, führe zu Fehlinvestitionen und Wachstumsverlusten und gefährde die Vollbeschäftigung – als Negativbeispiel führte Strauß Großbritannien an.³⁵⁹ Die Aussage des Wirtschafts- und Finanzministers Helmut Schmidt zitierend, das deutsche Volk könne 5 Prozent Preisanstieg eher vertragen als 5 Prozent Arbeitslosigkeit³⁶⁰, bezeichnete Strauß die Behauptung Inflation ist der Preis für Vollbeschäftigung als »Märchen«: »Er [Schmidt, P. B.] würde nächstes Jahr, wenn er in der Position bliebe, sagen müssen: Mir scheint, daß das deutsche Volk 7 Prozent Preisanstieg eher vertragen kann als 7 Prozent Arbeitslosigkeit. Auf dieser Leiter läßt sich lange fortschreiten, aber am Ende steht die Zerstörung unseres gesellschaftlichen und politischen Ordnungssystems in der Bundesrepublik.«³⁶¹

Das schon vor der akuten Krisenhaftigkeit seit 1973/74 deutlich werdende Motiv der Gefährdung der Sozialen Marktwirtschaft als »Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung«³⁶² und Garant für »ein Höchstmaß an Freiheit und sozialer Sicherheit«³⁶³ durch die sozial-liberale Regierung prägte im Zuge einer sich verschärfenden Inflationsproblematik, wachsender Arbeitslosigkeit

³⁵⁶ Ebd., S. 113 f.

³⁵⁷ Ebd., S. 116.

³⁵⁸ Ebd., S. 116 f.

³⁵⁹ Ebd., S. 117 f.

³⁶⁰ In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung hatte Schmidt ausgeführt: »Mir scheint, daß das deutsche Volk – zugespitzt – 5 Prozent Preisanstieg eher vertragen kann als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.« Süddeutsche Zeitung, 28.7.1972, S. 8.

³⁶¹ Strauß, Rede auf dem 20. CDU-Bundesparteitag, 9.–11.10.1972, Wiesbaden, S. 120.

³⁶² Philipp von Bismarck, Rede auf dem 23. Bundesparteitag der CDU in Mannheim, 23.–25.6.1975, S. 230 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteiwege/1975-06-23-25_Protokoll_23.Bundesparteitag_Mannheim.pdf [11.3.2018].

³⁶³ Helmut Kohl, Rede auf dem 25. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, 7.–9.3.1977, S. 36 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteiwege/1977-03-07-09_Protokoll_25.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf [11.3.2018].

und steigender öffentlicher Verschuldung das christdemokratische Krisennarrativ das gesamte Jahrzehnt hindurch.³⁶⁴ Es sei die CDU gewesen, die »in der Nachkriegszeit gegen den Widerstand der SPD eine Wirtschaftsordnung durchgesetzt hat, die mehr sozialen Frieden, mehr soziale Sicherheit, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Wirtschaftswachstum erreicht hat als in anderen Ländern«, erklärte Helmut Kohl Ende 1974 vor Vertretern des CDU-Wirtschaftsrates.³⁶⁵ Dass es der Bundesrepublik heute wirtschaftlich besser ginge als ihren Nachbarn in England und Italien, sei auf die Soziale Marktwirtschaft zurückzuführen und habe nichts mit »dem starken Mann an der Spitze der Bundesregierung« zu tun. Die hohe Arbeitslosigkeit sei nicht bloße Folge offensichtlicher Fehler auf dem Gebiet der Stabilitätspolitik. Vielmehr habe sich »das wirtschaftspolitische Klima in den letzten fünf Jahren in einer Weise verändert«, monierte Kohl, »die zu einer bedenklichen Verunsicherung der Investoren geführt hat.« Die Regierung gefährde »wesentliche Funktionsbedingungen dieses in der Vergangenheit so erfolgreichen Wirtschaftssystems.«³⁶⁶ »Die Bundesrepublik hat zur Zeit die höchste Inflationsrate seit 20 Jahren und eine wachsende, immer bedrohlicher werdende Arbeitslosigkeit«, hieß es in einer Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. »Dadurch wird unsere freiheitliche soziale Gesellschaftsordnung immer mehr gefährdet. Für die krisenhafte Entwicklung tragen SPD und FDP allein die Verantwortung.«³⁶⁷

Die wirtschaftlichen Probleme wurden konsequent und durchgängig auf eine Abkehr der Regierungspolitik von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückgeführt. »Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat diese Krise verursacht, sondern ihre ständige Mißachtung in der Praxis trotz aller Lippenbekenntnisse der Regierungsparteien seit 1969«, betonte etwa Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein und profiliertes Wirtschaftsexperte der CDU, auf dem Düsseldorfer Bundesparteitag der CDU im März 1977.³⁶⁸ »Die

³⁶⁴ Vgl. auch bereits *Martin Wengeler*, »Der alte Streit ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹ ist vorbei«. Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen, in: Georg Stötzel (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995, S. 35–91, hier S. 72.

³⁶⁵ Helmut Kohl, Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, Rede vor dem Wirtschaftsrat der CDU in Bonn, 4. 12. 1974, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 10207.

³⁶⁶ Alle Zitate ebd.

³⁶⁷ Arbeitskreis für Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Thesen der CDU/CSU-Fraktion zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, 20. 9. 1974, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 1323.

³⁶⁸ Gerhard Stoltenberg, Rede auf dem 25. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, 7.–9. 3. 1977, S. 290 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1977-03-07-09_Protokoll_25.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf [11. 3. 2018]. »Nicht die Wirtschaftsordnung hat versagt, sondern die Politik von SPD und FDP. Sie haben gemeinsam die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft erschüttert«, lautete die For-

aktuellen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten sind nicht Folge der Sozialen Marktwirtschaft, sondern der Politik ab 1969, die diese bewährte Wirtschaftsordnung bewußt weitestgehend aushöhlte«, hieß es in einem CSU-Pamphlet aus dem Jahr 1978.³⁶⁹ Auch das Ludwigshafener Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahr 1978 interpretierte die ökonomischen Problemlagen als Folge eines Abrückens der Regierung von der Politik der Sozialen Marktwirtschaft: »Politische Fehlentscheidungen führen zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation. Auf jedem Schritt weg vom Weg der Sozialen Marktwirtschaft erfolgt die gesamtwirtschaftliche Quittung. Denn nicht unsere Wirtschafts- und Sozialordnung versagt, sondern die Politik, wenn sie die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu überspielen versucht.«³⁷⁰ Bis zur »Wende« 1982/83 bildete der Vorwurf der Abkehr vom bundesrepublikanischen Erfolgsweg das zentrale Motiv der diskursiven Strategie der deutschen Christdemokratie. »Die Union hat durch die Soziale Marktwirtschaft eine beispielhafte Wirtschafts- und Sozialordnung aufgebaut«, formulierte das Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl 1983. »Die SPD hat diese große Leistung unseres Volkes verwirtschaftet. Wir werden jetzt unter veränderten Bedingungen die Soziale Marktwirtschaft erneuern und so die Zukunft unseres Landes wieder auf stabile Grundlagen stellen.«³⁷¹

Als Oppositionspartei nutzte die Union die ökonomischen Probleme der 1970er-Jahre also, um ihr »Fahnenwort« Soziale Marktwirtschaft neu aufleben zu lassen.³⁷² Dabei war es in strategischer Hinsicht zunächst einmal zweitrangig, welche Politik sich konkret hinter der Forderung nach einer Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft verbarg. Die CDU konnte das marktwirtschaftliche Erfolgskonzept des Wiederaufbaus als ihr wirtschaftspolitisches Erbe darstellen und ließ entsprechend keine Gelegenheit ungenutzt, die Heldenjahre des »Wirtschafts-

mulierung im Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl 1976. CDU, Aus Liebe zu Deutschland: Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen. Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, Bonn 1976, S. 2. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1976_Freiheit-Sicherheit-Zukunft.pdf [22. 11. 2018].

³⁶⁹ Otto Schedl, Das SPD-Programm für die Wirtschaft – ein Weg in den Sozialismus. Mit einem Anhang: Der Kampf der SPD gegen die soziale Marktwirtschaft, SPD-Dokumente 1946–1976, Eichstätt 1978, S. 63.

³⁷⁰ Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Bonn 1978, S. 25. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf [22. 10. 2018].

³⁷¹ CDU, Arbeit, Frieden, Zukunft – Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU 1983, Bonn 1983, S. 3. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1983_Arbeit-Frieden-Zukunft_Miteinander-schaffen-wirs.pdf [23. 11. 2018].

³⁷² Vgl. Wengeler, »Der alte Streit«, S. 72.

wunders« mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft in Zusammenhang zu setzen. Für die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren bedeutete dies, dass die CDU bereits seit Beginn des Jahrzehnts auf ein wirtschaftspolitisches Leitvokabular festgelegt war, das eine begriffliche Umorientierung schwieriger, aber auch weniger notwendig machte. »Unser Programm ist seit 1949 das der Sozialen Marktwirtschaft«, stellte Stoltenberg auf dem 18. CDU-Bundesparteitag 1971 in Düsseldorf fest, und die CDU habe sich »klar dazu entschlossen [...], diesen Begriff, der in der Nachkriegszeit geprägt wurde, auch für die siebziger Jahre als Grundlage unseres Wirtschaftskonzepts zu bestätigen.«³⁷³

Das Festhalten am wirtschafts- und sozialpolitischen Leitvokabular der Nachkriegs-CDU lag für die christdemokratischen Akteure auf der Hand und kann auch in der Rückschau wenig überraschen, war doch die bundesrepublikanische Nachkriegsordnung der Sozialen Marktwirtschaft – im Gegensatz zur keynesianischen Nachkriegsordnung Großbritanniens – durch die krisenhaften Entwicklungen der 1970er-Jahre keinesfalls diskreditiert; im Gegenteil: Sie stand für die Heldenjahre des Wiederaufbaus und für das »Wirtschaftswunder«, das die westdeutsche Erfolgsgeschichte nach 1945 – gerade in psychologischer Hinsicht – maßgeblich begründet hatte. Dem christdemokratischen Krisennarrativ lag daher die strategische Überlegung zugrunde, dass die wirtschaftlichen Erfolge der Boomjahre als Leistungen christdemokratischer Politik der Sozialen Marktwirtschaft assoziiert würden. Dementsprechend pries die christdemokratische Opposition die von ihr verfolgten Lösungsstrategien konsequent unter ihrem »Fahnenwort« an. Der einzige Ausweg aus der Krise bestand in einer Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft »als die beste aller denkbaren Formen einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung«, die es möglich gemacht habe, »wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit in bisher einzigartiger Weise miteinander zu verbinden« und die allein die »Bewältigung des Wandels in Freiheit« sicherstellen könne.³⁷⁴

Dieser diskursiven Strategie der CDU kam zugute, dass der Begriff »Soziale Marktwirtschaft« von der SPD zur Bezeichnung eigener Vorstellungen und Konzepte weiter konsequent vermieden und als Bezeichnung der Konzepte der Union

³⁷³ Gerhart Stoltenberg, Rede auf dem 18. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, 25.–27.1.1971, S. 188 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteiwege/1971-01-25-27_Protokoll_18.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf [12.3.2018].

³⁷⁴ Alle Zitate in CDU, Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung –, 23. Bundesparteitag der CDU in Mannheim, 23.–25.6.1975, S. 96 f., S. 109, online einsehbar unter URL: http://www.kas.de/upload/themen/programmatische_der_cdu/programme/1975_Mannheimer-Erklarung-Unsere-Politik-fuer-Deutschland.pdf [12.3.2018].

sprachkritisch zurückgewiesen wurde.³⁷⁵ Vor allem in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre benutzte die SPD den Begriff »demokratischer Sozialismus« im Sinne des programmatischen Leitworts des Godesberger Programms zur Abgrenzung von der Sozialen Marktwirtschaft und zur Bezeichnung ihrer eigenen politischen Zielvorstellung.³⁷⁶ Auf ihrem »Weg zur Staatspartei« (Kurt Klotzbach) hatte die SPD zentrale Elemente der Sozialen Marktwirtschaft übernommen, ohne sich den Leitbegriff des politischen Gegners selbst zu eigen zu machen. Dieser blieb in der sprachlichen Auseinandersetzung alleine der CDU vorbehalten. Um deutlich zu machen, dass der »demokratische Sozialismus« dem Godesberger Reformkurs entsprechend mit Marktwirtschaft vereinbar war, sprach man beispielsweise von »gesteuerter Marktwirtschaft«.³⁷⁷ Die Versuche der SPD, die eigene wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption in eine eigene prägnante Begrifflichkeit zu fassen, blieben jedoch innerparteilich umstritten und konnten sich nicht durchsetzen³⁷⁸, sodass die Sozialdemokraten der christdemokratischen Erfolgsformel keinen ähnlich populären Begriff entgegen zu setzen hatten. Dass es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft tatsächlich um einen in der Geschichte der politischen Schlagwörter der Bundesrepublik beispiellosen Erfolgsbegriff handelt, wird auch deutlich, wenn man bedenkt, dass die SPD diesen begriffspolitischen Nachteil auch in den folgenden Jahren nicht aufheben konnte und seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre im Zuge ihrer Orientierung an den stärker marktwirtschaftlich ausgerichteten Mitte-Links-Parteien in Großbritannien und den USA³⁷⁹ schließlich positiv auf den Leitbegriff des politischen Gegners Bezug nahm.³⁸⁰

³⁷⁵ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 73.

³⁷⁶ Damit stand auch die SPD in einer begrifflichen Kontinuität der Nachkriegszeit. In den 1950er-Jahren hatte sie nach einer programmatischen Vokabel gesucht, die eine eigenständige Konzeption deutlich machen sollte. Die SPD verknüpfte dazu den bis dahin oft isoliert gebrauchten Ausdruck »Sozialismus« mit den hochgradig positiv konnotierten Attributen »demokratisch« und/oder »freiheitlich«. Vgl. dazu *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 51 f. Für Ansätze einer Begriffsgeschichte des »demokratischen Sozialismus« vgl. *Thomas Niehr*, Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974, Wiesbaden 1993, S. 141–151. Die SPD hielt an dem Begriff auch in ihrer in den 1970er-Jahren neu aufgelegten Programmdiskussion fest und übernahm ihn in ihr Langzeitprogramm, den Orientierungsrahmen '85.

³⁷⁷ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 73.

³⁷⁸ Schon seit den 1950er-Jahren hatte es in der SPD Vorstöße gegeben, die eigenen wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen unter Vermeidung des Fahnenworts des politischen Gegners in prägnante Begriffe zu fassen. Dabei hatte sich vor allem Karl Schiller hervorgetan, der wechselweise von »Lenkung der leichten Hand«, »Lenkungswirtschaft«, »geplanter Marktwirtschaft« und »Marktwirtschaft von links« sprach. Vgl. ebd., S. 52.

³⁷⁹ Vgl. dazu grundlegend *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie.

³⁸⁰ Oskar Lafontaine erklärte beispielsweise 1997, die Soziale Marktwirtschaft sei ein Wirtschaftsmodell, das wie kein zweites offen sei für Innovationen und Reformen. »Die Soziale

Das Festhalten an den Begriffen der 1950er- und 1960er-Jahre allein reichte jedoch angesichts neuer sozioökonomischer Herausforderungen und der daraus erwachsenen Notwendigkeit der Anpassung des politischen Vokabulars nicht aus. Für die politische Problembearbeitung der neuen Konstellation der 1970er-Jahre wurde daher das Postulat einer »Weiterentwicklung« der Sozialen Marktwirtschaft zentral. Mit Blick auf die »Ordnungsprinzipien dieser sozialen Marktwirtschaft« sei die CDU aufgefordert, betonte Helmut Kohl auf dem CDU-Bundesparteitag in Bonn im Juni 1973, »das, was vernünftig gewachsen ist, zu verteidigen und das, was weiterentwickelt werden muß [...] tatsächlich weiterzuentwickeln.«³⁸¹ »Es muß uns gelingen«, so der neue Parteivorsitzende Ende des Jahres in seiner Rede vor der öffentlichen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, »die geistigen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft stetig zu erneuern und durchzusetzen. Wir müssen den Nachweis führen, daß unsere Wirtschaftsordnung befähigt ist, auf die Strukturprobleme unserer Zeit eine Antwort zu geben.«³⁸² Die Soziale Marktwirtschaft habe heute völlig zu Unrecht bei Teilen der »jungen Generation« ein schlechtes Image, womit einherginge, dass »jeder Mißstand, jede Fehlentwicklung in unserer Gesellschaft unserer Wirtschafts- und Sozialordnung als solcher angelastet wird.« Es sei aber ein Irrtum davon auszugehen, »diese Ordnung sei ein starres Korsett, das Veränderungen nur zulässt, wenn man es sprengt. Kaum einer sagt ihnen, daß sie mit der Sozialen Marktwirtschaft in Wirklichkeit die Konstruktionselemente in die Hand bekommen, mit denen sie die Welt von morgen nach ihrem Wunsch gestalten können – sofern es eine Welt der Freiheit sein soll. [...] Soziale Marktwirtschaft ist ein Kompaß, der angibt, in welcher Richtung wir suchen, wenn wir für neue Probleme neue Lösungen suchen.«³⁸³ In diesem Sinne betonte er bei anderer Gelegenheit ein Jahr später – mit der gründungsväterlichen Autorität

Marktwirtschaft wird den Weg aus der Krise weisen.« *Oskar Lafontaine/Gerhard Schröder*, Innovationen für Deutschland, Göttingen 1998, S. 20. Vgl. auch *Oskar Lafontaine/Christa Müller*, Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle, Bonn 1998, bes. S. 53. Auch die Gewerkschaften nehmen seit den 1990er-Jahren positiv Bezug auf den CDU-Begriff. »Die sozial regulierte Marktwirtschaft bedeutet gegenüber einem ungebändigten Kapitalismus einen großen historischen Fortschritt. Die soziale Marktwirtschaft hat einen hohen materiellen Wohlstand bewirkt«, heißt es im DGB-Grundsatzprogramm des Jahres 1996. Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund, Grundsatzprogramm: Die Zukunft gestalten. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongreß am 13.–16. November 1996 in Dresden, Berlin 1996, S. 19.

³⁸¹ Helmut Kohl, Rede auf dem 21. Bundesparteitag der CDU in Bonn, 12. 6. 1973, S. 87 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1973-06-12_Protokoll_21.Bundesparteitag_Bonn.pdf [11. 3. 2018].

³⁸² Helmut Kohl, Rede vor der öffentlichen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Bonn-Bad Godesberg, 7. 12. 1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 10206.

³⁸³ Ebd.

Müller-Armacks übereinstimmend – die dynamische Qualität der Sozialen Marktwirtschaft: »Vor allem [...] ist das System der sozialen Marktwirtschaft, wie Alfred Müller-Armack kürzlich schrieb, keineswegs >als ein fertiges Rezept anzusehen, das nicht ständiger Überprüfung im Lichte der Erfahrungen bedürfe. Soziale Marktwirtschaft ist ein Stil, in dem zu einem Gesamtsystem sehr verschiedene feste und variable Elemente zusammengefügt sind.« Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die soziale Marktwirtschaft – von einigen grundlegenden Elementen abgesehen – durchaus an geänderte Zielvorstellungen angepasst werden kann.«³⁸⁴

Auf dieser Linie lag schließlich das auf dem 26. Bundesparteitag der CDU im Oktober 1978 in Ludwigshafen verabschiedete Grundsatzprogramm der CDU, das die Lösung der »Krise« unter ihrem »Fahnenwort« Soziale Marktwirtschaft anpries. Das Grundsatzprogramm benennt die Folgen des sozioökonomischen Strukturwandels durchaus präzise und identifiziert sie als Herausforderungen für das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, das entsprechend angepasst und weiterentwickelt werden müsse: »Neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen stellen neue Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. [...] Diese Anforderungen begegnen uns in der Aushöhung des Wettbewerbs, der Konzentration von Einkommen und Vermögen, der Belastung der Umwelt sowie der Bewältigung des Strukturwandels und der Beschäftigungskrisen. [...] Diese Anforderungen stellen sich uns weltweit in der zunehmenden internationalen Verflechtung unserer Volkswirtschaft, der Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles, der Bevölkerungsexplosion, der Rohstoffknappheit und der Energieversorgung.«³⁸⁵ Bis zur erfolgreichen »Wende« des Jahres 1982 pries die CDU eine »konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft« als probates Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme der 1970er-Jahre an. »Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland zum Dauerproblem der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden. [...] Durch ihre Unfähigkeit, dieses Problem zu lösen, hat die SPD ihren Anspruch, Arbeitnehmerpartei zu sein, verwirkt. Die Union wird durch eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft den beschäftigungspolitischen Herausforderungen begegnen«, so die For-

³⁸⁴ Helmut Kohl, Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, Rede vor dem Wirtschaftsrat der CDU in Bonn, 4. 12. 1974, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 10207. Das von Kohl verwendete Zitat stammt aus *Alfred Müller-Armack, Der humane Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Egon Tuchtfeldt (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft im Wandel*, Freiburg 1973, S. 19.

³⁸⁵ Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Bonn 1978, S. 24. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf [22. 9. 2018].

mulierung im Wahlprogramm der CDU zur Bundestagswahl 1980.³⁸⁶ Die begriffliche Kontinuität im Marktdiskurs der CDU setzte sich am Ende der 1970er- und zu Beginn der 1980er-Jahre auch in Anbetracht der zunehmenden Bedeutung des Themas »Umweltschutz« und der sich daran anschließende Debatte um die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie fort.³⁸⁷ »[H]ier haben wir eine großartige Chance, an eine große Tradition der CDU anzuknüpfen«, so Kohl auf dem Ludwigshafener Bundesparteitag der CDU im Oktober 1978. »Wir hatten doch schon einmal gegen den reaktionären Widerstand der Sozialisten in einer einmaligen Pionierleistung die Soziale Marktwirtschaft konzipiert und durchgesetzt. Mit dieser Sozialen Marktwirtschaft haben wir den freien Markt in den Dienst des sozialen Ausgleichs gestellt. Jetzt kommt es darauf an, die Soziale Marktwirtschaft mit den Notwendigkeiten ökologischer Erfordernisse in Einklang zu bringen. [...] Damals wie heute ist es die große Chance der Union, nicht nur die Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen, sondern im Blick nach vorne – auf neue Problemstellungen – weiterzuentwickeln.«³⁸⁸ Vor dem Hintergrund der in der SPD seit den frühen 1980er-Jahren geführten Debatte um eine »sozialökologische Marktwirtschaft«³⁸⁹ gab es auch innerhalb der CDU Überlegungen für begriffliche Anpassungen und semantische Umdeutungen ihres Leitvokabulars. Es war Kurt Biedenkopf, der die Relevanz des Umweltschutzes in der Außendarstellung der Wirtschaftspolitik der CDU in den 1980er-Jahren aufgriff und den Begriff der »ökologischen Marktwirtschaft« in die Debatte brachte.³⁹⁰ Trotz der gesehenen Notwendigkeit der Einbeziehung von Umweltbelangen in wirtschaftspolitische Konzepte führten derlei semantische Umdeutungsansätze und Begriffsneuschöpfungen im christdemokratischen Marktdiskurs letztlich aber nie zu einer Abkehr vom Leitbegriff der Sozialen Marktwirtschaft.³⁹¹

³⁸⁶ Alle Zitate: Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980, Bonn 1980, S. 18. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1980_Fuer-Frieden-und-Freiheit.pdf [22. 10. 2018].

³⁸⁷ Vgl. dazu auch *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 76 ff.

³⁸⁸ Helmut Kohl, Rede auf dem 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen, 23.–25. 10. 1978, S. 37 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1978-10-23-25_Protokoll_26.Bundesparteitag_Ludwigshafen.pdf [11. 3. 2018].

³⁸⁹ In seinem Buch von 1985 sah der Wirtschaftsexperte der Sozialdemokraten, Wolfgang Roth, den »Weg aus der Krise« in einer sozialökologischen Marktwirtschaft. Vgl. *Wolfgang Roth*, *Der Weg aus der Krise. Umrisse einer sozialökologischen Marktwirtschaft*, München 1985.

³⁹⁰ Vgl. *Kurt Biedenkopf*, *Wegzeichen für die soziale Marktwirtschaft zum Zielpunkt einer ökologischen Marktwirtschaft*, in: Hellmuth Buddenberg (Hrsg.), *Rettet die Umwelt!*, Herford 1985, S. 17–62.

³⁹¹ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 77.

Diese begriffliche Kontinuität schloss weitergehende, neue Akzente setzende semantische Offensiven freilich nicht aus, wie im späteren Verlauf der Arbeit etwa anhand der von den christdemokratischen Erneuerern in den 1970er-Jahren aufgeworfenen »Neuen Sozialen Frage« zu zeigen sein wird. Gleichwohl bildete die Begrifflichkeit der Sozialen Marktwirtschaft gleichsam Ausgangs- und Fluchtpunkt der christdemokratischen Krisenerzählung in einem: Als geschichtlich einzigartiges Erfolgskonzept waren ihre Grundlagen aufgrund der verfehlten Krisenpolitik der Regierungskoalition bedroht. Gleichzeitig bestand in einer Rückkehr zu einer konsequenten Politik der Sozialen Marktwirtschaft die einzige Chance, der Krise Herr zu werden. Mit der vor dem Hintergrund der »Wirtschaftswunder«-Zeit wenig überraschenden Offensive zur Wiederbelebung ihres »Fahnenworts« stand der Union in den 1970er-Jahren eine bewährte, ausgesprochen positiv konnotierte Begrifflichkeit zur Verfügung, an welcher sie ihre Krisenerzählung aufhängen und mit der sie ihren politischen Hauptgegner herausfordern konnte. Für die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses hatte dies die Konsequenz, dass weitgehenden diskursiven Verschiebungen in Richtung »mehr Markt« – wie sie im Diskurs der britischen Konservativen deutlich werden – im Zuge der Krisendeutung der CDU engere Grenzen gesetzt waren. Denn mit der konsequent fortgesetzten, im Lichte neuer Problemlagen reaktivierten politischen Leitbegrifflichkeit der Nachkriegsboom-Jahre wurde nicht nur die Erfolgsformel »Soziale Marktwirtschaft« zu einer den christdemokratischen Marktdiskurs der 1970er-Jahre strukturierenden Konstante. Mit ihr schrieben sich auch die in ihr angelegten semantischen Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen wie die der katholischen Soziallehre fort, die – wie im nächsten Kapitel zu zeigen sein wird – im Marktdiskurs der sich konzeptionell und programmatisch erneuernden CDU ein Gleichgewicht der innerparteilichen Kräfte herstellten und diskursiven Grenzverschiebungen hin zu »mehr Markt« entgegenstanden.

Die im Vergleich zu den britischen Konservativen deutlich werdende Kontinuität des christdemokratischen Marktdiskurses war in der christdemokratischen Krisendeutung und -erzählung der 1970er-Jahre angelegt. Die Voraussetzung für die marktradikale Gegenbewegung der Thatcheristen bildete der Plausibilitätsverlust der Grundannahmen der keynesianischen Nachkriegsordnung, die in dieser Reinform in der Bundesrepublik gar nicht bestanden hatte. Die für das thatcheristische Krisennarrativ charakteristische diskursive Strategie, den Kurswechsel der Labour-Regierung James Callaghans Mitte der 1970er-Jahre und das Eingeständnis der Wirkungslosigkeit keynesianischer Maßnahmen in eine kohärente Erzählung des Scheiterns der Nachkriegsordnung einzufügen, hatte ihre Grundlage in einem Niedergangsdiskurs, der in der Bundesrepublik nicht existent und damit spezifisch britisch war. Als auch in der Bundesrepublik die Grundlagen der im internationalen Vergleich kurzen Phase keynesianischer Politik im Zuge der Krisenhaftig-

keit der 1970er-Jahre wegbrachen, pries die christdemokratische Opposition nicht den schrankenlosen Markt als Ausweg aus der »Krise« an, sondern reaktivierte ihr Erfolgsvokabular der Nachkriegszeit. Der zwischen zwei Konzepten schwankende Kurs der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und die damit einhergehende Relativierung des keynesianischen Paradigmas wurde daher argumentativ nicht in erster Linie zur Stärkung eines monetaristischen Konzepts als einziger Alternative genutzt. Das Hauptmotiv der diskursiven Verarbeitung der Orientierungskrise der regierenden Sozialdemokratie bildete vielmehr die Abkehr der Koalition von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die als einzige dazu geeignet sei, auch die neu entstandenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Dabei bestanden in den Forderungen, der Bekämpfung der Inflation Priorität einzuräumen und die Angebotsseite der Wirtschaft zu stärken, durchaus inhaltliche Schnittmengen mit den Tories hinsichtlich Zielsetzungen und Mitteln der Krisenbekämpfung.³⁹² Gerade mit Blick auf die auch in den deutschen Wirtschaftswissenschaften und vor allem im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geführte Auseinandersetzung zwischen Keynesianern und Monetaristen³⁹³ war es für die CDU als Oppositionspartei unter strategischen Gesichtspunkten aber von Vorteil, sich auf die Formel einer notwendigen Rückkehr zu einer »konsequenten Politik der Sozialen Marktwirt-

³⁹² »Nur bei Geldwertstabilität können hoher Beschäftigungsstand sowie angemessenes und stetiges wirtschaftliches Wachstum dauerhaft gesichert werden«, hieß es in einer Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom September 1974. Daher müsse es das »Ziel einer handlungsfähigen Bundesregierung [...] sein, die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren ohne unzumutbare Beschäftigungsrisiken auf einen Jahresdurchschnitt von unter 4% zu senken.« Um dieses Ziel zu erreichen, war eine Stärkung der Angebotsseite erforderlich: »Voraussetzung für ein angemessenes und stetiges Wachstum ist eine mittelfristig ausreichende Investitionstätigkeit der Wirtschaft. Die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft muß zur Sicherung des Wachstums und damit der Arbeitsplätze gefördert und gestärkt werden.« Arbeitskreis für Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Thesen der CDU/CSU-Fraktion zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, 20. 9. 1974, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 1323. Die »Belebung der Investitionstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft«, mithin ein angebotsorientierter Ansatz der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, markierte auch den Ansatzpunkt des in der Bundesgeschäftsstelle im Herbst 1974 formulierten »Wirtschaftspolitischen Konzepts« der CDU. »Die Beseitigung der inflationären Entwicklung in unserem Land verlangt, dass alle Bürger und alle gesellschaftlichen Gruppen dazu ihren Beitrag leisten«, wurde dort formuliert. »Nur auf diese Weise wird eine Anpassung an die realen Angebotsmöglichkeiten und damit die Wiedergewinnung von mehr Stabilität ohne harte Stabilisierungskrisen gelingen.« CDU-Bundesgeschäftsstelle: Kurzfassung des »Wirtschaftspolitischen Konzepts«, 21. 11. 1974, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 1323.

³⁹³ Auf die Debatte zwischen Keynesianern und Monetaristen in der Bundesrepublik wird im Zusammenhang mit der Frage nach diskursiven Verflechtungen zwischen dem international an Einfluss gewinnenden Neoliberalismus und der Entwicklung des Marktdiskurses der CDU in den 1970er-Jahren noch eingegangen. Vgl. Viertes Kapitel, 2.1.

schaft« konzentrieren zu können. So konnte die christdemokratische Opposition die sozial-liberale Koalition für ihre Verfehlungen kritisieren, ohne kommunizieren zu müssen, mit welchen konkreten wirtschafts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen die Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft und damit der Ausweg aus der »Krise« eigentlich zu bewerkstelligen war.

Dass auch die CDU keine Patentrezepte zur politischen Bearbeitung der großen Herausforderungen der 1970er-Jahre in der Hinterhand hatte, gestand ihr neuer Parteivorsitzender im Dezember 1973, am Ende des Jahres der akuten Krisenwahrnehmung, vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ein: »[W]ir sollten uns nicht scheuen auch zu bekennen, wo wir noch keine Lösungen haben, wo wir sie erst noch entwickeln müssen.«³⁹⁴ Als Beispiel nannte Kohl die »Öl-Krise«. Diese sei »keine gewöhnliche Krise [...], deren Auswirkungen abgegrenzt und isoliert bekämpft werden können.« Die Marktwirtschaft stehe erneut vor einer Bewährungsprobe, »vor einer Bewährung nicht im Zustand des Überflusses, sondern nach langer Zeit wieder im Zustand des Mangels.«³⁹⁵ Kohl präsentierte die CDU im Lichte der Ölpreiskrise als Verteidiger der marktwirtschaftlichen Ordnung: »Die Öl-Krise hat in der Koalition wirtschaftspolitische Spannungen bloßgelegt. [...] In der SPD mehren sich die Kräfte, die für eine Reglementierung des Energiesektors bis hin zur Verstaatlichung der deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Mineralölkonzerne eintreten. Damit wird in der SPD erneut die Neigung sichtbar, Krisen mit der Flucht in den Sozialismus zu begegnen. Die CDU wird solche Versuche mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Wir alle müssen jetzt beweisen, daß unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung sich auch in Krisenzeiten bewährt und über die erforderlichen Instrumente und Verfahren zur Lösung der Krise verfügt. Freiheit hat nur dann einen Sinn, wenn sie nicht nur im Wohlstand, sondern auch im Notstand möglich ist.«³⁹⁶ Für den Fall aber, dass das Markt- und Wettbewerbssystem zur Deckung des Energiebedarfs

³⁹⁴ Helmut Kohl, Rede vor der öffentlichen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Bonn-Bad Godesberg, 7. 12. 1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 10206.

³⁹⁵ Ebd. Eine ähnliche Formulierung gebrauchte Generalsekretär Kurt Biedenkopf in seinem Bericht auf dem CDU-Parteitag in Hamburg zwei Wochen zuvor: »Wenn die Entwicklungen, die sich in der jüngsten Energiekrise abzeichnen, Realität werden, so wird sich unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung zum erstenmal [sic] nicht im Überfluß, sondern im Zustand des Mangels bewähren müssen. Zum erstenmal [sic] wird sich zeigen, ob wir in unserem Lande unter wirtschaftlicher Freiheit mehr verstehen als das Recht, in Daunenbetten frei zu sein.« Kurt Biedenkopf, Bericht des Generalsekretärs. Rede auf dem CDU-Parteitag in Hamburg, 18.–20. 11. 1973, in: *Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 22. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1973, S. 63.

³⁹⁶ Kohl, Rede vor der öffentlichen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Bonn-Bad Godesberg, 7. 12. 1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 10206.

und zur Schließung von Versorgungslücken »nicht kurzfristig durchsetzbar ist«, seien »staatliche Eingriffe erforderlich.« »Der Marktwirtschaft sind soziale Interventionen nicht fremd«, führte Kohl aus, die Wirtschaftsordnung könne »sie ertragen, solange sie selbst in ihrer Struktur marktwirtschaftlich organisiert bleibt.«³⁹⁷ Mit diesem Grundverständnis des Zusammenhangs zwischen Markt und Staat unterschied sich der christdemokratische Parteivorsitzende keinesfalls grundsätzlich von Bundeskanzler Schmidt und der sozial-liberalen Regierungskoalition.

Dennoch hatte auch das Krisennarrativ der CDU in den 1970er-Jahren eine konfrontative und polarisierende Komponente, wie im Folgenden gezeigt wird. Neben dem Vorwurf einer Abkehr der Koalition von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft stellte die CDU den Gegensatz zwischen »Freiheit«, »Demokratie« und »Sozialer Marktwirtschaft« einerseits und »Unfreiheit« und »Sozialismus« andererseits in den Mittelpunkt ihrer Strategie der Krisenerzählung. In der Diffamierung der Politik der Mitte-Links-Parteien als Gefahr für die wirtschaftliche (und politische!) Freiheit sowie in der Herausstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung als Garant derselben findet sich eine deutliche Parallele in den diskursiven Strategien der konservativen und der christdemokratischen Akteure. So war das christdemokratische Krisennarrativ ebenfalls darauf gerichtet, aus der Orientierungskrise des Regierungsverantwortung tragenden politischen Gegners, die – wie im Fall der Labour Party – in einer Polarisierung des sozialdemokratischen Marktdiskurses zum Ausdruck kam, politisches Kapital zu schlagen.

2.4 Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs

Mit Blick auf die Reaktionen der Labour Party und der SPD auf die Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre hat Oliver Nachtwey treffend von einem »Prozess extremer Ungleichzeitigkeit« gesprochen³⁹⁸: Während sich die Mitte-Links-Parteien in der

³⁹⁷ Ebd.

³⁹⁸ *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 156. Ob in den 1970er-Jahren durch die Adaption neoliberaler Elemente in die Regierungspolitik der Labour Party und der SPD bereits der »Transformationsprozess« hin zur »Marktsozialdemokratie« eingeleitet wurde, wie Nachtwey herauszuarbeiten bestrebt ist, kann allerdings bezweifelt werden. Wie bereits betont worden ist, hat die britische Zeitgeschichts- und Parteienforschung mit Blick auf den Kurswechsel der Labour Party während der Sterling-Krise 1975/76 stichhaltig argumentiert, dass die Regierung Callaghans in einer Situation ausgesprochener Orientierungslosigkeit angesichts der Wirkungslosigkeit einer keynesianischen Politik auf Maßnahmen zurückgriff, die auch von den Vertretern des Monetarismus befürwortet wurden. Der Kurswechsel folgte aber keinesfalls einer neoliberalen Dogmatik, sondern war rein pragmatisch motiviert, und das keynesianische Paradigma wurde nie grundsätzlich aufgegeben. Auch wenn eine detaillierte Untersuchung des Marktdiskurses der

Regierung im Zuge der Orientierungskrise der keynesianischen Sozialdemokratie immer weiter von einer sozialistischen Politik entfernten, befanden sich die Labour Party und die SPD in den 1970er-Jahren auf einem Höhepunkt linker programmatischer Ambitionen, wenngleich die Reichweite marktkritischer und antikapitalistischer Elemente im programmatischen Aushandlungsprozess der deutschen Sozialdemokratie begrenzter war als im Fall der britischen Mitte-Links-Partei. Diese Polarisierungstendenzen, die in jener Diskrepanz zwischen Regierungs- und Parteipolitik resultierten, gilt es im Folgenden mit Blick auf die SPD zu skizzieren, bildeten sie doch auch für die Strategie der Krisenerzählung der christdemokratischen Opposition eine Angriffsfläche, um gegen die freiheitsbedrohende Gefahr »des Sozialismus« zu polemisieren, Bedrohungsszenarien des Umsturzes zu beschwören und sich als Hüter der Marktwirtschaft und der Demokratie zu präsentieren.

Die SPD entwickelte sich bis Ende der 1960er-Jahre vollends zu einer Volkspartei. Auf die Entproletarisierung der Arbeiterschaft durch Wohlstand und Modernisierung hatte sie mit einer Anpassung ihres Selbstverständnisses als moderne Reformpartei der linken Mitte reagiert, deren entscheidende Wegmarke das Godesberger Programm gebildet hatte. Spätestens mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Jahr 1969 war deutlich geworden, dass die SPD das Profil einer auf die Industriearbeiterschaft beschränkten Klassenpartei hinter sich gelassen hatte und nun erfolgreich Wähler aus allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus ansprach. Die seit Ende der 1960er-Jahre/Anfang der 1970er-Jahre neu aufblühende programmatische Diskussion, in welcher sich der Marktdiskurs der SPD entlang der Linie Regierung und Partei polarisierte, war paradoxerweise gerade das Ergebnis der soziografischen Veränderung der Sozialdemokratie infolge ihrer Öffnung für bürgerliche Milieus.³⁹⁹ Die marxistisch orientierte Gesellschaftskritik der Studentebewegung, die vor allem über die Jungsozialisten als

deutschen Sozialdemokratie in den 1970er-Jahren noch aussteht, spricht vieles dafür, die Ansicht zu relativieren, in diesem Jahrzehnt habe die »neoliberale Transformation« der SPD begonnen. Wie angedeutet wurde, erfuhren die Annahmen der keynesianischen Sozialdemokratie auch in der Bundesrepublik zwar einen Plausibilitätsverlust. Sie wurden aber bis zur »Wende« 1982/83 weder programmatisch noch in der Regierungspraxis grundsätzlich aufgegeben. So spricht einiges dafür, mit Blick auf die Herausbildung der »Marktsozialdemokratie« die 1980er- und vor allem die 1990er-Jahre – die Zeit des intensiven programmatischen Austauschs und der transnationalen Diskursverflechtungen der sich erneuernden Mitte-Links-Parteien – hervorzuheben, wenngleich dem Aufstieg des neoliberalen Paradigmas und der sich daran anschließenden marktradikalen Verschiebungen in den Marktdiskursen der konservativen Parteien in den USA und in Großbritannien in den 1970er-Jahren eine entscheidende Bedeutung für diesen »Nachholprozess« der Mitte-Links-Parteien beizumessen ist.

³⁹⁹ Vgl. *Peter Lösche/Franz Walter*, Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 115–119; *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 271–314; *Klaus Schönhoven*,

»Transmissionsriemen zwischen APO und SPD« in die Partei hineingetragen wurde⁴⁰⁰, hatte schon vor der Ölpreiskrise von 1973 zu einer Neuauflage programmatischer Diskussionen angeregt, in welchen die innerparteiliche Auseinandersetzung über das Verhältnis von Markt und Staat vehement geführt wurde. Diese setzten sich in den Jahren der gesteigerten Krisenwahrnehmung angesichts der Rezession, der beginnenden Massenarbeitslosigkeit, der erhöhten Inflationsraten und steigender öffentlicher Verschuldung in den gesamten 1970er-Jahren fort.⁴⁰¹

Die sich in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre vollziehende Verjüngung der SPD-Mitglieder, der Rückgang des Arbeiteranteils bei den Neumitgliedern und der breite Zustrom von Schülern und Studenten verschoben die innerparteilichen Gewichte und wirkten sich in parteiinternen Gruppenbildungen aus. Mit 180.000 Mitgliedern in ca. 2.200 Arbeitsgemeinschaften waren die Jusos in den späten 1960er-Jahren zum größten politischen Jugendverband in der Bundesrepublik angewachsen.⁴⁰² Sowohl auf der Bundesebene, aber auch in den Städten und Kommunen waren sie zu einem wichtigen politischen Faktor geworden. Wie Klaus Schönhoven herausgearbeitet hat, waren es die drei Jahre der Großen Koalition, die hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der Führung der SPD und den Jungsozialisten eine Zeit des Übergangs darstellten. Es rückten nun Jungsozialisten in die Führungspositionen nach, die unmittelbar vor oder während des Zweiten Weltkriegs geboren worden waren, ihre schulische und berufliche Ausbildung in der Adenauer-Ära durchlaufen oder begonnen hatten und während der Regierungszeit der Großen Koalition in den Sog der Studentenbewegung gerieten. An der Spitze des Verbandes standen nun theoretisch beschlagene, machtbewusste Jungakademiker, die sich als Avantgarde im gesellschaftlichen Modernisierungsprozess verstanden.⁴⁰³

Hatten sich die Jusos zu Beginn der 1960er-Jahre noch kaum von der »braven Parteijugend« der 1950er-Jahre unterschieden und den Kurs der Godesberger Parteireformer in der überwiegenden Mehrheit mitgetragen⁴⁰⁴, wandelten sie sich

Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004, S. 487–513 und S. 534–557.

⁴⁰⁰ Robert Philipps, Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969, Baden-Baden 2012, S. 333 ff. Philipps Studie leistet eine systematische Aufarbeitung der Auswirkungen, die die tiefgreifenden Wandlungsprozesse der 1960er-Jahre, die in den eruptiven Ereignissen der »1968er-Jahre« ihren Ausdruck fanden, auf die deutsche Sozialdemokratie hatten.

⁴⁰¹ Vgl. auch Wengeler, »Der alte Streit«, S. 72.

⁴⁰² Vgl. Schönhoven, Wendejahre, S. 536 f.

⁴⁰³ Vgl. ebd., S. 556.

⁴⁰⁴ Philipps, Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969, S. 168.

in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts »zu einer linksoppositionellen Bewegung mit radikaldemokratischen Vorstellungen«, die eine Rückbesinnung der SPD auf ihre marxistischen Wurzeln forderte und sich auf ihren Bundeskongressen immer wieder von der marktwirtschaftlichen Konzeption Schillers distanzierte, die als systemimmanentes Konfliktmanagement zur Stabilisierung des Kapitalismus attackiert wurde.⁴⁰⁵ Der Mainzer Bundeskongress der Jungsozialisten im Dezember 1967 sprach sich für eine umfangreiche staatliche Steuerung des Wirtschaftsprozesses auf der Basis einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und für eine effektive Kontrolle von marktbeherrschenden Großunternehmen aus.⁴⁰⁶ Auf dem Münchener Juso-Kongress zwei Jahre später wurden Beschlüsse verabschiedet, die eine Rückkehr zum Konzept der Klassenpartei forderten.⁴⁰⁷ Die sich bereits Ende der 1960er-Jahre abzeichnende Radikalisierung der Jugendorganisation intensivierte sich in den 1970er-Jahren, als sich große Teile der Jusos als Partei in der Partei verstanden und die Linie des Godesberger Programms vollends verlassen wurde.⁴⁰⁸

Während die sozial-liberale Regierung bemüht war, die wirtschaftlichen Probleme mit einer an ihre Grenzen stoßenden »halb-keynesianischen« Strategie in den Griff zu bekommen, kam es in der SPD zu einer Neuauflage einer Grundsatzdiskussion über die Ordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat, welche die deutsche Sozialdemokratie als Reformpartei von Godesberg herausforderte. In Anbetracht sich verschärfender ökonomischer Probleme öffneten die antikapitalistischen Offensiven der Jusos und der Parteilinken erneut die diskursiven Grenzen des innerparteilichen Aushandlungsprozesses über den Umfang wirtschaftlicher Planungs- und Lenkungsmaßnahmen, der zum Teil mit neuen Begriffen – etwa »Investitionslenkung« oder »Strukturpolitik« – geführt wurde. Die Kriseninterpretation des linken Flügels innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, vor allem der Jusos, unterschied sich dabei grundlegend von der der »Regierungs-SPD«. »Die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik ist vom Grundwiderspruch aller kapitalistischen Gesellschaftsordnungen geprägt, dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung«, formulierten die »Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie« der Jungsozialisten Ende

⁴⁰⁵ *Schönhoven*, *Wendejahre*, S. 539, S. 540 f., S. 555. Neben dem kapitalismuskritischen Motiv waren es vor allem die Themen der außerparlamentarischen Opposition (APO), der Vietnamkrieg und vor allem die Debatte um die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik, die zu einer Entfremdung der Jungsozialisten von der SPD beitrugen. Vgl. dazu *Michael Schneider*, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968*, Bonn 1986.

⁴⁰⁶ Vgl. *Schönhoven*, *Wendejahre*, S. 541.

⁴⁰⁷ Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), *Bundesbeschlüsse. Jungsozialisten in der SPD 1969–1976*, Bonn 1978, S. 2.

⁴⁰⁸ Vgl. *Schönhoven*, *Wendejahre*, S. 557; *Miller/Potthoff*, *Kleine Geschichte der SPD*, S. 240.

1971. »Die gesamtgesellschaftlich bedeutenden Krisenerscheinungen und die strategisch bedeutsamen Widersprüche sind auf diesen Grundwiderspruch zurückzuführen.«⁴⁰⁹ Dieses am klassischen Marxismus orientierte Krisennarrativ war ein Frontalangriff auf die keynesianische Nachkriegssozialdemokratie, die einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaften mit dem Versuch entgegengestanden habe, das kapitalistische Gesellschaftssystem zu stabilisieren: »Die klassische Form der kapitalistischen Krise ist von Arbeitslosigkeit und ungenutzten Kapazitäten bei fallenden Preisen gekennzeichnet. Diese Krise trug stets die Möglichkeit in sich, revolutionäre Veränderungen hervorzubringen. Deshalb wurde zuerst gegen diese Krisenform ein systemerhaltendes Instrumentarium entwickelt, das Vollbeschäftigung und damit Massenloyalität durch Nachfrageanreize des Staates sichern sollte.«⁴¹⁰

Das kapitalistische System produziere aus sich selbst heraus immer wieder neue Krisen, die auf diese Weise gesteuert würden und sich als systemstabilisierende Gegenmacht der Unternehmer auswirkten: »Bei bestehender Vollbeschäftigung wird der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch den Verteilungskampf verschärft. Wird durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften eine Verringerung der kapitalistischen Profitraten erreicht, so versuchen die Unternehmer die beschnittenen Profite über eine inflatorische Preispolitik zurückzuholen, was angesichts des Monopolgrades meist gelingt. Ist auch dieser Spielraum ausgenutzt, so versuchen die Unternehmer die Position der Gewerkschaften durch die Senkung der Investitionsrate und der Drohung mit der Rezession zu erschüttern.«⁴¹¹ Alle »antikapitalistischen Strukturreformen« seien zum Scheitern verdammt, solange die Kapitaleseite die Entscheidungsmacht vor allem über Investitionen innehatte.

In dieser Kriseninterpretation lag das Streben nach einer »direkten Investitionslenkung« begründet. Staatliche Planungstätigkeit, die »in Abhängigkeit von vorausgegangener Entscheidung des Großkapitals über Investitionen, Gestaltung der Arbeitsprozesse und Absatzstrategien« erfolge, könne den »an sie gerichteten Ansprüchen nach einer rationalen Planung bei der Durchsetzung von Interessen der Lohnabhängigen nicht genügen.«⁴¹² Wollte man »die Kosten des marktwirtschaftlichen Systems nicht auf dem Rücken der Lohnabhängigen und Unterprivi-

⁴⁰⁹ Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie. Außerordentlicher Bundeskongress der Jungsozialisten in Hannover, 11./12. 12. 1971, in: AdSD, WBA, A11.4: Erich-Ollenhauer-Haus, zentrale Arbeitsgemeinschaften und Verbände, Mappe 63.

⁴¹⁰ Ebd.

⁴¹¹ Ebd. Vgl. auch *Freimut Duve*, Der Thesenstreit um »Stamokap«. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek 1973, S. 95.

⁴¹² Heidemarie Wiczorek-Zeul, Die Jungsozialisten lassen sich nicht auseinander dividieren, in: Jungsozialisten/Informationsdienst, hrsg. v. Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Nr. 3, Januar 1974, in: AdSD, WBA, A11.4: Erich-Ollenhauer-Haus, zentrale Arbeitsgemeinschaften und Verbände, Mappe 154.

legierten aus[t]ragen [...], so müssen andere Modelle der Investitionslenkung entwickelt werden. Dabei muß auch die Eigentumsfrage gestellt werden.«⁴¹³ Die Jusos präferierten daher ein Modell der direkten Investitionslenkung. In der Praxis sollte eine Behörde, das nach dem Vorbild des Bundeskartellamts konzipierte »Investitionskontrollamt«, in Genehmigungsverfahren über Investitionen entscheiden.⁴¹⁴ Zur Voraussetzung für eine effektive Investitionskontrolle machten die Jusos »das Überschreiten einer Mindestschwelle der Vergesellschaftung«.⁴¹⁵ Ein »System planvoller Investitionslenkung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung« könne nur »auf Grundlage der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (Energie, Stahl, Chemie, Elektronik, Rüstungsindustrie) und des Kreditwesens« entscheidende Wirkung erzielen.⁴¹⁶

Das Krisennarrativ der Jusos war auf »systemverändernde Reformen« einer Demokratisierung der Wirtschaft und der Mitbestimmung der lohnabhängig Beschäftigten gerichtet; Forderungen, die alle Juso-Gruppierungen in den 1970er-Jahren teilten. Einer an Einfluss innerhalb der Jugendorganisation gewinnenden Gruppe diente die Theorie des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« als analytische Grundlage antikapitalistischer Offensiven.⁴¹⁷ Die »Stamokap-Theorie« der 1970er-Jahre kann als konsequente Weiterführung der Grundannahmen und der Begriffstradition des klassischen Marxismus-Leninismus bezeichnet werden. Lenin, der Schöpfer des Begriffs, hatte analysiert, der Imperialismus führe in seiner Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer außergewöhnlichen Stärkung des Staates durch immer enger werdende Verflechtungen mit den Großbetrieben und Großbanken, deren Fusi-

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ Ebd.

⁴¹⁵ Ebd.

⁴¹⁶ Andernfalls müsse erwartet werden, »daß alle Maßnahmen zur Investitionskontrolle sich nur als Koordination monopolistischer Wirtschaftsstrategie erweisen.« Ebd.

⁴¹⁷ Innerhalb der Jusos waren bis in die 1980er-Jahre hinein drei unterschiedliche Gruppierungen aktiv: Neben den »Stamokaps« die Gruppe der Reformsozialisten, die zwar ebenfalls dem Ziel einer Überwindung des Kapitalismus anhängen, dabei aber weiterhin an einer Reformierbarkeit der SPD und der Bundesrepublik durchaus im Sinne des Godesberger Programms festhielten. Die Reformsozialisten waren im Juso-Bundesvorstand, bei den Jusos Bayerns, Nordrhein-Westfalens, des Saarlands und des Bezirks Hessen-Süd in der Mehrzahl. Die dritte, verglichen mit den »Stamokaps« und den Reformsozialisten kleinste Gruppe, die sogenannten Antirevisionisten, hatte ihre Hochburgen in Hannover und Göttingen und lehnte den Reformismus der SPD als systemstabilisierend ab. Die Antirevisionisten setzten, wie die politischen Führer der Studentenbewegung, auf die Etablierung antiautoritärer Gegenöffentlichkeiten und auf Elemente der direkten, rätedemokratischen Demokratie. Vgl. *Dietmar Süß*, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren, in: AFS 44, 2004, S. 67–104, hier S. 83 f.

onsneigung staatlich noch gefördert würde.⁴¹⁸ Auf diese Grundannahme beriefen sich die »Stamokaps« der 1970er-Jahre ebenso wie auf die Aussage Lenins, der staatsmonopolistische Kapitalismus sei die höchste Konzentrationsform des Kapitalismus und zugleich Vorstufe des Sozialismus.⁴¹⁹

Mit dem Verweis auf die marxistisch-leninistische Begriffstradition wird die »Stamokap«-Semantik der 1970er-Jahre allerdings nur unzureichend beschrieben. Denn sie erhielt maßgebliche Impulse aus der DDR, wo seit den 1950er-Jahren angesichts des ausbleibenden Kollapses des kapitalistischen Systems nach neuen Erklärungsmodellen für die gesellschaftlichen Entwicklungen der westlichen kapitalistischen Länder gesucht wurde. Für die »Stamokap«-Theoretiker der SED und anderer kommunistischer Parteien Ost-, aber auch Westeuropas ging es dabei nicht nur um analytische, sondern auch um praktisch-politische Ziele in der weltanschaulichen Auseinandersetzung. In dieser Hinsicht bündelte sich im Begriff »Stamokap« eine pejorative Kapitalismus-Semantik zur diffamierenden Charakterisierung der westlichen kapitalistischen Nachkriegsdemokratien. Ihr zufolge brachen diese nur deshalb nicht zusammen, weil der Staat im Dienste des »monopolbestimmten Kapitalismus« aktiv in den Wirtschaftsprozess eingreife und das System aufrechterhalte.⁴²⁰ In der kompromisslosen Diskreditierung des Staatsbegriffs der keynesianischen Sozialdemokratie bestand dabei eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit zwischen der »Stamokap«-Theorie und den marktradikalen Theoretikern des Neoliberalismus angelsächsischer Prägung, deren Angriff sich allerdings folgenreicher ausnehmen sollte als der der kommunistischen Linken.

Die »Stamokap-Gruppe« wies starke Berührungspunkte zur DKP und den europäischen kommunistischen Parteien auf. Für die jungsozialistischen Vertreter

⁴¹⁸ Zur wichtigsten Schrift dieser Analyse vgl. *W. I. Lenin*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, St. Petersburg (Petrograd) 1917. Zur »Stamokap«-Theorie haben weitere Theoretiker und Theoretikerinnen ihren Beitrag geleistet, so zum Beispiel Rudolf Hilferding, Nikolai Bucharin, Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci oder auch Georgi Dimitrow. Für eine weitergehende Begriffs- und Ideengeschichte des »Stamokap« vgl. *Gerold Ambrosius*, *Zur Geschichte des Begriffs und der Theorie des Staatskapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Tübingen 1981.

⁴¹⁹ Zentrale Axiome der »Stamokap-Theorie« hielten Einzug in die »Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie« der Jusos. Vgl. *Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie*. Außerordentlicher Bundeskongress der Jungsozialisten in Hannover, 11./12. 12. 1971, in: AdSD, WBA, A11.4: Erich-Ollenhauer-Haus, zentrale Arbeitsgemeinschaften und Verbände, Mappe 63.

⁴²⁰ Für derlei Impulse aus den kommunistischen Parteien in den 1970er-Jahren vgl. beispielsweise: *Der Staatsmonopolistische Kapitalismus*, Kollektivarbeit der Abteilung Ökonomie im ZK der KPF und der Zeitschrift »Economie et Politique« unter Leitung von *Paul Boccara*, Frankfurt am Main 1972; *Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED* (Hrsg.), *Der Imperialismus der BRD*, Frankfurt am Main 1972.

des »Stamokap« war der Staat lediglich Instrument des Kapitals, seine Politik, auch Reformen, stabilisierten nur die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Der Sozialismus müsse von der Arbeiterklasse gegen die »Monokapitalisten« erkämpft werden, wobei auch an eine phasenweise »Diktatur des Proletariats« gedacht wurde.⁴²¹ Mit der Wahl Klaus Uwe Benneters, eines Vertreters der »Stamokaps«, zum Bundesvorsitzenden hatte der dogmatisch-marxistische Flügel für kurze Zeit die Überhand gewonnen. Auf ihrem Münchener Bundeskongress im Januar 1974 legten sich die Jusos auf eine »Doppelstrategie« fest: Die sozialistischen Ziele sollten nicht nur im Parlament und in der SPD, sondern auch auf der Straße, in Bürgerinitiativen und überparteilichen Zusammenschlüssen erkämpft werden.⁴²² Für Teile der Jungsozialisten, vor allem für die »Stamokaps«, schloss die »Doppelstrategie« auch Bündnisse mit der DKP nicht mehr aus.⁴²³

Die Polarisierung der deutschen Sozialdemokratie blieb nicht auf ihren Jugendverband beschränkt. Sie erfasste die gesamte Partei. Es kam zu einer Intensivierung der innerparteilichen Flügelbildung, für die die Spannung »Regierungshandeln versus Parteiwillen« eine entscheidende Rolle spielte. Auseinandergehende Sichtweisen traten vor allem mit Blick auf die Frage nach der Bedeutung des Godesberger Programms in den 1970er-Jahren, auf die mittelfristige programmatische Ausrichtung der Partei und auf das Verhältnis zum Kommunismus zum Vorschein.⁴²⁴ Die Parteilinke formierte sich seit Oktober 1969 bundesweit, und nach dem Bundesparteitag in Hannover im April 1973 stellten ihre Vertreter etwa ein Viertel des neu gewählten Parteivorstands, was in etwa die innerparteiliche Gesamtentwicklung widerspiegelte.⁴²⁵

Zu den gewichtigsten Sprechern der SPD-Linken, die mit den Jungsozialisten sympathisierten – wenngleich keine Rede davon sein kann, dass die Vertreter des linken Flügels alle radikalen Forderungen der Jusos, am wenigsten die der »Stamokap«-Gruppe, teilten –, zählte neben Erhard Eppler und Peter von Oertzen vor allem der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen SPD, Jochen Steffen. Steffen entwickelte vor allem in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre eine rege Publika-

⁴²¹ Vgl. *Süß*, Die Enkel auf den Barrikaden, S. 83.

⁴²² Zur »Doppelstrategie« der Jusos in den 1970er-Jahren vgl. ausführlich *Süß*, Die Enkel auf den Barrikaden, S. 88–95.

⁴²³ Der Frankfurter Juso Rainer Eckert etwa propagierte Bündnisse »mit dem bewußten Teil der Arbeiterklasse«, ausdrücklich auch mit den Kommunisten. Beschlüsse des SPD-Parteirats hatten Aktionsgemeinschaften mit der DKP ausdrücklich verboten, was Eckert »angesichts dessen, was in Vietnam geschieht«, für »schießegal« hielt, »weil ich gedrucktes Papier nicht vergleichen kann mit verminten Häfen und bombardierten Deichen.« Zit. nach: DER SPIEGEL, 22. 1. 1973, S. 31.

⁴²⁴ Vgl. dazu ausführlich *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 301–314, S. 329–365, Zitat S. 303.

⁴²⁵ Vgl. *Miller/Pottboff*, Kleine Geschichte der SPD, S. 240.

tionstätigkeit. Im Fahrwasser der Ölpreiskrise verließ er der Forderung der Jusos nach direkter Investitionslenkung und Verstaatlichung Nachdruck. »Die sogenannte Energiekrise des letzten Winters war eine Systemkrise«, stellte er fest, und forderte, den Kapitalverwertungsprozess zu »rationalisieren« (Investitionskontrolle)« und einen vergesellschafteten Wirtschaftssektor aufzubauen.⁴²⁶ Die Notwendigkeit einer an weitgehende Verstaatlichungen gekoppelten direkten Investitionskontrolle lag für Steffen in der Machtverteilung im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet, die aufgebrochen werden musste: »Wer die Funktionäre der Betriebe und wer die Investitionen bestimmt, der hat die entscheidende Macht über die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung. Bisher stellt das Kapital die Funktionäre. Es nennt sie nur Manager. Bisher bestimmt immer noch das Kapital, wozu Investitionen dienen sollen – trotz aller Planungen der öffentlichen Hände.«⁴²⁷

Die von Steffen geforderten Maßnahmen zur Lösung der Krise liefen ebenfalls auf eine grundsätzliche Abkehr von den Grundannahmen des Marktdiskurses der keynesianischen Sozialdemokratie hinaus. »Keynes könnt ihr in den Schornstein schreiben, der ist da nicht zu gebrauchen«, rief er den Delegierten des Juso-Bundeskongress in München im Januar 1974 zu.⁴²⁸ Das keynesianische Paradigma der »sozialen Demokratie« wurde bei Steffen geradezu zum Innbegriff des kapitalistischen Gesellschaftssystems, hatte es doch die Marktwirtschaft in der Bundesrepublik entscheidend mitgeprägt. Mit Blick auf die wirtschaftlich erfolgreichen Nachkriegsjahre räumte er zwar ein, »in Zeiten des Funktionierens« habe die Politik »ein gewisses Übergewicht gegenüber ›der Wirtschaft‹«, allerdings, so seine zentrale Pointe: »In Krisenzeiten kehrt sich dies Verhältnis um. Nicht zuletzt deshalb, weil alle sozialen Sicherungssysteme zum Funktionieren Wachstum voraussetzen.«⁴²⁹ Dieses System könne man wahlweise als »dialektischen Liberalismus«, »soziale Demokratie« oder »soziale Marktwirtschaft« bezeichnen. »Für mich ist es grundsätzlich kapitalistisch«, so Steffen.⁴³⁰ In Anbetracht der

⁴²⁶ Jochen Steffen, »Erstmal die Banken verstaatlichen«, in: Capital 5/1974, S. 192 f., AdsD, Bestand Jochen Steffen, 1/JSAA000019. Steffen hielt vor allem die Verstaatlichung des Bank- und Kreditapparates für notwendig. Vgl. Ders., Rede auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten in München, 25. 1. 1974, in: AdsD, Bestand Jochen Steffen, 1/JSAA000015.

⁴²⁷ Jochen Steffen, Die Masche Gewerkschaftsstaats, in: ÖTV, 9. 9. 1974, S. 6 f., AdsD, Bestand Jochen Steffen, 1/JSAA000019.

⁴²⁸ Jochen Steffen, Rede auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten in München, 25. 1. 1974, in: AdsD, Bestand Jochen Steffen, 1/JSAA000015.

⁴²⁹ Jochen Steffen, Arbeitspapier, [ohne Titel], [o.D.], [1975], in: AdsD, Bestand Jochen Steffen, 1/JSAA000165. Die zitierten, zentralen Passagen des Arbeitspapiers gebrauchte Jochen Steffen in seinem Referat in der Evangelischen Akademie in Tutzing, am 29. 10. 1975. Vgl. AdsD, Bestand Jochen Steffen, 1/JSAA000165.

⁴³⁰ Ebd.

»Strukturkrise der Weltwirtschaft« stelle sich die Frage, »ob es zweckmäßig ist, das System des ›dialektischen Liberalismus‹ oder der ›sozialen Demokratie‹ wiederherzustellen.«⁴³¹ Hinsichtlich des Staatsbegriffs ging Steffen jedoch nicht so weit wie die »Stamokaps«. In seinem Buch »Strukturelle Revolution«, das er 1974 veröffentlichte, ging er weiterhin davon aus, dass der Sozialismus über einen den Transformationsprozess planenden und lenkenden Staat realisiert werden könne und müsse.⁴³²

Die hier skizzierten antikapitalistischen Offensiven der Jusos und Jochen Steffens als lautstarkem Vertreter der SPD-Linken blieben insgesamt Randerscheinungen in der Auseinandersetzung um die Ordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der 1970er-Jahre. Mit Blick auf das Krisennarrativ der CDU sind sie allerdings als Angriffsfläche von zentraler Bedeutung, stellten sie doch – wie zu zeigen sein wird – die Voraussetzung für die CDU dar, sich als Hüter der wirtschaftlichen und politischen Freiheit zu präsentieren und die SPD als Partei des Sozialismus, der Unfreiheit und des Systemumsturzes zu denunzieren. In der SPD formierte sich derweil unterschiedener Widerstand gegen die im Zuge der soziografischen Veränderungen in der Parteistruktur angestoßene Wiederbelebung dogmatisch-marxistischer und neo-marxistischer Marktsemantiken. Die fest auf dem Boden des Godesberger Programms stehenden »Kanalarbeiter« auf dem rechten Parteiflügel um »Canale Grande« Egon Franke, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, die auch zahlenmäßig das Rückgrad der SPD-Bundestagsfraktion bildeten, hegten eine tiefe Ablehnung gegen die »Systemveränderer« in der Parteilinken und hielten Theoriediskussionen schlichtweg für überflüssig.⁴³³ Im Frühjahr 1973 lud Hans-Jochen Vogel »rechte« Sozialdemokraten zu einem Treffen in Lahnstein ein. Sie schlossen sich in der Folge im sogenannten Metzger-Kreis zusammen und verteidigten das Konzept der Volkspartei sowie das Godesberger Programm vehement gegen linke Kritik.⁴³⁴

Ein wichtiger Programmbeitrag des rechten Flügels unter der Leitung von Hans-Jochen Vogel, Heinz Ruhnau und Hermann Buschfort formulierte als »unmittelbare Aufgabe« der Partei die »Bewahrung des Erreichten« und die Abwehr von

⁴³¹ Ebd.

⁴³² Vgl. *Jochen Steffen*, *Strukturelle Revolution. Von der Wertlosigkeit der Sachen*, Reinbek 1974.

⁴³³ »Ohne uns läuft nichts«, in: DER SPIEGEL, 14. 11. 1977, S. 41–55; Zu Egon Franke, dem Chef der »Kanalarbeiter«, die sich 1982 mit dem »Seeheimer Kreis« vereinigten, vgl. auch *Katrin Grajetzki*, *Egon Franke (1913–1995). Eine politische Biographie* (im Erscheinen).

⁴³⁴ Vgl. *Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 303 ff. Aus dem Metzger-Kreis wurde später der Seeheimer Kreis, das bis heute bestehende Netzwerk der SPD-Rechten.

Gefahren.⁴³⁵ Das Godesberger Programm habe »die Vorstellung überwunden, daß nur ein bestimmtes Modell dem Sozialismus entspreche.«⁴³⁶ Vielmehr sei »ein möglichst großes und vielfältiges wirtschaftspolitisches Instrumentarium« am besten dazu geeignet, »den Zielen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, das heißt »stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung« [so die entsprechende Formulierung des Godesberger Programms]«, zu entsprechen.⁴³⁷ Der Bevölkerung, »die durch politische Maßnahmen mehr Freiheit, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit gewinnt«, sei es »weitgehend gleichgültig, ob diese Erfolge durch mehr Markt, mehr Planung, durch »sozialistisch« oder anders zu nennende Maßnahmen herbeigeführt worden sind. Entscheidend ist der Erfolg im Sinne dessen, was die Grundwerte und Grundforderungen des Godesberger Programms aussagen. [...] Markt und Planung sind keine Frage des Dogmas, sondern der Zweckmäßigkeit.«⁴³⁸

Die Autoren des Texts blieben dem politischen Paradigma der keynesianischen Sozialdemokratie verpflichtet. So sahen sie die grundsätzlichen Vorteile des Marktes gegenüber »zwangswirtschaftlichen, administrativen Eingriffen« in »eine[r] flexible[n] Anpassung der Produktion an die Nachfrage« sowie in der »Freiheit der Konsumwahl und der Wahl des Arbeitsplatzes«.⁴³⁹ Gleichwohl könne »der Markt von sich aus die Aufgaben der Sicherung der Vollbeschäftigung und stetigen Wachstums ebenso wenig lösen [...] wie die Aufgabe von Ausgleichsmaßnahmen zugunsten strukturell benachteiligter Regionen oder Wirtschaftszweige, die Aufgabe der Erhaltung der Freiheit des Wettbewerbs oder des Umweltschutzes.«⁴⁴⁰ Hier müsse »die staatliche Politik der Globalsteuerung [...] und die staatliche Strukturpolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Markt im sozialen Sinne optimal funktioniert.«⁴⁴¹ Das Modell der direkten Investitionslenkung wurde abgelehnt. Bislang sei es niemandem gelungen, überzeugend darzustellen, »wie es der Planungsbehörde gelingen kann, ihre Investitionsentscheidungen so zu treffen, daß nach durchgeführter Investition die neu strukturierte Produktion der kaufkräftigen Nachfrage entspricht.«⁴⁴² Ebenso wurde »das alte Patentrezept

⁴³⁵ Godesberg und die Gegenwart. Ein Beitrag zur innerparteilichen Diskussion über Inhalte und Methoden sozialdemokratischer Politik, Bonn 1975, S. 29 ff.

⁴³⁶ Hier zit. nach: »Godesberg und die Gegenwart«, Hans-Jochen Vogel an Willy Brandt, 14. 1. 1975, in: AdsD, WBA, A11.3: Persönliche Korrespondenz A–Z, 1964–1986, Mappe 38.

⁴³⁷ Ebd.

⁴³⁸ Ebd.

⁴³⁹ Ebd.

⁴⁴⁰ Ebd.

⁴⁴¹ Ebd.

⁴⁴² Ebd. Für eine ähnliche Argumentation vgl. Herbert Ehrenberg: SPD und Investitionslenkung, o. D. [1974–1975], in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 7. Wahlperiode, 2/BTFG002301.

›Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und des Kreditwesens‹ « klar zurückgewiesen. Die Erfahrung habe gezeigt, »daß Änderungen von Eigentumstiteln die realen Machtverhältnisse häufig unberührt lassen oder gar zu einer Verschlechterung der Situation der Arbeitnehmerschaft führen.« Auch ohne die »prinzipielle Veränderung des Eigentums an Produktionsmitteln« sei »inzwischen [...] ein hohes Maß an politischer, rechtlicher und sozialer Freiheit erreicht.«⁴⁴³

Das Godesberger Programm bildete einen Referenzpunkt im sozialdemokratischen Marktdiskurs, der von der Parteirechten wie von der gemäßigten Parteimehrheit gegen die linken, antikapitalistischen Offensiven in Stellung gebracht werden konnte. Mit ihm war der Erfolgsweg der SPD hin zur Volks- und »Staatspartei« verbunden, der die SPD aus der Opposition herausgeführt und in Regierungsverantwortung gebracht hatte. Die Argumentation entlang des Godesberger Programms stellte daher ein wirkungsvolles Instrument zur diskursiven Ausgrenzung der »Stamokap«-Gruppe in der SPD dar. »[D]as Godesberger Programm war ein tiefer Einschnitt in der politischen, mehr aber noch in der theoretisch-geistigen Geschichte unserer Partei«, betonte beispielsweise Hans-Jochen Vogel. »So ist Godesberg von der einheitlichen marxistischen Parteitheorie zur Pluralität der Begründungen fortgeschritten; zugleich hat es die Lehre von einem Grundwiderspruch aufgegeben. Offensichtlich will die SKT [Stamokap-Theorie, P. B.] in beiden Fragen einen Zustand herbeiführen, der in seiner dogmatischen Enge und Stringenz noch nicht einmal vor Godesberg bestanden und mit Godesberg gänzlich unvereinbar ist.«⁴⁴⁴ Besonders deutlich würde der Widerspruch zwischen dem Godesberger Programm und der Stamokap-Theorie in der Einschätzung des Staates. Letzterer zufolge sei »die Bundesrepublik eine Agentur des Monokapitals«, während das Godesberger Programm es hingegen »zur Pflicht der Sozialdemokraten« erkläre, »diesen Staat nicht zu bekämpfen, sondern ihn als demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu verteidigen und auf evolutionärem Wege, das heißt aber durch konkrete Reformen, auszubauen und fortzuentwickeln.« Die SPD könne sich gewiss die Stamokap-Theorie programmatisch zu eigen machen, »[a]ber dann wäre sie nicht mehr die Partei von Godesberg. [...] Es wäre mit Sicherheit auch ein Wandel zur Minderheit, zum Verlust der Mehrheits- und der Regierungsfähigkeit.«⁴⁴⁵

Im Godesberger Programm lag eine semantische Pfadabhängigkeit begründet, die die Reichweite der antikapitalistischen Offensiven der Vertreter des linken Par-

⁴⁴³ »Godesberg und die Gegenwart«, Hans-Jochen Vogel an Willy Brandt, 14.1.1975, in: AdsD, WBA, A11.3: Persönliche Korrespondenz A–Z, 1964–1986, Mappe 38.

⁴⁴⁴ Hans-Jochen Vogel, Zur Frage der Vereinbarkeit von Stamokap-Theorie mit dem Godesberger Programm, o.D. [1977], in: AdsD, WBA, A11.3: Persönliche Korrespondenz A–Z, 1964–1986, Mappe 40.

⁴⁴⁵ Ebd.

teiflügels wirksam einschränkte. Zwar konnten im sozialdemokratischen Marktdiskurs der 1970er-Jahre Randpositionen durchaus lautstark vertreten werden. Dass die Grenzen des Sagbaren allerdings entlang der »verbindlichen Leitschnur«⁴⁴⁶ des Godesberger Programms gezogen und diese Grenzen von den »Stamokaps« auch überschritten wurden, verdeutlicht beispielsweise der Parteiausschluss Klaus Uwe Benneters, Juso-Vorsitzender und Anhänger der Stamokap-Theorie, im Juni 1977.⁴⁴⁷ Als Beschlussvorlage für den Parteivorstand wurde daraufhin formuliert: »Die SPD heißt in ihren Reihen jeden willkommen, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des Godesberger Programms bekennt. [...] In der Auseinandersetzung um Stamokap-Theorien muss jeder wissen: Wer Auffassungen gegen die Grundwerte und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus vertritt, kann nicht Mitglied der SPD sein. Dies gilt sowohl für die Forderung nach einer »Diktatur des Proletariats« als auch für eine Gegnerschaft zum demokratischen Staat. [...] Wer die Möglichkeit konstruktiver Reformen [...] in diesem und durch diesen Staat grundsätzlich verneint, kann sinnvoll nicht Mitglied der Reformpartei SPD sein wollen.«⁴⁴⁸

Andere Beiträge zur sozialdemokratischen Standortbestimmung in den 1970er-Jahren bewegten sich zwischen den hier umrissenen Konfliktlinien des sozialdemokratischen Marktdiskurses. Eine Mehrheit setzte dabei weiterhin auf die Fähigkeiten des Staates, den auf dem Marktmechanismus basierenden Wirtschaftsprozess durch vorausschauende Planung und indirekte Steuerung zu Gunsten des Allgemeinwohls lenken zu können. Erhard Epplers Begriff von »Strukturpolitik«, der auch unter gemäßigten und »rechten« Sozialdemokraten, etwa in der

⁴⁴⁶ Das Godesberger Programm sei, so Willy Brandt in seinem Vorwort zum »Grundwerte-Papier«, das die Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand im September 1977 vorlegte, »für uns deutsche Sozialdemokraten nach wie vor verbindliche Leitschnur für unsere politische Arbeit.« Grundwerte in einer gefährdeten Welt, vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand, 20. September 1977, in: AdSD, SPD-Parteivorstand, Grundwerte-Kommission (Alte Signatur: 9632).

⁴⁴⁷ Die Initiative hatte Egon Bahr als Bundesgeschäftsführer ergriffen und veranlasst, dass der Parteivorstand ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses Benneters einleitete. Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 637. Benneter, der 1983 auf Zuraten Gerhard Schröders, seines Nachfolgers als Juso-Vorsitzender, wieder in die SPD eintrat, 2002 in den Bundestag gewählt wurde und 2004/05 sogar das Amt des SPD-Generalsekretärs innehatte, wurde von SPD-Genossen »eine gewisse Flexibilität, wenn nicht Opportunismus« nachgesagt. Vgl. Jungsozialisten. Marsch ins Abseits, in: DER SPIEGEL, 28.3.1977, S. 34.

⁴⁴⁸ Hans Koschnik, Beschlussvorlage für den Parteivorstand, 6.9.1977, in: AdSD, WBA, A11.3: Persönliche Korrespondenz A–Z, 1964–1986, Mappe 40. Neben Vogel und Koschnik machte sich vor allem Richard Löwenthal gegen die Stamokap-Fraktion stark. Für Löwenthal konnten keine Zweifel darüber bestehen, dass diese Strömung im klaren Widerspruch zu den Grundwerten der Partei (des Godesberger Programms) stand. Vgl. Richard Löwenthal, »Papier zur Stamokapfrage«, 22.8.1977, in: AdSD, WBA, A.11.1: Persönliche Korrespondenz A–Z, 1968–1980, Mappe 62.

SPD-Bundestagsfraktion, Fürsprecher hatte, lief auf eine Modifizierung des keynesianischen Paradigmas »Markt-Staat-Plan« im Lichte neuer Herausforderungen hinaus. Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1968 bis 1974, Vorsitzender der baden-württembergischen SPD und Vorsitzender der 1973 einberufenen Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD⁴⁴⁹, hielt eine »Strukturpolitik« zur Änderung bestehender Strukturen im Machtgefüge der Wirtschaft für ebenso unerlässlich wie in den internationalen Beziehungen, wenn wesentliche menschliche Werte bewahrt werden sollten.⁴⁵⁰ Sein Verständnis von »Strukturpolitik« unterschied sich dabei von dem anderer linker Akteure in der grundsätzlichen Bejahung des Marktes als funktionierendem Steuerungselement des Wirtschaftsprozesses.⁴⁵¹

Einen entscheidenden Schritt weiter ging Peter von Oertzen. Der Politikwissenschaftler und Hauptvertreter des linken Parteiflügels im Parteivorstand, der den linksozialistisch-marxistischen Kritikern des Godesberger Programms angehört

⁴⁴⁹ Die von Willy Brandt als Parteivorsitzendem eingesetzte Grundwertekommission nahm im Oktober 1974 ihre Arbeit auf. Zu ihren Mitgliedern zählten zunächst Jochen Steffen als Vorsitzender, Eppler als stellvertretender Vorsitzender, der evangelische Theologe Günter Brakelmann, der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde, Horst Ehmke, Bruno Friedrich, Kurt Gscheidle, Heinz Kühn, Richard Löwenthal, die Historikerin Susanne Miller, Peter von Oertzen, Heinz Rapp, Helmut Schmidt und Klaus Schütz. In acht Projektgruppen widmete sich die Kommission folgenden Arbeitsfeldern: »Welche neuen Probleme mit Grundwertebezug hat die Entwicklung seit dem Godesberger Parteitag 1959 aufgeworfen?«, »Unser Grundwerteansatz in der Auseinandersetzung mit gegnerischen Ideologien«, »Politische Anthropologie«, »Grundlagentexte zu unserem Verständnis unserer Grundwerte und unserem Fortschrittsbegriff«, »Die Verwirklichung unserer Grundwerte in der Regierungsarbeit«, »Zur Geschichte des Grundwerteansatzes der SPD« sowie »Die Grundwertediskussion bei befreundeten Parteien.« Außerdem wurde die Grundwertekommission von Brandt beauftragt, den zweiten Entwurf des »Orientierungsrahmens '85« gegenzulesen und grundwertebezogene Verbesserungsvorschläge zu machen. Vgl. Arbeitsbericht der Grundwertekommission, Juli 1975, in: AdSD, SPD-Parteivorstand, Grundwerte-Kommission (unverzeichneter Bestand, alter Aktentitel: »Kommission Grundwerte 1974/1975«). Steffen schied 1975 aus der Grundwertekommission aus und begründete diesen Schritt in einem Brief an Willy Brandt wie folgt: »Als Mensch, als Person und auch als Politiker halte ich den Widerspruch zwischen unseren Prinzipien und unserer tatsächlichen Politik [...] nicht aus. Ich gehe daran physisch und psychisch kaputt. [...] Ich meine [...], daß »Weitermachen« – d. h. ohne praktische Verbindlichkeit von Werten und ohne take off von der bisherigen Praxis – das Ende der Arbeiterbewegung bedeutet. Wir sind schon dabei. Und da will ich nicht dabei sein.« Jochen Steffen an Willy Brandt, Kiel, 27.–30. 11. 1976, in: AdSD, Bestand Jochen Steffen, 1/JSAA000165 [Hervorhebung i. O.].

⁴⁵⁰ Vgl. *Erhard Eppler*, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart/Berlin/Köln etc. 1975, S. 95–104.

⁴⁵¹ »Daß es ohne Steuerung durch den Markt nicht geht, leuchtet ein«, stellte er fest, machte aber ebenso klar: »Daß es allein mit der Marktsteuerung nur um den Preis schwerer Erschütterungen geht, erleben wir gegenwärtig.« Ebd., S. 98.

hatte⁴⁵², formulierte als »entscheidende politische Existenzfrage für eine reformistische, demokratisch-sozialistische Politik«, ob es ihr gelänge, »die Schlüsselpositionen der kapitalistischen Wirtschaft so wirksam und demokratisch zu kontrollieren, daß ein einigermaßen gleichmäßiges Wirtschaftswachstum ohne schwere Umweltschäden bei Sicherung der Arbeitsplätze, kontinuierlich steigendem individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand und relativ stabilem Geldwert garantiert werden kann.«⁴⁵³ Dies sei in der Bundesrepublik Deutschland aber nur als »reformistische« Politik möglich.«⁴⁵⁴ Von Oertzen teilte die Auffassung der Jusos und anderer Vertreter des linken Parteiflügels, dass »noch unter kapitalistischen Bedingungen Ansätze einer demokratischen Lenkung der Investitionen« entwickelt werden müssten.⁴⁵⁵ Mit Blick auf die Forderungen einiger SPD-Linker nach »Vergesellschaftung aller Produktionsmittel« betonte er jedoch, solche Forderungen widersprächen dem geltenden Parteiprogramm und seien »geradezu schädlich«, weil sie »unnütze innerparteiliche Auseinandersetzungen« provozierten.⁴⁵⁶

Die wieder angeregten programmatischen und strategischen Grundsatzdiskussionen und die damit einhergehenden Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs wurden schließlich in einer breiten programmatischen Reflexion kanalisiert, deren Zentrum die Auseinandersetzung um den »Orientierungsrahmen '85 (OR '85)«, bildete. Im Aushandlungsprozess des neuen Langzeitprogramms wurden die unterschiedlichen, teils gegenläufigen Ansätze sozialdemokratischer Standortbestimmungen zu Beginn der 1970er-Jahre gebündelt und die längerfristigen Perspektiven sozialdemokratischer Politik ausgelotet. Die Bedeutung des »OR '85« lag aber keinesfalls nur in seiner Funktion als innerparteiliche »Spielwiese« zur Integration der sich polarisierenden Parteiflügel.⁴⁵⁷ Sein Aushandlungsprozess kann vielmehr als sozialdemokratischer Problembearbeitungsversuch der neuen Herausforderungen des »Strukturbruchjahrzehnts«

⁴⁵² Zu Leben und Wirken Peter von Oertzens als »linker Reformist, Marxist und demokratischer Sozialist« vgl. *Philipp Kufferath*, Peter von Oertzen, 1924–2008. Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017.

⁴⁵³ *Peter von Oertzen*, Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1974, S. 4. Vgl. auch Ders., Diskussionsthesen zur Arbeit der Partei, o.D. [1973 oder 1974], in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 7. Wahlperiode, 2/BTFG001382.

⁴⁵⁴ Ebd., S. 3.

⁴⁵⁵ Ebd., S. 37.

⁴⁵⁶ Ebd., S. 38.

⁴⁵⁷ Für Norbert Seitz diente der »Orientierungsrahmen« »ausschließlich dem Zweck eines ideologischen Waffenstillstands zwischen sich befehdenden Flügeln«. *Norbert Seitz*, Der Überlebenskampf der SPD als Volkspartei, in: Volker Kronenberg/Tilman Mayer (Hrsg.), Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?, Freiburg im Breisgau 2009, S. 26–42, hier S. 33. Ähnlich auch *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 362f.

der 1970er-Jahre gedeutet werden. Hier zeigten sich die spezifischen Konturen des sozialdemokratischen Marktdiskurses und der in der SPD vorherrschenden Kriseninterpretation, die mit den Deutungsmustern der CDU diskursiv konkurrierten. Darüber hinaus bildete er politische Begrifflichkeiten und programmatische Positionen ab, die – auch wenn ihr Einfluss auf das konkrete Regierungshandeln der sozial-liberalen Koalition äußerst begrenzt blieb – in der SPD wirksam waren und im Fall einer Koalitionskrise zum Tragen kommen konnten, wie sich Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre zeigen sollte.⁴⁵⁸

Der im November 1975 dem SPD-Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegte Entwurf des »Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985«, der nach einigen Änderungen fast einstimmig angenommen wurde, war das Ergebnis einer langwierigen und tief greifenden Diskussion.⁴⁵⁹ Im Verlauf der Diskussion kam es zu einer Annäherung des rechten und des linken Parteiflügels, wodurch die innerparteiliche Polarisierung vorerst gestoppt werden konnte.⁴⁶⁰ Grundsätzlich zeigt das Programm eine Kontinuität des Paradigmas »Markt-Staat-Plan« im sozialdemokratischen Marktdiskurs und damit des Godesberger Programms, das als Grundsatzprogramm weiter Bestand hatte.⁴⁶¹ Am Marktprinzip als überlegenem wirtschaftlichem Steuerungsmechanismus wurde festgehalten.⁴⁶² Wie zu Recht betont worden ist, bildete der ordoliberalen Gedanke des Wettbewerbs weiterhin das Hauptargument, auch mit Blick auf die im Orientierungsrahmen oft mit »neomarxistischen Versatzstücken« begründete Annahme, dass seit 1945 die Unternehmens- und Kapitalkonzentration stark zugenommen habe und dadurch der Wettbewerb bedroht sei.⁴⁶³ Gleichzeitig wird der Markt klar

⁴⁵⁸ Vgl. *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 494.

⁴⁵⁹ Auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD war eine Kommission unter der Leitung von Helmut Schmidt mit dem Auftrag eingesetzt worden, einen Entwurf für ein »quantifiziertes Langzeitprogramm« zu erarbeiten, der im Juni 1972 vorgestellt worden war. Gemäß dem Parteitagsbeschluss von Hannover im Frühjahr 1973 wurde eine zweite Kommission eingesetzt, der unter der Leitung von Peter von Oertzen, Horst Ehmke und (nach dem Tod von Klaus Dieter Arndt) Herbert Ehrenberg 30 Mitglieder angehörten und die die bereits begonnenen Arbeiten abschließen sollte. Vgl. Protokoll der konstituierenden Sitzung der Kommission Orientierungsrahmen '85 am 14./15. September 1973 in Bergneustadt, in: *AdsD*, SPD-Bundestagsfraktion, 7. Wahlperiode, 2/BTFG001382. Zur Vorbereitung und Koordinierung der Arbeiten am »Orientierungsrahmen« wurde das »Planungsbüro OR '85« in der Friedrich-Ebert-Stiftung eingerichtet. Neben den Gewerkschaften waren auch die christlichen Kirchen an der Diskussion beteiligt gewesen. Vgl. *Miller/Potthoff*, Kleine Geschichte der SPD, S. 242.

⁴⁶⁰ Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 360.

⁴⁶¹ Wie dem Text im Vorwort der Kommissionsleiter vorangestellt wurde, sei das Godesberger Programm »durch den Orientierungsrahmen in seinen Grundpositionen bestätigt« worden. *Peter von Oertzen/Horst Ehmke/Herbert Ehrenberg* (Hrsg.), Orientierungsrahmen '85. Text und Diskussion, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. V.

⁴⁶² *Ebd.*, S. 156.

⁴⁶³ Vgl. *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 157.

in seiner Unvollkommenheit gesehen⁴⁶⁴, die zu gesellschaftlichen Ergebnissen führen würde, die »nicht hingenommen«⁴⁶⁵ werden dürften. Der Staat könne »die Wirtschaft nicht sich selber überlassen oder sich auf die Beseitigung der Folgen wirtschaftlicher Fehlentscheidungen beschränken.«⁴⁶⁶ Dabei wurden die Grenzen der Globalsteuerung erkannt und deutlich formuliert⁴⁶⁷: »Die >Globalsteuerung«, die von der SPD in die deutsche Politik eingeführt wurde, als mit der Rezession von 1966 die Nachkriegsjahre eines scheinbar ebenso stetigen wie unproblematischen Wachstums ihr Ende fanden, bietet ebenso wenig ausreichende Antwort auf die Strukturprobleme der kommenden Jahre wie irgendeine Form einer zentral verwalteten Wirtschaft. In vielen Industrieländern werden darum gegenwärtig neue Möglichkeiten einer gemischten Wirtschaftsordnung diskutiert und teilweise schon angewendet.«⁴⁶⁸

In der Auseinandersetzung um die Neuordnung des Verhältnisses von Markt und staatlicher Lenkung, die für die Diskussion um den Standort der Sozialdemokratie in den 1970er-Jahren zentral war, beinhaltete der »Orientierungsrahmen« einen über das Programm von Godesberg hinausgehenden, gleichwohl weiterhin keynesianischen Ansatz der staatlichen Planung, der grundsätzlich der skizzierten

⁴⁶⁴ Vgl. Orientierungsrahmen '85, bes. S. 9.

⁴⁶⁵ Ebd., S. 156.

⁴⁶⁶ Ebd., S. 18.

⁴⁶⁷ Darüber hinaus wurden im Orientierungsrahmen eine »internationale Wirtschaftsverflechtung«, die Bedeutung »multinationaler Unternehmen« sowie die »Vermachtung der Märkte« als zentrale Herausforderungen der Politik identifiziert. Auch finden sich erste Ansätze einer kritischen Reflexion des Leitbegriffs »Wachstum«: »Probleme eines quantitativ und qualitativ ausgewogenen Wachstums und die Möglichkeiten seiner Beeinflussung kennzeichnen zunehmend die wirtschaftspolitische Diskussion. Unabhängig von der Art des Wirtschaftssystems zeigt sich, daß die Wirkung politischer Maßnahmen auf das Tempo des Wachstums kaum abzuschätzen ist. Strukturelle Veränderungen im Bereich von Produktionstechnik oder Nachfrage wie z. B. die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors, der wachsende Bedarf an Infrastrukturvorleistungen, Begrenzung der Umweltbelastung können Einfluß auf Höhe und Zusammensetzung des Wachstums haben. [...] Wir können uns künftig nicht mehr an einem Wachstum ausrichten, das nur in seiner globalen Veränderung betrachtet wird, ohne Rücksicht darauf, wie es sich zusammensetzt und unter welchen Bedingungen es zustande kommt. Unser Ziel: Ein gesamtwirtschaftlich sinnvoll differenziertes, auch an qualitativen Maßstäben ausgerichtetes Wachstum soll an die Stelle einer wildwüchsigen Entwicklung treten.« Ebd., S. 17, S. 28. An »Vollbeschäftigung« als »vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik« wurde auch in Anbetracht der neuen Qualität der Arbeitslosigkeit in den 1970er-Jahren – der Begriff Arbeitslosigkeit taucht im Orientierungsrahmen an keiner Stelle auf – festgehalten. Ebd., S. 21.

⁴⁶⁸ Ebd., S. 18 f. Vor allem mit Blick auf das Phänomen der »Stagflation« machte der Orientierungsrahmen die Grenzen der Globalsteuerung deutlich: »Die moderne Inflationspolitik ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sich zunehmend inflationäre Preissteigerungen auch in der Rezession fortsetzen, also mit Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation oder gar schrumpfendem Sozialprodukt einhergehen. [...] Die herkömmlichen, auf Nachfragedämpfung abzielenden Mittel der geld- und finanzpolitischen Globalsteuerung reichen gegenüber der Inflation neuen Typs nicht aus.« Ebd., S. 17.

Eppler'schen Semantik von »Strukturpolitik« entsprach. Über indirekte (indikative) Anreize und Steuerungsmechanismen sollte der Staat »Investitionslenkung« betreiben, wobei die Hoheit der Unternehmen über die Produktionsmittel und über die Investitionsentscheidungen weder durch Verstaatlichungen irgendeiner Art noch durch Instrumente der direkten Investitionskontrolle angetastet wurde.⁴⁶⁹ Insgesamt also blieb der Einfluss der oben skizzierten antikapitalistischen Offensiven der Jungsozialisten und von Teilen der SPD-Linken auf den für den sozialdemokratischen Marktdiskurs zentralen Aushandlungsprozess des »Orientierungsrahmens« begrenzt. Auffällig ist allerdings die semantische Offenheit zentraler Passagen des Langzeitprogramms durch die Vermeidung von eindeutigen Aussagen.⁴⁷⁰

Die skizzierten Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs der 1970er-Jahre zeigten in ihrer Struktur Ähnlichkeiten mit der sich zeitgleich in der Labour Party vollziehenden Entwicklung. Allerdings schlugen die auch in der SPD vorhandenen radikal antimarktwirtschaftlichen Elemente im innerparteilichen Diskurs der deutschen Sozialdemokratie nicht in dem Maße durch wie in der Labour Party, die sich – wie gezeigt wurde – seit Mitte der 1970er-Jahre zunehmend radikalisiert hatte. Während das keynesianische Ordnungsparadigma im Marktdiskurs der SPD von Teilen des linken Parteiflügels zwar attackiert wurde, insgesamt – mit einigen Modifizierungen – jedoch weiterhin vorherrschend blieb, war es im Zuge weitgehender diskursiver Verschiebungen im Marktdiskurs der Labour Party schon in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre massiv in Bedrängnis geraten und wurde schließlich ab 1975 von der *Alternative Economic Strategy* verdrängt, deren Sprache die programmatischen Diskussionen der Partei von nun an dominierte. Auch auf personeller Ebene wird dieser Unterschied in den Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Links-Parteien Großbritanniens und der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren deutlich. Profilierte Vertreter der Labour-Linken wie der Wirtschaftstheoretiker Stuart Holland und der Regierungsämter bekleidende Tony Benn konnten einen Einfluss geltend machen, an den etwa der Einfluss Jochen Steffens oder Peter von Oertzens als maßgebliche Repräsentanten der SPD-Linken zu keinem Zeitpunkt heranreichte.

⁴⁶⁹ Vgl. dazu das zentrale Kapitel »Markt und Lenkung«, ebd., S. 32–39.

⁴⁷⁰ Vgl. *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie, S. 157. Die kompromisshaften, semantisch ambivalenten Aussagen zielten auf die Integration der Parteiflügel und können als typisch für (grundsatz)programmatische Aussagen von Volksparteien angesehen werden. Im Ludwigshafener Grundsatzprogramm der CDU des Jahres 1978 zeigt sich dieses Muster in der semantischen Ambivalenz des Begriffs »Soziale Marktwirtschaft«, wie zu zeigen sein wird.

2.5 »Freiheit statt Sozialismus« und die Grenzen der Konfrontation – Versuche einer christdemokratischen Krisenerzählung

Die mit weitgehenden Linksverschiebungen im Marktdiskurs der Labour Party einhergehende Polarisierung, die schließlich dazu führte, dass sich Vertreter des rechten Parteiflügels von Labour abspalteten und mit der *Social Democratic Party* eine eigene, »sozialdemokratische« Partei gründeten, hatte – wie deutlich geworden ist – keine Entsprechung im sozialdemokratischen Marktdiskurs. Der Radikalisierung der politischen Linken Großbritanniens entsprach die Radikalisierung der politischen Rechten, die Polarisierung Labours beförderte die Polarisierung innerhalb der Tories und damit die marktradikale Sprache der thatcheristischen Konservativen, die schließlich in einem Klima der omnipräsenten Krisenhaftigkeit die Diskurshoheit erlangte und die Politik der 1980er-Jahre bestimmen sollte. Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, war die politische Auseinandersetzung der 1970er-Jahre auch in der Bundesrepublik durchaus konfrontativ und wurde, vor allem in den Bundestagswahlkämpfen der Jahre 1976 und 1980, äußerst polemisch geführt; allerdings: Im politischen Diskurs fehlte jene Spirale der Radikalisierung, die der thatcheristischen Krisenerzählung und ihrem Marktradikalismus Auftrieb verlieh. Mit der im Vergleich zu Großbritannien weniger stark ausgeprägten Krisenwahrnehmung war in der Bundesrepublik ein die Radikalisierung befördernder Faktor nicht in dem Maße existent, was Auswirkungen auf das christdemokratische Krisennarrativ und damit auf die Entwicklung des Marktdiskurses der CDU hatte.

Gleichwohl zielte die diskursive Strategie der christdemokratischen Opposition darauf ab, von den Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs zu profitieren. Ungeachtet der insgesamt geringen Reichweite der linkssozialistischen Diskursverschiebungen hatten sich die Grenzen des Marktdiskurses des politischen Gegners nach links geöffnet. Dies bot dem christdemokratischen Krisennarrativ eine willkommene Angriffsfläche, war doch die Möglichkeit für die CDU gegeben, sich als Hüter der wirtschaftlichen und politischen Freiheit zu präsentieren und die SPD als Partei des Sozialismus, der Unfreiheit und des Systemsturzes zu verunglimpfen.

Schon der Wahlkampf zur Bundestagswahl im November 1972 wurde von der CDU ausgesprochen konfrontativ geführt. Die Rede des Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Rainer Barzel auf dem Bundesparteitag der CDU im Oktober 1972 war eine harte Abrechnung mit der Regierungspolitik der SPD, in deren Mittelpunkt das Beschwören der Sozialismus-Gefahr stand. Deutschland stünde vor einer »grundsätzlichen Entscheidung: Erneuerung durch die Union im Geiste unserer Prinzipien oder Abgleiten in den Sozialismus der

SPD.«⁴⁷¹ Innerhalb der SPD hätten die Sozialisten die Mehrheit erobert, während die Sozialdemokraten in die Minderheit geraten seien, und es stünde zu befürchten, dass »Systemveränderung« der kleinste gemeinsame Nenner sein wird.«⁴⁷² Durch die Regierungspolitik würden die »Fundamente der Gesellschaft« in Gefahr geraten: »Wer erklärt, Stabilität sei bloß ein Modewort und zugleich die soziale Marktwirtschaft grundsätzlich infrage stellt, wer Fremdbestimmung statt Mitbestimmung will, wer kollektive Vermögensfonds statt privaten Eigentums mit persönlicher Verfügungsgewalt anstrebt, wer die breite Streuung privaten Eigentums ablehnt, da auf diese Weise das System stabilisiert werde, wer mit der Steuerpolitik die Belastbarkeit der Unternehmungen erproben, den Ertrag sozialisieren, die Leistung bestrafen, den Mittelstand auszehren sowie die Kinderreichen und Ehe benachteiligen will, [...] wer sich so einlässt, der will eine andere, eine sozialistische Ordnung, der zwingt uns zum Kampf um die Grundsätze, um die Fundamente.«⁴⁷³

Im Zentrum sozialistischer Bedrohungsszenarien stand wiederum das »Fahnenwort« Soziale Marktwirtschaft, das gegen »den Sozialismus« in Stellung gebracht wurde: Durch den Sozialismus sei »nirgendwo auf der Welt [...] erreicht worden, was hierzulande für die breiten Massen sozial und human erreicht wurde durch soziale Marktwirtschaft«, so Barzel.⁴⁷⁴ Soziale Marktwirtschaft sei »Ausdruck einer Wertvorstellung«. Nur wer diese inhaltlich bejahe, könne die daraus folgende Politik erfolgreich praktizieren. Es gebe »nichts Erfolgreicheres als die Soziale Marktwirtschaft!«⁴⁷⁵ Anstoß nahmen die christdemokratischen Akteure vor allem am Begriff des »Systems«, das von »den Sozialisten« abgelehnt würde: »Die neue Argumentation der marxistischen Kräfte innerhalb und außerhalb der SPD ist doch folgende. Das Versagen der Regierungspolitik, die konkreten Fehler einer sozialdemokratischen-freidemokratischen Koalition sollen umgemünzt und verfälscht werden in ein Versagen des Systems, in eine angebliche Reformunfähigkeit dieses Systems«, so Gerhard Stoltenberg auf dem Wiesbadener Bundesparteitag der CDU 1972.⁴⁷⁶ Zur Demontage der »Systemveränderer« führte Stoltenberg scheinbare historische Analogien ins Feld. »Der Begriff »System«, meine

⁴⁷¹ Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. Regierungsprogramm der CDU 1972. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn 1972, S. 4.

⁴⁷² Ebd., S. 24.

⁴⁷³ Ebd., S. 4f.

⁴⁷⁴ Ebd., S. 5.

⁴⁷⁵ Ebd., S. 25.

⁴⁷⁶ Gerhard Stoltenberg, Rede auf dem 20. CDU-Bundesparteitag, 9.–11. 10. 1972, Wiesbaden, (S. 151), online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1972-10-09-11_Protokoll_20.Bundesparteitag_Wiesbaden.pdf [18.11.2018].

Damen und Herren, ist etwas fatal in politischen Debatten. Er entstammt der Sprache des Nationalsozialismus. Es war das Vokabular, mit dem Hitler und Göbbels [sic] einmal die erste deutsche Republik bekämpften. Aber wenn dieser Begriff schon wieder verwandt wird, dann wollen wir hier deutlich machen, daß wir zu diesem System des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und der Sozialen Marktwirtschaft stehen, daß wir es verteidigen werden und daß wir seine Reformfähigkeit erneut unter Beweis stellen wollen [...].⁴⁷⁷

Auch Alfred Dregger bemühte mit Blick auf die Linksverschiebungen innerhalb der Sozialdemokratie die unheilvolle deutsche Vergangenheit: »Was hier geschieht bzw. zur Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung nicht geschieht, ist allerdings zutiefst erschreckend. Der gegenwärtige Linkstrend im geistigen Bereich kann wohl ohne Übertreibung nach Ausmaß und Gefahr nur mit dem Rechtstrend am Ende der Weimarer Republik verglichen werden.«⁴⁷⁸ Alles deute darauf hin, »daß die radikale Linke in der SPD im Vormarsch ist und schon heute die Politik dieser Partei wesentlich bestimmt.«⁴⁷⁹ Die CDU müsse daher »die innere Entwicklung [der SPD] scharf beobachten und das Vordringen ihrer linken Flügel politisch bekämpfen.«⁴⁸⁰ Im Dezember 1973 war es Helmut Kohl, der auf den antimarktwirtschaftlichen Diskurs der SPD-Linken Bezug nehmend konstatierte, die Marktwirtschaft würde immer offener in Frage gestellt. Die »mühsam errungene Übereinstimmung aller großen Parteien« darüber, dass »die marktwirtschaftliche Verfassung zu den Grundlagen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« gehöre, sei nicht länger gesichert. Was in der SPD vor sich gehe, könne »nicht mehr als ideologische Sandkastenspiele abgetan werden«. Zwar gebe es eindeutige Erklärungen von einzelnen Regierungsvertretern, was aber nicht darüber hinwegtäuschen könne, dass offen sei, welche Kräfte sich in der SPD durchsetzen würden.⁴⁸¹

In das von den christdemokratischen Akteuren gezeichnete Bild einer von linkssozialistischen Tendenzen grundsätzlich herausgeforderten SPD passte der Rücktritt Karl Schillers von seinem Amt als Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Juli 1972.⁴⁸² Schiller, der sich als Sozialdemokrat in den 1960er-Jahren

⁴⁷⁷ Ebd.

⁴⁷⁸ Alfred Dregger, Radikalismus, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 13. 3. 1972, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Barzel: Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, Düsseldorf 2009, S. 712.

⁴⁷⁹ Ebd., S. 714.

⁴⁸⁰ Ebd., S. 722.

⁴⁸¹ Helmut Kohl, Rede vor der öffentlichen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Bonn-Bad Godesberg, 7. 12. 1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 10206.

⁴⁸² Sein Ausscheiden aus der Bundesregierung begründete Schiller mit einer fehlenden Unterstützung aus den eigenen Reihen. Der konkrete Anlass für seinen Rücktritt waren Unstimmig-

parteiübergreifend einen Ruf als echter Vertreter marktwirtschaftlicher Prinzipien erarbeitet hatte, gehörte zu den prominentesten innerparteilichen Kritikern eines Linksschwenks der Partei (»Genossen, lasst die Tassen im Schrank«⁴⁸³). Schillers Ausscheiden aus der Regierung wurde entsprechend in das christdemokratische Narrativ einer sozialistischen Gefährdung der marktwirtschaftlichen Ordnung eingefügt. »Wir leben in einer Zeit unter politischen Mehrheitsverhältnissen, in denen wir die Herausforderung und Gefahren für die Marktwirtschaft deutlich erkennen«, erklärte Stoltenberg bereits im Vorjahr des Rücktritts des »Superministers« auf dem Düsseldorfer Bundesparteitag der CDU. Sichtbar würde dies »in einer neuen Grundströmung des Marxismus und Sozialismus über Deutschland hinaus« und »in dem schwindenden Einfluß der Marktwirtschaftler in der Sozialdemokratischen Partei: Ein Mann wie Schiller, der vor der Bundestagswahl im Zentrum ihrer Aussagen und ihrer Werbung stand, wird zunehmend zu einer Galionsfigur für eine Partei, die in ihren bestimmenden Kräften durch völlig andere, nämlich radikale sozialistische, marxistische und nicht dem Geist der Marktwirtschaft entsprechende Konzeptionen geprägt ist.«⁴⁸⁴ Als Marschrichtung für die politische Verwertung des Schiller-Rücktritts gab Rainer Barzel als Parteivorsitzender vor dem CDU-Bundesvorstand aus, übereinstimmend zu kommentieren, »daß dieser Mann eben aus Überzeugung zu seinen Grundsätzen und zur Sozialen Marktwirtschaft gehandelt hat. Wenn wir gefragt werden, ob er zur CDU käme, dann lautet die Antwort: >Dies ist uns nicht bekannt. Wir unterstützen jeden, der für die Soziale Marktwirtschaft kämpft.«⁴⁸⁵ Der Versuch, mit der hier skizzierten Sprachstrategie vom Schiller-Rücktritt zu profitieren, wurde nach den Wahlen von 1972 allerdings als gescheitert betrachtet. »[D]ie öffentliche Diskussion um Professor Schiller in der Schlußphase des Wahlkampfes hat der Union eher geschadet als genutzt«, führte Generalsekretär Krasko vor dem Parteivorstand aus. »In der Person Schillers wurde zu diesem Zeitpunkt nicht so sehr der erfahrene und erfolgreiche Wirtschaftspolitiker gesehen; vielmehr ver-

keiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Vgl. Passagen eines persönlichen Briefes Schillers an Bundeskanzler Willy Brandt in »Dokument der Woche: Schiller – Grenze erreicht«, in: DIE ZEIT, 21.7.1972 sowie *Torben Lütjen*, Karl Schiller (1911–1994). »Superminister« Willy Brandts, Bonn 2007, S. 311–366.

⁴⁸³ So rief Schiller den Delegierten des Sonderparteitags der SPD zur Steuerpolitik, die die Körperschaftssteuer von 51 auf 58 Prozent erhöhen wollten. Vgl. ausführlich *Lütjen*, Karl Schiller, S. 311 ff.

⁴⁸⁴ Gerhart Stoltenberg, Rede auf dem 18. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, 25.–27.1.1971, S. 192 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1971-01-25-27_Protokoll_18.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf [12.3.2018].

⁴⁸⁵ Rainer Barzel, Politische Lage, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 25.9.1972, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Barzel: Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, Düsseldorf 2009, S. 943.

stärkte Schiller durch sein Auftreten offenbar die Animosität gegen die sogenannten Fraktionswechsler. Überdies trug es nicht zur Glaubwürdigkeit der Union bei, daß vorübergehend der Eindruck entstand, als sei sie nach ihren jahrelangen Angriffen auf Professor Schiller und seine Politik nunmehr bereit, Schiller für die eigenen Zwecke einzusetzen.⁴⁸⁶

Das argumentative Grundmuster der Präsentation »des Sozialismus« als einer freiheitsgefährdenden, auf »Systemveränderung« zielenden Politik setzte sich angesichts der Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs während der gesamten 1970er-Jahre fort. Es ähnelte dabei – wie Martin Wengeler herausgestellt hat – den Argumentationsmustern der CDU der 1950er-Jahre, des »alten Streits ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹«.⁴⁸⁷ Die in der innerparteilichen Programmdiskussion der SPD enthaltene neue Begrifflichkeit wurde mit Stigmawörtern wie »dirigistisch« und »bürokratisch« belegt, »Soziale Marktwirtschaft« gegen »Verstaatlichung«, »Gängelung der Bürger« und »staatliche Bevormundung« in Stellung gebracht: »Entscheidend für die Zukunft unseres Landes wird es sein, welche Wirtschafts- und Sozialordnung wir morgen haben werden, denn hier liegt die zentrale Herausforderung der 70er und der 80er Jahre«, so der Parteivorsitzende in seiner Rede auf dem Bundesparteitag der CDU in Mannheim im Juni 1975.⁴⁸⁸ »Wer aber [...] Klassenkampfdenken begünstigt, wer die Soziale Marktwirtschaft von unserer Verfassungsordnung lösen will, [...] wer angesichts der Energiekrise sofort nach Preiskontrollen ruft, wer zentrale Investitionslenkung und die Verstaatlichung von Banken fordert, wer unsere Wirtschaft also immer mehr durch staatliche Bürokratie gängeln will, der stellt [...] diese unsere Soziale Marktwirtschaft bereits im Grundsätzlichen in Frage. [...] Wir wollen keinen Dirigismus und keine staatliche Bevormundung, sondern mehr Wettbewerb, mehr schöpferische Initiative und mehr Wagemut des einzelnen. Wir wollen keine Verstaatlichungen, sondern Förderung von sozial gebundenem Eigentum. Wir wollen nicht weniger Leistung, sondern [...] Leistung, mit der die Menschen in unserem Lande [...] einem persönlich erstre-

⁴⁸⁶ Konrad Kraske, Allgemeine Aussprache, Sitzung vom 27./28. 1. 1973, in: ebd., S. 1096. Die SPD war bemüht, der Strategie der CDU von vorn herein den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie unmissverständlich erklärte: »An den Feststellungen in der Regierungserklärung zur marktwirtschaftlichen Ordnung hat sich nichts geändert und wird sich nichts ändern. Bundeswirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt, im Unterschied zu Karl Schiller einer der Väter des Godesberger Programms, hat in seinen öffentlichen Erklärungen und seinem Verhalten daran keinen Zweifel gelassen.« Erklärung zum Parteiaustritt Karl Schillers, o.D. (1972), in: AdSD, WBA, A8: Bundeskanzler und Bundesregierung 1969 bis 1974, Mappe 67.

⁴⁸⁷ Vgl. Wengeler, »Der alte Streit«, S. 72–83.

⁴⁸⁸ Helmut Kohl, Rede auf dem 23. CDU-Bundesparteitag, 23.–25.6.1975 in Mannheim, S. 31, online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1975-06-23-25_Protokoll_23.Bundesparteitag_Mannheim.pdf [18.11.2018].

benswerten Ziele näherkommen können. Wir wollen keine Verteufelung von Profit, sondern wir sagen klar, daß Gewinne Antriebskräfte unserer Wirtschaft sind [...]. Das ist unsere klare Alternative der Sozialen Marktwirtschaft.«⁴⁸⁹ Helmut Kohl hielt eine »neue Offensive für den Geist der Sozialen Marktwirtschaft« in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre für notwendig, »um alle Gefährdungen dieser bewährten Ordnung abwehren zu können.«⁴⁹⁰ Allerdings, so räumte Kohl ein, bestehe die Gefahr heute nicht in einer Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinne eines eruptiven Systemumsturzes – »[a]uch noch so ideologisierte Sozialisten wissen, daß sie dafür keine Chance bei den Bürgern finden werden.« Vielmehr bestünde »die Gefahr [...] in der schrittweisen Aushöhlung.«⁴⁹¹

In seiner Mannheimer Rede läutete Kohl jenen konfrontativen Kurs ein, der den Wahlkampf zur Bundestagswahl 1976 prägen sollte. Als Führer des Reformflügels innerhalb der Union lag dem Parteivorsitzenden der CDU ein dezidiert aggressiv-konfrontativer Kurs in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner eher fern.⁴⁹² Die treibenden Kräfte hinter dem Konfrontationskurs, der die Bundestagswahlkämpfe der Union der Jahre 1976 und 1980 prägte, waren die Vertreter des rechten Flügels um Hans Filbinger, Alfred Dregger und Franz Josef Strauß, die sich in der innerparteilichen Entscheidungsfindung über die Ausgestaltung der Kampagne durchsetzen konnten. Die Kampagne zur Bundestagswahl 1976 wurde entsprechend unter dem polarisierenden Slogan »Freiheit statt Sozialismus« geführt. Ministerpräsident Filbinger, der mit diesem Slogan bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1976 mit 56,7 Prozent einen grandiosen Wahlerfolg für die CDU eingefahren hatte, war ein entschiedener Fürsprecher einer konfrontativen Wahlkampfstrategie. Der CDU würde es im Wahlkampf gelingen, das Thema »Freiheit« zu besetzen, der Slogan sei eine »zündende Parole«, die die SPD getroffen und die CDU begrifflich in die Offensive gebracht habe.⁴⁹³ Im Sinne dieser Strategie müsse die CDU die »Täuschungsoperationen« Schmidts und der SPD-Führung zur Verdeckung »sozialistischer Tendenzen«

⁴⁸⁹ Ebd.

⁴⁹⁰ Helmut Kohl, Das Erbe von Ahlen. Rede zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms, 26.2.1977, abgedr. in: Helmut Kohl, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 175–188, hier S. 185.

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² In seinem gemäßigten politischen Stil wie in seinem konsensorientierten Ansatz der politischen Problembearbeitung unterschied sich der Vorsitzende der CDU erheblich von der Parteichefin der britischen Konservativen. Vgl. dazu noch ausführlich unten in diesem Kapitel.

⁴⁹³ Hans Filbinger, Politische Lage, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 21.6.1976, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, Düsseldorf 2015, S. 2053 f.

deutlich machen: »Es muß uns gelingen, der Öffentlichkeit zu verkaufen, daß der ›Orientierungsrahmen 85‹ eine Fortschreibung der sozialistischen Tendenzen bedeutet, so wie sie nie aufgegeben worden sind.« Es müsse deutlich herausgestellt werden, dass der »Orientierungsrahmen« das Mittel zur Aufhebung der Entfremdung des Menschen in der Gewinnung der Kontrolle über die Produktionsmittel sehe und dass das Dortmunder Regierungsprogramm der SPD, »das nach rechts und in die Mitte hin geschrieben ist«, nicht darüber hinwegtäuschen könne, worauf die Politik der SPD tatsächlich hinauslaufe.⁴⁹⁴ Rückendeckung bekamen die Strategen des rechten Unionsflügels von der Kommunikationswissenschaftlerin und Gründerin des Instituts für Demoskopie (IfD) in Allensbach Elisabeth Noelle-Neumann, die in den 1970er-Jahren wichtige Stichworte für semantische Offensiven der CDU lieferte.⁴⁹⁵ Entsprechend ihrer vor dem Hintergrund der Wahlniederlagen der CDU/CSU entwickelten Theorie der »Schweigespirale« hatte Noelle-Neumann bereits 1973 für eine offensive Politikkonzeption der CDU plädiert, die »nicht versucht, die SPD in ihrem ureigenen Bereich zu übertreffen, sondern dem Sinn unserer Gesellschaftskonzeption entsprechend, eine wirkliche Alternative bietet [...]«.⁴⁹⁶

⁴⁹⁴ Ebd., S. 2053.

⁴⁹⁵ Mit dem Aufstieg Helmut Kohls zum Parteivorsitzenden kam dem IfD eine Schlüsselstellung in der demoskopischen Beratung der CDU zu. Zur Etablierung der Demoskopie in der CDU seit 1950 vgl. maßgeblich *Anja Kruke*, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007, S. 61–167. Zur Biografie Elisabeth Noelle-Neumanns vgl. *Jörg Becker*, Elisabeth Noelle-Neumann. Demoskopie zwischen NS-Ideologie und Konservatismus, Paderborn 2013.

⁴⁹⁶ Elisabeth Noelle-Neumann, Brief an das Präsidium und den Bundesvorstand der CDU, 19.1.1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 709. Unter der Bezeichnung »Schweigespirale« fasste Noelle-Neumann das Phänomen, dass Menschen, die sich aufgrund einer (nur scheinbaren) Dominanz anderer Meinungen isoliert fühlen, dazu neigen, in der Öffentlichkeit zu verstummen, was ihre Position zusätzlich schwächt. CDU-Anhänger seien durch das große Selbstbewusstsein und die ausgeprägte Bekenntnisbereitschaft der SPD-Anhänger eingeschüchtert und würden sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu äußern, aus Angst, von ihrer Umwelt missbilligt zu werden. In der Theorie der »Schweigespirale« spiegelte sich Richard Nixons Formel von der »schweigenden Mehrheit« (*silent majority*), die unter Konservativen auch international sehr populär war. Vgl. *Martin H. Geyer*, Elisabeth Noelle-Neumann's »Spiral of Silence«, the Silent Majority, and the Conservative Moment of the 1970s, in: Anna von der Goltz/Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge 2017, S. 251–274. Noelle-Neumann formulierte die Theorie in den 1970er-Jahren in ihren Grundzügen, veröffentlichte sie aber erst 1980 gebündelt in einer Monographie. Vgl. *Elisabeth Noelle-Neumann*, *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – Unsere soziale Haut*, München 1980. Während die Theorie der »Schweigespirale« in den Kommunikationswissenschaften äußerst kontrovers diskutiert und in der Bundesrepublik wie im Ausland wegen mangelnder empirischer Fundierung teilweise heftig kritisiert wurde, wurde sie in der CDU begeistert aufgenommen. Zur fachlichen Rezeption der »Schweigespirale« vgl. *Anna Maria Deisenberg*, *Die Schweigespirale. Die Rezeption des Modells im In- und Ausland*, München 1986. Zur Rolle Noelle-Neumanns als demo-

Die »Freiheit statt Sozialismus«-Kampagne zielte darauf ab, die CDU als eine an den Grundsatz der »Freiheit« gebundene Volkspartei zu präsentieren und sich durch ihr unmissverständliches Eintreten für den Fortbestand der (Sozialen) Marktwirtschaft und für wirtschaftliche Stabilität als Garant für die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen sozialistische Umwälzung dieser Ordnung zu profilieren. Dabei war der Slogan auch innerparteilich alles andere als unumstritten.⁴⁹⁷ Norbert Blüm erklärte in einer Strategieberatung des CDU-Bundesvorstands im Mai 1976, er habe kein Verständnis, »daß wir auf die sozialdemokratische Monopolisierung der Sicherheit die Monopolisierung der Freiheit durch uns setzen.« Die Grundwerte der Verfassung »wie einen Steinbruch« zu behandeln, sei »unerlaubt«.⁴⁹⁸ Die Freiheit sei »sowohl historisch als auch im Weltaußenblick« nicht nur vom Sozialismus bedroht, weshalb eine solche »Weg-gabelung«, wie sie in dem Slogan zum Ausdruck gebracht würde, für ihn unerträglich sei. Es könne für die demokratische Entwicklung des Staates gefährlich sein, »den für alle verbindlichen Grundwert Freiheit in parteipolitischen Besitz zu überführen.«⁴⁹⁹ In Bezug auf den baden-württembergischen Wahlkampf, wo der Slogan bereits erfolgreich erprobt worden war, merkte Blüm an, dass sich die Situation »unter der Gegnerschaft Eppler [...] ganz anders darstellt als in einer Gegnerschaft Schmidt.«⁵⁰⁰

Auch Johann Baptist Gradl meldete entschieden Vorbehalte an. Das »Unbehagen«, das der Slogan nicht nur bei einigen in der CDU, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit erwecke, sei darauf zurückzuführen, »daß hier die andere große Partei schlicht mit Unfreiheit identifiziert wird.«⁵⁰¹ Es sei nicht zulässig, die SPD in den »Bereich der kommunistischen Unfreiheit« zu stecken.⁵⁰² Matthias Wissmann, Bundesvorsitzender der Jungen Union, fragte kritisch, »ob wir wirklich ernsthaft behaupten sollen, daß wir die einzigen sind, die Freiheit wollen und Freiheit verwirklichen oder ob wir damit nicht den falschen Weg gehen [...]«.« Zudem erkannte er eine fehlende Konsistenz der Wahlkampfstrategie,

skopische Beraterin der CDU und zur Bedeutung der Theorie der »Schweigespirale« in diesem Zusammenhang vgl. *Anja Kruke*, Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: Afs 44, 2004, S. 293–326, hier S. 316.

⁴⁹⁷ Vgl. dazu Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 17. 5. 1976, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, Düsseldorf 2015, S. 1950–2029.

⁴⁹⁸ Norbert Blüm, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 17. 5. 1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 2010.

⁴⁹⁹ Ebd.

⁵⁰⁰ Ebd.

⁵⁰¹ Johann Baptist Gradl, ebd., S. 2020.

⁵⁰² Ebd.

wenn er mit Blick auf den polarisierenden Slogan bemerkte, er habe erhebliche Bedenken, »wenn es darum geht, das auf Plakate von Helmut Kohl zu schreiben, der in der politischen Auseinandersetzung mit Recht auch als ein Integrationsfaktor und nicht nur als Polarisierungsfaktor [...] verstanden werden kann.«⁵⁰³ Unterstützt wurde Wissmann in diesem Punkt von Richard von Weizsäcker, der bekräftigte, »[d]ieses Plakat mit dieser Überschrift ist nicht die angemessene Überschrift für den Mann, von dem wir dann sagen, er ist unser Kanzler [...].« Die Wirksamkeit bestünde aber darin, »daß die Alternative verletzend ist und andererseits gelogen.«⁵⁰⁴ Die Umwandlung des Slogans, in dem das zuerst ebenfalls vorgesehene »oder« durch »statt« ersetzt wurde, trug derlei Bedenken aus den eigenen Reihen Rechnung, sollte so doch die Aussage der Alternative zwischen »Freiheit« und »Sozialismus« abgeschwächt werden.⁵⁰⁵

In der mehrfach deutlich formulierten innerparteilichen Kritik an der Verwendung des Slogans »Freiheit statt Sozialismus« findet sich ein erster Hinweis auf Unterschiede zwischen der deutschen Christdemokratie und den britischen Konservativen in der 1970er-Jahren in der politischen Problembearbeitung sowie des politischen Stils. Wie noch zu zeigen sein wird, folgte die von Helmut Kohl geführte CDU einem Ansatz der politischen Problemlösung, der insgesamt weitaus konsensorientierter und im Stil weniger radikal populistisch war als der der Thatcheristischen Konservativen. Im Wahlkampf 1976 allerdings wollten Kohl und Generalsekretär Biedenkopf an der polarisierenden Stoßrichtung und somit auch an dem Slogan festhalten. Nicht zuletzt bestärkt durch die demoskopischen Arbeiten Noelle-Neumanns sah sich Kohl mit dem Slogan auf dem richtigen Weg, lag die CDU beim Thema »Freiheit« doch 12 Prozentpunkte vor der SPD. »Wer das nicht begreift«, so Kohl, »begreift nicht, auf welchem Feld wir die Wahl gewinnen.«⁵⁰⁶ Kohl war mit Dregger einer Meinung, dass Wahlkampf »nun mal etwas mit Kampf zu tun [hat].«⁵⁰⁷ Die Mehrheit des Vorstands war der Ansicht, der Slogan eigne sich gut, den politischen Gegner in die Defensive zu bringen. Dregger umriss die Argumentation, die mit dem Slogan zu verknüpfen war. Es ging darum, die SPD in die Nähe der kommunistischen Partei der Sowjetunion und der SED sowie der europäischen Kommunisten zu rücken. Niemand könne leugnen, so Dregger, »daß viele sozialistische Parteien in Europa im Bünd-

⁵⁰³ Matthias Wissmann, ebd., S. 2015.

⁵⁰⁴ Richard von Weizsäcker, ebd., S. 2024.

⁵⁰⁵ Vgl. dazu Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 17.5.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 2010–2029.

⁵⁰⁶ Helmut Kohl, Politische Lage, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 21.6.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 2045.

⁵⁰⁷ Helmut Kohl, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 17.5.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 2015.

nis mit den Kommunisten stehen [und] dass wesentliche Teile der SPD dieses ebenfalls vertreten.«⁵⁰⁸

Die diskursive Strategie einer Denunziation der SPD mittels des Motivs einer Gefährdung »der Freiheit« durch »den Sozialismus« wurde auch nach der verlorenen Bundestagswahl 1976 weitergeführt. Das Programm der sich auf dem Vormarsch befindenden »extrem linken Richtung« der Sozialdemokratie liefe auf »die allumfassende staatliche Wirtschaftstätigkeit« hinaus, und die Forderung, »nicht das zu produzieren was der Markt begehrt, [...] sondern den Verbrauch zu lenken«, führe in »eine lückenlos geregelte Zwangswirtschaft mit all ihren bekannten Nachteilen für jeden einzelnen«, hieß es in einem 1978 veröffentlichten CSU-Pamphlet.⁵⁰⁹ Das im Godesberger Programm der SPD enthaltene Bekenntnis zu Markt und Wettbewerb sei »nichts anderes als ein strategischer Bluff, mit dem Herbert Wehner der Verwirklichung seiner alten sozialistischen Vorstellung auf Umwegen einen großen Schritt näher zu kommen« hoffe.⁵¹⁰ Ein Umsetzen der SPD-Programmatik bedeute die »entscheidende Annäherung an den sozialistischen Staat durch die Zerstörung unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung«.⁵¹¹ Das wäre »das Ende der Sozialen Marktwirtschaft«, die »den Rahmen für den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland abgegeben hat und die politische Voraussetzung für das in der ganzen Welt bestaunte deutsche Wirtschaftswunder war.«⁵¹² An ihre Stelle trete dann »eine allmächtige Wirtschaftsbürokratie [...], eine allmächtige Planbürokratie, die letztlich unser aller Leben verplanen und bestimmen wird.«⁵¹³

In dieser Argumentation war die Semantik einer Gleichartigkeit von marktwirtschaftlicher Freiheit und politischer Freiheit angelegt. Die »Soziale Marktwirtschaft« wurde von den christdemokratischen Akteuren nicht nur als einzig probates Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme propagiert, sondern zur einzigen der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung entsprechenden Wirtschaftsordnung emporgehoben. Der SPD-nahe Politikwissenschaftler Hans Kremendahl hat diesbezüglich von »der Stilisierung der sozialen Marktwirtschaft zum Quasi-Verfassungsgebot« gesprochen.⁵¹⁴ In den Worten des CDU-Partei-vorsitzenden klang dies folgendermaßen: »Viele haben vergessen, und wir sollten

⁵⁰⁸ Alfred Dregger, ebd., S. 2015 f.

⁵⁰⁹ *Otto Schedl*, Das SPD-Programm für die Wirtschaft – ein Weg in den Sozialismus. Mit einem Anhang: Der Kampf der SPD gegen die soziale Marktwirtschaft, SPD-Dokumente 1946–1976, Eichstätt 1978, S. 7.

⁵¹⁰ Ebd., S. 8.

⁵¹¹ Ebd., S. 49.

⁵¹² Ebd., S. 52.

⁵¹³ Ebd., S. 35.

⁵¹⁴ *Hans Kremendahl*, Die Freiheit-Sozialismus-Diskussion im Bundestagswahlkampf 1976 und das Verhältnis von Konsens und Konflikt im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland,

immer wieder daran erinnern, daß die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft nicht allein aus ökonomischen, sondern vorrangig aus ethisch-moralischen Gründen erfolgt ist. Wir sehen in der Sozialen Marktwirtschaft nicht irgendeine beliebige ökonomische Zweckmäßighkeitsordnung, sondern eine freiheitliche und gerechte Gesellschaftsordnung, die notwendige Entsprechung zum demokratischen Grundverständnis unserer Verfassung.«⁵¹⁵ »Die Soziale Marktwirtschaft ist ihrer Idee nach zugleich auch eine unserer freiheitlichen Verfassung gemässe Wirtschaftsordnung«, so Karl-Heinz Narjes im April 1974. »Sie verhindert den Zusammenfall wirtschaftlicher und politischer Macht. Sie garantiert die Entfaltung privater unternehmerischer Initiative und damit untrennbar verbunden die freie Konsumwahl der Verbraucher und die freie Arbeitsplatzwahl und indirekt auch die Pressefreiheit.«⁵¹⁶

Eine treibende Kraft des konfrontativen Ansatzes in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner war Franz Josef Strauß. Auf einer Tagung der CSU-Landesgruppe entwickelte der Parteivorsitzende der CSU und wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im November 1974 – die CSU hatte soeben die bayrische Landtagswahl mit einem Stimmenanteil von 62,1 Prozent gewonnen – grundsätzliche Überlegungen zum Oppositionsverhalten der Unionsparteien. In seiner berühmt-berüchtigten Sonthofener Rede forderte Strauß einen grundsätzlichen Konfrontationskurs. »Wir müssen die Auseinandersetzung hier im Grundsätzlichen führen. Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen. [...] Wir kämpfen für die Freiheit, gegen den Sozialismus, für die Person und das Individuum, gegen das Kollektiv, für ein geeinigtes Westeuropa, gegen eine sowjetische Hegemonie über ganz Europa. Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft.«⁵¹⁷ Zur Zerstörung der Marktwirtschaft durch die Politik der sozial-liberalen Koalition komme eine sprachliche Offensive

in: Gerhard Göhler (Hrsg.), Politische Theorie: Begründungszusammenhänge in der Politikwissenschaft, Stuttgart 1978, S. 109–135, hier S. 131.

⁵¹⁵ Helmut Kohl, Das Erbe von Ahlen. Rede zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms, 26.2.1977, abgedr. in: Helmut Kohl, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 175–188, hier S. 185.

⁵¹⁶ Karl-Heinz Narjes, Die Soziale Marktwirtschaft nach Hannover, DUD 27, Nr. 76, 18.4.1973, in: AdsD, Zeitungsausschnittssammlung (Dokumentation des SPD-Parteivorstands), ZASS II, DW 4–1 a 1.

⁵¹⁷ Franz Josef Strauß, Rede auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18./19. November 1974, die Rede ist online abrufbar unter URL: <http://www.gavagai.de/zitat/politik/HHC72R.htm> [31.1.2018].

zur Aushöhlung marktwirtschaftlicher Prinzipien. »Bestimmte Massenmedien«, so Strauß, würden die Begriffe verfälschen: »Profit wird es genannt statt Ertrag, steigender Lebensstandard wird als Bestechungstatbestand einer kapitalistischen Gesellschaft diffamiert, aus dem Unternehmer wird der Ausbeuter, der Wucherer, der Blutsauger, der Arbeitsplatz wird zum Instrument der Versklavung, der ›Kapitalismus‹ wird als Grund für alle irdischen Unvollkommenheiten verantwortlich gemacht und dafür ein nicht näher zu schildernder Sozialismus als die vollkommene Lebensordnung der höchsten Lebensqualität angepriesen.«⁵¹⁸

In dieser Sprache wird deutlich, dass Strauß, der Kontakte zu Neoliberalen wie Friedrich August von Hayek pflegte⁵¹⁹, in dezidiert marktliberalen und -radikalen Kreisen in den 1970er-Jahren durchaus als Hoffnungsträger gelten konnte. In dem für Strauß typischen Antikommunismus ließen sich weitgehende Übereinstimmungen zum politischen Stil Margaret Thatchers ausmachen. Wie die »Eiserne Lady« machte auch Strauß keinen Unterschied zwischen Sozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten.⁵²⁰ Allerdings machte nicht zuletzt der Ausgang des Bundestagswahlkampfes 1980 die Grenzen deutlich, die einer konfrontativen politischen Sprache und einem konfliktorientierten Ansatz der politischen Problembearbeitung in der Bundesrepublik gesetzt waren. Im Klima der omnipräsenten Krise im Großbritannien der 1970er-Jahre, in welchem die Konsenspolitik der britischen Nachkriegsordnung in ihren Grundfesten erschüttert wurde, hatte der thatcheristische Ansatz durchschlagenden Erfolg. Die oben herausgearbeitete Begrenztheit der Krise und ihrer Wahrnehmung in der Bundesrepublik hingegen wirkte einem umfassenden, konsistenten Krisennarrativ entgegen. Damit einher ging ein Ansatz der politischen Problembearbeitung der deutschen Christdemokratie, der – ungeachtet der stark polarisierend geführten Bundestagswahlkämpfe von 1976 und 1980 – konsensorientierter war als der der britischen Konservativen und in dem weitgehende Verschiebungen im Marktdiskurs nicht angelegt waren.

Die Probleme für eine konsistente Krisenerzählung der CDU wurden in der Sitzung des Bundesvorstands am 24. April 1974 deutlich. »Wir müssen bei der Inflationsangst und all dem, was damit zusammenhängt, einfach zur Kenntnis nehmen«, so Kohl in seinen einleitenden Ausführungen, »daß wir uns darauf einzurichten haben, daß die fortdauernden Propagandahinweise, die sich auf Zahlen basierend durchaus darstellen lassen, daß in der Inflationswelle die Bundesrepublik immer noch einen günstigen Platz hat im Verhältnis zu anderen Ländern

⁵¹⁸ Ebd.

⁵¹⁹ Vgl. dazu ausführlich Viertes Kapitel, 2.5 der vorliegenden Arbeit sowie *Iris Karabelas*, Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2010, S. 179–192.

⁵²⁰ Die Ähnlichkeiten zwischen Thatcher und Strauß ebenfalls hervorhebend *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 430–432; *Steber*, Die Hüter der Begriffe, S. 364 f., S. 412.

ringsum, und daß diese Propaganda natürlich beginnt anzuschlagen.«⁵²¹ Der Parteivorsitzende spielte damit auf den Faktor der im internationalen Vergleich vorteilhaften wirtschaftlichen Situation an, den die SPD-geführte Regierung diskursiv nutzen konnte und der mithin einem christdemokratischen Krisennarrativ entgegen stand. »Die hohe Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und ihrer Unternehmen hat der Bundesrepublik Deutschland einen internationalen Spitzenplatz und unserem Volk einen hohen Lebensstandard eingebracht«, hieß es im SPD-Regierungsprogramm zur Wahl 1976. »Mit den Auswirkungen der größten Weltwirtschaftskrise seit den 30er Jahren sind wir in unserem Land weit besser fertig geworden als die meisten anderen Industriestaaten. [...] Bundeskanzler Helmut Schmidt war einer der ersten Staatsmänner, der die Notwendigkeit erkannte, der weltweiten Krise durch eine international abgestimmte Wirtschafts- und Währungspolitik entgegen zu treten, und der danach gehandelt hat. Die Erfolge zeigen sich: Seit Sommer letzten Jahres geht es wieder aufwärts.«⁵²²

Schmidt, den die *Financial Times* Ende 1975 zum »Mann des Jahres« wählte⁵²³, genoss auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik wachsendes internationales Ansehen. Im Fall der Bundesrepublik wirkte der internationale Vergleich somit gerade genau anders herum als in Großbritannien, indem er die Krisenwahrnehmung nicht förderte, sondern sie vielmehr relativierte. Diese im Vergleich zum Großbritannien der 1970er-Jahre grundlegend anders gelagerte diskursive Konstellation konterkarierte dabei gewissermaßen auch die »Freiheit statt Sozialismus«-Kampagne der Unionsparteien im Wahlkampf 1976, denn trotz ihrer polarisierenden Anlage war Kohl, sich auf die Neujahrsumfrage des Allensbacher Instituts beziehend, der Überzeugung, eine Wahlkampfstrategie für 1976 müsse einbeziehen, »daß in diesem Jahr [1976] über die Hälfte, nämlich 53 Prozent unserer Mitbürger dem neuen Jahr mit optimistischer Erwartung entgegensehen.« Dies seien noch einmal 10 Punkte mehr als im letzten Jahr. »Wer also glaubt«, schlussfolgerte Kohl, »mit Wahlkampfaussagen oder gar mit einem Wahlkampf den Wähler erreichen zu können, der bloßen Pessimismus und miese Stimmung verbreitet, der die Dinge schwarz in schwarz malt oder, ganz hart formuliert, eine Weltuntergangsstimmung darstellt [...], lebt am Leben dieses Volkes, an dem Gefühl der Bürger vorbei.«⁵²⁴

⁵²¹ Helmut Kohl, Politische Lage, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 24.4.1974, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 603.

⁵²² SPD, Regierungsprogramm 1976–80. Weiterarbeiten am Modell Deutschland. Beschluss des Außerordentlichen Parteitag in Dortmund, 18./19. Juni 1976, Bonn 1976, S. 9 f.

⁵²³ Vgl. *Hartmut Soell*, Helmut Schmidt. 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008, S. 568.

⁵²⁴ Helmut Kohl, Politische Lage, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 14.1.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 1631. Nach der Dezember-Umfrage des IfD, die seit 1949 jährlich durchgeführt wurde, sahen 54 Prozent dem Jahr 1976 mit Hoff-

Der unter dem Slogan »Freiheit statt Sozialismus« geführte Wahlkampf der Unionsparteien kann dabei auch als ein Versuch gedeutet werden, die in der deutschen Öffentlichkeit weitaus geringer ausgeprägte Krisenwahrnehmung durch einen Polarisierungs- und Konfrontationskurs zu intensivieren beziehungsweise überhaupt erst anzustoßen. Die christdemokratischen Strategen hatten realisiert, dass es kein ausgeprägtes Krisenbewusstsein in der Bevölkerung und damit keine Wechselstimmung gab. Gerd Bacher, Medienberater Kohls, machte dem CDU-Vorstand in seiner Strategiesitzung am 17. Mai 1976 deutlich, die CDU brauche einen offensiven Slogan, weil man sich »noch keineswegs in einer wahlträchtigen Situation« befinde. »Es gibt keine Krisenstimmung in Deutschland. Der deutsche Wähler schreit noch nach keiner Ablösung dieser Regierung, sondern dieses Krisenbewußtsein, diese Ablösebedürftigkeit einer Regierung haben Sie überhaupt erst zu schaffen. Diese Situation können Sie nicht schaffen, indem Sie nachzuweisen versuchen, daß der Schmidt ein Dilettant ist, daß die Bundesrepublik die höchsten Inflationsquoten hat und daß es diesem Land wahnsinnig schlecht geht. Denn das stimmt alles nicht. Sondern diese Situation können Sie nur schaffen, wenn Sie den Leuten das generelle Mißbehagen an der Grundrichtung der anderen Seite beibringen. Und dieses generelle Mißbehagen ist nur durch maximale Konfrontation zu erzeugen. Und maximale Konfrontation erzeuge ich durch maximale Herausforderung.«⁵²⁵

Franz Josef Strauß, der den Ansatz einer »maximalen Konfrontation« schon in seiner bereits zitierten Sonthofener Rede ausformuliert hatte, begründete seine sogenannte »Sonthofener Strategie«, die Bundesrepublik noch tiefer in die wirtschaftliche Krise sinken zu lassen und die Regierung dann vorzuführen anstatt diese aus falsch verstandenem staatspolitischen Verantwortungsbewusstsein zu unterstützen, mit dem Fehlen einer ausreichend starken Krisenwahrnehmung in der Bundesrepublik. Man könne zu diesem Zeitpunkt »überhaupt kein Rezept empfehlen, ohne sich in große politische Schwierigkeiten zu begeben, [...] das Bewußtsein der Öffentlichkeit [ist] noch nicht so weit bzw. [...] die Öffentlichkeit [ist] noch nicht so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen. [D]ie Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute. Noch heute leben die meisten über ihre Verhältnisse. Noch heute haben sie nicht begriffen, wie ernst die Situation ist. Noch heute besteht nicht ernsthaft die Bereitschaft

nung, 15 mit Befürchtung und 21 mit Skepsis entgegen. Dies bedeutete eine weitere Steigerung gegenüber dem Jahr 1975, dem bereits 52 Prozent mit Optimismus und ebenfalls nur 15 Prozent mit Befürchtungen entgegen gesehen hatten. Vgl. ebd., S. 1632, Anm. 16.

⁵²⁵ Gerd Bacher, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 17.5.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 2028.

dazu, den Gürtel enger zu schnallen und an die Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat heranzugehen.«⁵²⁶ Die politische Initiative könne die Union erst ergreifen, »wenn die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst und damit die Bereitschaft, die Konsequenzen aus dieser Zeit auch tatsächlich auf sich zu nehmen. Sonst läuft sich jeder Kanzlerkandidat tot.«⁵²⁷

Maßgebliche Kräfte innerhalb der Union, zuvorderst Helmut Kohl als Parteivorsitzender der CDU, vertraten einen moderateren Kurs als die Vertreter des rechten Unionsflügels und verfolgten gerade angesichts einer im internationalen Vergleich gering ausgeprägten Krisenwahrnehmung einen Ansatz der konstruktiven Oppositionspolitik. »Wir gehen bei unserer Planung davon aus, daß ein Aufschwung stattfindet, ganz gleichgültig, wie prononciert er ist«, erklärte Generalsekretär Biedenkopf in seinen Ausführungen über die Strategie der CDU im Bundestagswahlkampf 1976 vor dem CDU-Bundesvorstand. »Es werden jedenfalls von der Regierung die Zahlen, die sich ergeben – eine Absenkung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem gegenwärtigen Höchststand, eine relativ geringe Investitionsrate, eine gewisse Belebung in der Investitionsaktivität, eine gewisse Belebung der Nachfrage –, als Merkmale für einen Aufschwung dargestellt werden. Wir sind der Meinung, daß es nicht sinnvoll ist, im Bereich der Wirtschaftspolitik die Solidität dieses Aufschwungs oder überhaupt sein Stattfinden in Frage zu stellen, das heißt also, hinauszugehen und den Aufschwung zu bestreiten, sondern wir sind der Meinung, daß es richtig wäre, den Aufschwung zu konsumieren als einen stattfindenden Prozeß und die Auseinandersetzung darüber zu führen, wer den Aufschwung sichern kann, wer in der Lage ist, die in einem Aufschwung liegenden wirtschaftlichen und politischen Chancen für unser Land besser zu nutzen.«⁵²⁸ Angesichts der Tatsache, »daß die wirtschaftliche Entwicklung sich positiv fortsetzen wird und daß [...] das Bewußtsein unserer Mitbürger eben sehr positiv ist«, war für den Parteivorsitzenden klar, »daß mit Verelendungstheorien natürlich in diesem Jahr überhaupt kein Blumentopf zu gewinnen ist.«⁵²⁹

Im Jahr der britischen IWF-Krise, als die Krisenwahrnehmung jenseits des Kanals ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, war in der diskursiven Konstellation der Bundesrepublik damit die Möglichkeit zur Ausformulierung eines umfassenden Krisennarrativs verstellt. Ein radikaler Bruch mit den Grundannahmen bun-

⁵²⁶ Franz Josef Strauß, Rede auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18./19. November 1974, die Rede ist online abrufbar unter URL: <http://www.gavagai.de/zitat/politik/HHC72R.htm> [31.1.2018].

⁵²⁷ Ebd.

⁵²⁸ Kurt Biedenkopf, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 14.1.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 1646.

⁵²⁹ Helmut Kohl, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 26.4.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 1840.

desrepublikanischer Wirtschafts- und Sozialpolitik war nicht glaubhaft zu begründen. Während die Thatcheristen »Markt« und »Kapitalismus« als radikale Alternative zur gescheiterten keynesianischen »Konsenspolitik«, die für den nationalen Niedergang verantwortlich gemacht wurde, predigten, konnten die christdemokratischen Strategen lediglich formulieren: »CDU wählen und ›Aufschwung langfristig sichern‹.«⁵³⁰ Für die Unionsparteien könne es im Wahlkampf nur darum gehen, so analysierte Biedenkopf, dem Wähler klarzumachen, er könne mit einer Stimme für die CDU »davon ausgehen, daß das, was sich jetzt mühsam und in Ansätzen entfaltet, fortgeführt und stabilisiert werden kann im Sinne einer langfristigen Festigung mit Wiedergewinnung wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum.«⁵³¹

Während die Krisenwahrnehmung in Großbritannien weitgehende Verschiebungen im Marktdiskurs begünstigte, standen die Zeichen in der Bundesrepublik auf Kontinuität. Dies machte radikale Reformvorschläge, die etwa auf Einschnitte im sozialen Bereich hinausliefen, unsagbar. Entsprechend folgte Biedenkopf für den Wahlkampf 1976: »[W]ir lassen uns ein [...], daß die Leistungsfähigkeit des Systems der sozialen Sicherung erhalten werden muß, daß dazu möglicherweise Strukturveränderungen und Bereinigungen in solchen Bereichen notwendig sind, wo es gar nicht mehr um die Gewährung sozialer Sicherheit geht. Aber das kann auch das höchste der Gefühle sein, mehr nicht.«⁵³² Etwas »darüber Hinausgehendes« sei in der Wahlkampfauseinandersetzung »nicht erklärbar«, würde den Vorwurf der »sozialen Demontage« provozieren und dieser sei in einer Wahlkampagne »nicht wegzuerklären.«⁵³³

Im Unterschied zu den britischen Konservativen war die sprachliche Offensive der Unionsparteien entlang der Parole »Freiheit statt Sozialismus« nicht verbunden mit einer radikalen Marktsprache. Die bereits herausgearbeitete begriffliche Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie umfasste gar eine dezidiert kapitalismuskritische Semantik. Erlebte gerade der Kapitalismus-Begriff im Zuge des thatcheristischen Angriffs auf die britische Nachkriegsordnung eine Renaissance, so blieb er im bundesrepublikanischen Marktdiskurs durchweg linker Kritik vorbehalten und auch im christdemokratischen Marktdiskurs negativ konnotiert. »Soziale Marktwirtschaft« bezeichnete den christdemokratischen Gegenbegriff nicht nur zu »Sozialismus« sondern eben auch zu »Kapitalismus«. In dieser Semantik wurde »der Kapitalismus« mit der Sozialen Marktwirtschaft überwunden und eine Ordnung an

⁵³⁰ Biedenkopf, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 14.1.1976, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 1647.

⁵³¹ Ebd., S. 1646.

⁵³² Ebd., S. 1648.

⁵³³ Ebd.

seine Stellung gesetzt, die im Verständnis der CDU etwas qualitativ Anderes bezeichnete. »Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die Union Kapitalismus und Sozialismus überwunden«, hieß es im Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976.⁵³⁴ »Mit der Sozialen Marktwirtschaft haben wir als Union eine ordnungspolitische Entscheidung getroffen«, so Kohl in seiner Rede anlässlich des 30. Jahrestages des Ahlener Programms am 26. Februar 1977, »welche die wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Bindung und Verpflichtung verbindet. Die Entscheidung für diese Wirtschaftsordnung war nicht die Entscheidung für einen überlebten, in der Zukunft nicht brauchbaren Kapitalismus, sondern für eine neue Wirtschaftsordnung, die ein Höchstmaß an Freiheit und sozialer Sicherheit gewährleistet.«⁵³⁵ Die »Welt von morgen« könne »weder von einem Kapitalismus noch vom Sozialismus [...] ihr Heil erwarten.«⁵³⁶ Und auch Franz Josef Strauß war bestrebt klarzustellen: »Die Soziale Marktwirtschaft ist keine kapitalistische Wirtschaft. Das haben die Gegner erfunden, um sie zu denunzieren. Die Soziale Marktwirtschaft haben wir immer als den dritten Weg verstanden zwischen einem menschenverachtenden Kapitalismus und einem bürokratischen menschenverneinenden Sozialismus.«⁵³⁷ Ungeachtet der nach 1945 von der deutschen Christdemokratie getroffenen Entscheidung für eine marktwirtschaftliche Ordnung kommen in diesem pejorativen Kapitalismusbegriff spezifisch christdemokratische semantische Pfadabhängigkeiten zum Ausdruck, die – wie auf der folgenden Analyseebene herausgearbeitet wird – im christdemokratischen Marktdiskurs der 1970er-Jahre fortwirkten.

Angesichts der diskursiven Grenzen der Ausformulierung eines kohärenten und inhaltlich konsistenten christdemokratischen Krisennarrativs war auch die Durchschlagskraft eines konfrontativen, konfliktorientierten Ansatzes in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und in der politischen Problembearbeitung begrenzt. Der von Helmut Kohl verfolgte konsensorientierte Problembearbeitungsansatz unterschied sich merklich vom radikalen Populismus

⁵³⁴ Aus Liebe zu Deutschland: Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen. Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, Bonn 1976, S. 5. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programm_Bundestag/1976_Freiheit-Sicherheit-Zukunft.pdf [22. 11. 2018].

⁵³⁵ Helmut Kohl, Das Erbe von Ahlen. Rede zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms, 26. 2. 1977, abgedr. in: Helmut Kohl, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 175–188, hier S. 185.

⁵³⁶ Ebd., S. 189.

⁵³⁷ Franz Josef Strauß, Rede auf dem 24. Bundesparteitag der CDU in Hannover, 24.–26. 5. 1976, S. 87 des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1976-05-24-26_Protokoll_24.Bundesparteitag_Hannover.pdf [11. 3. 2018].

Thatchers wie von Strauß' konfrontativ-polarisierender Rhetorik. Während die »Eiserne Lady« den Konflikt geradezu zum politischen Prinzip erhob, bestand das Ziel Kohls stets in »der Herbeiführung eines Konsenses«. ⁵³⁸ »Wer allerdings im Kompromiß nur den beklagenswerten Verzicht auf die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen sieht«, so der Parteivorsitzende der CDU in einer seiner Reden des Jahres 1976, »beweist einen erheblichen Mangel an demokratischem Verständnis. Eine freiheitliche demokratische Ordnung geht von der vernünftigen Kompromißbereitschaft, von der Fähigkeit der Parteien aus, vor allem in grundlegenden Fragen die Verständigung anzustreben sowie unterschiedliche Konzeptionen und Interessen zum Ausgleich zu bringen.« ⁵³⁹ Im Gegensatz zur britischen »Überzeugungspolitikerin« (*»conviction politician«*) ⁵⁴⁰ vermied es der Parteivorsitzende Kohl, klare, eigene Positionierungen zu einzelnen Sachthemen aufzuzeigen. Er »ließ andere reden, formulieren, laut nachdenken, bis schließlich eine einheitliche Grundlage gefunden war, die die Mehrheit des Vorstands mittrug.« ⁵⁴¹ Dies entsprach seinem grundsätzlichen Selbstverständnis als Vorsitzender der »Partei der Mitte«, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die Parteiflügel zusammenzuhalten. ⁵⁴² Die Bezeichnung »Partei der Mitte« gebrauchte der Parteivorsitzende konsequent; wenn es galt, sich von Extrempositionen – egal welchen Parteiflügels – abzugrenzen ⁵⁴³ oder auch, um den politischen Standort der CDU im deutschen Parteiensystem abzustechen: »Wir, die Christlichen Demokraten«, hält Kohl sein christdemokratisches Selbstverständnis in seinen Erinnerungen fest, »waren nicht das Gegenteil der SPD. Wir waren nicht konservativ, wo die SPD für fortschrittlich gehalten wurde, wir waren nicht unternehmerfreundlich, wo die SPD für arbeitnehmerfreundlich ausgegeben wurde. Wir waren nicht rechts, wo die SPD links war. Wir waren immer eine Partei der Partnerschaft, eine Partei der Mitte [...]«. ⁵⁴⁴

Mit der Parteitradition der deutschen Christdemokratie sowie mit dem politischen System der Bundesrepublik und ihrer politischen Kultur nach 1945 war Kohls konsensorientierter Ansatz der politischen Problembearbeitung kompatibler als ein Konfrontationskurs à la Thatcher oder Strauß. Mit der thatcheristi-

⁵³⁸ So der Fraktionsvorsitzende Carl Carstens über den Führungsstil des Parteivorsitzenden. Zit. nach: *Günther Buchstab*, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. IX.

⁵³⁹ Helmut Kohl, Rede vor der Katholischen Akademie Hamburg, 13.6.1976, abgedr. in: Helmut Kohl, *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993*, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 164–174, hier S. 169.

⁵⁴⁰ *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 222.

⁵⁴¹ *Buchstab*, Einleitung, S. IX.

⁵⁴² Vgl. ebd.

⁵⁴³ Vgl. auch *Hans-Peter Schwarz*, *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, 2. Aufl., München 2012, S. 172.

⁵⁴⁴ *Helmut Kohl*, *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004, S. 326.

schen Krisenerzählung über das Scheitern der britischen Nachkriegsordnung wurde eine radikale Sprache des Marktes in einem Land wirkmächtig, das durch Ideologien und politische Gewalt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitaus weniger traumatisiert war als andere Länder Westeuropas, vor allem als die Bundesrepublik.⁵⁴⁵ Die Erfahrung ideologischer und sozialer Polarisierung sowie gewaltsamer politischer Auseinandersetzung hatte konfrontationshemmend auf die politische Nachkriegskultur der Bundesrepublik gewirkt. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Schlüsselentscheidungen der ersten 25 Jahre ihres Bestehens hatten nach einem verheerenden Zusammenbruch rasch zu innerer Stabilität und innerem Frieden geführt. Mit einer grundsätzlichen Abkehr von den bundesrepublikanischen Nachkriegsgewissheiten, die im Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ebenso transportiert wurden wie im »Modell Deutschland«, hätte man die von einem überparteilichen Konsens getragenen Nachkriegsweichenstellungen und die damit verbundene Erfolgsgeschichte für falsch erklärt.⁵⁴⁶ Der spezifisch deutsche Erfahrungsraum setzte einem christdemokratischen Krisennarrativ mithin ebenso Grenzen wie einer radikalen Krisenlösungsstrategie und einem kompromislosen Konfrontationskurs gegenüber dem politischen Gegner. Der »ganze Traum [...] von einer Spaltung der SPD«, wie er auf Wahlveranstaltungen der CDU oft vorgetragen würde, könne nicht im Interesse der CDU liegen, machte Kohl in einer Sitzung des CDU-Parteivorstands im April 1974 deutlich. »Wenn sich die SPD spaltet, geht hier ein staatspolitischer Vorgang vorstatten, der mit Sicherheit zum Schaden der Bundesrepublik gereicht und nach dem Prinzip kommunizierender Röhren Auswirkungen auf ähnliche Überlegungen innerhalb der CDU haben muß. Wir sollten unser Interesse haben, daß die SPD wieder einigermaßen auf die Beine kommt, nicht zu früh vor den nächsten Wahlen, aber immerhin in einer denkbaren Größenordnung, von uns aus auch in der Opposition. Das setzt voraus, daß wir in der Wahl der Mittel der Bekämpfung der SPD uns ganz klar sind, daß das nicht mit einer schieren und nur emotionalisierten Form der Polarisierung vorstatten geht.«⁵⁴⁷

Gerhard Stoltenberg pflichtete seinem Vorsitzenden bei: »Es ist eine außerordentlich kunstvolle und schwierige Aufgabe [...], die gewünschte, klare Konfrontation der Opposition durchzuführen. Gerade bei wachsender innenpolitischer Spannung und dem Mißmut über die Regierung wird das von uns erwartet. Es ist aber so zu machen, daß wir die langfristigen, staatspolitischen Notwendigkeiten

⁵⁴⁵ Vgl. auch *Dominik Geppert*, Der Thatcher-Konsens. Der Einsturz der britischen Nachkriegsordnung in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Journal of Modern European History* 9, 2011, S. 170–194, hier S. 192.

⁵⁴⁶ Vgl. *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 553.

⁵⁴⁷ Helmut Kohl, Politische Lage, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 24.4.1974, in: Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«, S. 606.

berücksichtigen.«⁵⁴⁸ Allen hier ebenfalls aufscheinenden wahltaktischen Kalküls ungeachtet machen derlei Einlassungen über staatspolitische Verantwortung deutlich, dass die Erinnerungen an das politische Chaos der Weimarer Republik, an die Aufsplitterung des Parteiensystems und den Aufstieg systemfeindlicher Parteien in der politischen Auseinandersetzung der 1970er-Jahre überaus präsent waren. Hinzu kommen die institutionellen Gegebenheiten des politischen Systems der Bundesrepublik, die jene von den Thatcheristen radikal bekämpfte Konsens- und Kompromissorientierung zur Grundbedingung politischen Erfolgs diesseits des Kanals machten.⁵⁴⁹

Ein christdemokratisches Krisennarrativ sollte erst Anfang der 1980er-Jahre deutlichere Konturen gewinnen. Im Zeichen der zweiten Ölkrise 1979/80, sich intensivierender Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie und der Krise der sozial-liberalen Regierungskoalition gelang es der Union schließlich 1982/83, die Mehrheit der Wähler von der Notwendigkeit einer »Wende« zu überzeugen.⁵⁵⁰ Wie auf der dritten analytischen Ebene des Verhältnisses zwischen neoliberaler Außenwelt und der Innenwelt der deutschen Christdemokratie und der Bedeutung desselben für die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses deutlich wird, kam es allerdings auch im Zuge der von der CDU ausgerufenen »geistig-moralischen Wende« nicht zu einer marktradikalen Entgrenzung im christdemokratischen Marktdiskurs, obwohl sich darin Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre durchaus Verschiebungen in Richtung »mehr Markt« abzeichneten. Zunächst sollen die Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien Großbritanniens und der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren jedoch auf der Ebene der parteispezifischen Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten betrachtet werden.

⁵⁴⁸ Gerhard Stoltenberg, ebd., S. 625.

⁵⁴⁹ Im Unterschied zum Mehrheitswahlrecht des britischen Westminster-Systems erschwert das deutsche Verhältniswahlrecht das Zustandekommen absoluter Mehrheiten und macht Koalitionsregierungen wahrscheinlich. Hinzu kommt der deutsche Föderalismus, in welchem dem Bundestag die Rolle eines Vetospielers zukommt, der bei der Gesetzgebung des Bundes mitentscheidet. Auch hatte die Vorsitzende der britischen Konservativen im Unterschied zum Parteivorsitzenden der CDU nicht auf die Ziele und Interessen der bayrischen Schwesterpartei Rücksicht zu nehmen. Vgl. auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 430.

⁵⁵⁰ Vgl. dazu Viertes Kapitel, 2.6 der vorliegenden Arbeit.

Drittes Kapitel

Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten

Die zweite Ebene der Analyse untersucht die Bedeutung von Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten für die Aushandlungsprozesse der Mitte-Rechts-Parteien der Bundesrepublik und Großbritanniens über die Ordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat in den 1970er-Jahren. Damit werden die markanten Unterschiede zwischen der britischen Spielart des parteipolitischen Konservatismus und der deutschen Christdemokratie in den Blick genommen. Standen bislang die jeweils spezifischen Diskurskontexte der Vergleichsländer in den 1970er-Jahren sowie die diskursiven Strategien der Krisenerzählung der konservativen und christdemokratischen Akteure im Zentrum des Interesses, so geht es nun um die »inneren« Triebkräfte der unterschiedlichen Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien. Der Hauptschauplatz der konservativen und christdemokratischen Aushandlungsprozesse über das Verhältnis zwischen Markt und Staat wird also verlegt: Ging es zunächst vor allem um die Auseinandersetzung mit den Mitte-Links-Parteien und deren Krisendeutungen, so rücken nun die innerparteilichen Debattenstrukturen und Kräfteverhältnisse in den Neuausrichtungsprozessen der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie der 1970er-Jahre in den Mittelpunkt der Analyse. Über die inhaltliche Ausgestaltung der konservativen beziehungsweise christdemokratischen Neuausrichtung befanden sich in den Volksparteien der rechten Mitte die Parteiflügel miteinander im Widerstreit. Der Ausgang dieser innerparteilichen Aushandlungsprozesse, in denen jeweils unterschiedliche Selbstverständnisse von Konservatismus und Christdemokratie der verschiedenen Parteiströmung aufeinanderprallten, war für die unterschiedlichen Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien entscheidend.

Somit geht es auf dieser zweiten Ebene der Analyse um unterschiedlich gelagerte innerparteiliche Kräfteverhältnisse, um differierende Ausgangspunkte und Stoßrichtungen der Erneuerungsprozesse der Mitte-Rechts-Parteien sowie um den Stellenwert, der einem gewandelten Marktbeffriff in diesen zukam. In den Neuausrichtungsprozessen der beiden Parteien in den 1970er-Jahren kamen spezifisch konservative und spezifisch christdemokratische Begriffstraditionen zum Tragen, welche unterschiedliche Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien begründeten.

1. Die Auflösung des *post-war consensus* – Eine neue konservative Marktsprache

Die sich ab Mitte der 1970er-Jahren vollziehenden Grenzverschiebungen im konservativen Marktdiskurs speisten sich, so die These dieses Kapitels, in zweifacher Hinsicht aus der eigenen Partei: Erstens bildete die thatcheristische Marktsprache eine Gegenbewegung zum gemäßigten Marktdiskurs der konservativen Nachkriegspolitik. Der konservative Marktdiskurs radikalisierte sich in der Auseinandersetzung mit der Parteitradition des *One-Nation-Conservatism*, die den Marktdiskurs der Tories zu Beginn der 1970er-Jahre weiterhin geprägt und die Politik der von Edward Heath geführten konservativen Regierung von 1970 bis 1974 bestimmt hatte. Insofern war die Radikalisierung der konservativen Marktsprache *gegen* die eigene Partei gerichtet.

Der Neuausrichtungsprozess der Tories war bestimmt von der Suche nach einer neuen konservativen Sprache, die sich vor allem entlang einer neuen, radikalen Marktbegrifflichkeit entwickelte. Diese erlangte ab Mitte der 1970er-Jahre die Diskurshegemonie in der Konservativen Partei. Dafür war entscheidend, dass die thatcheristische Marktsprache an die Ideologie des freien Marktes anknüpfen konnte, die während des britischen Nachkriegskonsenses von den Überlegungen der Konsenspolitik überlagert worden war, aber immer ein entscheidendes Element in der konservativen Parteitradition dargestellt hatte.¹ In einer zweiten Hinsicht lagen die Triebkräfte der neuen Marktsemantik also *in* der konservativen Parteitradition selber. Die Verschiebungen im konservativen Marktdiskurs beinhalteten die Fortsetzung einer marktliberalen Begriffstradition, die von Thatcher und ihren Mitkämpfern radikalisiert wurde.

1.1 Der thatcheristische Marktradikalismus als Gegenbewegung zur konservativen Parteitradition des *One-Nation-Conservatism*

Premierminister Edward Heath und seine in der Parteitradition des *One-Nation-Conservatism* stehenden Mitstreiter in der von 1970 bis 1974 amtierenden konservativen Regierung repräsentierten jenen konsensorientierten Ansatz der politischen Problembearbeitung, der die Nachkriegspolitik der Konservativen Partei bestimmt hatte. Nach dem Verlust der Regierungsverantwortung infolge des Scheiterns der Regierungspolitik in der Auseinandersetzung mit den Gewerk-

¹ Zur Erklärung der Triebkräfte der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Tories, die in der Tradition der Konservativen Partei angelegt waren, kann die Arbeit vor allem an die Überlegungen des Oxforder Historikers Ewen Green anknüpfen. Vgl. *Green*, *Ideologies of Conservatism*; *Ders.*, *Thatcher*.

schaften 1973/74 und der darauffolgenden Wahlniederlage im Oktober 1974 entstand ein Machtvakuum in der Partei, das die thatcheristischen Akteure dazu nutzen, mit der nach 1945 von der eigenen Partei verfolgten Konsenspolitik abzurechnen. Die Grenzen des Sagbaren konnten nun neu gezogen werden – mit der Folge weitreichender Verschiebungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen.

1.1.1 In der Parteitradition des *One-Nation-Conservatism*: Die konservative Regierung Edward Heaths

Die seit 1966 von Edward Heath geführte Tory-Partei ging in den Wahlkampf zur Unterhauswahl des Jahres 1970 mit einer Agenda, in deren Zentrum eine konservative Modernisierungspolitik stand. Diese warf der Vorgängerregierung des Labour-Premiers Harold Wilson Fehler vor, die sie auszumerzen versprach, und proklamierte zudem einen neuen Politikstil.² Neben der Transformation der britischen Wirtschaft bildete der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den Kern der Heath'schen Reformpolitik.³ Beide Ziele waren dabei miteinander verbunden, erhofften sich Heath und seine Anhänger durch einen baldigen Eintritt in die Europäische Gemeinschaft doch einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Steigerung des Lebensstandards.⁴ Im konservativen Wahlmanifest »A Better Tomorrow« von 1970 fanden sich durchaus wirtschaftsliberale Töne. »There has been too much government: there will be less«, wurde dort formuliert.⁵ Bürokratieabbau, der Stopp der rapide ansteigenden Inflation, die Entfaltung des freien Unternehmergeists sowie eine Reform der Gewerkschaftsbeziehungen wurden auf die politische Agenda einer konservativen Regierung gesetzt.⁶ Kurz nach seiner Wahl zum Parteichef hatte Heath

² Vgl. Edward Heath, Statement auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Wahlmanifests, 26. 5. 1970, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/30/5/18.

³ Vgl. *Dominik Geppert*, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002, S. 154; *John Campbell*, *Edward Heath: A Biography*, London 1993, S. 108–138, S. 396–404; *John W. Young*, *The Heath government British entry into the European Community*, in: Stuart Ball/Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 259–284.

⁴ Vgl. hierzu *Nigel Ashford*, *The European Economic Community*, in: Zig Layton-Henry (Hrsg.), *Conservative Party Politics*, London 1980, S. 95–125; *Marie-Therese Fay/Elizabeth Meehan*, *British Decline and European Integration*, in: Richard English/Michael Kenny (Hrsg.), *Rethinking British Decline*, Basingstoke/London 2000, S. 210–230. Dieser Zusammenhang wurde auch im Wahlmanifest von 1970 deutlich gemacht. Vgl. *A Better Tomorrow*, S. 196.

⁵ *A Better Tomorrow. The Conservative Party Programme for the next five years (1970)*, abgedr. in: *Iain Dale* (Hrsg.), *Conservative Party General election manifestos, 1900–1997*, London 2000, S. 175–198, Zitat S. 183.

⁶ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 156.

erklärt: »The Conservative party is the party of free enterprise. Our approach is to say, how can we enable the free enterprise system to work better?«⁷

Die Wahlkampfrhetorik war geprägt durch eine wirtschaftspolitische Begrifflichkeit, nach welcher der Staat die Rahmenbedingungen für einen florierenden Markt schaffen sollte. Dabei sollte die Regierung ihre Aktivitäten zügeln und das Individuum zur Eigeninitiative ermutigt werden: »You will see our strategy is clear. It is to reorganise the functions of government, to leave more to individual and corporate effort [...], to provide greater incentives for men and women and to firms and business. Our strategy is to encourage them more to take their own decisions, and to stand on their own feet, to accept responsibilities for themselves and their families.«⁸ Das Wahlmanifest von 1970 markierte den Mangel an Investitionen in die britische Industrie und die ansteigende Inflation als die gravierendsten ökonomischen Probleme der Zeit, deren Bekämpfung höchste Priorität einzuräumen sei: »[C]urbing inflation [is] the first priority in everything we do«⁹, hieß es dort. Im Marktdiskurs der Konservativen Partei zu Beginn der 1970er-Jahre zeigt sich hier eine frühe Abkehr von den Annahmen des britischen Nachkriegskonsenses, der Vollbeschäftigung als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik betrachtet hatte. »High unemployment is no longer the exception but the rule«¹⁰, wurde nun an gleicher Stelle eingestanden. Mit dieser Prioritätenverschiebung ging eine stärker angebotstheoretische Orientierung einher. Dies implizierte eine partielle Abkehr vom keynesianischen Paradigma, insbesondere durch die Verneinung der »Stop- and-Go«-Politik der keynesianischen Globalsteuerung, wie sie bislang von Labour und Konservativen praktiziert worden war.¹¹

Die im Wahlmanifest von 1970 zum Ausdruck kommende wirtschaftsliberale Ausrichtung der Konservativen Partei ist bis heute mit dem Schlagwort *Seldson Park* verbunden.¹² In dem gleichnamigen, im Süden Londons gelegenen Hotel

⁷ Heath in seiner Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei am 15. Oktober 1966 in Blackpool, zit. nach: *Robert Taylor*, The Heath government, industrial policy and the »new capitalism«, in: Stuart Ball/Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 139–159, hier S. 139.

⁸ Heath in seiner Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei 1970, zit. nach: *Campbell*, Edward Heath, S. 310.

⁹ A Better Tomorrow, S. 180.

¹⁰ Ebd., S. 179.

¹¹ Keynesianische Globalsteuerung zielte auf die Glättung des Konjunkturverlaufs. Dadurch wurde aber das Gegenteil riskiert: Stieg die Inflation, musste durch den Einsatz restriktiver Maßnahmen versucht werden, sie abzuschwächen (»stop«). Aufgrund von Time Lags wurden die Maßnahmen jedoch erst wirksam, als die konjunkturelle Abschwungbewegung bereits eingesetzt hatte. Zunehmende Arbeitslosigkeit erforderte einen expansiven Mitteleinsatz (»go«). Zum »Stop-and-Go«-Zyklus in Großbritannien vgl. *Brüggemeier*, Geschichte Großbritanniens, S. 258.

¹² Vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 155.

fand im Januar 1970 ein Treffen des Schattenkabinetts zur Vorbereitung des Wahlprogramms statt, welches vom politischen Gegner wie von der Öffentlichkeit als Schwenk nach rechts wahrgenommen wurde. Heath hatte eine harte Linie in der Innenpolitik angekündigt (»*law and order*«). Dies griff die Labour Party auf und tadelte ihn von nun an als wirtschaftsliberalen und gesellschaftspolitisch autoritären »Selsdon Man«. ¹³ Für das zeitgenössische Publikum entstand das Bild eines konservativen Programms, das in Fragen der öffentlichen Ordnung und der Wirtschaft einen radikalen Bruch mit der bisherigen Politik darstellte. Dieser Eindruck wurde verstärkt, indem der rechte Flügel der Konservativen im Wahlkampf seine Politik artikuliert: Kürzung der Staatsausgaben, Steuersenkungen, ein neuer Kurs in der Industriepolitik (keine weiteren Subventionen für sogenannte »*lame ducks*«), keine Einkommenspolitik, mehr gesetzliche Einschränkungen des Einflusses der Gewerkschaften. ¹⁴ Hinzu kam die Rhetorik des Wahlprogramms, das kühn erklärte: »[O]nce a decision is taken, once a policy is established, the Prime Minister and his colleagues should have the courage to stick to it.« ¹⁵

Nicholas Ridley, ein späterer Mitstreiter Thatchers, seinerzeit mit der Leitung der in der parteieigenen Forschungsabteilung angesiedelten Arbeitsgruppe über nationalisierte Industrien betraut, erinnert sich in seinen Memoiren, damals, im Jahr 1970, sei alles auf ein Privatisierungsprogramm und die »Demontierung des sozialistischen Staates« hinausgelaufen. ¹⁶ Doch zunächst kam es anders. Die Grundlagen der im Wahlkampf angekündigten Reformpolitik lösten sich bereits nach wenigen Monaten auf und von 1971 bis 1973 verfolgte die Heath-Regierung einen Kurs, den Ridley und andere Thatcheristen – wie zu zeigen sein wird – später als »Verrat von Selsdon« darstellen sollten: Dies betraf drei entscheidende Politikfelder: die Industriepolitik, die Einkommens- und Konjunkturpolitik sowie die Gewerkschaftspolitik.

Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, die im Januar 1972 erstmals in der Nachkriegszeit die Einmillionenmarke überstieg, wurden das prestigeträchtige Unternehmen Rolls Royce und die Werften der Upper Clyde Shipbuilders Limited durch Verstaatlichung gerettet. ¹⁷ Heaths erster Industrieminister, John Da-

¹³ Es war der Gegenspieler Heaths, Harold Wilson, der die Bezeichnung »Selsdon Man« auf einer Wahlkampfveranstaltung der Labour Party im Februar 1970 prägte: »Selsdon Man is not just a lurch to the right, it is an atavistic desire to reverse the course of 25 years of social revolution. What they are planning is a wanton, calculated and deliberate return to greater inequality.« Zit. nach: *Campbell*, Edward Heath, S. 265.

¹⁴ Vgl. *Anthony Seldon*, The Heath government in history, in: Stuart Ball/Ders. (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 1–19, hier S. 6f.

¹⁵ *A Better Tomorrow*, S. 178.

¹⁶ Vgl. *Nicholas Ridley*, *My Style of Government*, London 1992, S. 4.

¹⁷ Die Verstaatlichung von Rolls Royce erfolgte im Februar 1971, die von Upper Clyde Shipbuilders (UCS) im Februar 1972. Gegen die im Wahlmanifest von 1970 proklamierte Linie

vies, hatte im November 1970 im Unterhaus noch von einem »soft, sodden morass of subsidised incompetence« gesprochen und klargestellt: »We believe, that the essential need of the country is to gear its policies to the great majority of the people, who are not lame ducks, who do not need a helping hand.«¹⁸ Bald sprach der Nachfolger des glücklosen Davies im Amt des Handels- und Industrieministers, Peter Walker, enthusiastisch von einem »new capitalism«, in dem ein aktiver und dynamischer Staat der Katalysator für industriellen Wandel sein sollte.¹⁹ Walker hatte ein korporatistisches System im Blick, wie es seiner Meinung nach im gaulistischen Frankreich und im sozialdemokratischen Deutschland erfolgreich praktiziert wurde. Eckpfeiler dieses stärker interventionistisch orientierten Ansatzes war der *Industry Act* vom Mai 1972, welcher vorsah, strukturschwache Regionen planmäßig und großflächig mit öffentlichen Geldern zu fördern, um Arbeitsplätze zu schaffen. Das Gesetz wurde von Tony Benn, dem Hauptprotagonisten des linken Labour-Flügels, begeistert begrüßt, als »Pionierarbeit des Sozialismus«. Die Instrumente staatlichen Eingreifens seien, so Benn, »virtually unlimited in their impact«, sie würden dem Industrieminister weit mehr Einfluss einräumen, »than any Labour Government hitherto had dreamed of talking.«²⁰

Die intellektuelle Rechtfertigung eines in der Industriepolitik aktiven Staates lieferte Chris Chataway, Leiter des neu installierten *Industrial Development Executive*, in einem Vortrag beim *Conservative Political Centre* im Oktober 1972. Es liege im nationalen Interesse, dass der Staat temporär Industrien unterstütze, die sich an drastisch verändernde Gegebenheiten anpassen müssten und durch gravierende Marktverschiebungen, etwa durch einen akuten Anstieg der Importe oder stark subventionierte Wettbewerber aus Übersee, getroffen würden. Darüber

wurden somit zwei »lame ducks« mit öffentlichen Geldern gerettet. Rolls Royce stellte neben Autos als technologischer Marktführer auch Flugzeugtriebwerke her und spielte damit eine wichtige Rolle im nationalen und internationalen Verteidigungsprogramm. Der Schiffsbau war vom Strukturwandel besonders hart betroffen. Als UCS im Juni 1971 Konkurs anmeldete, standen 8000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Vgl. *Brüggemeier*, Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert, S. 263; *Lewis Johnman/Hugh Murphy*, British shipbuilding and the state since 1918. A political economy of decline, Exeter 2002, S. 191–215; *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 157.

¹⁸ John Davies in seiner Rede im Unterhaus, 4. 11. 1970, in: Hansard, 5th Series, volume 805, column 1211, URL: http://hansard.millbanksystems.com/commons/1970/nov/04/public-expenditure-and-taxation#column_1211 [10. 5. 2018].

¹⁹ Heaths Richtungswechsel in der Industriepolitik lässt sich auch an seinen Personalentscheidungen der Jahre 1972/73 ablesen. Walker ersetzte Davies seit 1973. Die Juniorminister im *Department of Trade and Industry* (DTI), Nicholas Ridley und John Eden – die beide dem rechten, wirtschaftsliberalen Flügel angehörten –, wurden durch Chris Chataway und Tom Boardman, beide überzeugte *Heathites*, ersetzt. Vgl. *Taylor*, The Heath government, industrial policy and the »new capitalism«, S. 154.

²⁰ Zitate nach: *Campbell*, Heath, S. 453.

hinaus sei das Eingreifen des Staates mit sozialen Überlegungen zu rechtfertigen.²¹ Ähnlich argumentierte Davies: »[I]n a new and rapidly changing world industrial and commercial environment, the government cannot stand aside when situations arise which industry [...] cannot meet alone. We have decided to take powers to help industry to modernise, adapt and rationalise to meet these new and changing circumstances.«²² Der vom *Conservative Research Department* erstellte *Campaign Guide* zu den von der Regierung angesetzten Neuwahlen im Februar 1974 rechtfertigte den in der Industriepolitik verfolgten interventionistischen Ansatz dementsprechend: »All modern governments are involved in economic management and accordingly they cannot fail to take an interest in the workings of industry.«²³

In der hier zum Ausdruck kommenden Auffassung über das Verhältnis von Markt und Staat wird deutlich, dass im Marktdiskurs der Konservativen Partei zu Beginn des Jahrzehnts die Tradition des gemäßigt-pragmatischen *One-Nation*-Konzepts vorherrschend blieb. Diese war im Wahlkampf kurzzeitig von wirtschaftsliberalen Tönen überdeckt worden. Für die Politik der konservativen Parteiführung um Premierminister Heath war sie jedoch weiterhin handlungsleitend. Die als »*new capitalism*« bezeichnete Politik, mit der die Heath-Regierung auf die durch den Strukturwandel hervorgerufenen Verwerfungen in der industriellen Welt reagierte, hatte nicht zu übersehende Anklänge an das bundesrepublikanische Modell der Sozialen Marktwirtschaft; sie hatte, so Robert Taylor, »almost revolutionary implications for the creation of a social market continental-style political economy in Britain.«²⁴ Diese war zu Beginn der 1970er-Jahre durchaus anschlussfähig an den Marktbegriff des pragmatisch-paternalistischen Tory-Flügels, der seit 1945 den Marktdiskurs der Partei dominierte. Auf dem Parteitag der Konservativen 1973 erklärte Walker, der Schöpfer des Begriffs, »*new capitalism*« wolle ökonomisches Wachstum zur Schaffung einer gesitteten Gesellschaft (»*civilised society*«) nutzen.²⁵

Hier zeigt sich ein funktionales Verständnis von Marktwirtschaft, nach welchem die Effizienz des Marktes einem übergeordneten Zweck, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, dienen sollte. Ein ganz ähnliches Verständnis lag dem Müller-Armack'schen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde. »What will bring to Britain the social unity that we need if democracy is to succeed? What

²¹ *Chris Chataway*, *New Deal for Industry: government and industry on the threshold of Europe*, Conservative Political Centre, pamphlet 515, Oktober 1972, London 1972.

²² Zit. nach: *Taylor*, *The Heath government, industrial policy and the >new capitalism<*, S. 152.

²³ Conservative Party, *Campaign Guide 1974*, S. 107, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, PUB 224/22.

²⁴ *Taylor*, *The Heath government, industrial policy and the >new capitalism<*, S. 158.

²⁵ Peter Walker, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei 1973, in: Conservative Party, *Annual Conference Report 1973*, S. 29.



Abb. 1: Der konservative Premierminister Edward Heath nach seiner Rede auf der 11. National Young Conservative's Conference in Eastbourne, 8. Februar 1971 (Popperfoto/Getty Images)

will achieve ›the one-nation‹ that has been the dream of progressive Conservatives for more than a century?«, fragte Walker im Zeichen des Aufstiegs der Thatcheristen einige Jahre später. »It will only be achieved by balancing efficiency with compassion, by balancing private initiative with social welfare. The other philosophies – socialism and free market – are inherently divisive. They cannot secure social unity. Socialism puts class against class because of the old believe in class war. When in reality we all have a common interest in growth. The free market condemns the weak and therefore becomes a powerful source for social disorder.«²⁶ Seine Vision sei inspiriert von Harold Macmillans »The Middle Way«, der Vision einer Gesellschaft, »in which compassion and efficiency are successfully married in a caring, prosperous and equal partnership.«²⁷ Mit abstrakten Slogans wie »Verstaatlichung der Produktionsmittel« oder »schrankenlose Freiheit des Marktes« könne seine Vision nicht zusammengefasst werden. Als Konservativer

²⁶ Peter Walker, »My View of Society«, Rede vor der Cambridge Union, 16.2.1978, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/30/5/2.

²⁷ Ebd.

gelte es vielmehr misstrauisch gegenüber simplen ideologischen Dogmen zu sein: »There are no simple rules for defining the limits of government intervention.«²⁸

Ein weiterer Tory-Politiker, den Macmillans »The Middle Way« geprägt hatte, war der Regierungschef selbst. Macmillan hatte argumentiert, der Kapitalismus müsse durch Planung rationalisiert und gebändigt werden, um ihn fairer, effizienter und stabiler zu machen. Und diese Planung könnte der Staat am besten verrichten. Edward Heath hatte seine politische Sozialisation in einer Zeit erfahren, in der es unmöglich war, die Probleme des entwickelten Kapitalismus zu übersehen. Wie die meisten Spitzenpolitiker der 1960er- und 1970er-Jahre – etwa sein Stellvertreter William Whitelaw (geboren 1918) oder die Labour-Politiker Harold Wilson (geboren 1916) und Denis Healey (geboren 1917) – war Heath während des ersten Weltkriegs geboren (1916) und hatte als junger Mann die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und das Masseneleid der 1930er-Jahre miterlebt.²⁹ Vor diesem Hintergrund mussten Macmillans Argumente Sinn ergeben. Für jene Generation führender Politiker Großbritanniens stellte die Depression der 1930er-Jahre ein traumatisierendes Erlebnis dar.³⁰ Das Streben nach Vollbeschäftigung als wichtigstem Ziel der britischen Wirtschaftspolitik nach 1945 ist maßgeblich mit diesem generationellen Zusammenhang zu erklären. Dass die öffentliche Meinung nach der Großen Depression und dem Krieg gegen den Faschismus nach links geschwenkt war und die Labour Party die ersten Nachkriegswahlen mit großem Vorsprung gewonnen hatte, konnte nicht ohne Einfluss auf Heath bleiben. »It was only if the [Conservative] Party decided to acclimatise itself to the new Britain of the late 1940s that I could foresee a political career for myself«, schrieb er in seiner Autobiografie.³¹

Mit etwa 20 Jahren hatte Heath Keynes' »General Theory« gelesen. Dies hatte ihm ebenfalls zu der Überzeugung verholfen, die Lösung liege in einem reformierten Kapitalismus, in einem Mittelweg zwischen *Laissez-faire*-Kapitalismus und Sozialismus.³² Dem interventionistischen Ansatz des *Industry Acts* von 1972 lag das Paradigma der keynesianischen Globalsteuerung zugrunde. Ein Jahr zuvor hatte der eigens von Heath ins Leben gerufene offizielle Think Tank des Kabinetts, *Central Policy Review Staff* (CPRS), an die Regierung die Empfehlung ausgesprochen, die Arbeitslosigkeit und die Inflation mittels einer aktiven Konjunktur- und einer kooperativen Einkommens- und Preispolitik zu bekämpfen. Die Regierung nahm diese Vorschläge ernst. Unter Heath spielte der CPRS als regierungseigener

²⁸ Ebd.

²⁹ Den generationellen Aspekt betont auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 119 f.

³⁰ *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 119; *Andy Beckett*, *When the lights went out. Britain in the seventies*, London 2009, S. 21 f.

³¹ *Edward Heath*, *The Course of My Life: My Autobiography*, London 1998, S. 109.

³² Vgl. *Beckett*, *When the lights went out*, S. 22.

Think Tank, dem mit Victor Rothschild »an old style Keynesian socialist on economics« vorstand, so David Howell, damals Juniorminister im Kabinett Heaths³³, eine bedeutendere Rolle bei der Politikformulierung als unter Wilson, Callaghan und Thatcher, die ihn nach den Wahlen von 1983 abschaffte.³⁴

Dem keynesianischen Paradigma des britischen Nachkriegskonsenses folgte die Heath-Regierung auch in der Einkommens- und Konjunkturpolitik. Bereits vor dem *Industry Act* vom Mai 1972 waren Ende 1971 das Gesetz zur *Competition and Credit Control*, welches Kreditvergaben erleichterte, und im Februar 1972 ein expansiver Haushalt verabschiedet worden. Das als »Barber-Boom« in die Geschichte eingegangene außergewöhnlich starke Wachstum der britischen Wirtschaft der Jahre 1972/73 war somit Ergebnis politischer Initiativen zur Steigerung der Nachfrage.³⁵ Allerdings reichte die britische Wirtschaftsleistung nicht aus, um die künstlich gesteigerte Nachfrage zu befriedigen, was zu einem Anstieg der Inflationsrate führte.³⁶ Als sich die OPEC-Länder im Oktober 1973 angesichts des Jom-Kippur-Krieges dazu entschlossen, die Erdöllieferungen an die westlichen Industrienationen einzuschränken und damit den Preis für Erdöl in die Höhe zu treiben, hatte dies desaströse Folgen für die ohnehin schlechte Zahlungsbilanz des Landes.³⁷ Der »Ölschock« vom Herbst 1973 traf die Regierung zudem in einer denkbar ungünstigen Situation, weil der »Barber Boom« zu gestiegenen Erwartungen der Gewerkschaften geführt hatte. Damit hatte die Einkommenspolitik der Regierung schon vor der Ölkrise unter enormem Druck gestanden. Nachdem man anfänglich eine staatliche Einkommenspolitik noch abgelehnt hatte, setzte die Regierung in dieser Situation zunächst auf Verhandlungen über frei-

³³ So Howells Einschätzung über Rothschild in einem von Lewis Baston und Anthony Seldon mit dem Juniorminister geführten Interview. Vgl. *Lewis Baston/Anthony Seldon*, Number 10 under Edward Heath, in: Stuart Ball/Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 47–74, hier S. 68.

³⁴ Vgl. *John Ramsden*, *The Prime Minister and the making of policy*, in: Stuart Ball/Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 21–46, hier S. 38.

³⁵ Das Bruttoinlandsprodukt stieg von 1,4% im Jahr 1971 auf 3,5% 1972 und dann 1973 nochmal auf 5,4% – dies bedeutete ähnliche Wachstumszahlen wie in der Bundesrepublik. Vgl. *Beckett*, *When the lights went out*, S. 127.

³⁶ Der »Barber Boom« stützte sich nicht auf eine nachhaltige Entwicklung, sondern erwies sich als »Seifenblase, die nach kurzer Zeit zerplatze.« *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 164. Die Folge war eine weitere Verschärfung des Inflationsproblems. Die Inflationsrate stieg von 8,7% im Jahr 1973 auf 15,4% in 1974. Vgl. *Cairncross*, *The Heath Government and the British Economy*, S. 115; *Beckett*, *When the lights went out*, S. 127 f.

³⁷ Zur ersten Ölkrise 1973/74 vgl. grundlegend *Jens Hohensee*, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996; zu ihren Auswirkungen in Großbritannien vgl. ausführlich *Beckett*, *When the lights went out*, S. 128 ff. sowie *Sked/Cook*, *Post-war Britain*, S. 279–285.

willige Lohnbeschränkungen mit der *Confederation of British Industry* (CBI), und dem *Trade Union Congress* (TUC), also auf dreiseitige Gespräche zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung, wie sie für die Bundesrepublik typisch waren. Nach deren Scheitern ging die Regierung zu einer staatlich kontrollierten Lohn- und Preispolitik über.³⁸

Die Einkommenspolitik der Heath-Regierung war nicht zuletzt Ausdruck eines Umschwenkens in der Gewerkschaftspolitik.³⁹ Zwischen 1964 und 1970 hatte die Partei zunehmend einen »legalistischen Ansatz« vertreten, der zur Lösung der Probleme in den Arbeitsbeziehungen mehr auf gesetzliche Regelungen als auf Inkorporation und Mahnung der Gewerkschaften zur Zurückhaltung setzte.⁴⁰ Diese Politik kulminierte im *Industrial Relations Act* von 1971, einer neuen Gesetzgebung, die strikte rechtliche Rahmenbedingungen und die Beschneidung der weitreichenden Immunität der Gewerkschaften und deren Möglichkeit, *closed shops* durchzusetzen, vorsah. Zudem wurde ein neuer Gerichtshof eingerichtet, der *National Industrial Relations Court*, der auf Anraten des Arbeitsministers Streiks unterbinden konnte. Das Gesetz bestand seinen Praxistest nicht. Im Rahmen des Bergarbeiterstreiks vom Winter 1972 musste die Regierung eine Niederlage hinnehmen und die Forderungen der *National Union of Mineworkers* (NUM) weitgehend akzeptieren.⁴¹

Vor dem Inkrafttreten des *Industrial Relations Act* hatten manche *One-Nation*-Tories gewarnt, das Gesetz könnte die Schwierigkeiten noch vergrößern, statt sie beizulegen.⁴² Auf dem Höhepunkt der Krise fühlten sich diese bestätigt. Die Regierung Heath griff angesichts des Debakels um den *Industrial Relations Act* auf jenen Politikansatz gegenüber den Gewerkschaften zurück, der den britischen Nachkriegskonsens mitgetragen hatte: Sie setzte auf partnerschaftliche Einbindung der Gewerkschaften in die Wirtschaftspolitik. Das kurzfristig von Heath durchgesetzte Einfrieren der Löhne und Gehälter sollte nur den Auftakt für eine längerfristig angelegte staatliche Lohnpolitik auf Basis freiwilliger Verständigung mit den Gewerkschaften bilden. Zusammen mit diesem Vorhaben scheiterte jedoch die gesamte Regierung, als sich die Bergarbeiter während des nächsten Streiks vom Winter 1973/74 mit einer Lohnforderung über das von Heath ange-

³⁸ Vgl. *Robert Taylor*, *The Heath government and industrial relations: myth and reality*, in: Stuart Ball/Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 161–190, hier S. 178–180.

³⁹ Vgl. dazu auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 159–162.

⁴⁰ Vgl. *Peter Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, London/New York 1995, S. 8.

⁴¹ Letztendlich erhielten die Bergleute Lohn erhöhungen von 20%; dies lag um mehr als 50% über den üblichen Erhöhungen und 100% über der Inflationsrate. Vgl. *Andrew Marr*, *A history of modern Britain*, London 2007, S. 337.

⁴² Vgl. *Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, S. 8.

setzte Limit hinaus über seine Politik hinwegsetzen.⁴³ Der Regierung ging es darum, eine Eskalation der Auseinandersetzungen zu vermeiden, ohne aber den Forderungen der NUM nach Lohnsteigerungen, die weit über dem lagen, was die Regierung im Rahmen ihrer Lohnpolitik zuzugestehen imstande war⁴⁴, nachzugeben. Heath wusste sich schließlich nicht anders zu helfen, als mit dem Slogan »Who governs Britain« in Neuwahlen zu ziehen. Dass der Regierungschef die Forderungen der Gewerkschaft diesmal nicht akzeptierte und stattdessen Neuwahlen ansetzte, ist kein Beweis dafür, dass seine Regierung auch in der Auseinandersetzung mit den Bergarbeitern der Jahre 1973/74 nicht abermals ernsthaft auf Kooperation mit den Arbeitnehmervertretern zur Konfliktlösung gesetzt hatte.⁴⁵ Vielmehr befanden sich Heath und seine Mitstreiter in einer Zwickmühle, die anders nicht aufzulösen war.

In der älteren Forschungsliteratur dominierte lange Zeit eine Sichtweise, die die Regierungszeit Heaths unter dem Schlagwort der *u-turns* betrachtete. Sie nahm Bezug auf die hier skizzierten »Kehrtwendungen« in der Industrie-, Gewerkschafts- und Konjunkturpolitik der Jahre 1970 bis 1974, die den im Vorfeld der Wahlen von 1970 im innerparteilichen Programmdiskurs der Konservativen Partei entwickelten Leitbildern und politischen Begrifflichkeiten diametral entgegengestanden habe. In dieser Lesart wurde Heath in der Rückschau von seinen politischen Gegnern innerhalb der Konservativen Partei wie von Teilen der Forschungsliteratur oft negativ bewertet⁴⁶: Während Thatcher das Land gegen Widerstände konsequent reformiert habe, sei die Heath-Regierung von anfänglich vielversprechenden wirtschaftsliberalen Ansätzen abgerückt und damit verantwortlich für die Probleme der folgenden Jahre.⁴⁷

Für die Erklärung der vieldiskutierten *u-turns* kann eine Analyse des konservativen Marktdiskurses Anfang der 1970er-Jahre nutzbar gemacht werden. Die 1970 gewählte konservative Regierung Edward Heaths war mit einer politischen Agenda angetreten, die weite Bereiche von Politik und Wirtschaft reformieren wollte. Ungeachtet der im Wahlkampf von 1970 aufscheinenden »Freimarktrhetorik« handelte es sich bei Heath und seinem Kabinett jedoch keinesfalls um »Neoliberale«, die ihren eigenen ideologischen Überzeugungen nicht gerecht wurden. Die

⁴³ Vgl. dazu grundlegend ebd., S. 88–122. Die Mitglieder der NUM lehnten mehrheitlich das Angebot der Regierung einer Lohnerhöhung von 16,5 Prozent ab.

⁴⁴ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 167 f.

⁴⁵ Zum Bemühen der Heath-Regierung, den Konflikt mit den Bergarbeitern der Jahre 1973/74 zu lösen, vgl. *Taylor*, *The Heath government and industrial relations*, S. 183–189.

⁴⁶ Vgl. dazu auch *Ebke*, »The Party is Over«, S. 43 f.

⁴⁷ Vgl. zum Beispiel *John Blundell*, *Margaret Thatcher. A portrait of the Iron Lady*, New York 2008; *Shirley Robin Letwin*, *The anatomy of Thatcherism*, Hammersmith 1992; *Martin Holmes*, *The Heath Government reassessed*, in: *Contemporary Record* 3, 1998, S. 26 f., hier S. 26.

sogenannten *u-turns* der Jahre 1970 bis 1974 lagen vielmehr auf der Linie des Marktdiskurses der Konservativen Partei, wie er sich in den Nachkriegsjahren in der Tradition des gemäßigten *One-Nation-Conservatism* herausgebildet hatte.

Die konservative Regierung der Jahre 1970 bis 1974 amtierte in einer ungewöhnlichen Zeit der Unruhen und Turbulenzen, sowohl innenpolitisch als auch international. Wie bereits herausgearbeitet wurde, zeigten insbesondere zwei Ereignisse des Jahres 1973 anhaltende und tiefgreifende Auswirkungen: Der fortschreitende Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods, wodurch das Pfund und somit die britische Regierung unter Druck geriet⁴⁸, sowie die erste große Ölkrise, welche die hausgemachten wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens zusätzlich verstärkte. Zu Beginn der Dekade erreichte eine Vielzahl ökonomischer Problemlagen, die bereits die 1960er-Jahre durchzogen hatten, ihren einstweiligen Höhepunkt. Diese umfassten internationale währungspolitische Turbulenzen, eine stark modernisierungsbedürftige Industrie, das ungelöste Dauerproblem der industriellen Beziehungen sowie die »Stagflation«, jene Kombination von steigender Inflation *und* steigender Arbeitslosigkeit, als bislang ungekanntes Phänomen des Strukturbruchs.⁴⁹ Zur Lösung dieser akuten wirtschaftlichen Probleme und politischen Konflikte griff die Heath-Regierung pragmatisch auf altbekannte Politiklinien der 1960er-Jahre zurück⁵⁰, die weiterhin an den Zielen der keynesianischen Wirtschaftspolitik orientiert blieben. Bei ihrer Politik handelte es sich somit weniger um »Kehrtwendungen« als um die Fortsetzung des von den Tories nach 1945 eingeschlagenen Weges der »Konsenspolitik« auf der Grundlage einer gemäßigten Marktbegehrlichkeit, die für den Marktdiskurs der Konservativen in der Regierungszeit Heaths noch bestimmend blieb. Damit ist die mit dem Narrativ der *u-turns* angeklagte Diskrepanz zwischen der in der Wahlprogrammatische von 1970 formulierten wirtschaftspolitischen Begrifflichkeit der Tories einerseits und Heaths Regierungspolitik andererseits zu erklären.⁵¹

Unter der Führung Edward Heaths schwankte die Partei, wie es Anthony Seldon formuliert hat, in der ihr eigentümlichen Weise zwischen der »alten Welt« (Wilson) und der »neuen Welt« (Thatcher)⁵², blieb dabei aber grundsätzlich

⁴⁸ Zum Bretton-Woods-System und seiner Aushöhlung vgl. *Harold James*, *International Monetary Cooperation Since Bretton Woods*, Oxford, USA 1996.

⁴⁹ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, *Nach dem Boom*.

⁵⁰ Auf Heaths pragmatisches Politikverständnis verweist auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 166.

⁵¹ Die Sichtweise, dass es sich bei den von der Regierung Heath ergriffenen politischen Maßnahmen der Jahre 1972/73 um einen dramatischen Kurswechsel gehandelt habe, ist in manchen Studien bereits relativiert worden. Vgl. etwa *Campbell*, *Heath*, S. 451–456, S. 468–483; *Seldon*, *The Heath government in history*.

⁵² *Seldon*, *The Heath government in history*, S. 1.

den Annahmen des Nachkriegskonsenses verpflichtet. Wie Alec Cairncross angemerkt hat, lag die Betonung in der wirtschaftspolitischen Philosophie der Heath-Regierung von Beginn an weniger auf der Heilkraft des freien Marktes als auf der Bedeutung individueller Verantwortlichkeit.⁵³ Eben diese stand im Zentrum der von Heath angestrebten »quiet revolution«, die die Werte und Einstellungen der Briten hin zu mehr Eigenverantwortung verschieben sollte.⁵⁴ Vor allem aber verdeutlichen die Protokolle der Diskussionstreffen des Schattenkabinetts im Selsdon Park-Hotel, dass dort kein geschlossenes wirtschaftspolitisches Programm entwickelt wurde. Tatsächlich spielte die Diskussion grundsätzlicher Fragen über eine Neuordnung des Verhältnisses von »Markt« und »Staat« kaum eine Rolle, sodass von einer Adaption eines marktradikalen Ansatzes keine Rede sein kann.⁵⁵

Vielmehr zeugen Arbeits- und Strategiepapiere, offizielle Statements, Selbstzeugnisse und Wahlprogramme von jenem spezifischen, am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientierten Marktverständnis und dem damit einhergehenden konsensualen Verständnis gesellschaftlicher Konfliktlösung des *One-Nation-Conservatism*, die den Marktdiskurs der Partei weiter prägten. So fallen im Wahlmanifest vom Februar 1974 – auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit den Bergarbeitern! – der moderate Ton und die auf das Allgemeinwohl gerichtete Argumentation auf, wenn auch die schlechten Gewerkschaftsbeziehungen als Grund nicht nur für die gegenwärtige Krise, sondern auch für die im internationalen Vergleich beständig schwache britische Wirtschaft identifiziert⁵⁶ und militante Gewerkschaftsführer als Schuldige angeklagt wurden. Die Krisenrhetorik war jedoch nicht mit Verschiebungen im Marktdiskurs, sondern mit typischer *One-Nation*-Sprache verbunden. »Today we face great dangers both from within our own country and from outside«, heißt es direkt zu Beginn des Manifests.⁵⁷ Die be-

⁵³ Vgl. *Alec Cairncross*, *The Heath Government and the British Economy*, in: Stuart Ball/Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 107–138.

⁵⁴ Die »quiet revolution« hatte Edward Heath auf dem Tory-Parteitag in Blackpool, am 10. 10. 1970, ausgerufen: »Change will give us freedom and with freedom must go responsibility. The free society which we aim to create must also be the responsible society – free from intervention, free from interference, but responsible; free to make your own decisions, but responsible also for your own mistakes. [W]e will have to embark on a change so radical, a revolution so quiet and yet so total, that it will go far beyond the programme for a Parliament to which we are committed.« URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=117> [12. 6. 2018].

⁵⁵ Dies zeigt die Durchsicht der Protokolle der Selsdon Park-Konferenz in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 3/9/92, CRD 3/9/93 und CRD 3/7/77.

⁵⁶ Vgl. *Firm action for Britain. The Conservative manifesto 1974*, abgedr. in: *F. W. S. Craig* (Hrsg.), *British General Election Manifestos, 1900–1974*, London/Basingstoke 1975, S. 373–397, hier S. 374.

⁵⁷ Ebd., S. 373.

vorstehende Wahl sei »a chance for the British people to show the world that at a time of crisis the overwhelming majority of us are determined not to tear ourselves apart, but to close ranks. It is a chance, in other words, to demonstrate that we believe in ourselves as a nation.«⁵⁸ Ziel sei »a Britain united in moderation, not divided by extremism, a society in which there is change without revolution, a Government that is strong in order to protect the weak, a people who enjoy freedom with responsibility, a morality of fairness without regimentation.«⁵⁹

Der damalige Herausgeber des *Spectator* und spätere Minister der Thatcher-Regierungen, Nigel Lawson, hatte in einem Memorandum Ende des Jahres 1973 seine Bedenken »about the pre-eminent place of the one nation/national unity theme« im Entwurf des Wahlmanifests, der von einer Arbeitsgruppe im *Conservative Research Department* (CRD), der *Official Group*, erstellt worden war, zum Ausdruck gebracht.⁶⁰ Es sei nicht ungefährlich, den Appell an den nationalen Zusammenhalt überzustrapazieren: »While we may see ourselves as the party of One Nation, can we be sure that the electorate sees us, rather than Labour, in this light?« Es handelte sich jedoch um das Wahlprogramm eines Partei- und Regierungschefs, der als politischer Pragmatiker viel mehr daran interessiert war, das Land zusammenzuhalten, als es zu spalten. Im Dezember betonte Michael Wolff, Redenschreiber und Vertrauter Heaths, gegenüber den *Sunday Times* Journalisten Stephen Fey und Hugo Young: »Ted's real worry is about the consequences of a Tory landslide. It would sweep away the moderation which post-war Tories went to politics to defend.«⁶¹ Seine Befürchtung sollte sich bewahrheiten. Wie die Entwicklung ihres Marktdiskurses zeigt, erlebte die Partei in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre eine erdrutschartige Veränderung, die einen Bruch mit der moderaten Nachkriegstradition der Konservativen Partei bedeutete.

Heath aber repräsentierte jene undogmatische Tradition der Partei, in der Mäßigung, Flexibilität und Pragmatismus die Wesensmerkmale des britischen Konservatismus bildeten.⁶² Ihre politische Sprache begründete einen konsensorientierten Ansatz der politischen Problembearbeitung der Konservativen Partei, die den Anspruch erhob, Vertreter der ganzen Nation, nicht einzelner Klassen oder sozialer Schichten zu sein. Auf dieser Linie lag die Idee einer Koalitionsregierung, die Heath im Herbst 1974 formulierte, die aber nicht in die Tat umgesetzt werden sollte. Die gemäßigten Kräfte beider Parteien sollten sich zu einer Regierung der nationalen Einheit zusammenschließen, um die Krise gemeinsam zu meistern.

⁵⁸ Ebd., S. 376.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Nigel Lawson, Memorandum, 27. 12. 1973, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/30/4/2.

⁶¹ Zit. nach: *Beckett*, *When the lights went out*, S. 147.

⁶² Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 327.

»This Government of national unity would seek to put aside party bickering and concentrate on mobilising the full resources of a nation united to beat the crises«, so Heath im Oktober 1974 in seinem Brief an die Kandidaten der Konservativen Partei.⁶³ Heaths Politikansatz zielte auf den harmonischen Ausgleich gesellschaftlicher Interessenskonflikte, der als wichtigste Aufgabe einer Politik erkannt wurde, die auf das Allgemeinwohl der Nation und die Kontinuität des Staates gerichtet war. Damit einher ging eine vehemente Ablehnung von Ideologien und politischen Weltanschauungen. Die Politik musste flexibel sein und pragmatisch auf sich verändernde Realitäten reagieren.⁶⁴ Herausgefordert von globalen wirtschaftlichen Verwerfungen der ersten Hälfte der 1970er-Jahre und sich verschärfenden innenpolitischen Konflikten reagierte die Heath-Regierung mit einem Ansatz der politischen Problembearbeitung, der dem der zuvor regierenden keynesianischen Sozialdemokratie keinesfalls unähnlich war: »When [...] unemployment mounted while output remained stagnant, and industrial conflict erupted, the Heath Government had no qualms about [...] returning to the measures of its discredited predecessor, only making them more interventionist than before.«⁶⁵ Der Politikansatz des Regierungschefs, seines Industrieministers Walker und anderer führender, in der *One-Nation*-Tradition stehender Tory-Politiker war von einer politischen Sprache über den Zusammenhang zwischen Markt und Staat geprägt, die – auch über ihre Zeit in Regierungsverantwortung hinaus – auf die Bewahrung des *post-war consensus* gerichtet war. Sie lief auf ein konservatives Selbstverständnis hinaus, das sich grundlegend von dem der Thatcheristen unterschied. Im Verlauf der 1970er-Jahre sollten Heath und seine Mitstreiter zu entschiedenen Kritikern des Thatcherismus und seiner Marktsprache avancieren.⁶⁶

»We fought the Liberals in the nineteenth century because we disagreed with laissez faire. We [Conservatives, P. B.] believed in intervention«⁶⁷, schrieb Walker in seinen Memoiren. Walker gehörte zu jener von ihren marktradikalen Widersachern bald als »wets« verunglimpften Gruppe, für die die thatcheristische Marktsprache in klarem Widerspruch zur konservativen Parteitradition stand. Neben Walker zählten dazu an prominenter Stelle auch Ian Gilmour, James Prior, Francis Pym und Christopher Soames.⁶⁸ Als führende Vertreter des Parteiestablishments,

⁶³ Edward Heath, M. B. E., Leader of the Conservative Party, Brief an alle konservativen Kandidaten, 6. 10. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/30/4/54.

⁶⁴ Vgl. ebd.

⁶⁵ *Andrew Gamble*, The Decline of the Conservative Party, in: *Marxism Today*, November 1979, S. 6–11, hier S. 9.

⁶⁶ Zu den Widerständen der gemäßigten Konservativen gegen den Thatcher-Kurs vgl. grundlegend *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 319–416.

⁶⁷ *Peter Walker*, *Staying Power: An Autobiography*, London 1991, S. 236.

⁶⁸ Thatcher und ihre Parteigänger gebrauchten die Bezeichnung »wets« (dt.: »Jammerlappen«, »Weichei«) zur Kompromittierung ihrer innerparteilichen Gegner, deren Haltung sie

die in den 1950er- und 1960er-Jahren die politische Deutungsmacht innegehabt und als handelnde Akteure die Partei- und Regierungspolitik bestimmt hatten, waren sie zunächst wenig herausgefordert gewesen, ihre Vorstellung vom wünschenswerten Zusammenhang zwischen Markt und Staat auszuformulieren und dem *One-Nation*-Konzept gemäß deutlich zu benennen. Ihrem pragmatischen Politikverständnis folgend lag ihnen wenig an theoretisch-grundsätzlichen Diskussionen und ein konservativer Marktradikalismus, von dem man sich hätte abgrenzen müssen, war nach 1945 zunächst lediglich als Randphänomen im innerparteilichen Diskurs existent. Erst im Moment des Verlusts der Deutungshoheit und mit der aufkommenden Notwendigkeit zur Rechtfertigung des eigenen Ansatzes in der Auseinandersetzung mit der innerparteilich aufsteigenden marktradikalen Alternative des Thatcherismus formulierten die *Heathites* ihre Vorstellung von *One-Nation*, die auf der Linie des Nachkriegsmarktdiskurses lag und handlungsleitend für ihre Politik der Jahre 1970 bis 1974 gewesen war.

Was er heute zu sagen habe, so Ian Gilmour in seiner öffentlich geäußerten Kritik des Thatcher-Kurses zwei Jahre nach der Wahl der »Eisernen Lady« zur Premierministerin, würde zweifellos als »wet« attackiert und zurückgewiesen. Was aber heute als »wet« bezeichnet werde, sei nichts anderes als die wichtigste Tory-Tradition: »Disraeli, Baldwin, Churchill, Eden, Macmillan, Butler were all wets to a man.«⁶⁹ Jeder Politiker habe Überzeugungen und versuche einen Konsens darüber herzustellen. Fraglich sei nur, wie weit dieser Konsens gehen sollte. »Plainly a Tory politician will hope to build as wide a consensus as possible«⁷⁰, so Gilmour. Was unter der Thatcher-Regierung passiere, sei die Missachtung der von Disraeli begründeten Tradition der »One-Nation«, die elementar für die Partei sei. Seine der thatcheristischen Politik entgegengestellte »Economic Alternative« wies dem Staat in viererlei Hinsicht eine aktive Rolle zu: »to make an immediate cut in the unemployment figures, to help industry, to increase demand in the economy and to secure greater co-operation on responsible pay bargaining [...].«⁷¹

Damit einher ging eine klare Ablehnung der *Laissez-faire*-Wirtschaft. Der ungezügelt Frühkapitalismus bildete den historischen Bezugspunkt im Marktdiskurs der *One-Nation*-Tories. Mit diesem identifizierten sie weniger das viktoriana-

als schwach, feige, inkonsequent und kompromissbereit charakterisierten. Vgl. etwa *Ridley, My Style of Government*, S. 173; *Nigel Lawson, The view from no. 11. Memoirs of a Tory radical*, London 1992, S. 27. »Wets« bezeichnete später die innerparteilichen Gegner Thatchers innerhalb und außerhalb der Regierung, die die strikt monetaristische, marktradikale Politik des Thatcherismus als eine Abkehr von der konservativen Parteitradition betrachteten und sie aus diesem Grunde ablehnten.

⁶⁹ Ian Gilmour, *The Economic Alternative*, Rede vor dem Constituency Executive Committee, 7. 10. 1981, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/30.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd.

nische Zeitalter als die 1930er-Jahre des 20. Jahrhunderts.⁷² Von hier aus zogen sie die Schlussfolgerung, dem Markt Fesseln anzulegen, damit sich das von den meisten Protagonisten dieser Parteitradition bewusst miterlebte Elend von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Massenverarmung der 1930er-Jahre niemals wiederhole. Einer in diesem Sinne marktkritischen Sprache bediente sich Edward Heath im November 1975 in seiner Rede auf der Konferenz über die »Zukunft des Kapitalismus« in Rom. Von der freien Marktwirtschaft könne man nur schwer behaupten, sie genieße einen positiven und enthusiastischen Rückhalt bei der Mehrheit des britischen Volkes. Ein Grund dafür liege darin, dass »the case of private enterprise is put so stridently that it comes across as a defence of the rather crude values of early capitalism.«⁷³ Der Frühkapitalismus habe sich durch Rücksichtslosigkeit und Gewinnstreben ausgezeichnet, mit der man bei der Jagd nach möglichst raschen und großen Profiten alle anderen Werte mit Füßen getreten habe. Sein Fundament sei soziale Ungleichheit gewesen: »The prosperity of the few depended on the poverty of the many. This concept of capitalism is hardly likely to have a wide popular appeal with a mass and mature electorate.«⁷⁴ Die Menschen seien aber heutzutage nicht mehr dazu bereit, Arbeitslosigkeit als gottgewolltes Übel hinzunehmen. Sie würden politischen Erfolg nicht mehr nur anhand von Wirtschaftsdaten messen. Die Werte des Frühkapitalismus seien inzwischen durch die Forderungen nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit für alle ersetzt worden.⁷⁵ »Conservatives are wholly committed to a free society, but they do not believe that undiluted Liberalism will achieve it«, schrieb Ian Gilmour 1977 in seinem Buch »Inside Right«, das sich als Programmschrift des gemäßigten britischen Konservatismus der 1970er-Jahre liest.⁷⁶

Die Sprache der gemäßigten Konservativen beinhaltet ein funktionales Verständnis der kapitalistischen Ordnung. »Conservatives never used to regard the free market as an end in itself«, formulierte Heath in der Rückschau als Kern des thatcheristischen Missverständnisses.⁷⁷ Marktwirtschaft und Gewinnstreben stellen keine Werte an sich dar, sondern waren lediglich »Werkzeuge«, die zum Nutzen aller Individuen in der Gesellschaft eingesetzt werden sollten, »tools to be used for the good of all individuals in society«, wie es in einer Schrift der Young

⁷² Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 333.

⁷³ Edward Heath am 21. November 1975 bei der Konferenz über die »Zukunft des Kapitalismus« in Rom, zit. nach: *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 333.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Vgl. ebd.

⁷⁶ *Ian Gilmour*, *Inside Right: A Study of Conservatism*, London 1977, S. 117.

⁷⁷ *Heath*, *The Course of My Life*, S. 599.

Conservatives aus dem Jahr 1973 hieß.⁷⁸ Das freie Spiel der Marktkräfte führe nicht automatisch zu größerem Wohlstand für alle, weshalb die Macht der Wirtschaft gebändigt, vom Staat eingegrenzt und zielgerichtet gesteuert werden müsse. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte der Staat Nachfragemanagement zu betreiben, eine interventionistische Industriepolitik bildete die Reaktion auf den Strukturwandel im industriellen Sektor, eine staatliche Lohnpolitik sollte die Inflation bekämpfen und staatliche Vermittlung Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beilegen.

Angesichts ihres Verlusts der Deutungsmacht waren die gemäßigten Vertreter des alten Parteiestablishments das gesamte Jahrzehnt hindurch bemüht, ihre Politik zu rechtfertigen. Diese Offensiven gipfelten schließlich in einer Abrechnung des ehemaligen Premierministers mit dem Kurs der seit zwei Jahren amtierenden Thatcher-Regierung. In einer Rede in der Manchester University im Oktober 1981 forderte Heath, »that we should make a completely fresh assessment of Conservative economic policy.«⁷⁹ Dies sei absolut notwendig, »not only in the interests of our country, about which we must all be deeply concerned«, so Heath, »but also in the interests of the Conservative Party for which some of us have worked throughout our political lives.« Er und seine politischen Freunde hätten viel zu lange geschwiegen, »in order that the dire consequences of the present dogmatic policies could be more widely recognised. We were hoping that they would bring about a more pragmatic approach to economic affairs, greater flexibility in handling and the wider use of all the available techniques of economic management. Together these would have produced a better balance in the economy as well as in our society.«⁸⁰ Seit fünf Jahren folge die britische Politik nun dem Monetarismus – »in fact ever since the Labour Government was forced to call in the International Monetary Fund« –, dieser Dogmatismus greife jedoch zu kurz: »None of the doctrinaire monetarists has ever attempted to explain how inflation caused by a rise in external commodity prices on this scale can be dealt with purely by internal monetary policies. Nor do they explain how a further increase in OPEC prices at a time of world economic expansion will be dealt with by these means alone.«⁸¹

Angezeigt sei eine Rückkehr zu jenem pragmatischen Ansatz, der auf eine Kombination verschiedener Instrumente in der Wirtschaftspolitik setzte und der schon

⁷⁸ »Something Old, Something New, Something Borrowed, Mostly Blue«, Greater London Young Conservatives Pamphlet, October 1973, zit. nach: *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 333.

⁷⁹ Edward Heath, There is another way, Rede, Manchester University, 6.10.1981, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/30.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Ebd.

einmal mit einigem Erfolg praktiziert worden sei: »In fact Britain, using all the techniques of economic management available succeeded in keeping the rate of inflation down in the early 70's more successfully than any other western country, and below that of any period during the succeeding seven years.«⁸² Sich explizit gegen den Thatcherismus und seinen konfrontativ-radikalen Ansatz wendend betonte Heath: »Progress [...] can only be brought about if a considerable degree of consensus exists within our country. I have heard some doubt expressed as to what consensus means. Lest this doubt continue let me endeavour to describe it. Consensus means deliberately setting out to achieve the widest common measure of agreement about our national policies in this particular case about our economic activities, in the pursuit of a better standard of living for our people and a happier and more prosperous country. If there be any doubt about the desirability of working towards such a consensus let us recognise that every successful industrialised country in the modern world has been working on such a basis.«⁸³

Mit Blick auf die seit Mitte der 1970er-Jahre in den Marktdiskurs der Tory-Partei eindringende, schließlich die Deutungshoheit erlangende thatcheristische Marktsprache geben die nach ihrem Verlust der innerparteilichen Deutungshoheit mit Vehemenz vorgetragenen Wortmeldungen der in der *One-Nation*-Tradition stehenden Konservativen Zeugnis von unterschiedlichen Verständnissen von »*Conservatism*« innerhalb der Partei. Für letztere liefen die ab Mitte der 1970er-Jahre vollzogenen diskursiven Grenzverschiebungen darauf hinaus, »Konservatismus« durch »Liberalismus« zu ersetzen.⁸⁴ In seinem Buch »*The Politics of Consent*« von 1984 zeichnete Francis Pym ein Bild, das den Thatcherismus in eine Traditionslinie zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts setzte.⁸⁵ Auf Pym's Initiative organisierten sich ein Jahr später Tory-Abgeordnete im *Conservative Centre Forward*, die sich auf die Fahne geschrieben hatten, »konservative Werte« zu vertreten. Die kurzlebige Gruppierung verstand sich als Sammelbecken für Anhänger des »traditionellen« Konservatismus, der einen Mittelweg zwischen sozialistischem Etatismus und *Laissez-faire*-Liberalismus beschreiten wollte.⁸⁶ Harold Macmillan, der den Kurs der Konservativen Partei nach 1945 entscheidend geprägt hatte, entschied sich im Jahr 1978 nicht nur deshalb dazu, sein Buch »*The Middle Way*« neu auflegen zu lassen, weil sich die Erstauflage zum 40. Mal jährte. Macmillan, der Thatchers Wahl zur Parteichefin zunächst begrüßt hatte, war besorgt, dass die Thatcheristen die Partei auf einen, wie er dachte, falschen Weg

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Vgl. *Green*, Thatcher, S. 33.

⁸⁵ Vgl. *Francis Pym*, *The Politics of Consent*, London 1984.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 111–130.

fürten, nämlich zurück zu dem von ihm kritisierten Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts.⁸⁷

1.1.2 Der »Verrat von Selsdon« und die thatcheristische Abrechnung

Die thatcheristische Marktsprache beruhte auf einem Verständnis von Konservatismus, das sich grundlegend von der pragmatischen Spielart, die für die britischen Konservativen nach 1945 prägend wurde, unterschied. Der Begriffstradition des *One-Nation-Conservatism* stand sie diametral entgegen. Wie herausgearbeitet wurde, blieb diese Begriffstradition für die Regierungspolitik Edward Heaths weiterhin prägend, sodass die in der Rede von den *u-turns* transportierte Sichtweise eines drastischen Abrückens der konservativen Regierung der Jahre 1970 bis 1974 von einer wirtschaftsliberalen Agenda zu relativieren ist. Für die Radikalisierung des konservativen Marktdiskurses nach 1974 war allerdings entscheidend, dass der Mythos von Heath als »Selsdon-Man« überhaupt entstand.⁸⁸ Auf diesen Zusammenhang ist in der Forschung über den Thatcherismus bereits hingewiesen worden. »In terms of how Thatcherites understood (understand) each other«, so Ewen Green, »a shared sense of the ›betrayal‹ of Selsdon and the promise of 1970 is a crucial point of contact.«⁸⁹ Wie Green betont, war es die Zeit von 1970 bis 1974, die Thatchers politische Mitstreiter in ihren Memoiren als formativ für die wirtschaftspolitische Neuorientierung herausstellen. So schrieb beispielsweise Norman Tebbit, einer der engsten Verbündeten der »Eisernen Lady«: »The Selsdon declaration [...] marked the Tory Parties first repudiation of the post-war Butskellite consensus.«⁹⁰ Vor allem mit dem *Industry Act* von 1972 sei aber das »Versprechen« von 1970 gebrochen und eine »sozialistische Strategie« adaptiert worden.⁹¹ Nach der thatcheristischen Erzählung vom »Verrat von Selsdon« war die Partei bereits in den 1960er-Jahren zu einem marktfreundlichen Politikansatz

⁸⁷ Vgl. Green, Thatcher, S. 32.

⁸⁸ Vgl. dazu auch Green, Thatcher, S. 36f.

⁸⁹ Green, Ideologies of Conservatism, S. 286.

⁹⁰ Norman Tebbit, Upwardly Mobile, London 1988, S. 94.

⁹¹ Ebd. Edward Heath, der sich in seiner Autobiografie ebenfalls zum angeblichen »Verrat von Selsdon« geäußert hat, warf Tebbit vor, Geschichte umzuschreiben. »In later years some members of my party have talked about Selsdon Park [...] and that it did signal a move away from traditional Conservative politics. Norman Tebbit has even written of ›the Selsdon declaration‹, which allegedly marked my conversion to ›the new liberal economics‹. There was no such thing. He has re-written history.« Auch Thatcher und Joseph hätten während der Gespräche keinesfalls eine radikale Linie vertreten. »Although I remember Margaret Thatcher talking a good deal about the interests of the middle class [...], she and Keith Joseph were united with us at that time in designing a manifesto which would attract support from all parts of the community. The complacent acceptance of mass unemployment, as an instrument for controlling inflation, was as repellent to them then as it still is to me today.« Heath, The Course of My Life, S. 302.

zurückgekehrt. Im Selsdon Park Hotel und im Wahlmanifest von 1970 sei eine radikale Politik formuliert worden, die den Thatcherismus habe vorausahnen lassen, so Thatcher in ihren Memoiren.⁹² Was danach folgte, waren Rückzieher und Verrat, so die Erzählung.⁹³

Die Vorstellung des »Verrats von Selsdon« bildet einen wichtigen Aspekt des diskursiven Kontexts⁹⁴, in dem sich die thatcheristische Marktsprache entwickelte. In diesem erschien die Heath-Regierung »as the last in a line of post-1945 Conservative governments which had accommodated themselves to Socialism and failed to implement truly Conservative policies.«⁹⁵ Kurz nach der Regierungsübernahme Thatchers rechnete der frisch ins Amt berufene Finanzminister Geoffrey Howe mit der aus seiner Sicht fehlgeleiteten Moral des Sozialismus ab: »Too often the planner and the spender has been promoted when it was the producer and the saver who should have been given pride of place. People have too often been taught to demand what was not there to give; too often to spend in the hope that someone else would pay [...]. That is the morality of socialism and those are the attitudes that we are here to change.«⁹⁶ Und in seinem Zusatz schwang die Erinnerung an die Jahre 1970 bis 1974 und ein »So nie wieder« mit – er versicherte: »There will be no U-turn.«⁹⁷ Die Regierungsjahre 1970 bis 1974 erschienen als Zeit der vertanen Chancen, was den marktradikalen Annahmen der Thatcheristen zur Lösung der politischen und ökonomischen Probleme des Landes zunächst vor allem innerparteilich zusätzliche Plausibilität verlieh. Die Narrative des »Verrats« und der »Kehrtwendungen« bildeten mächtige Waffen im parteiinternen Streit um die Erlangung der Deutungshoheit im diskursiven Vakuum nach dem »Scheitern« der konservativen Regierung 1974.

Insofern war die Regierungszeit Heaths formativ für die Entwicklung der thatcheristischen Marktsprache. Wie konstitutiv die Abgrenzung von der Politik der Heath-Regierung (und ihrer Vorgängerregierungen) für semantische Verschiebungen im Marktdiskurs der Tory-Partei war, verdeutlichen eine Reihe vielbeachteter Reden und öffentlicher Statements Keith Josephs aus den Jahren 1974/75. Der führende intellektuelle Kopf der Konservativen Partei und schließlich überzeugter

⁹² *Margaret Thatcher*, *The Downing Street Years, 1979–90*, London 2011 (zuerst 1993), S. 13.

⁹³ Das thatcheristische Narrativ ist auch von Teilen der Forschung übernommen worden. Vgl. etwa *Martin Holmes*, *The failure of the Heath government*, 2. Aufl., Basingstoke 1997 (zuerst 1982).

⁹⁴ Vgl. auch *Adrian Williamson*, *Conservative economic policymaking and the birth of Thatcherism, 1964–1979*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire etc. 2015, S. 13.

⁹⁵ *Green*, *Thatcher*, S. 26–54, hier S. 37.

⁹⁶ Geoffrey Howe, Rede auf der Conservative Party Conference, o.D. [1979], in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/30.

⁹⁷ Ebd.

Mitstreiter Thatchers war 1974 der deutlichste und sprachgewandteste Kritiker der konservativen Regierungsjahre. Noch im Sommer 1974 galt Joseph als aussichtsreicher Herausforderer Heaths für die Nachfolge als Parteichef und genoss den Rückhalt des rechten Parteiflügels, bevor er sich im Frühjahr 1975 selbst aus dem Rennen nahm und Thatcher unterstützte.⁹⁸ Einen ersten Angriff unternahm Joseph im Juni 1974, als er die Kritik des White Papers »The Regeneration of British Industry« des Labour-Politikers Tony Benn, das die Schaffung eines *National Enterprise Board* (NEB) vorschlug, zum Anlass nahm, auch mit der interventionistischen Politik der konservativen Regierungen nach 1945 abzurechnen.⁹⁹ In seiner Rede in Upminster erklärte er: »There is no point in my trying to evade what everybody knows. For half of that 30 years Conservative Governments [...] did not consider it practicable to reverse the vast bulk of the accumulating detritus of Socialism which on each occasion they found when they returned to office. So we tried to build on its uncertain foundations instead. Socialist measures and Socialist attitudes have been very pervasive.«¹⁰⁰ Niemals zuvor in der Geschichte der Nation hätten so viele gute Absichten zu so großen Enttäuschungen geführt. 30 Jahre lang sei der private Sektor durch Steuerbelastung und Subventionen in die staatseigenen Industrien erdrückt worden, 30 Jahre lang hätten die Sozialisten einen Feldzug gegen die freie Marktwirtschaft geführt, seien feindlich gegenüber den Produzenten des Wohlstands eingestellt gewesen. Nun sei es die Aufgabe der Konservativen Partei, dafür Sorge zu tragen, dass Bedingungen geschaffen würden, in denen die freie Marktwirtschaft das Land und seinen Lebensstandard auf das Level bringen könnte, an welchem sich die Nachbarn in Deutschland, Schweden, Holland und Frankreich erfreuten.¹⁰¹

Dass man zur Schaffung dieser Bedingungen in der eigenen Partei anfangen müsse, machte Joseph im Januar 1975 klar. Er prangerte an, die konservative Regierungspolitik habe lange Zeit eine konservative Parteipolitik überlagert, in dem Sinne, dass kurzfristige taktische Überlegungen dazu veranlasst hätten, die Öffent-

⁹⁸ Mit einer politisch peinlichen Rede, in der er nahegelegt hatte, arme Leute sollten aufhören, so viele Kinder zu bekommen, hatte Joseph seine Chancen auf das Amt des Parteichefs im Oktober 1974 selbst zunichtegemacht. Keith Joseph, Rede im Grant Hotel, Birmingham, 19. 10. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2. Vgl. *Morrison Halcrow*, Keith Joseph: A Single Mind, London 1989, S. 83. Andrew Denham und Mark Garnett machen in ihrer Studie deutlich, dass Joseph sich seiner Nichteignung als Parteichef bewusst war und sich schließlich gern mit der Rolle der intellektuellen Eminenz in Thatchers Hintergrund zufriedengab. Vgl. *Andrew Denham/Mark Garnett*, Keith Joseph, London 2001.

⁹⁹ Vgl. dazu *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 279.

¹⁰⁰ Keith Joseph, Rede in Upminster, 22. 6. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2. Die Rede ist abgedruckt in: *Ders.*, *Reversing the Trend: A critical reappraisal of Conservative economic and social policies. Seven speeches*, London 1975, S. 5–10.

¹⁰¹ Vgl. ebd.

lichkeit über die Konsequenzen der eigenen Politik im Unklaren zu lassen. »The party should move ahead of government, helping to prepare public opinion for more resolute policies«, forderte Joseph, »otherwise the government becomes a prisoner of public opinion and short-term tactical considerations.«¹⁰² Zur Rückeroberung der Deutungshoheit in der öffentlichen Meinung musste zuerst die eigene Partei auf Kurs gebracht werden, um schließlich wieder erfolgreich Regierungspolitik betreiben zu können. Bislang, so Joseph, »all our policies have worked towards making firms and individuals less self-reliant, raising expectations beyond recourses. If we are to reverse this trend, we must change the climate of ideas, show the weakness of socialism, leave the defensive.« Auch der von Joseph und Thatcher propagierte, hier später noch ausführlich zu betrachtende »Kampf der Ideen« musste zunächst gegen die eigene Partei geführt werden. Damit ging einher, dass auch die Zentren der Politikformulierung umstrukturiert wurden. Wie zu zeigen sein wird, verlagerte sich der Schwerpunkt der Politikberatung und -formulierung weg von der parteieigenen Forschungsabteilung, die länger dem begrifflichen Status quo verhaftet blieb, hin zu privaten Think Tanks wie dem 1974 von Thatcher und Joseph ins Leben gerufenen *Centre for Policy Studies* (CPS), die Verschiebungen im Marktdiskurs seit Mitte des Jahrzehnts offensiv vorantrieben.¹⁰³

In seiner Rede in Preston vom September 1974 schlug Joseph einen ähnlichen Ton an wie in Upminster, rechnete aber jetzt explizit mit den politischen Annahmen der Nachkriegszeit zur Inflationsbekämpfung und Einkommenspolitik ab.¹⁰⁴ Am Beginn stand wieder die Wendung gegen die eigene Partei. Seine Selbstkritik lautete: »I begin by accepting my full share of the collective responsibility. [...] For over the past 30 years governments in this country have had unprecedented power over economic life. It is only fair that we should accept [...] heightened responsibility for what has gone wrong.«¹⁰⁵ Die konservativen Regierungen seien wie alle Regierungen nach 1945 fehlgeleitet gewesen und hätten wider besseren Wissens der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Priorität gegenüber der Inflationsbekämpfung eingeräumt: »To us, as to all post-war governments, sound money may have seemed out-of-date; we were dominated by the fear of unemployment. It was this which made us turn back against our own better judgment and try to spend our

¹⁰² Keith Joseph, Rede vor dem Economic Research Council im St. Ermins Hotel, London, 15. 1. 1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹⁰³ Vgl. dazu Viertes Kapitel, 1.2 der vorliegenden Arbeit.

¹⁰⁴ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 280 f.

¹⁰⁵ Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 5. 9. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2. Die Rede ist ebenfalls abgedruckt in: *Ders.*, *Reversing the Trend: A critical re-appraisal of Conservative economic and social policies. Seven speeches*, London 1975, S. 19–33.



Abb. 2: Die Chefin der britischen Konservativen, Margaret Thatcher, überreicht Keith Joseph den *Free Enterprise Award*, London, 1. Juli 1975 (Rolls Press/Popperfoto/Getty Images)

way out of unemployment, while relying on incomes policy to damp down the inflationary effects. [...] Why then did we try incomes policy again?«, fragte Joseph mit Blick auf die Regierungsjahre 1970 bis 1974. »I suppose that we desperately wanted to believe in it because we were so apprehensive about the alternative: sound money policies.«¹⁰⁶ Der expansive Ansatz der Heath-Regierung war nach Josephs Lesart verfehlt; es gelte nun, zu einer sparsamen Haushaltspolitik und monetärer Kontrolle, zu einem »distinctive Conservative approach«, zurückzukehren: »We need a government with strong nerves to set broad policy lines and stick to them. Then we can recover our footing, and then the road to realism, stability and steady spontaneous progress will be open to us again [...].«¹⁰⁷

Hatte sich Joseph in seiner Prestoner Rede mit der seiner Meinung nach von den Regierungen hausgemachten Inflation auseinandergesetzt und das Streben nach Vollbeschäftigung zurückgewiesen, richtete er seine Offensive drei Monate später gegen die makroökonomische Nachfragesteuerung zur Generierung wirtschaftlichen Wachstums und somit gegen einen weiteren Pfeiler der britischen Nachkriegsordnung. In seiner Rede vor der *Leeds North East Conservative Asso-*

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd.

ciation verneinte er die Annahme, dass »substantially expanded demand would ensure growth« und sprach dem Staat die Fähigkeit, Wachstum »mechanisch« fördern zu können, ab. Wachstum entstehe vielmehr »spontan«: »Economic growth was not invented by socialists, nor indeed by any government. Economic growth began thousands of years ago, as a result of people following self-interest [...]. Over the past couple of centuries, economic growth has been accelerating in Europe and the USA, not because governments decreed it, but primarily a healthy economy generates growth spontaneously.«¹⁰⁸ In dieser Logik lehnte Joseph den von der Heath-Regierung und ihren Vorgängern praktizierten interventionistischen Ansatz in der Industriepolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze ab. »Job security, in the same sense of the men being guaranteed continuous work at the same place, even the same department and at rising wages, is the enemy of long-run full-employment and rising living standards.«¹⁰⁹ Die arbeitende Bevölkerung müsse sich entscheiden zwischen einer illusorischen Jobsicherheit, künstlich erzeugt durch staatliche Subventionen, und einer echten, basierend auf einer dynamischen und prosperierenden Wirtschaft.

Joseph gab auch die sprachliche Zurückhaltung mit Blick auf die staatseigenen Industrien auf: »The nationalised industries epitomise this misuse. I know that in some circles nowadays it is considered bad form to criticise the nationalised industries, but facts are facts and must be respected.«¹¹⁰ Allein in den Jahren 1952 bis 1972 seien zwischen einem Viertel und einem Drittel der gesamten staatlichen Investitionen in die Staatsindustrien gesteckt worden, die dabei aber nur einen Bruchteil des Profits abwerfen würden, den der private Sektor erwirtschaftete. Dies gelte paradigmatisch für die nationalisierten Betriebe, aber auch für alle die Segmente der Privatwirtschaft, »which are kept alive by government assistance, primarily in order to retain employment at given levels irrespective of labour-productivity or the market for its products.«¹¹¹

Die von Joseph und anderen Gegnern des Heath-Kurses geübte Kritik an den politischen Annahmen des Nachkriegskonsenses und dem diesem zugrundeliegenden Verständnis des Zusammenhangs zwischen Markt und Staat war mit weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs verbunden. Das Streben nach Vollbeschäftigung und die Praxis des makroökonomischen Nachfragemanagements wurden zugunsten einer Politik der konsequenten Bekämpfung der Inflation verworfen; ein in den Wirtschaftsprozess eingreifender Staat schaffe kein Wachstum, sondern verhindere es; mit Blick auf die verstaatlichten Industrien wurden die

¹⁰⁸ Keith Joseph, Rede vor der Leeds North East Conservative Association, 14.12.1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Ebd.

Grenzen des Sagbaren verschoben, indem nun klare Kritik geäußert und die Staatsbetriebe als unwirtschaftlich dargestellt wurden. Hatte die Heath-Regierung einen aktiv eingreifenden Staat befürwortet, um im industriellen Wandel Arbeitsplätze zu erhalten, hatte sich der Staat nach Josephs Ansicht gerade von den unproduktiven Sektoren zurückzuziehen. Auf die strukturelle Krise des industriellen Sektors als Phänomen des sozioökonomischen Wandels der 1970er-Jahre reagierten die parteiinternen Kritiker der konservativen Politik der Nachkriegszeit also mit einem Abrücken vom Paradigma »Markt-Staat-Plan«, an dem Heath und seine Mitstreiter noch festgehalten hatten. Im Rückblick sah es Thatcher als groben Fehler an, dem wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Heath nicht entschiedener widersprochen zu haben.¹¹² Dieser habe der Konservativen Partei und dem ganzen Land ungeheuren Schaden zugefügt, schrieb sie in ihren Erinnerungen.¹¹³

Im Kampf um das Amt der Parteiführung, den Margaret Thatcher gegen das Heath-Lager führte und schließlich am 4. Februar 1975 für sich entscheiden konnte¹¹⁴, bildete die Forderung nach einer Rückkehr zu konservativen Grundwerten ein Leitmotiv in den Reden und Statements der Politikerin.¹¹⁵ Es ging Thatcher um nichts Geringeres als die Wiederbelebung der aus ihrer Sicht traditionellen Ideale des Toryismus, von welchem sich ihre Partei nach 1945 und nicht zuletzt in der Regierungszeit Edward Heaths entfernt habe: »compassion, and concern for the individual and his freedom, opposition to excessive State power; the right of the enterprising, the hard-working and the thrifty to succeed and to reap the rewards of success and pass some of them to their children; encouragement of that infinite diversity of choice that is an essential freedom; the defense of widely distributed private property against the socialist state; the right of a man to work without oppression by either employer or trade union boss.«¹¹⁶ Für diese Werte sei die Partei nicht konsequent genug eingetreten, was zur Folge gehabt habe, dass Großbritannien in die »sozialistische Mittelmäßigkeit« abgerutscht sei. »This course must not only be halted«; machte sie klar, »it must be rever-

¹¹² Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 171 f.

¹¹³ *Margaret Thatcher*, *Die Erinnerungen 1925–1979 (The Path to Power)*, Düsseldorf 1995, S. 234 f.

¹¹⁴ Thatcher setzte sich im finalen Wahlgang gegen William Whitelaw, Jim Prior, Geoffrey Howe und John Peyton durch. Stärkster Gegenkandidat war bis zur Entscheidung Whitelaw, hinter dem sich das Heath-Lager versammelt hatte. Zum Aufstieg Thatchers zur Parteiführerin vgl. ausführlich *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 41–59; *John Campbell*, *The Grocer's daughter. Margaret Thatcher*, Bd. 1, London 2007, S. 260–363;

¹¹⁵ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 55.

¹¹⁶ Margaret Thatcher, Rede vor der Finchley Conservative Association, 31. 1. 1975, in: *Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 1/1/6*.

sed.«¹¹⁷ »Britain's progress towards socialism«, monierte Thatcher in einem vielbeachteten Artikel für den Daily Telegraph im Januar 1975, »has been an alternation of two steps forward with half a step back.«¹¹⁸ Die Ursache für das Abrutschen der eigenen Partei in der Gunst der Wählerschaft sah sie dabei in der Übernahme der von Labour nach 1945 praktizierten Politik: »If every Labour Government is prepared to reverse every Tory measure, while Conservative Governments accept nearly all socialist measures as being ›the will of the people‹ the end result is only too plain. [...] [W]hy should anyone support a party that seems to have the courage of no convictions?« Glaube ein Tory nicht an Privateigentum als ein Bollwerk individueller Freiheit, dann wäre er besser Sozialist geworden. Das Problem für die Partei liege heute darin, »that people believe too many Conservatives *have* become socialists already.«¹¹⁹

Wie bei keinem anderen Premierminister der Nachkriegsgeschichte Großbritanniens verbindet sich mit dem Namen Thatcher eine Ideologie, der »Thatcherismus« (*Thatcherism*).¹²⁰ Der Begriff »Thatcherismus« entstand bereits vor dem Wahlsieg Thatchers 1979 als Kampfbegriff der marxistischen Linken.¹²¹ Ihrer Interpretation nach handelte es sich beim »Thatcherismus« um eine geschlossene Ideologie innerhalb eines neuen Klassenkampfes, die radikal mit dem britischen Konservatismus der Nachkriegsjahre brach. Durch den neomarxistischen Soziologen und Kulturwissenschaftler Stuart Hall war er in die öffentliche Diskussion gebracht worden. In einem viel rezipierten Aufsatz interpretierte er *Thatcherism* in Anlehnung an Antonio Gramscis Konzept der »kulturellen Hegemonie«¹²² als den Versuch, eine neue kapitalistische Hegemonie zu erreichen.¹²³ Die Anhänger Thatchers griffen den Begriff seit Anfang der 1980er-Jahre als Selbstbezeichnung auf und definierten ihn positiv.¹²⁴ Für die *Thatcherites* umfasste er ein unerschütterliches Vertrauen in den freien Markt, die Zurückdrän-

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Margaret Thatcher, My kind of a Tory Party, Daily Telegraph, 30.1.1975, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FR.S., THCR 1/1/6. Der Artikel stieß auf große Resonanz, vor allem bei der Anhängerschaft der Konservativen Partei, wie der Eingang zahlreicher Zuschriften an Thatcher belegt.

¹¹⁹ Ebd. [Hervorhebung i. O.].

¹²⁰ Vgl. etwa *Kavanagh*, Thatcherism and British politics; *Andrew Gamble*, The free economy and the strong state. The politics of Thatcherism, Durham 1988; zum Thatcherismus als ökonomisches Glaubensbekenntnis und »kulturellem Konstrukt« vgl. *Eric J. Evans*, Thatcher and Thatcherism, London 2013.

¹²¹ Zur Herausbildung des Begriffs vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 10 ff.

¹²² Zu Gramscis Konzept der »Hegemonie« vgl. *Domenico Losurdo*, Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum »kritischen Kommunismus«, Hamburg 2012.

¹²³ Vgl. *Stuart Hall*, The Great Moving Right Show, in: *Marxism Today* 23, Nr. 1, Januar 1979, S. 14–20.

¹²⁴ Vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 11.

gung des Staates und Steuererleichterungen.¹²⁵ Sie stimmten dabei mit der Linken überein, dass der »Thatcherismus« einen Traditionsbruch bedeutete. Die Konservativen hätten sich von den kollektivistischen und sozialistischen Irrwegen der Nachkriegszeit abgewandt und seien zu jenen Eigenschaften zurückgekehrt, die England im 19. Jahrhundert groß gemacht hätten.¹²⁶

Beide Sichtweisen, die der Protagonisten und der Kritiker, stimmen darin überein, dass es sich beim Thatcherismus um ein Ideengebäude handelte, das zuvor erst auf eine Verschiebung des Nachkriegszusammenhangs zwischen Markt und Staat gerichtet war. Die von Thatcher und ihren Anhängern propagierte Rückkehr zu konservativen Grundwerten ging mit einer neuen konservativen Sprache einher¹²⁷, in welcher der »Markt« den Dreh- und Angelpunkt bildete. Thatchers »konservative Revolution«¹²⁸ lief in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre auf eine politische Sprache des Konservatismus hinaus, die eigentlich eine »Marktsprache« war. Wenn Keith Joseph seine Abrechnung mit der konservativen Nachkriegspolitik im Jahr 1974 mit der Aussage auf die Spitze trieb, bis zum April 1974 sei er eigentlich kein Konservativer, sondern ein verkappter Sozialist gewesen¹²⁹, dann meinte er, dass er sich nach dem Scheitern der Heath-Regierung ein Politikverständnis zu eigen gemacht hatte, das sich auf eine radikale Marktbegrifflichkeit stützte und den »wahren Konservatismus« repräsentierte.¹³⁰

Sein unerschütterliches Vertrauen in den Markt brachte der nun zum »wahren Konservativen« konvertierte Joseph in einem Artikel für das *London University Conservative Magazine* im Februar 1975 zum Ausdruck. Unter der Überschrift »The Tories and the market economy« betonte er, dass die Partei, wolle sie die Regierungsverantwortung zurückgewinnen, zuerst eine ökonomische Philosophie entwickeln müsse. Das Zentrale bei jeder ökonomischen Philosophie sah er in ihrem Verhältnis zum Markt.¹³¹ Joseph sprach sich dafür aus, »that we should take a broad and a long view working with the market.« Die Vorzüge des freien

¹²⁵ Vgl. ebd. So etwa die Definition Nigel Lawsons, Mitstreiter Thatchers und Finanzminister von 1983 bis 1989. Vgl. *Nigel Lawson, The View From No. 11: Memoirs of a Tory Radical*, London 1992, S. 64.

¹²⁶ Vgl. *Geppert, Thatchers konservative Revolution*, S. 11.

¹²⁷ Vgl. dazu auch *Martina Steber, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin 2017.

¹²⁸ *Geppert, Thatchers konservative Revolution*.

¹²⁹ »[I]t was only in April 1974 that I was converted to Conservatism«, schrieb er in seinem Vorwort zu einer Redensammlung, die vom Conservative Political Centre (CPS) 1975 herausgegeben wurde. »I had thought that I was a Conservative, but I now see that I was not really one at all.« *Joseph, Reversing the Trend*, S. 1.

¹³⁰ Vgl. auch *Green, Thatcher*, S. 37.

¹³¹ Keith Joseph, *Tories and the Market Economy*. Auszug aus einem Artikel für das *London University Conservative Association Magazine*, 11.2.1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

Marktes gegenüber dem Sozialismus lagen für ihn auf der Hand: »In a market economy, competition within the law obliges self-interest to seek its reward in the service of the consumer. In a Socialist or semi-Socialist society, decisions are taken on the basis of what is good for the party – or the decision-making party elite.«¹³² Die Erfolgsgeschichte des freien Marktes habe sich aber lange nicht in weiten Teilen der Welt, auch nicht in den Köpfen ihrer Profiteure, festgesetzt. »We owe it to ourselves to ask why this is so, if we are to save a form of society which has more to offer than any we know«, so Joseph.¹³³

Mittlerweile habe eine Mehrheit in der Partei die Notwendigkeit eines »intellektuellen Frühlingssputzes« (»the need for an intellectual spring-cleaning«) anerkannt, so Joseph im März 1975.¹³⁴ Das Bekenntnis zum freien Markt trieb er nun ins Grundsätzliche, wenn er – weit in der Geschichte zurückgehend – nahe legte, die freie Marktwirtschaft sei die der menschlichen Natur entsprechende Ordnung, die sich natürlich entwickelt habe. »[T]here has always been a market since the middle stone-age at least, when men began to trade their surpluses. [...] Mercantile, and later capitalist, society were not invented but came about as a result of the actions of millions of people looking after their own interests within accepted codes of morality. [...] Adam Smith did not invent capitalism; he did not tell people what to do: he merely showed what was happening and its rationale.«¹³⁵ Von der Überlegenheit des Marktsystems gegenüber sozialistischen Gesellschaften war Joseph überzeugt: »By harnessing the drive and skill of innovators and inventors, risk-takers and entrepreneurs in the search to serve any kind of legitimate demand and create new ones, at a profit and subject to competition, the market system has been able to economize resources and optimize service to the consumer. [...] Compare the quality and standard of life [...] in countries like Switzerland with those in Russia or Cuba – or, alas, here.« Von der Propagierung eines *Laissez-faire* sei er weit entfernt, klar sei aber: »Most of the failures of our economy are due not to the failings of the market, but to government interference with the market.«¹³⁶

Im Zentrum der thatcheristischen Marktsprache standen die Begriffe »Freiheit« und »Individuum« als zentrale Grundwerte, die sich gegenseitig bedingen.¹³⁷ Der thatcheristische Freiheitsbegriff lief dabei darauf hinaus, ihn gezielt

¹³² Ebd.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Keith Joseph, Rede vor der National Association of Conservative Graduates, Oxford, 14. 3. 1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Zum Stellenwert »des Individuums« im Thatcherismus vgl. ausführlich *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 95–108.

gegenüber dem kollektivistisch gedachten sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Grundwert der (sozialen) Gerechtigkeit in Stellung zu bringen, wenn Gemeinschaftsinteressen gegenüber den Interessen des Einzelnen in den Hintergrund treten mussten.¹³⁸ Die radikal individualistische Grundierung der thatcheristischen Marktsprache stand aber nicht nur der sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Vorstellung des Zusammenhangs von Individuum und Gesellschaft diametral entgegen. Sie hob sich auch in markanter Weise von einem traditionell konservativen Menschen- und Gesellschaftsbild ab.

1.2 Die thatcheristische Marktsprache als Fortsetzung und Radikalisierung der konservativen Begriffstradition des freien Marktes

Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Konservatismus und Liberalismus in der Geschichte der Tory-Partei und nach der Verschiebung dieses Verhältnisses seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre. Mit Blick auf die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen hält das historisch gewachsene, für die Tory-Partei spezifische Verhältnis zwischen Konservatismus und Liberalismus Erklärungspotenzial bereit. Es verweist auf Triebkräfte der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen, die *in* der eigenen Parteitradition angelegt waren.

1.2.1 Die »Amalgamierung von Konservatismus und Liberalismus«

Für die Tories im 19. Jahrhundert hatte das Verhältnis von Konservatismus und Liberalismus einen klaren Gegensatz dargestellt. Die eigene konservative Identität speiste sich vor allem aus der Abgrenzung zuerst zu den Whigs, später zu den Liberalen. Dementsprechend war der Dualismus von Konservatismus und Liberalismus von Beginn an im politischen System Großbritanniens angelegt.¹³⁹ Von diesem genuinen Gegensatz zeugen auch die oben zitierten Äußerungen Walkers und Pym. Aus ihrer Perspektive und der anderer *One-Nation*-Tories waren Thatcher und ihre Mitstreiter keine echten Konservativen, sondern Repräsentanten des Vulgärliberalismus des 19. Jahrhunderts.

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 96f.

¹³⁹ Vgl. etwa *Frank O’Gorman*, *The emergence of the British two-party system, 1760–1832*, London 1982; *Archibald S. Foord*, *His Majesty’s Opposition, 1714–1830*, Westport, Conn. 1979 (zuerst 1964); *Stephen J. Lee*, *Gladstone and Disraeli*, London/New York, NY 2005.

Auch in der Forschung ist darauf verwiesen worden, dass der Thatcherismus konservativen Grundannahmen diametral entgegenstand.¹⁴⁰ Sein radikal-individualistisches Element ist schwer in die konservative Tradition Edmund Burkes einzuordnen¹⁴¹, die sich mit ihrem Verweis auf die Schwäche, Unvollkommenheit und Fehlbarkeit der menschlichen Natur in klarem Widerspruch zur positiven Anthropologie des Liberalismus setzte.¹⁴² Die von dem konservativen Philosophen Anthony Quinton in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre entwickelte Definition machte die von Burke begründete Tradition zum Wesenszug des britischen Konservatismus, wenn er die Idee von der *intellectual imperfection* ins Zentrum konservativen Denkens rückte.¹⁴³ Die rationalen Fähigkeiten des Menschen reichten demnach nicht aus, um die Komplexität sozialer Entwicklung zu begreifen; notwendigerweise war der menschliche Verstand kein guter Kompass für soziales und politisches Verhalten. Neben der Vorstellung von der Unvollkommenheit des Menschen war es das Konzept der Gesellschaft als organisch gewachsenem Ganzen (*organicism*), die Quinton als Merkmal des Konservatismus ausmachte.¹⁴⁴ Konservative betrachteten die Gesellschaft als »unitary, natural growth, an organized living whole not a mechanical aggregate«, zusammengesetzt aus sozialen Wesen, die in einem Gefüge aus überkommenen Bräuchen und Institutionen miteinander in Beziehung standen und von diesem in ihrem individuellem Wesen geformt wurden.¹⁴⁵ Der spätere Direktor des *Conservative Research Departments*, Michael Fraser, brachte dieses Verständnis 1952 zum Ausdruck, als er hervorhob: »It is a feature of Conservatism [...] not to consider society as merely a haphazard aggregation of individuals in isolation. [...] We believe man to be a social animal, happiest when he is free to take part in the life of a variety of

¹⁴⁰ Vgl. Green, Thatcher, S. 46–51; Vgl. Dominik Geppert, Wie liberal ist der britische Konservatismus? Staat, Gesellschaft und Individuum in der Programmatik der Tory-Party im 19. und 20. Jahrhundert, in: Michael Großheim/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), Staat und Ordnung im konservativen Denken, Baden-Baden 2013, S. 210–229, hier S. 217.

¹⁴¹ Vgl. Edmund Burke, Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen, Zürich 1987 (zuerst London 1790 als Reflections on the Revolution in France, And on the Proceedings in Certain Societies in London Relative to that Event). Zu Burke vgl. grundlegend David Bromwich, The intellectual life of Edmund Burke. From the sublime and beautiful to American independence, Cambridge, Mass. 2014.

¹⁴² Vgl. Geppert, Wie liberal ist der britische Konservatismus?, S. 217 f.

¹⁴³ Vgl. Anthony Quinton, The Politics of Imperfection. The Religious and Secular Traditions of Conservative Thought in England from Hooker to Oakeshott, London 1978.

¹⁴⁴ Menschliche Fehlbarkeit und die Annahme einer organischen Gesellschaftsordnung bilden auch für den britischen Politikwissenschaftler Andrew Heywood Wesensmerkmale des Konservatismus. Vgl. Andrew Heywood, Political Ideologies. An Introduction, 5. Aufl., Basingstoke 2012, S. 68 ff.

¹⁴⁵ Quinton, The Politics of Imperfection, S. 16.

groups and communities within the nation.«¹⁴⁶ In einem politischen Skeptizismus (*political scepticism*), der den weltanschaulichen Entwürfen einzelner liberaler und sozialistischer Denker jegliche politische Gewissheit absprach, und im Traditionalismus (*traditionalism*), welcher auf den Schutz überkommener Bräuche und Institutionen vor Revolutionen gerichtet war, erkannte Quinton zwei weitere Elemente, die gemeinsam mit den oben genannten die Fundamente des Konservatismus bildeten.¹⁴⁷

Der Thatcherismus stand quer zu diesen von Quinton formulierten Prinzipien. Wenn Joseph und andere *Thatcherites* nahelegten, es handle sich bei den Menschen um *Homines oeconomici*, die sich nach rationalen Kriterien stets wirtschaftlich effizient verhielten und deren Handeln mit (neoklassischen) ökonomischen Theorien erklärbar war, wurde die intellektuelle Unvollkommenheit des Menschen hier genauso außer Acht gelassen wie in den staatsgläubigen sozialistischen Theorien. Wenn sich der Thatcherismus in seinem wünschenswerten Verhältnis von Markt und Staat an neoklassischen beziehungsweise neoliberalen Axiomen orientierte, verstieß dies gegen den Skeptizismus in der konservativen Tradition. Nicht von ungefähr war »Dogmatismus« ein häufig zu hörender Vorwurf der innerparteilichen Gegner des Thatcherismus.¹⁴⁸ Mit dem Doktrinizismus der thatcheristischen Marktsprache unterschied sich die Tory-Partei der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre markant von der pragmatisch orientierten Spielart des parteipolitischen Konservatismus im Nachkriegsengland. Genauso liefen der radikale Individualismus der thatcheristischen Marktsprache und die Privilegierung der Marktbeziehungen vor allen anderen Formen des Sozialen der ganzheitlichen, organistischen Vorstellung von Gesellschaft entgegen.¹⁴⁹

Zudem ist darauf hingewiesen worden, dass Thatchers Auffassungen zu Recht und Ordnung, Familie und Moral, aber auch zur Gesellschafts- und Außenpolitik dezidiert konservativ waren, dass sich aber ihre wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung – ideengeschichtlich gesprochen – aus dem Inventar des klassischen Liberalismus herleiteten.¹⁵⁰ In der Tat radikalisierte sich der Marktdiskurs der Tories seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre – wie noch zu zeigen sein wird – maßgeblich durch die Adaption marktradikaler Annahmen neoliberaler Denker,

¹⁴⁶ Michael Fraser, Rede »The Ownership of Property«, gehalten in Oxford, 8.7.1952, zit. nach: *Green*, *Ideologies of Conservatism*, S. 286.

¹⁴⁷ *Quinton*, *The Politics of Imperfection*.

¹⁴⁸ Vgl. *Geppert*, *Wie liberal ist der britische Konservatismus?*, S. 218.

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

¹⁵⁰ Vgl. *Dominik Geppert*, *Konservative Revolutionen? Thatcher, Reagan und das Feindbild des consensus liberalism*, in: Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015, S. 271–289, hier S. 273; *Heywood*, *Political Ideologies*, S. 65, S. 67 und S. 86 ff.

allen voran Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Dominik Geppert argumentiert anknüpfend an Anselm Doering-Manteuffels und Jörn Leonhards Beobachtungen über die historischen Wechselbeziehungen und Austauschverhältnisse des Liberalismus mit anderen Ideologien¹⁵¹, der Liberalismus habe im britischen Fall den Konservatismus der 1970er-Jahre radikalisiert.¹⁵²

So stellt sich die für die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren bedeutsame Frage, welchen Stellenwert dem Liberalismus in der konservativen Parteitradition zukommt. Ungeachtet der Tatsache, dass der Gegensatz zwischen Konservatismus und Liberalismus genuin in der Tradition der Tory-Partei angelegt ist, wäre es doch falsch, das politische Credo der britischen Konservativen »nach dem simplen binären Muster liberal-individualistisch-libertäre versus konservativ-kollektivistisch-paternalistische Philosophie zu erklären«, wie Dominik Geppert in Anlehnung an Ewen Green formuliert.¹⁵³ Treffender ist es, von einer »spannungsvollen Koexistenz zwischen Paternalismus und Liberalismus« in der Geschichte der Konservativen Partei auszugehen und mit Blick auf die Entwicklungsgeschichte des britischen parteipolitischen Konservatismus von einer schrittweisen »Amalgamierung von Konservatismus und Liberalismus« zu sprechen.¹⁵⁴

In der früh- und mittelviktorianischen Zeit waren Parteispaltungen und Übertritte von der einen in die andere Partei durchaus gängig. So spaltete die durch den Tory-Premierminister Robert Peel vollzogene Wende zum Freihandel die Konservative Partei und mündete schließlich 1859 in die Fusion der liberal-konservativen Anhänger Peels mit Whigs und Radikalen zur Liberalen Partei.¹⁵⁵ Auch Winston Churchill trat 1904 von der Konservativen zur Liberalen Partei über, blieb 20 Jahre lang Liberaler und bekleidete als solcher wichtige Regierungsämter, bevor er dann 1924 wieder den Konservativen beitrug, und zu einem der bedeutendsten britischen Politiker des 20. Jahrhunderts wurde.¹⁵⁶ Umgekehrt ging der Bedeutungsverlust der Liberalen Partei im politischen System Großbritanniens – was auch durch den Wiedereintritt Churchills in die Tory-Partei deutlich wird – mit

¹⁵¹ Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard*, Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie, in: Dies. (Hrsg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015, S. 13–33, bes. S. 17.

¹⁵² Vgl. *Geppert*, *Konservative Revolutionen?*, S. 271 f.

¹⁵³ Vgl. *Geppert*, *Wie liberal ist der britische Konservatismus?*, S. 223.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., S. 223 ff. und S. 218 ff.

¹⁵⁵ Vgl. *John Charmley*, *A history of conservative politics since 1830*, 2. Aufl., Basingstoke/New York 2008, S. 16–46; zur Geschichte der Liberalen Partei in der viktorianischen Epoche vgl. *J. P. Parry*, *The rise and fall of liberal government in Victorian Britain*, New Haven 1993.

¹⁵⁶ Zu Churchill vgl. grundlegend *John Charmley*, *Churchill. Das Ende einer Legende*, Berlin 1997; *John Ramsden*, *Man of the Century. Winston Churchill and his Legend Since 1945*, London 2003.

der sukzessiven Übernahme der Liberalen durch die Konservativen einher, die schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen hatte.¹⁵⁷ Nachdem die förmliche Fusion mit den Konservativen im Jahr 1912 erfolgt war, waren nach 1945 nicht nur die letzten Mitglieder der Liberalen Partei – wie etwa auch Thatchers Vater Alfred Roberts –, sondern auch ideelle Elemente des Liberalismus in die Tory-Partei aufgenommen worden.¹⁵⁸ Schließlich entstammten viele Protagonisten der Thatcher-Politik nonkonformistischen, also nicht-anglikanischen Familien, die in den klassischen Stammländern der alten Liberalen Partei außerhalb der traditionellen konservativen Hochburgen des englischen Südwestens zuhause waren. Während Thatcher selbst einen methodistischen Hintergrund hatte, entstammte Geoffrey Howe einer nonkonformistischen Familie aus Wales, die traditionell den Liberalen nahegestanden hatte, nach 1945 aber die Konservative Partei als natürlichen Erben des britischen Liberalismus betrachtete.¹⁵⁹ Die Übernahme des britischen Liberalismus erfolgte schließlich im Zeichen des Aufstiegs der Labour Party, die im britischen Zweiparteiensystem nun den Hauptgegner der Konservativen darstellte.¹⁶⁰ Die Frontlinie verlief damit nicht mehr zwischen Konservatismus und Liberalismus, sondern zwischen Konservatismus und Sozialismus – in der Auseinandersetzung mit dem neuen politischen Gegner profilierten sich die Tories jetzt als anti-sozialistische Freiheitspartei.¹⁶¹

Hinsichtlich der Frage nach den Triebkräften der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen verweist das konfliktreiche, aber konstante Fortbestehen des liberalen Elements in der konservativen Parteitradition auf semantische Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen, an die die thatcheristische Marktsprache anschlussfähig war. Im britischen Fall gibt es eine (markt)liberale Traditionslinie, die in ihrer spezifischen Ausprägung der christdemokratischen Parteitradition fremd ist und auf welcher die seit Mitte der 1970er-Jahre von den Thatcheristen vollzogenen diskursiven Verschiebungen aufbauen konnten. Sie bildete gleichsam die *innere* Voraussetzung dafür, dass die von den Thatcheristen reformulierte konservative Sprache, in der dem Markt begriff der entscheidende Stellenwert zukam, durchschlagende Wirkung im Marktdiskurs der britischen Konservativen erzielen und schließlich die Diskurshegemonie erlangen konnte.

¹⁵⁷ Vgl. Trevor Wilson, *The Downfall of the Liberal Party, 1914–1935*, London 2011 (zuerst London 1966).

¹⁵⁸ Vgl. Geppert, *Wie liberal ist der britische Konservatismus?*, S. 222.

¹⁵⁹ Vgl. ebd.

¹⁶⁰ Vgl. Keith Laybourn, *The Rise of Labour and the Decline of Liberalism: The State of the Debate*, in: *History* 80, 1995, S. 207–226.

¹⁶¹ Vgl. Geppert, *Wie liberal ist der britische Konservatismus?*, S. 222.

1.2.2 Frühe Widerstände gegen die Konsenspolitik

Die thatcheristische Marktsprache war – wie oben dargelegt – *gegen* die eigene Partei und ihr Establishment gerichtet; sie stellte eine Gegenbewegung zum gemäßigten Marktdiskurs der konservativen Nachkriegspolitik dar, die durch Heaths »Verrat« der Versprechen von Selsdon Park zusätzlichen Auftrieb erfuhr. Auf einer tieferen Ebene liegen die Wurzeln des sich seit 1974 radikalierenden Marktdiskurses aber in einer Linie, die traditionell in der Partei angelegt war. Diese war nach 1945 vom Paradigma »Markt-Staat-Plan«, welches den Nachkriegskonsens geprägt und auch den Marktdiskurs der Tories dominiert hatte, überdeckt worden. Das antikollektivistische, marktfreundliche Element war aber zu keinem Zeitpunkt aus dem Bestand der konservativen Parteitradition getilgt worden. Im Eingangskapitel über die britische Nachkriegsordnung ist bereits darauf hingewiesen worden, dass es in der Konservativen Partei der 1940er-, 1950er- und 1960er-Jahre, vor allem in den unteren und mittleren Funktionsrängen, immer Widerstände gegen die in der Tradition des *One-Nation-Conservatism* stehende, den Nachkriegskonsens tragende Parteiführung gegeben hatte. Dass der Thatcherismus in der Subkultur der Konservativen Partei angelegt war, hat die Forschung bereits deutlich gemacht. Vor allem Ewen Green hat dies in seinen Arbeiten zur Kontextualisierung der Thatcher-Ära und ihrer Einordnung in die konservative Parteitradition herausgearbeitet.¹⁶² Für den Zusammenhang der semantischen Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen und deren Weiterführung und Radikalisierung in der thatcheristischen Marktsprache kann an die Ergebnisse dieser Studien angeknüpft werden. Um die Vehemenz des thatcheristischen Angriffs auf das britische »post-war settlement« verstehen zu können, so Green, »[...] the first step [...] is to grasp that the Conservative party never fully accepted that anything had been settled.«¹⁶³

In der Haltung zur Etablierung der gemischten Wirtschaftsordnung und des Wohlfahrtsstaates nach 1945 hatte keinesfalls Einigkeit innerhalb der Konservativen Partei geherrscht. Schon der Beveridge Report, dessen Vorschläge die Nachkriegskonservativen letztlich mittrugen, war anfangs auf vehemente Kritik in Teilen der Partei gestoßen. Diese entzündete sich am Prinzip der Universalität im britischen Sozialstaat. Ralph Assheton, Vorsitzender einer Arbeitsgruppe, die die Vorschläge Beveridges prüfen sollte, monierte 1942, das Verständnis Beveridges von Bedürftigkeit liefe darauf hinaus, dass Menschen Geld bekommen würden,

¹⁶² Vgl. dazu und zum Folgenden Green, *Ideologies of Conservatism*, S. 214–239; *Ders.*, Thatcher, S. 26–54; *Ders.*, *The Conservative party, the State and the Electorate, 1945–1964*, in: Miles Taylor/Jon Lawrence (Hrsg.), *Party, State and Society: Electoral Behaviour in Modern Britain since 1820*, Aldershot 1997, S. 176–199.

¹⁶³ Green, *Ideologies of Conservatism*, S. 218.

die gar nicht bedürftig seien.¹⁶⁴ Zudem wurde kritisiert, das hohe Einkommenssteuerlevel, das für die Aufrechterhaltung der wohlfahrtsstaatlichen Strukturen notwendig sei, hemme wirtschaftliches Wachstum.¹⁶⁵ Seit Beginn der 1950er-Jahre hatte es stets Forderungen aus der Partei heraus gegeben, sich als radikale politische Alternative zu der Reformpolitik der Attlee-Regierung zu positionieren. Die Aufrechterhaltung eines dezidiert anti-sozialistischen Profils war wichtig für die Konservativen, waren sie doch nach 1945 darum bemüht, sich die Reste der liberalen Wählerschaft einzuverleiben, die den Reformen der Labour-Regierung mehrheitlich ablehnend gegenüberstand.¹⁶⁶ In Schriften wie *Return from Utopia*, eine aus marktliberaler Sicht verfassten Abrechnung mit den Nachkriegsreformen der Labour Party, artikuliert sich Dissens zum dominierenden Marktdiskurs. Der Autor Richard Law, Sohn des früheren konservativen Premierministers Andrew Bonar Law und späterer Förderer der *Selsdon Group*, wandte sich gegen staatliches Eingreifen und gegen jede Form von »Utopie«, für deren Errichtung die individuelle Freiheit und die Wahlmöglichkeiten, die der Markt dem Individuum böte, geopfert würden: »To turn our backs on Utopia, to see it for the sham and the delusion that it is, is the beginning of hope. It is to hold out once again the prospect of a society in which man is free to be good because he is free to choose. Freedom is the first condition of human virtue and Utopia is incompatible with freedom. Come back from Utopia and hope is born again.«¹⁶⁷ In diesem Werk schwang unverkennbar der Grundgedanke von von Hayeks *The Road to Serfdom* mit, eine staatsinterventionistische Politik opfere die persönliche Freiheit.¹⁶⁸ Assheton, mittlerweile Parteivorsitzender, gehörte zu jenen Tories, die sich von der Schrift von Hayeks beeindruckt zeigten. Im Umfeld der Wahlen von 1945 veranlasste er, eine gekürzte Version als Wahlkampfmaterial zu verteilen.¹⁶⁹

Im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre intensivierte sich der Dissens im Marktdiskurs der Konservativen Partei und nahm eine Vielzahl von Formen an. An der Parteibasis wurde konstant Ablehnung gegenüber Verstaatlichung, einem aktiv in die Wirtschaft eingreifenden Staat, dem Wohlfahrtsstaat, hohen Steuern und den Gewerkschaften artikuliert. Es formierten sich unabhängige Protestbewegungen wie die *Middle Class Alliance* (MCS) und die *People's League for the Defence of Freedom* (PLDF). Die Mitglieder dieser im Jahr 1956 gegründeten Bewegungen waren durchaus repräsentativ für die »natürliche« konservative

¹⁶⁴ Ralph Assheton an R. A. Butler, 21.12.1942, zit. nach: *Green, Ideologies of Conservatism*, S. 219.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Vgl., ebd., S. 221.

¹⁶⁷ *Richard Law, Return from Utopia*, London 1950, S. 9.

¹⁶⁸ Vgl. *Friedrich August von Hayek, The Road to Serfdom*, London 1944.

¹⁶⁹ Vgl. *Green, Ideologies of Conservatism*, S. 220.

Stammwählerschaft. Während sich die PLDF in erster Linie als Anti-Gewerkschaftsbewegung profilierte, vertrat die MCS den ganzen Katalog marktliberaler Forderungen.¹⁷⁰ Wichtigster Repräsentant des marktliberalen Elements in der Partei nach 1945 und Wortführer einer dem Mehrheitsdiskurs der Partei entgegengesetzten Marktsemantik war Enoch Powell.¹⁷¹ Als »politischer Stammvater der ›Neuen Rechten‹«¹⁷² war Powell Populist und Intellektueller in einer Person. Sein Gedankengebäude, das man zeitgenössisch »Powellismus« nannte¹⁷³, beinhaltete die Vision einer post-imperialen, national gesinnten, sozial bewussten und zugleich wirtschaftsliberalen Konservativen Partei.¹⁷⁴ 1957 wurde Powell parlamentarischer Finanzstaatssekretär der Regierung Macmillan, trat aber schon ein Jahr darauf gemeinsam mit Schatzkanzler Peter Thorneycroft und dem Wirtschaftssekretär Nigel Birch aus Protest gegen die Pläne der Regierung für wachsende Staatsausgaben zurück.¹⁷⁵ In der Hochzeit des Keynesianismus setzte er bereits auf einen monetaristischen Kurs zur Bekämpfung der Inflation.

Im Verlauf der 1960er-Jahre avancierte Powell, der der *Mont Pèlerin Society* beitrug und regelmäßige Kontakte zum *Institute of Economic Affairs* (IEA) pflegte¹⁷⁶, zum grundsätzlichen Kritiker des keynesianischen Nachkriegskonsenses und lautesten Prediger einer radikalen Marktsprache. In ihr kam der freien Marktwirtschaft die Qualität eines sozialen Systems zu, das allein die persönliche Freiheit des Einzelnen garantieren konnte und notwendige Voraussetzung war für alle weiteren, nachgelagerten (politischen) Freiheiten, wie Rede- und Meinungsfreiheit.¹⁷⁷ In ihren Aktivitäten am Markt konnten sich die Individuen frei entfalten und mehr als in allen anderen Bereichen ihre Autonomie und die Möglichkeit der freien Wahl erhalten: »In this great and continuous general election of the free economy, nobody, not even the poorest, is disenfranchised: we are all voting all the time.«¹⁷⁸ Er selbst definierte »Powellismus« als »an almost unlimited faith in the ability of people to get what they want through peace, capital, profit and a com-

¹⁷⁰ Zur MCS und PLDF vgl. ausführlich *Green*, *The Conservative party, the State and the Electorate*, S. 176–199.

¹⁷¹ *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 239–243.

¹⁷² Ebd., S. 239. Zur Bedeutung der britischen *New Right* als neoliberales Netzwerk für die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen vgl. ausführlich Viertes Kapitel, 1.2 der vorliegenden Arbeit.

¹⁷³ Zum »Powellismus« vgl. ausführlich *Simon Heffer*, *Like the Roman. The life of Enoch Powell*, London 1998, S. 341–385; *Robert Shepherd*, *Enoch Powell*, London 1997, S. 266–296.

¹⁷⁴ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 240. *Williamson*, *Conservative economic policymaking*, S. 4, S. 34–36.

¹⁷⁵ Vgl. *Shepherd*, *Powell*, S. 152–184.

¹⁷⁶ Vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 241.

¹⁷⁷ Vgl. etwa seine Rede am 21.4.1964, abgedr. in: *John Wood* (Hrsg.), *A Nation Not Afraid: The Thinking of Enoch Powell*, London 1965, S. 25.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 27.

petitive market.«¹⁷⁹ Bezeichnenderweise kannte Powell auch keine Skrupel bei der Verwendung des Begriffs Kapitalismus, dessen Bedeutung er mitunter religiös auflud: »Often when I am kneeling down in church, I think to myself how much we should thank God, the Holy Ghost, for the gift of capitalism«, begeisterte er sich 1968¹⁸⁰, und bei anderer Gelegenheit rief er aus: »When I see a rich man I give thanks to God.«¹⁸¹ Dass Powell mit dieser radikalen Marktsprache Mitte der 1960er-Jahre nicht nur den Unmut der politischen Linken, sondern auch der eigenen Partei auf sich zog, ist nicht verwunderlich, stand sie doch der offiziellen, am keynesianischen Paradigma orientierten Parteilinie diametral entgegen.¹⁸²

Schon Mitte der 1950er-Jahre war Powell als Kritiker des Verhältnisses von Markt und Staat im Nachkriegsengland aufgetreten. Ein zusammen mit Angus Maude für die *One Nation Group* herausgegebenes Pamphlet mit dem aus konservativer Sicht nicht selbstverständlichen Titel »*Change is Our Ally*« beinhalten einen Angriff auf das dominierende keynesianisch-interventionistische Politikverständnis nach 1945. Unter der Maxime »Return to a Free Economy«, so lautete die Überschrift des entsprechenden Kapitels, sollte der freie Markt zurück ins Zentrum der Debatte innerhalb der Konservativen Partei über die Sozial- und Wirtschaftspolitik gebracht werden.¹⁸³ Anders als es der Name der Gruppe vermuten ließe, schlugen ihre Publikationen mitunter einen unverkennbar marktliberalen Ton an. Die Aktivitäten der *One Nation Group*, die oft als Vorläufer der später als »wets« bezeichneten, der thatcheristischen Marktsprache ablehnend gegenüberstehenden Tories bezeichnet worden ist, geben einen Hinweis darauf, dass die Bezeichnung *One-Nation-Conservatism* selbst sprachpolitisch umkämpft war. In den 1950er-Jahren übten mit Enoch Powell, Angus Maude und Keith Joseph Politiker führende Funktionen in der Gruppe aus, die später einen gewichtigen Anteil an radikalen Verschiebungen im konservativen Marktdiskurs

¹⁷⁹ *Enoch Powell*, Conservatism and social Problems, in: Swinton Journal 14, 1968, Nr. 2, S. 8–16, hier S. 15.

¹⁸⁰ Zit. nach: *Thomas Edwin Utley*, Enoch Powell: The man and his thinking, London 1968, S. 114.

¹⁸¹ Zit. nach: *Pieter Lawrence*, The Marxism of Enoch Powell, in: Socialist Standard, Nr. 732 (August 1965), URL: <http://www.worldsocialism.org/spgb/socialist-standard/1960s/1965/no-732-august-1965/maxims-enoch-powell> [10. 5. 2018]

¹⁸² Zur Kritik aus linker Warte vgl. ebd. Zur Kritik aus der eigenen Partei vgl. etwa *Ian Gilmour*, Enoch Powell's Pipe-Dream, in: The Spectator, 9. 4. 1964, S. 13. Powell wolle glaubend machen, so Gilmour, die Tory-Partei habe keine Relevanz im modernen Großbritannien, wenn sie nicht als Partei des reinen Kapitalismus auftrete. Dem erteilte der Autor eine klare Absage: »For the Conservative Party which refused to espouse capitalism when she was at her classical and enticing best, to fall in love with her in 1964 would be sheer necrophilia.«

¹⁸³ Vgl. *Enoch Powell/Angus Maude* (Hrsg.), *Change is Our Ally*, Conservative Political Centre, Nr. 133, London 1954.

hatten.¹⁸⁴ Das Wirken der Gruppe stand gar nicht so uneingeschränkt im Zeichen des moderat-pragmatischen, paternalistischen Konservatismus, für den die Bezeichnung *One-Nation* steht. Bis in die 1970er-Jahre hinein war der Begriff Gegenstand diskursiver Auseinandersetzungen. Auch Thatcher war bemüht, ihren Politikansatz nicht nur in die konservative Parteitradition im Allgemeinen, sondern auch in die spezifische Tradition des *One-Nation-Conservatism* einzubetten.¹⁸⁵ Einen Ansatzpunkt dazu bot ihr der Ausdruck *property-owning democracy*, der von Anthony Eden in der unmittelbaren Nachkriegszeit populär gemacht worden war und auf den sie in ihren Reden gerne rekurrierte – freilich nicht ohne semantische Verschiebungen, wie noch zu zeigen sein wird.¹⁸⁶

1.2.3 Die Überhöhung des antikollektivistischen Moments der konservativen Parteitradition

Das antikollektivistische Moment, welches in der thatcheristischen Marktsprache die Kehrseite des radikalen Individualismus bildete, war lange in der konservativen Parteitradition angelegt. »Anti-collectivism« und »anti-statism« waren Motive der politischen Sprache der Tory-Partei gewesen, mit denen sich die Konservativen seit dem Aufstieg der Labour Party als antisozialistische Freiheitspartei positionierten. Die Radikalisierung der konservativen Marktsprache seit Mitte der 1970er-Jahre erscheint mithin weniger als ein Bruch mit der eigenen Parteitradition, sondern als die Überhöhung eines schon in der Partei angelegten marktliberalen Elements. Mit Blick auf die im Marktdiskurs der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren deutlich werdenden Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten ist die Charakterisierung des Richtungswandels der Tories in den Jahren von 1975 bis 1979 als »Thatchers konservative Revolution«, so der Titel von Dominik Gepperts maßgebender Studie über die formativen Jahre des Thatcherismus¹⁸⁷, zu präzisieren: Das »Revolutionäre« der thatcheristischen Marktsprache bestand nicht etwa in der Etablierung einer neuen marktliberalen Begrifflichkeit, die gegen die konservative Parteitradition gerichtet gewesen wäre,

¹⁸⁴ Vgl. Green, Thatcher, S. 43.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 42.

¹⁸⁶ So etwa in ihrer Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei im Oktober 1975: »You will understand, I know, the humility I feel at following in the footsteps of great men [...]. In the footsteps of Anthony Eden, who set us the goal of a property-owning democracy – a goal we still pursue today.« URL: <http://www.margarethatcher.org/document/102777> [10. 5. 2018]; oder im Vorfeld der Wahlen von 1979 »[...] [W]e want to give so many of our people the chance to own their own homes and to become a genuine property-owning democracy.« Margaret Thatcher, Rede vor konservativen Gewerkschaftern in London, 29. 4. 1979, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/104053> [10. 5. 2018].

¹⁸⁷ Vgl. Geppert, Thatchers konservative Revolution.

sondern vielmehr in einer radikalen Abkehr von den Annahmen des gemäßigten Toryismus nach 1945 und schließlich in der Auflösung der britischen Nachkriegsordnung des *post-war consensus* als britischer Spielart des Konsensliberalismus.¹⁸⁸

In der thatcheristischen Marktsprache kulminierte die langanhaltende konservative Kritik an dem in der Konsenspolitik festgeschriebenen Verhältnis von Markt und Staat. Mit ihr erlangte die konservative Begriffstradition des freien Marktes allerdings eine neue Qualität, indem sie ihre Annahmen radikalisierte. In dem diskursiven Vakuum, das Heath nach seinen Wahlniederlagen im Februar und im Oktober 1974 hinterlassen hatte, konnten die Grenzen des Sagbaren neu gezogen werden. Der zwischen 1970 und 1974 verfolgte Politikansatz hatte massiv an Plausibilität in der Partei eingebüßt. Konservative Intellektuelle und Unterstützer der Tory-Partei wie der Historiker Robert Blake und der spätere Bildungsminister der Regierung John Major, John Patten, schrieben unter dem Eindruck des Neuorientierungsprozesses der Konservativen, die Partei gehe durch »a period of major rethinking for the first time since 1945–50.«¹⁸⁹ Der einstige Mehrheitsdiskurs war im Auflösen begriffen und die thatcheristische Marktsprache gewann die Deutungshoheit im Parteidiskurs. Mit ihr wurde ein neuer, markt-radikaler Konsens etabliert, der schließlich ab 1979 handlungsleitend für die britische Regierungspolitik wurde.

Im Zentrum der antikollektivistischen Rhetorik des Thatcherismus stand der Staat als »Machtblock«, der mittels eines radikalen Populismus in einen Gegensatz zu »people«, zu den populären Bedürfnissen, Gemütslagen und Bestrebungen, gesetzt wurde.¹⁹⁰ Thatcher und ihre Mitstreiter wurden nicht müde, diesen Gegensatz zu betonen. 1979 bildete er ein Leitmotiv der Konservativen im Wahlkampf: »Conservatives think ordinary people are better judges of how to spend their money than politicians. [...] We have a simple rule to guide us. Whenever there's an argument about whether the State or the individual should decide, we give the benefit of the doubt to the individual«, schrieb Thatcher in einem Zeitungsartikel im Mai 1979 und fragte: »For what is the real driving force in society? It's the desire for the individual to do the best for himself and his family. People don't go out to work for the Chancellor of the Exchequer. They go out to work for their family, for their children, to help look after their parents.«¹⁹¹ Diese

¹⁸⁸ Dominik Geppert nimmt diese Präzisierung auch selber vor. »Die eigentliche konservative Revolution«, so Geppert in einem später erschienenen Aufsatz, »bestand im Niedergang der Nachkriegsordnung des Konsensliberalismus«. Geppert, *Konservative Revolutionen?*, S. 272.

¹⁸⁹ So in ihrer Einleitung des Sammelbands *Robert Blake/John Patten* (Hrsg.), *The Conservative opportunity*, London 1976, S. 1.

¹⁹⁰ Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 75 ff.

¹⁹¹ Margaret Thatcher, »people Create not destroy«, Artikel in der *Yorkshire Post*, 1. 5. 1979, URL: www.margaretthatcher.org/document/104058 [6. 5. 2018]

Antistaatssemantik traf einen Nerv, sprach sie doch antikollektivistische Ressentiments an, die durchaus klassenübergreifend in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden waren. Ende der 1970er-Jahre bemerkte ein scharfsinniger Beobachter der »Neuen Linken«: »In the absence of any fuller mobilization of democratic initiatives, the state is increasingly encountered and experienced by ordinary working people as, indeed, not a beneficiary but a powerful, bureaucratic imposition.«¹⁹²

Dem populistischen Antikollektivismus der Thatcheristen wohnte zudem ein weiterer argumentativer Vorteil inne. Er griff den politischen Gegner auf einem Feld an, auf dem dieser wenig entgegenzusetzen hatte. Die Labour Party war nicht nur als Regierungs-, sondern auch als sozialistische beziehungsweise sozialdemokratische Partei Repräsentant des Staates und wurde als solcher wahrgenommen. Nach sozialistischem beziehungsweise sozialdemokratischem Verständnis bildeten sozialstaatliche Expansion und (indirekte) staatliche Wirtschaftskontrolle wesentliche Mittel zur weiteren Etablierung gerechter und demokratischer Verhältnisse. Somit befand sich die Labour Party gleichsam unausweichlich auf der Seite »des Staates«, während sich die marktradikalen Tories außerhalb desselben und auf der Seite »des Volkes«, im thatcheristischen Sinne der einzelnen Individuen, positionierten konnten: »Under Labour the role of the State would be totally dominant [...]. Under Conservatives the function of the State is to allow people to live their own lives and develop in their own way, subject to a strong rule of law. I would say that we have the moral case; because the moral case is that an individual should develop his own character, and responsibility by making choices. Choice is what a Labour Government progressively denies people each and every time it gets into power. It takes the choice away from the citizen and adds to the State.«¹⁹³

Die thatcheristische Antistaatssemantik lief darauf hinaus, dem Staat nur in Bereichen Handlungsbefugnisse einzuräumen, in denen das Individuum nicht selbst zu handeln imstande war. Im Zweifelsfall müsse man sich immer für das Individuum und gegen den Staat entscheiden, machte die Parteichefin deutlich. »We have a simple rule to guide us. Whenever there's an argument about whether the State or the individual should decide, we given the benefit of the doubt to the individual. We believe that the very essence of freedom is individual responsibility – and we trust the creative majority to take sensible decisions for themselves and their families.«¹⁹⁴ Für den Bereich des Wirtschaftslebens lief dies allerdings zweifellos auf eine radikale Beschneidung der Kompetenzen des Staates zugunsten

¹⁹² Hall, *The Great Moving Right Show*, S. 18.

¹⁹³ Margaret Thatcher, General Election Press Conference, 27.4.1979, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/104046> [10.10.2018].

¹⁹⁴ Margaret Thatcher, Artikel für die *Yorkshire Post*, 1.5.1979, URL: <http://www.margareth-theratcher.org/document/104058> [10.10.2018].

des freien Spiels der Marktkräfte hinaus.¹⁹⁵ Das hier zum Ausdruck kommende Staatsverständnis stand in einer spezifisch englischen Tradition. Es unterscheidet sich vom deutschen, an Hegel angelehnten Staatsbegriff fundamental, wie Dominik Geppert betont hat.¹⁹⁶ Für Hegel war das Einzelinteresse des Individuums nicht »letzter Zweck«. Vielmehr musste es eine übergeordnete Institution geben, die das allgemeine Gute der Gemeinschaft und den subjektiven Willen des Einzelnen in Einklang zueinander brachte. Dies war für ihn der wohlgeordnete Staat, in dem das Interesse des Einzelnen mit dem Allgemeininteresse verschmolz.¹⁹⁷ Im thatcheristischen Staatsverständnis erscheint der Staat im Unterschied zum Individuum nicht gottgegeben, sondern als ein Teil unter vielen Teilen der Gesellschaft, als welcher er seine Existenz durch konkrete Notwendigkeiten permanent zu rechtfertigen hatte.¹⁹⁸ Der Staat erscheint in der thatcheristischen Marktsprache keinesfalls als allgemeines Gut, sondern bezeichnet immer nur die Regierung, die sich aus Politikern und Beamten zusammensetzte. Entsprechend gebrauchte Thatcher die Begriffe »Staat« und »Regierung« (»state« and »government«) stets synonym.¹⁹⁹

Gleichzeitig transportierte die thatcheristische Marktsprache eine Zustandsbeschreibung der britischen Gesellschaft, die weit entfernt davon war, die kreativen Potenziale der Individuen freisetzen zu können; im Gegenteil: In einem schleichenden Prozess sei durch die stete Ausweitung der Staatsaufgaben in der Nachkriegszeit die individuelle Freiheit immer mehr in Gefahr gebracht worden, so der Tenor der Thatcheristen.²⁰⁰ Dadurch habe sich die Nation von sich selbst entfremdet: »Many of our troubles stem from the fact that in recent years we

¹⁹⁵ Die Forschung hat deutlich gemacht, dass pauschal nicht von einem schwachen Staat in der Staatskonzeption Thatchers gesprochen werden kann. Während der Staat im Wirtschaftsleben und in der Wohlfahrt in seinen Kompetenzen beschnitten wurde, wurde er im Bereich der inneren und er äußeren Sicherheit gestärkt. Vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 108–123; Vgl. auch *Daniel Hildebrand*, Die Geschichtlichkeit des Ahistorischen. Der moderne Staat als evolutionärer kultureller Zusammenhang, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 90, 2008, S. 51–78, hier S. 65 f. Für Andrew Gamble waren »freie Wirtschaft« und »starker Staat« gleichfalls Bestandteile des Thatcherismus – eine nur auf den ersten Blick paradoxe Mischung, erforderten doch die Einhaltung der Regeln sowie die Verteidigung der »outputs« des freien Marktes einen standhaften Staat. Vgl. *Andrew Gamble*, *The free economy and the strong state. The politics of Thatcherism*, Durham 1988.

¹⁹⁶ Zum Folgenden vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 108.

¹⁹⁷ Zu Hegels Staatsverständnis vgl. sein staatsphilosophisches Hauptwerk: G. W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, EA 1821, in: *Werke* 7, hrsg. v. Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel, Frankfurt am Main 1986, hier: § 183, S. 340; vgl. auch *Walter Pauly*, Hegel und die Frage nach dem Staat, in: *Der Staat* 39, 2000, S. 381–396, hier S. 392.

¹⁹⁸ *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 108.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Vgl. auch ebd., S. 113.

haven't been true to ourselves; true to our tradition of independence – largely because we've been encouraged not to be«, monierte die Parteichefin in einem Wahlwerbespot 1979. »I've never believed that this country is a naturally socialist country. We're an independent people; we don't take easily to having more and more of our lives decided for us by the State. We don't take kindly to being pushed around.«²⁰¹ Der Staat war dabei kein Erschaffer von Wohlstand, sondern lediglich Wohlstandsverbraucher und -umverteiler. Nur das Zusammenspiel der freien Individuen im Marktgeschehen konnte Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen. »Tories [...] know that the business of wealth-creation is essentially a human process«, schrieb Thatcher in einem Artikel für den *Daily Express* im Mai 1979, »[i]t is based on the ideas of individual men and women, their skills, energy and inventiveness – and the sheer risk-taking courage – with which they turn those ideas into factories, providing genuine jobs.«²⁰²

Wie Joseph griff auch Thatcher in ihrer Argumentation explizit auf die Axiome des klassischen Liberalismus, insbesondere auf Adam Smith, zurück.²⁰³ In *The Wealth of Nations* hatte der schottische Ökonom und Moralphilosoph die Vorstellung entwickelt, der Eigennutz der Individuen im Marktgeschehen mehr den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand. Von der »unsichtbaren Hand« geleitet, fördere der Einzelne das Interesse der Gemeinschaft gerade dadurch, dass er aus egoistischen Motiven seine Erträge zu steigern versuche.²⁰⁴ Auch für Thatcher, die sich auf der Gedenkveranstaltung für den im Sommer 1970 verstorbenen Iain Macleod direkt auf Adam Smith bezog, ergab sich das Gebot der Begrenzung des Staates aus der menschlichen Natur selber. Smith, den Thatcher der anwesenden Londoner Parteijugend zur Lektüre empfahl, habe treffend beschrieben, »how the interplay between the self-interest of many can further the mutual interest of all.«²⁰⁵ Wie allen individuellen Entscheidungen sei auch den freien Entscheidungen der Individuen am Markt eine moralische Dimension beizumessen: »There is no hard and fast line between economic and other forms of personal responsibility

²⁰¹ Margaret Thatcher, Wahlwerbespot der Konservativen Partei, 30.4.1979, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/104055> [6.5.2018].

²⁰² Margaret Thatcher, »We cannot prosper with dud cheques«, Artikel in *Daily Express*, 1.5.1979, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/104056> [6.5.2018].

²⁰³ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 125 f.

²⁰⁴ Das Individuum »[...] intends only his own gain, and he is in this, as in many other cases, led by an invisible hand to promote an end which was no part of his intention. Nor is it always the worse for the society that it was no part of it. By pursuing his own interest he frequently promotes that of the society more effectually than when he really intends to promote it«, so heißt es bei *Adam Smith*, *The Wealth of Nations*, hrsg. von Edwin Cannan, New York 2003 (zuerst 1776), S. 572.

²⁰⁵ Margaret Thatcher, Rede vor den Greater London Young Conservatives (Iain Macleod Memorial Lecture. »Dimensions of Conservatism«), 4.7.1977, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/103411> [18.9.2018].

to self, family, firm, community, nation, God. Morality lies in choosing between feasible alternatives.«²⁰⁶

Als widernatürlich und amoralisch erscheint in der thatcheristischen Marktsprache hingegen der entwickelte Wohlfahrtsstaat. »We know the immense sacrifices which people will make for the care of their own near and dear – for elderly relatives, disabled children and so on, and the immense part which voluntary effort even outside the confines of the family has played in these fields«, betonte die Parteichefin in ihrer Rede über »Christentum und Politik« im März 1978. Würde man den Menschen mit der Vorstellung leben lassen, dass er all diese privat wahrgenommenen Tätigkeiten an Beamte und öffentliche Institutionen delegieren könnte, beraube man ihn seiner persönlichen moralischen Verantwortlichkeit und Menschenliebe, was einer christlichen Gesellschaft widerspreche: »You will dry up in them the milk of human kindness.«²⁰⁷ Dass der radikale Antikollektivismus der thatcheristischen Marktsprache auch aus dem Begriff des Christlichen hergeleitet werden konnte – wie die besagte Rede Thatchers zeigt – ist mit Martina Steber auf eine »Rekodierung des Christlichen« in der politischen Sprache der britischen Konservativen seit Mitte der 1960er-Jahre zurückzuführen, in deren Folge die christliche Lehre von der Solidarität mit dem Nächsten radikal individualisiert wurde.²⁰⁸

Ebenfalls ins Grundsätzliche trieb Alfred Sherman, Direktor des *Centre for Policy Studies* (CPS) und einflussreicher Zuarbeiter bei der Formulierung der markt-radikalen Sprache der britischen Konservativen, die Staatskritik. Für den Verbündeten Josephs und Berater Thatchers war der Staat nicht in erster Linie Diener der Gesellschaft, sondern immer potenzielle Gefahr. Er stand der Gesellschaft entgegen und beraubte sie ihres innovativen Potenzials. »There appears to be an historical law«, schrieb er in einem seiner zahlreichen Redeentwürfe, »going back to the earliest civilisations, through classical antiquity, the Middle Ages, the Renaissance and modern times. When the state grows to powerful in relation to society, it begins to grow by its own momentum, and sucks society dry, not only of wealth, but of initiative, mental and spiritual energy, the power to innovate, the will to improve and preserve. And when society weakens, and falters, the state which rests

²⁰⁶ Vgl. ebd.

²⁰⁷ Margaret Thatcher, »I Believe. A Speech on Christianity and Politics«, Rede St. Lawrence Jewry, City of London, 30. 3. 1978, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 1/17/48.

²⁰⁸ Im Unterschied zum Konservatismus des *middle way* Harold Macmillans, in dem das Soziale aus dem christlichen Gebot der Nächstenliebe hergeleitet worden war, fehlte der Bezug auf das Christentum in der politischen Sprache der konservativen Parteiführung seit dem Amtsantritt Edward Heaths gänzlich. In diese Leerstelle stießen die Kritiker Heaths, die sich »den an den Rand gedrängten Christentumsbegriff aneignen und in ihrem Sinne deuten konnten.« Steber, Die Hüter der Begriffe, S. 62, S. 362.

on it feeds on it cannot long survive it. The parasite cannot survive the host it destroys. The nation collapses.«²⁰⁹ In dieser fundamental anti-etatistischen Semantik liegt die Privatisierungspolitik begründet, die in der Regierungszeit Thatchers zu einem der wichtigsten Projekte ihrer politischen Agenda wurde.

1.2.4 Der konservative Diskurs um *Denationalisation*

Die umfassende Privatisierung von Staatsunternehmen in den 1980er-Jahren bildet ein markantes Beispiel dafür, wie sich die ab Mitte der 1970er-Jahre im Marktdiskurs der Konservativen Partei vollzogenen Grenzverschiebungen im Verhältnis zwischen Markt und Staat auf der Ebene konkreten Regierungshandelns manifestierten. Deshalb soll dieser Aspekt hier näher beleuchtet werden.

Großbritannien wurde zum Vorreiter bei der Privatisierung von Staatskonzernen. Insgesamt 40 Staatsunternehmen wurden in der Amtszeit Margaret Thatchers in Privatbesitz überführt. Bei Ausscheiden der Premierministerin aus dem Amt waren von den alten Staatsunternehmen nur noch die Kohlebergwerke und die Eisenbahnen übrig, die dann in der Regierungszeit ihres Nachfolgers John Major privatisiert wurden.²¹⁰ Damit war die von der Labour Party nach 1945 initiierte Verstaatlichungspolitik rückgängig gemacht; die *mixed economy*, jene Wirtschaftsverfassung bestehend aus einer Mischung aus Privat- und Staatswirtschaft, die einen Pfeiler des britischen Nachkriegskonsenses dargestellt hatte, existierte nicht mehr.

Die Tatsache, dass die großen Privatisierungsprojekte nicht am Beginn der Thatcher-Ära standen, sondern erst in der zweiten und dritten Amtszeit Thatchers forciert wurden²¹¹, ist bisweilen so interpretiert worden, dass Privatisierung als politisches Projekt im Marktdiskurs der Konservativen ab Mitte der 1970er-Jahre zunächst noch keine bestimmende Qualität gehabt habe. Erst während der Regierungszeit Thatchers sei sie auf die politische Agenda gesetzt worden.²¹² Die Analyse des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren zeigt

²⁰⁹ Alfred Sherman, »The Ethnics of Economic Recovery«, Redentwurf für Margaret Thatcher, o.D. [1980], in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 1/13/17.

²¹⁰ Vgl. Geppert, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 51

²¹¹ Anfangs standen zunächst kleinere Branchen wie das Transportunternehmen *National Freight Corporation* und die Eisenbahnhotels auf der Privatisierungsagenda. Den Startpunkt groß angelegter Entstaatlichungen markierte der Börsengang von *British Telecom* (BT) im Jahr 1984, bevor Ende der 1980er-Jahre die großen Versorgungsunternehmen für Gas, Wasser und Elektrizität in Privatbesitz überführt wurden. Vgl. ebd., S. 52.

²¹² Vgl. das Kapitel »Privatization« in Peter Riddell, *The Thatcher decade. How Britain has changed during the 1980s*, Oxford 1989, S. 87–112 sowie John Campbell, *The Iron Lady, Margaret Thatcher*, Bd. 2, London 2003, S. 236.

jedoch, dass es in der Diskussion über die Staatsindustrien und den Umgang mit ihnen bereits ab Mitte des Jahrzehnts zu gravierenden diskursiven Grenzverschiebungen kam. In der Forschung ist bereits darauf hingewiesen worden, dass es für eine *historische* Erklärung der Vorreiterrolle Großbritanniens bei der Privatisierung nicht ausreicht, allein auf die 1980er-Jahre abzuheben.²¹³ Wie mit Blick auf die innerparteilichen Auseinandersetzung über die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat, die Thatcher und ihre Mitstreiter vorantrieben, deutlich wird, wurde »Entstaatlichung« (*denationalisation*) – dieser Begriff wurde zunächst von den Protagonisten bevorzugt – früh zu einem Leitmotiv. Somit hatte die später von der Thatcher-Regierung vollzogene Privatisierungspolitik ihre Wurzeln in dem sich seit Mitte der 1970er-Jahre radikalierenden Marktdiskurs der britischen Konservativen. Dass Großbritannien mit der von der Regierung Thatcher verfolgten, großangelegten Privatisierungspolitik der 1980er-Jahre zum »Vorreiter der Privatisierung« wurde, hing dabei gerade mit semantischen Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen zusammen, an die die britischen Konservativen vor dem Hintergrund veränderter ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen ab Mitte der 1970er-Jahre anknüpften. Die umfangreiche Privatisierungspolitik erfolgte auf der Grundlage von weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs der Tory-Party während der »Inkubationszeit« des Thatcherismus. Sie waren Resultat einer Wiederbelebung einer traditionellen Marktbegrifflichkeit, die von der Konsenspolitik der britischen Nachkriegsordnung überlagert worden war. Die bereits ausführlich behandelte Krise der britischen Nachkriegsordnung bildete gleichsam die »äußere« Voraussetzung dafür, dass die Begriffstraditionen einer konservativen Marktsprache seit Mitte der 1970er-Jahre ins Zentrum des Marktdiskurses der konservativen Partei rücken und ihre marktradikalen Kräfte das Projekt Privatisierung auf die politische Agenda setzen konnten.

Wie bereits herausgearbeitet wurde, war eine konservative Sprache, die Ausdruck der prinzipiellen Ablehnung von staatsinterventionistischen Eingriffen in das Marktgeschehen war, auch nach 1945 nie vollends verstummt. Obwohl die Konservative Partei nach ihrer Rückkehr an die Regierung im Jahr 1951 die von der Labour-Regierung nach 1945 geschaffene gemischte Wirtschaftsverfassung aus Privat- und Staatsunternehmen akzeptiert hatte, wurden generelle Vorbehalte gerade gegenüber der *mixed economy* weiterhin artikuliert. Schon die *Industrial Charter* des Jahres 1947 hatte eine prinzipielle Ablehnung der Staatsbetriebe enthalten: »We are opposed to nationalisation in principle«, wurde erklärt und weiter hieß es: »If all industries were nationalised Britain would become a totalitarian country. If only a few industries are nationalised, they become islands of monopoly and privilege in a diminishing sea of free enterprise [...]. Moreover [...]

²¹³ So Geppert, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 53f.

the bureaucratic method is highly inefficient when applied to business matters.«²¹⁴ 1956 unter Anthony Eden und 1959 unter Harold Macmillan waren Arbeitsgruppen eingesetzt worden, die Reformen bei den Staatsindustrien prüfen sollten.²¹⁵ Auch wenn keine konkreten Vorschläge einer Entstaatlichungspolitik unterbreitet wurden, zeugen ihre Berichte von einem steten Misstrauen gegenüber dem Staatssektor. Es wurden Pamphlete gedruckt, die mehr Wettbewerb und ein größeres Vertrauen in die Kräfte des Marktes forderten. Eine Arbeitsgruppe in der parteieigenen Forschungsabteilung verfasste ein Dokument mit dem Titel *Everyman a Capitalist*, ein zum Zeitpunkt seines Erscheinens, 1959, anachronistisch anmutender Titel.²¹⁶ In den 1950er- und 1960er-Jahren existierte also an der Parteibasis und in den unteren und mittleren Funktionsrängen eine stetige Grundströmung, die dem offiziellen Marktdiskurs widersprach und die gemischte Wirtschaftsordnung aus politischer Überzeugung als sozialistische Verirrung ablehnte.²¹⁷

Das Streben nach einem radikalen Bruch mit der gemischten Wirtschaftsordnung dominierte den Marktdiskurs der Konservativen Partei zu Beginn der 1970er-Jahre noch nicht, aber im Verlauf der 1960er-Jahre war das konservative Misstrauen gegenüber den Staatsbetrieben gewachsen. Die Strategiepapiere des *Conservative Research Department* hielten sich Ende der 1960er/Anfang der 1970er-Jahre zwar mit der Formulierung konkreter Maßnahmen zurück, sprachen sich aber für »mehr Markt« und Wettbewerb aus. In seiner Funktion als Vorsitzender des *Party's Advisory Committee* hatte Edward Heath im Juli 1967 eine *Policy Group on Nationalised Industries* aufgestellt und Nicholas Ridley mit der Leitung der in der parteieigenen Forschungsabteilung angesiedelten Arbeitsgruppe betraut. Als Aufgabe war formuliert worden, »[t]o consider future policy regarding the existing nationalised industries, the scope for denationalisation and the conditions required for the proper management of the industries remaining nationalised in a competitive economy.«²¹⁸ »There is clearly a lot wrong with the nationalised industries«, hieß es in einem Bericht der Arbeitsgruppe vom Juli 1968. In der öffentlichen Wahrnehmung sei das Gefühl weit verbreitet, dass die verstaatlichten Industrien teuer und ineffizient seien. Worauf sich der Bericht aber in erster Linie konzentrierte, waren Vorschläge zur Reform der bestehenden Staatsindustrien zwecks Effizienzsteigerung, denn »[w]hatever is done about de-

²¹⁴ The Industrial Charter, Conservative and Unionist Central Office, Mai 1947, abgedr. in: *Stuart Ball* (Hrsg.), *The Conservative Party since 1945*, Manchester 1998, S. 105 f.

²¹⁵ Vgl. *Geppert*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 54; *Green*, Thatcher, S. 86–89.

²¹⁶ Vgl. *Toby Low*, *Everyman a Capitalist* (CPC, 201), London 1959.

²¹⁷ Vgl. *Geppert*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 55.

²¹⁸ Report of the Policy Group on Nationalised Industries, 11.7.1968, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 3/17/12.

nationalisation, it is clear that a large public sector of industry will remain.« Allerdings sprach sich die Arbeitsgruppe grundsätzlich für eine Reduzierung des öffentlichen Sektors aus. In einem anderen Bericht vom Mai 1968 hieß es: »[There is] a very strong case for embarking on a course of gradually dismantling the public sector.«²¹⁹

Die einzige Möglichkeit, die Effizienz der staatlichen Industrien zu steigern, sei besseres Management. Der Staat sollte mehr als Unternehmer denn als Verwalter und Wachstumsförderer auftreten. Ziel der Konservativen Partei sollte es dementsprechend sein, Reformen zur Herstellung der Bedingungen für besseres Management auf den Weg zu bringen. Als konkrete Maßnahme schlug der Bericht eine jährliche Direktive (*annual directive*) vor, die die Zielvorgaben der Regierung für jede einzelne Industrie festschrieb. Diese Direktive sollte sodann bindend sein, aber auch festschreiben, dass die jeweilige Industrie keine weiteren Instruktionen der Politik akzeptieren würde, insbesondere im Bereich der Löhne und Gehälter.²²⁰ Um politischen Druck und Einfluss weiter abzuwenden, sollte zudem ein »Buffer« zwischen Staat und Industrie in Form einer Holdinggesellschaft eingeführt werden, die als »Eigentümer« (*owner*) aller Industrien der jeweiligen Branche fungieren, die Manager berufen, ihre Gehälter festsetzen und erfolglose Manager entlassen sollte.

Der zweite Teil dieses Berichts stellte dann explizit »*denationalisation*« als Lösung des Effizienzproblems vor. In der eigenen Partei gebe es das Bedürfnis, den öffentlichen Sektor zu reduzieren, und auch Umfragen zeigten eine breite Ablehnung der Bevölkerung gegen weitere Verstaatlichungen. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass »[...] many feel we should not disturb the >status quo<, that it is more important to improve the industries's performance than to enter on the politically contentious ground of denationalisation.«²²¹ Ungeachtet solcher politischer Bedenken war für Ridley klar, dass sich der Staatssektor auf schädliche Weise den Gesetzen des Marktes entzog. So sei es in staatseigenen Industrien strenggenommen unmöglich, das Effizienzproblem zu lösen: »[I]f losses will always be made up by the taxpayer and capital provided by the State, then the concept of >fair< competition [...] becomes meaningless.«²²² Entstaatlichung sollte erwogen werden, allerdings »[...] out of a thorough study of how to improve present performance, and not for any doctrinaire reasons.«²²³ Dabei kämen zu-

²¹⁹ Report of the Policy Group on Nationalised Industries, o.D. [Mai 1968], in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 3/17/2.

²²⁰ Report of the Policy Group on Nationalised Industries, 11.7.1968, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 3/17/12, Paragr. 31–33.

²²¹ Ebd., Paragr. 123–125.

²²² Ebd., Paragr. 60.

²²³ Ebd., Paragr. 63.

nächst solche Industrien infrage, deren Verkauf kein Monopolproblem entstehen lassen würde, weil Wettbewerb intern oder international sichergestellt werden könne. Genannt wurden die Kohle- und Stahlindustrie, die Luftfahrt, der Busverkehr, die Eisenbahn sowie die Schifffahrt. Für den Fall einer Rückkehr der Partei in die Regierung empfahl der Bericht zunächst den Verkauf der staatseigenen Betriebe in der Stahl- und Luftfahrtindustrie.²²⁴

Die von Ridleys Arbeitsgruppe initiierte Offensive stieß auf keine große Resonanz bei Edward Heath und seinem Schattenkabinett. Die »*mixed economy*« war im Marktdiskurs der *One-Nation*-Konservativen angelegt.²²⁵ Im britischen Nachkriegskonsens war die Auffassung weit verbreitet, dass staatliche Planung dem freien Spiel der Märkte überlegen sei. Diese parteiübergreifende Annahme stützte sich auf die öffentliche Meinung. Die gemischte Wirtschaftsverfassung und der Wohlfahrtsstaat galten den Briten als Errungenschaft des gemeinsam von allen Schichten der Bevölkerung errungenen Sieges im Zweiten Weltkrieg.²²⁶ Es kam also das strategische Bedenken hinzu, durch unpopuläre Entstaatlichungsprojekte breite Wählerschichten zu verschrecken. »We must avoid taking up our early years in office with endless battles on this issue«, lautete die von Ian Macleod formulierte Haltung des Schattenkabinetts.²²⁷

Ridley, der zunächst zusammen mit John Davies als Juniorminister im neugeschaffenen *Department of Trade and Industry* in der Regierung beschäftigt wurde, war weitgehend isoliert und räumte angesichts des interventionistischen Kurses 1972 sein Amt. Ungeachtet der ausbleibenden Resonanz der Parteiführung auf die Arbeit seiner Gruppe hatte er im Juni 1969 ein weiteres, »rein persönliches« Papier verfasst, das mit Blick auf die in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre vollzogenen semantischen Verschiebungen im Verhältnis zwischen Markt und Staat von Interesse ist. »Denationalization«, schrieb Ridley, »is an unpopular word. The electorate think that it is ›playing party politics‹. To talk about it is said to be bad for the ›morale‹ of those who work in Public Industry. Nevertheless, a substantial number of people, particularly Tories, (as evidenced in our public opinion poll) believe that we should do some denationalising. The politics of the matter appear to suggest that we should denationalise some industries but avoid using that word.«²²⁸

²²⁴ Ebd., Paragr. 64.

²²⁵ Vgl. auch *Taylor*, The Heath government, industrial policy and the ›new capitalism‹.

²²⁶ Vgl. *Geppert*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 58.

²²⁷ Ian Macleod auf dem Treffen des Leader's Consultative Committee am 24.7.1968, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, LCC 1/2/13.

²²⁸ Nicolas Ridley, 2nd Report on Nationalised Industries, 9.6.1969, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 3/17/7.

Die marktradikale Semantik, mit welcher Thatcher und ihre Mitstreiter die Privatisierungskampagnen der 1980er-Jahre vorbereiteten, war für den Marktdiskurs der Tories zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestimmend. Es zeigt sich aber, dass *denationalisation* Ende der 1960er/Anfang der 1970er-Jahre mit Blick auf die konstatierte Ineffizienz der Staatsbetriebe und unter dem Gebot einer Stärkung des marktwirtschaftlichen Elements im Staatsektor innerparteilich diskutiert wurde. Sie wurde als Lösungsansatz perspektivisch befürwortet. Ihre Befürworter sahen sie als genuin konservatives Anliegen, das seit langem von der Parteibasis artikuliert worden war. Bis Mitte der 1970er-Jahre drang dieses Anliegen gegen die Parteiführung nicht durch, deren Verständnis des Zusammenhangs von Markt und Staat in der *One-Nation*-Tradition stand – mit starken Vorbehalten gegen eine Aufkündigung der gemischten Wirtschaftsordnung.

Als die in der konservativen Parteitradition angelegte Marktsprache ab Mitte der 1970er-Jahre die Diskurshegemonie erlangte, gewann auch die Idee einer weitreichenden Entstaatlichung in der Konservativen Partei an Boden. Margaret Thatcher repräsentierte jene Grundströmung an der konservativen Basis, die der »*mixed economy*« seit jeher ablehnend gegenüber gestanden hatte. Die Repräsentanten dieser Strömung stießen nun in die Machtzentren der Partei vor und setzten Privatisierung, auch wenn der Begriff *privatisation* zunächst vermieden wurde, als politisches Projekt auf die Agenda. Thatcher berief ebenfalls eine *Policy Group on Nationalised Industries* (PGNI) ein und ernannte – bezeichnenderweise – den zuvor verstoßenen Nicholas Ridley zu ihrem Vorsitzenden.²²⁹ In einem Bericht der Arbeitsgruppe traten die semantischen Grenzverschiebungen nun deutlicher hervor: »There is obvious and intense public dissatisfaction with the services provided by the nationalised industries, their prices, and the lack of public accountability. There is no genuine protection for the consumer in his dealings with the nationalised industries, and there would be great political advantage in implementing a positive and effective policy in this field. [...] [O]ur proposals are founded on the self-evident truth that the Consumer and taxpayer are the same person, and that in neither capacity are they getting value for their money, or good service.«²³⁰

Es galt nun nicht mehr, die Staatsbetriebe im industriellen Strukturwandel zu schützen, vielmehr wurden die Interessen des »Konsumenten« und des »Steuerzahlers« in den Mittelpunkt gerückt. Es wurden jetzt nicht nur Ineffizienz des Wirtschaftens und Wettbewerbsverzerrungen durch die Staatsindustrien thematisiert, sondern auch die Nachteile des Konsumenten mit Blick auf die Qualität der

²²⁹ Vgl. *Adrian Williamson*, *Conservative Economic Policymaking and the Birth of Thatcherism, 1964–1979*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire etc. 2015, S. 139.

²³⁰ Report of Policy Group on Nationalized Industries and the Consumer, 8.4.1976, 2/6/1/158, zit. nach: *Green*, Thatcher, S. 91.

Produkte und Dienstleistungen sowie deren Preise. Die neuen Leitbegriffe lauteten *Value for money, good service* und *choice*.²³¹ In einem Strategiepapier, das die inhaltliche Aufstellung einer Untergruppe der PGNI, der »Policy Group on Nationalized Industries and the Consumer«, auslotete, hieß es: »The essence of the social market case against socialism is that bureaucracy and political intervention are of less use than the market. The consequence of this is that the best way for the consumer to control the nationalised industries is through his pocket.«²³² Ein Wortführer dieses diskursiven Shifts seit Mitte der 1970er-Jahre war Michael Heseltine, zunächst Mitglied im Schattenkabinett und späterer Umweltminister Thatchers. »The Conservative Party deplores the nationalisation threat«, erklärte Heseltine, »because the competition system in Britain gives the customer better value for money than any nationalised system ever could.«²³³

In seinen Ausführungen über den zukünftigen Umgang einer konservativen Regierung mit den Staatsindustrien für den *Daily Telegraph* erklärte Ridley: »The customers feel concern at the prices of the Nationalized Industries' products. They feel that they are bureaucratic and inefficient, and that they are insensitive to their needs as consumers.« »The evil is that there is no other source of supply. In the private sector this is called >monopoly<.« Im privaten Sektor habe man Anti-Monopolgesetze, aber gegen die echten und effektivsten Monopole, die nationalisierten Industrien, habe man keine Handhabe. In der Öffentlichkeit sei eine Abneigung dagegen spürbar. Die Tory-Partei müsse sich deshalb bemühen, die 30 Jahre lang wirkmächtige Argumentation für Staatsbesitz zu überwinden, »by policies of putting the interests of the consumer first, and making public industry belong to the public, not the state.«²³⁴ In einem Zwischenbericht der PGNI vom Juli 1976 hieß es dann: »Our discussions have brought us to the conclusion that there are defects in Nationalized Industries which exist because they are nationalised. [...] The only solution which would have dramatic effect would be to return the industries to the private sector.«²³⁵ Für die von Thatcher eingesetzte Arbeitsgruppe stellte sich nicht die Frage, *ob* der Staatssektor zerschlagen werden musste, sondern nur *wann* und *wie*.²³⁶

²³¹ Vgl. *Geppert*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 60.

²³² George Cardona, *The Nationalised Industries and the Consumer. Fundamental arguments about strategy*, 2.12.1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/25/5.

²³³ Michael Heseltine, MP, Opposition Spokesman on Environment, Rede im Conservative Central Office, 15.2.1978, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/25/11.

²³⁴ Nicholas Ridley, Ausführungen über nationalisierte Industrien (für den *Daily Telegraph*), o.D. [1977?], in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/25/7.

²³⁵ Zwischenbericht der PGNI, 9.7.1976, zit. nach: *Green*, Thatcher, S. 93.

²³⁶ So *Green*, Thatcher, S. 93.

Die Verschiebung des Marktdiskurses der Konservativen Partei ab Mitte der 1970er-Jahre kam also nicht »aus dem Nichts«, sondern stellte zunächst einen Rückgriff auf das liberale Element in der Partei und schließlich die Überhöhung einer diesem Element eigenen marktwirtschaftlichen konservativen Sprache dar, die in den Jahren des Nachkriegskonsenses kaum durchdrang, diesen nun aber auflöste. Schon zu Beginn der 1970er-Jahre hatte es Ansätze innerhalb der Konservativen Partei gegeben, das Thema *denationalisation* mit dem Gedanken der *property-owning democracy* zu verbinden. Die Wendung *property-owning democracy* war von Politikern der Konservativen Partei schon in den 1920er-Jahren verwendet worden. Erstmals gebraucht und konzeptionell ausformuliert wurde sie von Noel Skelton, Mitglied der Scottish Unionist Party, in einer Serie von Aufsätzen im *Spectator*.²³⁷ Unter dem Eindruck der bolschewistischen Revolution präsentierte er seine Ideen als explizite Antwort auf den Sozialismus, der Anziehungskraft auf die aufstrebende britische Arbeiterklasse ausübte. »Socialism fights on the broadest of fronts«, schrieb er 1923. Wenn die Konservative Partei nicht überholt werden wolle, müsse sie eine rigorose und populäre Alternative anbieten. »For the mass of the people – those who live mainly by the wages of industry – political status and educational status have outstripped economic status. The structure has become lopsided. It is therefore unstable. Until our educated and politically minded democracy has become predominantly a property-owning democracy, neither the national equilibrium nor the balance of life of the individual will be restored.«²³⁸ Skeltons Analyse zielte auf die Notwendigkeit, die für die Arbeiterklasse spürbaren Missstände aufzunehmen und auf die industrielle und politische Instabilität zu reagieren, indem »a real identification of interest between capital and labour« geschaffen wurde.²³⁹

Skeltons Ideen beeinflussten jene jüngere Generation von progressiven Tory-Politikern nach 1945, darunter Anthony Eden und Harold Macmillan, die die Partei in der *One-Nation*-Tradition führten und zu Trägern des britischen Nachkriegskonsenses wurden. Ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gelangte die Wendung erstmals 1946, nachdem sie Eden in seiner vielbeachteten Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei gebraucht hatte. Eden sprach sich für eine »nation-wide property-owning democracy« aus, wobei er zwischen dem sozialistischen Verständnis von Eigentum, »where everyone must rely on the State for his job, his roof, his livelihood«, und der konservativen Sichtweise, »that the ownership

²³⁷ Die Artikel sind als Buch wieder abgedruckt worden. *Noel Skelton, Constructive Conservatism*, Edinburgh 1924.

²³⁸ *Noel Skelton, Constructive Conservatism III: Problem and Principle*, in: *The Spectator*, 12. 5. 1923, S. 789.

²³⁹ *Ders., Constructive Conservatism IV: Democracy Stabilised*, in: *The Spectator*, 19. 5. 1923, S. 837.

of property is not a crime or a sin, but a reward, a right and a responsibility that must be shared as equitably as possible among all our citizens«, unterschied.²⁴⁰ Die Schaffung einer *property-owning democracy* wurde zu einem wichtigen ideologischen Motiv der Tories nach 1945. Dabei blieb allerdings meist unklar, wie man diese praktisch umsetzen sollte. Die Ideen Skeltons wurden nicht handlungsleitend; in den 1950er-Jahren konzentrierte sich die konservative Politik stattdessen auf die Förderung des Eigenheimbaus als Instrument zur Schaffung einer Gesellschaft, in der jeder Bürger ein Mindestmaß an Eigentum besitzen sollte.²⁴¹

Zu Beginn der 1970er-Jahre wurden in der parteieigenen Forschungsabteilung Möglichkeiten diskutiert, an das Leitmotiv der *property-owning democracy*²⁴² anzuknüpfen und den Themen Sparen und Mehrung des privaten Eigentums mehr Gewicht in der konservativen Agenda einzuräumen. Ein Arbeitspapier des *Conservative Research Departments* vom Januar 1969 stellte die Vorteile eines solchen Ansatzes für die Partei heraus: »The theme of saving and ownership is clearly recognisable as a Conservative theme. It follows on from our traditional defence of property, our belief in personal freedom and independence, and our desire to see a diffusion of power. The concept of a ›property owning democracy‹ is the natural antithesis of the socialist state.«²⁴³ In der Wiederbelebung des Motivs als genuin konservatives Anliegen erkannte man auch politstrategischen Nutzen: »In electoral terms, one of the Conservative Party's biggest handicaps is that we are considered to be a party of the rich while Labour always rates best as ›the party most likely to look after all classes‹. The theme of saving and ownership helps to fulfill the suggestion [...] that we should turn this weakness to our advantage by showing that our escape mechanism – home ownership, occupational pensions,

²⁴⁰ *Anthony Eden*, »A Nation-Wide Property Owing Democracy«, in: *Ders., Freedom and Order: Selected Speeches 1939–46*, London 1947, S. 420.

²⁴¹ Vgl. *Peter Weiler*, *The Conservatives' Search for a Middle Way in Housing*, in: *Twentieth Century British History*, 14, 2003, S. 360–390, hier S. 360f.

²⁴² Auch Teile der Labour Party strebten in den 1950er- und 1960er-Jahren die Schaffung einer *property-owning democracy* an. Für die »Revisionisten« in der Labour Party war sie mit der Vorstellung einer wohlfahrtsstaatlich organisierten Gesellschaft verbunden, in der privates Eigentum gerecht verteilt sein sollte. Im Unterschied zum konservativen Verständnis war die Vorstellung des »rechten« Labour-Flügels von *property-owning democracy* somit explizit mit egalitaristischen Idealen verbunden. Die Wendung fand auch Eingang in John Rawls »Theory of Justice«, wobei sie hier ebenfalls im Sinne eines mehr egalitaristischen Ansatzes gebraucht wird, als von den konservativen Initiatoren der Begriffswendung intendiert. Zur Geschichte des äußerst wandelbaren, mehrdeutigen Konzepts der *property-owning democracy* vgl. *Ben Jackson*, *Property-Owning Democracy: A Short History*, in: *Martin O'Neill/Thad Williamson* (Hrsg.), *Property-Owning Democracy: Rawls and Beyond*, Malden, Mass. 2012, S. 33–52.

²⁴³ *Saving and Ownership*, Arbeitspapier des Conservative Research Department, Januar 1969, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 3/7/26/38.

the security of savings – can be brought within the reach of all.«²⁴⁴ Darüber hinaus sei das Thema äußerst populär, denn »[e]very man would like to be an owner.« Während sich die 1950er- und 1960er-Jahre durch einen massiven Anstieg des Konsums und neuer Besitzmöglichkeiten ausgezeichnet hätten, stehe zudem zu vermuten, »[...] that during the coming years there will be an increasing desire for security [...] in a world of uncertainty and rapid change.«²⁴⁵

Neben einer Politik zur Förderung des Eigenheimbaus, gezielten Steuerkürzungen und dem Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge wurde empfohlen, dem Thema Kapitalbeteiligung durch Aktienbesitz mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dies würde ein besseres Verständnis des kapitalistischen Systems mit sich bringen und somit die Labour Party schwächen: »The wider the ownership the greater the understanding of the capitalist free enterprise system, the weaker the division in industry between >them< and >us<. And the wider the ownership the less support for the Labour Party.«²⁴⁶ In Anbetracht der bislang unklaren Haltung der eigenen Partei zur Entstaatlichung (*denationalisation*) und der Unpopularität des Themas – »The public is bored with the whole nationalisation/denationalisation argument«, hieß es im Arbeitspapier – wurde vorgeschlagen, die Entstaatlichungspolitik konsequent als Teilaspekt des Leitmotivs »savings and wider ownership« zu präsentieren. Daraus ergäben sich große Vorteile für die politische Kommunikation, »in being able to claim that we were converting so called >public ownership< into real ownership by the public.« And this approach would make it far harder for the Labour Party to threaten retaliation.«²⁴⁷

Die Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre in der Konservativen Partei diskutierte Möglichkeit, eine Privatisierungspolitik mit dem Gedanken der *property-owning democracy* zu verbinden und in der politischen Kommunikation offensiver zu vertreten, war zunächst im Sande verlaufen. Das zitierte Arbeitspapier sei von Edward Heath und Iain Macleod, dem ersten Schatzkanzler in Heaths Kabinett, zur Kenntnis genommen, aber nicht befürwortet worden, hieß es in einem beigelegten Schreiben der Forschungsabteilung.²⁴⁸ Unter Thatcher änderte sich dies. Unternehmens- und Gewinnbeteiligung wurden als konservative Motive wiederbelebt. In der thatcheristischen Marktsprache lag Privatisierung in der Konsequenz einer Vorstellung von kapitalistischer Gesellschaft, in der jeder Bürger Kapitalist sein sollte. Bezeichnenderweise wurde *property-owning democracy* nun umgewandelt in *capital-owning democracy*. »We would like to see the habit of

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Alle Zitate ebd.

²⁴⁸ Saving and Ownership, Notiz des Conservative Research Department, 28.7.1970, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 3/7/26/38.

personal capital cumulation, making vast numbers of people owners as well as earners, much more deeply ingrained in our society«, wurde in *The Right Approach to the Economy*, dem wirtschaftspolitischen Programmentwurf der Konservativen Partei des Jahres 1977, noch etwas zurückhaltend formuliert.²⁴⁹ Ein Jahr später klang es bei Thatcher selbst schon enthusiastischer: »We will create a nationwide capital-owning democracy, in which all our people will have the chance to save for themselves and for their families«. ²⁵⁰

Die Parole des »Volkskapitalismus« (*popular capitalism*), unter welcher die Privatisierungspolitik der 1980er-Jahre vorangetrieben wurden²⁵¹, klang hier bereits an. Der Parteichefin und ihren Mitstreitern ging es um nicht weniger als die Schaffung einer ausgedehnten kapitalistischen Mentalität durch die Änderung vormaliger Gewohnheiten und Einstellungen und die Einübung kapitalistischer Verhaltensmuster. »The more the ownership of capital is widespread, the faster the politically imposed penalties on capital returns will cease to be a ›popular‹ cause and become an unpopular one. [...] The pressure for a higher taxation and redistribution will be replaced by the demand for fairer returns on capital and a better income for the masses who own that capital«, so Energieminister David Howell im März 1980.²⁵² Wie der ehemalige Industrieminister Peter Walker sieben Jahre zuvor sprach auch Howell jetzt von einem *new capitalism*, der jetzt allerdings etwas gänzlich anderes bezeichnete als ein *One-Nation*-Wirtschaftsmodell, in dem ein aktiver und dynamischer Staat der Katalysator für industriellen Wandel sein sollte. »[T]he new capitalism, because it is widespread, removes the master-servant, two class relationship built into other forms of capitalism [...]. What we now are developing in Government is an approach which will encourage all workers to move out of the age of wage-subservience into an age of ownership and independence.« ²⁵³ Dabei ging es nicht mehr nur darum, die Macht der Gewerkschaften zu brechen und die unrentablen Staatsunternehmen wirtschaftlich effizienter zu machen. Vielmehr sollte die Labour Party und die Arbeiterbewegung im Ganzen geschwächt, ja

²⁴⁹ *Conservative Party*, *The Right Approach to the Economy*, London 1977, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/14/8.

²⁵⁰ Margaret Thatcher, Rede, Ulster Unionist Council, 19.6.1978, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103715> [12.5.2018].

²⁵¹ Im britischen Unterhaus erklärte Thatcher: »Just as we have made Britain a nation of home owners so it is the long-term ambition of this Government to make the British people a nation of share owners, too; to create a popular capitalism in which more and more men and women have a direct personal stake in British business and industry.« Vgl. Margaret Thatcher, Rede im britischen Unterhaus, 18.3.1986, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/109503>. Vgl. auch Dies., Interview für *The Times*, 24.3.1986, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/106206> [beide 12.5.2018]

²⁵² David Howell, Secretary of State for Energy, Rede vor der Bath Constituency Association CPC, 1.3.1980, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/24.

²⁵³ Ebd.

gewissermaßen überflüssig gemacht werden, indem aus Arbeitern Aktienbesitzer würden.²⁵⁴ Die *capital-owning democracy* zielte darauf ab, dem politischen Gegner die politische Basis zu entziehen, wenn aus einem in weiten Teilen klassenbewussten, gewerkschaftlich stark organisierten Proletariat nun individuelle Kapitalisten gemacht werden sollten, die geneigt waren, sich eher mit den Interessen anderer Eigentümer als mit ihrer »Klasse« solidarisch zu fühlen.

Die begriffliche und semantische Verschiebung von der *property-owning democracy* zur *capital-owning democracy* und der konservative Privatisierungsdiskurs insgesamt zeigen, wie in den 1970er-Jahren, der formativen Phase des Thatcherismus, Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten des britischen Konservatismus wirksam wurden, die von einer neuen konservativen Marktsprache weitergeführt und radikalisiert wurden. Großbritannien wurde in den 1980er-Jahren zum Vorreiter der Privatisierung, weil ihre konservativen Protagonisten in Zeiten gravierender ökonomischer Verwerfungen und in einem Klima der omnipräsenten Krise an eine traditionelle Marktsemantik anknüpfen konnten. Dass Großbritannien über die konsequente Privatisierungsagenda hinaus in den 1980er-Jahren zu einem Experimentierfeld einer marktradikalen Politik wurde, die auch die Macht der Gewerkschaften schließlich brechen und die organisierte Arbeiterbewegung nachhaltig schwächen sollte, lenkt die Aufmerksamkeit zudem auf einen weiteren Faktor diskursiver Grenzverschiebungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren: den diskursiven Einfluss des neoliberalen Netzwerks auf den Neuausrichtungprozess der Konservativen Partei. Doch bevor diesem auf der dritten analytischen Ebene ausführlich nachgegangen wird, stellt das folgende Kapitel zunächst die Frage nach Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie in den 1970er-Jahren und rückt damit die markanten Unterschiede zwischen dem britischen parteipolitischen Konservatismus und der deutschen Christdemokratie in den Blick.

2. Die deutsche Christdemokratie und die sprachliche Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft

Im innerparteilichen Erneuerungsprozess der CDU in den 1970er-Jahren wurden ebenfalls parteispezifische Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten wirksam. Die politisch-programmatische Neuausrichtung der deutschen Christdemokratie war indes in ihren Voraussetzungen und ihrer Stoßrichtung gänzlich anders gelagert als die der Mitte-Rechts-Partei jenseits des Kanals. Wie

²⁵⁴ Vgl. auch *Geppert*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, S. 63.

im Folgenden deutlich wird, zielten die christdemokratischen Erneuerer auf die Profilierung der CDU als fortschrittliche Reformpartei der Mitte ab und der Marktbegriff als solcher spielte eine weitaus geringere Rolle als bei den britischen Konservativen, wo die Neuausrichtung der Partei in den 1970er-Jahren mit einer neuen konservativen Marktsprache identisch war. In der innerparteilichen Diskussion um die Mitbestimmung, die gerade in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre einen Hauptschauplatz des christdemokratischen Marktdiskurses darstellte, werden für die CDU charakteristische konsensorientierte Muster der politischen Problembearbeitung deutlich, die auf spezifisch christdemokratische Begriffstraditionen zurückzuführen sind.

Im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie blieben das gesamte Jahrzehnt hindurch spezifisch christdemokratische Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten wirksam, die weitreichenden diskursiven Grenzverschiebungen entgegenwirkten. Die in den Sozialausschüssen organisierte christlich-soziale Tradition der christdemokratischen Volkspartei schrieb sich im Marktdiskurs der CDU bis in die 1970er-Jahre hinein fort. Sie bildete, wie die in der CDU ab 1973 geführte Debatte um ein Grundsatzprogramm zeigt, ein konstantes Korrektiv zu wirtschaftsliberalen Elementen in der Union, das einer Entgrenzung des christdemokratischen Marktdiskurses aus der eigenen Partei heraus entgegenwirkte. Die Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft, die von Beginn an von einer semantischen Offenheit und Ambivalenz geprägt gewesen war, strukturierte den christdemokratischen Marktdiskurs dauerhaft. Damit, so die zentrale These dieses Kapitels, waren weitreichenden Verschiebungen in Richtung »mehr Markt« im christdemokratischen Marktdiskurs Grenzen gesetzt.

2.1 Die Profilierung der CDU als »moderne Volkspartei der Mitte«

Die deutsche Christdemokratie befand sich bereits seit 1969 in der Opposition und sah sich damit fünf Jahre früher als die britischen Konservativen der Herausforderung gegenübergestellt, sich nach dem Verlust der Regierungsmacht strategisch und personell neu aufzustellen und eine programmatische Erneuerung einzuleiten. Wie bei den Tories war auch in der CDU nach dem Machtverlust ein diskursives Vakuum entstanden, in welchem die Perspektiven christdemokratischer Politik neu ausgelotet wurden. Den christdemokratischen Neuausrichtungsbestrebungen ging ein wahrgenommener Verlust der politischen Deutungshoheit an die Sozialdemokratie voraus, dem die christdemokratischen Erneuerer, die seit 1973 von dem neuen Parteivorsitzenden Helmut Kohl angeführt wurden, mit einer Strategie begegneten, die CDU als »moderne Volkspartei der Mitte« darzustellen. Bei aller Konfrontation mit der Sozialdemokratie bedeutete dies zu-

nächst auch, dass sich die Christdemokraten an der augenscheinlich erfolgreichen politischen Begrifflichkeit der SPD orientierten. Wie nicht zuletzt die christdemokratische Mitbestimmungsdiskussion zeigt, war der christdemokratische Marktdiskurs in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre vor allem auf eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in der »Arbeitnehmergeinschaft« gerichtet.

2.1.1 Machtverlust und christdemokratische Erneuerung

Die 1970er-Jahre stehen für die CDU sowohl für eine Fundamentalkrise als auch für eine Erneuerung.²⁵⁵ Das innerparteiliche Krisengefühl wurzelte in den politischen Anpassungsproblemen an die soziokulturellen Veränderungsprozesse der »langen« 1960er-Jahre.²⁵⁶ Die CDU sah sich neuen Herausforderungen gegenüber, denen mit den Rezepten aus den »Wirtschaftswunder«-Jahren nur schwer beizukommen war.²⁵⁷ Die Nachkriegszeit war zu Ende gegangen, Lebensstile und materielle Erwartungen änderten sich, ebenso das politische Klima und die politische Sprache. Die Erfolgsthemen der Nachkriegs-CDU, »Soziale Marktwirtschaft«, »Westintegration« und »Antikommunismus«, reichten nun nicht mehr aus, um politische Dominanz auszuüben.²⁵⁸ Während die CDU Schwierigkeiten hatte, sich von ihrem Image als Kanzlerpartei Konrad Adenauers zu lösen, war es der durch das Godesberger Programm erneuerten SPD gelungen, sich zunehmend als ernsthafte politische Alternative zu positionieren. Die Sozialdemokratie war Ende der 1960er-Jahre die moderne Reformpartei, die im Wahlkampf von 1969 erfolgreich mit Leitbegriffen wie »soziale Demokratie« und »Mitbestimmung« geworben und unterschiedliche Reformziele und -impulse unter der übergeordneten Idee der Modernisierung zusammengefasst hatte. In der Bundestagswahl 1972 verwies die SPD die Union erstmals auf den zweiten Platz. Damit war klar, dass der Verlust der Regierungsmacht des Jahres 1969 keinen einmaligen »Ausrutscher« darstellte, der sich bei nächster Gelegenheit beheben ließ. Vielmehr wurde den Christdemokraten jetzt unmissverständlich vor Augen geführt, dass die

²⁵⁵ Vgl. *Frank Bösch*, Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 296–309.

²⁵⁶ Zum soziokulturellen Wandel in den »langen« 1960er-Jahren vgl. *Schildt/Siegfried/Lammers*, (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*; *Frese/Paulus/Teppe* (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch*.

²⁵⁷ Vgl. *Daniel Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung von »1968«, in: Franz-Werner Kersting (Hrsg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 85–107, hier S. 85.

²⁵⁸ Vgl. ebd.

Ergebnisse der Wahlen von 1969 und 1972 Ausdruck eines »Trends« waren, »der seit 1953 unaufhaltsam die SPD nach oben geführt hat.«²⁵⁹

Dieser als »Genosse Trend«²⁶⁰ bezeichnete Aufschwung der SPD seit Ende der 1950er-Jahre rief innerhalb der Union ein ausgeprägtes Krisengefühl hervor. Nach dem »Schock der Bundestagswahl [1972]« müsse darüber nachgedacht werden, so Egon Lampersbach, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, »ob die Entscheidung eine rein zufällige Wahl war, oder ob es sich nicht doch um eine langfristige, d. h. um eine epochale Entwicklung in der Wählerentscheidung handelt.« Ihm sei klar geworden, »[...] daß ein sehr langfristiger Trend festzustellen ist, der die Wähler veranlaßt hat, eben in der entscheidenden Größenordnung von 3 oder 4 % ihre Stimme nicht mehr der CDU, sondern diesmal einer anderen Partei zu geben.«²⁶¹ Auch für den Bundesvorsitzenden der CDU und Unionskanzlerkandidaten Rainer Barzel stand nach der verheerenden Niederlage bei den Bundestagswahlen 1972 fest, »[...] daß die SPD uns überrundet hat, daß wir nicht mehr stärkste Partei sind mit der CSU zusammen.« Man müsse sich eingestehen, »daß die SPD auf dem Marsch ist, selbst allein Mehrheitspartei zu werden. Dies muß verhindert werden und dies wird eine unserer Hauptaufgaben, eigentlich die größte Hauptaufgabe sein.«²⁶²

Aus dieser inneren Krise heraus begab sich die CDU auf den Weg der personellen, organisatorischen und programmatischen Erneuerung.²⁶³ Es entbrannten innerparteiliche Auseinandersetzungen und Konflikte über die Frage, wie man auf den Machtverlust reagieren und den Weg der SPD zur alleinigen Mehrheitspartei stoppen konnte. Unmittelbar nach der Wahlniederlage beschäftigte sich der CDU-Bundesvorstand in einer Klausurtagung im Januar 1973 in einer Generaldebatte über eine neue Oppositionsstrategie mit der Frage, wie diese »Hauptaufgabe« zu lösen sei. Die Grundsätzlichkeit, mit der die Lage der Partei diskutiert wurde, zeigt, wie tief das innere Krisengefühl und die Verunsicherung saßen. Der frühere nordrhein-westfälische Kultusminister Paul Mikat begann seine Ausführungen, indem er seinen »Schlusssatz« vorwegnahm, »daß die CDU jetzt und in Zu-

²⁵⁹ Kurt Georg Kiesinger, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 4. 12. 1972, in: *Günter Buchstab* (Hrsg.), Barzel: Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, Düsseldorf 2009, S. 1050.

²⁶⁰ Der Ausdruck »Genosse Trend« ist seit der ersten Hälfte der 1960er-Jahre nachweisbar. Vgl. etwa Kommunalwahlen. Genosse Trend, in: DER SPIEGEL, 4. 11. 1964, S. 31 f.

²⁶¹ Egon Lampersbach, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 28. 1. 1973, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, S. 1207.

²⁶² Rainer Barzel, Lage nach der Bundestagswahl, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 20. 11. 1972, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, S. 1002.

²⁶³ Vgl. dazu grundlegend *Frank Bösch*, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002 sowie *Ders.*, Die Krise als Chance.

kunft eine entscheidende Rolle hat.« Um den Unmut der anwesenden Vorstandsmitglieder zu beschwichtigen, betonte er, er halte die Union »nicht für geschichtlich überholt«. Er wolle seinen Redebeitrag aber darauf verwenden, »was das vielleicht in Frage stellen könnte.« CDU und CSU seien in einer »exzeptionellen Lage der deutschen Geschichte« entstanden, in der es »betont kirchlich gebundenen Kreisen« im Unterschied zur Weimarer Republik möglich gewesen sei, »den Staatsaufbau entscheidend zu bestimmen.« Allerdings hätten Theoretiker schon Anfang der 1950er-Jahre deutlich gemacht, »daß diese Phase eine Phase des Übergangs sei, wo man nicht genau wisse, wohin es denn eigentlich wieder pendeln würde.«²⁶⁴ Es habe sich rasch gezeigt, »daß dieses geistige Klima überhaupt nicht ohne weiteres an die Lage vor 1933 anknüpfte, sondern Ausdruck einer Sondersituation war und daß mit einem Anknüpfen an die geistige, säkularisierte Klimabildung der Epoche vor 1933 zumindest gerechnet werden mußte.«²⁶⁵

Nicht nur der Fortgang der Tendenz der Säkularisierung nach 1945 sei es aber, wie Mikat nahelegte, der den aktuellen »Trend« zur Sozialdemokratie begründete. Mikat brachte diesen »Trend« auch mit der sozioökonomischen Ordnungsvorstellung der Union nach 1945 in Verbindung. Er führte aus: »[D]ie wichtige Idee der Sozialen Marktwirtschaft [ist] nicht innerhalb der CDU/CSU entstanden, sondern die Soziale Marktwirtschaft löste in rascher Folge eine vorher in der CDU zumindest virulente Phase der Übernahme von mehr aus dem christlichen Sozialismus heraus geprägten Vorstellungen ab [...].« Auf die Unruhe und Zwischenrufe der anwesenden Vorstandsmitglieder entgegnete Mikat, es handele sich bei seinen Ausführungen nicht um einen Angriff auf die Soziale Marktwirtschaft. Allerdings sei es, als »Ausdruck der Notwendigkeit, die damals existierte«, zu einer »Bezogenheit auf den materiellen Wiederaufbau des Gesamtgefüges«, zu einer »Einengung des Gesellschaftspolitischen auf den Bereich des unmittelbar Sozialpolitischen« gekommen, mit der Folge, dass die Lösungsansätze zu aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen »nicht von uns heraus entwickelt, sondern [...] weitgehend an uns herangetragen [wurden], und wir versuchten zu reagieren.«²⁶⁶ Um diese »ideologische Lücke«, wie Mikat in Anlehnung an den Frankfurter Politologen Iring Fetscher formulierte, zu schließen, müsse die Partei eine »Konkretisierung« ihrer »Wertvorstellungen« in einer sich verändernden Gesellschaft vornehmen. So könne nicht geaugnet werden, dass die »früher sogenannten sozialistischen Vorstellungen [...] in das Gemeingut eingegangen [sind].«²⁶⁷ Dies tangierte für Mikat auch das Verständnis der Menschen von den

²⁶⁴ Paul Mikat, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 27. 1. 1973, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, S. 1161.

²⁶⁵ Ebd., S. 1161 f.

²⁶⁶ Ebd., S. 1162.

²⁶⁷ Ebd., S. 1163.

Polen »Freiheit« und »Gleichheit«: »Ich glaube, daß heute an die Stelle des alten individualistischen Freiheitsbegriffes ein stärkerer Zug zunächst zu mehr Gleichheit, und zwar unter Umständen sogar in einem negativ nivellierendem Sinne, zu verzeichnen ist, den es aufzufangen gilt, ja, daß man glaubt, man könne seine individuelle Freiheit nur unter einem Mehr an Gleichheit realisieren.« Im Rahmen einer »gesellschaftlichen Ortsbestimmung« müsse man »das Problem der menschlichen Selbstbestimmung« prüfen.²⁶⁸

Norbert Blüm zielte für die Sozialausschüsse in eine ähnliche Richtung, indem er die bisherigen Leitbegriffe auf den Prüfstand gestellt sehen wollte: »Ich will [...] ein paar Fragezeichen hinter ein paar Begriffe setzen, die wir als Antworten begriffen haben. [...] Ich frage mich, ob die Antwort Soziale Marktwirtschaft, ob die Antwort humane Leistungsgesellschaft wirklich die Antwort ist, auf die diese Zeit wartet angesichts der wirtschaftlichen Dominanz, die in diesen Begriffen steckt. Und mir scheinen die eigentlichen gesellschaftlichen Fragen jenseits der materiellen Versorgung zu liegen. In einer Wohlstandsgesellschaft entstehen Nachfragen nach Sinn. Nachfragen, die in einer Gesellschaft, die mit ihren knappen Mitteln haushalten mußte, nicht so gestellt wurden. Das ist nicht eine Abwertung der Sozialen Marktwirtschaft und all ihrer Fragen. Nur, wenn die SPD mit dem Begriff »Qualität des Lebens« doch offenbar Absatz findet, dann weil dieser Begriff – ob er richtig ist oder falsch, sei dahingestellt – zumindest ein Signal setzt für eine Zone hinter dem Sozialprodukt. Ob wir dafür ein Zeichen haben und ob wir das ausreichend beantworten mit Sozialer Marktwirtschaft und humaner Leistungsgesellschaft, würde ich jedenfalls für meinen Teil für fraglich halten.«²⁶⁹

Auch für Johann Baptist Gradl hatte die CDU den Kampf gegen die Sozialdemokratie um die »Zeichen« verloren: »Wir haben leider nicht die Fähigkeit und das Glück gehabt, das, was wir ausdrücken wollen, in einer Weise zu formulieren, die werbend und wie ein Ohrwurm eindringend in das positive Unterbewußtsein der Masse gelangt.« Als Beispiel nannte Gradl den Begriff der Marktwirtschaft selbst, dieser sei ein »Blendwort«, er besage gar nichts.²⁷⁰ Ein zentrales Feld, auf dem für die CDU im Schlagabtausch mit dem politischen Gegner etwas zu gewinnen sei, sei die Mitbestimmung: »Ich glaube, daß hinter dem Problem Mitbestimmung sich eine ganz tiefe Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft verbirgt, die vergleichbar ist mit großen gesellschaftlichen Themen der Vergangenheit.« Die Mitbestimmung sei entscheidend dafür, dass die Menschen »sich als Gleiche in dieser neuen zukünftigen Gesellschaft in unserem Lande zumindest verstehen

²⁶⁸ Ebd., S. 1164.

²⁶⁹ Norbert Blüm, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 28. 1. 1973, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, S. 1216.

²⁷⁰ Johann Baptist Gradl, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 28. 1. 1973, in: ebd., S. 1220.

können.«²⁷¹ Seinen Punkt mit einem Verweis auf Adenauer bekräftigend betonte der ehemalige Bundesminister, um ihre Position zu behaupten, müsse die CDU die Arbeitnehmerschaft für sich gewinnen.²⁷² In dieser Phase stehe die CDU »auf der Schattenseite dieses Lebens.« Die SPD verfüge über eine starke, eingängige Begrifflichkeit: »[N]icht nur Friedenspolitik, sondern auch [...] der Begriff Sozialismus erweckt in den Menschen sofort eine positive Assoziation. Bei der Mehrheit der Menschen! Weil in ihm so was liegt wie Hilfe für die Armen. Mitleiden und Unterstützung, Solidarität, alles das schwingt doch von vornherein mit. Wir können diesen Ausdruck nicht mehr übernehmen, weil er von der anderen Seite zu sehr okkupiert ist. Aber das heißt dann, wir müssen so darüber sprechen, daß das, was daran positiv ist, uns geglaubt wird, daß wir das auch zu eigen haben. Und dafür brauchen wir einen Ausdruck.«²⁷³

Der politische Sprachkampf und die semantischen Offensiven der CDU zur Rückeroberung der politischen Deutungshoheit werden auf der dritten Analyseebene ausführlich behandelt. Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist der Ausgangspunkt des Erneuerungsprozesses der CDU als Antriebsmoment für die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren, der in der Klausurtagung des Bundesvorstands im Januar 1973 deutlich wurde. Dieser war vollkommen anders gelagert als die Neuausrichtung der britischen Konservativen, die seit 1974 von den Thatcheristen vorangetrieben wurde. Die Ausführungen Mikats, Blüms und Gradls formulieren die inhaltliche Stoßrichtung der christdemokratischen Erneuerung: Es ging um den Anschluss der CDU an die gesellschaftliche Entwicklung und zwar auf dem Weg, den seit den 1960er-Jahren mehr und mehr die deutsche Sozialdemokratie vorzugeben schien. In diesem Sinne sollte die politische Mitte nicht »verrückt« werden im Rahmen einer Neubesetzung dessen, was die Wähler als ihre Interessen wahrnahmen (Joseph und Thatcher). Vielmehr nahm die CDU den Kampf um die politische Mitte auf, die von der SPD definiert worden war. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Entstehungsbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie bei Mikat unter dem unmittelbaren Eindruck der Wahlniederlage von 1972 anklang, oder eine grundsätzliche Infragestellung der Begrifflichkeit der Sozialen Marktwirtschaft, wie die Ausführungen Blüms andeuteten, sollten für den Marktdiskurs der CDU nicht prägend werden. An der Sozialen Marktwirtschaft hielt die CDU fest, maßgebliche Kräfte innerhalb der Partei sprachen aber konsequent von ihrer Weiterentwicklung. Der hohe Stellenwert, der dem Thema Mitbestimmung in der innerparteilichen Auseinandersetzung der CDU in der ersten Hälfte der 1970er-

²⁷¹ Ebd., S. 1219.

²⁷² Ebd., S. 1219 f.

²⁷³ Ebd., S. 1220.

Jahre ungeachtet ihres Ausgangs zukam, ist ein Indiz für den Impetus der christdemokratischen Erneuerung, mit der Sozialdemokratie um die »Mitte« zu konkurrieren und sich als moderne Arbeitnehmerpartei zu positionieren. Dazu passte auch die Übernahme der Grundwertebegrifflichkeit der SPD: In ihrer Mannheimer Erklärung aus dem Jahr 1975 und im Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 formulierte die CDU »Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit« – im Vergleich zu der sozialdemokratischen Grundwerte-Trias in der Reihenfolge umgestellt – als ihre Grundwerte. Diese Anpassung an die Sprache des politischen Gegners vollzog sich freilich nicht ohne semantische Umdeutungen des sozialdemokratischen Verständnisses dieser »Grundwerte«, die mit semantischen Verschiebungen im Marktdiskurs der CDU einhergingen, wie anhand der »Neuen Sozialen Frage« zu zeigen sein wird. Die Übernahme der sozialdemokratischen Grundwertebegrifflichkeit zeigt jedoch ebenfalls die Stoßrichtung der christdemokratischen Erneuerung in den 1970er-Jahren. In diesem Zusammenhang ist auch die Umgestaltung des CDU-Parteilogos aussagekräftig. Im Jahr 1965 hatte sich die CDU für ihr Logo auf die Farbe rot festgelegt. Der bis heute geführte kursive Schriftzug *CDU* in rot wurde erstmalig 1972 verwendet.²⁷⁴

Dies heißt jedoch keinesfalls, dass es aus der Partei heraus nicht auch andere Akzentsetzungen für eine christdemokratische Erneuerung schon in den frühen 1970er-Jahren gegeben hätte. Christian Schwarz-Schilling, damals Generalsekretär der hessischen CDU, nahm Bezug auf die Ausführungen Mikats und betonte, der Erfolg der deutschen Christdemokratie als »geistiger Bewegung« in ihren Anfangsjahren läge in einer Synthese der beiden grundlegenden, aber im Theoretischen nicht miteinander verknüpften Modelle »neoliberale Schule« und »katholische Soziallehre« in der praktischen Politik. Es sei zu bedauern, »daß [...] eine aufeinander zugewandte Diskussion dieser beiden theoretischen Zentren in den nächsten Jahren weniger denn je der Fall war.« Während sich »die Neoliberalen« auf die Wirtschaft konzentriert hätten, sei die katholische Soziallehre vornehmlich mit ihren Problemen beschäftigt gewesen. Schwarz-Schilling missfiel dabei vor allem, dass »zu stark [...] der a priori gefaßte Allgemeinwohlbegriff im Mittelpunkt stand, der nämlich mit dem anderen theoretischen Modell, dem wir mindestens den gleichen Chancen- und Erfolgsgrad zu verdanken haben, nämlich eines liberalen Staates mit seinen Marktprinzipien, überhaupt nicht in irgendeiner Übereinstimmung gestanden hat.« Die von Mikat und anderen gezogene Konsequenz, »daß es mehr zur Gleichheit geht im Moment«, lehnte er ab und hob stattdessen hervor, »daß die Ansätze heute in unserer Gesellschaft durchaus wieder zur anderen Linie hingehen.« Die »Achtung vor dem Freiheitsraum des In-

²⁷⁴ Vgl. Parteilogos im Wandel der Zeit, in: politik & kommunikation, URL: <https://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/parteilogos-im-wandel-der-zeit-15751> [23. 1. 2018].

dividuums« müsse »Kernbereich der CDU-Konzeption« und »wesentlicher Punkt« des künftigen Selbstverständnisses der CDU sein, es sei »hochmütig anzunehmen, nur Intellektuelle und Oberschicht interessierten sich dafür.«²⁷⁵ Diese Analyse deckte sich mit den Arbeiten Elisabeth Noelle-Neumanns, der Kommunikationswissenschaftlerin und Gründerin des Instituts für Demoskopie (IfD) in Allensbach, die in den 1970er-Jahren wichtige Stichworte für semantische Offensiven der CDU lieferte.²⁷⁶

Der spätere Bundesminister für Post und Telekommunikation Schwarz-Schilling, der sich in den 1980er- und 1990er-Jahren als Protagonist der Privatisierungsprojekte der CDU-Regierungen hervortun sollte, gehörte zusammen mit Kurt Biedenkopf, letzterer – wie zu zeigen sein wird – verstärkt wahrnehmbar in der Grundsatzdebatte der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre, und Vertretern des Wirtschaftsflügels der CDU in den Kreis derer, die das marktwirtschaftliche Profil der Partei zu schärfen gedachten. Schon 1973 hatte Biedenkopf, gerade zum Generalsekretär berufen, kritisiert, die Argumentation seiner Partei zur marktwirtschaftlichen Ordnung habe bislang einen allzu »defensiven Einschlag«: »Wir argumentieren unsicher und mit dem schlechten Gewissen einer Politik, die scheinbar wider bessere Einsicht Privatunternehmen und Profit verteidigt. [...] Wir fürchten den Vorwurf der »Unternehmerpartei« und der reaktionären Politik.« Was der Union abging, sei nicht die richtige Antwort, sondern »der Mut zur richtigen Fragestellung«. Es fehle »die Entschlossenheit zur Offensive«.²⁷⁷

Damit stand Biedenkopf nicht allein. Im September 1974 mahnte Philipp von Bismarck, Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrats, im Bundesvorstand an, die Partei bekenne sich nicht genügend zum Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, wobei es ihm weniger um die soziale als um die marktwirtschaftliche Komponente des Ordnungsmodells ging. Er verneinte die Frage, »ob wir das Kleinod Soziale Marktwirtschaft [...] in den letzten Jahren in der möglichen und nötigen Weise als unsere Zielvorstellung und Horizont wirklich herausgestellt haben.«²⁷⁸ Als Vertreter des Wirtschaftsflügels ging es von Bismarck um eine Schärfung des marktwirtschaftlichen Profils der Union, das vor dem Hintergrund der semantischen

²⁷⁵ Christian Schwarz-Schilling, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 27. 1. 1973, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, S. 1165.

²⁷⁶ Zur Etablierung der Demoskopie in der CDU seit 1950 sowie zur Schlüsselstellung des IfD in der demoskopischen Beratung der CDU vgl. maßgeblich *Anja Kruke*, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007, S. 61–167.

²⁷⁷ *Kurt Biedenkopf*, Die Zukunft gehört nicht dem Sozialismus, in: Die politische Meinung 18, 1973, S. 42–48, hier S. 47 f.

²⁷⁸ Philipp von Bismarck, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 23.9.1974, in: *Günther Buchstab* (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, Düsseldorf 2015, S. 782.

Offensiven der sprachpolitischen Erneuerer in der Partei und ihrer Jugendorganisation, die den Kampf um die Begriffe mit der SPD aufgenommen hatten, an Kontur zu verlieren drohte. Von Bismarck stieß sich an der »Rede bei der Jungen Union, man wollte einen [neuen, P. B.] dritten Weg propagieren«²⁷⁹ und sah in »neue[n] Reizvokabeln« wie »humane Leistungsgesellschaft« und »freier Staat« die Gefahr eines Abrückens von einer marktwirtschaftlichen Zukunftsvorstellung.²⁸⁰ Bei aller Begeisterung für »neue schöne Worte«, für »ganz neue Waffen«, dürfe man sich nicht »die Waffen kaputt [...] machen«, mit denen man »an der Front« kämpfe; von Bismarck meinte vor allem die »Waffe« der »Marktwirtschaft« gegen den »Sozialismus«.²⁸¹

Die Reichweite der Impulse der marktwirtschaftlichen Erneuerer im Marktdiskurs der CDU war allerdings insoweit von vorn herein begrenzt, als der Neuausrichtungsprozess der CDU seit 1969 auf die politische »Mitte« gerichtet war – und zwar so, wie sie vom dominierenden sozialdemokratischen Vokabular definiert wurde. Dies zeigte sich dann auch in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom September 1974, die von Bismarck für seine Kritik am sprachpolitischen Kurs seiner Partei genutzt hatte. Sich an die Adresse von Bismarcks wendend betonte der Landesvorsitzende der CDU Rheinland und stellvertretende Bundesparteivorsitzende Heinrich Köppler, niemand bestreite »den hohen Stellenwert [...] der Sozialen Marktwirtschaft« in der gesellschaftspolitischen Zielsetzung der CDU. Allerdings werde die Partei ihre »Gesamtkonzeption der Gesellschaftspolitik nicht nur auf die Formel Soziale Marktwirtschaft zurückführen können«, sondern müsse »auch andere Komponenten dieser gesellschaftspolitischen Zielsetzung mit ins Gespräch bringen [...]«²⁸²

Der Einwand Köpplers, der vom Parteivorsitzenden Kohl prinzipiell unterstützt wurde²⁸³, verweist auf einen wichtigen Unterschied hinsichtlich der inhaltlichen

²⁷⁹ Von Bismarck bezog sich hier auf das Grundsatzprogramm der Jungen Union »Für eine humane Gesellschaft«, das 1973 verabschiedet worden war.

²⁸⁰ Philipp von Bismarck, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 23.9.1974, in: *Buchstab* (Hrsg.), *Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976*, S. 782.

²⁸¹ Ders., Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 5.10.1973, in: ebd., S. 321.

²⁸² Heinrich Köppler, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 23.9.1974, in: ebd., S. 797.

²⁸³ Sich an die Adresse von Bismarcks und des Wirtschaftsrats wendend bemerkte Kohl, es sei ein Problem in der Partei, »daß die, die im Unternehmerlager für die Soziale Marktwirtschaft sind, teilweise jäh verstummen, wenn sich die Soziale Marktwirtschaft in einer konkreten Situation gegen sie richtet.« Helmut Kohl, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 23.9.1974, in: ebd., S. 785. Er betone dies aus aktuellem Anlass, »im Zusammenhang mit der Herstatt-Bank.« Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen hatte im Juni 1974 die Schließung der Privatbank angeordnet, nachdem diese durch riskante Devisengeschäfte über 60 Millionen DM Verluste gemacht hatte, wodurch 89 Prozent des Eigenkapitals aufgezehrt worden waren. Vgl. ebd., S. 786, Anm. 93. »[W]as man dort beobachten kann«, so der Vorsitzende, sei »ganz unmöglich.« »Soziale Marktwirtschaft«, so Kohl, »wie wir es verstehen, wie es Müller-Armack in die

Fluchtpunkte der Neuausrichtungsprozesse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie in den 1970er-Jahren: Während die Tories ihren Erneuerungsprozess gänzlich als Erneuerung ihrer Haltung zum Verhältnis von Markt und Staat begriffen, ging es der CDU um die programmatische Neuausrichtung hin zu einer modernen Volkspartei, in der »Gesellschaftspolitik« – ein Begriff, der bezeichnenderweise im Englischen keine treffende Entsprechung hat²⁸⁴ – ein zentraler Stellenwert zukam. Wenngleich auch in der CDU über die Bedeutung von Marktwirtschaft auch im engeren Sinne gestritten wurde – wie in der im Verlauf des Kapitels noch behandelten Debatte um das Ludwigshafener Grundsatzprogramm –, kreisten die begriffspolitischen Überlegungen der christdemokratischen Erneuerer weniger im engeren Sinne um den Marktbegriff. War es im Fall der britischen Tories die Formulierung einer neuen konservativen Sprache des Marktes, welche die thatcheristische Erneuerung der Partei geradezu ausmachte – wie gezeigt wurde, lässt sich die Geschichte der Tory-Partei in den 1970er-Jahren als eine Geschichte ihres Marktdiskurses schreiben –, kam dem Marktbegriff in der politisch-programmatischen Neuausrichtung der deutschen Christdemokratie kein gleichermaßen hoher Stellenwert zu. Mehr noch: Lässt sich die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen als Geschichte seiner Radikalisierung fassen, blieben die Diskursgrenzen im Fall der CDU weitgehend unverrückt – der innerparteiliche Aushandlungsprozess über das Verhältnis von Markt und Staat in der CDU sollte sich innerhalb der eingespielten Grenzen der Konfliktlinien des Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft vollziehen, bei ausgeprägter begrifflicher Kontinuität.

Die im Vergleich zu den Tories anders gelagerte Neuformierung der CDU in den 1970er-Jahren vollzog sich auch auf personellem und organisatorischem Gebiet. Sie kann mit Daniel Schmidt als ein Gemeinschaftsprojekt zweier politischer Generationen begriffen werden, die das Profil der Partei nachhaltig veränderten: die reformorientiert-pragmatischen Berufspolitiker aus der »Flakhelfer-Genera-

Debatte bei uns theoretisch eingeführt hat, wie es Ludwig Erhard immer wieder gesagt hat, darf dem Schlagwort keine Nahrung geben, die Gewinne werden liberalisiert und die Verluste werden sozialisiert. Das kann überhaupt nicht sein.« Ebd., S. 786. Sich auf die von Vertretern des Wirtschaftsflügels geäußerte Sorge über ein nicht scharf genug ausgeprägtes marktwirtschaftliches Profil beziehend beschwichtigte Kohl: »Die Freunde aus der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft, die im Frankfurter Wirtschaftsrat damals bei Grundabstimmungen [...] auf diesen Boden traten und die ihn überhaupt erst möglich gemacht haben, haben genauso ein Anrecht darauf, daß wir ihre Interessen vertreten, wie alle unsere Freunde, die in wirtschaftlich handelnder Funktion sind.« Ebd., S. 787.

²⁸⁴ »Gesellschaftspolitik« wird mit »social policy« übersetzt, wobei erstere im deutschsprachigen Sinn über den Bereich der »Sozialpolitik« im engeren Verständnis hinausgeht, indem sie alle politischen Maßnahmen bezeichnet, die der Formung und Beeinflussung einer menschlichen Gesellschaft dienen (so etwa auch Bildungs- und Gleichstellungspolitik).

tion< und die sozialwissenschaftlich geschulten Jungakademiker aus den Reihen der Jungen Union (JU) und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die sich später selbst als »alternative 68er< bezeichneten.²⁸⁵ Infolge der »1968er-Jahre« war es zu einer Fundamentalpolitisierung gekommen, die nicht nur das linke, sondern auch das konservative Lager ergriff. Diese vollzog sich in den 1970er-Jahren entlang der ganzen Bandbreite der Themen: von der Revolte an den Universitäten, gegen die sich konservativ gefärbte Professoren und Hochschulangehörige sowie christdemokratische Politiker im Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW) zusammenschlossen, über die bereits erwähnte »Unregierbarkeitsdiskussion«, bis zur Frage der Berufsverbote und der inneren Sicherheit; von der mit harten Bandagen geführten Auseinandersetzung um die Neue Ostpolitik über die Mitbestimmungsfrage und die Kontroverse um die Reform des Paragraphen 218, bis hin zu den kontrovers diskutierten Bildungsreformen und der Rechtspolitik.²⁸⁶ Junge Politisierte strömten nicht nur in Scharen in die SPD, sondern »alternative 68er< traten ihrerseits ihren christdemokratischen »Marsch durch die Institutionen« an. CDU und CSU wurden Anfang der 1970er-Jahre zu Massenmitgliedparteien. Von 1972 bis 1976 wuchs die Mitgliederzahl jährlich um bis zu 70.000 Mitglieder, vor allem eben durch den Parteieintritt von jungen Leuten und Jungakademikern.²⁸⁷

Seit den frühen 1970er-Jahren arbeiteten zahlreiche jüngere Führungskräfte aus der »68er RCDS-Generation« in der CDU-Bundesgeschäftsstelle und in der Konrad-Adenauer-Stiftung systematisch daran, die politischen Erfolgchancen der CDU zu wahren und auszubauen.²⁸⁸ Um die Mitte der 1960er-Jahre hatte sich im Umfeld des RCDS-Bundesvorstands ein Netzwerk reformorientierter Nachwuchskräfte formiert, deren erster Kristallisationskern der 1964 gegründete Arbeitskreis »Politische Theorie« war. Mit der Gründung des »Politischen Beirats« beim RCDS-Bundesvorstand wurde dieser Arbeitskreis während Wulf

²⁸⁵ Vgl. *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 87–96.

²⁸⁶ Vgl. *Axel Schildt*, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 449–478; *Peter Hoeres*, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: VfZ 61, 2013, S. 93–119; *Nikolai Wehrs*, Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« und die Tendenzwende der 1970er Jahre, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main/New York 2010, S. 91–112; *Sonja Proffittlich*, Mehr Mündigkeit wagen. Gerhard Jahn (1927–1998). Justizreformer der sozial-liberalen Koalition, Bonn 2010. Für die internationale Perspektive vgl. *Bruce J. Schulman*, The Empire Strikes Back – Conservative Responses to Progressive Social Movements in the 1970s, in: Journal of Contemporary History 43, 2008, S. 695–700.

²⁸⁷ Vgl. *Bösch*, Die Krise als Chance, S. 300.

²⁸⁸ Zum Folgenden vgl. *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 87–96.

Schönbohms Amtszeit als Bundesvorsitzender im Jahr 1968 institutionalisiert.²⁸⁹ Dem Beirat gehörten neben Wulf Schönbohm und Peter Radunski auch Horst Teltschik und Warnfried Dettling an, die als »Prototypen der jungen technokratischen Politikintelligenz in der CDU« bezeichnet werden können.²⁹⁰ Die Tatsache, dass weite Teile der jungen Generation dem »CDU-Staat« ablehnend gegenüberstanden und Fortschritt und Modernisierung in erster Linie mit linken Politik- und Gesellschaftsentwürfen verbunden wurden, begriffen die strategisch denkenden Nachwuchspolitiker aus JU und RCDS als fundamentale ideologische Herausforderung.²⁹¹ Um der drohenden Entfremdung der CDU vom Wähler- und Zukunftspotenzial der jungen Generation im Allgemeinen und des akademischen Nachwuchses im Besonderen entgegenzuwirken, mussten die organisatorische Effizienz und die Kommunikationsfähigkeit der CDU erhöht und ihre Programmatik reformiert werden.²⁹²

Die »alternativen 68er« innerhalb der CDU bildeten eine Allianz mit jenen reform- und pragmatisch orientierten Berufspolitikern der »45er-Generation«, die auf Länder- und Bundesebene Führungspositionen der Partei bekleideten. Zu den wichtigsten Vertretern der »45er« in der CDU zählte Helmut Kohl. In seiner Zeit als Kommunal- und Landespolitiker hatte er sich als »Modernisierer von Rheinland-Pfalz« einen Namen gemacht²⁹³ und erkannt, dass die CDU im Begriff war, die »geistige Führung« zu verlieren.²⁹⁴ Diese Analyse verband er geschickt mit seiner politischen Karriereplanung. Sich als Vorkämpfer der jungen Generation und politischer Visionär inszenierend avancierte er bis Anfang der 1970er-Jahre zum führenden Vertreter der reformorientierten Kreise in der CDU. Kohl verkörperte einen neuen Typus des Berufspolitikers, der für die Partei und von der Partei lebte.²⁹⁵ Konrad Adenauer in diesem Punkt nicht unähnlich²⁹⁶ verstand Kohl es, Netzwerke zu knüpfen und ambitionierte Vertreter der unterschiedlichen Parteiflügel zahlreich hinter sich zu versammeln.²⁹⁷ 1973 ins Amt des Parteivorsitzenden gewählt, förderte Kohl Politiker wie Richard von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf oder Heiner Geißler, die eine zentrale Rolle im Neupositionierungsprozess der CDU spielten. Im Amt des Generalsekretärs organisierte Biedenkopf als »intellektueller Kopf« mit Fähigkeit zu strategischem Denken die

²⁸⁹ Vgl. ebd., S. 92

²⁹⁰ Ebd., S. 93.

²⁹¹ Vgl., ebd., S. 90 f.

²⁹² Vgl. ebd., S. 91.

²⁹³ *Hans-Peter Schwarz*, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, 2. Aufl., München 2012, hier S. 100–114.

²⁹⁴ Vgl. *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 94.

²⁹⁵ Vgl. *Bösch*, Macht und Machtverlust, S. 109 f.

²⁹⁶ Vgl. ebd., S. 75.

²⁹⁷ Vgl. ebd., S. 109; *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 94.

Reform und Modernisierung der Partei. In der neugebauten Parteizentrale neben dem Bundestag und nicht mehr – wie noch zu Rainer Barzels Zeiten als Parteivorsitzender – in der Bundestagsfraktion lag nun das eigentliche Machtzentrum des neuen, professionellen Parteiapparats. Vertreter der jungen Politintelligenz wie Radunski und Schönbohm erhielten Ämter in der Parteizentrale. Biedenkopf betraute den Freiburger RCDS-Mann Warnfried Dettling mit der Leitung der Planungsgruppe, des neu gebildeten »Brainpools« der Union.²⁹⁸

Die Allianz zwischen den »alternativen 68ern« und den »progressiven 45ern« hielt während der gesamten 1970er-Jahre an²⁹⁹ und bildete den Grundstein des Wegs der CDU zur »modernen Volkspartei« – diesen Begriff hatte eine von Helmut Kohl in den Jahren 1969/70 geleitete Kommission zur Parteireform eingeführt.³⁰⁰ Kernziel der programmatischen Erneuerung war es, wie es Wulf Schönbohm von der Warte des progressiven Parteiflügels aus formulierte, ein »politisches Modernitätsdefizit in der Innen- und Gesellschaftspolitik« zu überwinden und die CDU für neue Schichten wählbar zu machen. Dabei ging es sowohl um die Arbeiterschicht als auch um Frauen und Intellektuelle.³⁰¹

In welche Richtung sich die Entwicklung der CDU zur »modernen Volkspartei« aus Sicht der neuen Parteiführung vollziehen sollte, hatte Biedenkopf bereits im März 1973 in der ZEIT vorformuliert.³⁰² Der erste Satz dieses Beitrags lautete: »Die CDU ist keine Richtungspar- tei, sondern eine Volkspartei.« Volksparteien seien, so Biedenkopf weiter, »aus praktischen Gründen Parteien der Mitte«. Nur so würden sie mehrheitsfähig. Die Konsequenzen, die der Generalsekretär zu diesem frühen Zeitpunkt der Grundsatzdebatte zog, liefen auf einen pragmatischen Politikansatz hinaus, der – obwohl Biedenkopf nicht dem linken Flügel angehörte – keinesfalls wirtschaftsliberal war. Vielmehr konstatierte Biedenkopf einen Nachholbedarf der Union hinsichtlich ihres Zugangs zur Arbeitnehmerschaft. Ihr sei es nicht gelungen, »einen ausreichenden eigenen politischen Einfluß in der aufsteigenden Arbeitnehmerschaft zu entfalten.« Bei dieser Aufgabe habe die Partei die Sozialausschüsse weder politisch noch ideell ausreichend unterstützt, was zur Folge gehabt habe, dass der Arbeitnehmerflügel der CDU »zwischen der Loyalität zur Partei und der Loyalität zur organisierten Arbeitnehmerschaft zerrieben worden« sei und »zur Zeit ohne überzeugende politische Position« dastünde. Mit der Schwächung der Verbindung zur Arbeitnehmerschaft sei ein gestiegener Einfluss der an Wirtschaft und Besitz orientierten Gruppen in der

²⁹⁸ Vgl. *Bösch*, Macht und Machtverlust, S. 112.

²⁹⁹ Vgl. *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 96.

³⁰⁰ Vgl. *Klaus Dreher*, Helmut Kohl. Leben mit Macht, 2. Aufl., Stuttgart 1998, S. 147.

³⁰¹ *Wulf Schönbohm*, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985, S. 99 und S. 96 f.

³⁰² *Kurt Biedenkopf*, Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, Nr. 12, 16.3.1973.

CDU einhergegangen. Mit dieser Verschiebung habe »die Verbindlichkeit des ordnungspolitischen Standpunktes der Partei abgenommen, die politische Aussage an Überzeugungskraft verloren. [...] Die Folge: geringe Anziehungskraft als Volkspartei [...].«³⁰³ Um dem entgegenzuwirken, müsse die CDU eine »Sprache der Mitte« entwickeln, um ihre eigene Position autonom und damit unabhängig vom politischen Gegner beschreiben zu können.

Die reformbewussten Christdemokraten hatten erkannt, dass die politische Begrifflichkeit der CDU und die gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklung der Bundesrepublik auseinandergefallen waren. In den programmatischen und publizistischen Beiträgen, die die reformorientierten Christdemokraten veröffentlichten, mehrten sich seit 1973 Stimmen, die die Notwendigkeit einer grundsatzprogrammatischen Diskussion betonten. In seinem wegweisenden Aufsatz vom März 1973 konstatierte Biedenkopf, seiner Partei sei es in den 1960er-Jahren nicht gelungen, eine »politische Philosophie« zu entwickeln. Die CDU habe sich stattdessen als »Kanzlerpartei« und »Fraktionspartei« verstanden, die als »Ersatz« für das fehlende grundsatzprogrammatische Profil vor die Aufgabe gestellt worden sei, »Regierungsmacht zu gewährleisten.« Das Ziel, die Regierung zu stellen, sei zwar für eine politische Partei unverzichtbar, die »integrierende Wirkung einer verbindlichen Wert- und Zielvorstellung« könne dies jedoch nicht ersetzen.³⁰⁴

Bereits im Jahr 1971 war Richard von Weizsäcker von Rainer Barzel zum Vorsitzenden der CDU-Grundsatzkommission berufen worden, die mit der Aufgabe betraut worden war, »die Herausforderungen der Zeit zu beschreiben und die politischen Werte und Ziele zu kennzeichnen«, die die Partei angesichts dieser Herausforderungen leiten sollten.³⁰⁵ Seit 1972 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion, war Weizsäcker zum programmatischen Vordenker der CDU avanciert, der ab 1973 verstärkt Impulse für die Grundsatzdebatte lieferte. In seinem Brief an Helmut Kohl vom 30. August 1973, der dem Bundesvorstand den zweiten Bericht der Grundsatzkommission übermittelte, empfahl er dem Bundesvorsitzenden, der Bundesparteitag solle die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms der CDU beschließen und den Bundesvorstand mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragen. Weizsäcker begründete dies mit »einem ständig wachsenden Interesse und Bedürfnis der Partei nach grundsätzlicher Orientierung.« Die Partei stehe »[...] heute an einem Punkt, wo ihr an einer programmatischen Aussage über Grundsätze gelegen ist.« Dazu hätten mehrere Entwicklungen beigetragen. So stellten sich in der Phase einer hochentwickelten Industriegesellschaft

³⁰³ Alle Zitate ebd.

³⁰⁴ Biedenkopf, Eine Strategie für die Opposition.

³⁰⁵ Union in Deutschland (UiD), Nr. 34, 6.9.1973, Dokumentation, S. 5.

»[...] neue Fragen nach Sinn und Inhalt menschlicher Existenz und politischer Gestaltung.« Weiter hätten sich unter dem Einfluss von Technik und Wissenschaft, von wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Entwicklung die Lebensbedingungen gewandelt. Dieser Wandel dürfe die CDU nicht beherrschen, sondern sie müsse »den Wandel konkret bewältigen«. ³⁰⁶

Dass in der CDU über ein Grundsatzprogramm nachgedacht wurde, war etwas völlig Neues in ihrer Geschichte. Auch die Parteireformer hatten bislang weiterhin betont, die CDU brauche »kein Godesberg«. Lediglich die Junge Union hatte ein Grundsatzprogramm gefordert und sich 1972 ein solches gegeben. ³⁰⁷ 1973 formulierte dann auch der Generalsekretär einen grundsätzlichen Nachholbedarf. Das in seiner neuesten Fassung eben erst beschlossene Berliner Programm von 1968 sei »in seiner gegenwärtigen Form nur bedingt geeignet, die prinzipielle Position der CDU zu verdeutlichen.« ³⁰⁸ Richard von Weizsäcker wurde nun die Leitung einer vierzehnköpfigen Grundsatzprogramm-Kommission übertragen, die im Mai 1974 ihre Arbeit begann. ³⁰⁹

Die »Grundsätze und konkreten Folgerungen für den Schutz und Ausbau einer freiheitlichen Ordnung« ³¹⁰, die der zweite Bericht der Grundsatzkommission vor dem Hintergrund der Problemanalyse einer gewandelten sozioökonomischen Realität umriss, zielten vor allem auf die Themen »Arbeitswelt«, »Freizeit« und »soziale Dienste« in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die »Stellung des arbeitenden Menschen« in dieser wurde – anders als in der später von Biedenkopf und Geißler formulierten »Neuen Sozialen Frage« – »weithin im Zeichen des Gegensatzes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer« gesehen: »Die große Mehrheit der Arbeitenden bezieht ein Lohneinkommen, während die Gewinne noch immer einer Minderheit zufließen. Nach wie vor werden wichtige unternehmerische Entscheidungen ohne ausreichende Mitwirkung der Arbeitenden gefällt [...].« ³¹¹ Es sei die Aufgabe der CDU, »innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems mehr Menschlichkeit im Arbeitsleben zu verwirklichen.« ³¹² Der arbeitende Mensch sei »Subjekt und nicht Objekt des Wirtschaftsablaufes«. Um soziale Spannungen bewältigen zu können, müsse er auf wirtschaftliche Entscheidungen Einfluss nehmen können und am Ertrag Anteil haben: »Mitbestim-

³⁰⁶ Richard von Weizsäcker an Helmut Kohl, 30.8.1973, in: Union in Deutschland (UiD), Nr. 34, 6.9.1973, Dokumentation, alle Zitate S. 6.

³⁰⁷ Vgl. ebd., S. 37.

³⁰⁸ *Biedenkopf*, Eine Strategie für die Opposition.

³⁰⁹ Vgl. *Bösch*, Macht und Machtverlust, S. 38.

³¹⁰ Zweiter Bericht der CDU-Grundsatzkommission, vom Bundesvorstand entgegengenommen am 30.8.1973, abgedr. in: Union in Deutschland (UiD), Nr. 34, 6.9.1973, Dokumentation, S. 7–16, hier S. 7.

³¹¹ Ebd., S. 8.

³¹² Ebd., S. 10.

mung, Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer sind die freiheitliche Alternative zu Klassenkampf und Staatswirtschaft.« Dies erfordere ein neues Unternehmensrecht, in dem der Gegensatz zwischen »Arbeitnehmer« und »Arbeitgeber« seine Bedeutung dadurch verlöre, dass der arbeitende Mensch »als Mitglied des Sozialverbandes ›Unternehmen‹« behandelt und nicht »wie heute nur als Außenstehende[r], der unter Vertrag genommen« würde.³¹³ Die später in Form der »Neuen Sozialen Frage« von der CDU formulierte Gewerkschaftskritik war im Bericht der Kommission bereits angelegt, blieb allerdings defensiv formuliert. So sei die Rolle der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände neu zu überdenken. Je mehr sie an Einfluss in der Gesellschaft gewönnen, desto größere Bedeutung erlange ihre demokratische Verfassung, wozu auch der Schutz von Minderheiten gehöre.³¹⁴

Die Reaktion der Sozialausschüsse auf den Bericht fiel dementsprechend positiv aus. In einer Pressemitteilung hieß es, die CDU zeige »zum ersten Mal Ansätze für ein neues Verständnis der Probleme der Arbeitswelt.« Besonders begrüßt wurde die in dem Bericht enthaltene »Anerkennung der Gewerkschaften als legitime Interessenvertreter für die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Arbeitnehmer« sowie die »Anerkennung des maßgeblichen Anteils der Gewerkschaften an den Leistungen des Wiederaufbaus und der Festigung der Demokratie. Dabei handele es sich freilich um Selbstverständlichkeiten, angesichts des »gestörten Verhältnisses« großer Teile der CDU zu den Gewerkschaften bedeute dies aber einen Fortschritt. Schließlich sei »die Frage nach der Stellung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft [...] die ›Gretchenfrage‹.«³¹⁵ In eine ähnliche Richtung wie der Bericht der CDU-Grundsatzkommission argumentierte auch Theo Waigel in einem für die Kommission für Grundsatzfragen der CSU verfassten Konzeptpapier vom März 1973. Waigel plädierte für eine »Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft, [...] und zwar als Steigerung ihrer Funktionsfähigkeit unter Berücksichtigung der technologischen Veränderungen und des gesellschaftlichen Wandels.« Dabei müsse der Tatsache Rechnung getragen werden, dass man sich »auf dem Weg zu einer Arbeitnehmergesellschaft« befände. Die Situation des Arbeitnehmers, seine Stellung im Wirtschaftsleben und seine soziale Sicherung müsse entsprechend »in den Mittelpunkt auch der wirtschaftspolitischen Aussage gerückt werden.«³¹⁶

³¹³ Ebd., S. 9.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Pressestelle der Sozialausschüsse: CDU-Gewerkschafter loben CDU-Grundsatzkommission, 25.9.1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 9132.

³¹⁶ Theo Waigel, Entwurf einer Arbeitskonzeption der Kommission für Grundsatzfragen der Christlich-Sozialen Union, 23.3.1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 9132.

Für den Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie waren diese Analyse des Auseinanderfallens von politischer Sprache und politischer Entwicklung sowie die Konsequenzen, die aus ihr gezogen wurden, von Bedeutung. Sie zielten auf die Profilierung der CDU als fortschrittlicher Reformpartei, die nicht zuletzt durch die Besetzung von Arbeitnehmer-Themen erreicht werden sollte.

2.1.2 Die christdemokratische Mitbestimmungsdiskussion

Die Weiterentwicklung der »Sozialen Marktwirtschaft« in einer »Arbeitnehmergesellschaft« war für den Marktdiskurs der CDU in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre prägend. Tatsächlich stand der Beginn der Grundsatzdebatte im Zeichen der Suche nach Kompromissen mit den Sozialausschüssen. Dies zeigte sich vor allem in der kontrovers diskutierten Mitbestimmungsfrage, der entlang sich in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre die innerparteiliche Auseinandersetzung um die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in der CDU vor allem vollzog. In dieser Frage entlud sich der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, der sich in den 1970er-Jahren auch durch die christliche Volkspartei CDU zog. Gerade in der Ausgestaltung der innerbetrieblichen Machtverhältnisse und Mitwirkungsmöglichkeiten sah der christlich-soziale Flügel einen zentralen Ansatzpunkt der politischen Problembearbeitung der traditionellen Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital in der marktwirtschaftlichen Ordnung und einen Kernpunkt zur Profilierung der CDU als moderner Volkspartei der Mitte.

Drei gesetzliche Regelungen bildeten den Status quo ante der in den 1970er-Jahren wieder aufflammenden Mitbestimmungsdiskussion³¹⁷: Nach dem Montanmitbestimmungsgesetz aus dem Jahr 1951 und dem sogenannten Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1956 wurden die Aufsichtsräte der Unternehmen der Montanindustrie paritätisch von Anteilseignern und Vertretern der Arbeitnehmerseite gebildet. In den übrigen Unternehmen griff das Betriebsverfassungsgesetz vom Oktober 1952, nach welchem in Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmern ein Drittel der Aufsichtsratssitze von Arbeitnehmern besetzt werden musste.³¹⁸ Zu Beginn der 1970er-Jahre erfuhr das Thema Mitbestimmung eine

³¹⁷ Vgl. dazu *Udo Zolleis*, Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit, Wiesbaden 2008, S. 151.

³¹⁸ Zur Geschichte der Mitbestimmung in Deutschland vgl. *Karl Lauschke*, Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007; *Horst-Udo Niedenhoff*, Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, 14. Aufl., Köln 2005; *Walter Müller-Jentsch*, Mitbestimmung zwischen wirtschaftlicher Effizienz und demokratischem Anspruch, in: Ders., Arbeit und Bürgerstatus. Studien zur sozialen und industriellen Demokratie, Wiesbaden 2008, S. 181–199.

breite öffentliche Aufwertung.³¹⁹ Dies hing mit einer Re-Ideologisierung der Frage nach dem wünschenswerten Zusammenhang zwischen Markt und Staat, nach der Legitimität von Macht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie nicht zuletzt mit dem gesellschaftspolitischen Anspruch zusammen, die »Demokratisierung« der Gesellschaft über den politischen Bereich hinaus im Sinne einer »sozialen Demokratie« in den Bereich des Wirtschafts- und Arbeitslebens auszudehnen.³²⁰

Abgesehen von den Arbeitgebern, die sich strikt gegen jegliche Ausdehnung der Mitbestimmung über die Drittelparität hinaus aussprachen, bestand ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten stärker repräsentiert sein sollte, als im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 festgeschrieben.³²¹ Dieser bildete sich auch in der CDU ab, die sich in ihrem Berliner Programm von 1968 zu einem »modernen und fortschrittlichen Unternehmensrecht« bekannt hatte.³²² In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1969 hieß es: »Wir wollen ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt.« Dazu müsse das Betriebsverfassungsgesetz ausgebaut und seine Anwendung vorgeschrieben, betriebliche Mitbestimmung verbessert und ausgebaut werden.³²³

Die Vorstellung partnerschaftlicher Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung zwecks Kanalisierung beziehungsweise Entschärfung des Klassengegensatzes durch betriebliche Mitbestimmung bildete eine Konstante im christdemokratischen Marktdiskurs der ersten Hälfte der 1970er-Jahre. Als Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft kennzeichnete sie die Diskussion um die Mitbestimmung und zog sich durch sämtliche Aktions- und Regierungsprogramme der Union. Was das Verständnis der Arbeits- und Kapitaleseite als »Partner am Markt« aber konkret bedeutete und wie es ausgestaltet werden sollte, war innerhalb der Partei umstritten.

³¹⁹ Vgl. *Zolleis*, Die CDU, S. 151–153.

³²⁰ Vgl. dazu *Christian Testorf*, Ein heißes Eisen. Zur Entstehung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von 1976, Bonn 2017. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um die Humanisierung des Arbeitslebens zu sehen, die im Diskurs um die Mitbestimmung mitschwang. Vgl. dazu *Anne Seibring*, Die Humanisierung des Arbeitslebens in den 1970er Jahren: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag/Knud Andresen (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 107–126.

³²¹ Vgl. *Zolleis*, Die CDU, S. 152.

³²² Berliner Programm der CDU, 1968, 1. Fassung, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 22059.

³²³ CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Sicher in die 70er Jahre. CDU 1969–1973. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1969, Paragr. 11.

Für die Sozialausschüsse musste es eine vollkommene Parität geben.³²⁴ Schon in ihrer Offenburger Erklärung des Jahres 1967 hatte die CDA gefordert: »Verstärkung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers in Fragen, die ihn persönlich betreffen, Ausbau der Mitbestimmung des Betriebsrates, gleichberechtigte Stellung der Arbeit in den Aufsichtsräten der Großunternehmen.«³²⁵ Für den Arbeitnehmerflügel war die Frage der Mitbestimmung in der sich seit Beginn der 1970er-Jahre programmatisch neuorientierenden CDU die Gretchenfrage, ob sich die Partei als Volkspartei aufzustellen verstand.

Als programmatischer Kopf formulierte Norbert Blüm in seiner Programmschrift »Reaktion oder Reform« aus dem Jahr 1972 das Verständnis des Arbeitnehmerflügels von Mitbestimmung in der Sozialen Marktwirtschaft. Seine Schlüsselworte waren »Selbstbestimmung« und »Partnerschaft«. Mitbestimmung zielt auf eine institutionelle Erweiterung der Freiheit als Ermöglichung der Selbstbestimmung ab.³²⁶ Die ihr zugrunde liegende Idee der Partnerschaft sei aber nicht lediglich eine »Organisationstechnik«, die Strukturen glätten sollte, ohne sie anzugreifen. Partnerschaft dürfe nicht zu einem betriebsklimatischen Regulativ, zu einem bloßen »Seid-nett-zueinander« herabgesetzt werden. Vielmehr gehe es um ein Organisationsmodell, in dem Menschen einander Partner sein könnten. Dies sei aber nur gegeben, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt und gleich mächtig seien. Bei einem Machtvorsprung des einen sei der andere Partner lediglich Objekt von Wohltaten, nicht aber von gemeinsamer Verantwortung.³²⁷ Bis heute sei der Arbeitnehmer »Gläubiger von Lohnforderungen und Schuldner von Arbeitsleistung«. Dieser Zustand sei ein Skandal, der weder vom partnerschaftlichen Leitbild noch von der christlichen Soziallehre gerechtfertigt werden könne.³²⁸

Dem programmatischen Vordenker und intellektuellen Kopf der Sozialdemokratie Erhard Eppler kamen Blüms Ausführungen zur Mitbestimmung »nicht ganz fremd vor«. »Von da aus ist nur ein Schritt zum Plädoyer für die Demokratisierung unserer Gesellschaft«, kommentierte er die Forderungen des linken Katholiken.³²⁹ In der Tat argumentierte die CDA nicht nur aus originär sozialpolitischen beziehungsweise christlich-sozialen Motiven heraus für eine Ausweitung

³²⁴ Auch die Entwürfe des DGB und der SPD sahen eine vollständige Parität vor. Vgl. *Zolleis*, Die CDU, S. 152 f.

³²⁵ Offenburger Erklärung. Ein Beitrag der Sozialausschüsse der CDA zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU, beschlossen auf der 12. Bundestagung am 9. Juli 1967 in Offenburg, zit. nach: *Zolleis*, Die CDU, S. 158.

³²⁶ *Blüm*, Reaktion oder Reform, S. 66.

³²⁷ Ebd., S. 68.

³²⁸ Ebd., S. 73.

³²⁹ Erhard Eppler über Norbert Blüm: Wohin geht die CDU?, in: DER SPIEGEL, 19.6.1972.

der Mitbestimmung. Mit Teilen der reformorientierten Kräfte innerhalb der Union, die das Thema Mitbestimmung als entscheidenden Punkt für die Reformfähigkeit der CDU ansahen, favorisierte man die erweiterte Mitbestimmung auch aufgrund einer demokratisch-normativen Zielsetzung.³³⁰ Demokratisierung sollte nicht nur den im engeren Sinne politischen, sondern auch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich umfassen. Als Leitidee des Arbeitnehmerflügels wie der jungen »Modernisierer« findet sich das Motiv der Demokratisierung des Marktes durch betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die Junge Union (JU) zählte zu Beginn der 1970er-Jahre zu den Unterstützern des Reformkurses. War ihr politischer Kurs bis weit in die 1960er-Jahre hinein noch stark vom Antikommunismus geprägt gewesen, schlug sie nun in wirtschaftspolitischen Fragen eine andere Richtung ein.³³¹ Unter dem Titel »Für eine humane Gesellschaft« hatte sich die JU 1973 ein Grundsatzprogramm gegeben, das den Schwerpunkt auf die Themen demokratischer Staat und offene Gesellschaft legte und die Wirtschaft den übergeordneten Zielen einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik unterordnete. »Eine Gesellschaftsordnung, die die Freiheit nicht nur formal schützt, sondern auch tatsächlich gewährleistet und fördert«, hieß es dort, »verlangt auch eine Wirtschaftsordnung, die diese Forderung erfüllt.«³³² Bereits auf ihrem Deutschlandtag 1970 in Braunschweig hatte die JU die Mitbestimmungsfrage im Kontext einer Weiterentwicklung der Demokratie diskutiert. Auf ihrem Deutschlandtag in Herford 1973 wurde ein Mitbestimmungsmodell beschlossen, das dem der Sozialausschüsse weitgehend entsprach.³³³

Als zentrale Streitfrage stand die Mitbestimmung schließlich im Mittelpunkt der Parteitage in Düsseldorf 1971 und in Hamburg 1973. Die Frontlinie verlief dabei zwischen dem christlich-sozial eingestellten Arbeitnehmerflügel, flankiert von der JU, und den wirtschaftsliberalen Kräften innerhalb der Partei.³³⁴ In der Mitbestimmungsdiskussion reaktivierten auch die Vertreter des Wirtschaftsflügels den traditionellen Begriff der »Partnerschaft«. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als »Partner am Markt« wurde von ihnen

³³⁰ Vgl. Zolleis, *Die CDU*, S. 157.

³³¹ Zum politischen Kurswechsel der Jungen Union Ende der 1960er/Anfang der 1970er-Jahre vgl. *Hans-Otto Kleinmann*, *Geschichte der CDU. 1945–1982*, Stuttgart 1993.

³³² Junge Union, *Für eine humane Gesellschaft. Grundsatzprogramm 1973*, Bonn 1973, Ziff. 416.

³³³ Vgl. Zolleis, *Die CDU*, S. 165.

³³⁴ Die Frontlinie bildete sich zudem in den Landesverbänden ab. Hier stand das katholisch geprägte, in christlich-sozialer Tradition stehende Rheinland dem konservativen, stärker wirtschaftsliberal ausgerichteten Landesverband Hessen gegenüber, der von Alfred Dregger geführt wurde. Zu den unterschiedlichen politischen Ausrichtungen der CDU-Landesverbände vgl. *Josef Schmid*, *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*, Wiesbaden 1990.

allerdings anders definiert. Die Haltung der wirtschaftsnahen Christdemokraten hatte Franz Etzel schon 1967 zum Ausdruck gebracht. Partnerschaft sei kein technischer, sondern ein gesellschaftlicher Begriff, der weit über die Mitbestimmung hinausreiche, und der Gleichberechtigung verlange. Dies bedeute aber nicht »Gleichheit in allen Einzelheiten, [...] auch nicht automatische Gleichheit des Risikos, und ebenso nicht Gleichheit der in der Unternehmerfunktion liegenden Entscheidungsmacht auf Produktion und ihre Gestaltung.«³³⁵ Der Wettbewerb entscheide darüber, ob der Unternehmer die Produktionsfaktoren richtig eingesetzt habe. Arbeitnehmerinteressen und Arbeitnehmerrechte einerseits sowie Kapitalinteressen andererseits seien hier keine Gegensätze: »Partnerschaftliche Mitbestimmung in Bezug auf Arbeitnehmerrechte und Arbeitnehmerinteressen: Ja! Mitbestimmung im Bereich der Unternehmerfunktion: Nein!«³³⁶

Die Ausweitung der Mitbestimmung hin zu einer vollkommenen Parität mit der Begründung einer Demokratisierung der Gesellschaft war für die Vertreter des Wirtschaftsflügels mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft unvereinbar. Philipp von Bismarck, Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrats, bekannte sich zum »Prinzip der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit« in einem neuen Unternehmensrecht, wandte sich aber gegen die auf Parität abzielenden Sozialausschüsse, »weil deren Modell aus Verfassungsgründen nicht möglich und aus ordnungspolitischen Gründen für die Soziale Marktwirtschaft tödlich sein würde.«³³⁷ Würde man die »gegenwärtige Lage im Prinzip ändern«, wäre eine »Aufhebung des Gleichgewichts der Tarifpartner und damit Zerstörung des Fundaments der Tarifautonomie« die Folge. Schon jetzt litt das Gleichgewicht unter »einer tendenziellen Übermacht der Gewerkschaften«, so Bismarck. Würde man die Bestellung der Vorstandsmitglieder von der Zustimmung der Arbeitnehmervertreter abhängig machen – wie im Modell der Sozialausschüsse vorgesehen –, »wäre die Grundvoraussetzung der Tarifautonomie, das Gleichgewicht der Kräfte, aufgehoben.« Außerdem ließe die Verfassung die »Teilenteignung der Anteilseigner durch Verweigerung des Rechts, sich ihre Treuhänder (Vorstandsmitglieder) selbst auszuwählen«, nicht zu.³³⁸

Als entschiedener Gegner der paritätischen Mitbestimmung vertrat auch der hessische Landesvorsitzende Alfred Dregger die Auffassung, das Modell der Sozialausschüsse liefe auf eine Aushöhlung der Sozialen Marktwirtschaft hinaus. Dregger war sich mit dem Arbeitnehmerflügel darin einig, »[...] daß sich die bis-

³³⁵ Franz Etzel, Referat in der CDU-Mitbestimmungskommission, zit. nach: *Zolleis*, Die CDU, S. 167.

³³⁶ Ebd., S. 168.

³³⁷ *Philipp von Bismarck*, »Tödlich für die Marktwirtschaft«, in: DIE ZEIT, Nr. 47, 16.11.1973.

³³⁸ Alle Zitate ebd.

herige Mitbestimmung bewährt hat und daß sie ausgeweitet werden soll. Mit den Sozialausschüssen bejahen wir die Mitbestimmung als Überwindung des Manchester-Liberalismus ebenso wie als Gegenposition zur Klassenkampffideologie der Sozialisten [...]«, betonte er in seiner Rede auf dem Düsseldorfer Parteitag. Mit der Parität erhalte die Mitbestimmung aber »eine neue, eine systemverändernde Dimension [...], eine Dimension, die es unseren politischen Gegnern sogar erlaubt, dieser Mitbestimmung eine systemüberwindende, eine die Soziale Marktwirtschaft zerstörende Dimension zu geben.«³³⁹ Diese systemverändernde Dimension sei gegeben, »[...] wenn [...] die Anteilseigner – also die Eigentümer des Unternehmens – das Verfügungsrecht über diese Unternehmen weitgehend verlieren, weil sie im entscheidenden Organ, dem zum Verwaltungsrat ausgebauten Aufsichtsrat, in die Minderheit geraten.«³⁴⁰

Dregger warnte vor zu viel Gewerkschaftsmacht, deren Interessen dem Gemeinwohl und der freiheitlichen Ordnung entgegenstünden. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, »[...] dass [...] die Sozialisten, gewillt sind, mit Hilfe der Parität die Mitbestimmung [...] zu einer Durchgangsstation zum Sozialismus umzufunktionieren [...]«. Die Gewerkschaften spielten eine »legitime und unverzichtbare Rolle [...] als Mitträger unserer freiheitlichen Ordnung«, es stelle sich aber die Frage, »ob man Gewerkschaften eine Machtposition einräumt, die den Rahmen dieser freiheitlichen Ordnung zu sprengen vermag.«³⁴¹ Als Warnung vor einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft und sich damit gegen das Verständnis von Mitbestimmung als Mittel zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft wendend – die Position der Sozialausschüsse und der Jungen Union – zitierte Dregger einen nordhessischen Delegierten auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD: »Wir wollen Mitbestimmung eben nicht unter dem Stichwort Sozialpartnerschaft als die Integration der Arbeiterschaft in die bestehende Gesellschaftsordnung, [...] sondern Mitbestimmung als Schritt zur Selbstbestimmung, zur Durchsetzung des Prinzips der Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft.«³⁴² Sozialpartnerschaft als Integration der Arbeiterschaft in die bestehende Gesellschaft sei aber gerade die Position der CDU. Diese Argumentation zielte darauf ab, die Paritätslösung der Sozialausschüsse außerhalb der Position der Union zur Mitbestimmung zu verorten, die nach dem Prinzip der Sozialpartnerschaft zielte. Die Position der Sozialausschüsse zielte danach eben nicht auf »die Integration der Arbeiterschaft in die bestehende Gesellschaftsordnung«, sondern war

³³⁹ Alfred Dregger, Rede auf dem 18. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, 25.–27. 1. 1971, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.), Parteitagprotokoll, Bonn 1971, S. 259.

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ Ebd., S. 262.

³⁴² Ebd., S. 260.

identisch mit der des politischen Gegners, der die Mitbestimmung lediglich »als ersten möglichen Schritt zur Arbeiterselbstverwaltung nach jugoslawischem Vorbild oder zur Sozialisierung« betrachtete.³⁴³

In seiner Rede auf dem Düsseldorfer Parteitag hielt Hans Katzer als Vertreter der Sozialausschüsse den Ausführungen Dreggers entgegen: »1949 [...] setzte die Union dem Klassendenken und den Klassenkampfparolen der SPD die Idee der Partnerschaft in der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber. Zu dieser Idee der Partnerschaft gehört – Herr Dregger, und da unterscheiden wir uns –, so meine ich, die Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit. Partnerschaft ist nur denkbar unter Gleichberechtigten; sonst ist der eine von vornherein unterlegen.«³⁴⁴ Sowohl der Wirtschafts- als auch der Arbeitnehmerflügel der CDU setzten auf die Idee der Sozialpartner als »Partner am Markt« in Abgrenzung zum Klassenkampfgedanken. Die Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft ließ dabei durchaus unterschiedliche Semantiken der Partnerschaft zu. Sich an die Adresse der CSU wendend, die den Sozialausschüssen empfohlen hatte, die Düsseldorfer Leitsätze als gemeinsame Diskussionsgrundlage anzuerkennen, gab Katzer zu verstehen, die Sozialausschüsse hätten nichts dagegen, diese zur Basis ihrer Ausführungen zu machen, wenn es dort hieße: »Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.«³⁴⁵ Wie Blüm war auch Katzer der Ansicht, dass die Paritätslösung mit der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar sei und dass die CDU sich diese zu eigen machen müsse, um sich als klassenübergreifende Volkspartei zu profilieren. »Es wird also eine effektive Mitbestimmung dort möglich sein, wo die Unternehmenspolitik bestimmt wird«, stellte Katzer klar, der nicht einsehen wollte, »[...] daß der Rentabilitätsgedanke beim Aktionär größer sein kann als das elementare Interesse der Arbeitnehmer an einer nachhaltigen Rentabilität im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze für sie selbst und für ihre Familien [...].« Der einzelne dürfe nicht »das Gefühl haben, Objekt des Arbeitsprozesses zu sein.« Die CDU sollte »[...] das unternehmerische Denken der Arbeitnehmer fördern, um sie zu Partnern des betrieblichen Geschehens zu machen.«³⁴⁶

Mit seiner Forderung nach paritätischer Mitbestimmung setzte sich der Arbeitnehmerflügel nicht durch. Auf dem Düsseldorfer Parteitag von 1971 wurde ein Mitbestimmungsmodell verabschiedet, das auf die Formel »sieben Anteilseigner,

³⁴³ Ebd.

³⁴⁴ Hans Katzer, Rede auf dem 18. Bundesparteitag der CDU, Düsseldorf, 25.–27.1.1971, in: ebd., S. 267.

³⁴⁵ Ebd., S. 268.

³⁴⁶ Ebd., S. 270 f.

fünf Unternehmer« gebracht wurde.³⁴⁷ Der Antrag war vom Landesverband Schleswig-Holstein eingebracht worden und unterschied sich nur graduell von dem vom Bundesvorstand eingebrachten Entwurf, der von der Mitbestimmungskommission unter der Leitung von Thomas Ruf erarbeitet worden war und auf dem im Januar 1970 vorgelegten Bericht der »Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung« unter der Leitung von Kurt Biedenkopf basierte, dem sogenannten Biedenkopf-Bericht.³⁴⁸

Auf dem Hamburger Parteitag von 1973 startete die CDA einen weiteren Versuch, die paritätische Mitbestimmung zur offiziellen Parteiprogrammatik zu erheben, scheiterte aber erneut.³⁴⁹ Fünf Sechstel der Delegierten des Parteitags votierten schließlich für die Vorlage des Bundesvorstands, die zwar im Grundsatz eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte vorsah, diese Gleichgewichtigkeit de facto aber außer Kraft setzte, weil leitende Angestellte als eigene Gruppe definiert wurden und in einer Pattsituation die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden ausschlaggebend sein sollte.³⁵⁰ Auch wenn sich die Position des Arbeitnehmerflügels letztendlich nicht durchgesetzt hatte, stand die Auseinandersetzung um die Mitbestimmung durchweg im Zeichen der Suche nach einem Kompromiss mit den Sozialausschüssen, die die Mitbestimmung als Testfall für den volksparteilichen Charakter und die Reformfähigkeit der CDU ansahen.

Die Auseinandersetzung zwischen dem linken Parteiflügel und den wirtschaftsnahen Kräften innerhalb der CDU über die Parität wurde mit harten Bandagen geführt. Das Protokoll der Klausursitzung des Bundesvorstands am 6. Oktober 1973, auf welcher über die Mitbestimmung ausführlich diskutiert wurde, gibt eindrücklich Zeugnis davon.³⁵¹ Nach jahrelanger Diskussion wurde das Thema schließlich zur Machtfrage stilisiert, die mit Mehrheitsentscheidung entschieden wurde.³⁵²

In diesem Zusammenhang ist allerdings entscheidend, dass sich die CDU klar als Volkspartei der Mitte zeigte. Die Notwendigkeit der Mitbestimmung wurde im

³⁴⁷ Vgl. *Zolleis*, Die CDU, S. 169.

³⁴⁸ Mitbestimmung im Unternehmen. Bericht der Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung (Mitbestimmungskommission), in: Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 4. 2. 1970, Drucksache VI/334.

³⁴⁹ Mit der Ablehnung der Paritätslösung im christdemokratischen Mitbestimmungsmodell hatte die Arbeitgeberseite ihre Interessen geltend machen können. Vgl. dazu auch *Michael Schneider*, Unternehmer und soziale Demokratie. Zur unternehmerischen Argumentation in der Mitbestimmungsdebatte der sechziger Jahre, in: AfS 13, 1973, S. 243–288.

³⁵⁰ Vgl. *Bösch*, Macht und Machtverlust, S. 34; *Zolleis*, Die CDU, S. 178.

³⁵¹ Vgl. Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 6. 10. 1973, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, S. 324–492.

³⁵² Vgl. *Zolleis*, Die CDU, S. 179.

Grundsatz zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt, auch ihre Ausweitung wurde vom gesamten Parteispektrum befürwortet. »Innerhalb der CDU [war] die Frage des ›Ob‹ nie umstritten«, fasste Thomas Ruf den Stand der Diskussion auf dem Düsseldorfer Parteitag von 1971 zusammen.³⁵³ Die widerstreitenden Parteiflügel setzten gleichermaßen auf die Mitbestimmung als konstitutives Element der Sozialen Marktwirtschaft. Damit vollzog sich die Auseinandersetzung über die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, der Marktdiskurs der CDU, bis Mitte der 1970er-Jahre anhand der Frage der Integration der Arbeiterschaft in die marktwirtschaftliche Ordnung. Zur Lösung des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit reaktivierten sowohl die CDA als auch der Wirtschaftsflügel die christdemokratische Vorstellung der ›Partner am Markt‹, die darauf gerichtet war, Klassegegensätze abzubauen und so gesellschaftlichen Ausgleich zu erreichen.

In der innerparteilichen Diskussion um die Mitbestimmung zeigte sich ein für die deutsche Christdemokratie durchaus charakteristischer Ansatz der gesellschaftspolitischen Problembearbeitung, der – wie bereits herausgearbeitet – auch im christdemokratischen Krisennarrativ angelegt war. Als wichtigstes Feld der Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses der ersten Hälfte der 1970er-Jahre offenbarte sich hier der Anspruch der CDU, eine schichtenübergreifende Volkspartei zu sein, mit dem Anspruch, ein hohes Maß an gesellschaftlichem Konsens und Ausgleich herzustellen. Auch wenn die Mitbestimmung als Thema in der CDU infolge der mit der »Neuen Sozialen Frage« verbundenen semantischen Offensive seit Mitte der 1970er-Jahre zunehmend in den Hintergrund trat, blieben die in der Diskussion um die Mitbestimmung deutlich werdenden, konsensorientierten Muster der politischen Problembearbeitung im Marktdiskurs der CDU durch das gesamte Jahrzehnt hindurch prägend. Die CDU verband ihre marktwirtschaftliche Ausrichtung mit dem Anspruch des gesellschaftlichen Ausgleichs – eine Kombination, die zwar auch den britischen Konservativen zu Beginn des Jahrzehnts nicht fremd war, sich aber von dem marktradikalen, konfliktorientierten Ansatz zur Lösung politischer und ökonomischer Problemlagen, wie er in der thatcheristischen Marktsemantik seit Mitte der 1970er-Jahre deutlich wird, grundlegend unterschied.

³⁵³ Thomas Ruf, Rede auf dem 18. Bundesparteitag der CDU, Düsseldorf, 25.–27. 1. 1971, in: CDU (Hrsg.), Parteitagprotokoll, Bonn 1971, S. 250.

2.2 Christdemokratische Begriffstraditionen und die semantische Ambivalenz der Sozialen Marktwirtschaft

Die christdemokratische Verbindung von marktwirtschaftlicher Ordnung und gesellschaftlichem Ausgleich, die für den Marktdiskurs der CDU zu Beginn der 1970er-Jahre – wie in der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung deutlich wurde – prägend war und das gesamte Jahrzehnt hindurch prägend blieb, geht zurück auf spezifisch christdemokratische Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten. Waren die weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen in der Tradition des parteipolitischen Konservatismus Großbritanniens angelegt, so sind die tieferliegenden Gründe für die Begrenztheit der Verschiebungen in Richtung »mehr Markt« im Marktdiskurs der deutschen Mitte-Rechts-Partei in der nach 1945 gewachsenen, spezifisch christdemokratischen Parteitradition zu suchen.

2.2.1 Die katholische Soziallehre als christdemokratische Begriffstradition

Eine spezifisch christdemokratische Begriffstradition liegt in der christlichen, insbesondere der katholischen Soziallehre begründet. Die Sozialenzykliken *Rerum novarum* (1891) und *Quadragesimo anno* (1931) begründeten semantische Pfadabhängigkeiten, die über die katholische Soziallehre in den christdemokratischen Parteien fortwirkten. Mit *Rerum novarum* von Papst Leo XIII. reagierte die katholische Kirche auf die durch die industrielle Revolution hervorgerufenen sozialen Missstände. Die erste Sozialenzyklika stellte die Antwort der katholischen Kirche auf die Soziale Frage dar, die in einer eigenständigen Position jenseits von Liberalismus und Sozialismus bestand. Während der erste Teil der Enzyklika entschieden gegen die sozialistische Theorie, insbesondere gegen deren Eigentumsbegriff, argumentiert, formuliert der zweite Teil den Ansatz der katholischen Kirche zur Lösung der »Arbeiterfrage« (so die deutsche Übersetzung). Die materielle Gleichheit der Menschen wurde nicht angestrebt, da Unterschiede naturgegeben seien. Jedoch müssten die Klassen Arbeit und Kapital zu einer Versöhnung kommen: »Ein Grundfehler in der Behandlung der sozialen Frage ist [...] der, daß man das gegenseitige Verhältnis zwischen der besitzenden und der unvermögenden, arbeitenden Klasse so darstellt, als ob zwischen ihnen von Natur ein unversöhnlicher Gegensatz Platz griffe, der sie zum Kampf aufrufe. Ganz das Gegenteil ist wahr. Die Natur hat vielmehr alles zur Eintracht, zu gegenseitiger Harmonie hingeeordnet; und so wie im menschlichen Leibe bei aller Verschiedenheit der Glieder im wechselseitigen Verhältnis Einklang und Gleichmaß vorhanden ist, so hat auch die Natur gewollt, daß im Körper der Gesellschaft jene beiden Klassen in einträchtiger Beziehung zueinander stehen und ein gewisses Gleich-

gewicht darstellen. Die eine hat die andere durchaus notwendig. So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen. [...] Zur Beseitigung des Kampfes aber und selbst zur Ausrottung seiner Ursachen besitzt das Christentum wunderbare und vielgestaltige Kräfte.«³⁵⁴ Die Schlüsselbegriffe des christdemokratischen Prinzips der Sozialpartnerschaft waren mit denen von *Rerum novarum* deckungsreich: »Eintracht«, »Einklang«, »Harmonie«, »Gleichgewicht«.

Eine gewichtige Rolle bei der Entwicklung der katholischen Soziallehre spielte die Enzyklika *Quadragesimo anno* vom 15. Mai 1931, deren Name sich auf den vierzigsten Jahrestag der Veröffentlichung von *Rerum novarum* bezieht. In der Enzyklika von Papst Pius XI. werden die drängenden Fragen der Industriegesellschaft über die »Arbeiterfrage« hinaus mit Blick auf die gesellschaftliche Ordnung im Ganzen angesprochen. Die Schlüsselbegriffe waren Personalität, Subsidiarität und Solidarität, mit denen die Sozialbindung des Eigentums gefordert und auf Gesellschaftsreformen gedrängt wurde. *Quadragesimo anno* formulierte die kirchliche Kritik an der kapitalistischen Klassengesellschaft in gleichzeitiger Abgrenzung vom Marxismus *und* vom Marktliberalismus. Mit Blick auf die Wirkungsgeschichte von *Rerum novarum* wurde hervorgehoben: »[D]ie Staatsgewalt betreffend, setzte sich Leo XIII. über die von der liberalen Staatslehre aufgerichteten Schranken kurzerhand hinweg. Dieser Staatsauffassung, die im Staat nur den Wächter der Rechtsordnung erblicken will, setzte Leo unbeirrt die Lehre vom Recht und Wohlfahrtsstaat entgegen. [...] Der Initiative des einzelnen Staatsbürgers und der Familie sei gewiß der gebührende Spielraum zu lassen; dieser finde aber seine Grenze am Gemeinwohl und am Rechte anderer.«³⁵⁵ Damit sei der Liberalismus, »der so lange ein wirksames Eingreifen der Staatsgewalt hintanzuhalten vermocht« habe, »aus dem Sattel gehoben« worden.³⁵⁶ Unmissverständliche Kritik wurde am *Laissez-faire*-Liberalismus formuliert: »Lange genug konnte in der Tat das Kapital ein Übermaß für sich vorwegnehmen [...], dem Arbeiter kaum die Notdurft für die Erhaltung der Arbeitskraft und ihre Reproduktion übriglassend. Nach einem unwiderstehlichen Naturgesetz der Wirtschaft sollte alle Kapitalakkumulation nur beim Kapitalbesitzer stattfinden können, während das gleiche Gesetz den Arbeiter zu ewiger Proletarität und zu einem Leben an der Grenze des Existenzminimums verdamme. [...] Kann es wundernehmen, daß der-

³⁵⁴ *Rerum novarum*, § 15, in deutscher Übersetzung online abrufbar unter URL: <https://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/320.html> [20. 11. 2018].

³⁵⁵ *Quadragesimo anno*, § 25, in deutscher Übersetzung online abrufbar unter URL: <https://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/319.html> [20. 11. 2018].

³⁵⁶ Ebd., § 27.

art verkehrte Auffassungen, derart unberechtigte Ansprüche leidenschaftlich bekämpft wurden?«³⁵⁷

Der Liberalismus eines ungezügelten Marktes war demnach ebenso abzulehnen wie der Sozialismus, lief er doch mit seiner Natur und seinen Werten der menschlichen Person ebenso entgegen: »So wenig die Einheit der menschlichen Gesellschaft gründen kann auf der Gegensätzlichkeit der Klassen, ebenso wenig kann die rechte Ordnung der Wirtschaft dem freien Wettbewerb anheimgegeben werden. Das ist der Grundirrtum der individualistischen Wirtschaftswissenschaft, aus dem all ihre Einzelirrtümer sich ableiten: in Vergessenheit oder Verkenning der gesellschaftlichen wie der sittlichen Natur der Wirtschaft glaubte sie, die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen; im Markte, d. h. im freien Wettbewerb, besitze diese ja ihr regulatives Prinzip in sich, durch das sie sich vollkommener selbst reguliere, als das Eingreifen irgendeines geschaffenen Geistes dies je vermöchte. Die Wettbewerbsfreiheit – obwohl innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen – kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein.«³⁵⁸

Die in *Rerum novarum* enthaltene Vorstellung einer »Versöhnung der Klassen« wurde fortgeschrieben, indem die »Entproletarisierung des Proletariats« als Ziel herausgestellt wurde. Dem ging die Analyse voraus: »[D]ie überwältigende Massenerscheinung des Proletariats gegenüber einem kleinen Kreise von Überreichen [ist] ein unwidersprechlicher Beweis dafür, daß die Erdengüter, die in unserm Zeitalter des sogenannten Industrialismus in so reicher Fülle erzeugt werden, nicht richtig verteilt und den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen nicht entsprechend zugute gekommen sind.«³⁵⁹ Ein notwendiges Mittel zur Überwindung des Proletariats und damit zur Behauptung einer friedlichen öffentlichen Ordnung »gegen die Mächte des Umsturzes« sah Pius XI. in der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.³⁶⁰ Die Entproletarisierung der Arbeiter durch Eigentum und Mitbestimmung sollte die rechtliche Voraussetzung für die leichtere Akzeptanz der berufsständischen Ordnung schaffen.³⁶¹ Die Idee der berufsständischen Ordnung reichte zurück bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts. In der Weimarer Republik war sie weiterentwickelt und mit einer Fülle von programmatischen Vorstellungen zur Mitbestimmung verknüpft worden. Die Idee einer partner-

³⁵⁷ Ebd., § 54.

³⁵⁸ Ebd., § 88.

³⁵⁹ Ebd., § 60.

³⁶⁰ Ebd., § 62.

³⁶¹ Vgl. *Johannes Schasching*, Der gesellschaftliche Ordnungsgedanke in *Rerum novarum* und *Quadragesimo anno*, in: Arthur F. Utz (Hrsg.), *Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung*, Trier 1991, S. 67–84, hier S. 69–71.

schaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit in einer sozial gerecht gestalteten Wirtschaftsordnung, die nicht durch die Abschaffung des Marktes, sondern gerade mit Hilfe desselben erreicht werden sollte, war auf dem Essener Kongress der Zentralarbeitsgemeinschaft der christlichen Gewerkschaften von 1920 begrüßt worden.³⁶² Mitbestimmung hatte also in der Begriffstradition der katholischen Soziallehre immer einen entscheidenden Rang besessen.

Quadragesimo anno war maßgeblich von Oswald von Nell-Breuning, der als Berater Pius XI. wirkte, vorbereitet worden. Der Einfluss des Nationalökonom und Sozialphilosophen auf die Enzyklika ist mit Blick auf das Verhältnis von Arbeit und Kapital, die Auseinandersetzung mit dem Marxismus und die Frage der Vermögensbildung unverkennbar. Als »Nestor der katholischen Soziallehre«³⁶³ war Nell-Breuning ein wichtiger Stichwortgeber der deutschen Christdemokratie bei der Ausgestaltung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnung im Nachkriegsdeutschland. In seinem Buch »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand« forderte der Jesuitenpater etwa ein »vermögenspolitisches Credo der Sozialen Marktwirtschaft«, die ihren Namen nur verdiene, wenn es gelinge, die Verteilung von Vermögen breiter zu streuen.³⁶⁴ Für Nell-Breuning war eine »Versöhnung von Neoliberalismus und katholischer Soziallehre« nur dann möglich, wenn der Sozialstaat mit Umverteilung und strukturpolitischen Maßnahmen tätig würde. Nell-Breuning schlug einen kritischen Ton an und bezweifelte zunächst, ob man sich mit der Sozialen Marktwirtschaft wirklich vom alten Liberalismus abgewandt hätte. In diesem Sinne bezeichnete er sie einmal als »sozial temperiert«, er sah sie bestenfalls auf dem Weg zu einem wirklich sozialen Modell.³⁶⁵

War das Verhältnis zwischen Kirche und Sozialismus traditionell durch unüberbrückbare Gegensätze geprägt³⁶⁶, so stand die katholische Kirche auch einer ungezügelter Marktökonomie ablehnend, der marktwirtschaftlichen Ordnung prin-

³⁶² Vgl. *Michael Schneider*, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982, S. 554 ff.; *Franz Josef Stegmann*, Der soziale Katholizismus und die Mitbestimmung in Deutschland. Vom Beginn der Industrialisierung bis zum Jahre 1933, 2. Aufl., München/Paderborn/Wien 1978.

³⁶³ So der Münchener Erzbischof Reinhard Marx in einem Interview. DER SPIEGEL, 27. 10. 2008, S. 170–172, hier S. 170. Vgl. auch *Eberhard Grein*, Für die soziale Marktwirtschaft. Oswald von Nell-Breuning – Reformers und Jesuit, 2. Aufl., Sankt Ottilien 2011, S. 12.

³⁶⁴ *Oswald von Nell-Breuning*, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Frankfurt am Main 1965.

³⁶⁵ *Oswald von Nell-Breuning*, Wie »sozial« ist die »soziale Marktwirtschaft«?, in: Ders. Den Kapitalismus umbiegen, Düsseldorf 1990, S. 222–238, hier S. 237.

³⁶⁶ Zwar wird in *Quadragesimo anno* zwischen dem Kommunismus als »schärferer Richtung« und dem demokratischen Sozialismus, der eine gewisse Annäherung an die Postulate einer christlichen Sozialreform erkennen lasse, unterschieden, jedoch bleibe der Sozialismus, »gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung, auch nachdem er in den genannten Stücken der Wahrheit und Gerechtigkeit Raum gibt, [...] mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar.« *Quadragesimo anno*, § 113, und 117.

zipiell kritisch und ambivalent gegenüber. Der italienische Ministerpräsident und Politiker der *Democrazia Cristiana* Amintore Fanfani, der Anfang der 1960er-Jahre die entscheidenden Impulse für die italienische Christdemokratie hin zu einer »Öffnung nach links« (*apertura à sinistra*) lieferte, hat in diesem Zusammenhang einmal »an unbridgale gulf between the Catholic and the capitalist conception of life«³⁶⁷ ausgemacht. Auch wenn die Chancen, in der CDU nach 1945 ein Programm des christlichen Sozialismus durchzusetzen, von vorn herein sehr begrenzt waren – wie im Eingangskapitel deutlich gemacht wurde –, ist die Identifizierung der CDU mit Marktwirtschaft keineswegs so selbstverständlich, wie dies mit dem heutigen Blick auf die Geschichte des Wiederaufbaus und des »Wirtschaftswunders« erscheinen mag.³⁶⁸ Die CDU vereinigte unterschiedliche politische Strömungen, die sich in ihren Vorstellungen über den wünschenswerten Zusammenhang von Markt und Staat teilweise stark voneinander abwichen: ein Konglomerat aus ordoliberalen, liberaldemokratischen, christlich-sozialen, katholisch-abendländischen und nationalkonservativen Weltanschauungen.³⁶⁹ Freilich gelang es der neugegründeten Partei, diese unterschiedlichen Strömungen und somit auch die von Fanfani ausgemachte Kluft zwischen politischem Katholizismus und Kapitalismus zu überbrücken – nicht zuletzt mit dem Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft. Gleichwohl wirkte die Begriffsstradition der katholischen Soziallehre nach der Etablierung der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft, dem Marktdiskurs der CDU, fort, wie zu zeigen sein wird.

2.2.2 Der Primat des Christlichen und die Grenzen des liberalen Elements in der deutschen Christdemokratie

Wie Axel Schildt in seiner Studie »Konservatismus in Deutschland« herausgestellt hat, gab es für den deutschen Konservatismus infolge der Belastung durch die historische Fehleinschätzung des Nationalsozialismus und die Rolle, die die Konservativen beim Scheitern der Weimarer Demokratie und in der Zeit von 1933 bis 1945 gespielt hatten, in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur zwei realistische Optionen: den weitgehenden Verzicht auf den Begriff Konservatismus und den »Übergang zu einer allein noch pragmatischen, >antiideologischen«

³⁶⁷ *Amintore Fanfani*, *Catholicism, Protestantism, and Capitalism*, New York 1935, S. 143.

³⁶⁸ Vgl. *Ronald J. Granieri*, Wohlstand oder Solidarität? Katholiken und Christdemokraten auf der Suche nach einer sozialen Marktwirtschaft, in: Bernhard Löffler/Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos. Kulturgeschichtliche Entwicklungen in Westeuropa und den USA*, Bielefeld 2010, S. 221–235, hier S. 224.

³⁶⁹ Vgl. *Axel Schildt*, *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998, S. 227.

Position«, sowie »die Rückbesinnung auf die traditionell enge Verbindung von Konservatismus und Christentum [...]«. ³⁷⁰ Diese begründeten – nachdem der deutsche Konservatismus anders als der britische diskreditiert war ³⁷¹ – die spezifische Nachkriegstradition der deutschen Christdemokratie, die nicht einfach als konservativ zu kennzeichnen ist.

Ein zentrales Gründungsmoment der Christdemokratie hatte dementsprechend in der Abgrenzung zum »materialistischen« Liberalismus gelegen. ³⁷² Die Rückkoppelung an christliche Werte war für die neugegründete Partei als Alleinstellungsmerkmal des christdemokratischen Projekts notwendig, galt es doch zu verhindern, dass sich die Unionsparteien zu nationalliberalen Parteien entwickelten – eine Furcht, die Adenauer nach mehr als zehn Jahren an der Macht noch umtrieb. ³⁷³ Die Union musste ihr eigenes christdemokratisches Profil mit deutlichen Konturen sowohl in Abgrenzung zum »materialistischen« Sozialismus als auch zum »materialistischen« und individualistischen Liberalismus schärfen. Diese Konfliktklinie aus der formativen Phase der deutschen Christdemokratie schien wieder aufzubrechen, als Adenauer im Oktober 1963 seinen Stuhl räumen und Platz für Erhard machen musste. Wie Ronald J. Granieri herausgestellt hat, hatte es die deutsche Christdemokratie in den 1960er-Jahren mit zwei entgegengesetzten Entwicklungen zu tun, die die Union herausforderten und die unmittelbar mit der Frage des Verhältnisses von Katholiken und Christdemokraten zum Liberalismus und Kapitalismus verbunden waren. Das christdemokratische Moment geriet in Bedrängnis, und zwar einerseits durch eine »stark wachsende gesellschaftliche Neigung unter bürgerlichen Wählern, sich auf wirtschaftlichen Erfolg als höchstes Gut zu konzentrieren«, und andererseits durch die erstarkende Sozialdemokratie, womit »der Ruf nach sozialer Erneuerung und innerer Reform

³⁷⁰ Ebd., S. 212 f.

³⁷¹ Vgl. auch *Martina Steber*, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin 2017, S. 107–163, bes. S. 108, S. 356.

³⁷² *Maria Mitchell*, *Materialism and Secularism: CDU Politicians and National Socialism, 1945–1949*, in: *Journal of Modern History* 67, 1995, S. 278–308; *Granieri*, *Wohlstand oder Solidarität?*, S. 222.

³⁷³ Vgl. *Granieri*, *Wohlstand oder Solidarität?*, S. 222. Adenauer hatte etwa im Oktober 1960 in einem Brief an Heinrich Krone klargestellt, er würde sich »mit ganzer Kraft dagegen zur Wehr setzen [...], dass die Tätigkeit der Bundestagsfraktion und der Partei sich fast ausschließlich auf wirtschaftliche Fragen erstreckt. Wir sind keine Wirtschaftspartei, und wir wollen auch keine Wirtschaftspartei werden.« Brief an Heinrich Krone vom 8.10.1960, in: *Konrad Adenauer, Briefe 1959–1961*, bearb. von *Hans-Peter Mensing*, Paderborn 2004, S. 194 f. Adenauer war erbost darüber, dass sich Krone und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ohne sein Wissen mit dem BDI-Vorsitzenden Fritz Berg getroffen hatten. Vgl. auch *Granieri*, *Wohlstand oder Solidarität?*, S. 221.

keinen Platz für konservative und christdemokratische Ideen ließ.«³⁷⁴ Die Union wurde von zwei Fragen herausgefordert: Wie man sich gegenüber einem (Wirtschafts-)Liberalismus abgrenzen konnte, ohne Wähler durch einen dadurch drohenden Kompetenzverlust beim Thema Wirtschaft zu verlieren – und: wie man sich von der SPD abgrenzen konnte, ohne »Wirtschaftspartei« zu werden, was nicht nur Adenauer zu verhindern suchte.

Diese Herausforderung wurde noch verschärft, als die SPD mit ihrem Godesberger Programm nicht nur die Hinwendung zu Marktwirtschaft und Wettbewerb festschrieb, sondern auch ein Angebot der Partnerschaft und konstruktiven Zusammenarbeit an die Kirchen richtete – als die Abkehr der Sozialdemokratie nicht nur von der anti-marktwirtschaftlichen, sondern auch von der anti-klerikalen Grundhaltung festgeschrieben wurde, die der Adenauer-CDU in den ersten Nachkriegsjahren noch dazu verholfen hatte, die Kluft zwischen den verschiedenen Strömungen in der CDU und ihrer Wählerschaft zu überbrücken.³⁷⁵ Wie sehr sich die CDU von dieser Entwicklung herausgefordert fühlte, zeigten etwa die innerparteilichen Auseinandersetzungen auf dem CDU-Bundesparteitag vom April 1960, die in einer Kontroverse zwischen Adenauer und dem damaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier gipfelten. Der Protestant repräsentierte jene Unionsmitglieder, die die Sorge umtrieb, durch eine zu starke Betonung einer marktwirtschaftlichen Politik »soziale Christen« an die Sozialdemokratie zu verlieren.³⁷⁶ Seine Lösung lief darauf hinaus, auf Basis des neuen Godesberger Programms die Gemeinsamkeiten von SPD und CDU in der Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu prüfen.³⁷⁷ Dies traf jedoch auf den entschiedenen Widerspruch Adenauers.³⁷⁸ Die Lösung dieses Konflikts konnte für christdemokratische Politiker aber in keinem Fall darin bestehen, eine Sprache des freien Marktes zu sprechen. Dies wäre einer Selbstaufgabe gleichgekommen, war eine solche

³⁷⁴ *Granieri*, Wohlstand oder Solidarität?, S. 223.

³⁷⁵ Vgl. ebd., S. 227 f.

³⁷⁶ Vgl. ebd., S. 228.

³⁷⁷ »Wir Christlichen Demokraten sollten unbefangen genug sein uns zu fragen, ob das nicht der Ton ist [gemeint ist das Godesberger Programm der SPD, P. B.], der uns [...] am Ende auf eine breite, gemeinsame Grundlage der Gesellschafts-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland hoffen läßt?«, so Gerstenmaier. Protokoll des 9. CDU-Bundesparteitag, 26.–29. 4. 1960, Karlsruhe, online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1960-04-26-29_Protokoll_09.Bundesparteitag_Karlsruhe.pdf, S. 195 [18. 11. 2018].

³⁷⁸ Adenauer hielt das Godesberger Programm der SPD für ein rein wahltaktisch motiviertes Propagandamanöver und lehnte alle Überlegungen zu einer Gemeinsamkeitspolitik ab. Vgl. Protokoll des 9. CDU-Bundesparteitag, 26.–29. 4. 1960, Karlsruhe, ebd., S. 232. Vgl. auch die Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Gerstenmaier in der Sitzung des Parteivorstands vom 17. 1. 1958, in: *Günter Buchstab* (Hrsg.), Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994, S. 73–96.

Marktsprache doch inkompatibel mit der christdemokratischen Semantik und damit im christdemokratischen Marktdiskurs nach 1945 unsagbar – im Unterschied zur Tradition des britischen Konservatismus, für die das marktliberale Element auch in Zeiten des keynesianisch-sozialdemokratischen Konsenses nach 1945 weiterhin konstitutiv geblieben war.

Es stellt sich also die Frage nach der Bedeutung des liberalen Elements in der deutschen Christdemokratie. Für Jan-Werner Müller ist die Christdemokratie »die wichtigste ideologische Innovation der Nachkriegszeit«, eine politische Bewegung, in der »das große Paradox des Verhältnisses zwischen politischem Denken und politischen Institutionen«, zwischen »neue[n], quasiliberal[e]n Institutionen sowie entschieden nichtliberal[e]n, wenn nicht offen antiliberal[e]n politische[n] Idiome[n]« offen zutage getreten sei.³⁷⁹ Mit diesem Paradox meint er das nach 1945 gewachsene, spezifisch christdemokratische Verhältnis zwischen konservativen, liberalen und christlich-sozialen Elementen in der neugegründeten Partei³⁸⁰, das mit Blick auf die Entwicklung ihres Marktdiskurses in den 1970er-Jahren Erklärungspotenzial bereit hält. So wie der deutsche Konservatismus war nach dem Zweiten Weltkrieg auch der Standort und die Zukunft des deutschen Liberalismus unsicher geworden. »Wo steht der Liberale?«, fragte der Pionier der deutschen Publizistikwissenschaft und Mitbegründer der Ost-CDU Emil Dovifat in der CDU-Zeitung *Neue Zeit* im Juli 1945, und gab folgende Antwort: »In einer starken Vereinigung demokratischen und christlichen Willens sind auch echte liberale Elemente. Es gehören in die Christlich-Demokratische Union: Wer die liberale Grundhaltung und ihr individualistisches Streben nicht zum Anlaß individualisierender Abspaltung nimmt, sondern zur Entfaltung bester persönlicher Kräfte zur zupackenden Nothilfe und friedlichen Neuordnung der Welt, der gehört in die neue, in die christliche Demokratie. Wer freien Gewissens ehrfürchtig die religiösen Überzeugungen anerkennt und den hier für das Gemeinschaftsleben ausgelösten tragenden Kräften freudig zur Mitarbeit die Hand reicht, der gehört in die neue, in die christliche Demokratie. Wer die humanitären Gedanken des Liberalismus so vertritt, daß sich ihre ethische Führungskraft wirklich in breitesten Volkskreisen durchsetzt, daß sie Wollen und Handeln frei und selbstverantwortlich mitbestimmen, der gehört in die Reihen der neuen demokratischen und christlichen Kämpfer. Denn ohne Demokratie kein Liberalismus: Demokratie und Liberalismus aber durchdrungen von den tiefwirkenden Kräften des Christentums unter den seelischen Sicherungen seines ethischen Gewissens.«³⁸¹

³⁷⁹ Müller, *Das demokratische Zeitalter*, S. 219.

³⁸⁰ Vgl. dazu auch Steber, *Die Hüter der Begriffe*, S. 164–207.

³⁸¹ Emil Dovifat, »Wo steht der Liberale«, in: *Neue Zeit*, Nr. 7, 22.7.1945, zit. nach: Reinhard Frommelt, *Die CDU und das liberale Erbe*, in: Wulf Schönbohm/Günther E. Braun (Hrsg.), *CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen*, München/Wien 1981, S. 17–33,

Obwohl Dovifat den Liberalismus »als großes geistiges Prinzip« würdigte, offenbaren diese Zeilen das für die neugegründete CDU bindende Primat des Christlichen gegenüber dem Liberalen. Der neuen christlich-demokratischen Bewegung wohnte eine tiefsitzende Skepsis gegenüber dem Liberalismus inne. Sein Hang zum Individualismus und seine Frontstellung zum Christentum machten ihn zu einem schwierigen Partner für die CDU. Nach Dovifat hatte der Liberalismus nur dann eine Existenzberechtigung in der CDU, wenn er konstruktiv für die Gemeinschaft sein konnte.³⁸² Dementsprechend stellte er klar: »Nicht zu uns gehört: Der Liberale, der so ›liberal‹ ist, daß er bewußt seine ›bürgerlichen Kräfte‹ gegen die Arbeitnehmerschaft sammelt. Er schere sich zum Teufel. [...] Der Liberale, der ausgesprochen oder unausgesprochen liberal ist, um die größte Freiheit der Wirtschaft zur größten Freiheit des Geschäfts zu nutzen: ihn werden wir nicht müde werden zu bekämpfen und bloßzustellen, bis er unten liegt. [...] Der Liberale schließlich, dem schon bei dem Begriff ›christlich‹ eine Gänsehaut über den Rücken läuft und der nicht erlebt, wie hier eine der widerstandsfähigsten Abwehrkräfte gegen die Fluten des Hitlertums sich aufstaute und blühende see-lische Provinzen rettete, der gehört nicht zu uns.«³⁸³

Ohne Zweifel: Zur neuen Christlich Demokratischen Union gehörten »echte liberale Elemente«, die nicht zuletzt in Gestalt des Ordoliberalismus konstitutiv für die nach 1945 etablierte Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft wurden. Allerdings verweist Dovifats Standortbestimmung des liberalen Elements in der CDU auf die spezifisch deutsche Erfahrung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die für den christdemokratischen Marktdiskurs prägend war und blieb. Der Primat des Christlichen gründete nicht zuletzt auf dem wichtigsten Gründungsimpuls der CDU: der Frontstellung des ›Christlichen‹ gegen den Nationalsozialismus. Um Missverständnissen vorzubeugen, sei indes betont, dass von einer Frontstellung *der Christen* gegen den Nationalsozialismus nicht nur mit Blick auf die protestantische Kirche in Deutschland von 1933 bis 1945 nicht gesprochen werden kann.³⁸⁴ Nach 1945 war ›das Christliche‹ in Deutschland aber – anders als der Liberalismus und der Konservatismus – keinesfalls diskredi-

hier S. 17. Zu Emil Dovifats publizistischem Wirken für die neugegründete CDU vgl. *Jürgen Michael Schulz*, Aktivitäten für die *Neue Zeit*. Emil Dovifat und sein publizistisches Engagement für die CDU, in: Bernd Sösemann (Hrsg.), *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*, Berlin 1998, S. 187–228.

³⁸² Vgl. *Schulz*, Aktivitäten, S. 216.

³⁸³ *Dovifat*, »Wo steht der Liberale«, zit. nach: *Frommelt*, Die CDU, S. 18.

³⁸⁴ Dies hat vor allem die jüngere Forschung herausgearbeitet. Vgl. etwa *Manfred Gailus/Clemens Vollnhals* (Hrsg.), *Für ein artgemäßes Christentum der Tat. Völkische Theologen im »Dritten Reich«*, Göttingen 2016; *Manfred Gailus* (Hrsg.), *Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933–1945*, Göttingen 2015; *Derek Hastings*, *Catholicism and the Roots of Nazism. Religious Identity and National Socialism*, Oxford 2010; *Dominik Burkard/Wolfgang*

tiert, sondern konnte, wie auch die zitierten Ausführungen Dovifats zeigen, zur Begründung einer in einem klaren Gegensatz zum Nationalsozialismus stehenden Haltung herangezogen werden. Das »katholische Milieu« hatte sich bis 1933 weitgehend resistent gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie erwiesen und auch in den folgenden Jahren war der politische Katholizismus vom Hitler-Regime stets als weltanschaulicher Widersacher betrachtet und bekämpft worden, wenngleich die Zentrumspartei – im Unterschied zu den Sozialdemokraten – dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zugestimmt hatte und auch die katholische Bevölkerung mehr und mehr in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft hatte eingebunden werden können. Gleichzeitig hatte sich in den vielfältigen Formen des Widerstands »Christlicher Demokraten« beider Konfessionen gegen das NS-Regime eine klare, christlich motivierte Ablehnung des Nationalsozialismus gezeigt³⁸⁵, die vor dem Hintergrund der Erfahrung von Unterdrückung und Religionsverfolgung im totalitären System zum Gründungsimpuls der neuen Partei wurde. Dieser sorgte entsprechend dafür, dass dem Christlichen in der neugegründeten Partei eine Vorrangstellung sowohl gegenüber dem Konservativen als auch gegenüber dem Liberalen zukam – eine Vorrangstellung, die so in der Konservativen Partei Großbritanniens nie existiert hatte.³⁸⁶

Es war also eine Anpassungsleistung vonnöten, wollten liberale Kräfte eine Rolle in der CDU spielen. Eric Voegelin hat zwei Phänomene dieser »Wandlung des Liberalismus« (in Deutschland) nach 1945 ausgemacht: Erstens, »die Absorption sozialetischer Forderungen in den klassischen Liberalismus, die jenes Amalgam erzeugt hat, das [...] unter verschiedenartigen Namen wie New Deal, Wohlfahrtsstaat, Soziale Marktwirtschaft usw. bekannt ist.« Zweitens, »die christliche Substanzauffüllung des Liberalismus.« Beides, so Voegelin, sei die Voraussetzung dafür gewesen, »daß in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg [...] in Deutschland, Frankreich und Italien den Kirchen nahestehende Parteien zu Trägern der liberalen Politik werden konnten.«³⁸⁷

Die »tiefwirkenden Kräfte des Christentums unter den seelischen Sicherungen seines ethischen Gewissens« (Dovifat) markierten demnach die Grenzen des liberalen Elements in der CDU. Der Primat des Christlichen prägte seither eine spezi-

Weiß (Hrsg.), *Katholische Theologie im Nationalsozialismus*, Bd. 1: Institutionen und Strukturen, 1. Teilband, Würzburg 2007.

³⁸⁵ *Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann* (Hrsg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2004; vgl. auch *Tilman Mayer*, Ein christlicher Gewerkschaftler im Widerstand. Jacob Kaiser und der 20. Juli 1944, in: *Gerhard Ringhausen/Rüdiger von Voss* (Hrsg.), *Widerstand und Verteidigung des Rechts*, Bonn 1997, S. 107–132.

³⁸⁶ Vgl. auch *Steber*, *Die Hüter der Begriffe*, S. 428 f.

³⁸⁷ *Eric Voegelin*, *Der Liberalismus und seine Geschichte*, in: *Karl Forster* (Hrsg.), *Christentum und Liberalismus*, München 1960, S. 13–42, hier S. 41 f.

fische christdemokratische Begriffstradition, die die Entwicklung des Marktdiskurses der CDU mit Blick auf das Menschenbild, das Verständnis des Verhältnisses zwischen Wirtschaft (Markt) und Gesellschaft und den Staatsbegriff determinierte.

2.2.3 Christdemokratisches Menschenbild und die semantische Pfadabhängigkeit der Versöhnung von Wirtschaft und Gesellschaft

Im Umfeld der von der CDU in den 1970er-Jahren geführten Grundsatzdebatte betonte der Parteivorsitzende Helmut Kohl vor dem Parteivorstand, er sehe im »Grundelement des >C< eben mehr als nur einen Hinweis«. Es bedeute »doch gewisse Bindungen für die Gesellschaftsordnung, für den Staatsbegriff, für das Menschenbild [...]«. ³⁸⁸ Daher dürfe dieses Grundelement »nicht keusch [...] [verschwiegen]« werden, sondern müsse »praktikabel« übersetzt und in »Formeln« gebracht werden, »die die Menschen [...] draußen verstehen.« ³⁸⁹ Die Bibel sei zwar »kein Rezeptbuch«, das der Partei konkrete Entscheidungen in der Politik abnehmen könnte, hieß es im zweiten Bericht der CDU-Grundsatzkommission. Aber sie erschließe ein Menschenbild, »das den Materialismus überwindet«, das »von einem sittlich ungebundenen Individualismus gleich weit entfernt [sei] wie von einem kollektiven Sozialismus«: »Der Mensch verwirklicht sich als soziales Wesen. Er entfaltet seine Freiheit verantwortlich, wenn er den Mitmenschen sucht und mit ihm solidarisch ist.« ³⁹⁰ »Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott«, stellte dann auch die Präambel des Ludwigshafener Grundsatzprogramms des Jahres 1978 heraus. »Aus christlichem Glauben lässt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit dem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik.« ³⁹¹ Der Mensch wird als soziales Wesen definiert (*zoon politicon*), wenn das Grundsatzprogramm formulierte, er sei auf das »Zusammenleben mit anderen – vornehmlich in festen sozialen Lebensformen – angelegt«, sein Wesen erfülle »sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe ent-

³⁸⁸ Helmut Kohl, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 16.2.1976, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, S. 1812.

³⁸⁹ Ebd., S. 711 und S. 2017.

³⁹⁰ Zweiter Bericht der CDU-Grundsatzkommission, vom Bundesvorstand entgegengenommen am 30.8.1973, abgedr. in: *Union in Deutschland* (UiD), Nr. 34, 6.9.1973, Dokumentation, S. 7–16, hier S. 13 f.

³⁹¹ Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Bonn 1978, S. 1 f. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf [22. 10.2018].

spricht«, und er verkümmere, »wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht.«³⁹²

Die im Grundsatzprogramm formulierte Verortung des Menschen zwischen Individualismus und Kollektivismus steht in der Begriffs tradition des aus dem politischen Katholizismus stammenden Personalismus. In der Tradition der personalistischen Bewegung um den französischen Philosophen Emmanuel Mounier³⁹³, die den Begriff etablierte, verstand sich der christlich-humanistische Personalismus als Alternative nicht nur zu sozialistisch-kollektivistischen und faschistischen Gesellschaftsentwürfen, sondern dezidiert auch als Gegenkonzept zum individualistischen Liberalismus.³⁹⁴ Die Unterscheidung zwischen »Individuum« und »Person«, wie sie etwa auch in den Arbeiten des personalistischen Philosophen Jacques Maritain getroffen wurde³⁹⁵, hatte für die theoretische Fundierung der europäischen Christdemokratie eine zentrale Rolle gespielt. Das personalistische Verständnis begriff die Gesellschaft als Gesamtmenge von Personen, denen eine Würde eigen sei, die allem Gesellschaftlichen vorangehe. Die Gesellschaft war aber gleichzeitig »gemeinschaftlich«, insofern, als sie zwar die Würde jedes Individuums achtete, aber zugleich ein Gemeinwohl anstrebte, das dem Wohl des einzelnen übergeordnet sein sollte.³⁹⁶ »Das christliche Verständnis vom Menschen hat gleichweiten Abstand von Kollektivismus und Individualismus und den von diesen beiden abgeleiteten Gesellschaftssystemen Sozialismus und Kapitalismus«, bekräftigte Norbert Blüm Anfang der 1980er-Jahre. Das »Christlich-soziale« sei die Wahl »zwischen zwei Einsamkeiten: Der Einsamkeit des Individuums, das den schwächeren Nachbarn vergisst, und der Einsamkeit des Kollektivismus, in dem das Individuum gar nicht weiß, daß es selbst vorhanden ist.«³⁹⁷ So wie die »Individualnatur des Menschen« ihren Grund in dem »Glauben an die Unverwechselbarkeit der menschlichen Person« fände, sei die »Sozialnatur des Menschen«

³⁹² Ebd., S. 2.

³⁹³ Mounier, Gründer der Zeitschrift *Esprit*, verfasste das »Personalistische Manifest«, das 1936 veröffentlicht wurde und die personalistische Bewegung maßgeblich beeinflusste. Vgl. *Emmanuel Mounier*, Das personalistische Manifest, Zürich o.J. [vermutlich 1937] (zuerst franz.: *Manifeste au service du personnalisme*, Paris 1936).

³⁹⁴ Vgl. *Ronald E. M. Irving*, *The Christian Democratic Parties of Western Europe*, London 1979, S. 30 ff.

³⁹⁵ Vgl. dazu *Hermann Steinkamp*, *Der Personalismus in der Sozialphilosophie Jacques Maritains*, Bonn 1966. Auf das Denken Maritains als wichtigen Bezugspunkt für die neugegründeten christdemokratischen Parteien in Westeuropa verweist *Müller*, *Das demokratische Zeitalter*, S. 229–233, bes. S. 232.

³⁹⁶ Zum Personalismus als Kernelement des christdemokratischen Politikverständnisses vgl. *Zolleis*, *Die CDU*, S. 69–75, hier S. 73.

³⁹⁷ *Norbert Blüm*, *Christlich-sozial: Dazwischen!*, in: Wulf Schönbohm/Günther E. Braun (Hrsg.), *CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen*, München/Wien 1981, S. 11–16, hier S. 12.

ebenso der »natürlichen Erkenntnis zugänglich« und »biblisch begründet«: »Adam ist nicht als Robinson geschaffen«, der Mensch sei »in extremer Art auf Gemeinschaft angewiesen«. ³⁹⁸

Das auf dem Personalismus beruhende christdemokratische Menschenbild wurde also in einer natürlichen Frontstellung sowohl zum kollektivistischen Sozialismus als auch zum individualistischen Liberalismus propagiert, wobei der Abgrenzung von letzterem für die Frage nach der Entwicklung des Marktdiskurses der CDU im Vergleich zu den britischen Konservativen die entscheidende Bedeutung zukommt. »Das liberale Mitbringsel«, formulierte Blüm fast 40 Jahre nach Dovifat, »könnte die christlich-soziale Bewegung auf die Rechte des Einzelnen stoßen, die in der Massengesellschaft immer gefährdet sind.« Ein Liberalismus aber, setzte er analog zu Dovifat hinzu, »der nur die Maske des Egoismus wäre«, habe »der christlich-sozialen Bewegung nichts zu sagen.« ³⁹⁹ Auf die Frage, wie der christliche Anspruch der CDU und das wirtschaftsliberale Prinzip in Einklang zu bringen wären, antwortete Kohl im März 1975, er sehe »nicht unbedingt einen unüberwindlichen Konflikt zwischen dem christlichen Anspruch und dem sogenannten liberalen Prinzip, aber doch einen wesentlichen und bemerkenswerten Unterschied in den Voraussetzungen.« Dieser Unterschied, so Kohl bestehe darin, dass die katholische Soziallehre vom Begriff des Menschen als einer Person ausgehe, »die aber als Person schon Mitglied einer überpersonalen, umfassenden sozialen Gemeinschaft ist.« Der klassische Liberalismus ginge dagegen mehr von der Eigenständigkeit des einzelnen Individuums aus und betone »den sozialen Charakter nicht deutlich.« ⁴⁰⁰ Auf die Nachfrage des Interviewers, wie er, Kohl, »im Falle einer solchen Spannung, die ja auch einmal zu einem Grundsatzkonflikt in der Union selbst führen kann«, reagieren wolle, antwortete der Parteivorsitzende, die Partei müsse diesen »Grundwertekonflikt« »ernsthaft und gründlich« austragen. Zeige sich dabei aber »der beschriebene Unterschied und damit die Notwendigkeit der Unterscheidung und Abgrenzung, dann stelle ich mich auf die Seite des christlichen Anspruchs.« Er sei »persönlich davon überzeugt [...], daß der christliche Anspruch der realistischere und umfassendere ist.« ⁴⁰¹

Der Personalismus als Kernelement der deutschen Christdemokratie, der sich bis zu *Rerum novarum* zurückverfolgen lässt ⁴⁰² und im Grundsatzprogramm der CDU des Jahres 1978 abermals bekräftigt wurde, prägte den christdemokrati-

³⁹⁸ Ebd., S. 13.

³⁹⁹ Ebd., S. 15 f.

⁴⁰⁰ Helmut Kohl, Interview mit der »Herder Korrespondenz« im März 1975, abgedr. in: *Helmut Kohl, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993*, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 99–117, hier S. 113.

⁴⁰¹ Ebd., S. 114.

⁴⁰² In der Argumentation von *Rerum novarum* erscheint der einzelne Mensch nicht als isoliertes Individuum, sondern ist als Geschöpf Gottes Teil einer Gemeinschaft mit Rechten und Pflich-

schen Marktdiskurs in den 1970er-Jahren. Damit unterschied sich dieser von der radikal individualistischen Grundierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen ab Mitte der 1970er-Jahre. Aus dem christdemokratischen Menschenbild ergibt sich eine grundsätzliche Bedeutung von marktwirtschaftlichem Handeln, das nicht reiner Selbstzweck ist, sondern eine wichtige Funktion für die wirtschaftliche und soziale Entfaltung jeder Person erfüllt. Das Wirtschaftsleben dient der Persönlichkeitsentfaltung, der Arbeitsplatz ist ein sozialer Bezugspunkt, der mitverantwortlich von jedem Arbeitnehmer des Unternehmens mitgeprägt wird. Hier ist das christdemokratische Verständnis von Mitbestimmung angelegt, das – wie gezeigt wurde – auf der Vorstellung der Arbeiter und Unternehmer als »Partner am Markt« und auf den Idealen der Ordnung und der Harmonie beruht.⁴⁰³

Im christdemokratischen Aushandlungsprozess der 1970er-Jahre über das wünschenswerte Verhältnis von Markt und Staat dominieren daher Aussagen, die der »Gesellschaft« einen Primat gegenüber der »Wirtschaft« (dem Markt) einräumen. Kohl betonte, die Soziale Marktwirtschaft sei »eine Wirtschaftsordnung im Dienste der Gesellschaft. Die Wirtschaft ist für die Gesellschaft da – nicht umgekehrt. Die Soziale Marktwirtschaft geht davon aus, daß der Markt nicht automatisch alle sozialen Probleme löst: Ein ausschließlich marktrationales Kalkül kann soziale Probleme, externe Kosten verursachen, deren Lösung der Markt selbst nicht anbietet. Die Soziale Marktwirtschaft verabsolutiert nicht das Marktsystem. ›Sozial‹ ist nicht nur ein schmückendes Beiwort, sondern ein integrierender Bestandteil dieser ordnungspolitischen Konzeption.«⁴⁰⁴ »Unser Programm heißt Soziale Marktwirtschaft«, bekräftigte der Parteivorsitzende bei anderer Gelegenheit, »weil wir im Gegensatz zu den Vorstellungen des Liberalismus des vorigen Jahrhunderts diese marktwirtschaftliche Ordnung ganz bewußt in den Dienst der Gesellschaft stellen, weil wir sie zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Ziele einsetzen.«⁴⁰⁵ Sich mehrfach der Autorität Konrad Adenauers bedienend illustrierte Kohl ein funktionales Verständnis von Marktwirtschaft, wenn er den Primat der Politik über die Wirtschaft bei Adenauer betonte: »Die Gesellschaftspolitik Konrad Adenauers kann mit dem einen Satz umschrieben werden:

ten und als solches vor Übergriffen des Staats ebenso zu schützen wie vor den ungezügelten Kräften des Markts.

⁴⁰³ Vgl. *Zolleis*, Die CDU, S. 38.

⁴⁰⁴ *Helmut Kohl*, Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Oktober 1974, S. 3–18, abgedr. in: Helmut Kohl, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 88–98, hier S. 90.

⁴⁰⁵ Helmut Kohl, Rede vor der öffentlichen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Bonn-Bad Godesberg, 7. 12. 1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 10206 [Hervorhebung i. O.].

Soziale Gerechtigkeit durch freie Wirtschaft. [...] Es galt für ihn als selbstverständlich, daß die Wirtschaft ihre Kräfte nur in Freiheit entwickeln könne. [...] Die Freiheit der Wirtschaft war für Adenauer aber nur gerechtfertigt, wenn sie Dienerin der Menschen und dem sozialen und politischen Leben verpflichtet blieb.«⁴⁰⁶ Die soziale Komponente der Marktwirtschaft sei dem ersten Bundeskanzler näher und sympathischer gewesen als die marktkonformen Prozesse. Das wirtschaftspolitische Konzept der CDU habe dieser Grundeinstellung Konrad Adenauers immer entsprochen.«⁴⁰⁷

Anders als bei den ab Mitte der 1970er-Jahre thatcheristisch dominierten Tories vollzog die neue CDU-Führung keine Wendung gegen die eigene Parteitradition. Die CDU stand konsequent zu ihrer Nachkriegstradition als Partei der Sozialen Marktwirtschaft. In diese Tradition wurde sogar das Ahlener Programm einbezogen, das die CDU in Zeiten eines international erstarkenden Neoliberalismus nicht etwa im Nachhinein negierte, sondern zu dem sie sich explizit bekannte. Wie in einer Rede Kohls zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms am 26. Februar 1977 in Ahlen deutlich wurde, war die CDU der 1970er-Jahre nicht darauf aus, die Traditionslinie dieses Programms zu kappen, sondern wollte sie zur Stärkung des sozialpolitischen Profils der modernisierten Partei nutzen. Als ein »wichtiges Stück unserer Geschichte« blieben die »ethisch-politischen Grundprinzipien« des Ahlener Programms »heute noch verpflichtend«. »Die Forderung von damals gilt heute noch genauso: daß die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt.«⁴⁰⁸ In Ahlen seien »die sozialen Verpflichtungen der Christlich Demokratischen Union mit dem Hinweis auf das >C<« zum ersten Mal zu Papier gebracht worden, so Kohl bereits in einer Sitzung des CDU-Bundesvorstands im Oktober 1975. Zu diesem Erbe müsse man stehen, um »nicht das, was eine gewaltige Leistung jener 20 Jahre war, zu demontieren.« Der »neue Antrieb in der Sozialen Marktwirtschaft« habe seinen Grund gehabt in dem »glücklichen Zusammentreffen« der christlichen Gedanken aus der katholischen Soziallehre mit dem Ordoliberalismus.⁴⁰⁹

Das von Kohl formulierte »glückliche Zusammentreffen« verweist auf die zur Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft gehörende semantische Pfadabhängigkeit der Versöhnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft ging es – sowohl aus katholischer wie aus protestanti-

⁴⁰⁶ Helmut Kohl, Rede anlässlich der Feierstunde der CDU zum Gedenken des 100. Geburtstages von Konrad Adenauer, 4. 1. 1976, Beethovenhalle Bonn, abgedr. in: *Kohl*, Der Kurs der CDU, S. 144–153, hier S. 150.

⁴⁰⁷ Ebd., S. 151.

⁴⁰⁸ Helmut Kohl, Das Erbe von Ahlen. Rede zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms, 26. 2. 1977, abgedr. in: ebd., S. 175–188, hier S. 177 f.

⁴⁰⁹ Helmut Kohl, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 20. 10. 1975, in: *Buchstab* (Hrsg.), Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, S. 1470.

scher Sicht – um mehr als nur eine effiziente Wirtschaftsordnung.⁴¹⁰ »Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden«, so Wilhelm Röpke. »Menschen, die auf dem Markte sich miteinander im Wettbewerb messen und dort auf ihren Vorteil ausgehen, müssen umso stärker durch die sozialen und moralischen Bande der Gemeinschaft verbunden sein, anderenfalls auch der Wettbewerb aufs schwerste entartet. So wiederhole ich: die Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muss in einen höheren Gesamtzusammenhang eingebettet sein.«⁴¹¹ Röpke erkannte in seinem Begriff der »eingebetteten Marktwirtschaft« selbst eine Nähe zur katholischen Soziallehre, wenn er sich auf *Quadragesimo anno* bezog.⁴¹² Ein verbindendes Element bildete in jedem Falle der Ordnungsgedanke, der ordoliberalen Denken und christlicher Sozialethik gleichermaßen entsprach.⁴¹³

Wie bereits im Eingangskapitel gezeigt, waren vor allem in der von Müller-Armack begründeten Tradition der Sozialen Marktwirtschaft »Markt« und »Wettbewerb« als *Mittel*, nicht aber als ein *Ziel* der gesellschaftlichen Gestaltung zu verstehen.⁴¹⁴ Die Marktwirtschaft war danach »nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen.«⁴¹⁵ Bei Müller-Armack war das Attribut »Sozial« nicht »lediglich schmückendes Beiwerk zu einer im Kern liberalen Marktordnung«⁴¹⁶, sondern vielmehr »eine Chiffre für die in einer Gesellschaft vorherrschenden und zugleich geforderten Grundhaltungen und Werte«, wie

⁴¹⁰ Vgl. dazu *Nils Goldschmidt*, *Wirtschaft und Gesellschaft miteinander versöhnen. Protestantische Wurzeln und katholische Zweige der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Bernhard Löffler/Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos. Kulturgeschichtliche Entwicklungen in Westeuropa und den USA*, Bielefeld 2010, S. 205–220.

⁴¹¹ *Wilhelm Röpke*, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Bern/Stuttgart 1979 (zuerst 1958), S. 146.

⁴¹² Vgl. *Goldschmidt*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 217.

⁴¹³ Vgl. dazu die Beiträge von *Paul Mikat* »Grundelemente katholischer Staatsauffassung« und von *Alexander Rüstow* »Paläoliberalismus, Kollektivismus und Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Sozialordnung« in dem Sammelband von *Karl Forster* (Hrsg.), *Christentum und Liberalismus*, München 1960, S. 83–120, bes. S. 97, S. 116 und S. 149–178, bes. S. 177 f.

⁴¹⁴ Vgl. auch ebd., S. 207.

⁴¹⁵ *Alfred Müller-Armack*, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration*, Bern/Stuttgart 1976, S. 106 (zuerst Freiburg im Breisgau 1966). »Diese Annahme des Liberalismus«, so Müller-Armack weiter, »im Wirtschaftlichen schon einen den Menschen ausfüllenden Lebensbereich gefunden zu haben, können wir heute aus vertiefter Einsicht in die vollständige Natur des Menschen nicht teilen. Wir sehen die wirtschaftliche Sphäre nicht als erschöpfenden Lebensbereich, sondern als eine instrumentale Schicht [...]«. Ebd., S. 106 f.

⁴¹⁶ Ebd., S. 205.

Nils Goldschmidt treffend formuliert. 1952, als die Effizienz der marktwirtschaftlichen Nachkriegsordnung im beginnenden »Wirtschaftswunder« deutlich wurde, schrieb Müller-Armack: »Wenn auch gelegentlich in Deutschland die Auffassung entstand, es sei im wesentlichen nur die bewußte Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung vonnöten, um zugleich damit auch der sozialen Problematik Herr zu werden, so dürfte man doch heute klarer sehen, daß eine solche instrumentale Auffassung der hier zu bewältigenden Aufgabe nicht gerecht wird. Es handelt sich nicht nur um die Gestaltung einer ökonomischen Ordnung, vielmehr bedarf es der Eingliederung dieser Ordnung in einen ganzheitlichen Lebensstil.«⁴¹⁷ Der hohe Rang des Gedankens der gesellschaftspolitischen Versöhnung im Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bei Müller-Armack kam in seiner Formel der »sozialen Irenik« zum Ausdruck.⁴¹⁸ Angelehnt an das griechische Wort *eirene* (Frieden) hob die Formel auf die Möglichkeit einer die Weltanschauungen verbindenden Sozialidee ab, die unmittelbar mit der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft verbunden war.⁴¹⁹

Das zur Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft gehörende diskursive Element der Versöhnung von Wirtschaft und Gesellschaft und die darin enthaltene Forderung nach einer »Gesellschaftspolitik« als Korrektiv des amoralischen Marktes verband sich bei den Vertretern der Sozialausschüsse in den 1970er-Jahren mit semantischen Offensiven, die auf eine Verschiebung der Pole in Richtung Gesellschaft beziehungsweise des Sozialen in der Marktwirtschaft hinausliefen. In der Diskussion um die programmatische Neuausrichtung der Partei in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zielten die Beiträge Norbert Blüms auf eine Umorientierung der CDU in der Sozialpolitik. Unter der Überschrift »Reaktion oder Reform – Wohin geht die CDU?«⁴²⁰ beklagte der ehemalige Werkzeugmacher und linke Katholik einen Bedeutungsverlust der Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, die er als »gesellschaftliches Leitbild« der CDU bezeichnete.⁴²¹ Die Frage nach dem Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik sei nicht neu, sondern habe alle Diskussionen um die Soziale Marktwirtschaft begleitet. Entlarvend sei die Sprachregelung, nach welcher die Sozialpolitik als klassisches Betätigungs-

⁴¹⁷ Alfred Müller-Armack, Stil und Ordnung der Marktwirtschaft, wieder abgedr. in: *Ders.*, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern/Stuttgart 1976, S. 231–242, hier S. 237.

⁴¹⁸ Alfred Müller-Armack, Soziale Irenik (1950), wieder abgedr. in: *Ders.*, Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 3. Aufl., Bern/Stuttgart 1981, S. 559–578.

⁴¹⁹ Zur »Sozialen Irenik« Müllers-Armacks vgl. ausführlich Friedrun Quaas, Alfred Müller-Armacks Idee der »Sozialen Irenik« und ihre Anwendungsmöglichkeiten, in: Rolf H. Hasse/Friedrun Quaas (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft, Bern/Stuttgart/Wien 2002, S. 207–225.

⁴²⁰ Norbert Blüm, Reaktion oder Reform. Wohin geht die CDU?, Reinbek bei Hamburg 1972.

⁴²¹ Ebd., S. 94.

feld der Arbeitnehmer gelte, während die Wirtschaftspolitik für die Wirtschaft, also die Arbeitgeber, reserviert bleibe. Diese »Doppelgleichung« verrate ein »verstecktes Klassenkampschema [...] auch bei denen, die den Klassenkampf üblicherweise lauthals bekämpfen.« Damit verkomme die Sozialpolitik zur »Lazarettstation der Wirtschaftspolitik«, für die Arbeitnehmer bleibe »nur noch die Abteilung ›Zubehör und Ersatzteile‹ offen.«⁴²² Blüm wandte sich gegen die in der bisherigen Sprachregelung vorhandene Trennung, denn es gebe »keine reine wirtschaftliche Wirtschaftspolitik«, jede Wirtschaftspolitik sei sozial relevant.⁴²³ Auf den letzten Zweck der Marktwirtschaft abhebend, ginge es schließlich um die Frage »Leben wir, um zu produzieren, oder produzieren wir, um zu leben?«, die bei den »Hütern unserer Wirtschaftsordnung« auf »keifendes Unverständnis« gestoßen sei. Diese Frage unbeantwortet zu lassen, wäre allerdings der »Offenbarungseid der sozialen Marktwirtschaft«.⁴²⁴

Blüm führte die gründungsväterliche Autorität Müller-Armacks ins Felde, der »das Wort ›sozial‹ [...] nicht als schmückendes Beiwort zum Begriff Marktwirtschaft« verstanden, sondern von einer ›sozial gesteuerten Marktwirtschaft‹ gesprochen habe, »womit er doch den Steuerungscharakter sozialer Prinzipien anerkannte und sie nicht lediglich für den ›Reparaturkasten‹ der Marktwirtschaft reservierte.«⁴²⁵ Diese vom Standpunkt des Arbeitnehmerflügels der CDU aus geführte Argumentation beinhaltete eine kritische Reflexion der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft im Hinblick auf die Sozialpolitik, die in der Praxis eine Abwertung erfahren habe. Im zerstörten Nachkriegsdeutschland sei es zunächst um die Menge der Güter, danach um den sozialen Ausgleich gegangen, was verständlich, aber nicht richtig gewesen sei: »Die Marktwirtschaft wurde auf diesem Wege aus ihrem sozialen Zusammenhang gelöst.«⁴²⁶ Nach der Trennung von Wirtschafts- und Sozialpolitik sei es bald zu einer Unterordnung der Sozialpolitik unter die Wirtschaftspolitik gekommen, was in dem Begriff ›Produktive Sozialpolitik‹ zum Ausdruck komme. Der Sozialpolitik sei damit die Beweislast zugefallen, »ihren Beitrag zur Produktivitätssteigerung vorzuführen«. Während der »Teufel der ›Vergesellschaftung der Wirtschaft‹ [...] immer wieder an die Wand gemalt« würde, erkenne man in der »Verwirtschaftung der Gesellschaft«, der man unter dem Etikett der ›Produktiven Sozialpolitik‹ Bahn brechen wolle, keine Gefahr, kritisierte Blüm. Er verfolgte seinerseits eine semantische Verschiebung des Begriffs, den er so verstehen wollte, »daß soziale Maßnahmen – wie

⁴²² Ebd., S. 95.

⁴²³ Ebd., S. 96.

⁴²⁴ Ebd., S. 97.

⁴²⁵ Ebd., S. 98.

⁴²⁶ Ebd., S. 98 f.

beispielsweise eine vorausschauende Beschäftigungspolitik – auch einen produktivitätssteigernden Effekt auslösen«. ⁴²⁷

Die semantische Offenheit des Konzepts, in dem der Stellenwert des Ausgleichsattributs »sozial« zu keiner Zeit und in keiner Form festgelegt worden war, ermöglichte derartige diskursive Grenzverschiebungsversuche zur Aufwertung der sozialen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft, die auf der Grundlage einer kritischen Reflexion über die bundesrepublikanische Nachkriegsordnung vorangetrieben wurden. Gewiss wurde Blüms Deutung der Sozialen Marktwirtschaft nicht vorherrschend im christdemokratischen Marktdiskurs. Die marktskeptischen bis -kritischen Offensiven der Vertreter der Sozialausschüsse bildeten jedoch ein immer präsenteres Regulativ zu den stärker marktorientierten Kräften, die den sozialpolitischen Status quo in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zunehmend kritisch einschätzten.

2.2.4 Showdown in der Grundsatzdiskussion: Ein »tragfähiger Kompromiss«

Die vor allem von den Sozialausschüssen fortgeschriebene Müller-Armack'sche Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft begründete, wie gezeigt wurde, eine semantische Pfadabhängigkeit, die sich im Marktdiskurs der CDU in den 1970er-Jahre zeigten. Die Freiburger Schule um ihre wichtigsten Vertreter Walter Eucken und Franz Böhm hatte in ihrem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft einen anderen semantischen Akzent gesetzt, indem sie stets den Ordnungscharakter ihres Konzepts betont und bereits in einer privilegienlosen Marktwirtschaft eine gute, auch soziale, menschenwürdige Ordnung gesehen hatte. Der Erfolg des Begriffs »Soziale Marktwirtschaft« speiste sich von Beginn an aus der integrativen Kraft seiner offenen politischen Semantik insofern, als er sowohl von den Sozialausschüssen als auch vom Wirtschaftsflügel der CDU mit Inhalt gefüllt und im jeweiligen Sinne interpretiert werden konnte. »Soziale Marktwirtschaft« bündelte unterschiedliche Vorstellungen innerhalb der CDU über den wünschenswerten Zusammenhang von »Markt« und »Staat«. Während das »funktionale« Verständnis Müller-Armacks von vornherein einer marktradikalen Entgrenzung des Diskurses über diesen Zusammenhang entgegenstand, ließ die ordoliberalen Semantik der Freiburger Schule durchaus diskursiven Raum für marktwirtschaftliche Akzente, wie sie aus den Reihen der Bundestagsfraktion und von Vertretern des Wirtschaftsflügels gesetzt wurden.

Unter dem Titel »Die Last der Wohltaten« stellte etwa der Planungsstab der Bundestagsfraktion im Februar 1975 eine Ausarbeitung zusammen, die die »Problematik, die sich für die künftige Sozialpolitik aus der krisenhaften Wirtschafts-

⁴²⁷ Ebd., S. 99.

entwicklung ergibt«, zum Gegenstand hatte. Das wünschenswerte Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft wurde hier ganz anders, geradezu umgekehrt, dargestellt als von den Sozialausschüssen: Die Erwartungen der Bürger im Bereich der sozialen Sicherung seien bewusst gesteigert worden, indem der Eindruck erweckt worden sei, als wären Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unbegrenzt leistungsfähig und es hinge »nur vom guten Willen der Parteien ab, zusätzliche soziale Leistungen zu erbringen.«⁴²⁸ Der »Zusammenhang zwischen dem Ausbau des sozialen Sicherungssystems und der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die finanziellen Voraussetzungen dafür schafft«, sei außer Acht gelassen worden, was »[...] die Leistungsfähigkeit des einzelnen Bürgers, der sozialen Gruppen und des Staates offensichtlich überfordert« habe. Die Argumentation lief auf eine stärker marktwirtschaftliche Lösung hinaus, ohne dies jedoch mit konkreten Forderungen nach einer marktfreundlicheren Politik zu verbinden. Die Bevölkerung müsse »über den immer stärker werdenden Zielkonflikt zwischen dem gesellschaftspolitisch Wünschenswerten und dem wirtschaftlich Erreichbaren« aufgeklärt werden, »wirtschaftliches Wachstum, [...] Investitionstätigkeit der Unternehmen auf der Grundlage von Absatz-, Rentabilitäts- und Gewinnerwartungen« stellten den »entscheidenden Motor« für die Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme dar.⁴²⁹

Die deutlich werdenden semantischen Ambivalenzen aus der Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft prägten den Marktdiskurs der CDU. Die semantischen Pfadabhängigkeiten der Müller-Armack'schen Begrifflichkeit einerseits und die Tradition der Freiburger Schule andererseits strukturierten die christdemokratische Auseinandersetzung über das Verhältnis von »Markt« und »Staat« in den 1970er-Jahren entlang der innerparteilichen Konfliktlinie zwischen Sozialausschüssen und Wirtschaftsflügel.⁴³⁰ Offen zutage trat diese Konfliktlinie auf dem im September 1977 in Berlin von der CDU veranstalteten Grundsatzforum, auf welchem der von der Grundsatzprogrammkommission ausgearbeitete Entwurf des Grundsatzprogramms vor dessen Beschlussfassung ein Jahr später zur Diskus-

⁴²⁸ »Die Last der Wohltaten. Sozialpolitik im Strudel der Wirtschaftskrise«, Ausarbeitung des Planungsstabs der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Februar 1975, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 1326.

⁴²⁹ Ebd.

⁴³⁰ So bereits Dominik Geppert in seinem die Marktbegriffe der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie vergleichenden Vortrag in der Sektion »Grenzverschiebungen. Historische Semantik der 1960er und 1970er Jahre im deutsch-britischen Vergleich« des Historikertags 2010 in Berlin. Vgl. den Tagungsbericht in *Gabriele Metzler/Michael Wildt* (Hrsg.), *Über Grenzen*. 48. Deutscher Historikertag in Berlin 2010. Berichtsband, Göttingen 2012, S. 162–166, hier S. 164.

sion gestellt wurde.⁴³¹ In der Aussprache über das Kapitel »Soziale Wirtschaftsordnung« positionierte sich Biedenkopf als schärfster Kritiker des Entwurfs. Der kurz zuvor von Heiner Geißler als Generalsekretär abgelöste Ordnungspolitiker beklagte nicht weniger als eine Aufgabe politischer Grundüberzeugungen der CDU im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm, nämlich eine Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Biedenkopf hatte seine akademische Laufbahn als Wirtschaftswissenschaftler Anfang der 1950er-Jahre in Frankfurt begonnen. Dort hatten Heinrich Kronstein, Franz Böhm und Helmut Coing zu seinen Lehrern gehört. Er hatte die von der Regierung Kiesinger im Jahr 1968 eingesetzte Kommission für die Weiterentwicklung der Mitbestimmung geleitet und war zum Experten der CDU für Wirtschaftsfragen avanciert. Seit seinen Studienjahren war Biedenkopf von ordoliberalen Überzeugungen durchdrungen und Anhänger freiheitlicher Ordnungspolitik. Die programmatische Erneuerung der CDU musste für ihn mit einer klar marktwirtschaftlichen Positionierung einhergehen. In der Grundsatzdiskussion stand Biedenkopf auf der Seite derer, die den sozialpolitischen Status quo kritisch einschätzten. Seine Überlegungen liefen mittelfristig auf die Infragestellung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungsmodelle hinaus. Dagegen formierte sich Widerstand vor allem im Arbeitnehmerflügel der Union, der aus christlich-sozialer Tradition heraus den Aspekt des sozialen Ausgleichs in der Sozialen Marktwirtschaft betonte und einen weiteren Ausbau der Sozialpolitik befürwortete.

Für Biedenkopf handelte es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft »nicht um ein Instrument der Wirtschaftspolitik, sondern um eine Wertordnung, um eine normative, mit Verfassungsrang versehene Aussage [...], die eine [...] unverzichtbare Entsprechung der politischen Freiheitsordnung im Wirtschaftsbereich darstellt.«⁴³² Mit dieser Definition stellte sich Biedenkopf in die Tradition der Freiburger Schule, nach deren Verständnis die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Entsprechung der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung schon eine normative Wertsetzung darstellte. Seine Kritik zielte auf die Position Müller-Armacks, wenn er beklagte, die Verfasser des Entwurfs verformten die Soziale Marktwirtschaft zu einem bloßen Instrument der Wirtschaftspolitik. Oberster Grundsatz der Wirtschafts- und Sozialpolitik sei nicht mehr die Freiheit des einzelnen, sondern »hoher materieller Wohlstand« und »umfassende soziale Versorgung«, so Biedenkopf die Formulierungen des Entwurfs zitierend. Wäh-

⁴³¹ Angelegt war das Grundsatzforum als »öffentlicher Dialog« zwischen 200 CDU-nahen Wissenschaftlern und Interessenvertretern einerseits sowie 400 Teilnehmern aus den Gremien der Partei. Vgl. den auf die Veranstaltung zurückgehenden Sammelband: *Richard von Weizsäcker* (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik*, Bonn 1977.

⁴³² *Kurt Biedenkopf*, Einleitungsrede zur Aussprache über das Kapitel »Soziale Wirtschaftsordnung«, in: von Weizsäcker (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion*, S. 119–131, hier S. 121.

rend der marktwirtschaftliche Kern kaum noch zu erkennen sei, erhebe man den Begriff »soziales Wohlbefinden« zum zentralen Wert, zum Ziel und zur Rechtfertigung der Sozialen Marktwirtschaft, die im Entwurfstext die persönliche Freiheit nur noch als »Triebfeder wirtschaftlicher Leistung und sozialer Verantwortung« fordere.⁴³³ Bemesse man die marktwirtschaftliche Ordnung aber nicht mehr an der Fähigkeit, die Freiheit zu sichern, sondern an ihrer Fähigkeit, »soziales Wohlbefinden« zu gewährleisten, so laufe man Gefahr, »dass die Freiheit [...] selbst zur Disposition gestellt werden muss, wenn das angestrebte Ziel auf dem eingeschlagenen Weg nicht erreichbar erscheint.« Dann sei die »Nähe zu denjenigen, die aus den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten die Forderung nach Systemveränderung ableiten und etwa die Ablösung der Sozialen Marktwirtschaft fordern, [...] kaum noch zu vermeiden [...]«. ⁴³⁴

Derlei Formulierungen zielten in ihrer Polemik auf die Vertreter des Arbeitnehmerflügels der CDU, deren Reaktion auf Biedenkopfs Beitrag zur Diskussion des Programmentwurfs auf dem Grundsatzforum entsprechend heftig ausfiel. »Was soll das Spiel?«, fragte Wolfgang Vogt, Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU des Rheinlandes und späterer Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blüm. Wer die Parole »Freiheit statt Sozialismus« als Waffe in der innerparteilichen Auseinandersetzung verwende, gebe sie in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aus der Hand. Biedenkopf liefere »Totschlag-Argumente«, die die geistige Auseinandersetzung ersticken sollten. Um die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft darzulegen, habe die Partei immer »jeweils zwei Begriffe miteinander verbunden, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander stehen«: einen »freiheitlichen« und einen »sozialen«. ⁴³⁵ Es sei »schlicht falsch, wenn so ausschließlich behauptet wird, daß Freiheitsverwirklichung *das* beherrschende Ziel der Sozialen Marktwirtschaft war, und wenn das soziale Element dieser Wirtschaftsverfassung unter den Teppich gekehrt wird.« ⁴³⁶ Es handele sich um ein Missverständnis, »wenn das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft zum Lazarettwagen verzeichnet wird.« ⁴³⁷ In Abgrenzung zu Biedenkopf müsse eher davon gesprochen werden, »wie ungenügend die in der Sozialen Marktwirtschaft geforderte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bisher verwirklicht ist.« ⁴³⁸ Hier zeigen sich die Argumentationsmuster des christlich-sozialen Ansatzes, der weit mehr in der Tradition des Mül-

⁴³³ Ebd., S. 121.

⁴³⁴ Ebd., S. 123.

⁴³⁵ *Wolfgang Vogt*, Rede auf dem Grundsatzforum der CDU, September 1977, in: von Weizsäcker (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion*, S. 131–138, hier S. 132.

⁴³⁶ Ebd., S. 133 [Hervorhebung i. O.].

⁴³⁷ Ebd., S. 132.

⁴³⁸ Ebd., S. 134.

ler-Armack'schen Verständnisses von Sozialer Marktwirtschaft verankert war als in der stärker ordnungspolitisch geprägten Tradition der Freiburger Schule.

Die divergierenden Semantiken von Sozialer Marktwirtschaft spiegelten sich auch in einer unterschiedlichen Sicht der »Neuen Sozialen Frage«. Der Begriff »Neue Soziale Frage«, der 1975 von Heiner Geißler in die politische Diskussion eingebracht worden war, zielte auf die Verschiebung der »alten« Sozialen Frage, das heißt des Konflikts zwischen Lohnabhängigen und Produktionsmittelbesitzern, hin zu einem Konflikt zwischen den in mächtigen Verbänden organisierten Kapitaleignern und Arbeitnehmern auf der einen Seite und einer nicht-organisierten »Randgruppe« aus alten Menschen, alleinerziehenden Müttern, nicht mehr Arbeitsfähigen oder auch Arbeitslosen auf der anderen.⁴³⁹ Für Biedenkopf, der die »zunehmende Betonung verteilungspolitischer und versorgungsorientierter Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik auf Kosten freiheitlicher Aufgabenstellungen« im Entwurf des Grundsatzprogramms beklagte⁴⁴⁰, war die »Neue Soziale Frage« »kein soziales Problem im Sinne sozialer Vorsorge oder verteilungspolitischer Maßnahmen«, sondern ein »ordnungspolitisches, ein machtpolitisches Problem«. In der noch von Biedenkopf als Generalsekretär verantworteten Mannheimer Erklärung des Jahres 1975, in der die »Neue Soziale Frage« zum ersten Mal programmatisch festgehalten worden war, habe die CDU »nicht neue verteilungspolitische Erwartungen wecken, sondern Freiheitsgefährdungen durch die ordnungspolitische Einbindung entstandener Macht- und Organisationsstrukturen abwenden und das System sozialer Sicherheiten neu orientieren« wollen. Dies lasse der Entwurf vollkommen unberücksichtigt.⁴⁴¹

Worauf Biedenkopf damit hinwies, war das Fehlen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Verbändestaat in der innerparteilichen Debatte der CDU. Eine solche Auseinandersetzung hatte sich nach seiner Auffassung der »Neuen Sozialen Frage« vor allem gegen die Gewerkschaften zu richten. Im Vergleich zum Marktdiskurs der britischen Konservativen, in welchem der Angriff auf Gewerkschaften und korporatistische Strukturen ab Mitte der 1970er-Jahre zu einem bestimmenden Motiv weitreichender Diskursverschiebungen wurde, kann Biedenkopfs Kritik am Grundsatzprogrammentwurf der CDU als Indiz dafür betrachtet werden, dass die auch im Marktdiskurs der CDU angelegte Gewerkschaftskritik in Form der »Neuen Sozialen Frage« bereits an Intensität verloren hatte. Gegenüber der Mannheimer Erklärung trat die »Neue Soziale Frage« im

⁴³⁹ Zur »Neuen Sozialen Frage« als sprachpolitische Strategie der CDU vgl. ausführlich Viertes Kapitel, 2.4 der vorliegenden Arbeit.

⁴⁴⁰ *Biedenkopf*, Einleitungsrede, S. 120.

⁴⁴¹ Ebd., S. 127.

Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 tatsächlich in den Hintergrund, um in den darauffolgenden zwei Jahren ganz verworfen zu werden.⁴⁴²

Vom Arbeitnehmerflügel war schon die von Biedenkopf und anderen in der CDU vertretene Prämisse der »Neuen Sozialen Frage«, die »alte« soziale Frage des 19. Jahrhunderts, der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, sei gelöst, nicht geteilt worden. Eine Partei müsse »Antwort geben auf Fragen, selbst wenn sie aus dem 19. Jahrhundert stammen«, so Wolfgang Vogt in seiner bereits zitierten Replik auf Biedenkopfs Referat auf dem Grundsatzforum. Nur durch partnerschaftliche Regelungen auf dem Gebiet der Mitbestimmung und der Vermögensbildung sei die Spannung zwischen Arbeit und Kapital weiter aufzulösen.⁴⁴³ Die »Neue Soziale Frage« sei zwar »auch ein ordnungspolitisches Problem«, wollte Vogt zugeben, »aber doch mit verteilungspolitischen Konsequenzen«, weshalb die CDU sie in der Mannheimer Erklärung »verteilungspolitisch angegangen« sei. Sich gegen die auch bei Biedenkopf angelegte Kritik an sozialpolitischer Umverteilung wendend, betonte der NRW-Landesvorsitzende der CDA, das System der sozialen Sicherung enthalte »in seinem Kern das Prinzip des Rechtsanspruchs«. Dieser Rechtsanspruch sei »ein Stück Freiheit«, er sei »für den Schwachen der Ersatz für den Besitz, den der Stärkere hat.« Individuelle Selbstverantwortung war für die CDA »keine tragfähige Alternative« zum Sozialstaat.⁴⁴⁴

Biedenkopfs Kritik am Programmtext bündelte sich in der Feststellung, der Entwurfstext treffe nicht die notwendigen »Prioritätsentscheidungen«, was allerdings den augenblicklichen Stand der Meinungsbildung in der Partei zutreffend wiedergeben würde. Der »eigentliche Mangel« bestünde in der nicht überwundenen »Mehrdeutigkeit«, der »unbefangene Leser« könne sich des Eindrucks nicht erwehren, »dass der Text in vielen Bereichen eine Mehrdeutigkeit in Kauf nimmt, um mehrheitsfähig zu bleiben«. Dabei sei »der Verzicht auf Eindeutigkeit in der Hoffnung, den Konsens zu erhalten, im Ergebnis gleichbedeutend [...] mit dem Verzicht auf eine wirksame Politik.«⁴⁴⁵ Diese auf eine Prioritätensetzung in Biedenkopfs Sinne zielende Kritik zeigt die Kennzeichen des christdemokratischen Marktdiskurses im Verlauf und im Ausgang der Grundsatzdiskussion der Partei. Schon die Mannheimer Erklärung hatte im Zeichen der innerparteilichen Konsenssuche gestanden, sie war im Ergebnis ein Kompromiss zwischen dem von Biedenkopf und dem Wirtschaftsflügel der CDU verfolgten ordnungspolitischen

⁴⁴² Vgl. *Bösch*, Die Krise als Chance, S. 304. Martin Wengeler geht davon aus, dass die »Neue Soziale Frage« von der CDU bereits nach der Wahlniederlage von 1976 verworfen wurde, da sie als Versuch, der SPD die sozialpolitische Kompetenz abzusprechen, als gescheitert angesehen wurde. Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 85.

⁴⁴³ *Vogt*, Rede auf dem Grundsatzforum der CDU, S. 135.

⁴⁴⁴ Ebd., S. 136.

⁴⁴⁵ *Biedenkopf*, Einleitungsrede, S. 129.

Ansatz und einer christlich-sozialen Richtung, die vor allem, aber nicht ausschließlich, äußerst wirksam von den Sozialausschüssen vertreten wurde. Wie schließlich die Endfassung des Grundsatzprogramms stand schon die Mannheimer Erklärung im Zeichen jener ambivalenten Offenheit des Leitbegriffs »Soziale Marktwirtschaft«, unter welchem letztlich widerstreitende Prinzipien des Parteispektrums unter einem Dach zusammengeführt werden konnten. Wie die Debatte um den Entwurf des Grundsatzprogramms zeigt, konnten sich die Vertreter der Parteiflügel einzelne Passagen aus der Mannheimer Erklärung herausgreifen und sie nach ihrem jeweiligen Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft interpretieren. Tatsächlich wird in der von Biedenkopf auf den Weg gebrachten Erklärung aus dem Jahr 1975 das »Gegensatzpaar individualbezogen/gemeinschaftsbezogen« konsequent nebeneinandergestellt, wie der ehemalige Generalsekretär selbst bemerkte:⁴⁴⁶ »Sie [die Soziale Marktwirtschaft, P. B.] ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung, dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie, Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht [...].«⁴⁴⁷

Für die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses war entscheidend, dass die kontrovers geführte Auseinandersetzung zwischen dem ordnungspolitischen und dem christlich-sozialen Ansatz – wie schon in der Mannheimer Erklärung – in einem Kompromiss endete. Den Ausgang des innerparteilichen Aushandlungsprozesses nahm Heiner Geißler in seiner Abschlussrede des Grundsatzforums vorweg. Die Debatte darüber, »ob die Soziale Marktwirtschaft instrumentalen Charakter besitzt oder einen Wert an sich bedeutet«, bezeichnete der Generalsekretär als »fruchtlose[n] Streit«: »Wir alle verstehen die Soziale Marktwirtschaft als eine Wirtschaftsordnung im Dienste des Menschen; insoweit ist sie instrumental. Aber als eine gute Ordnung besitzt sie gleichzeitig Wertcharakter.« Den »unnützen Schulstreit« sollte man unterlassen, mahnte Geißler: »[Z]erstören wir nicht den breiten Konsens in der CDU über Bedeutung und Wert der Sozialen Marktwirtschaft [...].«⁴⁴⁸

Das im Oktober 1978 auf dem Ludwigshafener Parteitag verabschiedete Grundsatzprogramm stand ganz im Zeichen dieses Konsenses über die Soziale Marktwirtschaft. Die entsprechenden Passagen lehnten sich eng an Müller-Armacks Konzept

⁴⁴⁶ Ebd., S. 120.

⁴⁴⁷ CDU, Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung –, 23. Bundesparteitag, 23.–25. Juni 1975, Mannheim, abgedr. in: *Hintze* (Hrsg.), Programme, S. 89–120, hier S. 96.

⁴⁴⁸ *Heiner Geißler*, Rede auf dem Grundsatzforum der CDU, September 1977, in: von Weizsäcker (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion, S. 233–244, hier S. 236.

von 1946 an.⁴⁴⁹ Dies ist insbesondere augenfällig in jenen Passagen, welche die Fehlerhaftigkeit des »Marktes« im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Grundwerts der (sozialen) »Gerechtigkeit« betonen: »Soziale Gerechtigkeit kann der Markt nicht allein aus sich bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt Starke und Schwache, Gesunde und Gebrechliche, Glückliche und Unglückliche. Die Lebenschancen sind ungleich verteilt, und auch bei gerechten Chancen wird der Erfolg verschieden sein. Die Soziale Marktwirtschaft fügt Marktordnung und Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen.«⁴⁵⁰

Zu weitreichenden Verschiebungen in der Marktsemantik kam es nicht, die von Biedenkopf angestrebte grundsätzliche Korrektur blieb aus. Gegenüber dem Entwurf von 1977 zeigt das Grundsatzprogramm lediglich kosmetische Akzentverschiebungen, die als Zugeständnisse an das ordoliberalen Lager zu werten sind. Der Begriff »soziales Wohlbefinden«, der im Entwurfstext noch eine prominente Rolle gespielt hatte⁴⁵¹, tauchte im Grundsatzprogramm nicht mehr auf.⁴⁵² Auch wurden Sätze des Entwurfs, in denen »soziale Gerechtigkeit«/»soziale Sicherung« als der »Freiheit« vorgelagerte Werte erscheinen, abgeändert beziehungsweise gestrichen.⁴⁵³ Die »Neue Soziale Frage«, die im Entwurf außen vor gelassen worden war, fand zudem Eingang in das Grundsatzprogramm, wobei sie – wie

⁴⁴⁹ Vgl. die oben zitierte Programmschrift *Müller-Armack*, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. Eine starke Nähe zwischen dem Grundsatzprogramm und Müller-Armacks Grundtext sieht auch Bösch, *Macht und Machtverlust*, S. 40.

⁴⁵⁰ Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, S. 25, online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf [22. 10. 2018]. Bei Müller-Armack hatte es geheißen: »Bloße Freiheit könnte zum leeren Begriff werden, wenn sie sich nicht mit der sozialen Gerechtigkeit als verpflichtender Aufgabe verbände. So muß die soziale Gerechtigkeit mit und neben der Freiheit zum integrierenden Bestandteil unserer künftigen Wirtschaftsordnung erhoben werden.« *Alfred Müller-Armack*, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*. Frühschriften und weiterführender Konzepte, Bern/Stuttgart 1974 (hier zit. nach der 2. erweit. Aufl., ebd. 1981, S. 91).

⁴⁵¹ Vgl. Entwurf für ein Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, abgedr. in: *von Weizsäcker* (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion*, S. 267.

⁴⁵² Der Ausdruck »soziales Wohlbefinden« war nicht nur von Biedenkopf kritisiert worden. Auf dem Grundsatzforum hatte er insgesamt ein kritisches Echo erhalten. So hatte etwa der Bonner Ökonom Wilhelm Krelle die definitorische Unschärfe des Begriffs angemahnt. Vgl. *Wilhelm Krelle*, Referat auf dem Grundsatzforum der CDU, September 1977, in: *von Weizsäcker* (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion*, S. 107–118, hier S. 112.

⁴⁵³ So findet sich etwa der Satz »Nur wenn wir der Gerechtigkeit in der Gesellschaft vertrauen können, gelingt es uns, mit der Freiheit des Wohlstands verantwortlich und unbefangen umzugehen.« (S. 267 im Entwurf) im Grundsatzprogramm nicht mehr. Grundsätzlich betonten die ersten zentralen Passagen des Entwurfs, die mit »Soziale Wirtschaftsordnung« überschrieben waren, die Komponente »soziale Gerechtigkeit« stärker als das Kapitel »Grundsätze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung« des Grundsatzprogramms, das mit dem Satz beginnt: »Die soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild

von Biedenkopf angemahnt – durchaus als primär ordnungspolitisches Problem definiert wurde.⁴⁵⁴ Allerdings rangiert sie hinter einem traditionellen Verständnis von Sozialpolitik und wird, im Gegensatz zu Biedenkopfs Prämisse, nicht mit der Feststellung eingeleitet, die »alte« soziale Frage als Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sei gelöst.⁴⁵⁵ Vielmehr wird auf die schon in der Mannheimer Erklärung gebrauchte Formulierung zurückgegriffen: »Zu dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sind Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen [...] getreten.«⁴⁵⁶ Die Tatsache, dass die »Neue Soziale Frage« insgesamt schon im Grundsatzprogramm von 1978 einen geringeren Stellenwert hatte als noch in der Mannheimer Erklärung drei Jahre zuvor, bevor sie schließlich mit der Kanzlerkandidatur Franz Josef Strauß' im Jahr 1980 überhaupt keine Rolle mehr spielen sollte, kann demnach nicht nur im Sinne einer Schwächung des unter Kohl eingeleiteten Reformkurses der CDU beziehungsweise eines Bedeutungsverlusts der Sozialpolitik infolge der Kandidatur des CSU-Vorsitzenden gedeutet werden⁴⁵⁷, sondern auch als Indiz für die Begrenztheit der Gewerkschaftskritik im christdemokratischen Marktdiskurs der 1970er-Jahre.

Alles in Allem entsprach das Grundsatzprogramm dem wesentlichen Inhalt des Entwurfs. Biedenkopf, der seine Zustimmung zu dem nach dem Berliner Grundsatforum überarbeiteten Textentwurf des Grundsatzprogramms in der Abstimmung des erweiterten CDU-Bundesvorstands verweigert hatte, zeigte sich enttäuscht über den Ausgang der Grundsatzprogrammdiskussion. Es seien zwar Fortschritte im Zuge der Beratung des Entwurfstexts gemacht worden, alles in allem würde »die Vorlage des jetzigen Programms dem hohen Anspruch, den eine Volkspartei nach 30-jähriger erfolgreicher Arbeit an ein Grundsatzprogramm stellt, noch nicht gerecht.«⁴⁵⁸ Die semantischen Ambivalenzen, von welchen der

des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit.« Vgl. Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, S. 138.

⁴⁵⁴ Ebd., S. 149–152.

⁴⁵⁵ So Biedenkopf noch in dem bereits zitierten Aufsatz von 1973. Vgl. *Biedenkopf*, Die Zukunft gehört nicht dem Sozialismus, S. 43.

⁴⁵⁶ Zwar habe die traditionelle Sozialpolitik viel dazu beigetragen, den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu entschärfen, aber: »Den Konflikt gibt es noch [...]«, so das Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, S. 149.

⁴⁵⁷ Vgl. *Bösch*, Macht und Machtverlust, S. 42f., *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 105.

⁴⁵⁸ Ergebnisprotokoll der Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes vom 21.4.1978, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 987. Generalsekretär Geißler konnte die »negative Bewertung« des Grundsatzprogramms und die daraus von Biedenkopf gezogenen Konsequenz, dem Programmtext nicht zuzustimmen, nicht nachvollziehen. Nach der Auswertung des Grundsatforums in Berlin sei eine erhebliche Verbesserung der Vorlage erreicht worden. Insbesondere die Passagen über die soziale Marktwirtschaft stellten eine »entscheidende Verbesserung« gegenüber dem Entwurf der Grundsatzprogrammkommission dar. »[Z]um erstmalig [sic] in der

Begriff der Sozialen Marktwirtschaft seit seiner Prägung profitiert hatte, hatten sich in der Grundsatzdiskussion der CDU fortgeschrieben und wirkten sich letztlich mäßigend auf die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses aus, konnten doch unterschiedliche Verständnisse von Sozialer Marktwirtschaft unter dieser irenischen Formel zusammengefasst werden. Dementsprechend stellte das Grundsatzprogramm – wie schon die Mannheimer Erklärung – die Pole »Freiheit« und »soziale Gerechtigkeit« beziehungsweise den Individualbezug und den Gemeinschaftsbezug konsequent nebeneinander, wenn als »Grundlagen« der Sozialen Marktwirtschaft »Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung« definiert wurden.⁴⁵⁹ Die marktwirtschaftliche und die soziale Komponente der Sozialen Marktwirtschaft wurden als komplementär herausgestellt: »Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muss zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen. Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik werden in dem Maße erfolgreich sein, wie sie persönlichen Antrieb und Gemeinsinn fruchtbar machen können.«⁴⁶⁰

Die Grundsatzdiskussion der CDU zeigt, wie sehr der innerparteiliche Diskurs der semantischen Tradition der Sozialen Marktwirtschaft verhaftet blieb. In den Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten liegt eine weitere Ursache der schon auf der Analyseebene der »Krise und ihrer Erzählungen« deutlich werdenden Grenzen des Wandels des christdemokratischen Marktdiskurses. Sie wirkten Verschiebungen im christdemokratischen Marktdiskurs entgegen, machten eine begriffliche Umorientierung in beide Richtungen schwieriger beziehungsweise – je nach politischem Standpunkt – weniger notwendig. Der pragmatisch orientierte, auf Integration der auseinanderstrebenden Parteiflügel bedachte Helmut Kohl sollte das Grundsatzprogramm später in seinen Erinnerungen als »tragfähigen Kompromiss« resümieren. »Kein Parteiflügel hatte sein Gesicht verloren, niemand musste sich übervorteilt fühlen. [...] Hier zeigte sich wieder einmal, dass Politik zu mindestens 80 Prozent darin besteht, Brücken zu bauen, Kompromisse zu schließen.«⁴⁶¹

sozialpolitischen Landschaft der Bundesrepublik überhaupt« habe die CDU den Versuch unternommen, in der Sozialpolitik Ordnungselemente aufzunehmen, versuchte er den ordoliberalen Biedenkopf (erfolglos) zu beschwichtigen. Vgl. ebd.

⁴⁵⁹ Vgl. Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, S. 22, hier zit. nach: URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf [22. 10. 2018].

⁴⁶⁰ Ebd., S. 25.

⁴⁶¹ *Helmut Kohl*, *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004, S. 497.

Viertes Kapitel

Professionalisierung und Intellektualisierung konservativer und christdemokratischer Politik und die neoliberale Außenwelt

Die folgende dritte Ebene der Analyse behandelt die Bedeutung des internationalen Aufstiegs des neoliberalen Ordnungsmodells für die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien Großbritanniens und der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren. Unter der Leitfrage nach diskursiven Verflechtungen zwischen der neoliberalen Außenwelt und den Innenwelten der Mitte-Rechts-Parteien wird auf der Grundlage des eingangs definierten, analytisch-wertneutral gebrauchten Neoliberalismusbegriffs nach Kontakten und Beziehungen der konservativen und christdemokratischen Akteure zu neoliberalen Denkern und Ökonomen, privaten Think Tanks und Interessengruppen im Zuge der Bemühungen der Akteure um eine Professionalisierung und Intellektualisierung der Politik der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren gefragt. Dabei geraten die Reichweiten des neoliberalen Netzwerks in den Vergleichsländern ebenso ins Blickfeld wie die jeweiligen Voraussetzungen der Mitte-Rechts-Parteien hinsichtlich der Anschlussfähigkeit an die Axiome der neoliberalen Außenwelt und die damit zusammenhängende Möglichkeit für transnationale Verflechtungen in den Marktdiskursen der Parteien. Während im britischen Fall von einer Verschmelzung von neoliberaler Außenwelt und konservativer Innenwelt gesprochen werden kann, die der Radikalisierung des Marktdiskurses der Konservativen Partei zusätzliche Impulse gab, werden mit Blick auf die Mitte-Rechts-Partei der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren die Grenzen des Neoliberalismus in der christdemokratischen Innenwelt deutlich.

1. Die Verschmelzung der Innenwelt der britischen Konservativen mit der neoliberalen Außenwelt

Das folgende Kapitel untersucht den diskursiven Einfluss des in den 1970er-Jahren erstarkenden Neoliberalismus für die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren. Mit dem Neoliberalismus kommt ein Antriebsmoment der Entwicklung des konservativen Marktdiskurses in den Blick, das zunächst unabhängig sowohl von der Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre als auch von der Entwicklung der Konservativen Partei und deren Marktdiskurs nach 1945 existierte. Marktradikale Ideengeber eines international ausgerichteten

neoliberalen Netzwerks hatten ihre Alternative zum keynesianischen Paradigma »Markt-Staat-Plan« bereits seit den 1930er-Jahren formuliert; ihre Annahmen erwachsen nicht aus der Krise der 1970er-Jahre, sondern waren ihr gewissermaßen vorgelagert. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten fand die marktradikale Alternative jedoch wenig Widerhall, auch in der konservativen Partei. Erst im Zuge der Omnipräsenz der britischen Krisenwahrnehmung in den 1970er-Jahren erhielt die neoliberale Kritik am keynesianischen Paradigma immer mehr Auftrieb. Je mehr der keynesianische Nachkriegskonsens in Bedrängnis geriet, desto plausibler schienen die neoliberalen Annahmen.

So richtet das Kapitel den Blick auf Kontakte und Beziehungen der konservativen Parteiführung zur neoliberalen Außenwelt. Die Herausbildung der thatcheristischen Marktsprache war seit Mitte der 1970er-Jahre mit dem Bemühen der neuen Parteiführung um eine Professionalisierung und Intellektualisierung konservativer Politik verbunden, welches mit einer verstärkten Rezeption und Adaption neoliberaler Ideen einherging. Die Adaption marktradikaler Axiome aus dem Umfeld eines breiten neoliberalen Netzwerkes, so die These des Kapitels, gab der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen entscheidende Impulse. Dies zeigt die Verinnerlichung der neoliberalen Strategie eines »Kampfs der Ideen« Friedrich August von Hayeks durch die Thatcheristen im Neuausrichtungsprozess der konservativen Partei. Die Verschmelzung der Innenwelt der britischen Konservativen mit der neoliberalen Außenwelt vollzog sich zudem über enge Kontakte und Beziehungen der neuen Parteiführung zur stark neoliberal beeinflussten britischen »Neuen Rechten« (*New Right*). Eine zentrale Rolle für die Radikalisierung des Marktdiskurses der Konservativen Partei spielten dabei Think Tanks wie das *Institute of Economic Affairs* (IEA) und das *Centre for Policy Studies* (CPS). Wie schließlich anhand der konkreten Beispiele der thatcheristischen Adaption der monetaristischen Begrifflichkeit und des thatcheristischen Angriffs auf die Gewerkschaften deutlich wird, fungierten die Akteure des neoliberalen Netzwerkes nicht nur als zuverlässige ideologische Stichwortgeber bei der Herausbildung eines konfrontativen Kurses der Konservativen Partei, sondern übten auch konkreten Einfluss auf die Formulierung konservativer Politik aus.

1.1 Im »Kampf der Ideen«: Die thatcheristische Verinnerlichung der neoliberalen Strategie Friedrich August von Hayeks

Seit dem »Scheitern« der Heath-Regierung befand sich die Konservative Partei in der Opposition und war mit der Aufgabe konfrontiert, sich programmatisch und strategisch neu zu positionieren. Das Wahlergebnis des Oktobers 1974 war das schlechteste in der Geschichte der Partei seit 1918. Unter den Erstwählern

fand sie sich auf dem dritten Platz wieder. Die Partei hatte quer durchs Land verloren; in Schottland holten die Konservativen nicht einmal ein Viertel der Wählerstimmen und sogar ihr Stammland im englischen Süd-Westen war angesichts der (Wieder)Belebung der Liberalen Partei nicht mehr sicher.¹ Bis 1975 hatte die Partei vier der letzten fünf Wahlen verloren. Die Notwendigkeit zur politischen Neuorientierung lag jedoch tiefer. »For a political tradition rooted in church, Crown and colonies, the combined effect of the end of empire, the decline of religious authority and Britain's new identity within the European Community had been profoundly dislocating«, bemerkt Robert Saunders², und verweist damit darauf, dass die Tory-Partei ihre gesellschaftlichen Bezugspunkte verloren hatte. Das Scheitern der Heath-Regierung bestärkte die Wahrnehmung einer Zukunfts- und Vertrauenskrise konservativer Politik. Der mit den Konservativen sympathisierende Historiker Robert Blake beklagte die »Desorientierung« der Heath-Regierung durch ein »lack of a guiding purpose«. ³ Blake war nicht der einzige konservative Denker, der die Notwendigkeit konservativer Neuorientierung verspürte. Seit Mitte der 1970er-Jahre erschienen eine Vielzahl von Studien, die die verloren geglaubte konservative Identität neu auszuloten gedachten.⁴

In der langen Tradition des britischen konservativen Pragmatismus waren intellektuelle Debatten oft ignoriert oder mit Argwohn betrachtet worden. Jetzt, nach dem Verlust der Regierungsmacht und der damit einhergehenden Orientierungslosigkeit, gab es in der Konservativen Partei ein wahrnehmbares Bedürfnis nach intellektueller und theoretischer Fundierung sowie nach strategischer Neuausrichtung. In dieser Situation leiteten mit Margaret Thatcher und ihren Mitstreitern, zuvorderst Keith Joseph, Akteure die Geschicke der Konservativen Partei, die gegenüber inhaltlichen und strategischen Impulsen aus der Welt der Intellektuellen äußerst aufgeschlossen waren. In dem sich ab 1974 vollziehenden Neuorientierungsprozess ging es der thatcheristischen Parteiführung gezielt darum, Intellektuelle stärker in den Prozess der politischen Meinungsbildung einzubeziehen. Was lag da näher als der Versuch, von dem deutlich erkennbaren Aufschwung neoliberalen Denkens in den Wirtschaftswissenschaften, der in den Nobelpreisen für Friedrich August von Hayek 1974 und Milton Friedman 1976

¹ Vgl. *David Butler/Dennis Kavanagh*, *The British General Election of 1979*, London 1980, S. 2, 10, 350.

² *Robert Saunders*, »Crisis? What crisis?«. *Thatcherism and the seventies*, in: Ben Jackson/Ders. (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 25–42, hier S. 27.

³ *Robert Blake*, *A Changed Climate*, in: Ders./John Patten (Hrsg.), *The Conservative Opportunity*, London 1976, S. 2–11, hier S. 2.

⁴ Vgl. *Rhodes Boyson*, *Centre Forward: A Radical Conservative Programme*, London 1978; *M. Cowling* (Hrsg.), *Conservative Essays*, London 1978; *Ian Gilmour*, *Inside Right: Conservatism, Policies and the people*, London 1977; *Keith Joseph*, *Reversing the Trend: A Critical Reappraisal of Conservative Economic and Social Policies*, Chichester 1975.

gipfelte, zu profitieren? Dem österreichischen Ökonomen und Sozialphilosophen kommt in der formativen Phase des Thatcherismus eine besondere Bedeutung zu. Wie Dominik Geppert ausgeführt hat, stellte von Hayek den Thatcheristen eine kohärente und geschlossene Argumentation in jenen Themenbereichen zur Verfügung, die für sie in der politischen Auseinandersetzung der 1970er-Jahre zentral waren: die Verdammung des Sozialismus in all seinen Ausprägungen, die Bekämpfung des Wohlfahrtsstaats und der Planwirtschaft sowie der Angriff auf die Gewerkschaften.⁵

Friedrich August von Hayek war in seinem für die Herausbildung der neoliberalen Bewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wegweisenden Aufsatz »Die Intellektuellen und der Sozialismus«, der bereits 1949 publiziert wurde, von der Überlegung ausgegangen, dass politischer Erfolg ohne den Sieg in einem langfristig angelegten »Kampf der Ideen« nicht möglich sei.⁶ »Was den Zeitgenossen oft als ein Kampf widerstreitender Interessen scheint«, schrieb er, »ist tatsächlich meist schon lange vorher in einem Kampf der Ideen entschieden worden, der sich in engen Kreisen abspielte.«⁷ Für von Hayek hing die Aussicht auf einen Sieg in diesem »Kampf der Ideen« vor allem von den Kämpfern selber ab, wenn er 1949, also in jener Zeit, die von der Zeitgeschichtsforschung als Beginn des »Konsensliberalismus« beschrieben worden ist, formulierte: »Wenn es uns nicht gelingt, die Voraussetzungen einer freien gesellschaftlichen Ordnung wieder zu einer brennenden geistigen Frage und ihre Lösung zu einer Aufgabe zu machen, die den Scharfsinn und Erfindungsgabe unserer besten Köpfe herausfordert, dann sind die Aussichten für den Fortbestand der Freiheit tatsächlich gering. Wenn wir aber jenen Glauben an die Allmacht von Ideen wiedergewinnen können, der das vornehmste Merkmal des Liberalismus in seiner großen Periode war, muß der Kampf noch nicht verloren sein.«⁸

Wie der »Kampf der Ideen« zu gewinnen war, konnte man gerade von den Gegnern des »echten Liberalismus«, »den Sozialisten«, lernen. »Was der echte Liberalismus vor allem aus dem Erfolg der Sozialisten lernen muß, ist, daß es ihr Mut zur Utopie war, der ihnen die Unterstützung der Intellektuellen gewann und damit jenen Einfluss auf die öffentliche Meinung gab, der schrittweise das möglich

⁵ Vgl. *Dominik Geppert*, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002, S. 232.

⁶ *Friedrich August von Hayek*, *Die Intellektuellen und der Sozialismus* (1949), wiederabgedr. in: Ders., *Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik*, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, Abt. A: Aufsätze, Bd. 7, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg u. a., Tübingen 2004, S. 3–15.

⁷ Ebd., S. 4.

⁸ Ebd., S. 15.

machte, was eben noch unmöglich schien.«⁹ Die Vorbildfunktion der marxistischen Intellektuellen verdeutlichte von Hayek, indem er deren Erfolg bei der »theoretischen Konstruktion« des Sozialismus wie folgt beschrieb: »[D]er Sozialismus [...] war kaum je ursprünglich eine Bewegung der Arbeiterklasse. Er ist keineswegs der selbstverständliche Weg zur Abhilfe offensichtlicher Übelstände, auf den jene Klasse durch ihre Interessen notwendig geführt wurde. Er ist vielmehr eine theoretische Konstruktion, die von spekulativen Denkern geschaffen wurde und die aus einer Entwicklung des abstrakten Denkens hervorging, mit der lange Zeit nur die Intellektuellen vertraut waren; und es erforderte lange Bemühungen seitens der Intellektuellen, ehe die Arbeiterschaft sich überzeugen ließ, daß das sozialistische Programm ihren Interessen entsprach.«¹⁰ So betonte er die Notwendigkeit, im »Kampf der Ideen« die Intellektuellen für die Sache des »echten Liberalismus« zu gewinnen. »Ich bin stets davon überzeugt gewesen«, schrieb er anlässlich der Feierlichkeiten des zwanzigjährigen Bestehens des *Institute of Economic Affairs* 1977, »dass wir, so wir unsere wirtschaftliche und politische Freiheit behalten wollen, unsere Bemühungen auf die Bekehrung der Intellektuellen in ihrer Eigenschaft als Meinungsmacher richten müssen.«¹¹ Wichtig war hier von Hayeks Unterscheidung zwischen den »*original thinkers*« (den Vordenkern), den als »*second hand dealers in ideas*« bezeichneten Intellektuellen, die als Multiplikatoren von entscheidender Bedeutung waren, und der eher passiven, von Intellektuellen geführten Masse der Wähler.¹²

Von Hayek propagierte eine langfristige, auf rein intellektuelle Arbeit fokussierte Strategie, die auf das Ziel gerichtet war, der verbreiteten antikapitalistischen Mentalität der westlichen Intellektuellen entgegenzuwirken. Die Themen und Argumentationsmuster dieser marktradikalen Offensive hatte von Hayek ebenfalls bereits in den 1940er-Jahren formuliert. Der österreichische Ökonom und Sozialphilosoph war seit jeher Gegner des »Konsensliberalismus« gewesen, wie er sich in seinen unterschiedlichen Ausprägungen in den westlichen Industrienationen etabliert hatte. Für ihn beruhte die nach 1945 in den westlichen Demokratien verfolgte Politik zum Aufbau moderner Sozialstaaten auf dem gleichen Grundgedanken wie der Sozialismus, nämlich auf der Vorstellung, die Entwicklung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse umfassend planen und steuern zu können. Dies war für von Hayek jedoch nichts anderes als eine »verhängnisvolle Anmaßung« des Menschen, die mit dem Ziel, in Freiheit zu leben, unver-

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd., S. 3 f.

¹¹ *Friedrich August von Hayek*, in: Ralph Harris/Arthur Seldon, Not from benevolence. 20 years of economic dissent, (The Institute of Economic Affairs), London 1977, S. 15.

¹² Diese Unterscheidung nimmt von Hayek ebenfalls in »Die Intellektuellen und der Sozialismus« vor. Vgl. dazu auch *Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 15 f.

einbar sei.¹³ Die Idee von der Unvereinbarkeit der sozialistischen Lehre mit dem Freiheitsgedanken stellte auch das Kernargument von von Hayeks 1944 erschienener Schrift »Der Weg zur Knechtschaft« dar.¹⁴ Ihre zentrale Botschaft lautete: Der vom Sozialismus propagierte Weg der Planung führe in Wahrheit nicht in die Freiheit, sondern in die Unfreiheit, also in die Knechtschaft. Einen Mittelweg zwischen sozialistischem Totalitarismus und freier Marktwirtschaft konnte es nicht geben; auch nicht in Form des keynesianischen Konsenses. Von Hayeks Motivation, diesen bereits in einem Aufsatz von 1938 formulierten Gedanken in einer Monographie auszuarbeiten, war seine Überzeugung, in der keynesianistisch-sozialdemokratisch geprägten Gesellschaftsordnung im England der 1940er-Jahre die gleichen Kräfte ausmachen zu können, die seiner Ansicht nach bereits in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg Schritt für Schritt für die Vernichtung der Freiheit gesorgt und damit ideell den Weg in einen totalitären Staat geebnet hätten.¹⁵

Von Hayek war in den 1950er- und 1960er-Jahren zum kontinuierlichen Kritiker des Planungsgedankens avanciert. Sein Opus magnum »Die Verfassung der Freiheit« enthielt die zentrale Position, dass Gesellschaften der Freiheit bedurften.¹⁶ Die Freiheit musste in modernen Gesellschaften durch eine bestimmte Form der Gesetzgebung geschaffen und gewahrt werden (*rule of law*). Gesellschaftliche Entwicklung war für von Hayek zwar Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Planens und somit weder vorhersehbar noch lenkbar. Planung und Freiheit waren inkompatibel. Durch das Aufkommen des modernen Wohlfahrtsstaats sah er wichtige rechtsstaatliche Prinzipien verletzt, wodurch die persönliche Freiheit zerstört zu werden drohte. Von Hayek entwickelte eine breit angelegte Sozialphilosophie, die bereits eine konsistente Kritik der Planwirtschaft und des Wohlfahrtsstaates beinhaltete.¹⁷ In den 1960er- und 1970er-Jahren richtete er sein Hauptaugenmerk schließlich auf den seiner Meinung nach freiheitsgefährdenden Einfluss gesellschaftlicher Interessengruppen auf staatliches Han-

¹³ So von Hayek in seiner letzten Veröffentlichung »The Fatal Conceit«, die all jene Argumente, die er im Zuge seiner Arbeiten zur Widerlegung des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells seit den 1930er-Jahren entwickelt hatte, zusammenführte. Vgl. *Friedrich August von Hayek*, Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1988.

¹⁴ Vgl. *Friedrich August von Hayek*, The Road to Serfdom, London 1944.

¹⁵ Vgl. *Karabelas*, Freiheit statt Sozialismus, S. 48.

¹⁶ Vgl. *Friedrich August von Hayek*, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971 (zuerst engl.: The Constitution of Liberty, London 1960).

¹⁷ Zu von Hayeks ökonomischem und sozialphilosophischen Denken vgl. grundlegend *Norman P. Barry*, Hayek's social and economic philosophy, London 1979; *Hans Jörg Hennecke*, Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf 2000; *Alan O. Ebenstein*, Friedrich Hayek. A biography, New York 2001; *Bruce Caldwell*, Hayek's challenge. An intellectual biography of F. A. Hayek, Chicago 2004; *Karabelas*, Freiheit statt Sozialismus.

deln.¹⁸ Seiner Ansicht nach stand dieser der evolutionären Entwicklung des Kapitalismus entgegen, weil er darauf gerichtet sei, ihre Besitzstände gegen die Regeln des Marktes zu verteidigen. Was den Steuerungsmechanismus des Marktes am stärksten beeinträchtige, sei nicht der Eigennutz einzelner Unternehmen, sondern die »Selbstsucht organisierter Gruppen«.¹⁹ Dieser Angriff auf korporatistische Strukturen war verknüpft mit einer fundamentalen Kritik am Begriff der Sozialen Gerechtigkeit. Diesen lehnte von Hayek ab und ging stattdessen von einem Verständnis von Gerechtigkeit als Verfahrensgerechtigkeit aus. Für diese habe der Staat zu sorgen, indem er Gesetze verabschiede, die für alle Gesellschaftsmitglieder in gleichem Maße gültig seien. Abzulehnen sei dagegen eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die darüber hinaus darauf abziele, die Lebensverhältnisse der Menschen anzugleichen. Strebe ein Gesetzgeber neben Verfahrensgerechtigkeit zudem Ergebnisgerechtigkeit an, drohe er Ungerechtigkeiten zu erzeugen, indem er die Bedürfnisse einer Gruppierung mehr oder gar zuungunsten einer anderen Gruppierung zu erfüllen versuche. »[D]er vorherrschende Glaube an »soziale Gerechtigkeit« sei, so von Hayek, »gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation.«²⁰

Aus von Hayeks Überlegungen über den »Kampf der Ideen« einerseits und seiner sozialphilosophischen Argumentation über die evolutionäre Entwicklung der kapitalistischen Ordnung andererseits ergab sich schließlich die äußerst wirksame diskursive Strategie, mit der die marktradikale Offensive der Neoliberalen lanciert werden konnte. Auf der Grundlage der Annahme, gesellschaftlich-historische Entwicklung durch die gestalterische Kraft der Protagonisten im »Kampf der Ideen« aktiv beeinflussen zu können, wurde argumentativ ein Inhalt transportiert, der die Ordnung des von allen Einschränkungen durch den Staat befreiten Marktes als notwendige, evolutionäre Entwicklung kennzeichnete, die von den Einzelnen nicht einmal kognitiv zu durchdringen war. Den Ausgangspunkt dieser

¹⁸ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 232; *Karabelas*, *Freiheit statt Sozialismus*, S. 62. Wie im späteren Verlauf des Kapitels noch deutlich wird, führte von Hayek seinen Kampf gegen die Gewerkschaften auch über Artikel und Kommentare in der meinungsbildenden britischen Presse und versuchte, über persönliche Schreiben an ihm wohlgesonnene Herausgeber von Zeitungen Einfluss zu nehmen. Vgl. *Friedrich August von Hayek*, »Trade union immunity under the law«, in: *The Times*, 21.7.1977, S. 15; *Ders.*, »Trade union privileges«, in: *The Times*, 2.8.1977, S. 11 sowie *Ders.*, Brief an William Rees-Mogg, Herausgeber der *Times* (revocation of unique union privileges), 14.7.1977, in: IEA MSS (Hoover Institution) Box 101, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/114628> [15.5.2018].

¹⁹ *Friedrich August von Hayek*, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*. Bd. 3: *Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, München 1981 (zuerst engl.: *Law, Legislation and Liberty*. Bd. 3: *The Political Order of a Free People*, London 1979), S. 124.

²⁰ *Ders.*, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*. Bd. 2: *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*, München 1981 (zuerst engl.: *Law, Legislation and Liberty*. Bd. 2: *The Mirage of Social Justice*, London 1976), S. 98.

Argumentation bildete von Hayeks Axiom der »spontanen Ordnung«, ein geschlossenes Modell der Selbstdynamisierung marktwirtschaftlicher Systeme im Rahmen seiner Theorie der kulturellen Evolution.²¹ In diesem ist »der Markt« mit einer Übervernunft ausgestattet; er trägt eine ungeheure Wissens- und Informationsmenge, die dem Einzelnen unzugänglich bleiben muss, weshalb jeder Versuch des Eingreifens in die (Markt)ordnung als gegen die kulturelle Evolution gerichtet abzulehnen ist. »Der Markt« wird ultimativ überhöht, er erhält eine transzendente Qualität, wird zu einem Gott erklärt, dessen Willen sich der Mensch zu beugen hat. Er bezieht sich bei von Hayek »im buchstäblichen Sinn [...] auf das, was weit über unser Verständnis, unsere Wünsche und Zielvorstellungen sowie unsere Sinneswahrnehmungen hinausgeht, und auf das, was Wissen enthält und schafft, das kein einzelnes Gehirn und keine einzelne Organisation besitzen und erfinden kann.«²² Ergab sich aus dem Axiom der selbstgesteuerten und unveränderlichen »spontanen Ordnung« das Ziel der angestrebten diskursiven Grenzverschiebung, bildete das Konzept des »Kampfs der Ideen« gleichsam ihre Methode. Mit anderen Worten: Auf der Grundlage der Annahme, Gesellschaft nicht gestalten zu können, sollte Gesellschaft gestaltet werden.

Die Rezeption neoliberaler Konzepte bei der neuen konservativen Parteiführung ging tief. Dies betraf zuvorderst die Adaption des Hayek'schen Konzepts eines »Kampfs der Ideen«. Thatcher und ihre engsten Mitstreiter verinnerlichten von Hayeks Gedanken, ohne den Sieg in einem langfristig angelegten »Kampf der Ideen« sei politisch erfolgreiches Handeln nicht möglich. Wie von Hayek war Thatcher der Auffassung, die Deutungshoheit über die politische Sprache sei an die Linke verloren gegangen.²³ »Seit mehr als 50 Jahren leben wir in einem intellektuellen Klima, das darauf hinausgeht, uns zu überzeugen, daß Entscheidungen, die vom Staat für das Volk getroffen werden, irgendwie moralisch und praktisch besser sind als Entscheidungen, die der einzelne für sich selbst faßt«, rief Thatcher den Delegierten auf dem Parteitag der CDU im Jahr 1976 zu. Dabei gebe es keinerlei Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung, »[i]m Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man die Gefahr der Tyrannei erhöht, je mehr man das Entschlussvermögen des einzelnen beschneidet.«²⁴ Zur Rückeroberung der kulturellen Hegemonie musste ein »Krieg der Worte« geführt werden. »The war is a true war of words, where meanings get lost in a mist of revolutionary

²¹ Vgl. *Friedrich August von Hayek*, Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Siebeck 1969, S. 33, 35.

²² *Ders.*, Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1996, S. 76.

²³ Zur Bedeutung von Hayeks für den Thatcherismus vgl. auch *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 229–238, zum »Kampf der Ideen« bes. S. 231 f.

²⁴ Margaret Thatcher, Rede auf dem 24. Bundesparteitag der CDU, 24.–26. 5. 1976, Hannover, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 22153 [Übersetzung nach ebd.].

fantasy; where accuracy is slipped quietly under the carpet; and where truth is twisted and bent to suit the latest propagandist line«, erklärte Thatcher in einer Rede vor den Finchley Conservatives im Januar 1976.²⁵ Einige Wochen nach ihrer Wahl zur Parteichefin betonte sie vor der Federation of Conservative Students: »[W]e find ourselves [...] as we were in 1945, faced with a situation in which far too many of the influential opinion-formers are left-wing in outlook.«²⁶ Die Verbreitung konservativer Werte und Argumente sei die einzige wirkungsvolle Alternative, um die sprachliche Dominanz des sozialistischen Denkens aufzubrechen, deshalb sei »[t]he intellectual counter-attack [...] as important as the counter-attack in Parliament and in the constituencies.«²⁷

Auch Nigel Lawson, Energieminister im ersten Kabinett Thatchers und späterer Finanzminister, hatte auf die Bedeutung der politischen Sprache – »linguistics«, wie er es ausdrückte – hingewiesen und Nachholbedarf gegenüber dem politischen Gegner konstatiert. »The semantic battle is an important aspect of the overall battle«, schrieb er in einem Memorandum vom Oktober 1973.²⁸ Die Krux der »semantic battle« bestünde darin, die Medien zu bewegen, die konservative Terminologie häufiger zu gebrauchen als die sozialistische. Das Gegenteil sei aber der Fall, wie er am Beispiel des Begriffs »nationalisation« zu illustrieren suchte: »It is Labour's practise, wherever possible, to refer to this as >public ownership<. Not only is this an emotively favourable phrase beeing increasingly adopted by the media, but we even seem inadvertently to be selling the pass ourselves.«²⁹

Die Propaganda des politischen Gegners habe die Sprache vollkommen durchdrungen und die eigentliche Bedeutung vieler Begriffe verfälscht, so Thatcher.³⁰ Wie solche semantischen Umdeutungen ihrer Meinung nach vonstattengingen, versuchte sie anhand des Begriffs *public* zu veranschaulichen:³¹ »Let us look at another word being just a subtly corrupted in the litany of the left. The word is >Public<. We use it many times a day. It is with us all the time – because we are the public. All of us. Yet the word has become distorted. Take for example >Public Ownership.< In theory: We own the mines. We own the railways. We own the Post Office. But in practice we don't really own anything. >Public ownership< should mean that you and I own something, that we have some say in how it is

²⁵ Margaret Thatcher, Rede vor den Finchley Conservatives, 31.1.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102947> [18.5.2018].

²⁶ Margaret Thatcher, Rede vor der Federation of Conservative Students, Sheffield University, 24.3.1975, zit. nach: *Green*, Thatcher, S. 23.

²⁷ Ebd.

²⁸ Nigel Lawson, Thoughts on the coming battle, 15.10.1973, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/110312> [18.5.2018].

²⁹ Ebd.

³⁰ Vgl. dazu *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 222 f.

³¹ Vgl. auch ebd., S. 223.

run, that it is accountable to us. But the fact is that the words ›public ownership‹ have come to mean the very, very private world of decisions taken behind closed doors, and of accountability to no-one.«³²

Als weiteres Beispiel für semantische Umdeutungen von Begriffen nannte sie den Begriff »Freiheitskämpfer« (*freedom fighter*): »The Marxist has applied the description of freedom fighter to one who helps to bring about Marxism, a system which denies basic freedoms. In other words, that so-called freedom fighter is a man who helps to destroy freedom. Such is the corruption of the language they use. Necessary in their eyes because they know freedom is an appealing word. The men of the Khmer Rouge whose first act on ›liberating‹ – as they put it – Cambodia last year, was brutally to drive a large part of the population out of the capital Phnom Penh. Yet they were called ›freedom fighters‹. The men who tried to reverse the clear wishes of the people of Portugal – as expressed through the ballot box – in Marxist vocabulary they were ›freedom fighters‹ too.«³³ Thatcher war bestrebt, die politische Sprache der Linken als bewusste sprachliche Irreführung darzustellen, die den Bürger verwirrt und so erst die Durchsetzung sozialistischer Ziele möglich machte: »Socialists say ›publicly owned‹. What they mean is ›State controlled‹. Socialists say ›Government aid‹. What they mean is ›taxpayers' aid‹. Socialists say ›social justice‹. What they mean is ›selective justice‹. Socialists say ›equality‹. What they mean is ›levelling down‹. Why do they twist the truth like this? Because they dare not spell out the Socialist reality.«³⁴

Für Thatcher musste dieser »Krieg der Ideen« ausgefochten und gewonnen werden, wollte man die Politik in Großbritannien grundlegend verändern: »If we can win the battle of ideas, then the war will already be half-won.«³⁵ Dabei ging es freilich um mehr als die Abwahl der Labour Party und die Wiedergewinnung der Regierungsmacht. Vielmehr ging es darum, den »Kampf der Ideen« in einem umfassenden Sinne für sich zu entscheidenden, durch die Vernichtung der Idee des Sozialismus in Großbritannien schlechthin:³⁶ »Our aim is not just to remove our uniquely incompetent Government from office – it is to destroy the socialist fallacies – indeed the whole fallacy of socialism – that the Labour Party exists to spread. Otherwise it will be all too easy for the faithful to say, as they always do when confronted with the facts of Labour failure: ›The doctrines of

³² Margaret Thatcher, Rede vor den Finchley Conservatives, 31.1.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102947> [18.5.2018].

³³ Ebd.

³⁴ Margaret Thatcher, Rede vor dem Conservative Central Council, Norwich, 20.3.1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102990> [18.5.2018].

³⁵ Margaret Thatcher, Rede vor der Federation of Conservative Students, Sheffield University, 24.3.1975, zit. nach: *Green*, Thatcher, S. 24.

³⁶ Vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 223f.

Socialism are still as true as ever; it is just that they have been badly carried out.<<³⁷

Die semantische Offensive der britischen Konservativen nach 1975 trieb den »Krieg der Worte« mit dem politischen Gegner ins Moralisch-Grundsätzliche. Die Polarisierung zwischen »Sozialismus« auf der einen und »freier Marktwirtschaft« auf der anderen Seite, bei der es nicht nur darum ging, den Sozialismus als ökonomisch ineffizient zu brandmarken, sondern ihn vielmehr moralisch zu diskreditieren³⁸, ist bereits als zentrales Element der thatcheristischen Marktsprache herausgearbeitet worden. Hierbei gehörten die Überlegungen des »Kampfs der Ideen« ebenfalls zum Repertoire der Parteichefin. »The socialists have been able to persuade themselves and many others that a free economy based on profit embodies and encourages self-interest, which they see as selfish and bad, whereas they claim socialism is based on and nurtures altruism and selflessness.«³⁹ Die Sozialisten lägen in der grundsätzlichen Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung vorn, weil es ihnen gelungen sei, eine auf dem Gewinnstreben der Menschen basierende freie Marktwirtschaft negativ zu besetzen und so den Kapitalismus als unmoralisch zu diskreditieren. Thatcher und ihre Mitstreiter setzten alles daran, die Vorzeichen dieser Auseinandersetzung umzukehren und die ihrer Meinung nach offensichtlichen Unzulänglichkeiten »des Sozialismus«, gerade in moralischer Hinsicht, herauszustellen:⁴⁰ »In the end, the real case against Socialism is not its economic inefficiency, though on all sides there is evidence of that. Much more fundamental is its basic immorality. There is nothing pure about the motives of people who want to boss your lives. Socialism is a system designed to enlarge the power of those people to the point where they control everyone and everything. The Conservative approach – the Right Approach – [...] gives economic power to the people, not the planners. The customer is King, not the politician and the bureaucrat. Free enterprise is the only way to create the wealth that the nation needs and to provide a better life for all our people. Fortunately, I believe that the nation is beginning to understand what is happening.«⁴¹

Wie hier deutlich wird, zeichnete sich der thatcheristische Sprachkampf als Teil des »Kampfs der Ideen« nicht nur durch seine antisozialistische Vehemenz aus.

³⁷ Margaret Thatcher, Rede vor dem Junior Carlton Club Political Council, 4. 5. 1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103017> [16. 5. 2018]

³⁸ Vgl. auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 224–226.

³⁹ Margaret Thatcher, Rede vor den Greater London Young Conservatives (Iain Macleod Memorial Lecture. »Dimensions of Conservatism«), 4. 7. 1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103411> [18. 9. 2018].

⁴⁰ Vgl. auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 225.

⁴¹ Margaret Thatcher, Rede vor Konservativen in Grantham, 4. 3. 1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103329> [18. 9. 2018].

Er war von Beginn an – im Unterschied zu der später zu beleuchtenden christdemokratischen Sensibilisierung für die Bedeutung der Sprache in der politischen Auseinandersetzung und der sprachpolitischen Bemühungen der reformorientierten Kräfte in der CDU – unmittelbar verknüpft mit einer Sprache des Marktes. Bereits Ende der 1960er-Jahre, als der akademische Wirtschaftsliberalismus auf zunehmendes Interesse in Teilen der Tory-Partei gestoßen war, zeigten sich Ansätze von Intellektualisierungsbemühungen, die mit einer klar marktwirtschaftlichen Schwerpunktverlagerung der Konservativen Partei verbunden waren. Die von David Alexander und John O’Sullivan herausgegebene Zeitschrift *Swinton Journal*, die sich den Ideen neoliberaler Ökonomen geöffnet hatte, richtete sich insbesondere an die intellektuell interessierten Mitglieder der Tory-Partei.⁴² In einem dort erschienenen Artikel betitelt mit der Überschrift »Intellectuals and Conservatism« argumentierte der ungarisch-stämmige Historiker und marktliberale Polemiker Tibor Szamuely entlang der Hayek’schen These. Die Konservative Partei müsse sich für jene Intellektuellen öffnen, die von der Linken enttäuscht seien. Dazu müsse die Partei aufhören, lediglich eine pragmatischere, abgeschwächtere Variante sozialistischer Politik zu verfolgen. »The real intellectual admires clear cut, incisive thinking [...]. If the Conservative Party is opposed to Socialism, should it not say openly with Mr. Enoch Powell: »We are a capitalist Party. We believe in Capitalism. We uphold the free economy« ?«⁴³

Wie die Beiträge im *Swinton Journal* schon Ende der 1960er-Jahre zeigen, waren die Intellektualisierungsbestrebungen der Konservativen Partei aufs Engste mit einer »Sprache des Marktes« verbunden. Diese war, wie der Hinweis Szamuelys auf Enoch Powells Verständnis von der Konservativen Partei zeigt und wie bereits ausführlich herausgearbeitet worden ist, in der eigenen Parteitradition angelegt. Durch die Rezeption neoliberaler Axiome erhielt sie weiteren Auftrieb. Denn der von den Thatcheristen vorangetriebene Neuorientierungsprozess blieb nicht bei der Adaption der Annahme einer notwendigen Rückeroberung der sprachlichen Deutungshoheit stehen, sondern verband diese strategische Über-

⁴² Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 245.

⁴³ *Tibor Szamuely*, *Intellectuals and Conservatism*, in: *Swinton Journal* 14, 1968, Nr. 1, S. 5–15, hier S. 8, 11 und 13. In der folgenden Ausgabe der Zeitschrift wurde ein Symposium zum Thema »Intellektuelle und Konservatismus« abgedruckt, in dem neben konservativen Unterhausabgeordneten, Parteimitarbeitern und Journalisten auch der Gründungspräsident des IEA, Arthur Seldon, zu Wort kam. Vgl. *Swinton Journal* 14, 1968, Nr. 2. Der Grundton, der die Beiträge zusammenhielt, bestand in der Ablehnung staatlicher Interventionen in die Wirtschaft, im Plädoyer für eine Dezentralisierung von Regierungsmacht und für einen Abbau der Verwaltungsbürokratie sowie in einem konsequenten Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Politik als einzigem Weg aus der Krise des Landes. Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 246f.

legung mit der Formulierung einer marktradikalen Alternative zu den Annahmen des Marktdiskurses des britischen Nachkriegskonsenses.

Den Einfluss einer ökonomischen und sozialphilosophischen Theorie auf die Herausbildung einer politischen Sprache und schließlich auf die Umsetzung in eine bestimmte Politik exakt bemessen und gegen den Antriebsfaktor einer in der eigenen Parteitradition angelegten konservativen Marktsprache ins Verhältnis setzen zu wollen, ist ein schwieriges Unterfangen. In der diskursiven Auseinandersetzung seit Mitte der 1970er-Jahre, als die Grenzen des Sagbaren neu gezogen wurden, lieferte von Hayeks geschlossenes Ideengebäude aber in jedem Falle theoretisches Rüstzeug, auf das Thatcher und ihre Mitstreiter im »Kampf der Ideen« zurückgreifen konnten – und dies auch taten. »I am steeping myself in Hayek«, schrieb Joseph dem Direktor des *Institute of Economic Affairs*, Ralph Harris, am selben Tag, als er in seiner Rede in Leith im August 1974 den Markt und die Rolle des Profits erklärte und verteidigte.⁴⁴ Die oben bereits zitierte Rede in Preston vom 5. September 1974 war überschrieben mit »Inflation is Caused by Governments«. Von Hayek hatte die Rede in der *Times* gelesen, wo ihr Wortlaut in Gänze abgedruckt worden war, und war voll des Lobes für Josephs Offensive. Letzterer bedankte sich ehrfurchtsvoll bei dem Neoliberalen, »for your blessing on what I said at Preston.«⁴⁵

Thatcher selbst hatte »The Road to Serfdom« als junge Studentin in Oxford gelesen. In ihren Erinnerungen schrieb sie dazu: »Our inspiration was less Rab Butler's Industrial Charter than books like Colm Brogan's anti-socialist satire, *Our New Masters* [...] and Hayek's powerful *Road to Serfdom*, dedicated to >the socialists of all parties«. Such books not only provided crisp, clear analytical arguments against socialism, demonstrating how its economic theories were connected to the then depressing shortages of our daily lives; but by their wonderful mockery of socialist follies, they also gave us the feeling that the other side simply could not win in the end. [...] It left a permanent mark on my own political character, making me a long-term optimist for free enterprise and liberty [...].«⁴⁶ Kurz nach ihrer Wahl zur Premierministerin ließ Thatcher von Hayek in einem persönlichen Brief wissen: »I am very proud to have learnt so much from you over the past few years. I hope that some of those ideas will be put into practice by my Government in the next few months. As one of your keenest supporters, I am determined that we should succeed. If we do so, your contribution to our ultimate victory will have

⁴⁴ Keith Joseph an Ralph Harris, 8. 8. 1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114767> [10. 5. 2018].

⁴⁵ Keith Joseph an Friedrich August von Hayek, 28. 10. 1974, in: Hayek MSS (Hoover Institution) Box 39, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114605> [10. 5. 2018].

⁴⁶ *Margaret Thatcher*, *The Downing Street Years, 1979–90*, London 2011 (zuerst London 1993), S. 12f. [Hervorhebung i. O.].

been immense.«⁴⁷ Anlässlich der Verleihung des ersten International Free Enterprise Awards an von Hayek äußerte Thatcher ihre Wertschätzung für »one of the greatest living economists« und seine Rolle, die der Ökonom im »Kampf gegen den Sozialismus« gespielt habe. »Professor Hayek combines erudition, the highest intellectual integrity, the most fertile imagination and enormous courage. He was one of the few great intellectuals to stand firm and resolute in his opposition to that great tide of Socialism which swept much of Europe over the last 60 years. That tide has now turned.«⁴⁸

Die in von Hayeks Schriften enthaltene, kompromisslose Verdammung »des Sozialismus« als Gefährdung der Freiheit in jeglicher Form, auch in seiner Kompromissform der keynesianisch-sozialdemokratischen Nachkriegsordnung, und die damit gleichbedeutende Rückbesinnung auf die Freiheit ermöglichenden Kräfte des Marktes bildeten Leit motive der thatcheristischen Marktsprache. »Personal freedom and economic freedom are indivisible«, betonte Thatcher 1976 in einer Rede vor dem Conservative Central Council in Norwich. »You can't have one without the other. You can't lose one without losing the other. [...] Let them learn that it is not a function of the State to possess as much as possible. It is not a function of the State to grab as much as it can get away with. It is not a function of the State to act as ring-master, to crack the whip, dictate the load which all of us must carry or say how high we may climb. It is not a function of the State to ensure that no-one climbs higher than anyone else. All that is the philosophy of Socialism. We reject it utterly for, however well-intended, it leads in one direction only: to the erosion and finally the destruction of the democratic way of life.«⁴⁹ Die Zwischenbilanz, die Thatcher ein Jahr nach ihrer Wahl zur Parteichefin über den »Kampf der Ideen« zog, fiel positiv aus. »Let us examine our progress in fighting that philosophy [des Sozialismus, P. B.] over the last year. We have had, I think, some success. For example, we have brought three words – freedom, choice, opportunity – into the centre of the political debate. And we have exposed the language of Socialism, the gloss they put on words to conceal their true meaning.«⁵⁰

⁴⁷ Margaret Thatcher an F. A. Hayek, 18. 5. 1979, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/4/1/8.

⁴⁸ Margaret Thatcher an Michael Ivens, 17. 6. 1983, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 1/1/5/7.

⁴⁹ Margaret Thatcher, Rede vor dem Conservative Central Council, Norwich, 20. 3. 1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102990> [18. 5. 2018].

⁵⁰ Ebd.

1.2 Die britische *New Right* als Transmissionsriemen zwischen neoliberaler Außenwelt und den britischen Konservativen und die Bedeutung von Think Tanks

Über die Bedeutung des österreichischen Ökonomen als einflussreicher Vordenker des thatcheristischen »Kampfs der Ideen« und seiner Themen hinaus wird seine Relevanz für die Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen zudem auf einer zweiten Ebene deutlich: Anders als von Hayek bisweilen glaubhaft machen wollte, war er kein einsamer Kämpfer für den freien Markt, sondern Begründer einer international ausgerichteten intellektuellen Bewegung, die ein halbes Jahrhundert lang für ihren Durchbruch gearbeitet hatte. 1947 hatte er die *Mont Pèlerin Society* (MPS) als internationalen Ort des Gedankenaustausches und der persönlichen Kontakte zwischen Akademikern, Geschäftsleuten und Journalisten gegründet, die in ihrer Ablehnung planwirtschaftlicher und staatsinterventionistischer Bestrebungen und im Ziel der Wiederherstellung von politischer Freiheit und freier Marktwirtschaft als unverzichtbarer Voraussetzung einer nachhaltigen Zukunftssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg geeint waren.⁵¹ Dies war die Geburtsstunde eines neoliberalen Netzwerks, das in den folgenden Dekaden eine enorme Strahlkraft, zunächst vor allem in der angelsächsischen Welt, entwickeln sollte.

In Großbritannien war dieses international ausgerichtete neoliberale Netzwerk teilweise deckungsgleich mit einer intellektuellen Strömung, für die sich seit Ende der 1960er-Jahre die Bezeichnung »Neue Rechte« (*New Right*) durchgesetzt hat.⁵² Bei den Journalisten, Hochschullehrern und Politikern, die sich in informellen Zirkeln und Gesprächskreisen, in Interessengruppen und privaten Think

⁵¹ Der Name der internationalen Vereinigung (neo)liberaler Intellektueller geht auf den Ort ihrer Gründung zurück, die im schweizerischen Mont-Pèlerin in der Nähe von Montreux erfolgte. Schon im August 1938 hatte sich die intellektuelle Avantgarde des Wirtschaftsliberalismus in Paris auf dem *Colloque Walter Lippmann* getroffen. Neben Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek waren dort auch Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow zugegen gewesen. Absicht der Zusammenkunft war es, über die Zukunft des Liberalismus zu diskutieren. Hier wurde bereits die Unvereinbarkeit zwischen der ordoliberalen Spielart des Neoliberalismus der Freiburger Schule und dem von den österreichischen Ökonomen vertretenen Ansatz deutlich, der von Röpke und Rüstow als »Paläoliberalismus« bezeichnet wurde. Zu den Gründungsmitgliedern der *Société du Mont-Pèlerin* gehörten schließlich Maurice Allais, Walter Eucken, Milton Friedman, Friedrich August von Hayek, Frank Knight, Fritz Machlup, Ludwig von Mises, Karl Popper, Wilhelm Röpke und George Stigler. Zum *Colloque Walter Lippmann* vgl. Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus S. 93–103. Zum Wirken der *Mont Pèlerin Society* vgl. grundlegend die Beiträge in *Mirouski/Plehwe* (Hrsg.), *The road from Mont Pèlerin*; Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus sowie *Matthias Schmelzer*, *Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society*, Marburg 2010.

⁵² Vgl. dazu *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 227 ff.

Tanks formierten, handelte es sich um eine durchaus heterogene Strömung, die Marktradikale ebenso umfasste wie Wertkonservative.⁵³ Geeint war die britische »Neue Rechte« jedoch in ihrer totalen Gegnerschaft zum Sozialismus. Setzte die sich zeitgleich in den USA formierende *New Right* stärker mit moralischen und religiösen Fragen auseinander, betonte die britische Variante vor allem die wirtschaftsliberale Dimension.⁵⁴ Neben der Forderung nach einer »Rückkehr zu traditionellen moralischen Werten« waren im britischen Fall vor allem die »Reduzierung der Staatsaufgaben«, die »Befreiung des Marktes« und die »Exzesse des Wohlfahrtsstaats« Themen und Schlagwörter der »Neuen Rechten«.⁵⁵ Diese erhielten über die britische *New Right* als »Transmissionsriemen«⁵⁶ zwischen der neoliberalen Außenwelt und der Innenwelt der Konservativen Partei Einzug in den Marktdiskurs der britischen Konservativen und sollten schließlich Leitmotiv der thatcheristischen Marktsprache bilden.

Die Bedeutung des Neoliberalismus für die Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen seit Mitte der 1970er-Jahre ergibt sich also über die Person Friedrich August von Hayeks als »akademischer Ahnherr« der britischen »Neuen Rechten«⁵⁷ hinaus aus Kontakten und Beziehungen zwischen der neuen Parteiführung der Konservativen Partei und einem breitgefächerten, international ausgerichteten neoliberalen Netzwerk. In der Forschung ist auf die Rolle eines Netzwerks aus neoliberalen Denkern, Wissenschaftlern und marktliberalen Think Tanks bei der Implementierung einer marktradikalen Ideologie der Tories bereits hingewiesen worden.⁵⁸ Daniel Stedman Jones formuliert mit Blick auf die 1970er-Jahre: »When the economic crises [...] seemed to prove the breakdown of the postwar Keynesian settlement, [...] neoliberal ideas were waiting in the wings.

⁵³ Dominik Geppert betont das in der Kombination der Worte »neu« und »rechts« zum Ausdruck kommende, charakteristische Spannungsverhältnis dieser politischen Richtung. Weil sie einerseits den Status quo des keynesianischen Nachkriegskonsenses bekämpfte, gleichzeitig aber auch an alte Traditionen der Zeit vor 1940/45 anknüpfen wollte, war die »Neue Rechte« revolutionär und reaktionär, konservativ und liberal, »neu« und »rechts« zugleich, so Geppert. Vgl. ebd., S. 228 f.

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 229.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 227.

⁵⁶ Vgl. Geppert spricht mit Blick auf die Bedeutung der »Neuen Rechten« für »Thatchers konservative Revolution« ebenfalls von »Transmissionsriemen«. Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 244–272.

⁵⁷ Zu von Hayek als »Ahnherr« der britischen »Neuen Rechten« vgl. ebd., S. 229–234.

⁵⁸ Vgl. *Richard Cockett*, *Thinking the unthinkable. Think-tanks and the economic counter-revolution 1931–1983*, London 1994; *Saunders*, »Crisis? What crisis?«; *Ben Jackson*, *The think-tank archipelago: Thatcherism and neo-liberalism*, in: Ben Jackson/Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 43–61.

[...] The neoliberal network was ready.«⁵⁹ Ein transatlantisches Netzwerk aus Geschäftsleuten und Fundraisern, Journalisten und Politikern, Politikberatern und Akademikern »developed and refined a radical set of free market prescriptions and promoted their agenda [...] through a new type of political organization, the think tank.«⁶⁰ Stedman Jones betrachtet den aufsteigenden Neoliberalismus als »political [...], ideological« und »elite-driven movement«, »[which] successfully transformed the commonsense assumptions of policymakers«.⁶¹ Auch Dennis Kavanagh und Dominik Geppert heben in ihren Studien auf die Bedeutung von Ideenfabriken der »Neuen Rechten« für die Entstehung des Thatcherismus ab.⁶² Vor allem Richard Cockett hat die Rolle von Think Tanks im britischen Fall stark gemacht und die 1970er-Jahre als »heroic age« für marktradikale Ideenfabriken charakterisiert, die als intellektuelle Zentren erheblichen Einfluss auf die Politikformulierung der britischen Konservativen ausübten.⁶³ Die neoliberalen britischen und US-amerikanischen Think Tanks erscheinen in den verschiedenen Betrachtungen als Ausformungen einer größeren, internationalen neoliberalen Bewegung, deren Ursprünge weiter, bis in die 1920er-Jahre, zurückreichen. In diesem Zusammenhang hat die Forschung vor allem die Strahlkraft der *Mont Pèlerin Society* betont.⁶⁴

Andere Studien haben die Bedeutung von Think Tanks für die Herausbildung des Thatcherismus zu relativieren versucht.⁶⁵ Jüngst hat Adrian Williamson dafür plädiert, den Einfluss von Ideenfabriken wie dem *Institute of Economic Affairs* (IEA) und dem *Centre for Policy Studies* (CPS) auf die Politikformulierung der Konservativen Partei in den 1970er-Jahren nicht zu überschätzen.⁶⁶ Ausgangs-

⁵⁹ Daniel Stedman Jones, *Masters of the universe. Hayek, Friedman, and the birth of neoliberal politics*, Princeton 2012, S. 331.

⁶⁰ Ebd., S. 7, S. 134

⁶¹ Ebd., S. 332, S. 336 f.

⁶² Vgl. Kavanagh, *Thatcherism and British politics*, bes. die Kapitel 3–5; Geppert, *Thatchers conservative Revolution*, S. 227–317. Allerdings wird dabei auf die Verwendung des Begriffs Neoliberalismus verzichtet und konsequent von der »New Right« bzw. von der »Neuen Rechten« gesprochen.

⁶³ Cockett, *Thinking the unthinkable*.

⁶⁴ Vgl. Plickert, *Wandlungen des Neoliberalismus*; Schmelzer, *Freiheit für Wechselkurse und Kapital*; vgl. auch Keith Tribe, *Liberalism and Neoliberalism in Britain, 1930–1980*, in: Philip Mirowski/Dieter Plehwe (Hrsg.), *The road from Mont Pèlerin. The making of the neoliberal thought collective*, Cambridge, Mass. 2009, S. 68–97.

⁶⁵ Vgl. Tim Hames/Richard Feasey, *Anglo-American think tanks under Reagan and Thatcher*, in: Andrew Adonis/Tim Hames (Hrsg.), *A conservative revolution? The Thatcher-Reagan decade in perspective*, Manchester/New York 1994, S. 215–237; Andrew Denham/Mark Garnett, *British think-tanks and the climate of opinion*, London/Bristol 1998; Andrew Denham, *Think-tanks of the New Right*, Aldershot/Brookfield, Vt. 1996.

⁶⁶ Vgl. Adrian Williamson, *Conservative economic policymaking and the birth of Thatcherism, 1964–1979*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire etc. 2015, S. 14; bes. S. 44–52.

punkt seiner These ist die Nichtimplementierung des vollen Ideenarsenals der Think Tanks in konkrete Regierungspolitik durch Thatcher in den 1980er-Jahren, vor allem mit Blick auf die Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Richtig ist, dass die Gesundheitsvorsorge – entgegen der Forderung des IEA – auch unter der Thatcher-Regierung in staatlichen Händen verblieb, wie der Autor anmerkt.⁶⁷ Es ist ebenfalls zutreffend, dass – wären die Vorschläge der Think Tanks eins zu eins umgesetzt worden – »State provision and public spending would have declined dramatically«, was nicht zutreffend sei, wie Williamson richtig bemerkt.⁶⁸

Dieser Ansatz greift dennoch zu kurz. Die Wirkmächtigkeit von Think Tanks als Kristallisationspunkte eines breiten neoliberalen Netzwerks nur anhand einer direkten Implementierung ihres neoliberalen Programms in der Regierungspolitik Thatchers bewerten zu wollen, wird dem komplexen Zusammenhang zwischen Verschiebungen im konservativen Marktdiskurs und dem Einfluss der Think Tanks auf Politik nicht gerecht. Bei den Wegen von der Ausformulierung eines radikalen oder weniger radikalen Vorschlags zur Verschiebung des politisch Machbaren bis zu seiner politischen Umsetzung handelt es sich um vielschichtige diskursive Prozesse, die selten geradlinig und manchmal anders als von den politisch Handelnden intendiert verlaufen.⁶⁹ Der Verschiebung des politisch Machbaren muss eine Verschiebung des Sagbaren vorausgehen; zunächst müssen die sprachlichen und diskursiven Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass politische Veränderungen wirksam werden können. Eben hier entfalteten die Grenzverschiebungen der Neoliberalen ihre Wirkung.

Gleichwohl dürfen die Triebkräfte der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen nicht auf neoliberale Grenzverschiebungen reduziert werden. In der Forschung wird der Einfluss privater Think Tanks als Wirkungszentren des Neoliberalismus auf die Herausbildung des Thatcherismus bisweilen überschätzt, wie Williamson bemerkt.⁷⁰ Dies geschieht, wenn etwa das Bild entsteht, die neoliberalen Organisationen hätten die Partei Mitte der 1970er-Jahre gleichsam gekidnappt und ihre marktradikalen Ideen in die Partei eingepflanzt.⁷¹ Hier werden die Bewertungen gewisser damaliger politischer Akteure reproduziert, die aus der Gegnerschaft zum Thatcherismus heraus ein »hi-jacking of a political party« durch »Economic Evangelicals« beschrieben⁷², oder als Mitstreiter des Thatcherismus den eigenen Einfluss überhöhten, wie der Direktor des

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 44.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Ähnlich auch *Keith Dixon*, *Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus*, Konstanz 2000, S. 78.

⁷⁰ Vgl. *Williamson*, *Conservative economic policymaking*, S. 14.

⁷¹ Dieses Bild entsteht etwa bei *Dixon*, *Die Evangelisten des Marktes*.

⁷² *William Keegan*, *Mrs Thatcher's economic experiment*, Harmondsworth 1984, S. 33–65.

Institute of Economic Affairs, John Wood, der davon ausging, sein Think Tank habe »das >Udenkbare< [...] wieder >denkbar< gemacht.«⁷³

Derartig simplifizierende Erklärungsmodelle laufen ins Leere, lassen sie die oben beleuchteten Triebkräfte der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen aus der eigenen Parteitradition heraus doch völlig außer Acht. Die Entwicklung des Marktdiskurses losgelöst von parteispezifischen semantischen Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen zu betrachten, ist ahistorisch und hält wenig Erklärungspotenzial bereit. Könnte ein derartiger Ansatz Plausibilität beanspruchen, wäre in den 1970er-Jahren auch die deutsche Christdemokratie »neoliberalisiert« worden, war sie doch ebenfalls mit dem diskursiven »Überbau« eines international erstarkenden Neoliberalismus konfrontiert. Das trifft jedoch – wie zu zeigen sein wird – nicht zu. Genauso wenig kann die Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen monokausal auf eine »Eroberung« der Partei durch Think Tanks zurückgeführt werden. Plausibler ist es, davon auszugehen, dass das von den Thatcheristen repräsentierte marktfreundliche Element in der konservativen Parteitradition anschlussfähig an die Konzepte der neoliberalen Außenwelt und damit an einen die 1970er-Jahre prägenden, allgemeinen Trend war, was die Radikalisierung des britischen Marktdiskurses zusätzlich vorantrieb.

Für die Frage nach der Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren ist ein Ableger des neoliberalen Netzwerks von besonderer Bedeutung: das *Institute of Economic Affairs* (IEA). Als erste britische, marktradikale Ideenfabrik fungierte das private, offiziell parteiunabhängige Forschungsinstitut als Transmissionsriemen zwischen einem international an Einfluss gewinnenden Neoliberalismus und dem britischen Marktdiskurs. Das IEA war im November 1955 von dem Unternehmer und glühenden Antikommunisten Antony Fisher auf Anraten von Hayeks gegründet worden. Fisher, der den österreichischen Ökonomen bei einem Treffen an der *London School of Economics* (LSE) im Jahr 1947 kennengelernt hatte, wollte zur Verbreitung der Ideen von Hayeks beitragen.⁷⁴ Direktor des IEA wurde 1956 der Wirtschaftswissenschaftler und Journalist Ralph Harris, ein energischer Organisator und guter Redner, der zuvor in der Parteizentrale der Tories, als Dozent an der Universität St. Andrews und als Leitartikler beim *Glasgow Herald* gearbeitet hatte.⁷⁵ Der Ökonom Arthur

⁷³ So heißt es in der Einleitung des Sammelbandes *Ralph Harris/Arthur Seldon* (Hrsg.), *The emerging consensus? Essays on the interplay between ideas, interests and circumstances in the first 25 years of the IEA*, London 1981, S. xxxiii. So auch *Williamson*, *Conservative economic policymaking*, S. 14.

⁷⁴ Vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 122–130.

⁷⁵ Vgl. *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 297.

Seldon, der an der LSE unter anderem bei von Hayek studiert hatte, wurde Vize-Direktor.⁷⁶

Die Bedeutung des IEA liegt in erster Linie in einer publizistischen Verbreitung einer marktradikalen Sprache im politischen Diskurs durch gezielte semantische Offensiven, die auf die Verschiebung des Meinungsklimas gerichtet waren. Das Institut übersetzte die Ideen der Mitglieder der *Mont Pèlerin Society* (MPS) in eine einfachere, zugänglichere Sprache; es stellte gewissermaßen die Verbindung zwischen den »original thinkers« und den »second hand dealers in ideas«, den Multiplikatoren her, wie man gemäß der Hayek'schen Unterscheidung formulieren könnte: »Free market ideas did not obtain political prominence solely because of the incisive writing and thinking of great minds, but because of a concerted effort, sponsored by sympathetic business elites, to disseminate these ideas through a complex international network of institutions. This think-tank archipelago [...] drummed up the business sponsorship required to translate the abstract and uncompromising academic thinking produced by members of the MPS into a more digestible form.«⁷⁷ Die neoliberalen Aktivisten Harris und Seldon waren gleichsam »Broker«, die vier wichtige Gruppen der nationalen Funktionseliten mobilisierten und miteinander verbanden: Geschäftsleute, Intellektuelle, Journalisten und Politiker.⁷⁸

Die materielle Grundlage der Arbeit des IEA bildeten die Kontakte zu Geschäftsleuten, die das Institut im Verlauf der 1960er- und 1970er-Jahre immer weiter ausbauen konnte und die die notwendigen Geldzuwendungen sicherten.⁷⁹ In seiner Entstehungsgeschichte gewissermaßen angelegt, pflegte das IEA zudem enge Kontakte zu den intellektuellen Autoritäten des neoliberalen Netzwerks, neben von Hayek vor allem zu den amerikanischen Vertretern des akademischen Neoliberalismus wie Milton Friedman, George Stigler und James Buchanan. Aber auch britische Wissenschaftler wie John Jewkes, Peter Bauer, Alan Peacock, Alan Walters, Graham Hutton und Arthur Shenfield waren in die publizistischen Aktivitäten des IEA eingebunden.⁸⁰ All diese neoliberalen Akteure einte die Gegnerschaft zu den gemäßigten, »konsensliberalen« Ordnungsmodellen, die seit 1945 in den westlichen Demokratien expandierten und ihrer Meinung nach eine Gefahr für individuelle Freiheit und ökonomische Effizienz darstellten. Die IEA-

⁷⁶ Zur Gründung, Aufgabenverteilung und Arbeitsweise des IEA vgl. auch *Christopher Muller*, *The Institute of Economic Affairs. Undermining the Post-War Consensus*, in: *Contemporary British History* 10, 1996, S. 88–110.

⁷⁷ *Jackson*, *The think-tank archipelago*, S. 45.

⁷⁸ Vgl. ebd.

⁷⁹ Zu den Fundraising-Aktivitäten des IEA und den finanziellen Zuwendungen aus der freien Wirtschaft vgl. ebd., S. 47–49.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 49–52.

Aktivisten Harris, Seldon und Arthur Shenfield waren regelmäßige Teilnehmer an den Veranstaltungen der MPS und gehörten zu ihren beflissensten Netzwerkkern.⁸¹ Langfristig entwickelte sich eine eng aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit zwischen der MPS als diskretem wissenschaftlichem Forum und dem IEA, einem der Öffentlichkeit und der Politik zugewandten Think Tank. Die enge Vernetzung zwischen der MPS und dem IEA als ihrem britischen Ableger spiegelte sich auf der Ebene des Personals wieder. So war Harris seit 1967 Sekretär der Gesellschaft und Direktor des Think Tanks in Personalunion.⁸²

Weitreichendere Folgen für diskursive Grenzverschiebungen hatten auch die tiefgehenden Verflechtungen zwischen dem IEA und der meinungsbildenden britischen Presse. In den führenden britischen Printmedien vollzog sich spätestens seit Ende der 1960er-Jahren ein neoliberaler Meinungsumschwung⁸³: »[T]here has been a revival of the intellectual right, which had been so markedly absent in the late fifties and early sixties. [...] By the late sixties there was much more intellectual activity from the right, whether in the old organs like the Daily and Sunday Telegraph, [...] or in the revived Spectator, now bristling with Powellite views«⁸⁴, schrieb der Publizist Anthony Sampson zum medialen Aufstieg neoliberaler Vertreter einer jüngeren Generation britischer Journalisten. Zunächst war es der *Daily Telegraph*, die traditionell mit den Tories sympathisierende, auflagestärkste überregionale Tageszeitung, die auf die neoliberale Linie einschwenkte. Mit den Redakteuren Colin Welch und John O'Sullivan waren zwei Schlüsselpositionen der Zeitung mit zwei Mitgliedern der MPS besetzt. Der *Daily Telegraph* war die Zeitung mit den engsten Verbindungen zum IEA. Von Hayek veröffentlichte seit Mitte der 1970er-Jahre Artikel im Telegraph. Unter der Überschrift »We are getting poorer all the time« verurteilte er das seiner Meinung nach fehlgeleitete Streben nach Vollbeschäftigung und das ökonomische Nachfragemanagement der britischen Nachkriegspolitik: »Employment, to be lasting and productive must be the result of a well functioning market«, schrieb er, »we are all getting poorer by making up the deficiency to an income which we still consume but do not currently earn.« Margaret Thatcher las den Artikel und strich sich die zitierten Passagen fett an.⁸⁵

⁸¹ Vgl. Dieter Plehwe, The Politics of Policy Think Tanks: Organizing Expertise, Legitimacy and Counter-Expertise in Policy Networks, in: Frank Fischer (Hrsg.), Handbook of Critical Policy Studies, Cheltenham 2015, S. 358–379.

⁸² Vgl. Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus, S. 297, 318.

⁸³ Vgl. dazu auch Geppert, Thatchers konservative Revolution, S. 267–272.

⁸⁴ Anthony Sampson, The New Anatomy of Britain, London 1971.

⁸⁵ Vgl. Friedrich August von Hayek, Why we are getting poorer all the time, aus: Daily Telegraph, 26.8.1976, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/6/1/173 (mit handschriftl. Markierungen von Margaret Thatcher).

Neben dem *Daily Telegraph* waren es vor allem die *Times* und die *Financial Times*, die auf die neoliberale Linie einschwenkten. Treibende Kraft dieses Richtungswechsels in der *Times*, die den pragmatischen Kurs der Regierungspolitik zunächst verteidigt hatte, war Peter Jay, der seit Beginn der 1970er-Jahre zu einem großen Kritiker der Heath-Regierung, insbesondere der expansiven Politik des Schatzkanzlers Barber, avancierte.⁸⁶ Nach anfänglicher Skepsis gegenüber den monetaristischen Theorien Friedmans hatte Jay seit 1974 entscheidende neoliberale Elemente adaptiert und plädierte von nun an für eine rigide Sparpolitik. »For a young man brought up on post-war macro-economics [...] Jay is showing a remarkable spontaneous movement to micro-economic thinking«, schrieb Arthur Seldon, Vize-Direktor des IEA, in einem Brief an von Hayek.⁸⁷ Der führende britische Wirtschaftsjournalist Samuel Brittan, der nach einem ernüchternden Intermezzo als Staatsbeamter im Wirtschaftsministerium 1966 ins Wirtschaftsressort der *Financial Times* zurückgekehrt war⁸⁸, wurde unter dem ideellen Einfluss Friedmans und von Hayeks zu einem lautstarken Prediger einer neoliberalen Marktsprache. 1971 verfasste er im Auftrag des IEA eine Studie, die die erste, in Buchform veröffentlichte Kritik an der von den Thatcheristen als »*u-turns*« beschriebene Politik der Heath-Regierung darstellte. Brittan sprach sich darin nicht nur für eine Politik strikter monetärer Kontrolle, sondern auch für die Privatisierung von Staatsbetrieben und die Entwicklung von privaten Alternativen zu den

⁸⁶ Der Herausgeber der *Times*, William Rees-Mogg, sowie die *Times*-Journalisten Ronald Butt und Tim Congdon, der in den 1980er-Jahren zu einem führenden Fürsprecher der Regierungspolitik Thatchers avancieren sollte, gehörten neben Jay zu den Protagonisten dieser neoliberalen Offensive. Vgl. Jackson, *The think-tank archipelago*, S. 55; Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 270. Alfred Sherman, Direktor des CPS, übermittelte die Artikel der Journalisten nicht selten Margaret Thatcher als Leseempfehlung. Vgl. etwa Tim Congdon, »Are we really all Keynesians now?« (Encounter, April 1975), in: Churchill Archives Centre, Cambridge, *The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 1/13/17* (Mit einem Empfehlungsschreiben von Sherman an Thatcher).

⁸⁷ Arthur Seldon an Friedrich August von Hayek, 23.4.1976, in: IEA MSS (Hoover Institution) Box 27, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114611> [13.5.2018]. Die Eltern des späteren Wirtschaftskorrespondenten der BBC waren für die Labour Party politisch aktiv gewesen. Jay selbst war der Schwiegersohn des Labour-Premiers James Callaghan. Die entscheidenden Passagen in der ersten Rede Callaghans als Parteivorsitzender und Premierminister auf der Labour Party Conference in Blackpool 1976, in der sich Callaghan zu der als *New Realism* bezeichneten Sparpolitik bekannte, stammten aus Jays Feder: »We used to think that you could spend your way out of a recession and increase employment by cutting taxes and boosting government spending. I tell you in all candour that that option no longer exists, and in so far as it ever did exist, it only worked on each occasion since the war by injecting a bigger dose of inflation into the economy, followed by a higher level of unemployment as the next step.« James Callaghan, *Speech at the Labour Party Conference, 28.9.1976*, in: *Labour Party Annual Conference Report 1976*, S. 188.

⁸⁸ Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 271.

staatlichen Kompetenzen in der Renten-, Gesundheits- und Bildungspolitik aus.⁸⁹ Auch für das konservative, traditionell von führenden Politikern der Tory-Partei herausgegebene Wochenblatt *The Spectator* steuerte Brittan Beiträge bei, in denen er sich für eine Rückbesinnung auf die Kräfte des Marktes stark machte.⁹⁰

Das IEA organisierte Zusammenkünfte von Journalisten, Politikern und anderen meinungsbildenden Akteuren in informeller Atmosphäre. Joseph bedankte sich bei Harris für »two notable sessions on Monday – lunch with the Governor and drinks with Hayek!«⁹¹ »I enjoyed every minute«, schrieb Thatcher in einem Brief an Harris, in dem sie sich für ein privates Dinner mit Friedman, Harris und Seldon bedankte. Friedman wiederum bemerkte Harris gegenüber, die Parteichefin sei eine »very attractive and interesting lady«, war sich aber nicht sicher, »whether she has the capacities that Britain so badly needs at this time.«⁹² Dieses Vermögen hatten die Neoliberalen zunächst Enoch Powell zugetraut, mit dem sie schon in den 1960er-Jahren eng zusammenarbeiteten. Powell war der Liebling der neoliberalen Avantgarde. Sie bewunderten seine Prinzipientreue und Standfestigkeit in der Auseinandersetzung mit den Annahmen des Nachkriegskonsenses.⁹³ Wie bereits dargelegt, war Powell aber auf verlorenem Posten in der eigenen Partei und blieb auch während der 1970er-Jahre eine Randfigur, abgekapselt vom konservativen Machtzentrum.⁹⁴ Zu denjenigen konservativen Politikern, die seit 1974 führende Positionen in der Partei bekleideten und bereits zu einem frühen Zeit-

⁸⁹ Vgl. *Samuel Brittan*, *Government and the market economy. An appraisal of economic policy since the 1970 General Election*, London 1971.

⁹⁰ Vgl. etwa Samuel Brittan, *Keynes and the mandarines*, in: *Spectator*, 18.9.1976, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, *The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/6/1/173*. Dieser Artikel wurde ebenfalls von Thatcher rezipiert, wie handschriftliche Markierungen auf der Kopie des Artikels deutlich machen.

⁹¹ Keith Joseph an Ralph Harris, 25.3.1975, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/114769> [12.5.2018]. Gemeint war der Präsident der britischen Zentralbank, Gordon Richardson.

⁹² Beide Zitate nach: *Jackson*, *The think-tank archipelago*, S. 45.

⁹³ »He has a better and deeper understanding of economic principles, and a clearer conception of the relation between economic and personal freedom, than any other major political figure I have ever met«, schrieb Milton Friedman über Powell in einem Brief an den amerikanischen konservativen Publizisten William F. Buckley im Dezember 1970. Zit. nach: *Daniel Stedman Jones*, *Masters of the universe. Hayek, Friedman, and the birth of neoliberal politics*, Princeton 2012, S. 193.

⁹⁴ Vgl. auch *Williamson*, *Conservative economic policymaking*, S. 5. Powell kehrte nach den Unterhauswahlen Ende 1974 wieder als Abgeordneter des Wahlkreises South Down ins Parlament zurück. Der von Powell eingeschlagene, eigentümliche Karrierepfad hielt ihn aber in den 1970er-Jahren von politischem Einfluss fern. Vgl. *Shepherd*, *Enoch Powell*, S. 297–451.

punkt die Nähe zum IEA suchten, gehörten der spätere Finanzminister Geoffrey Howe, Joseph und – in etwas geringerem Maße – Thatcher.⁹⁵

Zwischen Howe und dem IEA bestand seit den 1960er-Jahren ein Austausch, vor allem über die Themen Gewerkschaftsbeziehungen und private Gesundheitsvorsorge. Diese Kontakte blieben bestehen, als Howe in der politischen Karriereleiter der 1970er-Jahre aufstieg.⁹⁶ Was die neue Parteichefin selbst angeht, gibt es »little archival evidence of the Thatcher of the 1970s as a neo-liberal ideologue«, wie Ben Jackson angemerkt hat.⁹⁷ Gleichwohl zeichnete sich das Verhältnis Thatchers zu den neoliberalen Aktivisten durch gegenseitige Wertschätzung aus. Seldon gegenüber versicherte sie, »she was one of a small group of Tory politicians [...] who saw the value of the market in economic affairs.«⁹⁸ Im Jahr 1979, also in ihren ersten Monaten als Premierministerin, erhob Thatcher Ralph Harris in den Adelsstand und brachte damit ihre Hochachtung für dessen Feldzug für den freien Markt zum Ausdruck. Für die Entwicklung des Marktdiskurses der Konservativen Partei aber wichtiger als die Frage, ob die Parteichefin selbst neoliberale Annahmen eins zu eins übernahm oder nicht, ist die Tatsache, dass Vertreter des neuen thatcheristischen Führungszirkels, allen voran Thatchers intellektueller Mentor Keith Joseph, in den 1970er-Jahren eng mit einem breiteren neoliberalen Netzwerk um das IEA herum verbunden waren.

Die schon seit den 1960er-Jahren bestehenden Kontakte zwischen dem Think Tank und Joseph wurden seit Mitte der 1970er-Jahre intensiviert beziehungsweise wiederbelebt. »Sir Keith Joseph came to see me this afternoon. His purpose was to seek advice about individuals and published sources that could help him develop a new >crusade< for private enterprise«, notierte Harris nach Josephs »Rückkehr« zum IEA im März 1974.⁹⁹ Joseph hatte schon früher regelmäßig Rat und Anregungen beim IEA gesucht und war über Harris in Kontakt mit der MPS gekommen, an deren Treffen er des Öfteren teilnahm.¹⁰⁰ Auf ihn, den konservativen Nachwuchspolitiker, der in seinen Reden klar marktwirtschaftliche Positionen vertrat, hielten Harris und Seldon große Stücke. Zu Beginn der 1970er-Jahre wa-

⁹⁵ Vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 167–173. Der Parlamentsabgeordnete John Biffen sowie Diana Spearman, die in der Parteizentrale der Tories arbeitete, gehörten ebenfalls zur Gruppe marktwirtschaftlich ausgerichteter Tories, die seit Mitte der 1960er-Jahre den Austausch mit dem IEA pflegten. Vgl. *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 345.

⁹⁶ Vgl. *Jackson*, *The think-tank archipelago*, S. 58.

⁹⁷ Ebd., S. 59.

⁹⁸ Arthur Seldon an Geoffrey Howe, 24. 10. 1969, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/117209> [10. 5. 2018].

⁹⁹ Ralph Harris, Bericht über einen Besuch von Keith Joseph, 14. 3. 1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114757> [10. 5. 2018].

¹⁰⁰ Vgl. *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 344

ren sie allerdings weniger begeistert von Joseph, der die Politik der Heath-Regierung als Kabinettsmitglied mitgetragen hatte. Als Joseph im März 1974 beim IEA anfragte, ob der Think Tank beim Zusammentragen von Namen und Publikationen für seinen »new >crusade< for private enterprise« behilflich sein könne, reagierte Harris zunächst mit einer Gegenfrage auf diese Fühlungnahme des konservativen Politikers: »I opened up by asking whether it [die von Joseph angefragte Unterstützung, P. B.] would really be helpful to the Conservative Party or to the IEA, in view of all that had happened over the last three years [...]«. Joseph beschwichtigte den IEA-Direktor schließlich mit einem Schuldeingeständnis und einem klaren Bekenntnis: »Most engagingly he responded by acknowledging his share of >guilt< for all that had gone wrong despite the fact that he was not really in the economic policy sector. He even went so far as to identify himself with our approach by proclaiming that he was >a right-wing ideologue<.«¹⁰¹

Im Neuausrichtungsprozess der Tories nach dem »Scheitern« der Regierung Heath suchten die Thatcheristen von dem Know How der ältesten marktradikalen Ideenfabrik Großbritanniens zu profitieren. Parallel zu seiner »Rückkehr« zum IEA diskutierte Joseph mit Vertrauten die Möglichkeit, eine von der Parteilührung unabhängige Institution ins Leben zu rufen, die marktradikale Positionen verbreiten sollte. Dieser geplante Think Tank, der schließlich im Frühjahr 1974 mit der Gründung des *Centre for Policy Studies* (CPS) realisiert wurde, sollte, dem Vorbild des IEA folgend, Forschungsarbeit nach wissenschaftlichen Standards mit propagandistischer Tätigkeit verbinden.¹⁰² Im Unterschied zum IEA sollte das CPS aber nicht parteipolitisch neutral sein, sondern als parteieigene Ideenfabrik direkten Einfluss auf die Politikformulierung der Konservativen Partei ausüben. Bei der Schaffung des CPS war das IEA ein wichtiger Helfer, zunächst auf organisatorischer Ebene. So arbeitete Harris Joseph zu, versorgte ihn mit Listen potenzieller Geldgeber und mit Kontakten zu Wirtschaftswissenschaftlern, die mit dem IEA assoziiert waren.¹⁰³ Im Gegenzug war Joseph Ansprechpartner für Harris, wenn es um wichtige Kontakte zu Geldgebern aus der freien Wirt-

¹⁰¹ Ralph Harris, Bericht über einen Besuch von Keith Joseph, 14. 3. 1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatthatcher.org/document/114757> [10. 5. 2018].

¹⁰² Zum CPS vgl. *Michael Harris*, The Centre for Policy Studies: The Paradoxes of Power, in: *Contemporary History* 10, 1996, Nr. 2, S. 51–64; *Simon Burgess/Geoffrey Aldermann*, Centre for Policy Studies. The Influence of Sir Alfred Sherman, in: *Contemporary Record* 4, 1990, Nr. 2, S. 14f.; *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 271–281; *Denham/Mark Garnett*, British think-tanks, S. 117–150; *Cockett*, Thinking the unthinkable, S. 236–286.

¹⁰³ Ralph Harris an Keith Joseph, 1. 4. 1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatthatcher.org/document/114761> [12. 5. 2018] sowie Ralph Harris, Bericht über einen Besuch von Keith Joseph, 14. 3. 1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatthatcher.org/document/114757> [10. 5. 2018].

schaft für das IEA ging.¹⁰⁴ Auch auf inhaltlicher Ebene kooperierte das parteieigene CPS mit dem IEA. Besonders Joseph legte Wert auf die Meinung der Direktoren des IEA, etwa bei der Diskussion von Strategiepapieren.¹⁰⁵ Auf Arbeitstreffen, die seit 1974 regelmäßig stattfanden, stimmte man sich über Publikations- und Finanzierungsstrategien ab und plante gemeinsam die nächsten Offensiven im »Kampf der Ideen«.¹⁰⁶

Das CPS war von Joseph bewusst als Alternative zur parteieigenen Forschungsabteilung, dem *Conservative Research Department* (CRD), installiert worden, das bei ihm und Thatcher im Verdacht stand, die politischen Annahmen des Nachkriegs Großbritannien absorbiert und sich assimiliert zu haben.¹⁰⁷ In der Forschung ist die Meinung vertreten worden, mit der Gründung des CPS habe »die geistige und politische Offensive begonnen, die das Gedankengut des ökonomischen und politischen Liberalismus in das Feld der politischen Kämpfe hineintrug und im Umbau der Konservativen Partei zu einer neoliberalen Kampfformation gipfeln sollte.«¹⁰⁸ Diese Sichtweise überzeichnet den Einfluss des Neoliberalismus auf die britischen Konservativen und ist in seiner Pauschalität sicherlich unzutreffend. Das CRD blieb auch nach 1974 eine zentrale Einrichtung der politischen Strategiearbeit und Politikformulierung der Konservativen Partei.¹⁰⁹ Mit dem CPS kam aber ein zusätzlicher, »äußerer« Akteur hinzu, der einen Kampf um Einfluss auf den Politikformulierungsprozess in der Partei gegen das CRD führte.

So war Chris Patten, Direktor des CRD von 1974 bis 1979, zuversichtlich, die äußeren »Eindringlinge« (womit er die Mitarbeiter der Think Tanks meinte) in Schach halten zu können¹¹⁰, während der Direktor des CPS, Alfred Sherman, die

¹⁰⁴ Ralph Harris an Keith Joseph, 30.3.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/114762> [12.5.2018].

¹⁰⁵ Keith Joseph an Ralph Harris (invitation to CPS dinner at which Howe paper will be discussed), 22.2.1977, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/117122> [13.5.2018]. »Margaret particularly hopes that you can manage to be present«, so der handschriftliche Zusatz Josephs auf seinem Schreiben an Harris.

¹⁰⁶ Martin Wassell an Ralph Harris (agenda for forthcoming CPS/IEA meeting), 14.10.1976, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/117120> [13.5.2018]; Gerald Frost an Ralph Harris (proposal of CPS-IEA meeting), 26.1.1978, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/117131> [13.5.2018]; Alfred Sherman an Ralph Harris (suggests regular meetings of CPS and IEA to exchange ideas), 27.7.1979, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/117147> [13.5.2018]; Vgl. auch Keith Joseph an Ralph Harris, 18.5.1977, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/117123> [13.5.2018].

¹⁰⁷ Vgl. Green, Thatcher, S. 23.

¹⁰⁸ Dixon, Die Evangelisten des Marktes, S. 70.

¹⁰⁹ Vgl. dazu auch Williamson, Conservative economic policymaking, S. 49–52.

¹¹⁰ So Patten rückblickend, Chris Patten, The Thatcher Years, in: Alistair Cooke (Hrsg.), Tory Policy Making. The conservative Research Department 1929–2009, S. 79–93, hier S. 85.

parteieigene Forschungsabteilung als »staffed by a group of low calibre opportunists whose ideas are fundamentally at variance with our own« bezeichnete.¹¹¹ »Of Patten it must be said that he is pathologically jealous [...]. He is a limited man promoted far beyond his ability«, schrieb Sherman über Patten, dem er 1979 vorwarf, eine Offensive in den Printmedien gegen das CPS gestartet zu haben, nachdem der Think Tank seit Mitte des Jahrzehnts größere Aufmerksamkeit von der britischen Presse erfahren hatte.¹¹² In dem bereits zitierten Memorandum über Josephs »Rückkehr« zum IEA mahnte Harris an, der Feldzug für den Markt sei einfacher zu führen, »[...] if the Conservative Research Department were purged of the young left-wing Bow Groupers who seem to have taken over.«¹¹³ Harris' Einschätzung eines »Linksrutsches« in der parteieigenen Forschungsabteilung war in diesem Zusammenhang taktisch motiviert und ist sicherlich überzeichnet. Der Blick auf die personelle Zusammensetzung des CRD macht allerdings ersichtlich, dass in der Zeit von 1974 bis 1979 weiterhin die *Heathites* dominierten. Schlüsselperson in der parteieigenen Forschungsabteilung war neben Patten Adam Ridley, der, wie sein Chef, von Edward Heath eingestellt worden war und als Vertrauter des Ex-Premiers galt. Demnach ist es nicht verwunderlich, dass sich Thatcher und ihre Mitstreiter in der Parteiführung nicht auf das CRD verließen, sondern von anderen Stellen Rat einholten. Tatsächlich schenkte Thatcher der Arbeit des CRD weniger Aufmerksamkeit als ihre Vorgänger, an den Sitzungen seiner Policy Groups nahm sie selten teil, mit Kommentaren zu den Ergebnissen ihrer Arbeiten war sie mehr als zurückhaltend.¹¹⁴

Während das CRD länger dem begrifflichen Status quo verhaftet blieb, spielte das CPS eine wichtige Rolle bei der Radikalisierung des Marktdiskurses der Konservativen Partei seit Mitte der 1970er-Jahre. Von Anfang an als Waffe für die intellektuelle Auseinandersetzung innerhalb der Partei konzipiert, wurden von dem wichtigsten, privaten proto-thatcheristischen Think Tank aus semantische und diskursive Grenzverschiebungen vorangetrieben. Auf Initiative von Joseph, könnte man sagen, begann die thatcheristische Privatisierungspolitik also nicht in einem bestimmten Wirtschaftszweig, sondern auf dem Feld der politischen Strategieplanung. Mit Blick auf die Entwicklung des christdemokratischen Markt-

¹¹¹ Alfred Sherman, Memorandum an Keith Joseph, 22.4.1975, zit. nach: *Williamson*, *Conservative economic policymaking*, S. 51.

¹¹² Alfred Sherman an Hugh Thomas (Memorandum: The CRD-CPS Myth), 11.6.1979, in: Sir Alfred Sherman Papers, Archives, Royal Holloway University of London, AR CPS/LMPC/6, Box 5.

¹¹³ Ralph Harris, Bericht über einen Besuch von Keith Joseph, 14.3.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114757> [10.5.2018].

¹¹⁴ Dies zeigt die Durchsicht der Dokumente des *Conservative Research Departments* der Jahre 1974 bis 1979 im Conservative Party Archive in der Bodleian Library, Oxford.

diskurses wird hierin ein markanter Unterschied ersichtlich, blieb die Planungsarbeit der Union, wie zu zeigen sein wird, doch fest in der Bundesgeschäftsstelle beziehungsweise bei der parteinahen Konrad-Adenauer-Stiftung verankert. Auch das erklärt, warum der semantische Wandel in der Bundesrepublik weniger radikal ausfiel als in Großbritannien, wo er mit einem institutionellen Bruch verbunden war.

Mit der Gründung des CPS begann eine sprachpolitische Offensive, die darauf ausgerichtet war, die Grenzen des Sagbaren in einer Zeit des diskursiven Durch-einanders in der Konservativen Partei nach der Wahlniederlage des Jahres 1974 neu zu definieren. Wie Joseph zwanzig Jahre später Richard Cockett in einem Interview anvertraute, bestand das Ziel des CPS darin, die Tory-Partei von Grund auf umzukrempeln. Das, was vom IEA ausgedacht worden war, sollte vom CPS in eine politische Begrifflichkeit gebracht werden.¹¹⁵

Die Gründung des CPS erfolgte unmittelbar nach dem »Scheitern« der konservativen Regierung auf Initiative Josephs, war aber noch von Heath in seiner Funktion als Parteichef autorisiert worden. Joseph war es gelungen, sich das Einverständnis Heaths für seine Unternehmung zu sichern, indem er den noch amtierenden Parteichef über seine wahren Absichten im Unklaren ließ und betonte, er wolle das Vorbild der bundesrepublikanischen Sozialen Marktwirtschaft studieren.¹¹⁶ Heath scheint jedoch gehaut zu haben, dass die Gründung des neuen Think Tanks, der von seinem zu diesem Zeitpunkt wohl gefährlichsten innerparteilichen Gegner geleitet wurde, zuvorderst gegen das Establishment der eigenen Partei gerichtet war, dem Heath selbst in oberster Position angehörte. Auf dieses Misstrauen war es zurückzuführen, dass der Parteichef darauf bestand, seinen

¹¹⁵ Vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 237.

¹¹⁶ Heaths Enthusiasmus für kontinentaleuropäische Vorbilder war bekannt. Die genauen Umstände des Vorgangs, der zu Heaths Zustimmung zur Gründung des CPS führte, lassen sich anhand der archivalischen Quellen nicht restlos aufklären. Die bisweilen vertretene These, die Initiative zur Gründung des Think Tanks sei von Heath selbst ausgegangen, erscheint allerdings wenig plausibel. So schon bei *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 276. Zu dieser These vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 236. Viel spricht dafür, dass die Initiative von Joseph und seinem Vertrauten, dem späteren Direktor des CPS, Alfred Sherman, ausging. Nach der Wahlniederlage im Februar 1974 war Joseph der erwartete Posten als Schatzkanzler im Schattenkabinett Heaths nicht angeboten worden. Heath und seine Anhänger hatte er nicht von der Notwendigkeit eines Umdenkens in der Wirtschaftspolitik, für das Joseph nun eintrat, gewinnen können. Er entschied sich daraufhin, auch außerhalb der Parteigremien für »mehr Markt« zu werben – zu diesem Zwecke diskutierte er mit Sherman die Gründung eines von der Parteiführung unabhängigen Think Tanks. »The idea of the CPS arose from discussions between KJ [Keith Joseph] and me just before the Feb '74 Elections and just afterwards, when he was not given the shadow chancellorship. We later invited Margaret [Thatcher] to come in as vice-chairman [...]«, hielt Sherman dazu fest. Alfred Sherman an Hugh Thomas (Memorandum: The CRD-CPS Myth), 11.6.1979, in: Sir Alfred Sherman Papers, Archives, Royal Holloway University of London, AR CPS/LMPC/6, Box 5.

wirtschaftspolitischen Berater und Vertrauten aus dem CRD, Adam Ridley, in den Vorstand der neuen Organisation zu entsenden.¹¹⁷

Tatsächlich sollte die Aufgabe des CPS mehr im »Evangelisieren« als im Forschen bestehen. Unmittelbar nach dem Verlust der politischen Gestaltungsmacht installiert, sollte es sowohl den innerparteilichen Neuausrichtungsprozess gegen die gemäßigte Marktsemantik des Parteiestablishments vorantreiben, als auch einen Meinungsumschwung in der Öffentlichkeit vorbereiten. »All our policies have worked towards making firms and individuals less self-reliant, raising expectations beyond resources«, lautete Josephs Urteil über die britischen Nachkriegspolitik. »If we are to reverse this trend, we must change the climate of ideas, show the weaknesses of socialism, leave the defensive. The present difficult situation has produced new readiness to hear unpopular opinions. The Centre for Policy Studies will work to influence the climate of public opinion and influence policy.«¹¹⁸

Zentrale Person dieser vom CPS angestrebten diskursiven Trendumkehr war neben Joseph Alfred Sherman, der schließlich Direktor der Denkfabrik wurde. Der Journalist und Politikwissenschaftler übte entscheidenden Einfluss auf Joseph bei dessen Hinwendung zu einer marktradikalen Semantik aus.¹¹⁹ Über die Frage der Haltung der britischen Regierung zum Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973, in welcher Joseph und Thatcher als Kabinettsmitglieder der Heath-Regierung von der Linie des Regierungschefs abwichen, hatte Joseph den schon seit den 1960er-Jahren bestehenden Kontakt zu Sherman reaktiviert.¹²⁰ Sherman hatte sich in den 1930er-Jahren dem britischen Kommunismus angeschlossen und als Maschinengewehrschütze in einer internationalen Brigade am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen. »[C]ertainly in later life, as journalist then speechwriter, he wrote to kill«, heißt es über Sherman auf der Homepage der Margaret Thatcher Foundation.¹²¹ Wie nicht wenige britische Marktradikale war Sherman ein Überläufer von der politischen Linken, der sich nach dem Krieg vom Kommunismus abge-

¹¹⁷ Vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 237.

¹¹⁸ Keith Joseph, Rede vor dem Economic Research Council im St. Ermins Hotel, London, 15. 1. 1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹¹⁹ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 273–276.

¹²⁰ Heath reagierte auf den Krieg mit einem Handelsembargo gegen beide Seiten und vermied eine öffentliche Verurteilung des Angriffs der arabischen Staaten auf Israel mit dem Kalkül, vom arabischen Ölembargo befreit zu werden. Diese Haltung stieß auf innerparteiliche Kritik, vor allem bei solchen Tory-Politikern, die, wie Joseph, selbst jüdischer Abstammung waren, oder die, wie Thatcher, enge Verbindungen zur jüdischen Community Großbritanniens hatten. Sherman war Sohn jüdischer Einwanderer aus Russland und hatte Joseph schon Ende der 1960er-Jahre als Redenschreiber unterstützt. Im Zuge der Reaktivierung der Kontakte zu Sherman soll dieser Joseph dazu angeregt haben, einen Think Tank zu gründen. Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 276 (Fn 192).

¹²¹ URL: <http://www.margaretthatcher.org/archive/cps2.asp> [20. 5. 2018].

wandt hatte.¹²² »As a communist I learned to think big, to believe that, aligned with the forces of history, a handful of people with sufficient faith could move mountains«, schrieb er in seinen Memoiren.¹²³

Sherman wandte sich »mit dem Eifer des frisch Bekehrten einem neuen Glauben zu.«¹²⁴ Er wurde Evangelist des freien Marktes und des ungezügelten Kapitalismus. Für das Selbstverständnis der radikalen Marktideologen des Thatcherismus waren die linken Konvertiten wertvoll, war ihre Biographie doch gewissermaßen »pädagogisch«, die beste Illustration des Scheiterns der linken Utopie und sie selbst der lebende Beweis für die Möglichkeit der Loslösung von dieser.¹²⁵ Mit ihrem Überlaufen schien evident zu werden, dass die »Freiheit« der Arbeiterklasse, für die sie gekämpft hatten, im Sozialismus eine Illusion war; auf dem Weg der freien Marktwirtschaft konnte man diesem Ziel anscheinend näher kommen. Neben Sherman war eine Vielzahl derer, die in den Think Tanks der »Neuen Rechten« in führenden Positionen den »Kampf der Ideen« kämpften, intellektuelle Konvertiten, darunter beispielsweise auch Arthur Seldon vom IEA.¹²⁶ Den vielleicht öffentlichkeitswirksamsten Übertritt vollzog der Historiker Paul Johnson, der viele Jahre lang Vertreter des Labour-Establishments gewesen war, in prominenter Position als Herausgeber des *New Statesman* der Jahre 1965 bis 1970. Im September 1977 vollzog er dort seine Abkehr von seiner bisherigen politischen Heimat in einer Serie von Artikeln, die mit »Farewell to the Labour Party« überschrieben war.¹²⁷ Die hohe Zahl von linken Aktivisten, die in das Lager der Markt-

¹²² Erste Zweifel an der kommunistischen Ideologie hatte Sherman bekommen, als er eine Reise nach Jugoslawien unternahm. Cockett schreibt zur Loslösung Shermans vom Kommunismus: »[I]n Yugoslavia [...] he quickly realized that the key principle of >freedom< was being failed by Socialism in practice, and that >freedom< for the masses was more likely to be found under economic liberalism.« *Cockett, Thinking the unthinkable*, S. 232.

¹²³ So Sherman in seiner Autobiografie »Paradoxes of Power: Reflections on the Thatcher Interlude« (Charlottesville, VA 2005), hier zit. nach: *Andy Beckett, When the lights went out. Britain in the seventies*, London 2009, S. 280.

¹²⁴ *Geppert, Thatchers konservative Revolution*, S. 273.

¹²⁵ Vgl. *Dixon, Die Evangelisten des Marktes*, S. 72.

¹²⁶ Die Liste von Konvertiten in führenden Sprecherpositionen von marktliberalen Einrichtungen und im journalistischen und publizistischen Bereich ist lang. Neben Seldon und Sherman zählten dazu beispielsweise Brian Crozier von der *National Association of Freedom* (NAFF), der IEA-Autor Harry Ferns, die ehemalige Fabianerin Carolin Cox, die später eine wichtige Rolle im CPS bei der Marktorientierung im Bildungsbereich spielten sollte, der Labour-Politiker John Vaizey, der Journalist Brian Walden, der spätere Vorsitzende des CPS Hugh Thomas, der *Times*-Journalist Bernard Levin oder der Historiker Max Beloff. Vgl. dazu ausführlich *Cockett, Thinking the unthinkable*, S. 226–230.

¹²⁷ Johnson beschrieb das Scheitern der Labour-Regierung bei der gesetzlichen Neuregelung der Gewerkschaftsbeziehungen im Jahr 1969 als seinen »point of no return«. Vgl. *Paul Johnson, »Farewell to the Labour Party«*, in: *New Statesman*, September 1977. Eine Kurzfassung erschien im *Sunday Telegraph* vom 11.9.1977.

radikalen überliefen, bildet ein weiteres Spezifikum des britischen Vergleichsfalls, aus welchem die marktradikale Offensive eine besondere Kraft schöpfte. Sie machte das Erstarken der intellektuellen Anziehungskraft der neuen Marktideologie zum Nachteil der politischen Linken und der gemäßigten Konservativen auf personeller Ebene deutlich.

Linke Konvertiten wie Sherman brachten nicht nur Leidenschaft und ein hohes Maß an intellektuellem Elan in den »Kampf der Ideen« ein, sondern auch die politischen und organisatorischen Fähigkeiten, die Wirkmächtigkeit einer Idee im Diskurs zu entfalten. Sherman war »a man who lived for ideas«, der auf die neue Führungsriege der Partei, insbesondere auf Joseph und Thatcher, eine starke intellektuelle Anziehungskraft ausübte. »He could be a spellbinding talker, and his journalistic training meant that he could not only lay down complex principles and philosophical positions, but he could also translate those principles and philosophies into telling phrases [...].«¹²⁸ Für Thatcher und Joseph, die ebenfalls von der Kraft der Ideen überzeugt waren, gab es keinen stimulierenderen Umgang als Alfred Sherman. »Few people spark off ideas as well as you do [...].«, ließ die Parteichefin Sherman wissen.¹²⁹ Ein paar Tage nach ihrer Wahl zur Premierministerin schrieb sie ihm: »You have been a constant inspiration to Keith and myself through difficult times. Your creative mind has been responsible for many skirmishing victories in the great battle of ideas, which I am convinced we are on the way to winning. [...] None of us will forget that >There is one thing stronger than armies and that is an idea whose time has come.«¹³⁰

Angesichts der marktradikalen Profile Josephs und des prototypischen Thatcheristen Sherman sowie Thatchers tiefgehendem Misstrauen gegenüber dem »rheinischen Kapitalismus« ist es nicht ohne Ironie, dass die erste semantische Offensive des CPS im »Kampf der Ideen« in einem Rückgriff auf den bundesrepublikanischen Terminus der Sozialen Marktwirtschaft (*social market economy*) bestand.¹³¹ Mit Blick auf die Frage nach transnationalen Diskursverflechtungen stellte die zeitweilige begriffliche Bezugnahme auf die Leitvokabel der deutschen Christdemokratie die markanteste Verbindung zwischen den Marktdiskursen diesseits und jenseits des Kanals dar. »One of the main objectives would be to argue the case for >social market economics< on a philosophic and moral base«, wurde im Protokoll der ersten förmlichen Sitzung der CPS-Gründer festgehal-

¹²⁸ *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, beide Zitate S. 234.

¹²⁹ Margaret Thatcher an Alfred Sherman, 20. 10. 1977, zit. nach: ebd., S. 235.

¹³⁰ Margaret Thatcher an Alfred Sherman, 11. 5. 1979, zit. nach: ebd., S. 265.

¹³¹ Vgl. dazu auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 276f.

ten.¹³² Das Bemühen, für eine Soziale Marktwirtschaft auf philosophischer und moralischer Grundlage zu werben, hatte Joseph bereits bei seinen Planungen vor der Gründung des CPS als Hauptaufgabe des neuen Instituts formuliert: »to secure fuller understanding of the methods available to improve the standard of living, the quality of life and the freedom of choice of all, with particular attention to social market policies. [...] The Centre will state the case for a social market economy – that is, a free market economy operating within a humane system of laws and institutions. This case will be presented in moral as well as in social and economic terms, emphasising the links between freedom, the standard of living and a market economy based on private enterprise and the profit discipline.«¹³³

Wenngleich die *social market economy* à la Joseph und Sherman schließlich mit der Semantik des Ordoliberalismus, vor allem in der Müller-Armack'schen Ausprägung, wenig gemein hatte, rekurrierte sie doch gerade in den ersten Monaten des Bestehens des CPS, durch das die semantische Offensive gestartet wurde, unmissverständlich auf das (west)deutsche Modell. Dies wurde bereits bei der Suche Josephs nach einem passenden Namen für den neuen Think Tank deutlich, der ursprünglich »Erhard Foundation« heißen sollte.¹³⁴ Neben dem »Vater der Sozialen Marktwirtschaft« Ludwig Erhard, der als Namensgeber für den neuen Think Tank offenbar zu Beginn von Joseph favorisiert wurde, tauchten auch andere, ganz unterschiedliche Persönlichkeiten auf der Liste potenzieller Namensgeber auf; von Adam Smith und von Hayek über Alexis de Tocqueville und Lord Acton, bis hin zu Edmund Burke.¹³⁵ Schon die Namenssuche verdeutlicht also eine gewisse semantische Offenheit hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der neuen Ideenfabrik. Dass die Entscheidung schließlich für den inhaltlich neutralen Namen *Centre for Policy Studies* fiel, kann als Indiz dafür betrachtet werden, dass Joseph und Sherman kein Interesse daran hatten, sich bei ihren Bemühungen zur Verschiebung des Sagbaren Begrenzungen aufzuerlegen, die eine Festlegung auf eine bestimmte Persönlichkeit als Namensgeber des Instituts möglicherweise mit sich gebracht hätte.

In den ersten Strategiepapieren und Werbeprospekten des CPS sowie in Korrespondenzen seiner Mitarbeiter wird ersichtlich, dass *social market economy* den zentralen Terminus darstellte, mit welchem die semantische Offensive für mehr

¹³² Centre for Policy Studies Management Committee minutes, House of Commons Interview Room G, 25.6.1974, in: Sir Alfred Sherman Papers, Archives, Royal Holloway, University of London, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/111892> [20.5.2018].

¹³³ Keith Joseph, Memorandum (Gründung des CPS), 7.6.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/114763> [13.5.2018].

¹³⁴ Keith Joseph, Notiz zur geplanten Gründung einer parteieigenen »Erhard Foundation«, 21.3.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/114760> [10.5.2018].

¹³⁵ Vgl. ebd.

Markt vorangetrieben werden sollte. So sollte der Think Tank zunächst untersuchen, wie der Kapitalismus in Kontinentaleuropa – besonders in Deutschland – organisiert wurde, wo er augenscheinlich zu besseren Ergebnissen führte als in Großbritannien. »I have been entrusted by Ted Heath within the Shadow Cabinet with a remit to study the lessons for government in this country of the greater success that some neighbouring countries, such as Holland, West Germany and France, seem to have had in releasing the potential of a social market economy to the greater benefit of the standard of living and of the social services of their peoples«, schrieb Joseph im April 1974 an Ernest Woodroffe, Vorstandsvorsitzender von Unilever, diesen um logistische und finanzielle Unterstützung ersuchend.¹³⁶ In einem zweiten Schritt sollten die Vorteile der *social market economy* populär gemacht werden: »I am also to set in hand some public education on the advantages and implications of such a policy.« Die dafür zu schaffende Einrichtung würde wahrscheinlich »The Institute for a Social Market Economy« heißen, ließ er Woodroffe wissen.¹³⁷ Konkret sollte das Institut Arbeitsgruppen aufstellen, um die Fragen zu formulieren, »[...] on which Government must have policies if it is to achieve an effective social market.« So sollten die konservativen Akteure der politischen Auseinandersetzung darin geschult werden, »[...] to understand the arguments for and against the social market economy, private enterprise and the profit discipline, so that the case can be put as frequently and effectively as possible.«¹³⁸

Josephs Bestrebung, eine neue politische Sprache zu formulieren, die sich von dem bisherigen konservativen Marktdiskurs absetzen und die freie Marktwirtschaft positiv besetzten konnte, wurde in der bereits zitierten Unterhaltung Josephs mit Ralph Harris vom IEA deutlich: »He emphasised the need to show the ethical and social case for private enterprise rather than appearing like Mr. Heath to be preaching a materialistic greed of >growth«, hielt letzterer im Bericht des Treffens fest.¹³⁹ Harris warnte Joseph, »[...] that he [Joseph] should avoid beating his own breast and reinforcing the >compassion fashion« [...].« »He promised to heed this caution but said that he also wanted to avoid appearing to be simply returning to the >Selsdon man« which had suffered from presentational defects«, schrieb Harris an gleicher Stelle. Die begriffliche Hinwen-

¹³⁶ Keith Joseph an Ernest Woodroffe (Unilever), 18.4.1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 10/8.

¹³⁷ Vgl. ebd.

¹³⁸ Keith Joseph, Memorandum (Gründung des CPS), 7.6.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114763> [13.5.2018].

¹³⁹ Ralph Harris, Bericht über einen Besuch von Keith Joseph, 14.3.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114757> [10.5.2018].

derung zur *social market economy* stellte vor diesem Hintergrund eine vielversprechende Möglichkeit dar, die Vorzüge des Marktes deutlich zu machen, dabei aber nicht auf eine alte, negativ besetzte Sprache zurückzufallen.

Die allererste Flugschrift des CPS trug dann auch den Titel »Warum Großbritannien eine Soziale Marktwirtschaft braucht« (*Why Britain Needs a Social Market Economy*). Das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft, formulierte Joseph in seinem Vorwort, »should be of particular interest now that the Conservative Party is reconsidering its strategies and social policies along market-oriented lines.«¹⁴⁰ Dass man das Konzept dabei anfangs im (west)deutschen Sinne verstand, wurde in der Flugschrift herausgestellt, wo es hieß: »The expression ›social market economy‹ is a literal translation of the German term ›soziale Marktwirtschaft‹ which was coined by Professor A. Müller-Armack and popularised in the 1950s by Ludwig Erhard as Economics Minister in the Adenauer governments.« Die Vorstellung, die sie beinhaltet, sei die einer sozial verantwortlichen Marktwirtschaft, »for a market economy is perfectly compatible with the promotion of a more compassionate society.« Unterstützung für ein Marktsystem, so hieß es weiter, impliziere nicht das Verfechten von *Laissez-faire* in dem Sinne, dass man jede Staatsaktivität aus dem Wirtschaftsleben heraushalten wolle.¹⁴¹ »We favour social market policies, in the sense of responsible policies which work with and through the market to achieve wider social aims«, so Joseph in seinem Vortwort.¹⁴²

Eine klare Einordnung und Bewertung des semantischen Rückgriffs auf die Soziale Marktwirtschaft in den ersten Monaten und Jahren des Wirkens der neuen Führung der Konservativen Partei ist bislang nicht geleistet worden. In weiten Teilen der Forschung über den Thatcherismus und die Tory-Partei in den 1970er-Jahren wird der Zusammenhang entweder gänzlich übergangen oder aber mit dem in letzter Konsequenz zutreffenden Hinweis, die Soziale Marktwirtschaft sei es nicht gewesen, was Joseph und seine Mitstreiter im Sinn gehabt hätten, nicht weiter verfolgt.¹⁴³ Die in der Rückschau nur allzu deutlich werdende Unvereinbarkeit der Sozialen Marktwirtschaft bundesrepublikanischer Tradition mit dem Thatcherismus lässt – so steht zu vermuten – den Rückgriff auf den christdemokratischen Terminus so paradox erscheinen, dass seine Einordnung in den Neuausrichtungsprozess der Konservativen Partei in den 1970er-Jahren wenig lohnenswert erscheint.

Dabei ist bereits angedeutet worden, dass es sich bei der Bezugnahme auf die christdemokratische Erfolgsformel um ein begriffliches Kompromissangebot han-

¹⁴⁰ Centre for Policy Studies, *Why Britain Needs a Social Market Economy*, London 1975, S. 3.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 5 f., S. 8.

¹⁴² Ebd., S. 3.

¹⁴³ So etwa bei *Williamson*, *Conservative economic policymaking*, S. 47 f.

delte, um zunächst den noch amtierenden Parteichef Heath und später die innerparteilichen Gegner der neuen Parteichefin zu besänftigen.¹⁴⁴ Der paternalistische Flügel der Tory-Partei, der in den 1950er- und 1960er-Jahren große Teile des Parteiestablishments gestellt hatte, befand sich – wie schon dargestellt – nach den Wahlniederlagen Heaths in der Defensive und hatte die Deutungshoheit im Marktdiskurs der Partei verloren. Seine Repräsentanten waren damit aber keinesfalls als Akteure in der Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der Konservativen Partei verschwunden, sondern leisteten beträchtlichen Widerstand gegen die von den Thatcheristen vorangetriebenen diskursiven Verschiebungen. Im Schattenkabinett Thatchers waren sie weiterhin vertreten.¹⁴⁵ Wie gezeigt, gehörten diese Gegner der thatcheristischen Marktsprache zu Jahrgängen, die von der Erinnerung an die Not der »hungry thirties« geprägt waren und den Staat in der Pflicht sahen, aktiv in die Wirtschafts- und Sozialpolitik einzugreifen. Mit der begrifflichen Bezugnahme auf die »*social market economy*« konnten die Thatcheristen dem Vorwurf vorbeugen beziehungsweise entgegenwirken, die von ihnen vorbereitete Politik sei unsozial und lasse keinen Raum für Gerechtigkeit und Idealismus.¹⁴⁶

Diese Interpretation ist plausibel, handelte es sich bei den Protagonisten der semantischen Offensive für eine britische Soziale Marktwirtschaft doch um Marktradikale, die mit der sozialen Seite der bundesrepublikanischen Marktwirtschaft reichlich wenig anfangen konnten – wie schließlich auch im Fortgang der sprachpolitischen Tätigkeiten des CPS deutlich werden sollte. Die Anknüpfung an die christdemokratische Marktbegrifflichkeit fand, soviel kann hier vorweggenommen werden, keine Fortsetzung im Marktdiskurs der Konservativen Partei. Sie war mit der thatcheristischen Marktsprache gänzlich inkompatibel. Gleichwohl wird man der Komplexität des diskursiven Neuverhandlungsprozesses des Marktdiskurses der britischen Konservativen seit 1974 nicht gerecht, wollte man den Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft lediglich als ein rein taktisch motiviertes Manöver zur Besänftigung der innerparteilichen Gegner interpretieren. Obwohl Joseph und Sherman nicht die Übertragung des bundesrepublikanischen Ordnungsmodells auf die britische Wirtschaft verfolgten, war ihr Rückgriff auf die christdemokratische Erfolgsformel mehr als eine bloß taktische, ansonsten aber inhaltsleere sprachpolitische Maßnahme in der innerparteilichen Auseinandersetzung. Vielmehr war sie anfangs *ein* Bestandteil im Rahmen einer semanti-

¹⁴⁴ Vgl. dazu auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 277 sowie *Halcrow*, *Keith Joseph*, S. 67.

¹⁴⁵ Im Schattenkabinett Thatchers waren mit James Prior, Ian Gilmour, Norman St John-Stevas, Francis Pym und Lord Carrington wichtige Persönlichkeiten des paternalistischen Parteiflügels vertreten.

¹⁴⁶ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 277.

schen Offensive, die für marktwirtschaftliche Reformen werben sollte, der anfangs aber keineswegs ein kohärentes Ideengebäude zugrunde lag.

Nach der Wahlniederlage des Jahres 1974 wurden die Grenzen des Sagbaren im innerparteilichen Diskurs neu gezogen. Es hatte sich ein diskursives Feld eröffnet, auf welchem nun unterschiedliche Ideen artikuliert werden konnten. Zu diesen gehörten anfangs die Annahmen des Neoliberalismus à la Hayek und Friedman ebenso wie die Erfolgsformel der Sozialen Marktwirtschaft christdemokratischer Prägung, mithin die (west)deutsche Ausprägung des Wirtschaftsliberalismus in Gestalt der ordoliberalen Begrifflichkeit Müller-Armacks und der Freiburger Schule. In dieser sahen die thatcheristischen Akteure um Keith Joseph zunächst durchaus ein attraktives Begriffsangebot. Die Begrifflichkeit der Sozialen Marktwirtschaft stellte gleichsam ein semantisches Experimentierfeld zur Verfügung, das dazu geeignet schien, die Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber sozialistischen beziehungsweise keynesianischen Ordnungsmodellen zu verdeutlichen. Die semantischen Offensiven der Protagonisten des Neuausrichtungsprozesses der Tory-Partei speisten sich also anfangs aus einem breiteren Arsenal wirtschaftsliberaler Begrifflichkeiten, die bei der Verschiebung des Diskurses in Richtung »mehr Markt« Überzeugungspotenzial in sich bargen.

Der Rückgriff auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ging allerdings nicht über semantische Anspielungen hinaus. Das in der oben zitierten Broschüre mitunter anklingende, funktionale Verständnis von Marktwirtschaft in der Tradition Müller-Armacks stand schließlich nicht im Zentrum der semantischen Offensive des CPS; die Anknüpfung an die ordoliberale Semantik fand keine Fortsetzung. Die soziale Seite der Marktwirtschaft wurde zu Beginn der publizistischen Aktivitäten des CPS zwar betont, aber im weiteren Verlauf der Offensive zur Verschiebung der Grenzen des Marktdiskurses nicht weiterverfolgt. Von Beginn an lag die Betonung mehr auf dem zweiten, weniger auf dem ersten Teil des Begriffs.¹⁴⁷ Schon in den ersten Anschreiben des CPS an potenzielle Geldgeber hatte Joseph auf die Verwendung des Attributs »sozial« verzichtet: »I am writing as a member of the Shadow Cabinet charged by Mr Heath with a commission to study the lessons for a future Conservative Government of the relative success that some West European countries have had in releasing the potential of a free economy to the benefit of the standard of living, quality of life and social services of their peoples. My task is to help shape future policy in the light of the study and to seek to begin to educate the public on the importance and the implications of a market

¹⁴⁷ Vgl. auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 277.

economy, and of private enterprise and the profit motive«, leitete Joseph einen Brief an potenzielle Spender im März 1974 ein.¹⁴⁸

Josephs Verzicht auf die Verwendung des Begriffs *social market economy* in diesem Schreiben signalisiert eine gewisse Verunsicherung hinsichtlich der Wirkung dieser Formel auf die freie Wirtschaft. Dass sprachliche Unklarheiten potenzielle Geldgeber abschrecken könnten, machte Ralph Harris vom IEA Joseph gegenüber deutlich. In einem Entwurf für einen Werbeprospekt des CPS, den Joseph Harris zur kritischen Durchsicht hatte zukommen lassen, war formuliert worden: »The purpose of the Centre will be practicable. There will be no attempt to propose policies such as denationalisation that are not politically feasible.«¹⁴⁹ Harris bemängelte »not only bad grammar (>practical< not >practicable< in the first sentence)«, sondern zeigte sich vor allem enttäuscht über diese Absage an eine Politik der »Entstaatlichung«. »If one party feels itself free to extend nationalisation, how can another party deny itself freedom to contemplate de-nationalisation? And who, anyway, decides what is politically feasible?« Aber nicht nur aus inhaltlichen, sondern auch aus strategischen Gründen mahnte Harris zur Überarbeitung dieser äußerst »unglücklichen Passage«, die potenzielle Geldgeber abschrecken könne. »I hope none of my friends ask for my advice in supporting your financial appeal since I could not easily avoid drawing their attention to this unhappy passage – which I fear may indicate a blinkered vision when it comes to looking at other aspects of policy which have become accepted by all parties but stand urgently in need of re-consideration.«¹⁵⁰ In Josephs Antwortbrief bedankte sich dieser bei Harris für dessen »energischen Brief«. Harris habe gute Gründe für seine Bedenken.¹⁵¹ Die entsprechende Passage wurde im neuen (Werbe)-Entwurf für das CPS geändert. Dort hieß es jetzt: »Our purpose is practical. We shall seek to change the climate of opinion to make possible policies not now feasible, but we shall be realistic in what we propose.«¹⁵²

Betraf diese Textänderung auch nur eine Werbebroschüre des CPS und nicht etwa ein wichtiges programmatisches Dokument der Tories, so kommt in dieser Umformulierung doch ein für den Fortgang der Entwicklung des Marktdiskurses

¹⁴⁸ Keith Joseph, Entwurf eines Briefes an potenzielle Spender (»work of education on market economy«), 21.3.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114758> [12.5.2018].

¹⁴⁹ Keith Joseph, Memorandum (Gründung des CPS), 7.6.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114763> [13.5.2018].

¹⁵⁰ Ralph Harris an Keith Joseph, 28.6.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114765> [13.5.2018].

¹⁵¹ Keith Joseph an Ralph Harris, 4.7.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114766> [13.5.2018].

¹⁵² Keith Joseph, draft prospectus (Centre for Policy Studies), 4.7.1974, in: IEA MSS (Hoover Institution): Box 295, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114764> [15.5.2018].

der britischen Konservativen entscheidender Vorgang zum Ausdruck. Nach einer anfänglichen Phase der Unsicherheit hinsichtlich der Leitbegrifflichkeit der zu lancierenden marktwirtschaftlichen Offensive und der Rücksichtnahme auf das politisch Sagbare legten sich die thatcheristischen Akteure – unter dem hier deutlich werdenden Einfluss von neoliberalen Think Tanks – auf eine unverwässerte Marktbegrifflichkeit fest und übernahmen den zentralen Gedanken des Hayek'schen »Kampfs der Ideen«, wonach die Grenzen des politisch Machbaren durch gezieltes Arbeiten am politischen Meinungsklima veränderbar waren.

Die begriffliche Anknüpfung an das (west)deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft fand somit keine Fortsetzung. Die thatcheristischen Protagonisten des Neuausrichtungsprozesses der Konservativen Partei waren der Ansicht oder kamen – wie Joseph – zu der Erkenntnis, der Begriff verwässere die marktwirtschaftliche Botschaft und erschwere die Erklärung des Zusammenhangs zwischen der Rolle des Marktes und einer wirtschaftlichen Gesundung des Landes.¹⁵³ So schloss sich Joseph der Meinung seiner akademischen Freunde William und Shirley Letwin an, die ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht hatten, *social market* »only diluted the understanding of market economics and the need for a return to the primacy of the role of the market in economic affairs.«¹⁵⁴ Diese Überlegungen entsprachen den Einlassungen von Hayeks über »Wieselwörter« (*weasel words*), »die, wenn man sie einem Wort hinzufügt, dieses Wort jedes Inhalts und jeder Bedeutung berauben.«¹⁵⁵ Das Wort »sozial« war für den Vordenker des Neoliberalismus »das Wiesel-Wort par excellence«. »Was es eigentlich heißt, weiß niemand. Wahr ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft,

¹⁵³ Der Begriff *social market economy* sollte in der angelsächsischen Diskussion jedoch einige Jahre später wieder auftauchen, allerdings in einem anderen parteipolitischen Umfeld. In den 1980er-Jahren machte ihn sich insbesondere der ehemalige Labour-Minister David Owen zu eigen, der sich im Zuge des Linksrutsches der Partei zusammen mit Roy Jenkins, Bill Rodgers und Shirley Williams von Labour abgespalten und die *Social Democratic Party* (SDP) gegründet hatte. Nach der Auflösung der SDP gründete Owen, unterstützt vom Supermarkt-Magnaten Lord Sainsbury, einen eigenen Think Tank, der bis heute den Namen *The Social Market Foundation* trägt. Nachdem die Denkfabrik zunächst dem konservativen Lager von John Major zuneigte, das sich um eine Abschwächung des marktradikalen Images der Tory-Partei bemühte, näherte sie sich in den 1990er-Jahren schließlich *New Labour* an. Vgl. *Lewis Baston*, *The Social Market Foundation*, in: *Contemporary British History* 10, 1996, S. 62–72. Zum SDP-Gründer David Owen, der mit seiner kompromisslosen Befürwortung der Marktwirtschaft als eine Art »Vordenker« von *New Labour* gelten kann, vgl. *Steven Fielding*, *The Labour Party. Continuity and change in the making of >New< Labour*, Basingstoke 2003, S. 72.

¹⁵⁴ Zit. nach: *Denham/Garnett*, Keith Joseph, S. 241.

¹⁵⁵ *Friedrich August von Hayek*, *Wissenschaft und Sozialismus*. Festvortrag anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Walter-Eucken-Instituts, 6. 2. 1979, wiederabgedr. in: *Ders.*, *Wissenschaft und Sozialismus*. Aufsätze zur Sozialismuskritik, *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, Abt. A: Aufsätze, Bd. 7, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg u. a., Tübingen 2004, S. 52–64, hier S. 61.

ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit – und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist.«¹⁵⁶

In seinen Reden verzichtete Joseph auf die Wendung *social market*. Bereits in den schon zitierten Grundsatzreden, die Joseph im Sommer und Herbst 1974 hielt und die vom CPS akribisch vorbereitet worden waren, tauchte der Begriff nicht mehr auf. Damit lief jene anfänglich lancierte Semantik, in welcher eine sozial verantwortliche Marktwirtschaft in Ansätzen angelegt war, ins Leere. Die Semantik der Sozialen Marktwirtschaft war mit der von ihm nun gestarteten marktradikalen Offensive inkompatibel, womit sich seine anfänglich ambivalente Haltung gegenüber dem bundesrepublikanischen Modell auflöste. Die Abwendung von der Begrifflichkeit der Sozialen Marktwirtschaft führte dazu, dass die thatcheristische Botschaft klarer und eingängiger wurde, gleichzeitig aber radikalere Annahmen befeuerte. »[I]t led directly to the kind of thinking which inspired Mrs Thatcher's famous denial of the existence of any such thing as ›society‹.«¹⁵⁷

Die Parteichefin selbst war – obwohl sie als stellvertretende Vorsitzende des CPS fungierte – in der anfänglichen semantischen Neuorientierung auf eine *social market economy* überhaupt nicht involviert gewesen. Taktisch motivierte oder inhaltlich begründbare Hemmungen bei der Verwendung der Begriffe »freie Marktwirtschaft« und »Kapitalismus« waren ihr bezeichnenderweise Zeit ihres Lebens fremd. »Wir müssen jeden Bürger zu einem Kapitalisten machen«, rief sie 1978 aus.¹⁵⁸ In derlei Formulierungen liegen die Wurzeln des Konzepts des »Volkskapitalismus« (*popular capitalism*), welches der Privatisierungspolitik der Thatcher-Regierungen der 1980er-Jahre zugrunde lag. Das deutsche Modell war für sie und ihre thatcheristischen Mitstreiter letztlich nur ein Rezept für Korporatismus und Regulierung¹⁵⁹, das ihnen mit Blick auf die Heilung des Landes von der *British disease*, die – wie auf die Analyseebene der »Krise und ihrer Erzählungen« gezeigt – nur durch »Markt« und »Kapitalismus« zu erreichen war, als zu mild erschien.

Folglich muss die Einschätzung, der zufolge der Thatcherismus der 1970er-Jahre aufgrund seiner Bezugnahme auf die Soziale Marktwirtschaft »ein europäisches Gesicht« gehabt habe¹⁶⁰, relativiert werden. In der Spätphase ihrer Karriere

¹⁵⁶ Ebd., S. 62.

¹⁵⁷ Vgl. *Denham/Garnett*, Keith Joseph, S. 241.

¹⁵⁸ Margaret Thatcher, Rede vor walisischen Konservativen, 10.6.1978, zit. nach: *The Times*, 12.6.1978.

¹⁵⁹ Vgl. *Patrick Minford*, *Mrs Thatcher's Economic Reform Programme*, in: Robert Skidelsky/Brian Barry (Hrsg.), *Thatcherism*. Oxford, UK/Cambridge, Mass. 1988, S. 93–106, hier S. 94.

¹⁶⁰ So *Martina Steber*, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin 2017, S. 429.

ging Thatcher schließlich dazu über, den Begriff *social market economy* aktiv zu diskreditieren. Im Rückblick auf die politische Auseinandersetzung im Großbritannien der 1970er-Jahre erinnerte sie sich: »There was [...] an alternative European model on offer, sometimes described as »the social market«, which involved a large state sector and a fair amount of state planning but also a significant role for private enterprise.«¹⁶¹ Kompromisse dieser Art seien aber wenig attraktiv und entbehrten jeglicher logischer Rechtfertigung. Man wisse heute sicher, so Thatcher 1998 vor amerikanischen Ökonomen und Geschäftsleuten, »that it is the American model of free enterprise capitalism that works best to foster innovation and to create jobs. [...] The more statist economies of continental Europe are not so successful.«¹⁶² Während die direkte Zurückweisung des Begriffs *social market* erst spät erfolgte, hegte die Parteichefin Zeit ihres politischen Schaffens Misstrauen gegen das kontinentaleuropäische Ordnungsmodell und fühlte sich instinktiv dem amerikanischen Kapitalismus verbunden.¹⁶³ Dominik Geppert hat dies auf die im Methodismus gründende »Weltsicht« der Parteichefin zurückgeführt, die mit dem Puritanismus der amerikanischen Gründerväter in geistiger Verwandtschaft stand.¹⁶⁴

In der thatcheristischen Marktsprache erschien der Begriff *market* – wie bereits gezeigt wurde – schließlich stets ohne das einschränkende Attribut *social*. Eine Orientierung an der christdemokratischen Begrifflichkeit hatten auch die maßgeblichen Protagonisten der semantischen Offensiven im CPS, allen voran Sherman, von Beginn an nicht im Sinn gehabt. »AS [Alfred Sherman] said that the Centre's proper concern was with the intellectual rights of a free, patriotic, ordered society. He did not like the phrase social market economy which the Centre had used initially as shorthand for its philosophy and aims«, wurde im Protokoll einer Sitzung des CPS im September 1978 festgehalten. Dementsprechend wurde nach »a new phrase or label« gesucht.¹⁶⁵

Ein neues »Label« oder »Fahnenwort«¹⁶⁶, mit welchem die vom CPS vorgenommenen semantischen Verschiebungen im konservativen Marktdiskurs auf

¹⁶¹ Margaret Thatcher, Rede beim American Enterprise Institute, 15.6.1998, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/108377> [10.5.2018].

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Vgl. Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 131–135.

¹⁶⁴ Vgl. ebd., S. 134. Als Gemeinsamkeiten zwischen dem traditionellen Wertebestand der amerikanischen Gesellschaft und der »Weltsicht« Thatchers identifiziert Geppert Sendungsbewusstsein, Moralismus, Individualismus und ein ausgeprägtes Erfolgsethos.

¹⁶⁵ Centre for Policy Studies »Special Meeting« minutes, 26.9.1978, in: Sherman MSS (Royal Holloway Library) Box 7, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/111959> [13.6.2018].

¹⁶⁶ Zur Sozialen Marktwirtschaft als »Fahnenwort« der deutschen Christdemokratie vgl. *Martin Wengeler*, »Der alte Streit »hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft« ist vorbei«. Ein

einen Begriff hätten gebracht werden können, wurde nicht gefunden. Letztendlich blieben auch andere, bewusst gemachte begriffliche Kompromissangebote im konservativen Marktdiskurs in ihren Ansätzen stecken. Etwa zeitgleich mit der semantischen Offensive des *social market* hatte Joseph ebenfalls dafür plädiert, den durch den Marxismus negativ vorgeprägten Begriff »kapitalistische Gesellschaft« durch den Terminus »marktorientierte Gesellschaft« zu ersetzen. »You will notice that I have spoken about a market-orientated society, rather than capitalism or a capitalist society. The term capitalism was evolved by Marx as a pejorative«, so Joseph in seiner Rede vor der *National Association of Conservative Graduates* in Oxford im März 1975.¹⁶⁷ Um dem von den Thatcheristen konstatierten Imageproblem der kapitalistischen Ordnung entgegenzuwirken, wollte er den Fokus weg von der alleinigen Betonung der Eigentumsverhältnisse auf die positiven Eigenschaften des Wettbewerbs legen, nämlich auf »Markt«, »Wahlfreiheit« und »Demokratie«. »[I]t [der Begriff »Kapitalismus«, P. B.] concentrates on only one aspect of the society, namely, that capital is or was for the most part privately owned; it ignores the even more important aspects: the market, choice, democracy.«¹⁶⁸ Ein solcher, wenn auch nur sprachtaktisch motivierter Umgang mit dem Begriff »Kapitalismus« wurde für die thatcheristische Marktsprache ebenfalls nicht prägend. Ihre Leitbegrifflichkeit umfasste den Begriff *capitalism* schließlich ohne einschränkende Attribute und semantische Relativierungen.

1.3 Der Monetarismus als Kernelement der thatcheristischen Marktsprache

Das CPS avancierte zu einem maßgeblichen Akteur des Neuausrichtungsprozesses der Tory-Partei seit Mitte der 1970er-Jahre, indem es die Radikalisierung des konservativen Marktdiskurses mit seinen marktradikalen Offensiven vorantrieb. Diese zielten dabei von Beginn an über die Partei hinaus auf die Veränderung des Meinungsklimas im Lande. »We have the big task of opening the public's eyes to what is practicable. Governments are only free to act within the constraints set by public opinion. It is my job and the job of the Centre for Policy Studies now being set up to show what can be done [...]«, erklärte Joseph in seiner Upminster-Rede im Juni 1974.¹⁶⁹ In der Verschiebung der Grenzen des Sagbaren in der Öffentlichkeit

Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen, in: Stötzel/Ders., *Kontroverse Begriffe*, S. 35–91, bes. S. 42.

¹⁶⁷ Keith Joseph, Rede vor der *National Association of Conservative Graduates*, Oxford, 14. 3. 1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Keith Joseph, Rede in Upminster, 22. 6. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

sah Sherman die Hauptaufgabe des CPS, mehr noch als in der anfangs ebenfalls geplanten Ausarbeitung von umfassenden, anwendungsorientierten Detailstudien zur Unterrichtung der Mitglieder des Schattenkabinetts. Die Strategie zur Erreichung dieses Ziels entwickelte Sherman Ende des Jahres 1974. »The main thrust of our work to modify the climate of opinion«, unterrichtete er seine Kollegen im CPS im November, »will be through the use of studies, as well as current comment, to show the failures of socialism and dirigisme of various kinds, here and abroad, and the relative success gained by working with the market as well as the rationale for doing it.«¹⁷⁰ Um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Modelle des Nachkriegskonsenses unbrauchbar zur Beschreibung der »Realität« geworden seien, käme es darauf an, »to identify the various microclimates of opinion and engage in dialogue with them.«¹⁷¹ Dazu müsse man verstehen, wie die »opinion-forming circles« auf der politischen Rechten die Dinge sähen, und mit einer Begrifflichkeit argumentieren, die an ihre Ansichten und Sorgen anknüpfen konnte. »We must begin with people and facts as they are.«¹⁷²

Der Think Tank sollte also weniger konkrete Politikberatung betreiben, als auf die »opinion-forming circles«, allerdings insbesondere im Umfeld der Konservativen Partei, einwirken.¹⁷³ Diese Strategie profitierte von der akuten Krisenwahrnehmung in Großbritannien, die sich Mitte der 1970er-Jahre auf einem Höhepunkt befand. Sherman wollte den britischen Niedergangsdiskurs gezielt nutzen und verstärken, wenn er die publizistische Tätigkeit des CPS auf Themenbereiche konzentrieren wollte, »where conventional wisdom had demonstrably flown in the face of reality.«¹⁷⁴ Die so lancierten semantischen Offensiven sollten in einem ersten Schritt in Form von Studien ihre Wirkung entfalten, um sie sodann in Zeitungsartikeln, Kommentaren, Fernsehauftritten und öffentlichen Statements weiterzuführen. Die angesichts der ökonomischen Problemlagen des Landes besonders stark ausgeprägte Krisenwahrnehmung verlieh den marktradikalen Argumenten Überzeugungskraft und machte eine langfristig angelegte, zeitintensive und theoretisch mühsame Grundlagenarbeit weniger notwendig, sodass sich die thatcheristischen Akteure auf gezielte semantische Offensiven im Sinne von Shermans strategischem Ansatz konzentrieren konnten. »The rapidly deteriorating state of the UK economy«, schrieb der erste Geschäftsführer des CPS,

¹⁷⁰ Alfred Sherman, Credo. Memorandum an die Mitarbeiter des CPS, 18. 11. 1974, in: Sherman MSS (Royal Holloway Library) Box 7, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/111907> [13. 6. 2018].

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 278.

¹⁷⁴ Alfred Sherman, Credo. Memorandum an die Mitarbeiter des CPS, 18. 11. 1974, in: Sherman MSS (Royal Holloway Library) Box 7, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/111907> [13. 6. 2018].

Martin Wassell, in einem Memorandum an Joseph, »has encouraged us to modify the timescale in which we hope to influence opinion, i. e. we have begun to place less emphasis on our research activities and more on our information work.«¹⁷⁵

Am Beginn der semantischen Offensive des CPS stand die Erarbeitung jener Grundsatzreden, die Keith Joseph im Sommer und Herbst des Jahres 1974 in Upminster, Leith und Preston hielt. Damit wurde die erste, von Joseph öffentlich gemachte Abrechnung mit dem »Sozialismus«, die, wie bereits gezeigt wurde, zuvorderst gegen die eigene Partei gerichtet war, vom CPS, namentlich von Sherman, der Joseph mit den Redeentwürfen versorgte, vorbereitet.¹⁷⁶ In den Wochen des Februars und März 1974, als die Idee zur Gründung des CPS geboren wurde, hatte es einen regen Austausch zwischen Sherman, Joseph und auch Margaret Thatcher gegeben. Bei mehreren privaten Treffen in Josephs Haus in Chelsea hatte Sherman mit der Politik der Heath-Regierung, besonders mit ihrer expansiven Haushaltspolitik, abgerechnet und diese als »Verrat von Selsdon« gebrandmarkt.¹⁷⁷ Josephs Rede in Upminster am 22. Juni 1974 war vordergründig darauf gerichtet, das CPS in der Öffentlichkeit vorzustellen, aber seine Ausführungen gingen tiefer. Wie oben gezeigt, machte Joseph als erster konservativer Politiker in führender Position beide Parteien für den Niedergang des Landes verantwortlich; sowohl Labour als auch die Konservative Partei geißelte er für die interventionistische Politik des keynesianischen Nachkriegskonsenses, die Großbritannien in die Krise geführt habe.¹⁷⁸

Dies klang vielversprechend in den Ohren derer, die lange für ein radikales Umdenken in der Politik geworben hatten. Am 5. September 1974 hielt Joseph in Preston schließlich die Rede, auf die die Marktideologen im IEA und anderen Einrichtungen der »Neuen Rechten« lange gewartet hatten. Sie war ebenfalls von Sherman vorbereitet worden und trug den Titel *Inflation is caused by governments* (»Inflation ist von den Regierungen gemacht«). William Rees-Mogg und Peter Jay von der *Times* waren so angetan, dass sie Josephs Rede fast in komplettem Wortlaut abdrucken ließen.¹⁷⁹ Das CPS erhielt unzählige Anfragen wegen Kopien, sodass man sich dazu entschied, die Rede zusammen mit den übrigen

¹⁷⁵ Memorandum von Martin Wassell an Keith Joseph, 18. 12. 1974, zit. nach: *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 278 f.

¹⁷⁶ Auf dem ersten Arbeitstreffen des Zentrums war die Vorbereitung von Josephs Reden, die dieser in den kommenden Monaten zu halten plante, auf die Agenda gesetzt worden. Vgl. Centre for Policy Studies, Management Committee minutes (inaugural meeting), 20. 5. 1974, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/111889> [13. 6. 2018].

¹⁷⁷ Vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 233 ff.

¹⁷⁸ Keith Joseph, Rede in Upminster, 22. 6. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹⁷⁹ Vgl. *The Times*, 6. 9. 1974.

von Joseph 1974 gehaltenen Reden in Buchform zu veröffentlichen.¹⁸⁰ Von Hayeks Begeisterung wurde hier bereits erwähnt. Josephs Auftritt in Preston markierte den Beginn einer entscheidenden Verschiebung im konservativen Marktdiskurs durch die Adaption neoliberaler Begrifflichkeiten. Zum ersten Mal wurde entlang einer spezifisch monetaristischen Argumentation die Bekämpfung der Inflation zur Grundvoraussetzung für die Befreiung des Landes von allen anderen ökonomischen Problemen erhoben.

»Inflation is threatening to destroy our society«, begann Joseph seine Ausführungen, »[i]t is threatening to destroy not just the relative prosperity to which most of us have become accustomed, but the savings and plans of each person and family and the working capital of each business and other organization.«¹⁸¹ Er, Joseph, habe einmal geglaubt, »that much of our inflation, particularly recently, was a product of rocketing world prices.« Dies habe die Situation sicherlich verschärft, aber im Emporschießen der Weltmarktpreise liege nicht die Hauptursache für die Inflation. Er wisse nun, dass sie das Ergebnis der Schöpfung neuen Geldes sei, die in keinerlei Verhältnis zur Wertschöpfung bei Gütern und Dienstleistungen stehe: »In general terms you could say that inflation is the result of trying to do too much, too quickly. In more specifically economic terms, our inflation has been the result of the creation of new money – and the consequent deficit financing – out of proportion to the additional goods and services available.«¹⁸² Der Inflationbekämpfung sei uneingeschränkte Priorität gegenüber allen anderen Zielen der Wirtschaftspolitik, einschließlich des Strebens nach Vollbeschäftigung, einzuräumen, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergang des Landes aufzuhalten: »It is a question of priorities. [...] [I]nflation is the most important issue before the country. We say this, not only because inflation destroys jobs by destroying employers, not only because it savages the vast majority of our population in their savings and plans, but also because all other social and economic objectives will be lost unless inflation is abated.«¹⁸³

Mit der vom CPS vorbereiteten Rede Josephs in Preston wurde das Konzept des Monetarismus ins Zentrum des Marktdiskurses gerückt. Die monetaristische Begrifflichkeit bildete von nun an ein Schlüsselement in der thatcheristischen Marktsprache. War »Monetarismus« bislang ein unpolitischer Terminus technicus der Wirtschaftswissenschaften, mit dem der britische Wähler nicht viel anfangen konnte, entwickelte sich der Begriff im Laufe der nächsten Monate und

¹⁸⁰ Vgl. *Keith Joseph*, *Reversing the Trend: A critical re-appraisal of Conservative economic and social policies. Seven speeches*, London 1975.

¹⁸¹ Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 5. 9. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Ebd.

Jahre zu einem politischen Kampfbegriff, der rasch seine ursprünglichen begrifflichen Konturen verlor und zur Allzweckwaffe der Thatcheristen wurde.¹⁸⁴ Die politische Botschaft, die er transportierte, zielte auf die Abwertung und Zurückdrängung des Staates zugunsten der »Freiheit des Marktes von allen Einschränkungen durch Staat und Plan«. ¹⁸⁵ Mit Blick auf diesen neoliberalen Adaptionsprozess im Marktdiskurs der britischen Konservativen wird der Einfluss eines zweiten Vordenkers des Neoliberalismus deutlich. Hatte von Hayek seit den 1930er-Jahren die Grundlagen des neoliberalen Netzwerks gelegt und kohärente Argumentationsmuster formuliert, die einer radikalen Sprache des Marktes der britischen Konservativen theoretische Fundierung und strategische Orientierung lieferten, war Milton Friedman als wichtigster wissenschaftlicher Vertreter des monetaristischen Konzepts ein zeitgenössischer Akteur des Neoliberalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren, der direkten Einfluss in der politischen Sphäre zunächst in der angelsächsischen Welt und dann auch darüber hinaus geltend machen konnte.¹⁸⁶

Dem an der *University of Chicago* lehrenden amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler ging es in seinen empirischen Studien darum, die Geldpolitik zurück ins Bewusstsein zu holen. Friedman vertrat die Grundthese, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Veränderungen der sich im Umlauf befindenden Geldmenge und der Inflation eines Landes gab.¹⁸⁷ Die Regierungen durften die Geldmenge nur im Einklang mit dem Produktionszuwachs ihrer Volkswirtschaft vergrößern. Alle Anstrengungen einer expansiven Politik bewirkten letztlich nur steigende Inflationsraten, die in die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte eingebaut würden.¹⁸⁸ Friedman sprach von einer mit der Struktur des Arbeitsmarkts

¹⁸⁴ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 299; *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 246.

¹⁸⁵ *Anselm Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: *VfZ* 4, 2007, S. 559–581, hier S. 577 f.

¹⁸⁶ Friedman gehörte schließlich zum engsten Beraterzirkel um Präsident Ronald Reagan, wo er seinen Einfluss geltend machen konnte. Zudem wurde er Mentor einer Gruppe von chilenischen Ökonomen, den nach der Chicagoer Schule benannten *Chicago Boys*, die unter der Militärdiktatur Augusto Pinochets eine neue, radikal-liberale Wirtschaftsordnung installierten. Vgl. dazu *Karin Fischer*, *The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet*, in: Philip Mirowski/Dieter Plehwe (Hrsg.), *The road from Mont Pèlerin. The making of the neoliberal thought collective*, Cambridge, Mass. 2009, S. 305–346. Zur Wirkungsgeschichte Friedmans in der Bundesrepublik vgl. *Hauke Janssen*, *Milton Friedman und die »monetaristische Revolution« in Deutschland*, Marburg 2006.

¹⁸⁷ Vgl. dazu grundlegend *Milton Friedman/Anna J. Schwartz*, *A Monetary History of the United States 1867–1960*, Princeton 1963.

¹⁸⁸ *Milton Friedman*, *The Role of Monetary Policy*, in: *American Economic Review* 58, März 1968, Nr. 1, S. 1–17, hier S. 11. Dies war auch die Kernaussage von Friedmans Ansprache vor der *American Economic Association* (AEA), welche die »heiße Phase« der von der MPS geführten

korrespondierenden »natürlichen Arbeitslosenquote«.¹⁸⁹ Alle institutionellen Faktoren, die das Funktionieren des Markts behinderten – wie gesetzliche Mindestlöhne oder starke Gewerkschaften –, beeinflussten die Höhe der »natürlichen Arbeitslosenquote«. Alle Versuche, durch beschleunigtes Geldmengenwachstum die Arbeitslosigkeit zu senken, stimulierten zwar kurzfristig die Konsumnachfrage. Jedoch würde den Wirtschaftssubjekten bald klar, dass ihre Reallöhne durch den allgemeinen Preisanstieg sanken, mit der Konsequenz einer wieder abnehmenden Konsumneigung. Nun könne die Geldpolitik die Konjunktur zwar wieder durch Herabsenkung der Zinsen ankurbeln. Dazu müsse sie allerdings das Wachstum der Geldmenge noch mehr beschleunigen, um die Investitionserwartungen der Wirtschaftssubjekte zu übertreffen. Langfristig stoße die Wirtschaftspolitik immer an die Grenze der »natürlichen Arbeitslosigkeit«. Seine Schlussfolgerung lautete deshalb: Zur Bekämpfung der akuten Inflation müssten ein langsames Wirtschaftswachstum und höhere Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden.

Der monetaristische Ansatz hatte weitreichende Implikationen für den keynesianischen Nachkriegskonsens Großbritanniens: Seine Grundpfeiler, mithin die klassischen Ziele keynesianischer Wirtschaftspolitik: Vollbeschäftigung, ausgeglichene Zahlungsbilanz, Wirtschaftswachstum und Preisstabilität, mussten verworfen werden. Die Regierung hatte sich ausschließlich auf die Preisstabilität zu konzentrieren und alles Weitere den Kräften des Marktes zu überlassen.¹⁹⁰

Der rasante Aufstieg des Monetarismus und die auf der Analyseebene der »Krise und ihrer Erzählungen« deutlich werdende exorbitante Krisenwahrnehmung im Großbritannien der 1970er-Jahre gingen Hand in Hand. Friedman, von Hayek und andere »Glaubenskämpfer für die unbegrenzte freie Marktwirtschaft«¹⁹¹ hatten schon vor dem Ende des »Booms« begonnen, gegen die Dominanz des keynesianischen Paradigmas anzukämpfen. Damit waren sie jedoch ziemlich erfolglos gewesen. Als Friedman 1962 sein Buch *Capitalism and Freedom* veröffentlichte – eine radikale, provokative Kampfansage an das linksliberale Establishment¹⁹² –, hatte dies weitgehend noch keine Beachtung gefunden.¹⁹³ Der vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Zwischenkriegszeit nach 1945 »bewusst

theoretischen Abrechnung mit dem Keynesianismus und die neoliberale »Konterrevolution« einleitete. Vgl. dazu ausführlich *Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 318 ff.

¹⁸⁹ Zur folgenden Zusammenfassung der Überlegungen Friedmans zur Arbeitslosigkeit vgl. *Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 321.

¹⁹⁰ Vgl. *Geppert, Thatchers konservative Revolution*, S. 237.

¹⁹¹ *Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, 7. Aufl., München 2004, S. 509.

¹⁹² Vgl. *Milton Friedman, Capitalism and Freedom*, Chicago 1962 (dt. Ausgabe: *Kapitalismus und Freiheit*, Stuttgart 1971)

¹⁹³ *Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 320.

reformierte Kapitalismus«¹⁹⁴ hatte funktioniert und einen bislang ungekannten Wohlstand geschaffen. Es bedurfte der Aufweichung des am Paradigma »Markt-Staat-Plan« orientierten Marktdiskurses der Nachkriegszeit durch die Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre, um dem neoliberalen Ordnungsmodell den Weg zu ebnen.

Auf einem Höhepunkt des Krisenbewusstseins in Großbritannien drangen seine Konzepte nun Mitte der 1970er-Jahre voll durch. Neoliberale wie Friedman und von Hayek rückten ins Zentrum der Debatte. In dem Maße, wie das keynesianische Paradigma »Markt-Staat-Plan« an Glaubwürdigkeit verlor, fanden die neoliberalen Annahmen Anklang, indem sie Handlungsperspektiven für aktuelle Problemlagen anboten. So fiel der Aufstieg des Monetarismus in die Zeit nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods. In einer Welt frei flottierender Währungen stellte die von Friedman empfohlene, eindeutige Orientierung an der Geldmenge eine einfache Orientierungshilfe dar.¹⁹⁵ Das in den 1970er-Jahren auftauchende Phänomen der »Stagflation«, die Kombination aus steigender Inflation *und* steigender Arbeitslosigkeit, erschütterte den »alten« Glauben an die Möglichkeiten einer staatlichen Steuerung von Konjunktur und Wachstum nicht nur schwer, sondern schien die »neuen« neoliberalen Annahmen zu bestätigen. Die auf der Analyseebene der britischen Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre herausgearbeiteten Antriebsmomente der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen und die in diesem Kapitel beleuchteten Impulse aus der neoliberalen Außenwelt griffen mithin ineinander über und befeuerten sich gegenseitig.

Die auf der monetaristischen Begrifflichkeit gründende Politik einer radikalen Beschneidung staatlicher Aktivität zugunsten des freien Marktes, die von den Thatcher-Regierungen der 1980er-Jahre verfolgt wurde, wurzelte in Verschiebungen des Marktdiskurses der Konservativen Partei seit Mitte der 1970er-Jahre, für die die Adaption neoliberaler Annahmen von entscheidender Bedeutung war. Mit der semantischen Offensive des CPS begann die Verschmelzung der Innenwelt der Tory-Partei mit der neoliberalen Außenwelt, deren Lösungsvorschläge zur politischen Problembearbeitung in Zeiten der omnipräsenten »Krise« plausibler erschienen als die überkommenen Annahmen des britischen Nachkriegskonsenses. Entscheidende Vorarbeit für die monetaristische »Gegenrevolution« hatte das IEA geleistet, indem es die Theorie der Chicagoer Schule in Großbritannien verbreitete. In der ersten Hälfte der 1970er-Jahre war Friedman regelmäßig in die

¹⁹⁴ *Hobsbawn*, Zeitalter der Extreme, S. 342.

¹⁹⁵ Dass auch die globale Umstellung auf ein liberalisiertes Währungssystem in erheblichem Maße ein Resultat des von neoliberalen Akteuren erfolgreich geführten »Kampfs der Ideen« war, hat Matthias Schmelzer nachgewiesen. Vgl. *Schmelzer*, Freiheit für Wechselkurse und Kapital.

Publikationstätigkeit des Think Tanks eingebunden.¹⁹⁶ Eine nicht minder wichtige Rolle bei der Popularisierung des monetaristischen Konzepts spielten Journalisten wie Peter Jay, der die Grundannahmen des Monetarismus durch seine Artikel in der *Times* einem breiteren Publikum bekannt machte. Über den Transmissionsriemen des CPS entfalteten die von verschiedenen neoliberalen »Sprecherpositionen«¹⁹⁷ im Diskurs platzierten marktradikalen Ideen schließlich direkte Wirkmächtigkeit im konservativen Marktdiskurs.

Ebenso wichtig für die Entwicklung des konservativen Marktdiskurses wie die Adaption des monetaristischen Konzepts selbst war, dass die Protagonisten der thatcheristischen Marktsprache nicht bei der Übernahme der Grundannahme Friedmans stehen blieben, sondern aus ihr weitere diskursive Verschiebungen ableiteten. So war Joseph, der bald als »Monetarist« galt, immer darum bemüht klarzustellen, dass die Begrenzung der Geldmenge lediglich eine notwendige, jedoch nicht eine hinreichende Bedingung erfolgversprechender marktwirtschaftlicher Reformen sei.¹⁹⁸ Schon in Preston hatte er erklärt: »The monetarist thesis has been caricatured as implying that if we get the flow of money spending right, everything will be right. This is not – repeat, not – my belief. What I believe is that if we get the money supply wrong – too high or too low – nothing will come right. Monetary control is a pre-essential for everything else we need and want to do [...].«¹⁹⁹

Worauf Joseph hinaus wollte, machte der Titel seiner Stockton Lecture im Jahr 1976 klar: »Monetarism is Not Enough«. In diesem ebenfalls vom CPS vorbereiteten Vortrag, der, mit einem Vorwort von Margaret Thatcher versehen, in der Folge auch als Broschüre veröffentlicht wurde²⁰⁰, verband Joseph die monetaristische Begrifflichkeit mit weitergehenden marktwirtschaftlichen Forderungen. Monetäre Stabilität bilde lediglich den Rahmen, in welchem die Individuen ihren eigenen Interessen nachgehen und auf diese Weise dem nationalen Interesse dienen könnten. Wolle man die Rahmenbedingungen für stetiges Wachstum und geringe Arbeitslosigkeit schaffen, gebe es zu einer Politik der monetären Kontrolle

¹⁹⁶ Vgl. *Milton Friedman*, *The Counter-Revolution in Monetary Theory*, London 1970; *Ders.*, *Monetary Correction*, London 1974; *Ders.*, *Unemployment versus Inflation*, London 1975; *Ders.*, *Inflation and Unemployment. The New Dimension of Politics*, London 1977.

¹⁹⁷ Der Begriff »Sprecherposition« entstammt dem Vokabular der Diskursanalyse. »Sprecherpositionen« innerhalb von Diskursen »bilden ein in vielerlei Hinsicht gegliedertes und mehr oder weniger hierarchisches Netz von institutionell konfigurierten Rollensets und damit einhergehenden »Chancen auf Gehör«.« *Reiner Keller*, *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*, 2. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 253.

¹⁹⁸ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 299.

¹⁹⁹ Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 5. 9. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

²⁰⁰ *Keith Joseph*, *Monetarism is Not Enough*, Centre for Policy Studies, London 1976.

keine Alternative; man müsse sich von dem Gedanken verabschieden, durch Nachfragemanagement und eine Ausweitung der Geldmenge schnelleres Wachstum und Vollbeschäftigung erreichen zu können. Aber, so fügte er hinzu, Monetarismus allein sei nicht ausreichend. »Government's intention to contract the money supply is welcome and potentially beneficial to all. But it is not enough unless there is also the essential reduction of the state sector and the essential encouragement of enterprise. We are over-governed, over-spent, over-taxed, over-borrowed and over-manned.«²⁰¹

Joseph formulierte dies vor dem Hintergrund der soeben von der Labour-Regierung James Callaghans vollzogenen monetaristischen Wende als Reaktion auf die IWF-Krise. Eine strikte und entschlossene Politik der Geldmengenkontrolle sei unverzichtbar, so Joseph, aber nicht genug: »We must also have substantial cuts in tax and public spending and bold incentives and encouragements to the wealth creators, without whose renewed efforts we shall all grow poorer.«²⁰² In der innerhalb des internationalen Neoliberalismus entbrannten Debatte zwischen den »Monetaristen« um Friedman, die die Einführung strengerer Regeln des Geldmengenwachstums als ausreichend zur Überwindung der Stagflation ansahen, und den »Strukturalisten« um von Hayek, für die mit der Verbesserung des monetären Rahmens noch andere, weit schmerzhaftere Korrekturen einhergehen mussten²⁰³, schlug sich Joseph damit auf die Seite der letzteren. Die Argumentation, dass die Implementierung der Annahmen der *Chicago School* in der Wirtschaftspolitik die Voraussetzung für die ökonomische Gesundung des Landes bildete, aber mit weitergehenden Maßnahmen wie Steuersenkungen, der Verringerung des Haushaltsdefizits sowie mit einer allumfassenden Befreiung des Privatsektors zur Entfesselung der Kräfte des Marktes einher gehen müsste, machten sich die Protagonisten der thatcheristischen Marktsprache zu eigen.²⁰⁴

Dass die Thatcheristen nicht bei der bloßen Übernahme des monetaristischen Konzepts haltmachten, verweist darüber hinaus auf einen wichtigen Aspekt, den

²⁰¹ Ebd., S. 19.

²⁰² *Joseph*, *Monetarism is Not Enough*, S. 19.

²⁰³ Vgl. *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 364.

²⁰⁴ Wie Joseph betonte auch der spätere Schatzkanzler der Thatcher-Regierungen, Nigel Lawson, die Begrenzung der Geldmenge allein reiche nicht aus. Ebenso wichtig sei die Verringerung des Haushaltsdefizits. Vgl. seinen Aufsatz in *The Times*, 14.9.1978. Der konservative Parlamentsabgeordnete Rhodes Boyson bekannte sich ebenfalls zur neuen Lehre der Wirtschaftspolitik aus Chicago, räumte aber auch ein, der Monetarismus sei lediglich Vorbedingung für jegliche Problemlösung. Vgl. *Boyson*, *Centre Forward*, S. 58 f. Vgl. dazu ausführlich *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 300. Diese Argumentation bildete auch die rote Linie in einem vom CPS in Auftrag gegebenen Essay des Ökonomen Tim Congdon. Vgl. *Tim Congdon*, *Monetarism. An Essay in Definition* (mit einem Vorwort von William Rees-Mogg), Centre for Policy Studies, London 1978.

es bei der Frage nach dem neoliberalen Einfluss auf die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen zu beachten gilt: Die thatcheristische Marktsprache speiste sich aus neoliberalen Axiomen, war allerdings keinesfalls inhaltsgleich mit ihnen. Die Differenz zwischen neoliberaler Theorie und der neuen (konservativen) Marktsprache ging dabei weit über die Frage des Stellenwerts des monetaristischen Konzepts für die Gesundung der Marktwirtschaft hinaus. Die thatcheristischen Akteure im Marktdiskurs der Konservativen Partei, allen voran die Parteichefin selber, hatten großes Zutrauen in die Strahlkraft des freien Markts und des ungezügeltten Kapitalismus. Gleichsam in typisch englischer Manier vertraute sie auf den *common sense* – »[c]ommon sense is an inherent characteristic of the British«, pflegte sie zu betonen²⁰⁵; sie ging davon aus, das britische Volk würde – wenn es erst einmal von den fehlgeleiteten Annahmen der Konsenspolitik befreit würde – verstehen, dass der Weg aus der Krise im Kapitalismus zu finden war. Ihrer Überzeugung nach musste man den Menschen nur erklären, was sie tief in ihrem Innersten schon wüssten. »People know in their hearts«, so Thatcher in einem Artikel für den *Sunday Express* Anfang des Jahres 1975, »that prices, wages and salaries cannot go on for ever leapfrogging at the present rate. [...] [P]eople know that no one can now expect to be paid more in real terms for producing no more than before. [...] [C]ommon sense tells people that these things are true.«²⁰⁶

Die Neoliberalen hatten weit weniger Vertrauen in die Massen. Marktideologen wie von Hayek entstammten einer anderen Generation; sie standen der »Herrschaft der Massen« in der modernen Demokratie äußerst skeptisch gegenüber.²⁰⁷ In ihr waren die Menschen leicht manipulierbar, primitiv und in ihrem Handeln irrational. Zudem hatten die frühen Neoliberalen ihre Ideen während der Jahre des sozialdemokratisch »reformierten Kapitalismus« und der sozialstaatlichen Expansion geformt und ausformuliert. Sie bezweifelten, ob mit einer politischen Sprache des freien Marktes Wahlen zu gewinnen waren. Stattdessen setzte von

²⁰⁵ Margaret Thatcher, How Tories will face the unions, in: Sunday Telegraph, 15.5.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103384> [13.6.2018]. Bei anderer Gelegenheit rief sie aus: »We hold to the firm foundation of principle, grounded in common sense, common belief and the common purpose of the British people, the common sense of a people who know that it takes effort to achieve success, the common belief in personal responsibility and the values of a free society [...]«.« Dies., Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Blackpool, 16.10.1981, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104717> [13.6.2018].

²⁰⁶ Margaret Thatcher, How to fight and survive, in: Sunday Express, 9.2.1975, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102614> [13.6.2018].

²⁰⁷ Das entsprechende Kapitel in »Die Verfassung der Freiheit« heißt »Die Herrschaft der Mehrheit«. Vgl. im Speziellen die Passage überschrieben mit »Die Notwendigkeit von Prinzipien und die Gefahr des Dahintreibens«. Vgl. von Hayek, Die Verfassung der Freiheit, S. 143 ff.

Hayek auf starke Einschränkungen der staatlichen Handlungsmöglichkeiten durch die Verfassung.²⁰⁸ Auf diesem Weg wollte der österreichische Ökonom und Sozialphilosoph dem unaufhaltsamen Druck zur Vergrößerung des Staatssektors, den er als dem demokratischen Prozess inhärent verstand, Einhalt gebieten. »In this sense«, so hat Ben Jackson formuliert, »Thatcherite Conservatives were far more comfortable with majoritarian democracy than their neo-liberal allies.«²⁰⁹

In der Forschung wird zudem auf eine zweite Differenz zwischen den Thatcheristen und ihren neoliberalen Verbündeten hingewiesen. Für die Letzteren hatte eine umfassende Umstrukturierung beziehungsweise Beschneidung des Wohlfahrtsstaats, insbesondere des *National Health Service*, oberste Priorität.²¹⁰ Wie oben bereits angedeutet, erfolgte auf diesem Gebiet kein fundamentaler Bruch; der NHS blieb als Grundpfeiler des britischen Gesundheitssystems von den radikalen Reformen der Thatcher-Regierungen der 1980er-Jahre unberührt.²¹¹ Dies lag mitnichten an einer fehlenden inhaltlichen Übereinstimmung der Thatcheristen mit den in Think Tanks wie dem IEA erarbeiteten Vorschlägen zum Abbau des Sozialstaats. Im Gegenteil – führende konservative Politiker wie Joseph und Geoffrey Howe waren derlei Ansätzen gegenüber überaus aufgeschlossen.²¹² Vielmehr verdeutlicht die Kontinuität auf der Ebene des Wohlfahrtsstaats bis in die 1980er-Jahre hinein, dass auch der thatcheristischen Marktsprache mit Blick auf ihre diskursive Wirkmächtigkeit bestimmte Grenzen gesetzt waren. Ihre Kraft reichte am Ende nicht aus, um den Nimbus des britischen *welfare state* als große Idee einer gerechten Gesellschaft zu zerstören.

1.4 Der konservative Angriff auf die Gewerkschaften als liberales Projekt

Auf einem anderen entscheidenden Diskursfeld hatte die thatcheristische Marktsprache hingegen durchschlagenden und nachhaltigen Erfolg: in der Neuverhandlung der Rolle und des Ranges der britischen Gewerkschaften, die in den 1980er-Jahren schließlich mit deren weitgehender Entmachtung endete. Für den Angriff auf korporatistische Strukturen, der ein zentrales Motiv der thatcheristischen

²⁰⁸ Vgl., ebd., S. 186 ff.

²⁰⁹ Jackson, *The think-tank archipelago*, S. 60.

²¹⁰ Vgl. ebd.

²¹¹ Vgl. Fielding, *Rethinking the >Rise and Fall<*, S. 354; Mergel, *Großbritannien seit 1945*, S. 76.

²¹² Vgl. den Briefwechsel zwischen Arthur Seldon (IEA) und Geoffrey Howe, von Oktober 1969 bis April 1982, in Gänze abrufbar unter URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/117209> [13.6.2018]; zu Joseph vgl. Denham/Garnett, Keith Joseph, S. 207–211, S. 369–373.

Marktsprache darstellte, waren neoliberale Denker und Ökonomen, private Think Tanks und Netzwerke nicht nur zuverlässige ideologische Stichwortgeber; sie entfalteten darüber hinaus konkreten Einfluss auf die Formulierung konservativer Politik. Die diskursive Verschiebung, die eine radikale Beschränkung gewerkschaftlicher Macht möglich machte, stellt das vielleicht markanteste Beispiel jener Verschmelzung von neoliberaler Außenwelt mit der Innenwelt der Konservativen Partei dar, die für die Entwicklung des konservativen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren charakteristisch war.

Wie im Eingangskapitel dargelegt, bestand ein Pfeiler des britischen Nachkriegskonsenses in der institutionalisierten Kooperation der Parteien und Regierungen mit den Gewerkschaften. Die Politik der Konservativen Partei stand in der Zeit zwischen 1945 und 1964 im Zeichen der Kultivierung eines guten Verhältnisses zu den Gewerkschaften. Eine legislative Reform der Arbeitsbeziehungen stand nicht ernsthaft zur Debatte – auch wenn dies von einigen wenigen konservativen Hinterbänklern gefordert wurde –, stattdessen wurde ein hohes Maß an Kooperation und partnerschaftlicher Zusammenarbeit sowohl zwischen den Gewerkschaftsführern und den Spitzen des Managements, als auch zwischen den Gewerkschaften und den Konservativen Regierungen der 1950er- und 1960er-Jahre befürwortet. Die Errichtung des *National Economic Development Council* (NEDC) im Jahr 1961 bildete den Höhepunkt der institutionellen Kooperation zwischen Regierung und Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund des relativen ökonomischen Niedergangs Großbritanniens kam hierin die *One-Nation*-Philosophie zum Ausdruck, die Gewerkschaften durch Einbindung in die Diskussion und Entscheidungsprozesse zu mehr Verantwortungsbewusstsein zu bewegen.

Wie Peter Dorey in seinem Standardwerk »The Conservative Party and the Trade Unions« herausstellt, wurde dieser Ansatz bereits seit Mitte der 1960er-Jahre innerhalb der Partei zunehmend als gescheitert angesehen.²¹³ Selbst unter den paternalistisch-pragmatisch orientierten Tories begann sich nun angesichts der sich intensivierenden Schwierigkeiten eine kritischere Haltung den Gewerkschaften gegenüber durchzusetzen. Dementsprechend hatten die Konservativen in den Jahren 1964 bis 1970 einen »legalistischen Ansatz« vertreten, der zur Lösung der Probleme in den Arbeitsbeziehungen auf gesetzliche Regelungen setzte. Dieser kam im *Industrial Relations Act* von 1971 zum Ausdruck. Durch sein Scheitern sahen sich die marktradikalen Kritiker der Heath-Regierung in ihren Forderungen eines harten, die Macht der Gewerkschaften radikal beschneidenden Kurses bestätigt.²¹⁴

²¹³ Vgl. *Peter Dorey, The Conservative Party and the Trade Unions*, London/New York 1995, S. 8.

²¹⁴ Vgl. ebd., S. 9.

Die Beziehung zwischen der Konservativen Partei und den Gewerkschaften im kapitalistischen System ist naturgemäß konfliktbeladen. In jener Traditionslinie der britischen Tory-Partei, die Individualismus, den freien Markt und privates Unternehmertum betont, erscheinen die Gewerkschaften als genuines Hindernis für das Funktionieren der Marktwirtschaft.²¹⁵ Das potenziell immer konfliktbehaftete Verhältnis zwischen der Konservativen Partei und den Gewerkschaften, das durch die britische Konsenspolitik nach 1945 gleichsam kalmiert worden war, trat wieder ganz deutlich hervor, als die sozioökonomische Ordnung während der 1970er-Jahre in der Wahrnehmung der Akteure in die bislang schwerste Krise geriet. In den Jahren von 1974 bis 1979 wurden die diskursiven Grenzen in der Auseinandersetzung mit den eng miteinander verzahnten Themen der Inflation und des Einflusses der Gewerkschaften neu ausgehandelt. Direkt oder indirekt wurden die Gewerkschaften verantwortlich gemacht für eine ganze Bandbreite wirtschaftlicher und politischer Probleme, insbesondere die Inflation (befeuert durch exzessive Lohnforderungen), geringe Produktivität, fehlende Wettbewerbsfähigkeit und geringe Investitionen (durch Streiks, Arbeitskämpfe und hohe Arbeitskosten). All dies bündelte sich in Keith Josephs Feststellung: »Solving the union problem is the key to Britain's recovery.«²¹⁶ Zweifelsohne boten die Gewerkschaften in Großbritannien eine größere Angriffsfläche für Kritik als die Gewerkschaften in Deutschland. Wie bei der Betrachtung der Nachkriegsordnungen bereits herausgearbeitet worden ist, hing dies auch damit zusammen, dass sich die Gewerkschaftsstruktur und -politik jenseits des Kanals merklich von der in Deutschland unterschied. Anders als in der Bundesrepublik, wo das alte System konkurrierender Richtungsgewerkschaften durch die Bildung von in Industriegewerkschaften gegliederten Einheitsgewerkschaften unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) abgelöst worden war, bestand die britische Gewerkschaftsbewegung in den 1970er-Jahren weiterhin aus hunderten, teilweise miteinander rivalisierenden Einzelgewerkschaften – ein auffälliger Unterschied in den Entwicklungen, der zur Erklärung der im internationalen Vergleich hohen Streikaktivität der britischen Gewerkschaften sowie des in den 1970er-Jahren in Großbritannien konstant hohen Konfliktniveaus in den Arbeitsbeziehungen mit herangezogen werden muss.

Die lange Geschichte des konfliktreichen Verhältnisses zwischen der Konservativen Partei und den Gewerkschaften in den 1970er-Jahren sowie der innerparteiliche Aushandlungsprozess einer neuen konservativen Strategie in der Gewerkschaftspolitik und deren politische Implementierung in den 1980er-Jahren muss

²¹⁵ Vgl. ebd., S. 2.

²¹⁶ *Keith Joseph*, *Solving the Union Problem is the Key to Britain's Recovery*, Centre for Policy Studies, London 1979.

hier nicht detailliert dargestellt werden. Dies ist bereits geleistet worden.²¹⁷ Was hier interessiert ist die Herausbildung einer radikal gewerkschaftsfeindlichen Stoßrichtung der thatcheristischen Marktsprache der 1970er-Jahre als Grundlage für die tiefgreifende Reformpolitik der Thatcher-Regierungen der 1980er-Jahre und die Bedeutung, die den neoliberalen Akteuren dabei zukommt.

Am Beginn des innerparteilichen Aushandlungsprozesses über das Thema Gewerkschaftsmacht und das damit diskursiv verbundene Problem der Inflation standen die beiden zentralen Fragen, wie man langfristig sowohl eine stabile Lohn- und Preisentwicklung garantieren als auch eine friedliche Beziehung zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung herstellen konnte, und wie sich eine Wiederholung der traumatischen und demütigenden Niederlage verhindern ließe, die die Gewerkschaften der Heath-Regierung beigebracht hatten.²¹⁸ Auf diese Fragen wurden im diskursiven Vakuum nach 1974, als die Grenzen des Sagbaren durchlässig wurden, ganz unterschiedliche Antworten gegeben. Die innerparteiliche Frontlinie verlief – mit durchaus vorhandenen Abstufungen innerhalb der Lager – entlang der Vertreter des *One-Nation-Conservatism* und des thatcheristischen Parteiflügels.²¹⁹

Die den Marktdiskurs der britischen Nachkriegsordnung prägende Position der *One-Nation*-Tories war von der Annahme ausgegangen, dass die kapitalistische Ordnung durch die Einbindung der Gewerkschaften in das wirtschaftliche Geschehen und den politischen Entscheidungsprozess am effizientesten gestaltet und am besten erhalten werden konnte. Der für das Thema Gewerkschaften zuständige Schattenarbeitsminister Jim Prior, der in dem Konflikt mit den Gewerkschaften den Hauptgrund für das Scheitern der Regierung Heath erkannte, setzte in dieser Linie alles daran, eine neuerliche Konfrontation zu vermeiden. »Looking towards the next election, our policy – and in the meantime our statements and

²¹⁷ Zum Aushandlungsprozess einer neuen konservativen Gewerkschaftspolitik in den 1970er-Jahren vgl. grundlegend *Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, S. 88–155; *Ders.*, *Individual Liberty versus Industrial Order: Conservatives and the Trade Union Closed Shop 1946–90*, in: *Contemporary British History* 23, 2009, S. 221–244; *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 364–390, sowie *Michael Moran*, *The Conservative Party and the Trade Unions Since 1974*, in: *Political Studies* 27, 1979, S. 38–53. Zur politischen Implementierung der Reformvorhaben durch die Thatcher-Regierungen der 1980er-Jahre vgl. grundlegend *Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, S. 156–194; *Reitan*, *The Thatcher Revolution*; *Robert Taylor*, *The trade union question in British politics. Government and unions since 1945*, Oxford/Cambridge, Mass. 1993; vgl. auch *David Howell*, *Defiant dominoes: working miners and the 1984–5 strike*, in: Ben Jackson/Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 148–164; *Ian K. MacGregor/Rodney Tyler*, *The enemies within. The story of the Miners' Strike, 1984–5*, London 1986; *Gero Fischer*, *United we stand – divided we fall. Der britische Bergarbeiterstreik 1984/85*, Frankfurt am Main/New York 1999.

²¹⁸ Vgl. dazu und zum Folgenden *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 367 ff.

²¹⁹ So auch *Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, S. 88–155.

general attitude – must be such as to allay the fear that a Conservative Government would be incapable of co-operating with the unions [...]«, schrieb er in einem Diskussionspapier für das Schattenkabinett im Februar 1976.²²⁰ Von zentraler Bedeutung für einen konservativen Erfolg bei den nächsten Wahlen sei es, »to show the electorate that we have workable relationships with the TUC and that they are being consulted in the formation of our policies [...].« Vorsichtig taktierend plädierte er dafür, »to keep our proposals as flexible as we can«; die Rückkehr zu einer gesetzlichen Lohnpolitik wollte er nicht ausschließen, wohl aber ein Verbot des *closed shop* sowie eine Rückkehr zum Prinzip des *free collective bargaining*.²²¹ Heath und sein ehemaliger Industrieminister Peter Walker sowie die Mitglieder des Schattenkabinetts Ian Gilmour und Reginald Maudling traten für eine weitgehende Einbindung der Gewerkschaften ein und verfolgten damit den Ausbau korporatistischer Strukturen, die dem Marktdiskurs der Heath-Regierung entsprach. So setzten sie auf eine Neuauflage konservativer Einkommenspolitik, die durch eine umfassende Beteiligung der Gewerkschaften am wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess, beispielsweise durch die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, flankiert werden sollte.²²²

Die von den marktradikalen Kräften innerhalb der Partei ab Mitte der 1970er-Jahre vollzogenen semantischen Verschiebungen kennzeichneten das Modell der Einbindung der Gewerkschaften hingegen als Abkehr vom Kapitalismus und Schritt hin zum Sozialismus. Diese Verschiebungen liefen auf eine entschlossene Haltung gegenüber den Gewerkschaften hinaus und brachen mit den Annahmen der Konsenspolitik. Die Auswirkungen dieser diskursiven Verschiebungen waren radikal wie die 1980er- und 1990er-Jahre zeigen sollten. Keith Joseph hatte auch auf diesem Gebiet Vorarbeit geleistet. In seiner Prestoner Rede hatte er sich entschieden gegen eine Lohnpolitik positioniert: »Experience has shown that far

²²⁰ James Prior, »Employment Policy«, Diskussionspapier für das Schattenkabinett, 11.2.1976, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, LCC 1/3/10.

²²¹ Ebd. Vgl. auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 368 f.

²²² Vgl. etwa Peter Walker, »My View of Society«, Rede vor der Cambridge Union, 16.2.1978, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/30/5/2. Für Heaths Begründung einer gesetzlichen Lohnpolitik vgl. etwa Edward Heath, Rede vor der Chelsea Conservative Association, Chelsea Old Town Hall, 19.10.1978, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/102. »No government [...] wishes to become involved in the complexities and intricacies of pay. [...] They do it because they have to. [...] If you don't specify a pay norm, no one knows what the country can afford. If you have an intellectual norm, labelled >take it or leave it<, people will leave it«, so Heath. Ähnlich argumentierte Maudling. In einem Memorandum an das Schattenkabinett schrieb er im Mai 1976: »The sole and overwhelming reason why an incomes policy is needed is to deal with the monopoly power which the unions now possess and, even more important, are now fully conscious that they do possess.« Reginald Maudling, *Incomes Policy*. Memorandum an das Schattenkabinett, 21.5.1976, abgedr. in: *Ders.*, *Memoires*, London 1978, S. 265–267, hier S. 266.

more menacing tensions are generated by inflation itself and that, in circumstances of excess demand, they cannot be cured by incomes policy.«²²³ Mit seinem Bekenntnis zum *free collective bargaining* vertrat er den klassischen lohnpolitischen Standpunkt der Gewerkschaften. Über die freie, gleichsam marktconforme Aushandlung von Tarifverträgen hinaus sollten den Gewerkschaften aber sonst keinerlei Mitbestimmungsrechte in der marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft zukommen.²²⁴

Unmittelbare Unterstützung für diesen Ansatz kam von Vertretern marktliberaler Organisationen und Think Tanks wie der *National Association for Freedom* (NAFF) oder der *Selsdon Group*, deren radikaler Individualismus mit dem freien Aushandeln von Tarifverträgen ebenso konform ging wie mit dem Ziel, die sonstigen Kompetenzen der Gewerkschaften radikal zu beschneiden.²²⁵ Die NAFF spielte als Interessenverband der »Neuen Rechten« eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Gewerkschaften. Sie war 1975 aus zwei schon während des Krieges gegründeten Organisationen hervorgegangen; der *Aims of Industry*, die Geld aus der Industrie beschaffte, um eine Politik des ungezügelter Kapitalismus populär zu machen, und der *British United Industrialists*, die Geld beschaffte, um eine solche Politik in der Konservativen Partei zu fördern.²²⁶ Unmittelbar nach ihrer Gründung schaltete sich die NAFF in den innerparteilichen Aushandlungsprozess ein. Nur augenscheinlich unpolitisch ermunterten die führenden Vertreter der Interessengruppe den thatcheristischen Parteiflügel zu einem konfrontativen Kurs in der Gewerkschaftspolitik. Prior wurde scharf attackiert; er spreche »for the nerveless, idealess, rubberised part of his party«²²⁷. Sein Ansatz liefe auf eine Kapitulation vor den Gewerkschaften hinaus, er sei Garant dafür, dass »the spirit of Vichy is abroad in Britain«.²²⁸ »Thatcher the radical«²²⁹ und ihre Mitstreiter – der spätere Arbeits- und Industrieminister Norman Tebbit, sowie die konservativen Abgeordneten Rhodes Boyson und Ian Gow – wurden hingegen gelobt und darin bestärkt, den Kampf gegen die Gewerkschaftsmacht entschieden zu führen.²³⁰

²²³ Keith Joseph, Rede im Bull and Royal Hotel, Preston, 5. 9. 1974, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, KJ 30/2.

²²⁴ Vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 371.

²²⁵ Vgl. ebd., S. 372 f.

²²⁶ Zur Gründung der NAFF vgl. *Cockett*, Thinking the unthinkable, S. 220 f. Die Organisation verfügte im Jahr 1979 über 50.000 Mitglieder und wurde von rund 100 Tory-Abgeordneten unterstützt. Vgl. dazu *Neill Nugent*, The National Association for Freedom, in: Roger King/Neill Nugent (Hrsg.), *Respectable rebels. Middle class campaigns in Britain in the 1970s*, London 1979, S. 76–100, hier S. 88 und S. 92.

²²⁷ So hieß es in der organisationseigenen Zeitschrift *The Free Nation*, 9. 7. 1976, S. 7.

²²⁸ Vgl. *The Free Nation*, 15. 10. 1976, S. 1–4 und Zitat: ebd., 16. 9. 1977, S. 1.

²²⁹ *The Free Nation*, 15. 4. 1976, S. 1.

²³⁰ Vgl. *The Free Nation*, 20. 1. 1978, S. 3 und 29. 9. 1978.

Wie hier deutlich wird, begann sich Mitte der 1970er-Jahre eine Verschmelzung des neoliberalen Diskurses mit den frühen semantischen Offensiven der Thatcheristen in der Konservativen Partei abzuzeichnen. Besondere Bedeutung kam wiederum Friedrich August von Hayek zu.²³¹ Wie bereits gezeigt, hatte dieser in seiner »Verfassung der Freiheit« eine theoretische Fundierung zur Beschneidung gewerkschaftlicher Macht geliefert. Die entsprechenden Kapitel waren von dem Kernargument geleitet, die Gewerkschaften hätten sich dem staatlichen Gewaltmonopol entzogen, ein eigenes Zwangssystem etabliert und den Teufelskreis von Inflation, Arbeitslosigkeit und immer tiefergehenden Eingriffen des Staates in das Marktgeschehen in Gang gesetzt.²³² Als sich in der Tory-Partei Mitte der 1970er-Jahre ein diskursives Feld eröffnet hatte und die Haltung gegenüber den Gewerkschaften auf dem Höhepunkt der britischen Krisenwahrnehmung neuverhandelt wurde, brachte er die Strahlkraft seiner intellektuellen Autorität in die politische Auseinandersetzung ein und wurde selbst Akteur bei der Verschiebung der Grenzen des Sagbaren. Im Sommer des Jahres 1977 lancierte er eine publizistische Offensive, die er mit einem Leserbrief an die *Times* einleitete. An den Herausgeber der Zeitung William Rees-Mogg, einen Verbündeten im Geiste, schrieb er: »I feel the moment has come when some such statement as that in the enclosed Letter to the Editor may do some good. I believe that in the particular form proposing the revocation of the special unique privileges the trade unions have enjoyed Mrs. Thatcher might get the mandate without which she can do little. If I were in her position I would rather lose the election than get into power without being able to take the most essential step.«²³³ In seinem Leserbrief, der im Juli 1977 abgedruckt wurde, hieß es: »There can indeed be little doubt to a detached observer that the privileges [...] granted to the trade unions have become the chief source of Britain's economic decline. [...] No movement can pull the country out of the mire unless it obtains at the elections an explicit mandate to revoke the unique privileges which the trade unions have enjoyed too long. Only such a power can enable a Conservative government to reverse the trend towards abject poverty.«²³⁴

Ein paar Tage später schrieb der IEA-Direktor Arthur Seldon, der von Hayek im Mai des Jahres in einem *Times*-Artikel als »a liberal of the British classical

²³¹ Zu von Hayek als Kritiker der Gewerkschaften vgl. auch *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 373.

²³² Vgl. das Hauptkapitel »Gewerkschaften und Beschäftigung«, in: *Friedrich August von Hayek*, *Die Verfassung der Freiheit*, 4., durchges. Aufl., Tübingen 2005, S. 362–385.

²³³ Friedrich August von Hayek an William Rees-Mogg, 14.7.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114628> [13.6.2018].

²³⁴ Friedrich August von Hayek, *Trade union immunity under the law*, in: *The Times*, 21.7.1977, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/114630> [13.6.2018].

tradition« umfassend gewürdigt hatte²³⁵, dem österreichischen Ökonomen, er sei überrascht »by the wide range of people who now think well of your work. [...] [M]ore of them may be prepared to accept what you said about the British trade unions in your letter to the times.«²³⁶ In einem zweiten Leserbrief in der *Times* Anfang August bekräftigte von Hayek seine Position in noch drastischerer Sprache: »The trade unions, being politically sacrosanct, have been allowed to destroy the British economy [...], it is high time that somebody had the courage to eradicate that cancer of the British economy.«²³⁷

Von Hayeks Offensive in der *Times* zielte darauf ab, die im politischen Spektrum der britischen Konservativen vorhandenen Positionen einer radikalen Entmachtung der Gewerkschaften salonfähig zu machen. Im Herbst 1977 wandte sich von Hayek abermals an Rees-Mogg. Bezugnehmend auf den innerparteilichen Aushandlungsprozess der Tories, dessen Ausgang noch ungewiss war, machte er klar: »[T]here is bound to be a division within the Conservative party as between the expediency of short term tactics and the desirable strategy, and with Mrs. Thatcher on the right side needing support.«²³⁸ Prior habe nicht Unrecht, wenn er darauf beharre, dass die Partei bessere Chancen auf einen Wahlerfolg habe, wenn man einer Konfrontation mit den Gewerkschaften aus dem Weg ginge. Entscheidend sei aber, dass Margaret Thatcher so kein entsprechendes Mandat erhalte, das Fundamentalproblem zu lösen und damit die britische Wirtschaft wieder auf den rechten Weg zu führen. Dies sei der Grund dafür gewesen, warum er in seinem ersten Leserbrief die Forderung »revoking the special privileges which the trade unions had been granted under the law« eingeführt habe. Er sei sich sicher, dass ein derartiger Ton auf Resonanz stoßen würde und es unbedingt nötig sei, ihn anzuschlagen, auch wenn Thatcher damit eine Wahniederlage riskieren würde.²³⁹

Die direkten Interventionen von Organisationen wie der NAFF in die innerparteiliche Auseinandersetzung und die sprachgewaltige Offensive von Hayeks in der *Times* gaben denjenigen Kräften innerhalb der Konservativen Partei Auftrieb, die auf eine direkte Konfrontation mit den Gewerkschaften zusteuernten. Entschie-

²³⁵ Arthur Seldon, The liberal teacher who turned his back on old age to lead world, in: *The Times*, 9. 5. 1977, URL: <http://www.margarethatatcher.org/document/114629> [13. 6. 2018].

²³⁶ Arthur Seldon an Friedrich August von Hayek, 22. 7. 1977, URL: <http://www.margarethatatcher.org/document/117124> [13. 6. 2018].

²³⁷ Friedrich August von Hayek, Trade union privileges, in: *The Times*, 2. 8. 1977, URL: <http://www.margarethatatcher.org/document/114631> [13. 6. 2018]. Am 20. August lud von Hayek noch einmal nach und verfasste den dritten Leserbrief. Vgl. Ders., Trade union privileges, in: *The Times*, 20. 8. 1977, URL: <http://www.margarethatatcher.org/document/114632> [13. 6. 2018].

²³⁸ Friedrich August von Hayek an William Rees-Mogg, 8. 10. 1977, URL: <http://www.margarethatatcher.org/document/117129> [13. 6. 2018].

²³⁹ Vgl. ebd.

den war der innerparteiliche Aushandlungsprozess damit jedoch noch nicht. Denn die Linie der marktradikalen Vorkämpfer einer entschiedenen Entmachtung der Gewerkschaften wurde in dem zunächst formulierten offiziellen Kurs der Partei keinesfalls eins zu eins übernommen. Unter der Führung des Schattenschatzkanzlers Geoffrey Howe zeichnete sich vielmehr ein Kompromiss zwischen den beiden Lagern in der Tory-Partei ab.²⁴⁰ Dieser wurde seit Juni 1975 von der von Howe geleiteten *Economic Reconstruction Group* (ERG) erarbeitet, die alle mit Wirtschaftsfragen betrauten Mitglieder des Schattenkabinetts versammelte.²⁴¹ Howe stimmte mit Joseph darin überein, dass die Macht der Gewerkschaften gesetzlich eingedämmt werden müsse. Auf der anderen Seite hielt es der überzeugte Monetarist Howe, der der Begrenzung des Geldmengenwachstums entscheidenden Stellenwert bei der Bekämpfung der Inflation beimaß, für unumgänglich, sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer für eine Politik der Inflationsbekämpfung zu gewinnen, sollte diese Aussicht auf Erfolg haben.²⁴²

Die offizielle Parteilinie wurde seit 1976 von der ERG ausformuliert. Das Ergebnis wurde 1977 in *The Right Approach to the Economy*, einem Schlüsseldokument der Neuverhandlung konservativer Wirtschaftspolitik, festgehalten. Bereits das von Chris Patten vom CRD entworfene Parteidokument *The Right Approach* vom Oktober 1976 hatte Formulierungen enthalten, die sowohl Joseph als auch Prior und Gilmour hatten akzeptieren können.²⁴³ Der Ansatz, der schließlich in dem entsprechenden Kapitel in *The Right Approach to the Economy* beschrieben wurde, sprach sich weder explizit für *free collective bargaining* noch für eine Rückkehr zu einer gesetzlichen Preis- und Einkommenspolitik aus.²⁴⁴ Das offizielle Positionspapier der Partei setzte auf eine strikte Kontrolle der Geldmenge und die Kürzung öffentlicher Ausgaben als Faktoren, »which can influence the pay climate and which can help to ease the return to realistic collective bargaining«²⁴⁵, blieb aber ansonsten bei äußerst vagen Kompromissformulierungen stehen. »The encouragement of better methods of collective bargaining« sei geboten; ferner wurde festgestellt: »Government policies must be carefully shaped to give maximum incentive for realistic pay settlements in both the public and the private sectors.« Es sei unrealistisch, schnelle Lösungen anzubieten, und es gebe »no slick phrases

²⁴⁰ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 374.

²⁴¹ Zur Einberufung und Zusammensetzung der ERG vgl. *Economic Reconstruction Group*, Note by the Chairman, 24.7.1975, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/26.

²⁴² Zur Position Howes vgl. ausführlich *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 374f.

²⁴³ Vgl. ebd., S. 374.

²⁴⁴ Vgl. *Conservative Party*, *The Right Approach to the Economy*, London 1977, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/14/8. Das Dokument ist auch online abrufbar unter URL: <https://www.margarethatatcher.org/document/112551> [11.11.2018].

²⁴⁵ Ebd.

to be paraded as the Conservative ›answer‹.« Insgesamt zeugen die vorsichtig formulierten Passagen in *The Right Approach to the Economy* von widerstreitenden Positionen innerhalb der Tory-Partei, aber auch von einer gewissen Ratlosigkeit hinsichtlich eines politischen Lösungsansatzes. An die Adresse der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer wurde noch formuliert: »We see the trade unions as a very important economic interest group whose co-operation and understanding we must work constantly to win and to keep, as we have done in the past. We see no need for confrontation and have no wish for it.«²⁴⁶

Die in diesem frühen Stadium des Aushandlungsprozesses formulierte Alternative zur Lösung der Zwillingsprobleme Inflation und Gewerkschaftsmacht bestand in einem Rückgriff auf ein bundesrepublikanisches Modell: die Konzertierte Aktion. Konservative wie Prior, Maudling, aber auch Howe waren der Ansicht, zur Bekämpfung der Inflation reiche monetäre Kontrolle allein nicht aus; die Regierung würde sich aus den Lohnverhandlungen nicht einfach heraushalten können. Wollte man nicht auf die ungeliebte staatliche Lohnpolitik zurückfallen, bedürfe es anderer institutionalisierter Maßnahmen. In direkter begrifflicher Bezugnahme auf das bundesrepublikanische Modell formulierte Howe im Mai 1976 die Idee einer *Concerted Action*, bei welcher »all those who are concerned with economic decision-making [...] meet together regularly in order to exchange and as far as possible agree, information about the future progress of the economy.«²⁴⁷

Unter der Leitung von Geoffrey Howe befasste sich die ERG in den Jahren 1976 und 1977 mit der Konzertierten Aktion.²⁴⁸ Das westdeutsche Modell wurde von den britischen Konservativen dabei vor allem im Hinblick auf ihre Wirksamkeit als Instrument zur Bekämpfung der Inflation untersucht. »›Concerted Action‹ in Germany first attracted British attention as a useful new approach to counter-inflationary policy. We have considered whether this impression was correct and concluded that it is«, hieß es in einem Arbeitspapier der parteieigenen Forschungsabteilung vom Juni 1977.²⁴⁹ Obwohl man sich hinsichtlich einer direkten Übertragung des aus Sicht der britischen Konservativen erfolgreichen deutschen Beispiels auf den britischen Fall skeptisch gab, so kam man doch zu dem Schluss, »[...] that the model of CA [Concerted Action, P. B.] and its associated institutions can and should be approximated to quite easily by a process of evolu-

²⁴⁶ Alle Zitate ebd.

²⁴⁷ Geoffrey Howe, Rede im Carlton Club, 12. 5. 1976 in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/1/30.

²⁴⁸ Geoffrey Howe an Margaret Thatcher, mit handschriftlichen Anmerkungen von Margaret Thatcher, 26. 5. 1977, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/1/1/31.

²⁴⁹ Economic Education, Proposals for »Concerted Action« and Counter-Inflationary Policy, Arbeitspapier des Conservative Research Departments, 14. 6. 1977, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/27.

tionary change.« Zum jetzigen Zeitpunkt müsse es darum gehen, erste Entwicklungen zu initiieren, »[...] to stage debates on controversial economic problems, but to end up with as wide a range of understanding as possible; to make participation in the institutions natural and inevitable, but to use them to discipline or restrain Industry or the Unions; to reach a broad agreement on what economic policy should be, but not to undermine the authority and role of Government and Parliament.«²⁵⁰

Die Adaption einer Konzertierten Aktion nach bundesrepublikanischem Vorbild lief perspektivisch nicht auf einen Abbau, sondern auf eine Umstrukturierung bestehender korporatistischer Strukturen hinaus. So sahen Prior und Howe in dem 1962 auf Initiative des konservativen Schatzkanzlers der Macmillan-Regierung, Selwyn Lloyd, installierten *National Economic Development Council* (NEDC) ein geeignetes Forum zur Implementierung der Konzertierten Aktion. Im Februar 1976 waren Howe und der Generaldirektor des NEDC, Ronald McIntosh, nach Hamburg gefahren, um an der Konferenz der *Anglo-German Industrial Federation* teilzunehmen. Dort diskutierten sie die Möglichkeit einer Übertragung der Konzertierten Aktion in den durch das NEDC gesetzten britischen Rahmen.²⁵¹ Wie McIntosh festhielt, habe Prior ihm berichtet: »Howe had come back from Hamburg expressing very different views from those he had held before it [...].«²⁵² Das Arbeitspapier des CRD vom Juni 1977 schlug vor, das NEDC entweder auszubauen oder durch ein neues, repräsentatives Gremium zu ersetzen, das neben Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Regierung auch Selbstständige, Vertreter der City of London und der Bank of England sowie Rentner umfassen sollte. In seiner Arbeitsweise sollte sich dieses Gremium an dem deutschen Prozedere orientieren: »the maximum of informality and frankness; no voting; no deals or agreements; no motions or resolutions [...].«²⁵³ Eine solche Praxis der Konzertierten Aktion stelle nicht nur ein wirksames Mittel gegen die Inflation dar, indem ein öffentliches Bewusstsein für die Begrenztheit wirtschaftlichen Wachstums, die Notwendigkeit einer Kontrolle der Geldmenge sowie einer Mäßigung der Lohn- und Preisanstiege erzeugt würde. Auch könne durch den neuen tripartistischen Mechanismus ein notwendiges Gegengewicht zur TUC generiert werden. Zudem wurde die Installierung eines

²⁵⁰ Zitate ebd.

²⁵¹ Vgl. die Tagebucheinträge McIntoshs vom 27.2.1976 bis zum 29.2.1976 in: *Ronald McIntosh*, *Challenge to democracy. Politics, trade union power and economic failure in the 1970s*, London 2006, S. 254–256.

²⁵² Ebd., Tagebucheintrag vom 2.3.1976, S. 257.

²⁵³ *Economic Education, Proposals for »Concerted Action« and Counter-Inflationary Policy*, Arbeitspapier des Conservative Research Departments, 14.6.1977, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/27.

Wirtschafts-Expertenrates nach dem Vorbild des deutschen Sachverständigenrats empfohlen.²⁵⁴

Neben der Rolle, die eine Umgestaltung beziehungsweise ein Ausbau der korporatistischen Strukturen bei der Bekämpfung der Inflation spielen konnte, wurde die Konzertierte Aktion ganz grundsätzlich als Mittel zur Entschärfung des ökonomischen und sozialen Antagonismus diskutiert. Der längere Zeit in England lehrende Ökonom Konrad Zweig hatte 1976 eine Studie für das CPS verfasst, welches das deutsche marktwirtschaftliche Ordnungsmodell mit dem britischen kontrastierte und der Sozialen Marktwirtschaft Erfolg beim Umgang mit Inflation und Rezession attestierte.²⁵⁵ 1977 befasste er sich in einem Arbeitspapier für das *Conservative Research Department* dann konkret mit der Ausgestaltung der Konzertierte Aktion als Instrument der Sozialen Marktwirtschaft.²⁵⁶ Zweig pries die Konzertierte Aktion als wirksames Mittel zur Entschärfung militanter Arbeitskämpfe und führte den bemerkenswerten sozialen Konsens in der Bundesrepublik auf diese spezifisch bundesrepublikanische Ausgestaltung des Korporatismus zurück: »This defusing of militant conflict leading to the much envied social consensus in Germany is no doubt the permanent legacy of the K A [Konzertierte Aktion, P. B.]«, stellte er fest.²⁵⁷

Das konsensorientierte, auf dem Gedanken der bundesrepublikanischen Sozialpartnerschaft aufbauende Instrument der Konzertierte Aktion wurde also von den britischen Konservativen rezipiert und im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit zur politischen Problembearbeitung im britischen Kontext diskutiert. Im Zentrum stand dabei die spezifisch bundesrepublikanische Ausprägung des Korporatismus und der wirtschaftspolitischen Planung und Steuerung. Diese unterschied sich durch ihr niedriges Konfliktniveau und ihre Stabilität so augenfällig von der britischen Praxis der Arbeitsbeziehungen, dass eine Prüfung ihrer Anwendbarkeit auf den britischen Fall plausibel erschien. »[E]conomic policy-making in Britain would be improved by introducing something not unlike the German ›Concerted Action‹ [...]«, lautete das Ergebnis des Arbeitspapiers des CRD vom Sommer 1977.²⁵⁸ Der begriffliche Rückgriff auf das bundesrepublikanische Modell – an der konkreten inhaltlichen Anpassung des Modells auf die britischen Verhältnisse

²⁵⁴ Ebd.

²⁵⁵ Vgl. *Konrad Zweig, Germany through Inflation and Recession*, Centre for Policy Studies, London 1976.

²⁵⁶ Konrad Zweig, *Die konzertierte Aktion (1977)*, Report für das Conservative Research Department, mit handschriftlichen Anmerkungen von Margaret Thatcher, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/1/1/31.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ *Economic Education, Proposals for ›Concerted Action‹ and Counter-Inflationary Policy*, Arbeitspapier des Conservative Research Departments, 14. 6. 1977, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/27.

wurde in den Jahren 1976 und 1977 gearbeitet – findet sich denn auch in der vorläufigen Parteiprogrammatik. Die entscheidende Formulierung in *The Right Approach to the Economy* lautet: »[I]n framing its monetary and other policies the Government must come to some conclusions about the likely scope for pay increases if excess public expenditure or large-scale unemployment is to be avoided; and this estimate cannot be concealed from the representatives of employers and unions whom it is consulting. This is one of the reasons why some kind of forum is desirable, where the major participants in the economy can sit down calmly together to consider the implications – for prosperity as well as for unemployment and pay-bargaining – of the Government's fiscal and monetary policies.«²⁵⁹

Die Rezeption des Modells der Konzertierten Aktion zeigt abermals, dass die Verschmelzung zwischen neoliberaler Außenwelt und der Innenwelt der Tory-Partei im Marktdiskurs der britischen Konservativen keinesfalls geradlinig und widerspruchsfrei verlief. Wie schon bei der begrifflichen Bezugnahme auf die Soziale Marktwirtschaft, der ersten semantischen Offensive des CPS, deutlich wurde, bildete der Marktradikalismus der Neoliberalen nicht das einzige Ideenreservoir, aus dem sich diskursive Verschiebungen im Marktdiskurs der Konservativen Partei seit Mitte der 1970er-Jahre speisten. Gerade mit Blick auf Lösungsansätze für die ineinander verzahnten Problemkomplexe Gewerkschaften und Inflation war die Richtung der sich im innerparteilichen Diskurs vollziehenden Neupositionierung bis in die zweite Hälfte des Jahrzehnts hinein offen. Sagbar und in Programmdokumenten ausformulierbar war eine Begrifflichkeit, die im bundesrepublikanischen Kontext aus der kurzen Hochphase des Keynesianismus, begrenzt auf die Jahre der Großen Koalition von 1966 bis 1969, herrührte. Von den britischen Konservativen wurde die Konzertierte Aktion als praktikables Instrument der Sozialen Marktwirtschaft rezipiert und zeitweilig als vielversprechende Antwort auf die britischen Problemlagen adaptiert.

Dass die Idee eines Wirtschaftsforums nach bundesrepublikanischem Vorbild im Marktdiskurs der Tories keine Fortsetzung fand und für die späteren Thatcher-Regierungen nicht handlungsleitend wurde, lag an der Ablehnung der charakteristischen Akteure, allen voran der Parteichefin selber, die schließlich die Deutungshoheit im Diskurs erlangen sollten. Joseph und seine Mitstreiter im CPS hatten die anfänglich in Ansätzen betriebene Orientierung an der (west)deutschen Ausprägung des Wirtschaftsliberalismus in Gestalt der ordoliberalen Begrifflichkeit Müller-Armacks und der Freiburger Schule bereits verworfen; der Ausbau korporatistischer Strukturen hätte vor diesem Hintergrund einen Schritt rückwärts bedeutet. Von diesem Standpunkt aus betrachtet bestand kein Unter-

²⁵⁹ *The Right Approach to the Economy*, online unter URL: <https://www.margarethatcher.org/document/112551> [11.11.2018].

schied zwischen der britischen Version einer Konzertierten Aktion und einer staatlichen Lohnpolitik, oder dem Korporatismus, den die Labour-Regierung in Form des *Social Contract* betrieb. Thatcher schließlich ließ keinen Zweifel daran, was sie von einer Übertragung der konsensorientierten Konzepte der Sozialen Marktwirtschaft auf die britische Situation hielt. Die oben zitierte Schlussfolgerung Zweigs, der soziale Frieden in der Bundesrepublik sei auch eine Folge der Konzertierten Aktion, kommentierte sie handschriftlich auf einer Kopie des Arbeitsberichts, der ihr von Howe zugesendet worden war, kurz und knapp: »No. It is due to the german character.«²⁶⁰ Auf den Brief, mit welchem Howe Thatcher die Übersendung von Zweigs Arbeitspapier ankündigte, notierte sie: »This paper frightens me to death [...]. We really must avoid some of this terrible jargon. Also we should recognize that this German relationship works because it consists of Germans.«²⁶¹

Eine begriffliche Anknüpfung an das deutsche Modell der Konzertierten Aktion lag nicht im Interesse der Tory-Parteichefin. Für sie war eine solche nichts anderes als ein Rezept für mehr Bürokratie und Korporatismus.²⁶² Mit der thatcheristischen Marktsprache war sie ebenso inkompatibel wie der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft selbst. Das NEDC sollte sie während ihrer Amtszeit ignorieren, bevor es von ihrem Nachfolger John Major 1992 abgeschafft wurde. Mit öffentlichen Äußerungen, die die Parteichefin auf eine bestimmte Linie hätten festlegen können, hielt sich Thatcher in den ersten Monaten der innerparteilichen Neuverhandlung der Position zur Gewerkschaftsfrage aber zurück.²⁶³ Eine direkte Konfrontation mit den Gewerkschaften scheute sie noch, nicht zuletzt auch, um einen Konflikt mit Prior zu vermeiden, dessen innerparteiliche Stellung zu jener Zeit besonders stark war.²⁶⁴

Entscheidend für den Fortgang der Auseinandersetzung wurde der sogenannte *Grunwick dispute*, ein in Großbritannien berühmt gewordener Arbeitskampf in den *Grunwick Film Processing Laboratories* in Willesden im Norden Londons, der zwei Jahre andauerte (1976 bis 1978) und auf dessen Höhepunkt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen hunderten Streikenden und der Polizei

²⁶⁰ Konrad Zweig, Die konzertierte Aktion (1977), Report für das Conservative Research Department, mit handschriftlichen Anmerkungen von Margaret Thatcher, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/1/1/31.

²⁶¹ Geoffrey Howe an Margaret Thatcher, mit handschriftlichen Anmerkungen von Margaret Thatcher, 26. 5. 1977, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/1/1/31.

²⁶² Vgl. ebd.

²⁶³ Vgl. dazu *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 376–379.

²⁶⁴ Vgl. ebd., S. 376.

kam.²⁶⁵ Es gab über 500 Verhaftungen – die höchste Arrestzahl seit dem General Strike von 1926.²⁶⁶ Im Verlauf des Arbeitskampfs, der in seiner vollen Eskalation allabendlich im britischen Fernsehen übertragen wurde, prallten die unvereinbaren Positionen der beiden Lager in der Tory-Partei erstmals in der Öffentlichkeit aufeinander.²⁶⁷ Während Joseph und die NAFF den Disput zur Prinzipienfrage erklärten und entschieden Partei für den Arbeitgeber, den anglo-indischen Unternehmer George Ward, nahmen, wollte Prior den öffentlichen Eindruck vermeiden, die Konservative Partei zeige nun ihr wahres Gesicht und steuere auf eine grundsätzliche Konfrontation mit den Gewerkschaften zu. Zur Beilegung des Arbeitskampfes hatte die Labour-Regierung James Callaghans eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Lordrichters Scarman einberufen. Die in dem Bericht der Kommission unterbreiteten Lösungsvorschläge, welche die von der TUC und den Streikenden geforderte Anerkennung der Gewerkschaft und die Wiedereinstellung der Streikenden vorsahen, wurden von Ward, der in seiner Haltung von Joseph und anderen Konservativen bestärkt wurde, abgelehnt. Ein Entscheid des House of Lords bekräftigte Wards Recht zur Nichtanerkennung einer Gewerkschaft. Nach einem langen Zermübungskampf ebten die Massendemonstrationen schließlich ab. Der *Grunwick dispute* endete im Juni 1978 mit der Niederlage der Gewerkschaften.²⁶⁸ Der rechte Flügel der Konservativen hatte einen entscheidenden ideologischen Sieg errungen.

Der *Grunwick dispute* wurde zum Katalysator der Verschiebung des konservativen Marktdiskurses mit Blick auf eine konfrontative Haltung der Partei zu den Gewerkschaften. Er schien die zentrale Annahme neoliberaler Denker wie von Hayek zu bestätigen, dass einer radikalen Reform der Stellung der Gewerkschaften die Schlüsselrolle in der konservativen Strategie zukommen müsse. Thatcher, die während des Arbeitskampfes die Idee einer Volksabstimmung zur Klärung des

²⁶⁵ Auslöser des Arbeitskampfes war die Entlassung des Arbeiters Devshi Bhudia durch den Unternehmer und Inhaber von *Grunwick*, George Ward, mit der Begründung, Bhudia arbeite zu langsam. Daraufhin solidarisierten sich fünf weitere Arbeiterinnen und Arbeiter mit Bhudia, die ebenfalls entlassen wurden. Am 23. August 1976 begannen die sechs zu streiken. Etwa 130 weitere Arbeiter schlossen sich den Streikenden an und wollten mit Hilfe der Gewerkschaft APEX (*Association of Professional, Executive, Clerical and Computer Staff*) eine Wiedereinstellung durchsetzen. Ward hingegen beharrte darauf, die Entlassungen seien rechtmäßig, und duldet keine Einmischung von außen in sein Unternehmen. Zum *Grunwick dispute* vgl. ausführlich *Jack Dromey/Graham Taylor*, *Grunwick. The workers' story*, London 1978 sowie *Joe Rogaly*, *Grunwick*, Harmondsworth 1977. Vgl. auch Wards eigene Darstellung *George Ward*, Fort *Grunwick*, London 1977.

²⁶⁶ Vgl. Bill Brooks, *Grunwick strikers call it a day*, in: *Morning Star*, 15.7.1978.

²⁶⁷ Vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 379.

²⁶⁸ Für eine ausführliche Betrachtung des *Grunwick disputes* und seiner Ereignisgeschichte vgl. *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 379–386 sowie *Dorey*, *The Conservative Party and the Trade Unions*, S. 99–101.

Konflikts ins Spiel gebracht hatte²⁶⁹, gab ihre Zurückhaltung nach der Niederlage der Gewerkschaften auf. Eine grundsätzliche Neuorientierung der konservativen Gewerkschaftspolitik begann sich abzuzeichnen, und die Verschmelzung der neo-liberalen Außenwelt mit der konservativen Innenwelt wurde konkret.

Entscheidende Impulse kamen jetzt aus dem CPS. In den Jahren 1978 und 1979 wandte sich Sherman in einer Reihe von Memoranden an die Parteichefin, in denen er klarzumachen suchte, die Zeit sei nun reif für eine Attacke auf die Gewerkschaften. »In the case of the unions – which this is the one of the three most important issues in politics today – [...] the people of this country are in advance of the politicians in that they know that >something must be done about the unions<«, schrieb er im Dezember 1978. »If we do not present proposals which strike the public as reasonable, the public will opt for the quack remedies peddled by Callaghan and Heath. [...] we have yet to come to terms with our failures of 1970–4, to ascertain where we went wrong, and hence how we can do better next time.«²⁷⁰ Die öffentliche Meinung zu den Gewerkschaften habe sich gewandelt, so Sherman weiter, ihre moralische Überlegenheit sei erodiert, »[...] they are no longer seen as valient fighters for the underdog but as selfish and often ruthless operators. [...] What counts is that >do something about the unions< is again thinkable.« Die Schlussfolgerung aus dieser Argumentation hatte weitreichende Implikationen: »We must put forward the principle that for a return to free responsible collective bargaining – which is essential to democracy and economic efficiency – we must first restore the balance of bargaining power.«²⁷¹

Sherman und die Mitarbeiter im CPS konzentrierten in diesen Jahren ihre Arbeit darauf, deutlich zu machen, dass eine radikale Gewerkschaftsreform politisch notwendig war, und – vielleicht noch entscheidender –, dass eine solche Reform auch auf Zustimmung bei der Wählerschaft stoßen würde.²⁷² Dazu wurde eigens eine Arbeitsgruppe im CPS eingerichtet, die dem Aushandlungsprozess der Konservativen Partei auf dem Gebiet der Gewerkschaftsreform Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre entscheidende Impulse gab.²⁷³ Die Gruppe wurde zum Experimentierfeld für diskursive Verschiebungen in der Auseinandersetzung mit dem politisch höchst sensiblen Thema der Gewerkschaftspolitik. Nicht dem offi-

²⁶⁹ Vgl. *Geppert*, Thatchers konservative Revolution, S. 385 f.

²⁷⁰ Alfred Sherman an Margaret Thatcher, 11. 12. 1978, URL: <http://www.margareththatcher.org/document/112002> [13. 6. 2018].

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Vgl. *Cockett*, Thinking the unthinkable, S. 271 f.

²⁷³ Die Arbeitsgruppe hieß *Trade Union Reform Group* (TURG). Unter ihren Mitgliedern war Leonard Neal, früherer Regierungsberater und selbst einst Gewerkschaftsfunktionär. Anfang der 1980er-Jahre wurde Neal zum einflussreichsten Berater Thatchers in der Gewerkschaftspolitik. Vgl. ebd.

ziellen Parteiapparat zugehörig, musste die Arbeitsgruppe – wie das CPS im Ganzen – bei den losgelassenen semantischen »Versuchsballons« keine Kompromisse eingehen.²⁷⁴ Weitgehend frei von der Gefahr der politischen Sanktionierung konnte eine radikale Sprache formuliert werden, die für die thatcheristischen Führungspolitiker der Konservativen Partei zunächst unmöglich war. Ging sie in ihrer Radikalität zu weit, konnte die Parteiführung leicht auf Abstand gehen. »The Centre – it was agreed«, formulierte Sherman das Selbstverständnis des CPS, »was to act as ›outsider‹, ›Skirmisher‹, ›trail-blazer‹, to moot new ideas and policies without committing the Party leadership in the hope that when sufficient headway had been made with public opinion and inside the Party, the leadership could move forward. Our job was to question the unquestioned, think the unthinkable, blaze new trails.«²⁷⁵

Auf dem Gebiet der Gewerkschaftspolitik hatte diese Strategie so nachhaltigen Erfolg wie auf keinem anderen Feld des Marktdiskurses der britischen Konservativen. Entscheidend dafür war die Erarbeitung eines völlig neuen, radikalen Ansatzes einer konservativen Gewerkschaftspolitik im CPS. Um die losen Bausteine einer Gewerkschaftsreform im CPS zu bündeln und zur konkreten Politikstrategie auszuformulieren, beauftragte Joseph den Geschäftsmann John Hoskyns, den Sherman 1975 für eine Mitarbeit im CPS hatte gewinnen können, und Norman Strauss, Marketingmanager bei *Unilever*, mit der Erarbeitung eines Strategiepapieres.²⁷⁶ Diesem Auftrag war ein privates Treffen zwischen Joseph und Hoskyns vorausgegangen, bei welchem letzterer die mangelnde Konsistenz der Offensiven des CPS kritisiert hatte. Joseph akzeptierte diese Kritik und bat Hoskyns darum, zusammen mit Strauss eine Strategie zu formulieren, die eine künftige konservative Regierung brauchen würde, wolle sie die ehrgeizigen Ziele in Politik umsetzen.²⁷⁷

Die Endfassung des daraufhin erarbeiteten Strategiepapieres trug den Titel *Stepping Stones*. Seine Ausführungen kreisten um die zentrale Aussage, die Bändigung der Gewerkschaftsmacht sei die *Conditio sine qua non* für alles Weitere, was eine konservative Regierung zu erreichen gedachte. Auf über 40 Seiten entwarf das Papier den systematischen Plan einer langfristig angelegten »Turn-Around«-Politik, »which must turn the economy around before it reaches the point where lasting recovery might be impossible.«²⁷⁸ Hoskyns und Strauss argumentierten,

²⁷⁴ Vgl. Dixon, Die Evangelisten des Marktes, S. 77.

²⁷⁵ Alfred Sherman, Memorandum, o.D. [1983], zit. nach: Cockett, Thinking the unthinkable, S. 238.

²⁷⁶ Vgl. Geppert, Thatchers konservative Revolution, S. 386.

²⁷⁷ Vgl. Cockett, Thinking the unthinkable, S. 272.

²⁷⁸ John Hoskins/Norman Strauss, »Stepping Stones«, 14. 11. 1977, S. 6, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/81. Auch online abrufbar unter URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/111771> [13.6.2018].

jede zukünftige Regierung sei zum Scheitern verdammt, würde das Problem der Gewerkschaftsmacht jetzt nicht angepackt. Der Versöhnungskurs Priors und des *One-Nation*-Lagers sei fehlgeleitet. »[I]f the union role does not change fundamentally«, schrieben sie, »the economy cannot recover«. »[A]voiding confrontation« is not an available option to a government which is seriously thinking to solve our problems.«²⁷⁹ Die hinter dieser Argumentation stehende Grundannahme lautete: »[S]olutions can only be found by breaking constraints which we had assumed were unbreakable. It is not enough to settle for policies which cannot save us, on the grounds that they are the only ones which are politically possible or administratively convenient.«²⁸⁰ Davon abgesehen sei – wie auch Sherman bereits betont hatte – der Zeitpunkt für einen Angriff wegen des Umschwungs der öffentlichen Meinung gegen die Gewerkschaften günstig; mittelfristig könne diejenige Partei profitieren, die sich dem Problem entschieden stellte.²⁸¹

Zu Beginn des Papiers wurden die Grundannahmen der *Stepping Stones*-Strategie zusammengefasst:

»I. *The Size of the Job*

1.1. The task of the next Tory Government – national recovery – will be of a different order from that facing any other post-war government. Recovery requires a sea-change in Britain's political economy.

1.2. A Tory landslide is not enough, if it only reflects the electorate's material dissatisfaction since 1974. A landslide is needed, but it must represent an explicit rejection of socialism and the Labour-trades unions axis; and the demand for something morally and economically better.

1.3. The Tory Party's pre-election strategy must ensure that the preparation of policy includes plans for the removal of political obstacles to its implementation.

1.4. There is one major obstacle – the negative role of the trades unions. Unless a satisfying and creative role can be developed, national recovery will be virtually impossible.

1.5. To compete with Labour in seeking peaceful co-existence with an unchanged union movement will ensure continued economic decline [...]. It may also make failure to win Office more, rather than less likely, for the Tories. There is nothing to gain (except just possibly, Office without authority), and everything to lose by such a »low risk« approach.

1.6. Skilfully handled, however, the rising tide of public feeling could transform the unions from Labour's secret weapon into its major electoral liability, and the fear of union-Tory conflict could be laid to rest.«²⁸²

²⁷⁹ Ebd., S. 33.

²⁸⁰ Ebd., S. 9.

²⁸¹ Ebd., S. 27 f.

²⁸² Ebd., S. 1.

Der in *Stepping Stones* erarbeitete Plan stieß auf Begeisterung bei der Parteichefin, die in ihren öffentlichen Äußerungen nun entschiedener Position bezog.²⁸³ Im Schattenkabinett traf er jedoch zunächst auf erbitterten Widerstand von Prior und Gilmour.²⁸⁴ Im Lichte des *Winter of Discontent*, jener bereits betrachteten, ausgedehnten Streikwelle des Winters 1978/79, in deren Folge die britische Krisenwahrnehmung einen neuen Höhepunkt erreichte, wurde dieser Widerstand gebrochen und die *Stepping Stones*-Strategie vom Schattenkabinett akzeptiert.²⁸⁵ Die öffentliche Reaktion auf die Streiks und die damit verbundenen massiven Unruhen, die sich in einer Kettenreaktion ausbreiteten, schien einen Meinungsumschwung zuungunsten der Gewerkschaften zu bestätigen. Die konservativen Führungspolitiker lancierten ihren Angriff auf die Gewerkschaften. Der Grundgedanke von *Stepping Stones* wurde zum Leitmotiv ihrer Attacken. »A trade union >movement<«, erklärte Howe in einer Rede im September 1978, als die ersten Streiks begannen, »whose most contentious policies are not supported by a majority of its membership and whose leaders are wedded to a political and economic system which has failed in practice and which most of the electorate do not want – such a movement remains a major obstacle to the economic recovery that could be within our power.«²⁸⁶ Thatcher betonte, die industriellen Unruhen und der nationale Niedergang seien die Ergebnisse einer Regierungspolitik, »which enhanced the power of the unions and which extended their immunity from the law which ordinary citizens and businessmen have to obey.«²⁸⁷ Ein für den thatcheristischen Angriff auf die Gewerkschaften typisches Argumentationsmuster bestand dabei in der Ablenkung von dem Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Betonung eines Gegensatzes zwischen »ordinary citizens« beziehungsweise den Gewerkschaftsmitgliedern, und einer Gewerkschaftselite, die nur noch politische Macht im Sinn und jegliche Verbindung zu denjenigen verloren habe, deren Interessen sie zu vertreten hatten. »We want to see trade union leaders more concerned with the prosperity of their mem-

²⁸³ Vgl. *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 272 f.; *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 388 f. Thatcher vereinbarte mit Hoskyns und Strauss, einen Planungsstab einzurichten, um *Stepping Stones* weiterzuentwickeln.

²⁸⁴ Vgl. ebd., S. 388–391.

²⁸⁵ Vgl. dazu *Cockett*, *Thinking the unthinkable*, S. 274 sowie ausführlich *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 391–416.

²⁸⁶ Geoffrey Howe, Rede vor der Kirklees Chamber of Commerce im Swallow Hotel in Westgate, 15.9.1978, zit. nach: ebd., S. 393.

²⁸⁷ Margaret Thatcher, Rede bei der Finance Houses Association, 25.1.1979, URL: <http://www.margarethatcher.org/document/103934> [13.6.2018].

bers than with the power they can wield in the affairs of the Labour Party«, pflegte die Parteichefin zu betonen.²⁸⁸

Die Macht der Gewerkschaften sei außer Kontrolle geraten und müsse in eine neue Balance gebracht werden.²⁸⁹ Einer Handvoll Gewerkschaftsbossen sei es bislang erlaubt gewesen, »to dictate to the Government the level of public spending, the number of industries to be nationalised, what the tax system should be, the terms on which we can borrow from the IMF – and so on and so on«, hatte Thatcher schon im Jahr 1976 in dem ihr eigenen Populismus kritisiert. Sie komme nicht umher ihnen entgegenzurufen: »With great respect, that is not your job.«²⁹⁰ Auf dem Höhepunkt des *Winter of Discontent* zog sie nun die Konsequenz: »The case is now surely overwhelming, there will be no solution to our difficulties which does not include some restriction on the power of the unions.«²⁹¹

Wie an derlei Äußerungen deutlich wird, hatten sich die Grenzen des konservativen Marktdiskurses klar in Richtung eines konfrontativen Kurses in der Gewerkschaftspolitik verschoben. Neoliberale wie von Hayek und vor allem das CPS hatten einen entscheidenden Anteil daran, indem sie einen konfrontativen Kurs gegen die Gewerkschaften zur absoluten Notwendigkeit erklärten und zeigten, dass mit einem solchen Wahlen zu gewinnen waren. Mit *Stepping Stones* erhielten die neoliberalen Annahmen Einzug in die konkrete konservative Politik. Die Verschmelzung des neoliberalen Diskurses und der politischen Sprache der Konservativen Partei schlug sich schließlich im Manifest der Tories für die Wahlen im Mai 1979 nieder: »[A] fair balance between the rights and obligations of unions, management and the community in which they work are essential to economic recovery«, wurde dort formuliert.²⁹² Die Neubalancierung sollte durch Gesetzes-

²⁸⁸ Margaret Thatcher, Rede vor dem Conservative Central Council, 24. 3. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103980> [13. 6. 2018]. »Labour politicians, and those trade union leaders who put the pursuit of Socialism before the interests of their members, have between them created an economic wasteland for us all«, stellte Thatcher an anderer Stelle fest. Margaret Thatcher, Rede vor konservativen Gewerkschaftern in London, 29. 4. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104053> [13. 6. 2018]. 1976 war der Vorwurf noch etwas vorsichtiger formuliert worden: »We are worried about the apparent unrepresentative nature of some Trade Union officials, and the fact that the power of some Union leaders seems on occasion to be used more for furthering political ends than for the benefit of their members.« Margaret Thatcher, Rede vor konservativen Gewerkschaftern in Manchester, 28. 8. 1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/102970> [13. 6. 2018]

²⁸⁹ Margaret Thatcher, Rede bei der Finance Houses Association, 25. 1. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103934> [13. 6. 2018].

²⁹⁰ Margaret Thatcher, Rede auf dem Parteitag der Konservativen Partei in Brighton, 8. 10. 1976, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103105> [13. 6. 2018].

²⁹¹ Margaret Thatcher, Fernsehansprache, 17. 1. 1979, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/103926> [13. 6. 2018].

²⁹² Wahlmanifest der Konservativen Partei 1979, online abrufbar unter URL: <http://www.conservativemanifesto.com/1979/1979-conservative-manifesto.shtml> [16. 7. 2018].



Abb. 3: Die Chefin der britischen Konservativen, Margaret Thatcher, präsentiert das Wahlprogramm ihrer Partei. Im Hintergrund: Francis Pym, William Whitelaw und Keith Joseph, London, 1. April 1979 (Hulton Archive/Getty Images)

änderungen erfolgen, welche die Macht der Gewerkschaften einschränkten. Diese beinhalteten die Abschaffung des *closed shop*, das Verbot betriebsfremder Streikposten (*secondary picketing*) sowie gesetzliche Regelungen zur staatlichen Finanzierung innergewerkschaftlicher Abstimmungen, um den Einfluss der Gewerkschaftsführer zu beschneiden.²⁹³ Die Wahlen endeten mit einem Sieg der Konservativen; Margaret Thatcher wurde Premierministerin. Richard Cockett ist zuzustimmen, wenn er formuliert: »The work of the CPS on trade union reform was absolutely crucial to the Conservative Party's success at the 1979 election, as well as to the strategy pursued in government from 1979 to 1983.«²⁹⁴

2. Die Grenzen des Neoliberalismus in der christdemokratischen Innenwelt

Die Adaption marktradikaler Axiome aus dem Umfeld eines weit gefächerten neoliberalen Netzwerks spielte eine entscheidende Rolle für die Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen seit Mitte der 1970er-Jahre. Vor diesem Hintergrund fragt das folgende Kapitel nach dem Verhältnis zwischen neoliberaler Außenwelt und der Innenwelt der deutschen Christdemokratie und nach der Bedeutung desselben für die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses in den 1970er-Jahren. Wie gezeigt wird, kann man mit Blick auf die Bundesrepublik in diesem Zeitraum nicht von einem »neoliberalen Netzwerk« sprechen, das – wie die »Neue Rechte« in Großbritannien – einen Transmissionsriemen zwischen neoliberaler Außenwelt und der deutschen Christdemokratie hätte darstellen können. Inhaltliche Berührungspunkte und diskursive Überschneidungen zwischen einem bundesrepublikanischen Neoliberalismus und der sich in den 1970er-Jahren formierenden konservativen »Gegenreform«²⁹⁵ waren kaum vorhanden, der Marktbezug hatte keinen herausgehobenen Stellenwert in diesem konservativen Formierungsprozess.

Die Möglichkeiten der Rezeption und Adaption neoliberaler Axiome im christdemokratischen Marktdiskurs waren, so die zentrale These dieses Kapitels, äußerst begrenzt. Wenngleich die diskursiven Verschiebungen und neuen Akzentsetzungen in der zur Rückeroberung der politischen Deutungshoheit betriebenen »Sprachpolitik« der CDU ebenso wie die sprachpolitische Offensive der »Neuen Sozialen Frage« inhaltliche Berührungspunkte zum neoliberalen Diskurs aufwie-

²⁹³ Vgl. ebd.

²⁹⁴ Cockett, *Thinking the unthinkable*, S. 274.

²⁹⁵ Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 449–478.

sen, erfolgte die Adaption neoliberaler Axiome in Verbindung mit einer marktradikalen Sprache im christdemokratischen Marktdiskurs nicht. Deutsche Christdemokraten und britische Konservative sprachen keine gemeinsame Marktsprache, sodass den Möglichkeiten der transnationalen Rezeption und Kooperation zwischen den beiden Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren ebenfalls enge Grenzen gesetzt waren. Auch das von den konservativen Kräften des rechten Flügels der Union repräsentierte, dezidiert marktwirtschaftliche Element im christdemokratischen Marktdiskurs schied am Ende des Jahrzehnts als Träger einer neoliberalen Grenzverschiebung aus. Wie schließlich deutlich wird, kann die im Zuge der christdemokratischen Wiedererlangung der Regierungsmacht im Jahr 1982 proklamierte »geistig-moralische Wende« nicht als »neoliberale Wende« bezeichnet werden.

2.1 Die neoliberale Außenwelt in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre

Die Großnarrative eines »neoliberalen Erdrutsches«²⁹⁶, einer »Rezession«²⁹⁷, des »Strukturbruchs«²⁹⁸ in den westeuropäischen Industrienationen seit den 1970er-Jahren sind von der Forschung bislang für den bundesrepublikanischen Fall noch keiner umfassenden Überprüfung unterzogen worden. Zwar hat vor allem die »Strukturbruchthese« Anselm Doering-Manteuffels und Lutz Raphaels mehrere fruchtbare Forschungsarbeiten zur Überprüfung und Konkretisierung des sozioökonomischen Wandels in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen und Politikfeldern angeregt und bereits Ergebnisse hervorgebracht.²⁹⁹

²⁹⁶ Vgl. das Kapitel »Der Erdrutsch« in: *Hobsbawn*, Zeitalter der Extreme, S. 503–537.

²⁹⁷ Vgl. *Tony Judt*, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Frankfurt am Main 2005 (zuerst engl. 2005), S. 507–728.

²⁹⁸ Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

²⁹⁹ Vgl. den Tübinger Forschungsverbund »Nach dem Boom«, URL: <http://www.nach-dem-boom.uni-tuebingen.de/index.php> [11.1.2018]; die Sammelbände *Bitzegeio/Mittag/Andresen* (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch?; *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer* (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016; sowie *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Der Epochenbruch in den 1970er Jahren: Thesen zur Phänomenologie und Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«, in: *Bitzegeio/Mittag/Andresen* (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch?, S. 25–40; *Christian Marx*, Die Vermarktlichung des Unternehmens. Berater, Manager und Beschäftigte in der westdeutschen Chemiefaserindustrie seit den 1970er-Jahren, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, 12 (3), 2015: Themenheft Vermarktlichung, S. 403–426; *Tobias Dietrich*, Laufen als Heilssuche? Körperliche Selbstfindung von den 1970er bis zu den 1990er Jahren in transatlantischer Perspektive, in: *Pascal Eitler/Jens Elberfeld* (Hrsg.), *Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung, Politisierung, Emotionalisierung*, Bielefeld 2015, S. 145–160; *Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger* (Hrsg.), *Unternehmen am Ende des »goldenen Zeit-*

Insbesondere zur diskursiven Reichweite des neoliberalen Paradigmas in der Bundesrepublik jedoch, das – vom sozioökonomischen Wandel bedingt und ihn gleichzeitig verstärkend – den »Strukturbruch« kennzeichnete³⁰⁰, fehlt es an systematischen Forschungsarbeiten. Eine transnational vergleichende Analyse des Marktdiskurses der CDU in den 1970er-Jahren stellt einen Ansatzpunkt zur Überprüfung der genannten Großnarrative dar. Während die Thesen des »Erdbebens« und »Strukturbruchs« mit Blick auf die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren einiges an Plausibilität beanspruchen können, spricht die Entwicklung des christdemokratischen Marktdiskurses dafür, derartige Großzählungen zu differenzieren, abzuschwächen und nach anderen Zäsuren Ausschau zu halten.

Die wenigen Ansätze zur Beantwortung der Frage nach einer »neoliberalen Wende« in Deutschland fallen unterschiedlich aus.³⁰¹ Martin Werding bestreitet, dass es eine »neoliberale Wende« in Deutschland gegeben hat. »Wenn und soweit für Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 1970er Jahre eine Periode zu Ende gegangen ist, war dies eine Interimsperiode, ein historisches Intermezzo«, schlussfolgert Werding. »Was seither heraufzieht«, so vermutet der Autor, »knüpft möglicherweise an weiter zurückliegende Entwicklungen an, die im 20. Jahrhundert, vorübergehend, abgeschnitten wurden.«³⁰² Die dieser Hypothese zugrundeliegende Annahme, dass es sich bei der Zeit des Wiederaufbaus und des anhaltenden Booms bis Mitte der 1970er-Jahre um eine exzeptionelle Phase des entwickelten Kapitalismus handelte, kann sicherlich viel Plausibilität beanspruchen.³⁰³ Dennoch ergibt sich aus dieser Lesart der Kontinuität das Problem, dass die neue Qualität des wirtschaftspolitischen Diskurses, die

alters«. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive, Essen 2008; Markus Nöhl, Automobile Symbole im Umbruch. Automobilkritik und Symbolproduktion am Ende des Booms 1965–1975, in: Stephanie Tilly/Florian Triebel (Hrsg.), Automobilindustrie 1945–2000. Eine Schlüsselindustrie zwischen Boom und Krise, München 2013, S. 363–385.

³⁰⁰ Vgl. *Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom, S. 577 f.

³⁰¹ *Martin Werding*, Gab es eine neoliberale Wende? Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre, in: VfZ 56, 2008, S. 303–321; *Andreas Wirsching*, »Neoliberalismus« als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Werner Plumpe/Joachim Scholtz (Hrsg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart 2012, S. 139–150; *Thorsten Lange*, Die Bedeutung der Neuen Vertragstheorie für die Neoliberale Wende, in: Lutz Raphael/Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.), Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit, München 2006, S. 173–191; *Sebastian Müller*, Der Anbruch des Neoliberalismus. Westdeutschlands wirtschaftspolitischer Wandel in den 1970er-Jahren, Wien 2016.

³⁰² *Werding*, Gab es eine neoliberale Wende?, S. 318.

³⁰³ Vgl. zuletzt *Thomas Piketty*, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014. Piketty beschreibt die Zeit von etwa 1930 bis 1975 als wirtschaftlich und sozialpolitisch erfolgreiche Phase, in der der Trend des Kapitalismus zu steigender Ungleichheit zwischenzeitlich aufgehalten wor-

auch in der Bundesrepublik – im Vergleich zu Großbritannien allerdings phasenverschoben vor allem seit den 1990er-Jahren – durchschlug und der angelsächsisch-neoliberale Elemente inhärent waren, gänzlich aus dem Blick gerät.³⁰⁴ Andreas Wirsching lehnt das Etikett »neoliberal« für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1980er-Jahre ab und belegt dies mit Wirtschafts- und Sozialstatistiken, die keinen Bruch im wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinatensystem der Bundesrepublik erkennen lassen.³⁰⁵ Im Gegensatz zu Werding und Wirsching macht Sebastian Müller einen »Anbruch des Neoliberalismus« in Westdeutschland seit Beginn der 1970er-Jahre aus.³⁰⁶ Seine schmale Studie liefert thesenhaft Einblicke in den bundesrepublikanischen Aushandlungsprozess über das Verhältnis von Markt und Staat und die den jeweiligen Ansichten über dieses Verhältnis zugrundeliegenden gesellschaftspolitischen Haltungen. Allerdings verzichtet der Autor gänzlich auf Quellenanalysen und kann daher nur vage Vermutungen aufstellen.

Brauchbarere Anhaltspunkte bieten Spezialstudien zur Rezeption und Bedeutung wichtiger Akteure des Neoliberalismus in der Bundesrepublik sowie zum Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Wandel der 1960er- und 1970er-Jahre und den diskursiven Veränderungen der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen. Mit Blick auf Milton Friedman und die »monetaristische Revolution« in Deutschland ist herausgearbeitet worden, dass sich der Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften und ihren Institutionen in der Bundesrepublik im Vergleich zu den USA schleppend und zeitlich verzögert vollzog.³⁰⁷ Der verspäteten Hinwendung zum Keynesianismus in der Bundesrepublik nach 1945 entsprechend erhielt die keynesianische Wirtschaftslehre in den deutschen Wirtschaftswissenschaften erst zu einem Zeitpunkt Einzug, als das keynesianische Paradigma in den USA seine hegemoniale Stellung bereits wieder einzubüßen begann.³⁰⁸ Vorangetrieben durch eine jüngere Generation von Wirtschaftswissen-

den sei. Nach 1975 sei die Ungleichheit wieder gestiegen und die kapitalistische Weltwirtschaft zum »Patrimonialen Kapitalismus« zurückgekehrt.

³⁰⁴ Wie sehr sich der bundesrepublikanische Marktdiskurs in den 1990er-Jahren wandelte, wird in der Auseinandersetzung um den »Dritten Weg« in der deutschen Sozialdemokratie deutlich. Vgl. dazu grundlegend *Oliver Nachtwey*, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.

³⁰⁵ Vgl. *Wirsching*, »Neoliberalismus« als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell?

³⁰⁶ *Müller*, Der Anbruch des Neoliberalismus.

³⁰⁷ Vgl. grundlegend *Hauke Janssen*, Milton Friedman und die »monetaristische Revolution« in Deutschland, Marburg 2006.

³⁰⁸ In seiner grundlegenden Studie über die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik arbeitet Jan-Otmar Hesse allerdings heraus, wie eine jüngere Generation von deutschen Ökonomen die Fusion aus neoklassischer Mikroökonomie und keynesianischer Makroökonomie vorantrieb und damit eine spezifisch bundesrepublikanische Form der »neoklassischen Synthese« hervorbrachte. Insofern ist die These einer »verspäteten Rezeption des Keynesianismus« in Westdeutschland zu relativieren. Wie der Autor zeigt, wurde die Begrifflichkeit des Keynesia-

schaftlern – vor allem aus dem Umfeld des aus den USA nach Konstanz berufenen Karl Brunner³⁰⁹ – vollzog sich die Hinwendung zum monetaristischen Ansatz Milton Friedmans erst Ende der 1960er-Jahre. Der Paradigmenwechsel in den deutschen Wirtschaftswissenschaften erfolgte aber nicht nur später als in der angelsächsischen Welt, sondern auch keinesfalls einheitlich. Es formierte sich eine Gegnerschaft zur monetaristischen Wende in der sogenannten Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik um den Keynesianer Rudolf Hickel, deren jährlich veröffentlichte Gutachten geradezu zu Gegengutachten zu den Veröffentlichungen des Sachverständigenrats avancierten.³¹⁰ Gleichsam die Zerrissenheit in der bundesrepublikanischen Volkswirtschaftslehre spiegelnd, schwankte der wirtschaftspolitische Kurs der sozial-liberalen Regierung in den 1970er-Jahren auf eigenständige Weise zwischen einer angebotsorientierten Politik und keynesianisch ausgerichteten Initiativen, wie den konjunkturstützenden Maßnahmen der Jahre 1974/75 und 1977/78.³¹¹

Einen im internationalen Vergleich raschen Kurswechsel vollzog die Bundesbank, die als Reaktion auf die Preissteigerungen seit Beginn der 1970er-Jahre infolge des Zusammenbruchs des internationalen Währungssystems von Bretton Woods im Jahr 1974 als erste zentrale Notenbank der Welt zu einer Geldmengensteuerung überging. Mit der vollzogenen Prioritätenverlagerung weg von der konjunkturpolitischen Beschäftigungspolitik hin zur Preisniveaustabilität wurde die Bundesbank vor den USA und Großbritannien zum »Pionier der neuen monetaristischen Lehre«.³¹²

Die wirtschaftlichen Problemlagen der 1970er-Jahre hatten auch eine Neuausrichtung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen

nismus bei der Rezeption der »neoklassischen Synthese« dabei allerdings vermieden und stattdessen von einer »modernen Theorie« gesprochen, einerseits zur Kennzeichnung der methodischen Erneuerung des Faches, andererseits zur Vermeidung einer thematischen und politischen Akzentverlagerung in der Diskussion. Vgl. *Jan-Otmar Hesse*, *Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2010, S. 392, S. 395 sowie S. 27 ff., S. 287 ff.

³⁰⁹ Brunner hatte an mehreren amerikanischen Universitäten, darunter auch an der University of Chicago, gelehrt und verbrachte seit 1968 die Sommersemester zunächst an der Universität Konstanz, später an der Universität Bern. Zusammen mit seinem Kollegen Allan Meltzer legte Brunner während seiner Zeit in Konstanz entscheidende Grundlagen für die monetaristische Wende in Deutschland und Europa. Vgl. *Janssen*, Milton Friedman, S. 106 f.

³¹⁰ Vgl. *Iris Karabelas*, *Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2010, S. 166 f.; *Tim Schanetzky*, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin 2005, S. 192–198.

³¹¹ Vgl. *Schanetzky*, *Die große Ernüchterung*, S. 211 f.; *Conze*, *Die Suche nach Sicherheit*, S. 506 f.

³¹² *Gérard Bökenkamp*, *Das Ende des Wirtschaftswunders: Geschichte der Sozial- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969 bis 1998*, Stuttgart 2010, S. 89.

Entwicklung zur Folge. War dieser in den 1960er-Jahren dem keynesianischen Paradigma gefolgt, verloren die Keynesianer nach der ersten Ölpreiskrise 1973/74, welche die völlig neue Konstellation der »Stagflation« nach sich zog, die Mehrheit. In seinem Jahresgutachten von 1976 vollzog der Sachverständigenrat schließlich die Wende zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Tim Schanetzky hat – ausgehend von der Frage nach dem Wandel der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen und der wirtschaftspolitischen Wissensproduktion – die semantischen Reaktionen des Sachverständigenrats analysiert und herausgearbeitet, wie angesichts des gesellschaftlichen Strukturwandels und ökonomischer Problemlagen wie der »Stagflation« die keynesianische Globalsteuerung in Bedrängnis geriet und das Vertrauen in die »Verwissenschaftlichung von Politik« sowie in die Steuerbarkeit des Wirtschaftsprozesses erschüttert wurden. Die Reaktionen der Instanzen der wissenschaftlichen Beratung – allen voran des Sachverständigenrats, in dem nun Angebotstheoretiker wie der vormalige Keynesianer Herbert Giersch und Gerhard Fels den Ton angaben – bestanden in einer Hinwendung zu monetaristischen und angebotsorientierten Annahmen. Gleichzeitig nahm das Vertrauen in die Handlungsanweisungen wissenschaftlicher Expertise ab.³¹³ Unter Minister Hans Friderichs, einem wichtigen Vertreter des Wirtschaftsflügels der FDP, vollzog das Bundeswirtschaftsministerium eine klare Abwendung vom keynesianischen Paradigma.³¹⁴

In der bundesrepublikanischen Wirtschaftswissenschaft und Publizistik jener Jahre gab es zudem wahrnehmbare Stimmen, die den gefühlten Steuerungs- und Kontrollverlust artikulierten und mit einer eindeutigen Präferenz für einen angelsächsischen Marktliberalismus beantworteten. Zentrales Element solcher diskursiven Verschiebungen war das Deutungsmuster, die Soziale Marktwirtschaft befände sich aufgrund der Überbürdung des Staates mit wesensfremden Aufgaben in einem Zerfallsprozess. Die »Verfallsnarrative der Sozialen Marktwirtschaft«³¹⁵ beinhalteten Klagen über die »Politisierung der Wirtschaft« und die »öffentliche Verschwendung«. Eine rege publizistische Aktivität in diese Richtung entfaltete Wolfram Engels, Herausgeber der *Wirtschaftswoche* und späterer Gründer des Kronenberger Kreises. Engels konstatierte eine »Euphorie, ja eine Hysterie in den Forderungen nach öffentlichen Aufgaben«³¹⁶ und setzte dem »politischen Ehrgeiz auf Verschwendung« ein »mehr Markt« entgegen.³¹⁷ Der negative Staats-

³¹³ Vgl. Schanetzky, Die große Ernüchterung.

³¹⁴ Vgl. ebd., S. 134.

³¹⁵ Stefan Scholl, Begrenzte Abhängigkeit. »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2015, S. 339 ff.

³¹⁶ Wolfram Engels, Die öffentliche Verschwendung, in: FAZ, 22.7.1972, S. 13.

³¹⁷ Ders., Mehr Markt. Soziale Marktwirtschaft als politische Ökonomie, Stuttgart 1976, S. 114.

begriff verband sich bei Engels mit der Forderung nach umfassender Privatisierung, die sich auf Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser erstrecken sollte.³¹⁸

Die Verfallsnarrative der Sozialen Marktwirtschaft waren diskursiv verknüpft mit der auch politik- und sozialwissenschaftlich geführten Debatte über die »Regierbarkeit« moderner, industriestaatlich organisierter Demokratien.³¹⁹ Einen Beitrag zu dieser Debatte lieferte Christian Watrin. Bei dem späteren Präsidenten der *Mont Pèlerin Society* verband sich der Befund der »Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«³²⁰ mit einer neoliberalen Argumentation, wenn er – sich auf von Hayek beziehend – klarzustellen gedachte, die »Regierbarkeit« sei »allenfalls ein Thema für die »konstruktivistischen« Interventionisten.« Dieser Rückgriff auf den Hayek'schen Vorwurf des »Konstruktivismus«, der die Ablehnung der Position zum Ausdruck brachte, gesellschaftliche Zustände seien machbar und planbar, implizierte eine Umkehrung der Regierbarkeitsproblematik, zeuge doch schon die Frage nach »Regierbarkeit« von einem falschen Staatsverständnis. »Wer primär davon ausgeht, daß nicht die Ordnung der sozialen und ökonomischen Beziehungen im Sinne des Freiheitsideals, sondern die Implementierung sogenannter volkswirtschaftlicher Ziele [...] die wichtigste Aufgabe der Politik sei, der ist bei unzureichendem »Zielerfüllungsgrad« meist schnell geneigt, seine Mißerfolge dadurch hinwegzuerklären, daß er mit dem Versprechen auf künftig bessere Ergebnisse die angeblich unaufschiebbaren Komplettierungen des staatlichen Instrumentariums zum Zwecke besserer »Regierbarkeit« fordert.«³²¹

Der monetaristische Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften und in den Instanzen wissenschaftlicher Politikberatung, die Klagen über einen Verfall der Marktwirtschaft sowie die Regierbarkeitsdebatte fielen schließlich zeitlich mit einer Verschiebung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zusammen, die von den Zeitgenossen bereits als »Tendenzwende« beschrieben wurde. Der diffuse, inhaltlich vieldeutige Begriff der »Tendenzwende« impliziert einen Transformationsprozess des deutschen Konservatismus seit den 1970er-Jahren, dessen Erforschung sich erst im Anfangsstadium befindet.³²² War der Begriff zunächst im Zusammen-

³¹⁸ Vgl. Staatsausgaben generell überzogen, in: DER SPIEGEL, 7. 8. 1972, S. 52–54.

³¹⁹ Für die Diskussion über die »Regierbarkeit« in der Bundesrepublik vgl. Hacke, Der Staat in Gefahr.

³²⁰ Christian Watrin, Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben, in: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977, S. 233–253.

³²¹ Vgl. ebd., S. 233 f.

³²² Erste Ansätze finden sich bei Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«; zuletzt Peter Hoeres, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: VfZ 61, 2013, S. 93–119. Für die CDU im Speziellen vgl. Bösch, Die Krise als Chance; Ders., Macht und Machtverlust.

hang von Inflation, Ölkrise und Umsatzbilanzen verwendet worden, wurde er im März 1974 von dem *ZEIT*-Journalisten Rolf Zundel popularisiert, der vor dem Hintergrund der jüngsten Erfolge der Union bei Kommunal- und Landtagswahlen die »Renaissance konservativer Ideen« als »Tendenzwende« betitelte.³²³ Ängste, ein Gefühl der Unsicherheit und Orientierungslosigkeit infolge ökonomischer und politischer Verwerfungen hätten zu einer Krise des sozialistischen Fortschrittsglaubens geführt, während »konservative Vokabeln« eine neue Bedeutung erlangten.³²⁴ Unter dem Schlagwort »Tendenzwende« bündelten sich einerseits Beiträge einer äußerst heterogenen Gruppe konservativer und liberaler Intellektueller, während andererseits linksliberale und linke Kritiker zur Popularisierung des Begriffs beitrugen, als sie mit ihm eine anbrechende konservative Hegemonie bezeichneten, welche die (links)liberale politische Kultur bedrohte.³²⁵

Die bisherigen Forschungsansätze zu den konservativen Signaturen in den 1970er- und 1980er-Jahren verweisen darauf, dass sich der Transformationsprozess des Konservatismus, der in der Bundesrepublik unter dem Begriff der »Tendenzwende« firmierte, anders die britische »Neue Rechte« nicht primär als neo-

³²³ Zur Genealogie des »Tendenzwende«-Begriffs vgl. ausführlich *Hoeres*, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«.

³²⁴ *Rolf Zundel*, Man trägt wieder konservativ, in: *DIE ZEIT*, 29. 3. 1974, online abrufbar unter URL: <http://www.zeit.de/1974/14/man-traegt-wieder-konservativ/komplettansicht> [23. 2. 2018].

³²⁵ Vgl. *Hoeres*, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Wie *Hoeres* herausarbeitet, hatte die Begrifflichkeit einer konservativen Wende und ihre Diskussion seit Beginn des Jahrzehnts Hochkonjunktur im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Publikationen, Kongressen und Tagungen, zu denen so unterschiedliche Persönlichkeiten der geistigen Landschaft der Bundesrepublik wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Hermann Lübke, der baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn (CDU), der Redakteur der konservativen Wochenzeitung »Deutsche Zeitung – Christ und Welt« Ludolf Herrmann, Arnold Gehlen und sein Schüler Helmut Schelsky, Armin Mohler, aber auch Richard Löwenthal, Carl Friedrich von Weizsäcker und Ralf Dahrendorf beitrugen. Vgl. dazu beispielsweise *Gerd-Klaus Kaltenbrunner* (Hrsg.), *Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen*, München 1974; *Ders.* (Hrsg.), *Rekonstruktion des Konservatismus*, Freiburg 1972; *Martin Greiffenhagen*, *Freiheit gegen Gleichheit? Zur Tendenzwende in der Bundesrepublik*, Hamburg 1975; *Christoph von Bülow* (Hrsg.), *Die Schüler-Union. Tendenzwende an den Schulen?*, Bonn 1975; *Clemens von Podewils*, *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik*, Stuttgart 1975; *Armin Mohler*, *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978. Eine vielbeachtete Offensive im Kontext der Auseinandersetzung um eine konservative »Tendenzwende« startete Helmut Schelsky, der die Etablierung der linken Intellektuellen als »Priesterherrschaft« geißelte, die eine unproduktive, »ihrerseits die Güter-Produzenten ausbeutende Klasse« bildete. Vgl. *Helmut Schelsky*, *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*, Opladen 1975. Unter dem Titel »Schelsky und die Neue Rechte: Irrtümer und Gefahren der politischen Gegenreformation« formulierte Ralf Dahrendorf seine Kritik an der in Schelskys Buch vorangetriebenen »Tendenzwende« der »Neuen Rechten«. Vgl. Ralf Dahrendorf, *Die Denunziation der Aufklärung*, in: *DIE ZEIT*, 28. 3. 1975, URL: <http://www.zeit.de/1975/14/die-denunziation-der-aufklaerung> [12. 2. 2018].

liberale Diskursverschiebung beschreiben lässt. Auch wenn die Frage, ob sich der deutsche Konservatismus durch die Übernahme von angelsächsisch-neoliberalen Elementen in den 1970er- und 1980er-Jahren zunehmend ökonomisch definierte, bislang keinesfalls erschöpfend bearbeitet worden ist, tritt doch Folgendes klar hervor: Bei den auf eine politische »Tendenzwende« zielenden konservativen und neokonservativen Kräften in der Bundesrepublik handelte es sich um eine überaus heterogene Strömung, für die ein gewandelter Marktbezug keinesfalls *das* verbindliche Element darstellte. Während neoliberale Axiome in die Erneuerung des britischen Konservatismus einfließen, bildete der »freie Markt« nicht in vergleichbarer Weise eine diskursive Schnittstelle zwischen Konservativen und Neoliberalen in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung um die »Tendenzwende« und später die »geistig-moralische Wende« kreiste weniger um den Marktbezug als um einen »traditionellen« Begriff des Konservatismus, dessen inhaltlicher Kern mehr in der Aufwertung der Familie, der Revitalisierung des Begriffs der Nation und im Rekurs auf klassische bürgerliche Tugenden bestand.³²⁶ Die durch eine übermäßige Belastung des Staates entstandenen Problemlagen sollten weniger über »mehr Markt« als über die Rückkehr zu traditionell-konservativen Werten gelöst werden.

Dementsprechend spielten die intellektuellen Vertreter des Neoliberalismus lediglich eine untergeordnete und eine im Vergleich zur britischen »Neuen Rechten« anders gelagerte Rolle bei der Formierung der konservativen Kräfte der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren. Iris Karabelas hat in ihrer Studie über die Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik deutlich gemacht, dass die einzelnen Strömungen des deutschen Konservatismus nach 1945 wenig anschlussfähig an von Hayeks Ideengebäude waren. Unterschiedliche Vertreter des Konservatismus wie Armin Mohler oder Gerd-Klaus Kaltenbrunner griffen in den 1970er-Jahren zwar auf ausgewählte Positionen von Hayeks zurück, um der eigenen anti-sozialistischen Argumentation durch die Stimme des Nobelpreisträgers Plausibilität zu verleihen³²⁷, indes kann von einer weitgehenden Adaption marktradikaler Axiome des Neoliberalismus im Spektrum des deutschen Konservatismus der 1970er-Jahre nicht gesprochen werden. Dass von Hayek in der Bundesrepublik von konservativen und christdemokratischen Akteuren überhaupt rezipiert wurde, ist in erster Linie auf den gegen die Neue Linke geführten ideologischen Kampf infolge der 1968er-Bewegung und erst in zweiter Linie auf den Plausibilitätsverlust des Keynesianismus infolge der Rezession seit 1973 zurückzuführen.³²⁸

³²⁶ Vgl. Hoeres, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«, S. 117.

³²⁷ Die Rezeption von Hayeks im Wirken konservativer Intellektueller war so begrenzt, dass Karabelas sie auf zwei Seiten abhandeln kann. Vgl. Karabelas, Freiheit statt Sozialismus, S. 177 f.

³²⁸ Vgl. ebd., S. 168.

Die Strahlkraft des international im Aufwind begriffenen Neoliberalismus auf den politischen Diskurs der Bundesrepublik der 1970er-Jahre kann hier ebenso wenig abschließend bemessen werden wie die Transformation des deutschen Konservatismus in diesen Jahren und mögliche diskursive Wechselwirkungen und Schnittmengen dieser beiden parallel verlaufenden Entwicklungen. Dazu fehlt es an belastbaren Ergebnissen in der Forschung. Während etwa die Wirkungsgeschichte neoliberaler Think Tanks in Großbritannien gut bearbeitet worden ist, fehlt es in der deutschen Geschichtswissenschaft an Studien über deutsche Denkfabriken wie die 1953 gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), das 1954 ins Leben gerufene Walter-Eucken-Institut oder den in den 1980er-Jahren wirkenden Kronberger Kreis.³²⁹ Allerdings weisen die bisherigen Ergebnisse der Forschung darauf hin, dass für den bundesrepublikanischen Vergleichsfall – ungeachtet der in den Diagnosen des Verfalls der Sozialen Marktwirtschaft und der in der Unregierbarkeitsdebatte aufzuspürenden neoliberalen Elemente – nicht von einem neoliberalen Netzwerk gesprochen werden kann, das in Organisationsgrad und Reichweite mit der britischen »Neuen Rechten« zu vergleichen wäre.³³⁰ Damit waren jene Transmissionsriemen, über die neoliberale Axiome Einzug in den Marktdiskurs der britischen Konservativen erhielten, in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre nicht in ähnlichem Maße existent. Die Reichweite des Neoliberalismus in der deutschen Christdemokratie der 1970er-Jahre war mithin von vorn herein begrenzt.

2.2 Christdemokratische Sprachpolitik – Einfallstor für neoliberale Axiome?

Konstitutiver Bestandteil des christdemokratischen Erneuerungsprozesses war das Bemühen um eine Intellektualisierung von Politik, an deren Anfang eine gewandelte Haltung der CDU gegenüber den Intellektuellen stand.³³¹ Das Verhältnis der CDU zu den intellektuellen Meinungsführern der Bundesrepublik war traditionell ausgesprochen distanziert. Dies lag daran, so die zeitgenössische Problemanalyse eines CDU-Erneuerers, »daß die CDU während der Wiederaufbau-Epoche in der politischen Verantwortung einer pragmatischen außenpolitischen, wirtschaft-

³²⁹ Jüngere Studien, die die Frage nach dem Stellenwert neoliberaler Netzwerke in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre stellen, können hierauf bestenfalls sehr vage Antworten geben. Vgl. Müller, *Der Anbruch des Neoliberalismus*. Müllers Studie stellt die richtigen Fragen mit Blick auf neoliberale Netzwerke in der Bundesrepublik und deutet ihren Einfluss an mehreren Stellen an. Allerdings verzichtet der Autor fast gänzlich auf eine eigene Quellenanalyse, sodass er keine validen Ergebnisse liefern kann.

³³⁰ Vgl. Hoeres, *Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«*, S. 117; *Karabelas*, *Freiheit statt Sozialismus*, S. 177 f.; *Plickert*, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 439 f.

³³¹ Vgl. Schmidt, »Die geistige Führung verloren«, S. 97.



Abb. 4: Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf auf dem 22. CDU-Bundesparteitag in Hamburg, 18. November 1973 (KAS/Slomifoto)

lichen und sozialen Absicherung der jungen deutschen Demokratie den Vorrang vor einer geistigen Erneuerung geben mußte.«³³² Die progressiven Kräfte innerhalb der CDU sahen in der ablehnenden Attitüde gegenüber den Intellektuellen ein Indiz für die Kluft zwischen der Partei und dem veränderten geistigen Klima der Bundesrepublik, die für die eigene politische Sprachlosigkeit mitverantwortlich war. 1964 bezeichnete es Kohl auf dem CDU-Parteitag als eines der »größten Versäumnisse [...], dass wir uns [...] mit Mitbürgern in Deutschland, die im geistigen Bereich tätig und beheimatet sind, zu wenig der Diskussion gestellt haben, [...] daß wir uns zu wenig mit Menschen aus dem Bereiche der Universitäten [...] auseinandergesetzt haben, [...] auch, um von dort Rat und Ratschlag entgegenzuneh-

³³² So Gerd Langguth, in: Helmut Kohl, *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993*, hrsg. von *Peter Hintze* und *Gerd Langguth*, Stuttgart 1993, S. 118. Die Ablehnung, welche die Führungspolitiker der CDU den – freilich zumeist linken – Intellektuellen entgegenbrachten, wurde etwa im Wahlkampf des Jahres 1965 deutlich, als Ludwig Erhard eine Anzahl prominenter deutscher Schriftsteller, die ein »Plädoyer für eine neue Regierung« veröffentlicht hatte, unter ihnen Günter Grass und Rolf Hochhuth, als »ganz kleine Pinscher« bezeichnete. Zit. nach: *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 97.

men.«³³³ Während die Union in den ersten Jahren ihrer jungen Geschichte eine lebhaft programmatische Diskussion vollzogen habe, könne dies für die Jahre 1955 bis 1968 nicht gerade behauptet werden³³⁴, so Kohl 1975, der, seit 1973 im Amt des Parteivorsitzenden angekommen, eine gewandelte Haltung gegenüber den Intellektuellen zur offiziellen Parteilinie machte.³³⁵ Er begründete dies pragmatisch: »Intellektuelle sind nämlich in mancherlei Hinsicht die Avantgarde der Gesellschaft. Was sie heute an neuen Ideen artikulieren, kann morgen das Verhalten der Menschen prägen und entscheidet übermorgen möglicherweise Wahlen.«³³⁶ Im Bewusstsein des Zusammenhangs zwischen intellektueller und politischer Diskursivität und mit noch größerer Akribie widmete sich auch Generalsekretär Kurt Biedenkopf dem Verhältnis der CDU zu den Intellektuellen: »Die Aufgabe eines Intellektuellen in einer freien Gesellschaft ist es, bei der Entwicklung theoretischer politischer Konzepte mitzuwirken, diese kritisch zu reflektieren und ihrerseits kritisch voranzutreiben.«³³⁷ Für die CDU galt es, in einen »kritisch-produktiven Dialog« mit den Intellektuellen zu treten, mit dem Ziel, »den in der öffentlichen Wahrnehmung fest verankerten Zusammenhang zwischen jugendlichem Esprit, Intellektualität und einer linken politischen Orientierung zu durchbrechen.«³³⁸

Hinter den hier angedeuteten Bemühungen der neuen CDU-Führung, zu einem gewandelten Verhältnis zu den intellektuellen Kräften des vopolitischen Raums zu gelangen, stand ein zentraler Gedanke des zeitgenössischen intellektuellen Diskurses: Die Annahme, die politische Auseinandersetzung bestehe im Wesentlichen im »Kampf gegen den Sprachgebrauch des politischen Gegners, dem zentrale und öffentlichkeitswirksame Begriffe nicht widerstandslos überlassen wer-

³³³ Helmut Kohl, Rede auf dem 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover, 14.–17. 3. 1964, S. 67 f. des Protokolls, URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1964-03-14-17_Protokoll_12.Bundesparteitag_Hannover.pdf [22. 1. 2018].

³³⁴ Helmut Kohl, Die Intellektuellen und die CDU, Beitrag in der »Sonde« im Frühjahr 1975, abgedr. in: Helmut Kohl, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 118–132, hier S. 121.

³³⁵ Vgl. auch Schmidt, »Die geistige Führung verloren«, S. 97.

³³⁶ Helmut Kohl, Zwischen Ideologie und Pragmatismus. Aspekte und Ansichten zu Grundfragen der Politik, Stuttgart 1973, S. 39.

³³⁷ Kurt Biedenkopf, Die Intellektuellen und die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/1976, S. 3–11, hier S. 10. Bereits im März 1973 hatte Biedenkopf formuliert: »Das Verhältnis der CDU zu den geistigen und kulturellen Gruppen ist defensiv. Die Bedeutung dieses Bereiches für die Stabilität des Staates und der Gesellschaft kommt weder im Programm noch in der politischen Aussage zum Ausdruck. Der Partei ist es noch nicht gelungen, dem Führungsanspruch ›linksliberaler‹ Gruppen im geistig-kulturellen Bereich einen eigenen Repräsentationsanspruch entgegenzustellen.« Ders., Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, Nr. 12, 16. 3. 1973.

³³⁸ Schmidt, »Die geistige Führung verloren«, S. 99.

den« dürften.³³⁹ Dass die politische Initiative nur über die geistige Meinungsführerschaft gewonnen werden konnte, war in den 1970er-Jahren nicht nur innerhalb des links-intellektuellen Spektrums ein weit verbreiteter Gedanke. Christdemokratische Politiker, die an der Gewinnung der politischen Deutungshoheit interessiert waren, mussten nicht Antonio Gramscis Konzept der kulturellen Hegemonie rezipieren, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen. Seit Ende der 1960er-Jahre betonten auch konservative Intellektuelle wie Hermann Lübke die Bedeutung von Sprache für Politik: »Der Kampf gegen den politischen Gegner wird nicht zuletzt geführt als Kampf gegen seinen politischen Sprachgebrauch.«³⁴⁰

Die Sensibilisierung für Sprache innerhalb der CDU war mit der seit Ende der 1960er-Jahre auftretenden Aufmerksamkeit für Verschiebungen von Begriffsbedeutungen angesichts einer Soziologisierung beziehungsweise Verwissenschaftlichung der politischen Sprache durch die 68er-Bewegung verbunden.³⁴¹ Zusammen mit dem Wandel der politischen Sprache und dem Aufkommen neuer Begrifflichkeiten in der sozial-liberalen Koalition, die manche Impulse der 68er-Bewegung integriert hatte, hatte dies zu einer Isolierung der Union von der Wählerschaft geführt. Dies war vor allem nach der verheerenden Wahlniederlage von 1972 deutlich geworden. »Die CDU hat die geistige Führung verloren.«, lautete der erste Satz eines von Christian Schwarz-Schilling und Gerd Langguth zum Jahresbeginn 1973 verfassten Strategiepapiers, das »Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik« anstellte. Die Politik der CDU habe sich zu lange in einem »weitgehenden Pragmatismus« erschöpft, »wobei das >C< vielfach als eine Traditionsetikette missverstanden worden ist und nicht Ausgangspunkt einer offensiven geistigen Auseinandersetzung war.« Dieses »geistige Vakuum« sei zunehmend von der »Linken« ausgefüllt worden. In einer Gesellschaft, die sich durch eine »abnehmende Geborgenheit des Einzelnen«, eine »Verbürokratisierung des täglichen Lebens« und eine »Verwissenschaftlichung« auszeichne, erlange die Wertdiskussion wieder grundsätzliche Bedeutung. Dieser Entwicklung habe die SPD inhaltlich wie taktisch Rechnung getragen, weshalb sie nach der geistigen Führung auch die politische Führung gewonnen habe.³⁴²

³³⁹ Ebd., S. 100.

³⁴⁰ Hermann Lübke, Der Streit um Worte, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter. München 1975, S. 87–111, bes. S. 97 f. und S. 107 f.

³⁴¹ Vgl. Martin Wengeler, »1968« als sprachgeschichtliche Zäsur, in: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hrsg.), Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1995, S. 383–404; Anja Kruke, Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 293–326, hier S. 314.

³⁴² Christian Schwarz-Schilling/Gerd Langguth, Überlegungen zu einer längerfristigen CDU-Politik, 22. 1. 1973, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 709.

Die CDU hatte ihre politische Sprachlosigkeit erkannt und setzte nun darauf, diese mithilfe einer Politik *mit Sprache* zu durchbrechen.³⁴³ Am 18. November 1973 kreierte Generalsekretär Biedenkopf zum Auftakt des 22. Bundesparteitag der CDU in Hamburg im Rahmen seines Rechenschaftsberichtes die Formulierung vom »Besetzen der Begriffe«. Auf den Verlust der Begriffshegemonie an die politische Linke Bezug nehmend, bemerkte Biedenkopf: »[...] Sprache [...] ist nicht nur ein Mittel der Kommunikation. Wie uns die Auseinandersetzung mit der Linken zeigt, ist Sprache auch ein wichtiges Mittel der Strategie. Was sich heute in unserem Lande vollzieht, ist eine Revolution neuer Art. Es ist die Revolution der Gesellschaft durch die Sprache. Die gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht ist nicht länger Voraussetzung für eine revolutionäre Umwälzung der staatlichen Ordnung. Revolution findet heute auf eine andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierung werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert, die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben. [...] Wir erleben heute eine Revolution, die nicht der Besetzung der Produktionsmittel, sondern der Besetzung der Begriffe dient.«³⁴⁴

Biedenkopfs Offensive zum »Besetzen der Begriffe« wurde mit der Gründung der Arbeitsgruppe »Politik und Sprache«, die sich aus Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle und des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (SFK) zusammensetzte, im Parteiapparat institutionalisiert.³⁴⁵ Die »Semantikgruppe« analysierte vier Jahre lang Texte und Begriffe und legte den Grundstein für eine neue Sprachstrategie der CDU, die sich im Kontext ihrer programmatischen Neuorientierung entfaltete.³⁴⁶ Um der sprachkritischen Analyse der »Semantikgruppe« das nötige fachwissenschaftliche Knowhow zu verleihen, wurde der Sprachwissenschaftler Hans Messelken als externer Experte hinzugezogen.³⁴⁷ Messelken leitete das Institut für Kommunikations- und Sprachforschung Sematest e.V., das im August durch den Staatssekretär im

³⁴³ Zur Verbindung der christdemokratischen Sprachpolitik mit dem Instrument der Demoskopie vgl. *Kruke*, Der Kampf um die politische Deutungshoheit, S. 314–318.

³⁴⁴ *Kurt Biedenkopf*, Bericht des Generalsekretärs. Rede auf dem CDU-Parteitag in Hamburg, 18.–20. 11. 1973, in: *Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 22. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1973, S. 61.

³⁴⁵ Vgl. dazu auch *Kruke*, Der Kampf um die politische Deutungshoheit, S. 314f.; *Steber*, Die Hüter der Begriffe, S. 220–229.

³⁴⁶ Bereits 1970 war zur Vorbereitung der hessischen Landtagswahlen eine »Projektgruppe Semantik« installiert worden, die von Peter Radunski geleitet worden war. Zur Selbstdarstellung der Ergebnisse des Landtagswahlkampfes durch die Mitglieder der Gruppe vgl. *Peter Radunski/Alexander Niemetz*, Die Anlage des Landtagswahlkampfes. Erfolgreiche Planung und Durchführung eines Wahlkampfes am Beispiel der CDU Hessen, in: *Sonde* 4, 1971, S. 36–51.

³⁴⁷ Zur Arbeitsgruppe vgl. auch *Manfred Behrens/Walther Dieckmann/Erich Kehl*, Politik als Sprachkampf. Zur konservativen Sprachkritik und Sprachpolitik seit 1972, in: Hans-Jürgen

Staatsministerium Baden-Württemberg, Gerhard Mahler, gegründet worden war und das ein Rechnerprogramm zur computergestützten Textanalyse entwickelt hatte. Als wichtigste Aufgabe formulierte man für Sematest die empirische Untersuchung der Frage, »auf welche Weise Ideologeme mit größtmöglicher Wirksamkeit an bestimmte Adressatengruppen so gebracht werden können, daß sie deren politisches Handeln beeinflussen.«³⁴⁸ Ziel war es, die Bundesgeschäftsstelle und die CDU-Landesverbände darin zu unterstützen, »die sprachlichen Mittel der Politik konsequenter zu nutzen, als dies seinerzeit der Fall gewesen war.«³⁴⁹

Im Verlauf der 1970er-Jahre etablierte sich die Hinwendung zur Sprache innerhalb der CDU als eine in politikwissenschaftliche Terminologie gekleidete Sprachkritik und -politik, die auf semantische Verschiebungen im politischen Deutungskampf gerichtet war. Die Grundannahmen dieser Sprachpolitik fasste der damalige Büroleiter Helmut Kohls, Wolfgang Bergsdorf, der neben Warnfried Dettling, dem Leiter der Grundsatzabteilung in der Bundesgeschäftsstelle, und Generalsekretär Biedenkopf zu den führenden Köpfen der semantischen Offensive der CDU gehörte, rückblickend prägnant zusammen.³⁵⁰ Bergsdorf begriff Politik im Rückgriff auf Lübke als die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmung zu erzeugen. Mit diesem Verständnis verfüge man über eine hinreichende Voraussetzung, einen wesentlichen Aspekt moderner Politik analysieren zu können: »Denn die Erzeugung von Zustimmungsbereitschaft in der Öffentlichkeit verweist auf jene Darstellungs- und Selbstdarstellungsmethoden der Politik, unter denen die Sprache die wichtigste, jedenfalls der Analyse am ehesten zugängliche ist.« Jede Politik müsse sich des Symbolsystems der Sprache bedienen, um ihre Ziele zu erläutern, die konkurrierenden Ziele zu kritisieren und für den eigenen Handlungsvorschlag Zustimmung zu erzeugen. Dies sei der Grund für den affirmativen Charakter der politischen Sprache.³⁵¹ Allerdings gelte weiterhin der »Primat der Politik« gegenüber der Sprache, denn: »nicht die Kunst der Rhetorik und auch nicht die leitenden Begriffe der politischen Terminologie bewirken oder verhindern politische Entwicklungen, sondern die Menschen die sich ihrer zum Zwecke der Überredung oder Überzeugung bedienen.«³⁵² Wenn politische Ziele

Heringer (Hrsg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982, S. 216–265, hier S. 220 und S. 223 f.

³⁴⁸ Hans Messelken, Protokoll der Vorbesprechung zur Zusammenarbeit bei Sematest, Bad Münstereifel, 28. 4. 1974, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 17041.

³⁴⁹ Kurt Biedenkopf an Walther Leisler Kiep, 13. 1. 1977 (Anlage: »Was war und zu welchem Ende gab es Sematest?«), in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 12260.

³⁵⁰ *Wolfgang Bergsdorf*, Sprache und Politik. Laudatio auf Hans Messelken, in: Holger Burckhart/Oliver Fink (Hrsg.), Sprache der Didaktik – Didaktik der Sprache, Würzburg 2003, S. 10–17.

³⁵¹ Alle Zitate ebd., S. 11.

³⁵² Ebd.

allerdings nicht gebündelt würden, bliebe die Gesellschaft strukturlos und handlungsunfähig. Hier misst Bergsdorf der Sprache als Mittel zur Formulierung von Zielen und Werten eine zentrale Bedeutung für die »politische Integration« bei.³⁵³ Die Integrationsleistung der politischen Sprache fordere einen hohen Preis, den einer mangelnden Präzision ihrer Begriffe. Man könne diesen Gedanken allerdings auch in umgekehrte Richtung bringen, so Bergsdorf weiter: »Je höher die Präzision der politischen Begrifflichkeit, je genauer sie eine politische Vision oder eine gegebene Lage auf einen Begriff bringt, desto geringer wird ihre Integrationsleistung, desto begrenzter ihre Fähigkeit, für dieses Erklärungskonzept Unterstützung zu gewinnen. Die Kritik an der mangelnden Präzision der politischen Sprache wird so zu einem Kompliment für ihre Integrationsleistung.«³⁵⁴

In dem hier von Bergsdorf retrospektiv zum Ausdruck gebrachten Verständnis der politischen Sprache als Mittel der politischen Integration findet sich ein erster Hinweis auf Unterschiede in den Stoßrichtungen der semantischen Offensiven der CDU einerseits und der britischen Konservativen andererseits. Die sprachpolitischen Bemühungen der CDU zielten zwar ebenso wie die semantische Strategie der Thatcheristen innerhalb der Tory-Partei auf die Rückgewinnung der politischen Deutungshoheit zwecks Wiedergewinnung politischer Gestaltungsfähigkeit. Die sprachstrategischen Konsequenzen, die die erneuerte Christdemokratie und die thatcheristisch dominierten Tories aus dieser Überlegung zogen, waren aber andere. Die CDU setzte auch auf der Ebene dieser dezidiert sprachpolitischen Überlegungen zur Professionalisierung ihrer Politik auf die Gewinnung von Wählerschichten mit dem Konzept der »politischen Mitte« und war somit insgesamt weniger konfrontativ ausgerichtet als die sprachpolitischen Offensiven der britischen Konservativen, die sich – wie gezeigt wurde – immer durch eine anti-sozialistische Vehemenz auszeichneten.

Die hier herausgearbeiteten Ansätze einer christdemokratischen Sprachpolitik zeigen einen weiteren Unterschied zu den britischen Konservativen. So ist ein direkter Einfluss von neoliberalen Think Tanks und Interessengruppen auf den Marktdiskurs der CDU, anders als im britischen Fall, nicht festzustellen. Während Denkfabriken wie das IEA und das CPS mit ihren semantischen Offensiven die Bemühungen um eine Intellektualisierung und Professionalisierung konservativer Politik maßgeblich mitbestimmten und sogar unmittelbar auf den Politikformulierungsprozess der Tories einwirkten, blieb die Planungs- und politische Strategiearbeit der CDU fest in der Bundesgeschäftsstelle beziehungsweise bei der parteinahen Konrad-Adenauer-Stiftung lokalisiert. Die Bemühungen um eine Intellektualisierung von Politik und die sprachpolitischen Offensiven wurden im

³⁵³ Ebd., S. 12 f.

³⁵⁴ Ebd., S. 16.

Fall der CDU aus der Partei heraus forciert – auch das erklärt, warum der semantische Wandel im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie weit weniger radikal ausfiel als bei den britischen Konservativen, wo der politische Neuausrichtungsprozess mit einem institutionellen Bruch verbunden war. Mit Blick auf die Ansätze einer Sprachpolitik vollzog sich der Erneuerungsprozess der CDU gleichsam abgeschnitten von der neoliberalen Außenwelt.

Gleichwohl verdeutlicht die Analyse semantischer Offensiven christdemokratischer Akteure gegen den Sprachgebrauch des politischen Gegners durchaus Gemeinsamkeiten der parallelen Erneuerungs- und Adaptionsprozesse der Mitte-Rechts-Parteien beider Länder im Zuge der Bemühungen um eine Intellektualisierung ihrer Politik. Wie die britischen Konservativen verinnerlichten auch Teile der CDU-Führung den zentralen Gedanken, die politisch-kulturelle Deutungshoheit sei an die Linke verlorengegangen und ohne ein erfolgreiches Besetzen der Begriffe sei politisch erfolgreiches Handeln nicht möglich. So setzte vor allem Biedenkopf, gerade zum Generalsekretär berufen, durchaus konfrontativere Akzente. Hatte er auf dem CDU-Bundesparteitag 1973 in Hamburg bereits einen Vorstoß gewagt, so vertiefte er seine Überlegungen einer sprachpolitischen Erneuerung der CDU in seinem Buch »Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie«. Er konstatierte: »Nach Jahren der Erosion, der Entleerung und Verfälschung von Begriffen scheint unsere Fähigkeit gefährdet, uns über politische Ziele zu verständigen.«³⁵⁵ Die »Verbindlichkeit der Sprache« sei verloren gegangen, es fehlten die Begriffe zur Beschreibung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität: »Wir versuchen, uns das Neuland gesellschaftspolitischer Entwicklung mit Landkarten zu erschließen, deren Symbole umstritten sind und die deshalb nur noch bedingt wiedergeben können, womit wir in der Realität der Entwicklung konfrontiert sind.«³⁵⁶ Die Gefährdung der politischen Sprache signalisiere zugleich den Abbau des Ordnungsgefüges unseres Gemeinwesens, in dem sich »die Gesellschaft noch vor wenigen Jahren fest verankert glaubte«.³⁵⁷ Bedroht seien die »liberalen und sozialen Errungenschaften« durch »neuartige politische Strömungen«, durch die »sogenannte neomarxistische Bewegung«, die Neue Linke, die insbesondere in der deutschen Sozialdemokratie heimisch sei.³⁵⁸ Diese sei »nicht willens oder in der Lage [...], die fundamentalen Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen, die sich in unserer Gesellschaft seit der Jahrhundertwende vollzogen haben.« »[M]it großem agitatorischen und begrifflichen Aufwand« seien diese um eine sprachliche »Wiederbelebung des 19. Jahrhunderts

³⁵⁵ Kurt Biedenkopf, *Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie*, München 1974, S. 28.

³⁵⁶ Ebd.

³⁵⁷ Ebd.

³⁵⁸ Ebd., S. 88.

und seiner gesellschaftlichen Konflikte«, der »sozialen Frage des 19. Jahrhunderts« bemüht, die zu der Gesellschaftsordnung der 1970er-Jahre, zur »Realität unserer politischen Fragestellungen«, keine Beziehung aufweise.³⁵⁹

Kurz vor der Veröffentlichung von »Fortschritt in Freiheit« hatte Biedenkopf auf der Grundlage dieser Überlegungen ein praktisches Beispiel des »Begriffe Besetzens« gegeben. In seinem im Dezember 1973 in der Katholischen Akademie in München gehaltenen Referat kontrastierte er die Grundlagen und Ziele der Christlichen Demokratie mit den gesellschaftspolitischen Zielen der SPD. Seine Argumentation zielte auf eine Trennung der von der CDU »richtig« verstandenen Grundwerte von dem falschen, freiheitsgefährdenden Verständnis der Sozialdemokratie. So setzte er der sozialistischen »Gleichheit der Resultate« das christdemokratische Verständnis der »Gleichheit der Chance« entgegen. Die »Solidarität der Sozialisten« sei die eines »Kampfverbandes«, die »nicht auf die Verwirklichung individueller Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auf eine zentralistisch konzipierte Unterordnung ausgerichtet« sei. »Solidarität« als »CDU-Wert« bezeichnete hingegen die freie Leistung für die Gemeinschaft nach dem Grundsatz der Subsidiarität.³⁶⁰

Helmut Kohl konstatierte ebenso einen Verlust der Deutungshoheit über die Sprache an die politische Linke, um von dort ausgehend die Begriffe mit anderem Inhalt zu füllen. »Begrifflich haben diese Leute die Revolution längst vollzogen: Begriffe wie Autorität, Herrschaft und Staat, Macht, Ordnung und Disziplin haben sie längst an den Pranger vermeintlicher Repression gestellt, genauso wie die Begriffe Gewinn, Leistung und Konsum.«³⁶¹ Umgekehrt gelte ihnen alles, was sie progressiv nannten, als positiv: »Reform, Emanzipation, Befreiung, Demonstration, Protest oder Konflikt. Die hämmernde Wiederholung dieser propagandistisch wirksamen Formelsprache in den letzten Jahren hat zweifellos Spuren im Denken vieler Menschen hinterlassen. Sprache ist hier als eine politische Waffe mit Langzeitwirkung eingesetzt worden.«³⁶² Über den Zusammenhang zwischen Sprache und »Realität« war sich der Parteivorsitzende im Klaren, sah er die von der Linken durchgesetzten semantischen Verschiebungen doch als »erste[n], aber wesentliche[n] Schritt, das politische Bewusstsein und damit langfristig die Qualität

³⁵⁹ Ebd., S. 89.

³⁶⁰ Vgl. *Kurt Biedenkopf*, Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus. Vortrag des Generalsekretärs der CDU bei der Katholischen Akademie München, am 9. Dezember 1973, Bonn 1973.

³⁶¹ *Helmut Kohl*, Perspektiven freiheitlicher Politik, in: Richard von Weizsäcker (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, München 1977, S. 9–23, hier S. 10 f.

³⁶² Ebd., S. 11.

unseres Staates zu verändern.«³⁶³ Durchaus zwischen der radikalen Linken und der Sozialdemokratie unterscheidend wendet sich Kohl dem Freiheitsbegriff der SPD zu, die ihre Regierungsmacht dazu benutzt habe, »ihr vielfach ideologisch verbogenes, nicht am Menschen, sondern am Kollektiv orientiertes Verständnis von Freiheit in praktische Politik umzusetzen.« Dies habe »nicht nur Spuren im politischen Denken der Menschen hinterlassen, sondern auch ganz handfest die Chancen für freiheitliches Handeln gemindert.«³⁶⁴ Die Sozialdemokraten hätten mit fatalen Folgen den Begriff der Freiheit für sich vereinnahmt, sodass ihre Verwirklichung nicht Aufgabe des einzelnen, sondern Auftrag an Staat und Gesellschaft sei: »Freiheit ist deshalb im Verständnis der Sozialisten losgelöst von der Vorstellung individueller Verantwortung für die Verwirklichung von Freiheit.« So gerate »der einzelne [sic] zwangsläufig in eine gesteigerte Abhängigkeit von der Gesellschaft.«³⁶⁵ Das Resultat sei eine »dramatisch zu nennende wirtschaftliche und politische Krise«. Es könne nicht gut gehen, »wenn der Staat für alles und jedes verantwortlich gemacht wird, wenn er dem Bürger seine Eigenverantwortlichkeit mit Versorgungsansprüchen abkauft, seine Initiative in Bürokratie erstickt und Selbständigkeit, Leistung und Risikobereitschaft nicht mehr belohnt, sondern bestraft.«³⁶⁶

»Die Freiheit aber«, so Kohl zum Freiheitsbegriff der CDU überleitend, »ist im Verhältnis zum Staat ein Wert anderer Qualität, weil es gerade um der Freiheit willen notwendig ist, dass sich der Staat Grenzen setzt.«³⁶⁷ »Falsch ist die Annahme«, so der Parteivorsitzende weiter, »Freiheit könne sich nur im Kollektiv verwirklichen; falsch ist die Trennung individueller Freiheit von der individuellen Verantwortung; falsch ist die Vorstellung, die totale Abhängigkeit des einzelnen vom Kollektiv werde durch die Demokratisierung aller Lebensbereiche aufgehoben.«³⁶⁸ Der Freiheitsbegriff der SPD tendiere zu einem durchbürokratisierten Staat, der »für viele kaum mehr durchschaubar« sei; so komme es hinsichtlich der Entwicklung »des Sozialstaats« darauf an, diesen für die Bürger wieder verständlich und begreifbar zu machen.³⁶⁹ In einer bewussten semantischen Abgren-

³⁶³ Ebd. Als Beispiel für semantische Umdeutungen und Verfälschung nannte Kohl hier den Begriff »Freiheitskämpfer«, den auch Thatcher (*freedom fighter*) anführte. »Es ist nicht nur Gedankenlosigkeit und sprachliche Schlamperei«, so Kohl, »wenn in sogenannten seriösen Texten jeder Aufstand als »Befreiungskampf«, jeder Guerilla und Terrorist als »Freiheitskämpfer« und der gewaltsame Ausbruch von Andreas Baader aus seinem Berliner Gefängnis als »Befreiung« bezeichnet werden.«

³⁶⁴ Ebd., S. 11 f.

³⁶⁵ Ebd., S. 12.

³⁶⁶ Ebd., S. 13.

³⁶⁷ Ebd., S. 14.

³⁶⁸ Ebd., S. 17.

³⁶⁹ Ebd., S. 18 f.

zung setzte Kohl diesem kollektiven, mit staatlicher Bürokratie verbundenen, passiv-materiell definierten Freiheitsbegriff die Begriffe »Eigeninitiative«, »Selbstständigkeit« und »Risikobereitschaft« entgegen: Anstatt den »Trend durch weiteren Ausbau der kollektiven Daseinsfürsorge auch noch zu unterstützen, sollten wir alles versuchen, um wieder mehr Chancen für Individualität, Initiative, Selbstständigkeit und Spontanität zu schaffen.« Nicht durch materielle Not und Unterdrückung sei »die Freiheit« heute gefährdet, sondern dadurch, »dass zunehmend weniger Menschen einen Sinn darin sehen, ihrer eigenen Kraft zu vertrauen und ihr Leben selbständig zu gestalten.«³⁷⁰ Die »Überbelastung« und die »soziale Entmündigung des Bürgers durch einen allvorsorgenden Staat« müssten beseitigt, »Eigeninitiative, Leistung und Selbstständigkeit« wieder gefördert werden. Eine »Wende« sei notwendig: »Anstatt immer mehr Verantwortung dem Staat aufzubürden, müssen die dafür geeigneten Aufgaben wieder in private Hände übergeben werden. [...] Anstatt alle gesellschaftlich notwendigen Leistungen vom Staat zu verlangen, muss mehr Vertrauen in die Verantwortungsbereitschaft privater Institutionen, freier Träger ebenso wie von Unternehmen und von gesellschaftlichen Organisationen gesetzt werden.«³⁷¹

Auf die Wahrnehmung des Verlusts der politischen Deutungshoheit reagierten christdemokratische Akteure wie Biedenkopf und Kohl mit einem sprachpolitischen Ansatz, der den Kerngedanken des neoliberalen »Kampfs der Ideen« reproduzierte, ohne sich allerdings explizit auf von Hayek als Stichwortgeber zu beziehen – im Unterschied zur britischen Parteiführerin oder auch zu Franz Josef Strauß, auf den später noch einzugehen sein wird. Vor allem in den Vorstößen Biedenkopfs, aber auch in Kohls »Perspektiven freiheitlicher Politik« war die christdemokratische Sensibilisierung für Sprache mit einer semantischen Offensive verbunden, die auf »weniger Staat«, »Eigeninitiative« und »Leistungsbereitschaft« zielte. Diese für den Neoliberalismus zentralen Begriffe und Argumentationsmuster erlebten mithin auch im christdemokratischen Erneuerungsprozess eine Renaissance. Im Unterschied zum Marktdiskurs der britischen Konservativen fehlte allerdings die explizite diskursive Verknüpfung dieser Begriffe mit dem Markt Begriff. Somit war der christdemokratische »Kampf um die Begriffe« nicht unmittelbar mit einer Sprache des Marktes verknüpft, die mit weitreichenden Verschiebungen des christdemokratischen Marktdiskurses einhergegangen wären. Das auch von den christdemokratischen Führungskräften verinnerlichte neoliberale Axiom des Verlusts der politischen Deutungshoheit an die politische Linke bildete mithin kein Einfallstor für eine marktradikale Begrifflichkeit in den christdemokratischen Marktdiskurs.

³⁷⁰ Ebd., S. 19 f.

³⁷¹ Ebd., S. 22 f.

2.3 Keine gemeinsame Marktsprache – Grenzen der transnationalen Rezeption und Kooperation

Wie oben gezeigt wurde, hatte die »Neue Rechte« als wichtige Quelle der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen kein vergleichbar starkes Pendant in der Bundesrepublik³⁷², das als Transmissionsriemen zwischen der neoliberalen Außenwelt und der deutschen christdemokratischen Innenwelt hätte wirken können und aus welchem sich marktradikale Impulse für Grenzverschiebungen des christdemokratischen Marktdiskurses ergeben konnten. Dass die CDU von der neoliberalen Außenwelt weitgehend abgeschnitten blieb, während die von Thatcher geführte Konservative Partei partiell mit ihr verschmolz, musste Konsequenzen für die gegenseitige Wahrnehmung und den inhaltlichen Austausch zwischen den Mitte-Rechts-Parteien haben.³⁷³

In ihrer Studie über die »politischen Sprachen des Konservativen« in Großbritannien und Deutschland hat Martina Steber die Grundzüge der Austauschbemühungen und transnationalen Kooperationen zwischen den britischen Konservativen und CDU/CSU in den unterschiedlichen Organisationsebenen der Parteien während der 1960er- und 1970er-Jahre dargestellt.³⁷⁴ Standen in den 1950er- und 1960er-Jahren außen- und europapolitische Perspektiven im Mittelpunkt der Parteibeziehungen, konstatiert Steber eine »Phase intensiver Zusammenarbeit« seit Beginn der 1970er-Jahre.³⁷⁵ Auf der »Suche nach einer gemeinsamen politischen Sprache« sei auch programmatischen Gesichtspunkten ein immer höherer Stellenwert in der Parteienkooperation zugekommen.³⁷⁶

In der gesellschaftspolitischen Grundfrage über das Verhältnis von Markt und Staat fanden die britischen Konservativen und die deutschen Christdemokraten indes nicht zu einer gemeinsamen Sprache. Der zeitweilige Rückgriff auf die christdemokratische Leitvokabel der Sozialen Marktwirtschaft (*social market economy*) durch Keith Joseph und das CPS in der frühen Phase der Neuformierung der britischen Konservativen hatte das markanteste Element einer transnationalen Verflechtung zwischen den Marktdiskursen diesseits und jenseits des Kanals dargestellt. Nachdem diese Leitvokabel im Zuge der Formulierung der thatcheristischen Marktsprache verworfen worden war, war die Möglichkeit einer gegenseitigen semantischen Bezugnahme und programmatischen Orientierung weitgehend

³⁷² Vgl. auch *Dominik Geppert*, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002, S. 428.

³⁷³ Vgl. dazu auch *Hoeres*, *Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«*, S. 101–104.

³⁷⁴ Vgl. *Steber*, *Die Hüter der Begriffe*, S. 367–422.

³⁷⁵ Ebd., S. 369.

³⁷⁶ Ebd. S. 367 und S. 378.

verbaut. Dass man nicht dieselbe Sprache sprach, wurde bei einem Treffen zwischen Vertretern der Konservativen Partei und Kurt Biedenkopf, der 1976 nach Großbritannien reiste, deutlich. So zeigte sich Keith Joseph zwar beeindruckt von der Persönlichkeit Biedenkopfs, zu einem Austausch der führenden intellektuellen Köpfe beider Parteien über zentrale Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik kam es aber nicht – das Gespräch beschränkte sich auf Probleme »zweiter Rangordnung«: »We discussed the possibility of pooling our ideas on some particularly difficult problems of the second order of importance [...] such as penal reform, town planning problems, urban problems«, hielt Joseph fest.³⁷⁷ Chris Patten, Leiter des *Conservative Research Department*, hatte wiederum den Eindruck gewonnen, als Feld eines möglichen inhaltlichen Austauschs eigne sich die Mitbestimmung (*worker participation*), »on which they [die CDU, P. B.] are doing an immense amount of work.«³⁷⁸

Die unterschiedlichen Entwicklungen der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien führten also dazu, dass die Möglichkeiten der gegenseitigen Rezeption begrenzt waren. Wenngleich in der Bezugnahme auf den Leitbegriff »Freiheit« und einer nicht selten populistischen Rhetorik gegen den sozialdemokratischen Gegner durchaus Gemeinsamkeiten in den politischen Sprachen von CDU/CSU und britischen Konservativen zu erkennen sind, wie Steber betont³⁷⁹ und wie auch hier bereits herausgearbeitet wurde, kann von einer »intensiven Kooperation« der Parteien³⁸⁰ in der für die politische Auseinandersetzung zentralen Frage des Verhältnisses von Markt und Staat nicht gesprochen werden. Auf der Führungsebene der Parteien beschränkte sich der Austausch zwischen Kohl und Thatcher auf das Nötigste, zur groß waren die Unterschiede in politisch-konzeptioneller und weltanschaulicher Einstellung und Persönlichkeitsstruktur. Seine obligatorischen Glückwunschschreiben etwa anlässlich der Geburtstage Thatchers oder ihrer Wahl zur Premierministerin verband Kohl meist mit dem Hinweis auf eine notwendige Zusammenarbeit beider Parteien auf dem Weg zu einer Einigung Europas, auf den Thatcher in ihren Antworten nicht einging.³⁸¹ Kohl und die CDU

³⁷⁷ Keith Joseph an Chris Patten, 1.4.1976, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/17/35.

³⁷⁸ Chris Patten an Keith Joseph, 7.4.1976, in: ebd.

³⁷⁹ Vgl. Steber, *Die Hüter der Begriffe*, S. 410–422.

³⁸⁰ Ebd., S. 367.

³⁸¹ Vgl. beispielsweise die Schreiben Helmut Kohls an Margaret Thatcher vom 13.10.1976 und vom 21.10.1976, beide in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/6/1/128; Vgl. auch Thatchers höfliches, knappes Antwortschreiben vom 22.10.1976, das die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit der Parteien für eine Einigung Europas nicht erwiderte, in: ebd.; sowie Kohls Brief vom 18.12.1979 samt Thatchers Antwort, in: Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher LG., OM., FRS., THCR 2/6/2/73.



Abb. 5: Kurt Biedenkopf und Margaret Thatcher auf dem 24. CDU-Bundesparteitag in Hannover, 24. Mai 1976 (Ullstein)

setzten allerdings gegen den Widerstand der christdemokratischen Schwesterparteien in Belgien, den Niederlanden und Italien durch, dass auch nicht-christliche Parteien der 1978 gegründeten Europäischen Demokratischen Union (EDU) beitreten konnten, was den Beitritt der britischen Konservativen ermöglichte.³⁸²

Bessere Kontakte bestanden indes zwischen dem in der CDU für Auslandsbeziehungen zuständigen Büro für auswärtige Beziehungen (BIZ) und dem *Conservative Party International Office*. Auch bestanden schon seit den 1960er-Jahren Kontakte zwischen Vertretern der CDU und dem *Conservative Research Department*. Eine wichtige Rolle spielten der Austausch über Wahlkampfaktik, Öffentlichkeitsarbeit und Politikanalyse.³⁸³ Es waren also in erster Linie parteiorganisatorische Fragen, über die sich die Parteiapparate austauschten. Eine Intensivierung der Beziehungen der Parteien durch regelmäßigen Austausch erfolgte gegen Ende der 1970er-Jahre. Seit 1978 fanden Treffen zwischen Vertretern der Bundesgeschäftsstelle der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und Mitarbeitern des *Conservative Research Departments* sowie des *Central Office* der Kon-

³⁸² Vgl. dazu Michael Gebler/Wolfram Kaiser (Hrsg.), *Christian Democracy in Europe since 1945*, Bd. 2, London/New York 2004.

³⁸³ Vgl. Steber, *Die Hüter der Begriffe*, S. 381.

servativen Partei statt.³⁸⁴ Laut Chris Pattens Bericht über das erste Treffen zwischen Vertretern des CRD und des Büros für auswärtige Beziehungen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung ging es in der Arbeitssitzung um die Themen Gewerkschaften, die Rolle der Regierung in der Industriepolitik und um die deutschen Erfahrungen mit der Konzertierten Aktion. Speziell in der Frage nach dem Verhältnis von Markt und Staat in der politischen Philosophie von Mitte-Rechts-Parteien scheint es Gesprächsstoff gegeben zu haben: »One question of a philosophical and practical nature which came up frequently was exactly how Centre Right Parties should delineate the role of the state.«³⁸⁵ Es wurde vereinbart, Arbeitspapiere auszutauschen und auf einem späteren Arbeitstreffen ein gemeinsames Papier über diese Frage zu erarbeiten, das dann den Spitzenvertretern beider Parteien vorgelegt werden sollte.³⁸⁶

Der inhaltliche Austausch zwischen den parteieigenen Forschungsabteilungen wurde dadurch begünstigt, dass das CRD – wie bereits betont – länger dem begrifflichen Status quo verhaftet blieb und auch Ende der 1970er-Jahre nicht uneingeschränkt auf den marktradikalen Kurs der Thatcheristen eingeschwenkt war, der von privaten Think Tanks vorangetrieben wurde. In dieser Hinsicht auffällig ist das Interesse der Mitarbeiter des CRD am bundesrepublikanischen Modell der Konzertierten Aktion, das auch noch Ende der 1970er-Jahre weiterbestand. Berichte von Arbeitstreffen und Programme von gemeinsamen Seminaren des CRD und der KAS seit Beginn der 1980er-Jahre zeigen, dass sich der Austausch über wirtschafts- und sozialpolitische Themen intensivierte.³⁸⁷ Ob und inwieweit sich die Grenzen des christdemokratischen Marktdiskurses in der transnationalen Rezeption seit Beginn der 1980er-Jahre aufzuweichen begannen, kann im Rahmen

³⁸⁴ Vgl. Büro für auswärtige Beziehungen der CDU: Vermerk, 21.3.1979, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 6516.

³⁸⁵ Chris Patten an Lady Elles, 16.2.1978, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, IDU 22/6.

³⁸⁶ Vgl. ebd. Die Arbeitspapiere konnten nicht ausfindig gemacht werden.

³⁸⁷ Vgl. Evelyn McDermott, Konrad Adenauer Foundation Seminar 6th–7th July 1981, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, IDU 22/6 sowie Subject for discussion with the CDU. Industry, Employment and Economy, 29.1.1981, in: ebd. Die britische Seite zeigte sich interessiert an einem Erfahrungsaustausch über die Rolle der Banken bei der Finanzierung der Industrie in der Bundesrepublik, über Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und über den Umgang mit Arbeitslosigkeit. Dem Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widmete sich ein gemeinsames Seminar von CRD und KAS im Juli 1982. Vgl. Conservative Research Department/Konrad Adenauer Foundation: Joint Seminar 15th–16th July 1982: Unemployment. A Challenge for the Eighties (Programm), in: ebd. Vgl. auch Anne Bulloch an Alan Howarth, 8.12.1980, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, CRD 4/4/15. Als mögliche Themen der Diskussion mit der CDU nannte Bulloch den Umgang mit technologischem Wandel und akuten global-ökonomischen Verwerfungen wie der Verteuerung des Rohöls, den Vergleich der Finanzsektoren sowie den Vergleich der Mitbestimmungsmodelle.

dieser Arbeit nicht geklärt werden. Die Diskussion schien aber nun einen stärker angelsächsischen Einschlag zu bekommen, wenn in einem Vorbereitungspapier des CRD für Gespräche mit der CDU und der KAS gefragt wurde: »Yet do we not in fact now need a new code of ethics in the social market economy, or, to put it in more precise terms, must we not re-discover the old ethics of the social market economy?«³⁸⁸, oder wenn ein gemeinsames Seminar das Thema Arbeitslosigkeit unter dem Gesichtspunkt der »Starrheit des Arbeitsmarkts« (rigidities in the labour market) diskutierte.³⁸⁹

In den 1970er-Jahren jedoch waren der transnationalen Rezeption in den Marktdiskursen der Konservativen Partei und der CDU klare Grenzen gesetzt. Während die thatcheristische Marktsprache mit der neoliberalen Außenwelt verschmolz, blieb diejenige der CDU eigenständig. Die deutsche Christdemokratie und die britischen Konservativen befanden sich mithin in unterschiedlichen diskursiven Räumen, was enge transnationale Verflechtungen unmöglich machte, wie sie etwa in den 1990er-Jahren zwischen den Marktdiskursen der Labour Party und SPD nachgezeichnet worden sind.³⁹⁰ Dass die christdemokratischen Erneuerer der 1970er-Jahre eine andere Sprache sprachen als die Thatcheristen, wird auch auf dem Feld der Gewerkschaftskritik deutlich.

2.4 »Neue Soziale Frage«, christdemokratische Gewerkschaftskritik und semantische Inkonsistenzen

Ein Schauplatz des christdemokratischen »Kampfs um die Begriffe«, auf welchem die Unterschiede in der Reichweite des neuen neoliberalen Paradigmas im Vergleich zum Marktdiskurs der britischen Konservativen deutlich werden, war die mit großem Aufwand gestaltete semantische Offensive der »Neuen Sozialen Frage«. Ihr Ansatzpunkt war der soziale Auftrag der Sozialen Marktwirtschaft, der der Argumentation des führenden christdemokratischen Erneuerers Kurt Biedenkopf zufolge zwar nicht gegenstandslos geworden sei, dessen »Hauptrichtung« sich jedoch »mit dem Wandel der gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Bedingungen [...] geändert« habe.³⁹¹ Die »alte« soziale Frage sei »in

³⁸⁸ Consultative Talks between the Conservative Party, the Konrad-Adenauer-Foundation and the CDU in London, o.D. [1980, 1981 oder 1982], in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, IDU 22/6.

³⁸⁹ Vgl. Linda Rouse an Ludger Eling, 5.3.1982, in: Oxford, Bodleian Library, Conservative Party Archive, IDU 22/6 (hier: Anlage).

³⁹⁰ Vgl. *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie.

³⁹¹ *Kurt Biedenkopf*, Die Zukunft gehört nicht dem Sozialismus, in: Die politische Meinung 18, 1973, S. 42–48, hier S. 43.

allen westlichen Ländern im Prinzip und – jedenfalls in der Bundesrepublik – auch der Sache nach gelöst.« Die Institutionen zur Gewährung von »sozialer Sicherheit« und »Freiheit von Not« seien »nahezu perfekt«, Verteilungsungerechtigkeiten im Bereich der Einkommen und Vermögen »auf ein Minimum reduziert«, es gebe eine Nivellierungstendenz, die sich auch in Zukunft fortsetzen würde.³⁹² An die Stelle der »alten« sozialen Frage seien nun »Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen« getreten: »Zu den Mächtigen in unserer Gesellschaft gehören heute nicht mehr allein die Kapitaleigner, sondern Kapitaleigner und Arbeitnehmer zusammen. Kapitaleigner und Arbeitnehmer sind heute in mächtigen Verbänden organisiert, die nicht nur die jeweiligen Sonderinteressen ihrer Mitglieder gegenüber der anderen Seite durchzusetzen versuchen, sondern die ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber den nichtorganisierten Bevölkerungsgruppen behaupten.«³⁹³

Dieser wirklich schwachen Gruppe der Nicht-Organisierten nahm sich nun die CDU an. Dazu zählte sie besonders alte Menschen, alleinerziehende Mütter oder nicht mehr Arbeitsfähige, aber auch Arbeitslose, Jugendliche und Behinderte. In dieser Form erhielt die »Neue Soziale Frage« Einzug in die Mannheimer Erklärung der CDU vom Juni 1975 und wurde drei Jahre später auch in das erste Grundsatzprogramm der Partei aufgenommen.³⁹⁴ Mit diesem allgemein auf »Randgruppen« zielenden sozialpolitischen Neuansatz wollte die CDU ihr eigenes Verständnis von dem aus der Arbeiterbewegung stammenden Schlagwort »Soziale Frage« verknüpfen, das semantisch umgedeutet wurde. Wie die »alte« soziale Frage implizierte auch die »neue« ein aus Gerechtigkeitsgründen dringend zu lösendes gesellschaftliches Problem, wobei das Attribut »neu« den Begriff von der aus Sicht der CDU zu vernachlässigenden »alten« sozialen Frage abgrenzte.³⁹⁵ Diese semantische Verschiebung stellte einen klaren Angriff auf den Verbändestaat und insbesondere auf die Gewerkschaften dar, die durchaus auf fruchtbaren Boden fiel. In Zeiten krisenhaft wahrgenommener ökonomisch-politischer Problemlagen war die sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik von den Mitte-Rechts-Parteien formulierte Kritik an korporatistischen Strukturen anschlussfähig an die bereits erwähnte, seinerzeit im konservativen La-

³⁹² *Ders.*, Fortschritt in Freiheit, S. 104. Vgl. auch *Ders.*, Die Zukunft, S. 43. Diese Aussage speziell über die Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Biedenkopf in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre vor dem Hintergrund der exzeptionellen Boomphase der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte machte, wäre wohl heute angesichts der seit dem Ende des »Booms« wieder empirisch feststellbaren wachsenden Ungleichheiten nicht mehr ohne weiteres sagbar. Vgl. dazu zuletzt *Piketty*, Das Kapital.

³⁹³ CDU, Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung –, 23. Bundesparteitag, 23.–25. Juni 1975, Mannheim, abgedr. in: *Hintze* (Hrsg.), Programme, S. 89–120, hier S. 113 f.

³⁹⁴ Vgl. Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, S. 37 ff.

³⁹⁵ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 83 f.

ger wie in den Sozial- und Politikwissenschaften breit diskutierte These von der drohenden Unregierbarkeit westlicher Industriestaaten.

Als maßgeblicher Protagonist beurteilte Biedenkopf die Wirkung der semantischen Offensive bereits im Oktober 1974 positiv. Vor dem CDU-Bundesvorstand betonte er, es sei die CDU gewesen, die mit Erfolg die Frage nach der Stellung der sozialen Verbände diskutiert habe und dabei »innerhalb eines Jahres [...] eine Veränderung im öffentlichen Bewußtsein gegenüber den sozialen Verbänden eingeleitet [hat], die von den Gewerkschaften heute durchaus empfunden wird.« Die Bevölkerung könne nun »aufgrund eigener Einsicht das Fehlverhalten der Vertreter großer sozialer Gruppen erkennen«, und man könne jetzt über die Rolle der Verbände diskutieren, »ohne in der Bevölkerung einen Anhangsverlust zu erleiden.«³⁹⁶ Auf dem Mannheimer Parteitag der CDU im Juni 1975 bilanzierte der Generalsekretär: In der Auseinandersetzung um die politischen Begriffe waren wir erfolgreich. Wir haben wichtige Begriffe für uns besetzt und neue, für die Beschreibung politischer Ziele wichtige Begriffe hinzugefügt. Freiheit und Solidarität waren immer entscheidende Ziele unserer Politik. Heute werden sie [...] auch wieder unserem politischen Wollen zugerechnet.«³⁹⁷

Die »Neue Soziale Frage« bot in der Tat die Möglichkeit, zentrale Begriffe im politischen Sprachkampf strategisch geschickt zum Vorteil der CDU umzudeuten. So zielte die Verschiebung der sozialen Frage vom Konflikt zwischen Lohnabhängigen und Produktionsmittelbesitzern zum Konflikt zwischen Nicht-Organisierten und Arbeitsplatzbesitzern darauf ab, die SPD auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit, ihrer Kernkompetenz, zu demontieren und sich gleichzeitig selbst als die wahrhaft soziale Partei zu präsentieren.³⁹⁸ Der Sozialdemokratie wurde unterstellt, aus einem marxistischen Weltbild heraus ein »Bündnis der Starken gegen die Schwachen« zu schmieden, indem sie nur die Probleme der lohnabhängig Beschäftigten sehe, darüber aber die gesellschaftlich wirklich Benachteiligten aus dem Blick verloren habe.³⁹⁹ Kohls Mainzer Sozialminister Heiner Geißler, der den Begriff in die Diskussion eingebracht hatte und später Biedenkopf im Amt des Generalsekretärs nachfolgte, führte in diesem Sinne aus: »Die ökonomisch begründete Unterteilung unserer Gesellschaft in Klassen von Kapital und Arbeit, wie sie uns die Marxisten und Neomarxisten anbieten, taugt

³⁹⁶ Kurt Biedenkopf, Strategie bis 1976, Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 28. 10. 1974, in: Günther Buchstab (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, Düsseldorf 2015, S. 938.

³⁹⁷ Kurt Biedenkopf, Rede auf dem 23. CDU-Bundesparteitag, 23.–25. 6. 1975 in Mannheim, (S. 171), online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1975-06-23-25_Protokoll_23.Bundesparteitag_Mannheim.pdf [18. 11. 2018].

³⁹⁸ Vgl. auch Bösch, Macht und Machtverlust, S. 35.

³⁹⁹ Vgl. Ders., Die Krise als Chance, S. 304.

zur Erklärung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht. Zu den Mächtigen unserer Gesellschaft gehören heute nicht mehr allein die Kapitaleigner. Mächtig sind Kapitaleigner und Arbeitnehmer zusammen. Beide Gruppen sind heute in starken Verbänden organisiert. Sie versuchen nicht nur die jeweiligen Sonderinteressen ihrer Mitglieder gegenüber der anderen Seite durchzusetzen. Sie sind ebenso in der Lage, äußerst wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber der übrigen Bevölkerung zu behaupten. Im inflationären Verteilungskampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zeigt sich, daß keine von beiden Seiten dauerhafte Vorteile zu Lasten der anderen Seite erringen kann. Es sind die Nichtorganisierten, kinderreiche Familien, alleinstehende Mütter mit Kindern, alte Menschen, die nicht mehr Arbeitsfähigen, Behinderte, zu deren Lasten Vorteile errungen werden können.«⁴⁰⁰

Noch um einiges direkter nahm sich der christdemokratische Versuch, die soziale Gerechtigkeit im Sinne der »Neuen Sozialen Frage« umzudeuten, bei Biedenkopf aus: »Die Sozialdemokraten haben den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verraten«, stellte er in seiner Rede auf dem Mannheimer Parteitag der CDU im Juni 1975 fest. »Sie haben durch Inflation und Arbeitslosigkeit die Grundlagen der sozialen Gerechtigkeit angegriffen, um ihre Ideologien und deren Folgen zu finanzieren.« Die SPD sei »die Partei der ›neuen Privilegierten‹, der Funktionäre, der Bürokraten, der wachsenden Zahl derer, die von unserer aller Arbeit leben, aber keinen erkennbaren Beitrag für unsere Zukunft leisten.« Diese Argumentation stützte den von Teilen der CDU/CSU und der FDP formulierten Vorwurf, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zielten auf die Bildung eines »Gewerkschaftsstaates« und bewirkten eine fortschreitende »Verfälschung« des Staates.⁴⁰¹ Die CDU habe nun die Aufgabe, »der sozialen Gerechtigkeit eine sichere politische Heimat zu geben.«⁴⁰² Der von der SPD aufgebrachte Vorwurf der sozialen Demontage beweise nur, so Biedenkopf, »welche Gefahr die Sozialdemokraten in unserer politischen Offensive gerade auf diesem Gebiet sehen. Sie fürchten, daß die Union dieses Thema zu ihrem politischen Thema machen und damit zugleich den Sozialausschüssen eine weitere große politische Aufgabe mit auf den Weg geben könnte, der die Sozialdemokraten nichts Vergleichbares entgegenzusetzen haben.«⁴⁰³

Im Kern zielte die »Neue Soziale Frage« in der Argumentation Biedenkopfs auf eine semantische Umdeutung des sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriffs ebenso wie auf eine Verschiebung des im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft

⁴⁰⁰ Heiner Geißler, Die Neue Soziale Frage. Analyse und Dokumente, 2. Aufl., Freiburg im Breisgau 1977, S. 15.

⁴⁰¹ Vgl. dazu Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 372.

⁴⁰² Biedenkopf, Rede auf dem 23. CDU-Bundesparteitag, S. 178.

⁴⁰³ Ebd., S. 177.

verankerten unauflöselichen Zusammenhang von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Soziale Gerechtigkeit sollte nicht mehr als materiell determinierte Verteilungsgerechtigkeit, sondern unabhängig vom wirtschaftlichen Wachstum als gesellschaftspolitisches Ziel definiert werden: »Wir können soziale Gerechtigkeit auch gewähren, ohne mehr Geld auszugeben. Unter dem Eindruck ungewöhnlicher Wachstumsraten haben wir es in den letzten beiden Jahrzehnten zugelassen, daß der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit auf die gerechte Verteilung des Zuwachses des Bruttosozialprodukts reduziert wurde. [...] Diese Gewöhnung verleitet uns heute zu der Annahme, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Wachstum seien untrennbar miteinander verbunden. Zu Ende gedacht bedeutet dies, daß wir zur sozialen, zur gesellschaftlichen Gerechtigkeit unfähig werden, wenn sich die Wachstumsraten reduzieren oder die Not der Welt von uns verlangt, unser Wachstum mit anderen zu teilen. Mit dieser Verengung des Gedankens der sozialen Gerechtigkeit auf die Zuteilung materieller Zuwachsraten haben wir jedoch den menschlichen und den ethischen Aspekt der Gerechtigkeit aus den Augen verloren.«⁴⁰⁴

Dass diese doppelte semantische Frontstellung der Biedenkopfschen Argumentation erhebliche Probleme aufwarf, war auf dem Parteitag zunächst atmosphärisch zu merken: Dem Protokoll nach erhielt diese Passage der ansonsten frenetisch gefeierten Rede des Generalsekretärs nur »vereinzelten Beifall«.⁴⁰⁵ In der Begrifflichkeit der Sozialen Marktwirtschaft war doch gerade eine erfolgreiche (Markt)wirtschaftspolitik die Voraussetzung für eine Sozialpolitik, die auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit gerichtet war. Der Umdeutungsversuch Biedenkopfs kündigte diesen Zusammenhang gewissermaßen auf. Auch blieb der Generalsekretär die konkrete Antwort auf die Frage schuldig, was denn genau soziale Gerechtigkeit völlig losgelöst von materieller Verteilung bedeuten sollte. An die Grenzen des im christdemokratischen Marktdiskurs Sagbaren wagte sich der Parteivorsitzende bezeichnenderweise nicht. Kohls Beitrag zu der von Biedenkopf geführten semantischen Offensive seiner Partei fiel weitaus vorsichtiger aus: »[W]ir haben erfahren müssen«, so Kohl auf dem Mannheimer Parteitag, »daß eine Politik, die vielen etwas bringen will, Minderheiten gegenüber immer unempfindlicher wird. [...] Sozialpolitik in unserer Gesellschaft kann nicht länger nur verstanden werden im Sinne der sozialen Fragen des 19. Jahrhunderts«, räumte er ein, fügte aber hinzu, »auch wenn es sie in einzelnen Punkten noch gibt.«⁴⁰⁶

⁴⁰⁴ Ebd., S. 178.

⁴⁰⁵ Vgl. ebd.

⁴⁰⁶ Helmut Kohl, Rede auf dem 23. CDU-Bundesparteitag, 23.–25.6.1975 in Mannheim, (S. 33), online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1975-06-23-25_Protokoll_23.Bundesparteitag_Mannheim.pdf [18. 11.2018].

In dieser partiellen Distanzierung des Parteivorsitzenden von seinem Generalsekretär findet sich ein erster Hinweis auf inhaltliche Inkonsistenzen und argumentative Schwierigkeiten des mit der »Neuen Sozialen Frage« lancierten begriffspolitischen Vorstoßes der CDU. Zweifellos war er dazu geeignet, das eigene sozialpolitische Profil zu stärken und das des politischen Gegners zu schwächen, indem die SPD zur Partei der Mächtigen umgedeutet wurde. Nach dem Machtverlust von 1969 und der klaren Wahlniederlage des Jahres 1972 sollte er der Partei ein modernes, fortschrittliches Profil geben und das Bild der CDU als Partei der sozialen Gerechtigkeit aktualisieren.⁴⁰⁷ Darüber hinaus war er auch darauf gerichtet, die traditionelle Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit, die für die Volkspartei stets ein Problem dargestellt hatte und längst nicht von allen Christdemokraten als »gelöst« betrachtet wurde, zu verwischen und so die quer durch die Partei laufende Frontstellung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern abzumildern.⁴⁰⁸ Das Besetzen sozialpolitischer Themen war mithin nicht nur für die öffentliche Wahrnehmung wichtig, sondern auch innerparteilich, mit Blick auf die Integration der Sozialausschüsse, die – wie bereits gezeigt wurde – auf eine Stärkung des Stellenwerts des Sozialen in der marktwirtschaftlichen Ordnung hinwirkten. Für die Vertreter des Arbeitnehmerflügels bewies die »Neue Soziale Frage« vor allem eine neue »soziale Kompetenz« der CDU. Aus ihrer Sicht war in erster Linie ein sozialpolitisches Problem definiert worden, das mit einem weiteren Ausbau des Sozialstaats zu lösen war.⁴⁰⁹ Für Biedenkopf jedoch war die Marginalisierung der Konfliktlinie zwischen »Kapital« und »Arbeit« eine semantische Strategie zur Delegitimierung der Rolle der Gewerkschaften im Wirtschaftsprozess, die mittelfristig auf eine kritische Überprüfung des sozialpolitischen Status quo zielte. Damit artikuliert die »Neue Soziale Frage« die Interessen bürgerlich-konservativer beziehungsweise wirtschaftsnaher Kreise innerhalb der Christdemokratie und wies Berührungspunkte zum neoliberalen Programm auf.

Mit anderen Worten: Über die neue Semantik herrschte in der Partei selbst keine Klarheit. In ähnlicher Weise inhaltlich offen und mehrdeutig interpretierbar wie der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft hatte die neue Begrifflichkeit mehrere, sich zum Teil widersprechende Stoßrichtungen. Zwar war die »Neue Soziale Frage« anschlussfähig an eine christdemokratische Parteitradition, indem als Zielgruppe die unverschuldet Armen definiert wurden, die traditionell im Zen-

⁴⁰⁷ Vgl. auch *Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5–II), Stuttgart 1987, S. 38.

⁴⁰⁸ Vgl. *Bösch*, Die Krise als Chance, S. 304.

⁴⁰⁹ Vgl. etwa *Wolfgang Vogt*, Rede auf dem Grundsatzforum der CDU, September 1977, in: *Richard von Weizsäcker* (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, Bonn 1977, S. 131–138, hier S. 136.

trum des bürgerlichen Fürsorgegedankens standen.⁴¹⁰ Auch konnte sie als logische sozialpolitische Konsequenz in einer »zweite[n] Phase der Sozialen Marktwirtschaft«, wie es Müller-Armack ausdrückte⁴¹¹, oder als »Erneuerung des sozialen Ausgleichs der Marktwirtschaft«⁴¹² dargestellt werden. Eine marktwirtschaftliche Offensive, wie sie in Biedenkopfs Argumentation angelegt war, war jedoch nicht klar erkennbar, sodass von der »Neuen Sozialen Frage« schwerlich Impulse für weitreichende Verschiebungen im christdemokratischen Marktdiskurs ausgehen konnten. Schon der Begriff als solcher zeigte in erster Linie eine Schärfung des sozialpolitischen Profils der CDU an – ganz im Sinne Geißlers, der ihn 1975 in die Diskussion eingebracht hatte.⁴¹³ Dass der Angriff auf die Gewerkschaften von Biedenkopf und anderen Marktwirtschaftlern in der CDU als Teil der »Neuen Sozialen Frage« formuliert wurde – und nicht etwa in Form einer semantisch eindeutig auf die Stärkung des marktwirtschaftlichen Profils der Partei zielenden Begriffsalternative –, weist zurück auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der deutschen Christdemokratie. Marktwirtschaftlich ausgerichtete Vertreter des Reformkurses mussten schon aus parteistrategischen Gründen auf christdemokratische Begriffstraditionen Rücksicht nehmen, wollten sie nicht jenseits der Grenzen des im christdemokratischen Marktdiskurs Sagbaren argumentieren.

Im Unterschied zur Gewerkschaftskritik der britischen Konservativen musste der christdemokratische Angriff auf die Gewerkschaften also gewissermaßen einen Umweg über die Sozialpolitik nehmen. Dadurch war er von vorn herein deutlich begrenzter als die thatcheristische Offensive, im Zuge derer sich eine Verschmelzung von neoliberaler Außenwelt mit der Innenwelt der Konservativen Partei vollzog – schließlich mit der Folge einer radikalen Beschränkung gewerkschaftlichen Einflusses. Darüber hinaus näherten sich die Mitte-Rechts-Parteien in der Bundesrepublik und in Großbritannien der Thematik aus ganz entgegengesetzten Richtungen. Die Thatcheristen setzten beim Individuum an, sahen dessen Freiheit durch den Staat bedroht, prangerten die Partizipation der Gewerkschaften am wirtschaftspolitischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess als zerstörerisch für den Markt an und legten sich schließlich auf eine Strategie im Umgang mit den Gewerkschaften fest, die auf einer klaren Trennung der Sphären von Staat und Wirtschaft basierte. Die Gewerkschaftskritik der CDU hingegen hatte ihren Ansatzpunkt beim »Allgemeinwohl«, das durch die gesellschaftlichen Partikular-

⁴¹⁰ Vgl. Bösch, *Die Krise als Chance*, S. 305.

⁴¹¹ Alfred Müller-Armack, *Die wissenschaftlichen Ursprünge und die künftige Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), *Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände*, München 1976, S. 56–68, hier S. 64.

⁴¹² Biedenkopf, *Die Zukunft*, S. 44.

⁴¹³ Vgl. grundlegend Geißler, *Die Neue Soziale Frage*.

interessen, vor allem die der Gewerkschaften, gefährdet schien. Die »Bewältigung des Wandels in Freiheit« hinge, so Biedenkopf, von »der politischen Autorität des Allgemeinwohls« ab, davon, »ob und wie weit sich die Gruppen, Organisationen und Mitglieder der organisierten Gemeinschaft dem Ganzen verpflichtet fühlen, ob sie die Forderung des Ganzen als Aufgabe, als Wert anerkennen, der die Verfolgung eigener Interessen begrenzt.«⁴¹⁴ Er beklagte die »Emanzipation organisierter Gruppen von der organisierten Gemeinschaft, dem Staat«. »Die Fähigkeit des Ganzen, seine Interessen, die Interessen des Allgemeinwohls, zu behaupten und Anwalt derer zu sein, die sich nicht organisieren können«, bleibe auf der Strecke.⁴¹⁵ Die »Erneuerung und Sicherung eines angemessenen Verhältnisses des Ganzen zu seinen Teilen ist deshalb unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung des allgemeinen Zieles [...]«. ⁴¹⁶

Mit dieser Definition des Allgemeinwohls rückte die Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit des Staates ins Zentrum der mit der »Neuen Sozialen Frage« aufgeworfenen Gewerkschaftskritik der CDU. Dem Staat würden »wichtige Mittel legitimer Herrschaftsausübung entzogen, ohne die er seinen Sinn verliert.«⁴¹⁷ Der Handlungsspielraum der Regierung müsse daher erweitert werden, so Biedenkopf. Der Staat habe die ordnungspolitische Aufgabe, »den Markt der Verbände [...] genauso und nach gleichen Prinzipien durch eine entsprechende »Verfassung« [zu]ordne[n] wie der ökonomische und der politische Markt durch die Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft bzw. das Grundgesetz.«⁴¹⁸ Die CDU habe »den Willen und die Kraft, dem Staat und damit dem Ganzen das politische Mandat für das Allgemeinwohl zurückzugewinnen, das er an die gesellschaftlichen Gruppen verloren hat.«⁴¹⁹

Biedenkopfs gänzlich vom »Staat« hergeleitete Argumentation war indes anfällig für Kritik, die in dieser Kampfansage an die Gewerkschaften geradezu eine Staatsbesessenheit identifizieren konnte.⁴²⁰ »Wie autoritär, ja ständisch organisiert, müßte der Staat denn aussehen, den Biedenkopf vor Augen hat?«, fragte der SPD-Pressereferent und Redenschreiber Willy Brandts, Uwe-Karsten Heye, in einem Aufsatz, der mit »Biedenkopf und das Ganze« betitelt war.⁴²¹ Strebte

⁴¹⁴ *Biedenkopf*, Fortschritt in Freiheit, S. 129.

⁴¹⁵ Ebd., S. 131.

⁴¹⁶ Ebd., S. 132.

⁴¹⁷ Ebd., S. 131.

⁴¹⁸ *Kurt Biedenkopf*, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik, München 1975, S. 66.

⁴¹⁹ *Kurt Biedenkopf*, Solidarität und Subsidiarität in einer freien Gesellschaft. Vortrag des Generalsekretärs der CDU auf dem Wirtschaftstag '74 am 28. März 1974, Bonn 1974, S. 8.

⁴²⁰ Vgl. dazu *Köpf*, Der Querdenker, S. 98 ff.

⁴²¹ *Uwe-Karsten Heye*, Biedenkopf und das Ganze, in: Welt der Arbeit, 26.4.1974, zit. nach: *Köpf*, Der Querdenker, S. 99 f.

Biedenkopf nicht nach einer »schlichte[n] Unterwerfung der Bürger unter die Macht des nur ordnenden und normsetzenden Staates?«, wurde seitens der Sozialdemokratie eingewandt. Lief Biedenkopfs »Neuordnung des Gleichgewichts« nicht auf die »Unterwerfung unter ein Staatsmodell« hinaus, das mit der Tarifautonomie inkompatibel war?⁴²² Die Betonung des Staates als ausgleichenden Trägers »des Allgemeinwohls« und »des Ganzen« weist wiederum zurück auf semantische Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik, die dem Marktdiskurs der britischen Konservativen fremd waren. Der christdemokratische Angriff auf den Verbände-staat stand im Kontrast sowohl zum radikal-individualistischen Element der thatcheristischen Marktsprache als auch zum neoliberalen Diskurs.

Es lag schließlich in der semantischen Mehrdeutigkeit des Konzepts der »Neuen Sozialen Frage«, dass sich auch in den eigenen Reihen offener Widerstand regte. Im konservativen und wirtschaftsnahen Flügel der CDU wie auch in der CDU/CSU-Fraktion hatte es von Beginn an Mahner gegeben, die Positionen wie Arbeitszeitverlängerung oder deutliche Einsparungen bei der Sozialhilfe vertraten und der eingeleiteten semantischen Offensive ablehnend gegenüberstanden.⁴²³ Zu diesen gehörte auch Ludwig Erhard, Altkanzler und marktwirtschaftliche Autorität der CDU, der zum prominentesten Kritiker der Mannheimer Erklärung und der in ihr programmatisch festgehaltenen »Neuen Sozialen Frage« avancierte. Erhard warnte gar davor, die Regierung »links zu überholen«, für ihn weise die dem Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegte Erklärung den falschen Weg, indem sie den Einsatz von mehr öffentlichen Geldern, mehr Staat, aber weniger persönlicher Verantwortung wolle. Die »Neue Soziale Frage« sei in ihrer Wirkung lediglich der Auftakt für neue Forderungen und Belastungen der öffentlichen Haushalte.⁴²⁴ Jahre später sollte es der Generalsekretär als Fehler bezeichnen, seinerzeit nicht auf Erhards Mahnung und Kritik eingegangen zu sein. »Die nachfolgende Entwicklung hat ihm Recht gegeben«⁴²⁵, bedauerte Biedenkopf. Nach der Wahlniederlage der Union von 1976 spielte die »Neue Soziale Frage« keine tragende Rolle mehr als sprachpolitische Offensive der CDU.⁴²⁶ Im Ludwigshafener Grundsatzprogramm noch erwähnt, verschwand sie mit der

⁴²² Zit. nach: ebd.

⁴²³ Vgl. dazu »CDU diskutiert sozialen Abbau«, in: Frankfurter Rundschau, 4.9.1975.

⁴²⁴ Vgl. »Anmerkungen zur Kritik von Altbundeskanzler Ludwig Erhard an der Mannheimer Erklärung der CDU«, Analysen der Planungsgruppe in der Bundesgeschäftsstelle vom 29. und 30.9.1975, beide in: ACDP, CDU-Bundespartei (07-001), 22138. In mehreren Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln hatte Erhard davor gewarnt, die CDU dürfe sich nicht auf den Weg des Kollektivismus begeben. Vgl. *Ludwig Erhard*, CDU und Sozialpolitik, in: Die Tat, 19.9.1975. *Ders.*, in: Die Welt, 30.8.1975.

⁴²⁵ Zit. nach: *Köpf*, Der Querdenker, S. 106.

⁴²⁶ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 85.

Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß im Jahr 1980 völlig aus dem begrifflichen Arsenal der Unionsparteien. Dies ist zum einen auf die mit der Kandidatur Strauß' einhergehende konservative Akzentverschiebung zurückzuführen, mit der die christdemokratischen Modernisierer und ihre Erneuerungskonzepte in den Hintergrund traten.⁴²⁷ Zum anderen stand die mit der »Neuen Sozialen Frage« formulierte Gewerkschaftskritik aber auch quer zur sozialpartnerschaftlichen Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft, mit der die Bundesrepublik nach 1945 eine im internationalen Vergleich bedeutsame Sonderentwicklung eingeschlagen hatte. Die deutschen Gewerkschaften hatten ihren Platz in der Sozialen Marktwirtschaft gefunden, der ihnen von der deutschen Christdemokratie schließlich nicht grundsätzlich streitig gemacht wurde.

2.5 Das konservative Element in der deutschen Christdemokratie als Träger des Neoliberalismus?

In den Bemühungen der christdemokratischen Erneuerer um eine Intellektualisierung und Professionalisierung christdemokratischer Politik lassen sich keine durchschlagenden Impulse einer neoliberalen Entgrenzung des christdemokratischen Marktdiskurses ausmachen. So bleibt noch die Frage nach den konservativen Kräften des rechten Parteiflügels als Träger eines neoliberalen Elements im christdemokratischen Marktdiskurs. Der Parteivorsitzende und die Protagonisten des christdemokratischen Erneuerungsprozesses, der – wie bereits dargelegt – auf die Profilierung der CDU als »moderne Volkspartei der Mitte« gerichtet und mit semantischen Offensiven wie der »Neuen Sozialen Frage« verbunden war, können mitnichten als Akteure neoliberaler Grenzverschiebungen bezeichnet werden. Im Umfeld von Hans Filbinger, Alfred Dregger und Franz Josef Strauß in der CSU bildeten sich allerdings Zentren des innerparteilichen Widerstands gegen den Modernisierungskurs in der CDU. Diesen betrachteten die konservativen Akteure als verhängnisvolle Linksverschiebung, die unbedingt rückgängig zu machen war.⁴²⁸ Statt mit der Sozialdemokratie um die politische Mitte zu konkurrieren, sollte die Union einen entschiedenen Konfrontationskurs gegenüber dem politischen Gegner einschlagen. Eine solche Strategie konnte durchaus vom Aufwind des Neoliberalismus profitieren. Neoliberale, allen voran von Hayek, waren ideale Stichwortgeber für den rigorosen Antisozialismus des konservativen Flügels der CDU.⁴²⁹

⁴²⁷ Vgl. Bösch, *Die Krise als Chance*, S. 305.

⁴²⁸ Vgl. Bösch, *Macht und Machtverlust*, S. 113.

⁴²⁹ Vgl. dazu *Karabelas*, *Freiheit statt Sozialismus*, S. 179–192.

Eifriger Rezipient und Verehrer Friedrich August von Hayeks in der Union war Franz Josef Strauß. »Sie gehören zum Kreis der bedeutendsten Nationalökonominnen und sind ein um seiner wissenschaftlichen Unbestechlichkeit willen gern zitierter Analytiker der verschiedenen Wirtschaftsordnungen«, schrieb der CSU-Vorsitzende und wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag dem neoliberalen Denker. »Ich selbst verdanke Ihrem Werk, aus dem der entschiedene Gegner der Planwirtschaft spricht, manches Rüstzeug für die politische Praxis.«⁴³⁰ In der bereits zitierten, berühmt-berüchtigten Sonthofener Rede im November 1974 vor der CSU-Landesgruppe, die *Der Spiegel* wenige Monate später infolge einer Indiskretion veröffentlichte⁴³¹, stellte Strauß grundsätzliche Überlegungen zum Oppositionsverhalten der Unionsparteien an und forderte einen konsequenten Konfrontationskurs, der in seiner anti-sozialistischen Vehemenz den Schriften von Hayeks und den Reden Thatchers in nichts nachstand. Strauß verwies in Reden, Zeitungsartikeln und Fernsehinterviews einige Male auf das Werk des Nobelpreisträgers, vor allem auf den »Weg zur Knechtschaft«⁴³², um dem Argumentationsmuster einer schleichenden sozialistischen Transformation Gewicht zu verleihen und die Sozialdemokratie als natürlichen Feind der »Freiheit« darzustellen. In einem *Spiegel*-Interview im September 1976 erläuterte er den CDU/CSU-Wahlslogan »Freiheit oder Sozialismus« und nannte den intellektuellen Stichwortgeber beim Namen: »Der Erfinder dieser Parole ist ein bekannter, international angesehener Wirtschaftswissenschaftler, Nobelpreisträger Professor Friedrich August Hayek, der bereits am Ende des Zweiten Weltkrieges, und zwar in England, nicht in einem faschistisch regierten Lande, ein höchst bemerkenswertes Buch geschrieben hat: ›Der Weg zur Knechtschaft‹. In diesem Buch weist er nach, daß Faschismus, Nationalsozialismus, Marxismus und Kommunismus Brüder oder Abkömmlinge derselben Eltern sind, zum Teil verfeindete Brüder sind, aber demselben ungeistigen Nährboden entstammen, nämlich dem Kollektivismus.«⁴³³

⁴³⁰ Zit. nach: *Karabelas*, Freiheit statt Sozialismus, S. 155. Wie Karabelas herausgearbeitet hat, schrieben sich Strauß und von Hayek gelegentlich Briefe. Auch luden Strauß, Filbinger und Dregger von Hayek einige Male zu Vortragsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen ein. Vgl. ebd., S. 191.

⁴³¹ Vgl. Aufräumen bis zum Rest dieses Jahrhunderts. Auszüge aus dem Wortprotokoll eines Referats von Franz Josef Strauß vor der CSU-Landesgruppe auf einer Klausurtagung im Hochzeitszimmer des Hotels »Sonnenalp« in Ofterschwang bei Sonthofen am 19. November 1974, in: DER SPIEGEL, 10. 3. 1975, S. 34–41.

⁴³² Vgl. *Karabelas*, Freiheit statt Sozialismus, S. 189.

⁴³³ *Franz Josef Strauß*, »Mein Wahlkampf ist intellektuell-rational«, Interview, in: DER SPIEGEL, 13. 9. 1976, S. 23–33, hier S. 23.

Hans Filbinger hatte den Slogan »Freiheit statt Sozialismus« im baden-württembergischen Wahlkampf 1976 erfolgreich erprobt.⁴³⁴ Der Slogan, der – wie Strauß' Einlassungen belegen – auf eine bewusste Rezeption des Hayek'schen Grundgedankens zurückging, transportierte die zentrale Denkfigur des Neoliberalismus, wonach jeder Planungsgedanke und politische Steuerungsversuch mit dem Ideal der Freiheit unvereinbar war. Nach dem Erfolg in Baden-Württemberg gebrauchte die CDU den Slogan, wie bereits gezeigt wurde, im Bundestagswahlkampf 1976. Das konservative Lager innerhalb der Union versuchte vom Aufschwung neoliberaler Konzepte in den internationalen Wirtschaftswissenschaften zu profitieren und von Hayek als intellektuelle Autorität in den Prozess der politischen Meinungsbildung einzubinden. »Zur Person des Verfassers dieses Buches [gemeint war »Der Weg zur Knechtschaft«, P. B.] darf ich noch sagen«, setzte Strauß im zitierten *Spiegel*-Interview hinzu, »daß er aufgrund seiner wirtschaftswissenschaftlichen Leistung ein echter Nobelpreisträger ist. Er hat den Nobelpreis, und zwar erst vor einigen Jahren, für seine international anerkannte wissenschaftliche Leistung als Wirtschaftswissenschaftler und damit auch gesellschaftswissenschaftlicher Denker erhalten.«⁴³⁵

Der von Vertretern des konservativen Lagers der deutschen Christdemokratie punktuell hergestellte Bezug auf neoliberale Denker wie von Hayek kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Adaption neoliberal-marktradikaler Axiome mit dem Resultat weitreichender Grenzverschiebungen im christdemokratischen Marktdiskurs nicht erfolgte. Für den konservativen Flügel der Union war von Hayek nicht als Stichwortgeber einer marktradikalen Sprache, sondern als anti-sozialistische Autorität interessant. Wie Iris Karabelas herausgearbeitet hat, wurde er als anti-sozialistischer Sozialtheoretiker und nicht als neoliberaler Wirtschaftstheoretiker von Teilen der Union rezipiert.⁴³⁶

Darüber hinaus verdeutlicht der Befund einer punktuellen, eingeschränkten Rezeption und Adaption neoliberaler Elemente im Marktdiskurs der CDU einen markanten Unterschied auf der Ebene der innerparteilichen Debattenstrukturen und Kräfteverhältnisse in der deutschen Christdemokratie einerseits und den britischen Konservativen andererseits. Während Vertreter des *One-Nation*-Flügels ab Mitte der 1970er-Jahre Widerstand gegen den thatcheristischen, marktradikalen Mainstream im Marktdiskurs der britischen Konservativen artikulierten, verhielt es sich im innerparteilichen Aushandlungsprozess der deutschen Christdemokratie gerade umgekehrt: Hier bildeten explizit marktfreundliche Positionen und die

⁴³⁴ Die baden-württembergische CDU konnte ihr Ergebnis um 3,8 Prozent auf 56,7 Prozent steigern und erreichte das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Vgl. *Karabelas*, *Freiheit statt Sozialismus*, S. 185.

⁴³⁵ *Strauß*, »Mein Wahlkampf ist intellektuell-rational«, S. 23.

⁴³⁶ Vgl. *Karabelas*, *Freiheit statt Sozialismus*, S. 196.

konfrontativen semantischen Strategien des konservativen Lagers ein Randphänomen im Marktdiskurs, das gegen den gemäßigten, in der semantischen Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft verharrenden christdemokratischen Mainstream gerichtet war. So wenig aber die gemäßigten innerparteilichen Gegner der thatcheristischen Marktsprache im Marktdiskurs der Tories seit Mitte des Jahrzehnts noch durchdrangen, so begrenzt war die Reichweite diskursiver Strategien für weiterreichende Verschiebungen in Richtung »mehr Markt« im christdemokratischen Mainstream, wie sie etwa im parteipolitischen Vorfeld vom Wirtschaftsrat der CDU verfolgt wurden.⁴³⁷ Eine argumentative Strategie für marktwirtschaftliche Offensiven, die neoliberale Vordenker wie von Hayek nicht bloß als antisozialistische Autorität, sondern darüber hinaus als Kämpfer für einen ungezügeln Markt bemühten, war für christdemokratische Führungspolitiker angesichts dieser Beschaffenheit des Diskurses unsagbar.

Zudem ist auf der Analyseebene der Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten bereits herausgearbeitet worden, dass die Sozialausschüsse, deren Vertreter ihre eigenen semantischen Offensiven lancierten, durchweg ein starkes Korrektiv zu marktwirtschaftlichen Verschiebungen blieben, was die Kontinuität im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie – auch in einem Klima des aufsteigenden Neoliberalismus – verfestigte. Hier wird das Ineinandergreifen der auf den einzelnen Analyseebenen betrachteten Triebkräfte und Beharrungsfaktoren bei der Entwicklung des Marktdiskurses der Mitte-Rechts-Parteien deutlich. Dass

⁴³⁷ Haimo George, Geschäftsführer des Wirtschaftsrats von 1970 bis 1976, verstand den Verband als »Hüter der sozialen Marktwirtschaft«, der dafür zu sorgen habe, dass die soziale Komponente kein Übergewicht erhalte, was in dieser Phase der sozialen Marktwirtschaft befürchtet werden müsse. Vgl. *Wolfgang Hoffmann*, Die Traditionskompanie der sozialen Marktwirtschaft, in: DIE ZEIT, 24. 3. 1972. Der Wirtschaftsrat entwarf »Strategien, wie die Unternehmer die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zu führen haben«, »er bereitet das Vokabular vor, er gibt dem Unternehmer Dokumentationen in die Hand«. Vgl. ebd. Im Dezember 1963 als unternehmerischer Berufsverband gegründet, war der Wirtschaftsrat der CDU e. V. Interessenvertreter der unternehmerischen Wirtschaft, der sich explizit als Gegenpol zu den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft verstand. Im Unterschied zur Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) handelt es sich beim CDU-Wirtschaftsrat jedoch nicht um eine Vereinigung innerhalb der CDU, sondern um einen CDU-nahen Verband, der im parteipolitischen Vorfeld agierte und damit kein unmittelbarer Akteur des christdemokratischen Marktdiskurses war. Zum CDU-Wirtschaftsrat allgemein vgl. *Hans-Otto Kleinmann*, Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993, S. 478–479; *Jürgen Dittberner*, Der Wirtschaftsrat der CDU e. V., in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 200–228. Die Analyse der Aktivitäten des CDU-Wirtschaftsrats für eine marktwirtschaftliche Politik in den 1970er- und 1980er-Jahren steht noch aus. Vgl. dazu auch das laufende Habilitationsprojekt von *Andreas Rose*, »Mehr Freiheit wagen«? – Entstaatlichung, Pluralisierung und Privatisierung als »Gebote der Stunde« in den 1970er und 1980er Jahren (Arbeitstitel).

auch das marktwirtschaftliche Element der deutschen Christdemokratie wenig kompatibel mit der marktradikalen Semantik des angelsächsischen Neoliberalismus war, verweist aber über die christlich- beziehungsweise katholisch-soziale Begriffstradition hinaus auf Unterschiede zwischen der ordoliberalen Semantik und dem Marktverständnis des Neoliberalismus, die einer Adaption marktradikaler Axiome in den christdemokratischen Marktdiskurs entgegenstanden.⁴³⁸

Zwischen von Hayek als Vertreter einer marktradikalen Freiheitsideologie und ordoliberalen Theoretikern wie Eucken, Röpke, Rüstow oder Müller-Armack gab es deutliche Berührungspunkte, die in erster Linie auf ihrem gemeinsamen Interesse an einer theoretisch ausgerichteten Nationalökonomie in Abgrenzung zu einer historisch ausgerichteten Nationalökonomie im Verständnis einer Geisteswissenschaft sowie auf ihrer gemeinsamen Befürwortung einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung als bestmöglicher Wirtschaftsordnung beruhten.⁴³⁹ So wurde von Hayeks »Weg zur Knechtschaft« von den Ordoliberalen als Manifest der Freiheit rezipiert, das nach ihrer Überzeugung dazu imstande war, einen maßgeblichen Beitrag zur Verbreitung liberalen Gedankenguts in der Bundesrepublik zu leisten. Dabei war Eucken am deutlichsten darum bemüht gewesen, von Hayek in den ideellen Wiederaufbau der Bundesrepublik einzubeziehen.⁴⁴⁰

Dessen ungeachtet gab es hinsichtlich des gewünschten Zusammenhangs zwischen Markt und Staat erhebliche Unterschiede in den Auffassungen von Hayeks und den deutschen Ordoliberalen, die von den letzteren auch selbst wahrgenommen und herausgestellt wurden. So kritisierte Eucken, von Hayek stelle die Unterschiede zwischen einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen Ordnung und einer *Laissez-faire*-Wirtschaft nicht markant genug heraus und schenke zudem dem Problem der Unternehmenskonzentration (Monopolbildung) zu wenig Aufmerksamkeit. Von Hayek wurde von deutschen Ordoliberalen als Vertreter des *Laissez-faire*-Liberalismus, des »Paläoliberalismus«, wie dieser von Alexander Rüstow genannt wurde, wahrgenommen.⁴⁴¹ Entscheidend dafür war von Hayeks ablehnende Haltung gegenüber allen Maßnahmen, die für die Vertreter des Ordoliberalismus zur sozialen Einhegung der freiheitlich-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsord-

⁴³⁸ Den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen von Hayek als Hauptvertreter des angelsächsischen Neoliberalismus und dem deutschen Ordoliberalismus widmet sich Iris Karabelas in ihrer Rezeptionsgeschichte des österreichischen Ökonomen und Sozialphilosophen. Vgl. dazu und zum Folgenden *Karabelas, Freiheit statt Sozialismus*, S. 69–114.

⁴³⁹ Vgl. ebd., S. 112.

⁴⁴⁰ Vgl. ebd., S. 113. Karabelas weist zu Recht darauf hin, dass von Hayek wegen seiner persönlichen Beziehungen zu den Ordoliberalen sowie wegen seiner regelmäßigen Mitarbeit im ORDO-Jahrbuch bisweilen fälschlicherweise als Ordoliberaler wahrgenommen wird, obwohl er sich selbst nie als solchen betrachtete.

⁴⁴¹ Vgl. ebd., S. 100.

nung essentiell waren.⁴⁴² Es ist daher nicht verwunderlich, dass es in den 1950er-Jahren zum Bruch zwischen den angelsächsischen Vertretern des Neoliberalismus und den Vertretern der österreichischen Schule einerseits und den Vertretern des deutschen Ordoliberalismus andererseits kam.⁴⁴³

Der semantische Haushalt des Begriffs »Ordnungspolitik« entbehrte darüber hinaus der Grundlage für einen wie auch immer garteten Marktradikalismus. Zwar fußte der ordolibere Diskurs auf einer strikten Trennung von Wirtschaft und Politik, die sich in der klassischen Formulierung des Ordoliberalismus bündelte, der Staat gestalte die institutionelle Rahmenordnung, greife aber nicht selbst nicht in das Marktgeschehen ein.⁴⁴⁴ Der radikale Anti-Etatismus aber, der dem Hayek'schen Marktradikalismus zugrunde lag, hatte in der ordoliberalen Begrifflichkeit kein semantisches Fundament, weil der vom Staat gelegte »Ordnungsrahmen« eine geregelte ökonomische Interaktion erst möglich machte: »The Ordo-liberals replace the conception of the economy as a domain of autonomous rules and laws by a concept of >economic order< as an object of social intervention and political regulation.«⁴⁴⁵ Anders als in von Hayeks Modell der »spontanen Ordnung«, die die Selbstdynamisierung marktwirtschaftlicher Systeme im Rahmen einer Theorie der kulturellen Evolution beschreibt⁴⁴⁶, existierte der eine, seiner universellen Eigenlogik folgende Kapitalismus im ordoliberalen Diskurs nicht. Dieser ging vielmehr von einem institutionellen Gefüge aus, das die immer wiederkehrenden Widersprüche und Dysfunktionen der Marktordnung durch staatliches Eingreifen steuern kann, mehr noch: Wirtschafts-, Ordnungs- und Gesellschaftspolitik machten funktionierendes Marktgeschehen erst möglich. Der Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie war nicht anschlussfähig an die evolutionistisch begründete Sozialphilosophie von Hayeks mit der ihr eigenen Staatsphobie und transzendentalen Überhöhung des Marktes, die für den

⁴⁴² Vgl. ebd., S. 113.

⁴⁴³ Vgl. dazu ausführlich *Philip Plickert*, Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der »Mont Pèlerin Society«, Stuttgart 2008, S. 155–194, bes. S. 190–194.

⁴⁴⁴ »Der Staat hat die *Formen*, das institutionelle Rahmenwerk, die Ordnung, in der gewirtschaftet wird, zu beeinflussen, und er hat die Bedingungen zu setzen, unter denen sich eine funktionsfähige und menschenwürdige Wirtschaftsordnung entwickelt. Aber er hat nicht den *Wirtschaftsprozess* selbst zu führen«, lautete die zentrale Formulierung in *Walter Eucken*, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in: *ORDO* 2, 1949, S. 1–99, S. 92 f. [Hervorhebungen i. O.].

⁴⁴⁵ *Thomas Lemke*, The Birth of Bio-Politics. Michel Foucault's Lecture at the Collège de France on Neo-Liberal Governmentality, in: *Economy & Society* 30, 2001, Nr. 2, S. 190–207, hier S. 194.

⁴⁴⁶ *Friedrich August von Hayek*, Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Siebeck 1969, S. 33, 35.

angelsächsischen Neoliberalismus prägend wurde – anders als der Marktdiskurs der britischen Konservativen, dem die ordoliberalen Begriffstradition fehlte.

Ganz deutlich wurde dies, als Alfred Müller-Armack Ende der 1950er-Jahre die »Zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft« ausrief, in welcher eine Schwerpunktverlagerung hin zu gesellschaftspolitischen Zielen der Wirtschaftsordnung vonnöten sei. Neben der Förderung der Selbständigkeit und des Mittelstandes, der Verbesserung der Ausbildung und der betrieblichen Situation sowie der Raumordnungs-, Struktur- und Umweltschutzpolitik beinhaltete diese Schwerpunktverlagerung auch konjunkturelle Stabilisierung durch antizyklische Haushaltspolitik.⁴⁴⁷ Müller-Armacks Verständnis von »Sozialer Marktwirtschaft« war offensichtlich kompatibel mit zentralen Elementen des keynesianischen Paradigmas, das sich in jenen Jahren verspätet auch in der Bundesrepublik durchzusetzen begann. Dementsprechend betonte er, die Politik der Sozialen Marktwirtschaft sei niemals »dogmatisch« gewesen; wie sich gezeigt habe, könne »die Marktwirtschaft einen guten Teil nicht marktkonformer Maßnahmen ohne Einbuße ihres Wesens ertragen«.⁴⁴⁸

Zu Beginn der 1970er-Jahre waren es Vertreter des marktwirtschaftlichen Flügel der CDU, die an diese Semantik einer »Zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft« anknüpften. Zu den »Grundlagen einer freiheitlichen Sozialen Marktwirtschaft und einer humanen Gesellschaftsordnung« müsse in den 1970er-Jahren der »zeitgemäße Ausbau der sozialen Sicherung und des sozialen Ausgleichs« treten, so Gerhard Stoltenberg auf dem Bundesparteitag der CDU im Januar 1971 in Düsseldorf, auf dem die Beratung über die zweite Fassung des Berliner Programms der CDU erfolgte.⁴⁴⁹ Er begrüße es ausdrücklich, »daß in unserem Programmentwurf klarer als bisher neben den notwendigen quantitativen Zielen der Marktwirtschaft auch die qualitativen Fragen gestellt sind, und ich glaube, daß wir diese Fragen nach der Qualität unseres Lebens, nach der Qualität der Ordnung der öffentlichen und sozialen Dinge in der Tat noch deutlicher und transparenter als bisher in die Aussagen über Marktwirtschaft einzubeziehen haben.«⁴⁵⁰ Zudem bekräftigte Stoltenberg, dass es für ihn »keinen Gegensatz zwischen der Sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage des privaten Eigentums

⁴⁴⁷ Alfred Müller-Armack, Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung (1959), in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg im Breisgau 1966, S. 251–265, hier S. 289 ff.

⁴⁴⁸ Ebd., S. 257 f.

⁴⁴⁹ Gerhard Stoltenberg, Rede auf dem 18. CDU-Bundesparteitag, 25.–27. 1. 1971, Düsseldorf, (S. 190), online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1971-01-25-27_Protokoll_18.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf [18. 11. 2018].

⁴⁵⁰ Ebd., S. 193.

und Wettbewerbs und der erforderlichen Planung in Staat und Gesellschaft gibt.«⁴⁵¹

Im Zuge des Plausibilitätsverlusts des Keynesianismus in den 1970er-Jahren distanzierte sich freilich auch der wirtschaftsliberale Flügel der CDU klar vom Planungsvokabular. Die Äußerung Stoltenbergs auf dem CDU-Bundesparteitag 1971 macht jedoch deutlich, wie weit sich die kurze Hochphase des keynesianischen Machbarkeitsglaubens und Planungsdenkens auch in die CDU hinein erstreckte und wie sich die Elemente einer Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Müller-Armacks, die klar außerhalb des neoliberalen Diskurses lagen, im christdemokratischen Marktdiskurs der 1970er-Jahre fortschrieben: »Der Dualismus Marktwirtschaft–Zentralverwaltungswirtschaft ist heute und in Zukunft vielfach problem inadäquat«, konstatierte Biedenkopf 1975. Eine »Rechtfertigung der Sozialen Marktwirtschaft« dürfe heute »nicht mehr von 1949 her« verstanden werden, sondern sie müsse »politisch und theoretisch« vor dem Horizont künftiger Probleme weiterentwickelt, die »Marktökonomik« müsse durch eine »Nicht-Marktökonomik« ergänzt werden: »Der Markt ist ein wichtiges und unerlässliches, aber nicht das einzige Instrument zur Verwirklichung von Freiheit und Machtkontrolle.«⁴⁵² Bereits die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft hätten von Beginn an auf die Gesellschaftspolitik als unerlässliche zweite Dimension der Sozialen Marktwirtschaft hingewiesen, dies sei allerdings, so merkte Biedenkopf kritisch an, »pragmatisch verfälscht und durch die außenpolitische Konfrontation (Kalter Krieg) überlagert« worden, sodass »Markt mit Freiheit und Nicht-Markt mit Zwang« gleichgesetzt worden sei.⁴⁵³

Für die marktwirtschaftlichen Kräfte innerhalb der deutschen Christdemokratie blieben die ordoliberalen Theoretiker die entscheidenden Stichwortgeber, mit der Folge, dass auch die Unterschiede zwischen angelsächsischem Neoliberalismus und deutschem Ordoliberalismus konstitutiv für den Marktdiskurs der CDU fortbestanden. Zwar konnten sich bisweilen Überschneidungen mit einzelnen neoliberalen Positionen ergeben, ohne dass dabei aber von einer Verschmelzung von neoliberaler Außenwelt und christdemokratischer Innenwelt gesprochen werden könnte. In »Fortschritt in Freiheit« konstatierte Biedenkopf eine »Überbelastung gesellschaftlicher Systeme«, die sich in der »wachsenden Forderung nach möglichst umfassender Planung aller Lebensbereiche in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft« zeige; »einer Planung, deren Anspruch, Reichweite, und Intensität im ständig wachsenden Mißverhältnis zur Sicherheit der Daten steht, auf denen sie

⁴⁵¹ Ebd., S. 191.

⁴⁵² *Biedenkopf*, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, S. 56.

⁴⁵³ Ebd.

aufbauen muß.«⁴⁵⁴ In dieser Kritik am Planungs- und Machbarkeitsparadigma klingt das neoliberale Axiom der Nichtplanbarkeit und Nichtsteuerbarkeit von »Gesellschaft« an, deren Gestaltung angesichts der menschlichen Unzulänglichkeit im Umgang mit der Masse von Informationen dem »Markt« allein überlassen werden müsse. Genau diese Schlussfolgerung zog Biedenkopf jedoch nicht, wenn er die »Beherrschung und Nutzbarmachung dieser Information« als »gigantische Aufgabe« bezeichnete und von der Notwendigkeit sprach, »die Gesellschaft und ihre Organisation so zu strukturieren, dass sie in der Lage bleibt, die Wissenslawine im umfassenden Sinne des Wortes geistig zu bewältigen.«⁴⁵⁵

Biedenkopf kritisierte den optimistischen Planungs- und Machbarkeitsglauben, der für das keynesianische Ordnungsmodell konstitutiv war, wollte denselben jedoch nicht durch ein am angelsächsischen Neoliberalismus orientiertes Ordnungsmodell ersetzen. Seine Argumentationslinie in »Fortschritt in Freiheit« lief schließlich auf eine Distanzierung von diesem Ordnungsmodell hinaus, indem die christdemokratische Ablehnung eines weitgehend entfesselten Markts zum Ausdruck gebracht wurde. Der Generalsekretär benannte die »Schattenseiten des Liberalismus«, der »erneut zu einer Herrschaft von wenigen Besitzenden, Starken und Leistungsfähigen über die große Masse der wirtschaftlich Abhängigen« führe, weshalb die liberal-kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts »ebenso vom Widerspruch gekennzeichnet« sei wie vorausgegangene Gesellschaftsordnungen.⁴⁵⁶ Dem Liberalismus sei entgangen, dass »[d]er freie, aber sich selbst überlassene Mensch verkümmert« und »daß der Mensch nicht nur auf den Schutz der Freiheit, sondern auch auf die spezifischen Leistungen der Gesellschaft angewiesen ist.« Der Mensch habe »einen Anspruch auf diese Leistungen; einen Anspruch, der sich in der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht.«⁴⁵⁷

Dass die bei Biedenkopf durchscheinende Kritik christdemokratischer Akteure an keynesianischen Annahmen vor der Übernahme neoliberaler Ordnungsvorstellungen Halt machte, hatte schließlich weitere, in spezifisch bundesrepublikanischen Debattenstrukturen liegende Ursachen, die auf der Ebene der »Krise und ihrer Erzählungen« bereits herausgearbeitet worden sind. Auf der Insel speiste sich die Strahlkraft der »Neuen Rechten« aus der radikalen Herausforderung des keynesianischen *post-war consensus*. Sowohl die monetaristische Konzeption Friedmans als auch die marktradikale Freiheitsideologie von Hayeks entfalteten ihre Wirkung als kompakte politische und gesellschaftliche Handlungsalternative zur keynesianischen Globalsteuerung durch den Staat. Mit der im Vergleich zu

⁴⁵⁴ Biedenkopf, *Fortschritt in Freiheit*, München 1974, S. 26.

⁴⁵⁵ Ebd., S. 27.

⁴⁵⁶ Ebd., S. 74 f.

⁴⁵⁷ Ebd., S. 117.

Großbritannien verspäteten und dann nur relativ kurz andauernden Phase keynesianischer Hegemonie war dieses für den neoliberalen Diskurs konstitutive Abgrenzungselement in Deutschland lange Zeit nicht gegeben. Es fehlte »die reale Grundlage für das Feindbild jenes ›sozialistischen Keynesianismus‹ oder ›keynesianischen Sozialismus‹, gegen das sich die britische ›Neue Rechte‹ wandte.«⁴⁵⁸

Damit zusammenhängend kommt hinzu, dass die Übernahme angelsächsisch-neoliberaler Annahmen die in der Bundesrepublik nach 1945 getroffenen wirtschafts- und sozialpolitischen Schlüsselentscheidungen in Zweifel gezogen, wenn nicht gar für falsch erklärt hätte.⁴⁵⁹ Die Nachkriegsordnung der Sozialen Marktwirtschaft, die sich in ihrer sprachlich-semantischen Ausgestaltung wie in ihrer politischen Praxis⁴⁶⁰ grundlegend vom neoliberalen Modell angelsächsischer Couleur unterschied, war diskursiv aufs Engste mit der Erfolgsgeschichte des »Wirtschaftswunders« verbunden, weshalb eine weitreichende Abkehr von diesem Weg argumentativ nicht zu begründen war. Gerade vor dem Hintergrund der spezifisch deutschen Vergangenheitserfahrungen des Untergangs der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus wurde die bundesrepublikanische Nachkriegsordnung als Garant für wirtschaftliche Stabilität, Sicherheit und sozialen Frieden wahrgenommen. Diese Erfolgsgeschichte wurde in den 1970er-Jahren im Begriff »Modell Deutschland« fortgeschrieben.⁴⁶¹ Die geringe Reichweite des Neoliberalismus in der Bundesrepublik und der bereits ausführlich behandelte Krisendiskurs der 1970er-Jahre, der diesseits des Kanals grundsätzlich anders gelagert war

⁴⁵⁸ Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, S. 428 f. Geppert illustriert diesen Zusammenhang treffend mit dem Hinweis darauf, dass der britische Begriff »Butskellism«, der jene Übereinstimmung von Labour und Tories in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zum Ausdruck brachte, auf das Jahr 1956 zurückgeht, während seine westdeutsche Entsprechung »Plisch und Plum«, jener Ausdruck für die Zusammenarbeit des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Karl Schiller mit Finanzminister Franz Josef Strauß von der CSU, erst 1966 geprägt wurde.

⁴⁵⁹ Vgl. auch *Conze*, *Die Suche nach Sicherheit*, S. 553.

⁴⁶⁰ Vgl. dazu *Richard H. Tilly*, *Gab und gibt es ein »deutsches Modell« der Wirtschaftsentwicklung?*, in: Jürgen Osterhammel/Dieter Langewiesche/Paul Nolte (Hrsg.), *Wege der Gesellschaftsgeschichte*, Göttingen 2006, S. 219–238; *Spoerer*, *Wohlstand für alle?*; *Hans Günter Hockerts*, *Konrad Adenauer – ein »Rheinischer Kapitalist«?*, in: Ders./Günther Schulz (Hrsg.), *Der »Rheinische Kapitalismus« in der Ära Adenauer*, Paderborn 2016, S. 187–202.

⁴⁶¹ 1976 zog die SPD mit ihrem Regierungsprogramm »Weiterarbeiten am Modell Deutschland« in den Bundestagswahlkampf. Vgl. *Susanne Miller/Heinrich Potthoff*, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–2002*, 8. aktualisierte und erw. Aufl., Bonn 2002, S. 250. Der Begriff »Modell Deutschland« etablierte sich schnell als Bezeichnung für das (west)deutsche Wirtschaftssystem, das auf einer engen Kooperation zwischen Kapital, Arbeit und Staat, einem ausgeglichenen Verhältnis von Markt und Staat, ökonomischem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit sowie einer starken Exportwirtschaft basierte und international hohes Ansehen genoss. Zur geschichtswissenschaftlichen Einordnung vgl. *Andreas Rödder*, *Das »Modell Deutschland« zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose*, in: *VfZ* 54, 2006, S. 345–363; *Thomas Hertfelder/Ders.* (Hrsg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007.

als in Großbritannien und weitaus weniger Durchschlagskraft besaß, hingen also aufs Engste miteinander zusammen. Hier werden einmal mehr das Ineinandergreifen und die Wechselwirkungen unterschiedlicher Antriebs- und Beharrungsmomente in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren deutlich.

Für die begrenzte Reichweite des Neoliberalismus im christdemokratischen Marktdiskurs und dem politischen Diskurs der Bundesrepublik insgesamt waren nach 1945 etablierte Pfadabhängigkeiten in einer weiteren Hinsicht entscheidend: Die Nachkriegsordnung der Sozialen Marktwirtschaft war stark vom ordoliberalen Diskurs beeinflusst gewesen. Mit der christlichen Soziallehre hatte der ordoliberale Wirtschaftsliberalismus im Diskurs der in ihrer Semantik ambivalenten Sozialen Marktwirtschaft zwar einen steten Gegenpol besessen (und besaß ihn in den 1970er-Jahren weiterhin) – vom Unterschied zwischen dem Müller-Armack'schen Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft und dem der Freiburger Schule ist bereits die Rede gewesen. Dennoch war das grundsätzliche Bekenntnis zur Marktwirtschaft in der Bundesrepublik nach 1945 doch stärker ausgeprägt gewesen als in Großbritannien (oder auch in Frankreich und den USA). Am Beginn des britischen Neuanfangs nach dem Krieg hatte die Verstaatlichungspolitik der Labour Party gestanden, während sich im Marktdiskurs der frühen Bundesrepublik – nach einer kurzen Zwischenperiode des sozialistischen Zeitgeists – rasch ein grundsätzliches Vertrauen in Markt und Wettbewerb als herausragende Diskurselemente etablierten.⁴⁶² Während die britische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit vom keynesianischen Planungsparadigma geprägt war, erfolgte in der Bundesrepublik die Wiederherstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung unter dem Einfluss des ordoliberalen Diskurses⁴⁶³ – »Planung«, »Kollektivismus« und »Wirtschaftslenkung« galten als Attribute des Systems der DDR und des Ostblocks und waren damit lange diskreditiert.⁴⁶⁴ Aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive hebt sich die Phase von 1948 bis 1966/67 in der Bun-

⁴⁶² Vgl. auch *Schanetzky*, Die große Ernüchterung, S. 24.

⁴⁶³ Vgl. *Gerold Ambrosius*, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977; *Wolfgang Benz*, Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945–1949, Berlin 2009, S. 255–302; *Christoph Buchheim*, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990; *Hans Jaeger*, Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1990.

⁴⁶⁴ Martin Wengeler hat die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft und die bis in die 1960er-Jahre andauernde Diskreditierung des Planungsparadigmas in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit auf sprachlicher Ebene analysiert. Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit«, S. 37–58. Eine diskursanalytische Studie zur Sozialen Marktwirtschaft als »hegemoniales Projekt« bietet *Martin Nonhoff*, Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld 2006.

desrepublik, in welche die Währungsreform, die Einrichtung einer von der Regierung unabhängigen Zentralbank durch das Bundesbankgesetz, die Schaffung eines robusten Wettbewerbsrechts und die Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft fielen⁴⁶⁵, markant vom keynesianischen Konsens in Großbritannien in jenen Jahren ab.⁴⁶⁶ Anders als in Großbritannien fehlte dem Wirtschaftsliberalismus in der Bundesrepublik somit »der Reiz des Neuen oder gar Revolutionären«.⁴⁶⁷

Das Fehlen einer marktradikalen, mit der britischen »Neuen Rechten« vergleichbaren neoliberalen Bewegung in der Bundesrepublik und die damit zusammenhängende Begrenztheit des neoliberalen Diskurses in der christdemokratischen Neuausrichtung der 1970er-Jahre verweisen auf den »ordnungspolitischen Sonderweg« der Bundesrepublik nach 1945⁴⁶⁸, der mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft auch auf sprachlicher Ebene beschränkt wurde. Mit der Formulierung und politischen Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft wurde ein Pfad eingeschlagen, der die Möglichkeiten der Rezeption und Adaption neoliberaler Diskurselemente begrenzte. Eine Abkehr von diesem Pfad wurde von den christdemokratischen Akteuren auch zu Beginn der 1980er-Jahre nicht vollzogen, wie die Analyse des Marktdiskurses der deutschen Christdemokratie in der »Wende« von 1982/83 zeigt.

2.6 Keine neoliberale »Wende«

Die deutlich werdenden Grenzen des neuen, neoliberalen Paradigmas im Marktdiskurs der CDU in den 1970er-Jahren zu betonen heißt indes nicht zu verkennen, dass sich am Ende des Jahrzehnts und zu Beginn der 1980er-Jahre diskursive Grenzverschiebungen auch im christdemokratischen Aushandlungsprozess über das Verhältnis von Markt und Staat zeigten. Wie weit die »große Ernüchterung«

⁴⁶⁵ Zur Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik sowie zu Fragen ihrer Periodisierung vgl. grundlegend *Werner Abelshausen*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*, 2., überarb. und erw. Aufl., München 2011; *Ders.*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*; *Michael von Prollius*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945*, Göttingen 2006; *Knut Borchardt*, *Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?*, in: Martin Broszat (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990, S. 21–33; *Buchheim*, *Wiedereingliederung*; *Christopher A. Allen*, *The Underdevelopment of Keynesianism in the Federal Republic of Germany*, in: Peter A. Hall (Hrsg.), *The political power of economic ideas. Keynesianism across nations*, Princeton, NJ 1989, S. 263–289.

⁴⁶⁶ Vgl. auch *Scholl*, *Begrenzte Abhängigkeit*, S. 228.

⁴⁶⁷ *Geppert*, *Thatchers konservative Revolution*, S. 428.

⁴⁶⁸ Von einem »ordnungspolitischen Sonderweg« der Bundesrepublik spricht *Abelshausen*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 94–106, hier S. 94. Wie Abelshausen betont, verstand sich die Soziale Marktwirtschaft traditionell als Alternative zur keynesianischen Globalsteuerung.

(Tim Schanetzky), die Erschütterung des Fortschritts- und Machbarkeitsglaubens vorangeschritten war, wurde auch im Marktdiskurs der CDU deutlich, die als Oppositionspartei, angesichts der durch die zweite Ölpreiskrise des Jahres 1979 abermals eingeschränkten Handlungsspielräume der Regierungskoalition, auf Haushaltskonsolidierung ebenso drängte wie auf »mehr Eigenverantwortung« und auf eine mittelfristige Überprüfung der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Ausgesprochen ernüchternde Töne fanden sich im Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl 1980, das in seiner Präambel Zweifel daran formulierte, »ob alles das, was zum Teil mit Vorgriff auf die Zukunft und unter immer stärkeren Belastungen kommender Generationen erreicht worden ist, überhaupt von Bestand sein kann.«⁴⁶⁹ Dem Funktionieren der Marktwirtschaft wurde gegenüber der sozialen Sicherung Priorität eingeräumt, indem ein »unauflöslicher Zusammenhang zwischen funktionierender Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsstand einerseits und den gehobenen Lebensverhältnissen und Lebenserwartungen des einzelnen und der sozialen Sicherheit aller andererseits« konstatiert wurde.⁴⁷⁰

Elmar Pieroth etwa, seit 1976 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik und späterer Berliner Wirtschaftssenator, sprach 1981 angesichts neuer Herausforderungen von der Notwendigkeit, die Wirtschaftspolitik neu zu justieren – »von der Wachstumsratenpolitik zu einer Förderung der Wachstumsgrundlagen.« Der »grundlegende Denkfehler« habe bisher darin bestanden, anzunehmen, »der Staat könne durch direkte Eingriffe in das Wirtschaftsleben die gewünschten Ergebnisse hervorbringen«, was nur zu hoher Staatsverschuldung und Bürokratie geführt habe. Eine neue »Wachstumsgrundlagenpolitik« vertraue hingegen »auf die Kreativität einer Vielzahl selbständiger Entscheidungsträger«. Der Mensch müsse »aus der staatlichen Fessel« gelöst werden, dann entstünden Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand.⁴⁷¹ Einen ähnlichen Ton schlug Manfred Schäfer, ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Saarländischer Wirtschaftsminister, an, der kritisierte, in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik sei »die marktwirtschaftliche Absicht da und dort nur noch schwach [zu] erkennen.« Der Staat sei »bis hart an die Grenze heran entwickelt [worden], die den Markt von der Ver-

⁴⁶⁹ Für Frieden und Freiheit in der Bunderepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980, Bonn 1980, S. 4. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1980_Fuer-Frieden-und-Freiheit.pdf [22.10.2018].

⁴⁷⁰ Ebd., S. 5.

⁴⁷¹ *Elmar Pieroth*, Herausforderungen an die zukünftige Wirtschaftspolitik, in: Wulf Schönbohm/Günther E. Braun (Hrsg.), *CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen*, München/Wien 1981, S. 176–195, hier S. 186.

waltung trennt; sein Anteil am Sozialprodukt ist soweit gestiegen, daß in weiten Bereichen ein marktwirtschaftlicher Verteilungsprozess nicht mehr stattfindet. Steuerbelastung und Bürokratie drohen jede marktwirtschaftliche Initiative zu ersticken; Arbeitnehmer wie Arbeitgeber leiden unter dem Anspruch des Staates auf Kontrolle, Allgegenwart und Reglementierung.«⁴⁷²

Im Wahlprogramm von CDU/CSU zur Bundestagswahl 1983 findet sich schließlich zum ersten Mal in einem Regierungsprogramm ein deutlicher Hinweis auf zukünftig vorzunehmende Einschnitte im Bereich der Sozialpolitik: »Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Festigung der finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes müssen wir von den Bürgern Einschränkungen verlangen. [...] Wir wollen mehr Eigenverantwortung des Bürgers auch in der Sozialpolitik. Wir werden die Sozialpolitik gerechter gestalten, indem wir die sozialen Leistungen auf die wirklich Hilfebedürftigen konzentrieren.«⁴⁷³ Aufschlussreich hinsichtlich diskursiver Verschiebungen im Marktdiskurs der CDU seit Beginn der 1980er-Jahre ist dabei, dass in dieser zentralen Formulierung die sonst für ein programmatisches Dokument der Christdemokratie charakteristische Einschränkung eines »aber« beziehungsweise des »sowohl als auch« fehlt. So wird der implizite Hinweis auf eine Überprüfung der Finanzierbarkeit des Systems der sozialen Sicherung nicht ergänzt durch den Hinweis auf den Anspruch der Menschen auf soziale Abfederung; das Prinzip der »Eigenverantwortung« rangiert somit über dem Grundwert der Solidarität: »Wir wollen mehr Eigeninitiative und weniger Staat.«⁴⁷⁴

Das mit hohem diskursiven Aufwand konstruierte »Wende«-Konzept, mit dem der Machtwechsel von 1982/83 begründet wurde⁴⁷⁵, wies durchaus Schnittmengen mit dem neoliberalen Paradigma auf. Es enthielt deutliche Elemente der angebotsorientierten »Wende«, die sich in den Wirtschaftswissenschaften vollzogen hatte: Sparpolitik, Haushaltskonsolidierung, Begrenzung der Staatsausgaben, Betonung der »Eigenverantwortung«, »Primat der Wirtschafts- gegenüber der Sozialpolitik«. Wie jedoch bereits auf der Analyseebene der »Krise

⁴⁷² *Manfred Schäfer*, Die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft, in: ebd., S. 196–213, hier S. 196.

⁴⁷³ CDU, Arbeit, Frieden, Zukunft – Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU 1983, Bonn 1983, S. 8. Online abrufbar unter URL: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1983_Arbeit-Frieden-Zukunft_Miteinander-schaffen-wirs.pdf [23. 11. 2018].

⁴⁷⁴ Ebd., S. 15.

⁴⁷⁵ Vgl. dazu *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 49–59; *Ders.*, Eine »Ära Kohl«? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik, in: AfS 52, 2012, S. 667–685; *Ders.*, Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende« von 1982/83, in: Historisch-Politische Mitteilungen 9, 2002, S. 127–139, *Hoeres*, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«.

und ihrer Erzählung« deutlich gemacht worden ist, hatten diese Begrifflichkeiten auch schon Einzug in den Marktdiskurs der (Regierungs-)Sozialdemokratie erhalten und die Politik der sozial-liberalen Koalition der 1970er-Jahre geprägt.⁴⁷⁶ Hinsichtlich des semantischen Gehalts und der diskursiven Stoßrichtung der Sprache der »Wende«, oder gar der »geistig-moralischen Wende« ist zudem mit Recht auf Widersprüchlichkeiten hingewiesen worden.⁴⁷⁷ »In eigentümlicher Weise«, stellt Andreas Wirsching fest, »verknüpfte das Konzept der ›Wende‹ [...] christlich-konservative, liberal-fortschrittsorientierte und individualistische Elemente miteinander.« Als »progressiv-konservatives Gesellschaftskonzept zur Krisenbewältigung«, so Wirschings Charakterisierung, »konnte sich praktisch jeder in der christlich-liberalen Koalition auf irgendeinen Aspekt des ›Wende‹-Programms [...] berufen.«⁴⁷⁸ Anders als im Fall der britischen Konservativen war eine Sprache des Marktes im christdemokratischen »Wende«-Konzept zwar enthalten, bildete jedoch keinesfalls seinen inhaltlichen und strategischen Kern. Den Strukturen des christdemokratischen Marktdiskurses der 1970er-Jahre folgend, bediente seine Semantik den auf Haushaltskonsolidierung und unternehmerische Initiative zielenden Wirtschaftspolitiker ebenso wie die auf »soziale Symmetrie« beharrenden Sozialausschüsse und den konservativen Familienpolitiker.⁴⁷⁹

Der Anspruch, eine »geistig-moralische Wende« herbeizuführen, verdichtete sich rhetorisch in der ersten Regierungserklärung Helmut Kohls vom 13. Oktober 1982. Die proklamierte »Wende« verband eine klar liberale Gangart in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einer Rückbesinnung auf konservative und christlich-soziale Wertorientierungen und Lebensweisen.⁴⁸⁰ Kohl rief nicht weniger als einen »historischen Neuanfang« aus, »weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung; weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit.«⁴⁸¹ »Eine Atempause in der Sozialpolitik« wurde angekündigt. Die »kritische Wirtschaftslage« erfordere »einen schwierigen Balanceakt«. So müsse »eine überzeugende Konsolidierungspolitik« betrieben werden, ohne aber »die Nachfrage nicht über Gebühr [zu] drosseln.«⁴⁸² Der verbreiteten »Unsicherheit, gespeist aus Angst und Ratlosigkeit«, stellte Kohl »eine Gesell-

⁴⁷⁶ Vgl. dazu auch *Schanetzky*, Die große Ernüchterung, bes. S. 211–233.

⁴⁷⁷ Vgl. *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 49–59; *Ders.*, Eine »Ära Kohl«?, S. 668 ff.

⁴⁷⁸ Ebd., S. 668.

⁴⁷⁹ Vgl. ebd., S. 669.

⁴⁸⁰ Vgl. Helmut Kohl, Regierungserklärung, Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung, 13. 10. 1982, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenogr. Berichte, Bd. 121, Plenarprotokoll 9/121, S. 7213–7229.

⁴⁸¹ Ebd., S. 7216, S. 7218.

⁴⁸² Ebd.

schaft mit menschlichem Gesicht«, den Ausbau »unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats« sowie das Prinzip der Subsidiarität entgegen.⁴⁸³

Bezeichnend ist, dass das »Wende«-Konzept der CDU auf einer Kontinuität der wirtschafts- und sozialpolitischen Leitbegrifflichkeit der Partei aufbaute. Das Postulat der »Wende« war diskursiv verknüpft mit einer »Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft«. Die semantischen Pfadabhängigkeiten der christdemokratischen Begriffstradition wirkten somit in die 1980er-Jahre hinein fort. Das Fortschreiben der Erfolgsformel der Sozialen Marktwirtschaft erfüllte dabei gleich mehrere Funktionen. Gekoppelt an den erfolgreichen Wiederaufbau und die »Heldenjahre« des »Wirtschaftswunders« bildete sie den zentralen Referenzpunkt für die wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz der Union, die durch eine Rückkehr und Erneuerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft den Wirtschaftsaufschwung herbeizuführen im Stande war. »Die Union hat durch die Soziale Marktwirtschaft eine beispielhafte Wirtschafts- und Sozialordnung aufgebaut«, formulierte das Regierungsprogramm von CDU und CSU des Jahres 1983. »Die SPD hat diese große Leistung unseres Volkes verwirtschaftet. Wir werden jetzt unter veränderten Bedingungen die Soziale Marktwirtschaft erneuern und so die Zukunft unseres Landes wieder auf stabile Grundlagen stellen.«⁴⁸⁴ Zudem konnten die zentralen Begrifflichkeiten der »Wende«-Rhetorik, die den politischen Gegner herausforderte, unter dem Postulat einer »Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« in den Marktdiskurs der CDU integriert werden. Die Semantik der Sozialen Marktwirtschaft war kompatibel mit der Forderung nach Beseitigung »bürokratischer Bremsklötze«⁴⁸⁵, nach »mehr Eigenverantwortung« und einer Rückkehr zu »mehr persönlicher Freiheit«.⁴⁸⁶ Gleichzeitig aber transportierte der Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft den Beleg für einen gesellschaftlichen Ausgleich, den die in Kohls erster Regierungserklärung ausgerufene »Koalition der Mitte« anstrebte, und wirkte damit auch innerparteilich integrierend. Das »schöpferische Werk« der Sozialen Marktwirtschaft habe eine »soziale Friedensordnung« begründet, »die auch heute noch in vielen Ländern der Welt als vorbildlich gilt.« Mit ihr habe die Union »das Prinzip der Solidarität verwirklicht: durch dynamische Rente und Mitbestimmung, durch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, durch das Betriebsverfassungsgesetz und durch Vermögensbildung.«⁴⁸⁷

⁴⁸³ Ebd., S. 7225, S. 7259.

⁴⁸⁴ Arbeit, Frieden, Zukunft Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU, Bonn 1983, S. 3.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 6.

⁴⁸⁶ Helmut Kohl, Regierungserklärung, 4. 5. 1983, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenogr. Berichte, Bd. 124. Plenarprotokoll 10/4., 4. 5. 1983, S. 56–74, hier S. 57.

⁴⁸⁷ Ders., Regierungserklärung, 13. 10. 1982, S. 7216.

Die begriffliche Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft stand einer Entgrenzung des christdemokratischen Marktdiskurses auch während der »Wende« 1982/83 entgegen. Wie deutlich geworden ist, war ihre Semantik zwar durchaus anschlussfähig an wirtschaftsliberale Elemente, einer Verschmelzung jedoch des christdemokratischen »Wende«-Konzepts mit dem Diskurs des angelsächsischen Neoliberalismus widersprachen die bereits analysierten semantischen Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen der Sozialen Marktwirtschaft, die auch über die 1970er-Jahre hinaus fortwirkten. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass die Sozialausschüsse die gesamte folgende Dekade hindurch immer ein starkes Regulativ zu weitergehenden marktwirtschaftlichen Wendeabsichten darstellten.⁴⁸⁸

Die Partei, die Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre auf der Basis weitgehender Verschiebungen in ihrem Marktdiskurs operierte und damit anschlussfähig war an den neoliberalen Diskurs, war in der Bundesrepublik – vielmehr als die Mitte-Rechts-Partei – die FDP. Mit ihren »Freiburger Thesen«⁴⁸⁹ des Jahres 1971 hatte sich die FDP vom klassischen Wirtschaftsliberalismus entfernt, sich klar zu einem sozial-liberalen Kurs bekannt und damit einen Weg festgeschrieben, der sich bereits seit Beginn der 1960er-Jahre abgezeichnet hatte.⁴⁹⁰ Dies hatte die FDP allerdings nicht dauerhaft zu einer Partei mit sozial-liberalem Profil gemacht. Die »Freiburger Thesen« blieben in den 1970er-Jahren für den sozial-liberalen Flügel der Partei bindend, nicht jedoch für den wirtschaftsliberalen Flügel und maßgebliche Teile der Parteiführung.⁴⁹¹ Wirtschaftsminister Hans Friderichs, unter dessen Ägide das Wirtschaftsministerium die Abkehr vom Keynesianismus und die Hinwendung zur Angebotstheorie vollzog, hatte bereits 1977 auf Initiative des Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher einen Entwurf für ein neues Wirtschaftsprogramm der FDP vorgelegt, das auf den Widerstand der sozialliberal dominierten Parteikommission unter Vorsitz von Gerhard Baum stieß und der

⁴⁸⁸ Dies betonen *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 264–308, bes. S. 269 f. *Ders.*, Eine »Ära Kohl«?, S. 679 f.; *Werner Zoblhböfer/Reimut Zoblhböfer*, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl 1982–1989/90. Eine Wende im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft?, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 23–44, bes. S. 44.

⁴⁸⁹ Die Bezeichnung »Freiburger Thesen« ging auf den Ort ihrer Formulierung zurück, den 22. Bundesparteitag der FDP in Freiburg 1971.

⁴⁹⁰ Vgl. *Kielmansegg*, Das geteilte Land, S. 301. Mit den »Freiburger Thesen« wurde auch die Formel vom »geschichtlichen Bündnis« zwischen Arbeitern und Bürgern geprägt, die nun ein programmatisches Fundament erhielt. Die Thesen proklamierten »eine umfassendere und entschlossener Form des Kapitalismus durch Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft«. Nachdem die Freiheitsrechte formal etabliert seien, komme es nun darauf an, aus ihnen materiell abgesicherte Lebenschancen zu machen. Dies führte die Liberalen von der Union weg näher an die Sozialdemokraten heran und machte aus der sozial-liberalen Koalition eine Partnerschaft mit einer historischen Mission, so *Kielmansegg*. Vgl. ebd., S. 302.

⁴⁹¹ Vgl. *Bökenkamp*, Das Ende des Wirtschaftswunders, S. 193.

wirtschaftspolitischen Programmatik des sozialdemokratischen Koalitionspartners diametral entgegenstand.⁴⁹² In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre verschob sich das innerparteiliche Kräfteverhältnis zugunsten des wirtschaftsnahen Flügels. Gestärkt von ihrem guten Ergebnis bei der Bundestagswahl des Jahres 1980 forderte die FDP eine klare angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und schloss zukünftige Konjunkturprogramme aus. Otto Graf Lambsdorff war, ebenso wie sein Vorgänger im Amt des Wirtschaftsministers Friderichs, prominenter Rezipient der Schriften von Hayeks in der FDP.⁴⁹³ Gestützt von der Parteiführung vertrat der »Marktgraf«, wie er genannt wurde, den marktorientierten Kurs der FDP besonders offensiv, sodass sich die Risse in der Koalition im Verlauf des Jahres 1982 vertieften.⁴⁹⁴ Die SPD wiederum stellte sich auf ihrem Münchener Parteitag im April 1982 entschieden gegen die angebotsorientierte Wende und sprach sich für ein umfangreiches Beschäftigungsprogramm aus. Der Druck auf Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde enorm. Ihm blies scharfer Gegenwind aus zweifacher Richtung entgegen – vom Koalitionspartner wie von seiner eigenen Partei, die innerlich aufgrund von Gegensätzen auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet sowie vor allem in der Nachrüstungsfrage gespalten war.⁴⁹⁵

Ende der 1970er-Jahre war der Fortschrittsoptimismus, der die Regierungszeit Willy Brandts getragen hatte, endgültig verfliegen. An die Stelle von Machbarkeits- und Planungsglauben, von Reformeuphorie und Zukunftsoptimismus waren zwei Ölpreiskrisen, Rezession, Arbeitslosigkeit und Kulturpessimismus getreten. Je weiter die Krisenwahrnehmung voranschritt und die Handlungsfähigkeit der Regierung infrage gestellt wurde, desto größer wurden die Differenzen und inhaltlichen Spannungen in der Koalition. In dieser fragilen Situation war es die FDP, die die »Wende« einleitete und zum Motor politischer Veränderungen wurde. Das als »Wendebrief« bekanntgewordene Schreiben des FDP-Vorsitzenden und Außenministers Hans-Dietrich Genscher vom 20. August 1981, das formal an die Führungsetage der eigenen Partei adressiert war, sich de facto aber an die Öffentlichkeit richtete, sprach von der Notwendigkeit, zu Beginn der 1980er-Jahre »eine ähnliche grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen [...] wie beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg.« »Eine Wende« sei notwendig: Es gilt, eine Anspruchsmentalität zu brechen, die [...] entstand, [...] weil manches Gesetz gerade zur Inanspruchnahme auffordert, um nicht zu sagen: »verleitet«. [...] Jetzt geht es darum, die Weichen deutlich auf mehr Selbstverantwortung,

⁴⁹² Vgl. FDP. Salat geliefert, in: DER SPIEGEL, 11. 7. 1977, S. 27 f.

⁴⁹³ Vgl. *Karabelas*, Freiheit statt Sozialismus, S. 198–202.

⁴⁹⁴ Vgl. *Conze*, Die Suche nach Sicherheit, S. 508.

⁴⁹⁵ Vgl. dazu *Bernd Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 676–763.

auf Leistung und Selbstbestimmung zu stellen, das heißt eben auf mehr Freiheit. Die Grundtendenz in unserer Gesellschaft ist nicht auf mehr Staat gerichtet.«⁴⁹⁶

Nachdem Genschers »Wendebrief« den Bruch der sozial-liberalen Koalition bereits hatte voraussehen lassen, aus taktischen Gründen aber noch offen ließ, mit wem denn die »Wende« herbeizuführen sei, war es ein weiteres Schreiben, das dem »Zweckbündnis auf Zeit«⁴⁹⁷ den letzten Stoß versetzte. Das von Lambsdorff am 9. September 1982 vorgelegte »Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« stand nicht nur in eklatantem Widerspruch zum Regierungsprogramm der Koalition und war damit unter keinen Umständen für die SPD akzeptabel.⁴⁹⁸ Wie im Lambsdorff-Papier selbst betont wurde, gingen die Forderungen des Verfassers »über den konventionellen Rahmen der bisher als durchsetzbar angesehenen Politik hinaus«.⁴⁹⁹ Formuliert wurde nicht weniger als eine grundsätzliche Abkehr von den Grundfesten der bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung, in Inhalt und Zielrichtung durchaus vergleichbar mit den semantischen Offensiven britischer Konservativer wie Keith Joseph, die auf eine Auflösung des britischen Nachkriegskonsenses zielten. Das von Lambsdorff formulierte »Gesamtkonzept«⁵⁰⁰ enthielt einen ganzen Katalog von Maßnahmen, der auf einer verschobenen Marktsemantik basierte und deutliche Schnittmengen zum neoliberalen Diskurs aufwies. Gefordert wurde die umfangreiche Kürzung von Sozialleistungen etwa durch das »Einfrieren der Regelsätze« oder eine »mehrjährige Minderanpassung« sowie durch eine »strenge Regelung für die Zumutbarkeit einer dem Hilfesuchenden möglichen Arbeit«⁵⁰¹ und eine »relative Verbilligung des Faktors Arbeit«.⁵⁰² Neben der Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Liberalisierung des Kündigungsschutzes enthielt der Maßnahmenkatalog – der »Agenda-Politik« der Regierung Schröder vorgreifend – auch die Zusammenlegung von Arbeits-

⁴⁹⁶ Hans-Dietrich Genscher, An die Mitglieder der Führungsgremien und an die Mandatsträger der Freien Demokratischen Partei, 20. 8. 1981, in: FDK. Freie Demokratische Korrespondenz, Ausgabe 130, Originaldokument abrufbar unter URL: <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2016/04/08/genscher-wendebrief.pdf> [15. 3. 2018].

⁴⁹⁷ Meik Woyke, Zweckbündnis auf Zeit. Das Ende der sozial-liberalen Koalition, in: Bernd Faulenbach/Andreas Helle (Hrsg.), Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 342–350.

⁴⁹⁸ Wie die einschlägige Forschung betont, zielte das Lambsdorff-Memorandum kalkuliert darauf ab, die Koalition mit der SPD zu beenden. Vgl. etwa Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 510 f.; Müller/Potthoff, Kleine Geschichte der SPD, S. 270–273.

⁴⁹⁹ Otto Graf Lambsdorff, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 9. 9. 1982, in: Neue Bonner Depesche 9/82 (Beilage »Dokumentation«), S. 3–11, hier S. 11.

⁵⁰⁰ Ebd., S. 5.

⁵⁰¹ Ebd., S. 9.

⁵⁰² Ebd., S. 6.

losenhilfe und Sozialhilfe sowie steuerliche Vergünstigungen für Unternehmen und die Liberalisierung des Wirtschaftsrechts. In die Kontinuität der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft wollte sich auch Lambsdorff einordnen, wenn er – freilich ohne den Leitbegriff der CDU zu gebrauchen – den Verlust der »frühere[n] Eigendynamik« der deutschen Wirtschaft beklagte.⁵⁰³ Seine Offensive für eine »Festlegung und Durchsetzung einer überzeugenden marktwirtschaftlichen Politik in allen Bereichen staatlichen Handelns«⁵⁰⁴ ging jedoch deutlich über das im christdemokratischen Marktdiskurs Sagbare hinaus.

Hinsichtlich der im Zusammenhang mit der »Wende« der Jahre 1982/83 diskutierten Frage, ob die Gründe für den Bruch der sozial-liberalen Koalition, der den Weg freimachte für die christlich-liberalen Regierungen der 1980er- und 1990er-Jahre, primär auf wirtschafts- und sozialpolitischem oder auf außenpolitischem Gebiet lagen⁵⁰⁵, weist die hier skizzierte Rolle der FDP in erstere Richtung. Mit der FDP wurden die auf einer gewandelten Marktsemantik basierenden diskursiven Verschiebungen zum Motor politischer Veränderungen. Wichtiger für die hier zu klärende Frage nach Verschiebungen im christdemokratischen Marktdiskurs zu Beginn des neuen Jahrzehnts ist jedoch, dass der zentrale Impuls für eine »Wende«, der mit dem Lambsdorff-Memorandum zunächst von der FDP ausging, nicht entschieden von der CDU aufgegriffen wurde. Dies ist gerade in Anbetracht der zeitgleichen Entwicklung in Großbritannien nicht so selbstverständlich, wie es in der deutschen Geschichtsschreibung gemeinhin erscheint. Seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre war die CDU durchaus bestrebt gewesen, Gemeinsamkeiten mit der FDP herauszustellen und sich mit Blick auf eine Machtoption auf die Liberalen als Koalitionspartner zuzubewegen.⁵⁰⁶ Da aus eigener Kraft eine »Wende« kaum zu bewerkstelligen war, war die CDU auf inhaltliche Schnittmengen mit der FDP geradezu angewiesen und versuchte diese deshalb besonders auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet deutlich zu machen. In dieser Perspektive und mit Blick auf eine weitere Schwächung des politischen Gegners SPD wäre es für die Union durchaus denkbar gewesen, auf den Lambsdorff'schen Zug aufzuspringen.

⁵⁰³ Ebd., S. 4.

⁵⁰⁴ Ebd., S. 5.

⁵⁰⁵ Vgl. dazu *Joachim Scholtyssek*, Die FDP in der Wende, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19, 2013, S. 197–220. Vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet zu findende Ursachen betonen *Wirsching*, Abschied vom Provisorium sowie *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Die ältere Studie von *Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987 hebt eher außenpolitische Gründe hervor.

⁵⁰⁶ Vgl. dazu *Josef Schmid*, Der Machtwechsel und die Strategie des konservativ-liberalen Bündnisses, in: Werner Süß (Hrsg.), Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik, Opladen 1991, S. 19–34, hier S. 22.

Dass sie zu diesem Sprung keineswegs ansetzte, liegt – eingedenk taktisch motivierter, kurzfristiger Überlegungen – im christdemokratischen Marktdiskurs begründet, dessen Grenzen sich zu Beginn der 1980er-Jahre nicht weit genug geöffnet hatten. Die Offensive der FDP machte sich die Union keinesfalls zu eigen. Von Graf Lambsdorff war schon bald zu vernehmen: »Koalitionsverhandlungen mit der CDU werden mindestens so schwer wie mit der SPD«. ⁵⁰⁷ Die Haltung der Sozialausschüsse war ebenso ablehnend wie die der SPD, der Gewerkschaften und der Sozialverbände. ⁵⁰⁸ Aber auch Kurt Biedenkopf sprach von »Radikalvorstellungen«, die nicht als »Gründungsurkunde für neue Mehrheiten« dienen könnten. ⁵⁰⁹ Verärgert über den »Husarenritt« des FDP-Manns stellte er klar: »Man kann ein soziales Netz nicht gerade zu einem Zeitpunkt in Frage stellen, zu dem eine immer größere Zahl von Menschen in dieses Netz fällt.« Und Franz Josef Strauß, der gewiss seit längerem eine ablehnende Haltung gegenüber der FDP im Parteiensystem der Bundesrepublik pflegte aber auch entschieden für Haushaltskonsolidierung und Sparmaßnahmen eintrat, ging der Lambsdorff-Katalog, den er als »brutale Medizin« bezeichnete, zu weit. ⁵¹⁰ Gerhard Stoltenberg, der zwar durch das Memorandum eine »künftige Zusammenarbeit nicht erschwert« sah, schloss drastische Kürzungen im Sozialetat bei gleichzeitigen Steuerentlastungen für Unternehmen für die Union aus. ⁵¹¹ Der Parteivorsitzende schließlich, der in jenen Wochen aktiv um die Gunst der Gewerkschaften warb, machte sich die Kritik des Arbeitnehmerflügels der CDU zu eigen und betonte vor der Fraktion, die Union könne die Streichung des Mutterschaftsgelds ebenso wenig hinnehmen wie die Senkung des Arbeitslosengelds von 68 auf 50 Prozent des letzten Nettoeinkommens. ⁵¹²

Rund 20 Jahre später auf das Lambsdorff-Papier zurückblickend resümierte Kohl, der Graf habe »Forderungen aufgestellt, von denen er selbst nicht glaubte, sie jemals in der Bundesrepublik verwirklichen zu können.« ⁵¹³ Dass Kohl selbst an einem marktradikalen Kurswechsel nicht das geringste Interesse hatte, machte er im Jahr 1988 unmissverständlich deutlich, als er von einem Parteifreund auf den Thatcherismus angesprochen wurde: »Ich bin kein Anhänger der Marktwirtschaft, sondern der Sozialen Marktwirtschaft! Ich glaube nicht an jenes Stück

⁵⁰⁷ »Wenn nur die FDP nicht wieder reinkommt«, in: DER SPIEGEL, 20.9.1982, S. 17–27, hier S. 26.

⁵⁰⁸ Zu den überaus ablehnenden Reaktionen auf das Lambsdorff-Papier vgl. *Scholtyssek*, Die FDP in der Wende, S. 211 f.; *Karabelas*, Freiheit statt Sozialismus, S. 198–202.

⁵⁰⁹ Zit. nach: *Udo Leuschner*, Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, liberal und neokonservativ, Münster 2005, S. 148.

⁵¹⁰ Beide Zitate in: DER SPIEGEL, 20.9.1982, S. 25.

⁵¹¹ Vgl. *Diether Stolze*, Wie weiter nach der Wende?, in: DIE ZEIT, 17.9.1982.

⁵¹² Vgl. DER SPIEGEL, 20.9.1982, S. 25 f.

⁵¹³ *Kohl*, Erinnerungen 1930–1982, S. 626.

Vorstellung von Liberalismus – ich will jetzt nicht das Wort Manchester-Liberalismus sagen –, daß der Reichtum einer ganzen Gruppe automatisch übergreift und immer weiter übergreift und dadurch die Schwachen hochzieht.«⁵¹⁴ Gesellschaftliche Konflikte produzierende, radikale Politikansätze widersprachen dem politischen Credo Kohls ebenso wie dem im Marktdiskurs der CDU deutlich werdenden Selbstverständnis der Partei als große Volkspartei »der Mitte«. Bei anderer Gelegenheit warnte Kohl einmal vor der einseitigen Parteinahme wirtschaftsliberaler Interessen, denn die CDU sei dazu unfähig: »Sonst hätten wir Reagans Economics nachgemacht und wären baden gegangen, dann hätten wir Thatcherismus gemacht und wären auch baden gegangen. Wir sind ganz primitiv bei der Sozialen Marktwirtschaft geblieben und [...] wollen dabei bleiben.«⁵¹⁵

In der Bundesrepublik kam es in der Tat nicht zu Entwicklungen, wie sie zeitgleich in Großbritannien und den USA stattfanden. Bislang erschienene, jüngere Studien zur »Ära Kohl« und zum politischen und sozioökonomischen Wandel der Bundesrepublik in den 1980er-Jahren verweisen gemeinhin auf entgegengesetzte Stoßrichtungen und Inkonsistenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der christlich-liberalen Bundesregierung, konstatieren eine Gemengelage aus Wohlfahrtsstaatskritik und sozialpolitischen Kontinuitäten und sprechen von einem Bedeutungsgewinn des Privatisierungsparadigmas bei gleichzeitiger Betonung seiner im Vergleich zu Großbritannien und den USA deutlich werdenden Grenzen.⁵¹⁶ Die semantischen Widersprüchlichkeiten des »Wende-Konzepts«,

⁵¹⁴ Helmut Kohl in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 19.9.1988, zit. nach: *Schwarz*, Helmut Kohl, S. 334.

⁵¹⁵ Helmut Kohl, Bericht zur politischen Lage, 12.11.1990, in: *Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann* (Hrsg.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Düsseldorf 2012, S. 210.

⁵¹⁶ Zur bisherigen Einordnung der 1980er-Jahre und der Regierungspolitik der CDU/FDP-Koalition vgl. grundlegend *Wirsching*, Abschied vom Provisorium; Archiv für Sozialgeschichte 52, 2012 (Rahmenthema »Wandel des Politischen: Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre«), bes. die Einleitung; *Dietmar Süß/Meik Woyke*, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: ebd., S. 3–20 sowie die Beiträge: *Axel Schildt*, Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: ebd., S. 21–46; *Gabriele Metzler*, »Ein deutscher Weg«. Die Liberalisierung der Telekommunikation in der Bundesrepublik und die Grenzen politischer Reformen in den 1980er Jahren, in: ebd., S. 163–190; *Frank Bösch*, Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970/80er Jahren, in: ebd., S. 191–210; *Wirsching*, Eine »Ära Kohl«? sowie *Günter Schulz*, Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Regierungswechsel 1982. Eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik?, in: *Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters* (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 3–14; *Zoblnhöfer/Zoblnhöfer*, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl; und die Beiträge in *Götttrik Wewer* (Hrsg.), Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998, Opladen 1998; *Winfried Süß*, Umbau am »Modell Deutschland«. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepu-

so lässt sich auf der Grundlage der allerdings noch keineswegs abgeschlossenen Forschung zu den Signaturen der 1980er-Jahre formulieren, setzten sich in der praktischen Politik der christlich-liberalen Regierung fort. Auf der einen Seite förderte sie Tendenzen der Individualisierung und Liberalisierung durch Privatisierungsoffensiven, vor allem auf medien- und technologiepolitischem Gebiet.⁵¹⁷ Auf der anderen Seite griff sie zur politischen Problembearbeitung des forcierten ökonomischen Strukturwandels auf »sozialdemokratische« Instrumente zurück, um soziale Verwerfungen infolge des Wegbrechens ganzer krisengeschüttelter Industriezweige zu verhindern.⁵¹⁸ Zu tiefgreifenden Einschnitten, die die Bezeichnung »neoliberal« oder »marktradikal« verdient hätten, kam es allerdings – so zeigen die bisherigen Forschungsergebnisse – in der Bundesrepublik in den 1980er-Jahren nicht.⁵¹⁹ Anders als in Großbritannien und den USA blieb eine substantielle Wende auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet aus. Der Versuch Biedenkopfs im Jahre 1988, die gesetzliche Rentenversicherung um eine private Kapitalvorsorge zu ergänzen, scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der Sozialausschüsse. Der Vorschlag der FDP, den Spitzensteuersatz von 56 auf 53 Prozent zu senken, wurde in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU 1987 abgeschmettert. Die Einführung der kapitalgedeckten Altersvorsorge und die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent sollten ebenso wie eine weitreichende »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes« und tiefgreifende Sozialreformen erst Ende der 1990er- beziehungsweise in den 2000er-Jahren unter der rot-grünen Bundesregierung erfolgen, was dafür spricht, in der Frage nach einer »neoliberalen Wende« in der Bundesrepublik nach anderen Zäsuren Ausschau zu halten. Für die 1980er-Jahre indes kann für die Bundesrepublik nur mit Einschränkungen von einer »Wende«, keinesfalls jedoch von einer umfassenden »neoliberalen Wende« gesprochen werden.

blik Deutschland »nach dem Boom«, in: *Journal of Modern European History* 9, 2011, S. 215–240, bes. S. 240.

⁵¹⁷ Die größten Privatisierungsprojekte der christlich-sozialen Regierung waren die Privatisierung des Rundfunks und die Reform der Deutschen Bundespost. Vgl. dazu *Bösch*, *Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung*; *Metzler*, »Ein deutscher Weg«. Vgl. auch *Eva-Maria Ritter*, *Deutsche Telekommunikationspolitik 1989–2003. Aufbruch zu mehr Wettbewerb*. Ein Beispiel für wirtschaftliche Strukturreformen, Düsseldorf 2004.

⁵¹⁸ Dies betraf vor allem die »Krisenbranchen« Stahl, Kohle und Schiffsbau, aber auch die Landwirtschaft. Der christlich-sozialen Regierung blieben hier lediglich Subventionspolitik, die Instrumente einer passiven Arbeitsmarktpolitik und Sozialpläne, wie *Wirsching* betont. Vgl. *Wirsching*, *Eine »Ära Kohl«?*, S. 677.

⁵¹⁹ Vgl. ebd., explizit S. 680 sowie *Wirsching*, *Abschied vom Provisorium*; *Schulz*, *Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft*.

Schlussbetrachtung und Ausblick

Als Margaret Thatcher am 3. Mai 1979 zur Premierministerin und Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 zum Bundeskanzler gewählt wurden, begann für die Mitte-Rechts-Parteien Großbritanniens und Deutschlands eine eineinhalb Jahrzehnte andauernde Regierungsperiode. Im Mittelpunkt der ersten Amtszeit Thatchers stand eine monetaristische Schocktherapie, die die Inflation wirksam bekämpfte, aber die Industrie schrumpfen und die Arbeitslosigkeit ansteigen ließ.¹ In der zweiten Legislaturperiode forcierte die konservative Regierung den Kampf gegen die Gewerkschaften. Der Bergarbeiterstreik der Jahre 1984/85 endete schließlich mit einem entscheidenden Sieg der »Eisernen Lady« über die britische Gewerkschaftsbewegung², die im Zuge der rasant fortschreitenden Deindustrialisierung substanziell geschwächt war³, und deren Einfluss durch die thatcheristische Politik in den 1980er-Jahren weiter zurückgedrängt werden sollte.⁴ Mit einem umfassenden Privatisierungsprogramm wurde Großbritannien in den 1980er-Jahren zum Vorreiter eines globalen Trends⁵ und mit jenem inzwischen berüchtigten *Big Bang* des Jahres 1986 kam es zu einer umfassenden Deregulierung des Finanzsektors⁶, mit gravierenden Auswirkungen für das ganze Land und darüber hinaus. Mit diesen tiefgreifenden Reformmaßnahmen war der Bruch mit der politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsordnung Großbritanniens besiegelt; der britische *post-war consensus* wurde durch einen neuen, marktradikalen Konsens ersetzt.

Dass der Wandel in der Bundesrepublik im Zuge der von den christdemokratischen Akteuren proklamierten »geistig-moralische Wende« hingegen begrenzt war und es vorerst nicht zu einem radikalen Bruch im wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinatensystem kam, wird von der Forschung gemeinhin mit strukturellen Ursachen wie dem starken Föderalismus oder dem zu Koalitionsbildungen

¹ Vgl. *Reitan*, *The Thatcher revolution*, S. 56; *Eric J. Evans*, *Thatcher and Thatcherism*, 2. Aufl., New York 2004, S. 30.

² Für eine neuere Studie zum Bergarbeiterstreik 1984/85 vgl. *Howell*, *Defiant dominoes*. Vgl. zudem *MacGregor/Tyler*, *The enemies within*; *Fischer*, *United we stand*.

³ Der Wegfall von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor führte zu einem Mitgliederschwund in den Gewerkschaften, die damit strukturell geschwächt waren. In den 1980er-Jahren sank die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 13.289.000 (51 % der Arbeiterschaft) auf 10.158.000 (37 % der Arbeiterschaft). Vgl. *Green*, *Thatcher*, S. 123 f.

⁴ Für Green war der Erfolg der thatcheristischen Kampagne gegen die Gewerkschaften Symptom und Ursache der strukturellen Schwächung der organisierten britischen Arbeiterbewegung zugleich. Vgl. ebd., S. 124.

⁵ Vgl. *Geppert*, *Thatcher und die »Englische Krankheit«*; *Reitan*, *The Thatcher revolution*, S. 56 ff.; *Harrison*, *Finding a Role?*, S. 335–342; *Green*, *Thatcher*, S. 83–101.

⁶ Vgl. *Jeremy Black*, *A history of Britain, 1945 to Brexit*. Bloomington, Indiana 2017, S. 41 ff.

neigenden politischen System der Bundesrepublik in Verbindung gebracht. Demnach führten institutionelle Pfadabhängigkeiten, Systemimperative und sich daraus ergebende Handlungszwänge der Politik dazu, dass tiefgreifende Reformbemühungen in Deutschland ausblieben. »In einem zu Überkomplexität tendierenden System politisch-gesellschaftlicher Machtverteilung, an dem eine vergleichsweise hohe Zahl an Vetospielern teilnahm, minimierte diese die Spielräume der politischen Akteure und die Erfolgsaussichten ihrer Pläne«, resümiert Andreas Wirsching in seiner Studie über die Bundesrepublik in den 1980er-Jahren. »Offenkundig *konnte* die Bundesregierung nichts anderes erreichen, selbst wenn sie es *gewollt* hätte.«⁷ In der Tat fallen mit Blick auf das Regierungs- wie auf das Parteiensystem im deutsch-britischen Vergleich markante Unterschiede ins Auge. Das deutsche Verhältniswahlrecht bei Bundes- und Landtagswahlen erschwert absolute Mehrheiten und erhöht die Wahrscheinlichkeit von Koalitionsregierungen. Im föderalen System der Bundesrepublik ist die Regierung zudem gezwungen, bei zentralen Gesetzesvorhaben mit der jeweiligen Mehrheit im Bundesrat Einigkeit zu erzielen. Die Kompromiss- und Konsenssuche in der Bundesrepublik wurde auch dadurch gefördert, dass der Vorsitzende der CDU auf die Interessen und mitunter abweichenden Ziele der bayerischen Schwesterpartei Rücksicht zu nehmen hatte und innerparteilich keineswegs über eine derart dominante Stellung verfügte, wie sie die Parteiführerin der britischen Konservativen traditionell besaß.⁸

Wie die vorliegende Arbeit gezeigt hat, reicht der Hinweis auf diese »systemischen« Unterschiede allein aber nicht aus, um den Unterschied der Entwicklungen in Großbritannien und der Bundesrepublik zu erklären. Dass eine marktradikale Wende in Großbritannien stattfand, während sie in der Bundesrepublik ausblieb, ist vor allem auf markante Unterschiede in den diskursiven Aushandlungsprozessen der Mitte-Rechts-Parteien über das Verhältnis zwischen Markt und Staat im »Krisenjahrzehnt« der 1970er-Jahre zurückzuführen. Diese diskursiven Aushandlungsprozesse wurden in der vorliegenden Arbeit mit der analytischen Kategorie des Marktdiskurses aus der Perspektive einer vergleichenden, kulturgeschichtlich erweiterten Parteiengeschichtsschreibung beleuchtet. Im Folgenden werden die Ergebnisse der drei behandelten Fragenkomplexe zusammengeführt, um abschließend eine umfassende Erklärung für Brüche und Kontinuitäten in den Marktdiskursen der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren und damit für die tiefliegenden Ursachen der Unterschiede und Phasenverschiebungen in den Entwicklungen der Vergleichsländer zu geben. Dabei wird deutlich, dass sich die auf den drei analytischen Ebenen herausgearbeiteten Faktoren der Entwicklung der Marktdiskurse der Mit-

⁷ Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 700.

⁸ Vgl. auch Geppert, Thatchers konservative Revolution, S. 430.

te-Rechts-Parteien wechselseitig verstärkten. Während sie im britischen Fall radikalierend, entgrenzend und beschleunigend wirkten, bestimmten sie im christdemokratischen Marktdiskurs die Grenzen des Wandels.

Zur Klärung der Vorgeschichte und der Ausgangslage wurden zunächst die jeweiligen Grundzüge der Nachkriegsordnungen Großbritanniens und der Bundesrepublik und ihrer Marktdiskurse herausgearbeitet. Bis Ende der 1960er-Jahre setzte sich sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik das auf den Annahmen des Konsensliberalismus beruhende keynesianisch geprägte Paradigma »Markt-Staat-Plan« durch und bildete somit den Status quo ante der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der CDU in den 1970er-Jahren. Anselm Doering-Manteuffel hat darauf hingewiesen, dass die »besondere Eigenart des Konsensliberalismus, die ihn vom früheren Liberalismus unterschied, [...] auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung [lag].«⁹ Vom früheren amerikanischen und britischen Liberalismus, der vom *Laissez-faire* geprägt und damit ausgesprochen staatsfern war, unterschied sich der Konsensliberalismus nach 1945 durch seinen gemäßigten Etatismus: »Damit die Freiheit des Individuums gewährleistet werden könne, war der starke Staat erforderlich.«¹⁰ Im Zuge dieser inneren Konsensbildung, die durch die Blockkonfrontation des Kalten Kriegs erleichtert wurde¹¹, kamen in den westeuropäischen Ländern – so auch in Westdeutschland und Großbritannien – wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen zum Tragen, die Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in einem Zusammenhang sahen und Wohlstand und Produktivität als gemeinsames Anliegen betrachteten.¹²

Die Betrachtung der Herausbildung der konsensliberalen Ordnungen in den Vergleichsländern fördert jedoch zeitlich verschobene Entwicklungen und grundlegend verschieden gelagerte parteipolitische Gewichtung- und Wirkungsanteile zutage. Die jeweils spezifischen, mit einem undifferenzierten Konsensliberalismus-Begriff schwerlich zu beschreibenden Ausprägungen der Nachkriegsordnungen Großbritanniens und der Bundesrepublik bildeten unterschiedliche Aus-

⁹ Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 76.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Doering-Manteuffel hat die Funktion des Konsensliberalismus als Steuerungsideologie im Kalten Krieg betont, »um Westeuropa auf die Werteordnung in den USA zu orientieren und >den Westen< nicht nur als Wirtschaftsraum und Sicherheitspakt, sondern auch als internationales Ordnungssystem zu etablieren.« Ebd., S. 77. Kulturorganisationen linksliberaler Intellektueller wie der »Kongress für kulturelle Freiheit« propagierten soziale Reform zur Integration der Arbeitnehmerschaft in die freie, individualistische und kapitalistische Ordnung als überlegene Alternative zum Klassenkampfdenken und zum marxistisch inspirierten revolutionären Anspruch kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien in den westeuropäischen Ländern der Nachkriegszeit. Zum »Kongress für kulturelle Freiheit« vgl. *Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998.

¹² Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, S. 15–30.

gangslagen, welche die Aushandlungsprozesse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie über das wünschenswerte Verhältnis von Markt und Staat in den 1970er-Jahren in verschiedener Weise vorstrukturierten. Als Vorbedingung des Marktdiskurses der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren ist von einer Nachkriegsordnung auszugehen, die sich durch eine spezifisch britische Vorstellung vom wünschenswerten Zusammenhang zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Individuum und Gesellschaft nach 1945 auszeichnete. Dabei kann das Konzept des *post-war consensus* nutzbar gemacht werden, versteht man darunter eine den Diskurs bestimmende, parteiübergreifend geteilte Auffassung über den Charakter und die Zielsetzung einer Politik, die es vor dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hatte, die maßgeblich durch die keynesianische Wirtschaftstheorie geprägt war und die vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik Wirkung entfaltete.¹³ Gerade die diskursbestimmende und handlungsleitende Qualität, die dem Keynesianismus in der wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnung Großbritanniens nach 1945 zukam, macht das Spezifische im britischen Konsensliberalismus aus.

In der Bundesrepublik hingegen wurde das keynesianische Paradigma erst viel später diskursbestimmend und mit der Bildung der Großen Koalition im Jahr 1966 auch nur für wenige Jahre handlungsleitend. Nicht die Schaffung einer gemischten Wirtschaftsordnung und die Herausbildung eines von beiden großen Volksparteien getragenen keynesianischen »Konsenses« standen in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Zentrum der deutschen Auseinandersetzung um das Verhältnis von Markt und Staat, sondern der »alte Streit« um Planwirtschaft versus Marktwirtschaft.¹⁴ Diesen konnte die deutsche Christdemokratie – wohl auch wegen des abschreckenden Bildes der SBZ/DDR – für sich entscheiden. Während sich die unterlegene SPD auf den Weg eines Arrangements mit dem Kapitalismus begab, etablierte die CDU unter dem Leitbild der »Sozialen Marktwirtschaft« ein an ordoliberalen Prinzipien orientiertes wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell. War der Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie unmittelbar nach 1945 für eine kurze Zeit von Überlegungen eines christlichen Sozialismus geprägt gewesen, kam es bald zur Zurückdrängung sozialistischer Konzeptionen und zur Durchsetzung einer positiv besetzten Marktbegrifflichkeit. Ging der wohlfahrtsstaatliche Nachkriegskonsens Großbritanniens auf Entscheidungen der Labour Party zurück, die von den »progressiven« britischen Konservativen mitgetragen wurden, kann für die Bundesrepublik von einer Dominanz christdemokratischer Ideen gesprochen

¹³ Vgl. *Kavanagh*, *Thatcherism and British politics*, S. 5.

¹⁴ Vgl. *Wengeler*, »Der alte Streit ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹ ist vorbei«.

werden.¹⁵ Auch die katholisch-soziale Begriffstradition der neuen Volkspartei blieb im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft verankert. Der Keynesianismus hingegen war in der Bundesrepublik vergleichsweise »unterentwickelt«.¹⁶

Diese erheblichen Unterschiede in den Ausprägungen des Konsensliberalismus in Großbritannien und der Bundesrepublik waren ausschlaggebend für die spezifischen Entwicklungen des Krisendiskurses der 1970er-Jahre in den beiden Ländern. Als die Annahmen des Keynesianismus im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels der 1970er-Jahre an Erklärungskraft einbüßten, geriet die britische Nachkriegsordnung in stärkerem Maße in Bedrängnis als die (west)deutsche, die in viel geringerem Maße keynesianisch geprägt war. Je deutlicher die Wirkungslosigkeit keynesianischer Instrumente zutage trat, desto stärker geriet die britische Nachkriegsordnung ins Wanken. Die in der Bundesrepublik etablierte marktwirtschaftliche Ordnung war hingegen zu keinem Zeitpunkt in den 1970er-Jahren in so hohem Maße diskreditiert, wie der keynesianische Nachkriegskonsens in Großbritannien.

Dies hatte Folgen für die Entwicklung der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien, wie auf der ersten Ebene der Analyse des Hauptteils deutlich wird. Die Betrachtung der Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre als spezifischem Diskurskontext der Auseinandersetzungen über die Ordnung des Verhältnisses von Markt und Staat in den Neuausrichtungsprozessen der Mitte-Rechts-Parteien liefert die *erste Erklärung* für die unterschiedlichen Entwicklungen der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie und damit für unterschiedliche Intensitäten des Wandels und Phasenverschiebungen in den Entwicklungen seit den 1980er-Jahren: Unterschiedliche Intensitäten des sozioökonomischen Strukturwandels sowie damit einhergehende, in ihrem Ausmaß voneinander abweichende Krisenwahrnehmungen und Krisendiskurse in den Vergleichsländern konstituierten strukturell differierende Diskurskontexte, in denen die von den parteipolitischen Akteuren aktiv vorangetriebenen diskursiven Strategien der Krisenerzählung ihre Wirkung entfalteten und zu spezifischen Verschiebungen in den Marktdiskursen führten. Die Wechselwirkung der Krisenhaftigkeit der 1970er-Jahre als »äußerem« Antriebsfaktor diskursiver Verschiebungen mit den konservativen und christdemokratischen Strategien der Krisennarration zeigt den Gestaltungsspielraum der parteipolitischen Akteure. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Wirkmächtigkeit semantischer Offensiven und diskursiver Strategien der Krisenerzählung in hohem Maße von der sozioökonomischen Situation, mithin von ihrem konkreten historischen Kontext abhängig war.

¹⁵ Vgl. Müller, Das demokratische Zeitalter; Conway, The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age.

¹⁶ Vgl. Allen, The Underdevelopment of Keynesianism.

Wie alle wichtigen ökonomischen Indikatoren zeigen, waren die Symptome des sozioökonomischen Strukturwandels in Großbritannien besonders stark. Dies korrespondierte mit einer besonders ausgeprägten Krisenwahrnehmung und einem im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen einzigartigen Niedergangsdiskurs, der bereits seit den späten 1950er-Jahren wirkte und sich in den 1970er-Jahren intensivierte. Dieser Verfallsdiskurs, der sich in der Metapher des *decline* manifestierte, ging weit über tagespolitische Debatten hinaus – er beschrieb eine britische Geisteshaltung, die apokalyptische Untergangsszenarien hervorbrachte und eine omnipräsente Krisenwahrnehmung begründete, in deren Klima die Gewissheiten der Nachkriegsordnung grundsätzlich infrage gestellt wurden. Diesen Verschleiß alter Erklärungsmodelle und die Diskreditierung überkommener Überzeugungen kann man mit Dominik Geppert als Thatchers »negative resources« bezeichnen¹⁷, aus denen sich die Kraft ihrer marktradikalen Sprache speiste.

Für die Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen und damit für den Erfolg des Thatcherismus war entscheidend, dass es seine Akteure verstanden, eine bestimmte Wahrnehmung der Krise der 1970er-Jahre zu generieren, die bestimmte Antworten auf die Problemlagen ihrer Zeit als alternativlos erscheinen ließ. Diese Antworten zielten auf die Freiheit des Marktes von allen Einschränkungen durch den Staat und liefen damit auf eine radikale Grenzverschiebung im Marktdiskurs der Konservativen Partei hinaus. Das omnipräsente Narrativ des »britischen Niedergangs« wurde dabei von Thatcher und ihren Mitstreitern strategisch genutzt. Die thatcheristische Marktsprache profitierte von dem »äußeren« Radikalisierungsmoment sich verschärfender wirtschaftlicher Probleme und dem sich rasant ausbreitenden Krisenbewusstsein.

Allerdings ließ die von Thatcher und ihren konservativen Mitstreitern forcierte Krisenwahrnehmung nicht automatisch marktradikale Lösungsansätze plausibel erscheinen. Vielmehr setzte dies eine erfolgreiche Zurückdrängung konkurrierender Krisenerzählungen und Lösungsangebote voraus, die vom politischen Gegner formuliert wurden. Die Krise des keynesianischen, sozialdemokratischen Nachkriegskonsenses und die Etablierung des thatcheristischen Niedergangsnarrativs, auf welchem die Marktsprache der Konservativen Partei aufbaute, waren untrennbar mit der Krise der Labour Party der 1970er-Jahre verbunden. In vielerlei Hinsicht war die Mitte-Links-Partei der Schrittmacher der britischen Nachkriegsordnung und der Hüter des keynesianischen Marktbegriffs gewesen, den die pragmatisch orientierten *One-Nation*-Konservativen übernommen hatten. Der Niedergang des *post-war consensus* war gleichbedeutend mit dem Niedergang des revisionistischen Flügels der Labour Party und seiner am Paradigma »Markt-

¹⁷ Geppert, Thatchers konservative Revolution, S. 152.

Staat-Plan« orientierten Regierungspolitik, die auf der Vorstellung einer gemischten, keynesianisch gesteuerten Wirtschaft basierte. Dieses Verständnis von Marktwirtschaft, das einen modifizierten und positiv konnotierten Planungsbegriff integrierte und eine aktive Rolle des Staates wünschte, verlor im Verlauf der 1970er-Jahre immer mehr an Plausibilität. Der Aufstieg der radikalen Marktsprache und die damit einhergehenden, weitreichenden Verschiebungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen müssen in direkter Relation zu diesem Plausibilitäts- und Sprachverlust der Labour Party gesehen werden.

Im britischen Fall verdichtete sich die Krise des keynesianischen Nachkriegskonsenses in einem Wechselspiel mehrerer Krisenmomente, die von den thatcheristischen Akteuren der Konservativen Partei in ein kohärentes Krisennarrativ eingefügt wurden. Diese Erzählung, die eine marktradikale Kur für die »englische Krankheit« als alternativlos erscheinen ließ, profitierte dabei entscheidend von der Orientierungskrise der Labour Party. Die Wirkungslosigkeit keynesianischer Maßnahmen machte die Suche nach wirtschaftspolitischen Alternativkonzepten notwendig. Angesichts der IWF-Krise des Jahres 1976 sahen Premierminister James Callaghan und pragmatisch orientierte Keynesianer innerhalb der Labour Party einen Ausweg in der Politik des *New Realism*. Dabei handelte es sich keineswegs um eine eindeutige Abkehr von der keynesianischen Konsenspolitik und noch weniger um eine Hinwendung zur neoliberalen beziehungsweise monetaristischen Doktrin. Mit einer Reformpolitik, die die Notwendigkeit der Inflationsbekämpfung betonte, auf eine striktere monetäre Kontrolle setzte und mit Kürzungen der öffentlichen Ausgaben einherging, wurden angesichts der Wirkungslosigkeit der Globalsteuerung allerdings Maßnahmen verfolgt, die auch von der neoliberalen Wirtschaftstheorie befürwortet wurden. Dass die Labour-Regierung zumindest partiell einen Kurswechsel vollzogen hatte, schien das Scheitern des Nachkriegskonsenses zu bestätigen und verlieh dem thatcheristischen Kriseninterpretament und somit der thatcheristischen Marktsprache Plausibilität.

Eine konservative politische Sprache, die für ein Weniger an monetärer Kontrolle und Sparpolitik argumentierte, war mit dem *New Realism* der Labour-Regierung bereits unsagbar geworden. Der Schwerpunkt des politischen Koordinatensystems war nach rechts und die Weichen im Marktdiskurs auf »mehr Markt« und »weniger Staat« verschoben worden. Das Bild, das Labour in der IWF-Krise abgab, passte perfekt in die thatcheristische Krisenerzählung, auf deren Grundlage die Parteichefin und ihre Mitstreiter »Markt« und »Kapitalismus« als Medizin gegen »Niedergang« und »Krise« predigten. Als Ursache allen Übels wurden »Sozialismus« und »Konsens« ausgemacht, gegen die sich die äußerst konfrontative diskursive Strategie der Konservativen wandte. Der intellektuelle Plausibilitätsverlust des keynesianischen Paradigmas war bereits weit fortgeschritten, als die thatcheristischen Akteure innerhalb der Konservativen Partei ihren Angriff forcierten.

Die Argumentationsmuster Thatchers und ihrer Mitstreiter reichten dabei von bewussten Umdeutungen der keynesianischen Lehre bis hin zu Neudefinitionen von Arbeitslosigkeit, die nicht mehr als Gesamtphänomen aufgefasst wurde, sondern in Unterkategorien wie temporär, kurzzeitig, langfristig, regional, freiwillig, betrügerisch etc. aufzuteilen war. Der *British decline* wurde konsequent auf die angeblich fehlgeleiteten Annahmen der Konsenspolitik nach 1945 zurückgeführt. Die von der Attlee-Regierung eingeleiteten Reformen sowie die Übernahme keynesianischer Prinzipien durch die eigene Partei entsprangen der thatcheristischen Krisenerzählung nach einer Fehlinterpretation der Zwischenkriegszeit, die von Marxisten und Keynesianern mit dem Ziel vorangetrieben worden sei, den Einfluss des Staates auf die Gestaltung der Wirtschaft auszuweiten. Die diskursive Strategie der thatcheristischen Akteure war auf die aktive Überwindung etablierter Einstellungen gerichtet, die schließlich überaus erfolgreich sein sollte. Dem lag die Auffassung Thatchers und ihrer Berater zugrunde, dass Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen formbar und gesellschaftliche Entwicklung somit veränderbar war. Diese Strategie zielte nicht etwa darauf ab, die bestehende Wirtschaftsordnung von Fehlern zu befreien oder effektiver zu machen. Das thatcheristische Krisennarrativ war vielmehr von Beginn an auf eine dezidierte Abkehr von der *mixed economy* gerichtet. Die thatcheristische Marktsprache stand der Konsenspolitik der britischen Nachkriegsordnung diametral entgegen und war mit einem Ansatz der politischen Problembearbeitung verbunden, der den Konflikt geradezu zum politischen Prinzip erhob.

Die thatcheristische Krisenerzählung profitierte zudem noch in einer anderen Hinsicht von der Orientierungskrise der Labour Party in den 1970er-Jahren: In beiden Parteigruppierungen, innerhalb des linken wie innerhalb des revisionistischen Flügels, hatte sich der Diskurs um das Verhältnis von Markt und Staat verschoben – freilich in entgegengesetzte Richtungen. Während die Regierungspolitik Labours die partielle Übernahme der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vollzog, nutzte der linke Flügel die ausgeprägte Krisenwahrnehmung, um staatsinterventionistische und protektionistische Ordnungsvorstellungen durchzusetzen. Die Labour-Linke beschwor – wie die Thatcheristen – den nationalen Niedergang, wobei sie den Kapitalismus und die Inkonsequenz der eigenen Partei bei der Einführung des Sozialismus für die Krise verantwortlich machten. Dies erforderte neue Methoden der Kontrolle des Marktes durch einen aktiv in den Wirtschaftsprozess eingreifenden Staat, wie sie der *Alternative Economic Strategy* zugrunde lagen. Führende Vertreter des linken Flügels der Labour Party wie Tony Benn, der von 1974 bis 1975 als Industrieminister und von 1975 bis 1979 als Energieminister auch wichtige Regierungsämter bekleidete, sahen die Lösung in einer Abschottung vom Markt. Die britische Nachkriegsordnung wurde mithin von beiden großen Parteien infrage gestellt, wobei die jeweiligen Ränder, die in

Zeiten eines intakten keynesianischen Konsens weitgehend isoliert geblieben waren, als Schrittmacher fungierten.

Das in einem Klima des omnipräsenten Krisenbewusstseins auf beiden Seiten des politischen Spektrums zu beobachtende Vorrücken extremer Positionen vom Rand ins Zentrum des Diskurses gereichte der thatcheristischen Krisenerzählung und ihrer marktradikalen Sprache zum Vorteil. Angesichts der starken Polarisierung im Marktdiskurs der Labour Party durch weitreichende programmatische Links-Verschiebungen konnten die Konservativen um Margaret Thatcher »Kapitalismus« und »Markt« als Garanten der Freiheit – auch der politischen Freiheit – gegen die beschworene Gefahr des Sozialismus in Stellung bringen. Gemäß einer simplen Unterscheidung in »Gut« und »Böse« war »der Sozialismus« schuld an allem Übel. Begriffe wie »Keynesianismus«, »Konsens«, »Extremismus«, »Marxismus« und »Sozialismus« verschmolzen im thatcheristischen Niedergangsnarrativ zu einem einzigen Feindbild, das der eigenen marktradikalen Alternative gegenübergestellt wurde. In der Gleichsetzung von »Freiheit« mit »freier Marktwirtschaft« wurzelte ein entscheidendes Motiv der thatcheristischen Marktsprache – die Parole von der demokratisierenden Kraft des Marktes als Gegenstück zum demokratischen politischen System. »Der Sozialismus« hingegen beraube das Individuum seiner Eigenverantwortung und führe geradewegs in die Unfreiheit. Der ganze Erfolg dieser diskursiven Strategie wird nicht zuletzt mit Blick auf die Entwicklung der Labour Party seit Mitte der 1980er-Jahre deutlich. In der Auseinandersetzung mit der thatcheristischen Marktsprache, die es vermocht hatte, die Wähler klassenübergreifend anzusprechen, begann die Partei schließlich einen Generalüberholungsprozess. Sie begab sich auf den Weg der »Marktsozialdemokratie«¹⁸, der mit Tony Blairs Aufstieg seit Mitte der 1990er-Jahre einherging. *New Labour* war nicht zuletzt ein Resultat des Siegeszugs der thatcheristischen Marktsprache, die im britischen Krisenjahrzehnt der 1970er-Jahre den Grundstein für einen neuen, marktradikalen Konsens legte.¹⁹

Die Jahre von 1973/74 bis 1982/83 waren auch in der Bundesrepublik eine Phase des sozioökonomischen Wandels, der oftmals als krisenhaft wahrgenommen wurde. Infolge längerfristiger, strukturell bedingter Trends und kurzfristiger Krisenerscheinungen begannen diesseits des Kanals die Fundamente des deutschen »Wirtschaftswunders« wegzubrechen. Dabei zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede in der Intensität und Reichweite des strukturellen Wandels und vor allem der Krisenwahrnehmung im Vergleich zum omnipräsenten britischen Niedergangsdiskurs. Wie alle wichtigen ökonomischen Indikatoren belegen,

¹⁸ Vgl. *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie.

¹⁹ Für diesen Ausblick in die 1980er- und 1990er-Jahre vgl. etwa *Reitan*, *The Thatcher Revolution*; *Jenkins*, *Thatcher and Sons*; *David Coates*, *Prolonged labour. The slow birth of New Labour in Britain*, Basingstoke 2005.

relativiert sich die westdeutsche Krise in markanter Weise gerade im Vergleich mit Großbritannien. Die regierende SPD zog mit dem Slogan »Weiterarbeiten am Modell Deutschland« in den Bundestagswahlkampf 1976, was deutlich macht, dass der Begriff der Krise die Bundesrepublik der 1970er-Jahre nur unvollständig charakterisiert.

Dies hatte Auswirkungen auf die diskursiven Strategien der Krisendeutung und -erzählung der deutschen Christdemokratie und damit für die Entwicklung ihres Marktdiskurses. Wie die britischen Konservativen versuchte auch die christdemokratische Opposition von den Schwierigkeiten des regierenden politischen Gegners in der Bewältigung neuer ökonomischer Problemlagen zu profitieren. In einem seit 1973/74 durch Inflation, stagnierendes Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit geprägten Zeitklima hatte auch die deutsche Sozialdemokratie – wie ihre britische Schwesterpartei – einen Veränderungs- und Neuorientierungsprozess durchzumachen, in dessen Folge die SPD-geführte Bundesregierung zwischen ganz unterschiedlichen, zum Teil gegenläufigen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen schwankte. Dies bot der christdemokratischen Opposition Angriffsflächen für eine diskursive Strategie der Krisenerzählung, die allerdings einen gänzlich anderen Fluchtpunkt hatte als die der britischen Konservativen: Im Gegensatz zum thatcheristischen Krisennarrativ zielte das christdemokratische nicht auf die Auflösung eines »alten« Nachkriegskonsenses und die Etablierung eines neuen, marktradikalen Konsenses, sondern auf die Rückkehr und die Bewahrung des marktwirtschaftlichen Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft.

Entsprechend stand das Motiv einer Gefährdung des Erreichten durch die verfehlte Politik der sozial-liberalen Regierung im Zentrum der christdemokratischen Krisendeutung. Im Gegensatz zum britischen *post-war consensus* war die bundesrepublikanische Nachkriegsordnung im Zuge der Krisenwahrnehmung der 1970er-Jahre nicht diskreditiert, sondern stand im Gegenteil für Wiederaufbau und »Wirtschaftswunder« – mithin für eine westdeutsche Erfolgsgeschichte, die die christdemokratischen Akteure konsequent in ihrem »Fahnenwort« »Soziale Marktwirtschaft« transportieren konnten. In dieser diskursiven Konstellation war eine begriffliche Umorientierung schwierig aber auch wenig notwendig; die deutsche Christdemokratie war schon zu Beginn des Jahrzehnts auf ihr bewährtes wirtschaftspolitisches Leitvokabular festgelegt, was diskursive Verschiebungen erschwerte und ein hohes Maß an Kontinuität im christdemokratischen Marktdiskurs begründete.

Insofern waren die mit Blick auf den Vergleichsfall der britischen Konservativen deutlich werdenden Grenzen diskursiver Verschiebungen im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie bereits im spezifischen Diskurskontext der Bundesrepublik der 1970er-Jahre angelegt. In der christdemokratischen Krisendeutung und -erzählung wurden die wirtschaftlichen Probleme konsequent und das

gesamte Jahrzehnt hindurch auf eine Abkehr der Regierungspolitik von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückgeführt. Die CDU konnte das marktwirtschaftliche Erfolgskonzept des Wiederaufbaus als ihr Erbe darstellen und ließ entsprechend keine Gelegenheit ungenutzt, die Heldenjahre des »Wirtschaftswunders« mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft in Zusammenhang zu setzen. In Anbetracht neuer ökonomischer Problemlagen, die die Notwendigkeit der politischen Verarbeitung begründeten, wurde im christdemokratischen Marktdiskurs das Postulat einer »Weiterentwicklung« der Sozialen Marktwirtschaft zentral.

Ungeachtet der grundsätzlich unterschiedlich gelagerten Krisendiskurse der Vergleichsländer und der sich markant unterscheidenden Krisennarrative der Mitte-Rechts-Parteien findet sich gleichwohl in der Diffamierung der Politik der Mitte-Links-Parteien als Gefahr für die wirtschaftliche (und politische!) Freiheit sowie in der Herausstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung als Garant dieser Freiheit eine auffällige Gemeinsamkeit in den diskursiven Strategien der konservativen und der christdemokratischen Akteure. Angesichts sich verschärfender ökonomischer Problemlagen kam es in der SPD zu einer Neuauflage einer Grundsatzdiskussion über die Ordnung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat, welche die deutsche Sozialdemokratie als Reformpartei von Godesberg herausforderte. Durch die antikapitalistischen Offensiven der Jusos und der Parteilinken wurden die diskursiven Grenzen des sozialdemokratischen Aushandlungsprozesses über die Spannweite wirtschaftlicher Planungs- und Lenkungsmaßnahmen erweitert. Diese Polarisierungstendenzen im sozialdemokratischen Marktdiskurs boten eine Angriffsfläche für die christdemokratische Opposition, die freiheitsbedrohende Gefahr »des Sozialismus« zu beschwören und gegen die sozialistischen »Systemveränderer« zu polemisieren; eine Strategie, die wegen der Situation im deutschen Nachbarstaat DDR gerade in auch in der Bundesrepublik greifen konnte. Den Höhepunkt dieser konfrontativen, maßgeblich vom rechten Flügel der Union vorangetriebenen Strategie bildete die »Freiheit statt Sozialismus«-Kampagne im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1976, die darauf abzielte, die CDU als eine an den Grundsatz der »Freiheit« gebundene Volkspartei zu präsentieren und sich durch ihr unmissverständliches Eintreten für den Fortbestand der Marktwirtschaft und für wirtschaftliche Stabilität als Garant für die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen eine sozialistische Umwälzung dieser Ordnung zu profilieren.

Allerdings war die Reichweite der mit den Polarisierungs- und Spaltungstendenzen einhergehenden Linksverschiebungen im sozialdemokratischen Marktdiskurs weitaus begrenzter als im Fall der britischen Labour Party. In der Auseinandersetzung der christdemokratischen Opposition mit dem politischen Gegner fehlte damit jener diskursive Mechanismus der gegenseitigen Radikalisierung, von wel-

chem das thatcheristische Krisennarrativ in hohem Maße profitierte. In dieser diskursiven Konstellation markierten die im Vergleich zu Großbritannien insgesamt geringer ausgeprägte Krisenwahrnehmung und die damit ausbleibende Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung die Grenzen der Ausformulierung eines kohärenten und inhaltlich konsistenten christdemokratischen Krisennarrativs. Sie verstellten zudem den Weg für einen konfrontativen, konfliktorientierten Ansatz in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und in der politischen Problembearbeitung, dem Teile der Union durchaus zugeneigt waren. Unter Helmut Kohl blieb ein konsensorientierter Ansatz handlungsleitend für die deutsche Christdemokratie, der sowohl mit der eigenen Parteitradition als auch mit dem politischen System der Bundesrepublik und ihrer auf spezifisch deutschen Erfahrungen beruhenden politischen Kultur nach 1945 kompatibler war als ein Konfrontationskurs à la Thatcher oder Strauß.

Die *zweite Erklärung* für Unterschiede in den Entwicklungen der Marktdiskurse und der Vergleichsländer rückt die Differenz in den Parteitraditionen der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie in den Blick. In den Parteitraditionen waren parteispezifische Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten angelegt, die in den Marktdiskursen der Mitte-Rechts-Parteien wirksam wurden und den Ausgang der Erneuerungsprozesse der Parteien in den 1970er-Jahren bestimmten. Dieser Blick auf die »inneren« Triebkräfte zeigt unterschiedlich gelagerte innerparteiliche Kräfteverhältnisse und differierende Ausgangspunkte und Stoßrichtungen der Erneuerungsprozesse der Mitte-Rechts-Parteien.

Die Neupositionierung der britischen Konservativen ab 1974 vollzog sich in scharfer Abgrenzung zu dem von der eigenen Partei seit 1945 eingeschlagenen Kurs der Konsenspolitik und insbesondere zu dem von der konservativen Regierung Edward Heaths von 1970 bis 1974 verfolgten Politikansatz. Dem Rückgriff auf Instrumente der keynesianischen Nachfragesteuerung, korporatistische Modelle und eine gesetzliche Einkommenspolitik lag jenes Verständnis des wünschenswerten Zusammenhangs zwischen Markt und Staat zugrunde, das den britischen Nachkriegskonsens geprägt hatte und den Marktdiskurs der britischen Konservativen zu Beginn der 1970er-Jahre weiterhin dominierte. Unter dem Eindruck einer massiven Krisenwahrnehmung in den Jahren 1972 bis 1974 griff die Heath-Regierung zur Lösung akuter wirtschaftlicher Probleme und politischer Konflikte pragmatisch auf altbekannte Politiklinien der 1960er-Jahre zurück, die weiterhin an den Instrumenten und Zielen der keynesianischen Wirtschaftspolitik orientiert blieben.

Heath und seine Mitstreiter repräsentierten jene undogmatische Tradition der Partei, in der Mäßigung, Flexibilität, Ausgleich und Pragmatismus die Wesensmerkmale des britischen Konservatismus bildeten. In der politischen Sprache des

One-Nation-Conservatism wird ein konsensorientierter Ansatz der politischen Problembearbeitung deutlich, der sich grundlegend von dem der thatcheristischen Gegenspieler innerhalb der Tory-Partei unterschied und damit dem christdemokratischen nicht unähnlich war. Die meisten Protagonisten dieser Parteitradition hatten das Elend von Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Massenverarmung der 1930er-Jahre bewusst miterlebt und daraus die Schlussfolgerung gezogen, dem Markt Fesseln anzulegen. Der als *new capitalism* bezeichnete Politikansatz, mit dem die Heath-Regierung auf die Verwerfungen in der industriellen Welt reagierte, hatte nicht zu übersehende Anklänge an das bundesrepublikanische Modell der Sozialen Marktwirtschaft. In seiner Zielsetzung, wirtschaftliches Wachstum in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, kommt ein funktionales Verständnis von Marktwirtschaft zum Ausdruck, das durchaus anschlussfähig an das Ordnungsmodell der kontinentaleuropäischen Christdemokratie war.

Mit der Wahlniederlage von 1974 entstand ein diskursives Vakuum, in welchem die Grenzen des innerparteilichen Diskurses neu bestimmt wurden. Das »Alte« (die Heath-Regierung) war gescheitert und die Macht wurde neu verteilt. Vormalige Randpositionen konnten jetzt ins Zentrum rücken; das Feld für den neuen, radikalen Kurs der thatcheristischen Marktsprache war geöffnet. Heath, dessen Regierungspolitik als »Rückzieher« interpretiert wurde, wurde zur Hassfigur des rechten Flügels der Tory-Party. Die Regierungsjahre 1970 bis 1974 erschienen als Zeit der vertanen Chancen. Die Narrative des »Verrats« und der »Kehrtwendungen« bildeten mächtige Waffen im parteiinternen Streit um die Erlangung der Deutungshoheit im diskursiven Vakuum der Jahre 1974/75. Angriffsziel der von Thatcher und dem rechten Parteiflügel vorangetriebenen marktradikalen Offensive war der »Sozialismus«, den sie nicht nur in der Labour Party, sondern auch in ihrer eigenen Partei ausmachten. Die Reden und öffentlichen Statements Keith Josephs aus den Jahren 1974/75 zeigen, wie konstitutiv die Abgrenzung von der eigenen Parteitradition des *One-Nation-Conservatism* für die thatcheristische Marktsprache war. Der intellektuelle Vordenker des Thatcherismus wandte sich explizit gegen die handlungsleitenden Prämissen der konservativen Regierungen nach 1945 und zielte damit auf die Auflösung des *post-war-consensus*. Dies war mit weitreichenden Verschiebungen im konservativen Marktdiskurs verbunden: Makroökonomisches Nachfragemanagement war ebenso abzulehnen wie staatliche Einkommenspolitik; an die Stelle des Strebens nach Vollbeschäftigung sollte eine Politik des »gesunden Geldes« treten.

Dabei ging es um nicht weniger als eine Neudefinition des Konservatismus, in welcher der Markt begriff den entscheidenden Stellenwert erhielt. Die propagierte »Rückkehr zu konservativen Grundwerten« lief in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre auf eine politische Sprache des Konservatismus hinaus, die eigentlich eine »Marktsprache« war. Ihre radikal individualistische Grundierung stand dabei

nicht nur der sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Vorstellung des Zusammenhangs von Individuum und Gesellschaft diametral entgegen, sie hob sich auch in markanter Weise von einem traditionell konservativen Menschen- und Gesellschaftsbild ab. Insofern war die Radikalisierung der konservativen Marktsprache *gegen* die eigene Parteitradition gerichtet. Für die früheren Vertreter des Parteiestablishments und Widersacher des Thatcherismus liefen die ab Mitte der 1970er-Jahre vollzogenen Verschiebungen im Koordinatensystem des britischen Konservatismus darauf hinaus, »Konservatismus« durch »Liberalismus« zu ersetzen.

Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch das liberale Element einen genuinen Bestandteil der konservativen Parteitradition darstellte. Mit dem Bedeutungsverlust der Liberalen Partei und dem Aufstieg der Labour Party im britischen Zweiparteiensystem war eine Amalgamierung von konservativen und liberalen Elementen in der Tory-Partei einhergegangen.²⁰ Das konfliktreiche, aber konstante Fortbestehen des liberalen Elements in der konservativen Parteitradition begründete semantische Pfadabhängigkeiten und Begriffstraditionen, die im Marktdiskurs der Partei in den 1970er-Jahren wirksam wurden. Für die Durchsetzung des thatcheristischen Verständnisses von Konservatismus ab Mitte des Jahrzehnts war entscheidend, dass die thatcheristische Marktsprache an eine Ideologie des freien Marktes anknüpfen konnte. Das anti-kollektivistische, marktfreundliche Element war nach 1945 vom Paradigma »Markt-Staat-Plan«, welches den Nachkriegskonsens geprägt und auch den Marktdiskurs der Tories dominiert hatte, überdeckt worden; es drang nur schwer oder gar nicht durch und wurde nicht handlungsleitend für die Politik der Partei. Gleichzeitig war es aber zu keinem Zeitpunkt aus dem Bestand der konservativen Parteitradition getilgt worden. Die Triebkräfte der neuen konservativen Sprache lagen also auch *in* der konservativen Parteitradition selber; die Verschiebungen im Marktdiskurs erfolgten aus der eigenen Parteitradition heraus – als Fortsetzung eines von Thatcher und ihren Mitkämpfern radikalisierten marktliberalen Elements.

Schon seit Beginn der 1950er-Jahre hatte es Forderungen aus der Partei heraus gegeben, sich als radikale politische Alternative zu der Reformpolitik der Attlee-Regierung zu positionieren. Dieser Dissens hatte sich im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre intensiviert und eine Vielzahl von Formen angenommen. Es formierten sich unabhängige Protestbewegungen. Enoch Powell avancierte zum grundsätzlichen Kritiker des keynesianischen Nachkriegskonsenses und lautstarke Prediger eines marktradikalen Ansatzes. Vor allem an der Parteibasis war konstant Ablehnung gegenüber Verstaatlichung, einem aktiv in die Wirtschaft eingreifenden Staat, dem Wohlfahrtsstaat, hohen Steuern und den Gewerkschaften

²⁰ Vgl. Geppert, *Wie liberal ist der britische Konservatismus?*, S. 223 ff. und S. 218 ff.

artikuliert worden. Das radikal anti-kollektivistische Moment der thatcheristischen Marktsprache entsprach mithin durchaus einer breiten Strömung innerhalb der Partei. Es traf zudem einen Nerv, waren antikollektivistische Ressentiments doch durchaus klassenübergreifend in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden. Die thatcheristischen Akteure griffen für ihre Offensive explizit auf die Axiome des klassischen Liberalismus zurück. Demzufolge war der Faktor, der im Marktgeschehen den Wohlstand aller vorantreibt, der Eigennutz der Individuen. Der entwickelte Wohlfahrtsstaat wurde hingegen als widernatürlich und amoralisch diskreditiert.

Als die in der konservativen Parteitradition angelegte Marktsprache ab Mitte der 1970er-Jahre die Diskurshoheit erlangte, gewann auch die Idee einer weitreichenden Entstaatlichung in der Konservativen Partei an Boden. Schon in den 1960er-Jahren waren die Möglichkeiten der *denationalisation* in internen Arbeitsgruppen ausgelotet worden. Forderungen nach einer Abkehr von der *mixed economy* durch die Privatisierung von Staatsbetrieben galten jedoch lange als unpopulär und konnten bis Mitte der 1970er-Jahre nicht gegen die Dominanz der *One-Nation*-Tories artikuliert werden. Erst im Zuge der omnipräsenten Krise der britischen Nachkriegsordnung bot sich die Möglichkeit für die neue Parteiführung, das Projekt Privatisierung auf die politische Agenda zu setzen. Hier tritt das Zusammenspiel sich wechselseitig verstärkender »äußerer« und »innerer« Triebkräfte der Grenzverschiebungen im Marktdiskurs der britischen Konservativen deutlich hervor. Der konservative Privatisierungsdiskurs zeigt ebenso wie die begriffliche und semantische Verschiebung von der *property-owning democracy* zur *capital-owning democracy*, wie in einem Klima des tiefgreifenden Krisenbewusstseins Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten des britischen Konservatismus wirksam wurden, die von einer neuen konservativen Marktsprache weitergeführt und radikalisiert wurden.

Anders als die britischen Konservativen befand sich die deutsche Christdemokratie bereits seit Beginn des Jahrzehnts in der Opposition und war daher früher mit der Aufgabe konfrontiert, sich angesichts des wahrgenommenen Verlusts der politischen Deutungshoheit an den politischen Gegner strategisch und programmatisch neu zu positionieren. Auch innerhalb der deutschen Christdemokratie war nach dem Verlust der Regierungsmacht im Jahr 1969 ein diskursives Vakuum entstanden, das allerdings anders gefüllt wurde als im britischen Vergleichsfall: Unternahm die Thatcheristen den schließlich erfolgreichen Versuch, die diskursive Mitte zu verschieben und sie mit ihrem Marktradikalismus zu besetzen, ließ sich die CDU auf einen Kampf um die politische Mitte ein, der unter den Vorzeichen der erfolgreichen Begrifflichkeiten des politischen Gegners geführt wurde. Die christdemokratischen Erneuerer zielten auf eine Profilierung der CDU als fortschrittlicher Reformpartei der Mitte. Dies hatte zur Folge, dass der Markt-

begriff als solcher im Neuausrichtungsprozess der Union eine weitaus geringere Rolle spielte als bei den britischen Konservativen, wo die Neuausrichtung der Partei mit einer neuen konservativen Marktsprache identisch war.

Dabei hatte es durchaus auch andere Akzentsetzungen für eine christdemokratische Erneuerung schon in den frühen 1970er-Jahren gegeben. Vertreter des Wirtschaftsflügels waren bestrebt, die Schärfung des marktwirtschaftlichen Profils der Partei in den Mittelpunkt zu stellen. Die Reichweite dieser Impulse im Marktdiskurs der CDU war allerdings von vorn herein begrenzt. Zum einen bildeten die Sozialausschüsse ein starkes Korrektiv zu marktwirtschaftlichen Verschiebungen. Zum anderen wurde der Neuausrichtungsprozess vom »progressiven« Parteiflügel, einer Allianz zwischen »alternativen 68ern« und »progressiven 45ern«²¹, dominiert. Von diesem Zentrum ausgehend zielte die Ausrichtung auf eine »moderne Volkspartei« darauf ab, ein Modernitätsdefizit in der Innen- und Gesellschaftspolitik zu überwinden und die CDU für neue Schichten wählbar zu machen. Dabei ging es vor allem um die Arbeiter und Angestellten, aber auch um Frauen und Intellektuelle.

Die inhaltliche Stoßrichtung der christdemokratischen Erneuerung wurde in der innerparteilichen Diskussion um die Mitbestimmung deutlich. Die Mitbestimmungsfrage bildete gerade in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre den Hauptschauplatz des christdemokratischen Marktdiskurses. Hier vollzog sich die Auseinandersetzung über die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft anhand der Frage der Integration der Arbeiterschaft in die marktwirtschaftliche Ordnung. Nicht nur die Vertreter der Sozialausschüsse sahen in der Mitbestimmung einen Testfall für den volksparteilichen Charakter und die Reformfähigkeit der Union. Sie wurde – auch wenn sie hinsichtlich ihrer konkreten Ausgestaltung sehr umstritten war – von allen Strömungen innerhalb der Partei grundsätzlich bejaht und als zentrales Thema anerkannt. Wenngleich sich die Position des Arbeitnehmerflügels letztendlich nicht durchsetzte und die Mitbestimmung in der CDU infolge der mit der »Neuen Sozialen Frage« verbundenen semantischen Offensive seit Mitte der 1970er-Jahre zunehmend in den Hintergrund trat, zeigt die Diskussion exemplarisch für die CDU charakteristische konsensorientierte Muster politischer Problembearbeitung. Die auf die Lösung des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit gerichtete, christdemokratische Vorstellung der »Partner am Markt« zielte auf den Abbau von Klassengegensätzen und gesellschaftlichen Ausgleichen.

So wie die Triebkräfte der Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen in der Tradition der Partei selbst angelegt waren, sind die Ursachen für die Begrenztheit der Verschiebungen in Richtung »mehr Markt« im Markt-

²¹ Vgl. *Schmidt*, »Die geistige Führung verloren«, S. 87–96.

diskurs der deutschen Mitte-Rechts-Partei auf spezifisch christdemokratische Begriffstraditionen und semantische Pfadabhängigkeiten zurückzuführen. Der christdemokratische Marktdiskurs war von Beginn nicht nur vom Ordoliberalismus, sondern auch von der christlichen Soziallehre bestimmt, wie mit dem Ahlener Programm der CDU vom Februar 1947 deutlich wurde. Mit der Abkehr von diesem frühen Programm und der klaren Entscheidung der CDU für eine marktwirtschaftliche Ordnung war die katholisch-soziale Tradition der neuen Volkspartei keinesfalls gebrochen. Organisiert in den Sozialausschüssen schrieb sie sich im Marktdiskurs der CDU der 1950er- und 1960er-Jahre bis in die 1970er-Jahre hinein fort und bildete ein konstantes Korrektiv zum (Wirtschafts)Liberalismus in der Union, das einer Entgrenzung des christdemokratischen Marktdiskurses aus der eigenen Partei heraus entgegengesetzt war. Auch nach der Etablierung der marktwirtschaftlichen Ordnung gab es in maßgeblichen Teilen der Partei weiterhin Skepsis gegenüber Marktwirtschaft und Kapitalismus, die sich vor allem aus der Begriffstradition der katholischen Soziallehre ableitete. Mit Blick auf den Vergleich zur britischen Entwicklung könnte man überspitzt formulieren: So wie innerhalb der britischen Konservativen marktradikale Vorbehalte gegen den »Staat« in Zeiten des keynesianischen Konsenses überlebt hatten, an welche die Thatcheristen in den 1970er-Jahren anknüpfen konnten, bestanden in der CDU nach der an ordoliberalen Prinzipien orientierten Einführung der Marktwirtschaft weiterhin marktskeptische bis -kritische Elemente fort, die im Neuorientierungsprozess der CDU nach 1969 wirkmächtig blieben und weitreichenden Verschiebungen im christdemokratischen Marktdiskurs entgegengesetzt waren.

Diese Entwicklung weist zurück auf das nach 1945 gewachsene, spezifisch christdemokratische Verhältnis zwischen konservativen, liberalen und christlich-sozialen Elementen. Waren nach dem Zweiten Weltkrieg der Standort und die Zukunft des deutschen Konservatismus unsicher geworden, so traf dies auf den deutschen Liberalismus ebenfalls zu, was einen Primat des Christlichen in der neuen Partei begründet hatte. Die Rückkopplung an christliche Werte war als Alleinstellungsmerkmal des christdemokratischen Projekts notwendig und hatte wegen der Frontstellung des Christentums gegen den Nationalsozialismus als Gründungsimpuls der CDU nicht nur eine Abgrenzung zum »materialistischen« Sozialismus, sondern auch zum »materialistischen« und individualistischen Liberalismus zur Folge. Der Primat des Christlichen prägte eine spezifisch christdemokratische Begriffstradition, die die Entwicklung des Marktdiskurses der CDU mit Blick auf das Menschenbild, das Verständnis des Verhältnisses zwischen Wirtschaft (Markt) und Gesellschaft sowie den Staatsbegriff determinierte. Das auf dem Personalismus beruhende christdemokratische Menschenbild, das im Ludwigshafener Grundsatzprogramm des Jahres 1978 festgeschrieben wurde, stand in einer natürlichen Frontstellung sowohl zum kollektivistischen Sozialis-

mus als auch zum individualistischen Liberalismus. Aus dem christdemokratischen Menschenbild ergibt sich eine grundsätzliche Bedeutung von marktwirtschaftlichem Handeln, das nicht reiner Selbstzweck ist, sondern eine wichtige Funktion für die wirtschaftliche und soziale Entfaltung jeder Person erfüllt. Im christdemokratischen Aushandlungsprozess der 1970er-Jahre über das wünschenswerte Verhältnis von Markt und Staat dominierten daher Aussagen, die der »Gesellschaft« einen Primat gegenüber der »Wirtschaft« (dem Markt) einräumen.

Die im christdemokratischen Marktdiskurs hervortretende semantische Pfadabhängigkeit einer Versöhnung von Wirtschaft und Gesellschaft war in der Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft angelegt. Von Beginn an hatte der Begriff von seiner semantischen Offenheit und Ambivalenz profitiert. Hatte die Freiburger Schule mit ihren wichtigsten Vertretern Walter Eucken und Franz Böhm den Schwerpunkt stets auf den Ordnungscharakter ihres Konzepts gelegt und – wie Ludwig Erhard – bereits in einer privilegienlosen Marktwirtschaft eine gute, auch soziale, menschenwürdige Ordnung gesehen, so war von Alfred Müller-Armack ein »funktionales« Verständnis von Marktwirtschaft geprägt worden, die für ihn weniger Selbstzweck, sondern Mittel zur Freiheit und zu sozialem Ausgleich war. Die semantische Offenheit der Sozialen Marktwirtschaft barg die Gefahr von innerparteilichen Reibungen, wirkte letztendlich aber integrierend auf den christdemokratischen Aushandlungsprozess über das Verhältnis von Markt und Staat.

Dies zeigte sich in der von der CDU in den 1970er-Jahren geführten Grundsatzdebatte, die mit der Verabschiedung des ersten Grundsatzprogramms in der Geschichte der Partei auf dem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen im Oktober 1978 zu einem Ergebnis kam. Im Verlauf der Debatte zeigten sich die neuralgischen Punkte der christdemokratischen Auseinandersetzung über das Verhältnis von Markt und Staat. An ihrem Ende stand eine weitgehende sprachliche Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft. Aus der semantischen Ambivalenz des christdemokratischen Leitbegriffs ergab sich durchaus Konfliktpotenzial, wie die im Zentrum der Grundsatzdebatte stehende Auseinandersetzung zwischen den Vertretern eines ordnungspolitischen und eines christlich-sozialen Ansatzes zeigt. Erstere verfolgten das Ziel, das marktwirtschaftliche Profil der Partei zu stärken, und forderten entsprechende Änderungen im Programmmentwurf. In der Tradition der Freiburger Schule verstanden sie Soziale Marktwirtschaft stärker marktliberal, sahen in ihr nicht bloß ein Instrument der Wirtschaftspolitik, sondern eine Wertordnung an sich. Die Kräfte des sozialpolitischen Flügels beriefen sich gleichfalls auf die Soziale Marktwirtschaft, allerdings im Müller-Armack'schen Verständnis. Entsprechend betonten sie den instrumentellen Charakter der Marktwirtschaft und verteidigten das im Programmmentwurf zum Ausdruck kommende sozialpoli-

tische Profil der CDU. Die von Biedenkopf lautstark geforderte marktwirtschaftliche Kurskorrektur blieb schließlich aus, der Entwurf schlug sich in seinem wesentlichen Inhalt im Grundsatzprogramm nieder. Die Begriffstradition der Sozialen Marktwirtschaft strukturierte den christdemokratischen Marktdiskurs dauerhaft und setzte Verschiebungen in Richtung »mehr Markt« Grenzen.

Die bereits in der Auseinandersetzung mit dem regierenden politischen Gegner hervortretende sprachliche Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft als christdemokratische Reaktion auf die Krisenerscheinungen der 1970er-Jahre setzte sich also im innerparteilichen Neuausrichtungsprozess fort und wurde schließlich im Grundsatzprogramm der CDU festgeschrieben. Bildete das Klima der omnipräsenten Krisenwahrnehmung in Großbritannien die »äußere« Voraussetzung dafür, dass die thatcheristische Marktsprache die innerparteiliche Diskurshegemonie erlangen konnte, so war dieses Wechselspiel sich gegenseitig verstärkender »äußerer« und »innerer« Antriebsfaktoren für Verschiebungen des Marktdiskurses im christdemokratischen Vergleichsfall nicht gegeben. Die historisch gewachsenen, ausgeglichenen innerparteilichen Kräfteverhältnisse hatten angesichts des in der Bundesrepublik begrenzten Krisenbewusstseins Bestand. Der »äußere« Faktor der Krisenhaftigkeit war in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre nicht in dem Maße existent, dass er eine Verschiebung der Debattenstruktur der deutschen Mitte-Rechts-Partei hätte bewirken können.

Das Zusammenspiel sich gegenseitig bedingender »äußerer« und »innerer« Faktoren, das für den Marktdiskurs der britischen Konservativen radikalierend, entgrenzend und beschleunigend wirkte, im christdemokratischen Marktdiskurs aber Kontinuität begünstigte, tritt schließlich auch auf der Ebene diskursiver Wechselwirkungen zwischen den Neuausrichtungsprozessen der Mitte-Rechts-Parteien und der neoliberalen Außenwelt der 1970er-Jahre zutage, die die *dritte Erklärung* für die unterschiedlichen Entwicklungen der Marktdiskurse der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokratie bereit hält.

Für die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen war die Wechselwirkung mit dem international erstarkenden Neoliberalismus entscheidend. Der Aufschwung neoliberaler Konzepte in den Wirtschaftswissenschaften signalisierte eine ideologische Wende, die der thatcheristischen Marktsprache zusätzlichen Auftrieb verlieh. Die Radikalisierung des Marktdiskurses der Konservativen Partei, deren Voraussetzungen die Parteitradition selbst in sich trug, wurde somit von einem weiteren »äußeren« Faktor vorangetrieben. Dieser ging der britischen Krisenwahrnehmung in den 1970er-Jahren voraus, wurde aber gleichzeitig von ihr verstärkt. Dies bedeutetet freilich nicht, dass die Konzepte des Neoliberalismus und die thatcheristische Marktsprache identisch waren, jedoch: Neoliberale Denker und Ökonomen, private Think Tanks und Netzwerke waren nicht nur wichtige Stichwortgeber für die semantischen Offensiven der Thatcheristen,

sondern hatten konkreten Einfluss auf die Formulierung der marktradikalen Alternative.

Die Rezeption der neoliberalen Theoretiker bei den britischen Konservativen ging tief. Dies betraf zuvorderst die Konzepte des intellektuellen Vordenkers des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek. Die Thatcheristen verinnerlichten von Hayeks Annahme, dass politischer Erfolg ohne den Sieg in einem langfristig angelegten »Kampf der Ideen« nicht möglich sei – eine Adaption, aus der die Thatcheristen die entscheidende strategische Schlussfolgerung ableiteten, dass der politische Status quo durch gezielte semantische Offensiven zu verändern ist. Von Hayek hatte bereits ein geschlossenes Ideengebäude formuliert, das den Akteuren des konservativen Neuausrichtungsprozesses wichtige Stichpunkte und Stichworte für die Neuformulierung der konservativen (Markt)sprache lieferte und theoretisches Rüstzeug für den »Kampf der Ideen« bot.

Die Bedeutung des Neoliberalismus für die Radikalisierung des Marktdiskurses der britischen Konservativen bestand über die Adaption des Hayek'schen Konzepts eines »Kampfs der Ideen« und dessen marktradikale Annahmen hinaus aus Kontakten und Beziehungen zwischen der neuen Parteiführung und einem breitgefächerten, international ausgerichteten neoliberalen Netzwerk. Die stark neoliberal beeinflusste britische *New Right* bildete einen Transmissionsriemen zwischen der neoliberalen Außenwelt und der Innenwelt der britischen Konservativen. Das *Institute of Economic Affairs* spielte dabei als erste marktradikale Ideenfabrik in Großbritannien eine wichtige Rolle. Das private, offiziell parteiunabhängige Forschungsinstitut organisierte Zusammenkünfte von Journalisten, konservativen Politikern und anderen meinungsbildenden Akteuren in informeller Atmosphäre und trieb die Verbreitung der neoliberalen Ideen öffentlichkeitswirksam voran.

Das IEA diente Keith Joseph und den thatcheristischen Parteistrategen als Vorbild bei der Gründung des *Centre for Policy Studies* (CPS). Das CPS war als wichtigster privater proto-thatcheristischer Think Tank von Beginn an darauf ausgerichtet, nach der Wahlniederlage des Jahres 1974 die Grenzen des Sagbaren neu zu definieren, in der Konservativen Partei wie in der politischen Öffentlichkeit insgesamt. Bemerkenswert ist, dass die erste semantische Offensive des CPS in einer Adaption der christdemokratischen Begrifflichkeit der Sozialen Marktwirtschaft (*social market economy*) bestand. Die semantischen Offensiven der Protagonisten des Neuausrichtungsprozesses der Tory-Partei speisten sich anfangs aus einem breiteren Arsenal wirtschaftsliberaler Begrifflichkeiten, die bei der Verschiebung des Diskurses in Richtung »mehr Markt« Überzeugungspotenzial in sich bargen. Zu diesen gehörten anfangs die Axiome des angelsächsischen Neoliberalismus ebenso wie die Erfolgsformel der Sozialen Marktwirtschaft christdemokratischer Prägung, mithin die (west)deutsche Ausprägung des Wirtschaftsliberalis-

mus in Gestalt der ordoliberalen Begrifflichkeit Müller-Armacks und der Freiburger Schule. Die begriffliche Anknüpfung an das (west)deutsche Modell fand jedoch keine Fortsetzung. Sie entsprang einer anfänglichen Phase der Unsicherheit, in der mit der Begrifflichkeit der Sozialen Marktwirtschaft experimentiert wurde. Der christdemokratische Begriff erwies sich letztlich als inkompatibel mit der thatcheristischen Marktsprache. Die thatcheristischen Akteure legten sich schließlich auf ein Leitvokabular fest, das darauf zielte, die marktwirtschaftliche Botenschaft so deutlich wie möglich zu transportieren. Entsprechend erschienen die Begriffe »Markt«, »Marktwirtschaft« und »Kapitalismus« ohne einschränkende Attribute.

Von den semantischen und diskursiven Grenzverschiebungen, die das IEA und das CPS vorbereiteten und vorantrieben, gingen wichtige Impulse für die Radikalisierung des konservativen Marktdiskurses aus, wie anhand der konkreten Beispiele der thatcheristischen Adaption der monetaristischen Begrifflichkeit und des thatcheristischen Angriffs auf die Gewerkschaften gezeigt wurde. Der rasante Aufstieg des Monetarismus und die exorbitante Krisenwahrnehmung im Großbritannien der 1970er-Jahre gingen Hand in Hand. In dem Maße, wie das keynesianische Paradigma »Markt-Staat-Plan« an Glaubwürdigkeit verlor, fanden die neoliberalen Annahmen Anklang, indem sie Handlungsperspektiven für aktuelle Problemlagen anboten. Das Klima der omnipräsenten Krise und die Impulse aus der neoliberalen Außenwelt für die Radikalisierung des konservativen Marktdiskurses griffen ineinander und intensivierten sich wechselseitig. Mit der semantischen Offensive des CPS wurde das Konzept des Monetarismus ins Zentrum des konservativen Marktdiskurses gerückt. Entscheidende Vorarbeit für die monetaristische »Gegenrevolution« hatte das IEA geleistet, indem es die Theorie der Chicagoer Schule in Großbritannien populär gemacht hatte. Über den Transmissionsriemen der britischen »Neuen Rechten« verschmolz die Innenwelt der Tory-Partei mit der neoliberalen Außenwelt. Die Übernahme der Kernaussagen des Monetarismus war dabei mit dem Postulat einer allumfassenden Befreiung des Privatsektors zur Entfesselung der Kräfte des Marktes verbunden.

Wie bei der Herausbildung des konfrontativen Kurses der Konservativen Partei gegenüber den britischen Gewerkschaften deutlich wird, waren die Akteure des neoliberalen Netzwerks nicht nur zuverlässige ideologische Stichwortgeber für eine in der Frage der Gewerkschaftspolitik zunächst orientierungslose konservative Parteiführung. Neoliberale Vordenker, Ökonomen und Think Tanks entfalten darüber hinaus konkreten Einfluss auf die Formulierung konservativer Politik. Dass die Verschmelzung zwischen neoliberaler Außenwelt und konservativer Innenwelt dabei anfangs keinesfalls geradlinig und widerspruchsfrei verlief, belegt der zwischenzeitliche Rückgriff auf das deutsche Modell der Konzertierten Aktion. Gerade mit Blick auf Lösungsansätze für die ineinander verzahnten Problem-

komplexe Gewerkschaften und Inflation war die Richtung der sich im innerparteilichen Diskurs vollziehenden Neupositionierung bis in die zweite Hälfte des Jahrzehnts hinein offen. Dass die Idee eines Wirtschaftsforums nach bundesrepublikanischem Vorbild im Marktdiskurs der Tories keine Fortsetzung fand, lag an der Ablehnung der thatcheristischen Akteure, allen voran der Parteichefin selbst. Für Thatcher war die Konzertierte Aktion nichts anderes als ein Rezept für mehr Bürokratie und Korporatismus.

Die Niederlage der Gewerkschaften im *Grunwick dispute* wurde zum Katalysator der Verschiebung des konservativen Marktdiskurses mit Blick auf eine konfrontative Haltung der Partei zu den Gewerkschaften. Dem CPS kam dabei eine entscheidende Bedeutung zu. In den Jahren 1978 und 1979 konzentrierten sich seine Mitarbeiter darauf, deutlich zu machen, dass eine radikale Gewerkschaftsreform politisch notwendig war und dass eine solche Reform auf Zustimmung bei der Wählerschaft stoßen würde. Keith Joseph gab die Erarbeitung eines Strategiepapieres in Auftrag, das die Beschneidung der Macht der Gewerkschaften zur Grundvoraussetzung für den Erfolg einer konservativen Regierung erhob. Auf dem Höhepunkt der britischen Krisenwahrnehmung während des *Winter of Discontent* wurden die Grundgedanken des mit *Stepping Stones* betitelten Strategiepapieres zu Leitmotiven der thatcheristischen Attacken gegen die Gewerkschaften. Die diskursive Verschiebung, die schließlich eine radikale Beschränkung gewerkschaftlicher Macht möglich machen sollte, stellt das vielleicht markanteste Beispiel jener Verschmelzung von neoliberaler Außenwelt mit der Innenwelt der Konservativen Partei dar.

Im Vergleich zu Großbritannien war die Reichweite des sich über nationale Grenzen hinweg im Aufwind befindenden Neoliberalismus in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre begrenzt. Zwar vollzog sich spätestens nach der ersten Ölpreiskrise 1973/74 auch diesseits des Kanals ein monetaristischer Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften und in den Instanzen wissenschaftlicher Politikberatung, und auch in der Publizistik jener Jahre gab es wahrnehmbare Stimmen, die einen marktwirtschaftlichen Verfall beklagten und angesichts der drohenden »Unregierbarkeit« eine eindeutige Präferenz für einen angelsächsischen Marktliberalismus erkennen ließen. Ging der Bedeutungsgewinn der neoliberalen Wirtschaftstheorie in Großbritannien aber mit dem Erstarken einer »Neuen Rechten« einher, die teilweise deckungsgleich mit diesem war, so gab es in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre kein Pendant zu dieser breiten intellektuellen Strömung eines neoliberalen Netzwerks. Unter dem diffusen und inhaltlich mehrdeutigen Begriff der »Tendenzwende« formierte sich auch in der Bundesrepublik eine intellektuelle Bewegung, die auf einen bislang noch kaum erforschten Transformationsprozess des deutschen Konservatismus seit den 1970er-Jahren verweist. Als Transmissionsriemen für marktradikale Verschiebungen in den

christdemokratischen Marktdiskurs schied die konservative »Tendenzwende« indes aber weitgehend aus. Im Vergleich zur britischen »Neuen Rechten«, deren Protagonisten eine Verschiebung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat als zentrales Anliegen betrachteten, hatte der Marktbegriff als solcher im konservativen Teil des politischen Spektrums der Bundesrepublik der 1970er-Jahre keinen herausgehobenen Stellenwert, sodass diskursive Schnittmengen zum Neoliberalismus fast nicht vorhanden waren.

Die geringe Strahlkraft des neoliberalen Ordnungsmodells in diesem dem christdemokratischen Marktdiskurs vorgelagerten Raum bedingte die Grenzen neoliberaler Rezeptions- und Adaptionsprozesse in der christdemokratischen Erneuerung. Gleichwohl waren Bemühungen um Intellektualisierung und Professionalisierung der Politik Merkmale der programmatisch-strategischen Neuausrichtung der CDU, die – wie im Fall der britischen Konservativen – mit diskursiven Verschiebungen und neuen Akzentsetzungen verbunden waren. Auch in der CDU wurde explizit »Sprachpolitik« betrieben, um die politische Deutungshoheit zurück zu gewinnen. Dabei reagierten christdemokratische Akteure, allen voran Generalsekretär Biedenkopf, aber auch der Parteivorsitzende Kohl, mit einem sprachpolitischen Ansatz, der die Kerngedanken des neoliberalen »Kampfs der Ideen« reproduzierte, ohne sich allerdings explizit auf von Hayek als Stichwortgeber zu beziehen. Die CDU-Politiker sahen die politisch-kulturelle Deutungshoheit an die Linke verlorengegangen und gingen davon aus, ohne ein erfolgreiches Besetzen der Begriffe sei politisch erfolgreiches Handeln nicht möglich. Im Zuge dieser semantischen Offensiven erlebten Begriffe wie »Eigeninitiative«, »Individuum« oder »Leistungsbereitschaft« eine Renaissance, die auch für den Neoliberalismus zentral waren. In den christdemokratischen Ansätzen von Sprachpolitik fehlte aber die Verbindung von neoliberalen Axiomen mit einer marktradikalen Sprache, die für den thatcheristischen Sprachkampf charakteristisch war.

Dass der semantische Wandel im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie weit weniger radikal ausfiel als bei den britischen Konservativen, hing auch damit zusammen, dass die Planungs- und politische Strategiearbeit der CDU in der Bundesgeschäftsstelle beziehungsweise bei der parteinahen Konrad-Adenauer-Stiftung verankert blieb. War die Professionalisierung konservativer Politik seit Mitte der 1970er-Jahre weitgehend an private Think Tanks ausgegliedert worden und damit auch mit einem institutionellen Bruch verbunden, blieben die Zentren der christdemokratischen Neuausrichtung innerhalb der Partei lokalisiert. Der Erneuerungsprozess der CDU vollzog sich damit schon in räumlicher Hinsicht abgeschnitten von der neoliberalen Außenwelt.

Dass die thatcheristische Marktsprache mit der neoliberalen Außenwelt verschmolz, während die CDU gleichsam außerhalb derselben stehen blieb, hatte

schließlich Konsequenzen für die gegenseitige Wahrnehmung und den inhaltlichen Austausch zwischen den Mitte-Rechts-Parteien. Wie die bestehenden Kontakte zeigen, waren die Möglichkeiten der gegenseitigen Rezeption in den 1970er-Jahren aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen der Marktdiskurse stark eingeschränkt. Die deutsche Christdemokratie und die britischen Konservativen befanden sich mit Blick auf die Aushandlung des Verhältnisses zwischen Markt und Staat in unterschiedlichen diskursiven Sphären, was den gegenseitigen Austausch über Konzepte und Programme der politischen Problemlösung erschwerte. Während jüngere Studien Prozesse der transnationalen Verflechtung hervorheben und eine gegenseitige Annäherung der beiden europäischen Mitte-Rechts-Parteien konstatieren²², treten in den Marktdiskursen der britischen Konservativen und der deutschen Christdemokraten nationale Pfadabhängigkeiten hervor, die dafür sprechen, das Trennende stärker zu betonen als das Gemeinsame. Die im deutsch-britischen Vergleich deutlich werdenden Unterschiede in der gesellschaftspolitischen Grundfrage des Verhältnisses von Markt und Staat lassen es mithin plausibel erscheinen, an der Sichtweise einer durchaus grundlegenden, historisch gewachsenen Differenz zwischen kontinentaleuropäischer Christdemokratie und anglo-amerikanischem Konservatismus festzuhalten. Schließlich führte gerade die aus den unterschiedlichen Marktsprachen resultierende Unvereinbarkeit der jeweiligen Gesellschaftsentwürfe, so ließe sich argumentieren, seit Beginn der 1980er-Jahre auch zu einer Entfremdung zwischen deutscher Christdemokratie und britischen Konservativen in Europa und über einen europäischen Gesellschaftsentwurf. Thatcher verabscheute die auf europäischer Ebene notwendige Kompromissfindung und erkannte im europäischen Integrationsprojekt bald nur noch eine sozialistische Gefahr durch Bürokratismus und einen europäischen Superstaat, der sich anschickte, die gerade durchgesetzte Liberalisierung des Marktes in Großbritannien durch Regulierungen und Eingriffe aus Brüssel zu konterkarieren.²³

Dass die christdemokratischen Erneuerer der 1970er-Jahre eine andere Sprache sprachen als die Thatcheristen, wird auch auf dem Feld der Gewerkschaftskritik deutlich. Auch in der politischen Landschaft der Bundesrepublik wurde Kritik an korporatistischen Strukturen aus der Mitte-Rechts-Partei heraus formuliert. Explizit gegen die Gewerkschaften gerichtet wies die semantische Offensive der »Neuen Sozialen Frage« Berührungspunkte zum neoliberalen Programm auf. In

²² Vgl. Steber, *Die Hüter der Begriffe*, S. 429. Neue Perspektiven zum Konservatismus als transnationalem Phänomen bieten auch Großmann, *Die Internationale der Konservativen*; von der Goltz/Waldschmidt-Nelson (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States*; Berthezène/Vinél (Hrsg.), *Postwar Conservatism*.

²³ Margaret Thatcher, Rede im College of Europe, Brügge, 20.9.1988, URL: <https://www.margarethatcher.org/document/107332> [3.12.2018]. Diese Entfremdung seit Beginn der 1980er-Jahre sieht Martina Steber ebenfalls. Vgl. Steber, *Die Hüter der Begriffe*, S. 420 ff.

der Argumentationslinie der vor allem von Biedenkopf verfolgten gewerkschaftskritischen Offensive zielte die »Neue Soziale Frage« auf eine semantische Umdeutung des sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriffs, auf die Marginalisierung der Konfliktlinie zwischen »Kapital« und »Arbeit« sowie mittelfristig auf eine kritische Überprüfung des sozialpolitischen Status quo. Allerdings waren der Angriff der CDU auf »den Verbändestaat« und ihre Mobilisierung gegen die Gewerkschaften grundsätzlich anders gelagert als der neoliberal-thatcheristische Ansatz in der Gewerkschaftspolitik. Hatte letzterer seinen Ausgangspunkt in einem radikalen Individualismus, nach welchem der Gewerkschaftsstaat eine Bedrohung für die Freiheit des Einzelnen darstellte, rückte die christdemokratische Gewerkschaftskritik das vom Staat zu gewährleistende Allgemeinwohl in den Mittelpunkt der Argumentation; dieses schien durch die Partikularinteressen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer gefährdet.

Zudem herrschte über die neue Semantik in der Partei selbst keine Klarheit, was inhaltliche Inkonsistenzen und argumentative Schwierigkeiten zur Folge hatte. Konnten mit der »Neuen Sozialen Frage« einerseits die Interessen bürgerlich-konservativer beziehungsweise wirtschaftsnaher Kreise innerhalb der Union artikuliert werden, zielte sie aus der Perspektive des Arbeitnehmerflügels in erster Linie auf die Schärfung des sozialpolitischen Profils der Partei. Eine marktwirtschaftliche Offensive war letztlich nicht klar erkennbar und drang nicht grenzverschiebend in den christdemokratischen Marktdiskurs ein. Es ist auch auf diese fehlende semantische Klarheit zurückzuführen, dass die »Neue Soziale Frage« Ende der 1970er-Jahre aus der innerparteilichen Debatte verschwand.

Mit dem Befund einer stark eingeschränkten Rezeption und Adaption neoliberaler Elemente im Marktdiskurs der CDU kommt ein markanter Unterschied auf der Ebene der innerparteilichen Debattenstrukturen und Kräfteverhältnisse der Mitte-Rechts-Parteien zum Vorschein. Während die vormals tonangebenden Vertreter des gemäßigten *One-Nation*-Flügels ab Mitte der 1970er-Jahre Widerstand gegen den neuen marktradikalen Mainstream in der Konservativen Partei artikulierten und nach dem Scheitern der Heath-Regierung nur noch eine Minderheitenposition repräsentierten, verhielt es sich im Fall der deutschen Christdemokratie gerade umgekehrt: Hier bildeten explizit marktliberale Positionen ein Randphänomen, das gegen den gemäßigten, in der semantischen Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft verharrenden christdemokratischen Mainstream gerichtet war. Die im Neuausrichtungsprozess der deutschen Christdemokratie zunehmend an den Rand gedrängten rechts-konservativen Kreise in der Union betrachteten den Modernisierungskurs der Erneuerer in der CDU als verhängnisvolle Linksverschiebung, die unbedingt rückgängig zu machen war.

Dabei versuchten die Kräfte des rechten Parteiflügels vom Aufschwung neoliberaler Konzepte in den internationalen Wirtschaftswissenschaften zu profitieren

und von Hayek als intellektuelle Autorität in den Prozess der politischen Meinungsbildung einzubinden. Eifriger Rezipient und Verehrer Friedrich August von Hayeks war Franz Josef Strauß. Dass von Hayek von Vertretern des konservativen Flügels der Union jedoch weniger als Stichwortgeber einer marktradikalen Sprache, sondern vor allem als anti-sozialistische Autorität rezipiert wurde, verweist auf die markanten Unterschiede zwischen der ordoliberalen Begriffstradition der deutschen Christdemokratie und dem Marktverständnis des angelsächsischen Neoliberalismus. Der radikale Anti-Etatismus, der dem Hayek'schen Marktradikalismus zugrunde lag, hatte in der ordoliberalen Begrifflichkeit kein semantisches Fundament. Damit war letztlich nicht nur die katholisch-soziale Begriffstradition, sondern auch das marktwirtschaftliche Element der deutschen Christdemokratie inkompatibel mit marktradikalen Axiomen. Die begrenzte Reichweite des angelsächsischen Neoliberalismus im christdemokratischen Marktdiskurs und die auf der Ebene der Begriffstraditionen und semantischen Pfadabhängigkeiten deutlich werdende Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft bedingten sich mithin.

Die sprachliche Kontinuität der Sozialen Marktwirtschaft stand einer Entgrenzung des christdemokratischen Marktdiskurses schließlich auch während der »Wende« 1982/83 entgegen, wenngleich sich seit Ende der 1970er- und zunehmend zu Beginn der 1980er-Jahre auch im christdemokratischen Aushandlungsprozess über das Verhältnis von Markt und Staat deutliche diskursive Verschiebungen zeigten. Das »Wende«-Konzept, mit welchem Helmut Kohl und der Union der Machtwechsel von 1982/83 gelang, wies durchaus Schnittmengen zum neoliberalen Programm auf, indem es die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung, die Begrenzung der Staatsausgaben, »Eigenverantwortung« und einen »Primat der Wirtschafts- gegenüber der Sozialpolitik« betonte. Die Sozialausschüsse, die auf die Wahrung der »sozialen Symmetrie« drängten, stellten jedoch weiterhin ein starkes Korrektiv zum gestärkten marktwirtschaftlichen Element dar. Entsprechend stand das »Wende«-Konzept weiter in der Kontinuität der wirtschafts- und sozialpolitischen Leitbegrifflichkeit der Partei. Das Lambsdorff-Papier ging deutlich über das im christdemokratischen Marktdiskurs Sagbare hinaus. Die Impulse der FDP, die auf der Basis weitgehender Verschiebungen ihres Marktdiskurses operierte und damit anschlussfähig war an den neoliberalen Diskurs, machte sich die deutsche Mitte-Rechts-Partei nicht zu eigen. Unter christdemokratischer Führung fand eine »neoliberale Wende« nicht statt.

Es lässt sich also festhalten: Während sich die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen als Wandel und Bruch, als Entgrenzung und Radikalisierung beschreiben lässt, rücken für den christdemokratischen Vergleichsfall die Grenzen des Wandels in den Vordergrund; es treten Momente der Beharrung und Kontinuität hervor. Dieser Befund hat schließlich Auswirkungen auf die Einschätzung der allgemeinen Entwicklungslinien und -phasen der westlichen Industrie-

länder im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert. Er steht im Widerspruch zu Narrativen der jüngsten Zeitgeschichte, ein politischer und ökonomischer »Erd-rutsch«²⁴ habe seit Mitte der 1970er-Jahre zu einem sich parallel vollziehenden, umfassenden Schwenk nach rechts unter neoliberalen Vorzeichen geführt, der seit den 1980er-Jahren politisch implementiert worden sei.²⁵ Vielmehr ist davon auszugehen, dass unterschiedliche Intensitäten der Krisenwahrnehmung, national differierende Diskurskontexte und Debattenstrukturen, parteispezifische Begriffs-traditionen und semantische Pfadabhängigkeiten sowie deren Anschlussfähigkeit an neoliberale Axiome dazu geführt haben, dass eine marktradikale Wende in Großbritannien stattfand, während sie in der Bundesrepublik ausblieb.

Die Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien zeigen, dass sich das für einen »Strukturbruch der Industriemoderne«²⁶ verantwortlich gemachte Zusammen-treffen von sozioökonomischen Strukturveränderungen mit dem sich über natio-nale Grenzen hinweg vollziehenden Aufstieg des neoliberalen Ordnungsmodells²⁷ in der Bundesrepublik im Betrachtungszeitraum weit weniger scharf auswirkte als in Großbritannien. Während die 1970er-Jahre mit Blick auf die Entwicklung des Marktdiskurses der britischen Konservativen als entscheidende, formative Phase einer neoliberal beeinflussten Grenzverschiebung ausgemacht werden können, die die Politik der konservativen Regierungen in den 1980er-Jahren vorprägte, er-scheint das Etikett des »Bruchs« für die Entwicklung des deutschen Falls hin-gegen unpassend. Zwar lassen sich die »langen 1970er-Jahre« auch für die Bun-desrepublik als eine Zeit des Übergangs beschreiben, in denen der Keynesianismus als handlungsleitendes Ordnungsmodell weitgehend an Plausibilität einbüßte, be-vor der Staat seit den 1980er-Jahren zunehmend Verfügungsgewalt an den freien Markt abgab. Ein »Epochenbruch in den 1970er-Jahren«²⁸ indes lässt sich im Marktdiskurs der deutschen Christdemokratie nicht ablesen. Hinsichtlich der von der Zeitgeschichtsforschung bislang vernachlässigten Frage nach dem Beginn und den Auswirkungen einer neoliberalen Grenzverschiebung legt dieser Befund nahe, für die Bundesrepublik nach anderen Zäsuren und Etikettierungen Aus-schau zu halten.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie verdeutlichen also die Notwendigkeit, das Großnarrativ eines sich ab Mitte der 1970er-Jahre vollziehenden »Struktur-

²⁴ *Hobsbawn*, Zeitalter der Extreme, S. 503–537.

²⁵ Vgl. dazu etwa *Hobsbawn*, Zeitalter der Extreme, S. 503–537; *Judt*, Geschichte Europas, S. 507–728; *Harold James*, Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001, München 2010, S. 383–402. Die hier genannten Studien bieten allerdings ansonsten ganz unterschiedliche Deutungen und Erklärungen an.

²⁶ *Doering-Manteuffel/Raphael*, Der Epochenbruch in den 1970er Jahren, S. 30.

²⁷ Vgl. ebd., S. 31.

²⁸ *Doering-Manteuffel/Raphael*, Der Epochenbruch in den 1970er Jahren.

bruchs«²⁹ hinsichtlich seiner Tragfähigkeit und Reichweite im Ländervergleich zu differenzieren. Damit wird nicht in Abrede gestellt, dass sich in den westlichen Industrienationen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ein »sozialer Wandel von revolutionärer Qualität«³⁰ vollzog, dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein reichen. Auch soll keinesfalls negiert werden, dass das Zusammentreffen eines tiefgreifenden sozioökonomischen Strukturwandels mit dem Aufstieg des neuen neoliberalen Paradigmas auch über nationale Grenzen hinweg weitreichende Folgen gehabt hat. Erste Ergebnisse einer vergleichenden Neoliberalismusforschung weisen gerade auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse, die seit der Epochenwende 1989/90 West und Ost gleichermaßen erfassen und eine weitgehende Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum mit sich brachten.³¹ Auch im Marktdiskurs des vereinigten Deutschlands kam es seit den späten 1990er-Jahren zu weitreichenden Grenzverschiebungen hin zu »mehr Markt«, die schließlich mit tiefgehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Strukturereformen einhergehen sollten.³² Jedoch fördert die Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien im deutsch-britischen Vergleich alternative Konstellationen und Gegenbewegungen zutage, die es einleuchtend erscheinen lassen, mit Blick auf die Frage nach Brüchen und Kontinuitäten im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts von einem grenzüberschreitenden Transformationsprozess auszugehen, der sich durch unterschiedliche Intensitäten und Geschwindigkeiten des Wandels auszeichnete. So begrüßenswert und notwendig der Blick auf transnationale Gemeinsamkeiten und länderübergreifende Wandlungsprozesse ist – die im deutsch-britischen Vergleich analysierten politischen Sprachen über das Verhältnis von Markt und Staat verdeutlichen die Notwendigkeit, die mitunter allzu glatte Deutung einer konvergenten Entwicklung in »Westeuropa« auf Stichhaltigkeit im konkreten Vergleichsfall zu überprüfen.³³

²⁹ Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 15–56; *Doering-Manteuffel*, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970; *Ders.*, Die Vielfalt der Strukturbrüche.

³⁰ *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 10; *Dies.*, Der Epochenbruch in den 1970er Jahren, S. 30.

³¹ Vgl. *Ther*, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent.

³² Diese wurden schließlich nicht von den christdemokratischen Mitte-Rechts-Parteien, sondern von der deutschen Sozialdemokratie auf die politische Agenda gesetzt. Vgl. *Nawrat*, Agenda 2010 – ein Überraschungscoup?; *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie; *Turowski*, Sozialdemokratische Reformdiskurse; *Sachs*, Sozialdemokratie im Wandel.

³³ Vgl. *Sonja Levens*, Einführung: Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42, 2016, S. 213–242.

Hier werden die grundsätzlichen Vorteile der vergleichenden Methode deutlich, die gegenüber allgemeinen Theorien und Narrativen über historische Entwicklung den Vorzug hat, die historische Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Wandlungsprozessen ans Licht zu bringen und eine präzisere Erfassung der Ursachen für Umbrüche und Wandlungen zu ermöglichen.³⁴ Der hier unternommene Vergleich der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien hat das Verhältnis von transnationalen Entwicklungen und nationalen Spezifika ins Zentrum des Interesses gerückt und die deutschen und britischen Forschungsdebatten und Deutungsmuster zueinander in Bezug gesetzt. Damit folgt er den von Sonja Levens formulierten Anregungen für eine Neubetrachtung der 1970er-Jahre in Westeuropa, welche die Binnenperspektiven der nationalen Historiografien aufbricht und ihre Erkenntnisgrenzen überwindet.³⁵ Die dabei deutlich hervortretenden nationalen Pfadabhängigkeiten relativieren die viel häufiger in der deutschen als in der britischen Forschungsdebatte vorzufindende Sichtweise einer mehr oder weniger einheitlichen Entwicklung des »Westens« ebenso wie die pauschale Annahme der 1970er-Jahre als Dekade einer gemeinsamen (west)europäischen Erfahrung des Umbruchs. Vielmehr zeigt sich die Relevanz von Diskursen in unterschiedlich ausgeprägten nationalen sozioökonomischen Kontexten für politische Entscheidungen, gesellschaftlichen Wandel und die Wahrnehmung von Zäsuren.

Mit seinem Hinweis auf den Gestaltungsspielraum der Akteure im Diskurs vermeidet der Ansatz einer vergleichenden, kulturgeschichtlich erweiterten Parteilichkeitsschreibung gleichzeitig eine deterministisch-fatalistische Sicht auf die Geschichte, die mit einer einseitigen Fokussierung auf ökonomische und technologische »Basisprozesse« als Antriebszentrum historischen Wandels³⁶ ebenso einhergehen kann wie mit einer Betonung rein systemisch-institutioneller Ursachen.³⁷ Das in den Marktdiskursen deutlich werdende Vermögen der parteipoliti-

³⁴ Vgl. *Hartmut Kaelble*, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 49–55.

³⁵ Vgl. *Levens*, Einführung, bes. S. 219.

³⁶ Zwar weisen Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael explizit darauf hin, dass »Strukturbruch« und »sozialer Wandel von revolutionärer Qualität« »nicht von einem einzigen Punkt, gewissermaßen von einem Epizentrum her« analysiert werden können. Trotz ihres sicher zutreffenden Hinweises auf »vielfältige Querverbindungen und Wechselwirkungen zwischen funktional getrennten Bereichen von Politik, Ökonomie, Bildung, Wissenschaft oder Religion« macht aber sowohl der Titel ihrer Programmschrift »Nach dem Boom« sowie der überwiegende Teil ihrer Ausführungen deutlich, dass die Autoren das »Epizentrum« des Wandels sehr weitgehend in ökonomischen und technologischen »Basisprozessen« verorten. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 12 f. Dies betont auch *Geyer*, Auf der Suche nach der Gegenwart, S. 644.

³⁷ An systemtheoretischen Überlegungen orientiert, hebt etwa Andreas Wirsching in seiner Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis 1990 stark auf Systemimperative und sich daraus ergebende Handlungszwänge für die Politik ab, wobei die gestalterischen Spiel-

schen Akteure zur Beeinflussung politischen und gesellschaftlichen Wandels weist auf die Kontingenz der Entwicklungen hin, wobei die Wirkmächtigkeit semantischer Offensiven und diskursiver Grenzverschiebungen von ihrem spezifischen Kontext, mithin vom Ausmaß und der Wahrnehmung des sozioökonomischen Strukturwandels abhängig war (und ist). Demnach ist von einer Wechselwirkung mehrerer unterschiedlich gelagerter Faktoren auszugehen, die sich im britischen Fall wechselseitig verstärkten, während sie einem beschleunigten und weitreichenden Wandel in der Bundesrepublik zunächst entgegenstanden.

Damit zeigt die Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien in den 1970er-Jahren zugleich, auf welchen Schauplätzen sich der parteipolitische Meinungs- und Willensbildungsprozess vollzieht und welche Faktoren zur Entfaltung diskursiver Hegemonie entscheidend sind: Die thatcheristische Marktsprache konnte gerade deshalb eine so durchschlagende Wirkung entfalten, weil sie *erstens* auf der Ebene der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der regierenden Labour Party, in eine kohärente Krisenerzählung eingebettet wurde, mit der die thatcheristischen Akteure die Deutungshoheit erlangen konnten – mit der Folge, dass eine marktradikale Kur als alternativlos erschien. Die Voraussetzung dafür bildete der Sieg der Thatcheristen auf einem *zweiten* Schauplatz, dem der innerparteilichen Auseinandersetzung. Hierfür war entscheidend, dass die thatcheristische Marktsprache an konservative Begriffstraditionen anknüpfen konnte; dass sie also anschlussfähig an die Parteitradition der britischen Konservativen war. Auf einer *dritten* Ebene befanden sich die thatcheristischen Kräfte innerhalb der Konservativen Partei auf der Höhe eines ideologischen Paradigmenwechsels in der angelsächsischen Welt. Sie profitierten vom Aufwind neoliberaler Konzepte in den Wirtschaftswissenschaften, indem sie Berater, Ökonomen und Intellektuelle aktiv in die Strategie- und Politikformulierung einbanden und den innerparteilichen Willensbildungsprozess damit für externe Akteure öffneten. Im Fall der deutschen Mitte-Rechts-Partei hingegen blieb das Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft diskursbestimmend, das mit dem spezifischen Diskurskontext der Bundesrepublik kompatibler war und zudem der christdemokratischen Parteitradition weit mehr entsprach als ein marktradikaler, konfliktorientierter Ansatz der politischen Problembearbeitung. Dass sich das Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft dabei in den 1970er-Jahren noch weitgehend resistent gegenüber den Axiomen des international aufsteigenden Neoliberalismus erwies, tat seiner hegemonialen Stellung im Diskurs keinen Abbruch, zumal die Axiome des angelsächsischen

räume der politischen Akteure aus dem Blick geraten – »Strukturwandel als Schicksal« lauter entsprechend die Überschrift des Kapitels über die Wirtschaftspolitik des ersten Teils der Ara Kohl. Vgl. *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 223–288.

Neoliberalismus im Zeitklima der Bundesrepublik der 1970er-Jahre ihre volle Wirkung noch nicht entfalten konnten.

Ende der 1990er-Jahre hatte sich diese Konstellation im deutschen Fall allerdings grundlegend verändert, der Krisendiskurs hatte sich gewissermaßen umgekehrt: Nun galt Deutschland als »der kranke Mann auf dem Kontinent«³⁸, der in der Entwicklung des Wirtschaftswachstums und Arbeitslosenzahlen hinter seine Nachbarn zurückfiel. Stand das »Modell Deutschland« in den 1970er-Jahren für einen beispiellosen Erfolgsweg, so attestierten ihm wissenschaftliche und publizistische Beobachter im In- und Ausland nun eine strukturell bedingte Unfähigkeit, angesichts des angestauten Problemdrucks einen Ausweg aus der Krise zu finden.³⁹ Wirtschaftsliberale Beobachter plädierten nun dafür, sich am thatcheristischen Ansatz der Krisenlösung zu orientieren⁴⁰, und auch Konservative und Sozialdemokraten hielten nun weitgehende wirtschafts- und sozialpolitische Reformmaßnahmen für alternativlos.⁴¹ Diese im deutsch-britischen Vergleich hervortretende Phasenverschiebung der Entwicklungen belegt einmal mehr die Relevanz des Faktors der »Krise« und ihrer Wahrnehmung für die Reichweite diskursiver Grenzverschiebungen und damit für politischen und gesellschaftlichen Wandel. Entscheidend für die Ausweitung der Grenzen des Sagbaren war nicht zuletzt, dass sich mit der SPD auch die zweite große Volkspartei marktwirtschaftlichen Strukturreformen geöffnet hatte. Die Agenda 2010 beinhaltete die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik und war mit weitgehenden Steuersenkungen und Deregulierungen verbunden. Den Unionsparteien gingen diese Entwicklungen zunächst nicht weit genug. Auf ihrem Leipziger Parteitag Ende des Jahres 2003 verabschiedete die CDU das marktradikalste Programm ihrer Geschichte. Es forderte die Kopfpauschale im Gesundheitssystem und die Ersetzung des Progressionstarifs im Steuersystem durch eine sogenannte *flat tax*. Damit wurde eine Orientierung am neoliberalen Paradigma eindeutig erkennbar.

Seither sind knapp eineinhalb Jahrzehnte vergangen, in denen der in den 1970er-Jahren einsetzende Transformationsprozess wiederum eine andere Richtung genommen hat. Nach der – entgegen allen Umfragen – von der Union nur knapp gewonnenen Bundestagswahl im Jahr 2005, die zur Bildung der Großen

³⁸ Vgl. *Rainer Hank*, Der kranke Mann auf dem Kontinent, in: *Der Tagesspiegel*, 3. 12. 1999.

³⁹ Der Economist sprach etwa von der »deutschen Krankheit«. Vgl. *The Economist*, 5. 6. 1999, S. 19–23.

⁴⁰ »Wir müssen uns bei der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher zum Vorbild nehmen«, so etwa der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle, der wie Friedrich Merz eine Entmachtung der Gewerkschaften forderte. Vgl. *Bild* am Sonntag, 2. 3. 2003. Vgl. auch *John F. Jungclaussen*, Die Rezepte der Mrs T., in: *DIE ZEIT*, 9. 10. 2003.

⁴¹ Vgl. *Dominik Geppert*, Maggie Thatchers Rosskur. Ein Rezept für Deutschland?, Berlin 2003, S. 11 f.

Koalition der Jahre 2005 bis 2009 führte, rückte die deutsche Christdemokratie schnell von ihrer zwischenzeitlichen Orientierung am angelsächsischen Kapitalismus ab. Heute ist allenthalben von der »Sozialdemokratisierung« der CDU die Rede. Für die deutsche Sozialdemokratie bedeuteten die in den Jahren der rot-grünen Regierung umgesetzten Reformmaßnahmen den Beginn schwerer Zeiten. Die eigene Politik der Agenda 2010 wurde in den folgenden Jahren innerparteilich auf den Prüfstand gestellt. Die Diskussion um das Schröder'sche Erbe hält bis heute an, ebenso wie die sozialdemokratische Orientierungskrise, die zumindest teilweise darauf zurückzuführen ist – so könnte man im Anschluss an die Analyse der Marktdiskurse der Mitte-Rechts-Parteien argumentieren –, dass sich der neoliberale Diskurs, von welchem die Agendapolitik beeinflusst war, als nicht anschlussfähig an sozialdemokratische Begriffs- und Parteitraditionen erwies; mit der Folge, dass der Agenda-Kurs seine innerparteiliche Bindungskraft schnell verlor – sofern er diese überhaupt besessen hatte. Auf der anderen Seite des Kanals ist die Labour Party unter Jeremy Corbyn mittlerweile weiter entfernt denn je von Tony Blairs *New Labour* und die britischen Konservativen scheinen sich nach dem Brexit weiter von ihrem thatcheristischen Erbe zu distanzieren.⁴² Im Sommer 2011 schrieb der konservative britische Journalist, Sympathisant Thatchers und offizielle Biograf der »Eisernen Lady«, Charles Moore⁴³, es habe mehr als dreißig Jahre gedauert, aber jetzt müsse er sich die Frage stellen: »Hat die Linke nicht am Ende recht?«⁴⁴ Diese Frage bezog Moore nicht nur auf die von der politischen Linken seit langem – und nun auch von Moore – kritisierte Macht des Medienmoguls Rupert Murdoch, dessen Konzern *News International* gerade Negativschlagzeilen wegen abgehörter Mobilfunkgespräche machte, sondern auch auf den Primat des freien Marktes im ökonomischen Diskurs selbst. Angesichts der Banken- und Finanzkrise zeige sich, »that a system purporting to advance the many has been perverted in order to enrich the few.«⁴⁵ Die Erkenntnis, dass die Menschen ihr Vertrauen »in the free-market, Western, democratic order«⁴⁶ verloren hätten, ging für Moore mit der Notwendigkeit einer kritischen Reflexion bürgerlich-konservativer Werte einher. Angesichts der Tragweite der Banken- und Finanzkrise seit 2008 wurden die Annahmen des neoliberalen Ordnungsmodells auch hierzulande nicht nur von der politischen Linken, sondern auch von konservativen und wirtschaftsliberalen Kommentatoren einer tiefgehenden

⁴² Vgl. *Andy Beckett*, How Britain fell out of love with the free market, in: *The Guardian*, 4.8.2017.

⁴³ Vgl. *Charles Moore*, Margaret Thatcher. The authorized biography, London 2013.

⁴⁴ *Ders.*, I'm starting to think that the Left might actually be right, in: *The Telegraph*, 22.7.2011.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.

Kritik unterzogen. Frank Schirrmacher, der die Frage Moores später aufgriff⁴⁷, konstatierte den »Bankrott der Metaphysik des Marktes«⁴⁸ und beschrieb die »Demoralisierung der nachwachsenden Generation«, die »Zerstückelung von Biographien« und den »Betrug über Alterssicherheit und Rente« als verheerende Folgen eines »Triebverlangens«, »in dem Eitelkeit und messianische Sendung, hemmungslose Idealisierung der globalisierten Rationalität bei gleichzeitiger emotionaler Bevormundung einer ganzen Nation [...] eine Horror-Ehe« eingegangen seien.⁴⁹

So deutet manches darauf hin, dass der Neoliberalismus als Ordnungsmodell über nationale Grenzen hinweg viel an Überzeugungskraft verloren hat. Auch das länderübergreifende Erstarren rechtspopulistischer Parteien, das die politische Auseinandersetzung heute bestimmt, kann als Symptom der Krise des neoliberalen Gesellschaftsmodells gedeutet werden, speist sich der globale Aufstieg des Rechtspopulismus doch maßgeblich aus der von Schirrmacher beschriebenen »Demoralisierung« und »Zerstückelung von Biographien« infolge der »hemmungslosen Idealisierung der Globalisierung«. In die Epoche des neoliberalen Paradigmas fiel schließlich nicht nur eine weitgehende Liberalisierung des Marktes, sondern auch eine sich parallel dazu vollziehende gesellschaftliche Liberalisierung, auf welche die »kulturellen Modernisierungsverlierer« ihrerseits mit Frustration reagieren. In der politischen Bearbeitung dieser doppelten Konfliktlinie einer vielleicht einmal als »postneoliberal« zu bezeichnenden Periode liegt eine große Herausforderung für die Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien der europäischen Gesellschaften.

Ob mit der globalen Banken- und Finanzkrise seit 2008/2009 und dem länderübergreifenden Aufstieg des Rechtspopulismus die Schwelle in eine neue Epoche tatsächlich bereits überschritten wurde, entzieht sich noch dem Blick der Zeitgeschichtsschreibung. Sicher ist aber, dass sich die Parteipolitik heute im Zeitalter der beschleunigten Digitalisierung der Herausforderung stellen muss, einen sozioökonomischen Wandel zu gestalten, der in seinen Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der Menschen vielleicht noch »revolutionärer« sein wird als im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Sicher ist auch, dass mit voranschreitender Zeit ein distanzierterer Blick auf die Wandlungsprozesse der letzten drei Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts möglich wird, der die Historisierung dieser Periode weiter voranbringen wird. Dass sich dabei viele Fragen der Einordnung und Charakterisierung des Wandels in transnational vergleichender Perspektive noch einmal

⁴⁷ Vgl. Frank Schirrmacher, »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat«, in: FAZ, 15.8.2011.

⁴⁸ Ders., Was wird morgen sein?, in: FAZ, 11.10.2008.

⁴⁹ Ders., Das Zeitalter des Unglücks, in: FAZ, 18.9.2008.

neu stellen und nach differenzierenden Antworten verlangen, hat die Analyse der Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren deutlich gemacht.

Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACP	Advisory Committee on Policy
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AEA	American Economic Association
APEX	Association of Professional, Executive, Clerical and Computer Staff
ASM	Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
BFW	Bund Freiheit der Wissenschaft
BIZ	Büro für auswärtige Beziehungen
BT	British Telecom
CBI	Confederation of British Industry
CDA	Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich Demokratische Union
CPA	Conservative Party Archive
CPC	Conservative Political Centre
CPS	Centre for Policy Studies
CPRS	Central Policy Review Staff
CRD	Conservative Research Department
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEA	Department of Economic Affairs
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DTI	Department of Trade and Industry
EDU	Europäische Demokratische Union
ERG	Economic Reconstruction Group
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
IDU	International Democrat Union
IEA	Institute of Economic Affairs
IfD	Institut für Demoskopie
IWF	Internationaler Währungsfond
JU	Junge Union
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
LCC	Leader's Consultative Committee
LPA	Labour Party Archive
LSE	London School of Economics
MCS	Middle Class Alliance
MPS	Mont Pèlerin Society
NAFF	National Association for Freedom
NEB	National Enterprise Board
NEC	National Executive Committee
NEDC	National Economic Development Council
NHS	National Health Service
NUM	National Union of Mineworkers
OG	Official Group

OR '85	Orientierungsrahmen '85
PGNI	Policy Group on Nationalised Industries
PLDF	People's League for the Defence of Freedom
RAF	Rote Armee Fraktion
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
SDP	Social Democratic Party
SFK	Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TUC	Trade Union Congress
TURG	Trade Union Reform Group
UCS	Upper Clyde Shipbuilders
UiD	Union in Deutschland
WBA	Willy-Brandt-Archiv

Abbildungsverzeichnis

Umschlag: Kurt Biedenkopf, Margaret Thatcher und Helmut Kohl auf dem 24. CDU-Bundesparteitag in Hannover, 24.–26. Mai 1976; © ullstein bild – Rust	
Abb. 1: Der konservative Premierminister Edward Heath nach seiner Rede auf der 11. National Young Conservative's Conference in Eastbourne, 8. Februar 1971; © Popperfoto/Getty Images	268
Abb. 2: Die Chefin der britischen Konservativen, Margaret Thatcher, überreicht Keith Joseph den <i>Free Enterprise Award</i> , London, 1. Juli 1975; © Rolls Press/Popperfoto/Getty Images	285
Abb. 3: Die Chefin der britischen Konservativen, Margaret Thatcher, präsentiert das Wahlprogramm ihrer Partei. Im Hintergrund: Francis Pym, William Whitelaw und Keith Joseph, London, 1. April 1979; © Hulton Archive/Getty Images	441
Abb. 4: Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf auf dem 22. CDU-Bundesparteitag in Hamburg, 18. November 1973; © KAS/Slomifoto	452
Abb. 5: Kurt Biedenkopf und Margaret Thatcher auf dem 24. CDU-Bundesparteitag in Hannover, 24. Mai 1976; © ullstein bild – Rust	464

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Archive

Conservative Party Archive (CPA), Bodleian Library, Oxford University

- Conservative Research Department (CRD)
- Keith Joseph Papers
- Advisory Committee on Policy (ACP)
- Leader's Consultative Committee (LCC)
- Official Group (OG)
- Conservative Party International Office / European Democrat Union (EDU) / International Democrat Union (IDU)
- Selsdon Group
- Centre for Policy Studies

Thatcher Papers, Churchill Archives Centre, Churchill College, Cambridge

- THCR 1 (Margaret Thatcher's personal filing)
- THCR 2 (Public and political correspondence and papers)

Alfred Sherman Papers, Royal Holloway College, University of London

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

- CDU-Bundespartei
 - o CDU-Bundesvorstand
 - o Parteivorsitzende
 - o Grundsatz- und Planungsabteilung
 - o Programmatik und Programmkommission
 - o Bundesparteitage
 - o CDU-Bundesausschuss
 - o Bundesfachausschüsse
 - o Büro für internationale Beziehungen / Büro für auswärtige Beziehungen

Labour Party Archive, Manchester, People's History Museum

- Labour Party Research Department – Memoranda and Correspondence
- Pamphlets

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

- SPD-Präsidiumsprotokolle
- SPD-Bundestagsfraktion
- Willy-Brandt-Archiv (WBA)
- Bestand Jochen Steffen
- SPD-Parteivorstand, Grundwerte-Kommission (unverzeichnet)
- Zeitungsausschnittssammlung (ZASS, Dokumentation des SPD-Parteivorstands)

Online-Quellen

URL: <http://www.margarethatcher.org/archive> (Online-Archiv der Margaret Thatcher Foundation mit digitalisierten Archivadokumenten Thatchers und der Konservativen Partei)

URL: <http://www.conservativemanifesto.com> (Online Zugriff auf die Wahlmanifeste der britischen Konservativen)

URL: <http://hansard.millbanksystems.com> (Digitalisierte Protokolle der Sitzungen des House of Commons und des House of Lords)

URL: <http://www.politicsresources.net> (Digitale Zusammenstellung von politischen Dokumenten, vor allem zu den Wahlkämpfen in Großbritannien und den USA)

URL: <http://archive.spectator.co.uk/> (Online-Archiv des Spectator)

URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/> (Online-Archiv britischer politischer Reden)

URL: <http://pdok.bundestag.de/> (Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages ab 1949)

URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.9181/> (digitale Dokumentensammlung der CDU auf der Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung)

URL: <https://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/320.html> (Website der Universität Innsbruck mit Päpstlichen Enzykliken)

2. Gedruckte Quellen

Zeitungen und Zeitschriften

Daily Express, Daily Telegraph, Der Spiegel, Die politische Meinung, Die Zeit, Encounter, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Hefte, Frankfurter Rundschau, Guardian, Marxism Today, Morning Star, Neue Zeit, New Statesman, ORDO (Jahrbuch), Socialist Standard, Sunday Express, Sunday Telegraph, Sunday Times, Swinton Journal, The Economist, The Free Nation, The Guardian, The Spectator, The Times, Tribune, Union in Deutschland (UiD).

Redensammlungen, Quelleneditionen, Parteitagprotokolle, Programmdokumente, Parteipamphlete etc.

Adenauer, Konrad, Briefe 1959–1961, bearb. von Hans-Peter Mensing, Paderborn 2004.

Acland, Richard/Castle, Barbara/Mikardo, Ian u. a., *Keeping left*, London 1950.

Ball, Stuart (Hrsg.), *The Conservative Party since 1945*, Manchester 1998.

Bevan, Aneurin, *Democratic values*, (Fabian Tract 282), London 1950.

Boll, Fritz/Bröckling, Ulrich/Prümm, Karl (Hrsg.), Walter Dirks. Sozialismus oder Restauration, Politische Publizistik 1945–1950, Bd. 4, Zürich 1987.

Buchstab, Günter (Hrsg.), *Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994.

Buchstab, Günter (Hrsg.), *Barzel: Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973*, Düsseldorf 2009.

- Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto* (Hrsg.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Düsseldorf 2012.
- Buchstab, Günther* (Hrsg.), Kohl: »Wir haben alle Chancen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976, Düsseldorf 2015.
- Bundesvorstand der Jungsozialisten* (Hrsg.), Bundesbeschlüsse. Jungsozialisten in der SPD 1969–1976, Bonn 1978.
- Centre for Policy Studies*, Why Britain Needs a Social Market Economy, London 1975.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle* (Hrsg.), Sicher in die 70er Jahre. CDU 1969–1973. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1969.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle* (Hrsg.), Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. Regierungsprogramm der CDU 1972. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972, Bonn 1972.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle* (Hrsg.), Aus Liebe zu Deutschland: Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen. Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, Bonn 1976.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle* (Hrsg.), Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980, Bonn 1980.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle* (Hrsg.), Arbeit, Frieden, Zukunft Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU 1983, Bonn 1983.
- Chataway, Chris*, New Deal for Industry: government and industry on the threshold of Europe, Conservative Political Centre, pamphlet 515, Oktober 1972, London 1972.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 12. Bundesparteitag in Hannover, 14.–17. 3. 1964, Bonn 1964.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 16. Bundesparteitag in Berlin, 4.–7. 11. 1968, Bonn 1968.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 18. Bundesparteitag in Düsseldorf, 25.–27. 1. 1971, Bonn 1971.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands*, Berliner Programm der CDU, 1968, 1. Fassung, in: ACDP, CDU-Bundespartei (07–001), 22059.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 22. Bundesparteitag, Bonn 1973.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands*, Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung –, 23. Bundesparteitag, 23.–25. Juni 1975.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands*, Grundsatzprogramm »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit«, 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Bonn 1978.
- Congdon, Tim*, Monetarism. An Essay in Definition (mit einem Vorwort von William Rees-Mogg), Centre for Policy Studies, London 1978.
- Conservative Party*, Annual Conference Report 1973.
- Conservative Party*, The Right Approach, London 1976.
- Conservative Party*, The Right Approach to the Economy, London 1977.
- Craig, F. W. S.* (Hrsg.), British General Election Manifestos, 1900–1974, London/Basingstoke 1975.
- Dale, Iain* (Hrsg.), Conservative Party General election manifestos, 1900–1997, London 2000.
- Deutscher Gewerkschaftsbund*, Grundsatzprogramm: Die Zukunft gestalten. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongreß am 13.–16. November 1996 in Dresden, Berlin 1996.
- Eden, Anthony*, Freedom and Order: Selected Speeches 1939–46, London 1947.

- Flechtheim, Ossip Kurt* (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Berlin 1963.
- Genscher, Hans-Dietrich*, An die Mitglieder der Führungsgremien und an die Mandatsträger der Freien Demokratischen Partei, 20.8.1981 (»Wendebrief«), in: FDK. Freie Demokratische Korrespondenz, Ausgabe 130, Originaldokument abrufbar unter URL: <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2016/04/08/genscher-wendebrief.pdf> [15.3.2017].
- Hintze, Peter* (Hrsg.), Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben, Bonn 1995.
- Joseph, Keith*, The Economics of Freedom, Centre for Policy Studies, London 1975.
- Joseph, Keith*, Reversing the Trend: A critical re-appraisal of Conservative economic and social policies. Seven speeches, London 1975.
- Joseph, Keith*, Freedom under the law, Conservative Political Centre, London 1975.
- Joseph, Keith*, Monetarism is Not Enough, Centre for Policy Studies, London 1976.
- Joseph, Keith*, Stranded on the middle ground? Reflections on Circumstances and Policies, Centre for Policy Studies, London 1976.
- Joseph, Keith*, Solving the Union Problem is the Key to Britain's Recovery, Centre for Policy Studies, London 1979.
- Junge Union*, Für eine humane Gesellschaft. Grundsatzprogramm 1973, Bonn 1973.
- Kohl, Helmut*, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993.
- Kohl, Helmut*, Regierungserklärung. Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung, 13.10.1982, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenogr. Berichte, Bd. 121, Plenarprotokoll 9/121, S. 7213–7229.
- Kohl, Helmut*, Regierungserklärung, 4.5.1983, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenogr. Berichte, Bd. 124, Plenarprotokoll 10/4., 4.5.1983, S. 56–74.
- Labour Party*, Industry and Society, London 1957.
- Labour Party*, Plan and Progress, London 1958.
- Labour Party*, Labour's Programme 1973, London 1973.
- Labour Party*, Wahlmanifest »Let Us Win Through Together. A Declaration of Labour Policy for the Consideration of the Nation«, London 1950.
- Labour Party*, Wahlmanifest »Time for Decision«, London 1966.
- Labour Party*, Wahlmanifest »Let us work together – Labour's way out of the crisis«, London 1974.
- Labour Party*, Wahlmanifest »Britain Will Win With Labour«, London 1974.
- Labour Party*, Annual Conference Report 1975, London 1975.
- Labour Party*, Annual Conference Report 1976, London 1976.
- Labour Party*, Annual Conference Report 1978, London 1978.
- Labour Party*, Labour's Programme 1982, London 1982.
- Lambsdorff, Otto Graf*, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 9.9.1982, in: Neue Bonner Depesche 9/1982 (Beilage »Dokumentation«), S. 3–11.
- Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael* (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main/New York 2010.
- Low, Toby*, Everyman a Capitalist (CPC, 201), London 1959.
- Mayer, Tilman* (Hrsg.), Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988.
- Oertzen, Peter von/Ehmke, Horst/Ehrenberg, Herbert* (Hrsg.), Orientierungsrahmen '85. Text und Diskussion, Bonn-Bad Godesberg 1976.

- Powell, Enoch/Maude, Angus* (Hrsg.), *Change is Our Ally* (Conservative Political Centre, Nr. 133), London 1954.
- Pütz, Helmut* (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, Bonn 1975.
- Schedl, Otto*, *Das SPD-Programm für die Wirtschaft – ein Weg in den Sozialismus. Mit einem Anhang: Der Kampf der SPD gegen die soziale Marktwirtschaft, SPD-Dokumente 1946–1976*, Eichstätt 1978.
- Schmidt, Helmut*, Regierungserklärung vom 17. Mai 1974, abgedr. in: Stüwe, Klaus (Hrsg.), *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder*, Opladen 2002, S. 200–216.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, Aufruf zum Neuaufbau der Organisation, 15. Juni 1945.
- Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Grundsatzprogramm, Bad Godesberg, 13.–15. November 1959, hrsg. vom Vorstand der SPD, Köln 1959.
- Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Regierungsprogramm 1976–80. Weiterarbeiten am Modell Deutschland. Beschluss des Außerordentlichen Parteitags in Dortmund, 18./19. Juni 1976, Bonn 1976.
- Stüwe, Klaus* (Hrsg.), *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder*, Opladen 2002.
- Thatcher, Margaret*, *In Defence of Freedom. Speeches on Britain's Relations with the World*, New York 1987.
- Thatcher, Margaret*, *The revival of Britain. Speeches on home and European affairs, 1975–1988*, hrsg. von Alistair Basil Cooke, London 1989.
- Thatcher, Margaret*, *The collected speeches of Margaret Thatcher*, hrsg. von Robin Harris, London 1997.
- Weizsäcker, Richard von* (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik*, Bonn 1977.
- Wood, John* (Hrsg.), *A Nation Not Afraid: The Thinking of Enoch Powell*, London 1965.
- Zweig, Konrad*, *Germany through Inflation and Recession*, Centre for Policy Studies, London 1976.

Monographien, Aufsätze, Artikel, Memoirenliteratur, Tagebücher etc.

- Aaronovitch, Sam*, *The Road from Thatcherism. The Alternative Economic Strategy*, London 1981.
- Alport, Cuthbert*, *About Conservative principles. Facts and Ideas*, London 1946.
- Anderson, Perry*, *Origins of the Present Crisis*, in: *New Left Review* 23, 1964, S. 26–53.
- Anderson, Perry*, *The Figures of Descent*, in: *New Left Review* 161, 1987, S. 28–54.
- Beer, Samuel H.*, *Britain against itself. The political contradictions of collectivism*, New York 1982.
- Beloff, Max*, *The Future of the State. Why it Should Wither Away*, in: *New Society*, 13. 10. 1974.
- Benn, Tony*, *Arguments for Socialism*, Harmondsworth 1980.
- Benn, Tony*, *Arguments for Democracy*, London 1981.
- Bergsdorf, Wolfgang*, *Politik und Sprache*, München 1978.
- Bergsdorf, Wolfgang* (Hrsg.), *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, Stuttgart 1979.
- Bergsdorf, Wolfgang*, *Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland*, Pfullingen 1983.

- Bergsdorf, Wolfgang*, Sprache und Politik. Laudatio auf Hans Messelken, in: Burckhart, Holger/Fink, Oliver (Hrsg.), Sprache der Didaktik – Didaktik der Sprache, Würzburg 2003, S. 10–17.
- Biedenkopf, Kurt*, Die Zukunft gehört nicht dem Sozialismus, in: Die politische Meinung 18, 1973, S. 42–48.
- Biedenkopf, Kurt*, Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus. Vortrag des Generalsekretärs der CDU bei der Katholischen Akademie München, am 9. Dezember 1973, Bonn 1973.
- Biedenkopf, Kurt*, Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, Nr. 12, 16. 3. 1973.
- Biedenkopf, Kurt*, Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie, München 1974.
- Biedenkopf, Kurt*, Solidarität und Subsidiarität in einer freien Gesellschaft. Vortrag des Generalsekretärs der CDU auf dem Wirtschaftstag '74 am 28. März 1974, Bonn 1974.
- Biedenkopf, Kurt*, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik, München 1975.
- Biedenkopf, Kurt*, Die Intellektuellen und die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/1976, S. 3–11.
- Biedenkopf, Kurt*, Einleitungsrede zur Aussprache über das Kapitel »Soziale Wirtschaftsordnung«, in: von Weizsäcker (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion, S. 119–131.
- Biedenkopf, Kurt*, Wegzeichen für die soziale Marktwirtschaft zum Zielpunkt einer ökologischen Marktwirtschaft, in: Buddenberg, Hellmuth (Hrsg.), Rettet die Umwelt!, Herford 1985, S. 17–62.
- Birch, Anthony H.*, Overload, Ungovernability and Delegation: The Theories and the British Case, in: British Journal of Political Science 14, 1984, S. 135–160.
- Bismarck, Philipp von*, »Tödlich für die Marktwirtschaft«, in: DIE ZEIT, Nr. 47, 16. 11. 1973.
- Blake, Robert/Patten, John* (Hrsg.), The Conservative opportunity, London 1976.
- Blake, Robert*, A Changed Climate, in: Ders./Patten, John (Hrsg.), The Conservative Opportunity, London 1976, S. 2–11.
- Blüm, Norbert*, Reaktion oder Reform. Wohin geht die CDU?, Reinbek bei Hamburg 1972.
- Blüm, Norbert*, Christlich-sozial: Dazwischen!, in: Schönbohm, Wulf/Braun, Günther E. (Hrsg.), CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München/Wien 1981, S. 11–16.
- Boyson, Rhodes*, Centre Forward: A Radical Conservative Programme, London 1978.
- Brittan, Samuel*, Government and the market economy. An appraisal of economic policy since the 1970 General Election, London 1971.
- Brittan, Samuel*, The Economic Contradictions of Democracy, in: British Journal of Political Science 5, 1975, S. 129–159.
- Brown, Michael Barratt*, From Labourism to Socialism. The Political Economy of Labour in the 1970's, Nottingham 1972.
- Burke, Edmund*, Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen, Zürich 1987 (zuerst London 1790 als Reflections on the Revolution in France, And on the Proceedings in Certain Societies in London Relative to that Event).
- Burnet, Alastair*, Is Britain governable?, London 1975.
- Butler, R. A.*, The Art of the Possible, London 1971.
- Coleraine, Lord*, For Conservatives Only, London 1970.
- Cosgrave, Patrick*, Margaret Thatcher: Prime Minister, London 1979.
- Cowling, M.* (Hrsg.), Conservative Essays, London 1978.
- Crosland, Anthony*, The Future of Socialism, New York 1957.
- Crosland, Anthony*, Socialism Now and Other Essays, London 1974.

- Crozier, Michel/Huntington, Samuel P/Watanuki, Jji*, The crisis of democracy. Report on the governability of democracies to the Trilateral Commission, New York 1975.
- Dabrendorf, Ralf*, Die Denunziation der Aufklärung, in: DIE ZEIT, 28.3.1975.
- Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Kollektivarbeit der Abteilung Ökonomie im ZK der KPF und der Zeitschrift »Economie et Politique« unter Leitung von *Paul Boccara*, Frankfurt am Main 1972.
- Disraeli, Benjamin*, Sybil or the two nations, Harmondsworth 1981 (zuerst 1845).
- Donoghue, Bernard*, Prime Minister. The conduct of policy under Harold Wilson and James Callaghan, London 1987.
- Dovifat, Emil*, »Wo steht der Liberale«, in: Neue Zeit, Nr. 7, 22.7.1945.
- Duwe, Freimut*, Der Thesenstreit um »Stamokap«. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek 1973.
- Engels, Wolfram*, Die öffentliche Verschwendung, in: FAZ, 22.7.1972.
- Engels, Wolfram*, Mehr Markt. Soziale Marktwirtschaft als politische Ökonomie, Stuttgart 1976.
- Eppler, Erhard*, über Norbert Blüm: Wohin geht die CDU?, in: Der Spiegel, 19.6.1972.
- Eppler, Erhard*, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart/Berlin/Köln etc. 1975.
- Erhard, Ludwig*, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957.
- Erhard, Ludwig*, CDU und Sozialpolitik, in: Die Tat, 19.9.1975.
- Eucken, Walter*, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in: ORDO 2, 1949, S. 1–99.
- Fanfani, Amintore*, Catholicism, Protestantism, and Capitalism, New York 1935.
- Forster, Karl*, (Hrsg.), Christentum und Liberalismus, München 1960.
- Friedman, Milton*, Capitalism and Freedom, überarb. Aufl., Chicago 1982 (zuerst 1962).
- Friedman, Milton/Schwartz, Anna J.*, A Monetary History of the United States 1867–1960, Princeton 1963.
- Friedman, Milton*, The Role of Monetary Policy, in: American Economic Review 58, März 1968, Nr. 1, S. 1–17.
- Friedman, Milton*, The Counter-Revolution in Monetary Theory, London 1970.
- Friedman, Milton*, Monetary Correction, London 1974.
- Friedman, Milton*, Unemployment versus Inflation, London 1975.
- Friedman, Milton*, Inflation and Unemployment. The New Dimension of Politics, London 1977.
- Geißler, Heiner*, Die Neue Soziale Frage. Analyse und Dokumente, 2. Aufl., Freiburg im Breisgau 1977.
- Geißler, Heiner*, Rede auf dem Grundsatzforum der CDU, September 1977, in: von Weizsäcker (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion, S. 233–244.
- Gilmour, Ian*, Enoch Powell's Pipe-Dream, in: The Spectator, 9.4.1964, S. 13.
- Gilmour, Ian*, Inside Right: A Study of Conservatism, London 1977.
- Goldsmith, Edward*, Can Britain survive?, London 1971.
- Hailsham, Lord*, The Dilemma of Democracy: Diagnosis and Prescription, London 1978.
- Hall, Stuart*, The hard road to renewal. Thatcherism and the crisis of the left, London 1988.
- Harris, Ralph/Seldon, Arthur*, Not from benevolence. 20 years of economic dissent. (The Institute of Economic Affairs), London 1977.
- Harris, Ralph/Seldon, Arthur* (Hrsg.), The emerging consensus? Essays on the interplay between ideas, interests and circumstances in the first 25 years of the IEA, London 1981.
- Hayek, Friedrich August von*, The Road to Serfdom, London 1944.
- Hayek, Friedrich August von*, Die Intellektuellen und der Sozialismus (1949), wiederabgedr. in: Ders., Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik, Gesammelte Schriften

- in deutscher Sprache, Abt. A: Aufsätze, Bd. 7, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg u. a., Tübingen 2004, S. 3–15.
- Hayek, Friedrich August von*, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971 (zuerst engl.: *The Constitution of Liberty*, London 1960).
- Hayek, Friedrich August von*, Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Siebeck 1969.
- Hayek, Friedrich August von*, Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Bd. 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit, München 1981 (zuerst engl.: *Law, Legislation and Liberty*. Bd. 2: *The Mirage of Social Justice*, London 1976).
- Hayek, Friedrich August von*, Trade union privileges, in: *The Times*, 2. 8. 1977.
- Hayek, Friedrich August von*, Trade union privileges, in: *The Times*, 20. 8. 1977.
- Hayek, Friedrich August von*, Wissenschaft und Sozialismus. Festvortrag anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Walter-Eucken-Instituts, 6. 2. 1979, wiederabgedr. in: Ders., *Wissenschaft und Sozialismus*. Aufsätze zur Sozialismuskritik, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, Abt. A: Aufsätze, Bd. 7, hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg u. a., Tübingen 2004, S. 52–64.
- Hayek, Friedrich August von*, Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Bd. 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen, München 1981 (zuerst engl.: *Law, Legislation and Liberty*. Bd. 3: *The Political Order of a Free People*, London 1979).
- Hayek, Friedrich August von*, Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1988.
- Healey, Denis*, *Time of My Life*, London 1989.
- Heath, Edward*, *The Course of My Life: My Autobiography*, London 1998.
- Heffer, Eric S.*, *Labour's Future*, London 1986.
- Hegel, G. W. F.*, Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, in: *Werke* 7, hrsg. v. Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel, Frankfurt am Main 1986 (zuerst 1821).
- Hodgson, Geoff*, *Labour at the Crossroads. The Political and Economic Challenge to the Labour Party in the 1980s*, Oxford 1981.
- Hodgson, Geoff*, *The Democratic Economy. A New Look at Planning, Markets and Power*, Harmondsworth 1984.
- Holland, Stuart*, *The State as Entrepreneur*, London 1972.
- Holland, Stuart*, *The Socialist Challenge*, London 1975.
- Holland, Stuart*, *Beyond Capitalist Planning*, London 1978.
- Holland, Stuart/Meacher, Michael/Taylor, Alan* u. a., *There is an Alternative. Policies for Prosperity in the Eighties*, (Pamphlet des Labour Co-Ordinating Committee), London 1980.
- Holmes, Martin*, *Thatcherism. Scope and limits, 1983–87*, Basingstoke 1989.
- Howe, Geoffrey*, *A Conflict of Loyalty*, London 1994.
- Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED* (Hrsg.), *Der Imperialismus der BRD*, Frankfurt am Main 1972.
- Jenkins, Roy*, *What Matters Now*, London 1972.
- Johnson, Paul*, »Farewell to the Labour Party«, in: *New Statesman*, September 1977.
- Joseph, Keith*, *Proclaim the Message: Keynes is Dead*, in: *Hutber, Patrick* (Hrsg.), *What's Wrong With Britain?*, London 1978, S. 99–106.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus* (Hrsg.), *Rekonstruktion des Konservatismus*, Freiburg 1972.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus* (Hrsg.), *Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen*, München 1974.
- Keynes, John Maynard*, *General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936.
- King, Anthony Stephen*, *Overload. Problems of Governing in the 1970s*, in: *Political Studies* 23, 1975, Nr. 2–3, S. 284–296.

- King, Anthony Stephen* (Hrsg.), *Why is Britain becoming harder to govern?*, London 1976.
- Kohl, Helmut*, *Zwischen Ideologie und Pragmatismus. Aspekte und Ansichten zu Grundfragen der Politik*, Stuttgart 1973.
- Kohl, Helmut*, Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Oktober 1974, S. 3–18.
- Kohl, Helmut*, Perspektiven freiheitlicher Politik, in: von Weizsäcker, Richard (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik*, München 1977, S. 9–23.
- Kohl, Helmut*, *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004.
- Kramnick, Isaac*, *Is Britain dying? Perspectives on the current crisis*, Ithaca, N.Y. 1979.
- Krelle, Wilhelm*, Referat auf dem Grundsatzforum der CDU, September 1977, in: von Weizsäcker (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion*, S. 107–118.
- Lafontaine, Oskar/Müller, Christa*, *Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle*, Bonn 1998.
- Lafontaine, Oskar/Schröder, Gerhard*, *Innovationen für Deutschland*, Göttingen 1998.
- Lamb, Larry*, *Sunrise. The Remarkable Rise and Rise of the Best-Selling Soar-Away Sun*, London 1989.
- Lenin, W. I.*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, St. Petersburg (Petrograd) 1917.
- Lübbe, Hermann*, Der Streit um Worte, in: Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*. München 1975, S. 87–111.
- Lawson, Nigel*, *The view from no. 11. Memoirs of a Tory radical*, London 1992.
- Macmillan, Harold*, *The Middle Way. A study of the problem of economic and social progress in a free and democratic society*, London 1938.
- Macmillan, Harold*, *Tides of Fortune, 1945–1955*, London 1969.
- Maudling, Reginald*, *Memoires*, London 1978.
- McIntosh, Ronald*, *Challenge to Democracy. Politics, Trade Union Power and Economic Failure in the 1970s*, London 2006.
- Meacher, Michael*, *Socialism with a Human Face. The Political Economy of Britain in the 1980s*, London/Boston 1982.
- Meadows, Dennis L./Meadows, Donella H.*, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972.
- Mikat, Paul*, Grundelemente katholischer Staatsauffassung, in: Forster, Karl (Hrsg.), *Christentum und Liberalismus*, München 1960, S. 83–120.
- Mobler, Armin*, *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978.
- Mounier, Emmanuel*, *Das personalistische Manifest*, Zürich o.J. [vermutlich 1937] (zuerst franz.: *Manifeste au service du personnalisme*, Paris 1936).
- Müller-Armack, Alfred*, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (zuerst 1946), in: Ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Freiburg im Breisgau 1966, S. 19–170.
- Müller-Armack, Alfred*, *Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung* (1959), in: Ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Freiburg im Breisgau 1966, S. 251–265.
- Müller-Armack, Alfred*, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration*, Bern/Stuttgart 1976, S. 106 (zuerst Freiburg im Breisgau 1966).
- Müller-Armack, Alfred*, *Der humane Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Tuchtfeldt, Egon (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft im Wandel*, Freiburg im Breisgau 1973.
- Müller-Armack, Alfred*, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte*, Bern/Stuttgart 1974.

- Müller-Armack, Alfred, Die wissenschaftlichen Ursprünge und die künftige Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Dettling, Warnfried (Hrsg.), Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände, München 1976, S. 56–68.
- Müller-Armack, Alfred, Stil und Ordnung der Marktwirtschaft, wieder abgedr. in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern/Stuttgart 1976, S. 231–242.
- Müller-Armack, Alfred, Soziale Irenik (1950), wieder abgedr. in: Ders., Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 3. Aufl., Bern/Stuttgart 1981, S. 559–578.
- Nell-Breuning, Oswald von, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Frankfurt am Main 1965.
- Nell-Breuning, Oswald von, Wie »sozial« ist die »soziale Marktwirtschaft«?, in: Ders., Den Kapitalismus umbiegen, Düsseldorf 1990, S. 222–238.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – Unsere soziale Haut, München 1980.
- Nairn, Tom, The British Political Elite, in: New Left Review 23, 1964, S. 19–25.
- Oertzen, Peter von, Wegmarke Godesberg (zuerst 1959), abgedr. in: Weber, Hermann (Hrsg.), Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848–1990, Berlin 1990, S. 236–240.
- Oertzen, Peter von, Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1974.
- Parkinson, Cecil, Right at the Centre: An Autobiography, London 1992.
- Patten, Chris, The Thatcher Years, in: Cooke, Alistair (Hrsg.), Tory Policy Making. The conservative Research Department 1929–2009, S. 79–93.
- Pieroth, Elmar, Herausforderungen an die zukünftige Wirtschaftspolitik, in: Schönbohm, Wulf/Braun, Günther E. (Hrsg.), CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München/Wien 1981, S. 176–195.
- Podewils, Clemens von, Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik, Stuttgart 1975.
- Powell, Enoch, Conservatism and social Problems, in: Swinton Journal 14, 1968, Nr. 2, S. 8–16.
- Pym, Francis, The Politics of Consent, London 1984.
- Radunski, Peter/Niemetz, Alexander, Die Anlage des Landtagswahlkampfes. Erfolgreiche Planung und Durchführung eines Wahlkampfes am Beispiel der CDU Hessen, in: Sonde 4, 1971, S. 36–51.
- Ridley, Nicholas, My Style of Government, London 1992.
- Röpke, Wilhelm, Jenseits von Angebot und Nachfrage, Bern/Stuttgart 1979 (zuerst 1958).
- Roth, Wolfgang, Der Weg aus der Krise. Umriss einer sozialökologischen Marktwirtschaft, München 1985.
- Rüstow, Alexander, Paläoliberalismus, Kollektivismus und Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Sozialordnung, in: Forster, Karl (Hrsg.), Christentum und Liberalismus, München 1960, S. 149–178.
- Schäfer, Manfred, Die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Schönbohm, Wulf/Braun, Günther E. (Hrsg.), CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München/Wien 1981, S. 196–213.
- Schelsky, Helmut, Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975.
- Schiller, Karl, Wirtschaftspolitische Leitsätze (1951), in: Aufgaben und Versuche. Zur neuen Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft, Hamburg 1953, S. 105–117.
- Schönbohm, Wulf, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985.

- Sherman, Alfred*, Paradoxes of Power: Reflections on the Thatcher Interlude, Charlottesville VA 2005.
- Skelton, Noel*, Constructive Conservatism, Edinburgh 1924.
- Skelton, Noel*, Constructive Conservatism IV: Democracy Stabilised, in: *The Spectator*, 19.5.1923, S. 837.
- Skidelsky, Robert*, The Political Meaning of the Keynesian Revolution, in: *The Spectator*, 7.8.1976, S. 8 f.
- Smith, Adam*, *The Wealth of Nations*, hrsg. von Edwin Cannan, New York 2003 (zuerst 1776).
- Steffen, Jochen*, Strukturelle Revolution. Von der Wertlosigkeit der Sachen, Reinbek 1974.
- Stolze, Diether*, Wie weiter nach der Wende?, in: *Die Zeit*, 17.9.1982.
- Strauß, Franz Josef*, Rede auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18./19. November 1974, Auszüge in: *Der Spiegel*, 10.3.1975, S. 34–41.
- Strauß, Franz Josef*, »Mein Wahlkampf ist intellektuell-rational«, Interview, in: *Der Spiegel*, 13.9.1976, S. 23–33.
- Szamuely, Tibor*, Intellectuals and Conservatism, in: *Swinton Journal* 14, 1968, Nr. 1, S. 5–15.
- Tebbit, Norman*, *Upwardly Mobile*, London 1988.
- Thatcher, Margaret*, *Die Erinnerungen 1925–1979 (The Path to Power)*, Düsseldorf 1995.
- Thatcher, Margaret*, *The Downing Street Years, 1979–90*, London 2011 (zuerst London 1993).
- Tyrrell, R. Emmett*, (Hrsg.), *The Future that doesn't work. Social Democracy's Failures in Britain*, Garden City/NY 1977.
- Vogt, Wolfgang*, Rede auf dem Grundsatzforum der CDU, September 1977, in: von Weizsäcker (Hrsg.), *CDU-Grundsatzdiskussion*, S. 131–138.
- Walker, Peter*, *Staying Power: An Autobiography*, London 1991.
- Ward, George*, Fort Grunwick, London 1977.
- Watrin, Christian*, Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben, in: Hennis, Wilhelm/Kielmansegg, Peter Graf/Matz, Ulrich (Hrsg.), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, Stuttgart 1977, S. 233–253.
- Weber, Max*, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. Vollständige Ausgabe, hrsg. und eingel. von Dirk Kaesler, 3. durchgesch. Aufl., München 2010 (zuerst 1904 und 1905).
- Wilson, Harold*, *Final term. The Labour Government, 1974–1976*, London 1979.
- Zundel, Rolf*, Man trägt wieder konservativ, in: *DIE ZEIT*, 29.3.1974.

3. Literatur

Monographien

- Abelshauer, Werner*, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975.
- Abelshauer, Werner*, *Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung*, Berlin 2003.
- Abelshauer, Werner*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004.
- Abelshauer, Werner*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*, 2. überarb. und erw. Aufl., Bonn 2011.
- Addison, Paul*, *The Road to 1945. British politics and the Second World War*, 2. Aufl., London 1994 (zuerst 1975).
- Albert, Michel*, *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt am Main 1992.

- Ambrosius, Gerold*, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977.
- Ambrosius, Gerold*, Zur Geschichte des Begriffs und der Theorie des Staatskapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Tübingen 1981.
- Angster, Julia*, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.
- Bahners, Patrick*, Im Mantel der Geschichte. Helmut Kohl oder Die Unersetzlichkeit, Berlin 1998.
- Balkhausen, Dieter*, Die Dritte Industrielle Revolution. Wie die Mikroelektronik unser Leben verändert, Düsseldorf/Wien 1978.
- Barnett, Correlli*, The audit of war. The illusion and reality of Britain as a Great Nation, 3. Aufl., London 2001.
- Barry, Norman P.*, Hayek's social and economic philosophy, London 1979.
- Becker, Jörg*, Elisabeth Noelle-Neumann. Demoskopie zwischen NS-Ideologie und Konservatismus, Paderborn 2013.
- Beckett, Andy*, Pinochet in Piccadilly. Britain and Chile's hidden history, London 2002.
- Beckett, Andy*, When the lights went out. Britain in the seventies, London 2009.
- Beer, Samuel H.*, Modern British politics. A study of parties and pressure groups, London 1965.
- Beer, Samuel H.*, British Politics in the Collectivist Age, New York 1965.
- Bell, Daniel*, The coming of post-industrial society. A venture in social forecasting, New York 1973.
- Benz, Wolfgang*, Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945–1949, Berlin 2009.
- Biebricher, Thomas*, Neoliberalismus zur Einführung, Hamburg 2012.
- Black, Jeremy*, Europe since the Seventies, London 2009.
- Black, Jeremy*, A history of Britain, 1945 to Brexit. Bloomington, Indiana 2017.
- Black, Laurence*, The political culture of the Left in affluent Britain, 1951–64. Old labour, new Britain?, Basingstoke 2003.
- Blake, Robert*, The Conservative Party from Peel to Major, New York 2012.
- Blundell, John*, Margaret Thatcher. A portrait of the Iron Lady, New York 2008.
- Bökenkamp, Gérard*, Das Ende des Wirtschaftswunders: Geschichte der Sozial- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969 bis 1998, Stuttgart 2010.
- Bösch, Frank*, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002.
- Brady, Robert*, Crisis in Britain. Plans and Achievements of the Labour Government, Cambridge 1950.
- Bromwich, David*, The intellectual life of Edmund Burke. From the sublime and beautiful to American independence, Cambridge, Mass. 2014.
- Brooke, Stephen*, Labour's War. The Labour Party during the Second World War, Oxford 1992.
- Brüggemeier, Franz-Josef*, Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Buchheim, Christoph*, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990.
- Burk, Kathleen/Cairncross, Alec*, Goodbye, Great Britain. The 1976 IMF crisis, New Haven/London 1992.
- Butler, David/Kavanagh, Dennis*, The British General Election of 1979, London 1980.
- Byrne, Paul*, The Campaign for Nuclear Disarmament, London/New York 1988.
- Byrne, Paul*, Social Movements in Britain, London/New York 1997.
- Cairncross, Alec*, The British Economy since 1945. Economic Policy and Performance, 1945–1995, 2. Aufl., Oxford 2002.
- Caldwell, Bruce*, Hayek's Challenge. An Intellectual Biography of F. A. Hayek, Chicago 2004.

- Campbell, John*, Edward Heath: A Biography, London 1993.
- Campbell, John*, The Iron Lady, Margaret Thatcher, Bd. 2, London 2003.
- Campbell, John*, The Grocer's Daughter. Margaret Thatcher, Bd. 1, London 2007.
- Castells, Manuel*, Das Informationszeitalter. 3 Bde., Opladen 2003–2004.
- Charmley, John*, Churchill. Das Ende einer Legende, Berlin 1997.
- Charmley, John*, A history of conservative politics since 1830, 2. Aufl., Basingstoke/New York 2008.
- Clark, Peter*, Hope and Glory. Britain 1900–2000, 2. Aufl., London 2004.
- Coates, David*, The question of UK decline. State, society and economy, New York/London 1994.
- Coates, David*, Models of Capitalism. Growth and Stagnation in the Modern Era, Cambridge 2000.
- Coates, David*, Prolonged labour. The slow birth of New Labour in Britain, Basingstoke 2005.
- Cockett, Richard*, Thinking the unthinkable. Think-tanks and the economic counter-revolution 1931–1983, London 1994.
- Cole, John*, The Thatcher years. A decade of revolution in British politics, London 1987.
- Conze, Eckart*, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.
- Conze, Werner*, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart/Berlin/Köln etc. 1967.
- Cowling, Maurice*, The Impact of Hitler. British Politics and British Policy, 1933–1940, Chicago/London 1977.
- Cox, Andrew W./Lee, Simon/Sanderson, Joe*, The Political Economy of Modern Britain, Cheltenham 1997.
- Crewe, Ivor/King, Anthony*, SDP. The Birth, Life and Death of the Social Democratic Party, Oxford/New York 1997.
- Daniel, Ute*, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt am Main 2001.
- Deisenberg, Anna Maria*, Die Schweigespirale. Die Rezeption des Modells im In- und Ausland, München 1986.
- Dell, Edmund*, A hard pounding. Politics and economic crisis, 1974–1976, Oxford/New York 1991.
- Denham, Andrew*, Think-tanks of the New Right, Aldershot/Brookfield, Vt. 1996.
- Denham, Andrew/Garnett, Mark*, British think-tanks and the climate of opinion, London/Bristol 1998.
- Denham, Andrew/Garnett, Mark*, Keith Joseph, London 2001.
- Dietzfelbinger, Daniel*, Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil. Alfred Müller-Armacks Lebenswerk, Gütersloh 1998.
- Dixon, Keith*, Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz 2000.
- Doering-Manteuffel, Anselm*, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
- Dorey, Peter*, The Conservative Party and the Trade Unions, London/New York 1995.
- Dreher, Klaus*, Helmut Kohl. Leben mit Macht, 2. Aufl., Stuttgart 1998.
- Dromey, Jack/Taylor, Graham*, Grunwick. The workers' story, London 1978.
- Dutton, David*, British politics since 1945. The rise, fall, and rebirth of consensus, 2. Aufl., Oxford/Malden, MA 1997.

- Dutton, David*, Neville Chamberlain, New York 2001.
- Ebenstein, Alan O.*, Friedrich Hayek. A Biography, New York 2001.
- Ebke, Almuth*, »The Party is Over«? Britische Wirtschaftspolitik und das Narrativ des »Decline«, 1970–1976, Frankfurt am Main 2012.
- Eichhorn, Joachim Samuel*, Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966–1969), München 2009.
- Epstein, James*, In practice. Studies in the language and culture of popular politics in modern Britain, Stanford, Calif. 2003.
- Euchner, Walter/Grebing, Helga/Langhorst, Peter* u. a., Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – katholische Soziallehre – protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, 2. Aufl., Wiesbaden 2005.
- Evans, Eric J.*, Thatcher and Thatcherism, London 2013.
- Faulenbach, Bernd*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.
- Fielding, Steven*, The Labour Party. Continuity and change in the making of »New« Labour, Basingstoke 2003.
- Fielding, Steven*, The Labour Governments, 1964–70, Bd. 1: Labour and Cultural Change, Manchester 2003.
- Fischer, Gero*, United we stand – divided we fall. Der britische Bergarbeiterstreik 1984/85, Frankfurt am Main/New York 1999.
- Foord, Archibald S.*, His Majesty's Opposition, 1714–1830, Westport, Conn. 1979 (zuerst 1964).
- Forster, Anthony*, Euroscepticism in contemporary British politics. Opposition to Europe in the British conservative and labour parties since 1945, London/New York 2002.
- Foucault, Michel*, Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main 1991.
- Foucault, Michel*, Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main 2004.
- Fourastié, Jean*, Les Trente Glorieuses (ou la révolution invisible de 1946 à 1975), Paris 1979.
- Fraser, Derek*, The evolution of the British welfare state, 4. Aufl., Basingstoke 2009.
- Gamble, Andrew*, The free economy and the strong state. The politics of Thatcherism, Durham 1988.
- Gamble, Andrew*, Britain in decline. Economic policy, political strategy, and the British State, 4. Aufl., New York 1994.
- Gardiner, Juliet*, The Thirties. An Intimate History, London 2010.
- Garnett, Marc*, From Anger to Apathy. The British Experience since 1975, London 2007.
- Geppert, Dominik*, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979, München 2002.
- Gramsci, Antonio*, Selections from the Prison Notebooks, hrsg. und übersetzt von Quintin Hoare und Geoffrey Nowell-Smith, London 1971.
- Gramsci, Antonio*, Gefängnishefte, Bd. 6, Hamburg 1992.
- Grebing, Helga*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007.
- Green, E. H. H.*, Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century, New York 2002.
- Green, E. H. H.*, Thatcher, London 2006.
- Greiffenhagen, Martin*, Freiheit gegen Gleichheit? Zur Tendenzwende in der Bundesrepublik, Hamburg 1975.
- Grein, Eberhard*, Für die soziale Marktwirtschaft. Oswald von Nell-Breuning – Reformers und Jesuit, 2. Aufl., Sankt Ottilien 2011.

- Großmann, Johannes*, Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945, München 2014.
- Halcrow, Morrison*, Keith Joseph: A Single Mind, London 1989.
- Hall, Peter A.*, Governing the economy. The Politics of State Intervention in Britain and France, New York 1986.
- Hall, Stuart/Jacques, Martin*, The Politics of Thatcherism, London 1990.
- Harmon, Mark D.*, The British Labour Government and the 1976 IMF crisis, New York 1997.
- Harrison, Brian*, Finding a Role? The United Kingdom, 1970–1990, Oxford 2010.
- Hastings, Derek*, Catholicism and the Roots of Nazism. Religious Identity and National Socialism, Oxford 2010.
- Hatfield, Michael*, The House the Left Built. Inside Labour Policy-Making, 1970–75, London 1978.
- Heffer, Simon*, Like the Roman. The life of Enoch Powell, London 1998.
- Held, Michael*, Sozialdemokratie und Keynesianismus. Von der Weltwirtschaftskrise zum Godesberger Programm, Frankfurt am Main 1982.
- Hennecke, Hans Jörg*, Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf 2000.
- Hentschel, Volker*, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996.
- Hermiston, Roger*, All behind you, Winston. Churchills Great Coalition, 1940–45, London 2016.
- Hesse, Jan-Otmar*, Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2010.
- Heywood, Andrew*, Political Ideologies. An Introduction, 5. Aufl., Basingstoke 2012.
- Hickson, Kevin*, The IMF crisis of 1976 and British politics, London/New York 2005.
- Hildebrand, Klaus*, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984.
- Hillman, Hudy/Clark, Peter*, Geoffrey Howe. A quiet Revolutionary, London 1988.
- Hindmoor, Andrew*, New Labour at the Centre: Constructing Political Space, New York/Oxford 2004.
- Hindrichs, Wolfgang* u. a., Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.
- Hobsbawm, Eric*, Labouring Men. Studies in the history of labour, London 1964.
- Hobsbawm, Eric*, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 7. Aufl., München 2004.
- Hochgeschwender, Michael*, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.
- Hockerts, Hans Günter*, Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011.
- Hohensee, Jens*, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.
- Holmes, Martin*, The Labour government, 1974–79. Political aims and economic reality, London 1985.
- Holmes, Martin*, The failure of the Heath government, 2. Aufl., Basingstoke 1997 (zuerst 1982).
- Inglehart, Ronald*, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton, NJ. 1977.
- Irving, Ronald E. M.*, The Christian Democratic Parties of Western Europe, London 1979.
- Jaeger, Hans*, Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1990.
- Jäger, Wolfgang/Link, Werner*, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5–II), Stuttgart 1987.

- James, Harold*, International Monetary Cooperation Since Bretton Woods, Oxford, USA 1996.
- James, Harold*, Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001, München 2010.
- Janssen, Hauke*, Milton Friedman und die »monetaristische Revolution« in Deutschland, Marburg 2006.
- Jeffrey, Kevin*, The Churchill Coalition and Wartime Politics, Manchester 1991.
- Jenkins, Peter*, Mrs Thatcher's revolution. The ending of the socialist era, London 1987.
- Jenkins, Simon*, Thatcher and Sons. A Revolution in three acts, London 2006.
- Johnman, Lewis/Murphy, Hugh*, British shipbuilding and the state since 1918. A political economy of decline, Exeter 2002.
- Jones, Tudor*, Remaking the Labour Party. From Gaitskell to Blair, London etc. 1996.
- Jordan, Stefan*, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, Paderborn 2009.
- Judt, Tony*, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006 (zuerst engl. 2005).
- Kaelble, Hartmut*, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 1999.
- Kaelble, Hartmut*, The 1970s in Europe. A Period of Disillusionment or Promise? The 2009 Annual Lecture of the German Historical Institute in London, London 2010.
- Karabelas, Iris*, Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2010.
- Karczewski, Johannes von*, »Weltwirtschaft ist unser Schicksal«. Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel, Bonn 2008.
- Kavanagh, Dennis*, Thatcherism and British politics. The end of consensus?, Oxford 1987.
- Kavanagh, Dennis/Morris, Peter*, Consensus politics from Attlee to Major, 2. Aufl., Oxford, UK/Cambridge, MA 1994.
- Keegan, William*, Mrs Thatcher's economic experiment, Harmondsworth 1984.
- Keller, Reiner*, Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, 2. Aufl., Wiesbaden 2008.
- Kielmansegg, Peter Graf*, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.
- Kielmansegg, Peter Graf*, Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945–1990, München 2007.
- Kleinmann, Hans-Otto*, Geschichte der CDU. 1945–1982, Stuttgart 1993.
- Kleßmann, Christoph*, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.
- Klotzbach, Kurt*, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1996 (zuerst 1982).
- Köpf, Peter*, Der Querdenker: Kurt Biedenkopf. Eine Biografie, Frankfurt am Main/New York 1999.
- Koselleck, Reinhart*, Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, 6. Aufl., Frankfurt am Main 1989 (zuerst 1959).
- Kowitz, Rolf*, Alfred Müller-Armack. Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers, Köln 1998.
- Kruke, Anja*, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007.
- Kufferath, Philipp*, Peter von Oertzen, 1924–2008. Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal*, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, 2. Aufl., Wien 2000 (zuerst 1985).

- Landwehr, Achim*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen 2001.
- Landwehr, Achim*, Historische Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2008.
- Lauschke, Karl*, Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007.
- Law, Richard*, Return from Utopia, London 1950.
- Lawrence, Jon*, Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867–1914, Cambridge 1998.
- Lee, Stephen J.*, Gladstone and Disraeli, London/New York, NY 2005.
- Letwin, Shirley Robin*, The anatomy of Thatcherism, Hammersmith 1992.
- Leuschner, Udo*, Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, liberal und neokonservativ, Münster 2005.
- Liesner, Thelma*, One Hundred Years of Economic Statistics. United Kingdom, United States of America, Australia, Canada, France, Germany, Italy, Japan, Sweden, New York 1989.
- Lindlar, Ludger*, Das mißverständene Wirtschaftswunder, Tübingen 1997.
- Lösche, Peter/Walter, Franz*, Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
- Losurdo, Domenico*, Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum »kritischen Kommunismus«, Hamburg 2012.
- Lowe, Rodney*, The welfare state in Britain since 1945, 3. Aufl., Houndmills/Basingstoke/Hampshire etc. 2005.
- Lütjen, Torben*, Karl Schiller (1911–1994). »Superminister« Willy Brandts, 2. Aufl., Bonn 2008.
- Lutz, Burkart*, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York 1989.
- MacGregor, Ian K./Tyler, Rodney*, The enemies within. The story of the Miners' Strike, 1984–5, London 1986.
- Marr, Andrew*, A history of modern Britain, London 2007.
- Marwick, Arthur*, A history of the modern British Isles, 1914–1999. Circumstances, events, and outcomes, Oxford, UK/Malden, Mass. 2000.
- Marwick, Arthur*, British Society Since 1945, 7. Aufl., London 2007.
- Matthijs, Matthias*, Ideas and Economic Crises in Britain from Attlee to Blair (1945–2005), London/New York 2011.
- Mergel, Thomas*, Großbritannien seit 1945, Göttingen 2005.
- Mergel, Thomas*, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010.
- Merseburger, Peter*, Der Schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, 3. Aufl., Berlin 1997.
- Merseburger, Peter*, Kurt Schumacher: Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat, München 2010.
- Middlemas, Keith/Barnes, John*, Baldwin, London 1969.
- Middlemas, Keith*, Politics in Industrial Society. The Experience of the British System Since 1911, London 1979.
- Mierzejewski, Alfred C.*, Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, München 2005.
- Miliband, Ralph*, Parliamentary Socialism. A Study in the Politics of Labour, 2. Aufl., London 1973.
- Miliband, Ralph*, Capitalist Democracy in Britain, Oxford 1983.

- Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich*, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–2002. 8., aktualisierte und erw. Aufl., Bonn 2002.
- Moore, Charles*, Margaret Thatcher. The authorized biography, London 2013.
- Morgan, Kenneth O.*, Labour in Power. 1945–1951, Oxford 1986.
- Morgan, Kenneth O.*, Callaghan: A Life, Oxford 1997.
- Morgan, Kenneth O.*, Britain since 1945. The People's Peace, Oxford 2001.
- Mowat, Charles L.*, Britain Between the Wars 1918–1940, London 1955.
- Müller, Jan-Werner*, Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe, New Haven 2011.
- Müller, Sebastian*, Der Anbruch des Neoliberalismus. Westdeutschlands wirtschaftspolitischer Wandel in den 1970er-Jahren, Wien 2016.
- Müller-Jentsch, Walther*, Gewerkschaften und soziale Marktwirtschaft seit 1945, Stuttgart 2011.
- Nachtwey, Oliver*, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.
- Nawrat, Sebastian*, Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012.
- Niedenhoff, Horst-Udo*, Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, 14. Aufl., Köln 2005.
- Niebr, Thomas*, Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974, Wiesbaden 1993.
- Nonhoff, Martin*, Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld 2006.
- Novick, Peter*, That noble dream: the »objectivity question« and the American historical profession, Cambridge, Mass. 1991.
- Nützenadel, Alexander*, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005.
- O'Gorman, Frank*, The emergence of the British two-party system, 1760–1832, London 1982.
- Overy, Richard J.*, The Morbid Age. Britain between the Wars, London 2009.
- Page, Robert M.*, Clear Blue Water? The Conservative Party and the Welfare State since 1940, Croydon 2015.
- Parry, J. P.*, The rise and fall of liberal government in Victorian Britain, New Haven 1993.
- Pelling, Henry*, A History of British Trade Unionism, 5. Aufl., Basingstoke 1992.
- Peters, Hans-Rudolf*, Wirtschaftspolitik, 3. Aufl., München 2000.
- Philipp, Robert*, Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969, Baden-Baden 2012.
- Piketty, Thomas*, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.
- Plickert, Philip*, Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der »Mont Pèlerin Society«, Stuttgart 2008.
- Pocock, John G. A.*, The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition, Princeton 1975.
- Pollard, Sidney*, The Wasting of the British Economy. British Economic Policy since 1945 to the present, London 1982.
- Pritt, D. N.*, The Labour Government, 1945–51, London 1963.
- Profttlich, Sonja*, Mehr Mündigkeit wagen. Gerhard Jahn (1927–1998). Justizreformer der sozial-liberalen Koalition, Bonn 2010.
- Prollius, Michael von*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006.
- Ptak, Ralf*, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004.

- Pugh, Martin*, We danced all night. A Social History of Britain between the Wars, London 2009.
- Quaas, Friedrun*, Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts, Bern 2000.
- Quinton, Anthony*, The Politics of Imperfection. The Religious and Secular Traditions of Conservative Thought in England from Hooker to Oakeshott, London 1978.
- Ramsden, John*, The Making of Conservative Party Policy: The Conservative Research Department Since 1929, London 1980.
- Ramsden, John*, The winds of change. Macmillan to Heath, 1957–1975, London/New York 1996.
- Ramsden, John*, Man of the Century. Winston Churchill and his Legend Since 1945, London 2003.
- Raphael, Lutz*, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, 2. durchges. Aufl., München 2010.
- Reitan, Earl*, The Thatcher Revolution: Margaret Thatcher, John Major, Tony Blair, and the Transformation of Modern Britain, 1979–2001, Lanham/Oxford 2003.
- Reitmayer, Morten*, Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik, München 2009.
- Riddell, Peter*, The Thatcher decade. How Britain has changed during the 1980s, Oxford 1989.
- Ritter, Eva-Maria*, Deutsche Telekommunikationspolitik 1989–2003. Aufbruch zu mehr Wettbewerb. Ein Beispiel für wirtschaftliche Strukturreformen, Düsseldorf 2004.
- Rodgers, Daniel T.*, The Age of Fracture, Cambridge/London 2012.
- Rogaly, Joe*, Grunwick, Harmondsworth 1977.
- Rupp, Hans Karl*, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., München 2009.
- Sachs, Matthias*, Sozialdemokratie im Wandel. Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2011.
- Sampson, Anthony*, The New Anatomy of Britain, London 1971.
- Sandbrook, Dominic*, State of emergency. The way we were: Britain, 1970–1974, London 2011.
- Sassoon, Donald*, One Hundred Years of Socialism, New York 1996.
- Schanetzky, Tim*, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2005.
- Schildt, Axel*, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.
- Schletter, Christian*, Grabgesang der Demokratie. Die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985, Göttingen 2015.
- Schmelzer, Matthias*, Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society, Marburg 2010.
- Schmid, Josef*, Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Wiesbaden 1990.
- Schmidt, Hans Jörg*, Die deutsche Freiheit. Geschichte eines kollektiven semantischen Sonderbewusstseins, Frankfurt am Main 2010.
- Schmidt, Manfred G.*, Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 3. vollst. überarb. und erw. Aufl., Wiesbaden 2005.
- Schneider, Michael*, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982.
- Schneider, Michael*, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968, Bonn 1986.
- Schneider, Michael*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 2., überarb. u. aktual. Aufl., Bonn 2000.

- Schneider, Michael*, In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945, Bonn 2014.
- Schönhoven, Klaus*, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004.
- Scholl, Stefan*, Begrenzte Abhängigkeit. »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2015.
- Schwarz, Hans-Peter*, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, 2. Aufl., München 2012.
- Self, Robert*, Neville Chamberlain. A Biography, Aldershot 2006.
- Shanks, Michael*, The Stagnant Society, Harmondsworth 1961.
- Shaw, Eric*, The Labour Party since 1945. Old Labour – New Labour, Oxford 1996.
- Shepherd, John*, Crisis? What crisis? The Callaghan Government and the British »Winter of Discontent«, Manchester/New York 2013.
- Shepherd, Robert*, Enoch Powell, London 1997.
- Shonfield, Andrew*, British Economic Policy since the War, Harmondsworth 1958.
- Simms, Brendan*, Britain's Europe. A Thousand Years of Conflict and Cooperation, London 2016.
- Sked, Alan/Cook, Chris*, Post-war Britain. A political history, 4. Aufl., London 1993.
- Skinner, Quentin*, The Foundations of Modern Political Thought, 2 Bde., Cambridge 1978.
- Slobodian, Quinn*, Globalists. The end of empire and the birth of neoliberalism, Cambridge, Massachusetts/London 2018.
- Smith, Paul*, Disraelian Conservatism and Social Reform, London 1967.
- Soell, Hartmut*, Helmut Schmidt. 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008.
- Steber, Martina*, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin 2017.
- Stedman Jones, Daniel*, Masters of the universe. Hayek, Friedman, and the birth of neoliberal politics, Princeton 2012.
- Stegmann, Franz Josef*, Der soziale Katholizismus und die Mitbestimmung in Deutschland. Vom Beginn d. Industrialisierung bis zum Jahre 1933, 2. Aufl., München/Paderborn/Wien 1978.
- Steinkamp, Hermann*, Der Personalismus in der Sozialphilosophie Jacques Maritains, Bonn 1966.
- Steinmetz, Willibald*, Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867, Stuttgart 1993.
- Stevenson, John*, British Society, 1914–45, London 1984.
- Stiglitz, Joseph*, Freefall. America, Free Markets, and the Sinking of the World Economy, 2. Aufl., New York 2010.
- Taylor, Robert*, The Trade Union Question in British Politics. Government and the Unions since 1945, London 1994.
- Testorf, Christian*, Ein heißes Eisen. Zur Entstehung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von 1976, Bonn 2017.
- Ther, Philipp*, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
- Thiemeyer, Guido*, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie, Stuttgart 2016.
- Thompson, Edward P.*, The making of the English working class, New York 1966.
- Thompson, Noel W.*, Political Economy and the Labour Party. The Economics of Democratic Socialism 1884–2005. 2. Aufl., London 2006.
- Thorpe, Andrew*, A History of the British Labour Party, 3 Aufl., Basingstoke 2008.
- Tomlinson, Jim*, The Politics of Decline. Understanding Postwar Britain, Harlow 2001.
- Tomlinson, Jim*, The Labour governments 1964–70, Bd. 3: Economic policy, Manchester 2004.

- Toye, Richard*, The Labour Party and the Planned Economy, 1931–1951, Woodbridge/Suffolk 2003.
- Turowski, Jan*, Sozialdemokratische Reformdiskurse, Wiesbaden 2010.
- Uertz, Rudolf*, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981.
- Utley, Thomas Edwin*, Enoch Powell: The man and his thinking, London 1968.
- Vernon, James*, Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867, Cambridge 1993.
- Vonyó, Tamás*, The economic consequences of the War. West Germany's growth miracle after 1945, Cambridge 2018.
- Walter, Franz*, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002.
- Warde, Alan*, Consensus and beyond. The development of Labour Party strategy since the second world war, Manchester 1982.
- Wass, Douglas*, Decline to fall. The making of British macro-economic policy and the 1976 IMF crisis, Oxford 2008.
- Wehler, Hans-Ulrich*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008.
- Weidner, Tobias*, Die Geschichte des Politischen in der Diskussion, Göttingen 2012.
- Wickham-Jones, Mark*, Economic Strategy and the Labour Party. Politics and Policy-Making, 1970–83, Houndmills etc. 1996.
- Wiener, Martin J.*, English culture and the decline of the industrial spirit, 1850–1980, 2. Aufl., Cambridge, U.K./New York 2004.
- Williamson, Adrian*, Conservative Economic Policymaking and the Birth of Thatcherism, 1964–1979, Houndmills/Basingstoke/Hampshire etc. 2015.
- Williamson, Philip*, Stanley Baldwin: Conservative Leadership and National Values, Cambridge 1999.
- Wilson, Trevor*, The Downfall of the Liberal Party, 1914–1935, London 2011 (zuerst London 1966).
- Winkler, Heinrich August*, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000.
- Wirsching, Andreas*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.
- Wolfrum, Edgar*, Die Bundesrepublik 1949–1990, 10., völlig neu bearb. Aufl., Stuttgart 2007.
- Wolfrum, Edgar*, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013.
- Young, Hugo*, This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair, London/Basingstoke 1998.
- Zolleis, Udo*, Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit, Wiesbaden 2008.

Sammelbände, Lexika, Zeitschriften

- Abelshauser, Werner* (Hrsg.), Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, Berlin/Boston 2016.
- Addison, Paul/Jones, Harriet* (Hrsg.), A companion to contemporary Britain. 1939–2000, Malden, MA 2005.
- Abrens, Ralf/Böick, Marcus/vom Lehn, Marcel* (Hrsg.), Vermarktlichung. Zeithistorische Perspektiven auf ein umkämpftes Feld, Zeithistorischen Forschungen 12, 2015, H. 3.
- Abrens, Ralf/Gehlen, Boris/Reckendrees, Alfred* (Hrsg.), Die »Deutschland AG« Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus, Essen 2013.

- Archiv für Sozialgeschichte* (AfS) 44, 2004 Rahmenthema »Die Siebziger Jahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland«).
- Archiv für Sozialgeschichte* (AfS) 52, 2012 (Rahmenthema »Wandel des Politischen: Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre«).
- Ball, Stuart/Seldon, Anthony (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996.
- Berthezène, Clarisse/Vinel, Jean-Christian (Hrsg.), *Postwar Conservatism. A Transnational Investigation: Britain, France, and the United States 1930–1990*, Cham 2017.
- Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen/Andresen, Knud (Hrsg.), *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn 2011.
- Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2004.
- Büllow, Christoph von (Hrsg.), *Die Schüler-Union. Tendenzwende an den Schulen?*, Bonn 1975.
- Burkard, Dominik/Weiß, Wolfgang (Hrsg.), *Katholische Theologie im Nationalsozialismus*, Bd. 1: Institutionen und Strukturen, 1. Teilband, Würzburg 2007.
- Die 1970er Jahre – Inventur einer Umbruchzeit, *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 3, 2006.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016.
- Dowe, Dieter, (Hrsg.), *Kurt Schumacher und der »Neubau« der deutschen Sozialdemokratie nach 1945*, Bonn/Bad Godesberg 1996.
- Encyklopedia Britannica (2016), URL: <http://www.britannica.com/topic/neoliberalism> [20.5.2018].
- Ferguson, Niall/Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel J. (Hrsg.), *The shock of the global. The 1970s in perspective*, Cambridge, Mass./London 2010.
- Forster, Laurel/Harper, Sue (Hrsg.), *British Culture and Society in the 1970s. The Lost Decade*, Newcastle 2010.
- Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003.
- Gailus, Manfred (Hrsg.), *Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933–1945*, Göttingen 2015.
- Gailus, Manfred/Vollnhals, Clemens (Hrsg.), *Für ein artgemäßes Christentum der Tat. Völkische Theologen im »Dritten Reich«*, Göttingen 2016.
- Gehler, Michael/Kaiser, Wolfram (Hrsg.), *Christian Democracy in Europe since 1945*, Bd. 2, London/New York 2004.
- Goltz, Anna von der/Waldschmidt-Nelson, Britta (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge 2017.
- Hall, Peter A. (Hrsg.), *The political power of economic ideas. Keynesianism across nations*, Princeton, NJ 1989.
- Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, New York 2001.
- Herbert, Ulrich/Raphael, Lutz (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002.
- Hertfelder, Thomas/Rödter, Andreas (Hrsg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007.
- Jackson, Ben/Saunders, Robert (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012.
- Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

- Jones, Harriet/Kandiah, Michael* (Hrsg.), *The Myth of consensus. New views on British history, 1945–64*, Houndmills 1996.
- Lessenich, Stephan* (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt am Main 2003.
- Leusen, Sonja/Torp, Cornelius* (Hrsg.), *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016.
- Mason, Robert/Morgan, Iwan* (Hrsg.), *The liberal consensus reconsidered. American Politics and Society in the Postwar Era*, Gainesville 2017.
- Metzler, Gabriele/Wildt, Michael* (Hrsg.), *Über Grenzen. 48. Deutscher Historikertag in Berlin 2010. Berichtsband*, Göttingen 2012.
- Mirowski, Philip/Plehw, Dieter* (Hrsg.), *The road from Mont Pèlerin. The making of the neo-liberal thought collective*, Cambridge, Mass. 2009.
- Oexle, Otto Gerhard* (Hrsg.), *Das Problem der Problemgeschichte 1880–1932*, Göttingen 2001.
- Raitbel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas* (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009.
- Reichardt, Rolf* (Hrsg.), *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820*, 16 Bde., München 1985–2000.
- Reitmayer, Morten/Rosenberger, Ruth* (Hrsg.), *Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive*, Essen 2008.
- Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas* (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014.
- Ruck, Michael/Boldorf, Marcel* (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 4: *Bundesrepublik 1957–1966. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes*, Baden-Baden 2007.
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.
- Schulz, Günther* (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 3: *Bundesrepublik 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität*, Baden-Baden 2005.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin* (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995.
- Wewer, Göttrik* (Hrsg.), *Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998*, Opladen 1998.

Aufsätze

- Abelshauer, Werner*, *Umbruch und Persistenz. Das deutsche Produktionsregime in historischer Perspektive*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27, 2001, S. 503–523.
- Abelshauer, Werner/Kopper, Christopher*, *Ordnungspolitik der sichtbaren Hand. Das Bundeswirtschaftsministerium und die Kunst der Wirtschaftspolitik*, in: *Abelshauer, Werner* (Hrsg.), *Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik*, Berlin/Boston 2016, S. 22–93.
- Allen, Christopher A.*, *The Underdevelopment of Keynesianism in the Federal Republic of Germany*, in: *Hall, Peter A.* (Hrsg.), *The political power of economic ideas. Keynesianism across nations*, Princeton, NJ 1989, S. 263–289.

- Altmann, Georg*, Planung in der Marktwirtschaft? Zur Neuausrichtung der westdeutschen Wirtschaftspolitik durch das Stabilitätsgesetz von 1967, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Requate, Jörg (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004, S. 31–42.
- Ambrosius, Gerold*, Ursachen der Deindustrialisierung Westeuropas, in: Abelshäuser, Werner (Hrsg.), Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive, Göttingen 1994, S. 191–221.
- Ambrosius, Gerold*, Agrarstaat oder Industriestaat – Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel im 20. Jahrhundert, in: Spree, Reinhard (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 50–69.
- Ashford, Nigel*, The European Economic Community, in: Layton-Henry, Zig (Hrsg.), Conservative Party Politics, London 1980, S. 95–125.
- Bartels, Tobias*, Sprache und Ideologie des Konservatismus. Zur Differenz vom moderaten und radikalen konservativen politischen Denken in der Bundesrepublik Deutschland, in: Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hrsg.), Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden 2017, S. 209–232.
- Baston, Lewis*, The Social Market Foundation, in: Contemporary British History 10, 1996, S. 62–72.
- Baston, Lewis/Seldon, Anthony*, Number 10 under Edward Heath, in: Ball, Stuart/Seldon, Anthony (Hrsg.), The Heath government, 1970–1974. A reappraisal, London/New York 1996, S. 47–74.
- Behrens, Manfred/Dieckmann, Walther/Kehl, Erich*, Politik als Sprachkampf. Zur konservativen Sprachkritik und Sprachpolitik seit 1972, in: Heringer, Hans-Jürgen (Hrsg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982, S. 216–265.
- Berger, Stefan*, Die britische Labour Party, 1945–2000, in: Dowe, Dieter (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem zweiten Weltkrieg, Bonn 2001, S. 87–116.
- Boas, Taylor C./Gans-Morse, Jordan*, Neoliberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan, in: Studies in Comparative International Development, 06/2009, S. 137–161.
- Bödeker, Hans Erich*, Ausprägungen der historischen Semantik in den historischen Kulturwissenschaften, in: Ders. (Hrsg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 7–27.
- Bösch, Frank*, Politik als kommunikativer Akt. Formen und Wandel der Gesprächsführung im Parteivorstand der fünfziger und sechziger Jahre, in: Föllmer, Moritz (Hrsg.), Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, Stuttgart 2004, S. 197–214.
- Bogdanor, Vernon*, 1974. The crisis of Old Labour, in: Seldon, Anthony/Hickson, Kevin (Hrsg.), New Labour, old Labour. The Wilson and Callaghan governments, 1974–79, London/New York 2004, S. 5–17.
- Bösch, Frank*, Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Jaraus, Konrad H. (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 296–309.
- Bösch, Frank*, Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970/80er Jahren, in: AfS 52, 2012, S. 191–210.
- Borchardt, Knut*, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Broszat, Martin (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 21–33.
- Brenner, Robert*, The Economics of Global Turbulence, in: New Left Review 229, 1998, S. 1–265.

- Brittan, Samuel*, How British is the British Sickness?, in: *Journal of Law and Economics* 21, 1978, Nr. 2, S. 245–268.
- Broadberry, Stephen*, Economic policy, in: Hollowell, Jonathan (Hrsg.), *Britain since 1945*, Oxford 2003, S. 383–403.
- Brückweh, Kerstin/Steber, Martina*, Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuanätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen, in: *AfS* 50, 2010, S. 671–701.
- Bublitz, Hannelore*, Diskursanalyse als Gesellschafts->Theorie<. »Diagnostik« historischer Praktiken am Beispiel der »Kulturkrisen«-Semantik und der Geschlechterordnung um die Jahrhundertwende, in: Dies./Bühmann, Andrea/Hanke, Christine/Seier, Andrea (Hrsg.), *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 22–48.
- Burgess, Simon/Aldermann, Geoffrey*, Centre for Policy Studies. The Influence of Sir Alfred Sherman, in: *Contemporary Record* 4, 1990, Nr. 2, S. 14 f.
- Cairncross, Alec*, The Heath Government and the British Economy, in: Ball, Stuart/Seldon, Anthony (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 107–138.
- Conze, Eckart*, Jenseits von Männern und Mächten. Geschichte der internationalen Politik als Systemgeschichte, in: Kraus, Hans-Christof/Nicklas, Thomas (Hrsg.), *Geschichte der Politik, Alte und neue Wege*, München 2007, S. 41–66.
- Conway, Martin*, The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973, in: *Contemporary European History* 13, 2004, S. 67–88.
- Crafts, N. F. R.*, Reversing Relative Economic Decline? The 1980s in Historical Perspective, in: *Oxford Review of Economic Policy* 7, 1991, S. 81–89.
- Crafts, N. F. R.*, The Golden Age of Economic Growth in Western Europe, 1950–1973, in: *Economic History Review* 48, 1995, S. 429–447.
- Crafts, N. F. R./Fearon, Peter*, Lessons from the Great Depression, in: *Oxford Review of Economic Policy* 26, 2010, S. 285–317.
- Crewe, Ivor*, Has the Electorate Become Thatcherite?, in: Skidelsky, Robert (Hrsg.), *Thatcherism*, London 1988, S. 25–49.
- Daniel, Ute*, Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 48, 1997, S. 195–219.
- Dietrich, Tobias*, Laufen als Heilsuche? Körperliche Selbstfindung von den 1970er bis zu den 1990er Jahren in transatlantischer Perspektive, in: Eitler, Pascal/Elberfeld, Jens (Hrsg.), *Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung, Politisierung, Emotionalisierung*, Bielefeld 2015, S. 145–160.
- Dittberner, Jürgen*, Der Wirtschaftsrat der CDU e. V., in: Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973, S. 200–228.
- Doering-Manteuffel, Anselm*, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: *VfZ* 4, 2007, S. 559–581.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz*, Der Epochenbruch in den 1970er Jahren: Thesen zur Phänomenologie und Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«, in: Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen/Andresen, Knud (Hrsg.), *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn 2011, S. 25–40.
- Doering-Manteuffel, Anselm*, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: *VfZ* 62, 2014, S. 321–348.
- Doering-Manteuffel, Anselm*, Die Vielfalt der Strukturbrüche und die Dynamik des Wandels in der Epoche nach dem Boom, in: Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), *Die An-*

- fänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 135–145.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Leonhard, Jörn*, Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie, in: Dies., (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 13–33.
- Dorey, Peter*, Individual Liberty versus Industrial Order: Conservatives and the Trade Union Closed Shop 1946–90, in: Contemporary British History 23, 2009, S. 221–244.
- Eley, Geoff*, End of the Post-War? The 1970s as a Key Watershed in European History, in: JMEH 9, 2011, S. 12–17.
- Epstein, James*, Introduction. New Directions in Political History, in: The Journal of British Studies 41, 2002, S. 255–258.
- Faulenbach, Bernd*, Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: AfS 44, 2004, S. 1–37.
- Fay, Marie-Therese/Meehan, Elizabeth*, British Decline and European Integration, in: English, Richard/Kenny, Michael (Hrsg.), Rethinking British Decline, Basingstoke/London 2000, S. 210–230.
- Ferguson, Niall*, Introduction: Crisis, What Crisis? the 1970s and the Shock of the Global, in: Ders./Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel J. (Hrsg.), The shock of the global. The 1970s in perspective, Cambridge, Mass./London 2010, S. 1–21.
- Fielding, Steven*, The 1974–9 Governments and >New< Labour, in: Seldon, Anthony/Hickson, Kevin (Hrsg.), New Labour, old Labour. The Wilson and Callaghan governments, 1974–79, London/New York 2004, S. 285–295.
- Fielding, Steven*, Rethinking the >Rise and Fall< of Two-Party Politics, in: Addison, Paul/Lones, Harriet (Hrsg.), A companion to contemporary Britain. 1939–2000, Malden, MA 2005, S. 351–369.
- Fischer, Karin*, The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet, in: Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hrsg.), The road from Mont Pèlerin. The making of the neoliberal thought collective, Cambridge, Mass. 2009, S. 305–346.
- Frevert, Ute*, Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: Dies./Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main 2005, S. 7–26.
- Frommelt, Reinhard*, Die CDU und das liberale Erbe, in: Schönbohm, Wulf/Braun, Günther E. (Hrsg.), CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München/Wien 1981, S. 17–33.
- Gamble, Andrew*, The Decline of the Conservative Party, in: Marxism Today, November 1979, S. 6–11.
- Gassert, Philipp*, Transnationale Geschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 16.2.2010, URL: https://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte?oldid=75537 [25.5.2015].
- Geppert, Dominik*, Großbritannien seit 1979: Politik und Gesellschaft, in: Neue Politische Literatur 54, 2009, S. 61–86.
- Geppert, Dominik*, Der Thatcher-Konsens. Der Einsturz der britischen Nachkriegsordnung in den 1970er und 1980er Jahren, in: Journal of Modern European History 9, 2011, S. 170–194.
- Geppert, Dominik*, Thatcher und die »Englische Krankheit«, in: Frei, Norbert/Süß, Dietmar (Hrsg.), Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 51–68.
- Geppert, Dominik*, Wie liberal ist der britische Konservatismus? Staat, Gesellschaft und Individuum in der Programmatik der Tory-Party im 19. und 20. Jahrhundert, in: Großheim, Mi-

- chael/Hennecke, Hans Jörg (Hrsg.), Staat und Ordnung im konservativen Denken, Baden-Baden 2013, S. 210–229.
- Geppert, Dominik, Konservative Revolutionen? Thatcher, Reagan und das Feindbild des consensus liberalism, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Leonhard, Jörn (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 271–289.
- Geulen, Christian, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 7, 2010, Textabschnitt 1, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Geulen-1-2010> [21.5.2017].
- Geyer, Martin H., Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: AFS 50, 2010, S. 643–669.
- Geyer, Martin H., Elisabeth Noelle-Neumann's »Spiral of Silence«, the Silent Majority, and the Conservative Moment of the 1970s, in: Goltz, Anna von der/Waldschmidt-Nelson, Britta (Hrsg.), Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s, Cambridge 2017, S. 251–274.
- Goldschmidt, Nils, Wirtschaft und Gesellschaft miteinander versöhnen. Protestantische Wurzeln und katholische Zweige der Sozialen Marktwirtschaft, in: Löffler, Bernhard/Hochgeschwender, Michael (Hrsg.), Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos. Kulturgeschichtliche Entwicklungen in Westeuropa und den USA, Bielefeld 2010, S. 205–220.
- Gould, Julius/Anderson, Digby, Thatcherism and British Society, in: Minogue, Kenneth R./Bid-diss, Michael (Hrsg.), Thatcherism. Personality and Politics, London 1987, S. 38–55.
- Graf, Rüdiger/Jarusch, Konrad H., »Crisis« in Contemporary History and Historiography, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 27.3.2017, URL: http://docupedia.de/zg/Graf_jarusch_crisis_en_2017?oldid=127998 [12.8.2017].
- Graniéri, Ronald J., Wohlstand oder Solidarität? Katholiken und Christdemokraten auf der Suche nach einer sozialen Marktwirtschaft, in: Löffler, Bernhard/Hochgeschwender, Michael (Hrsg.), Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos. Kulturgeschichtliche Entwicklungen in Westeuropa und den USA, Bielefeld 2010, S. 221–235.
- Grebing, Helga, Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, Teil II, in: Dies. (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – katholische Soziallehre – protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, 2. Aufl., Wiesbaden 2005.
- Green, E. H. H., The Conservative party, the State and the Electorate, 1945–1964, in: Taylor, Miles/Lawrence, Jon (Hrsg.), Party, State and Society: Electoral Behaviour in Modern Britain since 1820, Aldershot 1997, S. 176–199.
- Hacke, Jens, Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit, in: Geppert, Dominik/Ders. (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980. Göttingen 2008, S. 188–206.
- Hall, Catherine/MacClelland, Keith/Rendall Jane, Introduction, in: Dies. (Hrsg.), Defining the Victorian nation. Class, race, gender and the British Reform Act of 1867, Cambridge 2000, S. 1–70.
- Hall, Peter A., The movement from Keynesianism to monetarism: Institutional analysis and British economic policy in the 1970s, in: Steinmo, Sven/Thelen, Kathleen Ann/Longstreth, Frank (Hrsg.), Structuring politics. Historical institutionalism in comparative analysis, Cambridge/New York 1992, S. 90–113.
- Hall, Stuart, The Great Moving Right Show, in: Marxism Today 23, Nr. 1, Januar 1979, S. 14–20.
- Hames, Tim/Feasey, Richard, Anglo-American think tanks under Reagan and Thatcher, in: Adonis, Andrew/Hames, Tim (Hrsg.), A conservative revolution? The Thatcher-Reagan decade in perspective, Manchester/New York 1994, S. 215–237.

- Hannab, Leslie*, A Failed Experiment. The State Ownership of Industry, in: Floud, Roderich (Hrsg.), *The Cambridge Economic History of Modern Britain*, Bd. 3: Structural Change and Growth, Cambridge 2004, S. 84–111.
- Harmon, Mark D.*, The 1976 UK-IMF crisis. The markets, the Americans, and the IMF, in: *Contemporary British History* 11, 2008, S. 1–17.
- Harris, Jose*, Labour's Political and Social Thought, in: Tanner, Duncan (Hrsg.), *Labour's First Century*, Cambridge 2000, S. 8–45.
- Harris, Michael*, The Centre for Policy Studies: The Paradoxes of Power, in: *Contemporary History* 10, 1996, Nr. 2, S. 51–64.
- Harrison, Brian*, The Rise, Fall and Rise of Political Consensus in Britain Since 1940, in: *History* 84, 1999, S. 308–310.
- Hay, Colin*, Narrating Crisis: The Discursive Construction of the Winter of Discontent, in: *Sociology* 30, 1996, Nr. 2, S. 253–277.
- Hay, Colin*, Crisis and the structural transformation of the state. Interrogating the process of change, in: *British Journal of Politics and International Relations* 1, 1999, Nr. 3, S. 317–344.
- Hay, Colin*, How to study the Labour Party: contextual, analytical and theoretical issues, in: Callaghan, John T./Fielding, Steven/Ludlam, Steve (Hrsg.), *Interpreting the Labour Party. Approaches to Labour politics and history*, Manchester/New York 2003, S. 182–196.
- Hay, Colin*, Chronicals of a Death Foretold: The Winter of Discontent and Construction of the crisis of British Keynesianism, in: *Parliamentary Affairs* 63, 2010, S. 446–470.
- Heer, Sebastian*, Mythos und kollektive Selbstdeutung. Das »Wirtschaftswunder« als transzendentes Fundament früher bundesrepublikanischer Ordnungskonstruktion, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), *Die Machbarkeit politischer Ordnung. Transzendenz und Konstruktion*, Bielefeld 2013, S. 127–155.
- Hertfelder, Thomas*, »Modell Deutschland« – Erfolgsgeschichte oder Illusion?, in: *Ders./Andreas Rödder* (Hrsg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007, S. 9–27.
- Hildebrand, Daniel*, Die Geschichtlichkeit des Ahistorischen. Der moderne Staat als evolutionärer kultureller Zusammenhang, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 90, 2008, S. 51–78.
- Hochgeschwender, Michael*, Der Kongress für kulturelle Freiheit als Instrument der Reorientation, in: Gerund, Katharina/Paul, Heike (Hrsg.), *Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf »America's Germany«*, Bielefeld 2015, S. 35–60.
- Hockerts, Hans Günter*, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: *Historisches Jahrbuch* 113, 1993, S. 98–127.
- Hockerts, Hans Günter*, Einführung, in: *Ders./Winfried Süß* (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik und Großbritannien im Vergleich*, München 2010, S. 9–18.
- Hockerts, Hans Günter*, Konrad Adenauer – ein »Rheinischer Kapitalist«?, in: *Ders./Schulz, Günther* (Hrsg.), *Der »Rheinische Kapitalismus« in der Ära Adenauer*, Paderborn 2016, S. 187–202.
- Hoeres, Peter*, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: *VfZ* 61, 2013, S. 93–119.
- Hoeres, Peter*, Gefangen in der analytisch-normativen Westernisierung der Zeitgeschichte. Eine Kritik am Konzept der Zeitbögen, in: *VfZ* 63, 2015, S. 427–436.
- Hoffmann, Wolfgang*, Die Traditionskompanie der sozialen Marktwirtschaft, in: *DIE ZEIT*, 24.3.1972.
- Holmes, Martin*, The Heath Government reassessed, in: *Contemporary Record* 3, 1998, S. 26 f.
- Howell, David*, Defiant dominoes: working miners and the 1984–5 strike, in: Jackson, Ben/Saunders, Robert (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 148–164.

- Jackson, Ben*, Property-Owning Democracy: A Short History, in: O'Neill, Martin/Williamson, Thad (Hrsg.), Property-Owning Democracy: Rawls and Beyond, Malden, Mass. 2012, S. 33–52.
- Jackson, Ben*, The think-tank archipelago: Thatcherism and neo-liberalism, in: Jackson, Ben/Saunders, Robert (Hrsg.), Making Thatcher's Britain, Cambridge 2012, S. 43–61.
- Jarausch, Konrad H.*, Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen 3, 2006, S. 334–341.
- Jones, Harriet*, >New Conservatism< ? The Industrial Charter, Modernity and the Reconstruction of British Conservatism after the War, in: Conekin, Becky/Mort, Frank/Waters, Chris (Hrsg.), Moments of Modernity? Reconstructing Britain, 1945–1966, London/New York 1999, S. 171–188.
- Kämper, Heidrun*, Krise und Sprache: Theoretische Anmerkungen, in: Mergel, Thomas/Babrowski, Jörg (Hrsg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt am Main 2010, S. 241–255.
- Kerr, Peter*, The Postwar Consensus: a Woozle that wasn't?, in: Marsh, David u. a. (Hrsg.), Postwar British politics in perspective, Cambridge 1999, S. 66–86.
- Koselleck, Reinhart*, Einleitung, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Ders. (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII.
- Koselleck, Reinhart*, >Erfahrungsraum< und >Erwartungshorizont< – zwei historische Kategorien, in: Ders. (Hrsg.), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 349–375.
- Koselleck, Reinhart*, Krise, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Ders. (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1995, S. 617–650.
- Kraus, Hans-Christof/Nicklas, Thomas*, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 1–12.
- Kremendahl, Hans*, Die Freiheit-Sozialismus-Diskussion im Bundestagswahlkampf 1976 und das Verhältnis von Konsens und Konflikt im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.), Politische Theorie: Begründungszusammenhänge in der Politikwissenschaft, Stuttgart 1978, S. 109–135.
- Kruke, Anja*, Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 293–326.
- Landwehr, Achim*, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85, 2003, S. 71–117.
- Landwehr, Achim*, Diskurs und Diskursgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Diskurs_und_Diskursgeschichte?oldid=122557 [11.9.2017].
- Lange, Thorsten*, Die Bedeutung der Neuen Vertragstheorie für die Neoliberale Wende, in: Raphael, Lutz/Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit, München 2006, S. 173–191.
- Lawrence, Pieter*, The Marxism of Enoch Powell, in: Socialist Standard, Nr. 732 (August 1965), URL: <http://www.worldsocialism.org/spgb/socialist-standard/1960s/1965/no-732-august-1965/maxims-enoch-powell> [10.5.2018].
- Laybourn, Keith*, The Rise of Labour and the Decline of Liberalism: The State of the Debate, in: History 80, 1995, S. 207–226.
- Leendertz, Ariane*, Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben?, in: VfZ 65, 2017, S. 191–217.

- Leisering, Lutz*, Der deutsche Nachkriegssozialstaat. Entfaltung und Krise eines zentristischen Sozialmodells, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 423–443.
- Lemke, Thomas*, The Birth of Bio-Politics. Michel Foucault's Lecture at the Collège de France on Neo-Liberal Governmentality, in: *Economy & Society* 30, 2001, Nr. 2, S. 190–207.
- Leusen, Sonja*, Einführung: Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42, 2016, S. 213–242.
- Löffler, Bernhard*, Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Kraus, Hans-Christof/Nicklas, Thomas (Hrsg.), *Geschichte der Politik, Alte und neue Wege*, München 2007, S. 155–180.
- Lottes, Günther*, »The State of the Art«. Stand und Perspektiven der »intellectual history«, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), *Neue Wege der Ideengeschichte*, Paderborn 1996, S. 27–45.
- Lowe, Rodney*, Life Begins in the Seventies? Writing and Rewriting the History of Postwar Britain, in: *Journal of Contemporary History* 42, 2007, S. 161–169.
- Maier, Charles S.*, Two Sorts of Crisis? The »long« 1970s in the West and the East, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 49–62.
- Marx, Christian*, Die Vermarktlichung des Unternehmens. Berater, Manager und Beschäftigte in der westdeutschen Chemiefaserindustrie seit den 1970er-Jahren, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, 12 (3), 2015: Themenheft Vermarktlichung, S. 403–426.
- Mayer, Tilman*, Ein christlicher Gewerkschaftler im Widerstand. Jacob Kaiser und der 20. Juli 1944, in: Ringshausen, Gerhard/von Voss, Rüdiger (Hrsg.), *Widerstand und Verteidigung des Rechts*, Bonn 1997, S. 107–132.
- McCarthy, Patrick*, Britain: The Melancholy Pleasure of Decline, in: Ders./Jones, Eric (Hrsg.), *Disintegration or transformation. The crisis of the state in advanced industrial societies*, New York 1995, S. 179–197.
- Mergel, Thomas*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28, 2002, S. 574–606.
- Mergel, Thomas*, »Sehr verehrter Herr Kollege«. Zur Symbolik der Sprache im Reichstag der Weimarer Republik, in: Schlögl, Rudolf/Giesen, Bernhard/Osterhammel, Jürgen (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften*, Konstanz 2004, S. 369–394.
- Mergel, Thomas*, Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: Stollberg-Rilinger, Barbara (Hrsg.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Münster 2005, S. 255–276.
- Mergel, Thomas*, Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Ders./Baberowski, Jörg (Hrsg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt am Main 2010, S. 9–22.
- Mergel, Thomas*, Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22. 10. 2012, URL: http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=123563 [13. 8. 2017].
- Metzler, Gabriele*, »Ein deutscher Weg«. Die Liberalisierung der Telekommunikation in der Bundesrepublik und die Grenzen politischer Reformen in den 1980er Jahren, in: *Afs* 52, 2012, S. 163–190.
- Minford, Patrick*, Mrs Thatcher's Economic Reform Programme, in: Skidelsky, Robert/Barry, Brian (Hrsg.), *Thatcherism*. Oxford, UK/Cambridge, Mass. 1988, S. 93–106.

- Mitchell, Maria*, Materialism and Secularism: CDU Politicians and National Socialism, 1945–1949, in: *Journal of Modern History* 67, 1995, S. 278–308.
- Moran, Michael*, The Conservative Party and the Trade Unions Since 1974, in: *Political Studies* 27, 1979, S. 38–53.
- Müller-Jentsch, Walther*, Mitbestimmung zwischen wirtschaftlicher Effizienz und demokratischem Anspruch, in: Ders., *Arbeit und Bürgerstatus. Studien zur sozialen und industriellen Demokratie*, Wiesbaden 2008, S. 181–199.
- Muller, Christopher*, The Institute of Economic Affairs. Undermining the Post-War Consensus, in: *Contemporary British History* 10, 1996, S. 88–110.
- Nöhl, Markus*, Automobile Symbole im Umbruch. Automobilkritik und Symbolproduktion am Ende des Booms 1965–1975, in: Tilly, Stephanie/Triebel, Florian (Hrsg.), *Automobilindustrie 1945–2000. Eine Schlüsselindustrie zwischen Boom und Krise*, München 2013, S. 363–385.
- Nugent, Neill*, The National Association for Freedom, in: King, Roger/Nugent, Neill (Hrsg.), *Respectable rebels. Middle class campaigns in Britain in the 1970s*, London 1979, S. 76–100.
- Pauby, Walter*, Hegel und die Frage nach dem Staat, in: *Der Staat* 39, 2000, S. 381–396.
- Pemberton, Hugh*, The Transformation of the Economy, in: Addison/Jones (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain*, S. 180–202.
- Phillips, Alban W.*, The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957, in: *Economica* 25, 1958, Nr. 100, S. 283–299.
- Pimlott, Ben*, Is the ›postwar consensus‹ a myth?, in: *Contemporary Record* 3, 1989, S. 12–15.
- Plehwé, Dieter*, The Politics of Policy Think Tanks: Organizing Expertise, Legitimacy and Counter-Expertise in Policy Networks, in: Fischer, Frank (Hrsg.), *Handbook of Critical Policy Studies*, Cheltenham 2015, S. 358–379.
- Pollard, Sidney*, Keynesianismus und Wirtschaftspolitik seit der großen Depression, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10, 1984, S. 185–210.
- Pollard, Sidney*, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Voll, Angelika (Hrsg.), *Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. Aufl., Frankfurt am Main/New York 1999, S. 295–329.
- Quaas, Friedrun*, Alfred Müller-Armacks Idee der »Sozialen Irenik« und ihre Anwendungsmöglichkeiten, in: Hasse, Rolf H./Dies., (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft*, Bern/Stuttgart/Wien 2002, S. 207–225.
- Ramsden, John*, The Prime Minister and the making of policy, in: Ball, Stuart/Seldon, Anthony (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 21–46.
- Raphael, Lutz*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22, 1996, S. 165–193.
- Rödder, Andreas*, Das »Modell Deutschland« zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: *VfZ* 54, 2006, S. 345–363.
- Rödder, Andreas*, Klis neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: *HZ* 283, 2006, S. 657–688.
- Rödder, Andreas*, Sicherheitspolitik und Sozialkultur. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Geschichtsschreibung des Politischen, in: Kraus, Hans-Christof/Nicklas, Thomas (Hrsg.), *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*, München 2007, S. 95–125.
- Rollings, Neil*, Poor Mr Butskell: A Short Life, Wrecked by Schizophrenia, in: *Twentieth Century British History* 5, 1994, S. 183–205.

- Ruck, Michael*, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*, S. 326–401.
- Ruck, Michael*, Westdeutsche Planungsdiskurse und Planungspraxis der 1960er Jahre im internationalen Kontext, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Requate, Jörg (Hrsg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 289–325.
- Samuel, Raphael*, Mrs. Thatcher's Return to Victorian Values, in: Smout, T. C. (Hrsg.), *Victorian Values*, Oxford 1992, S. 9–29.
- Saunders, Robert*, »Crisis? What crisis?«. Thatcherism and the seventies, in: Jackson, Ben/Saunders, Robert (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 25–42.
- Schanetzky, Tim*, Ölpreisschock 1973. Wendepunkt des wirtschaftspolitischen Denkens, in: Rödder, Andreas/Elz, Wolfgang (Hrsg.), *Deutschland in der Welt. Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2010, S. 67–81.
- Schasching, Johannes*, Der gesellschaftliche Ordnungsgedanke in *Rerum norvarum* und *Quadragesimo anno*, in: Utz, Arthur F. (Hrsg.), *Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung*, Trier 1991, S. 67–84.
- Schildt, Axel*, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AFS 44, 2004, S. 449–478.
- Schildt, Axel*, Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: AFS 52, 2012, S. 21–46.
- Schlemmer, Thomas*, Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen, in: Reitmayer, Morten/Ders. (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014, S. 7–12.
- Schmid, Josef*, Der Machtwechsel und die Strategie des konservativ-liberalen Bündnisses, in: Süß, Werner (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik*, Opladen 1991, S. 19–34.
- Schmidt, Daniel*, »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung von »1968«, in: Kersting, Franz-Werner (Hrsg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 85–107.
- Schneider, Michael*, Unternehmer und soziale Demokratie. Zur unternehmerischen Argumentation in der Mitbestimmungsdebatte der sechziger Jahre, in: AFS 13, 1973, S. 243–288.
- Scholtyssek, Joachim*, Die FDP in der Wende, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 19, 2013, S. 197–220.
- Schroeder, Wolfgang*, »Konzertierte Aktion« und »Bündnis für Arbeit«: Zwei Varianten des deutschen Korporatismus, in: Zimmer, Annette/Wessels, Bernhard (Hrsg.), *Verbände und Demokratie in Deutschland*, Opladen 2001, S. 29–54.
- Schulman, Bruce J.*, The Empire Strikes Back – Conservative Responses to Progressive Social Movements in the 1970s, in: *Journal of Contemporary History* 43, 2008, S. 695–700.
- Schulz, Günter*, Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Regierungswechsel 1982. Eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik?, in: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto/Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.), *Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz*, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 3–14.
- Schulz, Jürgen Michael*, Aktivitäten für die *Neue Zeit*. Emil Dovifat und sein publizistisches Engagement für die CDU, in: Sösemann, Bernd (Hrsg.), *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*, Berlin 1998, S. 187–228.

- Schulze, Max-Stephan/Woodward, Nicholas*, The Emergence of rapid Inflation, in: Coopey, Richard/Woodward, Nicholas (Hrsg.), Britain in the 1970s. The troubled economy, London 1996, S. 106–125.
- Schwarz, Bill*, The End of Empire, in: Addison, Paul/Jones, Harriet (Hrsg.), A companion to contemporary Britain. 1939–2000, Malden, MA 2005, S. 482–498.
- Seibring, Anne*, Die Humanisierung des Arbeitslebens in den 1970er Jahren: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen/Andresen, Knud (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt (en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 107–126.
- Seitz, Norbert*, Der Überlebenskampf der SPD als Volkspartei, in: Kronenberg, Volker/Mayer, Tilman (Hrsg.), Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?, Freiburg im Breisgau 2009, S. 26–42.
- Seldon, Anthony*, The Heath government in history, in: Ball, Stuart/Ders. (Hrsg.), The Heath government, 1970–1974. A reappraisal, London/New York 1996, S. 1–19.
- Skidelsky, Robert*, Labour policy and socialist hopes: the clash that keeps Britain divided, in: The Times, 12. 10. 1976.
- Skidelsky, Robert*, The Origins of Thatcherism. The Audit of Thatcherism, in: Contemporary Record 3, 1989, Nr. 2, S. 12–13.
- Spoerer, Mark*, Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft, in: Hertfelder, Thomas/Rödder, Andreas (Hrsg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007, S. 28–43.
- Steger, Hugo*, Sprache im Wandel, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 20/63, 1989, S. 3–31.
- Steiner, André*, Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?, in: Jarasch, Konrad H. (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 29–48.
- Steinmetz, Willibald*, »Sprechen ist eine Tat bei euch«. Die Wörter und das Handeln in der Revolution von 1848, in: Dowe, Dieter/Haupt, Heinz-Gerhard/Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1089–1138.
- Stollberg-Rilinger, Barbara*, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005, S. 9–24.
- Stollberg-Rilinger, Barbara*, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Ideengeschichte, Stuttgart 2010, S. 7–42.
- Süß, Dietmar*, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 67–104.
- Süß, Winfried*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er Jahre, in: Boll, Friedhelm/Kruke, Anja (Hrsg.), Der Sozialstaat in der Krise, Bonn 2008, S. 95–126.
- Süß, Dietmar/Woyke, Meik*, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: AfS 52, 2012, S. 3–20.
- Süß, Winfried*, Umbau am »Modell Deutschland«. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland »nach dem Boom«, in: Journal of Modern European History 9, 2011, S. 215–240.
- Tanner, Duncan*, Labour and its Membership, in: Ders./Thane, Pat/Tiratsoo, Nick (Hrsg.), Labour's First Century, Cambridge 2007, S. 248–280.
- Taylor, Robert*, The Heath government, industrial policy and the »new capitalism«, in: Ball, Stuart/Seldon, Anthony (Hrsg.), The Heath government, 1970–1974. A reappraisal, London/New York 1996, S. 139–159.

- Taylor, Robert*, The Heath government and industrial relations: myth and reality, in: Ball, Stuart/Seldon, Anthony (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 161–190.
- Taylor, Robert*, The Rise and Fall of the Social Contract, in: Seldon, Anthony/Hickson, Kevin (Hrsg.), *New Labour, old Labour. The Wilson and Callaghan governments, 1974–79*, London/New York 2004, S. 70–103.
- Ther, Philipp*, Der Neoliberalismus, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 5.7.2016, URL: http://docupedia.de/zg/Ther_neoliberalismus_v1_de_2016?oldid=125519 [2.7.2017].
- Thomas, James*, »Bound in by history«. The Winter of Discontent in British politics, 1979–2004, in: *Media, Culture & Society* 29, 2007, S. 263–283.
- Tilly, Richard H.*, Gab es und gibt es ein »deutsches Modell« der Wirtschaftsentwicklung?, in: Osterhammel, Jürgen/Langewiesche, Dieter/Nolte, Paul (Hrsg.), *Wege der Gesellschaftsgeschichte*, Göttingen 2006, S. 219–237.
- Tomlinson, Jim*, Mr Attlee's Supply-side Socialism, in: *Economic History Review* 46, 1993, S. 1–22.
- Tomlinson, Jim*, »Inventing Decline«. The Falling behind of the British Economy in the Post-War Years, in: *Economic History Review* 49, 1996, S. 731–757.
- Tomlinson, Jim*, Economic Growth, Economic Decline, in: Burk, Kathleen (Hrsg.), *The British Isles since 1945*, Oxford/New York 2003, S. 63–89.
- Tomlinson, Jim*, Managing the Economy, managing the People. Britain c.1931–70, in: *Economic History Review* 58, 2005, S. 555–585.
- Tomlinson, Jim*, Economic »Decline« in Post-War Britain, in: Addison, Paul/Jones, Harriet (Hrsg.), *A companion to contemporary Britain. 1939–2000*, Malden, MA 2005, S. 164–179.
- Toye, Richard*, From »Consensus« to »Common Ground«: The Rhetoric of the Postwar Settlement and its Collapse, in: *Journal of Contemporary History* 48, 2013, S. 3–23.
- Tribe, Keith*, Liberalism and Neoliberalism in Britain, 1930–1980, in: Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hrsg.), *The road from Mont Pèlerin. The making of the neoliberal thought collective*, Cambridge, Mass. 2009, S. 68–97.
- Vernon, James*, What is a cultural history of politics?, in: *History Workshop Journal* 52, 2001, S. 261–265.
- Voegelin, Eric*, Der Liberalismus und seine Geschichte, in: Forster, Karl (Hrsg.), *Christentum und Liberalismus*, München 1960, S. 13–42.
- Wahrman, Dror*, The New Political History. A Review Essay, in: *Social History* 21, 1996, S. 343–354.
- Walsha, Robert*, The One Nation Group and One Nation Conservatism, 1950–2002, in: *Contemporary British History*, 17, 2003, S. 69–120.
- Wehler, Hans-Ulrich*, Kommentar, in: Mergel, Thomas/Welskopp, Thomas (Hrsg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997, S. 351–366.
- Wehrs, Nikolai*, Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« und die Tendenzwende der 1970er Jahre, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt am Main/New York 2010, S. 91–112.
- Weiler, Peter*, The Conservatives' Search for a Middle Way in Housing, in: *Twentieth Century British History*, 14, 2003, S. 360–390.
- Wengeler, Martin*, »1968« als sprachgeschichtliche Zäsur, in: Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995, S. 383–404.
- Wengeler, Martin*, »Der alte Streit »hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft« ist vorbei«. Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen, in: Stötzel,

- Georg/Wengeler, Martin (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995, S. 35–91.
- Werding, Martin*, Gab es eine neoliberale Wende? Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre, in: *VfZ* 56, 2008, S. 303–321.
- Wirsching, Andreas*, Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende« von 1982/83, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 9, 2002, S. 127–139.
- Wirsching, Andreas*, Eine »Ära Kohl«? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik, in: *AfS* 52, 2012, S. 667–685.
- Wirsching, Andreas*, »Neoliberalismus« als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Plumpe, Werner/Scholtzseck, Joachim (Hrsg.), *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012, S. 139–150.
- Woyke, Meik*, Zweckbündnis auf Zeit. Das Ende der sozial-liberalen Koalition, in: Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hrsg.), *Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie*, Berlin 2013, S. 342–350.
- Young, John W.*, The Heath government British entry into the European Community, in: Ball, Stuart/Seldon, Anthony (Hrsg.), *The Heath government, 1970–1974. A reappraisal*, London/New York 1996, S. 259–284.
- Zoblnhöfer, Werner/Zoblnhöfer, Reimut*, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl 1982–1989/90. Eine Wende im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft?, in: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto/Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.), *Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz*, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 23–44.

Personenregister

- Aaronovitch, Sam 179
Abelshausen, Werner 104 f., 202, 486
Addison, Paul 68 f., 87
Adenauer, Konrad 98 f., 105, 209, 225, 319, 323,
329, 348 f., 356 f., 404
Agartz, Viktor 95, 110
Albers, Johannes 96
Albert, Michel 107
Alexander, David 382
Allais, Maurice 385
Allende, Salvador 141
Alport, Cuthbert 90
Altmann, Georg 115
Ambrosius, Gerold 135
Arndt, Klaus Dieter 238
Assheton, Ralph 296 f.
Attlee, Clement 67 f., 71, 73–76, 89, 159 f., 166,
297, 506, 512
- Baader, Andreas 460
Bacher, Gerd 254
Baldwin, Stanley 38, 89, 277
Bahr, Egon 235
Balkhausen, Dieter 12
Barber, Anthony 270, 392
Bartels, Tobias 50
Barzel, Rainer 209 f., 241 f., 244, 320, 330 f.
Bauer, Peter 390
Baum, Gerhard 491
Beckerman, Wilfred 174
Beckett, Andy 129, 142
Bell, Daniel 133
Beloff, Max 155, 400
Benn, Tony 138, 166, 240, 266, 283, 506
Benneter, Klaus Uwe 230, 235
Berg, Fritz 348
Bergsdorf, Wolfgang 456 f.
Berthezène, Clarisse 50
Bevan, Aneurin 79
Beveridge, William Henry 73, 84, 88, 296
Bhudia, Devshi 435
Biedenkopf, Kurt 219, 222, 249, 255 f., 325,
329–332, 341, 363–370, 452 f., 455 f., 458 f.,
461, 463 f., 466–474, 482 f., 495, 497, 517,
521, 523
Biffen, John 394
Birch, Nigel 298
Bismarck, Otto von 105, 115
Bismarck, Philipp von 325 f., 338
Blair, Tony 38, 79, 507, 530
- Blake, Robert 301, 373
Blüm, Norbert 248, 322 f., 336, 340, 354 f.,
359–361, 364
Boardman, Tom 266
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 236
Böhm, Franz 99, 103 f., 361, 363, 516
Bogdanor, Vernon 166
Boyson, Rhodes 419, 426
Brakelmann, Günter 236
Brandt, Willy 119, 205, 210, 224, 235 f., 473,
492
Brittan, Samuel 150, 155, 392 f.
Brogan, Colm 383
Brown, Michael Barratt 168 f., 180
Brückweh, Kerstin 46 f., 52
Brunner, Karl 446
Buchanan, James 390
Bucharin, Nikolai 229
Bulloch, Anne 465
Burke, Edmund 292, 402
Buschfort, Hermann 232
Butler, Richard Austen 68, 90 f., 93, 124, 277,
383
Butt, Ronald 392
- Cockett, Richard 387, 398, 442
Cairncross, Alec 83, 274
Callaghan, James 128, 140, 144, 147, 149–152,
178, 181, 189, 202, 208, 220, 223, 270, 392,
419, 435 f., 505
Carrington, Peter (Lord Carrington) 405
Castells, Manuel 134
Castle, Barbara 82 f.
Chataway, Chris 266
Churchill, Winston 68, 71, 88, 161, 277, 294
Clark, Peter 130
Coing, Helmut 363
Congdon, Tim 392, 419
Conway, Martin 121
Conze, Eckart 193
Corbyn, Jeremy 530
Cox, Carolin 400
Crosland, Anthony 76 f., 169–171, 174
Crozier, Brian 400
- Dahrendorf, Ralf 449
Dalberg-Acton, John Emerich Edward (Lord
Acton) 402
Davies, John 265–267, 310
Deist, Heinrich 111

- Dell, Edmund 174
 Detting, Warnfried 329 f., 330, 456
 Dimitrow, Georgi 229
 Dirks, Walter 96 f.
 Disraeli, Benjamin 90, 277
 Doering-Manteuffel, Anselm 12, 21, 27, 45, 54,
 133 f., 193, 197, 294, 443, 501, 527
 Donoughue, Bernard 144 f.
 Dorey, Peter 422
 Dorfman, Robert 186
 Dovifat, Emil 350–352, 355
 Dregger, Alfred 243, 246, 249, 337–340, 475 f.
- Eden, Anthony 85, 90, 277, 300, 308, 313
 Eden, John 266
 Eckert, Rainer 230
 Ehmke, Horst 236, 238
 Ehrenberg, Herbert 206, 238
 Eichler, Willi 111
 Engels, Wolfram 447 f.
 Eppler, Erhard 230, 235 f., 240, 248, 336
 Epstein, James 46–48
 Erhard, Ludwig 100–103, 105, 115, 204, 207,
 210 f., 327, 348, 402, 404, 452, 474, 516
 Eucken, Walter 99 f., 102 f., 361, 385, 451, 479,
 516
- Fanfani, Amintore 347
 Faulenbach, Bernd 205
 Fels, Gerhard 407
 Ferns, Harry 400
 Fetscher, Iring 321
 Fey, Stephen 275
 Fisher, Antony 389
 Fielding, Steven 48
 Filbinger, Hans 246, 475–477
 Foot, Michael 178
 Forster, Laurel 129
 Foucault, Michel 40, 42
 Franke, Egon 232
 Fraser, Michael 292
 Freedden, Michael 50
 Friderichs, Hans 208, 447, 491 f.
 Friedman, Milton 27 f., 45, 61, 294, 373, 385,
 390, 392 f., 406, 415–419, 445 f., 483
 Friedrich, Bruno 236
- Gadamer, Hans-Georg 36
 Gaitskell, Hugh 68, 76 f, 79
 Gamble, Andrew 303
 Garnett, Marc 129, 283
 Gehlen, Arnold 449
 Geißler, Heiner 329, 332, 363, 365, 367, 369,
 468, 472
 Genscher, Hans-Dietrich 491–493
 George, Haimo 478
- Geppert, Dominik 5, 17, 32 f., 140, 158, 294,
 300–303, 362, 374, 386 f., 410, 484, 504
 Gerstenmaier, Eugen 349
 Giersch, Herbert 447
 Gilmour, Ian 276–278, 299, 405, 425, 429, 439
 Goebbels, Joseph 243
 Goltz, Anna von der 50
 Gow, Ian 426
 Gradl, Johann Baptist 248, 322 f.
 Gramsci, Antonio 37, 163, 229, 288, 454
 Granieri, Ronald J. 348
 Grass, Günter 452
 Green, Ewen H. H. 91 f., 158, 262, 281, 294,
 296, 499
 Gscheidle, Kurt 236
- Hahn, Wilhelm 449
 Hall, Peter 46
 Hall, Stuart 163, 175 f., 288
 Harper, Sue 129
 Harris, Ralph 383, 389–395, 397, 403, 407
 Hay, Colin 37, 189
 Hayek, Friedrich August von 26–28, 45, 61,
 163, 252, 294, 297, 372–378, 382–387, 389–
 393, 402, 406, 408, 414–417, 419–421,
 427 f., 435, 440, 448, 450, 461, 475–480, 483,
 492, 518, 521, 524
 Healey, Denis 144, 146 f., 149, 151, 153, 269
 Heath, Edward 87, 138, 140 f., 143, 152, 159,
 176, 188, 262–283, 285–287, 289, 296, 301,
 305, 308, 310, 315, 372 f., 373, 392, 395,
 397–399, 403, 405 f., 413, 422, 424 f., 436,
 510 f., 523,
 Heffer, Eric 166
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 303
 Heye, Uwe-Karsten 473
 Herrmann, Ludolf 449
 Heseltine, Michael 312
 Hesse, Jan-Otmar 99, 445 f.
 Hickel, Rudolf 446
 Hilferding, Rudolf 229
 Hitler, Adolf 243, 351 f.
 Hobsbawn, Eric 12, 120
 Hochhuth, Rolf 452
 Hodgson, Geoff 180
 Hoeres, Peter 27, 449
 Hogg, Quintin (Lord Hailsham) 93, 141
 Holland, Stuart 166–174, 179, 240
 Holmes, Martin 151
 Hoskyns, John 437, 439
 Howe, Geoffrey 282, 287, 295, 394, 421, 429–
 431, 434, 439
 Howell, David 185, 270, 314
 Hutton, Graham 390
- Inglehart, Ronald 133

- Jackson, Ben 49, 394, 421
 Jay, Peter 128, 140, 150, 392, 413, 418
 Jenkins, Peter 140
 Jenkins, Roy 169–172, 174, 179, 408
 Jewkes, John 390
 John-Stevas, Norman St 405
 Johnson, Paul 400
 Jones, Harriet 48
 Joseph, Keith 62, 153–157, 159–161, 166, 182,
 184 f., 281–287, 289 f., 293, 299, 304 f., 323,
 373, 383, 393–399, 401–409, 411, 413 f.,
 418 f., 421, 423, 425, 429, 433, 435, 437, 441,
 462 f., 493, 511, 518, 520
 Judt, Tony 12, 198

 Kaiser, Jakob 96, 98
 Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 449 f.
 Karabelas, Iris 450, 476 f., 479
 Katzer, Hans 340
 Kavanagh, Dennis 68, 88, 387
 Kerr, Peter 69
 Keynes, John Maynard 72, 75, 78, 92 f., 117,
 153, 155–157, 165, 231, 269
 Kielmansegg, Peter Graf 101, 200
 Kiesinger, Kurt Georg 118, 363
 Klotzbach, Kurt 111, 216
 Knight, Frank 385
 Knoeringen, Waldemar von 111
 Köppler, Heinrich 326
 Kogon, Eugen 97
 Kohl, Helmut 213, 217–219, 222 f., 243, 246 f.,
 249, 252–255, 257–259, 318, 326 f., 329–
 331, 353, 355–357, 369 f., 452 f., 456, 459–
 461, 463, 468, 470, 488–490, 495 f., 499, 510,
 521, 524
 Koselleck, Reinhart 37, 39 f., 42, 52
 Kraske, Konrad 211, 244
 Krelle, Wilhelm 368
 Kremendahl, Hans 250
 Krone, Heinrich 348
 Kronstein, Heinrich 363
 Kühn, Heinz 236

 Laclau, Ernesto 44
 Lafontaine, Oskar 216
 Lambsdorff, Otto Graf 492–495, 524
 Lampersbach, Egon 320
 Landwehr, Achim 34
 Langguth, Gerd 454
 Law, Andrew Bonar 161, 297
 Law, Richard (Lord Coleraine) 161, 297
 Lawrence, Jon 48
 Lawson, Nigel 141, 275, 379, 419
 Leendertz, Ariane 30, 121
 Lenin, Wladimir Iljitsch 228 f.
 Leonhard, Jörn 294
 Letwin, Shirley 408

 Letwin, William 408
 Lever, Harold 75
 Levin, Bernard 400
 Levsen, Sonja 21, 53, 527
 Lloyd, Selwyn 86, 431
 Löwenthal, Richard 110, 235 f., 449
 Lübbe, Hermann 449, 454, 456
 Luxemburg, Rosa 229

 Machlup, Fritz 385
 Macleod, Iain 304, 310, 315
 Macmillan, Harold 85 f., 92 f., 124, 131, 158,
 268 f., 277, 280, 298, 305, 308, 313, 431
 Mahler, Gerhard 456
 Maier, Charles S. 12
 Major, John 301, 306, 408, 434
 Maritain, Jaques 354
 Marwick, Arthur 130
 Marx, Karl 411
 Marx, Reinhard 346
 Maude, Angus 299
 Maudling, Reginald 425, 430
 McIntosh, Ronald 140, 431
 Meacher, Michael 179 f.
 Meltzer, Allan 446
 Mergel, Thomas 35–37, 81
 Merz, Friedrich 529
 Messelken, Hans 455
 Mikardo, Ian 166
 Mikat, Paul 320 f., 323 f.
 Miliband, Ralph 89
 Miller, Susanne 236
 Mises, Ludwig von 385
 Mohler, Armin 449 f.
 Moore, Charles 530 f.
 Morgan, Kenneth O. 130
 Morris, Peter 68
 Mouffe, Chantal 44
 Mounier, Emmanuel 354
 Müller, Jan-Werner 121, 350
 Müller, Sebastian 445, 451
 Müller-Armack, Alfred 100–103, 106, 113, 218,
 267, 326, 358–363, 367 f., 402, 404, 406, 433,
 472, 479, 481 f., 485, 516, 519
 Murdoch, Rupert 530

 Nachtwey, Oliver 110, 223
 Narjes, Karl-Heinz 210 f., 251
 Neal, Leonard 436
 Nell-Breuning, Oswald von 346
 Noelle-Neumann, Elisabeth 247, 249, 325

 Oertzen, Peter von 114, 230, 236–238, 240
 Ollenhauer, Erich 111
 O'Sullivan, John 382, 391
 Owen, David 179, 408

- Papst Leo XIII. 343
 Papst Pius XI. 344
 Parkinson, Cecil 160
 Patten, Chris 396f., 429, 463, 465
 Patten, John 301
 Peacock, Alan 390
 Peel, Robert 294
 Peyton, John 287
 Pieroth, Elmar 487
 Phillips, Alban W. 154
 Piketty, Thomas 444
 Pimlott, Ben 69
 Pinochet, Augusto 141 f., 415
 Pocock, John G. A. 39f.
 Pollard, Sidney 140
 Popper, Karl 385
 Powell, Enoch 298 f., 382, 391, 393, 512
 Prentice, Reg 182
 Prior, James („Jim“) 276, 287, 405, 424, 426,
 428–431, 434f., 438 f.
 Pym, Francis 276, 280, 291, 405, 441

 Quinton, Anthony 292 f.

 Radunski, Peter 329f., 455
 Raphael, Lutz 12, 21, 45, 133 f., 197, 443, 527
 Rapp, Heinz 236
 Rawls, John 314
 Reagan, Ronald 107, 415, 496
 Rees-Mogg, William 392, 413, 427 f.
 Richardson, Gordon 393
 Ridley, Adam 397, 399
 Ridley, Nicholas 160, 265 f., 308–312
 Roberts, Alfred 295
 Roberts, Margaret (siehe Thatcher, Margaret)
 Rodgers, Bill 179, 408
 Röpke, Wilhelm 100, 358, 385, 479
 Roosevelt, Franklin D. 121
 Roth, Wolfgang 206, 219
 Rothschild, Victor 270
 Ruck, Michael 115
 Rüstow, Alexander 100, 385, 479
 Ruf, Thomas 341 f.
 Ruhnau, Heinz 232

 Sainsbury, David (Lord Sainsbury) 408
 Sampson, Anthony 391
 Saunders, Robert 49, 188, 373
 Scarman, Leslie (Lordrichter Scarman) 435
 Schäfer, Manfred 487
 Schanetzky, Tim 447, 387
 Schelsky, Helmut 449
 Schildt, Axel 347
 Schiller, Karl 110–113, 115, 117, 123, 207, 210,
 216, 226, 243–245, 484
 Schirrmacher, Frank 531
 Schlemmer, Thomas 193

 Schmelzer, Matthias 417
 Schmid, Carlo 111
 Schmidt, Daniel 327
 Schmidt, Helmut 201, 206f., 212, 236, 238,
 245, 253, 492
 Schönbohm, Wulf 329f.
 Schönhoven, Klaus 225
 Schröder, Gerhard 176, 235, 493, 536
 Schütz, Klaus 236
 Schumacher, Kurt 110
 Schwarz-Schilling, Christian 324f., 454
 Seldon, Anthony 273
 Seldon, Arthur 382, 389–394, 400, 427
 Seitz, Norbert 237
 Severeid, Eric 141
 Shaw, Eric 150
 Shenfield, Arthur 141, 390f.
 Sherman, Alfred 55, 62, 162, 305, 392, 396–
 402, 405, 410, 412f., 436–438
 Skelton, Noel 313 f.
 Skidelsky, Robert 155
 Skinner, Quentin 39f.
 Slobodian, Quinn 31
 Smith, Adam 290, 304, 402
 Soames, Christopher 276
 Spearman, Diana 394
 Steber, Martina 31, 46f., 50–52, 162, 305,
 462 f., 522
 Stedman Jones, Daniel 386f.
 Steffen, Jochen 230–232, 236, 240
 Stigler, George 385, 390
 Stiglitz, Joseph 29
 Stoltenberg, Gerhard 213, 215, 242, 244, 259,
 481 f., 495
 Strauss, Norman 437, 439
 Strauß, Franz Josef 13, 211 f., 246, 251f., 254,
 257 f., 369, 461, 475–477, 484, 495, 510, 524
 Stuß, Winfried 193
 Szamuely, Tibor 382

 Taylor, Robert 267
 Tebbit, Norman 281, 426
 Teltschik, Horst 329
 Thatcher, Margaret 17, 26, 33, 55, 62, 69, 80,
 85, 91, 107, 129, 136, 138, 148–151, 154–
 156, 158–160, 162–164, 166, 181–190, 252,
 258, 262, 265, 270, 272f., 275, 277, 279,
 280–285, 287–289, 291, 293, 295f., 300f.,
 303–307, 311 f., 315 f., 323, 373, 378–381,
 383 f., 388, 391–394, 396–399, 401, 405,
 409 f., 413, 417 f., 420 f., 424, 426–428, 433–
 436, 439–442, 460, 462–464, 476, 499, 504,
 506 f., 510–512, 520, 522, 529f.
 Ther, Philipp 27, 29, 54
 Thomas, Hugh 400
 Thompson, Edward P. 47 f.
 Thorneycroft, Peter 298

- Tocqueville, Alexis de 184, 402
Tomlinson, Jim 131, 137–139
- Vaizey, John 400
Vernon, James 46, 48
Vinel, Jean-Christian 50
Voegelin, Eric 352
Vogel, Hans-Jochen 232, 234 f.
Vogt, Wolfgang 364, 366
- Wahrman, Dror 45
Waigel, Theo 333
Walden, Brian 400
Waldschmidt-Nelson, Britta 50
Walker, Peter 266–268, 276, 291, 316, 425
Walker, Walter 142
Walters, Alan 390
Ward, George 435
Wassell, Martin 414
Watrin, Christian 448
Wehner, Herbert 250
Weizsäcker, Carl Friedrich von 449
Weizsäcker, Richard von 249, 329, 331 f.
Welch, Colin 391
- Wengeler, Martin 33, 245, 366, 485
Werding, Martin 20, 444 f.
Westerwelle, Guido 529
Whitelaw, William 269, 287, 441
Wiener, Martin J. 136
Williams, Shirley 174, 179, 408
Williamson, Adrian 387 f.
Williamson, Philip 38
Wilson, Harold 48, 80, 82, 87, 138, 140 f., 143–
147, 149, 151, 153, 167, 169, 181 f., 263, 265,
269 f., 273
Wirsching, Andreas 445, 489, 497, 500, 527
Wissmann, Matthias 248 f.
Wolff, Michael 275
Wolfrum, Edgar 197
Wood, John 389
Woodroffe, Ernest 403
Worsthorne, Peregrine 142
- Young, Hugo 275
- Zundel, Rolf 449
Zweig, Konrad 432, 434

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



EX OFFICINA

2019

Schriften

Adobe Garamond Pro / Caspari (dtl)

Satz

SatzWeise, Bad Wünnenberg

Umschlag

31 grad branddesign, Berlin

Druck und Herstellung

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG,

Berlin

Printed in Germany